AGOMWBW-Rundbrief Nr. 800

vom 30. September 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V. Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.800 Konten

www.ostmitteleuropa.de www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom-westpreussen.berlin@gmail.com
Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage
Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

I n h a l t s v e r z e i c h n i s *Seiten I - XVII*

Editorial *Seiten 1 - 2*

Anstelle des Editorials:

Westpreußisches Landesmuseum - die Würfel sind gefallen…???
Von Dr. Jürgen Martens, Königswinter

Afghanistan *Seiten 3 - 17*

01) Die bitteren Lehren aus Afghanistan und die zu überprüfende italienische Strategie Von Nicola De Felice
02) Alfred de Zayas: „Afghanistan ist der weltweit größte Mohnanbauer und Opium-produzent“
03) Taliban: von einer Diebesbande zum Staat. Von Emilio Pietro De Feo
04) Frauen in Schwarz

Themen global, die uns auch bewegen *Seiten 18 - 51*

01) Das Prinzip des „zehnten Mannes“. Von Jože Biščak
02) Konferenz „Familie als Schlüssel zur Nachhaltigkeit“. Demografie für die Demokratie Von Dávid Megyeri
03) Ein Jahrhundert des militanten Islam und die große Krise des Westens. Von Gregor Preac

04) GETTR-Chef Jason Miller: „Wir werden keine Zensur dulden“
05) Was sind die Motivationen hinter dem CO2 Schwindel?
06) USA: Buffalo Philharmonic Orchestra akzeptiert keine weißen oder asiatischen Dirigentenkandidaten
07) Die USA brauchen Russland, um den Kalten Krieg mit China zu gewinnen. Von Ted Galen Carpenter
08) Gesunder Menschenverstand, Anstand, Menschlichkeit und geistige Werte über alles. Von Dominique Baettig
09) Globale Erwärmung: Versucht das IPCC, uns Angst zu machen? Von Jean-Philippe Delsol
10) Rechtfertigt internationales Recht die US-Vorwürfe gegen China? Von MEHMET SUKRU GUZEL
11) „Unser Haus brennt“: 39 % der 16- bis 25-Jährigen haben Angst, Kinder zu Bekommen

Sonderthema Corona-Pandemie *Seiten 52 - 81*

01) NL: Klage gegen Einführung des „Corona-Passes“
02) Bayern: Fußballmannschaft fällt aus – von 12 Positiven sind 10 doppelt geimpft
03) US-Arzneimittelbehörde verweigert Freigabe der dritten „Impfstoff“- Injektion wegen Risikos von Herzkomplikationen
04) Wuhan-Wissenschaftler, Covid-Spike, chimäre Proteine, hautdurchdringende Nanopartikel – könnten die Verschwörungstheoretiker recht gehabt haben?
05) Autopsien in Deutschland bestätigen, dass der Covid-„Impfstoff“ die Ursache für viele Todesfälle ist
07) Was macht nun die impfwütige Linke? Black Lives Matter protestiert gegen „rassistische Corona-Impfpässe“
08) Botschaften zwischen Ursula von der Leyen und Pfizer-Chef: EU-Untersuchung
09) Corona-Diktatur Australien, wo gegen Corona-Politik protestierende Arbeiter von der Gewerkschaft angegriffen werden
10) Internationaler Kongress der Impfkritiker · Bakhdi: „Eine ausreichende Herdenimmunität ist bereits da“. Wie 2020 organisierte der ungarische Verband „Ärzte für Klarsicht“ auch in diesem August wieder einen internationalen Impfkritiker-Kongress. Von Dr. Anat Kálmán
11) In Israel verweigern orthodoxe Juden und Araber den Covid-„Impfstoff“
12) Gesundheitsminister Spahn gibt zu: Es ist eine Testpandemie
13) Zweigleisiges Europa: mit oder ohne Impfpass
14) Großbritannien: Geimpfte werden öfters krank als nicht Geimpfte
15) USA: illegale Einwanderung vs. die von Biden auferlegte Impfpflicht

Wanderungen und Einwanderungen *Seiten 82 - 100*

01) Gambia weigert sich, illegale Migranten mit EU-Ausweisungsbescheid zurückzunehmen
02) Belgien: Vlaams Belang legt eine Entschließung zur Berechnung der tatsächlichen Kosten der Einwanderung vor
03) Nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich wird die EU „neu verpackte“ Zwangsmigrantenquoten einführen

04) Italienischer Abgeordneter fordert Slowenien zur informellen Rückübernahme von Migranten auf
05) Die Europäische Union will „qualifizierte Zuwanderung“ fördern. Von Kristóf Nagy
06) Grenze zwischen USA und Mexiko: „Lage außer Kontrolle“
07) Polen hat den Bau des Grenzzauns abgeschlossen
08) Berlin: Wurden „Barauszahlungen“ an nicht anwesende „moldawische“ Asylbewerber veruntreut?
09) Texas widersetzt sich Bidens Migrationspolitik

Europa, Europa und die Welt: Politische Themen — Seiten 101 – 118

01) Im Westen nichts Neues. Ein Gastbeitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun)
02) Gas-Krise oder Krise der Energiewende?
03) Janez Janša spricht vor ungarischen Medien über Demografie und Migration: „Kein Europa ohne Europäer“
04) Europäische Linksliberale drohen, die Debatte über die „Rechtsstaatlichkeit“ anzuheizen Auch Brüssel könnte durch den Abgang von Angela Merkel erschüttert werden. Von Judit Tamara
05) NATO eröffnet Kriegshauptquartier in Ulm
06) EU-Parlament sieht in der Aufnahme von Afghanen eine „moralische Verantwortung“
07) Griechischer Europaabgeordneter: Nur die Visegrád-Vier-Länder betreiben eine gute Migrationspolitik
08) Die EU will die kulturelle Vielfalt Europas „homogenisieren“. Von Mariann Őry
09) Die EU an der Wende zu ihrem Ende. Von Redaktion

Mitteleuropa: Politische Themen — Seite 119

Keine Berichte

Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen — Seiten 120 - 142

01) Eine Alternative für Deutschland? Von László Bogár
02) Ungarischer Geheimdienst: Migranten bereiten Bürgerkrieg in Deutschland vor (Update)
03) Ungarischer Geheimdienst: Migranten bereiten Bürgerkrieg in Deutschland vor
04) Berlin: „Marsch für das Leben“
05) Ursula Stenzel: Merkel – die Bilanz
06) Antirassismus-Wahn: Nun werden sogar weltberühmte Kunstwerke umbenannt
07) „Stalingraz“: Österreichs zweitgrößte Stadt wird künftig von Kommunisten regiert
08) Watschen für die ÖVP von Links & Rechts
09) In Wien gegen die Aufnahme von Afghanen – in Brüssel dafür
10) Schweiz: SVP fordert eine grundlegende Neudefinition des Asylbegriffs

Ostmitteleuropa: Politische Themen — Seiten 143 - 221

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 20. bis 26. September 2021
02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 13. bis 19. September 2021

03) Geht Polen zum Gegenangriff über? Regierungssprecher schließt Klage gegen die Europäische Kommission nicht aus
04) Nach den Wahlen könnte sich die feindliche Außenpolitik Deutschlands gegenüber Polen ändern. Von Magdalena Żuraw
05) Marsch für das Leben und die Familie in Warschau
06) Polnisches Innenministerium: „Personen, die die Republik bedrohen“. Wir haben die Identität der Migranten festgestellt
07) Polen könnte infolge des Bergbaustreits mit Tschechien V4-Zusammenarbeit aussetzen
08) Polen: IPN nimmt sich Richter und Staatsanwälte aus der Zeit des Kommunismus vor
09) Polen: IPN nimmt sich Richter und Staatsanwälte aus der Zeit des Kommunismus vor
10) 80. Jahrestag des Reichsprotektorats über Böhmen und Mähren unter Reinhard Heydrich
11) Die slowakische Art, sich der Geschichte zu stellen. Von István Krómer
12) Erdgasstreit: Das ungarische Außenministerium bestellt den ukrainischen Botschafter ein
13) Orbán: Jede neue Kirche ist ein Bollwerk im Kampf für die Freiheit und Größe der Nation
14) Viktor Orbán hat die Europäische Kommission schachmatt gesetzt: Er kommt auch ohne NRRP-Gelder gut zurecht. Von Sabina Popescu
15) Das Ungarn-Bild in Deutschland 1990–2021. Von Zsolt K. Lengyel
16) Viktor Orbán: „Was Brüssel tut, ist Verrat“
17) Budapest: Die „vertriebene“ Soros-Universität. Von Viktor Orbán
18) Viktor Orbán: „Was Brüssel tut, ist Verrat“
19) Ungarn schmiedet internationale Pro-Familien-Allianz. Familienfreundliche Kräfte aus ganz Europa treffen sich zum 4. Demografiegipfel in Budapest. Von Balázs Molnár
20) Ungarn wird seine Werte verteidigen, sagt Justizministerin Varga
21) Ungarns Staatssekretär für verfolgte Christen: Wir haben 340 Millionen Menschen geholfen, in ihrem Heimatland zu bleiben
22) Papstbesuch in Ungarn: wenig ausgewogene Berichterstattung in Österreich
23) Éric Zemmour und Marion Maréchal nach Ungarn eingeladen. Von Paul Laubacher
24) Ein Politiker will hoch hinaus: Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša besteigt den höchsten Schornstein Europas. Von Sara Kovač (Nova24tv)
25) Zeugenaussage über die schlimmsten Verbrechen der slowenischen Geschichte: der Partisan, der unschuldige Gefangene zu den Tötungsstätten brachte. Von Anita Gužvič (Nova24tv)
26) Kroatischer Präsident Zoran Milanović wehrt sich gegen Erpressung durch Covid-Impfung
27) Davor Dijanović: Die Politik Großserbiens ist heute schwächer als in den 1990er Jahren, aber…Von Leo Marić
28) Die deutsche Minderheit in Serbien
29) George Simion: „Meiner Ansicht nach hat Rumänien einen großen Fehler gemacht, als es sich weigerte, der Visegrád-Gruppe beizutreten“

Osteuropa: Politische Themen — *Seite 222 - 223*

01) Russland Duma Wahl: Wahlmanipulation oder Manipulation der Berichterstattung? Von REDAKTION

Südosteuropa: Politische Themen — *Seite 224*

Keine Berichte

Süd- und Westeuropa: Politische Themen *Seiten 225 -255*

01) Willkommen in Draghistan
02) Italien: Migrantenzahl hat sich in 20 Jahren vervierfacht
03) Die neuen sozialen Klassen, die die Politik von heute bestimmen (nach Muzergues) Von Daniele Scalea
04) Italien: „Die zwei Gesichter der Lega“. Kommentar von Francesco Bei
05) Éric Zemmour: „Wir leben in einer Zeit des zivilisatorischen Kampfes zwischen Islam und Christentum“. Von László Szőcs
06) Marion Maréchal: Intellektueller Terrorismus in Frankreich. Einwanderer könnten innerhalb von Jahrzehnten die Mehrheit in europäischen Städten bilden. Von Mariann Őry
07) Frankreich: Betrügerische Sozialleistungen für nicht ansässige Personen
08) Nicolas Bay: „Die Patrioten müssen sich für unsere Zivilisation und die Freiheit der Völker gegen die Globalisten verbünden“. Von Álvaro Peñas
09) Libération: Stimmt es, dass Journalisten eine Datei mit 36.000 zu blockierenden Personen auf Twitter teilen?
10) Marion Maréchal: „Ich befürchte, dass sich die Präsidentschaftswahlen nicht um die wesentlichen Fragen drehen werden“
11) Umfrage: 62% der Franzosen glauben, dass Frankreich im Niedergang begriffen ist
12) Polonia Castellanos: „Die spanische Regierung arbeitet aktiv an der Verfolgung von Christen mit“. Von Javier Navascués

Nordwest- und Nordeuropa: Politische Themen *Seite 256 - 261*

01) Englische Oper entlässt weiße Musiker, um die „Vielfalt“ zu erhöhen
02) Illegale Einwanderung nach GB: mehr als 3 Millionen Euro Umsatz für das Schleusernetz
03) Offener Brief der I.P.O. an Premier der Färöer, doch das Schlachten geht weiter
04) Göteburg: keine Sozialarbeiter mehr in „besonders gefährdeten“ Stadtvierteln

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee *Seiten 262 - 287*

Predigten und Hinweise

Aufruf zur Unterstützung *Seiten 288 - 292*

1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes…“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56 *Seite 291*

Du musst denken …. *Seite 292*

A. a) Leitgedanken ***Seite 293***

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*
Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)
„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 294*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) SL Ergänzung zu SdP097: Das Recht auf Heimat

02) Charta der deutschen Heimatvertriebenen bleibt zukunftsweisendes Manifest. BdV erinnert an Charta-Verkündigung am 06. August 1950. Erklärung des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Dr. Bernd Fabritius MdB

A. c) Mitteilungen *Seiten 295 - 305*

01) Neue Biographie zum Bromberger Landsmann A. W. Johann von Rudi Zülch wird am 08. Oktober 2021, dem 25. Todestag von A.E. Johann, in Hankensbüttel von der A.E.Johann-Gesellschaft vorgestellt
02) Georg Dehio-Kulturpreis-Verleihung
03) Ablehnung von Gendersprache wächst stetig
04) IfL-Forscher übernimmt NAWA-Gastprofessur an der Universität Warschau
05) Rundbrief No. 142 der AG für pommersche Kirchengeschichte.

A. da) Berichte *Seiten 306 - 323*

01) Verfassungsgericht wies Cäsar-Beschwerde zurück
02) Colloquia Ustensia: Wiedersehen bei der traditionellen Sommerakademie
03) Mährisch-Schlesien stellte sich am Wenzelskirtag in Wien vor
04) Tschechisch-deutsche Wallfahrtsmesse in St. Maurenzen
05) Die langen Schatten des Freiheitszuges

A. db) Berichte von Fachtagungen — Seiten 324 - 345

01) Kriegsgefangenschaft. Russische und sowjetische Erfahrungen im 20. Jahrhundert
02) Asymmetries of a Region: Decentring Comparative Perspectives on Eastern Europe
03) Digital Humanities und baltische Geschichtsforschung

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen — Seiten 346 - 374

01) „Der heimattreue Ost- und Westpreuße, Nr. 12, Berlin, Dezember 1933, 13. Jahrgang
02) Deutsch-tschechischer Zukunftsfonds unterstützt viele grenzüberschreitende Projekte

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 375 - 379

01) Links/grüner Tugendterror immer unerträglicher: Kreuzberg will ganzen Kiez Umbenennen

Die Berichte über die Umbenennungen von Mohrenstraße und Kaiser-Wilhelm-Platz in Berlin werden zurzeit für die Veröffentlichung in unseren Leitseiten vorbereitet!

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung: Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe — Seiten 380 - 385

01) Gerhart Hauptmanns Weggefährten. Zum 75. Todestag des schlesischen Literaturnobelpreisträgers
02) Peter Horton 80
03) 50 Jahre Haus des Deutschen Ostens
04) Hanna Zakhari vom Begegnungszentrum erhielt Preis der Stadt Brünn

A. g) Fördermöglichkeiten *Seite 386*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde *Seiten 387 - 443*

01) Prag wurde zur „schönsten Stadt der Welt“ gekürt
02) Krone: Wandern bei den Nachbarn – Olmütz und Altvatergebirge
03) Die Flucht des Königs Richard I. Löwenherz von der Adria bis Wien-Erdberg. Von Georg Dattenböck
04) In die Wiener Minoritenkirche kehrt die „Messe aller Zeiten“ zurück. Von David Berger
05) Rebkrankheit bereitet Sorgen in Südtirol
06) „Lettland ist das Land des lettischen Volkes. Wir wollen, dass Lettland auch in 100 Jahren noch das Land des lettischen Volkes ist.“

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) *Seiten 444 - 455*

01) Westpreußen-Kongress 2021, 24. bis 26 September 2021
02) Danziger Kulturtagung – 24. bis 25. September 2021 in Ravensburg
03) Westpreußischer Gesprächskreis, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin: 24.10. und 10.12.2021
04) Tagesfahrten, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin: 2021 ausgesetzt Bus-Tagesfahrt zur Müritz, mit Schiffsfahrt von Röbel nach Waren usw.
05) 15.10.2021, AGOM-Wanderungen: Wanderung in Potsdam, Stadt und Park Sanssouci Leitung: Joachim M o e l l e r
06) Schlosser und Herrenhäuser des Historismus in Nieder- und Oberschlesien und in der historischen Neumark. Baugeschichte und aktueller Denkmalschutz. 13. bis 15.10.2021, Kloster St. Marienthal bei Görlitz
07) XLI. Forum Gedanum, 22. – 24.10.2021 in Lübeck
08) Pommern im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts. Jahrestagung der Historischen Kommission für Pommern, 14. – 16.10.2021 in St. Jakobi in Greifswald

09) Welt und Zeit gestalten – 900 Jahre Prämonstratenserorden.
Programm, Termine und Infos zur Wanderausstellung im Erzbistum Paderborn, 19. bis 23.10.2021
10) IX. Studientag aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte, 26.11.2021 in Greifswald
11) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

A. i) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa *Seiten 456 - 457*

01) Heimatkreis Wirsitz: Bericht zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021, in Vorbereitung
02) Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021 in Weißenhöhe / poln. Białośliwie: Wegen der Corona-Pandemie sind zurzeit alle weiteren Veranstaltungen im Haus Anna-Charlotte abgesagt
03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt, neuer Heimat-Brief
04) Treffen des Heimatkreises Schneidemühl im „Ännchen von Tharau“,
Rolandufer 6, 10179 Berlin, am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

1) Sonnabend, 11. Dezember 2021, 14:00 Uhr

B. a) Vortragsveranstaltungen *Seiten 458 – 473*

01) 29.09.2021, Stralsund: Bilderreise durch die Stralsunder Kunstgeschichte.
Vortrag von Detlef Witt, freiberuflicher Kunsthistoriker
02) 28.09.2021, Lüneburg: Die Deportationen der Russlanddeutschen und anderer nationaler Minderheiten in den 1930er Jahren, innerhalb der Online-Vortragsreihe „80. Jahrestag der Deportation der Russlanddeutschen“ des Nordost-Instituts.
Vortrag von Prof. Dr. Victor Dönninghaus (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Lüneburg)

Und weitere Vorträge am 05.10. 12.10.2021 usw.

03) 30.09.2021, Schlesisches Museum Görlitz. Schlesien erfahren: Glastraditionen in Schlesien – gestern und heute. Vortrag
04) 07.10.2021, LGV: Friedrich Wilhelm I. von Preußen: ein Monarch mit vielen Gesichtern
Vortrag und Buchvorstellung: Prof. Dr. Frank Göse (Potsdam)
05) 06.09.2021, Jüd. Gem. Berlin: Ernst Toller (1893-1939). Schriftsteller und Revolutionär
Vortrag von Dr. Dieter Distl
06) 30.09.2021, Literaturhaus Berlin: Nataša Kramberger »Verfluchte Misteln«.
Die Autorin im Gespräch mit Lola Randl. Buchpremiere
07) 08.10.2021, Literaturhaus Berlin: Jean-Claude Grumberg »Das kostbarste aller Güter«
Junges Literaturhaus Buchvorstellung und Diskussion
08) 26.10.2021, Literaturhaus Berlin: Kirsty Bell »Gezeiten der Stadt. Eine Geschichte Berlins«. Brown Bag Lunch. Moderation: Bettina Baltschev

09) 28.10.2021, Literaturhaus Berlin: Shared Heritage – Niederschlesien erzählen. Gespräch
10) 02.10.2021, Literar. Colloquim: Jenny Erpenbeck: »Kairos« (Penguin, 2021). Im Gespräch mit Nadine Kreuzahler
11) 08.10.2021, Literar. Colloquium: 60 Jahre Sprache im technischen Zeitalter. Stoffe: Zeitgeist. Woraus besteht die Gegenwartsliteratur? Mit Ann Cotten, Uwe Kolbe, Ursula Krechel, Nadja Küchenmeister, Ulla Lenze, Gert Loschütz, Teresa Präauer, Kathrin Röggla, Volker Sielaff
12) 16.10.2021, Literar. Colloquium: 60 Jahre »Sprache im technischen Zeitalter«. Thomas Lehr und Thomas Geiger Im Gespräch mit Anne-Dore Krohn
13) 30.09.2021, TopTerr: 12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage. Andreas Nachama über die Zeit des Nationalsozialismus
14) 15.10.2021, Goethe-Institut Dresden: Heimaten in Böhmen
Autorenlesung und Gespräch mit Wolftraud de Concini und Vratislav Maňák im Rahmen der 23. Tschechisch-Deutschen Kulturtage

B. b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.
Seiten 474 – 564

01) 30.09. bis 02.10.2021, Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Immanuel: Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute
02) 03. Bis 04.10.2021, Eisenhüttenstadt: "Sozialistische Stadt" und internationales Kulturerbe
03) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen
04) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte
05) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Frühe Neuzeit
06) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte
07) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
08) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Kulturgeschichte
09) 05. bis 08.10.2021, München, Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen
10) 13. bis 15.10.2021, Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS. Veranstaltungsort Digital; Zabrze /Hindenburg OS; Dresden: Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950
11) 14. bis 15.10.2021, Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Alex J. Kay, Historisches Institut, Universität Potsdam: Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte
12) 13.10. bis 15.10.2021, Viadrina-Universität Frankfurt/Oder:Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld (Viadrina-Univ. Frankfurt/Oder)
13) 22. - 24.10.2021, Göttingen: Nachbarschaft in der Mitte Europas 2021 / Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften 2021 in Göttingen
14) 25. bis 26.10.2021, Forschungsverbund Neue Universität (Universität Kassel): Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlusstagung des Forschungsverbunds Neue Suburbanität (Universität Kassel)

15) 28.10.2021, Einladung zur Online-Tagung: „Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik – Eine Erfolgsgeschichte im Fokus“ am 28. Oktober 2021 von 10:00 – 16:10 Uhr im Livestream (YouTube)

16) November in Soest, Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.: Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern

17) 04.. bis 06.11.2021, Preußische Histor. Kommission, Berlin: Aspekte der Preußenforschung heute - Neue Perspektiven.

18) 04.11. bis 05.11.2021, Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Forschungsstelle Weimarer Republik, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller- Universität Jena: Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa

19) 05.11.2021, Dr. John Gallagher (University of Leeds, UK) und Prof. Ulrike Krampl (université de Tours/CeTHiS, Frankreich), Online: Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800)

20) 08.11.2021 - 08.11.2021, Deutsches Historisches Institut Warschau: Der Todesmarsch von Palmnicken. Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

21) 11. bis 14.11.2021, Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München: Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989 83730 Fischbachau

22) 18 .bis 21. Nov. 2021, Herrnhut, University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt, Ausrichter Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt: Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

23) 24.11.2021 - 26.11.2021, Ievgeniia Voloshchuk (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Kirsten Möller (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Ryszard Kupidura (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) (Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań): Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs „Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

24) 26.11.2021, Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung Veranstaltungsort Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35: Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

25) 02.12.2021 - 03.12.2021, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Veranstaltungsort Landesmuseum für Vorgeschichte 06114 Halle (Saale): Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

26) 10.01.2022 - 14.01.2022, Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen (Prof. Dr. Beate Fieseler): Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge. Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

27) 13. bis 14.01.2022, Wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historiker Deutschlands: Zeit in der Landesgeschichte

28) 19. – 20.01.2022, Deutsches Historisches Institut Paris, Veranstaltungsort Institut historique allemand: Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich
29) 22.03.2022 - 23.03.2022, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: „Der Osten im Westen". Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945
30) 31.03. bis 01.04.2022, Deutsches Historisches Institut Warschau: Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
31) 06.04 – 08.04.2021, Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt, Veranstaltungsort Zentralinstitut für Kunstgeschichte München: Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland
32) 08.04.2022 - 10.04.2022, Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte: Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)
33) 11.05.2022 - 13.05.2022, Veranstalter Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken
34) 07.07. bis 09.07.2021, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald: IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation"
35) 21.09.2022 - 24.09.2022, Veranstalter Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum): Slavistiktag 2022
36) 19.10.2022 - 22.10.2022, Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau: War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland *Seiten 565 – 574*

01) 27.08. – 31.12.2021, Staatsbibliothek u.a**.:** Utopie Kulturforum. Transformation eines Stadtviertels. Eine gemeinsame ‚Wander'-Ausstellung der St. Matthäus-Kirche, der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie, der Kunstbibliothek, des Kunstgewerbemuseums und der Staatsbibliothek zu Berlin
02) Programme der Museen von Tempelhof-Schöneberg
03) „Kommt Schwimmen". Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021
04) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors
05) Brandenburg-Preußen Museum: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…"
Brandenburg-Preußen Museum Wustrau: Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin S. 575 - 598

01) Erst Pilger, dann Touristen. Westpreußenmuseum: Attraktive Reise-Destination gestern und heute
02) 01. Juli bis 17. Oktober 2021, Westpreußischen Landesmuseum, Warendorf: Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt

03) 08.07. – 30.09.2021, Westpreußisches Landesmusuem, Warendorf: Natur in Farbe und Struktur. Malerei und Zeichnung von Friedrich Kreuzberg
04) Newsletter des Westpreußischen Landesmuseums vom 09. August 2021
05) 04.09. bis 28.11.2021, Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen: Kann Spuren von Heimat enthalten. Grenze ist nur ein Wort. Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen
06) 09.08. – 21.11.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: »Meisterhaft wie selten einer «/»Mistrzowskie jak rzadko które …«
07) Bis 15.01.2021, Kiel: Ausstellung: "Was bedeutet mir Heimat"
08) Faszination Riesengebirge: Interreg Polen-Sachsen 2014-2020 fördert Projekte des SMG
09) 11.09.2021 – 27.02.2022, Schlesisches Museum zu Görlitz: Inspiration Riesengebirge
10) 22.07. – 31.10.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko
11) 12.08. – 02.10.2021, Schlesisches Museum zu Görlitz: Im Fluss der Zeit - Jüdisches Leben an der Oder
12) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums
13) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt
Seiten 599– 606

A. Besprechungen (*Seiten 599 - 603)*

01) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulz: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten).
Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.
Rezensent: Peter Börner, Siegburg

02) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit *(Seite 604)*

01) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

02) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland. (3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten. ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00. *Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe*

03) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche). Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten. = Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00. *Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin*

04) Wilfried Heller: Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen).(zahlreiche Abb. in SW- und Farbe). (London/Berlin) Verlag Inspiration UnLimited (2021). 112 Seiten. ISBN 978-3-946127-322. € 12,90. *Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin*

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen *(Seiten 605 – 606)*

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten. ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00. E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten. = Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann. (Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference. Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen). Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann. Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582. Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90. PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020). 313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

07) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten. Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00. PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

08) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten. = Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

09) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

10) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten). Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten. = Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42. ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

11) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten. = Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42. ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00.

12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten. = Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

13) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten. = Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17. ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00. ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

14) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

15) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6. € 179,10.

16) Wilfried Heller: Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen). (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 112 Seiten. ISBN 978-3-946127-322. € 12,90.

17) Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.).
(Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.

Briefe und Leserbriefe — *Seiten 607 - 609*

01) Einbahnstraße Borstellstraße
Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

- Antwort weiterhin Fehlanzeige! –

Impressum *Seite 610*
Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz *Seite 610*
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“ *Seite 611*
2 Karten zur Geschichte Westpreußens *Seite 612*
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten *Seite 613*
Freie Stadt Danzig: Wappen und Gebietskarte *Seite 614*
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920 *Seite 615*

Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 800 vom 30.09.2021: 29.09.2021, 14:00 Uhr

Der nächste Rundbrief Nr. 801 erscheint voraussichtlich in zwei Wochen, wegen einer Tagung bereits am 12.10.2021. Redaktionsschluss für AWR-801: 11.10.2021, 12:00 Uhr

Kalender 2022 mit zwölf Westpreußen-Motiven

Bitte umgehend bestellen!

MIT ZWÖLF WESTPREUSSEN-MOTIVEN DURCH DAS JAHR 2022



Der neue WESTPREUSSEN-KALENDER 2022 präsentiert die Vielfalt des unteren Weichsellandes:

- 13 zweiseitig bedruckte Blätter mit Spiralbindung und Aufhänger, davon
- 12 Kalenderblätter mit großformatigen Ansichten von Baudenkmälern und Naturschönheiten, die den Betrachter stimmungsvoll durch das Jahr begleiten,
- zu jedem Foto auf der Rückseite eine Erläuterung.

Der Kalender ist vorzüglich als Geschenk für Freunde und Partner – auch in Polen – geeignet: Die Monatsnamen und Kommentare erscheinen zweisprachig.



Im **Format DIN A4** kostet der Westpreußen-Kalender nach einer geringfügigen Preiserhöhung ab diesem Jahr **€ 11,80**,
im **Format DIN A3** kostet er weiterhin **€ 19,80.**
Die Preise verstehen sich jeweils inkl. MwSt., Porto und Verpackung.



Bestellungen erbitten wir
per Telefon: 02506/3057-50
per E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de
per Post: Westpreußische Gesellschaft
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
oder über das Internet-Formular:
der-westpreusse.de/kalender2022

Auslieferung ab 10. Oktober



Diejenigen, die den Westpreußen-Kalender 2021 als Leser des *Westpreußen* erhalten und bezahlt haben, brauchen **nicht zu bestellen,** weil wir ihnen wieder ein Exemplar im DIN A4-Format **automatisch zusenden.** – Wenn Sie diesmal allerdings **keine Lieferung** wünschen oder **statt des DIN A4-** lieber einen **DIN A3-Kalender** erhalten wollen, bitten wir Sie, uns von Ihrer **Um- oder Abbestellung umgehend, spätestens bis zum 30. September,** in Kenntnis zu setzen.

Bei Bestellung einer größeren Anzahl von Exemplaren gewähren wir auf beide Formate **Preisnachlässe** von 10 % (ab 5 Stück) bzw. bei größeren Mengen nach Absprache.



WESTPREUSSISCHE GESELLSCHAFT

Der Westpreuße

Kein „Editorial", aber:
Liebe Leser, Sie erwarten an dieser Stelle das „Editorial"! Wir verzichten in dieser Ausgabe darauf, denn der im Folgenden geschilderte Vorgang ist nicht nur seltsam, er ist skandalös, er könnte unsere heimatpolitische Arbeit für Westpreußen über Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte bestimmen. Darüber hinaus stellt er Fragen, die unser demokratisches Selbstveständnis in der BR Deutschland betreffen!

Der Herausgeber des AGOMWBW-Rundbriefes

Westpreußisches Landesmuseum - die Würfel sind gefallen…???

Am 24. August 2021 bestimmte die Kulturstiftung Westpreußen (KSW) den Nachfolger für den langjährigen Leiter des Westpreußischen Landesmuseums – Dr. Lothar Hyss. Abgesehen davon, daß die KSW es leider nicht für nötig befunden hat, Lothar Hyss in einer würdigen Form zu verabschieden, hat sie sich in einem intransparenten und durchaus anfechtbaren Verfahren für eine Bewerberin entschieden, die diverse Anforderungen der vorausgegangenen Ausschreibung nicht erfüllt.

PD Dr. Gisela Parak, die neue Leiterin des Westpreußischen Landesmuseums werden soll, hat Kultur- und Kunstgeschichte studiert. Da ihr Forschungsschwerpunkt in der Fotogeschichte liegt, wird sie im Bereich der westpreußischen Kultur-und Landesgeschichte wohl Neuland betreten. Sie wird es wahrscheinlich – trotz ihrer in anderen Fachgebieten ausgewiesenen Kompetenz - schwer haben, die Erwartungen zu erfüllen, die ein Landesmuseum, das eine bedeutende historische ostdeutsche Provinz repräsentiert, an seine Leitung stellt, zumal in diesem Fall die sprachliche Kompetenz fehlt, die eine in die Zukunft gerichtete und weiter führende Kooperation mit polnischen Museen an der unteren Weichsel ermöglicht.

Von einer Intransparenz des Auswahlverfahrens läßt sich insofern sprechen, weil der Stiftungsrat, dem nach § 7, Abs. 2 f die Einstellung und Entlassung des Museumsleiters obliegt, in der Auswahlkommission Personen beteiligte, die dem Rat nicht angehören. Ein derartiges Verfahren sieht die geltende Satzung nicht vor.
Nur wenige Personen haben sich für die Leitung des Westpreußischen Landesmuseums beworben. Nach welchen Kriterien der Stiftungsrat dann aus den vorliegenden Bewerbungen die Kandidaten zur Vorstellung einlud bzw. nicht einlud, bleibt unerfindlich. Ein Bewerber konnte sich bei dem Vorstellungsgespräch des Eindrucks nicht erwehren, als sei die Auswahl unter den Bewerbern bereits im Voraus getroffen worden. Und eine andere höchst kompetente, aber nicht zur Vorstellung gebetene Kandidatin schrieb dem Verfasser u. a., sie habe bis dato (28.09.2021) keine Rückmeldung von dem Vorsitzenden der Auswahlkommission erhalten, daß ihre Bewerbung unberücksichtigt geblieben sei. Zudem führte sie aus, es hätte die Auswahlkommission *nur einige Online-Gespräche gekostet, damit alle Bewerber/Innen den Eindruck hätten, seriös behandelt zu werden.* Resignierend stelle sich ihr die Frage, *ob* [es] *sich denn wirklich lohnen wird, weiter den Kopf mit unseriösen Menschen* [gemeint ist die Auswahlkommission] *zu belasten?* Für sie sei es jedoch eine große Genugtuung, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Kulturgemeinschaft „Borussia" in Allenstein (1990 gegründet; die „Borussia" dokumentiert u. a. die vollständige und unverfälschte lokale Geschichte, zu der die Schicksale von Polen und Deutschen, Juden und Litauern, Ukrainern und Weißrussen sowie aller weiteren ethnischen Gruppen und Individuen gehören, die im Laufe der Jahrhunderte einvernehmlich und mitunter auch in tragische Konflikte verwickelt in Ostpreußen gelebt haben) am 7.

Oktober den Hauptpreis des Georg-Dehio-Kulturpreises 2021 im Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam zu empfangen. Hervorzuheben ist die Begründung der siebenköpfigen Jury: Sie *sprach den Hauptpreis der Kulturgemeinschaft Borussia zu für ihr über drei Jahrzehnte währendes Engagement der Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes in der Woiwodschaft Ermland-Masuren.*

Für den Fall, daß der Einstellungsvertrag mit der neuen Museumsleitung noch nicht unterschrieben wurde, bleibt die Hoffnung, die Verantwortlichen in der KSW werden sich zu einer Wiederholung der Ausschreibung entschließen.

Dr. Jürgen Martens, Königswinter

Afghanistan *Seiten 3 – 17*

01) Die bitteren Lehren aus Afghanistan und die zu überprüfende italienische Strategie

Von Nicola De Felice

27. 09. 2021



Bildquelle: CM

Die strategische Lage Italiens

Die Menschenschmugglertätigkeiteb der norwegischen NGO-Schiffe Geo Barents und Ocean Viking – die neuen Barbaren des 21. Jahrhunderts – gehen unbeirrt vor den libyschen Küsten weiter, auf der Suche nach illegalen Einwanderern, die Schutzgeld an die Menschenhändler zahlen, um an Bord derer Taxiboote und sodann nach Sizilien, der südlichen Grenze Italiens und Europas, gebracht zu werden. Türkische Truppen und russische Söldner sind auf dem libyschen Schachbrett präsent, potenzielle Akteure, die unsere Interessen bedrohen. Tausende Tunesier kommen illegal nach Italien, viele von ihnen sind Kriminelle, Terroristen und ehemalige ISIS-Kämpfer. Italien, das aus Afghanistan schwer angeschlagen zurückkommt, muss nun seine nationale Sicherheitsstrategie neu überdenken.

Jenseits der Kritik an den Amerikanern und der heuchlerischen Initiative für eine utopische europäische Armee als Antwort auf das Scheitern der EU halte ich es für notwendig, das Thema in einem geopolitischen Sinne anzugehen, d.h. frei von jeder parteipolitischen Störung und mit einem größeren Sinn für Zweckmäßigkeit, wobei unsere nationalen Interessen im Mittelpunkt stehen.

Welchen Sinn hatte es, in Afghanistan zu sein?

Es ist klar, dass Italien ohne ein wirkliches nationales strategisches Projekt nach Afghanistan gegangen ist, sondern nur durch die Medien und die emotionale Aufregung im Zusammenhang mit den Ereignissen des 11. September 2001 in New York zu einem multinationalen Konzept der Intervention und Krisenbewältigung angetrieben wurde. Im Zusammenhang mit der Dynamik von Konfliktsituationen ist Strategie im weitesten Sinne eine Handlungslogik, d.h. sie befasst sich mit dem menschlichen Handeln unter dem Gesichtspunkt seiner Wirksamkeit. Analysieren wir nun gemeinsam die Präsenz der

italienischen Truppen in Afghanistan und fragen wir uns: Was war die Logik unserer Intervention? Was haben wir davon gehabt? Frankreich, Deutschland und Großbritannien mögen etwas davon gehabt haben, aber was ist mit Italien?

Aus rein militärischer Sicht führt der Vergleich mit anderen Streitkräften immer zu Verbesserungen. Aber war es das wert, den Amerikanern 20 Jahre lang zu folgen – mit 54 Toten und Hunderten von Verwundeten? Was haben wir im Gegenzug erhalten? Und 2011 entfesselte Frankreich einen Krieg in Libyen, der unseren strategischen Interessen schadete. Es stimmt, dass jede strategische Entscheidung ein Einzelfall ist und es keine wissenschaftlichen Regeln gibt, die bestimmen, welche Entscheidung am besten geeignet ist, aber eine Strategie zu wählen, ohne darüber nachzudenken, welche Ziele erreicht werden sollen, ist – zumindest – leichtsinnig. Im Krimkrieg schickte Cavour ein Kontingent, nicht weil Russland der Feind war, sondern um das Königreich Sardinien politisch näher an Frankreich heranzuführen und so den Verständigungsprozess zu begünstigen, der 1859 zum zweiten Unabhängigkeitskrieg führte.

Jetzt konzentrieren wir uns auf Libyen

Eine strategische Aktion darf sich nicht in der Durchführung der bewaffneten Konfrontation erschöpfen, sondern betrifft den Einsatz der Ressourcen der Nation, d.h. die politische Nutzung aller Machtfaktoren Italiens, d.h. der diplomatischen, wirtschaftlichen, militärischen, innenpolitischen oder nachrichtendienstlichen Instrumente, d.h. der Gesamtheit der so genannten materiellen, kulturellen, wertvollen und praktischen Kräfte für die Entwicklung und das Wohlergehen des Volkes.

Nachdem wir Afghanistan aufgegeben haben, würde ich angesichts der Situation in Libyen, wo es wichtige nationale strategische Interessen gibt, und der Notwendigkeit, das Phänomen der illegalen Migration einzudämmen, lieber sehen, dass die italienischen strategischen Maßnahmen auf die südlichen Küsten des Mittelmeers ausgerichtet sind. Die Regierung muss die Gesamtstrategie für die Bewältigung dieser Krise (und nicht anderer), den Umfang des Engagements, die bereitzustellenden Ressourcen, den endgültigen Status und die Ziele, die strategischen Aspekte der Kommunikation und die Rollen der verschiedenen Ministerien und anderer Stellen, die an den verschiedenen Phasen der Krise beteiligt sind, darlegen.

Die nationalen Ziele, die im Falle Libyens im Rahmen einer Aktion verfolgt werden, an der internationale Organisationen beteiligt sind, müssen in eine Phase multinationaler Verhandlungen über die Definition der Ziele der Mission, die Modalitäten und Pläne für die Durchführung der Operationen und den Zeitplan des kollektiven Engagements gebracht werden. Wenn wir nicht für Ordnung in den Köpfen unserer politischen Entscheidungsträger sorgen, wird es schwer sein, die lebenswichtigen, strategischen und bedingten Interessen des italienischen Volkes zu verteidigen.



Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral (a.D.) und ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten bekleidete er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Ämter im Verteidigungs- und Marinestab, sowohl im In- als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, und setzte sich für die Anwendung von Techniken ein, die die italienische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik effizient machen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Alfred de Zayas: „Afghanistan ist der weltweit größte Mohnanbauer und Opiumproduzent“

23. 09. 2021



Ein Interview mit Professor Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, seines Zeichens Völkerrechtler und Historiker, der US-amerikanischer und Schweizer Staatsbürger ist. An der Uno hielt er mehrere Funktionen inne, zuletzt als Unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. Alfred de Zayas ist Autor zahlreicher Bücher.

Frage: *Die USA haben erneut Soldaten nach Kabul geschickt. Warum?*

Prof. Dr. Alfred de Zayas: Schon wieder hat das Pentagon die Realitäten missverstanden und die Kraft der Taliban unterschätzt. Mit dem Sieg der Taliban war eher früher als später zu rechnen – sowie mit Terrorismus. Die USA wollten sich daraus zurückziehen und meinten, sie hätten sechs Monate Zeit, um es komfortabel zu schaffen, d. h. komfortabel für die USA und Nato. Es ist aber anders gekommen.

Warum haben die Taliban das Land so schnell wieder unter Kontrolle gebracht?

Die Taliban hatten die Kraft der Überzeugung und des religiösen Fundamentalismus. Die von den USA unterstützte Regierung hatte keine Wurzeln im afghanischen Volk. Darum ist die US-Niederlage in Afghanistan eigentlich peinlicher als der US-Abzug aus Vietnam im Jahre 1975, denn die Fehler hier sind nicht nur die des Pentagons, sondern auch die der Nato. Allerdings war dieses Debakel vorauszusehen. Die USA, Großbritannien und die Nato glaubten der eigenen Propaganda. Wie Julius Caesar einst schrieb, „quae volumus, ea credimus libenter" – was wir glauben wollen, das glauben wir gerne. Es kommt noch schlimmer. Mundus vult decipi: Die Welt will betrogen werden. Und solange Menschen Geld daran verdienen können, werden die Lügen und falschen Darstellungen Erfolg haben.

Warum waren die USA überhaupt in Afghanistan?

Wegen geopolitischer Interessen der Nato und, wie sich herausgestellt hat, wegen wichtiger Bodenschätze wie seltene Erden. Es „amüsiert" mich zu lesen, dass Jens Stoltenberg, Generalsekretär der Nato, noch die alte Lüge wiederholt, dass sie nach Afghanistan gingen, um den internationalen Terrorismus zu bekämpfen.

Das ist doch Unsinn

Ja, der übliche Quatsch. Es ist genauso falsch wie die Mär, dass die „Koalition der Willigen" wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins im Irak einmarschierten. Im Irak war es das Öl, in Afghanistan sind es die Geopolitik und die speziellen Bodenschätze. Das Resultat ist: Der Hass gegen die USA und die Nato ist so gewachsen, dass möglicherweise mit viel mehr Terrorismus zu rechnen ist. Der Westen hat die Taliban provoziert, und nun steht er vor einem Scherbenhaufen. Die Taliban sind keine Imperialisten, sie kommen nicht nach Amerika, um alle zum Islam zu bekehren; sie leben in einer vom Islam und alten Traditionen beherrschten Welt. Das ist nicht unsere Welt, aber der Westen sollte aufhören, den Mittleren Osten und Asien beherrschen zu wollen. Wenn die USA die Taliban und die restliche afghanische Bevölkerung in Ruhe gelassen hätten, wären wir nicht in dieser misslichen Lage heute. Im Grunde genommen wollen die Afghanen nur in Ruhe gelassen werden. Die Taliban glauben an ihre Sache. Zwar verwenden sie kriminelle Methoden, aber man kann durchaus die Logik verstehen – sie wollen ausländische Interventionen ein für allemal beenden. Die Taliban bekämpften die Sowjets, wie sie die Amerikaner und alle Nato-Truppen bekämpften. Sie haben zwar viele Gegner im Volk – aber auch viele Anhänger.

Warum?

Die meisten Afghanen haben die Nase voll von ausländischen Interventionen und ständigen Bombardierungen. Es gibt das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, das in der Uno-Charta und im Art. 1 des Uno-Pakts über bürgerliche und politische Rechte verankert ist. Die Afghanen – ob Taliban oder andere – haben keine Liebe für Imperialisten – egal ob Briten, Russen, Amerikaner oder die übrigen Europäer, die im Windschatten der USA die Werte des Völkerrechts ebenfalls verraten haben.

Was muss geschehen, damit sich das Land stabilisiert?

Zunächst brauchen die Afghanen Frieden – und die Menschen benötigen internationale Solidarität. Die Uno sollte den Wiederaufbau des Landes fördern und koordinieren. Die *Food and Agriculture Organisation* (FAO), die Weltgesundheitsorganisation, das Uno Entwicklungsprogramm (UNDP) können viel dazu tun, um die zerstörten Infrastrukturen des

Landes aufzubauen, und zwar ohne IWF-Kredite, die stets einen Angriff auf die Souveränität jedes Empfängerlandes bedeuten. Die Botschaften von allen wohlmeinenden Staaten sollten zurück nach Kabul gehen und versuchen, das Land konstruktiv zu unterstützen, aber nicht im kapitalistischen Sinne des Neoliberalismus mit Privatisierungen und «Investitionen» durch das Großkapital.

Wie könnten die wohlmeinenden Staaten beim Wiederaufbau des Landes helfen?

Nicht nur mit Geld – sondern mit Ehrlichkeit, Respekt und Aufrichtigkeit. Unsere Lügen- und Lückenmedien haben seit mehr als 20 Jahren eine schwarz-weiß Karikatur der Lage in Afghanistan verbreitet. Jene Nato-Staaten, die Afghanistan erbarmungslos bombardierten und Hunderttausende von Zivilisten töteten – vielfach mit Drohnenangriffen – sie schulden Afghanistan Milliarden, Milliarden für den Wiederaufbau, Milliarden als Kompensation. Dabei geht es nicht um Kredite – sondern um völkerrechtlich gebotene Reparationsleistungen. Staaten wie die Schweiz, die sich an den Aggressionen nicht beteiligten und keine „hidden agenda“ führen, haben eine gewisse Glaubwürdigkeit und könnten eine Mediations-Rolle ausüben.

Die Taliban haben vorgeschlagen, für die Bildung einer Regierung alle Kräfte im Land miteinzubeziehen. Was halten Sie von dieser Idee?

Wir müssen warten und sehen. Vielleicht möchten sie das wirklich. Aber ob alle Kräfte tatsächlich mit einer Theokratie glücklich sein können – das bezweifle ich. Aber man muss abwarten. Es gibt Beobachter vor Ort, die das positiv bewerten.

Müsste man nicht die USA für alle zivilen Opfer zur Rechenschaft ziehen?

Gewiss. Aber die USA haben die vier Millionen Opfer des Vietnamkrieges – dazu zähle ich auch die Opfer der US-Bombardierungen und die Konsequenzen der Verwendung von Agent Orange und anderer chemischer Waffen – nie entschädigt. Natürlich haften die USA für die Megaverbrechen, die die Nato-Streitkräfte in Afghanistan begangen haben – u. a. für die Verwendung von Uranwaffen (depleted uranium). Das Land ist schwer kontaminiert worden – und die Radioaktivität des depletet uranium (abgereichertes Uran) verschwindet nicht von heute auf morgen. Die USA müssten für die vollständige Sanierung Afghanistans bezahlen. Das müssten alle Staaten, die nicht am Krieg beteiligt waren, einfordern, sonst wird wie in Vietnam nichts passieren.

Kann man sagen, die US-Außenpolitik in Kombination mit Waffengewalt hat versagt?

Ja und nein. Die US-Außenpolitik hat dafür gesorgt, dass die amerikanischen Waffenproduzenten enorme Profite machen konnten – und zwar seit 20 Jahren. Es war ein gutes Geschäft für Lockheed-Martin, Boeing, Haliburton, Blackwater – in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien. Die USA betreiben eine Politik des permanenten Krieges. Nun stellt sich die Frage, wo werden die USA demnächst heiße Kriege führen – wohl nicht in Russland und China – das wäre viel zu gefährlich. Aber es bieten sich immer kleinere „Feinde“ an – wie Iran, Jemen, Somalia oder Lateinamerika usw. Abwarten ist eigentlich keine Option, die übrigen Staaten müssten hier der aggressiven Politik Einhalt gebieten.

Die USA werden also keine Lehren daraus ziehen?

Die USA haben keine Lehren aus dem Vietnam-Debakel gezogen. Auch nicht nach der gescheiterten «Bay of Pigs»-Invasion gegen Kuba, bei der gescheiterten Unterstützung der Contras in Nicaragua oder aus den vielen Versuchen, Hugo Chávez zu stürzen. – Wir

erinnern uns an den Putsch vom April 2002 oder an die vielen späteren Attentate gegen die Regierung von Venezuela. Auch vor zwei Jahren, als sie den selbsternannten Präsidenten von Venezuela Juan Guaidó bei einem Putschversuch unterstützten, der glücklicherweise gescheitert ist. Und das sage ich als ehemaliger Uno-Experte, der das Land besucht und die Lage dort untersucht hat.[1]

Welches Land könnte hier eine konstruktive Rolle spielen? Auch die EU muss über die Bücher.

Zunächst sollte die EU eine eigene Politik entwickeln – sich abkoppeln von den USA und der Nato. Ob das gelingt, bezweifle ich. Die EU hilft selten, ohne eigene Hintergedanken. Die Taliban wissen, dass die USA und die EU keine Freunde Afghanistans sind – und sie werden uns mit sehr viel Misstrauen begegnen. Man braucht eben ein neutrales Land wie die Schweiz, das im Namen von einigen europäischen Staaten sprechen könnte. Schändlicherweise haben die Briten, die Deutschen, die Franzosen, aber auch die Australier zu viele Kriegsverbrechen in Afghanistan begangen. Ohne Anerkennung dieser Tatsachen, ohne Entschuldigung, ohne Reue seitens der EU werden die Taliban kaum etwas mit der EU zu tun haben wollen. Dies öffnet Einflussmöglichkeiten für die Chinesen und für die Russen.

Sie hatten es bereits erwähnt. Berichten zufolge wurden bei der Bombardierung von Tora Bora, aber auch an anderen Orten abgereichertes Uran eingesetzt. Was heißt das für die Region?

Die neue Wortschöpfung „Ecocide“ ist in Mode gekommen. Tatsächlich haben sie die gröbste chemische Umweltverschmutzung verursacht, die auch auf Jahrzehnte Konsequenzen haben wird. Man muss eine gründliche Sanierung der Radioaktivität in Angriff nehmen. Es ist schon absurd, wie überall über den Klimawandel gesprochen wird, aber wenn es um Krieg geht, bei dem Unmengen von Schäden an Mensch und Natur angerichtet werden, gibt es von den Klimaaktivisten sozusagen keinen Aufschrei.

Der Einsatz dieser radioaktiven Waffen ist doch völkerrechtlich verboten.

Absolut. Im Humanitären Völkerrecht (international humanitarian law – gemeint sind die Haager und Genfer Konventionen und Protokolle) gelten zwei Prinzipien. Das Prinzip der Trennung zwischen zivilen und militärischen Zielen und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit (principles of distinction and proportionality). Radioaktive Waffen sind mit diesen beiden Prinzipien nicht in Einklang zu bringen. Sie treffen immer auch Zivilpersonen und entfalten eine schädliche Wirkung, wenn der Krieg schon lange vorbei ist.

Wenn Sie die Politik der USA und ihrer Verbündeten zu Recht kritisieren, laufen Sie nicht Gefahr, als Sympathisant der Taliban abgetan zu werden?

Ich habe etliche Male die Verbrechen der Taliban angeprangert und verlangt, dass sie nicht straffrei davonkommen. Ich hoffe, dass der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag seine Untersuchungen über die Verbrechen der Taliban sowie über die Verbrechen der USA und Nato fortführt.

Haben wir hier nicht das Problem, wer ist der Aggressor und wer sind die Opfer?

Eigentlich mag ich Täter-/Opferschablonen nicht. Ich lehne Pauschalisierungen ab – aber, es ist klar, dass die afghanische Bevölkerung das Opfer dieses Krieges war. Es ist auch klar, dass völkerrechtlich gesehen weder die USA noch die Nato eine Legitimierung hatten

und dass hier die Uno-Charta durch sie vielfach verletzt wurde. Ich lehne alle terroristischen Aktionen grundsätzlich ab, genauso wie ich den Staatsterrorismus des Pentagons verurteile. Man muss aber nicht alles verallgemeinern. Gewiss sind nicht alle Taliban Terroristen. Als Völkerrechtler und Historiker frage ich nach den Ursachen von Konflikten. Gewiss haben die Amerikaner dazu beigetragen, sie provozieren nicht nur die Islamisten – sie provozieren normale Menschen muslimischen Glaubens, wenn sie sich in ihre internen Angelegenheiten einmischen. Die USA provozieren die Palästinenser, wenn sie ihnen das Selbstbestimmungsrecht verweigern, wenn sie die Verbrechen Israels gegen die Palästinenser verteidigen. Die USA provozieren die ganze Menschheit, wenn sie sich anmaßen, eine „Mission" zu haben und die „Demokratie" zu exportieren. Wenn die USA „Demokratie" sagt – meinen sie aber das kapitalistische Wirtschaftssystem. Dies hat wenig mit Demokratie oder Menschenrechten zu tun.

Es gibt Aussagen, dass die Taliban letztlich ein Produkt der USA seien. Können Sie dem zustimmen?

Ja, das hat sogar die demokratische US-Präsidentschaftskandidatin der Wahlen 2016, Hillary Clinton, in einem Interview bei Fox-News bestätigt.[2] Man hat damals im Kampf gegen die Sowjetunion die sogenannten Volksmudschaheddin unterstützt und mit US-Waffen ausgerüstet. Nachdem die Sowjetunion abgezogen war, hat man das Land seinem Schicksal überlassen und so konnten diese von der USA ausgerüsteten und von der CIA und vom pakistanischen Geheimdienst (ISI) ausgebildeten Kämpfer das Land 1996 übernehmen. Hillary Clinton sagte: «Wir bekämpfen diejenigen, die wir selbst geschaffen haben.»

Sie sprechen deutliche Worte und kritisieren Ihr Land. Das machen in solcher Klarheit nur wenige.

Als Patriot muss man das, man will doch dafür sorgen, dass sich sein Land an den Gesetzen und an der Gerechtigkeit orientiert. Ein Patriot fördert den Rechtsstaat dadurch, dass er von seiner Regierung saubere und ehrliche Handlungen und von seinen Politikern Rechenschaft verlangt. Charles de Gaulle definierte den Patriotismus folgendermaßen: „Le patriotisme, c'est lorsque l'amour du peuple auquel vous appartenez passe en premier. Le nationalisme, c'est lorsque la haine des autres peuples l'emporte sur tout le reste." *[Patriotismus ist, wenn die Liebe zum Volk, dem Sie angehören, an erster Stelle steht. Nationalismus ist, wenn der Hass auf andere Völker Vorrang vor allem anderen hat. Red.]* Ich bin damit voll einverstanden.

Man wirft den Taliban vor, dass sie den Drogenanbau fördern würden. Können Sie das bestätigen?

Wir brauchen dringend Whistleblower, die uns erklären, was da los war. Gewiss waren die Taliban zunächst starke Gegner des Opiums. Es gibt aber Hinweise darauf, dass die CIA bewusst den Opium-trade in Afghanistan förderte, u. a. um die Mudschaheddin in dem Krieg gegen die Sowjetunion zu finanzieren – das wurde als Operation „Cyclone" bekannt. Auch bei der US-Intervention in Nicaragua in den 80er Jahren hat die CIA diese „Contras" durch den Verkauf von Drogen finanzieren müssen, denn der amerikanische Kongress hätte solche „covert-operations" nicht gebilligt. Die Taliban haben von der CIA einiges gelernt, vor allem die Finanzierungsmöglichkeiten ihres eigenen Verteidigungskrieges gegen die USA – eben durch Produktion und Verkauf des Opiums. Der schottische Journalist Alan Macleod hat im Juni 2021 einen interessanten Artikel dazu veröffentlicht „Geopolitics, Profit and Poppies: How the CIA Turned Afghanistan into a Failed Narco-State."[2]

Was für Erkenntnisse finden sich in dem Artikel?

Er schreibt zum Beispiel: «Mohn wird vom US-Militär als perfekte Kriegspflanze angesehen. Amerikanische Geheimdienstoffiziere stellten sogar Anleitungen für den Mohnanbau zusammen, verteilten Saatgut an lokale Afghanen und halfen beim Anbau von Hunderten von Mohnpflanzen, was den illegalen Handel im Land anheizte.

Im November 2017 gab das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UnoDC) bekannt, dass der Mohnanbau in Afghanistan in einer einzigen Saison um mehr als 120 000 Hektar zugenommen hat. Die Opiumproduktion des Landes stieg von rund 180 Tonnen im Jahr 2001 auf mehr als 3 000 Tonnen pro Jahr nach der US-Invasion. Im Jahr 2020 erreichte sie sogar einen Rekordwert von fast 10 000 Tonnen. Heute ist Afghanistan der weltweit größte Mohnanbauer und Opiumproduzent und liefert mehr als 85 Prozent des weltweiten Opiums.»

Das heißt im Klartext, die USA sind für den explosionsartigen Anstieg der Mohnproduktion verantwortlich…

Gemäß dem Artikel von Alan Macleod muss man diesen Schluss ziehen.

Wie beurteilen Sie die Reaktionen des Menschenrechtsrates, der gerade seine 31. Sondersitzung über Afghanistan abhielt, oder die G 7 Gespräche?

Wie so oft kommen das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte, der Menschenrechtsrat, die G 7 und andere Gruppierungen zu spät und können nur an «Band Aids» denken, humanitäre Hilfe, Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten. Natürlich müssen die Uno und die internationale Gemeinschaft leidenden Menschen helfen – aber wir müssen auch verstehen, dass die USA und Nato mitverantwortlich sind an dieser Katastrophe.

Inwiefern?

Wenn die USA diesen willkürlichen und ungerechten Krieg in Afghanistan nicht geführt hätten, wenn die Nato Afghanistan nicht erbarmungslos bombardiert hätte, wären die Szenen in Kabul und anderen Orten Afghanistans anders. Es ist nicht schwierig zu verstehen, dass der Westen die Ursache vieler dieser Probleme ist, und solange die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden – und damit meine ich George W. Bush, Dick Cheney, Colin Powell, Tony Blair, Barack Obama, Donald Trump usw. – wird die Welt weiterhin solches Elend sehen. Die große Migrationswelle aus Libyen/Afrika, Syrien, Libanon usw. geht auf USA und Nato Interventionspolitik zurück. Es ist kein Wunder, wenn die USA ein Land und eine Region destabilisieren, dass es Konsequenzen gibt. Aber die Staaten, die sich daran nicht beteiligt haben – z. B. Ungarn, Slowenien, Slowakei usw. sollen für die Verbrechen der US nicht bezahlen. Was die Welt braucht, sind präventive Diplomatie, friedensfördernde Maßnahmen und ein Ende der Provokationen und Ausbeutung anderer Menschen und Länder.

Wie muss man die Stellungnahmen der verschiedenen Uno-Experten verstehen, die scharfe Vorwürfe an die Adresse der Taliban richten?

Was sie da sagen, ist nicht unbedingt falsch, aber es hilft in diesem spezifischen Moment nicht. Die Meldung ist zu allgemein – ich möchte fast sagen, zu banal – der Krise nicht angemessen. Sie sprechen von Flüchtlingen, Migration und Frauenrechten. Bedeutend ist, was nicht erwähnt wird, und sie ziehen nicht die richtigen Konsequenzen. Sie verurteilen

nicht die illegale Einmischung seinerzeit der Sowjetunion und der USA in die Angelegenheiten Afghanistans. Die Katastrophe in Afghanistan ist die direkte Konsequenz der illegalen Interventionen, und kein Mensch hat sich dafür entschuldigt oder Reparationen geleistet. Die USA und Nato-Länder haben tausendfach mehr Schaden in Afghanistan angerichtet als die Sowjets. Die USA und Nato-Länder haben 20 Jahre das Land gefoltert. Nun kommen die Taliban an die Regierung – einige sogar, die in Guantánamo und in anderen Folterstätten gelitten haben. Die Uno-Rapporteure sollten die Verbrechen der USA und der Nato ebenso beim Namen nennen und unmissverständlich verurteilen – dies tun sie aber nicht. Interessant ist auch, dass nur einige Rapporteure mitsigniert haben – nämlich die politisch korrekten Rapporteure, die ich „Guardians of the Status quo" nenne. Sie dienen dem System. Sie dienen den Interessen der Eliten.

Wer hat nicht signiert?

Zum Beispiel der Schweizer Rapporteur über Folter, Nils Melzer; der ugandische Rapporteur über die Weltordnung, Livingston Sewanyana; die Rapporteurin über Sanktionen, Alena Douhan.

Der US-Präsident hat sich auch geäußert…

Ja, erbärmlich. Nirgendwo wird von Biden anerkannt, dass die USA kein Recht hatten, in Afghanistan einzumarschieren, um 20 Jahre das Land zu besetzen. Da ist keine Spur von Selbstkritik, sondern nur Wiederholung der Propagandalügen. Das Phänomen ist nicht neu. Auch nach Vietnam wollten die USA ihre eigene Propaganda fortsetzen. Sie bleiben die Guten und die Taliban bleiben die Bösen. Gewiss – die Taliban haben viele Verbrechen begangen. Aber sie waren Opfer einer illegalen Aggression. Die US-Medien wollen die Konsequenzen der Niederlage nicht anerkennen, sondern die Kriegslügen fortsetzen

Warum konnten die USA die Regierungen und das Volk Afghanistans nicht für «The American Way» gewinnen?

Erstens konnten die Amerikaner das afghanische Volk nicht davon überzeugen, dass das westliche Model besser sei als ihr eigenes. Zweitens, die Amerikaner haben sich nicht in die Lage der Menschen dort versetzt, ihre Kultur und ihre Traditionen nicht verstanden. Eines ist auf alle Fälle klar: Die Afghanen wollen den westlich-amerikanischen neoliberalen Kapitalismus nicht. Niemand will von einer fremden Macht bestimmt werden. Ob richtig oder falsch, jedes Volk hat das Recht, sich selbst zu entwickeln und den eigenen Weg zu bauen. Allenfalls können wir Rat geben, wenn uns jemand darum bittet.

Was würden Sie für einen Weg als ehemaliger Unabhängiger Uno-Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung im Umgang mit der Situation in Afghanistan empfehlen?

Respekt gegenüber dem afghanischen Volk. Respekt für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Die Respektierung der Uno-Charta, insbesondere des Gewaltverbots im Artikel 2(4) der Charta. Die Respektierung des Verbotes der militärischen Intervention und der imperialen Einmischung in die inneren Angelegenheiten von anderen Ländern, wie es in etlichen Resolutionen der Uno-Generalversammlung steht, u. a. Res. 2625, 3314 usw. Ich würde empfehlen, dass meine 25 Prinzipien einer gerechten Weltordnung angewandt werden, dass diese Prinzipien in alle Sprachen übersetzt werden, einschließlich Dari (Farsi), Paschtu und die anderen Sprachen, die in Afghanistan gesprochen werden. Meine 25 Prinzipien wurden dem Uno-Menschenrechtsrat im März 2018 vorgelegt[4] und nun liegen sie in meinem Buch „Building a Just World Order"[5] vor. Die Präsidentin der Generalversamm-

lung 2018–19, Maria Fernanda Espinosa, sagte darüber: „Die 25 Zayas-Prinzipien der internationalen Ordnung sind eine moderne Magna Carta. Wenn sie von der internationalen Gemeinschaft umgesetzt würden, könnten sie dazu beitragen, im 21. Jahrhundert Frieden mit sozialer Gerechtigkeit zu sichern. Gemäss der Uno-Charta tragen die Mitgliedsstaaten Verantwortung für zukünftige Generationen. Daher sollten sie konkrete Massnahmen ergreifen, um diese regelbasierte Ordnung in internationaler Solidarität zu verwirklichen."

Herr Professor de Zayas, herzlichen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser | Der Abdruck erfolgte mit freundlicher Genehmigung von *Zeitgeschehen im Fokus*.

[1] *undocs.org/A/HRC/39/47/*Add.1 *siehe auch Kapitel 12 des Buches «Building a Just World Order», www.claritypress.com/product/building-a-just-world-order*
[2] *www.youtube.com/ watch?v=vlbZt56qv18*
[3] *www.mintpressnews.com/cia-afghanistan-drug-trade-opium/277780/*
[4] *www.ohchr.org/EN/Issues/IntOrder/Pages/OutliningPrinciples.aspx*
[5] Kapitel 2, Building a Just World Order, Clarity Press, Atlanta, 2021.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Taliban: von einer Diebesbande zum Staat

Von Emilio Pietro De Feo

22. 09. 2021



Bildquelle: CM

Vom Pivot to Asia bis zu den Doha-Vereinbarungen

Die Einführung der neuen amerikanischen außenpolitischen Doktrin „Pivot to Asia" während der ersten Amtszeit Obamas, die darauf abzielte, den Sumpf im Nahen Osten zu überwinden, indem sie ihre Energien in erster Linie auf den chinesischen Gegner konzentrierte, und die Unterzeichnung des historischen Doha-Abkommens zwischen der US-Regierung und den Taliban durch die Trump-Administration im Jahr 2020 waren zwei wichtige Schritte zur Beendigung des zwanzigjährigen Konflikts in Afghanistan. Der Abzug aller US-Truppen aus Afghanistan hat dazu geführt, dass sich die Öffentlichkeit für das Schicksal der Menschen in dem zentralasiatischen Land interessiert. Die gesamte internationale Gemeinschaft hat sich ebenfalls mobilisiert, um eine gewisse Stabilität im

Land zu gewährleisten, zum einen aufgrund des neuen „alten“ institutionellen Gefüges, zum anderen, weil sie über die mangelnde Neigung des islamischen Fundamentalismus zu den universalistischen Werten des Westens beunruhigt ist.

Das Scheitern des Krieges gegen den „Terror

Die Kampagne „Enduring Freedom“, mit der die westliche Welt, allen voran die Vereinigten Staaten, zu Beginn des dritten Jahrtausends den so genannten „Krieg gegen den Terrorismus“ geführt hat, hat nicht die Ergebnisse gebracht, die die zivilisierte Welt erwartet hatte. Dieses Konzept erscheint paradox, denn es ist undenkbar, einer Methode oder Taktik den Krieg zu erklären, die lange vor der Entstehung von Al-Qaida angewandt wurde. Gleichzeitig ist der so genannte Krieg gegen den Terrorismus im Grunde ein endloser Krieg, da es keine klaren Raum-Zeit-Bezüge gibt.

Die Wiedererlangung der Macht durch die Taliban wirft wichtige Fragen auf: Können die Taliban noch als terroristische Gruppe betrachtet werden? Was ist der Unterschied zwischen einer terroristischen Organisation und einem Staat? Was ist Terrorismus?

Die Taliban entstanden als islamische Studenten paschtunischer Abstammung. Ausschlaggebend für die Machtergreifung der Taliban gegenüber den anderen Gruppierungen war die Verschmelzung der traditionalistischen sunnitischen Auslegung mit dem Paschtunwali-Kodex. Mit dem Übergang von einem Widerstandskrieg – d.h. gegen die sowjetische Invasion mit amerikanischer Unterstützung – zu einem Bürgerkrieg – zwischen den verschiedenen Fraktionen, die in den 90er Jahren um die Macht rangen – konnten die Taliban unter der Führung von Mullah Omar Kabul erobern, waren aber nicht in der Lage, die Macht zu konsolidieren und verloren sie nach dem 11. September vorübergehend.

Was den Begriff des Terrorismus betrifft, so hat die Debatte innerhalb der UNO über die Definition des Phänomens 30 Jahre gedauert, ohne dass eine einhellig akzeptierte Definition gefunden wurde. Insbesondere die Wertdefinition des Terrorismus als „kriminelle Handlung, die unschuldige Zivilisten trifft“, ist gefährlich, weil sie dazu tendiert, das ideologische Ziel des „Kriegs gegen den Terror“ zu bestätigen und so das Konzept des „gerechten Krieges“ in säkularisierter Form wiederherzustellen.

Was ist Terrorismus?

Wie bereits erwähnt, ist der Terrorismus in erster Linie eine Taktik, die auch von Staaten und nicht nur von Gruppen angewandt wird, die die institutionelle Ordnung umstürzen wollen. Um als solche eingestuft zu werden, muss eine Gewalttat einen politischen Anspruch haben. Die Geschichte erinnert uns seit der Ermordung Cäsars daran, dass der Terror immer ein Instrument der inneren oder äußeren Destabilisierung war. Ziel und Handlung richten sich gegen unterschiedliche Subjekte. Terrorismus ist letztlich Gewaltdiplomatie, aber Gewalt ist auch die Grundlage für die Gründung eines Staates, sowohl im mythischen als auch im historischen Sinne. Der Terrorist ist derjenige, der seine Niederlage nicht akzeptiert hat und sich in der Gesellschaft tarnt; dies unterscheidet ihn von der Guerilla, die unter den Bedingungen der Sichtbarkeit agiert und Teil einer paramilitärischen Organisation ist.

Ein Beispiel für einen erfolgreichen Terrorismus, der in der Lage war, die Forderungen der Bevölkerung zu interpretieren, ist die Irgun, eine zionistische Terrororganisation, die von 1931 bis 1948 gegen das britische Empire operierte. Tatsächlich erreichten die Irgun und andere Organisationen wie die Stern-Bande das Ziel, die Briten zu vertreiben, und genossen dabei die Gunst der Bevölkerung, eine Grundvoraussetzung für den Terrorismus. In einer

Ära der hybriden Kriegsführung – einer Mischung aus konventioneller, unkonventioneller und Cyber-Kriegsführung – wie der unseren, sind Unterkategorien des Krieges wie Terrorismus und Guerillakrieg im Vergleich zur Vergangenheit vorherrschend.

Die Legitimität beruht auf Gewalt

Der ehemalige UN-Berater für Afghanistan, Oliver Roy, erklärte in einem Interview, dass die Feindschaft zwischen ISIS und Taliban nur scheinbar paradox sei, da letztere nach Ansicht des ehemaligen Beraters nie Terroristen gewesen seien. Ob man die Arbeit der Taliban in der Vergangenheit als terroristisch bezeichnen will oder nicht, ist von geringer Bedeutung, es gibt nur einen sehr subtilen und grundlegenden Unterschied, der es erlaubt, einen Staat von einer terroristischen Organisation zu unterscheiden: das Gewaltmonopol und folglich die Legitimität der Gewalt.

Der liberal-demokratische Ansatz stützt sich auf das Recht oder auf Werte, während in Wirklichkeit der einzige Faktor, der die Legitimität eines Staates ausmacht, die Gewalt ist, oder, wenn Sie so wollen, die militärische Gewalt. Realistischerweise ist dies die einzige Bedingung, die allgemein akzeptiert wird, denn sonst müsste man sich fragen, warum ein Staat wie Saudi-Arabien, der ebenfalls auf islamischem Fundamentalismus beruht, nicht auf eine Stufe mit dem Afghanistan der Taliban gestellt wird.

Wie Augustinus in seinem *Gotteststaat* Gottes feststellt, ist das Wesen großer Reiche und von Diebesbanden dasselbe, nur das Ausmaß ihrer Verbrechen ändert sich:

Und was bilden diese Diebe, wenn nicht kleine Königreiche? Denn sie sind Banden von Männern, die von einem Häuptling befehligt werden, an eine Verfassung gebunden sind und ihre Beute nach einer gesetzlichen Vereinbarung aufteilen. Wenn eine dieser Banden mit anderen Räubern so weit wächst, dass sie ein ganzes Gebiet besetzt, ein festes Hauptquartier einrichtet und Städte beherrscht, nimmt sie den Namen Staat für sich in Anspruch, der nicht durch den Verzicht auf Gier, sondern durch die Sicherheit der Straffreiheit verliehen wird.



Emilio Pietro De Feo hat einen Abschluss in Politikwissenschaft und internationalen Beziehungen (Universität Salerno) und ist Doktorand in Ermittlungen, Kriminalität und internationaler Sicherheit (Internationale Universität Rom, UNINT). Publizist, arbeitet mit „Quotidiano del Sud-Corriere dell'Irpinia“ und mit „Oltre la linea“ zusammen.

MACHIAVELLI

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Frauen in Schwarz

> Das Foto der Woche stammt aus Afghanistan, wo die Taliban „ihre Vision von Frauen inszenieren“, erklärt *Le Figaro*.

20. 09. 2021



Foto: Kaveh Rostamkhani/kaveh-rk.net

Die neuen afghanischen Machthaber organisierten am 11. September in einer Kabuler Universität eine Versammlung von Frauen, die ihr Konzept der Religion und der Trennung der Geschlechter repräsentieren, berichtet *LesObs*.

Frauenministerium wird „Tugendamt“

Am Freitag, den 17. September, ersetzten die Taliban das Ministerium für Frauenangelegenheiten durch das „Amt für die Förderung der Tugend und die Verhütung des Lasters“. Dieses Amt war für seinen Fundamentalismus bekannt, als die Taliban vor zwanzig Jahren an die Macht kamen, berichtet *L’Express*.



Bildquelle: Youtube Screenshot

Frauen wurden ihres Amtes enthoben

Am 17. September wurden Arbeiter dabei beobachtet, wie sie am ehemaligen Gebäude des Frauenministeriums in Kabul ein Schild für das Amt für die Förderung der Tugend und die Verhütung des Lasters anbrachten.

In den sozialen Netzwerken wurden in den letzten 24 Stunden mehrere Fotos von weiblichen Angestellten gepostet, die vor dem Gebäude protestierten und sich über den Verlust ihres Arbeitsplatzes beklagten.

Obwohl die Taliban eine sanftere Regierung ankündigten als diejenige, die zwischen 1996 und 2001 im Amt war, erlaubten sie den meisten Frauen nicht, wieder zu arbeiten. Als die neue Regierung vor zwei Wochen ernannt wurde, gab es unter ihren Mitgliedern keine Frauen.

Frauen werden im Leben des Landes an den Rand gedrängt

Am Freitag kündigte das Bildungsministerium außerdem die Wiedereröffnung der Gymnasien für Jungen und die Rückkehr der männlichen Lehrer an ihren Arbeitsplatz an.

Auch im Hochschulwesen wird die Segregation die Regel sein. Die Taliban haben bereits festgelegt, was die Schülerinnen tragen dürfen.

Während Hunderttausende von Frauen, oft aus der Not heraus, in den Arbeitsmarkt eingetreten waren, behaupteten die Taliban, dass ihnen zu ihrer eigenen Sicherheit befohlen worden sei, zu Hause zu bleiben. Eine dunkle Zeit für afghanische Frauen bricht an. Quelle: *Boulevard Voltaire*

Anm. der Red.:

Die Probleme haben wir nicht! Wir haben emanzipierte Frauen und aufgeschlossene Männer! Da werden sich die hereingeholten Afghanen sicher rasch integrieren!



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Themen global, die uns auch bewegen *Seiten 18 - 51*

01) Das Prinzip des „zehnten Mannes“

Von Jože Biščak

19. 09. 2021



Joze Biscak

1973 fand der israelisch-arabische Krieg statt, auch bekannt als Jom-Kippur-Krieg. Die arabische Militärkoalition überrumpelte damals die Israelis, und die Offensive wurde erst nach einigen Tagen gestoppt.

Obwohl Tel Aviv einige Warnungen, vor allem von ausländischen Nachrichtendiensten, erhalten hatre, hielten die israelischen Generäle und der militärische Nachrichtendienst AMAN diese für irrelevant, da man davon ausging, dass es sich nicht um eine ernsthafte Bedrohung handelte und eigeneAnalysen nicht auf eine ernsthafte Bedrohung hindeuteten; man glaubte also nach wie vor an die eigene militärische Überlegenheit. Man hatte Unrecht. Nach diesem Debakel hat der israelische Geheimdienst, wie es heißt, das Prinzip des „zehnten Manne“ eingeführt.

Die Regel lautet in etwa so. Wenn neun Personen in einem Gegenstand zur gleichen Schlussfolgerung kommen, ist es die Aufgabe des zehnten Mannes, ihnen zu widersprechen, egal wie unplausibel und unmöglich eine alternative Schlussfolgerung auch erscheinen mag. Der „zehnte Mann“ geht davon aus, dass die Neun im Unrecht sind, sucht nach Fehlern in der Entscheidung der Neun, erklärt die Fakten aus einer neuen Perspektive und versucht vor allem, Informationen und Argumente zu finden, die den Thesen

widersprechen, auf die sich die Neun einstimmig geeinigt haben. Die Methode ist nicht neu: Vor Jahrhunderten war sie als „advocatus diaboli“ („Anwalt des Teufels“) und bei den Israeliten auch als „Revisionsabteilung“ bekannt.

Wenn man hört, wie die Mainstream-Medien mit einer Stimme und unisono die slowenische Mitte-Rechts-Regierung buchstäblich „niedermachen“ und versuchen, eine Gehirnwäsche durchzuführen und einen davon zu überzeugen, dass Janšas Regierung faschistisch ist, dass Slowenien in Richtung Totalitarismus abgleitet und dass die Medienfreiheit (was auch immer das bedeutet) bedroht ist, dann versetzt man sich in die Rolle des zehnten Mannes. Fragen Sie sich selbst: Es ist wahr, die Mainstream-Medien sind sich einig, aber könnten sie sich irren, könnten sie Recht haben, und könnte die Realität der von ihnen gezeichneten diametral entgegengesetzt sein?

Sie werden schnell Folgendes herausfinden:

1. werden Sie auf Dinge stoßen, die die hegemonialen Medien absichtlich ignorieren und nicht berichten;
2. werden Sie Anomalien in der Berichterstattung der MSM entdecken;
3. wird Sie dies zu der Schlussfolgerung führen, dass selbst die Dinge, über die die MSM nicht berichten, wichtig sind, um zu verstehen, was sie berichten;
4. werden Sie mit Fragen konfrontiert, die die MSM absichtlich nicht beantworten wollen;
5. werden Sie Informationen und Argumente finden, die für die Darstellung der Realität durch die Mainstream-Medien sprechen;
6. werden Sie beginnen, das ganze Thema kreativer und mit gesundem Menschenverstand zu betrachten, neue Perspektiven werden sich eröffnen;
7. werden Sie schließlich erkennen, dass die Realität den Thesen der MSM widerspricht und dass die MSM Sie in einer parallelen Realität halten wollen.

Glauben Sie mir, Sie werden es durchschauen, Sie werden Ihren Geist von dem Informationspanzer befreien, mit dem Sie von den linken Mainstream-Medien gegen die Mitte-Rechts-Regierung und ihre Maßnahmen zur Eindämmung der chinesischen Virusepidemie bombardiert und aufgehetzt werden. Man muss nur ein wenig Logik anwenden und auch scheinbar triviale Dinge berücksichtigen, die sich am Ende als entscheidend für das Verständnis des Gesamtbildes erweisen. Die Mainstream-Medien wollen nicht, dass man ihre Rechtschaffenheit in Frage stellt. Die Mainstream-Medien wollen, dass Sie ihnen blindlings glauben und folgen, sie wollen, dass Sie nur das sehen, was sie Ihnen zeigen. Wenn Sie dies mit der Methode des zehnten Mannes abschütteln, werden Sie erkennen, dass Sie von den linken Medien in die Irre geführt werden.

Jože Biščak ist Chefredakteur und Herausgeber der Wochenzeitung *Demokracija*, langjähriger investigativer Journalist und seit 2020 Präsident des slowenischen Verbandes der patriotischen Journalisten sowie Autor von drei Büchern.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*

02) Konferenz „Familie als Schlüssel zur Nachhaltigkeit“

Demografie für die Demokratie

Von Dávid Megyeri

24. 09. 2021



Foto: István Mirkó

Das Idol des westlichen Neomarxismus, die Chaoskreation der 68er, Jean-Paul Sartre, schrieb: So wie die Menschheit ohne Literatur existiert, existiert die Welt ohne Menschen. Ein ominöser Spruch. Das größte Problem ist, dass die westliche Linke und die ehemaligen Mitte-Rechts-Parteien, die sich ihr angeschlossen haben, zunehmend an diese Weltuntergangsprophezeiung glauben. Wir erwähnen dies, weil der demographische Höhepunkt das Gegenteil des programmatischen Pessimismus der liberalen Linken ist.

Im Moment läuft sie zwar unter den Decknamen Gender-Philosophie, LGBTQ-Gewalt, Flüchtlingshilfe, grüne Politik, BLM, Menschenrechtsschutz, aber der Punkt ist derselbe: die menschliche Rationalität, das gewaltsame Aufbrechen des traditionellen Rahmens des menschlichen Lebens auf der Grundlage von Familien und Nationen. Das Endergebnis ist dasselbe: die Zerstörung der Menschheit, die Ausrottung des modernen Kulturmenschen.

Auch aus diesem Grund ist die Konferenz „Familie als Schlüssel zur Nachhaltigkeit“ ein Ablenkungsmanöver für die liberale Linke, die in ihren eigenen Absurditäten ertrinkt. Und wenn sie so etwas hören wie das, was Viktor Orbán in seiner Rede gesagt hat, dass wir unsere demographische Zukunft nicht erleiden, sondern gestalten wollen, dann ist das für sie ein casus belli, eine Hölle des Rassismus und der Intoleranz. Wie kommt es also dazu, dass sich eine Nation nicht nur an fortschrittliche Szenarien anpasst, sondern das Geschehen beeinflussen will?

Schließlich beruht das gesamte irrationale marxistische Denken der extremen Linken, das auf den Kopf gestellt und als gemäßigt dargestellt wird, auf der Idee, dass wir uns nur an

die Prozesse anpassen und nicht gegen sie auflehnen müssen. Denn das ist die fortschrittliche Einstellung. Man könnte sogar sagen, dass es sich um ein Narrenparadoxon handelt – aber wir sprechen hier von einem Tornado, und es ist besonders unannehmbar, dass sie die verzerrte Sichtweise, die den freien Willen und das freie Handeln leugnet, zur Pflicht machen wollen.

Deshalb können wir sicher sein, dass die Kampagne gegen uns von der migrations- und geschlechterlobbyistischen Globalisierungselite verstärkt werden wird, wenn der Ministerpräsident erklärt, dass unsere Familienpolitik vor zehn Jahren auf fünf Säulen beruhte. Die Familienpolitik muss sich an der Mutter orientieren, das ganze Land muss familienfreundlich gestaltet werden, und die Familien und Kinder müssen durch die Institution des Rechts geschützt werden. Der Ministerpräsident sagte, der stärkste Angriff auf unser Land sei der Satz im Grundgesetz „Der Vater ist ein Mann, die Mutter ist eine Frau“.

Die Worte von Viktor Orbán machten deutlich, dass wir nur fordern, dass das traditionelle Familienmodell auch in der EU unterstützt wird. Wir stehen nämlich für die Freiheit, für den unabhängigen Willen des Menschen, während das Konglomerat, das sich Linke nennt, nach jahrzehntelangen vergeblichen Versuchen, das Gleiche zu tun und sich gegen den Menschen zu wenden, an seinem eigenen Wahnsinn zugrunde gegangen ist. Ist es nicht eine Entmenschlichung, wenn ungeborene Kinder als kohlenstoffemittierende Individuen behandelt werden und ihr Recht auf Leben in Quoten abgewogen wird? Und ist es nicht eine Degradierung von Menschen, die von anderen Kontinenten hierher gelockt wurden, nur als zukünftige Arbeiter, als Proletarier gesehen zu werden?

Allerdings haben wir ihnen gegenüber einen enormen positionellen Vorteil – wie auch Ministerpräsident Orbán angedeutet hat -, denn wir wissen seit vierzig Jahren, dass in Ungarn das Virus „Woke“, also der Kommunismus, wohnt. Es ist kein Zufall, dass unsere familienpolitischen Maßnahmen vom ehemaligen US-Vizepräsidenten Mike Pence ausführlich gelobt wurden, ebenso wie andere ausländische Staatschefs, die das ungarische Beispiel lobten. Das ist eine schlechte Nachricht für die selbsternannte Elite der Pseudolinken: Dieses Treffen ist mehr als eine Konferenz. Es wird eine echte Gemeinschaft für den Fortschritt geschmiedet, um die Absurditäten der antirassistischen Ausgrenzung zu beseitigen.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ein Jahrhundert des militanten Islam und die große Krise des Westens

Von Gregor Preac

24. 09. 2021



Gregor Preac · *Foto: Demokracija*

Der chaotische Rückzug aus Afghanistan hat dem fanatischen Islam, dem Terrorismus, der Mafia, der Kriminalität, China, Russland und dem Iran die Schwäche, die Inkompetenz, den Zusammenbruch, die Bürokratisierung, die Ineffizienz, die Impotenz und die Dekadenz des Westens vor Augen geführt. Und es wird sie ermutigen!

Bidens Zustimmungsrate fiel im September trotz der fanatischen Propaganda und Zensur in den meisten (sozialen) Medien der USA auf nur 43 %. Die US-Regierung ist nun hauptsächlich damit beschäftigt, Afghanistan als Rückschlag, wenn nicht gar als Sieg darzustellen.

Der Rückzug der Amerikaner aus Afghanistan und der Sieg des fanatischen Islam zeigen jedoch, dass der Islam der Nachfolger des Kommunismus im 21. Jahrhundert ist und dass 21. Jahrhundert ein Kampf zwischen Demokratie (Laizismus) und Islam sein wird.

Die große Krise des westlichen Bewusstseins

Weil der Westen den Islam nicht als Feind erkennen kann, ist er auf verlorenem Posten! Nach Iran, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Somalia und jetzt Afghanistan! Der Westen befasst sich mit dem Terrorismus, anstatt den Islam zu isolieren und zu enthaupten, der die Quelle und den Nährboden für Krieg, Gewalt, Terrorismus und Unwissenheit darstellt. Der Westen ist sogar so blind, dass er den militanten Islam millionenfach in die Hauptstädte und Großstädte Westeuropas eindringen lässt. Die Interventionen in islamischen Ländern, in Afghanistan, in der Migration, zeigen die große Bewusstseins- und Ideologiekrise des Westens, die Wahnvorstellung von der Verschmelzung von Liberalismus und Sozialismus. Ihr Globalismus und Internationalismus öffnet die Grenzen für die Armen und Ungebildeten aus der überwiegend islamischen EU, während Russland und China über neue

Handelswege, neue (nicht-militärische) Eroberungsstrategien oder die Integration der Welt nachdenken, wo Migration nicht mehr notwendig oder sinnvoll ist. Die Massenmigration destabilisiert sowohl die Herkunfts- als auch die Zielländer.

Trotz der Schließung von Stützpunkten im Irak und in Afghanistan haben die USA immer noch rund 800 Stützpunkte in der Welt, Russland nur 18 und China nur einen in Dschibuti. China setzt auf die Wiederherstellung der Seidenstraße, auf Afrika und auf Bodenschätze (es wird wahrscheinlich die meisten Geschäfte mit den Taliban über Minen für seltene Metalle abschließen), während Russland auf einen neuen Seeweg durch das Eismeer setzt, der die Reise von China und Japan nach Deutschland im Vergleich zur Suezkanalroute um 20 Tage verkürzen würde. Während China mit dem Wirtschaftswachstum beschäftigt ist, sind Deutschland, das Vereinigte Königreich und die USA mit der Evakuierung aus Afghanistan beschäftigt. Als die Taliban 1996 Afghanistan erstmals besetzten, gab es 4 Millionen Flüchtlinge aus diesem Land. Man rechnet nun mit einer halben Million, jedenfalls für erste. Nach Angaben der Vereinten Nationen benötigt die Hälfte der afghanischen Bevölkerung sofortige Hilfe, und ein Drittel der Bevölkerung leidet vermutlich bereits Hunger. Die Banken sind geschlossen, ebenso die Geschäfte.

Griechenland hat eine 40 km lange Mauer und einen Stacheldrahtzaun gegen die Türkei fertig gestellt, Polen hat nach Litauen Stacheldraht an seiner Grenze zu Weißrussland installiert und den Ausnahmezustand ausgerufen.

Deutschland hat etwa 4 500 Menschen aus Afghanistan über die Luftbrücke nach Usbekistan transportiert, darunter etwa 4 000 Afghanen. Merkel gibt nicht auf, obwohl am 26. September Bundestagswahlen anstehen und ihre CDU/CSU-Koalition mit nur 22 % das schlechteste Ergebnis in der Geschichte erzielt, sondern sagt, dass weitere 40 000 Menschen aufgenommen werden sollen. Doch schon jetzt wurden mehr als 20 verurteilte Straftäter unter den Geflüchteten entdeckt, darunter auch ein Afghane, der 2019 aus Deutschland ausgewiesen wurde, nachdem er angeblich eine Teilstrafe von achteinhalb Jahren für die Vergewaltigung seiner minderjährigen Tochter verbüßt hatte. Neulich fand in Deutschland der erste Angriff nach der Evakuierung statt, als ein Afghane zwei Menschen mit einem Messer niederstach.

Wenn der Islam den Westen besiegt, besiegt er nicht die Chinesen. Die Chinesen haben ihre eigenen Waffen eingesetzt, um andere Religionen, Kulturen und Sprachen zu zerstören: die Migration (von Chinesen) nach Xinjiang oder Uighurien, was zum Verschwinden der Uighuren, aber auch des mittelalterlichen Islams, des religiösen Fanatismus und des Terrorismus führt. Man muss den Feind erkennen, kennen und respektieren, aber der Westen kämpft gegen Geister und sich selbst und verliert dabei. Wir werden uns entscheiden müssen, ob wir den mittelalterlichen Islam verbieten, abschaffen oder hermetisch abriegeln, damit er zu etwas Zivilisierterem aufbrechen kann, oder ob die EU im Laufe der Jahre selbst zum Islam und ein neues Mittelalter beginnt, weil sie aus dem Zusammenbruch des Weströmischen Reiches und später von Byzanz nichts gelernt hat!

DEMOKRACIJA

Dieser Beritrag erschien zuerst bei NOVA24.TV.SI / DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) GETTR-Chef Jason Miller: „Wir werden keine Zensur dulden“

23. 09. 2021



Miller und YouTuber Sargon von Akkad in London

Es gibt jetzt endlich eine funktionierende Alternative zu den gleichgeschalteten sozialen Medien wie Facebook, YouTube und Twitter: Ex-Trump-Wahlkampfchef Jason Miller kam nach Europa, um Werbung für seine millionenschwere, zensurfreie Plattform GETTR zu machen.

Seit 18.September ist GETTR auf allen Plattformen, auch auf iOS und Android, in einer multi-lingualen Fassung, also auch auf Deutsch, verfügbar. „Viele unserer sehr guten Techniker sind Exil-Chinesen, deshalb legen wir großen Wert darauf, in allen Sprachen verfügbar zu sein“, sagte Miller am Dienstag in London der Freien Welt. „Zehn Prozent unserer User nutzen die Plattform auf Chinesisch. Wir wollen damit auch die Menschen in China erreichen, und ihnen eine zensurfreie Plattform für Meinungsfreiheit bieten.“ Der Exil-Chinesische Milliardär und Bannon-Freund Guo Wengui lieferte die Server und technische Basis für GETTR.

GETTR wurde gegründet, nachdem Donald Trump im Januar von Twitter gesperrt wurde. Startschuss war der 4. Juli, der amerikanische Unabhängigkeitstag. Seitdem rekrutiert sich das Publikum hauptsächlich aus Trump-Unterstützern. Dieses Publikum will Miller jetzt weltweit expandieren.

Schlagzeilen machte Miller in Brasilien, als er Präsident Jair Bolsonaro und die konservative Messe CPAC Brasilien besuchte, und am 7.September beim Abflug auf Befehl eines linken Richters vier Stunden lang festgehalten wurde (Freie Welt berichtete). „Man denkt, dass

Bolsonaro Brasilien kontrolliert, aber so ist es nicht," sagte Miller. „Es gibt eine Schattenregierung aus linken Richtern der alten sozialistischen Regierung, die eine eigene Polizei haben. Niemand kontrolliert sie, sie schüchtern alle ein. Ich kenne viele Brasilianer, die deswegen schon das Land verlassen haben."

Bei der Vernehmung habe man Miller vorgeworfen, mit GETTR einen „Aufstand" wie am 6. Januar in Washington in Brasilien anzetteln zu wollen. „Das ist natürlich absurd, weil GETTR am 6. Januar noch gar nicht als Idee existierte. Die meisten Leute, die am 6. Januar das Kapitol gestürmt haben, haben sich über Twitter und Facebook organisiert." Als die Justizpolizei von ihm Namen und Kontakte aller Personen haben wollten, die er in Brasilien gesprochen habe, sei es ihm zu weit gegangen, so Miller. „Das waren echte Stasi-Methoden." Irgendwann habe man ihn gehen lassen, da sein Besuch öffentlich angekündigt war und er nichts verbrochen hatte.

Am brasilianischen Unabhängigkeitstag, dem 7. September, gingen etwa 30 Millionen Brasilianer auf die Straße und demonstrierten für die Meinungsfreiheit und gegen Millers Verhaftung (weitgehend ignoriert von deutschen Medien). Danach gab es einen Ansturm von Brasilianern auf GETTR, so Miller, die jetzt nach den Amerikanern und Chinesen die drittgrößte Nutzergruppe darstellen. „Die Unterstützung für Bolsonaro ist nach wie vor riesig", so Miller, auch wenn dies in den Umfragen und Medien nicht so dargestellt werde. „Die Medien in Brasilien sind genauso links unterwandert wie überall."

Nun wirbt Miller auch um Unterstützung für seine Plattform in Europa, und traf am Wochenende u.a. Eric Zemmour und Marion Marechal in Frankreich und am Dienstag Nigel Farage sowie weitere konservative YouTuber und Aktivisten in London.

Nutzern in Deutschland verspricht er „eine Plattform, auf der niemals jemand wegen seiner politischen Meinung zensiert wird." GETTR habe nach ursprünglichen Problemen mit Porno- und IS-Posts zwar Richtlinien erlassen, wie etwa gegen Aufrufen zur Gewalt, Pädophilie, Pornographie oder Doxxen, und werde Kommentare auch prüfen. Dabei komme es immer wieder zu interessanten Herausforderungen, so Miller: „Wir hatten zum Beispiel einen konservativen Porno-Star, Brandi Love, die auf GETTR zu ihrem OnlyFans Konto verlinken wollte. Was machen wir mit sowas?"

GETTR laufe aufgrund seiner hervorragenden Technik stabiler als andere alternative Plattformen wie Gab oder Parler, so Miller, und habe bereits jetzt ein Investmentvolumen in den hunderten Millionen Dollar.

Investor Guo Wengui hat mehrere hundert Millionen Dollar Startkapital von Investoren in Kryptowährung gesammelt und muss nun wegen angeblicher Fehler eine Strafe von 539 Millionen Dollar an die US-Börsenaufsicht zahlen, wie Fox Business berichtet. Die Finanzierung sei trotzdem gesichert, so Miller.

GETTR müsse noch prüfen, wie sie mit dem berüchtigten deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetz von Heiko Maas umgehen wollen, das weltweit als eines der schlimmsten Zensurgesetze gilt.

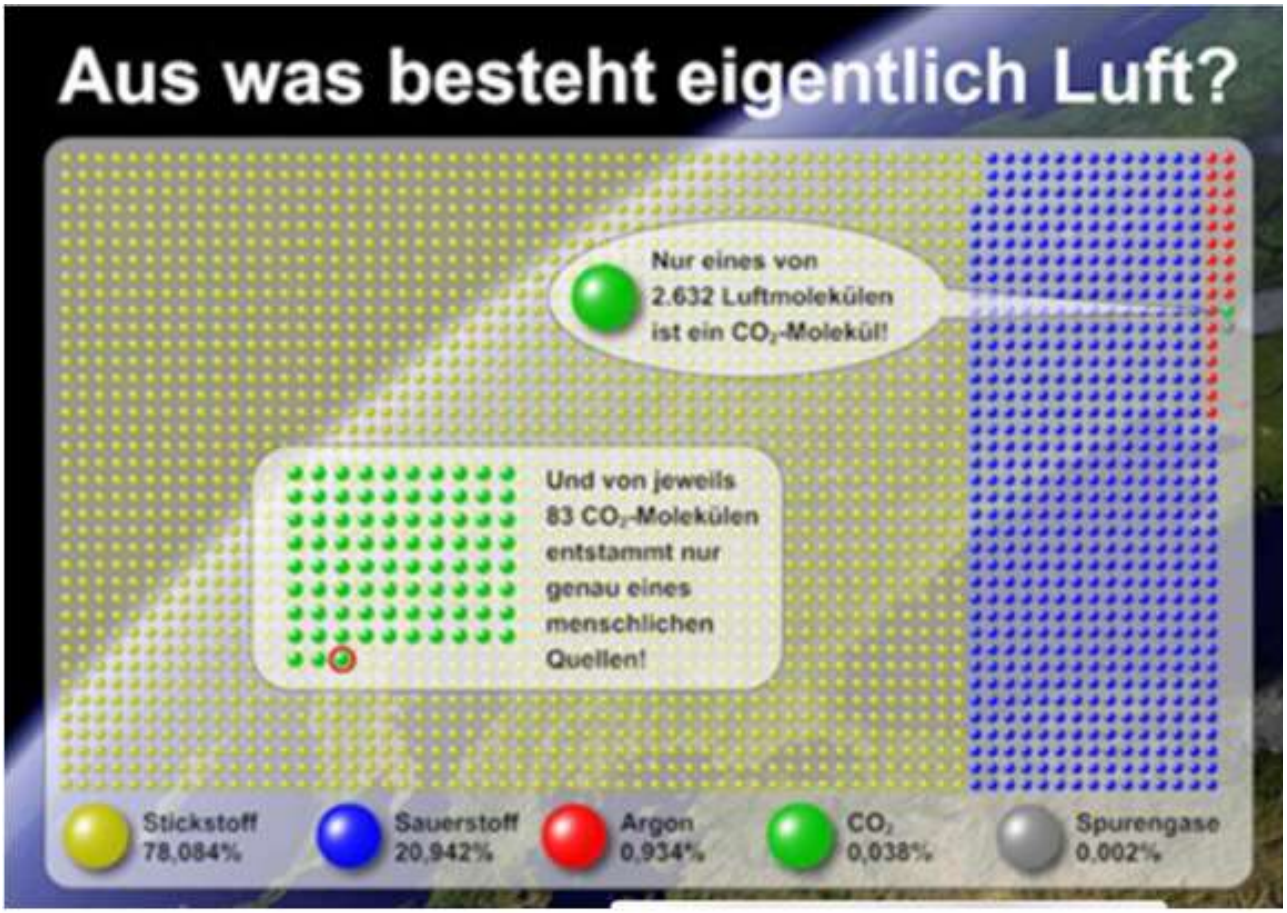
Am 20. September kündigte Andrew Torba, der Chef von Gab, an, sich nicht dem deutschen Gesetz beugen zu wollen. Gab hat sich seine eigenen Server aufgebaut und ist deshalb unabhängig von großen Server-Anbietern wie Google, Apple und Amazon, aber deshalb auch langsam und technisch anfällig.

„Wir müssen das rechtlich prüfen«, so Miller. »Aber eines kann ich unseren deutschen Nutzern versprechen: Wir werden keine politische Zensur dulden."

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Was sind die Motivationen hinter dem CO2 Schwindel?

22. 09. 2021



Viele Menschen werden sich fragen, woher die Wirkmächtigkeit der Klimahype kommt. Welche Interessen stecken dahinter? Wieso stoßen praktisch alle Medien in das gleiche Horn, obwohl die ganze Unsinnigkeit der gemachten Behauptungen offenkundig ist? Diese Kampagne läuft seit ca. 30 Jahren und hat längst einen totalitären, pseudoreligiösen Charakter angenommen.

Derartiges wie diese Kampagne kennt man sonst nur aus Diktaturen. Insbesondere die Instrumentalisierung Jugendlicher, die keine Ahnung haben worum es wirklich geht, ist eindeutig totalitär. Daraus kann man nur schließen, dass es für die Hauptakteure um sehr viel geht, möglicher Weise sogar um deren Existenz, ganz sicher aber nicht um unseren Planeten.

Club of Rome

Begonnen hat alles 1968 mit der Gründung des „Club of Rome", der sich angeblich für eine nachhaltige Zukunft der Menschheit einsetzte. Eines der Gründungsmitglieder war David

Rockefeller. Dieser war Bankier und Enkel des Ölmagnaten John Davison Rockefeller. Es darf daher vermutet werden, dass das Umweltthema nur instrumentalisiert wurde, um ganz andere Interessen auf Schiene zu bringen.

Peak Oil

Eines der Schlagworte waren damals „Die Grenzen des Wachstums“, was ja jedem vernünftigen Menschen einleuchtet. Insbesondere wurde damals behauptet, dass die Ölvorräte bald erschöpft seien und daher eine ölbasierende Ökonomie nicht zukunftsträchtig sei. Es kann durchaus sein, dass man diese Behauptung eine Zeitlang wirklich glaubte.

Man kann davon ausgehen, dass man sich schon damals hinter den Kulissen intensiv mit „Alternativen Energien“ auseinandersetzte. Rockefeller hat als Bankier sicher sofort das mögliche Investitionsvolumen abgeschätzt und erkannt, dass es sich um ein Billionenbusiness handelt, das das Ölgeschäft seines Großvaters um viele Faktoren übertreffen würde. Es ging also schon damals sicher nicht um die Rettung des Planeten, sondern um die Sicherung von Gewinnen der Superreichen durch neue Wachstumsimpulse.

Ölvorräte reichen noch Jahrhunderte

Allerdings hatte man dann bald erkannt, dass die bekannten Ölvorräte schneller wachsen als der Verbrauch. Neue Ölquellen wurden gefunden, bereits erschöpfte Ölquellen füllten sich plötzlich wieder auf. Es scheint so, dass praktisch überall Erdöl und Erdgas vorhanden ist, wenn man nur tief genug hinunter bohrt. Auf das nun einmal entdeckte Geschäft mit den „Alternativen“ wollte man trotzdem nicht verzichten. Man benötigte bloß eine andere „Story“ um es zu argumentieren!

„Globale Erwärmung“ statt „Peak Oil“

Genau zwanzig Jahre nach der Gründung des „Club of Rom“ wurde daher der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), eine UNO-Kreation gegründet, der seither die „Globale Erwärmung“ propagiert. Dies ist ein geschickt gemachter Schwindel, der ohne physikalische Ausbildung nicht zu durchschauen, wie die Seite klimaschwindel.net und unsere Redaktion berichtete. Insbesondere naturwissenschaftlich Halbgebildeten erscheinen die pseudowissenschaftlichen Erklärungen der „Globalen Erwärmung“ plausibel.

In Wahrheit gibt es viel zu viel Erdöl und Erdgas

Die Penetranz und Dauerhaftigkeit der Kampagne deutet allerdings darauf hin, dass es für die Betreiber um mehr als nur um ein gutes Geschäft geht. Man muss sich vor Augen halten, was in den letzten 50 Jahren rund um das Öl sonst noch alles passiert ist: Da sind einmal die Nahostkriege zwischen Israel und den arabischen Staaten und danach die Kriege gegen den Irak. Der Leser möge sich an die Brutkastenlüge und an die Lüge über die nicht vorhandenen irakischen Massenvernichtungswaffen erinnern, mit denen die beiden Kriege gegen den Irak begründet wurde. Diese Lügen wurden damals von Mainstream mit der gleichen Verve verbreitet, wie heute die Lüge von dem „menschengemachten Klimawandel“. Bei diesen Kriegen ging es letztendlich um die Kontrolle der Ölvorräte des Nahen Ostens. Saddam Hussein wollte damals das Öl in Euro handeln, was die Rolle des Dollars als Weltleitwährung gefährdet hätte. Man erinnere sich weiters daran, dass nach dem Zusammenbruch des Bretton Wood-Systems (der Goldbindung des Dollars), die Saudis versprachen, Öl nur in Dollar zu handeln und so halfen, die damals wankende Weltleitwährung zu stützen.

Man kann davon ausgehen, dass der Westen mit seiner Zielsetzung die Ölmärkte zu kontrollieren gescheitert ist. Der Grund liegt darin, dass immer wieder überall auf der Welt neue Öl- und Gasquellen gefunden wurden und es folglich unmöglich ist, alle Akteure unter Kontrolle zu bringen. Man kann deshalb die Ölmärkte nicht mehr dauerhaft zwingen Öl und Gas in Dollar zu handeln. Wenn das Öl nicht mehr diese Rolle spielen kann, wie kann man in Zukunft den Dollar und alle seine Derivate (z.B den Euro) als Weltleitwährung stützen und so in aller Zukunft grenzenlose Geldschöpfung zu ermöglichen?

Ein besonderes Problem für den Westen ist dabei Russland, das nicht nur über gewaltige Energiereserven verfügt, sondern diese auch durch seine Atomwaffen zu verteidigen weiß. Alle Versuche in Russland ein westenhöriges politisches System zu installieren sind bislang gescheitert. Ein Sturz Putins, oder seiner Nachfolger wäre nur möglich, wenn es gelänge Russland seine Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft vorzuenthalten und so innere Unruhen zu fördern, die letztlich westlich orientierte Politiker in Russland an die Macht bringen könnten. Einer der Zielsetzungen der Energiewende ist also auch, Russland finanziell auszutrocknen.

Die Kontrolle der Welt durch alternative Energien!

Wie jeder weiß, träumen Wahnsinnige von einer Weltregierung und damit im Zusammenhang von einem „Großen Neustart“ der gesamten Welt. Doch wie könnte man so einen Neustart auf Schiene bringen? Man muss dazu alle Regierungen dieser Welt irgendwie in eine Abhängigkeit von wenigen Akteuren bringen, die dann in der Position sind, die Marschrichtung vorzugeben. Dies scheint durch die rein strombasierenden alternativen Energien wesentlich leichter zu bewältigen sein als durch die Kontrolle des Erdöls und Erdgases.

Diese Behauptung erscheint auf den ersten Blick etwas kühn, da doch die „Alternativen“ dezentral sind. Man kann überall Windräder oder Fotovoltaik Anlagen aufstellen! Doch hinter diesen Technologien stecken vor allem auch in Hinblick auf die Elektromobilität wenige Materialien, die nur sehr begrenzt auf diesen Planeten vorkommen: Die Nachhaltigkeitslüge!

So besteht heute ein eine Autobatterie vom Typ NMC532 gemäß dem Argonne National Laboratory in Lemont etwa aus 8 Kilogramm Lithium, 35 Kilogramm Nickel, 20 Kilogramm Mangan und 14 Kilogramm Kobalt.

- Lithium selbst ist knapp. Einem BNEF-Bericht vom Juni 2021 zufolge müssten die vorhandenen Reserven – 21 Millionen Tonnen laut dem US Geological Survey – ausreichen, um die Umstellung auf Elektrofahrzeuge bis Mitte des Jahrhunderts zu bewältigen (www.spektrum.de/news/elektroautos-was-wenn-die-akkus-ausgehen/1918687#?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE).
- Kobalt stellt den teuersten und problematischsten Bestandteil der Akkus für Elektrofahrzeuge dar. Die weltweiten Reserven an Kobalt betragen etwa 7 Millionen Tonnen, von denen die Hälfte im Kongo vorkommt.
- Für die Produktion von hoch-energetischen Kathodenmaterialien ist nur das sogenannte Grade I-Nickel geeignet. Dessen Vorräte belaufen sich derzeit auf 0,220 Millionen Tonnen.

Jedoch werden seltene Rohstoffe nicht nur für die Batterien, sondern auch für die Generatoren der Windmühlen, Elektromotore für die Elektroautos, Wärmepumpen und viele andere Anwendungen benötigt.

Zum Einsatz kommen in Generatoren und Motore beispielsweise mehr und mehr Neodym-Magnete. Neodym wird fast ausschließlich in China gewonnen. Man kann sich vorstellen, wie sich da die Preise entwickeln werden. Eine andere Option für die Dauermagnete sind Ferrit-Magnete, für die wieder Strontium oder Kobalt benötigt werden, also ebenfalls seltene Elemente. Nachhaltigkeit sieht anders aus! Man kann sich lebhaft vorstellen, dass diese seltenen Rohstoffe in Bälde von irgendwelchen Akteuren gehortet werden, so wie es jetzt schon beim Kupfer der Fall ist, um die Preise ins Phantastische zu treiben!

Auch für die Photovoltaikpaneele, die ja das Rückgrat der alternativen Energien werden sollen, sieht die Materialverfügbarkeit triste aus. Bei seltenen Solarzellenmaterialien wie etwa Indium, Gallium, Tellur und Selen überschreitet der weltweite Verbrauch (Indium etwa 850 Tonnen, bei Gallium etwa 165 Tonnen) die jährliche Produktionsmenge. Auffallend war der stark steigende Verbrauch von Indium in Form von Indium-Zinn-Oxid in der Flüssigkristall- und OLED-Bildschirmherstellung sowie die Verwendung von Gallium und Indium in der Produktion von Leuchtdioden zur Produktion energiesparender Leuchtmittel und als Hintergrundbeleuchtung für Flachbildschirme.

Bei dem auch bei der Herstellung von Leuchtdioden bedeutsamen Indium wird einerseits bis 2035 mit einem Versiegen der Ressourcen gerechnet, da sich die theoretischen Indiumvorräte im Jahr 2006 auf nur 6000 Tonnen, die ökonomisch abbaubaren Reserven auf sogar nur 2800 Tonnen beliefen. Andere Quellen reden von 50.000 Tonnen und Speisung des Verbrauchs aus Recycling. Die Sekundärproduktion, also das Recycling, übertrifft die Primärproduktion und lag im Jahr 2008 bei 800 Tonnen.

Die Situation bei Selen und beim noch selteneren Tellur (beide Halbmetalle liegen in geringer Konzentration im Anodenschlamm der Kupferelektrolyse vor) erscheint auf den ersten Blick weniger kritisch, da die Kupferproduzenten derzeit nur einen Teil des in Metallelektrolyse anfallenden Anodenschlamms zur Selen- oder Tellurgewinnung einsetzen. Die ökonomisch erschließbaren Selenreserven werden auf 82.000 Tonnen, die Tellurreserven auf 43.000 Tonnen geschätzt. Dies ist wenig, selbst im Vergleich zu den Reserven des ebenfalls nicht besonders häufigen Buntmetalls Kupfer von 550 Millionen Tonnen.

Die Produktionsprozesse, in denen Gallium, Indium, Selen und Tellur eingesetzt werden, verfügen über eine ungünstige Materialökonomie und müssen verbessert werden. (Ende des Wikipedia-Zitats)

Diese seltenen Materialien werden durch die Energiewende die Rolle des Goldes in der Vergangenheit übernehmen!

In jedem Falle müssen diese seltenen Materialien ständig rezykliert werden, da sie sonst sofort ausgehen. Man kann sich gut vorstellen, dass sich weltweit nur eine überschaubare Anzahl von Aufbereitungsanlagen durchsetzen werden, über die dann die für die Energiewende notwendigen Stoffströme laufen. Dadurch werden diese Stoffströme wesentlich leichter zu kontrollieren sein, als die vielen Erdgas und Erdölquellen dieser Welt! Obendrein werden die Preise für diese Materialien beliebig manipulierbar sein. Das ganze Konzept ist also auch ein gigantisches Gelddruckverfahren! Über diesen Hebel würde letztlich jede Regierung dieser Welt erpressbar sein. Dies scheint der wahre Grund für die sogenannte Energiewende zu sein!

Damit dieser Plan dauerhaft, also nachhaltig funktioniert, muss die Verwendung von Erdöl oder Erdgas international zumindest geächtet, wenn nicht sogar verboten werden. So ein

Verbot lässt sich natürlich nur durch den drohenden Untergang des Planeten begründen. Das Märchen von der „Globalen Erwärmung“ ist somit eine Kabale von Akteuren, die davon träumen die ganze Welt beherrschen zu können.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) USA: Buffalo Philharmonic Orchestra akzeptiert keine weißen oder asiatischen Dirigentenkandidaten

20. 09. 2021



Bildquelle: National Review

Seit Jahrzehnten versuchen die Orchester, das Ungleichgewicht zwischen den Rassen in ihren Reihen durch die Schaffung neuer Möglichkeiten für junge Künstler auszugleichen. Sie haben Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit und Engagement eingerichtet, um junge Menschen, die nur selten mit klassischer Musik in Berührung kommen, zu erreichen, sie haben Musikprogramme in öffentlichen Schulen entwickelt und junge und unterschiedliche Musiker gefördert. Diese Bemühungen zahlen sich nun aus, denn viele dieser jungen Künstler erhalten weiterhin begehrte Positionen in Orchestern.

Wie ein Großteil unserer Gesellschaft haben jedoch auch die Orchester in den letzten anderthalb Jahren begonnen, das Ziel der „Chancengleichheit“ durch „Fairness“ zu ersetzen. Geplagt von der Schuld der rassistischen Ausgrenzung in der klassischen Musik in der fernen Vergangenheit, verfolgen viele die Strategie, den alten Rassismus mit neuem Rassismus zu bekämpfen. Damit riskieren sie, einige unserer größten künstlerischen Institutionen von vereinigenden Leistungsgesellschaften mit gegenseitigem Respekt und künstlerischer Exzellenz in musikalisch mittelmäßige soziale Schlachtfelder zu verwandeln.

Der Angriff auf das „Blind Audition“-Verfahren ist ein Beispiel dafür. Bei Blind Auditions bewerten die Orchester die Bewerber, indem sie sie hinter einem Bildschirm anhören, so

dass die Richter die Musiker ohne Rücksicht auf Rasse, Geschlecht oder andere nicht-musikalische Merkmale auswählen können. In jüngster Zeit ist diese Innovation des Probespiels – die weithin als Mittel zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Rekrutierung von Orchestern angesehen wird – in einigen Spitzenorchestern des Landes in die Kritik geraten, weil sie dazu geführt hat, dass zu wenige farbige Musiker eingestellt wurden.

Ebenso gefährlich – und weniger diskutiert – ist die zunehmende Diskriminierung bei der Einstellung von Intendanten. Sie kommt nicht nur bei der Auswahl von Bewerbern, sondern auch bei der Ausschreibung von Stellen vor. Dies zeigt sich in den meisten Stellenausschreibungen für Dirigenten, insbesondere für Assistenzdirigenten (d. h. der erste Schritt für junge Dirigenten), die inzwischen eine Variation des folgenden Satzes enthalten: „Angehörige von Gruppen, die in der klassischen Musik unterrepräsentiert sind, insbesondere Angehörige der [Rassengruppe x, y, z], werden ermutigt, sich zu bewerben“.

Orchester, denen eine solche Formulierung nicht ausschließend genug ist, haben sich für „Stipendien“ entschieden – vorberufliche Lern- oder Mentoring-Möglichkeiten, die bestimmten Rassen- oder Geschlechtergruppen, insbesondere Frauen oder Minderheiten, vorbehalten sind. Indem sie diese Möglichkeiten als „Stipendien“ und nicht als Arbeitsplätze bezeichnen, können sie die Antidiskriminierungsgesetze umgehen. Aber die Orchester dehnen diese Strategie nun auch auf traditionelle Arbeitsplätze aus.

Das vielleicht offensichtlichste Beispiel ist das Buffalo Philharmonic Orchestra (BPO), das vor kurzem die Schaffung einer Stelle als „Conductor Diversity Fellow“ bekannt gegeben hat, deren Aufgaben – wenn man die Stellenbeschreibung genau liest – praktisch identisch mit denen eines Assistenzdirigenten in vergleichbaren Orchestern sind, mit einem Unterschied: Die Anzeige bittet ausdrücklich um Bewerbungen von Personen, „die sich als Mitglieder von Gruppen identifizieren, die in amerikanischen Orchestern historisch unterrepräsentiert sind, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Afroamerikaner, Hispanoamerikaner, amerikanische Indianer, Alaska Natives, Native Hawaiians oder Pacific Islanders. “

Quelle: National Review

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Die USA brauchen Russland, um den Kalten Krieg mit China zu gewinnen

Von Ted Galen Carpenter

18. 09. 2021



Bildquelle: CM

Die Beziehungen der USA zu Russland und der Volksrepublik China werden immer schlechter. Es ist kein Zufall, dass diese beiden Länder in der jährlichen Bedrohungsanalyse der Geheimdienste für 2021 als große Bedrohung für die USA dargestellt werden.

Eine konfrontative Politik gegenüber zwei Großmächten gleichzeitig zeugt von großer außenpolitischer Unerfahrenheit und schafft eine potenziell gefährliche Situation. Henry Kissinger hat einmal gesagt, dass Washington stets versuchen sollte, mit Moskau und Peking bessere Beziehungen zu unterhalten als mit den anderen Ländern. Die jüngsten Regierungen haben gegen diese weise Warnung verstoßen, und die USA befinden sich nun in der Lage, einen kalten Krieg an zwei Fronten zu führen. Darüber hinaus sind beide Schauplätze des Kalten Krieges vor allem aufgrund der Ungeschicklichkeit der US-Außenpolitik ernsthaft in Gefahr, heiß zu werden. Die Regierung von Joe Biden hat noch Zeit, diesen ruchlosen Trend umzukehren, aber dazu bedarf es drastischer Änderungen in der Strategie Washingtons.

Die politischen Entscheidungsträger müssen von Grund auf neu beginnen. Wenn sie entschlossen sind, einen kalten Krieg auch nur an einer einzigen Front zu führen (was an sich nicht unbedingt eine kluge Politik ist), müssen sie zwei wichtige Schritte unternehmen. Die erste besteht darin, die Beziehungen zu dem kleineren Gegner zu verbessern. Die andere besteht darin, so viele sekundäre und periphere Engagements wie möglich loszuwerden. Leider scheint die Regierung Biden nicht bereit zu sein, beides zu tun.

Einige Analysten sind der Ansicht, dass die Entscheidung des Präsidenten, den scheinbar endlosen Einsatz in Afghanistan zu beenden, darauf hindeutet, dass er das Feld räumen will, um sich auf die Herausforderungen gleichwertiger Konkurrenten – vor allem Russland und China – zu konzentrieren. Es deutet jedoch wenig darauf hin, dass die Entscheidung über Afghanistan Teil eines umfassenderen Plans ist. Die Regierung Biden scheint nicht geneigt zu sein, ähnliche Rückzüge aus dem Irak oder Syrien vorzunehmen. Das Tempo der US-Militäraktivitäten in diesen beiden Ländern ist nach wie vor hoch, und Washington scheint neue Energie darauf zu verwenden, Bashar al-Assad an den Rand zu drängen oder zu stürzen. Die Beziehungen zwischen den USA und der von Saudi-Arabien geführten Golfkoalition mögen sich zwar etwas abgekühlt haben, aber die Regierung Biden pflegt nach

wie vor die traditionelle Klientelbeziehung zu Riad. Trotz offizieller Zusicherungen, dass Washington seine Unterstützung für den saudischen Krieg im Jemen zurückzieht, leisten die USA weiterhin nachrichtendienstliche und logistische Unterstützung.

Selbst der viel gepriesene Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan ist weniger umfangreich als von den Medien und offiziellen Sprechern behauptet. Offenbar wird eine beträchtliche Anzahl von Geheimdienstagenten im Land bleiben. Darüber hinaus hoffen die USA, ihre militärische und nachrichtendienstliche Präsenz in den zentralasiatischen Nachbarländern aufrechtzuerhalten, wenn nicht sogar zu verstärken.

In der näheren Umgebung versucht Washington weiterhin, die linksextremen Regime in Kuba, Nicaragua und Venezuela einzudämmen bzw. zu schwächen. Es mehren sich die Stimmen, die Washington zu einer humanitären Intervention auffordern, um das wachsende Chaos in Haiti einzudämmen und die chronische Inkompetenz der Verwaltung zu beseitigen. Wenn die Regierung nicht willens oder in der Lage ist, der Versuchung zu widerstehen, die Angelegenheiten solch kleiner und dysfunktionaler Länder zu umfassend zu regeln, wird das Feld der Außenpolitik viel zu unübersichtlich werden.

Die Regierung scheint noch weniger in der Lage zu sein, die entscheidende Entscheidung darüber zu treffen, wer zwischen Russland und China der Hauptgegner ist. Stattdessen bringt sie beide weiter gegeneinander auf. Dies birgt nicht nur die Gefahr einer sehr gefährlichen strategischen Überdehnung, sondern führt auch zu einer Annäherung zwischen Moskau und Peking. Die derzeitige US-Politik schafft also das Gegenteil von Kissingers Modell: eine Situation, in der Moskau und Peking engere Beziehungen zueinander entwickeln als zu den Vereinigten Staaten. Eine aus Sicht der amerikanischen Interessen völlig unbefriedigende Situation.

Die umfangreichen wirtschaftlichen Beziehungen – insbesondere der jährliche Waren- und Dienstleistungsverkehr in Höhe von 638,4 Mrd. USD (Zahlen für 2019, letzte Zahlen vor dem Covid) – zwischen den USA und der VR China können dazu beitragen, einen Abbruch der bilateralen Beziehungen zu verhindern. In den Beziehungen Washingtons zu Russland gibt es keinen vergleichbaren Puffer. Der bilaterale Handel belief sich im Jahr 2019 auf lediglich 34,9 Milliarden US-Dollar. Selbst im Falle Chinas scheinen die wirtschaftlichen Faktoren allein nicht auszureichen, um ein Abgleiten in einen kalten Krieg zu verhindern. Der erbitterte Handelsstreit, der während der Amtszeit von Donald Trump entstanden ist und unter Präsident Biden fortgesetzt wird, hat zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen.

Wirtschaftliche Erwägungen allein sind nicht ausschlaggebend für die Beziehungen zwischen Staaten, insbesondere wenn es sich um Großmächte handelt. Sicherheitskalküle, die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, Fragen des nationalen Prestiges können (und haben in der Vergangenheit manchmal) die Oberhand über starke wirtschaftliche Faktoren gewonnen. Es sei daran erinnert, dass Frankreich und Deutschland 1914 die größten Handelspartner des jeweils anderen waren, aber diese Beziehung, so wichtig sie auch war, hat sie nicht daran gehindert, auf ein kontinentales Blutbad zuzusteuern. Man sollte nicht davon ausgehen, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der VR China ausreichen, um einen kalten oder gar einen heißen Krieg zu verhindern.

Die in den letzten Jahren zunehmenden Spannungen rund um Taiwan und die Territorialstreitigkeiten im Süd- und Ostchinesischen Meer deuten darauf hin, dass der strategische Druck auf ein unangenehmes Ergebnis hinweist. Die Luft- und Marinepräsenz Washingtons in den beiden Meeren sowie in der äußerst kritischen Straße von Taiwan

nimmt rapide zu; Peking reagiert zunehmend verärgert. Die Regierung Biden drängt Japan, eine stärkere Rolle bei der impliziten Politik der Eindämmung der chinesischen Macht zu spielen. Er betonte auch die anhaltenden Bemühungen der USA, Japans Eigentum und Kontrolle über die Senkaku-Inseln (Diaoyu) zu schützen, die Peking ebenfalls beansprucht.

Die Verschlechterung der Beziehungen Washingtons zu Russland ist sogar noch ausgeprägter. Allein im Juni und Juli verabschiedeten die Vereinigten Staaten eine Reihe neuer Maßnahmen, die heftige russische Proteste hervorriefen. Washington hat mit Ungarn ein Abkommen über die Nutzung von zwei Luftwaffenstützpunkten durch die US-Streitkräfte unterzeichnet. Dieser Schritt ist nur der jüngste Ausdruck der raschen Verstärkung der amerikanischen Militärpräsenz in Osteuropa, die in direktem Widerspruch zu den Zusicherungen steht, die frühere Präsidentschaftsregierungen Moskau gegeben hatten. Am 12. Juli begannen die USA und 11 NATO-Verbündete eine Reihe von Kriegsspielen im Schwarzen Meer, die auf die Kriegsspiele im selben Gewässer folgten, an denen 32 Nationen vierzehn Tage lang beteiligt waren. Solche Militärmanöver sind für Russland von Natur aus bedrohlich, da sie in unmittelbarer Nähe zu seinem wichtigen Marinestützpunkt in Sewastopol stattfinden. Weiter nördlich führten die US-Streitkräfte gemeinsame „Militärübungen“ mit Einheiten aus der Ukraine, Polen und Litauen durch.

Kriegsspiele sind nicht die einzigen jüngsten Manifestationen der US-Kriegslust gegenüber Russland. Mitte April wies die Regierung Biden russische Diplomaten aus und verhängte neue Sanktionen gegen Moskau wegen angeblicher Einmischung in die US-Wahlen 2020 und angeblicher Untätigkeit bei Cyberangriffen von russischem Boden aus. Präsident Biden verschärfte die ohnehin schon frostigen bilateralen Beziehungen, als er den russischen Präsidenten Wladimir Putin als „seelenlosen Mörder“ bezeichnete.

Es gibt zahlreiche Anzeichen für eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen Russland und der VR China als Reaktion auf den Druck der USA auf beide Länder. Einige Analysten spekulieren sogar über das Entstehen einer De-facto-Allianz. Eine solche Schlussfolgerung mag verfrüht sein, aber es besteht kaum ein Zweifel daran, dass die bilateralen Beziehungen enger werden und sich die Zusammenarbeit über die diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Fronten erstreckt.

Der Anstieg der russisch-chinesischen Zusammenarbeit ist weitgehend eine Folge der US-Politik gegenüber den beiden Ländern, insbesondere gegenüber Russland. Die kriegerische Haltung Washingtons gegenüber Moskau hinterließ bei der russischen Führung den Eindruck, dass sie keine andere Wahl hatte, als die Beziehungen zu Peking zu intensivieren, um ein Gegengewicht zu schaffen. In Anbetracht der ausgedehnten Grenze zwischen Russland und China und der impliziten Konkurrenz zwischen den beiden Ländern um die Vorherrschaft in Zentralasien sollten Moskau und Peking normalerweise mehr Angst voreinander haben als vor den USA. Es bedurfte eines außergewöhnlich ungeschickten und abrupten Verhaltens Washingtons, um diesen Vorteil zu verlieren.

Einige könnten argumentieren, dass der klügste Kurs für die Regierung Biden darin bestünde, das zunehmend schwierige und unerfüllbare Ziel der Aufrechterhaltung der globalen Vorherrschaft der USA aufzugeben und gleichzeitig zu versuchen, die Beziehungen zu Russland und China zu verbessern. Zumindest muss Washington eine Entscheidung treffen: Es muss versuchen, entweder mit Russland oder mit China Frieden zu schließen, um sich auf eine wirksame Konfrontationspolitik gegenüber der jeweils anderen Macht zu konzentrieren. Eine rationale Einschätzung würde China als den fähigsten und entschlossensten Herausforderer ausmachen. Washington sollte sich daher bemühen, die Beziehungen zu Russland, der geringeren Bedrohung, zu verbessern. Mit einer Wirtschaftsleistung von 1400 Milliarden Dollar liegt Russland an elfter Stelle in der

Welt, hinter Südkorea und knapp vor Brasilien. Umgekehrt ist China mit 15.200 Milliarden Dollar die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Diese Zahlen zeigen, dass Russland ein zweitrangiger wirtschaftlicher Akteur ist und China ein gleichwertiger starker Konkurrent ist, der den Abstand zu den Vereinigten Staaten rasch aufholt. Darüber hinaus setzt Peking seine finanziellen Ressourcen eifrig ein, um seinen Einfluss in der Welt zu vergrößern. Russland kann nicht einmal auf eine solche Fähigkeit hoffen.

Militärisch mag Russland der gefährlichste Feind sein, aber Moskaus Schlagkraft ist fast ausschließlich auf sein umfangreiches Atomwaffenarsenal zurückzuführen. Was die konventionelle Bewaffnung betrifft, so sind Chinas Streitkräfte (insbesondere die Marine) mindestens so stark wie die russischen Streitkräfte, da Peking in den letzten zwei Jahrzehnten hoch entwickelte Systeme finanziert und entwickelt hat. Darüber hinaus haben John Mueller und andere kluge Experten festgestellt, dass Atomwaffen zwar zur Abschreckung nützlich sein können, aber nicht besonders effektiv sind, um andere Länder einzuschüchtern. Und zumindest, wenn die Führer des Landes nationalen Selbstmord begehen wollen, sind diese Waffen für die Kriegsführung völlig nutzlos.

Wenn die Regierung Biden entschlossen ist, die USA gegen einen potenziellen Rivalen auszuspielen, um dessen Stärke einzudämmen, dann ist China bei weitem der glaubwürdigste Anwärter auf die Position Amerikas als derzeitiger globaler Hegemon. Dies bedeutet, dass die USA so bald wie möglich eine Annäherung an Moskau anstreben sollten. Der Versuch, einen kalten Krieg an zwei Fronten zu führen, ist die denkbar schlechteste Option. Leider scheint dies tatsächlich die Strategie Washingtons zu sein. Bestenfalls wird dieser Ansatz eine bereits alarmierende strategische Überdehnung verstärken, die das Land nicht nur wirtschaftlich erschöpft. Wahrscheinlich wird es auch zu einer endgültigen diplomatischen und militärischen Konfrontation kommen, bei der ein russisch-chinesisches Bündnis die Vereinigten Staaten und ihr ausgefranstes Netz von Verbündeten und widerstrebenden Kunden überholen wird.

Ein Kurswechsel ist dringend erforderlich, und er muss mit einer weit weniger kriegerischen Politik gegenüber Russland beginnen.



Ted Galen Carpenter

Senior Fellow für Außenpolitik und Verteidigungsstudien am Cato Institute in Washington, USA. Doktortitel in amerikanischer Diplomatiegeschichte (Universität von Texas). Er ist Autor von zwölf Büchern und hat Artikel in großen amerikanischen Zeitungen veröffentlicht.

MACHIAVELLI

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION„ als autorisierte Übersetzung aus „THE AMERICAN CONSERVATIVE“ (Original).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Gesunder Menschenverstand, Anstand, Menschlichkeit und geistige Werte über alles…

Von Dominique Baettig

17. 09. 2021



Dominique Baettig (SVP) ·
Foto: parlament.ch / Wikimedia

Es gibt immer noch großzügige, aber naive Menschen in diesem Land, die glauben, dass alles offen diskutiert werden kann, dass es Pluralismus gibt, dass eine Debatte möglich ist, dass es Alternativen gibt, die man vorschlagen kann, wenn nicht sogar Kompromisse.

Aber sie irren sich leider… Die neue Regenbogenreligion, deren Gebote heute lauten: Vielfalt, Parität, Kampf gegen Diskriminierung, Rettet den Planeten, Kampf gegen die globale Erwärmung, Pflicht zur Erinnerung, Reue über den kolonialistischen westlichen Menschen, rauchige Gender-Theorie mit dem subjektiven Recht, sich in einer schwankenden Identität zu fühlen, Migration für alle, drängt sich mit der moralischen Autorität einer aggressiven und dominierenden Minderheit auf. Auferlegt von supranationalen Gremien, gefördert von Einflussnehmern, die es verstehen, die letzten Reste von nationaler, demokratischer oder politischer Souveränität zu umgehen. Man kann sich dem leuchtenden Fortschritt der Gesellschaft nicht widersetzen, nicht einmal einfache Fragen oder Zweifel äußern. Die Welt hat sich verändert, Stereotypen zerfallen, die Dekonstruktion sozialer Bindungen, Abstammung und Elternschaft werden als befreiend und jubelnd dargestellt. Über solch offensichtliche Tatsachen braucht man nicht zu diskutieren. Und diejenigen, die es wagen, dies zu tun, werden dämonisiert: Reaktionäre, Faschisten, Rassisten, Homophobe usw. Die Frage, die am 26. September bei der Schweizer Volksabstimmung gestellt wurde, ist einfach: Sie müssen die Ehe für alle sofort

akzeptieren, und der Rest (PMA, Adoption, erleichterte Einbürgerung, Samenspende als Ausgleich für die Unmöglichkeit der Fortpflanzung, wenn man ein „Paar“ ist) kommt automatisch gleich danach.

Es ist, gelinde gesagt, erstaunlich, dass eine Gemeinschaft, die der Ehe schon immer wenig Bedeutung beigemessen hat (weil sie in erster Linie darauf abzielt, Kinder in einem stabilen und sicheren Umfeld zu gebären und die Abstammung und das Eigentum zu übertragen), sich für die Durchsetzung einer künstlichen rechtlichen Gleichstellung einsetzt. Die Scheidung ist zu einem häufigen Ergebnis geworden (eine von zwei Ehen wird geschieden), und es gibt bereits andere Alternativen als Alternativverträge. Warum also dieses zwingende politisch-kommunitäre Theater?

Die neue unersättliche Religion der Gleichheit und der Rechte um jeden Preis sucht ständig nach maximalistischen Fortschritten… LGBT-Forderungen fügen sich in andere Strategien Soros-ähnlicher globalistischer Netzwerke (und anderer Gafams) ein, um die Dekonstruktion sozialer, verwurzelter, spiritueller, demokratischer Souveränitätswerte und der Komplementarität der Geschlechter zu beschleunigen. Autonomie in der Sexualität, bei der Zeugung und Erziehung von Kindern, beim Schutz des Eigentums, beim Recht, die eigene Gesundheit nach den eigenen Bedürfnissen zu verwalten.

Diese Demontage beruht zum Teil auf einem revanchistischen und inversiven Feminismus, der den Vater aus der Vaterschaft herausnehmen will, indem er ihn durch medizinische Techniken ersetzt, die es nun ermöglichen, Fantasien zu verwirklichen und die Realität nach Belieben zu verändern. Wir vergessen die psychoanalytischen Beiträge von Lacan, der die psychoseauslösende Rolle der Verdrängung des Namens des Vaters aus dem Diskurs der Mutter aufgezeigt hat. Die Ehe für alle ist nicht das Hauptziel, sondern der Zugang zu den Neo-Bedürfnissen der Fortpflanzung, die der Transhumanismus, die Medizintechnik und die Abkehr von der Natur zugunsten einer entmenschlichten, lukrativen, elitären Technologie ermöglichen. Begrenzung des Bevölkerungswachstums und der symbolischen Lebensphasen wie Sexualität, Empfängnis, natürliche Geburt, Aufbau von Identität und Autonomie durch die Auseinandersetzung mit den symbolischen Phasen und dem Unterschied zwischen den Geschlechtern, Generationen und Rollen.

Die Taliban überall…

Wenn die US-Regierung nach einem chaotischen Krieg den Platz den religiösen Rigoristen überließ, deren Archaismus sie zu bekämpfen vorgab, ist es interessant festzustellen, dass die Taliban des neuen Moralismus und Puritanismus der gesellschaftlichen und Regenbogen-Linken zu Hause die gleichen Methoden anwenden: Entlarvung von Statuen, kompensatorischer Opfer-Rassismus, Universitätsverbote mit der „Woke“-Kultur, Entsexualisierung sexueller Rollen durch Jagd auf Männer, die des Missbrauchs und der Belästigung verdächtigt werden. Ganz zu schweigen von der sozialen Distanzierung und der Berührungsphobie.

Diese Tendenzen, die darauf abzielen, die Gesellschaften zu atomisieren, zu isolieren, indem sie die sozialen, verwandtschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen aufbrechen, und sie flüssiger zu machen, bereiten eine Katastrophe vor, die mit der digitalen Diktatur und ihrer Versklavung, dem Rückzug des Menschen angesichts der Technologie und der künstlichen Intelligenz, dem Transhumanismus, der Verwaltung des Genoms durch Maschinen und Computer, der Privatisierung durch die Monopolisierung unserer Immunität und der Kommodifizierung des Menschen einhergeht. Ganz zu schweigen von der Herstellung von Königskindern und autistischen Kindern.

Die kovidianische Religion, die Medizintechnik für alle Phantasien, das individualistische Recht, die Kontrolle der Meinungen und unseres täglichen Handelns, all dies gehorcht derselben Dynamik der Entmenschlichung, der totalitären sozialen und mentalen Kontrolle. Diese Abstimmung ist wichtig. Die Dampfwalze der gesundheitlichen und ideologischen Tyrannei kann gestoppt werden. Für die politische Klasse hat Covid das Sagen, die Experten erraten seine Absichten und die Politiker sagen den „Bedauernswerten" der guten Menschen, wie sie sich noch zu verhalten haben. Das ist genug.

Dominique Baettig *ist ehemaliger Schweizer Nationalrat der SVP und souveränistischer Aktivist*

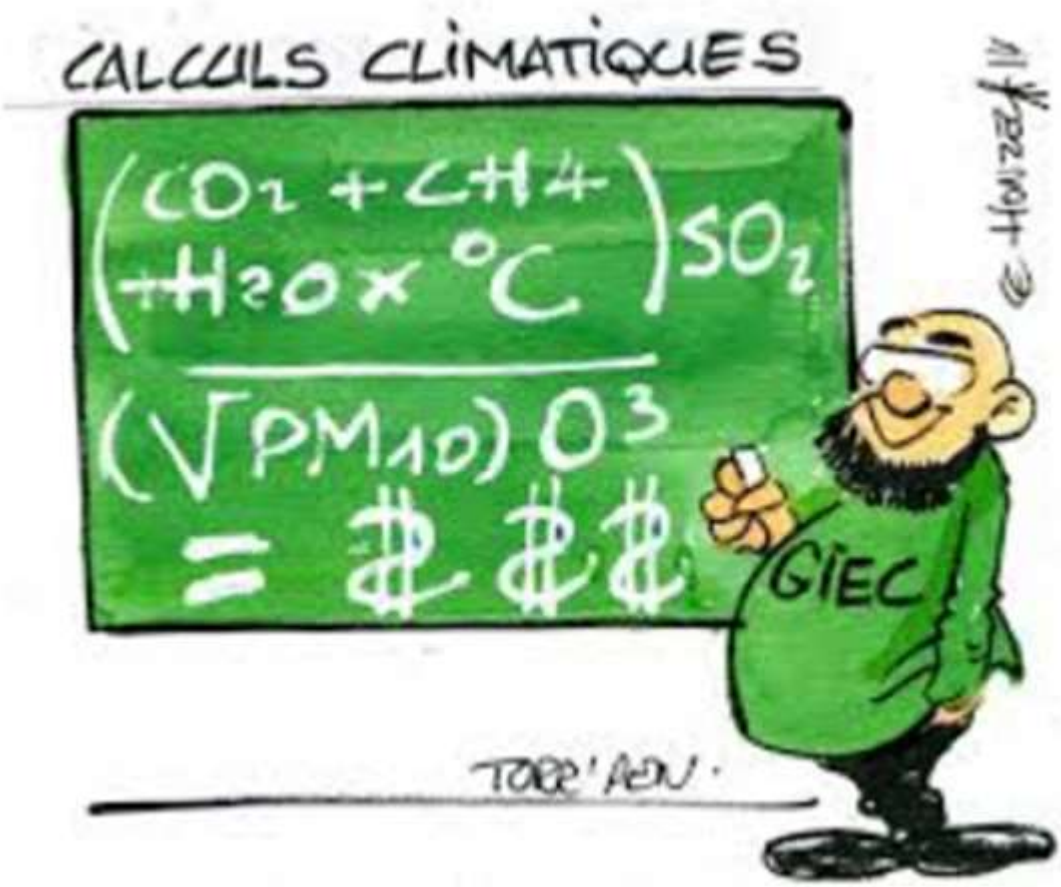
Quelle: Les Observateurs

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Globale Erwärmung: Versucht das IPCC, uns Angst zu machen?

Jean-Philippe Delsol

17. 09. 2021



Bildquelle: LesObs

Der im Sommer 2021 vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC = Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat, GIEC) veröffentlichte 3.949 Seiten umfassende Bericht über den Wissensstand der Klimawissenschaft wurde andernorts bereits ausführlich kommentiert. Die Schlussfolgerung der „Zusammenfassung für

Entscheidungsträger“ ist erschreckend: „Eine globale Erwärmung von 1,5°C bis 2°C wird im Laufe des 21. Jahrhunderts überschritten werden, wenn in den kommenden Jahrzehnten keine tiefgreifende Verringerung der CO2-Emissionen erfolgt“. Andere Schlussfolgerungen hingegen relativieren die Situation.

Dies ist der Fall bei Steven Koonin, einem amerikanischen Physikprofessor und Spezialisten für Computerklimamodelle, in seinem im Mai 2021 erschienenen Buch *Unsettled: What Climate Science Tells Us, What It Doesn’t, and Why It Matters*. Zuvor hatte er am 19. September 2014 im Wall Street Journal einen Artikel mit dem Titel *„Climate Science Is Unsettled“* veröffentlicht, in dem er den anthropogenen Ursprung der Erwärmung anzweifelte.

Aufgrund seiner Position wurde Professor Koonin von der IPCC-Gemeinschaft ausgegrenzt. Dies gilt auch für den französischen Professor Pascal Richet, der anhand der Wostok-Eiskerne die Temperatur und den Kohlenstoffgehalt in den letzten 420.000 Jahren zurückverfolgte und feststellte, dass der Temperaturanstieg dem Anstieg des Kohlenstoffgehalts in der Luft vorausging und nicht umgekehrt, was die Idee einer vom Menschen verursachten Erwärmung in Frage stellt. Ein IPCC-Vertreter bezeichnete ihn sofort als „Leugner“ und versuchte, seinen Aufsatz *„The temperature-CO2 climate connection: an epistemological reappraisal of ice-core messages“* aus der angesehenen Fachzeitschrift *History of Geo- and Space Sciences* entfernen zu lassen, in der er nach einer Peer Review veröffentlicht wurde.

Es stimmt, dass sich das Klima erwärmt, und es ist wichtig, die Ursachen dafür zu kennen, um zu versuchen, seine Auswüchse zu vermeiden. Wenn der Mensch die Ursache ist, dann wäre vielleicht eine Rückkehr zu einer vorindustriellen Gesellschaft eine Lösung, um zu verhindern, dass die übermäßige Erwärmung uns alle langsam umbringt. Wir müssen jedoch vorsichtig sein, denn Degrowth-Maßnahmen könnten uns noch schneller umbringen, indem wir zu einem Planeten Erde zurückkehren, der vor 1800 kaum mehr als eine Milliarde Menschen mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von nicht mehr als 30 Jahren ernähren konnte. Die Menschheit sollte nicht an der Abschaffung des Fortschritts sterben, die sie sich selbst auferlegt hätte, bevor sie über die globale Erwärmung gesiegt hat.

Zumal es in der Geschichte viele abwechselnde Phasen der Erwärmung und Abkühlung gab, auch wenn der Mensch noch kein Kohlenstoffproduzent war. Was der IPCC nur andeutet und andere mit mehr Nachdruck behaupten, ist, dass diese Erwärmung vor allem auf Astronomie und Geologie zurückzuführen sein könnte … Das Phänomen des langsamen Absinkens vieler kleiner Vulkaninseln in die Ozeane könnte weniger auf die globale Erwärmung zurückzuführen sein als auf das Absinken, das durch die thermische Kontraktion des Grundgesteins dieser Inseln bei seiner Abkühlung im Laufe der Zeit verursacht wird. Die Gletscher stellen ein zu geringes Wasservolumen dar, als dass ihr Abschmelzen tatsächlich zum Anstieg des Meeresspiegels beitragen könnte.

Tausende von Wissenschaftlern haben in Studien oder Petitionen ihre Skepsis gegenüber dem anthropogenen Ursprung der Erwärmung zum Ausdruck gebracht, vom Physiker F. Seitz, dem ehemaligen Präsidenten der International Polar Foundation, bis hin zu dem italienischen Geologieprofessor Uberto Crescenti, Autor einer Sudie aus dem Jahre 2019.

Wenn der Klimawandel von anderen Faktoren abhängt, müssen andere Mittel mobilisiert werden, vorausgesetzt, sie existieren und sind wirksam. Es ist Sache der Wissenschaftler, uns zu sagen, was wir tun sollen. Aber wir können uns wundern, dass der von der UNO gegründete IPCC versucht, nur übereinstimmende Meinungen zu sammeln, was als „Konsens“ bezeichnet wird, um zu erklären, dass der Mensch der Hauptschuldige an der

Erwärmung ist. Wenn sich diese These als falsch erweisen sollte, würde sie natürlich alle ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen zugunsten einer Kollektivierung der Welt umwerfen, um im Eiltempo zurückzuschreiten.

Doch das IPCC könnte auch Recht haben. Seine Haltung gegenüber dem geringsten Widerspruch sät hingegen Zweifel, ob man es nicht aus Sorge um die Zuverlässigkeit der Thesen vorzöge, ihre Gegner zum Schweigen zu bringen, sogar durch Einschüchterung, anstatt mit ihnen zu diskutieren und sie zu widerlegen. Auf diese Weise entzieht man sich der wissenschaftlichen Praxis, die eine Konfrontation der Standpunkte erfordert. Und wir können uns Sorgen machen, dass dies nur erfolgt, um eine Ideologie durchzusetzen, mit der wir das Recht haben, nicht einverstanden zu sein.

Man muss kein Wissenschaftler sein, um von denjenigen, die einen Beruf daraus machen, Respekt für Transparenz und widersprüchliche Ansichten zu verlangen, bevor wir akzeptieren, dass Wirtschaft und Gesellschaft zerstört werden.

Jean-Philippe Delsol *ist Rechtsanwalt und Präsident Institut de Recherches Economiques et Fiscales (IREF)*

Quelle: www.entreprendre.fr/rechauffement-climatique-le-giec-cherche-t-il-a-nous-faire-peur/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Rechtfertigt internationales Recht die US-Vorwürfe gegen China?

Von MEHMET SUKRU GUZEL

17. 09. 2021



Nach dem Völkerrecht müssen sich Staaten bei ihren Vorgehen an dem allgemein anerkannten Grundsatz der Sorgfaltspflicht orientieren, um anderen Staaten nicht zu

schaden. Nach Ansicht des dreimal für den Friedensnobelpreises nominierten Dr. Mehmet S. Guzel unterliegt die internationale Gemeinschaft bei der Prüfung der von den USA erhobenen Vorwürfe auf Völkermord in China der gebotenen Sorgfaltspflicht, um den Rechtsbegriff des „Völkermords" vor Missbrauch und Herabwürdigung zu schützen.

Der Vorwurf des Völkermords an China wurde am letzten Tag der Amtszeit von Donald Trump vom damaligen Außenminister Michael Pompeo erhoben, der „keinen Hehl aus seinem Glauben an die Lüge als Mittel der US-Außenpolitik" machte. Sowohl Präsident Biden als auch sein Außenminister Anthony Blinken haben die Aussagen des vormaligen Außenministers Mike Pompeo gebilligt, der vom „Völkermord" an der muslimischen uigurischen Bevölkerung in der chinesischen Provinz Xinjiang sprach.

Der diesjährige Länderbericht des amerikanischen Außenministeriums über die Menschenrechtspraxis (Human Rights Practice/HRP) folgt Pompeo, der China des Völkermords in Xinjiang beschuldigt. Allerdings wird der Begriff im HRP nur zweimal erwähnt: Einmal im Vorwort und einmal in der Zusammenfassung des China-Kapitels, und den Lesern nur selbst das Rätsel der Beweisfindung überlassen. Ein Großteil des Berichts befasst sich mit Themen wie freie Meinungsäußerung und freie Wahlen, die eine grobe Verletzung der Menschenrechte darstellen würden; aber dies ist noch kein Beweis für Völkermord.

Die Pflicht, Völkermord zu verhindern, folgt der Normenhierarchie des *jus cogens:*

Das *jus cogens* entspricht Rechtssätzen, die in der Normenhierarchie zwingendes Völkerrecht darstellen. Die internationale Staatengemeinschaft ist verpflichtet das *jus cogens* „als Ganzes und Norm zu akzeptieren und anzuerkennen. Eine Modifizierung kann nur durch weiterführende Normen erfolgen, die dem allgemeinen und internationalen Völkerrecht gleichen Charakters entsprechen."

Präsident Bidens Vorwurf des *„Völkermords"* an der muslimischen uigurischen Bevölkerung in der chinesischen Provinz Xinjiang fällt in diesem Sinne unter präventive Schritte. Ein allgemeiner Einspruch zwecks präventiver Schritte der internationalen Gemeinschaft als Ganzes entstand aus dem *Absolutrecht - erga omnes* – mit Rechten und Pflichten gemäß der *Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords* (*Völkermordkonvention*), wie sie vom Internationalen Gerichtshof (IGH) für den Fall des *bosnischen Völkermords* bekräftigt wurde.

Zum Verständnis von Artikel I der Völkermordkonvention

Die Verpflichtung, Völkermord zu verhindern, ist in Artikel I der Völkermordkonvention kodifiziert. Im Fall des Völkermords in Bosnien wies der Internationale Gerichtshof (IGH) darauf hin, dass Artikel I der Völkermordkonvention nicht territorial begrenzt ist und dass es sich um eine Verpflichtung des Verhaltens und nicht um die eines Ergebnises handelt. Der IGH begründete die extraterritoriale Verpflichtung damit, dass die Einflussnahme eines Staates verhindert werden muss.

Nachdem der IGH eine solche unabhängige und extraterritoriale Verpflichtung zur Prävention erkannt hatte, unterstrich der IGH die Bedeutung der Sorgfaltspflicht für das Verständnis ihrer Inhalte. Der IGH brachte seine Feststellung zum Ausdruck, dass die Verpflichtung zur Prävention „in dem Moment entsteht, in dem der Staat von dem Bestehen

einer ernsthaften Gefahr eines Völkermords erfährt oder normalerweise hätte davon erfahren müssen," was eine Risikobewertung voraussetzt, die zumindest enge Synergien mit verfahrensrechtlichen Sorgfaltspflichten aufweist.

Nach John Heieck gemäß Artikel I der Völkermordkonvention und des Völkergewohnheitsrechts, besteht dessen einziger Zweck als gemeinschaftliches und nicht als einseitiges oder bilaterales Interesse, um die vollständige oder teilweise Zerstörung nationaler, ethnischer, rassischer und religiöser Gruppen in Friedens- oder Kriegszeiten zu verhindern.

Es ist in der Tat schwierig, sich eine Vertragsbestimmung vorzustellen, die die übergeordneten Interessen und grundlegenden Werte der internationalen Staatengemeinschaft als Ganzes besser schützt als die Pflicht, Völkermord zu verhindern. Die Pflicht zur Verhinderung von Völkermord und die damit einhergehenden Sorgfaltspflichten nach Artikel I der Völkermordkonvention und dem Völkergewohnheitsrecht stellen ein *jus cogens – zwingendes Recht* – dar.

Die Sorgfaltspflicht im Sinne des *jus cogens* muss erfüllt sein, bevor ein Verhaltenskodex erstellt würde. Es ist die Sorgfaltspflicht im Sinne des jus cogens, die der internationalen Gemeinschaft eine erga omnes Verantwortung überträgt, um den Begriff Völkermord und die Völkermordkonvention vor Missbrauch und Herabwürdigung zu schützen.

Die Frage, ob die USA ihrer Sorgfaltspflicht nach *jus cogens* vor der Erwähnung des Völkermords in China nachgekommen sind oder nicht, stellt eine *erga omnes* Verantwortung der internationalen Gemeinschaft als Ganzes dar. Wenn die Antwort auf diese Frage negativ ausfällt, kann die Rechtmäßigkeit der Erwähnung eines Völkermordes in China durch die USA nicht als rechtlicher Verhaltenskodex definiert werden, sondern einfach als *Negationismus der Wahrheit* für das heutige China.

Wenn eine Verhandlung von Wahrheit mit einer UN-Konvention verknüpft ist, ist zu beachten, dass Artikel 103 der UN-Charta automatisch jede Verhandlung von Wahrheit annulliert.

Verhandlung der Wahrheit: Vorwürfe des Völkermords an den muslimischen Uiguren in China

Der von der US-Regierung gegen China erhobene Vorwurf des Völkermords stammt aus einer einzigen Quelle: Aus einem im Juni 2020 von der Jamestown Foundation veröffentlichten Papier von Adrian Zenz mit dem Titel *„Sterilisation, IUDs und Verpflichtung zur Geburtenkontrolle: Die Kampagne der CCP die uigurische Geburtenrate in Xinjiang zu unterdrücken".*

Artikel von Associated Press, CNN und BBC stützten sich ebenfalls auf Adrian Zenz' Artikel, um zu behaupten, dass die sinkenden uigurischen Geburtenraten und die Anwendung von Geburtenkontrollmaßnahmen in uigurischen Bezirken der Region Xinjiang als Beweis für eine Politik des *„demografischen Genozids"* gelten.

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung des Papiers von Zenz, veröffentlichte der ehemalige US-Außenminister Pompeo eine Erklärung, in der er Chinas angebliche Politik der *„Zwangssterilisation, Zwangsabtreibung und Zwangsfamilienplanung"* als Völkermord anprangerte. US-Außenminister Pompeo persönlich hat den *„Enthüllungen von Adrian Zenz"* den erfüllten Nachweis der Sorgfaltspflicht im Sinne des jus cogens zugeschrieben. Die Erklärung von US-Außenminister Pompeo muss damit im Einklang stehen.

Der IGH hat im Fall des bosnischen Völkermordes festgelegt, dass *„die Verpflichtung eines Staates zur Prävention und die entsprechende Pflicht zum Handeln in dem Moment entstehen, in dem der Staat von der Existenz einer ernsthaften Gefahr, dass ein Völkermord begangen wird, erfährt oder normalerweise hätte erfahren müssen."* Adrian Zenz verwendet die Formulierung „ernsthafte Bedenken" in seinem Bericht im Schlussteil wie folgt:

„Diese Feststellungen geben Anlass zu ernsthaften Bedenken, ob Pekings Politik in Xinjiang in grundlegender Hinsicht das darstellt, was man als eine demografische Kampagne des Völkermords im Sinne von Abschnitt D, Artikel II der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords bezeichnen könnte."

Es war notwendig, Kommentar von Zenz zu Abschnitt D, Artikel II der Völkermordkonvention mit Hilfe der Wiener Konvention über das Recht der Verträge (WVK) zu analysieren, um die Beziehung zwischen seinen Ergebnissen und der Völkermordkonvention zu verstehen.

Artikel 31 Absatz 1 des Wiener Vertragsrechtsübereinkommens enthält die wichtigste Regel für die Auslegung von Verträgen:

„Ein Vertrag ist nach Treu und Glauben in Übereinstimmung mit der gebräuchlichen Bedeutung auszulegen, die den Vertragsbestimmungen in ihrem Kontext und im Lichte ihres Ziels und Zwecks zuzuordnen sind."

Auslegung von Vertragsbedingungen

Es gibt zwei Arten der Auslegung von Vertragstexten: i) die gewöhnliche oder konventionelle Bedeutung, die sich aus dem Sprachgebrauch einer Sprachgemeinschaft ergibt, und ii) die besondere oder nicht konventionelle Bedeutung, bei der die Vertragsparteien es für notwendig erachtet haben, einen neuen Begriff in den Vertrag aufzunehmen, oder bei der sie sich darauf geeinigt haben, die bereits vorhandenen Begriffe anders auszulegen. Diese letzte Situation ist kompliziert und ungewöhnlich, denn in diesem Fall müssten die Parteien beweisen, dass sie einer gewöhnlichen Bedeutung eine andere geben wollten.

Gemäß Artikel 31.2 des WVK ist für die Auslegung eines Begriffs in einem Vertrag auch der Kontext von großer Bedeutung: „Es liegt auf der Hand, dass der Vertrag als Ganzes gelesen werden muss und dass seine Bedeutung nicht nur anhand einzelner Formulierungen zu bestimmen ist, die, losgelöst vom Kontext, in mehr als einem Sinn ausgelegt werden könnten", so dass wir in dieser Hinsicht auch die Präambel, die Anhänge und alle mit dem Vertrag in Verbindung stehenden Vereinbarungen oder Instrumente im Zusammenhang mit seinem Abschluss berücksichtigen müssen.

Treu und Glauben, Ziel und Zweck stehen in direktem Zusammenhang mit der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen. Artikel 31 räumt in seinem Eröffnungssatz in Paragraph 1 dem guten Glauben (*bona fides*) einen Ehrenplatz ein, der *„einer der wesentlichen Grundsätze für die Begründung und Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen"* ist. Der Begriff wird auch im dritten Absatz der Präambel und in Artikel 26 des WVK über *pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten* – erwähnt.

Damit ist der entscheidende Zusammenhang zwischen der Auslegung eines Vertrags und seiner Erfüllung hergestellt. Bei der Auslegung eines Vertrages begründet Treu und Glauben von vornherein die Vermutung, dass die Vertragsbestimmungen etwas und nicht nichts bedeuten sollten. Außerdem verlangt Treu und Glauben von den Vertragsparteien, dass sie ehrlich, redlich und vernünftig handeln und keine unlauteren Vorteile ziehen. Nach Artikel 31 steht Treu und Glauben im Mittelpunkt der Anwendung der Allgemeinen Vorschrift.

Der Wortlaut von Abschnitt D, Artikel II der Völkermordkonvention sollte anhand der WVK analysiert werden. Der Text lautet: „Maßnahmen zu ergreifen, um Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern“. Es gibt zwei Kriterien mit der üblichen Bedeutung für Völkermord, i) Absicht und ii) innerhalb der Gruppe. In der Präambel von Artikel II wird die Gruppe als „national, ethnisch, rassisch oder religiös“ definiert. Die gewöhnliche Bedeutung von Abschnitt D, Artikel II, bedeutet nach der WVK, dass *„Vorsatz“* nur auf nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen oder Gruppen abzielen darf.

Variationen in der offiziellen Politik

Nach Ansicht des IGH erfordert Artikel II ein weiteres gedankliches Element, nämlich einen besonderen oder spezifischen Vorsatz oder einen *dolus specialis* oder *besondere Absicht.* Der IGH stellte klar, dass es nicht ausreicht, dass die Mitglieder der Gruppe ins Visier genommen werden, weil sie dieser Gruppe angehören, d. h. weil der Täter eine diskriminierende Absicht hat. Es ist etwas mehr erforderlich. Die in Artikel II aufgeführten Handlungen müssen in der Absicht begangen werden, die Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Die Worte „als solche“ unterstreichen diese Absicht, die geschützte Gruppe zu zerstören. Ein Indiz für das Vorhandensein eines bestimmten Vorsatzes (dolus specialis) sollte den Handlungen zugrunde liegen.

In der Rechtssache *Kupreškic et al.* (und andere) fragte das *ICTY – International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia*:

„Das Erfordernis des mens rea – *Schuldbewusstseins* – bei Verfolgung ist höher als bei gewöhnlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, jedoch niedriger als für Völkermord zu bewerten. In diesem Zusammenhang möchte die Strafkammer betonen, dass Verfolgung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein Vergehen ist, das zur gleichen Gattung wie Völkermord gehört. Sowohl Verfolgung als auch Völkermord sind Verbrechen, die gegen Personen begangen werden, die einer bestimmten Gruppe angehören und aufgrund dieser Zugehörigkeit zur Zielscheibe werden.“

Die Veränderungen in der offiziellen Politik der chinesischen Kommunisten zur Geburtenkontrolle werden nachgezeichnet. Sie hat sich seit der Gründung der Volksrepublik China in vier großen Phasen verändert: 1) 1949–1953; 2) 1954–1977, 3) 1978–2001, 4) 2002 bis heute. In der ersten Phase förderte die Regierung die Geburt. Während dieser Zeit entsprach das neue Bevölkerungsthema der Bedeutung einer großen Bevölkerung für die Produktion.

In der zweiten Phase begann die Förderung der Familienplanung. Die Geburtenkontrolle wurde durch Zeitungsartikel, Geburtenkontrollkliniken und die Ausbildung von Kadern in Geburtenkontrolle aktiv gefördert. Späte Heirat und Bevölkerungsbegrenzung waren die Themen dieser Bemühungen. In der Zeit von 1978 bis 2001 wurde die Geburtenkontrollpolitik verschärft, die ein Kind pro Familie förderte. Die späte Heirat wurde weiterhin gefördert; das empfohlene Heiratsalter für Frauen lag bei 23 bis 27 Jahren und für Männer bei 25 bis 29 Jahren.

Ab 2002 wurde die Politik der Geburtenkontrolle schrittweise gelockert und das am meisten extreme staatliche Geburtenkontrollprojekt der Geschichte beendet. China setzte seine Ein-Kind-Politik gegenüber der Mehrheit seiner Bevölkerung strikt durch, war aber gegenüber ethnischen Minderheiten, darunter den Uiguren, liberaler. Xinjiang verzeichnet eine positive Gesamtbevölkerungswachstumsrate, wobei die uigurische Bevölkerung im Zeitraum 2010–2018 schneller wächst als die nicht-uigurische Bevölkerung in Xinjiang.

Obwohl es sich um eine ethische und akademische Verpflichtung handelt, hat Adrian Zenz in seinem Bericht das Geburtenkontrollsystem in ganz China nicht erwähnt. Die Kriterien „*Vorsatz, dolus specialis*“ und „innerhalb einer Gruppe“ für die ernsthafte Besorgnis eines Völkermords wären nicht schlüssig gewesen, wenn Adrian Zenz das erzwungene Geburtenkontrollregime Chinas als Ganzes in seinem Bericht erörtert hätte.

Adrian Zenz hat es versäumt, die wichtigste Auslegungsregel der Völkermordkonvention nach Artikel 31.1 des WVK zu beachten. Adrian Zenz hat es versäumt, einen Bericht über die Erfüllung der Sorgfaltspflicht im Sinne von *jus cogens* zu verfassen.

Gerechtigkeit in Verbindung mit Treu und Glauben

Der Grundsatz der Gerechtigkeit ist mit dem Grundsatz von Treu und Glauben verknüpft, der im Konzept von *pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten* -selbst enthalten ist. Als Bestandteil des Grundsatzes *pacta sunt servanda* verpflichtet der Grundsatz von Treu und Glauben die Völkerrechtssubjekte, die tatsächlichen Umstände und Interessen der Staaten im Anwendungsbereich einer Regel nach Treu und Glauben zu ermitteln und die anwendbare(n) Regel(n) nach Treu und Glauben auszuwählen.

Darüber hinaus verlangt dieser Grundsatz, dass die Anwendung von Regeln wirklich mit ihrem Wortlaut und ihrem Geist sowie mit den Begriffen des Völkerrechts und der Moral und anderen Verpflichtungen der Subjekte vereinbar ist; er verlangt, dass die Grenzen der Regeln nach Treu und Glauben festgelegt werden, damit sie nicht in einer Weise angewendet werden, die den Rechten und legitimen Interessen anderer Subjekte schadet, und dass Rechtsmissbrauch verhindert wird.

Der Grundsatz der loyalen Erfüllung von Verpflichtungen schreibt eine Regel der Fairness vor, die die Art und Weise der Umsetzung internationaler Rechtsnormen regelt. So ist es beispielsweise unzulässig, Täuschung zu betreiben. Letzteres ist bekanntlich ein Grund, die Gültigkeit von Verträgen anzufechten, ebenso wie Betrug.

Die UN-Charta schafft als Verfassung der internationalen Rechtsgemeinschaft Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten. Es gibt keinen Raum für eine Kategorie des *„allgemeinen Völkerrechts“,* die unabhängig neben der UN-Charta existiert. Vielmehr ist die UN-Charta der tragende Rahmen des gesamten Völkerrechts und zugleich die oberste Ebene in einer Hierarchie von Völkerrechtsnormen.

Artikel 103 der Charta der Vereinten Nationen lautet wie folgt:

„Im Falle eines Konflikts zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder der Vereinten Nationen aus dieser Charta und ihren Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften haben ihre Verpflichtungen aus dieser Charta Vorrang.“

Diese Bestimmung, deren Hauptziel es ist, die Wirksamkeit des Handelns der Vereinten Nationen bei der Erhaltung des Friedens zu gewährleisten, indem den Verpflichtungen aus der Charta Vorrang vor anderen vertraglichen Verpflichtungen eingeräumt wird, ist mit einer Fülle von Unklarheiten behaftet, die von der Wurzel ihrer Bedeutung bis zu Auslegungsfragen reichen. Wenn eine Verhandlung über die Wahrheit mit einem UN-Übereinkommen verbunden ist, ist zu beachten, dass Artikel 103 der UN-Charta automatisch jede Verhandlung über die Wahrheit auf rechtlicher Grundlage ausschließt.

Die USA sind ihrer Sorgfaltspflicht nach dem Grundsatz von Treu und Glauben *(jus cogens)* nicht nachgekommen, bevor sie den Völkermord in China erwähnt haben. Die Behauptung

der USA, China habe einen Völkermord begangen, ist nach dem UN-Rechtssystem null und nichtig. Der Vorwurf des Völkermordes sollte niemals leichtfertig erhoben werden.

Ein unangemessener Gebrauch des Begriffs kann geopolitische und militärische Spannungen verschärfen und die historische Erinnerung an Völkermorde wie den Holocaust entwerten, wodurch die Fähigkeit zur Verhinderung künftiger Völkermorde beeinträchtigt wird. Die internationale Gemeinschaft als Ganzes hat die erga omnes -Verantwortung, die *Norm Völkermord* vor dem Missbrauch und der Herabwürdigung durch die Äußerungen von US-Beamten, einschließlich Präsident Biden, zu schützen.

Zum Autor: *Mehmet Sukru Guzel ist ein türkischer Experte auf dem Gebiet des Rechts und der Menschenrechte. Er ist Doktor und Ehrenprofessor der Internationalen Akademie der Wissenschaften von Aserbaidschan. Er wurde dreimal für den Friedensnobelpreis nominiert.*

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten spiegeln die des Autors wider und müssen sich nicht unbedingt mit der redaktionelle Linie von „Unser Mitteleuropa“ decken.

For our international readers please find the below original version in English:

Does international law justify US-allegations against China?

As per international law, states‘ activities must be based on the universally understood principle of due diligence to avoid harming other states. Therefore, according to Dr. Guzel, who is a three-time nominee for the Nobel Peace Prize, the international community has the due diligence obligation to analyse the allegations made by the US on genocide in China to protect the norm of „genocide“ from misuse and degeneration.

By MEHMED SUKRU GUZEL | The genocide charge to China was made on the final day of Donald Trump’s administration by then-Secretary of State Michael Pompeo, who, “made no secret of his belief in lying as a tool of US foreign policy.” Both President Biden and his Secretary of State Anthony Blinken have endorsed former Secretary of State Mike Pompeo’s mentioning of a “genocide” against the Muslim Uyghur population in China’s Xinjiang province.

This year’s American State Department Country Reports on Human Rights Practice (HRP) follows Pompeo in accusing China of genocide in Xinjiang. But the HRP uses the term only twice, once in the preface and the other one in the executive summary of the China chapter, readers are left to guess about the evidence. Much of the report deals with issues like freedom of expression and free elections, which would constitute a gross violation of human rights; but it is not evidence of genocide.

The duty to prevent genocide is a *jus cogens* norm. A *jus cogens* norm is defined as a peremptory norm of general international law that is “accepted and recognized by the international community of states as a whole as a norm from which no derogation is permitted and which can be modified only by a subsequent norm of general international law having the same character.”

President Biden's accusation of "genocide" against the Muslim Uyghur population in China's Xinjiang province is in the sense of preventive measures. A general preventive measure comment for the international community as a whole originated from the erga omnes character of the rights and obligations of the Convention on Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Genocide Convention) as reaffirmed by the International Court of Justice (ICJ) in the Bosnian Genocide case.

Understanding Article I of the Genocide Convention

The obligation to prevent genocide is codified in Article I of the Genocide Convention. In the Bosnia Genocide case, the International Court of Justice (ICJ) mentioned that Article I of the Genocide Convention was not territorially limited and that it was an obligation of conduct and not one of the results. The ICJ premised the extraterritorial obligation to prevent a State's capacity to influence.

Having identified such an independent and extraterritorial obligation to prevent, the ICJ underscored the relevance of due diligence in understanding its contents. The ICJ expressed its finding that the obligation to prevent arises, "at the instant that the State learns of, or should normally have learned of, the existence of a serious risk that genocide will be committed" implies a risk assessment that, at the very least, has close synergies with procedural due diligence obligations.

According to John Heieck, Article I of the Genocide Convention and customary international law, whose sole purpose, as a communal, rather than a unilateral or bilateral, interest, is to prevent the destruction, in whole or in part, in peacetime or in war, of national, ethnic, racial, and religious groups.

It is indeed difficult to imagine a treaty provision that protects more the overriding interests and fundamental values of the international community of States as a whole than the duty to prevent genocide. The duty to prevent genocide and its concomitant due diligence obligations under Article I of the Genocide Convention and customary international law amount to *jus cogens.*

The due diligence responsibility amounting to *jus cogens* must be fulfilled before making any code of conduct. It is the due diligence responsibility amounting to *jus cogens* that gives the international community an *erga omnes* responsibility to protect the term Genocide and the Genocide Convention from the misuse and degradation.

The question of whether the US has fulfilled its due diligence responsibilities amount to *jus cogens* before mentioning Genocide in China or not is an *erga omnes* responsibility of the international community as a whole. If the answer to this question is negative, the legality of the mentioning of the US of any genocide in China cannot be defined as a legal code of conduct but simply be defined as negationism of the truth for today in China.

Furthermore, if any negotiation of truth is to be linked with a UN Convention, it should be noted that Article 103 of the UN Charter automatically nullifies any negotiation of truth.

Negotiation of the truth: Muslim Uyghur genocide allegations in China

The US government's accusation of genocide against China stems from a single source: a June 2020 paper by Adrian Zenz, published by Jamestown Foundation, "Sterilization, IUDs and Mandatory Birth Control: The CCP,s Campaign to Suppress Uyghur Birthrates in Xinjiang."

Articles by the Associated Press, CNN, and BBC also relied on Adrian Zenz's article to claim that plunging Uyghur birth rates and the application of birth control measures in Uyghur counties of the Xinjiang region as proof of a policy of "demographic genocide."

Just days after the publication of Zenz's paper, former US Secretary of State Pompeo issued a statement denouncing China's alleged policy of "forced sterilization, forced abortion, and coercive family planning" as genocide. US Secretary of State Pompeo personally credited the "Adrian Zenz's revelations" as a fulfilled due diligence report amount to *jus cogens*. US Secretary of State Pompeo's statement needs to be in conformity.

The ICJ in the Bosnian Genocide case specified that "a State's obligation to prevent, and the corresponding duty to act, arise at the instant that the State learns of, or should normally have learned of, the existence of a serious risk that genocide will be committed." Adrian Zenz's used the wording of "serious concerns" in his report in the conclusion part as:

"These findings raise serious concerns as to whether Beijing's policies in Xinjiang represent, in fundamental respects, what might be characterized as a demographic campaign of genocide per the text of Section D, Article II of the UN Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide."

It was necessary to analyze Adrian Zenz's commentary on Section D, Article II of the Genocide Convention through the Vienna Convention on the Law of Treaties (VCLT) to understand the relationship between his findings and the Genocide Convention.

Article 31.1 of the VCLT provides the principal rule of interpretation of a treaty: "A treaty shall be interpreted in good faith in accordance with the ordinary meaning to be given to the terms of the treaty in their context and in the light of its object and purpose."

Interpreting the terms of a treaty

The terms can be interpreted in two forms: i) ordinary meaning or conventional one: founded in a language used in a linguistic community, and ii) special meaning or non-conventional: the parties may have felt the necessity to introduce a new term in the treaty, or they agree to give another interpretation to the words already existent. This last situation is complicated and uncommon because in that case, they would have to prove the desire of giving a different meaning to an ordinary one.

In accordance with Article 31.2 of the VCLT, in order to interpret a term in a treaty, the context is also of main relevance, "It is obvious that the treaty must be read as a whole, and that its meaning is not to be determined merely upon particular phrases which, detached from the context, may be interpreted in more than one sense", so, in these regards, we also have to take in consideration its preamble, annexes and any agreement or instrument related to the treaty in connection with its conclusion.

Good Faith, object, and purposes have a direct relation to the implementation of treaty obligations. Article 31 gives pride of place in its opening sentence in para. 1 to good faith (*bona fides)* which is "one of the basic principles governing the creation and performance of legal obligations". The notion is also referred to in the third preambular paragraph and in Article 26 of the VCLT on *pacta sunt servanda*.

The crucial link is thus established between the interpretation of a treaty and its performance. When interpreting a treaty, good faith raises at the outset the presumption that the treaty terms were intended to mean something, rather than nothing. Furthermore, good

faith requires the parties to a treaty to act honestly, fairly and reasonably, and to refrain from taking unfair advantage. Article 31 envisages good faith as being at the center of the application of General Rule.

The text of Section D, Article II of the Genocide Convention should be analysed through the VCLT. The text reads as “imposing measures intended to prevent births within the group”. There exist two criteria with the ordinary meaning for genocide, i) intend and ii) within the group. The preamble of Article II defines the group as “national, ethnical, racial or religious”. The ordinary meaning of Section D, Article II according to VCLT means “intend” must target national, ethnic, racial, or religious groups or groups only.

Variations in official policy

According to the ICJ, Article II requires a further mental element, as a special or specific intent or *dolus specialis*. The ICJ specified that it is not enough that the members of the group are targeted because they belong to that group that is because the perpetrator has a discriminatory intent. Something more is required. The acts listed in Article II must be done with intent to destroy the group as such in whole or in part. The words “as such” emphasize that intent to destroy the protected group. Indicative of the presence of a specific intent (*dolus specialis*) should inspire the acts.

ICTY – *International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia* – asked in the Kupreškic et al. case

“the *mens rea* requirement for persecution is higher than for ordinary crimes against humanity, although lower than for genocide. In this context, the Trial Chamber wishes to stress that persecution as a crime against humanity is an offense belonging to the same genus as genocide. Both persecution and genocide are crimes perpetrated against persons that belong to a particular group and who are targeted because of such belonging.”

The variations in official policy toward birth control by the Chinese communists are traced. It has undergone 4 major stages of change since the foundation of the People’s Republic of China: 1)1949–1953; 2)1954–1977, 3)1978–2001, 4)2002 to the present. In the first stage, the government encouraged the birth. During that time, the new population theme was the importance of a large population to production.

The second stage began the promotion of family planning. Birth control was actively promoted through newspaper articles, birth control clinics, and the training of cadres in birth control guidance. Late marriage and population limitation were the themes of this effort. The period during 1978–2001 saw the tightening of the policy of birth control, which encouraged one child for a family. The late marriage continued to be promoted; the recommended ages for marriage for women were 23–27 and 25–29 for men.

From 2002, the policy of birth control underwent gradual liberation, ending the most extreme state birth control project in history. China strictly enforced its one-child policy on the majority of its population but was more liberal toward ethnic minorities, including the Uighur. Xinjiang records a positive overall population growth rate, with the Uighur population growing faster than the non-Uighur population in Xinjiang during 2010–2018.

Despite the fact that it is an ethical and academic obligation, Adrian Zenz failed to mention the birth control regime in the whole of China in his report. The criteria of “intent, *dolus*

special" and "within-group" for serious concerns about genocide would have been inconclusive if Adrian Zen's discussed the forced birth control regime of China as a whole in his report.

Adrian Zenz failed the principal rule of interpretation of the Genocide Convention subject to Article 31.1 of the VCLT. Adrian Zenz failed to write a fulfilled due diligence report amount to *jus cogens*.

Justice linked to good faith

The principle of justice is linked to the principle of good faith, which is included in the very concept of *pacta sunt servanda*. As an element of the principle *pacta sunt servanda*, the principle of good faith binds subjects of international law to identify in good faith the actual circumstances and interests of States within the scope of a rule; to select the applicable rule or rules in good faith.

Furthermore, it demands to ensure that the application of rules is truly compatible with their letter and spirit, as well as with concepts of international law and morality and other obligations of the subjects; to define in good faith the limits on rules so as not to apply them in such a way as to cause damage to the rights and legitimate interests of other subjects, and to prevent abuse of rights.

The principle of good faith fulfilment of obligations prescribes a rule of fairness, which governs the ways and means of implementing international legal norms. For example, it is inadmissible to use deception. The latter is known to be a ground for challenging the validity of treaties, as is fraud.

The UN Charter creates obligations to the member states as the constitution of the international legal community. There is no room for a category of "general international law" existing independently beside the UN Charter. Instead, the UN Charter is the supporting frame of all international law and, at the same time, the highest layer in a hierarchy of norms of international law.

Article 103 of the Charter of the UN reads as follows:

"In the event of a conflict between the obligations of the Members of the UN under the present Charter and their obligations under any other international agreement, their obligations under the present Charter shall prevail."

This provision whose main aim is to secure the efficacy of UN action in the maintenance of peace by according priority to the obligations incurred under the Charter over other treaty commitments – is replete with a plethora of uncertainties, ranging from the root of its meaning to points on interpretation. Any negotiation of truth when is linked with a UN Convention, it should be noted that Article 103 of the UN Charter automatically nullifies any negotiation of truth on a legal basis.

The US has not fulfilled under the principle of good faith its due diligence responsibilities amount to *jus cogens* before mentioning Genocide in China. The allegation of the US on Genocide to China is null and void in the UN legal system. The charge of genocide should never be made lightly.

Inappropriate use of the term may escalate geopolitical and military tensions and devalue the historical memory of genocides such as the Holocaust, thereby hindering the ability to

prevent future genocides. The international community as a whole has the *erga omnes* responsibility to protect the norm Genocide from the misuse and degradation from the statements of the US officials, including President Biden.

Mehmet Sukru Guzel is a Turkish expert in the fields of law and human rights. He is a Ph.D. and Honorary Professor of the Azerbaijan International Academy of Sciences. He was nominated three times for the Nobel Peace Prize. The views expressed in the article are the writer's own and do not necessarily reflect the editorial policy of „Unser Mitteleuropa".

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) „Unser Haus brennt": 39 % der 16- bis 25-Jährigen haben Angst, Kinder zu bekommen

16. 09. 2021



Bildquelle: FDS

Die Zukunft ist „beängstigend". Dies ist die Meinung von drei Vierteln der 16- bis 25-Jährigen, wie eine große Umfrage zur Klimakrise ergab, die unter 10 000 Personen dieser Altersgruppe aus zehn verschiedenen Ländern (darunter Frankreich und die USA) durchgeführt wurde. Die Ergebnisse, die in der wissenschaftlichen Zeitschrift Lancet Planetary Health veröffentlicht wurden und über die Le Monde berichtete, zeigen, dass die jungen Menschen von heute nicht nur über den Zustand des Planeten erschrocken sind, sondern auch die Hoffnung auf ihre Zukunft verlieren. So glauben beispielsweise 55 % von ihnen, dass sie weniger Chancen haben werden als ihre Eltern, und 39 % haben sogar Angst davor, Kinder zu bekommen. Und von denjenigen, die immer noch entschlossen sind, eine Familie zu gründen, sagen 52 %, dass ihre Sicherheit „bedroht sein wird".

Quelle: Lepoint.fr

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) NL: Klage gegen Einführung des „Corona-Passes“

26. 09. 2021



Bildquelle: ReactNieuws

Seit gestern schließt das linksliberale Regime in den Niederlanden diejenigen, die nicht gegen das Coronavirus geimpft sind, durch die Einführung des Coronapasses aus der Gesellschaft aus.

Die weitreichenden Corona-Maßnahmen haben bereits zu mehreren Demonstrationen geführt, darunter die Massendemonstration in Amsterdam, bei der 100.000 Menschen gegen den autoritären Kurs des Regimes auf die Straße gingen.

Am Dienstag, den 28. September, wird der Kampf gegen den Corona-Pass im Gerichtssaal in Den Haag fortgesetzt, da die Rechtsanwälte Bart Maes und Elke Lenting eine Klage gegen den Staat eingereicht haben. Ziel ist es, die Einführung des Corona-Passes mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen.

Auf einer Pressekonferenz in dieser Woche kündigten die Anwälte Maes und Lenting an, gegen die holländische Regierung zu Felde zu ziehen, weil diese durch die Einführung des Corona-Passes eine ganze Reihe von Grundrechten außer Kraft gesetzt habe. Dazu gehören das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf die Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Rechte, der Grundsatz des Habeas Corpus sowie der Grundsatz der Achtung des Privat- und Familienlebens.

… Kurz gesagt, eine ganze Reihe von Grundrechten wird für Ungeimpfte außer Kraft gesetzt, um einen Corona-Passs, auch Apartheid-Pass genannt, zu ermöglichen, der – und das ist der springende Punkt – der öffentlichen Gesundheit und der Belastung der Pflege überhaupt nichts bringt.

Bart Maes und sein Anwaltsteam berichten, dass sie viel Unterstützung erhalten haben und den Fall mit einem multidisziplinären Team aus Anwälten, Juristen, Medizinern, Wissenschaftlern und Kommunikationsspezialisten vorbereiten. Der Rechtsanwalt erwähnte auch die digitale Petition gegen den Corona-Pass, die bereits von mehr als 277.000 Menschen unterzeichnet wurde. Außerdem hofft man auf einen unabhängigen Richter, der nicht mit der medizinischen Industrie verbunden ist.

Quelle: ReactNieuws

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Bayern: Fußballmannschaft fällt aus – von 12 Positiven sind 10 doppelt geimpft

26. 09. 2021



Mannschaft und Maskottchen des SpVgg Unterhaching | *Foto: https://www.spvggunterhaching.de/profis/kader/*

UNTERHACHING – Zwölf Unterhachinger Fußball-Profis seien positiv auf das Virus getestet worden, sagte der Club auf Nachfrage der „Süddeutschen Zeitung“. Das Virus legt den Regionalligisten lahm. Sicher ist: Zwei Spiele fallen aus. Unklar sei, wie es zur Infektionswelle kam, wo doch fast alle Profis geimpft sind, berichtet *merkur.de*. Wirklich unklar, fragt unsere Redaktion?

Ungeimpfter Spieler mit geringsten Werten

Der Präsident des *SpVgg Unterhaching* Manni Schwabl, stellt nachdenklich fest als er erklären soll, wie das passieren konnte: zwölf positive Fälle in einer Kabine – und das, obwohl die „weit überwiegende Zahl“ seiner Profis doppelt geimpft sei:

„Von den zwölf positiv Getesteten sind zehn doppelt geimpft, einer ist genesen, nur einer war nicht geimpft – kurioserweise ist das derjenige, der den geringsten Wert aufweist.“ Ratlos schickt der Urbayer hinterher: „Erklären kann sich das keiner.“

Doch Herr Präsident, das wird Ihnen jeder Politiker, oder „Expertinnen und Experten“ (zumindest hinter vorgehaltener Hand) erklären können, die aktuell verordnen, dass trotz angeblicher „Vollimmunisierung“ die Teilnehmer am Impfexperiment, weiterhin von Schikanen betroffen sind, wie etwa Maskentragen oder Abstandhalten.

Und eine weiteren Skandal der Extraklasse rund um den Impfbetrug gibt Schwabl indirekt zu, wenn er mutmaßt:

„Einer wird es in der Kabine eingeschleppt haben. Ist doch klar, dass man die Abstände nicht so einhält, wenn fast alle geimpft sind.“

Genauso ist es Herr Präsident: Sagen sie künftig geimpften Spielern oder Mitarbeitern ihres Klubs, das sie keinesfalls sich auf die Schutzwirkung unerprobter Impfstoffe verlassen sollen. Die Leute werden dann, wie sie selber sagen, unvorsichtig und vernachlässigen selbst die Vorsichtsmaßnahmen, wie sie sonst bei „normalen“ Grippewellen selbstverständlich waren.

Wo auch Geimpfte getestet werden, wird der Betrug augenscheinlich

Wir verweisen auch auf unseren Artikel Restaurantschließung wegen Covid: **„Alle geimpften Mitarbeiter positiv, der einzig Negative ist ungeimpft“:**

Elf von zwölf Mitarbeitern des Casamaki-Restaurants in Pescara wurden positiv auf Covid getestet, einige von ihnen waren doppelt geimpft und hatten bereits einen „grünen Pass“ bei sich. Sie stehen nun alle unter Quarantäne, darunter auch der Besitzer des Restaurants auf der Piazza Salotto, Gianluca Cruciani, der noch nicht geimpft wurde, aber beim Molekulartest **negativ** abschnitt. … *weiterlesen*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) US-Arzneimittelbehörde verweigert Freigabe der dritten „Impfstoff“-Injektion wegen Risikos von Herzkomplikationen

26. 09. 2021



Bildquelle: MPI

Die Begeisterung von Big Pharma und seinen Anhängern für das halbjährliche Abonnement der experimentellen Injektion, die als Impfstoff gegen Covid-19 präsentiert wird, hat gerade einen schweren Schlag erlitten.

In der vergangenen Woche verweigerte die US-amerikanische Food and Drug Administration (FDA) auf der Grundlage von in Israel durchgeführten Studien grünes Licht für die Verallgemeinerung der dritten Injektion für die gesamte amerikanische Bevölkerung. Der Grund dafür gibt denjenigen Recht, die von Medien in Europa als „Verschwörer“ bezeichnet werden: das Fehlen von Daten über die Nebenwirkungen, insbesondere über die Risiken von Herzkomplikationen.

Dieses amerikanische wissenschaftliche Gutachten könnte bei Beschwerden über „wissenschaftlich nicht gerechtfertigte Eingriffe“ in die Freiheitsrechte des Einzelnen als juristisches Argument herangezogen werden.

Um die Bevölkerung zu einer dritten Dosis zu bewegen, hat die israelische Regierung beschlossen, dass ab dem 3. Oktober Personen, die mehr als sechs Monate lang „nur“ mit zwei Dosen geimpft wurden, keinen Anspruch mehr auf einen Gesundheitspass haben. Nach Angaben der israelischen Behörden weigern sich immer noch 17 % der Israelis, an diesem Experiment, das sie Impfung nennen, teilzunehmen.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Wuhan-Wissenschaftler, Covid-Spike, chimäre Proteine, hautdurchdringende Nanopartikel – könnten die Verschwörungstheoretiker recht gehabt haben?

25. 09. 2021



Laboratorium in Wuhan · *Bildquelle: MPI*

Achtzehn Monate vor der Pandemie präsentierten Wissenschaftler in Wuhan, China, ein Projekt zur Freisetzung verbesserter luftübertragener Coronaviren in die freie Natur, berichtet The Telegraph unter Berufung auf durchgesickerte Förderanträge aus dem Jahr 2018.

Neue Dokumente zeigen, dass Forscher nur 18 Monate vor dem Auftreten der ersten Fälle von Covid-19 Pläne für die Freisetzung von hautdurchdringenden Nanopartikeln, die „neuartige chimäre Fledermaus-Coronavirus-Proteine“ bei Höhlenfledermäusen in Yunnan (China) enthalten, vorgelegt hatten.

Sie planten auch, chimäre Viren zu schaffen, die genetisch so verbessert sind, dass sie den Menschen leichter infizieren können, und beantragten 14 Millionen Dollar bei der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), um die Arbeit zu finanzieren.

Der Antrag wurde von dem Zoologen Peter Daszak von der US-amerikanischen EcoHealth Alliance eingereicht, der hoffte, mit Hilfe der Gentechnik „humanspezifische Spaltstellen“ auf der Covid-Fledermaus einzurichten, „die das Eindringen des Virus in menschliche Zellen erleichtern“, eine Methode, die eine in der wissenschaftlichen Gemeinschaft diskutierte Frage beantworten würde, wie sich SARS-CoV-2 so entwickelt hat, dass es für Menschen so ansteckend ist.

Daszaks Vorschlag enthielt auch Pläne, hochgefährliche Stämme des natürlichen Coronavirus mit infektiöseren, aber weniger tödlichen Versionen zu kombinieren. Zu seinem „Fledermaus-Team“ gehörten Dr. Shi Zhengli vom Wuhan Institute of Virology sowie US-Forscher von der University of North Carolina und dem National Wildlife Health Center der US Geological Survey.

DARPA lehnte den Vertrag mit der Begründung ab, dass „es klar ist, dass das von Peter Daszak vorgeschlagene Projekt die lokale Bevölkerung hätte gefährden können“, und wies darauf hin, dass Daszak die Gefahren einer Vermehrung des Virus durch „gain-of-function“-Forschung oder die Freisetzung eines Impfstoffs in die Luft nicht vollständig bedacht hatte.

Aus den Unterlagen geht hervor, dass das Team auch Bedenken hinsichtlich des Zeitpunkts der Impfung hatte und erklärte, es werde „eine Aufklärungsmaßnahme durchführen, damit die Öffentlichkeit versteht, was wir tun und warum wir es tun, insbesondere in Anbetracht der Praxis des Fledermauskonsums in diesem Gebiet“.

Angus Dalgleish, Professor für Onkologie an der St. Georges University of London, der darum gekämpft hat, dass Arbeiten veröffentlicht werden, die zeigen, dass das Wuhan Institute of Virology (WIV) bereits vor der Pandemie jahrelang an „gain-of-function“ gearbeitet hat, sagte, dass die Forschung auch ohne die Finanzierung hätte fortgesetzt werden können.

„Es handelt sich hier eindeutig um ein gain-of-function engineering der Spaltstelle neuartiger Viren, um die Infektiosität menschlicher Zellen in mehr als einer Zelllinie zu verbessern“, erklärte er gegenüber dem Telegraph.

Ein Name in dem *Telegraph*-Artikel, der besondere Aufmerksamkeit verdient, ist der des britischen Zoologen Peter Daszak. Daszak gehörte zu dem Expertenteam, das im Februar 2021 in Wuhan im Rahmen einer 28-tägigen Mission der WHO in China untersuchte, um den Ursprung von SARS-CoV-2 zu klären. Die WHO-Wissenschaftler, darunter Daszak, kamen zu dem Schluss, dass die von den Amerikanern immer noch vertretene Hypothese, das Virus sei aus einem Labor in Wuhan entwichen, „extrem unwahrscheinlich“ sei. Schon damals waren die Verbindungen zwischen Daszak, Dr. Shi Zhengli, Wuhan, Fledermäusen und Coronaviren aufgedeckt und die Absicht des britischen Wissenschaftlers manifest geworden, jede Hypothese über ein Leck im Labor in Wuhan als „Verschwörungstheorie“ zu verteufeln.*)

Quelle: MPI

*) In *Le Parisien* erfährt man, dass dieser britische Experte, der zu den Befürwortern der chinesischen Darstellung der Übertragung von Tieren auf Menschen gehört, Interessenkonflikte in dieser Angelegenheit hat. Er ist Präsident der EcoHealth Alliance, einer amerikanischen Nichtregierungsorganisation für die Prävention von Epidemien, die „bei bestimmten Projekten mit diesem virologischen Institut zusammengearbeitet hat“. Mit verschiedenen Finanzmitteln, unter anderem vom US-Verteidigungsministerium, ist EcoHealth Alliance seit über fünf Jahren an der Erforschung des Fledermaus-Coronavirus beteiligt. Von 2014 bis 2019 arbeitete Daszak Berichten zufolge direkt mit der Chinesin Shi Zhengli zusammen, die wegen ihrer Hyper-Spezialisierung auf diesem Gebiet als „Fledermausfrau“ bekannt ist. Im November letzten Jahres behauptete die investigative Gesundheits-Website *US Right To Know* auf der Grundlage von E-Mails, die sie verschickt hatte, dass Peter Daszak hinter einem von 27 führenden Wissenschaftlern unterzeichneten Meinungsartikel in der Ausgabe des *Lancet* vom 29. Februar 2020 steckte, in dem die Zurückweisung der „Verschwörungstheorien“ über den Ursprung des Coronavirus gefordert

wurde. Diese Experten kamen mit „überwältigender“ Mehrheit zu dem Schluss, dass das Virus aus Wildtieren stammt. Nach Angaben von *US Right To Know* sind außerdem vier Unterzeichner finanziell mit der EcoHealth Alliance verbunden.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Autopsien in Deutschland bestätigen, dass der Covid-„Impfstoff“ die Ursache für viele Todesfälle ist

25. 09. 2021



Bildquelle: MPI

Am 20. September 2021 fand in Reutlingen eine Pressekonferenz mit zwei renommierten Pathologen statt. Prof. Dr. Arne Burkhardt und Prof. Dr. Walter Lang, zwei Wissenschaftler, bestätigten den Inhalt des Berichts von Prof. Dr. Peter Schirmacher über die in Autopsien festgestellten Zusammenhänge zwischen der Covid-Impfung und der steigenden Zahl von Todesfällen bei Geimpften.

Prof. Dr. Peter Schirmacher, Leiter der Autopsiedienste, stellte bei einem Drittel der Todesfälle, die innerhalb von 14 Tagen nach der Covid 19-Impfung auftraten, einen kausalen Zusammenhang mit der Impfung fest.

Auf ihrer Pressekonferenz betonten die Pathologen, dass die Situation alarmierend sei.

Bei ihren Autopsien gingen die Wissenschaftler sehr ins Detail und setzten die neueste Technologie ein. Denn nur so sei es möglich, eine Verbindung zu den Impfstoffen herzustellen, so Burkhard in der Einleitung.

Im Einzelnen sagte Prof. Dr. Burkhard:

„Unter dem, was ich Ihnen zeige, gibt es viele Dinge, die ich zum ersten Mal gesehen habe. Einige Dinge kann ich noch nicht benennen, weil ich noch auf der Suche nach Namen für sie bin.

„Wir machen hier eine Peer Review mit vielen Kollegen."

„Schwerwiegende Auswirkungen werden wahrscheinlich von vielen Pathologen als Herzinfarkt fehldiagnostiziert.

„Lymphozytenansammlungen sind überall zu finden."

In allen Fällen ist das Immunsystem angegriffen worden. Manche Diagnosen sind schwierig und werden oft falsch interpretiert.

Diese Pressekonferenz wird den Argumenten der Impfgegner weiteren Auftrieb verschaffen. Die beteiligten Pharmaunternehmen müssen hingegen dringend Antworten auf die von diesen Spitzenwissenschaftlern gestellten Fragen geben.

Bis dahin sollte sich jeder fragen, ob er das Risiko einer solchen „Impfung" eingeht und sein Immunsystem dieser Gefahr aussetzt.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Autopsien in Deutschland bestätigen, dass der Covid-„Impfstoff" die Ursache für viele Todesfälle ist

25. 09. 2021



Bildquelle: MPI

Am 20. September 2021 fand in Reutlingen eine Pressekonferenz mit zwei renommierten Pathologen statt. Prof. Dr. Arne Burkhardt und Prof. Dr. Walter Lang, zwei Wissenschaftler, bestätigten den Inhalt des Berichts von Prof. Dr. Peter Schirmacher über die in Autopsien festgestellten Zusammenhänge zwischen der Covid-Impfung und der steigenden Zahl von Todesfällen bei Geimpften.

Prof. Dr. Peter Schirmacher, Leiter der Autopsiedienste, stellte bei einem Drittel der Todesfälle, die innerhalb von 14 Tagen nach der Covid 19-Impfung auftraten, einen kausalen Zusammenhang mit der Impfung fest.

Auf ihrer Pressekonferenz betonten die Pathologen, dass die Situation alarmierend sei.

Bei ihren Autopsien gingen die Wissenschaftler sehr ins Detail und setzten die neueste Technologie ein. Denn nur so sei es möglich, eine Verbindung zu den Impfstoffen herzustellen, so Burkhard in der Einleitung.

Im Einzelnen sagte Prof. Dr. Burkhard:

„Unter dem, was ich Ihnen zeige, gibt es viele Dinge, die ich zum ersten Mal gesehen habe. Einige Dinge kann ich noch nicht benennen, weil ich noch auf der Suche nach Namen für sie bin.

„Wir machen hier eine Peer Review mit vielen Kollegen."

„Schwerwiegende Auswirkungen werden wahrscheinlich von vielen Pathologen als Herzinfarkt fehldiagnostiziert.

„Lymphozytenansammlungen sind überall zu finden."

In allen Fällen ist das Immunsystem angegriffen worden. Manche Diagnosen sind schwierig und werden oft falsch interpretiert.

Diese Pressekonferenz wird den Argumenten der Impfgegner weiteren Auftrieb verschaffen. Die beteiligten Pharmaunternehmen müssen hingegen dringend Antworten auf die von diesen Spitzenwissenschaftlern gestellten Fragen geben.

Bis dahin sollte sich jeder fragen, ob er das Risiko einer solchen „Impfung" eingeht und sein Immunsystem dieser Gefahr aussetzt.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Was macht nun die impfwütige Linke? Black Lives Matter protestiert gegen „rassistische Corona-Impfpässe“

24. 09. 2021



Es ist DIE gesellschaftliche Wendung im Drama der Corona-Diktatur, auf die viele Beobachter bereits gewartet haben: Minderheiten stellen sich nun offiziell gegen die grünen Corona-Impfpässe, weil diese aus ihrer Sicht rassistisch sind. Den ersten Schritt wagte nun die linksradikale Schwarzenbewegung „Black Lives Matter (BLM)“ in den USA. Wie wird nun die politisch korrekte und mehr als impfwütige Linke weltweit darauf reagieren? Was machen die Globalisten mit ihren plötzlich widerspenstigen Schützlingen?

BLM-Proteste gegen grünen Impfpass

So nun geschehen in New York, wo derzeit strikte Corona-Maßnahmen gelten. Niemand darf ohne den grünen Corona-Impfpass Restaurants oder Lokale betreten, auch über Zwangsimpfungen wird bereits laut nachgedacht in der Stadt, deren öffentlich Bedienstete bereits zwangsgeimpft sein müssen. Das rief nun die „Black Lives Matter“-Bewegung auf den Plan.

Nachdem ein bekanntes italienisches Restaurant an der Upper West Side von New York City drei schwarze Frauen vergangene Woche nach einem Impfnachweis fragte und ihnen folglich den Einlass verwehrte, weil diese keinen vorweisen konnte, kam es zu Protesten der BLM-Bewegung. Man besetzte das Lokal quasi und erläuterte, dass der Corona-Impfpass lediglich eine „Ausrede weißer Rassisten sei, um offen rassistisch agieren zu können“. Gerade Minderheiten seien Opfer dieser pandemiebedingten Diskriminierungspolitik.

Schwarze gegen „experimentellen Impfstoff“

Ein Sprecher der radikalen Bewegung ging noch weiter. Er betonte, dass die Corona-Impfung „eine Wahl“ sei. Niemand dürfe von alltäglichen Aktivitäten ausgeschlossen werden, nur weil er sich entschieden hat, den experimentellen Stich nicht zu nehmen.

Zudem betonte man, dass gerade Schwarze allen Grund hätten, der „etablierten Wissenschaft“ und somit auch der Impfung zu misstrauen. Wie wohl das linke Establishment auf diese Entwicklungen reagieren wird? Man darf gespannt sein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Botschaften zwischen Ursula von der Leyen und Pfizer-Chef: EU-Untersuchung

22. 09. 2021



Ursula Van der Leyen · Bildquelle: MPI

Die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O’Reilly hat eine Untersuchung über die Weigerung der EU-Exekutive eingeleitet, der Öffentlichkeit Zugang zu Informationen über den von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen diskutierten Kauf von Covid-19-Impfdosen zu gewähren.

Der Fall, über den *Politico* berichtet, kam nach einem Artikel in der *New York Times* im April, in dem über einen Austausch von Telefonaten und Nachrichten zwischen Von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla berichtet wurde. Das Problem lag nicht so sehr in den Kontakten, sondern darin, dass die Kommission einen Antrag auf Zugang zu den Nachrichten erhielt und zur Überraschung aller feststellte, dass sie keine Aufzeichnungen über diese Nachrichten hatte. Der Hauptsitz der Europäischen Kommission argumentiert, dass SMS-Nachrichten im Allgemeinen „kurzlebig“ und im Prinzip von der Archivierung ausgeschlossen sind. Doch die Weigerung der Kommission, die Texte des Austauschs zu zeigen, führte zu einer Beschwerde beim Bürgerbeauftragten, der wiederum eine Untersuchung einleitete.

Es ist nicht das erste Mal, dass Von der Leyen Kopfschmerzen dieser Art bekommt: 2019 wurde sie kritisiert, nachdem herauskam, dass ein Mobiltelefon, das als Schlüsselbeweis in einem Beschaffungsskandal im deutschen Verteidigungsministerium, das sie leitete, galt, gelöscht worden war, berichtet *Il Tempo*.

Erinnern Sie sich daran, dass Ursula im April der EU versprochen hat, nur Pfizer zu verwenden und 1,8 Milliarden Dosen zu einem Premiumpreis pro Dosis zu kaufen? „Europa wird über 2,4 Milliarden Fläschchen verfügen, genug für drei Jahre“, jubelten die Medien, obwohl es sich um die teuerste und logistisch am schwierigsten zu handhabende, aber von den Regierungen als die am zuverlässigsten eingeschätzte Lösung handelte ….

Dann war es der bulgarische Ministerpräsident Bojko Borissow, der in Brüssel protestierte, weil das Pharmaunternehmen beschlossen hatte, den Preis zu erhöhen: von 15,5 auf 19,50 Euro pro Dosis, was Ursula Von der Leyen wortlos akzeptierte. Man fragt sich, was sie als Gegenleistung für ein so schlechtes Geschäft bekommen hat. Wenn die Mengen in dieser gigantischen Weise ansteigen, erhält man üblicherweise einen Rabatt und keinen Zuschlag!

Der neue Vertrag kostet rund 35 Milliarden. Wie konnte die Europäische Kommission zustimmen, sich den Pharmakonzernen so zu beugen?

Diesen Vorwurf erhob die Europaabgeordnete Manon Aubry (Partei La France Insoumise) während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments, indem sie sich direkt an die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wandte. Nach Ansicht der Europaabgeordneten mangelt es den Verhandlungen an Transparenz. Und selbst in den Verträgen, die veröffentlicht werden, fehlen wichtige Informationen wie Preis und Lieferzeit, die „geschwärzt“ sind.

Weniger bekannt: Ursula von der Leyens Ehemann Heiko von der Leyen arbeitet als medizinischer Direktor bei Orgenesis, einem auf Gentherapie spezialisierten Biotech-Unternehmen…



François Ducrocq
@FrancoiDucrocq

Ursula van der Leyen, notre acheteuse en chef de vaccins par centaines de millions d'unités, a un mari, Heiko, qui dirige Orgenesis une entreprise de biotechnologie spécialisée dans les thérapies géniques. Comme ça, c'est plus clair.

10:04 vorm. · 15. Juli 2021

https://twitter.com/FrancoiDucrocq/status/1415583099728113664?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1415583099728113664%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fbotschaften-zwischen-ursula-von-der-leyen-und-pfizer-chef-eu-untersuchung%2F

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Corona-Diktatur Australien, wo gegen Corona-Politik protestierende Arbeiter von der Gewerkschaft angegriffen werden

21. 09. 2021



Australiens einzigartige Corona-Diktatur, die mit ihrer „Zero-Covid“-Politik an dunkelste Stunden aus kommunistischer Schreckensherrschaft erinnert, sorgt international erneut für Schlagzeilen. Denn nicht nur werden bei Protesten gegen die Corona-Maßnahmen und den „grünen Pass“ ältere Frauen halbtot geprügelt, auch die Gewerkschaften gehen gegen ihre eigenen Klienten vor, die Arbeiter.

Arbeiter stürmen Gewerkschaftsquartier

Aus Zorn und Frust über die Einführung von Zwangsimpfungen, streiken seit Wochen Tausende Arbeiter in ganz Australien, darunter viele Lkw-Fahrer. Doch die Gewerkschaften, als Interessensvertreter der Arbeiter, machten sich ein ums andere Mal mit der Politik gemein und stellten sich öffentlich gegen die „Corona-Protestierer“.

In Melbourne entlud sich nun der Zorn über diesen Verrat an der arbeitenden Bevölkerung. Hunderte Arbeiter stürmten ein Gewerkschaftsgebäude. Doch anstatt einzulenken oder in den Dialog zu treten, ließ die Gewerkschaft mit Pfefferspray und Polizei gegen die Arbeiter vorgehen. Zudem behauptete man, die Demonstranten seien „Rechtsextreme“.



Syrian Girl

@Partisangirl

Melbourne Australia: tradesmen are protesting against vaccine mandates and the fact that their own union doesn't represent them. #CFMEU #cfmeuprotest
3:52 vorm. · 21. Sep. 2021

Sieh dir aktuelle Informationen zu COVID-19 auf Twitter an

https://twitter.com/intent/tweet?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1440131860210741250%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fcorona-diktatur-australien-wo-gegen-corona-politik-protestierende-arbeiter-von-der-gewerkschaft-angegriffen-werden%2F&in_reply_to=1440131860210741250



Syrian Girl

@Partisangirl

The Union attacking protesting workers…. What is the meaning of its entire existence? #CFMEU #cfmeuprotest

3:49 vorm. · 21. Sep. 2021

https://twitter.com/Partisangirl/status/1440131080690880516?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1440131080690880516%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fcorona-diktatur-australien-wo-gegen-corona-politik-protestierende-arbeiter-von-der-gewerkschaft-angegriffen-werden%2F

Australische Polizei behandelt Corona-Demonstranten wie Freiwild

Aber nicht nur das: Videos von diversen Protestveranstaltungen der vergangenen Tage aus Australien zeigen erschreckend, wie brutal das dortige Regime gegen Systemkritiker mittlerweile vorgeht. Eine Frau wurde gar halbtot geprügelt und mit Pfefferspray attackiert. Eine andere Frau wurde von mindestens fünf Polizisten brutal niedergerungen, weil sie keinen „grünen Pass“ vorweisen konnte.



Rasta Redpill
@RastaRedpill

Australian woman forced to the ground by the stasi for not showing her papers
7:48 vorm. · 20. Sep. 2021

https://twitter.com/intent/tweet?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1439828908908634112%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fcorona-diktatur-australien-wo-gegen-corona-politik-protestierende-arbeiter-von-der-gewerkschaft-angegriffen-werden%2F&in_reply_to=1439828908908634112

Mittlerweile haben Republikaner in den USA offiziell gefordert, dass die Vereinigten Staaten Sanktionen gegen Australien verhängen, als Reaktion auf mehrere Fälle, in denen australische Polizisten Demonstranten gewaltsam angriffen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Internationaler Kongress der Impfkritiker · Bakhdi: „Eine ausreichende Herdenimmunität ist bereits da“

Wie 2020 organisierte der ungarische Verband „Ärzte für Klarsicht“ auch in diesem August wieder einen internationalen Impfkritiker-Kongress.

Von Dr. Anat Kálmán

21. 09. 2021



Foto: MTI/ Sándor Újvári

Mit dabei waren so bekannte Impfkritiker wie Robert F. Kennedy Jr., Dr. Wolfgang Wodarg, Prof. Dr. Sucharit Bakhdi und Dr. med. Heiko Schöning. Aus insgesamt acht Ländern kamen Politiker, Ärzte und Rechtsanwälte in Budapest in den Räumen des Weltverbandes der Ungarn zusammen, um zum Thema „Es ist vorbei, steht endlich auf!“ zu referieren und zu diskutieren.

Schwindende Zustimmung zu Corona-Maßnahmen

Seit diesem Januar stoßen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in allen europäischen und weiteren westlichen Staaten auf viel Kritik. Waren noch 2020 die meisten Bürger einverstanden mit den Lockdowns, mit den vorübergehenden Schließungen von Schulen und Restaurants sowie mit dem Tragen von Masken, so hat sich dies seit Beginn der Impfkampagnen massiv verändert. Denn immer drakonischer werden die Maßnahmen gegenüber jenen, die sich nicht mit experimentellen Impfstoffen impfen lassen wollen.

Impfunwilligen, die irgendwo am öffentlichen Leben teilnehmen, die ihrer Arbeit nachgehen oder sich in Krankenhäusern behandeln lassen möchten, droht der Ausschluss. Millionen Menschen gehen darum weltweit für ihre Grundrechte auf die Straße. Die Pandemie hat sich so in den letzten Monaten in einen Januskopf verwandelt, mit medizinischen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen.

Warnende Ärzte

Seit Beginn der Impfkampagne rufen viele renommierte Ärzte und Forscher zur Vorsicht im Umgang mit den experimentellen mRNA- und Vektoren-Impfstoffen auf. Zu ihnen zählen unter anderem die französisch-britische Genetikerin Alexandra Henrion-Caude, der französische Nobelpreisträger und Virologe Luc Montagnier, der thailändisch-deutsche Medizinprofessor Dr. Sucharit Bakhdi sowie der Deutsche Dr. Wolfgang Wodarg, Epidemologe, ehemaliges Mitglied des Europäischen Rates und ehemaliger Berater der Weltgesundheitsorganisation WHO. Sie warnen vor unbekannten Nebenwirkungen und Spätreaktionen, sowie vor einer möglichen ungewollten Sterilisierung junger Menschen und Jugendlicher.

Nichts davon durchdringt jedoch die geschlossene Meinungsdecke der Mainstreammedien, obgleich die EMA (Europäische Arzneimittelagentur) bisher mehr als 300.000 schwere Nebenwirkungen nach den Corona-Impfungen in der EU meldet. Auch die Politik scheint taub zu sein. Über die Impftoten und über diejenigen, die an der Impfung erkranken, wird eisern geschwiegen, abgesehen von vereinzelten Meldungen über Herzmuskelentzündungen, Thrombosen oder Tod durch allergische Schockreaktionen.

Entscheidungen gegen jedwede medizinische und wissenschaftlich fundierte Vernunft

Von daher stand für alle Beteiligten des Budapester Kongresses fest: Hier werden Entscheidungen gegen jedwede medizinische und wissenschaftlich fundierte Vernunft getroffen. Denn bislang wurde in keiner einzigen international anerkannten Studie bewiesen, dass die Impfungen eine sterile Immunität garantieren, dass also die Geimpften eine Infektion nicht weitergeben können. In Ländern wie Israel und dem britischen Überseegebiet Gibraltar, die teilweise bis zu 100 Prozent durchgeimpft sind, beginnt die Pandemie gerade von neuem.

Rund dreihundert ungarische Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer und Vertreter aus dem medizinischen Pflegepersonal nahmen an diesem Kongress teil, die Palette der

vortragenden Spezialisten war ebenso bunt. Es sprachen der amerikanische Impfkritiker Robert F. Kennedy Jr., die Präsidenten der internationalen „World Freedom Alliance“, Dr. med. Heiko Schöning und Dr. Dolores Cahill, und der thailändisch-deutsche Medizinprofessor Sucharit Bakhdi sowie israelische, amerikanische, argentinische und russische Ärzte und Forscher, die per Video zugeschaltet waren.

Der medizinische Aspekt der Impfungen stand selbstverständlich im Mittelpunkt der Tagung, vor allem eine erste wissenschaftliche Studie, die durchaus belegt, dass die Sorgen um die gesundheitlichen Spätfolgen der überall als einziges Allheilmittel angepriesenen Impfungen sicherlich nicht unbegründet sind. Dr. Stephanie Seneff, die amerikanische MIT-Forscherin und -Biologin, die lange im Bereich der Biotechnologie forschte, also in genau dem Bereich, in welchem die neuen experimentellen Impfstoffe produziert werden, hat zusammen mit dem Arzt und Klinikleiter Dr. Greg Nigh eine erste, von anderen Experten bereits begutachtete und akzeptierte Studie über die Technologie hinter den Vektoren- und mRNA-Impfstoffen und die damit verbundenen Folgen für die Gesundheit veröffentlicht.

S. Seneff and G. Nigh. Worse Than the Disease? Reviewing Some Possible Unintended Consequences of the mRNA Vaccines Against COVID-19. International Journal of Vac- cine Theory, Practice, and Research 2021; 2(1): 38–79. ijvtpr.com/index.php/IJVTPR/article/view/23

In einer fast einstündigen Vorlesung präsentierte sie die möglichen langfristigen Wirkungen sowohl der COVID-19-Infektion als auch der COVID-Impfungen. Sie bedauerte dabei ausdrücklich, dass viele Regierungen diesbezüglich bewusst falsche Informationen weitertragen, indem sie diese neuartigen Impfstoffe mit den aus der Kindheit bekannten Impfstoffen vergleichen.

„Bewusste Irreführung“

Das, so sagte sie, sei eine bewusste Irreführung und juristisch gesehen eigentlich ein Delikt. „Die Impfstoffe wurden aufgrund von völlig unzureichenden Studien zur Bewertung der Sicherheit und Wirksamkeit für den Notfall zugelassen“, kritisierte Dr. Stephanie Seneff.

So haben viele verschiedene Experimente mit rund 2.500 Personen gezeigt, dass diese Impfstoffe über ihre Spike-Proteine, die unkontrolliert in die menschlichen Zellen wandern und dort von den Lymphozyten angegriffen werden, zu schweren Erkrankungen führen können. Die Liste dieser Erkrankungen ist beeindruckend: Es handelt sich um Autoimmunerkrankungen, Gefäßerkrankungen, Fortpflanzungsprobleme und Herzmuskel- oder Gehirnentzündungen.

Bei Menschen mit einem geschwächten Immunsystem, etwa bei Krebs, können die Spike-Proteine sogar neue Virenstämme bilden, die nicht mehr auf die erworbenen Antikörper reagieren. All das beinhaltet vermehrt das Risiko für folgende Krankheiten: Gesichtslähmungen, Parkinson, Erblinden aufgrund neurologischer Störungen, Nieren- und Leberfunktionsstörungen, sowie Prionen-Krankheiten, also fortschreitende, tödliche und zurzeit nicht behandelbare Erkrankungen des Gehirns.

Impfkritiker warnen: „Lebensbedrohliche Impfpflicht“

Die Frage, die sich darum hier stellt, ist tatsächlich: Wie kann es sein, dass so viele europäische Regierungen solche massiven gesundheitlichen Bedrohungen einfach ausblenden, die Menschen mit Entzug von Grundrechten erpressen und zudem sogar noch eine für viele wohl lebensbedrohliche Impfpflicht ins Auge fassen?

An diesem Punkt endet jedwede vernünftige Debatte, denn gleichzeitig wird die Entwicklung von effizienten Medikamenten zur Behandlung der eigentlich Erkrankten in vielen Ländern boykottiert oder zumindest nicht gefördert. Die Ausnahme bildet wohl Dänemark, dort wurden in den letzten Wochen alle Corona-Beschränkungen aufgehoben.

Professor Sucharit Bakhdi erklärte, anhand einer dänischen Studie sei bereits nachgewiesen worden, dass die Immunsysteme fast aller Bürger das COVID-19 Virus und dessen Varianten nachweislich „erkennen“ und adäquat darauf reagieren, egal ob diese geimpft waren oder nicht. „Eine ausreichend verbreitete „Herdenimmunität“ ist bereits da“, so Sucharit Bakhdi. Das wäre die gute Nachricht, auch wenn mittlerweile laut der Virusdatenbank GISAID weltweit schon 13 Millionen unterschiedliche Varianten und Mutationen von COVID-19 registriert wurden.

Alle Bürger dieser Welt impfen?

Warum wollen aber bestimmte Regierungen trotz dieser genannten und teilweise auch bekannten medizinischen Gefahren Bürger und sogar deren Kinder, von denen nur 0,001 Prozent überhaupt eine gefährliche Form dieser Krankheit entwickeln, unter allen Umständen in die Nadeln jagen? Und weshalb gehen sie sogar so weit, die Ungeimpften ab sofort für die zukünftige Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen? Wie aggressiv muss es denn noch werden?

Und wer hatte eigentlich diese Idee, alle Bürger dieser Welt impfen zu lassen? Die Antwort darauf ist denkbar einfach: der IT-Experte und Multimilliardär Bill Gates, der seit 2015 seine Milliarden vor allem über die Impfbranche multipliziert und auch offen darüber spricht. Wen wundert es also, wenn an diesem Punkt politische und geopolitische Debatten aufkommen, die man nicht einfach als angebliche Verschwörungstheorien zur Seite schieben kann.

Auch in dieser Hinsicht war die Budapester Konferenz hochinteressant. So zeichneten Robert Kennedy Jr. und die Ärzte Dr. Gábor Lenkei und Dr. Heiko Schöning ein Bild von den vorhergegangenen Pandemie-Inszenierungen. Ganz gleich ob Anthrax, Vogel- oder Schweinegrippe, ob SARSCov1 oder nun Covid-19, alle zehn Jahre sind es immer die gleichen mächtigen Männer und Familien, die damit viel Geld machen.

Dabei trat ein anderes, bislang unbekanntes Detail ans Licht. Dr. Heiko Schöning legte dar, dass die angeblich so unterschiedlichen westlichen Impfstoffe, Pfizer, AstraSeneca, Johnson und Johnson, Novavax alle von einer einzigen Firma stammen und zwar von der US-amerikanischen Firma Emergent Biosolutions, die zusammen mit der Firma Kentucky BioProcessing die Impfstoffe aus genmanipulierten Tabakpflanzen produziert. Dahinter stehen ganze Clans und staatliche Strukturen, wie etwa der Militärgeheimdienst der USA und der bekannte amerikanische Immunologe und Leibarzt des US-Präsidenten, Dr. Anthony S. Fauci, der als Direktor des National Institutes of Health in diesem Jahr über einen Staatsetat von rund 52 Milliarden US-Dollar (etwa 10 Milliarden USD mehr als im Vorjahr) verfügt und bestimmen kann, wer an welcher Universität und in welchem Forschungszentrum was erforschen darf.

Das große Geldverdienen

Dass Bill Gates neben der Charité in Berlin auch teilweise die Weltgesundheitsorganisation WHO finanziert, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist allerdings, dass seine Stiftung und die WHO um 2014 herum unter der Falschbezeichnung „Tetanus Impfung“ rund drei Millionen Frauen in Kenia sterilisiert haben, bis sieben kenianische Bischöfe den Skandal

auffliegen ließen. Das zeigt, mit welchen unlauteren, ja gar kriminellen Kräften man es zu tun hat, erklärte Dr. Heiko Schöning, der hinter dem ganzen Corona-Geschehen vor allem das große Geldverdienen vermutet.

Was aber wäre eine solche Tagung ohne positive Aussichten, ohne den Versuch, einen Ausweg aus dieser verfahrenen Situation zu finden? In dieser Hinsicht war es spannend zu hören, dass nicht nur über Gefahren für Geimpfte gesprochen wurde, sondern auch über Methoden, wie man den eventuellen Nebenwirkungen und aufkommenden Beschwerden entgegenwirken kann. „Den Geimpften kann im Notfall geholfen werden," erklärte der Budapester Internist und Arzt für Naturheilkunde, Dr. József Tamási, einer der Mitbegründer der ungarischen Vereinigung „Ärzte für Klarsicht".

So können nachträgliche Untersuchungen zur D-Dimere Leben retten, denn sie weisen darauf hin, ob Mikrothrombosen existieren, was medikamentös behandelt werden kann und verhindert, dass es später zu lebensgefährlichen Thrombosen kommt. Des Weiteren geht es darum, wie man den kürzlich von französischen und spanischen Forschern in den Impfstoffen entdeckten Giftstoff Graphen Oxyd oder die in den Körper injizierten Spike-Proteine eventuell neutralisieren kann. Hier eröffnen sich wohl notgedrungen neue Forschungsansätze.

Nicht einschüchtern lassen!

Politisch gab es am Ende viele ermutigende Aufforderungen, sich nicht einschüchtern zu lassen – auch dann nicht, wenn angeblich eine allgemeine Impfpflicht eingeführt werden sollte. Denn die rechtlichen Grundlagen dafür sind dünn, die Impfstoffe bleiben solange experimentell, solange sie und ihre Nebenwirkungen nicht ausreichend erforscht und überarbeitet wurden, erklärte auch die russische Ärztin Dr. Lusavina Alina Alexandrovna.

Die Geimpften sind Studienteilnehmer, die nichts und niemand zwingen kann, weiterzumachen, wenn sie nicht mehr wollen. Die Nichtgeimpften haben Rechte, die sie laut und protestierend einklagen können, denn oft erlaubt die tatsächliche rechtliche Lage keine wirklichen Sanktionen oder, in Bezug auf die Arbeit, Entlassungen.

„Wehrt Euch", rief ein junger dänischer Politiker auf. Kauft nicht bei Amazon, vermeidet Supermärkte und sorgt dafür, dass die kleinen Unternehmen und Läden wieder verdienen. Gründet eure eigenen Kleinfirmen, organisiert ein Solidaritätssystem aus Ärzten, Rechtsanwälten und alternativen Versorgungsstrukturen. Baut eine Gegenwelt auf, eine positive „Wir-Kraft", der sich dann auch all jene anschließen können, die in den kommenden Monaten einsehen werden, dass es so nicht weitergehen kann.

Wer sich für die, bei der Konferenz vertretene Sicht auf die Corona-Pandemie interessiert, findet under anderem hier weitere Informationen:

„Game Over" von Dr. Heiko Schöning (wirkraft.org/gameover/): Der Autor stellt die Seilschaften zwischen Macht und Wirtschaft/Pharma dar.

„Corona, Gen-Impfstoffe" von David O. Fischer, Edition Autonom: Das Buch ist rein medizinisch-populärwissenschaftlich aufgebaut. Der Autor stellt die einzelnen Impfvorgänge verständlich dar, ebenso die Gefahren der Spike-Protein-Produktion im Menschen.

„Falsche Pandemien" von Wolfgang Wodarg, Rubikon Verlag: Das Buch ist ein wissenschaftlich fundierter Rundschlag zu den Fragen der Pandemie und wie man mit ihnen umgeht oder umgehen sollte.

BUDAPESTER ZEITUNG

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) In Israel verweigern orthodoxe Juden und Araber den Covid-„Impfstoff“

19. 09. 2021



Israel: Orthodoxe Juden demonstrieren gegen Covid-Diktatur · *Bildquelle: MPI*

Israel will Druck auf die beiden Bevölkerungsgruppen ausüben, die der Pseudoimpfung gegen Covid-19 am stärksten ablehnend gegenüberstehen: zum einen die jüdischen Ultra-Orthodoxen, die 10 % der Bevölkerung ausmachen, und zum anderen die israelischen Araber, die ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen.

„Die Weigerung, sich impfen zu lassen, führt zum Tod“, behauptet der Gesundheitsminister Nitzan Horowitz.

Regierung kündigt Genscanner an

Der hebräische Staat hat ferner angekündigt, dass am internationalen Flughafen Ben Gurion in Tel Aviv demnächst ein Gerät namens „Omega“ zum Einsatz kommen wird, mit dem Genscans bei Fluggästen aus anderen Ländern durchgeführt werden können.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Gesundheitsminister Spahn gibt zu: Es ist eine Testpandemie

19. 09. 2021



Bild: wikimedia commons

Von PETER HAISENKO | Der Bankkaufmann Spahn ist schon öfter aufgefallen durch unbedachte Aussagen, die entlarvend sind. So hat er schon im Frühsommer 2020 angekündigt, dass er und seine Spießgesellen wohl für Diverses um Verzeihung werden bitten müssen. Jetzt hat er bestätigt, dass es keine Corona-, sondern eine Testpandemie ist.

Obwohl keine der „Talkrunden“ im ÖRR Livesendungen sind, ist es kaum durchführbar, Aussagen herauszuschneiden, die mehr als unliebsam sind. Das würde auffallen. Da müsste dann die gesamte Sendung gestrichen werden. Ob sich das Herr Spahn auch wünschen würde, nach dem, was er am 30.08.2021 bei „Hart aber fair“ abgelassen hat? Ich zitiere:

„Hier ist eben so, dass bei Geimpften das Risiko deutlich niedriger ist, es ist nicht bei null, aber deutlich niedriger. Das Impfen macht einen Unterschied, und wenn wir jetzt sozusagen geschützte Menschen auch genauso testen wie ungeschützte, dann hört diese Pandemie nie auf."

Ob er sich im Klaren ist, was er da von sich gegeben hat? Man darf es bezweifeln, aber was will man auch von einem gelernten Bankkaufmann zu komplexen Gesundheitsfragen erwarten?

Seit jüngerer Zeit werden Zahlen propagiert die nachweisen sollen, welch positive Wirkung die Impfungen haben. Da wird behauptet, dass die „Inzidenzen" bei Ungeimpften zwölf Mal höher wären als bei Geimpften. Wer ein bisschen Resthirn übrig hat, sieht sofort, wie dieses Verhältnis zustande kommt: **Geimpfte werden praktisch nicht getestet, während Ungeimpfte immer massiver zu Tests gezwungen werden.** Das weiß Herr Spahn offensichtlich auch. Wie sonst könnte er zu seiner Aussage kommen? Er weiß offensichtlich, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit bei Geimpften eine ähnlich hohe Anzahl von „Inzidenzen" zu erwarten ist wie bei Ungeimpften – wenn man sie nur testete.

Jedes beliebige Ergebnis kann hergestellt werden

Allenthalben wird kolportiert, die Pandemie wäre vorbei, wenn nur genügend Menschen geimpft sind. Dass dem nicht so ist, beweisen Länder mit überdurchschnittlichen Impfquoten. Gibraltar 100 Prozent, „Inzidenz" bei 600, zum Beispiel. Noch krasser Israel: Die Statistik meldet am 1. September 16.000 neue Fälle. Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt bei 9.300. Worauf stützen sich also solche Ansagen? Die „Impfung" hilft offensichtlich nicht. Ich denke, es ist wieder mal ganz einfach. Von Anfang an haben ernst zu nehmende Fachleute gesagt, hätten wir nicht getestet, hätten wir nichts gemerkt. Wie also kann man die sogenannte Pandemie beenden? Man stellt das Testen ein. Nachdem man sich aber so tief in das Schlamassel hineingeritten hat, ist das nicht durchführbar, ohne nicht nur das Gesicht zu verlieren, sondern auch Gefahr zu laufen, vor Gericht zu enden. Gibt es da einen Ausweg?

Sowieso muss festgestellt werden, dass es schierer Irrsinn ist, gesunde Menschen zu einem Test zu zwingen, um herauszufinden, ob man wirklich gesund ist. So etwas tun nur Hypochonder und das genauso inbrünstig, wie es uns jetzt die Coronatoren befehlen. Das Besondere an diesem Verfahren ist aber, dass jedes beliebige Ergebnis hergestellt werden kann. Man muss nur den Ct-Wert des PCR-Tests hoch genug ansetzen, und jeder Test fällt „positiv" aus. Der jeweilige Ct-Wert wird aber nicht angegeben, der zu den „Inzidenzen" geführt hat. Man könnte folglich die Pandemie auch beenden, zumindest auf ein irrelevantes Niveau drücken, wenn die Labore angewiesen würden, einen Ct-Wert von maximal 23 anzuwenden. Zur Erinnerung: Ab einem Ct-Wert größer 45 fällt fast jeder Test „positiv" aus. Mit einem Ct-Wert 23 würde sich die Situation sofort verändern und dann könnte man mit den „Inzidenzen" nicht mehr Politik machen. Man müsste die „Notlage" beenden und damit auch die Impfungen, die nur eine Notzulassung haben. Geht also nicht, denn die mRNA-Dosen sollen in die Menschen gespritzt werden, warum auch immer.

Also was tun? Man baut das Narrativ auf, dass die Pandemie beendet sein kann, wenn nur genügend Menschen geimpft sind. Da gibt es aber einen Nebensatz, der nicht ausgesprochen wird. Geimpfte werden nicht „symptomlos" getestet. Sie müssen sich auch nicht testen lassen, wenn sie am Leben teilhaben wollen. Sie werden also nur getestet – wenn überhaupt – wenn sie Krankheitssymptome haben, die mit Corona zusammenhängen können. Kein Wunder also, dass so bei Geimpften kaum „Inzidenzen" verzeichnet werden. Schließlich werden die nicht ohne Grund, ohne Symptome, getestet.

Hätten wir nicht getestet, hätten wir nichts bemerkt

Das wird uns jetzt als Erfolg gepriesen, als Argument für die Impfung, aber ich sehe das genau anders herum: Nämlich dass es erschreckend ist, wie viele „Inzidenzen“ bei Geimpften zu verzeichnen sind, obwohl sie doch angeblich geschützt sind. Würde man folglich auch Ungeimpfte nur dann testen, wenn sie dieselben Krankheitssymptome aufzeigen wie Geimpfte, die dann getestet werden, dann wäre die Anzahl der Tests nahe Null und die sogenannten „Inzidenzen“ ebenfalls. Wie gesagt: Hätten wir nicht getestet, hätten wir nichts bemerkt. Fakt ist nämlich auch, dass es ja keine Grippe mehr gibt, aber die sogenannten Corona-Toten korrelieren in ihrer Anzahl nahe an den Grippe-Toten der Jahre vor Corona.

Der Punkt ist also, dass die Pandemie nie enden wird, solange flächendeckend Gesunde, auch symptomlose Geimpfte, getestet werden. Das hat wohl irgendjemand dem Bankkaufmann erklärt und der hat das dann in seiner unnachahmlichen Naivität in seine eigenen Worte transformiert. Interpretiert man die Worte Spahns, kommt folgendes heraus: Wir müssen so viele wie möglich impfen, damit wir die sinnlose Testerei einstellen und die Pandemie beenden können. Dann nämlich würde ein Corona-Test nur noch im Fall einer akuten Krankheit zu den üblichen Verfahren der Anamnese gehören, also der Feststellung vor der Therapie, welche Krankheit vorliegt, die behandelt werden muss. Herrn Spahn war wohl nicht bewusst, dass er so bestätigt hat, dass es eine „Testpandemie“ ist und dass er das zudem auch weiß. Und nein, Herr Spahn, ich jedenfalls werde Ihnen nicht verzeihen, auch wenn sie noch so inbrünstig darum bitten mögen.

Hier können Sie die Worte des Gesundheitsministers im Originalton anhören:

twitter.com/scholz_dieter/status/1433209718105944064?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1433209718105944064%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Fde.rt.com%2Fmeinung%2F123477-werden-die-ungeimpften-zum-statistischen-suendenbock-gemacht%2F

Gab es jemals eine Pandemie in Deutschland? Dieser Frage ist ein Informatiker gründlich nachgegangen. Wohlgemerkt, er will nachweisen, dass es eine gibt und scheitert daran. apolut.net/die-pandemie-in-den-rohdaten-ein-vortrag-von-marcel-barz/

zum Autor:
Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des *Anderwelt-Verlages* und Herausgeber von *AnderweltOnline.com*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Zweigleisiges Europa: mit oder ohne Impfpass

17. 09. 2021



Bildquelle: MPI

Länder des Südens gegen Länder des Nordens, Länder der angelsächsischen Kultur auf der einen Seite, die von der Europäischen Union unabhängig sind, und Länder, die dem Diktat der Brüsseler Technokraten, diktatorischen Hygieniker und Banker unterworfen sind, mit Politikern, die von Natur aus schwach sind, aber im Herzen Despoten.

Die Tageszeitung *Inside Over* beschreibt die Situation dieses „zweigleisigen Europas“, das „nicht nur in wirtschaftlichen Fragen existiert“.

Wie der Fall Covid zeigt“, erklärt Analystin Giuliani, „haben auch die europäischen Länder unterschiedliche Wege im Umgang mit dem Coronavirus-Notstand eingeschlagen. In dieser besonderen Phase des Kampfes gegen Sars-CoV-2, in der den Regierungen die Waffe der Impfstoffe zur Verfügung steht und die Impfkampagnen fast überall zur Hälfte abgeschlossen sind, gibt es zwei widersprüchliche Ansätze für die restriktiven Maßnahmen, die zur Begrenzung der Infektionen ergriffen werden.

„Auf der einen Seite gibt es Länder wie Schweden, Dänemark und das Vereinigte Königreich, die zur Normalität zurückgekehrt sind, indem sie die strengsten Maßnahmen abgeschafft und den Grünen Pass ignoriert haben; auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe von Ländern, die im Gegenteil beschlossen haben, sich auf eine grüne Zertifizierung zu verlassen, die bei der Teilnahme am öffentlichen Leben, beim Besuch von „sensiblen Orten“ – wie Restaurants und Bars – oder bei der Teilnahme an Veranstaltungen wie Ausstellungen oder Sportveranstaltungen vorzuzeigen ist.

„Warum gibt es keine Kontinuität in Europa? Warum gehen fast alle Nachbarländer trotz oft ähnlicher epidemiologischer Daten und ähnlicher Impfraten unterschiedliche Wege?“, fragt die Journalistin, die sich besonders für den Fall Frankreichs interessiert, „dem anspruchsvollsten Modell“.

„Frankreich ist der „Gründungsvater“ der Länder, die den Grünen Pass haben. Die Regierung von Emmanuel Macron ist diejenige, die derzeit die strengsten Regeln für die Verwendung des grünen Zertifikats einführt. In Paris und in allen anderen Teilen des Landes ist dieses Dokument für fast alle Aktivitäten vorgeschrieben, obwohl die Maskenpflicht nicht mehr in ganz Frankreich gilt.“

„Im Gegensatz zu anderen Staaten, die ebenfalls den Grünen Pass eingeführt haben, ist in Frankreich die Bescheinigung obligatorisch für den Zugang zu Messen, Festivals, Shows, Sportveranstaltungen, Krankenhäusern, Zügen, Flugzeugen, Altersheimen, Bars und Restaurants, und zwar nicht nur in geschlossenen Räumen, sondern auch im Freien. Darüber hinaus muss das gesamte Gesundheitspersonal geimpft werden; wer die Impfung verweigert, kann ohne Bezahlung suspendiert werden.“

„Es spielt keine Rolle, dass solche Maßnahmen mehr oder weniger gewaltsame Proteste von Bürgern (die oft zu einer hypothetischen „schweigenden Minderheit“ gehören) ausgelöst haben. Macron hat seine Meinung nicht geändert und führt die Maßnahmen lediglich schrittweise ein. Was die Durchimpfung betrifft, so sind 63 % der französischen Bevölkerung vollständig geimpft, während 10 % bisher nur eine Dosis erhalten haben.“

„Frankreich ist nicht das einzige Land, das sich für den Grünen Pass entschieden hat. Andere Länder haben dasselbe getan, darunter auch Italien, aber keines hat bisher die gleiche Strenge wie Frankreich erreicht. So hat die Schweiz beispielsweise die Anforderung für ein Zertifikat ab 16 Jahren ab dem 13. September verlängert. Das Dokument ist erforderlich für den Zugang zu geschlossenen Räumen und Sportanlagen, aber auch für den Besuch von Theatern, Kinos, Spielhallen, Schwimmbädern, Museen, Zoos, Konzerten, Sportveranstaltungen und Hochzeiten (außer in Privaträumen). Während Berufsschulen und Universitäten unabhängig entscheiden können, kann ein Arbeitgeber zu ihrem eigenen Schutz von den Arbeitnehmern verlangen, dass sie sich dem Test unterziehen.

„Ab dem 1. Oktober wird es auch in Schottland grünes Licht für den Pass geben, wo das Zertifikat für das Nachtleben und die Teilnahme an Sport- und anderen Unterhaltungsveranstaltungen erforderlich sein wird. In Österreich ist der Grüne Pass obligatorisch für den Zugang zu Museen, Hotels, Restaurants und Diskotheken, ebenso wie in Lettland, Estland, Litauen und Portugal. In und um Lissabon ist sie außerdem obligatorisch für den Zugang zu kulturellen und sportlichen Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern im Freien oder mit mehr als 500 Personen in geschlossenen Räumen.“

„In Griechenland ist der Green Pass für Aktivitäten und Clubs wie Bars und Restaurants, aber auch für Theater, Museen und Fernverkehrszüge erforderlich. Am Arbeitsplatz: Pflichtimpfung oder doppelte wöchentliche Probenahme, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Kroatien ist milder, wo die Regierung die Bescheinigung nur unter bestimmten Umständen für obligatorisch erklärt hat, z. B. für die Teilnahme an Hochzeitszeremonien mit mehr als 30 Personen oder an Sportveranstaltungen mit mehr als 100 Zuschauern. In Deutschland ist die Situation anders. Berlin hat dem grünen Pass zugestimmt, aber jedes Bundesland kann über Verpflichtungen und Einschränkungen, einschließlich des grünen Zertifikats, entscheiden.“

„Der Raum in Europa, in dem die Grundfreiheiten noch einigermaßen geachtet werden, schrumpft…“

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Großbritannien: Geimpfte werden öfters krank als nicht Geimpfte

17. 09. 2021



Bildquelle: MPI

Die Medien, die den amtlichen Vorgaben gegenüber „wohlgesonnenen“ Ärzte und die mit tyrannischen Maßnahmen liebäugelnden Politiker mögen es leugnen, die Realität bleibt Realität mit ihren Zahlen und ihren Fakten. Das Scheitern der Anti-Covid-Impfung liegt auf der Hand. Das Beispiel der Länder, die weitgehend geimpft sind und in denen eine dritte oder sogar vierte Dosis der Injektion erforderlich ist, bevor über die fünfte Dosis gesprochen wird, die unweigerlich kommen wird, sei es in Israel, Island oder Großbritannien, beweist dies.

Heute stellen wir die britischen Zahlen vor: Public Health England, die Regierungsbehörde des englischen Gesundheitsministeriums, veröffentlichte am 20. August den technischen Bericht mit den bis zum 15. August aktualisierten Daten. Und die Zahlen sind unglaublich.

England ist eine der transparentesten Nationen, was die Daten über Sars-Cov2-Infektionen und Todesfälle in der geimpften und ungeimpften Bevölkerung angeht. Dies vermittelt ein wahrheitsgetreues Bild der Impfung.

Bei der Analyse der Tabelle der Krankenhauseinweisungen und Todesfälle von Menschen, die mit der Delta-Variante infiziert sind, auf der Grundlage des Impfstatus, ergeben sich Daten, die beachtet werden sollten.

Die Gesamtzahl der vom 1. Februar bis zum 15. August registrierten Fälle der Delta-Variante beträgt 386.735. Davon sind 183’133 ungeimpft und 163’329 geimpft.

Die Fälle von Personen, die sich trotz Impfung infizieren, werden unterteilt in: Infizierte innerhalb von 21 Tagen nach der ersten Dosis, Infizierte 21 Tage nach der ersten Dosis und Infizierte 14 Tage nach der zweiten Dosis.

In der Tabelle wird die Bevölkerung in über 50-Jährige und unter 50-Jährige unterteilt. Am besorgniserregendsten sind die Daten gerade in der Bevölkerung über 50 Jahre, die am stärksten durch schwere Krankheitssymptome gefährdet ist.

Die Gesamtzahl der infizierten Personen in der Altersgruppe der über 50-Jährigen beträgt 48 264.

Davon sind 4.891 ungeimpft und 39.131 geimpft. In Prozenten ausgedrückt bedeutet dies, dass die geimpften über 50-Jährigen, die mit der Delta-Variante infiziert sind, 88,9 % der Infizierten ausmachen, gegenüber 11 % der nicht Geimpften.

Wenn wir uns dann der spezifischen Analyse der 39 131 geimpften Personen zuwenden, zeigt sich eine weitere besorgniserregende Tatsache: Von den 39 131 Infizierten sind 32 828 Personen, die die doppelte Dosis erhalten haben, d. h. die den Impfzyklus abgeschlossen haben. 21 Tage nach der ersten Dosis haben sich 6 075 Personen infiziert und nur 228 innerhalb von 21 Tagen nach der ersten Dosis.

Betrachten wir nun die Zahl der Todesfälle, wiederum bezogen auf die Bevölkerungsgruppe der über Fünfzigjährigen. In der Tabelle des öffentlichen Gesundheitswesens werden die Todesfälle berücksichtigt, die innerhalb von 28 Tagen nach dem Datum des positiven Testergebnisses eingetreten sind.

Die Gesamtzahl der Todesfälle bei den über 50-Jährigen beträgt 1 076: 318 ungeimpfte und 745 geimpfte Personen, von denen 652 mit einer doppelten Dosis geimpft wurden.

Diese Zahlen stellen die massive Anti-Covid-Impfkampagne klar in Frage.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) USA: illegale Einwanderung vs. die von Biden auferlegte Impfpflicht

16. 09. 2021



Joe Biden · Bildquelle: MPI

Arizona wehrt sich gegen die vom derzeitigen Chef des Weißen Hauses, dem progressiven Joe Biden, eingeführten Pflichtimpfungen.

Die 15-seitige Klage wurde vom Generalstaatsanwalt von Arizona, Mark Brnovich, eingereicht, der sich auf die Ungleichbehandlung von illegalen Einwanderern, für die die Covid-Impfung nicht obligatorisch ist, stützt. Damit ist Arizona der erste Bundesstaat in den USA, der gegen die von Präsident Joe Biden angekündigte Covid-Impfpflicht für 80 Millionen amerikanische Arbeitnehmer klagt.

In dem 15-seitigen Dokument, das vom Generalstaatsanwalt von Arizona, Mark Brnovich, eingereicht wurde, wird argumentiert, dass die vom Weißen Haus eingeführte Impfpflicht gegen die Gleichbehandlungklausel verstößt, da sie irreguläre Einwanderer begünstigt, die (de facto) von der Impfpflicht ausgenommen sind, und zwar gerade wegen der „Informalität“ ihres rechtlichen Status. Nach Ansicht von Arizona können Ausländer, die sich illegal in den USA aufhalten, „ihre Freiheit und körperliche Autonomie besser schützen als US-Bürger“. „Die Bundesregierung kann die Menschen nicht zwingen, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen“, heißt es in einem Memo von Brnovich. Ein Dutzend US-Bundesstaaten mit republikanischer Mehrheit könnten in den kommenden Wochen dem Beispiel von Arizona folgen.

„Die Regierung Biden macht sich wieder einmal über unsere Gesetze und Präzedenzfälle lustig, um uns ihre radikale Agenda aufzuzwingen“, zitiert die Agentur Nova den Generalstaatsanwalt. Es kann keine ernsthafte oder wissenschaftliche Diskussion über den Kampf gegen Covid-19 geben, die nicht an unseren südlichen Grenzen beginnt“, sagte er und bezog sich dabei auf den massenweisen Zustrom irregulärer Migranten über die südliche US-Grenze seit Beginn des Jahres 2021. Die Kontroverse hat zugenommen, seit Präsident Joe Biden eine Durchführungsverordnung unterzeichnet hat, die die Covid-19-

Impfung für Arbeitnehmer verbindlich vorschreibt. Er selbst hat es der ganzen Nation angekündigt. Der US-amerikanische grüne Pass bietet im Gegensatz zum europäischen Pass nicht die Möglichkeit, sich regelmäßig Tests zu unterziehen, anstatt sich impfen zu lassen. Das Arbeitsministerium wird von Privatunternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten verlangen, dass sie die Impfung zur Pflicht machen: Wer sich nicht daran hält, kann mit einer Geldstrafe von bis zu 14.000 Dollar belegt werden.

Die Entscheidung von Arizona hat ein internes Erdbeben in den USA ausgelöst: Wird sich die Biden-Linie durchsetzen oder der Wunsch, anderen Staaten „nachzueifern“? Das Weiße Haus hat es bisher abgelehnt, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern. Wie das Wall Street Journal berichtet, sind die Forderungen von Präsident Biden der umstrittenste Teil seiner breit angelegten Strategie zur Bekämpfung der Sars-Cov-2-Delta-Variante. Republikaner und andere konservative Kritiker der Politik des Präsidenten haben in Frage gestellt, ob die Occupational Safety and Health Administration oder gar die Bundesregierung die Befugnis hat, eine so weitreichende medizinische Anordnung zu erlassen.

Juristische Beobachter in den USA gehen davon aus, dass gegen die Impfmaßnahmen von anderen Bundesstaaten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern Klage geführt wird: Zwar wird Brnovichs Argumenten und der Klagebefugnis seines Bundesstaates skeptisch gegenübergestanden, doch handelt es sich hier um eine Grauzone, in der noch keine Bundesvorschriften erlassen oder durchgesetzt wurden.

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*****

Spenden und als Dankeschön Aufkleber erhalten:

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter: ***unser-mitteleuropa@protonmail.com***

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! Details hier.

https://unser-mitteleuropa.com/spenden/

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken Sie hier.

https://unser-mitteleuropa.com/sticker-aktion/



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Gambia weigert sich, illegale Migranten mit EU-Ausweisungsbescheid zurückzunehmen

28. 09. 2021



Adama Barrow · *Bildquelle: Facebook*

Afrikanische Länder dürften abgeschobene Migranten aus Europa zunehmend daran hindern, auf ihrem Hoheitsgebiet zu landen

Das afrikanische Land Gambia mit Präsident Adama Barrow an der Spitze weigert sich, Tausende seiner Bürgerinnen und Bürger, die derzeit in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union leben und gegen die ein Abschiebungsbescheid vorliegt, zurückzunehmen und blockiert damit ihre Rückführung nach Westafrika.

Da Barrow sich seit 2019 weigert, Landeerlaubnisse für Abschiebepiloten aus Ländern der Europäischen Union auszustellen, waren und sind die Behörden der Europäischen Union nicht in der Lage, 6.000 der 16.000 Gambier, die sich derzeit in Deutschland aufhalten und gegen die ein Ausreisebefehl vorliegt, abzuschieben, berichtet Die Welt.

Gambia – dessen Bevölkerung zu 95 Prozent muslimisch ist – behauptet, es könne seine illegal in Europa lebenden Bürger nicht zurücknehmen, weil sie „nicht in die Gesellschaft reintegriert werden können“ und eine Rückführung soziale Unruhen ins Land bringen würde. Damit weigert sich die Regierung, das internationale Recht einzuhalten, das die Länder verpflichtet, ihre abgeschobenen Staatsangehörigen zurückzunehmen.

Mit „sozialen Unruhen“ sei zu rechnen, wenn Tausende von Gambiern zurückkehren, erklärte ein Sprecher der gambischen Regierung. „Wir versuchen, Frieden, Stabilität und Demokratie in unserem Land zu festigen.“

Es gibt mehrere Gründe, warum Präsident Barrow, der sich im kommenden Dezember zur Wiederwahl stellt, nicht will, dass die in Europa lebenden gambischen Deportierten zurückgeführt werden. Einer der Hauptgründe, den Barrow immer wieder anführt, ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung des Landes – die aus etwas mehr als 2 Millionen Menschen besteht – glaubt, dass die Ausreise dieser jungen Männer, die jetzt in Europa leben, dazu beigetragen hat, Kriminalität und Gewalt in Gambia zu beseitigen. Würden diese jungen Männer zurückkehren, so glauben sie, dass Kriminalität und Gewalt unweigerlich wieder zurückkehren würden, behauptet er.

Angesichts der Abhängigkeit Gambias von den Überweisungen aus Deutschland und der Europäischen Union, die mehr als ein Fünftel – genau 21 Prozent – des gesamten Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen, würde die Wirtschaft des Landes bei einer Rückführung vieler seiner Bürger wahrscheinlich einen starken Abschwung erleben. Daher wäre es aus wirtschaftlicher Sicht unklug, wenn Barrow während des Wahlkampfs Abschiebeflüge aus Europa landen ließe.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben die Gambier in der Diaspora – rund 118.00 Menschen, die außerhalb des Landes leben – im Jahr 2020 495 Millionen Euro (588 Millionen Dollar) zurückgeschickt.

„Viele Existenzen hängen von Geldtransfers aus Europa ab“, sagte Julian Straiger, ein Vertreter des baden-württembergischen Flüchtlingsrats.

Angesichts des außenpolitischen Verhaltens Gambias sind die Behörden in Deutschland und Österreich besorgt, dass Landeverbote wie das von Präsident Barrow erlassene in ganz Afrika zur Regel werden könnten. Laut dem Völkerrechtsexperten Gawaya Tegulle sind die europäischen Regierungen zu Recht nervös, denn Gambias Entscheidung ist kein Einzelfall: Ähnliche Vorfälle habe es bereits mit den Regierungen von Guinea, Eritrea und Sierra Leone gegeben.

Quelle: Remix

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Belgien: Vlaams Belang legt eine Entschließung zur Berechnung der tatsächlichen Kosten der Einwanderung vor

25. 09. 2021



Bild: shutterstock

Der Vlaams Belang hat dem flämischen Parlament einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem er die Regionalregierung auffordert, eine unabhängige und umfassende Studie über die Auswirkungen der Migration auf die flämische Wirtschaft und die Finanzen in Auftrag zu geben.
Die vorherige Studie, die 2018 vom damaligen Bundesfinanzminister Johan Van Overtveldt (N-VA) und dem Staatssekretär für Asyl und Migration Theo Francken (N-VA) in Auftrag gegeben wurde, enthielt zahlreiche Fehler. Eine neue Studie über die Kosten der Einwanderung sollte dies korrigieren und alle möglichen Bereiche der öffentlichen Verwaltung berücksichtigen.

Die Studie 2018 über die Auswirkungen der Migration auf die belgische Wirtschaft wurde von der Belgischen Nationalbank (BNB) durchgeführt. Der Schwerpunkt lag dabei auf Nicht-EU-Bürgern und auf den Kosten und Vorteilen der verschiedenen Migrationskanäle, einschließlich Asyl und Familienzusammenführung, für den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen. Die vorgelegten Ergebnisse waren jedoch sehr unvollständig, da alle Arten von Kosten, wie z. B. Illegalität, Aufnahme von Asylbewerbern und Sicherheit, nicht berücksichtigt wurden.

Die kritische Analyse dieser Methode durch den Vlaams Belang wurde von dem Mathematiker und Anthropologen Dr. Jan van de Beek (VU-Amsterdam) bestätigt, der Forschungen über die Ökonomie der Migration durchgeführt hat. Auf der Grundlage der in der Studie der Nationalbank enthaltenen Zahlen rechnete er vor, dass ein Einheimischer durchschnittlich 63.000 Euro in die belgischen Staatsfinanzen einbringt, während ein Einwanderer der ersten Generation dem Steuerzahler durchschnittlich fast 200.000 Euro kostet. Das ist eine Differenz von 263.000 Euro. Ein Einwanderer der zweiten Generation

kostet uns im Laufe seines Lebens im Durchschnitt immer noch sehr viel Geld, nämlich 83.000 Euro. Die BNB hat die Daten jedoch sehr selektiv verwendet und eine bizarre Berechnung angestellt, wonach Migranten der zweiten Generation dem belgischen Fiskus mehr Geld einbringen würden als Einheimische.

„Der Vlaams Belang weist auch auf die versteckten Kosten der Migration auf föderaler Ebene hin, wie Illegalität, Aufnahme von Asylbewerbern und Sicherheit, die auch den Haushalt der flämischen Region stark belasten. Dies betrifft natürlich Bereiche wie Integration, Bildung, Wohnen und Soziales. Die Studie muss daher unter Berücksichtigung aller möglichen Politikbereiche abgeschlossen werden. Die Bürger haben ein Recht darauf, genau zu erfahren, wie viel sie die Masseneinwanderung kostet.

Mit seinem Entschließungsantrag will der Vlaams Belang daher eine unabhängige, umfassende und zuverlässige Kostenstudie in Auftrag geben. Wir schauen auf die Niederlande, wo die Studie „Borderless Welfare State: The Consequences of Immigration on Public Finances“ die enormen Kosten der Einwanderung klar und unwiderlegbar aufgezeigt hat. Wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen und die tatsächlichen Zahlen vorlegen, damit unsere Bürger ihre politische Entscheidung in voller Kenntnis der Fakten treffen können. Das ist wahre Demokratie“, sagt die flämische nationalistische Partei.

Die Kosten der Einwanderung sind in anderen EU-Staate wie Frankreich ein eher tabuisiertes Thema, das von den Behörden beschönigt wird. Die Zahlen variieren stark von einer Schätzung zur anderen. Nach Angaben des französischen Rassemblement National, das sich auf die Arbeit von Jean-Paul Gourévitch stützt, kostet die Einwanderung mehr als sie einbringt: 10 bis 70 Milliarden Euro pro Jahr. Die Ausgaben: Sozialleistungen für legale Einwanderer (CAF, RSA, APL oder Familienbeihilfen), staatliche medizinische Hilfe für illegale Einwanderer oder die Betreuung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen. Diese Schätzung berücksichtigt noch gar nicht die Kosten, die durch die Folgen der Einwanderung für die Gesellschaft entstehen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei BREIZH-INFO, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich wird die EU „neu verpackte“ Zwangsmigrantenquoten einführen

24. 09. 2021



Margaritis Schinas · *Foto: EVP / Wikimedia CC BY 2.0*

Die Brüsseler Bürokraten scheinen sich eines radikalen Linksrucks bei den Wahlen in den größten europäischen Mitgliedsstaaten sicher zu sein, und dann wird es Zeit, verpflichtende Migrantenquoten einzuführen, schreibt Daniel Deme für Remix News

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Margaritis Schinas hat bekannt gegeben, dass die Mitgliedsstaaten voraussichtlich zu einer endgültigen Einigung über den vor einem Jahr vorgestellten EU-Pakt für Migration und Asyl kommen werden. Er sagte: „Wir stehen kurz vor den Wahlen in Deutschland, und bald danach werden wir einen monatelangen Prozess zur Regierungsbildung haben, der im Wesentlichen mit dem Wahlkampf für die französischen Präsidentschaftswahlen zusammenfällt.“

Der Kommissar glaubt, dass „wir unmittelbar nach den französischen Wahlen in einen sehr schnellen Prozess der Annäherung und der endgültigen Einigung eintreten werden.“ Laut Schinas ist „die Zeit, das politische Momentum für dieses Abkommen jetzt“.

Schinas bezeichnete jeden, der sich gegen den Pakt ausspricht, als „europafeindlich“ und behauptete, dass die Rechtsextremen nur Grenzen wollen und die Linken überhaupt keine Grenzen wollen. Im Wesentlichen sieht der Kommissar den Migrationspakt als den vernünftigen Mittelweg im Umgang mit illegalem Grenzübertritt, mit „der richtigen Mischung aus Grenzkontrolle und Schutz, aber auch Menschlichkeit und Asyl“.

Aber ist er das wirklich?

Dänemark hat kürzlich eine neue Gesetzgebung eingeführt, die Migranten dazu zwingt, ihren Asylantrag entweder im ersten sicheren Land, das sie erreichen, oder in ihrem Herkunftsland zu stellen. Dänemark plant außerdem die Einrichtung von Asylzentren in Drittländern, in denen alle, die den Schutz des dänischen Staates suchen, warten müssen, bis die Behörden über ihren Antrag entscheiden. Überraschenderweise wurde die Gesetzgebung von den dänischen Linkssozialdemokraten vorgeschlagen, und ihr Hauptargument ähnelte sehr der Formulierung des Kommissars über angemessene Grenzkontrollen und einen humanen Umgang mit Schutzbedürftigen. Auf die Frage nach dem dänischen Gesetz antwortete Schinas jedoch, Europa könne „seine Probleme nicht an andere auslagern".

Wie also konnten die Kommission und die dänische Regierung – die beide für sich in Anspruch nehmen, für sichere Grenzen zu kämpfen und gleichzeitig für eine angemessene Versorgung der Bedürftigen zu sorgen – eine so diametral entgegengesetzte Lösung finden?

Der von Schinas vorgeschlagene Migrationspakt würde alle Asylanträge innerhalb der EU-Grenzen bearbeiten und die Antragsteller auf die Mitgliedsstaaten verteilen, während sie auf eine Entscheidung warten. Und obwohl selbst im Rahmen des liberalen EU-Asylsystems zweifellos einige Anträge abgelehnt werden, gibt es in Europa derzeit keine wirksamen Mechanismen und kein tragfähiges Rechtssystem, um abgelehnte Asylbewerber und Wirtschaftsmigranten zur Rückkehr in ihr Herkunftsland zu zwingen. Die Zahl der illegalen Migranten, die nach einem gescheiterten Antragsverfahren in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, ist verschwindend gering. Großbritannien zum Beispiel hat seit Beginn der illegalen Überfahrten aus Frankreich vor einigen Jahren keinen einzigen Migranten aus dem Ärmelkanal zurückgenommen.

Ein weiteres bemerkenswertes Detail in Schinas' Erklärung ist seine Überzeugung, dass der Migrationspakt gerade jetzt in Schwung kommt und im April eingeführt werden sollte. Es ist klar, dass Schinas glaubt, dass das Wahlergebnis sowohl in Frankreich als auch in Deutschland bereits feststeht und EU-freundliche, migrationsfreundliche Parteien an die Macht kommen, die die Position Brüssels zum EU-Migrationspakt akzeptieren werden. Schinas setzt auf den Sieg der Linken bei den Wahlen in Frankreich im April, aber er denkt wahrscheinlich auch, dass es nach dem Ausscheiden von Angela Merkel in Deutschland und einer weit links stehenden SPD-Kanzlerin an der Spitze keine mäßigende Kraft mehr geben wird, die die Kommission davon abhalten könnte, die mittel- und osteuropäischen Länder, die gegen Migrantenquoten sind, zu zwingen, den Pakt gegen ihren Willen zu akzeptieren.

Sollte die Koalition aus Linken und Rechtsextremen die ungarische Regierung von Viktor Orbán im April 2022 besiegen, müsste sich die Kommission nur noch mit weniger lautstarken Gegnern des Pakts auseinandersetzen.

Schinas scheint sich auch darüber im Klaren zu sein, dass das Thema Migration ein heißes Eisen bei den bevorstehenden Wahlen ist, insbesondere in Frankreich, wo die große Mehrheit der Bevölkerung gegen die Aufnahme weiterer Migranten ist. Jeder Schritt der EU zur Verabschiedung des EU-Migrationspakts könnte bei den bevorstehenden nationalen Wahlen gegen die von der EU bevorzugten Wahlsieger verwendet werden. Die französische Politikerin Marine Le Pen hat sich beispielsweise entschieden gegen den vorgeschlagenen Migrationspakt ausgesprochen und ihn als „Selbstmord Europas" bezeichnet, der es 75 Millionen weiteren Migranten ermöglichen würde, sich auf dem Kontinent niederzulassen.

Schinas und die Brüsseler warten auf den richtigen Zeitpunkt für die Verabschiedung des Paktes – nach den Wahlen – und die Wähler haben kaum eine andere Wahl, als die Position Brüssels in dieser Angelegenheit zu akzeptieren.

Indem er auf einen paneuropäischen Linksruck setzt, weiß Schinas vielleicht etwas über den Ausgang einer Reihe von Wahlen in den EU-Mitgliedstaaten, das ihm das Vertrauen gibt, dem Willen der europäischen Nationen zuvorzukommen. Dies ist auch der ungarischen Justizministerin Judit Varga nicht entgangen, die in ihrer Reaktion sagte, Schinas‘ Vertrauen sei ein Zeichen dafür, dass die Missachtung der Meinung der Bürger und die vorsätzliche Irreführung der Wähler zum neuen europäischen Wert für die EU-Institutionen geworden sei.

Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hatte in Bezug auf den vorgeschlagenen Migrationspakt erklärt, dass die Europäische Kommission vergeblich versuche, Migrantenquoten in einen Migrationspakt zu verpacken, da es sich nach wie vor nur um Migrationsquoten handeln werde, eine Politik, die die ungarische Regierung vehement ablehnen werde.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Italienischer Abgeordneter fordert Slowenien zur informellen Rückübernahme von Migranten auf

22. 09. 2021



Bildquelle: VoxNews

Frankreich schickt sie zu uns zurück, aber wir schicken sie nicht nach Slowenien zurück.

„Wir müssen nicht nur die Garnison durch das Militär verstärken und die gemischten Patrouillen mit Slowenien ausbauen, sondern wir riskieren, dass diese Bemühungen vereitelt werdeb, wenn wir nicht zu informellen Rückübernahmen der Migranten durch Slowenien zurückkehren.“ Dies erklärte der italienische Unterstaatssekretär im Innenministerium Nicola Molteni (Lega Salvini) am Rande eines Treffens.

„Die Migrationsströme auf dem Landweg über die Balkanroute haben sich wieder verstärkt, die Zahlen steigen deutlich an, 20–25 % mehr als im Jahr 2020“, erklärte er. „Wir brauchen eine ernsthafte politische Entscheidung für die Rückkehr zu informellen Rückübernahmen, um zu signalisieren, dass Italien der Migrationsroute die gebührende Aufmerksamkeit schenkt.“

Molteni ist ein ernstzunehmender Politiker, doch angesichts der Nachtwächter-Politik von Innenministerin Lamorgese verliert er jede Glaubwürdigkeit.…

Quelle: VoxNews

300 Islamistren überqueren täglich die Grenze bei Triest

Die so genannte Balkanroute mit Triest als Endstation. In Italien, in Fernetti, in der Polizeistation von Opicina, kommen sie zusammen, wenn sie von den Patrouillen der Armee abgefangen wurden. Inoffizielle Schätzungen gehen von 300 illegalen Einwanderern pro Tag aus.

Anstatt die Migranten nach Slowenien zurückzuschicken, wie es Frankreich an der italienisch-französischen Grenze tut, übergab das italienische Militär vor einigen Tagen zwei Gruppen illegaler Einwanderer an die Kollegen der Polizeistation Opicina: 20 Nepalesen und 51 Afghanen, die Afghanistan vor drei Jahren verlassen hatten. Und jetzt, wo endlich Frieden in Kabul herrscht, können sie nicht zurückgeführt werden…

Unter den Afghanen gab es einige, die positiv auf Covid-19 getestet und unter Quarantäne gestellt wurden, aber vor der medizinischen Untersuchung verbrachten sie stundenlang Schulter an Schulter zusammen. In Kontakt mit dem Militär und der Polizei. Es gab auch ein paar Fälle von Krätze.

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Die Europäische Union will „qualifizierte Zuwanderung“ fördern

Von Kristóf Nagy

20. 09. 2021



Symbolfoto · *Bildquelle: Pinterest (royalty-free)*

Das Europäische Parlament hat einen Vorschlag zur Erleichterung der Bedingungen für die Einstellung hochqualifizierter Arbeitnehmer von außerhalb der Europäischen Union angenommen. Die Reform der EU Blue Card, die für die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen erforderlich ist, muss noch vom Rat der Staats- und Regierungschefs genehmigt werden. Durch die Vereinfachung der Bedingungen will die EU einem immer wieder auftretenden Arbeitskräftemangel entgegenwirken.

Nach den überarbeiteten Vorschriften müssen Bewerber einen Arbeitsvertrag oder ein mindestens sechs Monate gültiges Angebot eines Arbeitgebers vorlegen. Außerdem müssen sie ihre Qualifikationen oder beruflichen Fähigkeiten nachweisen. In bestimmten Bereichen können Sie Ihr Fachwissen auch durch einschlägige Berufserfahrung nachweisen. Dazu gehören zum Beispiel Informations- oder Kommunikationstechnologien.

Derzeit ist ein Einjahresvertrag oder ein einjähriges Angebot eines Arbeitgebers erforderlich, um in der EU zu arbeiten. Die Gehaltsgrenze wurde auf ein Minimum von 100 Prozent und ein Maximum von 160 Prozent des durchschnittlichen Bruttojahresgehalts in dem betreffenden Mitgliedstaat gesenkt. Zuvor lag die Untergrenze bei 150 Prozent, eine Obergrenze gab es nicht.

Personen, die internationalen Schutz genießen, wie z. B. Flüchtlinge, können ebenfalls eine Blue Card beantragen, vorausgesetzt, sie stellen keinen Antrag in dem Mitgliedstaat, in dem ihnen der Flüchtlingsstatus oder ein anderer Schutzstatus zuerkannt wurde

- heißt es in dem Informationsvermerk des Eurpopäischen Parlaments. Auch die Rechte der Begünstigten und ihrer Familienangehörigen werden erweitert. Inhaber einer EU Blue Card können nach mindestens einem Jahr Aufenthalt im Ausstellungsland in einen anderen Mitgliedstaat umziehen. Die Familienzusammenführung wird schneller erfolgen, und die Familienmitglieder werden schneller eine Arbeit aufnehmen können, wenn die Reform umgesetzt wird.

Der Berichterstatter Javier Moreno Sánchez von der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament betonte die Bedeutung der legalen Einwanderung: „Wir müssen alles tun, um die legale Einwanderung nach Europa und vor allem die Ankunft hochqualifizierter Arbeitskräfte zu gewährleisten, die einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Kontinents leisten können. Eine attraktivere und praktischere Karte wird eine gute Ergänzung zu den nationalen Programmen sein. Wir werden uns nun weiter dafür einsetzen, dass Arbeitnehmer in mittleren und gering bezahlten Berufen ebenso wie Blue-Card-Inhaber zum Wohl der Gesellschaft beitragen können“, so der spanische Politiker. Der Bericht wurde mit 556 Ja-Stimmen, 105 Nein-Stimmen und 31 Enthaltungen angenommen.

In seiner Rede bezeichnete der unabhängige ungarische Europaabgeordnete Balázs Hidvégi den Blue-Card-Reformplan als unmoralisch. Er sagte:.

„Die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus den ärmeren Ländern wird nur zu einer weiteren wirtschaftlichen Rückständigkeit führen, die neue Migrationswellen auslösen wird. Außerdem ist die Masseneinwanderung nicht die einzige Lösung für die demografischen und arbeitsmarktpolitischen Probleme. Ungarn steht für die Unterstützung von Familien und die Förderung des Kinderkriegens.“

Hidvégi fügte hinzu, dass die Einwanderung in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen sollte, weshalb es nicht akzeptabel sei, die Befugnisse Brüssels auszuweiten.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Grenze zwischen USA und Mexiko: „Lage außer Kontrolle“

19. 09. 2021



Bildquelle. FDS

Mehr als 11.000 Illegale haben den Deich des Rio Grande nach Texas überquert; Update: Demokratischer Bürgermeister ruft den Notstand aus

Der demokratische Bürgermeister von Del Rio rief den Notstand aus und sperrte am Freitag die Brücke für den Verkehr.



Bill Melugin

@BillFOXLA

NEW: Video courtesy of @TxDPS shows the current situation under the international bridge in Del Rio, TX, where more than 14,000 migrants have gathered after crossing illegally into the United States. Law enforcement says conditions are like third world refugee camps. @FoxNews

9:13 nachm. · 18. Sep. 2021

https://twitter.com/BillFOXLA/status/1439306706153005059?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1439306706153005059%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fgrenze-zwischen-usa-und-mexiko-lage-ausser-kontrolle%2F

„Die US-Grenzschutzbehörde CBP schickte 400 zusätzliche Beamte, um die Überwachung des Gebiets zu verstärken“, so das Heimatschutzministerium, das am Samstag einen Plan zur Eindämmung der Situation vorstellte.

Die US-Regierung von Joe Biden kündigte am Samstag an, dass sie die Abschiebung von mehr als 10.000 Migranten, zumeist Haitianer, die seit Tagen unter einer Brücke in Texas ausharren, nachdem sie die Grenze von Mexiko aus überquert haben, auf dem Luftweg beschleunigen werde. In einer Erklärung kündigte das US-Ministerium für Heimatschutz an, dass es in den nächsten 72 Stunden „zusätzliche Transportmittel beschaffen wird, um das Tempo und die Kapazität der Abschiebeflüge nach Haiti und zu anderen Zielen zu erhöhen".

Quelle: TV5



Bill Melugin

@BillFOXLA

BREAKING: I am absolutely stunned by what I'm witnessing right now. We are on a boat in the Rio Grande near the Del Rio international bridge and we are watching as masses of hundreds of migrants walk across the river from Mexico and stream into the US illegally. @FoxNews

5:11 nachm. · 18. Sep. 2021

https://twitter.com/BillFOXLA/status/1439245698768285711?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1439245698768285711%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fgrenze-zwischen-usa-und-mexiko-lage-ausser-kontrolle%2F

Neue Aufnahmen des Zustroms haitianischer Migranten in Del Rio, Texas, zeigen chaotische Szenen vor Ort, da die Zahl der Migranten inzwischen 11.000 übersteigt und die Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) mehr Beamte in das Gebiet entsendet, während Zehntausende weitere auf dem Weg sein könnten.

Der Chef der US-Grenzpatrouille, Raul Ortiz, ist in Del Rio, Texas, gelandet und versucht derzeit auf der internationalen Brücke, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Ein großer Konvoi von Bussen und Fahrzeugen der Grenzpolizei ist soeben an der internationalen Brücke in Del Rio angekommen. Selbst wenn diese Busse mit Migranten beladen sind, ist unklar, wohin sie gebracht werden sollen. Die örtlichen Haftanstalten sind überfüllt. Die Grenzschutzbeamten sagen, sie wüssten es nicht.

Abgeordneter Tony Gonzales, R-Texas, in einem Interview mit Fox News: „Man denkt, man sei in einem Land der Dritten Welt, und dies sind die Vereinigten Staaten, dies ist Del Rio Texas, und es gibt buchstäblich überhaupt keine Grenze – sie ist einfach verschwommen."

„Die Versorgung dieser Migranten mit drei Mahlzeiten pro Tag würde die Stadt Del Rio eine Million Dollar pro Woche kosten", sagte er. „Es handelt sich um eine kleine Stadt ohne Ressourcen, und dennoch müssen sie buchstäblich jede Woche Millionen von Dollar aufbringen, um diese Krise zu bewältigen – das ist ihnen gegenüber nicht fair."

Die Zoll- und Grenzschutzbehörde teilte Fox News mit, dass die Grenzpatrouille „das Personal im Sektor Del Rio aufstockt und die Bemühungen innerhalb des DHS und anderer relevanter Partner auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene koordiniert, um das derzeitige Ausmaß der Begegnungen mit Migranten unverzüglich zu bewältigen und einen

sicheren, humanen und geordneten Ablauf zu ermöglichen. Trinkwasser, Handtücher und tragbare Toiletten wurden den Migranten zur Verfügung gestellt, während sie auf den Transport zu einer Einrichtung warten“, so ein Sprecher in einer Erklärung.

Der Bürgermeister von Del Rio, Bruno Lozano, forderte die Verwaltung auf, auf die Krise zu reagieren: „Es ist einfach etwas, das ans Licht gebracht werden muss, wir brauchen schnelle Aufmerksamkeit von der Verwaltung, wir brauchen eine schnelle Reaktion“, sagte er.



Illegale Einwanderer überqueren den Rio Grande zu Fuß · *Bildquelle: FDS*

Aufnahmen des Zustroms haitianischer Migranten in Del Rio (Texas, USA) zeigen das Chaos unter der Brücke, als die Zahl der Migranten 11.000 übersteigt:

Video-Player
https://unser-mitteleuropa.com/grenze-zwischen-usa-und-mexiko-lage-ausser-kontrolle/

Quelle: Fox News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polen hat den Bau des Grenzzauns abgeschlossen

19. 09. 2021



Bildquelle: MTI/PAP/*Artur Reszko*

Polen hat den Bau eines Stacheldrahtzauns entlang seiner gesamten Grenze zu Weißrussland abgeschlossen

- gab die Sprecherin der polnischen Grenzpolizei Anna Michalska am Wochenende bekannt. Die Armee hat Ende August mit dem Bau des drei Meter hohen und 180 Kilometer langen Grenzzauns begonnen, um illegale Einwanderer aus Weißrussland zu stoppen. Litauen und Lettland haben ähnliche Maßnahmen ergriffen, um auf die seit einigen Monaten zunehmende Migration in der Region zu reagieren. Jeden Tag versuchen Hunderte von Menschen, die weißrussisch-polnische Grenze illegal zu überqueren.

Warschau und die baltischen Staaten beschuldigen die Regierung in Minsk unter Präsident Aljaksandr Lukaschenka, einen hybriden Krieg zu führen, indem sie Migranten aus dem Nahen Osten, vor allem aus dem Irak, nach Weißrussland transportieren und sie dann an die Grenzen der Nachbarstaaten bringen. Dies ist die Art und Weise, wie Weißrussland sich für die EU-Sanktionen gegen das Land revanchiert.

Die Krise veranlasste den polnischen Präsidenten Andrzej Duda, Anfang September den Ausnahmezustand in den Grenzgebieten auszurufen, der 30 Tage lang in Kraft bleiben wird. Das Versammlungsrecht und Massenversammlungen wurden in der betroffenen Zone ausgesetzt, niemand außer den Einheimischen darf sich in dem Gebiet aufhalten, und die Medien wurden aus der Zone verbannt.

Weitere Destabilisierungsversuche an der polnisch-weißrussischen und der litauisch-weißrussischen Grenze sowie ein langfristiger Konflikt werden erwartet

- erklärte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki am Freitag auf einer Pressekonferenz mit seiner litauischen Amtskollegin Ingrida Šimonytė in Warschau.

Im August wurden dreieinhalbtausend illegale Grenzübertritte an der polnisch-weißrussischen Grenze versucht und 900 Einwanderer von den Behörden festgenommen, während sich die Zahl der illegalen Grenzübertritte seit Anfang September sich bereits auf rund zweitausend beläuft. Nach Angaben der Regierung in Vilnius hat Minsk in diesem Jahr bereits dreitausend illegale Einwanderer auf litauisches Gebiet gebracht. Im vergangenen Jahr wurden nur insgesamt 81 Grenzgänger festgenommen.

Mateusz Morawiecki sagte am Freitag, die polnischen Behörden wüssten von mehr als 10.000 Migranten aus Ländern des Nahen Ostens, vor allem aus dem Irak, aber auch aus Syrien, die nach Weißrussland transportiert würden und die das Lukaschenko-Regime für eine „Provokation, einen von Minsk und Moskau inspirierten hybriden Angriff“ nutzen wolle.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Berlin: Wurden „Barauszahlungen“ an nicht anwesende „moldawische“ Asylbewerber veruntreut?

19. 09. 2021



Bildquelle: FDS

Die Zahl der moldauischen Asylbewerber in Deutschland steigt rapide an, aber ihre Anträge werden abgelehnt. Das Innenministerium warnt vor Missbrauch und Asylschmuggel.

Nachdem die Zahl der Asylbewerber aus Moldawien in Berlin in den letzten Monaten stark angestiegen ist, warnen das unionsgeführte Bundesinnenministerium und die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus vor Asylmissbrauch. Doch niemand weiß wirklich, was vor sich geht: Der Verdacht des Schmuggels und des systematischen Missbrauchs von Leistungen liegt in der Luft.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger wirft der Integrationssenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei) sogar Veruntreuung vor. Dies liegt daran, dass Berlin während der Corona-Pandemie von den Richtlinien abwich und den Moldawiern Versorgungsgelder für drei Monate statt für einen Monat zahlte. Am Montag befasste sich auch der Innenausschuss des Bundestags mit dem Thema.

Damit greift die CDU kurz vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus auch einen jahrzehntealten Streit über die Flüchtlingspolitik wieder auf. Sollten Sachleistungen – Essen, Pflege – für Menschen, die das Land ohnehin verlassen müssen oder abgeschoben werden, nicht ausreichen? Oder schafft die rot-rot-grüne Koalition, insbesondere die Linke, unnötige Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge durch Geldleistungen, die auch ihnen zugute kommen – auf Kosten der Steuerzahler?

In einem Vermerk von Mitarbeitern des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), heißt es weiter:

„Großfamilien aus Moldawien, oft bestehend aus 10 Personen, erhalten am ersten Tag bis zu 4500 Euro in bar (…). Die Freude darüber ist riesig und sofort werden alle Bekannten kontaktiert, um darüber zu sprechen.“

Es gibt auch Berichte über Fahrzeuge mit polnischen oder litauischen EU-Kennzeichen, die Moldawier in Berlin abgesetzt haben. Einige Moldawier haben Berichten zufolge bereits in anderen EU-Staaten wie Frankreich Asyl beantragt.

Handelt es sich also um eine gezielte Umleitung von Sozialleistungen? Die Zahlen sind eindeutig. Darauf verweist auch das Bundesinnenministerium. Staatssekretär Helmut Teichmann richtete daher Ende August ein Schreiben an Breitenbach. Er sprach von einem Anstieg der Zahl der Asylbewerber aus Moldawien um 367% im zweiten Quartal 2021, aber auch von der Akzeptanz von Sozialleistungen für Flüchtlinge: In diesem Zusammenhang dürfe „auf keinen Fall“ der Missbrauch unseres Asylsystems durch Migranten, die keinen Schutz benötigen, unterschätzt werden.

Staatssekretär Helmut Teichmann bezieht sich auf die Tatsache, dass Berlin die Geldleistungen für drei Monate statt wie gesetzlich vorgeschrieben für einen Monat auszahlt. In seinem Brief an die für Integration zuständige Berliner Senatorin Breitenbach spricht der Staatssekretär von einer „problematischen Entwicklung der irregulären Migration aus der Republik Moldau“. Alle beteiligten Stellen auf Bundes- und Landesebene sind sich „der großen Bedeutung der Bekämpfung des Asyl- und Leistungsmissbrauchs bewusst“.

Das Bundesministerium des Innern ist „bestrebt, alle Formen des Asylmissbrauchs und der Schleuserkriminalität zu bekämpfen“. Gleichzeitig warnt Teichmann, dass „die Gewinne der Schmuggler erhöht werden“. Die vom Land Berlin gezahlten dreimonatigen Barvorschüsse seien „prädestiniert, eine unerwünschte Anziehungskraft auf nicht schutzbedürftige Migranten und organisierte Schleuserbanden auszuüben“.

Tatsächlich ist die Zahl der moldauischen Asylbewerber in Berlin im Laufe des Sommers rapide angestiegen – und das, obwohl die moldauischen Asylanträge nicht positiv

beschieden werden. Im April gab es landesweit 140 Anträge, im August bereits 951 von Menschen aus Moldawien. Von Januar bis August weist die Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) insgesamt 2.622 Anträge von Moldawiern aus. Sie haben keine Chance, als Asylbewerber anerkannt zu werden.

„Im Zeitraum von Januar bis August 2021 wurden bundesweit 2255 Entscheidungen über Asylanträge moldawischer Asylbewerber getroffen“, sagte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dem Tagesspiegel. „In keinem dieser Verfahren wurde ein Schutz gewährt“.

Nach der derzeitigen Rechtslage gibt es einfach keinen Grund, Asyl zu beantragen. Nach Angaben der Bundesregierung gibt es weder gezielte staatliche Repressionen noch Repressionen durch andere Behörden aufgrund von Religion, Nationalität, politischer Meinung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen oder ethnischen Gruppe. Die Bundesregierung spricht aber auch von einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Moldawien, dem armen Krankenhaus Europas, die zu einem hohen Migrationsdruck führt.

„Die durchschnittliche Dauer der Verfahren beträgt derzeit 1,2 Monate.“

146 Euro Taschengeld pro Monat wurden während der Corona-Pandemie für drei Monate im Voraus gezahlt, nicht wie gesetzlich vorgeschrieben für einen Monat. Die CDU vermutet, dass die Moldawier nur wegen der Situation in Berlin hierher gezogen werden – und weil sie leicht an Geld kommen.

Auch Berlin verfügt nicht über ein Ankerzentrum wie die Bayern. In Berlin kommen die Moldawier zunächst in die Erstaufnahmeeinrichtung, erhalten Essen und ein Bett. Während der Pandemie erhielten sie ein Taschengeld für drei Monate im Voraus – 438 Euro pro Person, berichtet *rbb24.de*. In Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie sich selbst versorgen müssen, beträgt die monatliche Rate 328 Euro.

Ein Umstand, der den Köder-Effekt zeigt: Asylbewerber, deren Anträge keine Aussicht auf Erfolg haben, erhalten das Geld für drei Monate, obwohl die Bearbeitung der Anträge viel kürzer ist und die Ausreise meist vor Ablauf der drei Monate angeordnet wird. „Die durchschnittliche jährliche Verfahrensdauer von der Antragstellung bis zur Entscheidung beträgt für Erst- und Folgeanträge von Bürgern der Republik Moldau derzeit 1,2 Monate“, teilte das BAMF mit. Im Durchschnitt für alle Verfahren und alle Herkunftsländer ist die Zeit viel länger – derzeit drei Monate.

Am Montag befasste sich der Innenausschuss mit einem Antrag der CDU-Fraktion; neben Innensenator Andreas Geisel (SPD) war auch Senator Breitenbach anwesend. Der Kern des Antrags: Rückkehr zu Sachleistungen, Bargeldzahlungen nur für maximal einen Monat und Unterbringung von Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen – bis zu ihrer Abschiebung.

Quelle. Fdesouche

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Texas widersetzt sich Bidens Migrationspolitik

18. 09. 2021



Der republikanische Gouverneur von Texas Greg Abbott | *Bild: wikipedia / CC BY 2.0*

Texas schließt die Grenzübergänge. Der republikanische Gouverneur Greg Abbott erklärte dazu: „Wir müssen verhindern, dass Migranten unseren Staat überrennen".

Bekanntlich hat Joe Biden die „Remain in Mexico" – Policy seines Vorgängers Donald Trump ausgesetzt. Gleicherweise gibt es nun anscheinend keine Obergrenze für Einwanderer mehr. Die Folge dieser absurden, unkontrollierten Politik sind monatliche Rekordaufgriffszahlen. Nur im August wurden 208.887 illegale Einwanderer aufgegriffen. 2021 sind, dank Biden, 1.1 Millionen Zuwanderer in die USA gekommen.

Texas hat nun genug und schließt sechs Grenzübergänge. Wie Abbott mitteilte, wurde die texanische Nationalgarde angewiesen, die überlastete US-Grenzschutzbehörden bei der Schließung zu unterstützen. Die Zahl der Migranten hat sich seit Mittwoch von 4.000 auf 8.000 verdoppelt. Doch trotz Kritik auch aus den eigenen Reihen verlangte die Biden Regierung die Grenzübergänge offen zu lassen.

"Die schiere Nachlässigkeit der Biden-Regierung, ihren Job zu machen und die Grenze zu sichern, ist entsetzlich. Ich habe das Ministerium für öffentliche Sicherheit und die texanische Nationalgarde angewiesen, Personal und Fahrzeuge aufzustocken, um sechs Grenzübergänge entlang der südlichen Grenze zu sperren und die Karawanen daran zu hindern, unseren Staat zu überrennen. Im Gegensatz zu Präsident Biden setzt sich der Staat Texas weiterhin für die Sicherung unserer Grenze und den Schutz der Amerikaner ein.", sagte Abbott dazu.

Für Einwanderer ist die Einreise in die USA wieder ein Kinderspiel. Biden aktivierte nämlich wieder die sogenannte “Catch and Release”-Politik (Fangen und Entlassen – in die USA) aus der Obama-Ära. Das bedeutet, dass die Zuwanderer entweder Asyl beantragen oder sich der Grenzpatrouille stellen, um verhaftet und dann in die USA entlassen zu werden. Diese absichtlich destruktive Politik der Biden Regierung ist symptomatisch für den momentanen Zeitgeist in der westlichen Welt. Jeder, der sich gegen diese Unvernunft wehrt, wird sofort denunziert. Biden hatte Abbott schon wegen der texanischen Corona-Politik als Verschwörungstheoretiker bezeichnet. Jetzt kommt wahrscheinlich, wie üblich, die Rassismus-Keule.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei *ZUR ZEIT*, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Im Westen nichts Neues

Ein Gastbeitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) *)

20. 09. 2021



Dr. Norbert van Handel

Auch wenn Deutschland gerade – und seit Wochen – nichts anderes als die Wahlen im Kopf hat, die zugegebener Maßen mehr als wichtig sind und Frankreich sich auf die Wahlen im nächsten Jahr vorbereitet, sollte man die Außenpolitik nicht vergessen. Diesbezüglich hat Frau **Von der Leyen** etwas exaltiert und theatralisch, wie immer, kürzlich ihre Rede zur Zukunft Europas (State of the Union) gehalten.

Sie kündete nicht viel Neues an:

- Eine „**Gesundheitsunion**“ (als ob sich die EU bei der Beschaffung und Zuteilung von Medikamenten besonders ausgezeichnet hätte).
  Alles in allem heißt es **mehr Bürokratie und mehr Europa** in einem Feld, das die einzelnen Länder mit Sicherheit besser beackern können.
- Ernster ist, dass ein Militärgipfel, vor allem zur Analyse des afghanischen Desasters aber auch zur Verteidigung Europas, mit der NATO geplant ist.
  Anstatt sich schön langsam von dieser Angrifforganisation der USA zu trennen, versucht Frau **Von der Leyen** anscheinend eine noch **engere Verbindung der nicht vorhandenen europäischen Verteidigung** mit der NATO zu knüpfen.
  Länder, die sich nicht selbst verteidigen wollen, sind in Wirklichkeit nicht wert zu existieren.
  Dass inzwischen die USA mit Australien und Großbritannien das indopazifische Abenteuer eingegangen, die Franzosen brüskiert und China völlig unnötig provoziert hat, konnte Frau **Von der Leyen** noch nicht wissen. Sie und die Union haben ja wenig Ahnung, was wirklich auf der Welt geschieht und geschehen ist. **Dass Biden,**

wesentlich ärger als Trump vorher, sehr wohl die Rolle der USA als Weltpolizist, die Trump maßgeblich reduzieren wollte, wieder aufgenommen hat, ist einen Tatsache.
Statt dass **Von der Leyen** sich nach dem Desaster in Afghanistan merkbar von der Politik der USA distanziert, scheint das Gegenteil der Fall zu sein.
Leute mit einem gesunden Menschenverstand können nur die Köpfe schütteln.

- Natürlich musste auch der **Klimawandel** kommen, allerdings mit der sich selbst entlarvenden Bemerkung, dass die 27 Mitglieder bezüglich der Umsetzung uneinig wären – wen verwundert das?
  Zwar weiß jeder, dass der Klimawandel vorhanden ist, keiner aber inwieweit er tatsächlich menschengemacht ist. Bevor man dies weiß, **sollte man nicht das industrielle Potential Europas zerstören**. Vor allem dann nicht, wenn man weiß, dass die gescheiterte Energiewende von Frau **Merkel** uns noch Jahrzehntelang Milliarden kosten wird.

Hätte man wirklich Interesse am Planeten, könnte man vieles tun:

– Etwa ein innovatives Projekt zur **Verwertung des Kunstoffmülls** und auch zur Säuberung der Ozeane. Korrespondenzpartner informierten uns, dass diesbezüglich schon Projekte vorliegen würden, die einfach umgesetzt werden könnten.
– Zeitweisen **Stopp der Fischerei für drei bis vier Jahre** in gewissen Teilen des Ozeans, da sonst die Fischbestände auf nimmer Wiedersehen verschwinden. Diese erholen sich jedoch relativ rasch, wenn man sie einige Zeit in Ruhe lässt.
– **Stopp aller Verträge mit Präsident Jair Bolsonaro** in Brasilien, solange er weiter den Regenwald schlägern lässt und solange die Rindfleischimporte, die vor allem die kleinteilige Landwirtschaft belastet, nicht kräftig reduziert werden.
– Maßnahmen gegen das grausame und **sinnlose Töten von Delphinen** in den zu Dänemark gehörende Färöer Inseln.
– **Die Stärkung der kleinteiligen Landwirtschaften Süd- und Ostmitteleuropas** gegenüber der Marktmacht der fast monopolartigen Handelsbetriebe, die von der Wirtschaftskammer vertreten werden.

Außenpolitik

- Frau **Von der Leyen** hütete sich natürlich die kaum vorhandene Außenpolitik der EU zu erwähnen, **die endlich sinnvolle Gespräche mit Russland und auch China beginnen müsste.**
  Die **EU** sollte sich als **Partner und nicht als Oberlehrer** gerieren, dann hätte sie die Chance gehört zu werden.
- **Konstruktive Überlegungen zur Immigrantenfrage kamen nicht.** Außer, dass Abschiebungen oft schwer möglich wären. Was für ein Blödsinn!
  Man sollte halt endlich, wie schon des öfteren an dieser Stelle vorgeschlagen, überwachte Flüchtlingscamps, am besten außerhalb Europas, errichten, um Zug um Zug und in Ruhe prüfen zu können, wer herein darf und wer nicht. Dänemark kann hier als Beispiel gelten.
  Sogar Bill Gates meinte kürzlich, dass Europa seine Häfen schließen muss, wenn es nicht mit Afrikanern überschwemmt werden will. Keine neue aber eine richtige Erkenntnis von einer Seite, die verwundert.
- Natürlich kam auch wieder ein Seitenhieb auf die osteuropäischen Länder, der uns veranlasst nochmals auf unsere Vorschläge zurückzukommen:
  – einerseits eine **mitteleuropäische Allianz innerhalb der EU** zu errichten und

– andererseits zu überlegen **die EU in eine Ost- und eine West EU** zu trennen, denn es wird immer so sein, dass die christlich orientierten Länder Süd- und Ostmitteleuropas nicht mit den Ländern Westeuropas in einen Topf geworfen werden wollen.
Unser diesbezüglicher Vorschlag brachte eine Menge positiver Meldungen. Süd- und Ostmitteleuropäer, die den Kommunismus jahrzehntelang genossen haben, **möchten weder Sklaven der LGBTQ-Bewegung werden, noch von einem völlig wertelosen Westeuropa unterjocht werden.**

Gemeinsamer Nenner einer Ost- und einer West EU könnten immer noch jene headlines sein, die seinerzeit zur Gründung der EWG führten:

- **Frieden in Europa und**
- **die vier großen Freiheiten** (freier Geldverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Personenverkehr).

Alles dies wird in nächster Zeit nicht geschehen, wenn sich die kleineren Länder nicht zusammenschließen.
Die EU wird weiterhin der ungeliebte Moloch bleiben, der er heute geworden ist und kein einziges wichtiges Problem in Europa lösen.
Während die USA wenigstens noch vorgeben, **moralisch** handeln zu wollen, **fehlt dieses Wort im Sprachschatz der EU.**
Das deutsche Wahlergebnis wird monatelange Regierungsverhandlungen nach sich ziehen und mitten in die französischen Wahlen hineinfallen.
Das heißt, dass die EU kaum handlungsfähig sein wird.
Vielleicht eine Chance für Europa?

*) Webseite des Gastautors: norbert.vanhandel.at/

* * *

M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen Mainstream auftreten.
Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig.
Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*****

02) Gas-Krise oder Krise der Energiewende?

27. 09. 2021



In den letzten Tagen häufen sich Meldungen in den Mainstreammedien, dass das Gas in Europa knapp wird!

Geht man diesen Meldungen nach, so findet man folgende Behauptungen:

- Die Gasspeicher seien „leer“, wobei das Adjektiv „leer“ auch schon bedeuten kann, dass die Gasspeicher nur zum Teil gefüllt sind
- Die Preise steigen dramatisch
- Gazprom hat weniger Gas geliefert

Letzteres ist schnell widerlegt, da Gazprom immer vertragsgemäß Gas geliefert hat. Wenn zu wenig Gas aus Russland kommt, war eben zu wenig geordert worden. Allerdings haben die Verträge mit Gazprom einen kleinen Haken: es sind sogenannte „Take-or-Pay-Verträge“, bei denen man das was geordert wurde, in jedem Falle bezahlen muss, auch wenn das Gas nicht zur Gänze abgenommen wurde. Wie weiter unten gezeigt wird, steigt die Unsicherheit über das benötigte Gas durch die „Energiewende“. Es kann also sein, dass man am Ende des Tages entweder zu wenig Gas hat, oder zu viel bezahlen muss.

Zu den steigenden Gaspreisen muss man allerdings sagen, über welchen Preis man spricht: Auf dem Spotmarkt, also dem Markt für kurzfristig verfügbares Gas ist der Gaspreis derzeit fast fünfmal so hoch wie auf der Gasbörse NYMEX, wo langfristige Kontrakte gehandelt werden.

Zum Vergleich: auf dem Spotmarkt werden die Gaspreise in Euro/MWh gehandelt, derzeit etwa 70 Euro/MWh. Auf der Gasbörse NYMEX wird Gas in Million British Thermal Unit

(mmBtu) gehandelt, derzeit etwa 4,47 Euro. Dabei entspricht diese Einheit 293,071KWh, oder 0,293 MWh. Die 4,47 Euro/mmBtu entsprechen somit 15,25 Euro/MWh, also etwa ein Fünftel des Preises am Spotmarkt!

Betrachtet man längerfristige Charts, so sind die Gaspreise an der NYMEX zwar Höchstpreise, jedoch hat es nahezu so hohe Preise schon 2019 gegeben. Was sich aber dramatisch geändert hat, sind also nicht die Gaspreise an der NYMEX, sondern der Spread zwischen dem Spotmarkt und der normalen Börse. Von diesen hohen Preisen auf dem Spotmarkt sind Gasversorger betroffen, die über keine Vorräte verfügen und sich in ihren Dispositionen einfach verzockt und nicht rechtzeitig das für ihre Kunden notwendige Gas geordert hatten. Davon sind beispielsweise englische Versorger oder auch schweizerische Versorger betroffen.

Wie konnte es zu dieser Fehleinschätzung einiger Marktteilnehmer kommen?

• Offenbar haben einige Akteure die Tatsache verschlafen, dass Deutschland im laufenden Jahr Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von fast 9000 MW endgültig abschalten wird. Bis 2020 wurden bereits Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 11000 MW abgeschaltet. Tendenziell führt dies zu einem Anstieg der Gasverstromung Einige der abgeschalteten Kraftwerke werden in Zukunft mit Gas weiterbetrieben. Hinzu kommt, dass eine Reihe von neuen Gaskraftwerken in Deutschland geplant sind.
• Das erste Halbjahr 2021 war windschwach. Der Windstromertrag brach um 20,5% ein, was wieder nur durch mehr Gasverstromung ausgeglichen werden konnte.
• Der vergangene Winter war kalt und daher der Gasverbrauch hoch.
Die „Gas-Krise“ ist somit in der Hauptsache eine Folge der „Energiewende“ und des naiven Glaubens, dass eine Energieversorgung nur mit Windrädern und Photovoltaikanlagen möglich sei.

Windräder und Photovoltaikanlagen können nur helfen, begrenzte Ressourcen von Gas, Kohle und Öl zu schonen, nicht jedoch die Basis für eine Energieversorgung sein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Janez Janša spricht vor ungarischen Medien über Demografie und Migration: „Kein Europa ohne Europäer“

26. 09. 2021



Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša wurde auf dem Demografie-Gipfel in Budapest von Mariann Őry, der außenpolitischen Redakteurin von Magyar Hirlap, interviewt, die auch für die Zeitschrift Demokracija schreibt · *Foto: Regierung der Republik Slowenien*

Der slowenische Premierminister Janez Janša nahm gestern am Demografiegipfel in Budapest teil. Während seines Besuchs in der ungarischen Hauptstadt gab er auch ein Interview mit der ungarischen Zeitung Magyar Hírlap, in dem er die Bedeutung der Förderung von Familien und Familienwerten hervorhob.

„Es ist klar, dass die Unterstützung von Familien eine Priorität sein muss“, sagte Janša und merkte an, dass die EU-Länder in den letzten Jahrzehnten das Thema Demografie vernachlässigt haben, das aber dennoch von entscheidender Bedeutung ist. „Wenn es keine Menschen gibt, gibt es nichts. Ohne Europäer gibt es kein Europa, ohne Ungarn gibt es kein Ungarn, ohne Slowenen gibt es kein Slowenien“, betonte der slowenische Premierminister. Er fügte hinzu, dass es in der Geschichte Beispiele für die friedliche Koexistenz verschiedener Völker gegeben habe, warnte jedoch davor, dass eine erzwungene Vermischung meist zu Konflikten und Krieg führe. „Daraus müssen wir lernen. Betrachtet man die demografische Entwicklung, so macht Europa nur 6 % der Weltbevölkerung aus, und gleichzeitig nimmt seine Bevölkerung ab. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerung im benachbarten Afrika zu. Wenn wir unsere Grenzen öffnen, wird Europa verschwinden“, sagte er den ungarischen Medien.

In dem Interview ging Janša auch auf das brennende Thema der neuen Migrantenwelle aus Afghanistan ein und bekräftigte, dass er keine Wiederholung der Migrantenkrise von 2015

wolle. Erinnern wir uns daran, dass während der durch die Ereignisse in Syrien ausgelösten Migrantenkrise massenhaft Männer im wehrfähigen Alter nach Europa kamen, nicht Frauen und Kinder.“ Er fügte hinzu, dass die Schleusung von Migranten vor allem ein großes Geschäft sei. „Wir können dieses Problem nicht allein lösen, wir brauchen die Zusammenarbeit der westlichen Balkanländer, und deshalb ist ihre Integration in die EU so wichtig“, fügte er hinzu.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Europäische Linksliberale drohen, die Debatte über die „Rechtsstaatlichkeit“ anzuheizen

Auch Brüssel könnte durch den Abgang von Angela Merkel erschüttert werden

Von Judit Tamara

24. 09. 2021



Angela Merkel und Ursula Van der Leyen · Foto: Zucchi Enzo / Europarat

Eine Verschärfung der Rechtsstaatsdebatte und eine Neuordnung des Kräfteverhältnisses in der EU könnten die Folge sein, wenn die Linke in Deutschland an die Macht kommt. Die europäischen Liberalen haben bereits davor gewarnt, dass dann stärkere Winde in Richtung

Mitteleuropa wehen könnten. Und die deutschen Wahlen haben eine sichere Verliererin in Brüssel: Ursula von der Leyen, die die erste Person in der Europäischen Kommission unter Angela Merkels Kompromissarbeitsmethode wurde.

Nach den gestern veröffentlichten Daten des Meinungsforschungsinstituts Kantar, die in der vergangenen Woche erhoben wurden, besteht bei den christlichen Unionsparteien nach wie vor Anlass zur Sorge: Wenige Tage vor der Bundestagswahl unterstützen 25 Prozent der Befragten die Sozialdemokraten und 21 Prozent würden für das konservative CDU/CSU-Bündnis stimmen. Die deutschen Grünen könnten der Kantar-Umfrage zufolge mit sechzehn Prozent Zustimmung knapp dahinter auf Platz drei landen. Die Beliebtheit der CDU/CSU stieg erst Mitte September wieder über 20 Prozent, während ihr Kanzlerkandidat Armin Laschet in allen drei Fernsehdebatten der Bewerber hinter dem Linkskandidaten Olaf Scholz landete.

Der Ausgang der Abstimmung am Sonntag wird auch in Brüssel mit Argusaugen beobachtet, wo die Nach-Merkel-Ära nicht nur die Machtverhältnisse in der EU durcheinander bringen, sondern auch personelle Veränderungen mit sich bringen könnte.

Als treibende Kraft der EU hat Deutschland eine offensichtliche Rolle bei der Gestaltung der europäischen Politik zu spielen, und die Kompromissbereitschaft der scheidenden Kanzlerin und ihr ständiges Bemühen um die Einheit der Integration werden von der Brüsseler Presse als „legendär“ bezeichnet.

Dies war das greifbare Ergebnis der jüngsten Einigung über das gigantische Finanzpaket der EU in Höhe von 1.800 Milliarden Euro und davor über die Vergabe der europäischen Spitzenposten für 2019. Die Leser werden sich vielleicht daran erinnern, dass auf dem EU-Gipfel im Dezember letzten Jahres das ungarische und das polnische Haushaltsveto sowie der Rechtsstaatlichkeitsstreit unter der Schirmherrschaft der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vorübergehend beigelegt wurden. Kein Wunder also, dass sich die linksliberale Seite der europäischen Politik seit Monaten die Zähne ausbeißt, um sich auf die Möglichkeit eines linken Kanzlers vorzubereiten: Auf Euronews versprachen linke und grüne Europaabgeordnete neulich, dass eine gemeinsame Berliner Regierung einen grundlegenden Richtungswechsel in der EU bringen könnte. Ein langjähriger Kritiker der ungarischen Regierung, der deutsche Europaabgeordnete der Grünen, Sergej Lagodinsky, forderte ausdrücklich eine Wiederbelebung der Rechtsstaatlichkeitsdebatte und meinte, dass

ein sozialdemokratischer Führer den Wind aus Brüssel in Richtung Ostmitteleuropa verstärken wird.

Der ehemalige politische Berater des polnischen Premierministers Mateusz Morawiecki hat diese Möglichkeit gegenüber der Deutschen Welle nicht bestritten und gesagt, dass die in Ostdeutschland geborene Merkel trotz der Kontroversen eine Kanzlerin sei, die „die Polen versteht“. Armin Laschet, der Kanzlerkandidat der CDU, versprach kürzlich in Warschau, dass er selbst eine praktische Lösung für den Rechtsstaatlichkeitsstreit finden wolle.

Während der Ausgang des letztgenannten Verfahrens noch offen ist, sehen Analysten Ursula von der Leyen, die derzeitige Präsidentin der Europäischen Kommission, als klare Verliererin der Nach-Merkel-Ära. Es sei daran erinnert, dass Von der Leyens Aufstieg an die Macht auch das Ergebnis von Merkels kompromissbereitem Ansatz bei der Arbeit ist. Mit dem Ausscheiden der Bundeskanzlerin verliert die Präsidentin eine enge Verbündete. Politico, das führende Magazin für EU-Angelegenheiten, das von der Leyen im Allgemeinen wohlgesonnen ist, wies kürzlich darauf hin, dass die Kommissionspräsidentin in ihrer

eigenen Partei, der CDU/CSU-Gruppe, die den Kern der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament bildet, nicht unpopulär ist. Die Brüsseler Zeitung vermutet, dass Laschet im Falle seiner Niederlage in Emmanuel Macron einen Verbündeten auf EU-Ebene finden wird.

Als Zeichen der Bewegung in der europäischen Politik haben die Sozialdemokraten in Straßburg vor Wochen den Ausgang der deutschen Wahlen zum entscheidenden Faktor für den nächsten Präsidenten des Europäischen Parlaments gemacht. Die Position war bisher fest in der Hand der EVP, aber die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion, Iraxte García Perez, hat sich für eine mögliche Entthronung mit der Begründung der „Umgestaltung der politischen Landkarte Europas“ ausgesprochen.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) NATO eröffnet Kriegshauptquartier in Ulm

19. 09. 2021



Bildquelle: ReactNiewus

Mit dem Ziel, den militärischen Vormarsch auf Russland zu unterstützen, hat die NATO im baden-württembergischen Ulm ein Kriegshauptquartier eröffnet. Die Ulmer Wilhelmsburg-Kaserne wurde vom Joint Support and Enabling Command (JSEC) übernommen, um von hier aus die Verlegung von NATO-Truppen und Ausrüstung in ganz Europa zu verwalten. Die Gründung der JSEC erfolgte 2018 vor dem Hintergrund des Machtkampfs zwischen den USA und Russland, der sich auch auf dem europäischen Kontinent abspielt. Das neue Hauptquartier wird bei Bedarf, also in Krisen- oder Kriegszeiten, bis zu 600 Soldaten beschäftigen.

Von diesem Punkt in Ulm aus kann die NATO ihre militärischen Aktivitäten wie Defender 2020, groß angelegte militärische Manöver in den Jahren 2020 und 2021, gut vorbereiten, um Russland weiter unter Druck zu setzen. Deutschland behält damit eine Schlüsselrolle

als zentraler Standort in der Mitte Europas und als wichtigster Vasallenstaat der USA, als Drehscheibe, Transitland und Kontrollraum für die militärischen Aktivitäten der NATO in Europa.

Quelle: ReactNieuws

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) EU-Parlament sieht in der Aufnahme von Afghanen eine „moralische Verantwortung“

18. 09. 2021



Afghanen, die ihr Land nach der Machtübernahme der Taliban verlassen wollen, versammelten sich am 19. August 2021 auf dem Flughafen von Kabul · *Foto: MTI/Magyar Nemzet*

EP fordert auch Annahme des umstrittenen Migrationspakts

Während mehrere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereits ihre Grenzen für illegale Migranten geschlossen haben oder dabei sind, dies zu tun, hat das Europäische Parlament am Donnerstag eine Resolution angenommen, in der es heißt, dass die Aufnahme von Migranten aus Afghanistan eine „moralische Verantwortung“ sei.

Am Donnerstagnachmittag hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit (536 Ja-Stimmen, 96 Nein-Stimmen und 50 Enthaltungen) eine Entschließung zu Afghanistan angenommen, die folgende Aussage enthält:

„Afghanen haben ein Grundrecht, in anderen Ländern Asyl zu suchen, daher müssen koordinierte Evakuierungsmaßnahmen so schnell wie möglich fortgesetzt werden. Nach Ansicht des EP müssen Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt werden."

Laut der Entschließung des Gremiums ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der afghanischen Asylbewerber in den Nachbarländern internationalen Schutz suchen wird, so dass die EU auch die Nachbarländer Afghanistans unterstützen muss. Die finanzielle, logistische und kapazitätsbildende Unterstützung der EU-Mitglieder für die betreffenden Staaten könne jedoch keine Alternative zur einseitigen Flüchtlingspolitik der Union sein.

Das Europäische Parlament fordert daher die Mitgliedstaaten auf, den von der Europäischen Kommission vor einem Jahr angekündigten Migrationspakt rasch zu verabschieden, der weitere Millionen von Migranten nach Europa bringen könnte. Der Migrationspakt hat im zuständigen Ministerrat noch keine ausreichende Unterstützung gefunden, da er von mehreren Mitgliedstaaten – darunter auch Ungarn – als Hintertür für die Einführung verpflichtender Aufnahmequoten angesehen wird.

In Bezug auf die Migrationsdimension der Krise heißt es in dem Dokument des Europäischen Parlaments auch, dass „die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten eine humane Asylpolitik fördern müssen: Die EU hat eine moralische Verpflichtung zur Aufnahme und Integration; das im September anstehende (freiwillige) Umsiedlungsforum der internationalen Gemeinschaft ist zu begrüßen; die Mitgliedstaaten sollten auch anhängige, kürzlich bearbeitete und abgelehnte Anträge im Lichte der jüngsten Ereignisse erneut prüfen".

Unter den ungarischen Europaabgeordneten stimmten die Abgeordneten der regierenden konservativen Fidesz gegen die Entscheidung, während sich die Vertreter von Momentum und MSZP der Stimme enthielten. DK-Politiker haben nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Vor der Abstimmung erklärte die Fraktionsvorsitzende der Fidesz im Europäischen Parlament, Kinga Gál, gegenüber Magyar Nemzet, dass das Europäische Parlament die Verabschiedung eines Dokuments zur Förderung der Migration vorbereite.

„Wie im Jahr 2015 sind die Stimmen im Europäischen Parlament, die sich für die Migration aussprechen, nach wie vor bedeutend. Sie scheinen auch stärker zu werden", sagte sie und fügte hinzu: „Das schlimmste Szenario ist, dass Europa jetzt unverantwortlich Einladungen an Millionen Menschen verschickt und sie verteilen will."

Am Mittwoch sprach sich auch Ursula von der Leyen in ihrer üblichen Rede zur Lage der Europäischen Union dafür aus, dass Europa seine Türen für Afghanen öffnen sollte.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Griechischer Europaabgeordneter: Nur die Visegrád-Vier-Länder betreiben eine gute Migrationspolitik

18. 09. 2021



Emmanouil Fragkos (ECR-Fraktion im Europäischen Parlament) · *Foto: Twitter*

Emmanouil Fragkos glaubt, dass solange die Europäische Kommission links ist, alle Länder, die ihre Aufträge erfüllen, Probleme mit illegaler Migration haben werden

Die derzeitigen Maßnahmen der Europäischen Kommission im Bereich der Migrationspolitik berücksichtigen nicht das Wohl der griechischen Bürger, so der griechische Europaabgeordnete Emmanouil Fragkos, der Mitglied der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) ist.

In einem Interview mit dem polnischen katholischen *Radio Maryja* erklärte er, dass es für Griechenland unmöglich sei, allen illegalen Migranten Asyl zu gewähren und ihnen zu erlauben, sich auf griechischem und europäischem Boden aufzuhalten.

Der Europaabgeordnete betonte, dass die linke Regierung seines Landes die illegale Migration ineffizient bekämpfe und gegenüber der Europäischen Kommission nicht durchsetzungsfähig sei.

„Die einzigen Länder, die eine gute Migrationspolitik betreiben, sind die Visegrád-Vier. Polen und Ungarn handeln richtig, obwohl sie von der Europäischen Kommission dafür angegriffen werden“, sagte er.

Fragkos glaubt, dass Europa vor einer weiteren Migrationskrise steht. Er zog Vergleiche zwischen der aktuellen Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze und der Situation zwischen Griechenland und der Türkei. Der türkische Präsident Erdogan hatte Migranten nach Griechenland gedrängt, um das Land unter Druck zu setzen und mehr Mittel von der Europäischen Kommission zu fordern. Weißrussland schickt aus ähnlichen Gründen Migranten in die baltischen Staaten.

„Dennoch schützt die polnische Regierung ihre Bürger. Wenn Griechenland eine ähnliche Politik wie Polen betreiben würde, müsste es keine Migrantenwelle fürchten. Leider ist das

nicht der Fall, und Polen befindet sich dank der Maßnahmen seiner Regierung in einer viel besseren Situation“, sagte er.

Der griechische Europaabgeordnete ist der Ansicht, dass alle Länder, die den Anweisungen der Europäischen Kommission folgen, Probleme mit illegaler Migration haben werden, solange diese linkslastig bleibt.

Die Kommission solle die Grenzen verstärken und den illegalen Migranten klarmachen, dass sie es nicht nach Europa schaffen, sondern nur ihr Geld an die Schmuggler verlieren werden.

„Wenn wir die ersten Versuche stoppen und sie wieder nach Hause schicken, geben wir ihnen ein klares Signal, dass es sich nicht lohnt, Versuche zu unternehmen, da sie keine Chance haben, in Europa zu bleiben“, sagte er.

Quelle: Radiomaryja.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Die EU will die kulturelle Vielfalt Europas „homogenisieren“

Von Mariann Őry

16. 09. 2021



Ein Europa der verschiedenen Völker und Traditionen – wenn diese Völker und Traditionen zufällig europäische Minderheiten sind – ist nicht das Europa, das die EU will

Die Europäische Kommission schaue bewusst weg, wenn es um nationale Minderheiten gehe, und dahinter stecke ein politisches Motiv, schrieb der ungarische Forscher Balázs Tárnok in einem Meinungsbeitrag für Newsweek.

Viele Europäer gehören einer kulturellen, sprachlichen oder ethnischen Gruppe innerhalb eines Mitgliedstaats an, die sich von der Mehrheit unterscheidet. Dies gilt beispielsweise für die baskische Bevölkerung in Spanien, die Ungarn in Rumänien und der Ukraine und die Sorben in Deutschland. Allzu oft fehlt es diesen Gruppen an Rechten und Schutz.

„Obwohl es in der EU mehr als 50 Millionen Menschen gibt, die ethnischen (nationalen oder sprachlichen) Minderheiten angehören, gibt es auf EU-Ebene keine spezifischen Rechtsakte, die sie schützen. Das Fehlen eines Mindestmaßes an EU-Vorschriften ermöglicht es den Mitgliedstaaten, ethnischen Minderheiten ihre früher erworbenen Rechte vorzuenthalten“, schreibt Tárnok.

Aus diesem Grund hat die Föderale Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) vor kurzem einen eindringlichen Appell an die EU-Organe zum Thema Minderheitenrechte gerichtet, der jedoch größtenteils ignoriert worden ist.

Die Europäische Kommission ignoriere die Probleme nationaler Minderheiten, weil sie nationale und regionale Besonderheiten unterdrücken und die Bevölkerung Europas homogenisieren wolle, erklärte Tárnok, Gastwissenschaftler an der Universität von Notre Dame, in einem Meinungsbeitrag, der in der amerikanischen Zeitschrift Newsweek unter dem Titel „Ignoring Minority Rights is Part of Brussels‘ Agenda to Homogenize Europe“ veröffentlicht wurde.

Er erinnerte daran, dass die Kommission in den letzten Jahren ihre Position als Hüterin verschiedener Verträge selektiv ausgenutzt hat, um Gerichtsverfahren einzuleiten, in denen Verstöße gegen „gemeinsame“, aber dennoch irgendwie exklusive EU-Werte behauptet wurden.

„In den letzten Jahren hat sich die EU-Kommission von ihrer ursprünglichen Rolle als unparteiische „Hüterin der Verträge“ entfernt und missbraucht nun das Konzept der gemeinsamen EU-Werte. Die Brüsseler Behörde leitet nur bei Verstößen gegen bestimmte Werte rechtliche Schritte ein, während die Verletzung anderer, für Brüssel weniger wichtiger Grundsätze völlig ignoriert wird“, schreibt der ungarische Forscher.

Der Ausschuss, so Tárnok, verweist regelmäßig auf mangelnde Kompetenz, auf die eigene Hilflosigkeit, wenn nationale Minderheiten geschädigt werden, aber wenn er sich zum Beispiel für die LGBTQ-Minderheit einsetzen will, verschwinden die genannten Hindernisse plötzlich.

„Die EU-Kommission hat kürzlich sowohl gegen Ungarn als auch gegen Polen Vertragsverletzungsverfahren wegen angeblicher Verletzungen der Rechte von LGBTQ+ eingeleitet. Während Brüssel sich für die Rechte von LGBTQ+ Menschen einsetzt, ignoriert es weiterhin die Herausforderungen, mit denen andere Minderheiten, insbesondere ethnische Minderheiten, konfrontiert sind. Die Nichtverteidigung ethnischer Minderheiten ist Teil der Agenda der Kommission zur Unterdrückung nationaler und regionaler Besonderheiten in Europa und zur Homogenisierung der Bevölkerung“, schrieb er.

Tárnok zufolge zerstört Brüssel durch die Vernachlässigung der nationalen Minderheiten die wahre, ererbte kulturelle Vielfalt Europas und verstößt damit gegen die Absichten seiner Gründerväter. Die FUEN forderte im Anschluss an die Konferenz über die Zukunft Europas,

den Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten in die Gründungsverträge der Europäischen Union aufzunehmen. Der größte europäische Minderheiten-Dachverband unter dem Vorsitz von Vincze Loránt, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien (RMDSZ), beschloss diese Strategie auf seinem Kongress in Triest, der am Sonntag zu Ende ging. Ihrer Ansicht nach muss in den EU-Verträgen klargestellt werden, dass die Kopenhagener Kriterien nicht nur für die Beitrittskandidaten verbindlich sind, sondern dass ihre Einhaltung eine ständige Verpflichtung für alle Mitgliedsstaaten darstellt.

Die FUEN forderte die Europäische Kommission auf, die Überwachung der Situation nationaler und sprachlicher Minderheiten vollständig in den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu integrieren und die Mitgliedstaaten durch den Austausch bewährter Verfahren im Bereich des Minderheitenschutzes zu unterstützen. Es wurde auch festgestellt, dass es bisher keine kohärente EU-Minderheitenschutzpolitik gibt.

Titelbild: Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sitzt vor der Sitzung des Kollegiums der Kommissare im Europäischen Parlament in Straßburg, Ostfrankreich, Dienstag, 14. September 2021. (Julien Warnand, Pool Photo via AP)

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Die EU an der Wende zu ihrem Ende

Von Redaktion

15. 09. 2021



Der globale Handel beruht seit jeher auf dem Prinzip, irgendwo billig einzukaufen und woanders teuer zu verkaufen. Nur so kann man schnell reich werden. Waren es in der Vergangenheit hauptsächlich Luxusartikel, so sind es heutzutage praktisch alle Güter des täglichen Bedarfs, oder Baugruppen für Produkte wie zum Beispiel elektronische Bauelemente, die global dank günstiger Frachtraten herumgeschippert werden. Ein Transport von Shanghai nach Hamburg fiel kostenmäßig bisher fast nicht ins Gewicht. Hinzu kommt, dass die Logistik in den Häfen vollautomatisch abläuft. Irgendwelche Bedenken hinsichtlich der mit Schweröl (also dem letzten Dreck, der aus der Raffinerie herauskommt) fahrenden Schiffe gibt es trotz sonstigen CO2-Getöns nicht. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, dass beispielsweise Greenpeace gegen die Verschmutzung der Ozeane durch den Schiffstransport allzu lautstark protestiert hätte.Auch von Seiten der Greta-Glaubensgemeinschaft hat man noch nichts in dieser Richtung gehört.

Die Kostenvorteile asiatischer Exporteure ergeben sich einerseits aus den viel niedrigeren Löhnen, die wieder durch allgemein niedrigere Lebenshaltungskosten möglich sind, als auch durch die niedrigeren Standards für den Umweltschutz oder der Sozialsysteme.

Die Einfuhrzölle in Europa sind vergleichsweise viel zu gering, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Beispielsweise sind Produkte wie Handys und Smartphones, Notebooks, Tablets, USB-Sticks und Spielekonsolen von Einfuhrzöllen befreit. Alle anderen technischen Geräte sind im Schnitt mit etwa 10% Zoll belastet (www.import-shopping.de/zoll-und-steuern-bei-china-bestellungen/). Kein europäischer Produzent kann mit solchen Preisen

mithalten. Umgekehrt wurden auf diese Tour europäische Arbeitsplätze nach Asien exportiert, bzw. noch bestehende europäische Firmen müssen mit der asiatischen Konkurrenz vor allem durch Lohndumping mithalten.

Bis jetzt wurde auch nicht bekannt, dass unsere Linksparteien, die ja angeblich die Interessen deutscher Arbeitnehmer vertreten, gegen diese mörderische Konkurrenz Stellung bezogen hätten. Dass heutzutage Millionen Deutsche von ihrer Vollzeitbeschäftigung nicht leben können, ist auch der Konkurrenz mit asiatischen Billiglöhnen zu danken.

Allerdings hat diese Situation noch einen anderen, aktuellen Aspekt:

Komplexere Produkte wie Autos oder Waschmaschinen, aber auch einfachere Produkte wie zum Beispiel Fahrräder bestehen heutzutage aus Zulieferteilen aus aller Herren Länder. Diese Unterteile sind jetzt angeblich coronabedingt nicht mehr lieferbar. Besonders grotesk ist wohl, dass selbst Fahrräder von Lieferengpässen betroffen sind. Bei Fahrrädern und deren Ersatzteile gibt es derzeit monatelange Lieferverzögerungen. In Deutschland könnten bis zu sechs Millionen Autos wegen dem Mangel an Chips nicht gebaut werden.

Insgesamt wird für Deutschland im laufenden Jahr ein Minus von 5% wegen den angeblichen, coronabedingten Lieferengpässen erwartet (www.dvz.de/rubriken/politik/detail/news/forscher-rechnen-mit-hohen-verlusten-fuer-die-volkswirtschaft.html). Der Gesamtschaden soll bei 25 Mrd. Euro liegen.

Immer wieder gibt es Meldungen, dass diese oder jene Fabrik, oder sogar ganze Häfen in China (siehe kurier.at/wirtschaft/erneut-hafen-schliessung-in-china-nach-coronafall/401469724) wegen angeblicher Coronafälle geschlossen werden. Man kann getrost davon ausgehen, dass die Coronafälle nur instrumentalisiert werden. Speziell die Häfen arbeiten vollautomatisch und können zumindest zeitweise ohne menschliche Intervention weiterarbeiten.

Möglicherweise hat die Versorgungskrise ganz andere Ursachen!

Viel wahrscheinlicher ist es, dass China seine marktbeherrschende Position jetzt dazu benutzt, den europäischen Importeuren die Daumenschrauben anzusetzen. Diese haben sich nämlich langfristige Lieferverträge mit niedrigen Preisen ausgehandelt, die jetzt möglicherweise selbst China zu niedrig sind. China könnte versucht sein, solche Verträge wegen „höherer Gewalt“ zu kippen! Europa hätte dem nichts entgegenzusetzen, da es kurzfristig unmöglich ist, die einmal verlagerte Produktion von High-Tech-Produkten, insbesondere der Chipindustrie, wieder nach Europa zurückzuholen. Manche „Experten“ sehen für eine europäische Chipindustrie sowieso schwarz, weil in Europa für eine Chipindustrie der Markt zu klein sei! **Wahrscheinlich wird dabei bereits vorweggenommen, dass nach der Wahl in Deutschland der Fokus in diesem Land auf der Entwicklung und Produktion von Lastenräder liegen wird!**

Die EU beschäftigt sich lieber mit der unsinnigen „Energiewende“, um die europäische Wirtschaft zusätzlich an allen Gliedern zu lähmen, anstatt sie strukturell zu stärken!

Die EU ist (noch) der größte Wirtschaftsraum der Welt, muss sich aber von der größten nationalen Volkswirtschaft der Welt an der Nase führen lassen. Zwar baut China auch Windräder oder Photovoltaikanlagen (warum eigentlich nicht?), aber genauso Kohle- und

Atomkraftwerke, die Deutschland gerade abschaltet. Der chinesische Pragmatismus wird über die linksgrüne Verbohrtheit der EU siegen! Das Wahlergebnis in Deutschland wird diesen Trend leider noch verstärken!

Befindet sich Europa in einer Art Kulturrevolution, die China vor 50 Jahren überwand?

China hat aus seinen eigenen Erfahrungen mit dem dogmatischen Kommunismus während der Kulturrevolution gelernt, wohin ideologische Verbohrtheit führt. Speziell Deutschland hätte auch eine jahrhundertelange Erfahrung mit ideologischen Verirrungen, mit denen es sich selbst am meisten geschadet hat. Jedoch wird man hierzulande frei nach Karl Kraus durch Erfahrung immer dümmer. Wieder einmal wird eine Idee, die anfänglich ja nicht so falsch war, ins perverse übertrieben und dadurch ad absurdum geführt. Letztlich kommt es nicht nur darauf an, ob eine Idee gut oder schlecht ist, sondern auch darauf, mit welchem Maß sie umgesetzt wird.

- Beispielsweise kann man für sozialstaatliche Einrichtungen (wieder in Maßen) sein, ohne deshalb Sozialist oder Kommunist zu sein.
- Man kann für den Welthandel eintreten, ohne deshalb für einen exzessiven, zerstörerischen Globalismus zu sein.
- Man kann für alternative Energien sein, ohne deshalb für eine Energieversorgung auf der alleinigen Basis intermittierender Stromerzeuger zu setzen.
- Man kann Nationalist sein, ohne deshalb Nationalsozialist zu sein.
- Man kann für die Gleichberechtigung von Mann und Frau eintreten, ohne deshalb dem Genderwahn zu verfallen.
- Man kann religiös sein, ohne deshalb ein religiöser Fanatiker zu sein.
- Man kann gegen die Diskriminierung irgendwelcher sexueller Minderheiten eintreten, ohne deshalb solche Praktiken zum Normalfall zu erklären.
- China hat es hingegen geschafft als kommunistischer Staat den Kapitalismus wieder einzuführen

Diese Liste lässt sich endlos weiterführen. Die herrschenden Machteliten in Europa haben in allem und jedem jegliches Maß und Ziel verloren und treiben jede Idee bis zum Exzess und führen sie dadurch ad absurdum. Letztlich schadet sich die EU und da wieder vor allem Deutschland wirtschaftlich am meisten. Ein wirtschaftlich starkes Deutschland ist aber die Zentripedalkraft, die die EU zusammenhält. Ruiniert sich Deutschland selbst, ruiniert Deutschland auch die EU. Die ost- und südeuropäischen Länder haben ohne dem wirtschaftlich starken Deutschland keine Motivation mehr, in der EU zu verbleiben. Man wird sich lieber, wie derzeit schon Ungarn, mehr und mehr an China orientieren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Mitteleuropa: Politische Themen *Seite 119*

Keine Berichte

01) Eine Alternative für Deutschland?

Von László Bogár

26. 09. 2021



Bildquelle: 2022plusz

Deutschland wählt. Was steht zur Wahl? Es gibt ein englisches Akronym, das ein weiblicher Spitzname sein könnte: TINA; es steht für There Is No Alternative.

Nun, für Deutschland gibt es auch keine Alternative, also hat der deutsche Wähler die freie Wahl zwischen dem oder demselben, als freier Mensch ist er frei zu tun, was er tun darf. Dies gilt umso mehr, als wir wissen, dass es eine Partei gibt, die ihren Namen sehr professionell gewählt hat, nämlich die AfD, die zumindest dem Namen nach eine Alternative für Deutschland bietet und damit signalisieren will, dass sie in der Lage sind, die grundlegenden Muster des politischen Raums zu verändern.

Aber wie sich in ihrem Fall herausstellte, ist die AfD eine unter Quarantäne gestellte, stigmatisierte Partei, die ungeachtet ihrer Leistungen nicht regierungsfähig ist. Andererseits ist ihr eher eklektisches, inkohärentes Programm ebenso wenig eine Alternative für Deutschland wie das der vorzeigbaren Parteien.

Es scheint auch sicher zu sein, dass es nicht nur keine Partei gibt, die eine absolute Mehrheit erringen kann, sondern dass es mit ziemlicher Sicherheit kein Ergebnis geben wird, bei dem eine Koalition aus zwei Parteien eine Mehrheit bilden kann, und dass mindestens drei, wahrscheinlich sogar vier Parteien erforderlich sein werden, um eine Regierung zu bilden. Die großen Parteien der Rechten (CDU-CSU) und der Linken (SPD) befinden sich beide auf einem historischen Tiefstand, was vor allem daran liegt, dass sie im

trendigen multikulturellen Sumpf versinken, wobei die Grünen und Die Linke als Verursacher des multikulturellen Chaos dargestellt werden. Alles zeigt Auflösungserscheinungen, ohne Chance und Hoffnung. Demografisch gesehen ist Deutschland im Grunde tot; es kann und will seinen Untergang nicht ändern.

Wie ist Europas führende Macht so weit gekommen? Das Germanentum war die tragende Säule des Deutsch-Römischen Reiches, der dominierenden Macht in Europa und des frühen Christentums. Aber für die „nicht existierende“ Kraft, die den modernen Westen konstruierte, war das wichtigste Hindernis eben dieses Konstrukt, das seine Sakralität beibehielt.

Nach langen Vorbereitungen, deren unmittelbarer Vorläufer die Reformation war, die tragischerweise entgegen ihren ursprünglichen Zielen das Deutsch-Römische Reich geistig zerlegte, löste sie den Dreißigjährigen Krieg aus, den verheerendsten Krieg in der Geschichte Europas. Hier wird die sakrale historische deutsche Nation zerstört. Es folgen zwei Jahrhunderte der „Bestrafung“, in denen die Niederländer, die Franzosen und dann die Briten für jeweils ein Jahrhundert zum Weltreich werden, während es für Deutschland ein Tabu bleibt.

Nach zwei Jahrhunderten als streng kontrollierter Nationalstaat wird das zweite deutsche Kaiserreich „zugelassen“, wird zur dynamischsten und mächtigsten Industriemacht der Welt, übertrifft sogar das britische Empire, zerstört in einem Blitzkrieg das französische Machtgefüge und glaubt, dass nun endlich der Moment gekommen ist, für hundert Jahre ein Weltreich zu werden, aber wie sich herausstellt, ist dies ein fataler Irrtum, denn der neue Kandidat, die Vereinigten Staaten von Amerika, ist bereits gefunden.

Das hat seine Logik, denn die USA hat einen viel größeren Raum und mehr Ressourcen als Europa und ist geopolitisch konkurrenzlos, ist perfekt zu verteidigen. Und weil das Zweite Deutsche Reich keine schönen Worte kennt, wird es in der ersten Phase eines weiteren 30-jährigen Krieges, des Ersten Weltkriegs, brutal zerschlagen. Es wird so rücksichtslos finanziell ausgeplündert und geistig gedemütigt, dass es einen Aufstand provoziert, der in Form des Dritten Reiches kommt.

Die „nicht existierende“ Weltmacht baut es auf, finanziert es, treibt es gegen die Sowjets, in der Hoffnung, dass der Krieg ihr gigantische Gewinne einbringt und beide Seiten ausreichend geschwächt werden, um „eingedämmt“ zu sein. Doch das Spiel nimmt eine brutalere Wendung als je zuvor: Hitler wendet sich gegen seine Marionettengegner, was zur Zerstörung des Dritten Reiches in der zweiten Phase des Dreißigjährigen Krieges führt.

Dies ermöglicht es den Herrschern der Welt, ein unwiderstehliches Angebot zur Schaffung eines „Vierten Deutschen Reiches“ zu machen. Sie können sich weiter bereichern, aber es gibt keine Vergangenheit, keine Geschichte, keine Kultur, sondern ein multikulturelles Gesöff, das in drei Generationen fast alles verzehren wird. Aber in den 1970er und 1980er Jahren hofft die neue Generation, dass die Bestrafung vorbei ist, weil sie im Rentenalter ist und vielleicht noch am Krieg teilgenommen hat.

Aber „gemachter“ Bürgerkrieg ist die bissige Antwort der Roten Armee Fraktion. Seitdem ist das gefügige Fünfte Reich entstanden, in dem nach der Auflösung der Sowjetunion die Wiedervereinigung Deutschlands möglich ist. Aber das ist nur Augenwischerei, denn das Fünfte Reich befindet sich bereits in der Endphase der Liquidation. EU-Angela ist keine gute Nachricht für die EU und Deutschland, sondern eine Abwicklungskommissarin während ihrer langen Amtszeit. Es stimmt, Merkel ist gezwungen, all das zu tun, weil sie es muss.

Ihre schwerste historische Sünde besteht darin, dass sie im Drama der Massenmigration nicht einmal die Frage aufwirft, ob man nicht statt zu importieren eine neue Generation in Deutschland „selbst produzieren“ könnte.

Bei dieser Wahl geht es einzig und allein darum, wer der gehorsamste Vertreter sein wird, um diese letzte (Konkurs-)Abwicklung zu vollziehen. Die zersplitterte politische Klasse und die noch zersplittertere Wählerschaft verstehen nicht einmal, geschweige denn, dass es sie interessiert, was mit ihr geschieht. Deutschland ist demographisch, geistig, moralisch und intellektuell am Ende.



Der Autor, László Bogár, ist Wirtschaftswissenschaftler.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ungarischer Geheimdienst: Migranten bereiten Bürgerkrieg in Deutschland vor (Update)

25. 09. 2021



László Földi · *Foto: Wikimedia CC 4.ß*

Während deutsche Politiker und Medien keine Gelegenheit auslassen, uns weiterhin die neue bunte Welt von Multikulti schmackhaft zu machen, warnt der ehemalige ungarische Geheimdienstchef Laszlo Földi im staatlichen ungarischen Fernsehen vor Zehntausenden Migranten, die – finanziert mit Ölgeld – einen Bürgerkrieg in Deutschland vorbereiten. Sie werden aus den sogenannten "NO-GO-Areas" heraus losschlagen und ihr Kampfgebiet sukzessive erweitern. Gleichzeitig werden islamische Parteien gegründet, die dann auch politisch die Macht in Deutschland übernehmen.

Quelle: Bitchute

Hier die wortgetreue deutsche Übersetzung des Videos:

Willkommen im Studio, Geheimdienstexperte László Földi. Guten Morgen. Gibt es jemanden in der Europäischen Union oder in Europa, der mir sagen kann, wie viele Einwanderer es auf dem Kontinent gibt, auf plus oder minus 200.000 gerundet?

Mein größeres Problem ist, ob sie mir sagen können, wer diese 1 Million Menschen sind. Mit anderen Worten: Die Situation ist in dieser Hinsicht absolut katastrophal. Und hier ist der Grund dafür. Wir haben oft gesagt, dass das Prinzip der offenen Grenzen, als unzählige Menschen ankamen – und wir können kurz zurückgehen – dass es vor anderthalb Jahren wirklich ein Tabuthema war, ob Terroristen oder Attentäter hätten kommen können. Sogar die öffentliche Meinung stand dem etwas skeptisch gegenüber, was nun eine Tatsache ist. Ich erinnere mich noch gut daran, wie einer der Fernsehmoderatoren es als Unsinn bezeichnete, dass die Terroristen mit Booten kommen und dabei ihr Leben riskieren, während sie auch mit dem Flugzeug kommen könnten… Das ist nicht das Problem. Sie könnten tatsächlich kommen. Das Problem ist, dass Tausende von muslimischen Soldaten eingetroffen sind. Es handelt sich also nicht um Terrorismus im klassischen Sinne des Wortes, sondern um eine Invasion, einen Angriff, bei dem zwei Ziele im Vordergrund stehen. Zum einen, um möglichst viele ausgebildete Menschen nach Europa zu schicken. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen der zweiten und dritten Generation, die in „No-go-Zonen" leben, wollen sich nicht integrieren. Sie sind potenzielle Mitglieder einer Armee.

Flüchtlinge, nennen wir sie jetzt Flüchtlinge, sind nach der Genfer Konvention von 1951 einer begründeten Verfolgung ausgesetzt, weil sie einer sozialen Gruppe aufgrund ihrer Rasse, Religion, ethnischen Zugehörigkeit, politischen Meinung usw. angehören. Dieser Flüchtling. Warum gehen diese Flüchtlinge nicht in die reichen Ölstaaten, wenn diese doch gleich nebenan liegen?

Es ist nicht nur der Teil der Strategie, der auf der Tagesordnung steht, nämlich dass Terroristen oder Attentäter nach Europa kommen, sondern auch eine andere Form der Besetzung Europas, eine friedliche Form. Die reichen Erdölländer lassen sie nicht ins Land, nicht nur, weil sie wissen, dass ein großer Teil von ihnen tatsächlich arbeitsunfähig ist, um es einmal so salopp auszudrücken, sondern auch, weil ihr Geld und sie selbst, wenn das Erdöl ausgeht, eine Massenbasis brauchen, um Parteien zu gründen. Diese Menschen werden für die islamischen Parteien stimmen, die in Europa entstehen und in die Parlamente einziehen werden, wodurch eine kritische Masse erreicht wird. Dazu passt die Möglichkeit, dass Europa seine potenziellen Wähler tatsächlich einlädt, denn niemand in den traditionellen europäischen Parteien von heute glaubt, dass die Menschen, die hierher kommen, in dem Moment, in dem diese Parteien gegründet werden – und es wird Geld dafür geben, denn die reichen Ölstaaten werden sie finanzieren -, eine andere Partei als den Islam wählen werden.

Das Motto der Europäischen Union lautet: Einheit in der Vielfalt Einheit in der Vielfalt. Diese Vielfalt, diese besondere „Vielfalt“, hat in den Köpfen der Gründungsväter, der Schumanns, wahrscheinlich nicht ganz das bedeutet, was heute in Europa passiert.

Dies gilt umso mehr, als sich die Struktur Europas meiner Meinung nach ethnisch verändern wird. Vielfalt bedeutete ungarisch und französisch, deutsch und russisch, aber nicht, dass in Europa auf religiöser Basis eine Welt praktisch nach der Scharia entstehen sollte. Das kann niemand ernst gemeint haben. Wenn aber die Situation so bleibt, wie sie ist, und Europa weiterhin einen inneren Krieg führt – denn das ist es, was wir sehen -, dann wird diese Scharia leider dazu führen, dass wir in anderthalb Jahren – ich will mich nicht irren – darüber reden, wie viele Bürgerkriegsherde in Europa entstanden sind. Denn das Problem mit den No-Go-Zonen ist nicht, dass man dort tagsüber oder sogar nachts nicht hingehen darf, sondern dass die jungen Leute, die ausgebildet, vorbereitet und bewaffnet sind – nennen wir sie muslimische Soldaten -, die No-Go-Zonen verlassen und in Richtungen gehen, in denen sie sich bisher nicht sonderlich angestrengt haben, und es wird zu Zusammenstößen kommen, weil die Menschen gezwungen sein werden, sich zu verteidigen, weil die Behörden nicht in der Lage sind, den Prozess nach der derzeitigen Logik zu steuern.

Was sind die möglichen Folgen der jüngsten Äußerungen des türkischen Botschafters bei der Europäischen Union, wonach das Abkommen zwischen der EU und der Türkei als gescheitert gilt, wenn die Türkei in diesem Monat und im Oktober nicht für 90 Tage von der Visumpflicht für Familienbesuche oder Tourismus befreit wird? Sie können getrost aufgeben.

Die Türken drohen sofort mit der Ausreise einer großen Zahl von Menschen und machen ihr Versprechen wahr. Wir sollten der Türkei auch damit drohen, dass wir sie aus der NATO werfen werden. Das Dilemma besteht darin, dass die Türkei nicht durch eine Vereinbarung zur Verteidigung Europas oder als NATO-Verbündeter, wenn Sie so wollen, gebunden ist. Aber nach dem NATO-Statut, weil es ein NATO-Mitglied ist!

Seine Armee ist wahrscheinlich sogar die zweitstärkste.

Das stimmt, sie machen zehn Prozent der Gesamtmenge aus, die USA 75, und die restlichen 15 Prozent sind alle anderen NATO-Länder, wie wir wissen. Ich möchte jedoch hinzufügen, dass wir wissen sollten, dass mehr als 51 Prozent von diesen 15 Prozent finanziert werden, während die europäischen NATO-Länder und Amerika und die Türken die restlichen 49 Prozent finanzieren. Auch hier ist es eine interessante Situation, in der die 15 Prozent ihre Rechte nicht wirklich durchsetzen können, zum Beispiel bei der Verteidigung Europas.

Was kann die Europäische Union in Bezug auf die Türkei tun? Hält sie die demokratischen Grundsätze ein oder beugt sie sich dem türkischen Druck? Denn sie befinden sich in einer hervorragenden Erpressungsposition.

Europa hat kein Gegengewicht zur Türkei. Der schwache Versuch, den Merkel hier unternommen hat, war also ein letzter Versuch. In diesem Sinne kann sie nicht verurteilt werden. Sie versuchte, sich damit zu verteidigen, aber das hat das Selbstwertgefühl der Türken sozusagen nur noch mehr gestärkt. Ich wiederhole, wenn den Türken mit dem Ausschluss aus der NATO gedroht würde, würde ihre Rolle in der Weltpolitik in diesem Moment verschwinden. Das tun wir im Moment nicht.

László Földi, ich danke Ihnen vielmals.

Ungarisches Original:

Köszöntöm a stúdióban Földi László titkosszolgálati szakértőt. Jó reggelt kívánok!. Van valaki vajon az Európai Unióban vagy Európában aki meg tudná mondani saccolni plusz mínusz 200 ezerre, hogy mennyi bevándorló van a kontinensen?

Nekem nagyobb problémám az, hogy meg tudják-e mondani, hogy 1 millió ember kicsoda? Azaz teljesen katasztrofális a helyzet ilyen szempontból. És ennek az oka. Sokszor elmondtuk, hogy a nyitott határok elve, amikor számolatlanul érkeztek emberek – és egy percre visszautalhatunk arra -, hogy egy-másfél évvel ezelőtt tényleg tabutémának számított, hogy esetleg terroristák vagy merénylők érkezhettek-e? Még a közvélemény is kicsit szkeptikus volt ebben a témában, ami ma már tényszerű. Én jól emlékszem, amikor az egyik televízió műsorvezetője butaságnak nevezte, hogy a terroristák a csónakokon jönnek, lélekvesztőn, kockáztatva az életüket, miközben jöhetnének repülőgépen is.. A probléma nem is ez. Valóban jöhetnének. A probléma az, hogy muszlim katonák ezrei érkeztek. Tehát nem terrorizmusról beszélünk a szónak klasszikus értelmében, hanem egy olyan invázióról, egy olyan támadásról amelyben két cél jelenik meg. Egyrészt minél több kiképzett embert beküldeni Európába Ezek nagy részének az a feladata, hogy az itt élőket beszervezzék. A „nem létező no go zónákban" élő másod- harmadgenerációs fiatalok több mint fele nem akar integrálódni. Ők egy potenciális hadsereg tagjai lehetnek.

Azok a menekültek, nevezzük most menekültnek, az 1951 es genfi konvenció alapján faji, vallási, etnikai meggyőződésű társadalmi csoporthoz tartozása, politikai vélemény megvallása miatt alaposan indokolható üldöztetésnek van kitéve. Ez a menekült. Ezek a menekültek miért nem a gazdag olajállamokba mennek, amikor ott vannak a szomszédban?

A stratégiának nem csak az a része jelenik meg, hogy terroristák vagy merénylők érkezzenek Európába, hanem Európa elfoglalásának egy másik formája, egy békés formája is napirenden van. Ez pedig az, hogy a gazdag olajországok nemcsak azért nem engedik be őket, mert tudják, hogy tulajdonképpen nagy részük munkára alkalmatlan hogy ilyen csúnyán fogalmazzak, hanem mert az Európába telepített pénzüknek és önmagukanak, is egy idő után, miután az olaj elfogy, szükségük lesz tömegbázisra hogy pártokat hozzanak létre. Ezek az emberek az iszlám pártokra fognak szavazni, amelyek létrejönnek Európában és amelyek a parlament tagjai lesznek, egy kritikus tömeget elérve. Ehhez nagyon jól jön az a lehetőség, hogy tulajdonképpen Európa behívja az ő potenciális szavazóikat, mert ne higgye senki a ma tradicionális európai pártok közül, hogy az ide érkezők abban a pillanatban, ahogy ezek a pártok megalakulnak – márpedig pénz lesz hozzá, hiszen a gazdag olajországok finanszírozni fogják – azok bármilyen más pártra szavaznak, mintsem az iszlámra.

Az Európai Unió mottója az hogy egység a sokszínűségben Unity in diversity. Ez a sokszínűség, ez a bizonyos „diversity" valószínű hogy az alapító atyák, Schumanék fejében nem egészen ezt jelentette, ami most zajlik Európában.

Annál inkább nem ezt jelentette – véleményem szerint – mert ugye át fog alakulni Európa struktúrája etnikailag. A sokszínűség azt jelentette, hogy magyar és francia, német és orosz, de nem jelentette azt, hogy vallási alapon gyakorlatilag a saría törvényeit követendő világ következik Európában. Ezt senki nem gondolhatta komolyan. Amennyiben viszont a helyzet marad az, ami és Európa belháborút folytat – mert ugye ezt látjuk – akkor ez a saría el fogja érni azt sajnálatos módon, hogy másfél év múlva – ne legyen igazam -, arról fogunk beszélgetni, hogy hány polgárháborús gócpont alakult ki Európában. Mert a no go zónáknak nem az a problémája, hogy nem szabad bemenni oda napközben vagy pláne éjszaka, hanem hogy az ott kiképzett, felkészített, fegyverrel felszerelt fiatalok, – hívjuk így: muszlim

katonák – kilépnek a no go zónákból és olyan irányokba indulnak el, ahol eddig nem nagyon törekedtek és ott összecsapások lesznek hiszen az emberek önvédelemre kényszerülnek, mert a hatóság nem fogja tudni kezelni a jelenlegi logika szerint a folyamatot.

Milyen következménye lehet annak, amit Törökország Európai Unió mellé akkreditált nagykövete mondott a napokban, hogy ha ebben a hónapban és októberben Törökország nem kapja meg az uniótól a vízummentességet a 90 napra szóló családlátogatási vagy turista céllal, akkor az Unió és Törökország közötti egyezményt halottnak vélik. Nyugodtan fölmondják.

Rögtön emberek tömege indul el, a törökök ezzel fenyegetőznek és be is váltják ezt az ígéretet. Nekünk is fenyegetőzni kellene Törökország irányába hogy akkor kirakjuk a NATO ból. Itt az a dilemma jelenik meg, hogy Törökország nem alku alapján köteles Európát védeni vagy mint NATO szövetségesét, ha így jobban tetszik. Hanem a NATO alapokmánya értelmében, hiszen NATO tag!

Sőt az ő hadserege talán a második legerősebb.

Így van, tíz százalékban képviseli az összeshez képest, az amerikai 75, a 15 százalék maradékot az összes többi NATO ország, mint tudjuk. Bár hozzá szeretném tenni hogy a finanszírozás szempontjából tudnunk kell hogy több mint 51 százalékát ez a 15 százalék finanszírozza, az európai NATO országok és Amerika és a törökök a maradék 49-et. Ez megint egy érdekes helyzet, miközben a 15 százalék nem tudja a jogait tulajdonképpen érvényesíteni, például Európa védelmében.

Mit tehet az Európai Unió Törökországgal szemben? Föladja a demokratikuselveket vagy enged a török nyomásnak? Mert kiváló zsarolási pozícióban vannak.

Európának nincs ellenszere Törökországgal szemben. Tehát itt az a gyenge kísérlet amit Merkel megpróbált, az egy utolsó próbálkozás volt. Ilyen értelemben nem is lehet őt elítélni. Megpróbált védekezni ezzel, de ez csak elmélyítette a törökök önbecsülését, hogy így fogalmazzak Egy módon lehetne megállítani ezt a teljesen abnormális és elképzelhetetlen helyzetet. Még egyszer mondom, ha a törököket azzal fenyegetnénk, hogy a NATO- ból kirakják és abban a pillanatban világpolitikai szerepük eltűnne. Jelen pillanatban ezt nem tesszük meg.

Földi László, köszönöm szépen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ungarischer Geheimdienst: Migranten bereiten Bürgerkrieg in Deutschland vor

20. 09. 2021



László Földi · *Foto: Wikimedia CC 4.ß*

Während deutsche Politiker und Medien keine Gelegenheit auslassen, uns weiterhin die neue bunte Welt von Multikulti schmackhaft zu machen, warnt der ehemalige ungarische Geheimdienstchef Laszlo Földi im staatlichen ungarischen Fernsehen vor Zehntausenden Migranten, die – finanziert mit Ölgeld – einen Bürgerkrieg in Deutschland vorbereiten. Sie werden aus den sogenannten “NO-GO-Areas“ heraus losschlagen und ihr Kampfgebiet sukzessive erweitern. Gleichzeitig werden islamische Parteien gegründet, die dann auch politisch die Macht in Deutschland übernehmen.

https://unser-mitteleuropa.com/ungarischer-geheimdienst-migranten-bereiten-buergerkrieg-in-deutschland-vor/

Quelle: Bitchute

Hier noch einige Stimmen aus Deutschland, die uns die Grundeinstellung dieser hochrangigen muslimischen Persönlichkeiten zur Demokratie und zum Herrschaftsanspruch des Islam erklären. Diese Leute üben gewiss einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Gläubigen ihrer Religion aus:


Ibrahim El-Zayat
Präsident der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland
Quelle: Artikel im islamischen Jugendmagazin „TNT", 1/1996
„Deutschland ist unser Land, und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und es der islamischen Umma zur Verfügung stellen."
BPE
PAX EUROPA


Nadeem Elyas
1995-2006 Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland
Quelle: 2.6.2000 beim Deutschen Katholikentag in Hamburg
„Der säkulare Rechtsstaat gilt solange, wie Muslime in der Minderheit sind."
BPE
PAX EUROPA



Und hier eine Wortspende aus Bosnien, dem europäischen Land, wo der Islam am weitesten fortgeschritten ist. Nicht zu unterschätzen ist ebenfalls, dass auch seine Landsleute ihre religiöse Weltanschauung zu uns mitbringen, nachdem sie ihre Heimat verließen um hier ein besseres Leben zu führen:



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Berlin: „Marsch für das Leben“

19. 09. 2021



Bildquelle: PP

Bei Rot-Rot-Grün droht die Abtreibung bis zum Zeitpunkt der Geburt

Am Samstag, 18.9. fand in Berlin der »Marsch für das Leben« statt, einer Stadt, in der inzwischen jedes vierte Kind abgetrieben wird. Die »Christdemokraten« haben das Recht auf Leben komplett aus ihrem Wahlprogramm gestrichen, rot-rot-grün fordert das Recht auf Abtreibung bis zum Zeitpunkt der Geburt.

Von Richard Abelson

»Schwangerschaftsabbrüche müssen straffrei sein. Immer. Und ja, sie müssen auch im dritten Trimester noch möglich sein«, so die Grünen-Politikerin Laura Sophie Dornheim am 23. Februar auf Twitter. Das heißt das »Recht« bis zur 40. Schwangerschaftswoche und darüber hinaus voll ausgewachsene Babys töten zu dürfen.

Bei der Spätabtreibung sind die Föten zu groß für eine Absaugung oder chemische Abtreibung. Der lebende Fötus wird teils mit der Zange an den Beinen aus der Gebärmutter gezogen, der Schädel zerquetscht und das Gehirn mit einer Kanüle abgesaugt. Alternativ wird das Kind mit einer Spritze vergiftet und eine Totgeburt oder Kaiserschnitt vorgenommen. Teils müssen die Arme und Beine der Föten seziert werden. Die Prozedur dauert üblicherweise bis zu drei Tage.

Dr. Anthony Levatino unternahm 1200 Abtreibungen, ehe er zum Lebensrechts-Aktivisten wurde. Hier schildert er die grausame Prozedur der Spätabtreibung auf Englisch (ACHTUNG! Nicht für Kinder geeignet):

https://www.youtube.com/watch?v=jgw4X7Dw_3k

Die Justizministerin der ersten rot-grünen Bundesregierung, Herta Däubler-Gmelin (SPD), nannte Spätabtreibungen im März 1999 »grauenvoll«. Man müsse sie »unterbinden, schlichtweg unterbinden, wenn die Gesundheit der Mutter nicht gefährdet ist«. »Selbst hartgesottene Geister packt das Entsetzen«, schrieb Stephan Rehder über Spätabtreibungen in der *Tagespost* am 8. Mai 1999.

In Deutschland gilt (noch) die 12-Wochen-Fristenregelung, in Fällen von Vergewaltigung oder der »Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes« der Mutter auch die 22-Wochen-Frist oder länger.

Diese Fristenlösung wollen Linke, Grüne und SPD nun abschaffen. Wenn es nach der Linken geht, soll es ein »Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft« geben. »Das heißt nicht, dass Schwangerschaftsabbrüche und deren Nachsorge überhaupt nicht mehr gesetzlich geregelt werden sollen. Sie sollen aber als das geregelt werden, was sie sind: ein medizinischer Eingriff, der zur gesundheitlichen Versorgung gehört«, so Cornelia Möhring, frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Auch die Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm eine »Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kostenübernahme« durch den Staat: »Alle Menschen, auch Mädchen und Frauen, sollen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.«

Die SPD schlägt in die gleiche Kerbe und stellt »in Hinblick auf die Paragraphen 218 ff. fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.«

Die Linke, die Linksjugend, die SPD, die Jusos, Bündnis90/Die Grünen LAG Frauen und Gender, die Heinrich Böll Stiftung und die Grüne Jugend unterstützen den Aufruf »Weg mit 218«, die die Tötung von Babys bis zur Entbindung legalisieren will.

Im Wahlprogramm von CSU/CDU ist zwar von einer vom »christlichen Menschenbild geleitete Politik« die Rede, Schwangerschaft, Abtreibung und Recht auf Leben werden jedoch gar nicht erwähnt.

Einzig die AfD fordert eine »Willkommenskultur für Kinder«. »Die Entscheidung über eine Abtreibung muss natürlich bei der Mutter bzw. bei den Eltern liegen, dennoch lehnen wir alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären,« heißt es im Wahlprogramm.

»Die Grenzen des Machbaren haben sich da in den letzten Jahrzehnten stark verschoben«, warnt der Kölner Kardinal Woelki im Grußwort zum Marsch für das Leben. »Die Grenzen des Machbaren und die Grenzen des Ethischen sind aber nicht immer deckungsgleich. Am Ende darf der Wunsch nach Leben eben nicht dem Tod dienen.«

»Jedes Kind ist ein Geschenk Gottes!« schreiben die Bundessprecher der Christen in der AfD Joachim Kuhs und Ulrich Oehme in ihrem Grußwort zum Marsch für das Leben:

»Gemeinsam verteidigen wir die Würde und die Heiligkeit menschlichen Lebens. Wenn wir ein ungeborenes Kind sehen, seine Hände, Füße, sein Gesicht, erahnen wir Gottes Größe und Erhabenheit. Wenn wir ein neugeborenes Kind in unseren Händen halten, können wir die Liebe Gottes ansatzweise erahnen. Wenn wir Kinder aufwachsen sehen, werden wir wieder ein Stück weit wie Kinder und dürfen uns an den kleinen Dingen des Lebens freuen.«

Der Film »Unplanned« erzählt die wahre Geschichte von Abby Johnson, die acht Jahre Leiterin einer Abtreibungsklinik war und dann aber zur überzeugten Abtreibungsgegnerin wurde. Als Studentin engagierte sich Abby ehrenamtlich bei *Planned Parenthood*, wurde sogar »Mitarbeiterin des Jahres«. Doch ihr Leben änderte sich, als Abby zum ersten Mal bei einer Abtreibung assistieren musste.

https://www.youtube.com/watch?v=zysgAlJyrbY

Dieser Beitrag erschien zuerst bei PHILOSOPHIA PERNENNIS, unserem Partner in der EIROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION,

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Ursula Stenzel: Merkel – die Bilanz

17. 09. 2021



Ursula Stenzel
(Foto: Franz Johann Morgenbesser / Wikimedia CC 2.0)

Von URSULA STENZEL | Zehn Tage vor der deutschen Bundestagswahl steht nur eines fest: Nix ist fix. Seit Wochen schreiben die deutschen Medien den Spitzenkandidaten der Unionsparteien, Armin Laschet, nieder und die Meinungsumfragen prognostizieren ihm einen Absturz, während sie Olaf Scholz von der SPD im Aufwind sehen und der angeschlagenen Annalena Baerbock immer noch ein respektables Ergebnis voraussagen, auch wenn sie im Rennen um die Kanzlerschaft eigentlich keine Rolle mehr spielt, eigentlich nie wirklich eine Rolle gespielt hat und aus einem Triell in der Schlussrunde nun doch ein Duell wird. Aber Grün ist in und Frau ist in. Das hält sie am medialen Leben.

Schwierges Erbe

Zugegeben der Start von Armin Laschet war holprig und sein medial genüsslich zelebriertes und hochstilisiertes Lachen bei der Hochwasserkatastrophe hat ihm nicht genützt. Aber wollen die Deutschen wirklich eine GROKO, eine große Koalition unter umgekehrten Vorzeichen, wollen sie wirklich einen Linksruck womöglich in einer Dreierkoaliton SPD, Linke und Grüne? Ich wage dies zu bezweifeln. Aber lassen wir die Unwägbarkeiten dieser Wahl einmal beiseite. Fest steht, dass Angela Merkel nach 16 Jahren Kanzlerschaft der CDU/CSU ein schwieriges Erbe hinterlassen hat. In ihre Kanzlerschaft fielen die Finanzkrise, die Migrationskrise und zum Schluss die Corona-Krise.

Deutschlands starke Position heruntergespielt

Die Finanzkrise hat sie, vor allem solange Wolfgang Schäuble ihr Finanzminister war, so halbwegs bestanden. Sie bestand nämlich damals noch auf der Beibehaltung der Maastricht-Kriterien, also der Einbremsung der Gesamt- und der Neuverschuldung. Dass sie damals vor allem in den griechischen Medien als „hässliche Deutsche“ mit Hitlerbärtchen auf die Titelseiten kam, machte ihr schwer zu schaffen. Wie man überhaupt beobachten kann, dass sie die Rolle der dominanten Deutschen, die den anderen EU Mitgliedern schon rein aufgund ihrer Größe und wirtschaftlichen Potenz wegen den Willen aufzwingen kann, tunlichst vermied. So verzichtete sie darauf, einen Deutschen zum Chef der EZB, der europäischen Zentralbank zu machen. Nach einem Italiener wurde es eine Französin, sie schaute so billig wie möglich in Fragen der Verteidigungsausgaben wegzukommen, dass sie ausgerechnet Annegret Kramp-Karenbauer zur Verteidigungsministerin machte und stattdessen Ursula von der Leyen mit dem Posten einer Kommissionsprädentin absicherte, fällt in dieses Kapitel.

Frustration in der eigenen Wählerschaft

Die Personalie von der Leyen war allerdings nicht nur ein Abschieben, sie war auch der Garant dafür, dass ihr während ihrer Kanzlerschaft die Politik in der EU nicht entglitt. Merkel war, wenn man so will, eine Balancekünstlerin. Markenzeichen: Unaufgeregtheit. Sie vermied starke Ansagen, sie vermied es in Bundesländerrechte einzugreifen. Das tat sie nur einmal, als in Thüringen die AfD fast in eine Koalitionsregierung mit der CDU kam, da mischte sie sich ein und erzwang Neuwahlen. Dabei war sie es, die den wertkonservativen Kern der CDU aushöhlte und die CDU nach links verschob. Dies schwächte den Koalitionspartner SPD, ließ aber viel Raum für Frustration in der eigenen Wählerschaft und machte erst Platz für eine Partei rechts von der Mitte, die AfD. Dass rechts von ihr kein Platz sein sollte, dieser Leitspruch von dem einstigen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, lag ihr fern.

Vorwurf: Witschaftsfeindliches Verhalten

Mit Donald Trump konnte sie nicht viel anfangen, der war ihr zu populistisch und zu USA zentriert, aber auch unter Biden hielt sie an North-Stream 2 fest, der Erdgaspipeline unter der Ostsee für russisches Erdgas, zum Missfallen der USA ebenso wie zur Sorge der Ukraine. Dass sie, die als Kind in einem Pastorenhaushalt in der ehemaligen DDR aufwuchs und besser Russisch als Englisch spricht, sorgte auch während ihrer Amtszeit für Misstrauen. Mit der von ihr betriebenen Energiewende hat sie ebenfalls Kritik heraufbeschworen. Denn sie machte sie erstens Anlass bezogen, nach dem Atomunfall von Fukushima, und zweitens gleichzeitig: sowohl den Kohle, als auch den Atomausstieg. Der Chef der deutschen Industriellenvereinigung warf ihr deshalb auch wirtschaftsfeindliches Verhalten vor.

Viele offene Fragen

Ihre umstrittenste Politik war aber die Migrationspolitik. Mit ihrem zufälligen oder sogar bewussten Ausspruch „Wir schaffen das“ hat sie die Migrationswelle erst richtig ausgelöst, mit all ihren Folgen für den sozialen Zusammenhalt und den damit verbundenen kulturellen Sprengstoff. Nach allem, was man von Armin Laschet gehört hat, könnte er für eine Neuauflage der Merkelschen Politik stehen, vielleicht wollen die deutschen Wähler trotz aller Negativprognosen für Laschet genau das. Der Rest wird zur AfD flüchten oder erst gar nicht wählen. Viele offene Fragen also und keine günstige Ausgangslage für den Nachfolger Angela Merkels.

Zur Autorin:
Ursula Stenzel war von 1972 bis 1995 ORF Auslandsredakteurin, vielen Zuschauern der Zeit im Bild als Moderatorin bekannt, von 1996 bis 2005 Abgeordnete zum Europaparlament und Leiterin der ÖVP Delegation, von 2005 bis 2015 Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks in Wien, von 2015 bis 2020 Stadträtin für die FPÖ im Wiener Rathaus. Da sie nun unabhängig und parteiungebunden schreiben will, ist sie aus der Freiheitlichen Partei ausgetreten, der sie aber nach wie vor nahe steht. Stenzel schreibt regelmäßig auf ihren Blog *ursula-stenzel.at*.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Antirassismus-Wahn: Nun werden sogar weltberühmte Kunstwerke umbenannt

16. 09. 2021



Auch das Kunstwerk „Mohr mit Smaragden“ wurde nun umbenannt

DRESDEN – Rassistisch und diskriminierend – das sind laut den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) viele Titel von Gemälden und Skulpturen. Deshalb haben sie bisher 143 Werke umbenannt und ernten dafür Zustimmung, aber auch Kritik, berichtet *mdr.de*.

Dass Begriffe wie „Mohr“ und „Zigeuner“ von den Kunstwerken getilgt werden müssen, versteht sich in dieser moraltriefenden Gesellschaft von selbst, jedoch wurden auch Titeln korrigiert, bei den es viele Leute für nicht nötig gehalten hätten. So wird zum Beispiel aus „Hund, Zwerg und Knabe“ – „Hund, kleinwüchsiger Mann und Junge“.

Diskriminierend?

Marion Ackermann, die Generaldirektorin der Sammlungen verteidigt das Vorgehen bei MDR AKTUELL. In bestimmten Zusammenhängen wirkten die Titel diskriminierend oder müssten erläutert werden. Das sei „übliche Museumsarbeit“. Hier eine kleine Auswahl der Entdiskriminierung:

URSPRÜNGLICHER TITEL	NEUER TITEL
Hund, Zwerg und Knabe	Hund, kleinwüchsiger Mann und Junge
Landschaft mit mohammedanischen Pilgern	Landschaft mit betenden Muslimen
Zigeunermadonna	Madonna mit stehendem Kind
Baumhütte eines Eingeborenen	Baumhütte
Portrait eines dunkelhäutigen Sklaven	Portrait eines Sklaven
Afrikanischer Krieger, den Bogen schwingend	Ein Krieger, den Bogen schwingend
Indische Eingeborene mit Haustieren	Menschen mit Haustieren
Eingeborener mit Maske	Mann mit Maske
Die Zigeunerin	Frau mit Kopftuch

Was an „Afrikanern“ oder „Indern“ diskriminierend sein soll, ist für Leute, die noch geradeausdenken können mit Sicherheit nicht nachvollziehbar. Das ist nur so zu erklären, dass die Tugendwächter sich unbewusst einer Herrenrasse zugehörig fühlen, was sie durch solche Aktionen abschütteln wollen. Oder sie unterstellen, dass sich andere Ethnien eigentlich minderwertig vorkommen müssten und das wolle man sie nicht spüren lassen. Oder es waltet nur mehr der Irrsinn ob.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ö s t e r r e i c h

07) „Stalingraz“: Österreichs zweitgrößte Stadt wird künftig von Kommunisten regiert

27. 09. 2021



Haeferl/Wikimedia (CC BY-SA 3.0)

In Österreichs zweitgrößter Stadt, Graz (knapp 300.000 Einwohner), gab es am Wahlsonntag ein politisches Erdbeben. Denn die Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt der Steiermark gewannen die traditionell starken Kommunisten mit ihrer Partei KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs). Die regierende ÖVP wurde mit herben Verlusten auf den zweiten Platz verwiesen und muss nun das Bürgermeisteramt an die 59-jährige Kommunistin Elke Kahr abtreten. Die KPÖ kam fast auf 29 Prozent der Stimmen.
Graz droht links-linke Koalition

Nun droht der Stadt eine ultralinke Koalition aus KPÖ, SPÖ und den Grünen (die ebenso stark zulegten), das signalisierten die Kommunisten bereits. Bisher regierte die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ in einer Koalition. Letztere musste ebenfalls Verluste einstecken, mit Minus 5 Prozent jedoch weit weniger als die ÖVP.

Das Wahlprogramm der Kommunisten setzt seit Jahren auf leistbares Wohnen als Aufhänger nach Außen (neben der unbegrenzten Aufnahme illegaler Migranten, siehe Beitragsbild einer Pro-Flüchtlingsdemo). Zudem spenden die Mandatare der Partei 2/3 ihres Gehaltes an Bedürfte und das schon seit dem Jahr 1998. Das dürfte den meisten Grazern genügt haben, um ihre Stimme nun einer kommunistischen Partei zu geben, deren Historie – ganz abgesehen vom Gedankengut – in Österreich mehr als umstritten ist.

Kommunisten in Steiermark seit Jahrzehnten stark

Die Kommunisten in Österreich blicken auf eine lange und fragwürdige Vergangenheit zurück. In der Ersten Republik plante man noch eine bewaffnete und blutige Revolution in Österreich nach dem Vorbild der Bolschewiken in Russland und der Münchner Räterepublik, da man den Zwergstaat als überlebensunfähig ansah (auch ein Anschluss an Deutschland wurde gemeinsam mit den Sozialisten kurz befürwortet). Ausgangspunkt der Planungen damals vor allem die Steiermark, als traditionell stark von Arbeitern geprägtes Bundesland. Die Umsturzversuche, die Unterstützung von bewaffneten Arbeiteraufständen und eine antizipierte Angliederung an die Sowjetunion konnten letztlich verhindert werden, vor allem durch den heute vielfach gescholtenen Bundeskanzler des damaligen Ständestaates, Engelbert Dollfuß.

Auf Druck der Sowjetunion wurden die Kommunisten in Form der KPÖ jedoch nach dem zweiten Weltkrieg ein erzwungenermaßen fester Bestandteil der politischen Landschaft Österreichs. Und nicht nur das: sie verfügen seit dem über eines der größten Geldvermögen aller Parteien im Land. Nun scheinen sie, zumindest in Graz, am Ziel ihrer Bestrebungen. Wer weiß, wohin die Reise der Austro-Kommunisten noch geht, wenn es in anderen Bundesländern und bundesweit Wahlen zu schlagen gilt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Watschen für die ÖVP von Links & Rechts

27. 09. 2021



Der historische Uhrturm von Graz. *Bild: flickr, (CC BY 2.0)*

Bei den Wahlen in Graz und Oberösterreich hat die Volkspartei links und rechts eine „Watsch'n" bekommen, wie man dort umgsangsprachlich zu sagen pflegt.

In Graz haben die Türkisen eine schallende Ohrfeige von Links bekommen: Ausgerechnet von den Kommunisten wurde die ÖVP in Österreichs zweitgrößter Stadt aus dem Rennen geworfen. Die KPÖ wurde mit rd. 29% bei der gestrigen Gemeinderatswahl stärkste Partei und wird nun erstmals eine Kommunistische Bürgermeisterin stellen. ÖVP's bisheriger Langzeit-Bürgermeister Siegfried Nagl hat nach 18 Jahren im Amt und der schweren Niederlage (- 12%) bereits seinen Rücktritt erklärt.

Als Partei der „kleinen Leute" und diversen Linken positioniert, konnte die KPÖ, deren Funktionäre einen Teil ihres Einkommens an Bedürftige spenden, wohl besonders bei den vielen Grazer Studenten punkten.

In Oberösterreich konnte die ÖVP zwar ihren Spitzenplatz behalten, der Einzug der MFG-Impfskeptiker in den Landtag sollte ihr aber zu denken geben. Die Newcomer-Partei MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte) konnte aus dem Stand mehr als 6% der Stimmen holen.

Zwar ist die Backpfeife für die ÖVP in Oberösterreich von rechts weniger klatschend wie der linke Haken in der Steiermark, die fehlende Zustimmung zur Impf-Politik der Türkisen ist aber auch dort deutlich sichtbar: Die Plätze 2 (FPÖ) und 5 (MFG) gehen an die Gegner der Corona-Politik, die zusammen immerhin 26% der Stimmen erhielten und damit den klaren zweiten Platz belegen.

Auch die um 6% geringere Wahlbeteiligung von nur 76% (gegenüber 82% von 2015) zeigt eine gewisse Unzufriedenheit der Oberösterreicher, die aber wohl eher an die Bundespolitik gerichtet sein dürfte.

Mit der regionalen Arbeit der schwarz/türkis-blauen Koalition scheinen die Wähler des bevölkerungsmäßig drittgrößten Bundeslandes durchaus zufrieden zu sein, wie auch die Wählerstromanalyse zeigt. Damit dürfte einer weiteren Zusammenarbeit der oberösterreichischen ÖVP unter Landeshauptmann Thomas Stelzer und Manfred Haimbuchner (FPÖ-Landeshauptmann-Stv.) in OÖ nichts mehr im Wege stehen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) In Wien gegen die Aufnahme von Afghanen – in Brüssel dafür

18. 09. 2021



Sebastian Kurz verstand es, vor seiner Kanzlerschaft den Österreichern das Gefühl zu vermitteln, er sei ein Patriot, der die Interessen der heimischen Bürger vertritt und keine Marionette übergeordneter Kräfte. Viele Wähler gingen den von einem ganzen Stab erfahrenere Strategen aufgebauten jungen Strahlemann auf dem Leim und Kurz wurde zum Retter der ÖVP und Kanzler. Inzwischen ist es keine leichte Aufgabe für ihn und sein Team, einen Spagat zwischen Versprechungen im Inland und den Vorgaben internationaler Funktionseliten zu vollziehen. In unserer neuen Serie wollen wir uns mit dem Mann beschäftigen, gegen den der Baron Münchhausen eine geradezu ehrliche Haut ist.

Lügen habe Kurz(e) Beine | Teil 1

ÖVP stimmt im EU-Parlament für weitere Aufnahme von Afghanen

Während der ÖVP-Kanzler den Österreichern erklärt, er wolle keine Afghanen nach Österreich aufnehmen, stimmten seine Europaabgeordneten in einer Resolution dafür!

WIEN/BRÜSSEL – Als „doppeltes Spiel“ bezeichnete am Donnerstag (16.09) der freiheitliche Delegationsleiter im Europäischen Parlament, Harald Vilimsky, die Migrationspolitik der ÖVP. „Es ist immer dasselbe: Während ÖVP-Kanzler Kurz den Österreichern mit seiner angeblich harten Migrationspolitik Sand in die Augen streut, stimmten alle seine EU-Abgeordneten konträr zu diesen Aussagen“, kritisierte Vilimsky.

Demnach stimmten der in dieser Woche verabschiedeten Entschließung zur Lage in Afghanistan alle Europaabgeordneten der ÖVP zu. Diese fordert unter anderem die Neuansiedlung von afghanischen Flüchtlingen, die Einführung eines Verteilungsmechanismus, die Ausstellung humanitärer Visa, den Stopp aller Rückführungen und die Neubewertung aller negativen Asylbescheide. So sollen laut der Entschließung die Mitgliedsstaaten eine „koordinierte europäische Anstrengungen für eine humane Asylpolitik unternehmen, bei der die EU ihrer moralischen Verantwortung für Aufnahme und Integration gerecht wird".

Für den FPÖ-Delegationsleiter ist dieser Wortlaut eine Anlehnung an die Migrationskrise im Jahr 2015:

„Wir haben in den vergangenen Wochen unter anderem erlebt, dass bereits vorbestrafte Afghanen und solche, deren Asylanträge zuvor abgelehnt worden waren, den planlosen Evakuierungsprozess am Flughafen Kabul ausgenutzt und es geschafft haben, in die Mitgliedsstaaten zu gelangen", betonte Vilimsky.

Durch eine „Willkommenspolitik 2.0", so wie es die Entschließung fordert, werde sich die Lage dramatisch verschlechtern. „Für mich ist es daher nicht nachvollziehbar, wieso die ÖVP, die den Menschen vorgaukelt, eine harte Asylpolitik zu fahren, für solch eine Entschließung stimmt", so der freiheitliche EU-Abgeordnete.

Für Vilimsky steht weiterhin fest, dass die einzige konsequente Partei für eine harten Asyl- und Migrationspolitik die FPÖ ist. „Wir werden weiterhin unsere Linie treu bleiben und den Ansätzen einer ‚No-Way'-Politik folgen", betonte Vilimsky in einer Aussendung.

Lesen Sie dazu auch unseren Artikel von heute: EU-Parlament sieht in der Aufnahme von Afghanen eine „moralische Verantwortung"

Hier noch ein älteres Video für unsere internationalen Leser zum bessern „Kennenlernen" des jungen Kanzlers:

https://www.youtube.com/watch?v=mrJx_4dX4vc

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S c h w e i z

10) Schweiz: SVP fordert eine grundlegende Neudefinition des Asylbegriffs

21. 09. 2021



Bildquelle: LesObs

Schweiz – Angesichts der drohenden Einwanderungswelle aus Afghanistan hat die SVP-Fraktion eine Dringlichkeitsdebatte über Asyl und Zuwanderung in der laufenden Herbstsession gefordert. Zur Vorbereitung dieser Debatte, die nächste Woche stattfinden wird, hat die (Schweizerische Volkspartei) SVP zwei dringliche Interpellationen eingereicht. Sie will insbesondere wissen, ob der Bundesrat bereit ist, das Schweizer Asylgesetz so zu ändern, dass es sich ausschliesslich auf Krisen in Nachbarländern konzentriert.

Die durch die Personenfreizügigkeit und das Asylwesen ausgelöste massive Zuwanderung geht ungebremst weiter. Besonders schockierend ist, dass das Schweizer Recht allgemeine und gruppierte Zulassungen vorsieht. Ablehnende Bescheide bedeuten nicht zwangsläufig, dass abgelehnte Asylbewerber die Schweiz verlassen müssen. Angesichts der bevorstehenden Welle von afghanischen Asylbewerbern fordert die SVP in der aktuellen Debatte Antworten auf Fragen zu Asyl und Zuwanderung. Zu diesem Zweck hat sie zwei Interpellationen eingereicht: 21.4002 „Paradigmenwechsel in der Asylpolitik aufgrund der bevorstehenden Migrationswelle aus Afghanistan“ und 21.4005 „Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat zur Umsetzung von Artikel 121a der Bundesverfassung?

Artikel 121a der Bundesverfassung legt fest, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern selbständig steuert. Dieser Artikel, der seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in der Verfassung verankert ist, ist bis heute nicht umgesetzt worden. Mit der Interpellation 21.4002 schlägt die SVP-Fraktion unter anderem vor, das geltende allgemeine Asylgesetz durch ein neues Gesetz für Krisensituationen in Nachbarländern zu ersetzen.

Quelle: SVP/UDC

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 20. bis 26. September 2021

27. 09. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sprach am Montag, den 20. September, im Budapester Parlament über die Bedeutung von Impfungen im Kampf gegen die Coronavirus-Epidemie: „Dank des Erfolgs des Impfprogramms hatten wir wieder einen freien Sommer. Wir hatten eines der schnellsten Impfprogramme in Europa und der Welt. So konnten wir die Beschränkungen früher als andere aufheben und die Wirtschaft wieder in Gang bringen. Die Impfquote für Covid (2 Dosen) stagniert in Ungarn seit Juli (57,0 % am 18. Juli) bei 57,6 % der Allgemeinbevölkerung. Seit Anfang Juli ist das Tragen einer Maske nur noch in Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen Pflicht. Für Veranstaltungen mit mehr als 500 Personen ist ein Gesundheitspass erforderlich.
- In seiner Eröffnungsrede auf dem 4. Demografiegipfel am Donnerstag, 23. September, in Budapest hielt der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán ein Plädoyer für die Familie und die Kinder in der Gesellschaft. Staats- und Regierungschefs mehrerer mitteleuropäischer Länder (Tschechische Republik, Serbien, Republika Serbska, …) waren ebenso anwesend wie der französische Publizist und Polemiker Éric Zemmour oder Marion Maréchal.
- Bei den Vorwahlen der ungarischen Opposition zur Nominierung gemeinsamer Kandidaten für die bevorstehenden Parlamentswahlen kam es am Samstag, den 18. September, zu einigen IT-Ausfällen, die wahrscheinlich auf einen Cyberangriff auf das Computersystem zurückzuführen sind.

Polen

- Die seit mehreren Wochen andauernde Migrationskrise an der polnisch-weißrussischen Grenze hat eine tragische Wendung genommen, als am Sonntag, dem 19. September, die Leichen von vier Migranten entdeckt wurden, die wahrscheinlich erfroren waren – drei auf der polnischen Seite und einer auf der weißrussischen Seite der Grenze. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki reagierte: „Die Behörden und die Staatsanwaltschaft arbeiten vor Ort daran, die Umstände dieses tragischen Ereignisses aufzuklären. Es ist notwendig, einen möglichen Zusammenhang zwischen diesen dramatischen Ereignissen und den früheren provokanten Aktionen von Weißrussland an unserer Ostgrenze zu untersuchen.
- Die polnische Meinung zum Thema Einwanderung wurde durch diese Ereignisse jedoch nicht erschüttert, wie eine am Dienstag, den 21. September, von der konservativen Zeitschrift Do Rzeczy zitierte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pollster zeigt, wonach 72 % der Polen die Migranten, die sich derzeit an der weißrussischen Grenze tummeln, nicht ins Land lassen wollen.
- Weißrussland gießt seinerseits Öl ins Feuer. Wie der polnische Innenminister Mariusz Kamiński am Dienstag, den 21. September, erklärte, haben die weißrussischen Behörden in der vergangenen Woche beschlossen, den visafreien Reiseverkehr mit Ländern wie Pakistan, Jordanien, Ägypten und Südafrika zu aktivieren, und Grodno ist zu einem internationalen Flughafen geworden. Polen befürchtet daher, dass Zehn- oder gar Hunderttausende von Migranten die Grenze überrennen werden, wie es 2015 an der serbisch-ungarischen Grenze der Fall war.
- Der Abgeordnete Patryk Jaki (Solidarna Polska) präsentierte der Presse am 21. September „die erste vollständige Aufstellung der Gewinne und Verluste […], die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergeben“. Ihren Schätzungen zufolge hat das Land bis zu 981 Milliarden Zloty (213 Milliarden Euro) verloren und nur 593 Milliarden Zloty (129 Milliarden Euro) zurückerhalten. Die Tageszeitung Rzeczpospolita verweist auf Analysen der Polnischen Nationalbank, die zeigen, dass die Bilanz seit 2013 einen Überschuss zugunsten Polens aufweist, und ist der Meinung, dass der Jaki-Bericht einige wichtige Faktoren außer Acht lässt, wie etwa die Investitionen ausländischer Unternehmen in Polen oder die gezahlten Löhne. Logischerweise zieht die Rzeczpospolita auch ganz andere Schlüsse.
- Der Marschall von Kleinpolen, Witold Kozłowski, kündigte am Mittwoch, den 22. September, an, dass der Landtag dieser südpolnischen Woiwodschaft (Region Krakau) die Aufhebung des Beschlusses vorbereite, der die Region für frei von LBGT-Ideologie erklärt, weil die Europäische Union in dieser Frage Subventionen erpresst. Am 24. September gab der Landtag der benachbarten Woiwodschaft Heiligkreuz (Świętokrzyskie) bekannt, dass er dafür gestimmt hat. Damit hat sich die Zahl der polnischen Regionen, die sich aus Angst vor dem Verlust finanziell bedeutender EU-Fördermittel in dieser Frage zurückhalten, auf zwei erhöht. In der Erklärung hatten die Vertreter der Woiwodschaft ihre „tiefe Missbilligung und Ablehnung der Versuche zum Ausdruck gebracht, die von liberalen sozialen und politischen Bewegungen vertretene LGBT-Ideologie zu fördern. Diese Versuche stehen [eindeutig] im Widerspruch zum kulturellen Erbe und den säkularen christlichen Traditionen unserer Region, Polens und Europas. Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska) forderte seinerseits die Regionalräte in der Woiwodschaft Łódź auf, ihren Kollegen in Kleinpolen und Heiligkreuz nicht zu folgen: „Als Solidarität Polen sind wir mit dieser Art von Maßnahmen der Europäischen Kommission nicht einverstanden […] Wir fordern die Abgeordneten des Regionalrats von Łódź und der anderen Regionalräte auf, sich nicht dieser Art von Erpressung zu unterwerfen. […] Die Europäische Union ist heute

von linken Kreisen übernommen worden, die versuchen, die Mechanismen der politischen Erpressung durch die EU-Institutionen zu nutzen, um Polen zu zwingen, Vorschriften anzunehmen, die unserer Kultur widersprechen, und sie den Bürgern gegen ihren Willen aufzuerlegen."

- Der Vorsitzende der Bürgerplattform (PO), Donald Tusk, ist Berichten zufolge gegen seine beiden Vizepräsidenten Borys Budka und Tomasz Siemoniak, die es vorgezogen haben, der Geburtstagsfeier des Journalisten Robert Mazurek beizuwohnen, anstatt der Vorstellung des Rechnungshofberichts vor den Abgeordneten beizuwohnen, wie die Zeitschrift Fakt mit Fotos enthüllt hatte. Dies ist jedoch nicht das Bild, das Donald Tusk von seiner Partei haben möchte.
- Der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Piotr Duda, kündigte am Freitag, den 24. September, an, dass die polnische Gewerkschaftsorganisation am 22. Oktober eine Demonstration vor dem Sitz des Gerichtshofs der Europäischen Union in Luxemburg veranstalten wird, um gegen die jüngste Entscheidung des Gerichtshofs im Streit zwischen Polen und der Tschechischen Republik um das Bergwerk Turów (Niederschlesien) zu protestieren. Diese noch nie dagewesene Krise zwischen Polen und der Tschechischen Republik könnte sich negativ auf das Funktionieren der V4 auswirken.
- In einem Interview mit der Boulevardzeitung Super Express verteidigte der polnische Finanzminister Tadeusz Kościński die von der polnischen Regierung im Rahmen der Neuen Polnischen Ordnung getroffenen Maßnahmen: „In den letzten 30 Jahren haben die Reichen von der Entwicklung unserer Wirtschaft profitiert und sind noch reicher geworden […] Jetzt führen wir einen Reset zugunsten derjenigen durch, die weniger verdienen […] Diejenigen, die weniger verdienen, sollten prozentual nicht mehr zahlen […] Es ist wichtig, dass die Gesellschaft nicht stratifiziert wird." Jarosław Gowin, Vorsitzender der Partei Porozumienie und ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident, der im August der Opposition beigetreten ist, bezeichnete die gleichen Maßnahmen als „großen Schlag gegen die Mittelschicht" und als „sozialistischen Betrug", der „hart arbeitende, unternehmerische und kreative Menschen […] unter dem Deckmantel einer kleinen Steuersenkung für die unteren Schichten der Gesellschaft" treffe.

Slowakei

- Ein Sondergericht in der Stadt Pezinok (Bösing, Region Bratislava) verurteilte am Montag, den 20. September, den ehemaligen Staatsanwalt Dušan Kováčik wegen Korruption und Machtmissbrauchs in einer kriminellen Vereinigung zu vierzehn Jahren Haft und zur Einziehung seines gesamten Vermögens. Kováčik, der seit 2004 im Amt ist, war im Oktober 2020 zusammen mit einem hochrangigen slowakischen Polizeibeamten verhaftet worden, dem die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wurde.
- Der außerordentliche Kongress der MKP (Magyar Közösség Pártja, Partei der Ungarischen Gemeinschaft) beschloss am 19. September in Rimavská Sobota (Rimaszombat, Mittelslowakei) den Zusammenschluss der Partei mit den beiden anderen Gruppierungen, die die ungarische Minderheit in der Slowakei vertreten – Híd-Most (Brücke) und Összefogás (Zusammenarbeit). Die Fusion war am Vortag von Híd-Most genehmigt worden. Die neue Einheitspartei trägt den Namen Szövetség (Allianz).
- Erzbischof Jan Babjak, griechisch-katholischer Metropolit von Prešov (Eperies), der am 14. September mit Papst Franziskus zusammentraf und mit ihm eine Messe feierte, wurde einige Tage später positiv auf Covid-19 getestet, obwohl er doppelt geimpft war. Der Kardinal wurde sofort unter Quarantäne gestellt.

Tschechische Republik

- In einem Interview mit Radio Impuls sagte der Vorsitzende der tschechischen Piratenpartei und Gegenkandidat von Ministerpräsident Andrej Babiš bei den kommenden Parlamentswahlen, Ivan Bartoš: „Ich habe ein Problem mit dem muslimischen Europa […] Es werden No-Go-Zonen geschaffen. Davor sollten wir nicht die Augen verschließen“. In der Tschechischen Republik gibt es inzwischen einen recht breiten politischen Konsens gegen die Einwanderung, wie eine kürzlich geführte Wahldebatte diese Woche bestätigte.
- Der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš, der Ungarn im Rahmen des 4. Demografiegipfels in Budapest besuchte, fuhr am 22. September gemeinsam mit Viktor Orbán nach Röszke, um den gegen Migranten gerichteten Grenzzaun an der serbisch-ungarischen Grenze zu inspizieren. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte der tschechische Regierungschef seinen Widerstand gegen die Aufnahme von Migranten in der Tschechischen Republik.

Slowenien

- 24.9. Das Ministerium für Umwelt und Raumplanung (MoESP) veranstaltete eine Online-Präsentation des Maritimen Raumplans – ein strategisches Dokument, das zum ersten Mal in Slowenien seit der Unabhängigkeit eine strategische Planung für die nachhaltige Entwicklung von Aktivitäten und Nutzungen auf See einführt. In seiner Ansprache sagte der Staatssekretär im Innenministerium, Robert Rožac, dass Slowenien der erste EU-Mitgliedstaat im östlichen Mittelmeer sei, der einen maritimen Raumplan ausgearbeitet und verabschiedet habe, wofür es auch von der Europäischen Kommission gelobt worden sei. Staatssekretär Robert Rožac betonte, dass Slowenien mit der Verabschiedung des maritimen Raumplans eine Rechtsgrundlage geschaffen habe, um ein nachhaltiges Wachstum der maritimen Wirtschaft, eine nachhaltige Entwicklung des Meeresgebiets und eine nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen zu erreichen. Slowenien sei außerdem von der Europäischen Kommission für seine Arbeit am maritimen Raumplan mit einem Preis ausgezeichnet worden. Der Maritime Raumplan Sloweniens wurde vom Umweltministerium als strategisches, räumliches Entwicklungsdokument erstellt, das die Ziele und Orientierungen für die weitere Entwicklung der Aktivitäten auf See festlegt, die räumliche und zeitliche Verteilung der relevanten bestehenden und zukünftigen Aktivitäten und Nutzungen definiert und einen Rahmen für deren Koordinierung untereinander bietet.
- 23.9. Die Regierung hat den Text der Änderungen des Dekrets über den Rahmen für die Erstellung der staatlichen Sektorhaushalte für den Zeitraum 2020–2022 in dem Teil, der sich auf das Jahr 2021 bezieht, festgelegt. Die Änderungen sind notwendig, um die reibungslose Finanzierung der Maßnahmen zur Bewältigung der Epidemie fortzusetzen, die nach der Verabschiedung der Änderungen für den Haushalt 2021 beschlossen wurden. Zwei weitere Gesetze wurden nach der Verabschiedung der Änderungen für den Haushalt 2021 verabschiedet, nämlich das Gesetz über Interventionsmaßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und des Tourismus bei der Abfederung der Folgen der Epidemie, COVID-19, und das Gesetz über Notfallmaßnahmen für den Gesundheitssektor. Beide beziehen sich auf Maßnahmen zur Linderung der Folgen von COVID-19 und zusätzliche Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der ersten Erholung. Die Obergrenze für die gesamtstaatlichen Ausgaben wird auf 25,80 Mrd. EUR angehoben und das Defizit auf 7,5 % des BIP gesenkt. 2021 wird die Ausgabenobergrenze für den gesamtstaatlichen Haushalt auf 14,99 Mrd. EUR angehoben und das Defizit auf 7,9 % des BIP gesenkt.

- 22.9. In einer Presseerklärung stellte der Minister für Land- und Forstwirtschaft und Landwirtschaft, Dr. Jože Podgoršek, das Gesetz über Änderungen und Ergänzungen des Tierschutzgesetzes vor, das am Mittwoch, den 22. September, von der Nationalversammlung verabschiedet wurde. Eine der wichtigsten Änderungen ist die Beschränkung des Besitzes exotischer Tierarten. Mit der Änderung wird eine Liste der verbotenen und eine Liste der erlaubten Arten eingeführt. Verbotene Tierarten dürfen nur noch von Tierheimen betreut werden, während Einzelpersonen Tiere, die auf der Liste der erlaubten Arten stehen, besitzen und pflegen dürfen. Um den illegalen Handel mit Hunden zu verhindern und einzudämmen, sieht das geänderte Gesetz die Rückverfolgbarkeit der Herkunft des Hundes vor, indem es die Kennzeichnung von Welpen bis zu einem Alter von 8 Wochen vorsieht. Bei der Anzeige von Hunden ist die Angabe der Chipnummer des Hundes obligatorisch, wenn der inserierte Hund älter als 8 Wochen ist. Ist der inserierte Hund jedoch weniger als 8 Wochen alt, muss die Chipnummer der Mutter angegeben werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 13. bis 19. September 2021

20. 09. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Vor seiner Reise in die Slowakei machte Papst Franziskus für einige Stunden in Budapest Station, um an der Abschlussmesse des Internationalen Eucharistischen Kongresses teilzunehmen und den ungarischen Staatspräsidenten János Áder und Ministerpräsident Viktor Orbán zu treffen. Bei dieser Gelegenheit bot er ein Faksimile

des Briefes aus dem Jahr 1254 an, den der ungarische König Béla IV. an Papst Innozenz IV. geschickt hatte und in dem er die Gefahren beschrieb, denen Ungarn damals ausgesetzt war. Eine heikle Situation, die nach Ansicht des stellvertretenden Ministers und Staatssekretärs Balázs Orbán nicht ohne Ähnlichkeiten mit unserer Zeit ist.

- Der ungarische Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel, Péter Szijjártó, kündigte am Montag, den 13. September, auf seinem Facebook-Account an, dass das chinesische Unternehmen Semcorp 65 Milliarden Forint (185 Millionen Euro) in den Aufbau einer neuen Batteriefabrik für Elektrofahrzeuge in Debrecen (Komitat Hajdú-Bihar) investieren wird, in der 440 Menschen beschäftigt werden sollen.
- Nach Angaben des Wirtschaftsmagazins Portfolio hat die Ungarische Staatsschuldenverwaltung (ÁKK) am Dienstag, den 14. September, zwei Kredite in Höhe von 2,25 Milliarden Dollar mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Zinssatz von 2,29% sowie zwei Milliarden Dollar mit einer Laufzeit von dreißig Jahren und einem Zinssatz von 1,855% aufgenommen. Diese beiden Darlehen sollen zum Teil das Einfrieren des ungarischen Konjunkturfonds durch die Europäische Kommission ausgleichen, dienen aber vor allem der Vorfinanzierung von Schulden und dem Ausbau von Infrastruktur, Renten und Bildung. Zur weiteren Mittelbeschaffung hat Ungarn am Dienstag, den 15. September, weitere Anleihen im Wert von 1 Milliarde Euro aufgenommen.
- Das Jahr 2020, das durch die Coronavirus-Pandemie und die Einschränkung von Freiheiten gekennzeichnet war, führte in Ungarn zu einem Anstieg der Selbstmordrate um 10 % (+13 % bei Männern und +1 % bei Frauen). Diese Zahl war seit dem Fall des kommunistischen Regimes noch nie so stark gestiegen.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán besuchte am Donnerstag, den 16. September, Slowenien, wo er mit seinem slowenischen Amtskollegen Janez Janša zusammentraf und mit ihm die 53. internationale Handwerksmesse in Celje eröffnete. „Slowenien wurde immer als ein mitteleuropäisches Land wie unseres betrachtet, und wenn wir zusammenarbeiten, wenn wir unsere Kräfte bündeln, werden unsere beiden Länder zusammen mit ganz Mitteleuropa zu den Gewinnern der neuen globalen Wirtschaftsära gehören“, sagte er bei dieser Gelegenheit.
- Die Stadt Budapest und die Central European University (CEU) organisierten am 16. und 17. September in Budapest eine Konferenz über nachhaltige Demokratie mit zahlreichen internationalen Rednern.
- Die Vorwahlen der Vereinigten Opposition, bei denen ein einziger Kandidat gewählt werden soll, der Orbán im Jahr 2022 besiegen soll, begannen am 18. September. Aufgrund eines Computerproblems funktionierte die entsprechende Website jedoch das ganze Wochenende nicht.

Polen

- Nach englischen Rassismusvorwürfen gegen Kamil Glik während des Spiels Polen-England am 8. September erhielten der polnische Spieler und seine Frau Marta Glik Beleidigungen und Morddrohungen in englischer Sprache, die in der polnischen Presse veröffentlicht wurden und für Empörung sorgten.
- Zwei Wochen vor den Bundestagswahlen, die ihre fast 16-jährige Amtszeit als deutsche Regierungschefin beenden werden, stattete Bundeskanzlerin Angela Merkel am Samstag, den 11. September, Warschau einen letzten offiziellen Besuch ab.
- Am Sonntag, den 12. September, hat Kardinal Marcello Semeraro, Präfekt der Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse, in einer Messe im Tempel

der Göttlichen Vorsehung in Warschau zwei große Persönlichkeiten der polnischen katholischen Kirche des 20. Jahrhunderts seliggesprochen: Kardinal Stefan Wyszyński und Elżbieta Róża Czacka (Mutter Elisabeth), Gründerin der Franziskanerinnen vom Kreuz, für ihren Dienst an den Blinden.

- Der polnische Regierungsbeauftragte für das Energienetz, Piotr Naimski, kündigte am Montag, den 13. September, in Radio Warszawa an, dass Polen seinen Gasliefervertrag mit Gazprom nicht verlängern wird, da die Baltic Pipe ab Oktober 2022 betriebsbereit sein wird und somit in der Lage sein wird, jährlich 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Norwegen nach Polen zu liefern, was zwei Drittel des derzeitigen Verbrauchs des Landes deckt, während der Rest aus der heimischen Produktion stammt. Darüber hinaus werden die Anlagen in Świnoujście (Swinemünde) bis 2033 erweitert, um amerikanisches und katarisches Gas aufzunehmen. Polen ist damit nicht mehr vom russischen Gas abhängig und hat nun die Möglichkeit, sich auch im Energiebereich von seinem mächtigen Nachbarn zu emanzipieren.
- In einem Interview mit dem polnischen katholischen Sender Radio Marya sagte der deutsche Kardinal Gerhard Müller zu den Spannungen zwischen Brüssel und Warschau: „Wir leben in einer tragischen Farce, in der die europäischen Institutionen Polen und Ungarn im Namen der europäischen Werte kritisieren. Diese so genannten ‚Werte' erfinden das Recht, ungeborene Kinder zu töten oder das Geschlecht zu wechseln […] Ich finde es eine große Ungerechtigkeit, dass Leute im Westen, die keine Ahnung haben, was in Polen passiert, und die riesige Geldsummen von den europäischen Institutionen erhalten, polnische Bürger zurechtweisen. Ich rufe alle Polen auf, eine solche Eitelkeit und Straflosigkeit nicht zuzulassen […] Polen ist kein Kind, das von inkompetenten westlichen Politikern gemaßregelt werden sollte."
- Am Mittwoch, den 15. September, debattierte das Europäische Parlament erneut über „Medienfreiheit und die weitere Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in Polen". Bei dieser Gelegenheit erklärte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, dass die Antworten der polnischen Regierung bezüglich der Fortsetzung der Tätigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs unzureichend seien: „Die Kommission hat beschlossen, den Gerichtshof aufzufordern, finanzielle Sanktionen gegen Polen zu verhängen, um die Anordnung einstweiliger Maßnahmen vom 14. Juli durchzusetzen. Die Kommission ersucht den Gerichtshof, gegen Polen ein tägliches Zwangsgeld zu verhängen, bis die entsprechenden Maßnahmen von Polen vollständig umgesetzt sind." Jourová äußerte sich auch besorgt über das so genannte Lex-TVN-Gesetz.
- Die ehemalige Ministerpräsidentin und jetzige Europaabgeordnete Beata Szydło (PiS) kritisierte den „Fit for 55"-Plan der Europäischen Kommission scharf, der ihrer Meinung nach zu einer drastischen Verschlechterung der europäischen Wirtschaft, dem Verlust vieler Arbeitsplätze und „Armut für Millionen von Europäern" führen würde. Der Plan sieht vor, die Emissionen bis 2030 um 55 % zu senken und die Europäische Union bis 2050 „klimaneutral" zu stellen.
- Laut einer am Mittwoch, den 15. September, veröffentlichten Umfrage des Zentrums für Meinungsforschung zum Thema Fernsehnachrichten und aktuelle Themen halten 38 % der Polen die Sendungen von Polsat und Polsat News für glaubwürdig (gegenüber 17 %, die sie für nicht glaubwürdig halten), 36 % die von TVN und TVN24 (gegenüber 27 %) und nur 25 % die des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders TVP (gegenüber 49 %).
- Das medizinische Personal in Polen befindet sich seit mehreren Tagen im Streik. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne und Gehälter und generell der Gesundheitsausgaben im Staatshaushalt, die ihrer Meinung nach mindestens 7–8 % der Ausgaben betragen sollten, was sogar unter dem EU-Durchschnitt von 10 %

liegen würde. Die Streikenden weigern sich, mit dem Gesundheitsminister Adam Niedzielski zu verhandeln, mit dem die Gespräche der letzten Monate ergebnislos verlaufen sind, und fordern, direkt mit dem Premierminister Mateusz Morawiecki zu verhandeln, der auf diesen Vorschlag nicht eingegangen ist. Was die Gehälter in diesem Beruf betrifft, so scheinen 9 % der polnischen Ärzte bereit zu sein, ihr Land wegen Einkommensproblemen zu verlassen, während es in Polen bereits sehr wenige Ärzte gibt: nur 238 pro 100.000 Einwohner, verglichen mit einem Durchschnitt von 388 in der gesamten Europäischen Union.

- Am Donnerstag, den 16. September, nahm das Europäische Parlament mit 502 gegen 149 Stimmen bei 36 Enthaltungen eine Entschließung an, in der es den polnischen Premierminister auffordert, den Vorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen Recht nicht in Frage zu stellen, und in der es die Europäische Kommission erneut auffordert, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen der Reformen des polnischen Justizsystems einzuleiten, wobei es Polen insbesondere vorwirft, „bewusst und systematisch gegen die Urteile und Anordnungen des EuGH zur Rechtsstaatlichkeit“ verstoßen zu haben.
- Angesichts hartnäckiger Gerüchte, die der PiS den Wunsch nach einem Austritt Polens aus der Europäischen Union unterstellen, bekräftigte PiS-Präsident Jarosław Kaczyński, dass es „keinen Polexit“ geben werde.

Slowakei

- Im Rahmen seines Pastoralbesuchs in der Slowakei erinnerte Papst Franziskus am Mittwoch, 15. September, daran, dass „die Kirche keinen Grund hat, ihre Lehre zu ändern, dass die Ehe ein Sakrament ist, das zwischen einem Mann und einer Frau stattfindet“, da homosexuelle Partnerschaften „nichts mit der Ehe als Sakrament zwischen Mann und Frau zu tun haben“.

Tschechische Republik

- Am Sonntag, den 12. September, wurde auf ausdrücklichen Wunsch der Ukraine der in der Tschechischen Republik lebende russische Staatsbürger Alexander Franchetti auf dem Prager Flughafen festgenommen und inhaftiert. Ihm wurde vorgeworfen, eine Miliz angeführt zu haben, die an den Ereignissen im Vorfeld der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, kurz nach der ukrainischen Revolution, beteiligt war. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Zakharova, erklärte, Russland verfüge über „detaillierte Informationen über die Gründe für das Vorgehen der tschechischen Behörden“ gegenüber seinem Staatsbürger. „Wir haben den Botschafter gewarnt, dass die Fortsetzung der destruktiven Linie Prags gegenüber Russland und seinen Bürgern auf Initiative der tschechischen Seite zu einer weiteren Verschlechterung der bilateralen Beziehungen führen wird.“

Kroatien

- Gemäß einer am Montag, den 13. September, unterzeichneten Absichtserklärung darf Kroatien, das sich auf den Beitritt zur Eurozone am 1. Januar 2023 vorbereitet, nun kroatische Euro-Münzen herstellen. In sechzehn Monaten wird Kroatien das zwanzigste europäische Land sein, das den Euro als Landeswährung verwendet. Bulgarien wird voraussichtlich im Jahr 2024 folgen.

Slowenien

- Am Freitag, den 18.09., kam es zu einer Schießerei im Einkaufszentrum BTC in Ljubljana. Zwei der bei der Schießerei Verletzten sind Roma und alte Bekannte der Polizei, aber es wird auch vermutet, dass es sich um eine Schießerei zwischen Kriminellen gehandelt hat.
- Am Mittwoch, den 15.09. fand eine Protestveranstaltung gegen die neuen Beschränkungen zur Eindämmung des Coronavirus und die Einführung von PCT-Bescheinigungen (genesen, geimpft, getestet) für den Zutritt zu verschiedenen Einrichtungen, Einkaufszentren und dergleichen statt. Der Protest gegen die Maßnahmen, der in Ljubljana auf dem Platz der Republik vor dem Parlament stattfand, schlug gegen Abend in Gewalt um. Die Randalierer bewarfen das Parlamentsgebäude mit Granitsteinen und anderen Gegenständen, die es beschädigten, und wurden von der Polizei mit Wasserwerfern niedergeschlagen. Mehrere Polizeibeamte und Demonstranten wurden verletzt. Auch Islamisten waren bei den Protesten zu sehen.
- Am Mittwoch, den 15. September, trafen Premierminister Janez Janša und eine Delegation von Ministern in Celje (Cilli) mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán und einer Delegation ungarischer Minister zusammen. Nach der Eröffnungszeremonie führten der slowenische und der ungarische Ministerpräsident bilaterale Gespräche, in denen sie die Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und die Möglichkeiten zu deren Vertiefung erörterten. Auch mit anderen anwesenden Ministern wurden getrennte bilaterale Gespräche geführt.
- Am Mittwoch, den 15. September, stellte Wirtschaftsminister Zdravko Počivalšek nach einem gemeinsamen Treffen der slowenischen und der ungarischen Regierung in Celje gemeinsame Projekte vor. Gemeinsam mit dem ungarischen Außenminister Peter Szijjártó bewertete er die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen beiden Ländern als sehr gut.
- Am Dienstag, den 13. September, unterzeichneten der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Technologie, Zdravko Počivalšek, und die Ministerin für die Slowenen im Ausland und in der Welt, Dr. Helena Jaklitsch, das Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Basis der autochthonen slowenischen Volksgruppe in Ungarn für den Zeitraum 2021–2024.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n

03) Geht Polen zum Gegenangriff über? Regierungssprecher schließt Klage gegen die Europäische Kommission nicht aus

28. 09. 2021



Bildquelle: Wikimedia Commons / Michal Osmenda

Während die Europäische Kommission den Konflikt mit der polnischen Regierung unter dem Vorwand der Justiz und des Schutzes der Familienwerte eskaliert, bleibt die Frage des Nationalen Wiederaufbauplans vorerst davon unangetastet. Die Europäische Kommission hat jedoch die Polen zustehenden Haushaltsmittel im Zusammenhang mit der Coronavirus-Krise noch immer nicht ausgezahlt. Die Regierung schließt nicht aus, nach Lösungen zu suchen, die rechtlich in ihrer Reichweite liegen.

In der Polsat-Morgensendung vom Dienstag bezog sich Regierungssprecher Piotr Müller auf die Worte des Europaabgeordneten Jacek Saryusz-Wolski, der gesagt hatte, dass „Polen zum Gegenangriff übergehen muss“, und zwar gegen die Europäische Kommission. Die polnische Regierung hat nun zwei Möglichkeiten, rechtlichen Druck auf die EU-Beamten auszuüben: das Vetorecht und eine Klage gegen die EU. Laut Saryusz-Wolski könnte ein Veto, das die EU-Gesetzgebung blockiert, z.B. im Zusammenhang mit dem Klimapaket eingesetzt werden.

- Dies ist eine der Möglichkeiten, die rechtlich möglich sind. Im Moment gibt es noch keine Entscheidung, die so weit geht, aber es stimmt, dass die Europäische Kommission in dieser Hinsicht untätig ist, was bedeutet, dass sie die Bedingungen erfüllt. (…) Leider bewegen wir uns im Moment auf einen Punkt zu, an dem wir erkennen müssen, dass diese Prinzipien in extremer Weise verletzt werden“, räumte Müller ein.

Jacek Saryusz-Wolski schlug am Montag vor, dass Polen von seinem Vetorecht bei der bevorstehenden Abstimmung über die Klimavorschriften mit dem Titel „Fit for 55“ Gebrauch machen sollte. – Die Stunde der Probe ist gekommen zwischen uns und der Gruppe, die in Brüssel die Macht innehat, d.h. dem Konzert der deutschen und französischen Mächte und ihrer Gefolgsleute, die beschlossen haben, Polen in die Knie zu zwingen. (…) – argumentierte der PiS-Abgeordnete. „Wenn wir dieses Mal nachgeben, wird er [der EuGH] den Schlag weiter verfolgen“, warnte der Politiker.

Quelle: PCh24.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Nach den Wahlen könnte sich die feindliche Außenpolitik Deutschlands gegenüber Polen ändern

Von Magdalena Żuraw

28. 09. 2021



Tomasz Sakiewicz · *Bildquelle: Niezalezna.pl (Screenshot)*

Deutschland wird seine Außenpolitik gegenüber Polen nach den Bundestagswahlen nicht mehr so aggressiv betreiben, weil es keine so dominante Partei in Deutschland mehr geben wird, glaubt der Chefredakteur der Gazeta Polska Tomasz Sakiewicz

Seit Montagmorgen liegt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) mit 25,7 Prozent leicht vor der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU/CSU) (24,1 Prozent) im Bundestag. An dritter Stelle liegen in den Umfragen die Grünen mit 14,6 Prozent, gefolgt von der rechtspopulistische AfD mit 11 Prozent. Für die Christdemokraten ist es das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte.

Der Chefredakteur der Gazeta Polska, Tomasz Sakiewicz, glaubt, dass sich die deutsche Politik gegenüber den mitteleuropäischen Ländern nach den aktuellen Wahlen abschwächen wird.

„Nicht nur, dass Angela Merkel – die stärkste Person in der deutschen Politik – in den Ruhestand geht, es treten auch neue Politiker an, und die werden die Stimmen Mitteleuropas etwas mehr berücksichtigen müssen, weil sie keine so starke Position haben werden. Sie haben auch untereinander radikal unterschiedliche Konzepte“, sagte er.

Sakiewicz prognostizierte, dass eine CDU-Grüne-Koalition sehr wahrscheinlich sei. Er erklärte, dass sich die deutsche Politik ändern und nicht mehr so aggressiv gegenüber Polen sein werde.

„Nicht, weil Deutschland sich verändert hat, sondern weil die Faust der einen Hand nicht mehr so fest geschlossen sein wird“, sagte er.

Sakiewicz glaubt, dass die aktuellen Wahlergebnisse keine direkte Folge der Migrationssituation sind, da das Thema während des Wahlkampfes nicht weit verbreitet war.

„Obwohl ich denke, dass der jüngste Anstieg der Unterstützung für die CDU, die eigentlich erdrutschartig verlieren sollte, ein wenig von der Tatsache beeinflusst worden sein könnte, dass wieder etwas mit den Migranten passiert“, sagte er dem Nachrichtensender des polnischen öffentlichen Fernsehens TVP Info.

Sakiewicz wies darauf hin, dass einerseits die Migrationsfrage Angela Merkel schwer belaste, andererseits aber einige Wähler wüssten, dass die linken Parteien die Grenzen noch weiter öffnen würden.

Er stimmte auch der Auffassung zu, dass die Welt den neuen deutschen Bundeskanzler frühestens nach einigen Tagen, wenn nicht Wochen oder gar Monaten kennenlernen werde.

Sakiewicz ist der Meinung, dass Merkels Amtszeit für Polen schrecklich war.

„Es war eine Zeit, in der die polnisch-deutschen Beziehungen als gut galten, während sie in Wirklichkeit ungleich waren. Als Polen versuchte, sie anzugleichen, wurde ihm gesagt, dass die Beziehungen schlecht seien“, bewertete er.

Quelle: Niezalezna.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Marsch für das Leben und die Familie in Warschau

28. 09. 2021



Marsch für das Leben und die Familie in Warschau · *Bildquelle: VP*

Am Sonntag, den 19. September, füllten sich die Straßen des historischen Zentrums von Warschau mit Teilnehmern des Marsches für das Leben und die Familie. Die Veranstaltung wurde bereits zum sechzehnten Mal in Folge organisiert. Letztes Jahr fanden solche Märsche am selben Tag in 140 polnischen Städten statt, aber dieses Jahr wurde die Veranstaltung aufgrund der sanitären Situation nur in der Hauptstadt organisiert. Das Motto des diesjährigen Marsches lautete „*Papa, sei mit mir, führe mich, beschütze mich*“, und die Organisatoren wollten damit besonders Kardinal Stefan Wyszyński würdigen, der eine Woche zuvor seliggesprochen worden war. Der Mann, den die Polen als Primas des Jahrtausends bezeichnen, war bekannt für sein Engagement für die Verteidigung von Ehe und Familie sowie für seinen Widerstand gegen die Abtreibung, die von den Kommunisten legalisiert und verharmlost worden war, nach dem Vorbild dessen, was heute in mehreren westeuropäischen Ländern praktiziert wird, vor allem in Frankreich und Großbritannien, die nach Russland die mit Abstand höchste Abtreibungsrate unter den europäischen Ländern haben.

Die Organisatoren des Zentrums für Leben und Familie (*Centrum Życia i Rodziny*) und des Christlich-Sozialen Kongresses (*Chrześcijański Kongres Społeczny*) wurden vor der Veranstaltung von Staatspräsident Andrzej Duda begrüßt, der bereits im vergangenen Jahr

als einfacher Teilnehmer an dem Marsch teilgenommen hatte. Die Initiative wurde auch von vielen konservativen Medien und katholischen Organisationen, Journalisten, Sportlern, Schauspielern und Priestern unterstützt. Die Teilnehmer wurden auf Twitter vom Vorsitzenden der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, begrüßt. Im Anschluss an den Marsch wurde in der Heilig-Kreuz-Kirche in der Krakauer Vorstadt (*Krakowskie Przedmieście*) unweit des Präsidentenpalasts eine Messe gefeiert. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die für ihre lebensbejahende Haltung bekannt sind, schlossen sich dem Umzug der Familien an, darunter der Ombudsmann für Kinderrechte, Mikołaj Pawlak, die nationalistischen Abgeordneten Robert Winnicki und Krzysztof Bosak von der *Konfederacja* und der stellvertretende Klimaminister Jacek Ozdoba von *Solidarna Polska*, der Partei von Justizminister Zbigniew Ziobro, der der PiS-geführten Regierungskoalition der Vereinigten Rechten angehört. Die PiS selbst war bei der Demonstration am 19. September nicht vertreten, zumindest nicht offiziell.



Paweł Ozdoba
@PawelOzdoba

Ulice Warszawy pełne uśmiechniętych i szczęśliwych rodzin! Dziękujemy, że jesteście z nami!



12:07 nachm. · 19. Sep. 2021

https://twitter.com/PawelOzdoba/status/1439531598295207936?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1439531598295207936%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2Fmarsch-fuer-das-leben-und-die-familie-in-warschau%2F

„Die Straßen von Warschau sind voller lächelnder und glücklicher Familien! Danke, dass Ihr mit uns seid!“

Aber ist es heute in Polen noch notwendig, gegen Abtreibung zu demonstrieren und für den Schutz der Voranstellung von Ehe und Familie zu kämpfen? Immerhin konnten die

polnischen Pro-Life-Bewegungen im vergangenen Jahr einen großen Erfolg für das Recht auf Leben feiern: Nach langem Kampf hat das Verfassungsgericht die eugenische Abtreibung für illegal erklärt, und Abtreibungen sind in Polen nur noch dann erlaubt, wenn die Schwangerschaft das Ergebnis einer Vergewaltigung ist oder wenn sie das Leben oder die körperliche Gesundheit der schwangeren Frau gefährdet. Darüber hinaus haben Dutzende von lokalen Behörden, darunter mehrere Woiwodschaften, zwischen 2019 und 2020 eine Charta für Familienrechte (die vom Institut Ordo Iuris, einer Vereinigung von Pro-Life- und Pro-Familien-Anwälten, ausgearbeitet wurde) verabschiedet, die Vorschläge zur Stärkung von Ehe und Familie auf lokaler Ebene enthält, und viele andere haben Erklärungen verabschiedet, in denen sie versprechen, die LGBT-Ideologie nicht zu fördern.

Pro-Familien- und Pro-Life-Anhänger in Polen sind sich jedoch bewusst, dass der Kampf für sie noch lange nicht gewonnen ist. Trotz des Verbots werben Abtreibungshändler und Abtreibungsbefürworter im öffentlichen Raum für ihre Dienste (die in der Regel Reisen ins Ausland oder den Versand von Abtreibungspillen per Post umfassen), ohne von Polizei und Staatsanwaltschaft behelligt zu werden. In der Tat herrscht in diesem Bereich ein Klima der Straflosigkeit, da die Regierung von Mateusz Morawiecki, wie auch frühere Regierungen, sich weigert, zu reagieren. Was die Familie betrifft, so versucht das Europäische Parlament mit seiner Entschließung vom 14. September über die Anerkennung von „Homo-Ehen“ in allen EU-Mitgliedstaaten erneut, dem Heimatland des Heiligen Johannes Paul II. ein anderes Familienmodell aufzuzwingen. Darüber hinaus übt die Kommission zunehmend Druck aus, um ihre brandneue „Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ in der EU“ durchzusetzen, und droht damit, Polen über den „Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“ EU-Mittel zu entziehen oder Zahlungen an Regionen auszusetzen, die Beschlüsse gefasst haben, die nicht mit den in Brüssel vorherrschenden progressistischen Ideen übereinstimmen. Infolgedessen geben einige polnische Woiwodschaften wie Kleinpolen und Heiligkreuz ihr früheres Engagement für den Schutz und die Förderung der Familie auf, um wichtige Finanzmittel nicht zu verlieren.

Justizminister Zbigniew Ziobro bezeichnete vergangene Woche die ideologische Erpressung der Europäischen Kommission als „Wirtschaftsterrorismus“, während gleichzeitig die in Städten wie Warschau oder Danzig verabschiedeten LGBT+-Chartas, auf die die Charta der Familienrechte und die Erklärungen der lokalen Behörden gegen die LGBT-Ideologie abzielten, weiterhin in Kraft bleiben und nicht von den europäischen Gremien unter Druck gesetzt werden. Doch die Anfang 2019 vom Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski unterzeichnete LGBT+-Erklärung sieht beispielsweise vor, die Förderung der LGBT-Ideologie in Schulen durchzusetzen, unter anderem durch die Einbeziehung von Mitgliedern von LGBT-Lobbyverbänden und durch die umstrittenen Standards für die Sexualaufklärung in Europa, während die EU-Grundrechtecharta das Recht der Eltern festschreibt, ihre Kinder nach ihren eigenen Überzeugungen zu erziehen. Die Warschauer LGBT+-Erklärung schreibt außerdem vor, dass Unternehmen, die für die Stadtverwaltung arbeiten wollen, eine interne Politik zur Förderung von LGBT-Einstellungen und -Ideen verfolgen müssen, was gegen die EU-Vorschriften zum freien Wettbewerb verstößt.



Aufschrift auf dem Transparent: „Ja zum Leben“ – *Bild: Agnieszka Golańska-Bault*

Die Postulate des Marsches für das Leben und die Familie wurden von Robert Bąkiewicz, einem der Anführer der Nationalen Bewegung und Organisator einer anderen populären Veranstaltung in Polen, dem Unabhängigkeitsmarsch, formuliert. Am Ende der Demonstration wandte er sich an die Menge:

„*Wir sind hier versammelt, um polnische Kinder zu schützen, um ihnen das Recht zu geben, geboren zu werden* […], *um polnische Kinder zu schützen, die einer verderbten Ideologie ausgesetzt sind, die leider in unseren Schulen präsent ist* […]. *Es ist nicht hinnehmbar, dass die natürliche Ordnung und das Recht des polnischen Staates vom Europäischen Parlament untergraben und angegriffen werden, während das polnische Parlament schweigt* […] *Es ist nicht hinnehmbar, dass extremistische Gruppen Verbrechen im Zusammenhang mit der Abtreibung fördern und rechtfertigen, während der Generalstaatsanwalt* [der Justizminister, NdR.] *so tut, als würde er die Anstiftung zu Verbrechen nicht sehen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die parlamentarischen Ausschüsse, die den Bürgerentwurf zur Kündigung der geschlechterideologischen Istanbul-Konvention beraten sollten, seit über sechs Monaten nicht mehr zusammenkommen konnten. Das ist einfach inakzeptabel!*“



Das Plakat für die Demonstration

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Polnisches Innenministerium: „Personen, die die Republik bedrohen“. Wir haben die Identität der Migranten festgestellt

27. 09. 2021



Sprecher des Ministers für Innere Angelegenheiten und Verwaltung, Koordinator der Sonderdienste Stanisław Żaryn · Quelle: PAP / Marcin Obara

Wie der Sprecher des Ministers für den Koordinator der Sonderdienste, Stanisław Żaryn, auf einer Pressekonferenz mitteilte, wurde die Identität von mehreren hundert illegalen Einwanderern, die sich in Grenzschutzzentren aufhalten, bereits festgestellt.

- Zwei Drittel der überprüften Personen wurden aufgrund der Bedrohung für die Sicherheit der Republik Polen für eine eingehende Überprüfung ausgewählt. Aus den von ihm vorgelegten Informationen geht hervor, dass ein Viertel der untersuchten Personen möglicherweise „gefährliche Verbindungen“ haben und „an unrechtmäßigen Praktiken“ beteiligt waren, so Żaryn. – Bei jeder zehnten Person gebe es Hinweise auf mögliche Verbindungen zu terroristischen Organisationen, Straftaten und Menschenschmuggel, fügte er hinzu.

Nach Angaben von Żaryn befanden sich unter den Migranten Personen, die eine Kampfausbildung und Erfahrung im Umgang mit Waffen hatten. – 20 Prozent der Menschen hätten eine – oft langfristige – Verbindung zum Gebiet der Russischen Föderation, sagte er.

- Die Dienste, die die Identität und Glaubwürdigkeit von Personen in bewachten Zentren untersuchten, fanden auch Hinweise auf pädophile Aktivitäten und Beweise für Zoophilie, berichtete Żaryn.

Einer der illegalen Einwanderer ist der irakische Staatsbürger Husham M. H., der mit einem Kämpfer des sogenannten Islamischen Staates in Kontakt gestanden haben soll. Żaryn präsentierte auch Fotos aus dem Telefon eines afghanischen Bürgers, Yousufi H., die Hinrichtungen und die Leichen ermordeter Menschen zeigen.

Außerdem wurden zahlreiche Beweise für die Verbindungen der Inhaftierten zu Russland vorgelegt.

Ferner wurden Fotos veröffentlicht, die auf die Mitgliedschaft in paramilitärischen Bewegungen oder terroristischen Organisationen hinweisen, sowie pädophiles und zoophiles Material.

Leiter des Innenministeriums: Ich werde der Regierung empfehlen, den Ausnahmezustand zu verlängern.

- Die Lage an der weißrussisch-polnischen Grenze ist angespannt. Es gibt massive Versuche, die Integrität der Grenze zu verletzen. Menschen, die die Grenze überschreiten, halten sich legal in Weißrussland auf. Seit August wurden 9400 Versuche unternommen, die Grenze illegal zu überschreiten“, sagte der Leiter des Ministeriums für Inneres und Verwaltung, Mariusz Kaminski, auf einer Pressekonferenz.

- 50 Personen unter den 200 Inhaftierten stehen in Verbindung mit terroristischen Kreisen, Milizen, bewaffneten Formationen, den Taliban und dem Islamischen Staat – sagte er.

- Ich werde der Regierung empfehlen, den Ausnahmezustand an der polnisch-weißrussischen Grenze zu verlängern“, teilte er mit.

Ausnahmezustand an der Grenze

Seit dem 2. September ist im Grenzstreifen zu Weißrussland der Ausnahmezustand in Kraft, der 183 Ortschaften umfasst. Sie wurde durch eine Anordnung von Präsident Andrzej Duda, die auf Antrag der Regierung erlassen wurde, für 30 Tage eingeführt. Dabei geht es um Migranten, die in der Nähe der Grenze kampieren und von weißrussischen Diensten dorthin gebracht werden. Soldaten der polnischen Armee wurden zur Unterstützung der Grenzschutzbeamten entsandt.

Der Leiter des Ministeriums für Inneres und Verwaltung, Mariusz Kaminski, erklärte, die Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze könne noch viele Monate andauern. Er sagte auch, dass Lukaschenkos Regime beschlossen habe, eine visafreie Regelung mit Ländern wie Pakistan, Jordanien, Ägypten und Südafrika einzuführen.

Quelle: Do Rzeczy

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polen könnte infolge des Bergbaustreits mit Tschechien V4-Zusammenarbeit aussetzen

22. 09. 2021



Mateusz Morawiecki ·
Foto: Olaf Kosinsky, CC BY-SA 3.0 de,
https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=71114529

Inoffiziellen Berichten zufolge sind Politiker der regierenden polnischen PiS-Partei verärgert darüber, dass die Klage Tschechiens vor dem Europäischen Gerichtshof im Zusammenhang mit dem Braunkohlebergwerk Turów im deutsch-tschechisch-polnischen Dreiländereck dazu geführt hat, dass der EuGH Polen zu einer Geldstrafe von 500.000 Euro pro Tag verurteilt hat

Die polnische Regierung hat die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Polen hohe Geldstrafen aufzuerlegen, weil es die Förderung in der Braunkohlegrube Turów nicht eingestellt hat, entschieden zurückgewiesen. Das oberste europäische Gericht entschied, dass die polnische Regierung 500.000 Euro pro Tag an die Europäische Kommission zahlen muss, weil Polen keine vorläufigen Maßnahmen zur Aussetzung des Abbaus ergriffen hat.

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wies darauf hin, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs das Ergebnis einer Klage Tschechiens gegen Polen sowie eines „Mangels an gutem Willen“ auf Seiten Prags bei den Verhandlungen mit Warschau sei.

„Wenn die Europäische Union und der EuGH das Leben und die Gesundheit der Polen riskieren wollen und sich nicht um unsere mehrseitige Argumentation kümmern, dann

glaube ich, dass die Situation auf den Kopf gestellt wurde“, sagte er und betonte, dass die Regierung mit dem Ergebnis nicht einverstanden sei.

Von einem anonym bleiben wollenden PiS-Politiker war sogar zu hören:

Eine Aussetzung unserer Aktivitäten innerhalb der V4 auf höchster Ebene wäre ein radikaler Schritt, aber ein vorübergehender könnte notwendig sein, bis der Konflikt beigelegt ist.

Regierungsvertreter haben diese Information nicht bestätigt, doch Regierungssprecher Piotr Muller räumte ein, dass die Regierung im Rahmen der EU-Mechanismen eine Reihe von Szenarien in Betracht zieht.

Die nächste Verhandlungsrunde über Turów wird am Freitag in Prag stattfinden.

Quelle: TVP.info

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Polen: IPN nimmt sich Richter und Staatsanwälte aus der Zeit des Kommunismus vor

21. 09. 2021



Karol Nawrocki, Präsident des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) · *Quelle: PAP / Radek Pietruszka*

Justizverbrechen, die während der Periode des polnischen Kriegsrechts begangen wurden, erfordern konkrete Schritte seitens des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), um die Immunität von Richtern und Staatsanwälten aufzuheben, die damals strafrechtlich tätig waren, sagte Karol Nawrocki, der Präsident des Instituts für Nationales Gedenken.

Am Montag fand in Warschau eine Pressekonferenz statt, die sich mit den Aktivitäten der Hauptkommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation durch das IPN befasste, die darauf abzielt, Richter und Staatsanwälte aus der Zeit der Volksrepublik Polen wegen illegaler Inhaftierung von Personen zu belangen, die sich der Einführung des Kriegsrechts widersetzt und gegen die kommunistischen Behörden protestiert hatten.

Wiederherstellung der Gerechtigkeit

- Es gibt immer noch viele Menschen, denen in den 1980er Jahren, insbesondere während des Kriegsrechts, Unrecht widerfahren ist und die zumindest auf eine symbolische Wiederherstellung der Gerechtigkeit warten“, sagte Karol Nawrocki, Präsident des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), auf der Pressekonferenz.

Er fügte hinzu: „Beispiele, die sich auf Opfer von Richtern und Staatsanwälten aus der Zeit des Kriegsrechts beziehen, auf Gerichtsverbrechen aus dieser Zeit, erfordern heute konkrete Maßnahmen des Instituts des Nationalen Gedenkens in Richtung der Aufhebung der Immunität von Richtern und Staatsanwälten, die während des Kriegsrechts strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurden.

Pozorski: Wir dürfen das nie vergessen

Der Leiter der Ermittlungsabteilung des Instituts für Nationales Gedenken, Staatsanwalt Andrzej Pozorski, erklärte seinerseits, dass die Justiz der Volksrepublik Polen mehrere Dutzend Urteile mit repressivem Charakter gefällt habe. – Wir dürfen diese Urteile nie vergessen, und sie sollten einer strengen juristischen Prüfung unterzogen werden – betonte er.

Das IPN erklärte in einem Kommuniqué, dass „die Entscheidungen von Richtern und Staatsanwälten, vor allem der Militärjustiz, zur Freiheitsberaubung von Menschen geführt haben, die in verschiedenen Formen ihren Widerstand gegen die Einführung des Kriegsrechts gezeigt haben und die Bürger ihrer Grundrechte und -freiheiten beraubt haben“. „Diese Menschen wurden verurteilt und unterdrückt, obwohl sie keine Straftaten begangen hatten, während ihre Opposition auf die Äußerung politischer Meinungen im Rahmen des damals geltenden Gesetzes reduziert wurde, das nach der politischen Wende in Polen vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde. – wurde geschrieben.

Quelle: Institut für Nationales Gedenken

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Polen: IPN nimmt sich Richter und Staatsanwälte aus der Zeit des Kommunismus vor

21. 09. 2021



Karol Nawrocki, Präsident des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) · *Quelle: PAP / Radek Pietruszka*

Justizverbrechen, die während der Periode des polnischen Kriegsrechts begangen wurden, erfordern konkrete Schritte seitens des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), um die Immunität von Richtern und Staatsanwälten aufzuheben, die damals strafrechtlich tätig waren, sagte Karol Nawrocki, der Präsident des Instituts für Nationales Gedenken.

Am Montag fand in Warschau eine Pressekonferenz statt, die sich mit den Aktivitäten der Hauptkommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation durch das IPN befasste, die darauf abzielt, Richter und Staatsanwälte aus der Zeit der Volksrepublik Polen wegen illegaler Inhaftierung von Personen zu belangen, die sich der Einführung des Kriegsrechts widersetzt und gegen die kommunistischen Behörden protestiert hatten.

Wiederherstellung der Gerechtigkeit

- Es gibt immer noch viele Menschen, denen in den 1980er Jahren, insbesondere während des Kriegsrechts, Unrecht widerfahren ist und die zumindest auf eine symbolische Wiederherstellung der Gerechtigkeit warten“, sagte Karol Nawrocki, Präsident des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), auf der Pressekonferenz.

Er fügte hinzu: „Beispiele, die sich auf Opfer von Richtern und Staatsanwälten aus der Zeit des Kriegsrechts beziehen, auf Gerichtsverbrechen aus dieser Zeit, erfordern heute konkrete Maßnahmen des Instituts des Nationalen Gedenkens in Richtung der Aufhebung der Immunität von Richtern und Staatsanwälten, die während des Kriegsrechts strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurden.

Pozorski: Wir dürfen das nie vergessen

Der Leiter der Ermittlungsabteilung des Instituts für Nationales Gedenken, Staatsanwalt Andrzej Pozorski, erklärte seinerseits, dass die Justiz der Volksrepublik Polen mehrere Dutzend Urteile mit repressivem Charakter gefällt habe. – Wir dürfen diese Urteile nie vergessen, und sie sollten einer strengen juristischen Prüfung unterzogen werden – betonte er.

Das IPN erklärte in einem Kommuniqué, dass „die Entscheidungen von Richtern und Staatsanwälten, vor allem der Militärjustiz, zur Freiheitsberaubung von Menschen geführt haben, die in verschiedenen Formen ihren Widerstand gegen die Einführung des Kriegsrechts gezeigt haben und die Bürger ihrer Grundrechte und -freiheiten beraubt haben“. „Diese Menschen wurden verurteilt und unterdrückt, obwohl sie keine Straftaten begangen hatten, während ihre Opposition auf die Äußerung politischer Meinungen im Rahmen des damals geltenden Gesetzes reduziert wurde, das nach der politischen Wende in Polen vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde. – wurde geschrieben.

Quelle: Institut für Nationales Gedenken

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

(Beitrag auf den Seiten 165 und 166 wiederholt sich….]

T s c h e c h i e n

10) 80. Jahrestag des Reichsprotektorats über Böhmen und Mähren unter Reinhard Heydrich

28. 09. 2021



Reichsprotektor Reinhard Heydrich · *Bildquelle: Prague Morning*

Vor genau 80 Jahren, am 28. September 1941, kam Reinhard Heydrich auf Hitlers Befehl nach Prag, um das Amt des Reichsprotektors anzutreten. Er war 37 Jahre alt.

Bei einer Zusammenkunft von NS-Funktionären einige Tage vor seiner Ankunft in Prag brachte er klar zum Ausdruck, wie er mit der Bevölkerung des Protektorats Böhmen und Mähren umgehen wollte.

Auf Juden, Zigeuner und andere Menschen wartete die „Endlösung“ in den Vernichtungslagern, während die Slawen entweder ermordet oder germanisiert und so weit wie möglich nach Osten gebracht werden sollten.

„Das böhmisch-mährische Gebiet darf niemals in einem Zustand belassen werden, in dem die Tschechen es für sich beanspruchen könnten… Dieser Raum muss ein für allemal deutsch sein, damit die Tschechen am Ende keinen Anspruch darauf erheben können“, sagte Heydrich in dieser Rede.

Reinhard Heydrich war einer der direkten Mitplaner des Holocausts – sowohl der Idee, Homosexuelle, Juden, geistig oder körperlich Behinderte, Zigeuner und andere zu ermorden, als auch der Methoden zur Durchführung des Völkermords – Todeslager, Germanisierung und rassische/ethnische Pogrome.

Das tragische Schicksal der tschechischen und mährischen Juden und Zigeuner begann unter seiner Herrschaft.

Heydrich hinterließ eine blutige Spur in der tschechischen Geschichte: Während des viermonatigen Ausnahmezustands, den er nach seiner Ernennung zum Reichsprotektor ausrief, wurden 486 Menschen zum Tode verurteilt und mehr als 2.100 Tschechen landeten in Konzentrationslagern.

Heydrich dezimierte praktisch den gesamten tschechischen Widerstand, der es ihm mit seiner Ermordung heimzahlte. Wie Professor Václav Černý kurz und bündig geschrieben hat: „Heydrich kam, um die tschechische Nation zu ermorden, und die tschechische Nation ermordete ihn."

Heydrichs Hauptziele waren die Steigerung der Waffenproduktion für die Nationalsozialisten in den Fabriken im Protektorat und die Vorbereitung der Germanisierung – und später der Liquidierung – des tschechischen Volkes.

Dazu gehörte die Forderung und Festigung einer kollaborativen Politik, bei der er nicht nur die bloße Zustimmung forderte, wie sie der tschechoslowakische Präsident Hácha gegeben hatte, sondern die aktive Teilnahme, wie sie der tschechoslowakische Armeeoberst Emanuel Moravec vorlebte.

Die tschechoslowakische Exilregierung in London beschloss, Heydrich durch speziell ausgebildete Luftlandesoldaten liquidieren zu lassen. Das Attentat fand am 27. Mai 1942 statt.

Heydrich war der ranghöchste Nazi, der vom Widerstand getötet wurde. Als Vergeltung für Heydrichs Tod vernichteten die Deutschen die Dörfer Lidice und Ležáky; im Oktober 1942 wurden 262 Menschen in Mauthausen ermordet, weil sie den Fallschirmjägern geholfen hatten, die das Attentat verübt hatten.

Quelle: Prague Morning

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w a k e i

11) Die slowakische Art, sich der Geschichte zu stellen

Von István Krómer

26. 09. 2021



Außenminister Ivan Korčok · *Quelle: YouTube/Europäischer Ausschuss der Regionen*

Haben Sie gehört, dass sich die slowakische Regierung für die beschämenden Bestimmungen der Beneš-Dekrete entschuldigt hat, die die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten der Bürger ungarischer und deutscher Herkunft einschränken, und dass sie die Tragödie, die unschuldige Opfer gefordert hat, zutiefst bedauert? Sie haben mich fast richtig verstanden.

Die Entschuldigung erfolgte in der Tat öffentlich unter Verwendung der genannten Begriffe, nachdem die Regierung der Slowakischen Republik sich moralisch verpflichtet fühlte, ihr Bedauern über das von der ehemaligen Staatsmacht begangene Verbrechen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Das Verbrechen, um das es hier geht, waren jedoch nicht die Beneš-Dekrete, sondern die Veröffentlichung des Codex Judaicus/Zidovsky kodex vor achtzig Jahren, die den Juden aufgrund ihrer „rassischen" Identität ihre Menschen- und Bürgerrechte vorenthielt und es ihnen unmöglich machte, sich zu bilden und ein freies gesellschaftliches Leben zu führen. So wie die Slowaken es vier Jahre später mit den ungarischen und deutschen Bürgern taten – jetzt im Wissen um die Tragödie der Juden.

Außerdem wurde die ethnische Säuberung unter Benesch nicht gemäß einer imperialen ideologischen Forderung durchgeführt, wie es unter dem slowakischen Marionettenstaat Tiso der Fall war. Im Gegenteil: 1945 erhielt die Tschechoslowakei auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte trotz ihrer großen Bemühungen nicht das Mandat, die Ungarn in der Slowakei einseitig zu vertreiben, sondern nur die ungarisch-tschechoslowakische

Bevölkerung auszutauschen. Was damit nicht gelöst wurde, machten sie dadurch wett, dass sie die verbliebenen Ungarn zur Zwangsarbeit ins Sudetenland deportierten, ihnen den Gebrauch ihrer Muttersprache untersagten und ihre Schulen wegnahmen.

Unter Anwendung der hohen moralischen Standards der Erklärung der slowakischen Regierung zum jüdischen Kodex und unter Verwendung der Sprache dieser Erklärung können wir all dies zu Recht als Verbrechen bezeichnen, wie es László Kövér, der Präsident des ungarischen Parlaments, kürzlich bei der Einweihung des Somorja-Denkmals für die aufgrund der Beneš-Dekrete deportierten Ungarn und Deutschen getan hat. „Die Entmündigung, Demütigung und Vertreibung aus der Heimat ist noch immer eine unvollendete Geschichte in unserer Erinnerung und eine offene Wunde in unserer Seele. Der gemeinsame christliche Glaube der Ungarn und Slowaken und das gemeinsame Schicksal Mitteleuropas sowie das gemeinsame Interesse unserer Staaten verpflichten uns alle, die offenen Wunden unserer gemeinsamen Geschichte des 20. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert zu heilen."

Aber in Ermangelung eines gemeinsamen Glaubens, eines gemeinsamen Schicksals und eines gemeinsamen Interesses haben die slowakischen Politiker es bisher versäumt, die einfachen, aber klaren Worte zu sprechen, die sie als ihre moralische Pflicht gegenüber den verfolgten Juden betrachteten. Die wenig konfrontativen Worte des ungarischen Präsidenten lauteten: „Wir erwarten mit sanfter, aber unerschütterlicher Geduld Ihre Geste der Entschuldigung und Genugtuung für die Verbrechen, die an den Ungarn begangen wurden, um des Friedens willen für kommende Generationen".

Der slowakische Außenpolitiker Ivan Korčok reagierte darauf eher verärgert und wies die Idee, dass einer der höchsten öffentlichen Würdenträger Ungarns „seine eigene Lesart der Geschichte in der Slowakei präsentiert", entschieden zurück: „Wir erhalten ständig Botschaften und Vorträge aus Budapest über unsere gemeinsame Geschichte." Bratislava seinerseits hat das Buch der Vergangenheit geschlossen, aber wenn Vertreter des ungarischen Staates in der Öffentlichkeit über Themen sprechen, „die uns in das tragische 20. Jahrhundert zurückversetzen, schürt das nur negative Emotionen".

Krisztián Forró, der Vorsitzende der Ungarischen Gemeinschaftspartei (MKP) im „Hochland" (ung. Felvidék, ein Begriff, gegen den sich Korčok besonders vehement wehrte), gab eine treffende Antwort, indem er sagte, dass dieses Kapitel der Vergangenheit nicht einseitig abgeschlossen werden kann, da „der Schatten der kollektiven Schuld immer noch da ist, sogar auf unseren Kindern". Die Vergangenheit muss abgeschlossen werden, aber nicht, indem die strittigen Fragen unter den Teppich gekehrt werden. Denn nach den Worten von Péter Őry, Mitglied des MKP-Vorstands, wird das Ansprechen ungelöster Probleme und das Aufbegehren gegen deren Unterdrückung auch 2021 eine Provokation für die slowakische politische Elite darstellen.

György Gyimesi, ein ungarischer Abgeordneter der führenden slowakischen Regierungspartei OĽaNO, sagte, dass wir Ungarn an die gleiche moralische Genugtuung denken, die den Juden zuteil wurde; oder den Deutschen, bei denen sich das slowakische Parlament in einer Entschließung entschuldigte. Norbert Hegedűs, ein Journalist aus dem „Hochland", sagte, eine Entschuldigung bei den verfolgten Ungarn sei längst überfällig, koste nichts und sei eine wichtige Geste. Die Tatsache, dass das slowakische Parlament seit 1993 nicht in der Lage war, dies zu tun, ist ein Zeichen für die Kleinlichkeit der führenden Politiker des Landes. László Bukovszky, der Minderheitenbeauftragte der slowakischen Regierung, sagte, die slowakische und die ungarische Regierung sollten eine Erklärung zur gegenseitigen Versöhnung verabschieden, die seit mehr als zwei Jahrzehnten

aufgeschoben wurde. „Dieses Thema sollte auf eine professionelle Basis gestellt werden. Lassen wir den Historikern ihren Raum“, fügte er hinzu.

Es ist eine historische Tatsache, dass das Gesetz, das die Deportation der slowakischen Juden am 15. Mai 1942 anordnete, vom Parlament in Bratislava fast einstimmig verabschiedet wurde. Nur ein Abgeordneter stimmte dagegen, Graf János Esterházy, ein Vertreter der in der Slowakei verbliebenen ungarischen Minderheit, mit den Worten: „Als Ungar und Christ und als Katholik halte ich den Vorschlag für pietätlos und unmenschlich“. Dieser Mann, der sich nicht 80 Jahre später, sondern zum Zeitpunkt der Entscheidung moralisch verpflichtet fühlte, den Codex Judaicus zu verurteilen, wird vom slowakischen Staat immer noch als Kriegsverbrecher betrachtet… Hier beginnt der professionelle Diskurs.

Der Autor, István Krómer, ist Journalist.

Quelle: Magar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

U n g a r n

12) Erdgasstreit: Das ungarische Außenministerium bestellt den ukrainischen Botschafter ein

28. 09. 2021



Péter Szijjártó, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel · *Foto: MTI / Zsolt Szigetváry*

„Wir halten es für eine Verletzung unserer Souveränität, dass die Ukraine die sichere Gasversorgung Ungarns verhindern will. Wir werden dagegen vor Gericht gehen und haben den ukrainischen Botschafter am Dienstag ins ungarische Außenministerium gebeten“, erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó auf seiner Social-Media-Seite.

In seinem Beitrag erinnerte Szijjártó daran, dass am Montag der Vertrag mit Gazprom unterzeichnet wurde, der die Gasversorgung Ungarns für die nächsten fünfzehn Jahre garantiert.

„Dies ist ein großer Erfolg, denn zum einen ist in der heutigen unsicheren Welt alles, was Vorhersehbarkeit bietet, von großem Wert, und zum anderen haben wir uns auf eine Preisformel geeinigt, die die langfristige Nachhaltigkeit der Ergebnisse der Gaspreissenkungen sicherstellt“, so der Minister.

Er fügte hinzu:

Die Entscheidung der ukrainischen Regierung, den Vertrag bei der Europäischen Kommission anzufechten, ist jedoch zutiefst empörend.

Der Minister stellte in seinem Beitrag klar, dass „es die Ukrainer nichts angeht, mit wem wir übereinstimmen und was wir mit wem vereinbaren“. Wir halten es für eine schwerwiegende Verletzung unserer Souveränität und unserer nationalen Sicherheitsinteressen, dass sie die sichere Versorgung unseres Landes mit Gas, die Beheizung der Häuser der ungarischen Bevölkerung und den Betrieb der Industrie verhindern wollen.

Szijjártó bezeichnete den Schritt der ukrainischen Seite als unfreundlich nach all der Unterstützung, die die Ukraine bisher von Ungarn erhalten hat, z. B. in Form von Beatmungsgeräten, medizinischer Ausrüstung, Versorgung von Soldaten, Ferienaufenthalten für Kinder und Finanzierung von Investitionen.

Der Versuch, unsere Souveränität zu verletzen, wird ins Leere zielen, und der ukrainische Botschafter wurde nun ins Außenministerium einbestellt

- schrieb der Leiter des Außenministeriums auf seiner Facebook-Seite.

Quelle: Magyar Nemzet

Nachdem das ungarische Außenministerium den ukrainischen Botschafter in Budapest einbestellt hat, hat das Außenministerium in Kiew reagiert und seinerseits den ungarischen Botschafter einbestellt, um die ukrainische Seite über den Standpunkt Ungarns zum Gasgeschäft mit dem russischen Gaskonzern Gazprom vom Montag zu informieren, sagte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, Oleh Nikolenko, am Dienstag gegenüber dem ukrainischen Fernsehen RBK-Ukraine.

RBK-Ukraine erinnerte auch an die Ansicht Kiews, dass russische Gaslieferungen nach Ungarn unter Umgehung der Ukraine „die nationale Sicherheit der Ukraine und die Energiesicherheit Europas untergraben“ und dass das Abkommen den ukrainisch-ungarischen Beziehungen einen schweren Schlag versetze.

Am Dienstagmorgen zitierten Kiewer Medien den ukrainischen Außenminister Dmitro Kuleba, der dem ukrainischen Fernsehsender ICTV sagte, Ungarn habe den ungarisch-ukrainischen Beziehungen einen Schlag versetzt, indem es die ukrainische Gaspipeline nach der Unterzeichnung eines Abkommens mit Gazprom vom russischen Gasversorgungssystem ausgeschlossen habe. Der Minister erklärte, die Ukraine werde angemessen reagieren.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Orbán: Jede neue Kirche ist ein Bollwerk im Kampf für die Freiheit und Größe der Nation

26. 09. 2021



Ministerpräsident Viktor Orbán spricht bei einem Festgottesdienst anlässlich der Einweihung der reformierten Kirche der Einheit in Pesterzsébet - *Foto: MTI/Zoltán Máthéminiszterelnök beszédet mond az ünnepi istentiszteleten a pesterzsébeti református Összetartozás-templom felszentelésén 2021. szeptember 26-án. MTI/Máthé Zoltán*

Die Ungarn können nur als Christen überleben, und jede neue Kirche ist eine Bastion im Kampf für die Freiheit und Größe der Nation, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán am Sonntag bei der Einweihung der reformierten Kirche der Einheit in Pesterzsébet.

In seiner Begrüßungsansprache beim Gottesdienst sagte der Ministerpräsident, dass „wir Ungarn seit tausend Jahren eine kirchenbildende Nation sind“. Er sagte jedoch, dass wir heute in anderen Zeiten als zur Zeit des heiligen Stefan leben: Es gibt heute nicht mehr kirchenbildende Nationen in Europa als damals, sondern immer weniger.

Er sagte: Westeuropa befindet sich heute in einer Phase der „kulturellen und zivilisatorischen Dislokation und des Ungleichgewichts“, die große historische Rolle und Mission, die die christlich-christliche europäische Zivilisation in den letzten 500 Jahren gespielt hat, wird jetzt geschwächt und zerfällt. Westeuropa hat sein Sendungsbewusstsein, sein kulturelles und geistiges Erbe aufgegeben, es hat seine Zukunft einfach weggeworfen.

„Ich muss daran denken, wie oft sie versucht haben, die Menschen so weit zu bringen, dass sie keine Kirchen mehr bauen, sondern nur noch Moscheen“, sagte er.

Gleichzeitig betonte er, dass die Ungarn den seit tausend Jahren eingeschlagenen Weg „weder verlassen noch abdriften“ wollen, was aber möglich ist, wenn sie erkennen, dass der Staat und die Kirchengemeinschaften zusammenarbeiten müssen.

Er erinnerte den Ministerpräsidenten daran, dass diese Zusammenarbeit auch durch das Grundgesetz sanktioniert wird, in dem es heißt, dass der Schutz der verfassungsmäßigen Identität und der christlichen Kultur Ungarns die Aufgabe aller Staatsorgane ist. In einer auf christlichen Grundlagen beruhenden Demokratie habe der Staat nicht nur die Aufgabe, sondern auch die Pflicht, Verantwortung für die traditionellen Gemeinschaften zu übernehmen, von der Familie über die Kirchengemeinden bis hin zur Nation.

„Unsere Geschichte lehrt uns, dass die Ungarn nur als Christen überleben können. Ein Land mit Grenzen, aber einer grenzenlosen Seele: das ist Ungarn. Wir sind nicht nur eine kirchenbildende Nation, sondern um zu überleben, müssen wir eine kirchenbildende Nation sein. Jede neue Kirche ist ein Bollwerk im Kampf für die Freiheit und Größe der Nation“, sagte er.

Aus diesem Grund seien seit 2010 150 neue ungarische Kirchen in Ungarn und in den von Ungarn bewohnten Gebieten des Karpatenbeckens gebaut; mehr als dreitausend Kirchen in Ungarn und im Ausland sind erneuert worden, so der Ministerpräsident weiter.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Viktor Orbán hat die Europäische Kommission schachmatt gesetzt: Er kommt auch ohne NRRP-Gelder gut zurecht

Von Sabina Popescu

24. 09. 2021



Viktor Orbán · *Bildquelle: BZ*

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán geht keine Kompromisse aus politischen Gründen ein. Er kündigte an, dass Ungarn „unabhängig von den Maßnahmen Brüssels" über eine ausreichend starke finanzielle Basis verfüge, um alle Projekte in Angriff zu nehmen, die seine Bürger angesichts der durch die COVID-19-Pandemie verursachten Krise benötigen.

Viktor Orbán kann ohne Geld der Europäischen Kommission auskommen: „Günstige, vielleicht noch nie dagewesene Bedingungen

Sollte die von Viktor Orbán geführte Regierung „aus politischen Gründen" die Gelder aus dem NRRP der Europäischen Kommission nicht erhalten, werde Ungarn die fehlenden Mittel auf den internationalen Märkten im Alleingang beschaffen, kündigte der ungarische Premierminister an.

Ungarns Finanzminister habe dieses Problem „auf brillante Weise" gelöst und Geld durch einen Kredit beschafft, „dessen Bedingungen in einer vielleicht beispiellosen Weise günstig sind", sagte Viktor Orbán laut flux24.

Die Ankündigung erfolgt inmitten der Spannungen zwischen der Europäischen Kommission und Ungarn wegen des von Viktor Orbán verabschiedeten und unterstützten LGBT-feindlichen Gesetzes. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat erklärt, dass er nicht beabsichtigt, Finanzmittel der Europäischen Kommission anzunehmen, wenn diese an die Förderung von Pro-LGBT-Gesetzen geknüpft sind.

Ungarn wird EU-Gelder zugunsten des Schutzes ungarischer Bürger ablehnen

Viktor Orbán ist nicht bereit, die von der Europäischen Kommission im Rahmen des Nationalen Konjunkturprogramms zur Verfügung gestellten Mittel anzunehmen, wenn diese

von der Verabschiedung von Gesetzen abhängig gemacht werden, die „Informationen über Homosexualität einschränken“.

Ungarn soll von den EU-Beamten rund 7,2 Milliarden Euro im Rahmen des NRRP erhalten, aber Viktor Orbán weigert sich, das Geld anzunehmen, wenn es von der LGBT-Förderung abhängt.

Die EU-Beamten haben die NRRP mehrerer EU-Länder genehmigt, nicht aber von Ungarn, das Gegenstand eines Berichts von EU-Beamten ist, der als Instrument zur Nichtgenehmigung der dem Land zugesagten EU-Mittel dienen könnte.

Die Europäische Kommission hat sich nicht ausdrücklich dazu geäußert, dass die Nichtgenehmigung des NRRP durch Ungarn etwas mit dem von ungarischerSeite verabschiedeten Anti-LGBT-Gesetz zu tun hat. Laut dem ungarischen Dekret verzögert die Europäische Kommission hingegen die Genehmigung des NRRP „wegen der politischen Ablehnung der nationalen Kinderschutzgesetze“.

Ungarn wird nur ein Abkommen akzeptieren, in dem „die Europäische Kommission Ungarn keine Bedingungen auferlegt, die nicht auch für andere Mitgliedstaaten gelten“.

Quelle: Evz.rom

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Das Ungarn-Bild in Deutschland 1990–2021

Von Zsolt K. Lengyel

22. 09. 2021



Viktor Orbán und Angela Merkel · *Bildquelle: corvinak.hu*

Ungarn ist in den meinungsbestimmenden Medien Deutschlands nicht wohlgelitten. Die ungarische Demokratie muss sich seit rund einem Jahrzehnt vorwerfen lassen, in eine Diktatur abzugleiten oder bereits in einem Unrechtssystem angekommen, jedenfalls fremdenfeindlich zu sein. Die Wurzeln dieses Vorwurfs reichen in die Anfangsjahre des politischen Umbruchs vor gut drei Jahrzehnten zurück. Das heutige Bild vom diktatorischen Ungarn soll die ideologischen und parteipolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland und in der Europäischen Union im linksliberalen Sinne beeinflussen.

Die Verquickung der Berichterstattung mit machtpolitischen Interessen wurde im Zuge der Wahlen zum Europäischen Parlament sowie der ungarischen Kommunalwahlen 2019 immer stärker. **Der überwiegende Teil der deutschen Medien drückt heute der ungarischen Opposition die Daumen, will also zum Sturz Viktor Orbáns beitragen**. Daher wird bis zu den ungarischen Parlamentswahlen 2022 die Ideologisierung des deutschen Ungarn-Bildes wohl weiter zunehmen – auf Kosten des Qualitätsjournalismus.

1. Der Meinungsumschwung

Es ist ein eigenartiges Phänomen der jüngeren deutsch-ungarischen Beziehungsgeschichte, dass die wohlwollende Betrachtung Ungarns in der späten Kádár-Ära ausgerechnet zu dem Zeitpunkt erste Kratzer bekam, als das Land in die Demokratie aufbrach. Um 1990 tauchte ein neues Element im Ungarn-Bild der deutschen Publizistik auf: Die junge ungarische Demokratie geriet zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Im Hintergrund ereignete sich der **seit dem ersten Viertel des 20. Jahrhunderts traditionelle innerungarische Kulturkampf zwischen zwei geistigen Strömungen, die sich in ein linksliberal-rechtskonservatives Raster einfügten und in das konfliktbeladene jüdisch-christliche Verhältnis mit jeweils ausgeprägten Identitätsmerkmalen eingebettet waren und wohl auch noch sind.** Jene ungarische Elite, aus der sich im jungen Mehrparteiensystem die Linke aufstellte, meldete einen Alleinvertretungsanspruch auf den Liberalismus an. Zugleich lehnte sie den nationalen Gedanken nicht nur für sich selbst ab, sondern warf dessen Verfechtern Rückwärtsgewandtheit vor und sprach ihnen die Demokratietauglichkeit ab. Im Gegenzug wurde ihr vorgeworfen, anational, ja sogar antinational zu sein.

2. Die Voraussage erfüllt sich

Das Bild vom Nationalismus und Antisemitismus in Ungarn entstand seit den frühen 1990er Jahren durch den einseitigen Eingriff der deutschen Medien in den ungarischen Kulturkampf. Schon ab 2009 verbreitete sich in den Printmedien die Voraussage des Abweges der ungarischen Demokratie in die Diktatur. Die Prophezeiung ist dann ab Frühjahr 2010 für die Mehrheit der in der ersten Presseöffentlichkeit maßgeblichen deutschen Publizisten wahr geworden. Die herausgehobene Reizfigur der deutschen politischen Journalistik, der ungarische Ministerpräsident ist erst zeitversetzt, gleichsam schrittweise in jene Streitbereitschaft hineingewachsen, die deutsche Korrespondenten und Kommentatoren sowie Politiker in Berlin, Brüssel und Straßburg ihm gegenüber schon um 2010 bezeugt hatten.

Die im Spätsommer 2015 eskalierte **Flüchtlings- und Migrantenkrise hat die Neigung der deutschen Journalistenzunft weiter gestärkt, dem politischen und kulturellen Ungarn Xenophobie vorzuwerfen, ja Fremdenfeindlichkeit als Strukturmerkmal der ungarischen Diktatur zu bezeichnen.** Die abfälligen Beurteilungen sind seit Jahren im Bogen **von Antisemitismus über Antiziganismus, großungarischen Nationalismus, Muslimfeindlichkeit und seit jüngerem Homophobie** so dicht und so tief angelegt, dass

d**as Gesamtbild auch dann negativ bleibt**, wenn sich der eine oder andere Vorwurf als haltlos erweist. **Das Verdikt stellt** hauptsächlich das politische System Ungarns in der **„Orbanokratie" an den Pranger, bezieht aber immer wieder die gesamte Gesellschaft Ungarns mit ein**. Zwei allgemeine Merkmale der journalistischen Rundumschläge waren schon zu Beginn der 2010er Jahre die Personifizierung des Übels in der Gestalt eines einzigen Mannes, nämlich Viktor Orbáns, und die Vernetzung einzelner Ausdrucksformen eben jenes Übels.

3. Die Sprache der Abweisung

Brandmarkungen historischer Konnotation waren in der deutschen Ungarn-Berichterstattung der vergangenen zehn Jahre **Sprachmittel zur Verurteilung des Landes**. Verbale Derbheiten gaben auch aktive Politiker aus dem linken Spektrum von sich. Bald wurde es zum Brauch, den Vorwurf des **in Ungarn neugeborenen Nationalismus mit dem Adjektiv *völkisch* aus dem Vokabular des rassistischen Konzepts zu untermauern.** Gerne ziehen deutsche Publizisten **Parallelen zwischen „Orbanistan" und dem Dritten Reich**, etwa im Zusammenhang mit der Familienpolitik Budapests, die als „Fortpflanzungspakt" an die „NS-Zeit" erinnern würde.

Für die Kennzeichnung der Stellung des ungarischen Regierungschefs wurde und wird auch der in deutscher Sprachform **diskreditierende Begriff „Führerdemokratie" verwendet**. Ähnlich unsäglich klingt gerade in deutschen Ohren „***Fidesz über alles"*, der Titel eines Artikels über die Partei Orbáns, der vom **Anlass der Verabschiedung der neuen Verfassung Ungarns 2011** in der Die Welt erschienen war. Aus der Reihe der verbalen Derbheiten ragen einige Begriffe heraus, so „***Schandfleck" Europas,*** „*Wertezersetzung"* durch Viktor Orbán, zugleich die Forderung, ***„diesen Wertetumor zu neutralisieren".*** Milder klingt im Vergleich zu der im Deutschland der 1930er Jahre missbrauchten Krebsmetapher die ***„kranke Demokratie"*** Ungarns, die von „***Viktor Orbáns Virus"*** befallen sei.

2011, 2012 und 2015 stellten Karikaturen in der Süddeutschen Zeitung in mehreren Sprachen – und auch online – Ungarn als Neandertaler an der Tür Europas dar,

als Staat, dessen Regierungschef Nachhilfe in Demokratie nehmen müsse, und als Gemeinwesen, das von Nationalstolz volltrunken sich abschotte.

4. Der imaginäre Hebel in den nationalen und internationalen Machtkämpfen

Das journalistische Bild vom autoritären bis diktatorischen Ungarn ist in der jüngsten Vergangenheit zum imaginären Hebel geworden: Es soll parteipolitische Auseinandersetzungen in Deutschland und in der Europäischen Union beeinflussen. Immer wieder formulierten Presseleute vorab Festlegungen für die politische Szene, wie sie selbst von der politischen Klasse wiederholt auch als Sprachrohr verwendet wurden. Diese Verquickung mit machtpolitischen Interessen hat infolge der Wahlen zum Europaparlament und der ungarischen Kommunalwahlen 2019 sowie durch Positionierungen für die 2021 in Deutschland und 2022 in Ungarn bevorstehenden Bundestags- beziehungsweise Parlamentswahlen einen neuen Höchststand erreicht.

Die für die ungarische Opposition im Europäischen Parlament gewonnen Sitze sind ein Garant dafür, dass ungarische Innenpolitik in erheblichem Maße in Straßburg und in Brüssel stattfindet, wo sich die Gegner der Orbán-Regierung der Vermittlungshilfe deutscher Medien sicher sein können.

Das Ungarn-Bild in Deutschland entsteht heutzutage, wie bereits zu Beginn der 1990er Jahre, in nennenswertem Maße in Ungarn.

Der deutsch-französische Kultursender **Arte TV** strahlte am Vorweihnachtstag **2020** erstmals die umfangreiche Dokumentation „***Hallo, Diktator. Orbán, die EU und die Rechtsstaatlichkeit“*** aus. Dieser als investigativ aufgemachte **Werbefilm für einen 2019 gewählten deutschen Europaabgeordneten der Grünen**, gedreht auch in Budapest, legt alle Skrupel vor einer **parteipolitischen Propaganda** ab.

5. Die deutsche Maske des Regenbogens

Die deutschen Medien haben in ihrem Kampf für die ungarische Demokratie im Frühsommer dieses Jahres ein neues Kapitel aufgeschlagen. **Im Juni 2021 verkündeten sie, dass die Homo- und die Transsexualität ein europäischer Wert sei, der in Ungarn mit Füßen getreten werde.** Die Regenbogen-Beleuchtung der Münchener Allianz Arena beim Fußballländerspiel Deutschland–Ungarn wurde in trauter Kooperation zwischen einem grünen Stadtrat und dem SPD-Oberbürgermeister geplant.

Die anschließende Kampagne gegen das homophobe Ungarn entfaltete durch die gegenseitige Bedingtheit des deutschen und des ungarischen Wahlkampfes eine Explosivität, die selbst die Intensität des üblichen deutschen Ungarn-Bashings übertraf.

Sie förderte aber zugleich – erstmals seit vielen Jahren – auch selbstkritische Stimmen im rechten wie linken Spektrum des tonangebenden deutschen Journalismus zutage. Ein Artikel warf der „Politik für die eigene Erleuchtung“ vor, **ihr Mitgefühl für die betroffene community nur zu heucheln.** Selbst im linken Berliner Tagesspiegel zeigte sich der Korrespondent der Chefredaktion vom „Kampf zwischen Gut und Böse“ befremdet. Er war bestürzt über den Versuch, „moralische Überlegenheit“ gegenüber „angeblich rückständigen EU-Partnern“ vorzuführen, und betroffen von der Inszenierung eines „Aufrufs zu Toleranz“, der jedoch ein ganzes Land moralisch anklage, „Nation gegen Nation“ stelle. Ein Autor von Tichys Einblick nahm aus anderer politischer Perspektive ebenfalls „***deutsche Überheblichkeit***“ in der Pressekampagne wahr, bei der es “***offensichtlich nicht um die Rechte von Schwulen und Lesben, sondern einzig und allein wieder einmal darum gehe, dass die Deutschen die besten sind“.***

6. Das Feindbild

Nach einer verbreiteten Lesart sei die Verantwortung für die seit 2010 zunehmende Schroffheit der Ausdrucksweise und die Grobheit der Bewertungen letztlich einer Person zuzuschreiben.

Im Visier steht Viktor Orbán.

Schlüsselmoment für seine anhaltende **Dämonisierung ist seine Rede im Juli 2014 über die „illiberale Demokratie“,** die über die Jahre vor allem politische Gegner zu seiner Abqualifizierung verwendet haben. Auf der gemeinsamen Budapester Pressekonferenz am 2. Februar 2015 wandte auch Angela Merkel kritisch ein, dass der christdemokratische Wortschatz für sie neben sozial und konservativ auch liberal beinhalte.

Die Standpunkte der Kanzlerin und des ungarischen Ministerpräsidenten sind seither im Wesentlichen unverändert geblieben. Der Ministerpräsident sicherte zwar in einer programmatischen Rede vom Frühherbst 2020 die Unverletzlichkeit von Rechtsstaat und

Menschenrechten zum ungezählten Male zu, er umriss dafür aber – wie 2014 – den Bezugsrahmen einer illiberalen Demokratie. So liegt der Bann der deutschen Kanzlerin, somit auch der maßgeblichen deutschen Medienlandschaft nach wie vor über dem Reizwort, mit dem **Orbán 2014 nicht den Vorsatz zu antidemokratischen Beschränkungen oder gar zur diktatorischen Einschränkung von Freiheitsrechten ausdrückte,** deren er seither geziehen wird. **Das Ungarn-Bild bildet jedenfalls die persönliche Fehde zwischen den Spitzen der beiden Regierungen getreu ab**.

7. Die Besseren

Der publizistisch-politische Streit mit Ungarn wird im Kern vom Dilemma zwischen der repräsentativen Demokratie, die in Ungarn mit dem direktdemokratischen Instrument des Volksentscheids angereichert ist, und dem europäischen Gemeinschaftsrecht getragen.

Vordergründig verläuft der Graben zwischen der als fremdenfeindlich abgestempelten rechten und der linksliberalen Demokratie, die sich als einzige Sachwalterin des Europäertums begreift.

Diesem Gegensatzpaar entspricht die Kluft zwischen z**wei politischen Idealgebilden**: dem **Europa der Nationen und den Vereinigten Staaten von Europa.**

Mit den nimmermüden Rückverweisen auf europäische Werte hat sich der Liberalismus unserer Tage in weiten Teilen der Gesellschaft mit dem Nimbus einer angeblichen Höherwertigkeit versehen, der im Wettbewerb mit dem Selbstbehauptungswillen der Nationen und Nationalstaaten **die Missbilligung Ungarns in der medialen und politischen Öffentlichkeit rechtfertigen soll.**

8. Die ungarische Rolle in der deutschen Vergangenheitsbewältigung

Der um 2010 geöffnete Kreis der v**erbalen Brandmarkungen „Orbánistans**“ hat sich **auf der Deutschen Welle** im Februar 2021 auf besondere Weise geschlossen.

*Die Reportage „**Orbán baut Budapest um“** stellt anhand ausschließlich oppositioneller Aussagen die großangelegten Restaurationsarbeiten in der ungarischen Hauptstadt auf der Burg und auf dem Kossuth-Platz als „Machtarchitektur“*

zur Befriedigung der **Sehnsucht nach der Zwischenweltkriegs-** und Weltkriegszeit unter Reichsverweser Miklós Horthy dar, **die der jüdischen Bevölkerung im heutigen Budapest die Angst** vor einer erneuten Deportation einjage. Hervorstechendes Merkmal dieser Anschuldigung ist der gegenseitige Missbrauch von Machern und ungarischen Gestaltern des Films. Die ungarische Seite lässt sich in die Bewältigung deutscher Vergangenheit, die deutsche in den innerungarischen Wahlkampf einspannen. Die zahlreichen und größtenteils ablehnenden Kommentare zu dieser manipulativen Auslegung auf YouTube veranschaulichen beispielhaft die in der Regel kritische Einstellung der zweiten und dritten Medienöffentlichkeit zur stromlinienförmigen Berichterstattung.

9. Die Bildungskrise des deutschen politischen Journalismus

Das unversöhnliche deutsche journalistische Befremden gegenüber Strukturen und Entwicklungen in Ungarn erklärt sich einerseits aus praktischen und parteipolitischen Gründen. Z**ur sprachlich bedingten Unkenntnis oder Teilkenntnis von Einzelheiten des Gegenstandes gesellt sich die einseitige Auswahl der Informationsquellen.**

Die meinungsführenden deutschen Medien verfolgen offenkundig das Ziel, zum Sturz von Viktor Orbán beizutragen.

Die parteiischen Darstellungen gehen einem rationalen Austausch von Argumenten und Gegenargumenten aus dem Weg, lassen einen Diskurs mit gegenteiligen Standpunkten gar nicht erst zu. **Anstatt Tatsachen zu erschließen, zu analysieren und zu vermitteln, betreiben sie im Thema Ungarn vornehmlich Stimmungsmache**. So sind sie in eine fachliche Bildungskrise hineingeschlittert.

Andererseits entspringen Polemik und Tonfall der in den deutschen Medien mehrheitlichen Meinungsrichtung aus der Ignoranz gegenüber der ideellen Gemütslage eines Volkes, das geschichtsbewusster als das gegenwärtige deutsche ist. In Ungarn ergab sich aus der **vor drei Jahrzehnten erlangten nationalstaatlichen Unabhängigkeit eine Aufwertung des im anationalen und atheistischen Kommunismus verpönten Patriotismus, der auf Vaterlandsliebe beruht** und eben kein aggressiv ausgrenzender Nationalismus ist, wie ihn deutsche Beobachter zu diffamieren pflegen.

Der Konflikt findet letzten Endes zwischen einer kollektivistischen und einer individualistischen Nationsanschauung statt.

Dabei liegt eine besondere Erschwernis darin, dass sich die ungarische und die deutsche Nationskonzeption in jüngerer Zeit asynchron entwickelt, jeweils versteift, somit voneinander entfernt haben. An ihren ideologischen Rändern nehmen die beiden Seiten aber das gleiche Phänomen ins kritische Visier: die liberale Nation.

Analog zur Logik des innerungarischen Kulturkampfes bestehe für die deutsche Linke zwischen liberaler Ordnung und nationalen Interessen ein Gegensatz, während **für Teile der ungarischen Rechte Ungarn mit seiner national begründeten Staatsräson den Liberalismus ablehnen müsse.**

10. Ist eine Versachlichung möglich?

Die liberaldemokratische Unerbittlichkeit gegenüber dem „Orbán-Regime“ hat mit ihrer langen Dauer sowie breiten Fächerung **einen Imageverlust verursacht, der in der deutschen Gesellschaft Sympathien, die Ungarn und Magyaren noch verblieben sind, immer mehr gefährdet.** Auch im Ungarn-Narrativ der kulturell-wissenschaftlichen Kreise haben sich Mutmaßungen als Gewissheiten eingenistet, die nicht hinterfragt zu werden brauchen und inzwischen Dogmenstatus einnehmen. **So sprechen Meinungsmacher in der deutschen Historiografie Nationsentwürfen die Demokratiefähigkeit ab, wenn sie sich politisch und ethnisch-kulturell zu begründen wünschen und deshalb auf der Praxis ihrer staatlichen Souveränität bestehen.**

Es steht zu hoffen, dass auf der politischen Ebene die deutsch-ungarischen Spannungen abnehmen, und die deutsch-ungarische Wiederannäherung zeitnah auch im gesellschaftlichen Bereich möglich ist. Doch selbst für diesen Fall wäre noch eine anspruchsvolle Aufgabe zu bewältigen.

Es sollte ein verborgener Schatz gehoben werden: ***der europäische Wert der Gleichrangigkeit.***

Was in Deutschland richtig ist, das muss es nicht auch in Ungarn sein – und umgekehrt. Daher bietet es sich an, **die regionalen Eigenarten sehr wohl zu würdigen.** Es weckt womöglich neues Vertrauen, wenn die beteiligten Seiten es unterlassen, das eigene

Gedankensystem in allen Belangen für überlegen zu halten. **Wenn sie ihren freien Willen gegenseitig anerkennen, dann wären sie auch frei, einander als gleichberechtigt zu betrachten.** Das urliberale Prinzip der toleranten Freiwilligkeit könnte – wenn es denn geraten ist –, dem schwächeren europäischen Akteur erleichtern, zu Lasten eigener Wahrheiten mit Augenmaß einzulenken, und den stärkeren ermutigen, mit maßlosen Anklagen aufzuhören.

Der Autor, Dr. phil. habil. Zsolt K. Lengyel, ist ungarisch-deutscher Historiker und Politologe (Universität Regensburg) sowie MCC visiting fellow.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CORVINAK.HU und danach in deutscher Übersetzung bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Viktor Orbán: „Was Brüssel tut, ist Verrat“

21. 09. 2021



Viktor Orbán am ersten Tag der Herbstsitzung des Parlaments · *Fotó: MTI/Koszticsák Szilárd*

Viktor Orbán erklärte am ersten Tag der Herbstsitzung des ungarischen Parlaments, dass die Balkan-Migrationsroute wieder einmal überfüllt sei und dass Soros-NGOs weiterhin Migranten unterstützen.

„Brüssel und Berlin schießen Ungarn ständig in den Rücken, weil es sich gegen die Migration wehrt, aber wir werden nicht nachgeben und die Grenzen trotz des politischen Drucks schützen“, so der Ministerpräsident.

„Was Brüssel tut, ist Verrat.“

Der Ministerpräsident bezeichnete die Migrationsdebatte als Verrat an Europa und fügte hinzu, dass die Migrationsdebatte die europäische Einheit auseinander reiße.

Orbán betonte:

„Brüssel hat unser Land angegriffen, weil wir keine sexuelle Propaganda im öffentlichen Unterricht und in den Medien zulassen.“

Brüssels Forderungen seien absurd und widersprächen der ungarischen Auffassung, dass die sexuelle Erziehung der Kinder in der Verantwortung der Eltern liege, erklärte der Ministerpräsident.

„Unsere Position ist klar: Wir werden dem Druck nicht nachgeben, und das ungarische Volk wird bei dem Referendum das letzte Wort haben.“

Die Menschen seien empört darüber, dass Brüssel sie bereits erpresse und die Meinung des ungarischen Volkes nicht hören wolle.

„In unserem Land entscheidet das Volk über Migration und Kinderschutz, aber in Westeuropa entscheidet nicht das Volk, sondern die Elite. Was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anbelangt, sollte jeder vor der eigenen Tür kehren“, so Orbán.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Budapest: Die „vertriebene“ Soros-Universität

Von Viktor Orbán

20. 09. 2021



Viktor Orbán · *Bildquelle: Ungarnreal*

Die Zeit ist aus den Fugen! Man hielt **eine Konferenz** in der Innenstadt von Budapest ab, und zwar **im Gebäude der CEU, in der Nádor Straße.** Seit Jahren höre ich von liberalen Politikern und den sie unterstützenden Medien, dass die ungarische Regierung die Universität schließen ließ und sie aus Budapest vertrieben hat.

Laut den Pressenachrichten gab es am 16. und am 17. September auf dem Budapester Campus der Central European University, eine für die Presse öffentlich zugängliche internationale Konferenz, an der auch herausragende Vertreter des liberalen akademischen und politischen Lebens teilnahmen. Wie konnte das alles geschehen? Auf die Weise,

dass jene, die bisher mit der Schließung der Universität Kampagne gemacht haben, offensichtlich nicht die Wahrheit gesagt haben.

Wir, Ungarn, sind nicht überrascht, denn wir wissen, wie ***George Soros*** und sein Team arbeiten. Der ungarische Spekulant hat es immer verstanden, d**as Auftreten gegen seine geschäftlichen Unternehmungen so erscheinen zu lassen, als wäre das eine schreckliche gesellschaftliche Ungerechtigkeit oder wären dies gerade gegen seine Person gerichtete bösartige, antisemitische Angriffe.** Doch was mochten jene renommierten Forscher, Politiker und Intellektuelle gedacht haben, die auf der Konferenz erschienen waren und dort vortrugen? Wie sie wohl ihren Auftritt an der Universität mit der Lüge in Einklang brachten, die CEU sei durch die ungarische Regierung aus Budapest vertrieben worden? **Was empfinden wohl diese Wissenschaftler, Experten, Politiker**

jetzt, die ihre ganze fachliche Glaubwürdigkeit verloren haben, weil sie auf die durch George Soros und sein globales Netzwerk verbreitete Lüge hereingefallen sind? Peinlich, sehr peinlich. Vielleicht sollte man auch hierüber eine Konferenz auf dem Budapester Campus der CEU veranstalten.

Ungarn wird im Zusammenhang mit der Soros-Universität aus dem Grund attackiert, weil es nicht zuließ, dass der Spekulant und Milliardär auch weiter seine Macht missbrauchte. In den ’90-er Jahren erließ der treue Verbündete von Soros, ***Bálint Magyar,*** der Bildungsminister der liberal-exkommunistischen Regierung eine Regelung, die gegenüber den ungarischen Universitäten **der Soros-Universität einen unbegründeten Wettbewerbsvorteil garantierte.** Wir haben diese Rechtslücke geschlossen und angeordnet,

dass alle in Ungarn ins Leben gerufenen ausländischen Universitäten entsprechend der gleichen Bedingungen arbeiten und die Rechtsvorschriften einhalten sollen.

Alle Universitäten haben ohne Probleme die juristischen Voraussetzungen erfüllt. Es gab eine einzige Ausnahme: die Soros-Universität. Für ihren Gründer zahlte es sich nämlich besser aus, unnötig um Hilfe zu rufen, **eine internationale Kampagne gegen Ungarn zu organisieren**, als die erlangten Privilegien aufzugeben.

Eine Lüge führt nur zur anderen.

Möge hier die Topliste der größten Lügnerinnen und Lügner sowie der Lügen stehen.

- ***Guy Verhofstad***t schrieb über eine „*ganz Europa betreffende Schan*de”.
- ***Judith Sargentini*** sagte in einem selbstproduzierten Kurzfilm: *Die CEU sei vertrieben worden.*
- Und der durch die **Europäische Kommission** angefertigte Länderbericht 2020 schreibt: ***„Die CEU hat ihre wissenschaftliche Tätigkeit in Ungarn beendet.”***

Es ist die Schande der gesamten EU, dass die angesprochenen, faktisch falschen Behauptungen als Grundlage von juristischen Verfahren der EU dienen.

Quo vadis Europa?

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Ungarisches Original: www.miniszterelnok.hu/az-eluldozott-egyetem

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Viktor Orbán: „Was Brüssel tut, ist Verrat“

21. 09. 2021



Viktor Orbán am ersten Tag der Herbstsitzung des Parlaments · *Fotó: MTI/Koszticsák Szilárd*

Viktor Orbán erklärte am ersten Tag der Herbstsitzung des ungarischen Parlaments, dass die Balkan-Migrationsroute wieder einmal überfüllt sei und dass Soros-NGOs weiterhin Migranten unterstützen.

„Brüssel und Berlin schießen Ungarn ständig in den Rücken, weil es sich gegen die Migration wehrt, aber wir werden nicht nachgeben und die Grenzen trotz des politischen Drucks schützen“, so der Ministerpräsident.

„Was Brüssel tut, ist Verrat.“

Der Ministerpräsident bezeichnete die Migrationsdebatte als Verrat an Europa und fügte hinzu, dass die Migrationsdebatte die europäische Einheit auseinander reiße.

Orbán betonte:

„Brüssel hat unser Land angegriffen, weil wir keine sexuelle Propaganda im öffentlichen Unterricht und in den Medien zulassen.“

Brüssels Forderungen seien absurd und widersprächen der ungarischen Auffassung, dass die sexuelle Erziehung der Kinder in der Verantwortung der Eltern liege, erklärte der Ministerpräsident.

„Unsere Position ist klar: Wir werden dem Druck nicht nachgeben, und das ungarische Volk wird bei dem Referendum das letzte Wort haben.“

Die Menschen seien empört darüber, dass Brüssel sie bereits erpresse und die Meinung des ungarischen Volkes nicht hören wolle.

„In unserem Land entscheidet das Volk über Migration und Kinderschutz, aber in Westeuropa entscheidet nicht das Volk, sondern die Elite. Was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anbelangt, sollte jeder vor der eigenen Tür kehren“, so Orbán.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Ungarn schmiedet internationale Pro-Familien-Allianz.

Familienfreundliche Kräfte aus ganz Europa treffen sich zum 4. Demografiegipfel in Budapest

Von Balázs Molnár

19. 09. 2021



Katalin Novák, Ministerin ohne Geschäftsbereich für Familien, spricht auf einer Pressekonferenz anlässlich der Bekanntgabe des Programms des IV. Budapester Demografiegipfels im Ministerium für Humanressourcen, 2. September 2021 · *Foto: MTI/Lajos Soós*

Nahezu alle Länder der entwickelten Welt stehen vor erheblichen demografischen Herausforderungen, und kein Land in Europa hat heute genug Kinder, um sich selbst zu versorgen. Die Lebenserwartung bei der Geburt verlängert sich, so dass immer weniger Erwerbstätige für eine wachsende Zahl nicht erwerbstätiger älterer Menschen sorgen müssen. Nach jahrzehntelanger ehrlicher Arbeit würde eine Generation älterer Menschen

jedoch zu Recht erwarten, dass sie mit Anerkennung und Wertschätzung gesehen wird und nicht als Nachhaltigkeitsproblem. Die meisten entwickelten Volkswirtschaften sehen sich bereits kurzfristig mit einem erheblichen Arbeitskräftemangel konfrontiert, insbesondere bei hochqualifizierten Tätigkeiten.

Doch die europäischen Entscheidungsträger erwähnen die Förderung der Geburt europäischer Kinder nicht als Lösung. Stattdessen drängen sie auf Zuwanderung, und da diese am wenigsten geeignet ist, den Bedarf ihrer Volkswirtschaften an qualifizierten Arbeitskräften zu decken, werden sie von den Ländern, die seit 2004 beigetreten sind, abgezogen. Die positiven Auswirkungen des Massenzustroms von Migranten auf die Arbeitsmärkte werden durch die jüngste Nachricht widerlegt, dass die deutsche Post Zusteller aus Ungarn einstellt.

Die EU-Daten für das Jahrzehnt 2010–2020 zeigen, dass Länder, die die Entvölkerung nicht durch die Förderung der Migration, sondern durch die Unterstützung der Geburt ihrer eigenen Kinder und die Stärkung der Familien verringern wollten, einen nachhaltigen Anstieg der Geburtenrate verzeichnen konnten. Von allen EU-Mitgliedstaaten hat Ungarn den stärksten Anstieg der Geburtenrate zu verzeichnen – um ein Viertel. Die Bedeutung dieser positiven Veränderung kommt vielleicht besser dadurch zum Ausdruck, dass im vergangenen Jahrzehnt 115.000 ungarische Babys mehr in Ungarn geboren wurden, als wenn die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, auf dem Niveau von 2010 geblieben wäre.

In den vergangenen zehn Jahren ist die Geburtenrate in 16 Mitgliedstaaten gesunken und in 11 gestiegen, wobei nur Deutschland (11 %) zu den Mitgliedstaaten mit einer liberalen Einwanderungspolitik gehört, während unter den Mitgliedstaaten, die die Einwanderung ablehnen und den Wohlstand ihrer eigenen Familien fördern, Ungarn, alle Visegrad-Partner, Lettland, Litauen und Rumänien einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen haben. Im Gegensatz dazu sind die Geburtenraten in den Hauptzielländern der Migration, wie Frankreich, Schweden, Belgien und den Niederlanden, ebenfalls deutlich zurückgegangen.

Die Unterstützung der Geburt von Kindern, die sich die europäischen Bürger wünschen, ist auch für die Erhaltung und Pflege unserer jüdisch-christlichen Kultur von wesentlicher Bedeutung.

Es ist ermutigend festzustellen, dass die überwältigende Mehrheit der europäischen Bürger nach wie vor familienorientiert ist und sich im Durchschnitt mehr als zwei Kinder wünscht, wobei nur fünf Prozent die Kinderlosigkeit als Ideal ansehen. Es geht jetzt um nichts Geringeres als das Überleben der europäischen Völker einerseits und um die Bewahrung einer Mentalität und Kultur für künftige Generationen, die für Ungarn, Tschechen, Polen, Slowaken, Deutsche, Franzosen, Balten, Serben, Bosniaken, Kroaten, Italiener usw. einzigartig ist, andererseits.

Heute sind Ungarn und Mitteleuropa zum Fahnenträger und wichtigsten Fürsprecher für die Sache der Familien geworden. Erklärtes Ziel der Pro-Familien-Regierung ist es, alle, die etwas für Familien tun wollen, zusammenzubringen und eine internationale Pro-Familien-Allianz zu bilden. Aus diesem Grund ist Ungarn zum vierten Mal Gastgeber des Budapester Demografiegipfels. An der Veranstaltung werden Staats- und Regierungschefs, Kirchen- und NRO-Führer, Minister, Forscher, Akademiker, Wirtschaftsführer und Journalisten teilnehmen, um sich für die Sache der Familien einzusetzen.

Wir freuen uns, dass in diesem Jahr neben dem Präsidenten der Republik Serbien, den Ministerpräsidenten der Visegrad-Länder und Sloweniens auch der ehemalige Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika und das serbische Mitglied der

Präsidentschaft von Bosnien und Herzegowina anwesend sein werden. Dieses prestigeträchtige politische Schaufenster ist auch eine Bestätigung für die pronatalistische Politik unseres Landes, denn es zeigt, dass wir nicht allein sind, dass wir von den Ideen und bewährten Verfahren der anderen lernen können, dass wir bei der Bewältigung von Herausforderungen helfen und Erfahrungen austauschen können.

In diesem Jahr wird sich der Gipfel auf die nachhaltige Zukunft unseres Planeten konzentrieren. Es wird auch viele Stimmen geben, die zumindest zum Teil das Kinderkriegen und das erweiterte Familienleben für den Klimawandel verantwortlich machen. Viele junge Menschen könnten durch diese Meinungen entmutigt werden und ihre Pläne, Kinder zu bekommen oder weniger Kinder zu haben, aufgeben, zumal auch viele bekannte Persönlichkeiten diese Ansicht vertreten. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass der Schutz unserer Umwelt, unseres Ökosystems, eine gemeinsame Verantwortung ist. Familienangehörige sind sich dieser Verantwortung bewusst, denn sie wollen ihren Kindern und Enkeln eine lebenswerte und vielfältige Umwelt erhalten. Es ist daher kein Zufall, wie die internationale Forschung unseres Instituts zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Familienmitglieder ihre Kinder umweltbewusst erzieht, dass sie den Umweltschutz ernst nimmt, dass sie die getrennte Müllsammlung als selbstverständlich ansieht und dass sie auch durch die vermehrte Nutzung von Haushaltsgegenständen, Kleidung und Autos zur Nachhaltigkeit beiträgt: Der ökologische Fußabdruck pro Kopf ist bei Familienmitgliedern deutlich kleiner als bei Menschen ohne Kinder. Die Ursachen der ökologischen Krise sind in einem globalistischen Wirtschaftssystem zu suchen, das den Überkonsum fördert, und nicht in Familien und Familien mit Kindern.

Die traditionelle Familie, die traditionelle Ehe, das Kinderkriegen und die Kindererziehung stehen heute unter ständigem ideologischen Beschuss.

Die Worte des heiligen Johannes Paul II. sind daher heute so aktuell wie 1979 in Warschau. „Fürchte dich nicht!“

Die Teilnehmer des IV. Budapester Demografiegipfels scheuen sich nicht, ein Bekenntnis zur Familie, zum Kinderkriegen und -erziehen abzulegen, denn ohne Kinder gibt es keine nachhaltige Zukunft.

Der Autor ist Vizepräsident des Mária Kopp Instituts für Bevölkerung und Familien

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Ungarn wird seine Werte verteidigen, sagt Justizministerin Varga

18. 09. 2021



Ungarns Justizministerin Judit Varga · *Quelle: Facebook*

Eltern sind die einzigen, die über die sexuelle Erziehung ihrer Kinder entscheiden dürfen, so Judit Varga

Die ungarische Justizministerin Judit Varga hat einen Brief an EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton geschrieben, in dem sie das ungarische Kinderschutzgesetz verteidigt, das von liberalen Medien als Anti-LGBTQ-Gesetz kritisiert wurde.

„Nach der Verabschiedung des Kinderschutzgesetzes schickte die Europäische Kommission am 15. Juli 2021 ein offizielles Schreiben an die ungarische Regierung und leitete damit ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ein. Sie versuchen, uns zu bestrafen, nur weil wir die LGBTQ-Lobby nicht in ungarische Schulen und Kindergärten lassen“, schrieb Varga in einem Facebook-Post.

In einer Antwort, die ich fristgerecht am Mittwoch an EU-Kommissar Thierry Breton geschickt habe, habe ich die Position der ungarischen Regierung zu dem Vertragsverletzungsverfahren, das wegen des Kinderschutzgesetzes eingeleitet wurde, sehr klar dargelegt und gleichzeitig auf die materiellen und fachlichen Fehler in der Aufforderung der Kommission hingewiesen.“

Varga sagte, Ungarn werde seine Kultur und nationale Identität sowie die darin verwurzelten Familienwerte schützen: Als freies und unabhängiges Land ist dieses Recht sowohl durch EU- als auch durch internationales Recht garantiert. Nach den Verträgen und der Charta

der Grundrechte hat weder die Union noch eine andere Einrichtung das Recht, ungarischen Eltern vorzuschreiben, wie sie ihre Kinder in Ungarn erziehen sollen.

„Wir werden weiterhin sicherstellen, dass nur die Eltern entscheiden können, wie sie ihr Kind erziehen. Niemand kann sie zwingen, ihrem Kind ohne ihre Zustimmung sexuelle Informationen zukommen zu lassen oder es mit schädlichen Inhalten zu konfrontieren, die für sein Alter unangemessen sind. Erzieherische Vorträge sollten nur von qualifiziertem Personal in Anwesenheit eines Lehrers gehalten werden“, schrieb Varga.

„Wir weisen die Annahme kategorisch zurück, der Zweck des Gesetzes sei Ausgrenzung oder Diskriminierung; es geht nur um die Erziehung ungarischer Kinder und den Schutz von Minderjährigen. Das Gesetz greift in keiner Weise in das Leben von Erwachsenen ein, es verletzt in keiner Weise die Rechte sexueller Minderheiten.“

Varga betonte auch, dass in Ungarn die Rechte religiöser, ethnischer, sexueller und sonstiger Minderheiten garantiert sind. „Das ungarische Grundgesetz verbietet strikt jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten, und unsere Gesetze bestrafen sie streng“, schrieb sie.

Quelle: Facebook

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Ungarns Staatssekretär für verfolgte Christen: Wir haben 340 Millionen Menschen geholfen, in ihrem Heimatland zu bleiben

17. 09. 2021



Tristan Azbej · *Fotoquelle: Visegrád Post*

Interview mit Tristan Azbej, dem ungarischen Staatssekretär für die Hilfe für verfolgte Christen und für das Programm Hungary Helps (Ungarn hilft): „Wir waren die erste Regierung, die sich um die Not von 340 Millionen Menschen gekümmert hat, deren Menschenrechte verletzt werden."

Das Amt des Staatssekretärs für die Hilfe für verfolgte Christen und das Programm Hungary Helps wurden von der ungarischen Regierung zwischen 2016 und 2017 eingerichtet. Diese Initiativen zielen darauf ab, verfolgten christlichen Gemeinden in der ganzen Welt humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Sébastien Meuwissen hat ihn am 10. September interviewt.

Sébastien Meuwissen: *Sie haben uns vor zwei Jahren ein Interview gegeben, in dem Sie betonten, dass das Christentum die am meisten verfolgte Religion der Welt war. Ist das auch heute noch der Fall?*

Tristan Azbej: Das internationale Phänomen der Christenverfolgung hat sich in den letzten Jahren verschlimmert. Jüngsten Erhebungen internationaler Interessenverbände zufolge ist die Zahl der Menschen, die aufgrund ihres christlichen Glaubens verfolgt oder diskriminiert werden, von 250 Millionen im Jahr 2019 auf 340 Millionen im vergangenen Jahr gestiegen. Sie hat sich also innerhalb eines Jahres um fast 100 Millionen Menschen erhöht. Das bedeutet, dass Christenverfolgung – die Verletzung der Religions- und Glaubensfreiheit von Christen – eine der größten Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit darstellt.

Sébastien Meuwissen: *Vor kurzem haben die Taliban die Macht in Afghanistan übernommen. Welche Folgen wird das für die Christen in diesem Land haben?*

Tristan Azbej: Nach unseren Informationen gab es vor der Machtübernahme durch die Taliban 8 bis 10 Tausend Christen in Afghanistan. Der Grund, warum die Zahlen nicht genau sind, ist die Tatsache, dass die Christen ihren Glauben schon vor der Machtübernahme der Taliban im Untergrund praktizieren mussten. Afghanistan ist ein Land mit strengen „Anti-Konversions"- und „Anti-Blasphemie"-Gesetzen. Aus diesem Grund war es bereits eine lebensgefährliche Erfahrung, den christlichen Glauben in Afghanistan zu praktizieren.

Nach der Machtübernahme durch die Taliban hat sich die Situation noch verschlimmert. Wir erhalten von dort herzzerreißende Nachrichten von Christen aus dem Untergrund. Sie erhalten Nachrichten von islamistischen Extremisten, die ihnen drohen, sie zu töten. Lassen Sie mich eine dieser Botschaften zitieren. „Wir wissen, wer ihr seid. Wir werden euch finden und euch töten."

Seitdem die Amerikaner ihren Rückzug aus Afghanistan angekündigt haben, sind viele Christen auf der Flucht und versuchen, das Land zu verlassen. Sie haben gute Gründe dafür, denn jetzt können die islamischen Extremisten ihre Gewalt noch leichter zur Schau stellen. Sie gehen von Haus zu Haus und suchen nach Christen. Wir haben gehört, dass es mehreren tausend Christen gelungen ist, aus dem Land zu fliehen. Es gibt jedoch noch immer Christen in Afghanistan, die versuchen, das Land zu verlassen.

Die ungarische Politik gegenüber der Verfolgung von Christen und in Bezug auf humanitäre Krisen im Allgemeinen besteht darin, Unterstützung zu leisten, wo Probleme auftreten, und nicht darin, die Migration zu fördern. Im Falle Afghanistans versuchen wir, die Christen mit humanitärer Hilfe dort zu erreichen, wo sie leben, oder im nächstgelegenen sicheren Nachbarland.

Sébastien Meuwissen: *Wie vereinbart die ungarische Regierung ihre Unterstützung für die armenischen Christen in Berg-Karabach mit ihrer offiziellen Unterstützung für Aserbaidschan aufgrund der wirtschaftlichen und energetischen Beziehungen, die Ungarn mit diesem Land unterhält?*

Tristan Azbej: Die offizielle Haltung der ungarischen Regierung zum Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ist von den Medien stark verzerrt worden. Die ungarische Position ist, dass wir die friedliche Lösung von Konflikten unterstützen. Im Einklang mit dem Völkerrecht legen wir auch großen Wert auf die territoriale Integrität eines jeden Landes. Es ist wichtig zu bedenken, dass es sich hier nicht um einen religiösen Konflikt handelt.

Dennoch hat Ungarn allen betroffenen Zivilisten vor Ort Hilfe angeboten und die Flüchtlinge in Armenien sowie die humanitären Missionen der armenischen Kirche unterstützt.

In Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden haben wir die Armenische Apostolische Kirche bei der Versorgung mit Lebensmitteln in Armenien und beim Wiederaufbau von religiösen Einrichtungen und Kirchen unterstützt.

Ich habe Armenien im Juni dieses Jahres einen persönlichen Besuch abgestattet. Gemeinsam mit meinem stellvertretenden Ministerpräsidenten wurden wir vom armenischen Patriarchen Karekin II. empfangen und erhielten für unsere Bemühungen und unsere Solidarität eine Auszeichnung von einer Universität in Eriwan.

Sébastien Meuwissen: *Es ist eine Untertreibung zu sagen, dass die ungarische Regierung bei ihren Entscheidungen im Zusammenhang mit der Europäischen Union oft missverstanden wird. Sollte die Schaffung eines Staatssekretärs für die Hilfe verfolgter Christen als eine Art Provokation interpretiert werden, die darauf abzielt, dass Ihre westeuropäischen Partner etwas Ähnliches in ihren eigenen Regierungen einrichten?*

Tristan Azbej: Unser Ziel war es nicht, zu provozieren. Der Einsatz Ungarns für verfolgte Christen hat eine doppelte Bedeutung. Die wichtigste ist, dass wir christliche Gemeinden unterstützen, die in Gefahr sind. Wir tun alles, was wir können, um ihnen zu ermöglichen, in ihrer Heimat zu bleiben. In den letzten vier Jahren ist es uns gelungen, mehr als eine Viertelmillion verfolgte, diskriminierte oder bedrohte Christen weltweit zu erreichen. Dies ist das wichtigste Ergebnis unseres Programms.

Aber wir haben auch eine Menschenrechtsagenda. Hier ist der schwierige Aspekt, dass die Welt nicht bereit ist, zu handeln. Wir setzen uns daher für verfolgte Christen ein und haben die feste Absicht, internationale Organisationen auf diese Verfolgung aufmerksam zu machen, was Diplomatie erfordert.

Als wir anfingen, über das Problem der Christenverfolgung zu sprechen, wurden wir von linken und liberalen Kräften und Regierungen, für die es ein „Nicht-Thema“ ist, heftig angegriffen. Ihr Argument war, dass wir das Thema ansprechen, um eine politische Agenda zu erstellen. Sie haben uns als Provokateure bezeichnet.

Die Wahrheit ist, dass wir die erste Regierung waren, die sich mit der Not von 340 Millionen Menschen, deren Menschenrechte verletzt werden, auseinandergesetzt hat. Anfangs habe ich mich gegen die Verwendung des Begriffs „Provokation“ gewehrt. Nach einer Weile beschloss ich, dass, wenn Provokation bedeutet, dass wir andere Regierungen davon überzeugen, sich an die Seite von Menschen zu stellen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden, dann sollten wir es Provokation nennen und andere Regierungen provozieren, ihre eigene Version des Programms Hungary Helps zu starten.

Ich würde mir wünschen, dass die Europäische Union und Menschenrechtsorganisationen für verfolgte Christen eintreten, denen das Martyrium droht, anstatt ständig eine linksliberale Agenda zu verfolgen.

Wenn es eine Provokation für die gute Sache und für die Rettung von Hunderten von Millionen von Menschenleben ist, dann soll es so sein.

Sébastien Meuwissen: *Vielleicht sollten wir es also als „Aufruf zum Handeln" umformulieren. Das klingt besser.*

Tristan Azbej: In meinem Sinne ist es ein Aufruf zum Handeln. Manche Leute sehen das anders. Egal, wie wir es nennen, das Wichtigste ist, dass es sie zum Handeln ermutigt.

Sébastien Meuwissen: *Inwiefern hat die Covid-Krise die humanitäre Hilfe beeinflusst?*

Tristan Azbej: Die Covid-Krise war eine große Herausforderung für unsere Arbeitsmethodik. Dank der regen Aktivität mehrerer Kirchen in Asien, dem Nahen Osten und Afrika konnten wir jedoch unsere Tätigkeit und unsere Unterstützung fortsetzen. In der ersten Phase der Pandemie konzentrierte sich die ungarische Regierung hauptsächlich auf die Hilfe für die ungarische Bevölkerung. Wir können niemandem sonst auf der Welt helfen, wenn wir uns nicht selbst schützen.

Aber gleich nachdem unsere Ressourcen wieder auf dem richtigen Weg waren und wir bereit waren, das Programm Hungary Helps fortzusetzen, wandten wir unsere Solidarität erneut den christlichen Gemeinden zu. Als sich zum Beispiel im August letzten Jahres in Beirut eine doppelte Explosion ereignete, gelang es uns, innerhalb von 24 Stunden eine sehr umfangreiche Hilfe an die katholischen Wohlfahrtsverbände im Libanon zu liefern.

Mehrere Krankenhäuser wurden durch die Explosion zerstört. Die von uns bereitgestellten Mittel wurden jedoch zur Instandsetzung von Wohnungen und Häusern für diejenigen verwendet, die ihre Häuser verloren hatten. So konnten viele Familien wieder in ihre reparierten Häuser einziehen.

Die größte Herausforderung, die durch die Coronavirus-Krise verursacht wurde, hat die Lage der verfolgten christlichen Gemeinden in der ganzen Welt noch verschlimmert. Sie wurden bei Hilfsmaßnahmen oft diskriminiert, vor allem in Ländern, in denen Christen nicht als Bürger erster Klasse angesehen werden. Der andere Fall betrifft viele Länder, in denen Christen keinen gleichberechtigten Zugang zur Beschäftigung haben. Die durch das Coronavirus verursachten Einschränkungen machten es ihnen unmöglich, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Aus Asien und Afrika erreichten uns herzzerreißende Nachrichten von christlichen Gemeinden, die aufgrund dieser Krisensituation von Hunger und Tod bedroht sind. Wir taten, was wir konnten, um humanitäre Soforthilfe zu leisten und verschiedene Wohlfahrtsverbände und kirchliche Einrichtungen mit Nahrungsmitteln zu unterstützen.

Sébastien Meuwissen: *Im nächsten Frühjahr stehen in Ungarn Wahlen an. Glauben Sie, dass es dem Fidesz gelingen wird, an der Macht zu bleiben und die begonnene Arbeit fortzusetzen, oder stehen wir am Rande einer wichtigen Veränderung in der ungarischen politischen Landschaft?*

Tristan Azbej: Was den Wahlausgang betrifft, so würde ich die Vorhersagen den Meinungsforschern und politischen Analysten überlassen. Wir vertrauen darauf, dass die

Bürger anerkennen, was die ungarische Regierung für die ungarischen Familien getan hat. In Ungarn konnte jeder einen Schritt nach vorne machen, was seinen sozialen Status und Lebensstandard angeht. Wir sind ein optimistisches Land. Es werden immer mehr Kinder geboren, was der beste Indikator für unsere erfolgreiche Regierung ist.

Ich hoffe, dass die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung unsere starke Arbeit und unseren Kampf für die Erhaltung der nationalen Souveränität Ungarns zu schätzen weiß und dass Ungarn angesichts von Bedrohungen wie der Massenmigration ein Land der christlichen Kultur, Freiheit und Sicherheit bleibt.

Das Programm Hungary Helps ist ein Teil davon, denn wir glauben, – wie viele Millionen Ungarn auch –, dass es die moralische Pflicht des ungarischen Volkes ist, das Christentum und die christliche Kultur zu unterstützen.

Die Art und Weise, wie wir zum Wohlergehen des ungarischen Volkes beitragen, hat auch einen praktischen Aspekt. Wir haben den menschlichsten und christlichsten Weg gefunden, um Migration zu verhindern. Unser allgemeiner Grundsatz ist, dass es viel besser ist, Hilfe und Unterstützung dort zu leisten, wo die Not ist, als die Menschen in Not nach Ungarn und in die Europäische Union zu importieren.

Wir sind – ebenso wie die große Mehrheit der Ungarn – der Meinung, dass die Migration keine Antwort auf die humanitäre Krise ist. Im Rahmen des Programms Hungary Helps ist es uns gelungen, rund 340 Millionen Menschen zu helfen, in ihrer Heimat zu bleiben, anstatt in ein anderes Land zu ziehen. Wir hoffen daher, dass die ungarischen Wähler dies sehen werden und wir die 2010 begonnene Arbeit fortsetzen können.

Sébastien Meuwissen: *Herr Staatssekretär, ich danke Ihnen für Ihre Zeit.*

Tristan Azbej: Ich danke Ihnen.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Papstbesuch in Ungarn: wenig ausgewogene Berichterstattung in Österreich

16. 09. 2021



Papst Franziskus in Budapest · *Bildquelle: Ungarnreal*

Die österreichischen Medien und sogar die katholische Kirche Österreichs hat zu den Ereignissen des Eucharistischen Weltkongresses (IEC) in Budapest geschwiegen. Diese Tatsache wirft auch viele Fragen über die österreichische Verteidigung der christlichen Werte auf. Wir müssen auch sehen, dass Ungarn und seine Regierung sowohl dem Oberhaupt der katholischen Kirche als auch dem Staat Vatikanstadt vollen Respekt und christliches Engagement entgegenbringen und dass es heute wie damals eine Bastion des europäischen Christentums ist.

16. September, 2021, Quelle: *Erdély ma*

Der 52. Internationale Eucharistische Weltkongress in Budapest ist zu Ende gegangen. Die ausländischen Gäste und Pilger sind nach Hause gegangen. Aber was haben die österreichischen Medien, die Kirche vor Ort, die Ungarn in Österreich getan, um mehr Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass **in Ungarn ein Welttreffen der katholischen Kirche stattfindet, bei dem der Papst die Abschlussmesse zelebriert**? Fast nichts.

Die österreichische Bevölkerung hat von den vielen interessanten und erbaulichen Ereignissen der vergangenen Woche nichts mitbekommen. Aber das taten die Deutschen und wahrscheinlich ganz Westeuropa auch nicht.

Werfen wir einen Blick auf die österreichischen **Nachrichten vom 12. September!**

In der ***Kronen Zeitung*** steht **kein Wort über den Besuch von Papst Franziskus in Budapest!** Ich blätterte die Seiten zweimal um, weil ich nicht glauben konnte, dass **die größte österreichische Zeitung** so niederträchtig ist! Hier im Land der Pressefreiheit! In

der Wochenendbeilage findet sich wie jeden Sonntag ein Artikel von Kardinal Schönborn, aber nichts über den IEC !

Auch die **Erzdiösezeitung *Der Sonntag*** veröffentlicht in ihrer heutigen (!) Ausgabe (Nr. 36) **einen Scherz**. Auf der Titelseite mit dem ungarischen Parlamentsgebäude heißt es: *"Papst Franziskus, herzlich willkommen".* Am letzten Tag des Kongresses! Zuvor gab es nicht einen einzigen Brief über die Veranstaltung! In der Zeitung steht auch kein Dankeschön. Auf Seite 3 ein kurzes Gespräch mit einem Pfarrer der in Budapest lebenden Deutschen.

Das Hauptthema ist "die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kirche und der Regierung Orbán".

Auf Seite 6 geht es **um die Sendungen in der Slowakei,** auf Seite 7 ein paar Sätze zu den Sendungen und dass die Papstmesse vom Heldenplatz im ORF übertragen wird. **Aber die Messe wurde von keinem deutschen Sender übertragen! Nicht einmal das katholische Bayern.**

Bevor ich Ihnen erzähle, wie der **ORF die gesamte Messe für politische Agitation genutzt hat**, ein Wort des Lobes für die Organisation der Messe, bei der alles an seinem Platz war, geschmackvoll und europäisch. Es ist bedauerlich, dass Europa dies nicht erkannt hat. Dafür gibt es gute Gründe!

In der Zeit in Bild zeigen sie um 9 Uhr den Papst, als er aus dem Flugzeug ausstieg. Der ORF kann schnell sein, wenn er es will. Ich habe mir vor der Messe den Videotext angesehen. Ein nicht zu unterschätzendes Medium, das im Durchschnitt zehn Prozent der Bevölkerung regelmäßig sehen. ORF, ARD und Bayern berichten **über das Treffen zwischen dem Papst und Orban.**

Das deutsche ZDF hebt Orbans Widerstand gegen den Papst in der Flüchtlingsfrage hervor.

Und **nach der Messe**? Sie sind enttäuscht. ARD, Bayern **sprechen von ein paar Zehntausend statt der Zweihundertfünfzigtause**nd, die gekommen sind. **RTL,** das sich bisher nicht geäußert hatte, hebt nun

die Verurteilung des Antisemitismus durch den Papst vor den Augen der örtlichen Juden hervor.

Die **Abschlussmesse am Sonntag** begann um 11.30 Uhr, die Übertragung des Vorspiels begann jedoch um 11.05 Uhr. Anschließend wurde der Theologe ***Paul M. Zulehner*** von ***Sandra Szabo*** vom ORF-Kirchensender interviewt.

Etwa ein Dutzend Mal erwähnte sie den angeblichen "Konflikt" zwischen der ungarischen Kirche und der Orbán-Regierung.

Eine ihrer empörendsten Äußerungen betraf die Aussage von Staatspräsident ***János Áder,*** was selbst den liberalen Gesprächspartner von Szabo überraschte. Er beanstandete die Tatsache, dass das Staatsoberhaupt **an der IEC teilgenommen hatte und sich als gläubiger Katholik bezeichnete.** Seinem toleranteren Partner zufolge ist dies auch anderen Politikern passiert, und als Privatperson hat er das Recht, dies zu tun.

es wurde noch getoppt durch ihre Frage, als sie den ORF-Korrespondenten ***Ernst Gelegs***, der aus Budapest zugeschaltet war,

fragte, ob er eine Pro-Papst- oder Anti-Orbán-Demonstration während der Heiligen Messe erwarte?

Gelegs beklagte, dass **die Priester eingeschüchtert oder gekauft wurden. (sic!)** Und das alles vor einer päpstlichen Messe zum Abschluss eines katholischen Weltereignisses! Nach der Predigt wurde bemängelt, dass

der Papst in seiner Rede nicht hart genug vorgegangen sei, dass er die Orbán-Regierung mit Nachdruck hätte angreifen können.

Kein Wort war darüber, dass Gäste aus vierzig Ländern eine Woche lang an einem **gut organisierten Programm** teilnahmen, **das zu den Höhepunkten der katholischen Kirche** zählte.

Aber das ist noch immer nichts. Am Abend (19.30 Uhr) eröffnete die **ORF-Sendung "Zeit im Bild"** mit dem Besuch des Papstes in Budapest. Der zweite Satz aus dem Mund der blonden Ansagerin lautete.

"Papst Franziskus kritisiert nicht nur die minderheitenfeindliche Politik Ungarns, sondern insbesondere auch den von der Orbán-Partei ganz unverhohlen praktizierten Antisemitismus."

Nur die Medien der Nazi-Zeit waren in der Lage, derartige Lügen in einem solch abscheulichen Ton zu verbreiten!

Der ORF tut all dies, während ***Oskar Deutsch***, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Österreichs, auf www.vienna.at beklagt, dass sich die **antijüdischen Gräueltaten in Österreich** seit dem letzten Jahr **verdoppelt haben!**

Was die Wirkung der Lügen des ORF betrifft: so wurde **die Messe** in Österreich von **48.000 Menschen** gesehen, weniger als der "Teaser"-Talk davor (57.000). Die **Abendnachrichten** wurden von **1 221 000 Zuschauern** gesehen. (!)

Wachen Sie auf!

Welche Schlussfolgerungen können und sollten aus den obigen Ausführungen gezogen werden? **Wir haben keine Freunde in diesem Teil der Welt, insbesondere in Österreich.** Es gibt nur Interessen.

Das Problem ist, dass

die derzeitige ungarische Führung eine andere Meinung zur Einwanderung hat, und sie auch in anderen Fragen ihren eigenen Willen durchsetzen möchte. Sie ist überzeugt, dass dies "gut für die Ungarn" ist.

Die Deutschen und Österreicher wollen, dass die Ungarn Kellner, Erntehelfer und Altenpfleger sind, allenfalls Automonteure, d.h. sie sehen uns als Dienstleistungspersonal. Leider ist auch jetzt, nach der Epidemie, die Zahl der in Österreich arbeitenden Ungarn gestiegen: auf 110 000. **Das Hauptziel der ungarischen Politik sollte darin bestehen, diese Menschen in Ungarn zu halten**, was natürlich nicht von heute auf morgen zu

erreichen ist. Wenn diese Ungarn auf magische Weise aus Österreich verschwinden würden, würden einige Leute sofort von ihrem hohen Ross heruntersteigen und einen menschlichen Ton anschlagen.

Zum Ausgleich von 1867 führte auch Kampf. **Ungarn muss stärker werden!** Man muss den jungen Ungarn klarmachen, dass sie entweder gebildete Menschen werden können, die Sprachen sprechen, oder sie können nach Wien kommen, um die Post auszutragen (in unserer Straße trägt ein junger Mann seit zehn Jahren die Post aus, er fährt jeden Tag von Győr nach Wien und zurück). Die derzeitige ungarische Diplomatie, deren Aufgabe es ist, dies zu tun, ist unzureichend.

Der 52. Eucharistische Kongress hat, wie ich hoffe, vielen unserer Landsleute Freude und Bestätigung gebracht. **Nicht viele Menschen sind glücklich über unsere Erfolge**. Deshalb müssen wir in Ungarn alles tun, um ein lebenswertes Leben zu führen.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Deutsch bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Éric Zemmour und Marion Maréchal nach Ungarn eingeladen

Von Paul Laubacher

16. 09. 2021



Éric Zemmour · *Bildquelle: FDS*

Der mutmaßliche französische Präsidentschaftskandidat und die ehemalige Abgeordnete des Front National sind für den 23. und 24. September zu einem Demografiegipfel nach Budapest eingeladen. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán wird ebenfalls anwesend sein.

„Wir heißen familienfreundliche Denker und Entscheidungsträger in Budapest, Ungarn, herzlich willkommen, denn wir glauben, dass es ohne starke Familien keine Zukunft gibt." Mit diesen Worten stellt die ungarische Familienministerin Katalin Novák den Budapester Demografiegipfel vor, der vom 23. bis 24. September zum vierten Mal in der ungarischen Hauptstadt stattfinden wird. Eine Besonderheit des diesjährigen Treffens der Ultrakonservativen aus aller Welt ist die Anwesenheit von Eric Zemmour, der bei den Präsidentschaftswahlen 2022 kandidieren könnte, und von Marion Maréchal, der ehemaligen Abgeordneten des Front National, die heute eine Schule in Lyon, das Issep, leitet, heißt es auf der Website des Gipfels.

„Überlegungen zur Rolle der Familie in Europa"



Marion Meréchal · *Bildquelle: Lionel Baland*

Marion Maréchal wird am Donnerstag, den 23. September, bei einem Rundtischgespräch zum Thema „Überlegungen zur Rolle der Familie in Europa" sprechen. Weitere Gäste am Tisch sind Katalin Novák, ungarische Familienministerin in der Regierung Orbán, Zoltán Balog, Ministerpräsident der Synode der Reformierten Kirche Ungarns, Jaime Mayor Oreja, ehemaliger spanischer Innenminister, und möglicherweise Christiaan Alting von Geusau, niederländischer Jurist und Präsident des International Catholic Legislators Network (ICLN).

Marion Maréchal wird ihre Osteuropa-Reise in der darauffolgenden Woche in Polen fortsetzen, wo die Nichte von Marine Le Pen zu einem Symposium eingeladen wurde, um über den „Wokismus" zu diskutieren. „Diese Reisen und Begegnungen werden es mir ermöglichen, für das Issep Verbindungen in diesen Ländern zu schaffen", erklärt der ehemalige Abgeordnete der Front-Partei gegenüber „L'Obs".

Éric Zemmour: Untersuchung einer präsidentiellen Besessenheit

Eric Zemmour sollte am Freitag, den 24. September, an einem Rundtischgespräch zum Thema „Werbung und Familie" teilnehmen, an dem der Amerikaner Ed Martin, Leiter des

Eagle Forum Education & Legal Defense Fund, Szánthó Miklós vom Center for Fundamental Rights, einer ungarischen Organisation, und Dr. Gergely Szilvay, ein ungarischer Forscher des Donau-Instituts, teilnehmen.

Mike Pence und Benyamin Netanyahu eingeladen

Unter den übrigen Gästen dieses „Gipfels“ befinden sich einige wichtige politische Persönlichkeiten: Donald Trumps ehemaliger Vizepräsident Mike Pence, der slowenische Premierminister Janez Janša, der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki, der tschechische Premierminister Andrej Babiš und möglicherweise der ehemalige israelische Premierminister Benyamin Netanyahu.

Was ist das Ziel dieses Demografie-Gipfels? „Es ist das Forum, in dem Politiker, religiöse Führer, Experten, Vertreter der Medien, der Wirtschaft und der Wissenschaft seit 2015 alle zwei Jahre zusammenkommen, um die wichtigsten Themen zu diskutieren, die Familien betreffen“, schreibt Katalin Novák.

Im Mittelpunkt des diesjährigen „Gipfels“ stehen die Themen Umwelt, Nachhaltigkeit und Demografie. Und das sind die Fragen, die Katalin Novák stellt: „Lohnt es sich, über Nachhaltigkeit zu diskutieren, wenn nicht genügend Kinder geboren werden? Was sagt die Wissenschaft und was wird in den Medien verbreitet? Welche Rolle spielt die Ideologie bei der Bewertung von Familien und dem Schutz der Umwelt? Sind die Herausforderungen, vor denen die afrikanischen Länder stehen, auf die hohen Geburtenraten oder die fehlende Infrastruktur zurückzuführen? Was kann Europa in Zeiten der demografischen Krise tun? Molke für Marion Maréchal und Eric Zemmour.

Quelle: NouvelObs

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n

24) Ein Politiker will hoch hinaus: Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša besteigt den höchsten Schornstein Europas

Von Sara Kovač (Nova24tv)

28. 09. 2021



Janez Janša · *Foto: Twitter*

„Zum Gedenken an die Tradition der Knappen von Trbovlje (Trifail) und Zasavje (Save-Tal) haben wir anlässlich des Besuchs der slowenischen Regierung in der Region den höchsten Schornstein Europas bestiegen. Selbst ein leichter Regen hat uns nicht aufgehalten“, postete Premierminister Janez Janša auf Twitter zusammen mit Fotos.

Die slowenische Regierung besuchte die Region Zasavje, wo sie sich auf Infrastrukturinvestitionen und andere ungenutzte Möglichkeiten in der Region konzentrierte.

Premierminister Janez Janša hat den Besuch zusätzlich für ein eher ungewöhnliches Vorhaben genutzt. Er bestieg den höchsten Schornstein Sloweniens und Europas – den Schornstein von Trbovlje. Der 360 Meter hohe Schornstein des 1976 errichteten Wärmekraftwerks Trbovlje ist das höchste Gebäude in Slowenien und der siebthöchste Schornstein der Welt.



Es gehört schon eine gute Portion Mut dazu, um solche Herausforderungen wie den Schornstein von Trbovlje zu meistern. Der Ministerpräasident ist ein begeisterter Bergliebhaber und „Felskletterer“, so dass er bereits an Höhenflüge dieser Art gewöhnt ist. Er hat das Bergsteigen so populär gemacht, dass andere Politiker begonnen haben, ihm nachzueifern.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei DEMOKRACIJA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Zeugenaussage über die schlimmsten Verbrechen der slowenischen Geschichte: der Partisan, der unschuldige Gefangene zu den Tötungsstätten brachte

Von Anita Gužvič (Nova24tv)

19. 09. 2021



Der Zeuge Anton Cizel war ein Partisan, der die Tötungen durch die kommunistischen Behörden in der Nachkriegszeit miterlebt hat · *Foto: RTV SLO Screenshot*

In der RTV SLO-Sendung „Pričevalci“ („Zeugen“) von Jože Možina meldete sich der fast 100-jährige Anton Cizel zu Wort, ein Partisan, der eine Zeit lang sogar den Vorsitz des örtlichen kommunistischen Kämpferverbandes führte. In vielerlei Hinsicht ist er der wichtigste Zeuge der letzten Zeit. Seine Aussage ist jedoch von unbestreitbarer historischer Bedeutung, da sie die Erinnerung an die Ermordung der Gefangenen von Tehari im Sommer 1945 wiederbelebt, die er als Partisan miterlebt hat. Das Weinen und die Schreie der unschuldigen Opfer haben ihn geprägt und ihn sein ganzes Leben lang begleitet. „Es ist eine schreckliche Belastung“, sagte er. Dies ist das außerordentlich wahrheitsgetreue Zeugnis eines hundertjährigen Partisanen, der die

Geheimnisse der größten Verbrechen aufdeckt – die Massaker an Zivilisten und Gefangenen, die von den kommunistischen Behörden in der Nachkriegszeit verübt wurden, als das Regime in Slowenien von Edvard Kardelj, Boris Kidrič, Ivan Maček, Mitja Ribičič und anderen diktiert wurde.

Ein solches Zeugnis hat es noch nie gegeben, und im Alter von fast 100 Jahren hat der Partisan Anton Cizel die Last seines Gewissens abgelegt und erzählt, wie er als Partisanenwächter Häftlinge zu den Tötungsstätten Mostec und Hudo Jama fahren musste. „Sie wurden alle von den Kommunisten angeführt… Auf beiden Seiten der Kolonne gab es Gräben, und dort wurden sie erschossen. Die Frauen weinten, sie waren jung, sie hatten Kinder. Kardelj, Kidrič, Milka Planinc… Lumpen, alle Lumpen“.

Der Zeuge Cizel hat mehrmals fast geweint. Jeder kann in ihm das Bedauern und die schreckliche Last spüren, die er sein ganzes Leben lang getragen hat. Er sagte zu Beginn, dass er und sein Bruder nicht einmal die Wahl hatten, sich den Partisanen anzuschließen. „In der ersten Nacht, als die Partisanen zu uns kamen, hatten wir keine Wahl. Ich habe mich dort nicht sehr wohl gefühlt, wir haben im Wald geschlafen“. Sie verstanden sich jedoch gut mit den Partisanen, sagt er. Einer seiner Befehlshaber war Andi der Flüsterer. Er sagte, dass sie auch in den Geschäften gestohlen haben. „Ich war öfter hungrig als satt.“

Cizel sagte, dass sie als Partisanen auch über Marxismus, Stalin und Lenin unterrichtet wurden. „Sie wurden nur gelobt, niemand hat die Wahrheit gesagt. Das Gleiche haben sie über Tito gesagt“. Er erinnert sich auch daran, wie er mit den Deutschen kämpfte, wie er sah, wie seine Kameraden starben und die Verwundeten auf ihren Schultern ins Krankenhaus getragen wurden.

Er trieb unschuldige Menschen in den Tod: „Ich höre sie noch immer weinen“. Mit Entsetzen berichtet er, wie er unschuldige Häftlinge zu den Tötungsstätten trieb. Tatsächlich haben Archäologen die Überreste vieler der nach dem Zweiten Weltkrieg Ermordeten in Mostec bei Dobova über Brežice gefunden. Mindestens 139 Menschen, aber es handelt sich um verschiedene Gruppen, so die Ausgraber. „Das ist es, was übrig bleibt“, sagte Cizel und bestätigte, dass er oft mit seinen Erinnerungen an die Morde zurückkehrt. „Schmerzhafte Erinnerungen, eine schreckliche Last. Ich kann das Weinen immer noch hören. Ich höre nur die Schüsse. Es wurde immer weniger geschrien.“



Foto: RTV SLO Screenshot

Die Gefangenen erfuhren erst, dass sie getötet werden sollten, als sie den Schießgraben sahen. Als die Gefangenen in das Auto verladen wurden, wusste niemand in Tehari, dass sie ins Grab gehen würden. „Erst als wir dort ankamen und sie Leute mit Schaufeln sahen, wussten sie Bescheid. Und dann wurde geweint. Unter dem Feld befand sich ein Schießgraben, und dahinter floss die Save. Sie wurden dort ermordet. Ich habe mich während der Fahrt mit ihnen unterhalten und eine Frau gefragt, warum sie dich eingesperrt haben, und sie wusste es nicht. Sie war Kellnerin und arbeitete in einem Laden. Ich erinnere mich auch an einen älteren Mann, der Schuhmacher war, und ich gab ihm Zigaretten, das war damals von Wert. Oder ich habe einer Frau ein Stück Brot gegeben“, erinnert er sich und merkt an, dass er oft das tat, was er nicht tun sollte, um Häftlingen zu helfen.

Niemand verhörte die Menschen, die Cizel zu den Tötungsstätten brachte. „Niemand hat sie etwas gefragt, sie haben sie einfach umgebracht. Und es ist furchtbar schmerzhaft.“ Die Partei war der Hauptakteur in dieser Sache. „Die Partei war das Wichtigste. Es war ein Gott und ein Prügel, was sie sagten, so musste es sein.“

„Diejenigen, die die Morde begangen haben, waren größtenteils in der Partei“

Er erinnert sich auch an die Zeit, als er in der Kommission des kommunistischen Kämpferverbands war. „Einer von ihnen schlug den dortigen Pfarrer, zerrte ihn die Treppe hinauf und später konnte man sehen, wie sein Gewissen brannte, er schaute nur ausdruckslos vor sich hin“. Aber der Kämpferverband hat sich nie die Mühe gemacht, die Mörder aus seinen Reihen auszuschließen. „Diejenigen, die gemordet haben, waren größtenteils in der Partei, und sie haben sich gegenseitig geschützt“, sagte er.

Nachkriegsverbrechen – Frauen wurden die Brüste abgeschnitten

„Sie haben den Bauern das Land weggenommen, den Händlern die Geschäfte. Frauen, die schwanger waren oder Kinder hatten, wurden die Brüste abgeschnitten und dann mit Schnaps übergossen“, erinnert sich Cizel mit Entsetzen und Tränen in den Augen. „Das geht einem nie aus dem Kopf, niemals. Das kommt alles aus meinem Inneren.“ Er sagt, die Erinnerungen verfolgten ihn und einige Soldaten hätten deshalb nach dem Krieg Selbstmord begangen. Er sagt, er habe den Krieg noch nicht unschuldig genug erlebt. Im Oktober 1945 schüttelte er die Last des Krieges ab, heiratete 1950 und zog auf einen Bauernhof.

Jože Možina, der Moderator der Sendung „Zeugen“, kommentierte die Aussage mit den Worten: „Wer angesichts all dessen, was hier von einem ehemaligen Partisanen und Vorsitzenden der lokalen kommunistischen Kämpfer gesagt wird, nicht in der Lage ist, alle drei Totalitarismen des 20. Jahhrunderts zu verurteilen, der hat keine grundlegende Moral und ist kein Demokrat, sondern eine Bedrohung für die slowenische Gesellschaft.“

Sind die heutigen Nachfolger des Kommunismus nicht in der Lage, sich zu vergegenwärtigen, worauf sie eigentlich stolz sind?

Das Interview, das wirklich sehenswert ist, kann im slowenischen Original HIER in voller Länge angesehen werden.

Dieser Beitrag erschien erstmals bei DEMOKRACIA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

K r o a t i e n

26) Kroatischer Präsident Zoran Milanović wehrt sich gegen Erpressung durch Covid-Impfung

24. 09. 2021



Zoran Milanović · *Bildquelle: MPI*

Der kroatische Präsident erklärte im Fernsehen, dass diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, keine Bedrohung darstellen und man wieder zum normalen Leben zurückkehren solle

In einem vom kroatischen Nachrichtensender N1 Hrvatska ausgestrahlten und von Total-Croatia-News übernommenen Presseinterview sprach der kroatische Präsident Zoran Milanović (Sozialdemokrat) die Frage der Erpressung im Zusammenhang mit der Anti-Covid-Impfung an.

„Das ist mir egal. Wir sind ausreichend geimpft“, antwortete er einem Journalisten, der ihn nach der Impfquote von 50 % in Kroatien fragte, die weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt. „Wir werden nicht über 50 % hinausgehen. Sollen sie uns doch mit Draht einzäunen. Das werden sie nicht. […] Wir müssen wissen, was der Zweck dieses Wahnsinns ist. […] Jetzt geht es darum, sich anzupassen und zum normalen Leben zurückzukehren.

„Ich frage mich, ob ich normal bin oder ob die anderen verrückt sind? Sie verbreiten Panik. Sie haben es von Anfang an getan. […] Es gibt einfach keine absolute Sicherheit. Es gibt kein Leben ohne Risiko, ohne die Möglichkeit, krank zu werden. Die Menschen werden von Tausenden von anderen Dingen krank, die viel ernster sind. Und in der Zwischenzeit sprechen wir seit anderthalb Jahren über Covid“.

Präsident Milanović schloss mit den Worten: „Wenn jemand nicht geimpft werden will, stellt er für mich keine Bedrohung dar. Wir müssen das verstehen und wieder ein normales Leben führen, denn es wird uns nicht gelingen, diesen Virus restlos auszurotten."

Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S e r b i e n

27) Davor Dijanović: Die Politik Großserbiens ist heute schwächer als in den 1990er Jahren, aber…

Von Leo Marić

21. 09. 2021



Davor Dijanović · *Foto: Vokativ.hr*

*Davor Dijanović ist ein kroatischer Journalist, Redakteur, geopolitischer Analyst und Geschichtsforscher. Obwohl er erst in den Dreißigern ist, hat er bereits mehr als tausend Artikel und Gespräche veröffentlicht, von denen einige einst im Buch **Hrvatska u žrvnju Jugosfere** („Kroatien in der Mühle der Jugosphäre") auf über 600 Seiten behandelt wurden. Davor schreibt und redigiert regelmäßig auf dem Portal des Kroatischen Kulturrates*

und in der Zeitschrift Obnova *und hat eine sehr gut gelesene Kolumne auf dem Portal Direktno.hr. Unser Blog Vokativ spricht mit ihm über den Euro, kroatische Politiker, die Krise des Westens, Großserbien und andere Themen.*

LEO MARIĆ: Zunächst einmal der Euro, das wichtigste Thema dieses politischen Herbstes. Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass die angekündigte Referendumsinitiative erfolgreich sein wird, um ein Referendum über die Einführung des Euro in Kroatien abzuhalten?

DAVOR DIJANOVIĆ: Eine Volksabstimmungsinitiative wäre sicherlich wünschenswert. Wir brauchen eine öffentliche Debatte zu einem so wichtigen Thema. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit den Regierungsstrukturen bezüglich des Referendums bin ich allerdings der Meinung, dass es kein Referendum geben wird. Auch wenn genügend Unterschriften gesammelt werden, wird sicherlich ein neuerlicher administrativer Vorwand gefunden werden, der das **Euro-Referendum blockiert.**

Was sind die Gründe für die starke Beharrlichkeit der kroatischen politischen Eliten bei der Einführung des Euro? Es ist bekannt, dass mehrere Länder in Mitteleuropa wie im Rest der Europäischen Union den Euro nicht eingeführt haben, darunter die der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) nahestehende Fidesz-Regierung in Ungarn. Warum sind unsere anders?

Premierminister Andrej Plenković gilt als großer Verfechter der europäischen Integration. Bis zu seiner Ankunft an der Spitze der Regierung der Republik Kroatien war seine Karriere mit **Brüssel verbunden**. Die Nichteinführung des Euro wäre ein herber Schlag für seinen Ruf in Brüssel, vor allem wenn wir wissen, dass dieses Thema *de facto* bereits als erledigt gilt. Weder Plenković noch die Regierungspartei stellten sich einer Diskussion über die Einführung des Euro, die über die Wahl der Motive für den Euro hinausging. Es handelt sich also um Regierungsstrukturen, die nicht außerhalb des vorgegebenen Rahmens denken, der in Brüssel gezeichnet wird.

Aber Plenkovićs Regierung hat während ihrer Amtszeit auch einige positive Schritte gegenüber Ungarn und Polen unternommen, als diese uns nahestehenden Länder von Brüssel scharf kritisiert wurden. Wie erklären Sie das?

Nicht nur die Regierung, auch Präsident **Zoran Milanović** hat in letzter Zeit ähnliche Schritte unternommen. Dies sind zweifellos zu begrüßende Schritte. Offensichtlich versteht man sie selbst innerhalb der Regierungsstrukturen trotz der allgemeinen pro-Brüssel-Position, dass manche Interessen besser im Hof eines anderen verteidigt werden können. Niemand garantiert einem Land, dass es morgen von Brüssel nicht wegen einer umstrittenen Entscheidung angegriffen wird, die es für seine Interessen hält. Außerdem rechnet die HDZ noch mit einer gewissen Anzahl von „Rechtsstimmen“, also würde ich sagen, dass dies ebenfalls ein Grund ist. Wir werden ja sehen, ob sich diese Einschätzung in Brüssel bewährt, dann zum Beispiel, wenn man durch die Unterstützung von Ungarn oder Polen noch etwas mehr von den EU-Bürokraten herazsholoen könnte.

Glauben Sie, dass diese Schritte in Fortsetzung unserer Beziehungen zu Ungarn und Polen zu etwas mehr werden können, etwa zu einem Beitritt Kroatiens zur Visegrád-Gruppe oder zu einem stärkeren Engagement in der Drei-Meer-Initiative?

Eine formelle Mitgliedschaft in der Visegrád-Gruppe ist wahrscheinlich nicht realistisch, aber ein stärkeres Engagement in der Drei-Meere-Initiative schon. Es hängt von den Positionen der kroatischen Regierungsspitzen ab. Nach dem Abgang von Kolinda Grabar Kitarović

unterstützte Milanović die Drei-Meere-Initiative nicht, sondern lehnte sogar jegliches Engagement ab. Er ist der Meinung, dass dieses Projekt „Moskau und Berlin irritiert“, obwohl ich nicht sehe, warum Kroatien sich von den Interessen Russlands und Deutschlands leiten lassen sollte. Die Regierung hat die Drei-Meere-Initiative in jüngster Zeit teilweise unterstützt, und diese Unterstützung korreliert mit dem Zeitüunkt, als die Drei-Meere-Initiative auch von der deutschen Politik akzeptiert wurde.

Ich bin der Meinung, dass die Drei-Meere-Initiative auf wirtschaftlicher und politischer Ebene größere Perspektiven hat. Obwohl zwischen diesen Ländern historische und kulturelle Verbindungen bestehen, gibt es manchmal unvereinbare geopolitische Interessen, unterschiedliche Einstellungen gegenüber Russland sowie Nachwehen der Vergangenheit.

Sie glauben also, dass unsere geopolitische und wirtschaftliche Verbundenheit mit Deutschland noch länger eine Realität bleiben wird?

Nicht nur für uns, sondern auch für andere mitteleuropäische Länder. Auch die Länder der Visegrád-Gruppe sind wirtschaftlich stark an Deutschland gebunden. Daraus ergeben sich gewisse Einschränkungen auf geopolitischer Ebene. Polen hat hier die stärkste Position, da es ein Land mit 40 Millionen Einwohnern ist, das angesichts der russischen Nachbarschaft auch eine gewisse Unterstützung der USA genießt.

Gehen wir ein wenig vom geopolitischen Pessimismus zum Kulturpessimismus über. Glauben Sie an ebenso schwarze Szenarien, wenn es um die Zukunft der westlichen Zivilisation geht?

Die westliche Zivilisation befindet sich in Spenglers Worten in einer Phase des Niedergangs. Vergleiche mit dem Römischen Reich sind schon nicht mehr erforderlich. Auch damals drangen „Migranten“ in die Grenzen des Imperiums ein und kamen im Laufe der Zeit an die Spitze bestimmter Provinzen, wie wir heute am Beispiel Londons sehen können: einst das Zentrum der Welt, wo heute der Bürgermeister ein Pakistaner ist. Und dann wurden Limes gebaut, wie heute Mauern, beide auf Dauer erfolglos. Viele Teile Europas sind heute identitätsmäßig bereits zum Nahen Osten geworden. Allein in Frankreich haben wir fast 800 *No-Go-Zonen*, also Scharia-Ghettos. Auf der einen Seite haben wir **Massenmigrationen** nach Europa, Menschen, die dem Kontinent, auf den sie kommen, meist feindlich gesinnt sind, und auf der anderen Seite haben wir einen natürlichen Bevölkerungsrückgang. Die langfristige Kalkulation ist klar. Wo kein Leben ist, tritt der Tod ein.

Darüber hinaus weist das Verhalten der europäischen Eliten auf ein hohes Maß an **Dekadenz** und einen Verlust an gesundem Menschenverstand hin. Dies ist am besten in der Darstellung der sog. genderistischen Vorstellungen. Ein Symptom der Dekadenz ist, wenn etwas Wahnsinniges als übernatürlicher Wert verteidigt wird. Das haben wir heute in Europa.

Okay, aber gibt es da einen Ausweg? Politisch, unpolitisch, irgend etwas?

Ich möchte nicht ganz pessimistisch klingen, deshalb sage ich, dass es immer einen Hoffnungsschimmer gibt, auch wenn wir in Kroatien schon viele Hoffnungsdiebe gesehen haben. Menschen mit unterschiedlichen Lebensanschauungen, Weltanschauungen und Philosophien betrachten die aktuelle Situation und mögliche Lösungen unterschiedlich. Als Katholik betrachte ich die Gesamtsituation in einer breiteren eschatologischen Perspektive und das Leben nur als vorübergehende Station. Das ist natürlich keine Entschuldigung dafür, nichts dagegen zu tun. Wenn wir in dieser Welt sind, müssen wir kämpfen.

Wir können globale Entwicklungen kaum beeinflussen, aber wir können uns bemühen, zumindest unser lokales Umfeld zu verändern. Ich zum Beispiel sehe meine Zukunft, obwohl ich in einem urbanen Umfeld, auf dem Land geboren und aufgewachsen bin, und habe schon einige Schritte in diese Richtung gemacht. Die heutigen Städte und Megastädte zermürben die Menschen buchstäblich in jeder Hinsicht. Ich glaube, dass die Zukunft in großen und starken Familien liegt und darin, Menschen mit ähnlichen Einstellungen zu verbinden. Gegen die sog. Kultur des Todes können wir am effektivsten bekämpfen, indem wir gesunde Familien und gute Menschen aufziehen. Der heutige **Zeitgeist** im Westen verachtet vor allem Leben und Opfer. Aber genau diese ideale brauchen wir.

Lassen Sie uns mit einem hellen Thema enden: „Serbische Welt". Wie (un)real ist die Gefahr des serbischen Expansionismus heute? Was bedeutet das für Kroatien und Serbien in der Postmoderne?

„Serbische Welt" ist ein Euphemismus für **Großserbien**. Der Name selbst ist aus Russland „geliehen", wo nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die ehemaligen Sowjetrepubliken als „russische Welt", also als russische geopolitische Sphäre, bezeichnet werden. Die Politik in Großserbien hat heute schwächere Einflusshebel als in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren. Expansionsvorhaben sind derzeit völlig unrealistisch, aber die Ideologen der „serbischen Welt" weisen darauf hin, dass man auf „bessere Umstände" warten sollte – lies: den Niedergang der amerikanischen Macht und die Stärkung Russlands und Chinas. Gleichzeitig versteht man allerdings nicht, dass sowohl Russland als auch China, selbst wenn sie morgen global dominieren sollten, Serbien nur in dem Maße unterstützen wollen, wie es in ihrem Interesse liegt.

Das Land, das derzeit am meisten Angst vor der „serbischen Welt" haben muss, ist **Montenegro**. Ohne Montenegro scheitern alle Pläne für Großserbien. Der prominenteste serbische Geopolitiker, Dr. Milomir Stepić, schrieb über die Neugestaltung des postjugoslawischen Raums. Im Rahmen dieser Neuordnung würde Dalmatien ein unabhängiger Staat werden und Serbien würde auf Kosten Kroatiens erheblich expandieren.

Wir sollten vorsichtig sein, aber wenn wir die Realität betrachten, sind das feuchte Träume und Phantasmagorien, ungeachtet der Tatsache, dass der wichtigste serbische Geopolitiker dahinter steckt. Nicht nur Kroatien, sondern auch Serbien ist demografisch rückläufig. Sie müssen Leute haben, die jeden Raum kontrollieren. Serbien hat schon heute nicht genug Leute, um Serbien und die sog Republika Srpska zu kontrollieren. Serbien hat den Kosovo gerade wegen seiner Demografie verloren, und auf lange Sicht sind auch die demografischen Aussichten im Sandzak-Gebiet nicht gerade aufregend. Anstatt sich mit wahnsinniger Mythologie zu beschäftigen, sollte Serbien auf die heutigen Grenzen achten. Aber solange **Aleksandar Vučić** an der Spitze eines Staates steht, das vom größten Partymonster Europas gebaut wurde, sind kaum Fortschritte zu erwarten. Kroatien und Serbien haben Bereiche, in denen sie künftig zusammenarbeiten könnten – von der Wirtschaft bis zur Sicherheit. Aber solange der Staat Serbien von Kadern aus den 1990er Jahren geleitet wird, fallen die sogenannten gutnachbarliche Beziehungen in den Bereich unrealistischer Wünsche.

Vokativ

Dieser Beitrag erschien zeurst bei VOKATIV.HR, unserem Partner in der ERUOPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Die deutsche Minderheit in Serbien



Von **Rudolf Weiss** aus Subotica / Maria Theresienstadt in Serbien – er ist der **Präsident** des dortigen **Deutschen Volksverbandes**, haben wir über

Dr. Peter Wassertheurer, Präsident der **DWA** (Deutsche Weltallianz) eine sehr interessante Analyse von serbischen Lehrbüchern – siehe im Bild links - der achten Schulstufe (Schüler im Alter von ca. 14 Jahren) erhalten.

Diese dokumentiert eindrücklich, wie dort mit dem Thema der **Vertreibung der Deutschen** umgegangen wird. Immer noch dominiert der Versuch, diesen Völkermord unter Verwendung der Kollektivschuld-These zu verharmlosen und zu relativieren.

Bitte sehen Sie hier die Ausführungen Weiss´ zu **„Die Geschichte der deutschen Minderheit in Jugoslawien im 20. Jahrhundert, dargestellt in den Lehrbüchern der Republik Serbien, gedruckt im Zeitraum von 2005 bis 2021.“**

PS.: in diesem Zusammenhang wäre es auch sehr interessant zu analysieren, was in den österreichischen Schulbüchern **aktuell** über die nach Kriegsende erfolgte Vertreibung der deutschen, altösterreichischen Volksgruppen aus ihrer angestammten Heimat steht!

https://drive.google.com/drive/folders/10_IVFe2HFyRGc10rHCNLwlovvbXO3BCt

DIE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN JUGOSLAWIEN IM 20. JAHRHUNDERT DARGESTELLT IN DEN LEHRBÜCHERN FÜR GESCHICHTE DER REPUBLIK SERBIEN, GEDRUCKT IM ZEITRAUM VON 2005 BIS 2021

Diese Analyse erfolgte durch die Auswertung der Lehrbücher für die Oberstufe der 8. Klasse der Grundschulen in der Republik Serbien. In der 8. Klasse wird vor allem über die wichtigen Ereignisse

und Persönlichkeiten des 20. Jahrhundert gelehrt. Ich hatte insgesamt sechs Lehrbücher in serbischer Sprache von verschiedenen Autoren und Herausgebern zur Verfügung. Alle Bücher wurden in Belgrad herausgegeben.

In diesen Lehrbüchern wird die Deutsche Minderheit in den folgenden drei Kapiteln erwähnt: „Königreich Jugoslawien", „Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg" und „Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg".

Im Kapitel, welches den Zeitraum von 1918 bis 1941 aufarbeitet, wird man im Lehrbuch des Herausgebers **„Zavod za udžbenike"** aus dem Jahr **2005** fündig: „In dem neu gegründeten Staat gehörten etwa zwei Millionen Menschen zu den nationalen Minderheiten (Ungarn, Deutsche, Albaner, Rumänen, Slowaken, Russinen, usw.). Diese machten zusammen ein Sechstel der Bevölkerungszahl aus." Im selben Buch unter dem Untertitel „Ende des Krieges im Raum Jugoslawiens" wird auch über das Schicksal der deutschen Minderheit nach dem Krieg berichtet: „Einige aus der deutschen Minderheit, welche zumeist im Banat gewohnt haben, sind mit der Deutschen Armee zurückgegangen, aber der Großteil blieb, und somit wurden sie als potentielle Kriegsverbrecher unter Verdacht gestellt und aus den Ortschaften vertrieben."

Im Lehrbuch des Herausgebers **„Logos"** unter dem Untertitel „Aufteilung Jugoslawiens" (1941) steht: „Wegen des Disputs um das Gebiet Banat zwischen Deutschen, Ungarn und Rumänen bekam dieses Territorium den Titel einer *autonomen Verwaltungseinheit* innerhalb des besetzten Serbiens. Die Verwaltung wurde den lokalen Deutschen (Volksdeutschen) unterteil."

Im Lehrbuch des Herausgebers **„Zavod za udžbenike"** aus dem Jahr **2010** wurden die Wahlergebnisse vom Parlament des damaligen Königreichs tabellarisch aufgelistet. Unter dem Kapitel „Königreich Jugoslawien" werden auch die errungenen Mandate jeder ehemaligen Parteien, darunter auch der deutschen Minderheit, aufgeführt. So hatte die **Deutsche Partei** 1923 **acht Mandate**, 1925 **fünf Mandate** und 1927 **sechs Mandate** erreicht. Im Teil über den Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien steht folgendes über die deutsche Minderheit: „Woiwodina wurde aufgeteilt, die Region Batschka erhielt Ungarn, und die Region Banat war der lokalen deutschen Minderheit zugeteilt." Hier wird unter anderem auch behauptet, dass „die Albaner auf Kosovo und Metochien Serben terrorisiert haben, genau so wie die Ungarn und die Deutschen in Woiwodina tausende Serben ermordet haben." Im selben Lehrbuch unter dem Kapitel „Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg" steht folgendes: „Nach dem Krieg wurden einige tausende Deutsche vertrieben, oder sie sind mit der Deutschen Armee weggezogen."

Im Jahr 2011 erscheint von dem Herausgeber **„Klett"** ein Lehrbuch für die 8. Klasse, in welchem unter dem Kapitel „Staat der Slowenen, Kroaten und Serben" folgendes über die deutsche Minderheit steht: „Zu den nationalen Minderheiten gehörten Mehrzahl die Deutschen, Ungarn, Albaner, Rumänen, Türken, Slowenen und Russinen." Im Kapitel „Die Folgen des Krieges in Jugoslawien" wird geschrieben: „Opfer des Krieges waren unter anderem auch die Deutschen, welche in Jugoslawien lebten. Sie zogen sich, gemeinsam mit der Deutschen Armee, zurück und hinterließen ihren Besitz und ihr Eigentum."

Im Lehrbuch des Herausgebers **„Eduka"** aus dem Jahr **2020** findet man unter dem Teil, in welchem die Geschichte des SHS-Staats aufgearbeitet wird, eine Tabelle, in welcher alle nationale Minderheiten aufgelistet und in folgender Reihenfolge dargestellt werden: Deutsche, Ungarn, Albaner, Rumänen, Italiener und andere. Den Autoren ist offensichtlich bekannt gewesen, dass die **deutsche nationale Minderheit** damals die **am zahlreichsten vertretene** im damaligen Staat war (laut der offiziellen Volkszählung aus dem Jahr 1921, lebten **505.790 Deutsche** in dem Gebiet). In der Rubrik „Kuriositäten", im selben Buch auf Seite 181, wird eine Fotografie einer alten deutschen,

evangelischen Kirche aus Belgrad gezeigt, welche von den kommunistischen Behörden **enteignet** worden ist. Die Bilduntertitelung ist wie folgt. „Bitef Theater in Belgrad, eines der Theater in welchem auch Vorführungen des gleichnamigen Festivals gezeigt werden".

Der Herausgeber „Data Status" beschäftigt sich in dem Lehrbuch für die 8. Klasse aus dem Jahr **2021** unter dem Untertitel „Konstitution des Staates" mit der Entstehung des SHS-Staates. „Die nationalen Minderheiten machten **rund zwei Millionen** der Gesamtbevölkerung aus: Ungarn, Deutsche, Albaner, Rumänen, Slowenen und andere." Im Kapitel „April Krieg und Besetzung" steht: „Die lokale Bevölkerung aus Kosovo und Metochien wurde von den Kollaborateuren aus den Reihen der Albanern terrorisiert. Dasselbe fand in Batschka und Banat statt, unter deutscher und ungarischer Herrschaft, wobei sich auch einheimische Ungarn und Deutsche beteiligt haben sollen." Im Teil über Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg steht das Folgende: „Mehr als **350.000 Menschen**, vorwiegend serbische Familien wurden aus den unfruchtbaren Teilen Dalmatiens, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Süd-Serbiens und aus dem heutigen Nordmazedonien auf die vor allem von Deutschen enteigneten Anwesen angesiedelt.

Es ist offensichtlich, dass wenn es um das Schicksal der deutschen Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg geht, werden Worte wie „**Vertreibung"** und **„Einlagerung"** in fünf von sechs Lehrbüchern **bewusst gemieden**. Die **Enteignung** der Deutschen wird **nur in einem Lehrbuch** thematisiert. Und auch dieses Mal zeigt sich die alte Wahrheit, dass bei der Aufarbeitung der geschichtlichen Vergangenheit sich anhand der Lehrbücher nicht nur die eigene Einstellung und Tendenz des Autors sich herauskristallisiert, sondern es bestätigt auch, dass das, was verheimlicht bzw. „ausgespart" wird, letztendlich viel aussagekräftiger ist, als das tatsächlich niedergeschriebene.

Rudolf Weiss, Dipl.- Historiker, Präsident des Deutschen Volksverbandes in Serbien

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.111, 2021

Wien, am 09. September 2021

R u m ä n i e n

29) George Simion: „Meiner Ansicht nach hat Rumänien einen großen Fehler gemacht, als es sich weigerte, der Visegrád-Gruppe beizutreten“

21. 09. 2021



George Simion in Karpacz, Polen, 8. September 2021 - *Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy*

George Simion, Vorsitzender der rumänischen patriotischen Partei AUR: „Mit der Visegrád-Gruppe haben wir die gleiche Geschichte, die gleichen Interessen und wir werden die gleiche Zukunft haben. Wir können uns nicht auf Deutschland verlassen, das jetzt einen Großteil unserer inneren und äußeren Angelegenheiten kontrolliert“.

Auf dem Wirtschaftsforum im niederschlesischen Karpacz (dt. Krummhübel) traf das Team der *Visegrád Post* George Simion, den Vorsitzenden der patriotischen Partei AUR (*Alianța pentru Unirea Românilor* – dt. Allianz für die Vereinigung der Rumänen). Der 34-jährige Autor und Absolvent der Wirtschaftswissenschaften bzw. der Geschichte, der seit Kurzem in der Politik aktiv ist, machte 2019 mit einer umstrittenen Aktion auf dem Friedhof von Valea Uzului von sich reden, die zu neuen Spannungen zwischen Ungarn und Rumänen geführt hatte.

Er erklärt, er sei gegen das System, behauptet, er sei Christ und befürworte ein Großrumänien, sprich die Wiedervereinigung von Rumänien und Moldawien. Er greift das derzeitige rumänische Regime, das er insgesamt für korrupt hält, frontal an und zögert nicht, die schädliche Rolle des rumänischen Geheimdienstes anzuprangern, der ein echter Staat im Staat darstellt.

Ferenc Almássy befragte George Simion zu seiner Ablehnung der Covid-Maßnahmen, zu seiner Vision der Visegrád-Gruppe und zu den Gründen, warum Rumänien noch immer nicht Mitglied des Schengen-Raums ist.

Ferenc Almássy: *Herr Simion, vielen Dank für dieses Gespräch. Sie sind die dominierende Persönlichkeit bzw. der Vorsitzende der rumänischen Partei AUR, die bei den letzten Wahlen für eine Überraschung sorgte und einen noch nie dagewesenen Zuwachs an Wählerstimmen verzeichnete: Von 1,2 % bei den Europawahlen vor zwei Jahren stiegen Sie plötzlich auf über 14 % in 4 der 41 Bezirke des Landes. Sie sind jetzt Mitglied des rumänischen Parlaments. All dies scheint mit Ihrem Widerstand gegen die Politik der rumänischen Regierung verbunden zu sein, die zumindest einer der Schlüssel zu Ihrem Erfolg zu sein scheint.*

George Simion: Ja, aber das liegt nicht nur an unserer freiheitsliebenden Haltung. Vier Säulen kennzeichnen die AUR-Linie, und eine davon ist die Freiheit. Wir kämpfen auch für den christlichen Glauben, der das Fundament der europäischen Zivilisation ist. Wir kämpfen für das nationale Prinzip und für die Familie als Grundlage der Gesellschaft. In Rumänien leitete der Niedergang der Christdemokratischen Partei PNȚ-CD eine lange Periode ein, in der diese Werte im Parlament von keiner ernsthaften politischen Kraft verteidigt wurden. Wir lehnen das System entschieden ab, nicht in einem anarchistischen Geist, sondern aus Respekt vor den Werten, für die wir kämpfen und die wir vertreten.

Heutzutage möchten die Globalisten, dass wir alle gleich werden, genau wie in der kommunistischen Ära: Wir sollten unserer sexuellen Identität beraubt werden, und jedes Kriteriums, das uns unterscheiden könnte.

Jeder sollte das sein können, was er will. Aber biologisch gesehen können wir nur männlich oder weiblich sein. Dies sind die einzigen beiden Geschlechter, die ich kenne, und ihre Existenz verdanken sie Gott.

Aufgrund unseres Engagements für diese Werte und in Ermangelung einer anderen politischen Kraft, die in diesem Segment der patriotischen, souveränen und konservativen Meinung positioniert ist, haben wir bei den Wahlen im Dezember 2020 10 % der Stimmen erhalten. Aber nur 40 % der Wähler waren über die Existenz der AUR informiert,

da wir keinen Zugang zum Fernsehen hatten. Das postkommunistische, ja sogar totalitäre System, das Rumänien kontrolliert, dachte, dass es uns daran hindern würde, die Schwelle zur parlamentarischen Vertretung zu überschreiten, indem es uns vom Fernsehen fernhält. Aber wir haben 10% erreicht, und einige der jüngsten Umfragen sehen uns bei 15%, andere eher bei 20%, und unser Aufstieg geht weiter. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es in der rumänischen Politik keine konservative und patriotische Stimme gibt – trotz der Art und Weise, wie wir als Extremisten, Neofaschisten oder andere Bezeichnungen dargestellt werden.

Wir sind normale Rumänen, die Teil der Europäischen Union sein wollen – nicht eine europäische Föderation, sondern ein Bündnis zwischen Nationen.

Ferenc Almássy: *Sie haben sehr deutliche Worte gegen Ihre Regierung benutzt.*

George Simion: Ja, denn diese Regierung ist seit 30 Jahren dieselbe. 1989 töteten sie Ceaușescu, übernahmen die Macht und verteilten die Rollen: „Ihr, ihr werdet ‚die Rechten' genannt werden, ihr, ihr werdet Sozialisten sein, ihr, Liberale, und ihr, eine Volkspartei"; aber es waren immer noch dieselben, die Rumänien vor dem Regimewechsel durch das

Einparteiensystem und die *Securitate* [Staatssicherheitsdienste unter Ceaușescu – AdR.] Auch heute noch kontrollieren sie alles und weigern sich, anderen Stimmen in der rumänischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Und unser Problem ist, dass das System versucht, jede abweichende Stimme zum Schweigen zu bringen.

Ferenc Almássy: *Ich verstehe. Andererseits haben Sie das Recht, alles, was Sie gerade gesagt haben, öffentlich zu sagen. Sie sind nicht im Gefängnis, und Sie werden nicht von den Behörden angegriffen, um Sie dafür zu bestrafen, dass Sie es sagen.*

George Simion: Nein, aber wir haben eine Menge Geldstrafen erhalten.

Wir leiden unter der Unterdrückung durch einen Polizeistaat.

Bei den Wahlen 2020, während unseres Kampfes für Demokratie und Freiheit, haben sie versucht, uns zu kompromittieren. Sie haben zum Beispiel versucht, es so aussehen zu lassen, als ob ich ohne Führerschein fahren würde, also musste ich öffentlich beweisen, dass ich einen gültigen Führerschein habe. Die rumänische Securitate ist nicht tot – sie ist an keinem Moment verschwunden, und sie verweigert uns das Recht, unsere Werte zu verteidigen.

Ferenc Almássy: *Sie haben uns gesagt, dass Sie nicht gegen die EU sind, sondern für ein Europa der Nationen. Unter diesem Gesichtspunkt ist Ihre Rede den Zielen der Visegrád-Vier ziemlich ähnlich.*

George Simion: Ja.

Ferenc Almássy: Wie sehen Sie die Visegrád-Gruppe aus rumänischer Sicht?

George Simion:

Meiner Ansicht nach hat Rumänien einen großen Fehler gemacht, als es sich weigerte, der Visegrád-Gruppe beizutreten. Zusammen mit Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Polen wären wir dort genau richtig.

Wir haben dieselbe Geschichte, dieselben Interessen, und wir werden dieselbe Zukunft haben. Wir können Deutschland, das derzeit einen Großteil unserer Außen- und Innenpolitik kontrolliert, keinen Blankoscheck ausstellen, denn Deutschland wird am Ende immer mit Russland Geschäfte machen. Sie waren immer Freunde, dann Feinde, dann wieder Freunde, und so weiter.

Wir sind der Meinung, dass wir eine unabhängige Politik betreiben sollten – eine Politik, wie sie sich Marschall Piłsudski in der Zwischenkriegszeit in Polen unter dem Namen Intermarium-Projekt vorgestellt hat. Heute wird dieses Projekt unter dem Namen Drei-Meere-Initiative wiederbelebt. Die Länder in diesem Gebiet sollten mehr zusammenarbeiten, denn wenn wir das nicht tun, werden wir verschwinden. Wir werden Niedriglohnländer sein, die lediglich einen Markt für chinesische und westliche Produkte bieten.

Ferenc Almássy: *Apropos Chinesen: Ist es aus Ihrer Sicht nicht besorgniserregend, dass Mitteleuropa – also eine Region, zu der auch die Länder der Drei-Meere-Initiative gehören – Gefahr läuft, zu einer Art Pufferzone zu werden, zum Beispiel zwischen Deutschland und Russland oder zwischen den USA und China, zum Beispiel? Sind wir nicht bloß Marionetten im Spiel der Großmächte?*

George Simion: Sie benutzen uns, weil wir uns von ihnen benutzen lassen. Alles hängt von den Staatsoberhäuptern und der von ihnen vertretenen außenpolitischen Vision ab. Unter diesem Gesichtspunkt,

muss ich sagen, dass ich zum Beispiel die Politik Polens bewundere, und auch – in gewisser Hinsicht – die der Regierung Orbán, für ihren Widerstand gegen die Diktatversuche aus Brüssel – gegen diese Art von kultureller Standardisierung, die mit dem vergleichbar ist, was man in der Sowjetzeit durchsetzen wollte. Unsere Nationen sind nicht dafür da.

Ich denke, die Europäische Union sollte eine Freihandelszone bleiben, ein Wirtschaftsraum, der durch Freizügigkeit und freien Handel geeint ist. Ich glaube nicht, dass sie ihre eigene Armee aufstellen oder zu einem Bundesstaat oder einem Superstaat werden muss.

Ferenc Almássy: *Wie sehen Sie die Zukunft der Region vor dem Hintergrund der Covid-Krise? Sie sind sehr feindselig gezeigt…*

George Simion: Nein, wir sind gagen gar nichts feindselig. Wir wehren uns nur gegen Maßnahmen, die nutzlos sind. Schauen Sie sich zum Beispiel uns an, wie wir gerade miteinander reden. Wenn wir Masken trügen, würde das nichts ändern. In Rumänien sind wir jedoch schon seit langem gezwungen, Masken zu tragen – auch im Freien –, obwohl deren Wirksamkeit nie bewiesen wurde.

Sie versuchten auch – wie in der kommunistischen Ära –, mit Hilfe von Angst bestimmte Maßnahmen wie Zwangseinweisungen und Impfungen durchzusetzen. Sie versuchten, die Impfung für bestimmte Kategorien von Arbeitnehmern, z.B. im Bildungswesen und im öffentlichen Dienst, verbindlich vorzuschreiben. Wir verteidigen die Wahlfreiheit für alle. Niemand weiß besser als ich, was gut für mich ist: Das ist die Freiheit – und das ist es, was sie im Moment abzuschaffen versuchen.

Wir leugnen nicht die Existenz dieses Virus, aber wir behaupten, dass die von ihm verursachten Schäden nicht die Lähmung ganzer Länder rechtfertigen. Die westlichen Länder haben vielleicht genug finanzielle Reserven, um sich das für zwei oder drei Jahre leisten zu können, aber wir können uns das nicht leisten – genauso wenig wie den Green Deal oder diesen neuen Hohn von einem Plan namens Fit for 55. All diese Geschichten werden unsere Wirtschaft zerstören. Ich möchte darauf hinweisen, dass bereits vor dieser Gesundheitskrise eine sich ständig verschärfende Wirtschaftskrise unsere Länder in den Ruin trieb. Fünf Millionen Rumänen arbeiten im Ausland.

Ferenc Almássy: *Sie betonen auch immer wieder, dass Rumänien die rumänische Diaspora, die vor allem in Europa sehr zahlreich ist, stärker unterstützen sollte. Im Vereinigten Königreich, in Deutschland, Italien, Spanien usw. gibt es viele Rumänen, die zum Arbeiten kommen – einige von ihnen leben schon seit vielen Jahren dort.*

George Simion: Sie sind nicht um des Arbeitens willen in diese Länder gegangen. Sie arbeiten dort, weil sie gezwungen waren, Rumänien zu verlassen, weil sie arm waren und nicht über die Runden kommen konnten. Deshalb sind sie gegangen. Für mich ist es unbegreiflich, dass die rumänische Regierung 120 Millionen Impfdosen für eine Bevölkerung von 19 Millionen Menschen kauft und dafür über eine Milliarde Euro bezahlt, vielleicht sogar noch mehr, weil sie dies auf undurchsichtige Weise tut. Die Höhe der Ausgaben wird den Menschen nicht mitgeteilt…

Ferenc Almássy: *Nicht einmal für Parlamentarier?*

George Simion: Nicht einmal für Parlamentarier. Wir haben im Rahmen der parlamentarischen Verfahren viele Fragen gestellt und keine Antwort erhalten. Es ist ein offenes Geheimnis. Wenn es keine Transparenz gibt, wie sollen die Menschen ihnen dann vertrauen? Nun, die Menschen vertrauen ihnen nicht. Deshalb wollen die Rumänen nicht geimpft werden. Wir versuchen, die im Ausland lebenden Rumänen davon zu überzeugen, zurückzukommen und das Land wieder aufzubauen, aber das ist sehr schwierig, da sich niemand für Wirtschaftswachstum oder nationale Souveränität interessiert. Alles, was die Regierung tut, ist, Kredite vom IWF und der Weltbank aufzunehmen. Das ist auf Dauer nicht tragbar: Früher oder später wird uns die Weltbank auffordern, z.B. unsere Erdgasreserven entschädigungslos aufzugeben.

Die Coronavirus-Krise ist daher für mich symptomatisch für den Zustand, in dem sich Rumänien befindet, das seit 30 Jahren von äußeren Kräften beherrscht wird. Wir haben unsere Wirtschaft zerstört. Wir haben unsere Fabriken zerstört. Die Menschen sind ins Ausland gegangen, weil sie in Rumänien keine Zukunft sehen.

Deshalb unterstützen uns die Rumänen, und deshalb sind wir nicht wie diese gewöhnlichen Politiker, die Lügen erzählen. Wir sagen, was jeder sehen kann. Diese Leute, die behaupten, uns zu regieren, regieren sich nicht einmal selbst.

Ferenc Almássy: *Rumänien ist seit 14 Jahren in der EU, und Sie sind immer noch nicht dem Schengen-Raum beigetreten. Warum ist das so? Es ist ein relativ sicheres Land mit gut bewachten Grenzen. Könnte es wegen des Hafens von Constanța sein, der viele Interessen bedroht, oder aus anderen Gründen? Sollte Rumänien Ihrer Meinung nach dem Schengen-Raum beitreten?*

George Simion: Rumänien muss die Möglichkeit haben, wirtschaftlich zu florieren, und uns wird der Zugang zum Schengen-Raum verwehrt.

Im Falle eines Beitritts würde Constanța natürlich die Einnahmen einstreichen, die derzeit auf Rotterdam niederprasseln, und solange wir uns weigern, Constanța zu verkaufen, wird man uns nicht in den Schengen-Raum lassen. Man hat uns erklärt, dass wir in einem gemeinsamen Raum leben werden, in einer Union, die sich um alle kümmert, aber wir, die ärmsten Nationen der besagten Union, profitieren nicht in gerechter Weise davon.

Ferenc Almássy: *Meine letzte Frage bezieht sich auf die ungarische Minderheit in Rumänien: Sie ist eine sehr große Minderheit.*

George Simion: 5 % der Bevölkerung, ja.

Ferenc Almássy: *Diese Minderheit ist seit langem ein Zankapfel, der zu Spannungen führt. Wie sehen Sie die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen rumänischen Staatsbürgern mit rumänischer und rumänischen Staatsbürgern mit ungarischer Abstammung?*

George Simion: Zunächst einmal sehe ich Bukarest und Budapest zusammenarbeiten und kooperieren – wie zwei unabhängige Länder. Ungarn mit rumänischer Staatsbürgerschaft sind für uns sehr wichtig. Im rumänischen Parlament haben wir ethnisch ungarische Abgeordnete. Wir respektieren sie, und wir wollen mit ihnen eine gemeinsame Zukunft aufbauen.

Die Spannungen, die im Laufe der Jahre entstanden sind, waren das Ergebnis politischer Provokationen. Wir sind der Meinung, dass die Integration der Ungarischsprachigen in die rumänische Gesellschaft verbessert werden muss. Wir müssen ihnen helfen, Arbeit zu

finden, obwohl sie die rumänische Sprache nur schlecht beherrschen – was die UDMR [Demokratische Union der Magyaren in Rumänien, bzw. ungarisch RMDSZ, die wichtigste Partei der ungarischen Minderheit – AdR.] lange Zeit verhindert hat. Dies ist ein echtes Problem für sie, da es ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt unmöglich macht. Aber sie müssen auch die Möglichkeit haben, ihre Identität zu bewahren: ihre Muttersprache zu erlernen, ihre Kirchen zu besuchen, ihre traditionellen Feste zu feiern, wie es auch die ungarischen Bürger tun, die der rumänischen Minderheit in Ungarn angehören. Wir selbst haben ähnliche Probleme mit bestimmten Ländern – wie Serbien und der Ukraine –, die das Recht nationaler Minderheiten, ihre eigene Sprache zu verwenden, ihre eigene Religion auszuüben usw. nicht respektieren. Ich bin der Meinung, dass alle Staaten die Besonderheiten aller in ihrem Hoheitsgebiet lebenden ethnischen Gruppen respektieren sollten.

Und ich glaube, dass Rumänien das tut. Jede ethnische Gruppe hat Anspruch auf mindestens einen Abgeordneten – und sie sind insgesamt 18! Meiner Meinung nach ist die einzige problematische Partei die UDMR, die ein Ghetto inmitten der rumänischen politischen Szene ist, während wir Bürger ungarischer Volkszugehörigkeit in jeder der Parlamentsfraktionen unter den Farben aller Parteien haben sollten, anstatt sie alle in einer ethnischen Partei unterzubringen. Die meisten rumänischen Bürger ungarischer Abstammung leben in den Bezirken Covasna und Harghita – deren Entwicklung und Gedeihen wir unterstützen sollten. Die Führer der ethnischen Partei UDMR sind nichts anderes als der ungarischsprachige Teil der korrupten politischen Klasse, die Rumänien seit 30 Jahren kontrolliert. Sie haben mit der Regierung zusammengearbeitet und waren in viele schmutzige Geschäfte verwickelt, wie zum Beispiel die Abholzung unseres Landes durch illegalen Holzeinschlag.

VISEGRÁD POST
COMPRENDRE L'EUROPE CENTRALE

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der VISEGRÁD POST, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Russland Duma Wahl: Wahlmanipulation oder Manipulation der Berichterstattung?

Von REDAKTION

20. 09. 2021



Bild: shutterstock

Nach der Wahl zur Russischen Staatsduma beeilen sich die westlichen Medien mehrheitlich von Wahlfälschung, Betrug und chaotischen Zuständen zu berichten. Einige erklären sogar Putin zu einem absoluten Verlierer, der nur noch durch Wahlbetrug an der Macht sei, ohne die Tatsachen zu berichten und sie in Relation zu Wahlen in anderen Ländern – z.B. in Deutschland – zu setzen.

Tatsache ist, dass die Partei „Einiges Russland“ rd. 46% der Stimmen bekam und damit ca. 8% gegenüber dem letzten Wahlergebnis aus 2017 verloren hat. Tatsache ist aber auch dass bei dieser Wahl nicht der Präsident Wladimir Putin zur Wahl stand sondern die Partei „Einiges Russland“ von Dmitri Medwedew und dem Spitzenkandidaten Sergei Schoigu. Die Partei unterstützt zwar Putins Kurs, er selber ist dort allerdings nicht einmal mehr Parteimitglied.

Vergleicht man die Zahlen mit der letzten Bundestagswahl in Deutschland, so zeigt sich, dass die CDU/CSU bei der Merkel als Spitzenkandidatin antrat damals sogar 8,6% der Stimmen verlor und mit nur 32,9% das schlechteste Ergebnis seit 1949 erzielte.

Während man in den heimischen Medien nur davon berichtet, dass der derzeit inhaftierte nationalistische Oppositionsführer Alexei Nawalny bzw. seine als rechtsextrem eingestufte und verbotene Partei „Russland der Zukunft“ nicht bei der Wahl antreten durfte, werden andere Fakten meist verschwiegen: Bei der aktuellen Dumawahl wurden von 34

angetretenen Parteien 32 zugelassen, davon traten 14 tatsächlich an; 10 davon waren vorher noch nicht in der Duma vertreten. Es ist also nicht so, als gäbe es keine Alternative zur Putin-nahen Partei.

Im Vergleich dazu traten bei der letzten Deutschen Bundestagswahl von den insgesamt 34 zugelassenen Parteien nur 10 in allen Bundesländern an (37 waren nicht überall wählbar und 14 waren in keinem Bundesland zur Wahl angetreten oder zugelassen). Dieselben Medien die sich darüber alterieren, dass der „nationalistische Demokrat“ (Eigendefinition Nawalny) nicht zur Wahl zugelassen wird würden sich vor Freude überschlagen, würde die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) verboten.

Dass Nawalny’s Clique mit der „Smart Voting“ App (die über die Google- & Apple-Stores vertrieben wurde) nicht nur versucht hat die Wahl massiv zu beeinflussen wird hier eher wohlwollend erwähnt und das Abschalten dieser offensichtlich vom Ausland gesteuerten Anwendungen als Zensur kritisiert. Während man Putin sofort illegale Wahlbeeinflussung und Einmischung in interne Angelegenheiten unterstellen würde, wenn der Kreml solch eine App für die Deutsche Bundestagswahl lancieren würde um ganz gezielt gewisse Kandidaten auszuschalten.

Ein weiterer Kritikpunkt der Russland-Basher war es, die Wahl über drei Tage anzusetzen, damit die Hygiene- und Abstandsregeln bei den Wahlen eingehalten werden können. Begründung der Kritik: Dabei wären die Wahlurnen nicht durchgehend bewacht.

Auch die fehlende internationale Wahlbeobachtung wird gerne kritisiert. Aber es war nicht Russland, das der OSZE verbot Beobachter zu entsenden; die Organisation selber verzichtete darauf weil ihnen die Einhaltung der von den russischen Behörden vorgegebenen pandemiebedingten Auflagen angeblich unmöglich war bzw. eine landesweite Beobachtung nicht so einfach möglich gewesen wäre.
Doch welche Häme hätte Putin erst getroffen, hätte Russland alle 108 Millionen Wahlberechtigten an einem einzigen Tag wählen, dazu noch alle Ausländer frei ein- aus und im ganzen Land herumreisen lassen und damit eine neue Corona-Welle im Land ausgelöst.

Dafür machen private Videos die Runde in denen man Randalierer sieht, die Wahlurnen umwerfen, Stimmzettel verstreuen oder von Verhaftungen deren Grund unklar bleibt. Tatsächlich wurden jetzt im flächenmäßig größten Land der Welt gleichzeitig rd. 4.400 Wahlen abgehalten und 31.000 Mandatare zu den verschiedensten Regional- und Stadtparlamenten gewählt. Wo, bei welcher Wahl und wogegen die Randalierer dabei waren ist nicht nachvollziehbar.
Hauptsache es gab wieder einmal einen Anlass gegen Russland und Putin zu wettern.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Südosteuropa: Politische Themen *Seite 224*

Keine Berichte

I t a l i e n

01) Willkommen in Draghistan

24. 09. 2021



Mario Draghi · *Bildquelle: MPI*

Italien ist heute zusammen mit den Arabischen Emiraten (einer absoluten Monarchie) das Land der Welt, in dem der so genannte „Green Pass“ auf praktisch alle Tätigkeiten ausgedehnt wird, und ist der erste Staat in Europa, der die Rechte durch den „Green Pass“ einschränkt. Was sich in Italien abspielt, das in ein totalitäres Regime verfallen ist, das die autoritären Satelliten der ehemaligen UdSSR erblassen lässt, nimmt in Frankreich ebenfalls Gestalt an: dieselben Zwangsmethoden, dieselben Medien, die der Regierung unterstellt sind, dieselbe autoritäre Entscheidungsfindung durch einen nicht gewählten Verteidigungsrat und ein Parlament, das zu einer reinen Aufzeichnungskammer geworden ist, dieselbe Angst, um die Bevölkerung für freiheitsfeindliche Maßnahmen zu gewinnen.

„Im Gegensatz zu den Vereinigten Arabischen Emiraten ist Italien jedoch eine demokratische Republik, die auf Arbeit basiert (Artikel 1 der Verfassung), auch wenn das Recht auf Arbeit heute faktisch von einer Bescheinigung über die Einhaltung der Gesundheitspolitik der Regierung abhängig gemacht wird“, erinnert der italienische Wirtschaftsprofessor Gandolfo Dominici in einem Artikel, der der vorherrschenden Covid-Doxa zuwiderläuft:

„Italien ist auch eines der 47 Mitgliedsländer des Europarates, das mit der Resolution 2361/21 ausdrücklich – auch mit der italienischen Stimme – jede Verpflichtung oder jeden Druck zugunsten der Impfung, auch in Form von Medienpropaganda, untersagt."

Aber niemand, so derselbe Professor, „scheint sich daran zu stören, dass die Presse und die Medien im Allgemeinen jeden, der sich nicht an die Gesundheitspolitik der Regierung und ihres Kontrollorgans hält. In Frankreich ist dies der Verteidigungsrats. Dieser ist nicht nur kein Organ, das im Verfassungssystem vorgesehen ist, sondern ähnelt in gewisser Weise auch dem jakobinischen Komitee zur Rettung der Öffentlichkeit. All dies geschieht, ohne dass dieselben Verfechter der Menschenrechte, die bis 2019 zu Recht gewarnt haben: „Angst darf niemals die Übertragung von Rechten rechtfertigen!", in irgendeiner Weise gestört werden. Im Gegenteil, sie sind heute die überzeugtesten Verfechter des Gehorsams gegenüber der Regierung".

Gandolfo Dominici setzt seine scharfe Kritik an jenen italienischen Weltverbesserern fort, die die drakonischen Maßnahmen des nicht gewählten Bankiers Mario Draghi an der Spitze der italienischen Regierung mit beiden Händen begrüßen:

„So wie in Turkmenistan, dessen Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow nach dem Verbot, sich die Haare zu färben, die obligatorische Covid-Impfung für alle einführte, ungeachtet der Tatsache, dass das Experiment wegen langfristiger negativer Auswirkungen nicht abgeschlossen wurde."

„Aber wie ist das alles passiert? Wie konnte Italien, das Land mit der „schönsten Verfassung der Welt", zu Draghistan werden, wo alles dem Impfgott untergeordnet ist?"

Eine erschreckende Frage, auf die Professor Dominici, Experte für soziale Kybernetik, nicht zögert zu antworten: dank der Angst.

„Wir denken im Allgemeinen", erklärt er, „dass Diktaturen auf militärischem Zwang beruhen. Aber wenn wir die Entstehung von Diktaturen in der Geschichte genauer analysieren, verstehen wir, dass dies ein eher oberflächlicher Glaube ist, und wir können sehen, dass die wahre Grundlage jeder Diktatur die Angst ist. Daraus folgt, dass in der heutigen globalisierten und hypervernetzten Welt eine militärische Invasion nicht mehr notwendig ist, um ein Volk zu kontrollieren, sondern dass es wesentlich (oder, wenn Sie wollen, ausreichend) ist, die Kontrolle über die Massenmedien zu haben, die die von ihnen wahrgenommene Realität schaffen."

Er fügt hinzu:

„Angst wird erzeugt, indem man durch Kommunikation, die auch Techniken verwendet, die heute auf NLP (Neurolinguistisches Programmieren) basieren, einen Feind konstruiert, den man fürchten und dem man gehorchen muss, um ihn zu bekämpfen. Dieser Feind kann ein gegnerisches Land, eine terroristische Organisation, eine Minderheit, eine ethnische Gruppe, ein Virus oder – einfacher – jemand sein, der den Befehlen der Regierung nicht folgt."

In einem Interview, das im März 2020 veröffentlicht wurde, sagte der argentinische Philosoph und Psychologe Miguel Benasayag: „Die Epidemie ist der Traum des Tyrannen… es ist eine traurige Tyrannei, in der die Menschen dem Tyrannen aus Angst blind gehorchen und sagen: Dies ist nicht die Zeit zum Denken, es ist die Zeit zum Gehorchen!". Foucaults Alptraum vom biopolitischen Regime wird wahr.

Auf dieser Grundlage haben die westlichen Völker in kurzer Zeit die jahrhundertealten Rechte und die Kämpfe um ihre Erlangung vergessen und drakonische und dystopische „Beschränkungen“ akzeptiert, die sich (im Lichte der heute verfügbaren Vergleichsdaten) als nutzlos, wenn nicht gar schädlich für die Gesundheit, die Gesellschaft und die Wirtschaft erwiesen haben. Jahrhunderte der Rechtsstaatlichkeit haben mit dem DPCM und den Dekreten, gegen die sich nur wenige vergeblich gewehrt haben, in Rauch aufgelöst.

„In den letzten zwei Jahren haben wir gesehen, wie durch die Medien der erste Massenmanipulationskrieg der Geschichte stattgefunden hat.“

„Die Freiheit hat sich von einem unantastbaren Recht in ein Orwellsches ‚Laster‘ oder gar ein ‚Psycho-Verbrechen‘ verwandelt. Sätze wie: „Man kann keine gefährlichen Freiheiten zulassen“ sind in allen Medien häufig zu hören.

„Im Draghistan von SuperMario wurde Draghis SuperPass nun von dem Grundsatz befreit, dass Freiheit nicht mehr ein angeborenes und unantastbares Recht aller ist, sondern dass sie zusammen mit anderen Rechten nach dem Erwerb eines digitalen Zertifikats über Gehorsam gegenüber der Regierung ‚gewährt‘ werden sollte.“

Dieses Abdriften der derzeitigen italienischen Exekutive in Richtung eines totalitären Regimes, einer sanitären Tyrannei, – und andere europäische Regierungen sind auf dem gleichen Weg, allen voran Macrons Frankreich -, bewegt die Europäische Union nicht im Geringsten, auch wenn sie so schnell dabei ist, osteuropäische Länder im Namen der Freiheit zu geißeln, wenn sie die Lobbyarbeit von LGBTQI+-Aktivisten bremsen… Vielleicht, weil dieses autoritäre Abdriften unter dem Deckmantel multipler Krisen – Gesundheitskrise heute, Klimakrise gestern und morgen, Terrorkrise immer – ebenso wie die homosexuellen Zwänge an der globalen Regenbogenrevolution beteiligt ist, die die Welt in eine neue Welt kippen will, die Welt danach, die entmenschlichte, digitale und transhumanistische Welt, die Welt der „Identitätslosen“, der „Grenzenlosen“, der „Freiheitslosen“… die Welt der großen Reinitialisierung ohne Gott.

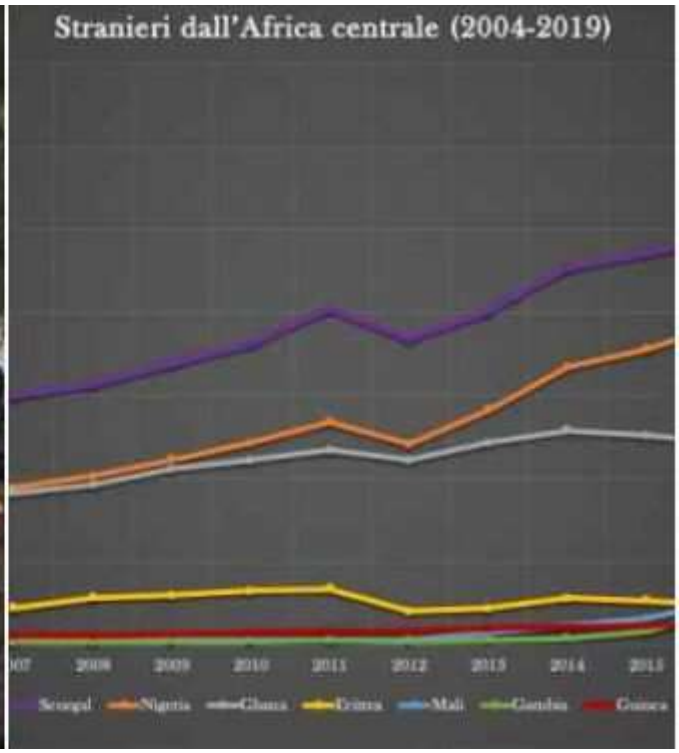
Quelle: MPI

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Italien: Migrantenzahl hat sich in 20 Jahren vervierfacht

21. 09. 2021





Bildquelle: VoxNews

Die Zunahme der Migranten in Italien ist mit dem Verfall der Lebensqualität einhergegangen.

In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zahl der Einwanderer vervierfacht, während das Pro-Kopf-Vermögen stark gesunken ist.

Die „Trinität" aus Euro, Einwanderung und Globalisierung bringt Italien um.

In den letzten 20 Jahren ist der Wohlstand Italiens im Durchschnitt um 0,2 Prozent pro Jahr gewachsen. Dies berichtet der Allgemeine Verband der italienischen Handwerker (Confederazione Generale Italiana degli Artigiani, CGIA), dem zufolge es sich um „eine sehr besorgniserregende Zahl handelt, die insbesondere auf die negativen Auswirkungen der großen Krise seit 2008 zurückzuführen ist". Obwohl seit diesem Ereignis mehr als ein Jahrzehnt vergangen ist", betont CGIA, „sind wir zusammen mit Griechenland das einzige Land in der Eurozone, das die Situation vor der Krise (2007) noch nicht wieder erreicht hat. Im Vergleich zu vor 12 Jahren müssen wir nämlich noch 4,2 Prozentpunkte des BIP, aber auch 19,2 Punkte der Investitionen, 5,9 Punkte des verfügbaren Einkommens der Haushalte und 1,4 Prozentpunkte des Verbrauchs der Haushalte „zurückgewinnen". Diese Schwierigkeiten bestehen leider nach wie vor, obwohl die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist: In den letzten zwölf Jahren ist die Zahl der Beschäftigten um 1,6 % gestiegen (wir haben die Schwelle von 23 Millionen Arbeitnehmern überschritten). Trotz dieses positiven Aspekts sind die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und das durchschnittliche Lohnniveau aufgrund einer deutlichen Zunahme der Prekarität gesunken, während die Arbeitslosigkeit um 81 % gestiegen ist (die durchschnittliche jährliche Rate lag bei 6 % und beträgt jetzt etwa 10 %). Da weniger Geld zur Verfügung steht, müssen wir immer noch 5,9 Punkte des verfügbaren Einkommens der Haushalte und 1,4 Punkte des Verbrauchs zurückgewinnen.

Wir werden es jedoch nie wieder zurückgewinnen, wenn wir nicht aus der „Trinität“ aussteigen.

Denn im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der in Italien lebenden Ausländer vervierfacht. Der Präsident des ISTAT, Gian Carlo Blangiardo, bezeichnete sie in einer Anhörung vor dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen in der Abgeordnetenkammer als eine der höchsten Wachstumsraten, die in den europäischen Ländern zu verzeichnen sind.

Sie kommen nicht nach Italien, um zu arbeiten, sondern um Unterhalt zu beziehen, zumal die „Familienzusammenführung“ heute der erste und fast einzige Grund für die Einreise ist.

„Von 1998, dem ersten Jahr, für das Daten verfügbar sind und in dem es knapp eine Million ansässige Ausländer gab, bis 2018, dem letzten verfügbaren Jahr, hat sich die Zahl der Ausländer in unserem Land vervierfacht (+419 %)“. Dies derklärte ISTAT-Präsident Gian Carlo Blangiardo bei einer Anhörung in der Abgeordnetenkammer vor dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen zur Umfrage über Einwanderungspolitik, Asylrecht und Steuerung der Migrationsströme.

„Dies ist eine der höchsten Wachstumsraten in den europäischen Ländern, für die Daten vorliegen. Zuwächse in der gleichen Größenordnung gab es auch in Polen (483%), Griechenland (+393%) und Irland (+381%).

In Italien gibt es über 5 Millionen Ausländer. Blangiardo hob hervor, dass am 31. Dezember 2018 5.255.503 ausländische Staatsbürger im Standesamt registriert waren; im Vergleich zu 2017 stieg ihre Zahl um 111 Tausend (+2,2%), was 8,7%2 der gesamten Wohnbevölkerung ausmacht. Die Wanderungssalden für das Ausland zeigen einen negativen Saldo für Italiener (-70 Tausend) und einen positiven für Ausländer (+245 Tausend).

1,3 Millionen neue „Italiener“ zu Beginn des Jahres 2018. In Bezug auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft hob Blangiardo hervor, dass „seit dem 1. Januar 2018 mehr als 1,3 Millionen Menschen in unserem Land leben, die die italienische Staatsbürgerschaft erworben haben, 56,3 % davon sind Frauen“. Die Einwohner, die die Staatsbürgerschaft erworben haben, sind in 13,7 % der Fälle Marokkaner und in 12,6 % der Fälle Albaner. So kommen auf 100 marokkanische Ausländer 44 Italiener marokkanischer Herkunft; auf 100 Albaner kommen 38 Italiener albanischer Herkunft. Marokkaner und Albaner stellen 8,1 % bzw. 8,6 % der ausländischen Wohnbevölkerung, aber wenn man die Bevölkerung ausländischer Herkunft (ausländische Wohnbevölkerung + Italiener durch Erwerb) betrachtet, machen sie mehr als 9 % aus.

Ist das nicht eine Invasion? All das verdankt Italien den berüchtigten Regularisierungen. Und die größten davon wurden von Mitte-Rechts-Regierungen gemacht.

Das Problem der Anlandungen ist sicherlich dramatisch, aber Salvini hat gezeigt, dass es leicht zu lösen ist, indem man sie auf ein Minimum reduziert. Die eigentliche Quelle der ethnischen Substitution sind die regulären Einwanderer; dieser eigentliche Notstand ließe sich ebenfalls leicht durch die Aufhebung der Familienzusammenführung und die Rückkehr zum ius sanguinis lösen.

Die Familienzusammenführung ist der erste Grund für die Immigration. Blangiardo erinnerte auch daran, dass „während bis 2010 die Arbeitsmigration vorherrschte, ist seit 2011 die

Familienzusammenführung der häufigste Grund für die Immigration; 2017 erreichte die Arbeitsmigration mit 4,6 % (12.200) der Gesamtzahl der neuen Genehmigungen einen neuen Tiefstand“.

Landungen. „Im Jahr 2015 gab es 154 Tausend Anlandungen, 2016 waren es 183 Tausend, 2017 119 Tausend, 2018 23 Tausend. Im Juni 2019 waren es dreitausend.“

Es heißt, Einwanderer brächten Wohlstand, doch in dem Zeitraum, in dem sich die Zahl der Einwanderer vervierfacht hat, stagnierte der Wohlstand, so dass das Pro-Kopf-Vermögen gesunken ist.

Das liegt auch daran, dass die Migranten die Löhne drücken und dadurch die Kaufkraft der italienischen Arbeitnehmer schmälern.

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Die neuen sozialen Klassen, die die Politik von heute bestimmen (nach Muzergues)

Von Daniele Scalea

16. 09. 2021



Bildquelle: CM

Jeder, der sich für Politik interessiert, weiß, dass die unteren Schichten in den letzten 30 Jahren von links nach rechts gerückt sind und dass umgekehrt die reicheren Schichten den gleichen Weg in umgekehrter Richtung gegangen sind. In Italien wird die PD, ehemals PCI, als „Partei der ZTLs“ (ZTL = „zona traffico limitato“, „begrenzte Verkehrszone“) verhöhnt, während die Arbeiterklasse seit Berlusconis Zeiten das Paradies sucht, indem sie rechts wählt. Ähnliche Situationen sind fast überall im Westen zu finden. Befinden wir uns also in einer Postklassengesellschaft? Oder handelt es sich angesichts der Tatsache, dass die Wahlbeteiligung nach wie vor in statistisch signifikanter Weise mit dem Wohlstand übereinstimmt, um eine Dichotomie zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse, die einfach die

Seiten gewechselt hat? Oder handelt es sich um den Kampf zwischen einer kleinen, aber einflussreichen Elite und einem zahlreichen, aber schwachen Volk, wie in der populistischen Erzählung?

Ein Buch, das sich mit dem Begriff der „großen Klassenverschiebung“ auseinandersetzt und versucht, Antworten und auch neue politische Strategien zu finden, ist *The Great Class Shift. How new social classes structures are redefining Western politics* von Thibault Muzergues.

Der Franzose Muzergues verfügt über 20 Jahre Erfahrung in der europäischen Politik und hat als Berater und Spendensammler für die britischen Konservativen und die Mitte-Rechts-Parteien in seinem Land gearbeitet. Heute ist er Direktor des Europa-Programms des International Republican Institute, einer amerikanischen Stiftung mit Verbindungen zur Republikanischen Partei der USA.

Muzergues‘ These ist, dass die westliche Politik immer noch stark klassenbasiert ist: Der Unterschied besteht darin, dass es statt der zwei sozialen Klassen, die die alte Dichotomie „bürgerliche Partei versus Arbeiterpartei“ ausdrückten, nun vier verschiedene Klassen gibt, die ein fragmentierteres und instabileres Bild ergeben. Die Ursprünge dieses Wandels liegen in der Globalisierung der 1990er Jahre, die eine doppelte Wirkung hatte: Zum einen verdrängte sie durch die Verlagerung von Arbeitskräften nach Asien die Arbeiterklasse aus der Mittelschicht; zum anderen führte sie durch die Ersetzung manueller durch intellektuelle Arbeit zur Entstehung einer kreativen Klasse, die für die Produktion von Ideen verantwortlich ist, die in Produkte oder Prozesse umgesetzt werden können.

Es geht also nicht um all diejenigen, die eine nicht-manuelle Arbeit verrichten, sondern um diejenigen, die in der Lage sind, durch diese Arbeit einen hohen Wert zu generieren, was der Ursprung des Wohlstands dieser sozialen Klasse ist, die nach Schätzungen von Muzergues in den westlichen Gesellschaften 20–30% ausmacht. Diese Klasse schätzt alles, was ihrer Meinung nach die Kreativität steigern kann, der sie ihren Erfolg verdankt: Sie wählt die Verstädterung, um die Kontakte zu maximieren, die Einwanderung, um die Vielfalt zu erhöhen; sie bevorzugt flexible Arbeit, Individualismus und Kommunikation. Trotz ihrer Betonung der Vielfalt als Wert fördert sie die Vereinheitlichung der Welt: Die städtischen Metropolen werden immer ähnlicher und unoriginieller. In der Außenpolitik verfolgt sie die Utopie des kantischen Weltfriedens.

Die kreative Klasse hat ihrerseits eine sehr große Dienstleistungsklasse geschaffen (etwas weniger als 50 % der Bevölkerung laut Muzergues), die die sich am meisten wiederholenden Arbeiten in ihrem Dienst ausführt. In der Regel handelt es sich dabei um Personen, die nur eine geringe Vergütung erhalten: Sie leben in engem Kontakt mit der kreativen Klasse, haben aber wenig von deren Reichtum. Die sozialen Ungleichheiten sind in den von Kreativen bewohnten städtischen Zentren am größten, und das ist nicht überraschend: Die ganze Welt wird immer ungleicher, da die Dynamik und die Politik der Globalisierung es der kreativen Elite ermöglichen, immer reicher zu werden, ohne die von ihnen erzielten Einkommen umzuverteilen. Dennoch gelingt es den Kreativen, einen Teil der Dienstleistungsklasse, die in der Regel den im Ausland Geborenen entspricht, politisch zu kooptieren und sie wirtschaftlich und moralisch zu unterstützen.

Während die Kreativen und ihre Dienstleister in den Zentren der Großstädte zu finden sind, findet sich der Rest der Mittelschicht in den Vororten und kleineren Städten. Der Lebensstil dieser Klasse ist nach wie vor gewohnheitsmäßig und familienorientiert; der zentrale Wert ist die Arbeit. Die Mittelschicht blickt mit Sorge auf die politisch-korrekte Kulturrevolution der

Kreativen und die laufende ethnische Ablösung. Dies hat auch dazu geführt, dass sie ihre christliche Identität wiederentdeckt haben, obwohl es in Europa keine echte religiöse Wiedergeburt gibt.

Verbündete des Bürgertums sind diejenigen, die Muzergues mit einem französischen Ausdruck als boubour, als „raue Bourgeois“ bezeichnet: Vertreter des städtischen Bürgertums, aber scharfe Kritiker der kreativen Klasse und ihrer Ideale. In der Regel handelt es sich um Libertäre, die aus den Reihen der kreativen Klasse kommen, um sie an der Seite der Mittelschicht zu bekämpfen (als Beispiele nennt der Autor Boris Johnson, Viktor Orbán, Éric Zemmour und Milo Yiannopoulos).

Die Vorliebe der Mittelschicht für Uniformität wird von der Arbeiterklasse geteilt, die jedoch nicht dieselbe Einstellung zu „Recht und Ordnung“ und dieselbe Tradition der Religiosität hat wie die Mittelschicht. Muzergues nennt die Arbeiterklasse die „Neue Minderheit“, weil sie der große Verlierer der Globalisierung ist: wirtschaftlich aus der Mittelschicht verdrängt, in der öffentlichen Debatte an den Rand gedrängt, sogar zahlenmäßig reduziert. Seit den 1980er Jahren hat sich die Linke auf die Seite der Kreativen und der Einwanderer geschlagen und die Neue Minderheit der einheimischen Arbeitnehmer der populistischen Rechten überlassen.

Die vierte im Buch beschriebene soziale Schicht schließlich sind die Millennials. Diejenigen, die seit den 1980er Jahren geboren wurden, sind mit hohen Erwartungen an den sozialen Aufstieg aufgewachsen: Digital Natives, durch kontinuierliche und anstrengende Ausbildung superqualifiziert, ständig von den Medien und der Gesellschaft verwöhnt, die ihnen erklärten, wie „besonders“ sie seien, erwarteten, dass sie massenhaft in die Elite aufgenommen würden. In Wirklichkeit stecken viele von ihnen in Arbeitslosigkeit, Degradierung oder unterbezahlten Jobs fest, die sie zu Arbeitsrhythmen und Arbeitszeiten zwingen, die mit einem erfüllten sozialen Leben nicht vereinbar sind. Die Unsicherheit ihrer Situation wurde nach der Finanzkrise 2008 noch deutlicher: Die Millennials, die sich zuvor mit den Kreativen verbündet hatten, um Obama in den USA oder Hollande in Frankreich zu wählen, traten in den folgenden Jahren an die Spitze des Protests gegen das System, wobei sie sich nicht – wie die Arbeiter – an die extreme Rechte, sondern an die extreme Linke wandten.

Viele Kapitel von The Great Class Shift sind einer akribischen Beschreibung der politischen Entwicklung in den USA und Europa gewidmet, die im Lichte des „Vierklassismus“ als Interpretationsinstrument neu gelesen wird. Es würde zu lange dauern, auch diesen Teil des Buches zusammenzufassen: Es sei nur angemerkt, dass laut Muzergues die suburbane Mittelschicht in Nordwesteuropa die vorherrschende ist, während die Neue Minderheit in Mittelosteuropa zu finden ist und die Millennials, obwohl sie zahlenmäßig benachteiligt sind, durch den Zusammenschluss anderer sozial benachteiligter Menschen erfolgreiche politische Phänomene in Südeuropa hervorgebracht haben, die im Allgemeinen der extremen Linken angehören. Italien wird als anormales Land beschrieben, denn anstatt den Aufstieg von Bewegungen wie Syriza oder Podemos zu erleben, hat die Unzufriedenheit die eher transversale 5-Sterne-Bewegung und später die Lega beflügelt. Laut Muzergues liegt die Besonderheit Italiens in der seit dreißig Jahren andauernden Quasi-Stagnation der Wirtschaft (unterbrochen von Phasen der Rezession) und dem ungewöhnlichen Verhältnis zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Gesamtarbeitslosigkeit, das zeigt, wie die jungen Italiener geopfert werden, um den (inzwischen unhaltbaren) Lebensstandard der Älteren aufrechtzuerhalten.

Der letzte Teil des Buches ist den politischen Strategien gewidmet, die angesichts des neuen sozialen Rahmens anzuwenden sind. Nach 2008 hat sich die Wahlpolitik radikal

verändert, aber nicht alle Akteure sind sich dessen bewusst (dies ist laut Muzergues der Grund für die tiefe und vielleicht fatale Krise, in der sich viele sozialdemokratische Parteien befinden). Eine Partei oder ein Führer muss, um politisch zu bestehen, der (möglicherweise exklusive) Sprecher einer der vier Klassen sein, aber um Wahlen zu gewinnen und zu regieren, muss sie Unterstützung in einer anderen Klasse finden oder sich mit deren Vertreter verbünden. Die antagonistischsten Klassen innerhalb des Systems sind die Kreativ- und die Arbeiterklasse: Muzergues sieht keine Möglichkeit für politische Koalitionen zwischen ihnen, während jede andere Kombination möglich ist. Die Mittelschicht in den Vorstädten scheint jedoch die meisten Bündnismöglichkeiten und damit eine zentrale Stellung im heutigen politischen System zu genießen, die den Verlust der früheren Hegemonie (der Zeit, in der Wahlen „in der Mitte“ gewonnen wurden) überlebt hat. Die Allianz zwischen Kreativen und Millennials wird durch die systemfeindliche Haltung der Letzteren erschwert, kann aber als Reaktion auf die Wahlsiege der Rechten neu vorgeschlagen werden. Kreative und die Mittelschicht können sich in wirtschaftlichen Fragen treffen, aber nicht in soziokulturellen Fragen; das genaue Gegenteil gilt für die Mittelschicht und die Neue Minderheit. Eine Einheitsfront zwischen Millennials und der Mittelschicht scheint nur in separatistischen Kontexten möglich zu sein, während das Bündnis zwischen Millennials und der Neuen Minderheit ein Beispiel für die italienische Regierungserfahrung der Liga plus M5S war, die, wie wir wissen, vorzeitig scheiterte und beiden Parteien schwere Verluste bescherte.

In Anbetracht dessen gelten für den Verfasser die folgenden drei Wahlregeln:

- Sprecher einer Klasse zu sein und diese zu mobilisieren;
- Koalition mit einer zweiten Klasse;
- die Koalition zwischen den beiden anderen Klassen zu verhindern, indem sie den Wahlkampf auf Themen lenken, die sie spalten (z. B. Einwanderung, um zu verhindern, dass die kreative und die mittlere Klasse zusammenkommen, oder die Wirtschaft, um die mittlere und die arbeitende Klasse zu trennen).

Der Autor hat den Eindruck, dass selbst auf der Rechten viele Politiker und Strategen Schwierigkeiten haben, die neue gesellschaftliche Konstellation und ihre Auswirkungen zu verstehen. Aus Trägheit setzen sich einige weiterhin für das Großkapital und die sozioökonomische Elite ein und vergessen dabei, dass wir uns nicht mehr in den 1980er Jahren befinden und dass diejenigen, deren Interessen sie verteidigen, in der Regel Wähler und Unterstützer des gegnerischen Lagers sind. Sich tatsächlich für die Interessen der unteren Klassen, der einheimischen Arbeiter, einzusetzen, ist eine kulturelle Herausforderung. Wenn man über eine rein rhetorische und demagogische Unterstützung hinausgehen will (siehe die klassischen Anti-Immigrationskampagnen, die zwar richtig, aber oft ein Selbstzweck sind), muss man in der Lage sein, die gegenwärtige Ordnung neu zu konzipieren und sich eine Alternative vorzustellen. Das bedeutet, eine echte und konkrete Alternative zur globalisierten Ordnung ohne Grenzen und (im Westen) ohne Arbeit vorzuschlagen. Es geht auch darum (eine nicht minder komplexe Aufgabe), der Mittelschicht den Vorschlag zu erklären, sie dazu zu bringen, die Tatsache zu verdauen, dass eine tiefgreifende Reform notwendig ist, da es heute unmöglich ist, sich auf die Erhaltung zu beschränken: die Ochsen sind bereits aus dem Stall geflohen und die Mittelschicht gleitet unweigerlich in die „Proletarisierung“, wie es einmal hieß. Ein ernsthaftes kulturelles Engagement kann auch viele Millennials für die Sache gewinnen und sie von den neokommunistischen Sirenen wegbringen.

Oder wir können den kürzesten Weg wählen: mit Kommunikationstricks und simpler Demagogie einen Konsens finden, Wahlen gewinnen und dann möglichst viele Jahre ohne Projekte, ohne Denkanstöße und ohne Wirkung umherschweben. Dies ist eine

hervorragende Methode, um kurzfristig persönliche Vorteile zu erzielen, aber sie wird nicht nur die Welt nicht verändern und den erhaltenen Wählerauftrag nicht erfüllen: Früher oder später wird die gesellschaftliche Basis, die erkannt hat, dass die Wahl der Rechten nicht falsch, sondern nutzlos ist, auf der Suche nach neuen Lösungen zusammenbrechen. Wenn die präkovide Ära technokratische Ungeheuer wie die 5-Sterne-Bewegung hervorgebracht hat, dann weiß Gott, was aus der verrückten Ära der Gesundheits- und Psychopandemie hervorgehen wird.



Daniele Scalea

Gründer und Vorsitzender des Machiavelli-Studienzentrums. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) sowie einen Doktortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza) und unterrichtet an der Universität Cusano die Fächer „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus“ und „Geopolitik des Nahen Ostens“. Von 2018 bis 2019 war er Sonderberater für Einwanderung und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (zusammen mit Stefano Graziosi) heißt *Trump contro tutti. L’America (e l’Occidente) al bivio*.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei CENTRO MACHIAVELLI, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Italien: „Die zwei Gesichter der Lega“

Kommentar von Francesco Bei

16. 09. 2021



Matteo Salvini · *https://de.wikipedia.org/wiki/Matteo_Salvini*

„In dem scheinbaren Zustand des politischen Schwebezustands, der durch die Geburt der Draghi-Regierung verursacht wurde, sind die zugrunde liegenden Prozesse dazu bestimmt, früher oder später wieder aufzutauchen. In der Tat scheint Salvini zunehmend in Schwierigkeiten zu geraten, weniger wegen seiner Gegner als vielmehr wegen der Tenöre seiner Partei, die seine Führung in Frage stellen. Jeden Tag zeigen sich die zwei Gesichter der Lega. Auf der einen Seite haben wir einen isolierten Führer und auf der anderen Seite die Politiker, die Gebiete verwalten, die von Millionen von Menschen bevölkert sind, d.h. den produktivsten Teil des Landes. Besonders deutlich wurde dies bei dem Treffen in Cerbobbio. Minister Giorgetti bewegte sich locker wie eine Braut, seine Anwesenheit war an jedem Tisch erwünscht, er schüttelte einer Reihe von Unternehmern die Hand. Salvini hingegen war isoliert und saß mit dem holländischen Souveränisten Geert Wilders an einem Tisch, also mit demjenigen, der die EU der nächsten Generation, den Euro und alle Gemeinschaftsinstitutionen verbrennen möchte. Wie ist es möglich, dass der Parteisekretär, der einst der Parteisekretär des Nordens war, nun von „seinem“ Padanien kalt empfangen wird und dass die Regionalvorsitzenden Zaia, Fedriga und Fontana den Mut hatten, sich

anders zu äußern? Die Wahrheit ist, dass Salvini den wichtigsten politischen Faktor der letzten Jahrzehnte dramatisch unterschätzt hat: das Covid-Virus. Er hat nicht verstanden, dass eine rechtsgerichtete Partei wie die Lega zunächst glaubwürdige Antworten auf zwei Fragen hätte geben müssen: Sicherheit und Wirtschaft. Massimo Fedriga, der diese zweite Lega perfekt verkörpert und dessen Bekanntheitsgrad unaufhaltsam zu steigen scheint, hat es vor kurzem klar und deutlich gesagt: „Neue Beschränkungen wären für Italien unerträglich. Der Gesundheitspass ist ein Instrument, um alles offen zu halten“. Salvinis strategischer Fehler besteht darin, dass er das Banner der Sicherheit, das gegen die Pandemie, seinen Gegnern überlassen hat und es zuließ, dass er auf der rechten Seite von der Anti-System-Rhetorik erdrückt wurde, um Melonis Fratelli d’Italia zu folgen. Natürlich ist es schwierig, einen Führer zu stürzen, der die Lega von 4 auf 35 % der Stimmen gebracht hat. Die nächsten Kommunalwahlen im Oktober könnten jedoch einen echten Wendepunkt darstellen.

Quelle: La Repubblica, zitiert nach Lionel Baland

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

F r a n k r e i c h

05) Éric Zemmour: „Wir leben in einer Zeit des zivilisatorischen Kampfes zwischen Islam und Christentum“

Von László Szőcs

27. 09. 2021



Der französische Publizist Éric Zemmour · *Foto: Attila Kisbenedek*

Die Vereinigten Staaten von Europa sind eine Fata Morgana von Europa-Verrückten, die souveräne Nationen zerstören, ohne an ihrer Stelle wenigstens europäische Souveränität zu schaffen, sagte Éric Zemmour, der in Budapest am IV. Demografiegipfel teilnimmt. Der einwanderungsfeindliche französische Publizist liegt gut sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen bei 11 Prozent Zustimmung, was bedeutet, dass Millionen für ihn stimmen würden, wenn die Wahlen jetzt stattfänden. Auch dieses Mal gab Zemmour jedoch nicht bekannt, ob er offiziell kandidieren wird.

- Auf dem IV. Budapester Demografiegipfel sagten Sie, die Ungarn hätten ein gutes Gespür für diese Gefahr. Was meinten Sie damit?

- Das bedeutet, dass die Ungarn eine doppelte politische Erfahrung haben. Die eine ist auf die islamische Besetzung durch die Osmanen zurückzuführen, die andere auf die sowjetische Herrschaft, die eine Unterwerfung unter ein totalitäres Regime bedeutete. Mit dieser doppelten Erfahrung haben die Ungarn eine besondere Schärfe, um die Gefahren herauszufiltern, die vor uns lauern: die islamische Invasion und die fortschrittliche Ideologie, die ein totalitäres Regime ist, wenn auch ohne Gulag. Unter der Führung von Viktor Orbán wehren sich die Ungarn gegen beides, und ich denke, das ist kein Zufall. Die Menschen sind durch ihre Geschichte geprägt, und wie sie reagieren, hängt von ihrer Geschichte ab. Der französische Intellektuelle René Girard schreibt in einem seiner letzten Bücher, *Achever Clausewitz* (Clausewitz erfüllen), dass wir heute in eine Zeit eintreten müssen, in der wir

Karl Martel und den Kreuzrittern näher stehen als der Französischen Revolution und den Folgen der Industrialisierung des Zweiten Kaiserreichs. Wir leben heute in einem Zeitalter des Islam und des Christentums, des zivilisatorischen Kampfes zwischen Ost und West. Dieser Kampf hat nie aufgehört. Und eines der grundlegenden Elemente ist die Demografie.

- Inwieweit?

- In dem Sinne, dass der Westen, auch Sie seit dem Fall der Berliner Mauer, einem anderen Phänomen unterworfen ist, der Dekonstruktion. Seit den 1960er Jahren haben unsere Intelligenz, unsere Eliten, unsere Universitäten nach amerikanischem Vorbild das übernommen, worüber Allan Bloom vor langer Zeit so trefflich geschrieben hat: die Haltung der Dekonstruktion, der Ablehnung. Man hat uns eingeimpft, dass wir schuldig sind. Schuldig an der Sklaverei, schuldig am Zweiten Weltkrieg, schuldig an der Ausrottung der Juden, schuldig am Kolonialismus, schuldig an der Unterdrückung von Frauen, Kindern, Schwarzen, Muslimen. Für alles. Und um die Absolution für diese Verbrechen zu erhalten, sind wir zu allem fähig, auch zur Zerstörung unserer eigenen Zivilisation. Aber die Länder Osteuropas sind davon ausgenommen, weil sie Opfer waren, Opfer des Kommunismus und der Sowjetunion, und das – welch historisches Paradoxon – qualifiziert sie und befreit sie von der Notwendigkeit, sich von diesen Verbrechen freizusprechen. Manchmal hat die Geschichte so amüsante, tragische und seltsame Wendungen. Aber worum geht es bei der Dekonstruktion eigentlich? Zuerst wird die Nation, dann die Familie, dann die väterliche Rolle, der Mensch selbst und das biologische Geschlecht dekonstruiert. Darüber habe ich vor sieben Jahren in meinem Buch *Suicide français* geschrieben: Auf die Dekonstruktion folgt der Spott, dann die Zerstörung. Auch der Islam ist mit der Zerstörung der Nation, der Familie und des Individuums verbündet und nutzt unsere Schwäche aus, um seine eigenen Normen durchzusetzen. Was drückt zum Beispiel das Kopftuch der Muslima aus? Dass sie unsere Straßen islamisieren, dass ihnen der öffentliche Raum gehört.

- Sie wurden in Budapest von Ministerpräsident Viktor Orbán empfangen. Worüber haben sie gesprochen?

- Die gleichen Dinge. Und ich glaube, er versteht sie perfekt, den zivilisatorischen Kampf zwischen West und Ost, Nord und Süd. Er verteidigt sein Volk, er hat den Grenzzaun gebaut, und er verteidigt sich auch gegen die Dekonstruktion, gegen George Soros und die LGBTQ-Lobby. Heute geht es um den Kampf an beiden Fronten. Auch für mich war die Erfahrung, die er teilte, lehrreich.

- Für die ungarische Führung ist es eindeutig wichtig, sich mit der französischen Rechten auseinanderzusetzen. Die ehemalige Europaabgeordnete Marion Maréchal, Enkelin von Jean-Marie Le Pen, war ebenfalls zu Gast auf dem Gipfel.

- Aber die französische Rechte ist heute nicht rechts – zumindest nicht, was die Führer der Republikaner, die LR, betrifft. Die französische Rechte hat sich der Linken untergeordnet und kann bestenfalls als zentristisch bezeichnet werden. Sie könnten sich genauso gut hinter Emmanuel Macron stellen, denn sie teilen die gleichen Ansichten wie der Präsident.

- Sie kehren nun nach Frankreich zurück. Werden Sie endlich ankündigen, dass Sie für das Präsidentenamt kandidieren werden?

- Wir werden sehen.

- Ihrem neuen Buch und ihren Auftritten in den Medien nach zu urteilen, bereiten Sie sich auf etwas vor.

- Die Vorbereitungen geben mir die Möglichkeit, den Franzosen meine Ideen vorzustellen. Obwohl ich kein offizieller Kandidat bin, bin ich der einzige, dessen Ruf sich verbessert. Alle anderen stagnieren oder befinden sich im Niedergang. Die Popularität von Marine Le Pen ist innerhalb von sechs Monaten um zehn Prozentpunkte gesunken, von 28 % auf 18 %. Von Macrons Herausforderern liegt Xavier Bertrand bei 14–15%, Valérie Pécresse stagniert. Sie haben keine Dynamik. Ich bin der Einzige. Natürlich ist die Zeit auch für mich knapp, ich werde meine Entscheidung bald bekannt geben.

- Sie haben eine Zustimmungsrate von 11 %. Wie glauben Sie, dass Sie gewinnen können?

- In der Politik geht es nicht um Arithmetik, sondern um Dynamik. Ich habe mit drei Prozent angefangen, dann habe ich fünf, sieben, acht, zehn und schließlich elf bekommen. Und zwar ziemlich schnell. Wir werden sehen.

- Neulich haben Sie mit Jean-Luc Mélenchon debattiert, dem Kandidaten der radikalen Linken. Was würden Sie zu Macron sagen, wenn er Ihnen gegenübersitzen würde, etwa vor der zweiten, entscheidenden Runde im nächsten Frühjahr? Wo hat der Präsident Ihrer Meinung nach einen Fehler gemacht?

- Ich glaube nicht, dass er die Herausforderung für die Existenz des Landes verstanden hat. Obwohl er ein junger Mann ist, ist er in seinem Kopf alt. Es ist, als würde er in den 1970er Jahren leben, ein Zeitgenosse von Valéry Giscard d'Estaing und Michel Rocard. Er ist der Meinung, dass die Wirtschaft heute die größte Bruchlinie darstellt. Aber es geht um Zivilisation, Identität, das Schicksal der Nation. Er versteht nicht, was René Girard gesagt hat. Es geht ihm darum, ob wir zwei Prozent des BIP für dieses oder jenes ausgeben sollten. Ich will damit nicht sagen, dass das nicht wichtig ist, aber die andere Seite der Skala ist der Niedergang und das Verschwinden Frankreichs. Es ist nicht dasselbe – es geht um Leben und Tod.

- Ich habe gerade gesehen, dass Sie ein sehr freundschaftliches Verhältnis zu Marion Maréchal haben. Kann man das auch von Ihrer Tante Marine Le Pen sagen, Ihrer Rivalin auf der rechten Seite?

- Ich mag Marion sehr. Zu ihrer Tante habe ich ein weniger inniges Verhältnis.

- Was sind die Hauptunterschiede zwischen Ihnen beiden in der Politik?

- Le Pen hat sich der politischen Mitte zugewandt, was ich für einen taktischen und strategischen Fehler halte. Aber 70 % der Franzosen stimmen dem zu, was ich über den Islam sage.

- Viele Menschen sprechen immer noch über die Fernsehdebatte von 2017, bei der Le Pen von Macron besiegt wurde. Aber als Publizist lebt man von Debatten. Halten Sie sich für einen besseren Debattierer?

- Das ist das andere Problem mit ihm. In der Debatte hat er seine eigenen Wähler gedemütigt. Ich debattiere gerne, aber nicht um des Debattierens willen: Ich verteidige meine Ideen.

- Und würden Sie Macron besiegen?

- Alles ist möglich.

- Was steht bei den französischen Präsidentschaftswahlen für eine gespaltene Europäische Union auf dem Spiel, die unter einer Wertekrise leidet?

- Ich habe mit Viktor Orbán darüber gesprochen und wir waren uns völlig einig. Wir müssen darauf drängen, dass die Europäische Kommission zu ihrer ursprünglichen Aufgabe der Verwaltung des gemeinsamen Marktes zurückkehrt. Gleichzeitig sollte sie aufhören, den Mitgliedstaaten die Ideen einer „fortschrittlichen" Minderheit aufzuzwingen und zu versuchen, mit der Komplizenschaft der großen Akteure, Deutschland und Frankreich, überall mitzureden. Wir müssen die von unseren Eliten und von Macron vertretene Auffassung aufgeben, dass unsere Zukunft in den Vereinigten Staaten von Europa liegt. Wir sind nicht Texas oder Wyoming. Das alles ist eine Fata Morgana von Europa-Verrückten, die souveräne Nationen zerstören, ohne an ihrer Stelle wenigstens europäische Souveränität zu schaffen. Es ist ein Mythos, eine Utopie. Die Deutschen und die Polen zum Beispiel wollen keine eigenständige europäische Verteidigungspolitik, sie stellen sich immer hinter die Vereinigten Staaten. Auch Macron wird nicht erreichen können, was Charles de Gaulle mit seinem Messer angerichtet hat. Mit anderen Worten: Der Gemeinsame Markt muss der Europäischen Kommission überlassen werden, und alles andere – einschließlich der Einwanderungspolitik und der Befugnisse zur Grenzkontrolle – den souveränen Nationalstaaten, den Menschen.

- Dies ist jedoch ohne Maßnahmen der großen Mitgliedstaaten nicht möglich…

- Ganz genau. Sie müssen die Europäische Kommission zwingen, dies zu tun. Wie Jacques Chirac sagte, kann Brüssel allein nicht einmal einen Krieg erklären. Stalin fragte einmal, wie viele Divisionen der Papst habe.

Quelle: Magyar Nemzet

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Marion Maréchal: Intellektueller Terrorismus in Frankreich

Einwanderer könnten innerhalb von Jahrzehnten die Mehrheit in europäischen Städten bilden

Von Mariann Őry

26. 09. 2021



Marion Maréchal: Studenten sind Geiseln von Gender-Ideologien · *Foto: MH/Hegedüs Róbert*

Marion Maréchal ist Leiterin des französischen Instituts für Soziologie, Wirtschaft und Politikwissenschaft (ISSEP) und war früher Abgeordnete des Rassemblement National, dem ihre Tante Marine Le Pen vorsitzt. Marion Maréchal, die mit uns sprach, nahm am Budapester Demografiegipfel teil, wo sie von Ministerpräsident Viktor Orbán und mehreren anderen Teilnehmern empfangen wurde.

- Was ist der Auftrag des ISSEP, warum wurde es gegründet?

- Das französische Bildungswesen hat sich in zweierlei Hinsicht verirrt. Der erste ist pädagogischer Natur, denn die Allgemeinbildung verschwindet und die Schüler werden nicht ausreichend einbezogen. Der zweite ist ideologisch – intellektueller Terrorismus, Sektierertum. Intellektuell werden die Schüler durch LGBT-, Gender- und Woke-Ideologien in Geiselhaft genommen. Intellektueller Pluralismus wird nicht geduldet, Lehrer werden zur Seite geschoben, wenn sie die Richtung in Frage stellen. Unser Institut hat sich zum Ziel gesetzt, den Pluralismus zu schützen und zu verhindern, dass sich diese tödlichen Ideologien im Bildungswesen noch weiter verfestigen. Wir wollen eine Ausbildung bieten, die auf Erwartungen und Exzellenz basiert und die Schüler auf die Anforderungen von heute vorbereitet. Wir wollen eine neue Elite bilden, die nationalen und europäischen Interessen dient.

- Welchen Schaden richtet dieser intellektuelle Terrorismus und insbesondere die Gender-Ideologie in der Bildung an?

- Sie ist unter jungen Menschen sehr verbreitet und bereits in Grund- und Sekundarschulen präsent. Einer kürzlich durchgeführten Umfrage zufolge identifizieren sich dreißig Prozent der Teenager im Alter zwischen dreizehn und siebzehn Jahren weder als weiblich noch als männlich. Es gibt bereits Intellektuelle, die Stellung beziehen, Bewegungen, die sich dagegen wehren, aber der Druck ist sehr stark. Wer gegen die Gender-Ideologie kämpft, wird als homophob beschimpft.

- In den letzten Jahren wurde viel darüber gesprochen, dass die Einwanderung die französische Gesellschaft verändert. Wie sind Ihre Aussichten für die kommenden Jahrzehnte?

- Lange Zeit war Frankreich dank einer großzügigen Familienpolitik, die vor allem unter dem sozialistischen Präsidenten François Hollande langsam abgebaut wurde, in Bezug auf die Geburtenrate außergewöhnlich gut aufgestellt. Dies geschah zum Teil auf der Grundlage, dass nach den Leitlinien der Vereinten Nationen dem Bevölkerungsrückgang durch Bevölkerungsaustausch begegnet werden sollte. Ein Drittel der heute in Frankreich geborenen Kinder ist ausländischer Herkunft, und dabei sind die Einwanderer der dritten und vierten Generation noch gar nicht berücksichtigt. Es gibt bereits viele Stadtteile und Nachbarschaften, in denen Menschen mit Migrationshintergrund in der Mehrheit sind, und sie haben in der Regel viel mehr Kinder. Es gibt Vorhersagen, dass sich die Verhältnisse in den Großstädten in vierzig Jahren umkehren könnten, wobei die Mehrheit der Einwohner Einwanderer sein werden. Es handelt sich also auch um ein Identitäts-, Kultur- und Zivilisationsproblem. Ich bin gerade deshalb hierher gekommen, weil mich die geburtenfördernde Politik der Regierung von Viktor Orbán sehr interessiert.

- Hat Frankreich noch eine Chance, diese Entwicklung umzukehren?

- Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir die Zuwanderung drastisch reduzieren. Nach den Zahlen von vor zwei Jahren gab es in einem einzigen Jahr vierhundertzehntausend Grenzübertritte, so viel wie die Einwohnerzahl von Nizza. Allein während der Präsidentschaft von Emmanuel Macron kamen zwei Millionen Einwanderer ins Land. Und wir sprechen hier nicht von Migration im Allgemeinen, sondern speziell von Muslimen aus Nordafrika, aus dem Maghreb. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene müssen die Anreize zur Einwanderung beseitigt werden. Alles in allem: Es ist nie zu spät, es zu versuchen!

- Eine Reihe von Terroranschlägen hat gezeigt, dass viele junge Einwanderer der dritten Generation das französische Recht nicht anerkennen und Frankreich sogar hassen. Lässt sich dies durch Bildung bekämpfen?

- Es gibt zwei mögliche Antworten auf dieses Problem. Die erste ist die Sicherheit: Auflösung von Moscheen, Kultur- und Sportvereinen, die solche Ansichten propagieren und sich an muslimische Jugendliche wenden, und Abschneiden ihrer finanziellen Unterstützung, die oft aus Katar, Saudi-Arabien oder sogar der Türkei kommt. Die Tatsache, dass französische Tunesier im eigenen Land für islamistische Parteien stimmen, ist ein Warnzeichen. Die andere Antwort ist kultureller Natur, denn wir können nicht eine Identität, eine Ideologie bekämpfen, wenn wir uns nicht einer anderen entgegenstellen. Ein weiteres Problem ist der Wegfall der früheren Rolle der katholischen Kirche bei der Bewahrung des kulturellen Erbes. Ungarn geht in diesem Bereich übrigens mit gutem Beispiel voran.

- Präsident Macron hat kürzlich in Marseille Wahlkampf gemacht und versprochen, die Kriminalität zu bekämpfen. Wie glaubwürdig ist er?

- In Frankreich herrscht eine allgemeine, strukturelle Unsicherheit aufgrund von Einwanderungs- und Integrationsproblemen. Wenn Wahlen anstehen, wird die Regierung viele Ankündigungen zur Polizei machen. Worüber wir aber wirklich reden sollten, ist das Justizsystem, die linke Ideologie der Richter, überfüllte Gefängnisse, langwierige Prozesse, Gesetzeslücken. Es müssen mehr Gefängnisse gebaut werden, und die Richter müssen mit der Realität konfrontiert werden, mit der Erfahrung von Polizeibeamten im Einsatz. Es ist amüsant, dass der Justizminister beim Besuch eines Gefängnisses von den Gefangenen beklatscht wurde.

- Was erwarten Sie von den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr?

- Es ist schwer vorherzusagen, weil noch nicht alle Präsidentschaftskandidaten offiziell feststehen. Marine Le Pen und Emmanuel Macron werden sich in der zweiten Runde wohl ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern, doch der rechte Publizist Éric Zemmour, der seine Kampagne auf die Themen Identität, Islam und Einwanderung ausgerichtet hat, könnte das Kräfteverhältnis durcheinander bringen. Leider ist die Unterstützung für Macron nach wie vor groß, insbesondere bei älteren, zentristischen Wählern, die mit seinem Umgang mit der Epidemie zufrieden sind. Macron führt einen geschickten Wahlkampf und sendet Botschaften an verschiedene Wählerschichten, nicht einheitlich, sondern je nach seinen Interessen. Die Parlamentswahlen werden auf jeden Fall interessant sein, denn seine Partei wird wahrscheinlich keine Mehrheit erlangen.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei MAGYAR HÍRLAP, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Frankreich: Betrügerische Sozialleistungen für nicht ansässige Personen

26. 09. 2021



Charles Prats · *Youtube Screenshot*

Eine Beamtin, die im französischen Finanzwesen tätig ist, bezeugt das Ausmaß des Sozialbetrugs durch Gebietsfremder und durch die Omertà, die diesen Handel umgibt, der einer organisierten Gaunerei zu Lasten der französischen Steuerzahler gleichtkommt, vor der die Behörden der französischen Republik, die doch für deren Schutz zuständig sind, die Augen verschließen.

Hier ein Audio-Twitter-Gespräch mit Richter Charles Prats und Senatorin Nathalie Goulet:

Charles Prats ist ehemaliger Richter in der Nationalen Delegation für Betrugsbekämpfung (DNLF) im Haushaltsministerium und nationaler Sekretär der Union des démocrates et indépendants (UDI) für die Bekämpfung von Steuer- und Sozialbetrug. Er schrieb das Buch „Cartel des Fraudes“ (erschienen bei Ring, 2020) und wird am 7. Oktober „Cartel des Fraudes 2“ (ebenfalls bei Ring) veröffentlichen.

Zum Ausmaß des Betrugs sagt er: „Das Ausmaß des Betrugs bei Sozialleistungen ist das große politische Tabu der letzten zehn Jahre. Nur die Familienkasse CNAF (Caisse nationale des allocations familiales, Anm. d. Red.), eine öffentliche Einrichtung, die alle Familienleistungen finanziert, hat versucht, die Kosten des Betrugs bei den von ihr ausgezahlten Leistungen, einschließlich der „Aktive-Solidarität-Einkommen“ (Revenu de solidarité active, RSA), zu schätzen. Je nach gewählter Berechnungsmethode (zwei oder fünf Jahre) und der Länge der Verjährungsfrist für betrügerische Forderungen wird davon ausgegangen, dass jedes Jahr drei bis vier oder sogar fünf Milliarden Euro an Betrug auf dem Spiel stehen, was das „finanzielle Risiko in fünf Jahren“ betrifft, wobei der Großteil

davon RSA-Betrug ist. Die anderen Zweige des Sozialversicherungssystems (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit) haben sich nie auf einen Prozess der Bewertung von Zahlen einlassen wollen… Warum? Denn sie berühren das Thema Einwanderung. Ich habe in „Cartel des Fraudes“ gezeigt, dass wir 12,4 Millionen im Ausland geborene Empfänger von Sozialleistungen haben, während es laut INSEE (L’Institut national de la statistique et des études économiques) nur 8,4 Millionen in Frankreich leben. Eine Tatsache, die von einer Untersuchungskommission der Nationalversammlung und vom Rechnungshof bestätigt wurde. Das Thema ist brisant, insbesondere einige Monate vor den Präsidentschaftswahlen. Und was noch schlimmer ist: In „Cartel des Fraudes 2“ zeige ich, dass Frankreich 75,3 Millionen Sozialversicherungsbeiträge für 67,1 Millionen Einwohner ausschüttet, was durch einen Bericht des Rechnungshofs bestätigt wird.

Dieser Beitrag reschien zuerst bei BREIZH-INFO, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Nicolas Bay: „Die Patrioten müssen sich für unsere Zivilisation und die Freiheit der Völker gegen die Globalisten verbünden“

Von Álvaro Peñas

25. 09. 2021



Nicolas Bay · *Bildquelle: El Correo de España*

Interview mit dem französischen Europaabgeordneten Nicolas Bay, Mitglied des Exekutivkomitees der Nationalen Sammlungsbewegung (RN) von Marine Le Pen und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion „Identität und Demokratie“ im Europäischen Parlament.

Sie haben einmal gesagt, Macron sei eine Illusion. Glauben Sie angesichts der anhaltenden Proteste in Frankreich, dass sich der Traum für viele Franzosen in einen Albtraum verwandelt hat?

Der Kandidat Macron war eine von den Mainstream-Medien geschaffene Illusion. Doch diese Illusion beruhte auf etwas Reellem: Macron verkörperte die politische Wiedervereinigung des Liberalismus, der bis dahin in Frankreich gespalten war. Es gab den Linksliberalismus mit sozialen Moden und Einwanderung und den Rechtsliberalismus mit einem von der Realwirtschaft abgekoppelten Finanzwesen und uneingeschränktem Freihandel.

Macrons einheitlicher Liberalismus ist die Abschaffung aller Grenzen, aller Beschränkungen, auch der biologischen. Es ist die liquide, multikulturelle, individualistische, postnationale Gesellschaft. Deshalb haben die Mainstream-Medien ihn unterstützt: Er war ihr Kandidat, der Kandidat der liberal-progressiven Ideologie, die die falsche westliche Elite durchdringt.

Die Illusion, dass Macron die Politik revolutionieren würde, hat sich schnell zerschlagen. Diese Präsidentschaft war eine Reihe von Enttäuschungen, Demütigungen – vor allem auf der internationalen Bühne – und zeigt nun einen beunruhigenden Autoritarismus, der eine völlige Unfähigkeit zur Antizipation nur schlecht kaschiert. Emile de Girardin sagte: „Regieren heißt vorhersehen“; Macron regiert nicht, er verwaltet nur kurzfristig, und er wird immer schlechter darin. Die Franzosen, die darunter leiden, können das nicht länger ertragen.

Polizei, Militärs und Intellektuelle haben vor den Ereignissen in Frankreich gewarnt, manche sprechen sogar von einem Bürgerkrieg. Ist die Lage wirklich so ernst? Hat Macrons berühmter Krieg gegen den „politischen Islam“ irgendetwas an dieser Situation geändert?

Die ersten, die von einem möglichen Bürgerkrieg sprachen, waren unsere eigenen Politiker, darunter der ehemalige Präsident François Hollande und der ehemalige Innenminister Gérard Collomb. Jeder weiß, was in unseren islamisierten Vorstädten passiert, jeder kennt das Problem der Masseneinwanderung.

Macrons Tiraden gegen den politischen Islamismus sind völlig wirkungslos geblieben: Die Regierung holt sogar weiterhin Dschihadisten aus Syrien zurück oder lässt Islamisten aus dem Gefängnis frei! Die Situation ist gefährlicher denn je.

Ein weiteres besorgniserregendes Phänomen ist die Christenfeindlichkeit, die sich in immer mehr Angriffen auf Kirchen, Priester und Kirchenbränden äußert. Woher kommt dieser Hass? Hat die Regierung etwas zur Bekämpfung dieser Gewalt getan?

In Frankreich gibt es viel mehr antichristliche Handlungen als gegen jede andere Religion, und das schon seit mehreren Jahren. Auch der Antisemitismus ist auf dem Vormarsch. Nicht zu vergessen die zahlreichen Schändungen von Friedhöfen, die Teil derselben Dynamik

sind. Diese Christenfeindlichkeit ist vor allem Ausdruck eines Hasses auf Frankreich, seine Geschichte und seine Symbole, der von einigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund immer häufiger zum Ausdruck gebracht wird.

Wir haben nicht gesehen, dass die Regierung etwas dagegen unternommen hat. Der Innenminister Gérald Darmanin beschränkt sich auf eine „scharfe Verurteilung“ auf Twitter, ohne etwas zu unternehmen. Kürzlich hatten wir ein eher symbolisches Beispiel: den ruandischen Einwanderer, der sich in einer illegalen Situation befand, dessen Asylantrag abgelehnt wurde und der gezwungen war, das französische Staatsgebiet zu verlassen, der im Juli 2020 die Kathedrale von Nantes in Brand setzte und im August 2021 einen Priester tötete? Es ist absolut skandalös und unerträglich, dass er nicht ausgewiesen wurde. Wie können wir die Achtung unseres religiösen Erbes gewährleisten und Schaden verhindern, wenn solch schwerwiegende Fälle mit solcher Nachlässigkeit behandelt werden?

Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Franzosen ein Referendum über die Einwanderung wünscht, eines der Wahlversprechen von Marine Le Pen, und dass die Migrationspolitik ein weiteres Versagen des derzeitigen Präsidenten ist. Sind Sie optimistisch für die Präsidentschaftswahlen 2022? Ist es Zeit für das Rassemblement National?

Seit Jahrzehnten sprechen sich 70 % der Franzosen für eine Reduzierung der Einwanderung aus. Diese Frage und ganz allgemein die Frage nach dem Schutz unserer Identität ist seit langem von zentraler Bedeutung und kann von nun an nicht mehr umgangen werden. Die Kontrolle über unsere Migrationspolitik und damit verbunden viele andere Themen – Sicherheit, öffentliche Finanzen, Gesundheit… – wird das Hauptthema dieser Wahlen sein.

Seit Macrons Amtsantritt sind durchschnittlich 400.000 Einwanderer pro Jahr nach Frankreich gekommen, wenn man Arbeiter, Studenten, Familienzusammenführung und Asylbewerber hinzurechnet. Das sind zwei Millionen in dem gesamten Fünfjahreszeitraum. Dies entspricht der Stadt Paris, ohne die Vororte mitzuzählen.

Dieser Wahnsinn muss aufhören, und die Franzosen sind sich dessen bewusst: Es geht um die Zukunft unseres Landes. Diese Gefahr, gepaart mit Macrons mehrfachem Scheitern, bedeutet, dass die Patrioten noch nie in einer so günstigen Situation waren. Wir können nicht nur gewinnen, wir müssen gewinnen.

Neben der Einwanderung leidet Frankreich, wie das übrige Europa, unter einem ernsten demografischen Problem. Was schlägt das Rassemblement National vor, um diesen Geburtenmangel zu beheben? Hält es ein Modell wie das ungarische für machbar?

Bürokraten glauben, dass alles quantifizierbar ist und dass mehr unbedingt besser bedeutet. Aus diesem Grund wird eine niedrige Demografie immer als Katastrophe angesehen und die Masseneinwanderung als Lösung dargestellt.

Es stimmt jedoch, dass es demografische Herausforderungen gibt, die angegangen werden müssen, nicht zuletzt die der Altersrenten. Ja, wir können die Geburtenrate mit proaktiven Maßnahmen, wie sie in Ungarn durchgeführt wurden, erhöhen. Unser technischer Erfindungsreichtum kann es auch ermöglichen, einen relativen Bevölkerungsrückgang zu begleiten.

Außerdem glaube ich, dass es die Geburtenrate ankurbeln wird, wenn wir den Franzosen ihr Vertrauen in die Zukunft zurückgeben, wenn wir ein spannendes nationales Projekt verwirklichen, anstatt unser Land zu verkaufen, wenn wir ihnen ihren Stolz zurückgeben und wenn wir aufhören, uns ständig an die Brust zu schlagen. Unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und zu zeigen, dass die postnationale Perspektive einer globalisierten Welt mit austauschbaren Individuen keine unausweichliche Notwendigkeit ist, wird den Franzosen wieder Lust auf ihre Existenz machen.

Vor zwei Wochen haben Sie mit prominenten Mitgliedern patriotischer Parteien wie Jorge Buxadé (VOX) und George Simion (AUR) am Wirtschaftsforum in Karpacz (Polen) teilgenommen. Wie wichtig ist die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen patriotischen Parteien?

Die Zusammenarbeit ist von grundlegender Bedeutung. Sie ermöglicht es uns, einander besser zu verstehen, um bei den Themen, die uns alle betreffen, gemeinsam voranzukommen. Unsere verschiedenen Parteien und Fraktionen arbeiten bereits regelmäßig im Europäischen Parlament zusammen, darunter auch Jorge Buxadé, den ich gut kenne und schätze.

Unsere Gegner sprechen oft von Themen, die uns unwiederbringlich spalten würden. Der Europaabgeordnete Zdzisław Krasnodębski, der den Runden Tisch, an dem ich in Karpacz teilnahm, moderierte, war sich unserer Differenzen sehr bewusst. Es gibt sie, niemand bestreitet das. Aber wir alle wissen, dass sie im Vergleich zu dem, was wir gemeinsam haben, zweitrangig sind: die europäische Zivilisation und das Erbe der christlichen Werte, der Wunsch, unsere Identität angesichts der Masseneinwanderung zu schützen, das Misstrauen gegenüber dem Brüsseler Föderalismus und seiner liberalen Ideologie.… Unsere Annäherung ist daher ganz natürlich und zielt darauf ab, unsere jeweiligen Interessen sowie unsere gemeinsamen Interessen besser zu verteidigen.

Sie sind der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Identität und Demokratie. Das Rassemblement National und andere Parteien der Fraktion beteiligen sich an dem neuen Bündnis unter der Schirmherrschaft von Viktor Orbán zusammen mit den konservativen und reformistischen Parteien (ECR). Glauben Sie, dass dieses Bündnis die konservativeren EVP-Parteien anziehen und das Kräfteverhältnis zwischen Patrioten und Globalisten im Europäischen Parlament deutlich verändern kann?

Die EVP befindet sich in einer besorgniserregenden liberalen Tendenz. Ich erkenne das an ihrem Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament: Die EVP-Mitglieder orientieren sich im Allgemeinen an den Positionen des linken Blocks, von den Grünen bis zu Renew (Liberale) und oft bis ganz nach links. Es mag einige Unterschiede geben, aber die meiste Zeit verhält sich die EVP wie ein Rückhalt der Linken, mit einigen wenigen Parteien, die noch zur Unabhängigkeit fähig sind.

Diese neue patriotische Allianz, die bald zu einer gemeinsamen Fraktion werden könnte, nährt eine Dynamik, die zur notwendigen Neudefinition der politischen Gräben beiträgt. Die Patrioten müssen sich gegen die Globalisten zusammenschließen, um sowohl unsere gemeinsame Zivilisation als auch die Freiheit jeder unserer Nationen zu verteidigen. Wir wenden uns an die EVP-Mitglieder, die mehr daran interessiert sind, ihre Bürger zu schützen, als sich auf ein föderales Europa zuzubewegen, dessen einziges Ziel es ist, ein riesiger Supermarkt ohne Grenzen und Identität zu sein.



Álvaro Peñas

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation er dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien in vielen dieser Länder sehr gut kennt.

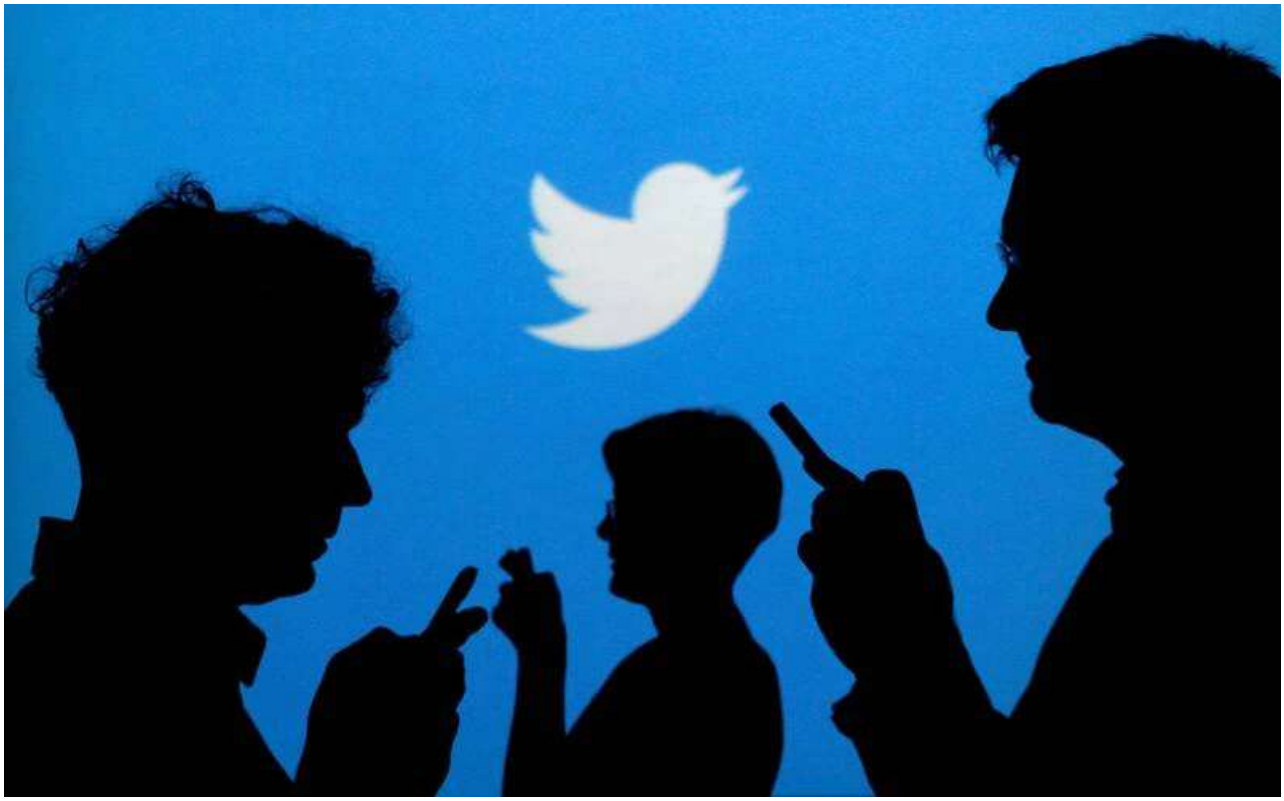
El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Libération: Stimmt es, dass Journalisten eine Datei mit 36.000 zu blockierenden Personen auf Twitter teilen?

18. 09. 2021



Bildquelle: FDS

In diesem Wochenende beklagten mehrere französische Twitter-Nutzer, dass sie von bestimmten Konten im sozialen Netzwerk blockiert wurden, darunter die der Journalisten David Dufresne und Taha Bouhafs, die seit mehreren Monaten über Polizeigewalt in Frankreich berichten.

Nach ihren Angaben ist diese Sperrung darauf zurückzuführen, dass sie auf einer Liste mit Zehntausenden von Internetnutzern stehen, die von Laurent Chemla, einem Informatiker und Gründer des Domain-Namen-Registrators Gandi, sowie einem Mitglied der Quadrature du Net, einer „Vereinigung zur Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Bürger im Internet“, geführt wird. Die gesperrten Personen beschuldigen Laurent Chemla, sie wegen ihrer „rechtsgerichteten, rechtsextremen“ politischen Einstellung registriert und diese politische Registrierung im Internet veröffentlicht zu haben. Einige von ihnen zögerten nicht, ihre Botschaft an die Cnil zu senden, da das Gesetz über die Informationstechnologie, die Dateien und die Freiheiten „die Verarbeitung personenbezogener Daten verbietet, aus denen […] die politischen Meinungen […] einer natürlichen Person hervorgehen“.

36.000 Konten durch eine Liste gesperrt

Auf Anfrage von CheckNews bestätigte Laurent Chemla, dass er eine Liste erstellt hat, die auf der Webanwendung Block Together verfügbar ist, die es den Nutzern ermöglicht, eine Sperrliste mit anderen Nutzern zu teilen, aber er verteidigte sich gegen jegliche politische Profilierung bei der Erstellung dieses Verzeichnisses, das „keine wirklichen Kriterien“ hat. Es gibt eine Menge dummer rechtsextremer Accounts, aber auch Insoumis (Linkspopulisten) oder Macronisten“.

Quelle: Libérarion

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Marion Maréchal: „Ich befürchte, dass sich die Präsidentschaftswahlen nicht um die wesentlichen Fragen drehen werden“

17. 09. 2021



Marion Maréchal · *Bildquelle: BVoltaire*

„… sondern dass es hauptsächlich um Covid und den Impfpass gehen wird“

„Diktatur“ und „Autoritarismus“, das sind die Worte, die am häufigsten fallen, um die Umsetzung des französischen Impfpasses zu beschreiben. Glauben Sie, dass sie der Realität entsprechen?

Meiner Meinung nach erleben wir in der Tat eine Entwicklung hin zu einer Art „sanftem Autoritarismus“, der von einem Staat ausgeübt wird, der uns etwas Gutes tun möchte, auch mit Hilfe von Zwang, wenn er es für notwendig erachtet. Ein Staat, der uns um jeden Preis gesund erhalten möchte, selbst wenn dies bedeutet, dass unsere Grundfreiheiten ohne unsere Zustimmung eingeschränkt werden.

Sie sind ein guter Bürger, der geimpft wurde, also haben Sie ein Recht auf ein normales Leben. Wenn Sie ein schlechter Bürger sind, der nicht geimpft wurde, werden Sie vom Sport, von der Kultur, vom gesellschaftlichen Leben in der Bar oder im Restaurant ausgeschlossen und ohne Entschädigung von Ihrem Arbeitsplatz suspendiert. Einige werden sagen, dass der französische Staat dies zu unserem eigenen Wohl und zum Wohle aller tut; die chinesische Regierung rechtfertigt ihre restriktive Politik ebenfalls mit dem Wohl des Landes.

Manche sehen in dieser Digitalisierung der Gesellschaft und diesem Gesundheitspass in Form eines QR-Codes den Beginn der Einführung einer digitalen Identität, die mittelfristig die verschiedenen Bank-, Steuer-, Sozial-, Gesundheits-, Berufs- und Führerscheindaten jeder Person zusammenführen und den Zugang zu verschiedenen staatlichen Dienstleistungen ermöglichen würde.

Kann diese Vertrauenskrise zwischen Politikern und Bürgern bis zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gelöst werden?

Leider befürchte ich, dass die Wahl nicht über die wesentlichen Themen ausgetragen wird, sondern sich um die Frage des Covid und des Gesundheitspasses drehen wird. Die Diskussion über die Zukunft Frankreichs, die die große Debatte jeder Präsidentschaftswahl sein sollte, wird für eine verschlossene und hysterische Diskussion über Covid- und Impfthemen geopfert werden.

Sehen Sie irgendeine Dynamik, irgendeine Hoffnung bei einem der Kandidaten oder dem Lager, das sie vertreten?

Sicher ist, dass alle Kandidaten vor einer immensen Herausforderung stehen: Es muss ihnen gelingen, in einem sozial, territorial, kulturell, ethnisch und nun auch gesundheitlich zerrissenen Land wieder eine Mehrheit aufzubauen. Eine Demokratie funktioniert auf der Grundlage der Verfassung einer Mehrheit. Die Schaffung dieser Mehrheit setzt voraus, dass das System von einer Bevölkerung getragen wird, die über genügend Grundsätze, Referenzen, Erwartungen und gemeinsame Erfahrungen verfügt, um einen Konsens zu erreichen. Dies ist derzeit eindeutig immer weniger der Fall. Kategorische Interessen und Wahlklientel machen noch kein Volk aus. Das wahre Staatsoberhaupt wird derjenige sein, der in der Lage ist, aus dieser kränkenden Logik auszubrechen und die Menschen zu einem gemeinsamen Horizont zu führen.

Quelle: Boulevard Voltaire

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Umfrage: 62% der Franzosen glauben, dass Frankreich im Niedergang begriffen ist

16. 09. 2021



Bildquelle: FDS

Wirtschaftliche Unsicherheiten, soziale Spannungen, gebrochene Identitäten, Covid-Krise… Nach diesen langen Monaten der Instabilität ist Frankreich erschöpft, geprüft und geschwächt. Im Niedergang? Laut einer Umfrage des CSA-Instituts für CNEWS, die am Donnerstag, den 16. September, veröffentlicht wurde, denken 62 % der Franzosen so.

Die 1.000 für diese Umfrage befragten Personen ab 18 Jahren beantworteten vom 14. bis 15. September einen Online-Fragebogen. Von den beiden folgenden Aussagen mussten sie die ihrer Meinung nach zutreffendere wählen: Frankreich ist im Niedergang oder Frankreich ist nicht im Niedergang.

Quelle: cnews.fr

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S p a n i e n

12) Polonia Castellanos: „Die spanische Regierung arbeitet aktiv an der Verfolgung von Christen mit“

Von Javier Navascués

27. 09. 2021



Wir haben erneut Kontakt mit **Polonia Castellanos**, der Vorsitzenden der Organisation „Christliche Anwälte“, aufgenommen, die uns über die neuesten Entwicklungen dieser Organisation informiert, die sich in den letzten Jahren mutig und wirksam für die Rechte der Christen eingesetzt hat. Der Preis dafür ist Verfolgung, aber sie bleiben standhaft und überzeugt in ihrem Tun und lassen sich nicht entmutigen.

Die Arbeit der Christlichen Anwälte hört nicht auf, und dies umso mehr in einer Zeit, in der die Christenverfolgung in Spanien zunimmt. Kann dies auf die Unterlassung, wenn nicht gar auf die Kollaboration, der Regierung zurückzuführen sein?

Die spanische Regierung unterlässt es nicht, sondern arbeitet aktiv an der Verfolgung von Christen mit. Viele Menschen mögen es nicht erkennen, weil es sich (noch) nicht um eine blutige Verfolgung handelt, aber es ist eine unerbittliche Verfolgung, die von Tag zu Tag zunimmt, und wir müssen ihr Einhalt gebieten, oder wenn wir es erkennen wollen, wird es bereits zu spät sein.

Einer der Fälle, die kürzlich angeprangert wurden, ist der Abriss einer kleinen Einsiedelei in Valencia durch Compromís. Außerdem wurde damit dem Märtyrertod und der Enthauptung eines Priesters gedacht.

Das heißt, ein Priester, dem der Kopf abgeschlagen wurde, nur weil er katholisch war, mit dem sie Fußball gespielt und ihn dann im Mist vergraben haben, und jetzt wollen sie die Geschichte auslöschen, weil die Henker sich als Opfer ausgeben wollen.

Sie gehen auch energisch gegen das blasphemische Cover der Sängerin Zahara vor.

Es ist merkwürdig, dass Katholiken ungestraft angegriffen werden können, während einige Gruppen übermäßig geschützt werden, selbst wenn ihre „Angriffe“ Lügen sind.

Wenn dieses Mädchen eine „Hure“ ist oder sich so nennen will, dann soll sie das tun, aber warum muss sie sich wie eine Jungfrau kleiden? Solche grundlosen Angriffe werden nicht auf andere Gruppen gerichtet.…

Dieses arme Mädchen hat nicht die geringste Begabung und will berühmt werden, indem sie Christen angreift, weil es sehr gut möglich ist, dass sie keine Konsequenzen zu befürchten hat, das kann nicht sein und die Katholiken sollten das nicht tolerieren, das Gesetz ist für alle gleich, und wenn die Christen ungeschützt bleiben, wird die Zeit kommen, in der wir uns „selbst schützen“ müssen, und auch das ist gefährlich.

Sie prangern auch weiterhin die Ernennung von Dolores Delgado zur Generalstaatsanwältin an, die eindeutig illegal ist, da sie politisch mit der sozialistischen Partei (PSOE) verbunden ist.

Meiner Meinung nach verliert Spanien immer mehr an Demokratie, wenn der Generalstaatsanwalt ein ehemaliger Minister ist, wenn die Regierung die Justiz übernehmen will, dann ist klar, dass die Regierung versucht, die gesamte Macht zu monopolisieren, die Exekutive, die Legislative und die Judikative, und das ist der Rahmen für die Errichtung einer Diktatur.

Der Fall von Frau Delgado ist ein sehr schwerwiegender Rechtsbruch, und es ist klar, dass die Regierung das Recht brechen kann, ohne dass dies Konsequenzen hat.

Warum ist es wichtig, sich gegen diese Schandtaten zu wehren?

Wenn wir heute da sind, wo wir sind, dann gerade deshalb, weil wir geschwiegen haben, weil wir uns haben angreifen, beleidigen, verunglimpfen und für alles verantwortlich machen lassen (es gibt viele Ähnlichkeiten zwischen Nero und dem heutigen Präsidenten).

Und in der Tat halten wir Christen die andere Wange hin, aber das heißt für mich nicht, dass wir dumm sind und uns schlagen lassen, sondern unsere andere Wange heißt nicht, dass wir aufgeben, sondern dass wir verlangen, dass sie uns nicht angreifen, dass sie unsere Symbole nicht im Stil der Taliban zerstören, … und wenn sie es doch tun, dass das Gesetz eingehalten wird, so wie es auch wäre, wenn andere beleidigt oder angegriffen werden. Wir tun es mit dem Gesetz in der Hand.

Werden Sie weiterhin unter Druck gesetzt und bedroht?

Jeden Tag hat man mir mit dem Tod gedroht, aber die Richterin (eine Frau) hat es aufgeschoben. Ich nehme an, wenn ich nicht katholisch und heterosexuell gewesen wäre, hätte man die verantwortliche Person verurteilt. Wir sind auch mehrmals angegriffen worden, aber wenn wir Christus nachfolgen, müssen wir wissen, was auf uns zukommt, und ich gestehe, dass wir ungeheuer stolz sind, denn wenn wir von einigen Leuten beleidigt und verfolgt werden, bedeutet das, dass es uns gut geht, sonst würde ich mir Sorgen machen.

Welche anderen Fronten haben Sie noch offen?

Hunderte von ihnen, wir sind sehr hartnäckige Kämpfer und geben nicht auf, weil wir überzeugt sind, dass sich am Ende die Wahrheit durchsetzt und die Wahrheit uns frei macht. Und jeder, der das Leben (von der Empfängnis bis zu seinem natürlichen Ende), die Religionsfreiheit und die Familie angreift, weiß, dass er es mit uns zu tun bekommen wird, und wir sind sehr hartnäckig.

Wie kann man mit Ihnen zusammenarbeiten?

In vielerlei Hinsicht ist das Gebet von grundlegender Bedeutung. Aber auch finanzielle Hilfe wird benötigt, denn wir erhalten keinerlei Beihilfen oder Subventionen, so dass wir völlig unabhängig sein können. Bitte teilen Sie uns auch Fälle mit, in denen man ein Kreuz zerstören will oder wo es Unregelmäßigkeiten des Verbrechens der Abtreibung gibt…

Jede Hilfe ist willkommen, erst recht in diesen unruhigen Zeiten.

Wir alle haben ein Kind oder ein Enkelkind, das man in der Schule indoktrinieren will, oder eine Nichte, die man zur Abtreibung zwingen will, oder einen Elternteil oder einen Großelternteil, den man durch Euthanasie liquidieren will, um bei der Rente zu sparen… Die Christlichen Anwälte werden Ihnen immer zur Verfügung stehen, denn wie der heilige Augustinus sagte, müssen wir beten, als ob alles von Gott abhinge, und kämpfen, als ob alles von uns abhinge.



Javier Navascués
Stellvertretender Direktor von El Correo de España. Radio- und Fernsehmoderatorin, Sprecher und Drehbuchautor. Derzeit hat er einen Blog im renommierten Portal InfoCatólica und nimmt gelegentlich an den Sendungen Somatemps, Ahora Información, Español Digital und Radio Reconquista in Dallas, Texas, teil. Er arbeitet mit der Internationalen Vereinigung Johannes Paul II. zusammen.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei EL CORREO DE ESPAÑA, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Nordwest- und Nordeuropa: Politische Themen Seiten 256 - 261

01) Englische Oper entlässt weiße Musiker, um die „Vielfalt“ zu erhöhen

16. 09. 2021



Francesca Chiejina von der English Touring Opera bei einem Auftritt auf BBC Four mit der Sinfonia of London und John Wilson (English Touring Opera / Facebook)

Wir haben uns für mehr „Vielfalt“ im Orchester eingesetzt, sagt der Direktor des Ensembles

Die English Touring Opera (ETO) hat die Hälfte ihrer Musiker entlassen, um die „Vielfalt“ in ihrem Ensemble zu erhöhen, was zur Entlassung von 14 Weißen im Alter zwischen 40 und 66 Jahren führte. Ihnen allen wurde mitgeteilt, dass sie für die im Frühjahr 2022 beginnende neue Spielzeit keine neuen Verträge erhalten werden.

„Die English Touring Opera hat sich verpflichtet, alle Arten von „Vielfalt“ in ihrem Team zu erhöhen, und während es auf der Bühne in diesem Bereich spürbare, stetige Fortschritte gegeben hat, haben wir der Erhöhung der „Vielfalt“ im Orchester Priorität eingeräumt. Dies steht im Einklang mit den Vorgaben des Arts Council, dem wichtigsten Geldgeber für die Tourneetätigkeit der ETO, und der meisten Stiftungsfonds, die die ETO unterstützen“, zitiert Daily Mail aus dem Schreiben von Direktor James Conway an die betroffenen Musiker.

Die Musiker sind offiziell Freiberufler, die von Saison zu Saison entlassen werden können, aber viele spielen schon seit 20 Jahren für das ETO.

Die Musikergewerkschaft verurteilte die Maßnahme und erklärte, sie sei „entsetzt“ über diesen Schritt. Nach den Schließungen hofften die Künstler, im nächsten Frühjahr wieder arbeiten zu können, um die während der Pandemie aufgelaufenen Schulden zu begleichen.

Derzeit gibt es keine nicht-weißen Musiker im Orchester, das seine Konzerte im kommenden Monat wieder aufnehmen soll.

Quelle: Remix News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Illegale Einwanderung nach GB: mehr als 3 Millionen Euro Umsatz für das Schleusernetz

16. 09. 2021



Bildquelle: FDS

Der Modus Operandi eines im Jahr 2018 zerschlagenen illegalen Einwanderungsnetzes ist erschreckend: Mehr als zwanzig Verdächtige (Rumänen, Iraner, Afghanen) müssen sich nun vor der französischen Justiz verantworten.

Das Unternehmen arbeitete nach dem Prinzip der „garantierten Passage“. Die Menschenhändler versichern ihren Kunden die Qualität der Dienstleistung. Die Ergebnisse scheinen in der Tat überzeugend zu sein. Bis 2019 waren rund fünfzig rumänische Lkw-Fahrer an 259 Grenzübertritten beteiligt, von denen 167 erfolgreich waren.

Dank dieses Netzes gelang es fast 327 Migranten (Kurden, Afghanen oder Eritreer), den Ärmelkanal von Frankreich, Belgien oder den Niederlanden aus zu überqueren. Umgekehrt wurden nur 140 Ausreisewillige abgefangen. Das Geschäft war äußerst ertragreich: Das „Ticket“ kostet 10.000 £ (11.740 €) für einen Erwachsenen und 9.000 £ (10.500 €) für ein Kind. Viele der Verdächtigen lebten zu diesem Zeitpunkt in Großbritannien. Sie wurden von den britischen Behörden verhaftet und der französischen Justiz übergeben.

Quelle: La Voix du Nord

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Offener Brief der I.P.O. an Premier der Färöer, doch das Schlachten geht weiter

25. 09. 2021



Bild: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hvalba_beach_whaling,_Faroe_Islands.jpg Erik Christensen, CC BY-SA 3.0 , via Wikimedia Commons

Der offene Brief der *International Progress Organisation* aus Wien im Verbund mit anderen internationalen Protesten – zum „Grindadràp“ – mit dem bisher großen Schlachten von 1428 Delphinen, gerichtet an den Premier Minister der Färöer Inseln, Bárður á Steig Nielsen, veranlasste diesen jetzt zu erklären, dass die Färöer *„das Thema ernst nähmen.“* Ein Ende des Schlachtens scheint trotzdem nicht in Sicht: Mittlerweile wären weitere 52 Grindwale getötet worden, wie John Hourston von der „Blue Planet Society“ *BILD* gegenüber jüngst zu berichten wusste.

Link BBC: siehe hier
Link Video: siehe hier
Link Sea Shepard: siehe hier
Die englische Version des offenen Briefes im Original finden Sie hier

In deutscher Übersetzung :

I.P.O. Informationsservice – Tierquälerei – Internationale Progress Organisation verurteilt Massenabschlachten von Delfinen

I.P.O. Präsident richtet Brief an den Premier Minister der Färöer

Wien, Österreich, 17. September 2021
RE/28119c-is

Bárður á Steig Nielsen
Premier Minister der Färöer
Tórshavn / Färöer Inseln

Wir haben die Berichte, einschließlich einer ausführlichen Videodokumentation, über die Grindadráp am Strand von Skálabotnur am 12. September 2021 zur Kenntnis genommen.

Auf der Grundlage der Tatsachen verurteilen wir diesen äußerst grausamen und barbarischen Akt aufs Schärfste. Das massenhafte Abschlachten von mehr als 1.400 Delfinen, die mit Hilfe moderner technischer Ausrüstung, nämlich Schnellbooten und Jetskis, in die Bucht von Skálabotnur getrieben wurden, lässt sich mit keiner ethnischen Tradition rechtfertigen.

Delfine sind eine der intelligentesten und empfindungsfähigsten Tierarten der Erde. Ihr rücksichtsloses und unmenschliches Abschlachten – in mehreren Fällen haben die Jäger noch lebende Tiere in Stücke zerlegt – stellt den schwersten Fall von Tierquälerei dar, der gegen internationale Konventionen verstößt und nach geltendem dänischem Recht strafbar ist. Unter den Bedingungen der modernen Wirtschaft ist die Massenschlachtung auch ein höchst leichtfertiger Akt, da die Bewohner der Färöer-Inseln nicht mehr auf Walfleisch angewiesen sind.

Tierquälerei in diesem Ausmaß ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern wirft auch Fragen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf. Wir fordern die Behörden der Färöer und des Königreichs Dänemark auf, den Vorfall vom 12. September zu untersuchen. Die Behörden sollten geeignete Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass sich solche Praktiken wiederholen, die gegen das Gesetz verstoßen und den Ruf der Färöer-Inseln schwer beschädigt haben.

Die Internationale Fortschrittsorganisation wird alle Initiativen auf europäischer und globaler Ebene unterstützen, um der grausamen Massenschlachtung von Tieren unter dem falschen Vorwand der Bewahrung der Traditionen ein Ende zu setzen.

Dr. Hans Köchler
Präsident
Internationale Fortschrittsorganisation

Wie die Umweltschutzorganisation Sea Shepard Conversation Society (SSCS) – – meldet, wurden neben den 1428 Altlantischen Weißseitendelphinen in diesem Jahr schon 667 Langflossen-Grindwale noch zusätzlich getötet.

Laut SSCS wäre dieses Jahr die Waljagd auf den Färöer Inseln ganz außer Kontrolle geraten:

- Das Schlachten wurde von vielen Teilnehmern betrieben, die über keine gültige Jagdlizenz verfügten. Die Lizenzen soll das schnellste Töten der Delphine und Wale sicherstellen.
- Fotos zeigen Verletzungen an den Tieren, verursacht durch Propeller von Motorbooten.
- Filmeaufnahmen beweisen, dass viele der Tiere meist qualvoll am Strand erst verenden.

Es stellt sich die Frage, wem jenes Spiel eines grausamen Abschlachtens überhaupt nützt: Pro Life hatte schon vor Jahren berichtet, dass der Verzehr von kontaminiertem Walfleisch,

verursacht durch Umweltgifte, bei Kindern auf den Färöer Inseln verstärkt zu Aufmerksamkeits-, Sprach- und Gedächtnisstörungen führte. Auch bei Erwachsenen hatte der Walfleischkonsum das Risiko für Diabetes, Arteriosklerose und Parkinson erhöht. Das hatte die lokale Gesundheitsbehörde schon im Jahr 2008 veranlaßt vom Verzehr von Walfleisch ganz abzuraten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Göteburg: keine Sozialarbeiter mehr in „besonders gefährdeten“ Stadtvierteln

24. 09. 2021



Göteborg · *Bildquelle: wikitravel.org*

Nach einer Reihe von Vorfällen, in die Sozialarbeiter verwickelt waren, will die Stadt Göteborg den Dienst von Sozialarbeitern einstellen, die allein ältere Menschen in „besonders gefährdeten“ Stadtvierteln aufsucht. „Wir haben leider eine lange Geschichte, in der unsere Mitarbeiter buchstäblich ins Kreuzfeuer der Banden gerieten. Kürzlich hatten wir einen solchen Vorfall im Stadtteil Biskopsgården“, sagte Marina Johansson, Mitglied des städtischen Ausschusses für Seniorenangelegenheiten, gegenüber der Zeitung *Göteborg Posten*. Sie fügte hinzu, dass die Sozialarbeiter Angst hätten, weshalb der Ausschuss in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen habe, dass sie nicht mehr allein arbeiten könnten. Sie räumte jedoch ein, dass es nicht genug Leute gibt, um alle Häuser gleichzeitig zu besuchen.

Im Sommer dieses Jahres wurde ein Polizist in dem erwähnten Stadtteil von Göteborg erschossen, was landesweit einen großen Aufschrei in der Öffentlichkeit hervorrief. Der Polizeiliste zufolge gibt es in Schweden derzeit 61 gefährdete Stadtviertel, von denen ein Drittel No-Go-Zonen sind. In letzterem Fall können nach Angaben der Polizei Recht und Ordnung nicht gewährleistet werden.

Quelle: Göteborgs Posten

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee S. 262 - 287



Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!" unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:
Steffen-reiche@gmx.de




Steffen Reiche war zehn Jahre Landesvorsitzender der SPD Brandenburg und Landesminister für Wissenschaft, Kultur und für Bildung. Aufgewachsen ist er in der DDR, an der deutsch-deutschen Grenze in Potsdam-Babelsberg. Seine Eltern arbeiteten bei der DEFA. In einem Theologiestudium fand er die innere Freiheit, sich gegen den SED-Staat zu stellen. Im Oktober 1989 gründete er mit Markus Meckel, Stephan Hilsberg, Ibrahim Böhme und vielen anderen die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Sein Weg führte ihn in die Volkskammer und die Spitzen der Brandenburgischen Landespolitik. Heute ist er als Pfarrer in seiner Gemeinde Nikolassee tätig.

Der autobiografische Essay gibt spannende, authentische Einblicke in ein deutsch-deutsches Leben zwischen FDJ und Junger Gemeinde, zwischen Reisen in die Sowjetunion und Geburtstagen der Großeltern in Westdeutschland, zwischen Politik und Kirche. Er erzählt von den ersten Begegnungen eines ostdeutschen Jungpolitikers mit Oskar Lafontaine, Hans-Jochen Vogel und Egon Bahr im Oktober 1989, vom Aufbau der Sozialdemokratie in Brandenburg, von der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Manfred Stolpe und von vielem anderen mehr.

Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

Predigtkreis "Doch das Böse gibt es nicht"

Liebe Predigtkreis-Gemeinde,
ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Wochenende.
Ihr Steffen Reiche

Liebe Schwestern und Brüder!

Von wann an kann man eigentlich von Menschheit reden?

Oder: ist von Menschheit geredet worden?

In der Bibel kommt das Wort nicht vor! Und doch, behaupte ich, ist die Bibel die erste Schrift, die ohne von Menschheit zu reden, genau das, was wir heute unter Menschheit verstehen, in den Blick nimmt. Und zwar in der Sindflut (Sündflut) und in der Taufe.

In der Sündflut, so erzählt es die Urgeschichte der Bibel, wird von dem Ende aller Menschen, von allem Leben auf Erden gesprochen, dass verenden soll. Das Alte Testament redet von Menschheit im Grunde immer dann, wenn es ganz umfassend von dem Menschen redet, weil es da eben keinen Unterschied mehr gibt zwischen den Völkern.

Die Bibel sieht sonst immer in die Welt der Völker, aber am Anfang in der Sündflut und am Ende, wenn alle Völker zum Zion pilgern und Gott allein als König aller Menschen verstanden wird, wie im Psalm 146, immer dann kommt die Menschheit in den Blick, obwohl es das Wort dafür noch nicht einmal gibt.

Und auch im Taufauftrag kommt die Menschheit in den Blick. Denn Jesus beauftragt seine Jünger, seine Nachfolger, die christianoi, die Christen, „*in alle Welt zu gehen und zu Jüngern alle Völker zu machen*“. Das, was in Christus geschehen ist, das geschieht für alle Welt. Und deshalb wird den Hirten auf dem Felde in der Weihnacht gesagt: „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden <u>auf Erden, den Menschen</u> ein Wohlgefallen.“

Und deshalb ist unter Ägide der Christen <u>den Menschen auf Erden</u> langsam bewusst geworden, dass wir eine Menschheit sind. Die Fehler, die die christlichen Völker dabei gemacht haben sind Legion!!! Und sie treiben mir Tränen der Scham und Zornesröte ins Gesicht! Natürlich!!! Aber die Chinesen und die Inder, die Urvölker Amerikas und Australiens und alle, die man noch nennen wollte, haben nie die Menschheit als Ganzes sehen wollen oder können, weil sie sich immer von ihrem Gott her als Volk verstanden haben. Und die anderen daher nicht in den Blick bekamen. Nicht bekommen wollten, denn ihr Gott war <u>nur für sie</u> zuständig.

Bei Noah gibt es ein Urteil von Jahwe, dem Gott für sein Volk Israel, über alle Menschen, dass sie keine Gnade finden und untergehen sollen in der Sündflut. Und dass dann eben auch ein erster Bund aufgerichtet wird – zwischen Gott und allen Menschen mit dem Regenbogen. Genau deswegen ist der Regenbogen dann ja auch zum weltweiten Zeichen eines weltweiten Friedens gemacht worden.

Und Jesus sah sich, und wurde nicht nur so gesehen, als einer, der nicht nur die Juden, nicht nur das Volk Israel retten sollte. Spätestens seit Paulus gilt Jesus als der, der im Namen Gottes, als Gott bei den Menschen, als Mensch von Gott, alle Menschen, die Menschheit erretten soll. Aber die ganzen vergangenen 2 Jahrtausende haben wir im wesentlichen die Völker, die nationes, gesehen. Erst die Ökumenische Bewegung, die die

Schöpfung, den oikos, die Welt als Haus Gottes als Ganzes in den Blick bekommt, vermag nun langsam Menschheit zu denken und will deshalb ja auch zu mindestens die verschiedenen Konfessionen in der Ökumene zusammenführen.

Aber der Völkerbund, der nach dem Desaster des 1. Weltkrieges gegründet worden ist, gelingt noch nicht! Er scheitert! Erst nach dem 2. Teil des Doppelten Weltkrieges mit über 50 Millionen Toten, gelingt dann die Gründung der Vereinten Nationen.

Aber hören sie, auch da versteht sich diese Menschheitsorganisation noch als Bildung aus den Nationen. Als Vereinte Nationen!!! Sie wird aufgebaut aus fast 200 verschiedenen, rechtlich selbständigen Entitäten, eben den Völkern, die beantragen können, Mitglied der UNO zu werden. Und die Völker der Welt stimmen dann darüber ab.

Aber in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte kommt Menschheit dann das erste Mal doch wirklich in den Blick. Denn da werden die Rechte der Menschen beschrieben, die sie unveräußerlich haben!!! Allein dadurch, dass sie Menschen sind und also zu der Menschheit gehören, die zwar aus den Nationen ist, aber zugleich eben auch über den Nationen. Die Menschenrechte hat ein Mensch nicht, weil er einer Nation angehört, sondern weil er Mensch ist, also zur Menschheit gehört. Darin zeigt sich letztlich der zu einer Rechtsnorm gewordene Impuls Jesu, der sich zu allen Menschen von Gottes Wohlgefallen gesandt wusste. Und Wohlgefallen hat ein Mensch vor Gott wiederum nicht, weil er etwas geleistet hat, weil er irgendeine Religion hat, sondern einfach durch sein Geschöpf-Sein und durch die Gnade Gottes, erlebbar in der Nähe Gottes in Jesus Christus.

Heute stehen wir erstmals und ganz bewusst in einer vergleichbaren Situation.

Wir werden uns erstmals angesichts einer unendlich, unermesslich großen Herausforderung bewusst, dass wir alle zusammen eines sind. Die Menschheit.

Wir haben keinen Planeten B!

Wir haben nur diesen einen Lebensraum Erde.

Und diese Erde kennt zwar Völker und leider sind die noch immer die Einzigen, die handeln können, aber in den globalen Demonstrationen, die unabhängig davon, dass jeder seinem Volk, einer Nation angehört, stattfinden, lassen uns angesichts des Klimawandels bewusst werden, dass wir eines sind! Dass wir eine Menschheit sind und gemeinsam handeln müssen, weil wir nur gemeinsam leben oder aber eben untergehen.

Bisher ist Menschheit immer nur gedacht worden. Nun aber muss sie sich bilden, sonst gehen wir unter in einem Sündbrand.

„Kann man mit der Bergpredigt eigentlich Politik machen?“ ist immer wieder gefragt worden. Der gläubige Christ Helmut Schmidt sagt „Nein.“

Und der gläubige Christ Alexej Nawalny sagt „Ja“.

Und ich kann beide verstehen. Finde dass beide in ihrer Situation Recht haben.

Christen sind in der Nachfolge Christi. Und so wie der, dem sie nachfolgen, also Jesus Christus, die Welt verändert hat, so wie die Predigt Jesu politische Wirkungen hatte, eben zum Beispiel die Kreuzigung, so auch heute.

Dort, wo das Evangelium, die Frohe Botschaft Gottes in Jesus Christus wirkmächtig verkündet wird, verändert sie die Welt. Wir wollen und sollen damit keine Politik machen, denn wir verkünden ja das kommende Reich Gottes!

Aber das allein verändert eben schon die Reiche, die Staaten der Menschen.

„Die Unantastbarkeit der Menschenrechte ist die heutige Zivilreligion des Westens." wird von Historikern heute gesagt. Da ist was dran. Der Blick von Juden und Christen auf die Welt hat zur Entwicklung der Deklaration der Allgemeinen Menschenrechte geführt. Die alle Staaten, die der UNO beigetreten sind, formal anerkannt haben.

Und die gelten, obwohl sie von Menschen mit dem Blick auf Menschen im Angesicht Gottes entwickelt worden sind, heute unabhängig von der Religion eines Menschen.

Und sie wirken, weil sie Menschen, egal wo und wie sie leben, faszinieren.

Weil sie sich in ihren Rechten anerkannt und mit Respekt angesehen fühlen.

Wenn wir heute Nachrichten sehen, dann sind wir in der Versuchung zu denken, dass es das Böse in der Welt gibt. Dass das Böse, wie selten zuvor, sein Haupt erhebt. An Nine eleven, am 11.9., erinnerten wir uns daran, wie vor 20 Jahren Männer, die in ihren Herkunftsländern und mit den Religionen, die sie ausüben, bisher zumindest keine Flugzeuge gebaut haben, in die Twin-Tower und ins Pentagon und auf einen Acker mit diesen Flugzeugen geflogen sind.

„Doch das Böse gibt es nicht." behauptet der Filmtitel des Berlinale-Gewinners von 2020. Ein grandioser, wichtiger Film aus dem Iran, der in im Grunde in 4 Filmen zeigt, was Menschen tun, wenn sie zum Henker bestimmt worden sind, also zum Vollstrecken eines Todesurteils gezwungen werden.

Aber alles in uns lehnt sich auf und sagt: Das ist doch nicht wahr. Das Böse gibt es durchaus in der Welt. Man muss doch nur nach Afghanistan schauen. Auf die Taliban, Al Quaida und den IS, den Islamischen Staat. Man muss nur in den Iran, nach Nordkorea oder in Putins Russland oder ins Belarus des Diktators Lukaschenko oder nach Myanmar mit seiner Soldateska schauen und hat Beweise genug, dass es das Böse in unserer Welt sehr wohl gibt.

Und dennoch bin ich ganz auf der Seite von Mohammad Rasoulof, dem Regisseur dieses grandiosen Films und seiner Behauptung. - Ja, dass Böse gibt es nicht.

Das es das Böse gibt, ist nur eine Ausrede von bösen Menschen! Das ist nur eine Schutzbehauptung von Menschen, die eine Erklärung suchen für das, was Ihnen in unserer Welt immer wieder begegnet.

Und da ist zugleich unser Nationalepos „Faust", wo sich Dr. Faust dem Bösen verschreibt, wo er seine Seele dem Teufel überlässt, für den Fall, dass er zum Augenblick sagen würde „Verweile doch, du bist so schön."

Rund 55,5 Millionen Menschen sterben jährlich in unserer Welt. Rund 985 000 waren es im Jahr 2020 allein in Deutschland, rund 2600 Menschen täglich. Und hinzu kommen eben die offiziell mindestens 1475 Menschen, die in 2020 hingerichtet worden sind. Allein die Dunkelziffer in China ist aber größer und insofern lässt diese Zahl den Skandal nur ahnen. Denn die Todesstrafe ist ein Skandal.

Kein Staat der Welt hat das Recht, jemanden zu töten.

Niemand hat das Recht einen anderen Menschen zu töten.

Denn keiner darf nehmen, was er nicht gegeben hat, ja gar nicht in der Lage ist, zu geben. Die Todesstrafe ist in Deutschland zwar erst 1987 aus dem Grundgesetz gestrichen worden, aber wurde schon seit der Gründung der Republik 1949 nicht mehr vollstreckt. Nur in dem 1989 endlich beendeten kommunistischen Experiment „DDR“ ist sie noch bis zum 26. Juni 1981 angewandt worden. Und natürlich an der Mauer! Dort wurde sie im Grunde durch die Selbstschussanlagen praktiziert.

Männer töten Männer. Nicht nur das Frauen seltener hingerichtet werden, sondern vor allem Frauen vollstrecken Todesurteile nicht, weil sie besser als Männer wissen, was es heißt, Leben zu gebären und weil sie spüren, dass sie einem Menschen zwar das Leben geschenkt haben, aber auch genau wissen, dass das Wunder des Werdens von neuem Leben viel größer ist als ihr eigener Beitrag dazu.

Ich bin Ihnen also eine Erklärung dafür schuldig, warum es das Böse doch nicht gibt, wie Mohammad Rasoulof und ich behaupten.

Aber lassen sie mich Ihnen zuvor nur kurz diesen zu recht prämierten grandiosen iranischen Film erzählen:

Im ersten Film wird uns ein Familienvater gezeigt, der sich rührend um seine Frau und seine Tochter und seine Mutter kümmert. Und dann morgens aufsteht und sich im Gefängnis sein Frühstück macht, die Tomate und die Gurke wäscht, die er gleich essen wird und zwischendurch einen Schalter umlegt und wir schauen dann mit ihm durch eine Luke und sehen vier paar Füße und sich entleerende Blasen. Dann frühstückt er .....

Im nächsten Film ist ein junger Mann beim Militär. Jeder Mann im Iran muss zum Militär. Nur so bekommt er einen Pass bzw. die Fahrerlaubnis. Wird überhaupt nur auf dem Weg über das Militär zum Bürger. Auf ihn ist das Los gefallen, dass er die Todesstrafe vollstrecken muss. Und er wehrt sich mit allem, was er hat, dagegen. Und sperrt auf dem Weg zur Hinrichtung den Begleitsoldaten und den Verurteilten in einen Schrank und dann gelingt ihm die Flucht. Seine Freundin erwartet ihn im Auto und sie können fliehen.

Im dritten Film sehen wir einen wunderbaren jungen Mann, auch beim Dienst bei der Armee, der seine Freundin wieder sehen will. Er hat 3 Tage Urlaub bekommen, weil er Henker gewesen ist. Und als er auf dem Hof in den Bergen ankommt, trauert man dort um einen Mann, von dessen Existenz er gar nichts wusste. Und als er das Bild sieht, weiß er, dass er diesen Mann hingerichtet hat. Als er es unter bitteren Tränen seiner Freundin erzählt, rechnet die ihm vor, wie viel Sonderurlaub er in den letzten Jahren gehabt hat. Und ihrer beider Leben ist zerstört.

Und der 4. Film erzählt davon, wie ein Mann zum Outcast wurde, weil er durch die Verweigerung Henker zu sein, in die Berge gehen musste und seine Tochter seinem Bruder anvertrauen musste. Leben zu beenden durch Hinrichtung zerstört eben auch das Leben derer, die das tun müssen oder sich dem entziehen und dann nicht leben können, wie sie es eigentlich wollen und könnten.

Gott ist der Ursprung und der Schöpfer allen Seins. Von allem, was ist.

Kann man nun neben ihm noch einen anderen Schöpfer annehmen?

Einen Schöpfer des Bösen? Also das Böse als Ursprung von allem Bösen? Also einen Antipoden von Gott, einen Anti-Gott? Mit dem Glauben an Gott oder besser mit dem Blick auf Gott, den mir mein Glaube ermöglicht, kann ich das nicht sehen.

Wenn das Böse an sich aber nicht existiert, woher kommt es dann?

Woraus generiert sich immer wieder neu Böses oder zumindest etwas, das wir als böse empfinden und erleben?

Vielleicht können wir das besser verstehen, wenn wir uns Gott als Licht vorstellen, als Ursprung aller Energie. Denn das Dunkle an sich gibt es ja auch nicht. Sondern das Dunkle ist das, wo Gott mit seinem Licht, seiner Energie nicht oder noch nicht hingekommen ist oder nicht mehr ist. Aber dieses Dunkle, dieses Licht- und Freud- und Energie-lose ist doch gar nicht mehr in der Lage, Neues zu gebären.

Neues zu schaffen oder aus sich zu entlassen.

Das Dunkle ist nichtend, ist nichtig, ist Nichts! Es frisst und nivelliert bloß alles, was noch Energie oder Licht oder Freude in sich hat.

Das, was Böse ist, was wir als Böse empfinden, ist ohne Wärme, Energie und Licht.

Er oder Sie, ein Mensch, hat sich von Gott abgewandt und läuft oder sinkt weg von Gott. Aber aus der Abwendung kann man durch Umkehr auch wieder heraustreten.

Umkehr ist Rückkehr zu Gott, von dem aus uns Leben, Licht, Energie und Freude bestrahlt, die wir nach unserer Umkehr auch selbst wiederum zurückstrahlen können, reflektieren können.

Glauben macht einen Menschen stark zu widerstehen gegen das Leid, das Unrecht in der Welt. Ich lese zum Schluss ein Stück einer Rede von Alexej Nawalny vor einem Gericht in Russland. Sie werden die Seligpreisungen darin wieder hören, die wir vorhin als Evangelium gehört haben. Und Nawalny nimmt damit auch die Botschaft des Jeremia auf, die wir vorhin gehört haben: Suchet der Stadt Bestes, damit es Euch wohlergehe.

Amen.

Ahmad Mansour, lebt seit 14 Jahren in Deutschland, ist Namensgeber und Geschäftsführer der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention. Als junger Palästinenser in Israel ist Ahmad Mansour beinahe radikaler Islamist geworden. Heute zählt er zu den wichtigsten Islamismus-Experten Deutschlands.

Zahlreiche Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund fanden in den letzten Monaten, Jahren und Jahrzehnten unter ähnlichen Umständen den Tod. Seit 2015 ist die Zahl der Ehrenmorde rapide angestiegen. Jeder einzelne dieser Morde liefert uns als Gesellschaft Anlass dafür, ohne Tabus auf Ursachenforschung zu gehen. Die Wahrheit ist schmerzhaft und bitter. Sie lautet: Emanzipation und das Streben nach persönlicher Freiheit können für eine muslimische Frau aus einem so genannten traditionellen Umfeld in Deutschland lebensgefährlich sein. **Und es sind fast immer ihre eigenen Familien, die die Todesurteile fällen.**

Eine weitere Wahrheit schmerzt noch mehr: Viele, die bei uns leben wollen, lehnen Gleichberechtigung, sexuelle Selbstbestimmung, und Freiheit der Frauen so sehr ab, dass

sie sich in Parallelwelten bewegen. Mitten in Deutschland sind Orte entstanden, an denen das Grundgesetz nicht einmal das Papier wert ist, auf dem es geschrieben wurde. Für viele Frauen ist Liebe eine gefährliche Träumerei, die sie ihr Leben kosten könnte.

Sonst wird leidenschaftlich über Emanzipation gesprochen, warum nicht beim Thema Ehrenmord?

Äußert man sich dazu in aller Deutlichkeit – etwa als ein arabischer, muslimischer, in Deutschland lebender Mann wie ich – und weist man auf die Kontexte und Hintergründe solcher Taten hin, stößt man sofort auf massive Widerstände. Ein seltsames Phänomen, wird doch sonst so gern und intensiv über Gleichberechtigung gesprochen. Geht es etwa um das Gendern oder um die Vorherrschaft des alten weißen Mannes, geht es um Quotenfrauen in Vorständen und in der Politik, dann darf das Unrecht benannt und die Kritik an einer chauvinistischen Männerkultur ausgesprochen werden. Doch diese Szenarien sind gefühlt eben weit weg. Natürlich lässt es sich so leicht darüber sprechen. Ereignet sich die Gewalt direkt vor unserer Berliner Haustür, wie im Fall der ermordeten afghanischen Frau, dann sieht der Fall ganz anders aus.

Wer angesichts solcher brutalen Morde darüber aufklären und sensibilisieren möchte, welche Rolle der ideologische, „traditionell“ patriarchale Hintergrund der beteiligten Familien als Auslöser spielen kann, der wird angegriffen. Schon bei der Andeutung eines solchen Zusammenhangs läuft man Gefahr, als „Rassist“ oder „Islamhasser“ gebrandmarkt oder beargwöhnt zu werden. Hier, in einem Land, in dem die Würde des Menschen laut Grundgesetz unantastbar ist, werden täglich tausende von Frauen drangsaliert, geschlagen, eingesperrt, eingeschüchtert und ihrer Freiheit beraubt. Und eine auffällig relevante Anzahl dieser Frauen lebt in „traditionell“ geprägten, migrantischen Milieus. Der Versuch, solche Taten unter Femizid zu verbuchen, ist nichts anderes, als der Versuch der Verallgemeinerung und die Absicht, genau solche religiösen und traditionellen Hintergründe auszublenden.

Relativierungen wie von Frau Breitenbach sind fatal Warum darf diese Wahrheit nicht gesehen, erkannt, benannt, und wissenschaftlich erforscht werden? Vielleicht, weil es schlicht einfacher ist, die grausamen, ideologisch begründeten Verbrechen aus „Ehre“ strafrechtlich quasi neutral einzuordnen, und die von ihrem Umfeld verordnete Unmündigkeit der Frauen und Mädchen als eine „normale“ kulturelle Erscheinung abzutun?

Das aktuelle Buch von Ahmad Mansour: Solidarisch sein!: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass. Häufig werden Ehrenmorde unter Muslimen mit Femiziden unter Deutschen an Weihnachten gleichgestellt, wie das beispielsweise die Berliner Sozialsenatorin Elke Breitenbach getan hat. Die Konsequenzen aus dieser Relativierung sind jedoch fatal. Wird die Debatte weiter verweigert, kostet das weiterhin Frauen in diesen Milieus ihre persönliche Freiheit, im schlimmsten Fall ihr Leben. Indem wir uns dem Thema verweigern, verharmlosen und kulturrelativistisch argumentieren, machen wir uns alle mitschuldig.

Zwischen Beziehungstaten und Ehrenverbrechen liegen Welten

Solange so drastisch de-kontextualisiert wird, fehlt der Raum für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ursachen. Zwischen den Beziehungstaten in deutschen Familien und den „Ehrenverbrechen“, etwa in muslimischen Familien, liegen Welten. Ein Erwin oder Dieter, der am ersten Weihnachtstag seine Frau ermordet, weil sie sich trennen wollte, handelt meist allein. Auf Unterstützung in dem Umfeld seiner Herkunftsfamilie kann er so wenig zählen, wie auf den Beifall aus der Familie der Frau. Auch wird eine deutsche

Familie eine geschiedene und alleinstehende Frau heute nicht mehr als gesellschaftliche Bedrohung oder Schande für die Familie wahrnehmen. Und die Polizei wird nicht auf Anrufe stoßen, in denen der Vater oder Bruder den Täter implizit zum Töten anstiftet, indem er ihn auffordert, eine unhaltbare Situation „in Ordnung zu bringen“. Unter deutschen Schülern wird man kaum einen finden, der sich in einer Diskussion über Frauenrechte dazu bekennt, eine solch tragische Tat gutzuheißen oder selber so handeln zu wollen, geschweige denn argumentieren, dass Frauen bis zur Ehe Jungfrauen bleiben müssen. Auf den Gedanken, ihre eigene Männlichkeit daran zu messen, ob sie die Frauen ihrer Familie unter Kontrolle haben, kommt kaum einer. Zudem würde hier niemand behaupten, dass „die Religion“ den Mord vorschreibt. All diese Argumente höre ich jedoch in meiner Aufklärungsarbeit mit muslimischen Jugendlichen und Flüchtlingen regelmäßig von vielen, sehr vielen. Ob in der Schule, in sozialen Medien, in den Moscheen oder zu Hause.

Eine unheimliche Front wehrt sich gegen Aufklärung

Solange der Körper einer Frau nicht ihr gehört, sondern ihrer Familie, solange Liebe eine Sünde ist, solange ihre Jungfräulichkeit wichtiger als das Leben der Frau ist, solange aktiver Frauenhandel in Form von „Brautpreisen“ täglich mitten in Deutschland stattfindet, solange der Ruf der Familie in der Community wichtiger ist als der Glück der Einzelnen, solange in den Moscheen täglich Angst vor der westlichen Lebensform, vor kurzer Kleidung, vor Selbstbestimmung, vorm Hinterfragen angestiftet wird, werden diese Denkmuster, stillschweigend oder aktiv, unterstützt.

Bis diese Muster durchbrochen werden, leben jene Brüder, Väter und Ehemänner, die die weiblichen Mitglieder der Familie „unter Kontrolle“ haben wollen, in der Überzeugung, sie seien von der Gesellschaft anerkannt und ihr Tun sei rechtens. Also bestimmen sie weiter, mit wem die Schwester oder Tochter befreundet ist, wann sie zuhause sein muss, wo und ob sie überhaupt arbeiten darf, wen sie heiratet, wie sie sich kleidet. So sieht das soziale Klima aus, in dem diese Morde passieren. Es ist eine unheimliche Front, die sich gegen die Aufklärung wehrt. Unter ihnen finden sich, grob gesprochen, linke Realitätsverweigerer, rechte Rassisten, eine gleichgültige Mehrheit und muslimische Verbände selbst. Wenn es darum geht, Zwangsheirat, Gewalt in der Familie und Ehrenmorde zu verurteilen, sind diese Moscheen und migrantischen Verbände auf einmal still. Kommt es darauf an, direkt die Ursachen zu benennen, zu bekämpfen, und für Gleichberechtigung der Frauen einzustehen, schwindet ihre Unterstützung rapide. Denn auf diesem Gebiet geht es um mächtige Tabus. Es geht um die eklatante Ungleichheit in der Erziehung von Jungen und Mädchen, die Ablehnung der sexuellen Selbstbestimmung, das Beharren auf Geschlechtertrennung, Jungfräulichkeit der Frauen, Vorstellungen von Reinheit und Keuschheit. All diese Positionen wollen die Organisationen und die Mehrheit der Muslime in Deutschland aus ihrer Vorstellung vom Islam leider nicht wegdenken – und daher sehen wir bei den „Ehrenmorden“ und Zwangsheiraten nur die extreme Spitze eines Eisberges. Darunter liegt ein weites, unaufgeklärtes Terrain.

Wie lebendig patriarchale Vorstellungen sind, habe ich am eigenen Leib erfahren Ohne die gängigen Erziehungsmethoden in den betroffenen Milieus unter die Lupe zu nehmen, wird man den Ursachen nicht auf die Spur kommen. Sanktionierende Gewalt in der Familie, die Akzeptanz gewaltlegitimierender Männlichkeitskonzepte, eine kollektivistisch angelegte Identität und ein konservatives Islamverständnis führen dazu, dass Männer die Zurückweisung ihrer Frauen oder Freundinnen nicht ertragen können bzw. dürfen, und selbst auf geringe Überforderung mit physischer oder verbaler Gewalt, oder beidem, reagieren.

In der patriarchalischen Struktur versteht sich der Mann als Oberhaupt der Familie: eine Frau, die sich über den Willen des Oberhauptes hinwegsetzen will, ist eine direkte Bedrohung und Provokation des gesellschaftlich entwickelten Selbstkonzepts eines Mannes. Sie muss deshalb unmittelbar bestraft werden. Wie lebendig diese Vorstellungen und Konzepte am Werk sind, zeigte sich mir, als ich von muslimischen Freunden mehrfach davor gewarnt wurde, meine deutsche Freundin zu heiraten. Im Vergleich zu einer Frau aus meiner Community, die sich in keinem Fall von mir trennen würde, könnte mich doch eine solche Freundin irgendwann verlassen, und dann sei keiner da, kein Bruder oder Vater, der sie daran hindere.

Es braucht neue Männer, um den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen Um den Teufelskreis aus Gewalt und Unterdrückung zu durchbrechen, brauchen wir vor allem neue Vorbilder. Wohltuend und hilfreich sind da an erster Stelle Männer aus der muslimischen Community, die bewusst eine andere Vorstellung von Geschlechterrollen vertreten, und zum Beispiel ihre „Ehre“ nicht mit der Jungfräulichkeit der Schwester oder dem Verhalten ihrer Ehefrauen gleichsetzen. Es werden Männer gebraucht, die Gewalt ablehnen, die keine Angst haben, dadurch ihre Kraft und Männlichkeit einzubüßen, Männer, die als Botschafter in ihre Community gehen und Gleichaltrigen Alternativen vorleben, sie ermutigen, aus den mittelalterlichen, traditionellen Vorstellungen und Einstellungen auszubrechen. All das will das Projekt „Heroes“, bei dem ich als Gruppenleiter mitarbeite. Es bietet die adäquateste Prävention, um Morde „im Namen der Ehre“ zu verhindern. Von solchen Projekten braucht es noch viele mehr. Denn es ist an der Zeit, dass sich unsere Gesellschaft konkret, tabufrei und klar mit dem Thema Geschlechterrollen, Männlichkeit und Frauenrechten unter Muslimen befasst. Sonst bleiben wir ungewollt die Komplizen der Täter.

Lachen entwaffnet, Lachen stellt bloss

Der gute Witz ist gefährdet. Spiessbürger wollen ihn verbieten. Konrad Adam 09.08.2021

Unter dem knappen Vermerk «Bundesrepublik 1946» findet sich in Salcia Landmanns umfänglicher Sammlung jüdischer Witze folgender Eintrag: «Was ist der Unterscheid zwischen einem Saupreiss und einem Saujud? – Saupreiß darf man sagen.» Liest man das heute, hat man den zeitlichen Abstand vor Augen. Vor 75 Jahren konnte man, wenn man denn wollte, so etwas witzig finden, weitererzählen und einem Sammelwerk über die Geschichte des jüdischen Witzes einverleiben. Man musste nicht befürchten, als Juden- oder Preußenhasser bloßgestellt, am Ende sogar vor Gericht geschleppt und bestraft zu werden. Heute ist man da längst nicht mehr so sicher. Ein falscher Witz kann böse Folgen haben, weshalb man ihn am besten unterlässt.

Zwischen Stil und Gesinnung Damit das klar ist: Die Ansichten über das, was witzig ist und was nicht, gingen und gehen auseinander. Um zu gefallen, muss der Witz zünden, Sinn im Unsinn erkennen lassen; tut er das nicht, dann klingt er flach, albern oder degoutant.

Um den oben kolportierten Witz geschmacklos zu finden, gibt es Gründe genug, damals wie heute. Tatsächlich hatte sich die Verfasserin, als das Buch 1960 erschien, mit allerlei Einwänden und Vorwürfen auseinanderzusetzen; mit dem Vorschlag, das Buch zu verbieten, zu verschweigen oder einzustampfen, allerdings nicht. Diese Forderung ist eine Errungenschaft der Cancel-Kultur, die es damals noch nicht gab. Was es gab, war Kritik, die dem Erfolg des Buches aber nicht im Wege gestanden, ihn wahrscheinlich sogar noch befördert hat, denn allein seine deutsche Fassung erreichte eine Auflage von mehr als 600 000 Exemplaren. Geschmacksfragen waren damals noch nicht justiziabel, man kannte und

respektierte den Unterschied zwischen schlechtem Stil und schlechter Gesinnung und zog nicht jeden, der anders dachte als man selbst, vors Inquisitionsgericht der Selbstgerechten.

Salcia Landmann, selbst Jüdin, hat nicht versäumt, im Vorwort zu ihrem Buch auf den tragischen Hintergrund der Sammlung, die planmäßige Vernichtung des osteuropäischen Judentums, aufmerksam zu machen. Sie wollte die Erinnerung an eine Kultur festhalten, die für ihren scharfen, schonungslosen Witz bekannt war, die aber nach dem Krieg in Trümmern lag. Ein Beispiel: Die kleine Schülerin soll wiederholen, was sie über Moses gelernt hat, und antwortet: «Moses war der Sohn einer ägyptischen Prinzessin» – «Aber nein, du hast nicht aufgepasst, die Prinzessin hat Mose doch bloß in einem Körbchen am Ufer des Nils gefunden» – «Sagt *sie*!» In seiner Kürze ist das schwer zu überbieten, die Schülerin ist lebensklüger als ihre brave Lehrerin.

Von gleicher Art auch dies: «Warum galt Salomon als weise?» – «Weil er die wahre Mutter des vertauschten Kindes herausgefunden hat» – «Kunststück! Den Vater hätte er finden sollen, dann hätte er sich weise nennen können!» Schade, dass von dieser Art Witz so wenig übrig geblieben ist. Und noch viel trauriger, dass die Reste dieser Kultur den Tugendbolden in die Hände gefallen sind, wo sie so lange befingert und gesiebt werden, bis sich die letzte Spur von Witz verloren hat.

Lachen entwaffnet, Lachen stellt bloss – nach Meinung unserer politisch korrekt gedrillten Sprachbeamten allerdings die falschen, sie selbst nämlich; und muss deshalb verboten werden. Ob die Gemeinschaftsaktion unter dem Kürzel «allesdichtmachen.de» dazu angetan war, die Auswüchse der Corona-Hysterie ins Lächerliche zu ziehen, darüber kann und wird man endlos streiten. Doch eben darum ging es ja irgendwann nicht mehr. Es ging auf beiden Seiten um Macht, um Deutungsmacht.

Jeder gute Witz entmachtet «Praktisch denken, Särge schenken» haben die Berliner gereimt, als ihre Stadt im Bombenhagel unterging; in ihrem Unglück suchten sie nach einem Ausweg und fanden ihn im Witz. Denn jeder gute Witz entlastet. Alle Gewaltherrscher haben das gewusst und auch den illegalen Witz geduldet, weil er die Stimmung lockert und unter lauter Missvergnügten für Entspannung sorgt. «Er ist die Waffe des Wehrlosen, der zwar mault, sich aber mit der Lage doch halbwegs abfindet», schreibt Salcia Landmann. Und weiter: «Der Täter bedarf keines Witzes.» Er ist humorlos, lacht nicht und sieht im Witz nur den Beweis für falsches, unkorrektes Denken.

Die Grenzen des Sagbaren enger zu ziehen, ist das erklärte Ziel des Täters. Er versteht keinen Spaß, macht keine Witze und liebt sie nicht, weil er spürt, dass sie auf Leute wie ihn zielen. Der weiße Mann, der an die schwarze Frau, die in der U-Bahn ostentativ die «Jüdische Allgemeine» liest, die höfliche Frage richtet, ob sie nicht doch ein bisschen übertreibt, hat sich aus einer Witz- in eine Hassfigur verwandelt. Denn hier geht es um Gleichstellungspolitik, und dabei gibt es nichts zu lachen. Das Grundgesetz, das ja nicht nur Geschlecht und Hautfarbe, sondern auch Heimat und Herkunft, Sprache und Abstammung, religiöse und politische Ansichten als Merkmale erwähnt, derentwegen kein Mensch benachteiligt oder bevorzugt werden darf – dies Grundgesetz ist für die Besserwisser längst noch nicht erfüllt.

Für sie bleibt selbst der umfangreichste Katalog hinter der Wirklichkeit zurück, weil jeder von uns ja doch zu irgendeiner Minderheit gehört, also nur kurz nachzudenken braucht, um Benachteiligungen zu entdecken, Ansprüche zu erheben und Entschädigung zu verlangen. Da haben die Ostfriesen gute Karten. Wer sucht, der findet; und viele haben ja auch schon gefunden.

Der gute Witz kommt ohne Freiheit aus, die Zwangsjacke tut ihm gut, der Druck macht ihn erfinderisch. Schädlich ist nur der Piefke, der Spießbürger, der Maß nimmt und sich dann nach der Decke streckt; der tötet ihn. Trotz seiner wohlbekannten Schäbigkeit war der eitle und brutale NS-Funktionär Göring ein ebenso dankbarer Gegenstand wie der verschlagene und rücksichtslose SED-Parteichef Erich Honecker. Über den altersschwachen Paul von Hindenburg haben sich die Deutschen das Maul zerrissen, über den leutseligen ersten deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss waren immerhin ein paar gute Anekdoten in Umlauf, doch schon bei seinem Nachfolger wurde es eng, weil Heinrich Lübke die Witze, die man über ihn machen wollte, realiter immer schon selbst gemacht hatte. Später kam mit Walter Scheel ein lustiger Fuhrmann, von Roman Herzog ist der Ruck geblieben, aber was bleibt von Männern wie Christian Wulff und Horst Köhler oder Frank-Walter Steinmeier? Von einem Bundespräsidenten, der sagt, was alle sagen, nur etwas parfümierter? Er steht für nichts, nur für sich selbst; und das ist eben doch zu wenig.

Tierischer Ernst Vielleicht war Oskar Lafontaine der letzte Bundespolitiker, über den Witze gemacht worden sind – und der ja auch selbst gern welche machte. Nach seinem Rückzug sieht es traurig aus. Die Zoten, die Joschka Fischer oder Gerhard Schröder zugeschrieben werden, haben nur unvollkommenen Ersatz geboten. Sie haben sich nicht eingebrannt und wären längst vergessen, wenn das, was nach ihnen kam, nicht noch viel dürftiger gewesen wäre: die sechzehn viel zu langen Merkel-Jahre.

Nichts spricht dafür, dass es nach Merkels Abgang besser werden könnte. Denn auch wenn Armin Laschet zu den wenigen Politikern gehört, die mit dem Orden wider den tierischen Ernst dekoriert worden sind – der frühere CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber und, kein Witz, die frühere Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Heide Simonis, haben ihn auch erhalten.

Der Kommunarde Fritz Teufel, der, irgendwelcher Schandtaten angeklagt, sich mit den Worten «Wenn es der Wahrheitsfindung dient» vor Gericht erhob und damit einen Witz gemacht hatte, der ein ganzes System der Lächerlichkeit preisgab – Fritz Teufel hat den Orden nie erhalten. Leider nicht.

Liebe Predigtkreisgemeinde,
Hier die Predigt über die Liebe.
Ihr Steffen Reiche

Liebe Schwestern und Brüder,

eines der klarsten und schönsten Bekenntnisse der ganzen Kirchengeschichte, ja der ganzen Religionsgeschichte schreibt Johannes in seinem 1. Brief:

Gott ist Liebe. Und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm.

3 Worte – Gott ist Liebe. Das kürzeste Glaubensbekenntnis.

Am Konsistorium, also dem Sitz des Bischofs und der Kirchenleitung in der Georgenkirchstraße in Berlin-Mitte, ist zurzeit ein großes Plakat befestigt: Liebe tut der Seele gut. Und manche laufen sogar mit einem T-Shirt herum, auf dem in goldenen Buchstaben steht: Liebe tut der Seele gut.

Ja, das ist der Goldstandard unseres Glaubens.

Für die Liebe lohnt es sich zu leben. Im Grunde heißt das: Nur für die Liebe lohnt es sich zu leben. Denn: Gott ist Liebe. Und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm. Und wenn wir eines Tages sterben werden, was uns mit der Geburt ja schon vorgegeben ist, wird das Einzige, was zählt, sein: die Liebe.

Mit der wir geliebt haben. Mit der wir geliebt worden sind.

Und der 2. Satz, den die Kirchenleitung dazu gestellt hat und den man auch jetzt an mancher Kirche findet, heißt: Hass schadet der Seele.

Ja! Hass macht hässlich, so grässlich hässlich.

Und Jesus fasst alle Gebote, die Gott und Mose und die Hohepriester dem Volk Israel gegeben haben, in einem Dreifachgebot zusammen, in dem es nur um eines geht:

Die Liebe.

„Du sollt Gott lieben“ und damit auf die Liebe Gottes, die dich in die Existenz, ins Leben gerufen hat, antworten. Und so sollst Du auch all die anderen Menschen, denen Gott das Leben geschenkt hat, lieben wie Dich selbst. Denn auch Du selbst bist ja ein Geschenk Gottes. Denn Liebe ist Leben, mit Leib und Seele.

Und Paulus, der ja manchmal auch sehr streng und manchmal fast trocken sein kann, wenn er von der Liebe redet, kommt er ins Schwärmen und packt ihn die Leidenschaft.

„Die Liebe höret nimmer auf, wo doch das prophetische Reden aufhören wird und das Zungenreden aufhören wird und die Erkenntnis aufhören wird. Denn unser Wissen ist Stückwerk und unser prophetisches Reden ist Stückwerk. Wenn aber kommen wird das Vollkommene, so wird das Stückwerk aufhören. Als ich ein Kind war, da redete ich wie ein Kind und dachte wie ein Kind und war klug wie ein Kind; als ich aber ein Mann wurde, tat ich ab, was kindlich war.

Wir sehen jetzt durch einen Spiegel in einem dunklen Bild; dann aber von Angesicht zu Angesicht. Jetzt erkenne ich stückweise; dann aber werde ich erkennen, gleichwie ich erkannt bin. Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen.“

Am Anfang unseres Lebens, in der Zeugung durch unsere Eltern, in Ihrer Liebe, entstehen wir sozusagen als unendlich großer Lottogewinn: – Wir, jeder Einzelne von uns, sind der Jackpot, der Sechser mit Zusatzzahl, bei der Verschmelzung von männlicher Samenzelle und der mütterlichen Eizelle. Millionen von Samenfädchen machen sich auf den Weg! Aber nur einer von ihnen ist die Grundlage für unser Leben, gibt uns sozusagen die hardware für unser Leben, die genetische Grundausstattung, die über unser Leben wesentlich mitentscheidet.

Und so haben wir doch allen Grund mit dem Psalm 8 zu sagen: „HERR, unser Herrscher, wie herrlich ist dein Name in allen Landen, der du zeigst deine Hoheit am Himmel! Aus dem Munde der jungen Kinder und Säuglinge hast du eine Macht zugerichtet... Wenn ich sehe die Himmel, deiner Finger Werk, den Mond und die Sterne, die du bereitet hast: was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst? Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott, mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt.“

Und dann entwickelt sich diese befruchtete Eizelle! Und wissen Sie, was als erstes von uns entsteht? Der Herzmuskel.

Und aus dem Herzmuskel heraus entwickelt sich dann alles Weitere durch Zellteilung, durch immer größere Spezialisierung. Auch unser Gehirn, die ganzen anderen Muskel und unser Skelett. Ich finde, das ist ein wunderbares Gleichnis! – Denn der Herzmuskel, der uns begleitet, uns ausmacht, der arbeitet nun, der schlägt, von unserem 1. Geburtstag in die Zeit, bis zu unserem 2. Geburtstag, dem in die Ewigkeit.

Und im Herzen verorten wir auch das, was uns vor allem ausmacht, uns prägt, uns sein lässt – die Liebe.

Jesus fasst alle 613 Gebote der Juden und die 10 Gebote Gottes von Mose so zusammen:

Ein Lehrer des Gesetzes, versuchte Jesus und fragte: Meister, welches ist das höchste Gebot im Gesetz? Jesus aber sprach zu ihm: »Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt« (5. Mose 6,5). Dies ist das höchste und erste Gebot. Das andere aber ist dem gleich: »Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst« (3. Mose 19,18). In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.

Dieser letzte Satz hat immer wieder zu dem Missverständnis geführt, als handele es sich hier um ein Doppelgebot. Das ist falsch. Das ist eine jahrhundertelange Irrlehre der Kirche. Denn Jesus hat uns in seiner Liebe ein Dreifachgebot gegeben: Du sollst Gott lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst.

Das ist das Unglaubliche, dass wir unsern Nächsten, also den, der uns nahe ist und damit zur Aufgabe geworden ist, so lieben sollen und dürfen, wie uns selbst.

Nicht weniger! Aber auch nicht mehr!

Und uns selber aber eben auch so, wie wir einen anderen, den wir lieben, lieben.

Dieser Auftrag zu lieben, ist ein Auftrag zur Freiheit.

Denn Lieben kann nur, wer frei ist. Ein Sklave kann das gerade nicht.

Jemand der abhängig ist, der muss vielleicht verehren, aber lieben kann er nicht.

Liebe geschieht in Freiheit und gibt neu Freiheit.

Das Dreifachgebot der Liebe spricht uns als freie Menschen an, denn es traut uns zu, dass wir in Liebe wissen, was jetzt aktuell geboten ist. Und es lässt uns die Freiheit, das, was wir als das Richtige erkannt haben, dann auch in Freiheit zu tun.

Mir begegnen in der Kirche seltsamer Weise immer wieder Menschen, die bemühen sich, dieses Doppelgebot ganz ernst zu nehmen! Und begreifen leider eben nicht, glauben nicht und leben nicht, dass dazu eben auch gehört, sich selbst zu lieben und anzunehmen.

Sie lieben Gott und bemühen sich, den Nächsten zu lieben! Aber mit sich selbst haben sie Probleme.

Nur einen fröhlichen Geber hat Gott lieb. Hat Martin Luther einmal gesagt. Und hat in seiner wunderbar klaren Sprache an anderer Stelle hinzugefügt: Aus einem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz. Wir sollen das Dreifachgebot der Liebe leben und daher bitte ich Sie: Nehmen sie sich, so wie sie sind, auch selber aus Gottes Hand an! Als großartiges Geschenk Gottes an die Welt und nun auch an ihre Familie und an uns hier in der Gemeinde. Und natürlich auch als Geschenk an sich selbst.

Das ist also das Zentrum unseres Glaubens. Das Zentrum unseres Glaubens ist die Liebe, das Dreifachgebot der Liebe, mit der wir von Gott geliebt werden, als einzigartige Menschen und darauf mit unserer Liebe zu Gott und dem Nächsten, im gleichen Umfang wie uns selbst, antworten. Ein bisschen anders als die Anderen! Ein bisschen besser vielleicht! Und hoffentlich damit dann auch irgendwie auffällig.

Nur in der Kirche kann man so ungeniert von Liebe reden. Weil sie eben unser zentraler Auftrag ist und weil jeder spürt, dass wir hier von etwas anderem reden, als wenn woanders davon geredet würde. Und alle dann hören würden: Lass uns Liebe machen.

Nein, das genau ist nicht gemeint. Obwohl es eine der schönsten Gaben Gottes für uns Menschen ist. Wenn woanders von Liebe geredet wird, dann hat das immer eine andere Konnotation, weil sie sich selber zur Liebe entschließen. Unsere Liebe aber ist unser Auftrag – von dem, der uns zuerst geliebt hat.

Wir sagen: Lass uns Liebe leben! Und zwar die Liebe, mit der uns Gott in seiner Liebe zu freien Geschöpfen macht. Der fromme Begründer der modernen Pädagogik hat seine ganze Pädagogik in einem Axiom, einem Grundsatz, seinem Leitsatz, zusammen gefasst: Erziehung ist Vorbild und Liebe und sonst nichts.

Und ich habe jedes Jahr, wenn ich im Auftrag des Landes Brandenburg die neuen Lehrer in den Dienst des Landes genommen habe, anfangs noch zum Entsetzen meiner Mitarbeiter gesagt: Sie können alles vergessen, was sie im Studium gelernt haben.

Sie können auch alles vergessen, was sie im Seminar hören! Sie können vergessen, alles was meine Mitarbeiter hier im Hause und ich Ihnen sagen, wenn sie nur den einen Satz von Pestalozzi nicht vergessen und ihn zur Grundlage ihrer Arbeit machen: Erziehung ist Vorbild und Liebe und sonst nichts.

Wenn Sie diesen Satz zur Grundlage Ihres Lebens und Ihrer Arbeit machen, dann machen sie automatisch alles richtig. Denn dann unterrichten sie Kinder nicht, sondern richten sie auf. Dann leben sie ihnen vor, was die ihnen nachleben können. Sie geben ihnen dann mit ihrer Zuneigung und Liebe den Freiraum, sie selbst zu werden.

Und der auch fromme Schüler von Pestalozzi, Fröbel, hat doch das, was er erfunden hat, entwickelt hat, nicht zufällig Kindergarten genannt, sondern deshalb, weil er Kinder, bevor sie zur Schule gingen, in ein Paradies hineinsetzen wollte am Anfang unseres Lebens. Denn aus dem Paradies kommen wir und in ein Paradies sollen und wollen wir gehen! Darauf dürfen wir hoffen - eben den himmlischen Garten Gottes, das Paradies, in den wir mit unserem 2. Geburtstag hinein geboren werden.

Wir haben in unserer Kita, deren Kurator ich bin, eine Kollegin die wundervoll arbeitet, vorfristig entfristet und sie gleich auch etwas höher eingestuft. Und in dem Gespräch, was wir deshalb führten, fragte ich dann auch nach dem Kind, was einen besonders großen Förderbedarf hat. Und sie sagte, wenn man das Mädchen einfach nur Liebe und Zuneigung

spüren lassen würde, dann wäre sie ganz normal und es gäbe keine Probleme. Sie würde nicht schreien und bockig sein, sondern dann kann man mit ihr ganz normal reden.

Sehen sie? Diese Kindergärtnerin lässt das Kind also in Liebe so sein, wie es ist!

Der Mensch spürt dann: Ich bin angenommen! Und kann sich daher nun auch ändern! Vermag durch Liebe mehr, als wenn man es irgend wohin ziehen würde, erziehen würde.

Es kann sich nun selber ziehen! Weil es gehalten ist.

Und das alles gilt natürlich und ebenso für die Menschen, die andere auf der letzten Etappe ihres Lebens begleiten, da wo Fragen noch viel direkter gestellt werden! Wo man mit Enttäuschungen umgehen muss und der Angst, der Sorge, vor der Endlichkeit des eigenen Lebens in der scheinbar unendlichen Zeit.

Ich habe oft in der Altenpflege gearbeitet, Praktika gemacht und immer wieder erlebt, wie schön es ist, diese große Dankbarkeit zu erleben, wenn ältere Menschen wieder Zuwendung erleben, wo sie sich doch oft abgehängt, manchmal gar als abgehakt erleben. Und das gilt natürlich auch für die, die in der Verwaltung arbeiten und mit Papier und Gesetzen, Entscheidungen umzugehen haben. Wie schön, wenn man da jemanden erlebt, der strahlt! Der etwas ausstrahlt! Der keinen Job macht, sondern einen erleben lässt: auch er oder sie erlebt die Arbeit als Beruf, als Berufung.

Sie oder er nimmt sich Zeit, zu erklären und benötigt dadurch weniger Zeit! Weil der, dem etwas erklärt wird, sich nicht danach beschwert! Nicht nervt! Nicht wieder kommt! Sondern vielleicht sogar ein paar Blumen schickt oder einen Dank stammelt, weil er bzw. sie sich als Mensch gesehen fühlt und nicht als Nummer, die nur abgearbeitet wird.

Wir leben und arbeiten zwar an Verschiedenem, aber mit demselben Auftrag und für Menschen, die von uns etwas erhoffen, erwarten! Und jeder uns kann Sie enttäuschen! Oder aber eben jeder auch an seiner Stelle glücklich machen.

Der alte Ptolemäus hat mal eine physikalische Erkenntnis formuliert, die uns ungeheuerlich erscheint, aber richtig ist. „Zeige mir den Punkt, wo mein Fuß fest steht und ich bewege die Erde.“ Physikalisch völlig richtig, denn würden wir einen solchen Punkt außerhalb der Erde haben, könnten wir mit unserer Kraft die Erde bewegen.

Aber in der Liebe haben wir schon einen solchen Punkt gefunden, haben wir schon festen Boden unter den Füßen, stehen sozusagen auf Granit und haben daher eben nicht auf Granit gebissen.

Gottes Liebe und unsere von Gott inspirierte Liebe ist die Sonne, in der Menschen wachsen können! Und deshalb verlässt sich Gott in Jesus Christus auch darauf, dass man mit diesem Dreifachgebot der Liebe alles ausrichten kann: In dem man Gott zurückliebt mit der Liebe, mit der wir zuerst geliebt worden sind und ebenso sich selbst und dann den, den man so als seinen Nächsten entdeckt.

Und Gottes Liebe selber ist so radikal, so von der Wurzel ausgehend und jede Wurzel ergreifend, dass ich mit dem Heiligen Kirchenvater Origines und dem großen Theologen des 20. Jahrhunderts Karl Barth glaube, dass Gott mit seiner Liebe jeden verändern will und kann. Und dass Gottes Liebe zu seinen Geschöpfen so groß ist, dass sie nicht scheitert. Sondern alle Menschen zur Wahrheit führt, zu Gott führt. Wenn nicht in diesem Leben, so dann jenseits unseres Sterbens. Die Kirche hat diese Lehre von der Wiederbringung aller,

die Lehre von der Apokatastasis pantoon, immer wieder mal als falsch, gar als Irrlehre diskreditiert. Aber ich kann mit dem Blick auf die übergroße Liebe Gottes nichts anderes denken und sehen und glauben. Und deshalb schaue ich lieber auf die übergroße Liebe Gottes als auf die Lehre der Kirche.

Ich habe bei den Mitarbeitereinführungstagen der Hoffbauer-Stiftung einen Koch einer Kita im Gespräch erlebt, der strahlte, wenn er von seiner Arbeit redete. Wir hatten in der Gesprächsgruppe, die ich zu leiten hatte, das Thema Job oder Beruf. Man kann Koch als Job machen oder aber eben als Beruf verstehen.

Luther hat eine ganz neue, wunderbare Berufsethik geschaffen, eben weil er gesehen, begriffen und verstanden hat, dass alle, nicht nur die Priester, in ihren Beruf hineingerufen worden sind von Gott.

Und ich habe den Menschen in unser Gesprächsgruppe gesagt, dass ich das Glück habe, dass ich noch nie in meinem Leben gearbeitet habe. Aber auch noch nie arbeitslos war.

Ich habe noch nie gearbeitet, weil alles was ich bisher gemacht habe, immer Ausübung eines Rufes war, also Berufung. Auch als Tischler, wo ich Chippendale-Füße und Tische machen konnte.

Es gibt ein schönes Gebet von der wunderbaren Heiligen Theresa von Avila:

Herr der Töpfe und Pfannen, ich habe keine Zeit, eine Heilige zu sein und Dir zum Wohlgefallen in der Nacht zu wachen, auch kann ich nicht meditieren in der Morgendämmerung und im stürmischen Horizont.

Mache mich zu einer Heiligen, indem ich Mahlzeiten zubereite und Teller wasche.

Nimm an meine rauhen Hände, weil sie für Dich rauh geworden sind.

Kannst Du meinen Spüllappen als einen Geigenbogen gelten lassen,

der himmlische Harmonie hervorbringt auf einer Pfanne?

Sie ist so schwer zu reinigen und ach, so abscheulich!

Hörst Du, lieber Herr, die Musik, die ich meine?

Die Stunde des Gebetes ist vorbei, bis ich mein Geschirr vom Abendessen gespült habe, und dann bin ich sehr müde.

Wenn mein Herz noch am Morgen bei der Arbeit gesungen hat, ist es am Abend schon längst vor mir zu Bett gegangen.

Schenke mir, Herr, Dein unermüdliches Herz, daß es in mir arbeite statt des meinen.

Mein Morgengebet habe ich in die Nacht gesprochen zur Ehre Deines Namens.

Ich habe es im voraus gebetet für die Arbeit des morgigen Tages, die genau dieselbe sein wird wie heute.

Herr der Töpfe und Pfannen, bitte darf ich Dir anstatt gewonnener Seelen die Ermüdung anbieten, die mich ankommt beim Anblick von Kaffeesatz und angebrannten Gemüsetöpfen?

Erinnere mich an alles, was ich leicht vergesse; nicht nur um Treppen zu sparen, sondern, daß mein vollendet gedeckter Tisch ein Gebet werde.

Obgleich ich Martha-Hände habe, hab' ich doch ein Maria-Gemüt, und wenn ich die schwarzen Schuhe putze, versuche ich, Herr, Deine Sandalen zu finden.

Ich denke daran, wie sie auf Erden gewandelt sind, wenn ich den Boden schrubbe.

Herr, nimm meine Betrachtung an, weil ich keine Zeit habe für mehr.

AMEN.

*

„Das Geistliche Jahr" von Annette von Droste-Hülshoff

Die große Schriftstellerin und Dichterin Ricarda Huch hat vor über 170 Jahren mal gesagt: „Man pflegt Annette von Droste die größte Dichterin Deutschlands zu nennen, und das ist sie und wird es einstweilen bleiben." Und schon zuvor hatte Lessing über Klopstock geschrieben: „Wer wird nicht einen Klopstock (Droste) loben? Doch wird sie jeder lesen? Nein!" Und der Vers geht dann weiter: „Wir wollen weniger erhoben und fleißiger gelesen sein!"

Viele von uns haben in der Schule „Die Judenbuche" gelesen. Aber viel mehr kennen wir von ihr meist nicht. Deshalb hat sich jetzt der Fernseh-Sender „HauptstadtTV" vorgenommen, ein ganzes Jahr lang jeden Sonn- und Feiertag, zu dem Annette von Droste-Hülshoff ja ein Poem geschrieben hat, eine kleine Orgelandacht mit dem jeweiligen Poem des Tages zu senden.

Dietrich Schönherr, 30 Jahre lang Organist und Kantor auf der Insel Hermannswerder, wird mit einem Orgelstück eines bekannten Komponisten oder einer Orgel-Improvisation zu Beginn zu hören sein. Dann wird Steffen Reiche, Pastor der Hoffbauer-Stiftung, das Poem für den jeweiligen Tag sprechen, nur wenige Minuten lang, und dann wird Dietrich Schönherr noch einmal auf der Orgel von Hermannswerder zu hören sein.

Sicher ist die Sprache von der Droste uns in Teilen fremd. Wird ihr Werk gewürdigt, wird das „Geistliche Jahr" oft übersehen. Aber sie hat daran fast ihr ganzes Leben lang gearbeitet, über 40 Jahre, in zwei großen Würfen, das Anliegen von jedem der knapp 90 Sonn- und Feiertage mit dem entsprechenden Tagesevangelium für sich selbst zu deuten. Ihre Texte sind spannende, leidenschaftliche Andachten, die sie sich selber hält. Ganz im Sinne des schönen Kirchenliedes von Christian Fürchtegott Gellert von 1757, rund ein halbes Jahrhundert vor ihr: „Herr, stärke mich, dein Leiden zu bedenken, mich in das Meer der Liebe zu versenken, die dich bewog, von aller Schuld des Bösen uns zu erlösen." Niemand hat vor ihr etwas Vergleichbares gewagt oder gemacht.

Der Sender „Hauptstadt-TV" hat diesen Schatz nun gehoben. Dank dem Sender HauptstadtTV wird nun das Ganze zum ersten Mal in seinem ursprünglichen Anliegen zu

hören und zu sehen sein. An jedem Sonn- bzw. Feiertag um 7:00 Uhr, um 11:50 Uhr, um 18:50 Uhr und um 21:00 Uhr wird das jeweilige Poem nun bei HTV gesendet.

*

Khorchide: Taliban werden sich gemäßigter verhalten

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan fragen sich viele: Werden sie genau so extrem regieren wie in den 90ern? Der islamische Theologe Mouhanad Khorchide erwartet eine Mäßigung der Bande – und zwar aus pragmatischen und finanziellen Gründen. 19/08/2021 sagt der Leiter des Zentrums für Islamische Theologie, Münster, jetzt im Gespräch mit dem Kölner Domradio.

Was ist der Hintergrund der Taliban? Khorchide: Der Hintergrund der Taliban begann schon in den 80er Jahren. Damals im Krieg gegen die Sowjetunion. Damals sprach man noch nicht von Taliban, sondern von den Mujahedin. Die "Krieger im Namen Gottes", im sogenannten "Heiligen Krieg" gegen die Sowjetunion. Die Überzeugung dieser Mujahedin ist die wahabitische Ideologie, die aus Saudi Arabien kam. Und sie genossen auch große Unterstützung der Saudis im Hintergrund, der Amerikaner mit vielen Waffen damals, vielen Übungslagern auch. Und somit haben sie den Krieg gewonnen gegen die Sowjetunion. Aus diesen Mujahedin gab es dann eine Abspaltung, die Mitte der 90er Jahre zu den Taliban geworden sind. Taliban ist ein arabisches Wort und bedeutet ‚die nach religiösem Wissen Suchenden'. Sie verstanden sich als Gelehrte, die den wahren Islam für sich gefunden haben. Und sie glaubten daran, dass der Islam, sprich die Scharia, die einzig gültige Gesellschaftsordnung sei. Das ist Gottes Gesetz und die Aufgabe der Taliban sei es, einen Staat in Afghanistan zu errichten, entsprechend diesem Gottesgesetz, der Scharia. Und so haben sie im Jahre 1996, damals gewaltsam, auch Afghanistan für sich erobert und regiert bis 2001.

Was macht diese wahabitische Idiologie aus? „Taliban sind auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen" Khorchide: Die wahabitische Ideologie ist ein sehr restriktives Verständnis vom Islam. Das, was wir heute unter Salafismus verstehen, wobei der Salafismus auch Abstufungen hat. Bei den Taliban geht es um einen dschihadistischen Salafismus, also Salafismus, der sich militant durchsetzen will, mit Mitteln der Gewalt, mit Mitteln des Krieges. Das hat viele Menschen damals abgeschreckt, auch in Afghanistan. Warum das Volk auch damals einfach resignierend auch mitgemacht hat, aus Angst und Panik, weil viele auch mit Gewalt zu Gehorsam, zur Unterwerfung vor dem Taliban-Regime gedrängt und gezwungen wurden.

Nun versuchen die Taliban ja den Eindruck zu erwecken, sie seien heute gemäßigter, und würden auch Frauen mehr Rechte zugestehen, als in den 90er Jahren. Haben sich die Taliban geändert? Khorchide: Heute versuchen die Taliban den Staat Afghanistan zu regieren. Dabei sind sie angewiesen auf ausländische Unterstützung. Afghanistan ist eines der ärmsten Länder dieser Welt. Ein Land, das sehr stark angewiesen ist auf finanzielle Unterstützung von außen. Das wissen auch die Taliban. Und sie wissen auch, dass sie sich selbst über viele Jahre über Drogenhandel finanziert haben. Und das können sie sich nicht weiter so leisten, als offizielle Regierung. Sie sind angewiesen auf Unterstützung von außen und das ist auch ein Druckmittel. Deshalb versuchen die Taliban jetzt auch, sich nach außen gemäßigt zu zeigen. Ob das jetzt eine vorübergehende Taktik, ein Kalkül ist, was sich dann in den nächsten Wochen oder Monaten ändert, das wird die Zeit zeigen. Ich gehe stark davon aus, dass sie ein Interesse daran haben, für die Stabilität ihres Regimes zu sorgen. Dafür brauchen sie die Unterstützung des Volkes und die Anerkennung im Volk selbst.

Deshalb gehe ich davon aus, dass sich die Taliban auch im eigenen Sinne - nicht freiwillig, aber alleine aus diesen opportunistischen Gründen, um stabil an der Macht zu bleiben -, sich weiterhin als in deren Verhältnissen gemäßigt zeigen werden. Was aber weit entfernt ist von demokratischen Grundwerten.

„Das Wort Scharia kommt im Koran gar nicht vor“

Das oberste Gesetz für die Taliban ist die Scharia. Was man als Scharia definiert, ist aber eine Auslegungssache. Wie sehen das die Taliban? Khorchide: Grundsätzlich muss man sagen, dass das Wort Scharia, so wie wir das heute verstehen, im Koran nicht vorkommt. Scharia ist nichts anderes als die Summe der Interpretationen, der Auslegungen der Gelehrten, wie sie im jeweiligen Kontext den Islam verstehen. Die Taliban haben in den 90er Jahren den Islam auf eine sehr restriktive Art und Weise verstanden, im salafistischen Sinne, wo sie damals sogar Musik oder Fernsehen verboten haben, Frauen verboten haben, an Bildungsinstitutionen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen und vieles mehr. Heute sagen die Taliban, Frauen bekämen ihre Rechte im Rahmen der Scharia. Da ist die große Frage: Was verstehen Taliban heute unter Scharia? Es gibt ja Hinweise darauf, dass sie sich weiterentwickelt haben in ihrem Denken.

Beispiel: In diesen Tagen trat ein Sprecher der Taliban vor die Presse und sagte: ‚Unser Gelehrten-Rat wird über die Frage der Verschleierung entscheiden. Ob die Burka wieder eingeführt wird oder eine Kopfbedeckung reicht.‘ Allein, dass das keine entschiedene Sache ist und die Taliban selber sagen, sie wollten darüber diskutieren, das zeigt schon, dass sie offen sind für eine gewisse Dynamik. Natürlich alles nur mit Vorsicht zu genießen, da darf man sich nicht sehr viel erhoffen. Zum Bespiel, dass es Gleichberechtigung von Mann und Frau oder demokratische Grundwerte geben wird. In Gegenteil. Da haben die Taliban ganz klar gesagt: ‚Wir sind nicht offen für eine Demokratie. Das widerspricht unserem Verständnis von Scharia.‘

Sie erwarten also eine gewisse Mäßigung, schon aus Pragmatismus. Es gibt aber auch viele Stimmen vor Ort, die das nicht glauben, die das nur als vorgeschobene Argumentation betrachten, um Respekt vom Westen zu bekommen. Inwiefern kann man diesen Versprechungen denn glauben? Khorchide: Die Taliban haben in den letzten 20 Jahren viel dazugelernt, vor allem, wie sie staatsmännisch politisch auftreten vor der Welt. Allein, dass sie inzwischen einen Sprecher haben, der auch Termini verwendet, die man hier im Westen versteht, nachvollzieht. Das zeigt ja, dass sie allein aus pragmatischen und opportunistischen Gründen eine gewisse Politik jetzt vertreten werden. Womöglich nicht aus Überzeugung, aber allein aus pragmatischen Gründen, weil sie wissen, dass sie angewiesen sind auf die finanzielle Unterstützung des Westens. Das heißt, diese skeptische Sicht, die meint, das sei alles nur ein Kalkül, bald werde sich vieles verändern, teile ich jetzt so nicht. Die Taliban sind auch langfristig angewiesen auf die finanzielle, wirtschaftliche Unterstützung des Westens. Sie wollen diese Anerkennung auch von westlichen Staaten. Das heißt, sie sind auch langfristig gezwungen, sich gemäßigt zu zeigen, was dazu führen könnte - und das ist auch stark zu erwarten -, dass Spaltungen innerhalb der Bewegung stattfinden werden.

Dass einige Hardliner meinen, dass sie zu viel Kompromisse eingehen gegenüber dem Westen und dass sie wiederum versuchen, dann gegen die Taliban selbst zu kämpfen, was wiederum zu gespaltenen Lagern innerhalb der Taliban führen wird. Die, die an der Regierung bleiben, werden dann die eher Gemäßigteren sein und andere zeigen sich als Hardliner. Ich sehe momentan keinen Ausweg, außer dass Afghanistan diesen Prozess durchmachen muss, um sich von innen, von unten, in der Gesellschaft weiterzuentwickeln. Die letzten 20 Jahre haben gezeigt, dass eine aufgesetzte Demokratisierung von oben nicht

funktioniert. Das hat auch die Erfahrung im Irak, auch in Libyen gezeigt und nun auch in Afghanistan. Das heißt, eine Veränderung muss getragen werden vom Volk. Es gibt ja diese große Enttäuschung, wo viele sich fragen, wieso das Volk nichts unternommen hat, als die Taliban einmarschiert sind. Wir reden von etwa vierzig Millionen Afghanen und 60.000 Taliban! Das bedeutet, dass in den letzten 20 Jahren sehr viel, viel zu viel investiert wurde in Krieg, in Waffen, aber sehr wenig in den Menschen, in deren Selbstbestimmung, in Aufklärung, in Bildung. Und diesen Prozess müssen jetzt die Afghanen selbst in die Hand nehmen, damit Widerstände auch in der Bevölkerung selbst stattfinden.

Heißt das denn, es gibt in gewissem Sinne einen Rückhalt im Volk? Wenn der nicht dagewesen wäre, hätte es auch da mehr Protest von Seiten der Afghanen gegeben? Khorchide: Ich sehe keinen breiten Rückhalt im Volk, sondern eine große Resignation, Panik und Angst. Die meisten Afghanen heute haben die Taliban in den 90er Jahren auch erlebt und deren Grausamkeiten damals, wo sie mit Gewalt und Folter regiert haben. Zehntausende Zivilisten wurden umgebracht damals. Diese Bilder sind noch stark präsent im kollektiven Gedächtnis der Afghanen. Allein als angekündigt wurde, die Taliban seien in der Nähe von Kabul, haben Geschäftsleute angefangen, Bilder von Frauen zu übermalen oder abzunehmen aus Panik und Angst vor den Taliban. Selbstzensur. Diese Angst, diese Panik hat das Volk lahmgelegt, so dass man resignierend einfach hingenommen hat, dass die Taliban jetzt die Macht haben. Und man hofft nur, dass man davonkommt, dass man nicht bestraft wird von den Taliban. Diese unglaublich passive Haltung im Volk basiert nicht auf Akzeptanz, sondern eher auf Resignation und Angst. Das zeugt davon, dass die Menschen noch weit entfernt sind, sich als selbstbestimmte, mündige Wesen wahrzunehmen, die ihre Stimme erheben, ihr Nein ganz laut auszusprechen. Und das zeugt auch davon, wie wichtig es ist, in den nächsten Jahren viel in Bildung, in Aufklärung, in Demokratiebildung zu investieren.

*

Allah und die Linke

24.05.2021 Helmut Ortner Aus Furcht, den Rechten Zündstoff zu liefern, schweigt die parteipolitische und außerparlamentarische Linke zum Thema Islam. Der „Islamophobie"-Vorwurf soll Kritiker mundtot machen. Es ist an der Zeit, die Zurückhaltung im Umgang mit dem politischen Islam aufzugeben. Galt nicht Religionskritik spätestens mit Voltaire einmal als Selbstverständlichkeit?

Die Tat war barbarisch: Im Oktober wurde der 47-jährigen Lehrer Samuel Paty nahe seiner Schule in einem Pariser Vorort auf offener Straße enthauptet. Der Täter: ein junger islamistischer Terrorist. Patys „Verbrechen": in seiner Unterrichtsstunde zur Meinungsfreiheit hatte er Mohammed-Karikaturen aus der Satirezeitschrift Charlie Hebdo gezeigt. Er wollte Denken lehren, nicht Glauben.

Der Mord löste Entsetzen aus. Präsident Macron hielt danach auf einer Trauerfeier ein Plädoyer für Meinungsfreiheit und verteidigte die religionskritischen Karikaturen und Texte. Dafür bekam er viel Kritik, vor allem in der islamischen Welt. Das sunnitische Rechtsinstitut Al Azhar in Kairo verurteilte Macrons Aussagen als „rassistisch und dazu geeignet, die Gefühle von zwei Milliarden Muslimen in der Welt entflammen zu lassen" (zeit-online vom 28.10.2020). Kurz darauf kam es zu „entflammten" Protesten in muslimischen Ländern und zu Boykottaufrufen gegen Frankreich. Beschämend aber: Macron erhielt kaum Rückendeckung aus Europa, auch nicht aus Deutschland. Keine klaren Worte aus der Politik. Keine Zeitung, kein Magazin druckte die Karikaturen (über die Paty aufklären wollte)

nach, nicht die Süddeutsche Zeitung, nicht der SPIEGEL, nicht die ZEIT, nirgendwo gab es Solidaritäts-Demonstrationen. Man blieb im Allgemeinen, verurteilte den „Terror, woher auch immer er kommt…". Von religiösem Wahn wollte niemand reden. Nach Paris kam Nizza, dann Wien: Allahs verwirrte Bodentruppen setzten ihren mörderischen Amoklauf fort. Er ist der blutige Begleitrahmen eines Prozesses, der seit einigen Jahren in Gange ist: die Einschüchterung des Denkens, das Bekämpfung des Rechts auf freie Meinung, einschließlich des Rechts auf Spott. Während die Kritik an den Kirchen und am Christentum – inklusive derber Witze über Papst und Klerus – als legitim anerkannt ist, wird Kritik am Islam mit dem Vorwurf der Islamophobie zum Schweigen gebracht. Der Islam wird großflächig exkulpiert.

Dass der mörderische Terror „nichts mit dem Islam zu tun hat", das behaupten gern weite Teile des linken Polit-Milieus. Wer den Islam als doktrinäre, meinungs- und frauenfeindliche Ideologie brandmarkt, wird schnell des Rassismus verdächtigt. Der Begriff Islamophobie wird zum Verteidigungs-Kampfbegriff gegen jede Kritik am Islam gemacht. Das kritische linke Welt-Bewusstsein – ansonsten jederzeit und allerorten gegen abrufbar – kommt zum Erliegen. Eine fragwürdige linke Einäugigkeit. Was ist da los?

Warum schweigt die politische Linke, präziser: das linksliberale Moralmilieu, wenn die Werte der Aufklärung durch fundamentalistische Islamisten bedroht werden? Wie ist es möglich, dass einer sich als emanzipatorisch verstehenden Linken ausgerechnet in der Auseinandersetzung mit dem Islam ihre Sprache abhandenkommt (und sie diese notwendige Auseinandersetzung damit der Rechten überlässt)? Man sollte meinen, für Aufklärung und Freiheit zu kämpfen, gehöre zur politischen DNA der kulturell-politischen Linken.

Schon nach dem Mordanschlag auf Charlie Hebdo am 7. Januar 2015, als zwei maskierte Täter in die Redaktionsräume der Zeitschrift eindrangen und elf Menschen bestialisch ermordeten (darunter ein zum Personenschutz abgestellter Polizist und ein weiterer Polizist auf der Flucht), gab es zahlreiche französische linke Intellektuelle, die die „Verantwortungslosigkeit" des Satiremagazins beklagten. Sie machten Charlie Hebdo letztlich selbst für das Blutbad verantwortlich, weil Zeichnungen im Blatt immer wieder islamfeindlich gewesen seien. Beispielsweise auf einer Titelseite aus dem Jahr 2006, die Kurt Westergard gewidmet war, der wegen seiner Karikaturen in der dänischen Tageszeitung Jyllands-Posten ebenfalls von Fundamentalisten mit dem Tod bedroht worden war. Was war auf dem Titelblatt zu sehen?

Ein bärtiger Mann mit Turban hält seinen Kopf zwischen den Händen. Er weint oder ist sehr ärgerlich. In der Sprechblase steht: „Schon hart, wenn einen Idioten lieben…". Die Zeilen über der Zeichnung erläutern: „Mohammed beklagt sich… Er wird von Fundamentalisten überrollt!". Der Prophet beklagt sich also über die Haltung seiner fanatischen Anhänger. In einer aufgeklärten, freien Gesellschaft nennt man das politische Karikatur. Nicht jeder muss über diese Karikatur schmunzeln, jeder darf sich beleidigt fühlen. Aber Frankreich hat den Blasphemie-Paragraphen, dieses „imaginäre Verbrechen" (Jaques de Saint Victor) schon 1871 abgeschafft. In der Beschwörung des „Respekts vor religiösen Anschauungen" sind sich alle Religionen einig, und mittlerweile nicht nur die. Pochten früher nur ultra-religiöse und konservative Kreise auf unbedingte Einhaltung der „Gewissens- und Religionsfreiheit" (deren Einschränkung ja nirgendwo propagiert wird, allenfalls das Recht, Religionen, ihre Dogmen und Verkünder zu kritisieren oder diese zu verspotten), machen sich mittlerweile auch vermeintlich progressive, antirassistische Bewegungen für die Einschränkung oder Abschaffung der Meinungsfreiheit stark. Das Bündnis zwischen Religionsvertretern und progressiven Denkern sagt viel aus über die geistige dogmatische Verwandtschaft. Alle

diese Bedenkenträger äußern, dass die „Laizität“ achtenswert sei, „solange sie alle religiösen Anschauungen“ akzeptiere. Dabei hat der Laizismus stets die Gläubigen, nie aber eine einzige Religion beschützt.

Viele halten politische Karikaturen, in denen Propheten und Götter nach Gusto des Zeichners „sichtbar“ gemacht werden für strafwürdige Blasphemie und Charlie Hebdo nach wie vor für eine islamophobe, rassistische Zeitung. Ein heuchlerischer Vorwurf. In einer Streitschrift, die Chefredakteur Charb (Stephane Charbonnier) erst zwei Tage vor seiner Ermordung beendet hatte, wandte er sich gegen den Vorwurf, sein Magazin würde Angst und Aggression „gegen den Islam“ entfesseln. Die Tonalität des Textes wie immer provokant, polemisch, sarkastisch. Ein unerschrockenes, beeindruckendes Plädoyer für Meinungsfreiheit und gegen jegliche Zensur. [3]

Charb sollte recht behalten, denn nur wenige Monate später, nach den Massakern vom November 2015 im Club Bataclan und in den Straßencafes des 11. Bezirks, meldeten sich alle großen links-liberalen Geister der Republik zu Wort, so, wie er vorausgesagt hatte. Für Alain Badiou erklärten sich die Morde aus „der Leere und Verzweiflung, bedingt durch die aggressive Dominanz des westlichen Kapitalismus und der ihm dienenden Staaten“. Ein anderer Philosoph, der viel gelesene und populäre Michel Onfray, ließ wissen, für die Toten sei ausschließlich der französische Staat verantwortlich, da er eine „islamophobe Politik“ betreibe und nun ernte, was er gesät habe. [4] Nach dem Anschlag von Nizza am französischen Nationalfeiertag, dem 14. Juli 2016, als ein Attentäter mit einem LKW in eine Menschenmenge raste, äußerte sich auch Jean-Luc Nancy, der zu den bekanntesten Philosophen der Gegenwart nicht nur in Frankreich zählt: „Wir müssen uns selbst anklagen, wir müssen endlich unser unstillbares und universelle Streben nach Macht stoppen. Wir müssen die verrückten LKWs unseres angenommenen Fortschritts stoppen und demolieren, unsere Dominanz-Phantasien und die kommerzielle Gewinnsucht“ … Man könnte fragen: Hat den Mann eine gravierende Schwindsucht erfasst und seinen Geist vollends vernebelt? Die Opfer sollen für ihr Schicksal selbst verantwortlich sein. Ist das grenzenloser Zynismus, grobe Dummheit oder tiefsitzender Selbsthass? In jedem Fall eine Ermutigung für weitere mörderische Gotteskrieger und fanatische „Islamphobie“-Streiter.

Der Islamophobie bezichtigt

Im März 2021 mussten zwei Universitätsprofessoren in Grenoble um ihr Leben fürchten, weil Studenten ihre Namen in großen Lettern an das Unigebäude plakatiert hatten und sie der Islamophobie bezichtigten. Auch in den sozialen Netzwerken hielten die von der Studentengewerkschaft UNEF (Union nationale des étudiants de France) unterstützten Aktivisten den beiden Professoren islamfeindliche Haltungen vor. Ausgangspunkt war eine Diskussion unter Studenten und Lehrkräften darüber, ob für ein geplantes Seminar zum Thema Gleichheit die Islamophobie gleichrangig mit Antisemitismus und Rassismus im Titel stehen sollte. Einer der beiden Professoren, Klaus Kinzler, der als Professor für deutsche Sprache und Kultur am Institut des Sciences Po bereits seit 25 Jahren angestellt ist, äußerte sich gegenüber Medien, es treffe ihn schwerer, dass etwa 80 Prozent seiner Professoren-Kollegen die Unterstützung verweigerten oder heuchlerisch verlauten ließen, er habe ja selbst zu der Polemik beigetragen. „Ich habe wirklich keinen Kreuzzug gegen den Islam geplant. Ich wollte nur das Konzept der Islamophobie kritisch hinterfragen“, sagte er.

Vincent T., ebenfalls Professor am Institut des Scienes Po, sprang seinem Kollegen in Folge zur Seite und geriet auf Facebook ebenfalls ins Visier der Studentengewerkschaft UNEF. Eine Kollegin aus Kinzlers Institut zeigte sich über dessen Aussagen so empört, dass sie sich kurzerhand eine Woche krankschreiben ließ. Die Affäre zog laut Kinzler im Anschluss ohne sein weiteres Zutun immer weitere Kreise und erreichte nun sogar die politische

Bühne. So verteidigte die beigeordnete Innenministerin Marlène Schiappa das Recht des Professors, seine Einschätzung zu dem Begriff der Islamophobie kund zu tun und kritisierte die Kampagne der studentischen Aktivisten scharf: „Nach der Enthauptung Samuel Patys ist das eine besonders widerliche Tat, denn er war genauso den sozialen Netzwerken zum Fraß vorgeworfen worden“, erklärte Schiappa im Fernsehsender BFM-TV. „UNEF hat in Kauf genommen, die beiden Professoren in Lebensgefahr zu bringen“, zeigte sich die Politikerin empört und bezeichnete es als verstörend, dass die Studentengewerkschaft in den sozialen Netzwerken zu einer beleidigenden Hasskampagne gegen die Professoren mobilgemacht habe. Auch Marine Le Pen griff nun die Debatte dankend auf und sah sich darin bestätigt, dass es an Universitäten eine „abstoßende, sektiererische Islamo-Linke gibt, die keine Grenzen kennt“. Das Verhalten der Aktivisten spielt somit auch der rechtspopulistischen Partei Frankreichs Rassemblement National in die Hände, der Marine Le Pen vorsteht. [5]

Fälle, in denen an Universitäten Dozenten für Meinungen und Aussagen von aktivistischen Gruppen heftiger, diffamierender Kritik ausgesetzt sind, sind mittlerweile keine Einzelfälle mehr. In Deutschland hatte die Frankfurter Uni-Professorin Susanne Schröter, Direktorin des dortigen Instituts für Ethnologie, eine Veranstaltung „Das islamische Kopftuch – Symbol der Würde oder der Unterdrückung?“ geplant und war deshalb zur Zielscheibe empörten Studenten und Aktivisten geworden. Unter dem Hashtag #schroeter_raus hatten sie in den sozialen Netzwerken eine Kampagne initiiert, mit der ihre Forderung nach einer Absetzung der Professorin unterstrichen werden sollte. Die Initiative warf Schröter sowie einigen der eingeladenen Referentinnen – darunter der bekannten Autorin und Frauenrechtlerin Alice Schwarzer und der Schriftstellerin Necla Kelek – antimuslimischen Rassismus vor. Deren Positionen zum politischen Islam bezeichnete sie als „Islam-Bashing im Deckmantel der Religionskritik“. [6] Die Universitäten und ihre Vertreter knicken nur allzu oft vor lautstark empörten Aktivisten ein. Auch die Ausladung von Rednern oder das Niederbrüllen von Diskutanten reihen sich in derartige Fälle ein. Ein solches Klima an Hochschulen und könnte zur ernsthaften Gefahr für die Meinungsfreiheit und die Debattenkultur werden.

Ob an Hochschulen, in Debatten-Foren oder auf medialen Plattformen: Wer den gegenwärtigen Islam als eine frauenfeindliche, doktrinäre und rassistische Ideologie brandmarkt, wird gern des Rassismus und als „islamophob“ verdächtigt, auch hierzulande. Die Linke hat den Begriff Islamophobie zum Verteidigungs-Kampfbegriff gegen jede Kritik am Islam gemacht. Cinzia Sciuto, in Deutschland lebende Korrespondentin der italienischen kultur-politischen Zeitschrift MicroMega, beschreibt ein simples Experiment, um den instrumentellen Charakter des Wortes Islamophobie zu verdeutlichen: „Auf Demonstrationen sieht man seit jeher aggressiv anti-religiöse und blasphemische Schilder und Slogans, was die [christliche] Kirche gewiss nicht erfreut. Man kann diese Slogans unangebracht, unangemessen, geschmacklos und noch vieles mehr finden, aber bisher wurde noch niemand, der sie präsentiert hat, der ‚Christophobie‘…“. [7]

Während die Kritik an den Kirchen und am Christentum – inklusive derber Witze über Papst und Klerus – als legitim betrachtet wird, wird Kritik am Islam mit dem Vorwurf der Islamophobie zum Schweigen gebracht, gerne mit dem Hinweis, dass es sich dabei um die Religion einer Minderheit handelt, die häufig rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sei.

Die islamischen Lobbyverbände Inssan e.V. und CLAIM („Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“), präsentierten im März dieses Jahres aktuelle Zahlen und Statistiken als Beleg einer zunehmenden „Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland“. Folgt man den Angaben, steigt von Jahr zu Jahr der Grad der Diskriminierung, unter der Musliminnen und Muslime in Deutschland zu leiden haben. Doch stimmt diese Aussage tatsächlich mit den empirischen Befunden überein? Der Sozialwissenschaftler Carsten Frerk, Leiter der

Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid), hat sich dies genauer angeschaut: „Ich bezweifele keineswegs, dass es Muslimfeindlichkeit in unserer Gesellschaft gibt“, sagt er, „aber mit den Methoden, die Inssan beziehungsweise CLAIM anwenden, lässt sich dieses bedauernswerte Phänomen nicht in angemessener Weise darstelle.“ Die Forschungsgruppe warnt davor, die Ergebnisse unkritisch zu übernehmen, da sie ideologisch verzerrt sind und einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten. „Im Zuge dieser Analyse“ schreibt Frerk in seiner Studie, „erhärtete sich immer stärker der Eindruck, dass es nicht um eine korrekte Darstellung der sozialen Verhältnisse geht, sondern um die Stärkung der Strukturen des islamischen Lobbyismus beziehungsweise des legalistischen Islamismus, der die ‚Diskriminierungskarte‘ zückt, um sich Vorteile gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen zu verschaffen. Hierzu passt, dass beide Organisationen zum Netzwerk der Muslimbruderschaft in Deutschland gezählt werden.“ [8] Klare Worte.

Schweigen im Toleranz-Universum

Und die Linke? Sie schweigt. Ihr kritisches Welt-Bewusstsein – ansonsten jederzeit und allerorten abrufbar – kommt zum Erliegen. Galt nicht Religionskritik spätestens mit Voltaire einmal als Selbstverständlichkeit? Gibt es Rettung aus dem linken Toleranz-Delirium? Vielleicht kann die Lektüre von Ruud Koopmans dazu beitragen.

Der Niederländer ist Direktor der Abteilung „Migration, Integration und Transnationalisierung“ am Wissenschaftszentrum in Berlin und beschäftigt sich seit Jahren mit den strukturell-politischen Problemen islamischer Länder und dem grassierenden, systemimmanenten Fundamentalismus. Koopmans stellt die Frage, was Muslime und Nichtmuslime selbst tun können, um den Fundamentalismus zu schwächen und liberale, reformorientierte Kräfte innerhalb des Islam zu fördern. Zentral für den Beitrag zu einer Lösung sei es – so Koopmans – anzuerkennen, dass die Hauptursache für die Probleme der islamischen Welt nicht außerhalb des Islam – beim westlichen Kolonialismus, bei der Islamophobie – sondern in der Mitte der islamischen Gesellschaft selbst liege, in Form einer weit verbreiteten intoleranten Glaubensauffassung, die mit Hass und Gewalt gegen Andersgläubige und Ungläubige einhergeht. Hier sieht er auch die massiven Integrationsprobleme konservativ-religiöser Muslime in westlichen Einwanderungsgesellschaften, die zu einem erheblichen Teil auf die gleichen religiösen Ursachen – etwa die ungleiche Behandlung der Frauen, die soziale Distanz zu Andersgläubigen – zurückgingen. Und hier nennt er diverse Islamverbände, deren religiöse Basisarbeit und öffentliche Verlautbarungen nur selten mit einer liberalen, weltoffenen, demokratischen Gesellschaft in Einklang zu bringen sind. So zitiert er beispielsweise eine Predigt mit dem Titel „Der hohe Rang bei Allah: Das Märtyrertum“ – nicht aus einer Predigt vor 200 Jahren in einem fernen Land, sondern aus einer Predigt, die 2014 in einer deutschen Moschee verlesen wurde: „Keiner, der das Paradies betritt, möchte zurück auf die Erde… Nur der Schahid (der Märtyrer), er möchte zurück und wieder den Märtyrertod sterben, wenn er sieht, welches Ansehen und welchen Rang er hier im Paradies genießt. Diese Frohbotschaft war es, die unseren Propheten und seine Gefährten und später auch unsere Vorfahren beseelten und sie von einer zur nächsten Front treiben, um diesen hohen Rang zu erreichen. Rein für den Weg Allahs, um Seinen Namen zu verbreiten. Für das Land und die Landsleute.“ [9]

Fatalerweise ist ein großer Teil der bundesdeutschen Linken bislang sprachlos. Sie sollte ihr unangenehm auffälliges Schweigen beenden. Es steht der Vorwurf im Raum, in linken

Weltbildern gebe es „richtige“ und „falsche“ Opfer oder Samuel Schirmbeck, ehemaliger ARD-Korrespondent in Nord-Afrika, hat auf diese fragwürdige linke Einäugigkeit hingewiesen. In einer Streitschrift nennt er Punkte linker Ignoranz: [10]

- Die Linie exkulpiert den Islam vom Terror islamischer Fanatiker, der „nichts mit dem Islam zu tun“ habe.
- Die Linke stellt Religionsfreiheit über Freiheit von Religion.
- Die Linke unterstützt religiöse Penetranz im staatlich neutralen Raum eines säkularen Staates durch Befürwortung des „Kopftuches“ für muslimische Lehrerinnen
- Die Linke akzeptiert das Verbot von Gewissens- und Religionsfreiheit für Muslime.
- Die Linke überlässt die Homosexuellen in der muslimischen Welt tatenlos ihrem Schicksal.
- Die Linke relativiert muslimischen Judenhass.

Das linke Schweigen – so Schirmbeck – ist ignorant und beschämend. Und es wird ausgenutzt. Es ermöglicht den Fundamentalisten einerseits und Funktionären der muslimischen Verbände anderseits, den öffentlichen Diskurs und das kollektive Bewusstsein zu besetzen. Beispielsweise wenn sie – aufgerufen und organisiert von verschiedenen Gruppen und Moslemverbänden – auf die Straße gehen. Nicht gegen den Terror irrsinniger Glaubensbrüder oder für Meinungs- und Religionsfreiheit, noch weniger aus Solidarität mit den Opfern und deren Angehörigen. Ihr demonstrativer Abwehr-Mechanismus: „Es ist nicht unsere Schuld, wir müssen uns nicht rechtfertigen“.

Warum herrscht das große Schweigen, wenn die Werte der Aufklärung durch fundamentalistische Islamisten bedroht werden? Gehört nicht der Kampf für Aufklärung und Freiheit zur politischen DNA der kulturell-politischen Linken? Immerhin: Kevin Kühnert, der SPD-Vize Deutschlands, hat den Anfang gemacht und spricht von einem „blinden Fleck der Linken“. [11] Der Fraktionschef im Deutschen Bundestag Dietmar Bartsch plädiert dafür, endlich „die falsche Scham“ abzulegen und auch Grünen-Chef Robert Habeck fordert jetzt eine konsequentere Haltung im Kampf gegen militante Islamisten. Schönfärberei hält er für fehl am Platz. Sicherheitsbehörden und Justiz müssten den radikalen Islamismus „mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgen“, so Habeck. Neue Töne aus dem links-grünen Toleranz-Universum. [12]

Es ist an der Zeit, dass sowohl Funktionsträger und Mandatsträger innerhalb der Parteien – also der Linken, der Grünen sowie in Teilen der SPD – auch in den links-grünen außerparlamentarischen Milieus die auffällige Zurückhaltung im Umgang mit dem politischen Islam ein Ende hat. Sie alle müssen ihre Stimme erheben, weil es auch ihre proklamierten Werte sind, die bei ausnahmslos jedem Terroranschlag mit Füßen getreten und mit Sprengsätzen in die Luft gejagt werden. Es geht um den Kampf gegen Gewalt, Terror und religiöse Anmaßung – um die Verteidigung der Weltlichkeit unseres demokratischen Verfassungsstaates. Hier gilt: der Staat vor Religion, der Bürger vor dem Gläubigen.

In Kürze erscheint: Helmut Ortner, WIDERSTREIT – Über Macht, Wahn und Widerstand, 220 Seiten, 20 Euro im Nomen Verlag Frankfurt.

*

Bleiben Sie gesundBehütet in diesen Zeiten. Täglich 9.00 Uhr gibt es ein "Wort zum Tage", den Morgen- und Abend-Segen bei HauptstadtTV. Und an jedem Sonn- und Feiertag lese ich für Sie das entsprechende Poem aus "Das Geistliche Jahr" von Annette von Droste-Hülshoff, gerahmt von Orgelmusik aus Hermannswerder von Kantor Dietrich Schönherr

Aufruf zur Unterstützung *Seiten 288 - 292*

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

**) Unser erfolglosester Aufruf!!!*

2) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht

Jahrbuch-Paten für 2022 gesucht

Auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022“ werden wieder Jahrbuch-Paten gesucht. Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten und der Versand an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wolhynien und Galizien finanziert werden.

Nähere Einzelheiten zu der Übernahme der Jahrbuch-Patenschaft entnehmen sie bitte unseren entsprechenden Hinweisen in „Weichsel-Warthe“ sowie unserem „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2021“, S. 176.

Herausgeber: Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III, Tel. 06 11 / 37 97 87, Fax 06 11 / 1 57 49 72, E-Mail: LWW@gmx.de
Bankverbindung der LWW: Spanda-Bank Südwest EG, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01
Schriftleitung: Dr. Martin Sprungala. - Erscheint einmal monatlich. Redaktionsschluß am 1. des Vormonats. - Druckvorbereitung: manz-werbedesign, Kranenhöfen
ISSN 0509-9757 - Für unterzeichnete oder signierte Artikel trägt der Verfasser die Verantwortung. - Nachdruck gestattet, sofern 2 Belegexemplare zugesandt werden.
Die Herausgabe dieser Folge wurde durch eine Zuwendung der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk (NOKW) ermöglicht.

3) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

BdV Bund der Vertriebenen

„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss enzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEDK380





4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.
Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (http://ifl.wissensbank.com). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Du musst denken, dass du morgen tot bist, musst das Gute tun und heiter sein. Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

A. b) Forderungen und Grundsätze *Seite 294*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaetze.pdf>

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A.c) Mitteilungen *Seiten 295 - 305*

01) Neue Biographie zum Bromberger Landsmann A. W. Johann von Rudi Zülch wird am 08. Oktober 2021, dem 25. Todestag von A.E. Johann, in Hankensbüttel von der A.E.Johann-Gesellschaft vorgestellt

Die A. E. Johann-Gesellschaft stellt am Freitag, dem 08. Oktober 2021, die von Rudi Zülch verfasste Biographie zu A. E. Johann im Bürgerhaus von Hankensbüttel vor.

Ab diesem Tag kann die Biographie erworben werden, entweder auf der Veranstaltung oder durch Bestellen an: *calluna.media* (mit PayPal-Zahlung) oder per Mail: *shop@calluna.media* (auf Rechnung).

Rudi Zülch: Ein Leben auf Reisen.
Gifhorn / Oerrel: Verlag Calluna 2021.
336 Seiten. Farbdruck
ISBN: 978-3-944946-17-7. Preis: € 24,90.





Kontakt:
Vorsitzender Rudi Zülch
A.E. Johann-Weg 1
D-34593 Knüllwald
FON: 05681-3992
Handy: 0173-2936098
Email: a.e.johann-gesellschaft@web.de
www.a-e-johann.de

02) Georg Dehio-Kulturpreis-Verleihung

Mit dem Georg Dehio-Kulturpreis 2021 des Deutschen Kulturforums östliches Europa werden die Stiftung und Kulturgemeinschaft Borussia, Allenstein/Olsztyn, sowie das Institut für angewandte Geschichte – Gesellschaft und Wissenschaft im Dialog e.V., Frankfurt (Oder), ausgezeichnet. Die feierliche Verleihung der Preise findet am 07. Oktober 2021 im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin statt.

Die Preisverleihung kann als Livestream auf dem YouTube-Kanal des Kulturforums ab 19 Uhr mitverfolgt werden:

https://www.youtube.com/watch?v=buAk4TD_ARM

Eine Teilnahme vor Ort ist nur für geladene Gäste möglich.

Die siebenköpfige Jury sprach den Hauptpreis der Stiftung und Kulturgemeinschaft Borussia zu für ihr über drei Jahrzehnte währendes Engagement zur Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes in der Woiwodschaft Ermland-Masuren:

> *„Die von den Mitgliedern von Borussia gemeinschaftlich entwickelte Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ist besonders nachhaltig, weil darin Bürgerinnen und Bürger die Verantwortung für ihre unmittelbare Umgebung und darüber hinaus für ihre Region wahrnehmen. […] Das Deutsche Kulturforum östliches Europa verleiht den Georg Dehio-Preis an die Kulturgemeinschaft als generationsübergreifendes Projekt für das Gesamtwerk von Verein und Stiftung. Das Kulturforum und die Fachjury erkennen damit die Arbeit einer großen Gruppe von Menschen an, die sich zusammengeschlossen haben, um Ermland und Masuren neu zu denken und dabei den Widerspruch zwischen deutschen und polnischen Zeitschichten zu überwinden. Diese Arbeit von unten hat Vorbildcharakter weit über das historische Ostpreußen hinaus und ist besonders in einer Zeit erneut angespannter Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wichtig.“* (Aus der Begründung der Jury)

Der Förderpreis geht an das Institut für angewandte Geschichte — Gesellschaft und Wissenschaft im Dialog e.V. Aus der Begründung der Jury:

> *„Es handelt sich dabei um eine Institution, die sich vor 20 Jahren aus dem Engagement von Studierenden der Europa-Universität Viadrina entwickelte und — ohne strukturelle Hilfe zu erhalten — bis heute in einem Non-Profit-Modus weiter betrieben wird. Das Institut setzt sich hauptsächlich aus Studierenden, Promovierenden und Postdocs der Geschichte und der Kulturwissenschaft zusammen, die aus verschiedenen Ländern zum Studium an die Oder gekommen sind. […] Dem kulturwissenschaftlichen Ansatz und der Grenzregion verbunden, greifen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Themen auf, die sich auf die schwierigen Verflechtungen von Deutschen, Polen, Juden oder Ukrainern im*

> *gesamteuropäischen Kontext beziehen. […] Bewundernswert ist die stets erkennbare Spannung zwischen den hohen Maßstäben der akademischen Theorie und Methodik einerseits und dem Anspruch, die vergessenen und häufig komplexen Themen an die interessierte Öffentlichkeit zu vermitteln. Auf diese Weise konnten inzwischen mehrere Projekte verwirklicht werden, die zur kritischen Reflexion der Regionalgeschichte beitrugen und die Region tatsächlich geprägt haben."*

Der Georg Dehio-Kulturpreis ist aufgeteilt in einen mit 7.000 € dotierten Hauptpreis und einen mit 3.000 € dotierten Förderpreis.

Ausführliche Informationen zur Begründung der Jury und Pressefotos finden Sie demnächst unter www.kulturforum.info.

Zusammensetzung der Jury:

- Dr. Felix Ackermann, Deutsches Historisches Institut Warschau
- Dr. Ernst Gierlich, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn
- Karoline Gil, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart
- Dr. Florian Kührer-Wielach, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München
- Bára Procházkova, Česká televize, Prag/Praha
- Prof. Dr. Matthias Weber, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg
- Prof. Dr. Paul Zalewski, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder), Lehrstuhl für Denkmalkunde

Der von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien dotierte und vom Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam vergebene Georg Dehio-Preis zeichnet Persönlichkeiten und Initiativen aus, die sich in vorbildlicher Weise mit den Traditionen und Interferenzen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa auseinandersetzen. Der Preis wird im jährlichen Wechsel als Kultur- oder Buchpreis ausgelobt.

Mit dem Georg Dehio-Kulturpreis würdigt das Deutsche Kulturforum östliches Europa besondere Leistungen in der Erforschung, Bewahrung und Präsentation von Zeugnissen des gemeinsamen kulturellen Erbes in jenen Regionen des östlichen Europa, in denen im Laufe der Geschichte auch Deutsche gelebt haben, sowie herausragendes Engagement für gegenseitiges Verständnis und interkulturellen Dialog.

Der Hauptpreis des Georg Dehio-Kulturpreises wird Persönlichkeiten für ein Lebenswerk oder Institutionen für besonders verdienstvolle langjährige Arbeit verliehen. Mit dem Förderpreis werden kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen und Persönlichkeiten für herausragende und richtungsweisende Einzelleistungen und Einzelinitiativen ausgezeichnet. Der Georg Dehio-Buchpreis ist mit 10.000 € dotiert.

Der Preis erinnert an den bedeutenden, aus Reval (estnisch Tallinn) gebürtigen Kunsthistoriker Georg Dehio (1850–1932).

https://mail.google.com/mail/u/0/#inbox/FMfcgzGlkFpPFQgFmrCxNpbBWsVSBRxF?projector=1







Pressekontakt
Dr. Vera Schneider
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135, 14467 Potsdam
Tel. 0331/200 98-23
Fax 0331/200 98-50
schneider@kulturforum.info
www.kulturforum.info
www.publikationen.kulturforum.info

03) Ablehnung von Gendersprache wächst stetig

Die Ablehnung von Gendersternen und dgl. hat innerhalb von zwei Jahren **stark zugenommen**. Das ist ein Ergebnis aus einer neuen INSA-Befragung zu Spracheinstellungen. Zum **Tag der deutschen Sprache** am 11.9. gab die Zeitschrift DEUTSCHE SPRACHWELT erste Ergebnisse bekannt. Die Theo Münch-Stiftung für die Deutsche Sprache hat das Meinungsforschungsinstitut INSA-CONSULERE mit der repräsentativen Meinungsumfrage beauftragt. Diese fand zwischen dem 23. und 26. August 2021 statt. Hier geht es zur Pressemitteilung.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.115, 2021

Wien, am 21. September 2021

https://deutsche-sprachwelt.de/2021/09/tag-der-deutschen-sprache-ablehnung-von-gendersprache-waechst/



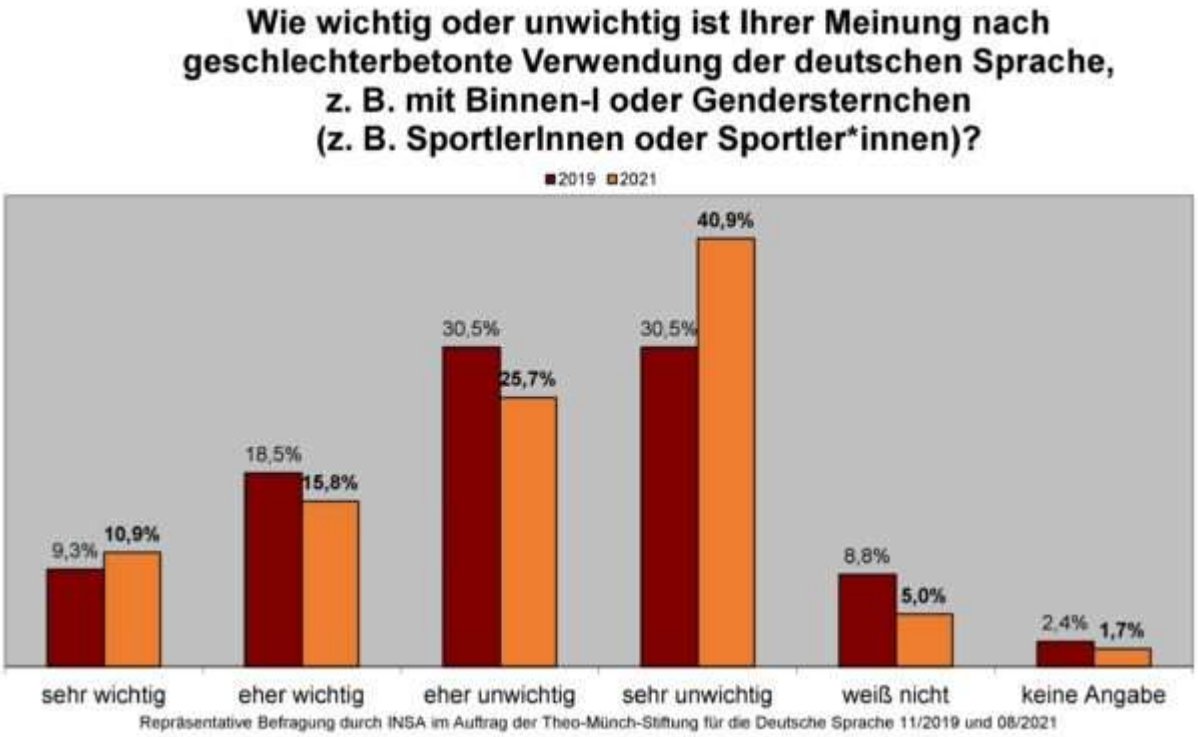
Fernschreiber

- [15. September 2021] Söder will gegen Genderpolizei an Unis vorgehen Genderdeutsch
- [11. September 2021] CSU wendet sich gegen Gendersprache in den Schulen – in der Praxis schaut die Staatsregierung weg Genderdeutsch
- [10. September 2021] Tag der deutschen Sprache: Ablehnung von Gendersprache wächst Genderdeutsch
- [21. September 2021] Peter Hahne zur Genderei: „Wir werden verarscht!“ Genderdeutsch
- [16. September 2021] Lufthansa verweigert Flug wegen Corona-Test in deutscher Sprache Nachrichten

Suche nach:
StartseiteNachrichtenGenderdeutschTag der deutschen Sprache: Ablehnung von Gendersprache wächst

Tag der deutschen Sprache: Ablehnung von Gendersprache wächst

10. September 2021 Deutsche Sprachwelt Genderdeutsch, INSA-Befragung, Nachrichten, Pressemitteilungen, Pressemitteilungen 2021 0



Erlangen, 10. September 2021 – Die Ablehnung von Gendersternen hat innerhalb von zwei Jahren stark zugenommen. Das ist ein Ergebnis aus einer neuen INSA-Befragung zu Spracheinstellungen. Zum morgigen Tag der deutschen Sprache gibt die Zeitschrift DEUTSCHE SPRACHWELT erste Ergebnisse bekannt. Die Theo-Münch-Stiftung für die Deutsche Sprache hat das Meinungsforschungsinstitut INSA-CONSULERE mit der repräsentativen Meinungsumfrage beauftragt. Diese fand zwischen dem 23. und 26. August 2021 statt.

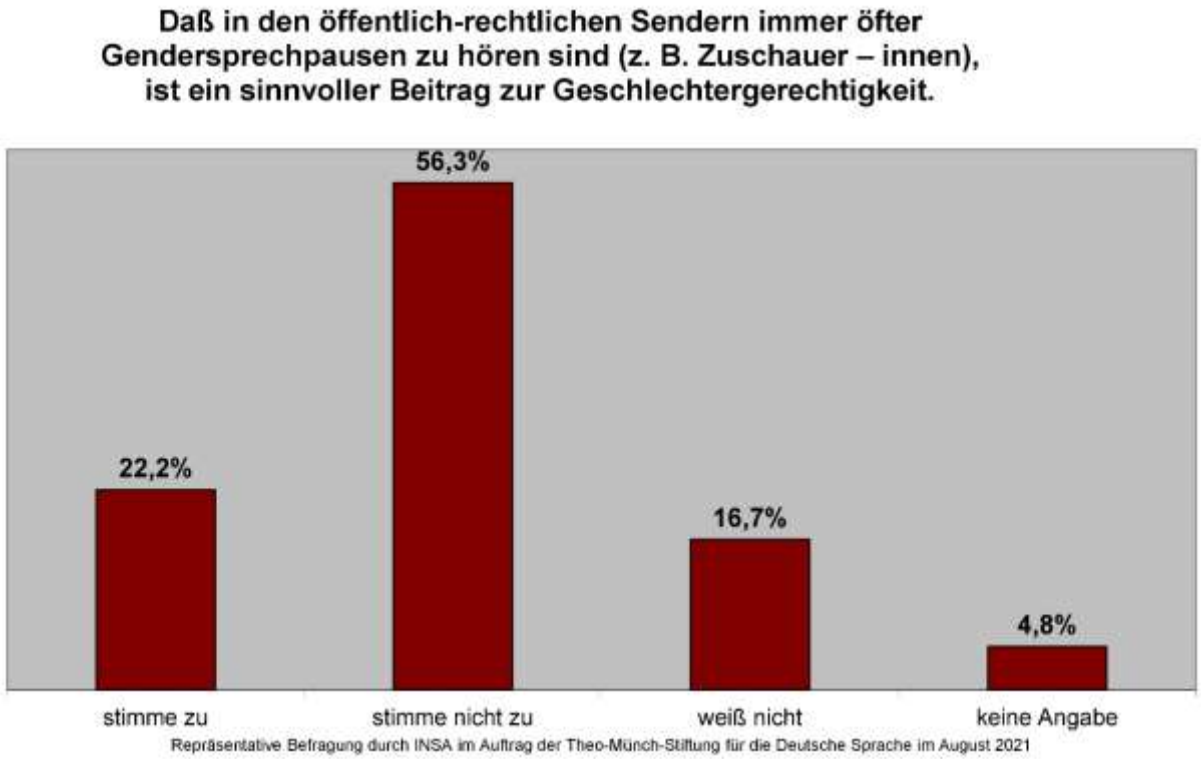
Demnach ist der Anteil derer, die geschlechterbetonte Sprache – wie zum Beispiel mit Gendersternen – sehr unwichtig finden, von 30,5 Prozent im Jahr 2019 auf jetzt 40,9 Prozent

gestiegen. Insgesamt halten zwei Drittel der Befragten die Gendersprache für eher unwichtig oder sehr unwichtig. Daß bei ARD und ZDF immer öfter Gendersprechpausen wie „Zuschauer – innen“ zu hören sind, hält nur eine Minderheit von 22,2 Prozent der Befragten für sinnvoll. 56,3 Prozent hingegen halten die Gendersprechpausen in den öffentlich-rechtlichen Sendern für keinen sinnvollen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit.

Bei der Frage, welche Aspekte für die deutsche Sprache aktuell schädlich sind, gab es bei Gendersprache gegenüber 2019 einen Sprung um 16 Prozentpunkte auf jetzt 37 Prozent. Die Liste wird jedoch weiterhin angeführt von reduzierten Sprechweisen (zum Beispiel „Geh ich Fußballplatz“) mit 54 Prozent und einem allgemein sinkenden Bildungsniveau (50 Prozent). Die Amerikanisierung der deutschen Sprache ist für 42 Prozent der Befragten aktuell schädlich.

Einen Sprung um 15 Prozentpunkte gab es bei der politisch-korrekten Sprache. 27 Prozent halten inzwischen die Tabuisierung von Wörtern wie „Zigeunersoße“ für schädlich. 68,8 Prozent wollen dieses Wort behalten. Der Aussage „Das Wort ‚Zigeunersoße‘ ist diskriminierend und sollte daher nicht mehr verwendet werden“ stimmen nur 17,6 Prozent der Befragten zu. Der Anteil derer, die glauben, daß die deutsche Sprache zunehmend verkommt, ist unterdessen auf 61,5 Prozent gestiegen.

Grafiken und weitere Ergebnisse der Befragung:
https://deutsche-sprachwelt.de/insa-befragung-2021



Die DEUTSCHE SPRACHWELT ist mit rund 80.000 Lesern die größte deutsche Zeitschrift für Sprachpflege und Sprachpolitik. Sie ist Sprachrohr einer Bürgerbewegung, die sich um die deutsche Sprache sorgt. Die DEUTSCHE SPRACHWELT tritt für die Erhaltung einer schönen, lebendigen und verständlichen deutschen Sprache ein. Die Druckausgabe erscheint vierteljährlich.

Kostenloses Probeexemplar:
https://deutsche-sprachwelt.de/bestellung oder bestellung@deutsche-sprachwelt.de

Schriftleitung:
Postfach 1449
D-91004 Erlangen
Telefon +49-(0)9131-480661
Telefax +49-(0)9131-480662
www.deutsche-sprachwelt.de
schriftleitung@deutsche-sprachwelt.de

04) IfL-Forscher übernimmt NAWA-Gastprofessur an der Universität Warschau

Professor Francis Harvey vom Leibniz-Institut für Länderkunde wird in den kommenden drei Jahren mit Historikerinnen und Historikern der Universität Warschau in der Entwicklung von Graphdatenbanken zusammenarbeiten und sich an der Doktorandenausbildung der geschichtswissenschaftlichen Fakultät beteiligen.

Francis Harvey leitet am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) die Forschungsgruppe „Daten und Praktiken“ und ist Professor für Visuelle Kommunikation in der Geographie an der Universität Leipzig. Im September hat er eine mit der Universität Warschau bei der Nationalen Agentur für Akademischen Austausch (NAWA) eingeworbene Gastprofessur in der polnischen Hauptstadt angetreten.

Gemeinsam mit einem interdisziplinären Team von Forschenden der geschichtswissenschaftlichen Fakultät wird er in den nächsten drei Jahren visuelle Tools zur Analyse historischer Veränderungen entwickeln. Dabei sollen spezielle Datenbanken zum Einsatz kommen, mit denen sich komplexe Beziehungen zwischen Sachverhalten mit einem Raumbezug analysieren und visualisieren lassen. Zudem wird Professor Harvey begabte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei Anträgen auf Stipendien für Gastforschungsaufenthalte am IfL unterstützen sowie einen Antrag auf einen Advanced Grant des Europäischen Forschungsrats (ERC) vorbereiten.

„Der Ruf von Francis Harvey auf einen NAWA-Chair an der Universität Warschau ist nicht nur für ihn persönlich eine Auszeichnung, sondern unterstreicht auch das Renommee des IfL als international anerkannter Forschungsort“, erklärt Institutsdirektor Sebastian Lentz. Mit der Gastprofessur in Warschau biete sich dem IfL die Gelegenheit, seine internationalen Kooperationen zur polnischen Wissenschafts-Community zu vertiefen.

Ziel des NAWA Chair-Programms ist es, namhafte ausländische Wissenschaftler für den Zeitraum von bis zu vier Jahren in die Aktivitäten polnischer Wissenschaftseinrichtungen einzubeziehen. Gemeinsam mit herausragenden ausländischen Fachleuten sollen die Einrichtungen innovative Forschungsarbeiten entwickeln, ihre Lehrtätigkeit ausbauen und Anträge auf hochrangige Stipendien vorbereiten.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:
Prof. Dr. Francis Harvey
Tel. +49 341 600 55-111
f_harvey@leibniz-ifl.de

Pressekontakt:
Dr. Peter Wittmann
Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Schongauerstraße 9
04328 Leipzig

Tel.: +49 341 600 55-174
Fax: +49 341 600 55-198
presse@leibniz-ifl.de
www.leibniz-ifl.de
@Leibniz_IfL
blog.leibniz-ifl.de

Das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. [https://leibniz-ifl.de]

05) Rundbrief No. 142 der AG für pommersche Kirchengeschichte

RUNDBRIEF No. 142 vom 22. September 2021
der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V.

Liebe Mitglieder und Freunde der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte,

der pommersche Veranstaltungsherbst hat begonnen und die Coronalage hat sich deutlich verbessert. In der Zwischenzeit seit dem letzten Rundbrief sind Meldungen eingetroffen, die Ihnen hier bekannt gemacht werden.

1. Zu unserem im Juli abgehaltenen VIII. Studientag hat Herr Dr. Oberdörfer einen lesenswerten Bericht verfaßt, den Sie auf unserer Homepage zusammen mit einigen Fotoreminiszenzen finden. Rainer Neumann hat die Gestaltung dieser Seite trotz großer Skandinavienfahrt übernommen. Herzlichen Dank dafür! Der Link dahin lautet:

> *https://www.kirche-mv.de/ag-pommersche-kirchengeschichte/nachrichten/7-studientag-2021*

2. Unser Mitglied Detlef Witt, einer der besten Kenner der pommerschen Kunstgeschichte, lädt am Dienstag, 28.09.2021, um 17 Uhr, zu einer "Reise durch die Stralsunder Kunstgeschichte" in den Vortragssaal der Stralsunder Volkshochschule ein. Der Eintritt kostet 5 EUR; Anmeldung wird erbeten unter:

> volkshochschule@lkr-vr.de oder Tel. 03831-482313.
>
> (Programm siehe Seite 458)

3. Am Sonnabend, den 25.9.2021 wird 14 Uhr unsere Wanderausstellung „110 Jahre Bugenhagenkirche in Stettin" in den Räumlichkeiten des neuen Café der Bugenhagen-Stiftung in Ducherow feierlich eröffnet werden. Pfr. i.R. Roland Springborn, der diese von

Mitarbeitern der Pommerschen Bibliothek in Stettin/poln. Szczecin hergestellte Ausstellung anregte und durch zahlreiche Beigaben ins Bild setzen half, wird über diesen bemerkenswerten Kirchenbau berichten. Herzliche Einladung! Anmeldung wird erbeten unter info@edbd.de

Evangelisches Diakoniewerk

Pflege und Betreuung im Alter und bei Behinderung

Anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen

Der Vorstand

Hauptstraße 58
17398 Ducherow
Telefon: 03 97 26 - 88 0
Telefax: 03 97 26 - 88 282
info@EDBD.de
www.EDBD.de

Evangelische Bank eG Kassel
IBAN DE 50 5206 0410 0006 4187 59
BIC GENODEF1EK1

Sparkasse Vorpommern
IBAN DE 02 1505 0500 0431 0001 40
BIC NOLADE21GRW

KD-Bank eG
IBAN DE 72 3506 0190 1561 8241 30
BIC GENODED1DKD

Steuer-Nr. 084/141/06499

Wir laden Sie ein zur:

Eröffnung von Ausstellung und Café

Vor gut 100 Jahren wurde die ehemalige Bugenhagenkirche (heute St. Adalbert-Kirche) in Stettin/Szczecin eingeweiht. Eine Ausstellung, hervorragend konzipiert von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pommerschen Bibliothek in Stettin/Szczecin unter dem Titel „Lobt Gott in seinem Heiligtum", dokumentiert die umfangreiche Planung, den zügigen Bau, die festliche Einweihung und die heutige Nutzung dieser Kirche u.a. als Garnisonkirche.



Die Ausstellung wurde von der Arbeitsgemeinschaft für Pommersche Kirchengeschichte finanziert und übernommen.

Nach Stettin/Szczecin und der Bugenhagenkirche in Greifswald Wieck/Eldena wird sie nun im Evangelischen Diakoniewerk Ducherow gezeigt, ist doch das Diakoniewerk in doppelter Weise mit Stettin/Szczecin verbunden: zum einen trägt das historische Stiftsgebäude den Namen des pommerschen Reformators Bugenhagen, zum anderen liegt eine der Wurzen des Diakoniewerks in Neu-Torney (heute ein Stadtteil von Stettin/Szczecin).

Die Hinführung zur Ausstellung findet am Sonnabend, 25. September um 14 Uhr im Kirchsaal des Altenpflegeheims statt. Pastor Dr. Irmfried Garbe stellt den Namensgeber von Kirche und Bugenhagenstift vor, Pastor Roland Springborn referiert über die ehemalige Bugenhagenkirche (heute St. Adalbert-Kirche) in Stettin/Szczecin.



Im Anschluss wird mit der Eröffnung der Ausstellung im Speisesaal dort auch das neue Café für Bewohner und Angehörige seinen Betrieb aufnehmen. Der Besuch des Cafés steht auch weiteren Besuchern offen. Wirbieten Ihnen zu moderaten Preisen neben Kaffeeund Kuchen auch weitere Produkte an, die vor Ort in gemütlicher Atmosphäre verzehrt werden können.

Wir danken der NDR Benefizaktion "Hand in Hand für Norddeutschland" und allen Kirchengemeinden der Nordkirche, durch deren Kollekten die Grundausstattung für unser Café mitfinanziert wurde. Für die weitere Ausstattung ist Ihre Unterstützung herzlich

willkommen. Unser Projekt finden Sie als Projektempfehlung im Kollekten-Katalog 2021/22 (www.kollekten.de – Seite 74 der pdf- bzw. Printfassung).



Bitte beachten Sie, dass für eine Teilnahme an Vorträgen und den Besuch des Cafés zum Schutz unserer Bewohner die 3G-Regelung gilt: Sie müssen also Genesen, Geimpft oder Getestet sein (und die entsprechenden Nachweise vorlegen). Unsere Pforte ist besetzt, dort werden Kontaktlisten erstellt. Auch verweist Sie unser Pförtner – im Bedarfsfall – an unser Testzentrum, dass an diesem Sonnabend von 13.15 bis 15.30 Uhr geöffnet sein wird. Bitte rechnen Sie für diesen Fall mindestens 20 Minuten ein, die wir Sie bitten, früher vor Ort zu sein.

Für die Teilnahme an den Vorträgen ist Ihre Anmeldung unter info@edbd.de erforderlich. Die Platzzahl im Kirchsaal ist (unter Corona-Bedingungen) begrenzt.

Herzlich willkommen zu den Vorträgen und zur Eröffnung von Ausstellung und Café!
Die Ausstellung kann zu den Öffnungszeiten des Cafés (mittwochs, samstags und sonntags – jeweils von 14.00 bis 16.00 Uhr) besucht werden. Auch dann gilt die 3G- Regelung.

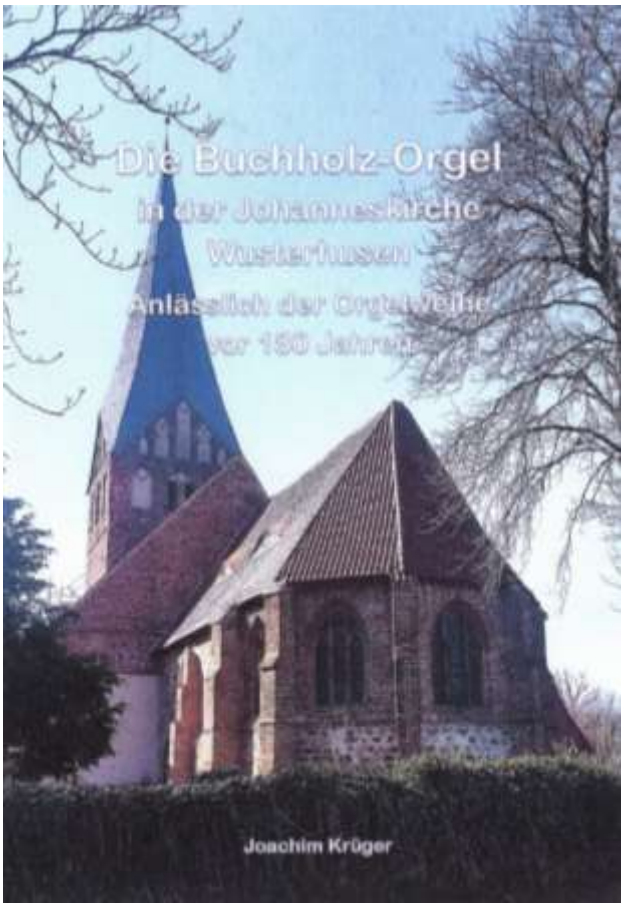
4. Die Historische Kommission für Pommern richtet in der Greifswalder Jakobikirche ihre Jahrestagung vom 14.-16. Oktober 2021 zum Thema „Pommern im ersten Jahrzehnt des Dreißigjährigen Krieges" aus. Das vielseitige und spannende Programm dieser Tagung, die zu den Veranstaltungen anläßlich des 400. Geburtstages von Sibylla Schwarz in Greifswald zählt, finden Sie hier auf den Seiten 450-451 bzw. unter dem Link:

https://hiko-pommern.de/wp-content/uploads/2021/08/Hiko-Jahrestagung-Programm_2021.pdf

Unsere AG-Mitglieder und -Freunde sind herzlich zu dieser Veranstaltung eingeladen! Anmeldungen richten Sie bitte bis zum 10.10.2021 an die Hiko-Geschäftsstelle: mail@hiko-pommern.de; oder per Fax: 038231-77946.

5. Unsere Arbeitsgemeinschaft blickt seit diesem April auf ihr 50-jähriges Bestehen zurück. Dieses besondere Jubiläum eines halben Jahrhunderts AG-Arbeit soll am Fr. 26.11.2021 mit einem Jubiläumsstudientag im Greifswalder Lutherhof von 14 bis 19.00 Uhr gebührend gefeiert werden. Das Programm dieses Studientages – dem IX. unserer Reihe – findet sich hier im AWR-800 auf der Seite 4 Anhang bei. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen in hoffentlich großer Runde! Anmeldungen senden Sie bitte möglichst bald an unsere Geschäftsstelle: bartels@pek.de Nur so läßt sich die Versorgung gut planen.

6. Von unserem Mitglied PD Dr. Joachim Krüger wurde aus Anlass des 180. Bestehens der Wusterhusener Buchholz-Orgel eine lesenswerte Darstellung verfasst. Den Umschlag dieser aus den Quellen erarbeiteten Monographie sehen Sie hier unten. Mit dem kleinen Preis von 5,- EUR unterstützt diese Publikation die dringend nötige Restaurierung der Orgel. Bestellungen nimmt die Wusterhusener Kirchengemeinde entgegen: wusterhusen@pek.de. Die Wusterhusener konnten vor wenigen Tagen 750jährige Kirchweihe der dortigen St. Johannis-Kirche in einer gut besuchten Festwoche feiern. Die Orgel-Publikation ist ein bleibender Beitrag zu diesem Jubiläum.



7. Wer in diesem Herbst in der Paderborner Region herumkommen sollte, wird dort an mehreren Standorten, über die der Veranstaltungsflyer "900 Jahre Prämonstratenser" hier im AWR-800 auf den Seiten 452 - 453 informiert, eine eindrückliche Wanderausstellung finden. Die Bezüge zu unserer pommerschen Kirchen- und Ordensgeschichte liegen auf der Hand. Der Prämonstratenserorden zählte bald nach seinem Entstehen zu den entwicklungspolitischen Playern Pommerns. Er wurde von den pommerschen Herzögen im 12. und 13. Jh. beim Landesausbau gezielt eingeladen und bevorzugt gefördert. Das gerade entstehende pommersche Klosterbuch wird darüber ausführlich berichten.

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen

Ihr
Irmfried Garbe,
Vorsitzender der AG für pommersche Kirchengeschichte

Informationsbrief der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V.

E-Post: informationen@pommersche-kirchengeschichte-ag.de

Geschäftsstelle der AG
Pfr. Matthias Bartels – Karl-Marx-Platz 15 – 17489 Greifswald
E-Post: bartels@pek.de

Vorsitzender
Pfr. Dr. Irmfried Garbe – Dreizehnhausener Str. 1, 17498 Wackerow. – Tel.: 03834-8309546
E-Post: irmfried.garbe@posteo.de
Internet www.pommersche-kirchengeschichte-ag.de

01) Verfassungsgericht wies Cäsar-Beschwerde zurück

Das Verfassungsgericht mit Sitz in Brünn wies die Beschwerde der 85-jährigen **Ingeborg Cäsar** aus **Mährisch Schönberg** / Šumperk zurück, die nach dem Zweiten Weltkrieg einige Jahre lang im Internierungslager für Deutsche in **Swatoborschitz** / Svatobořice verbringen musste. Sie ersuchte **erfolglos** um eine gerichtliche Rehabilitierung. Das Verfassungsgericht wies die Beschwerde zwar zurück, erklärte aber, dass die Freiheit der Familie damals eingeschränkt wurde. Das Gesetz über gerichtliche Rehabilitierung betrifft den konkreten Fall jedoch dem Gericht zufolge nicht. Für die Entscheidung des Verfassungsgerichts war ausschlaggebend, dass Cäsar noch **vor 1948** ins Internierungslager geschickt wurde, also noch bevor die Kommunisten die Macht in der Tschechoslowakei ergriffen.

Ins dortige Lager im **Bezirk Göding** / Hodonín wurden unmittelbar nach dem Kriegsende Gefangene und später **nicht vertriebene Deutsche** geschickt. Offiziell wurde es in ein Altersheim und ein „Gesundheitszentrum“ verwandelt. Cäsars Anwalt **Lubomír Müller** machte jedoch darauf aufmerksam, dass das Lager keineswegs an ein Gesundheitszentrum erinnerte. Die Menschen lebten dort nicht frei und wurden schikaniert. Ingeborg Cäsar war im Lager gemeinsam mit ihren Eltern in den Jahren 1947 bis 1949 interniert. Die Eltern waren deutscher Nationalität, sie konnten aus Gesundheitsgründen nicht vertrieben werden.

Verfassungsrichter **Ludvík David** sagte, es gebe keine Zweifel daran, dass die Freiheit der Familie damals im Lager eingeschränkt wurde und dass die Familie unter Aufsicht leben musste. Der Anwalt würdigte diesen Teil der Begründung des Urteils. Es sei „immerhin nach so langer Zeit zu einer bestimmten Genugtuung gekommen“, konstatierte Dr. Müller nach dem Urteil.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.114, 2021

Wien, am 16. September 2021

02) Colloquia Ustensia: Wiedersehen bei der traditionellen Sommerakademie



Gut gelaunt präsentieren sich die Teilnehmer der COLLOQUIA USTENSIA – mit „unserer“ Herta Kutschera in der Mitte (rot) – im Garten des Schlosses Ploschkowitz / Ploskovice. *Foto: Monika Balatá*

Große Freude herrschte unter den Teilnehmern der diesjährigen **COLLOQUIA USTENSIA** über das Wiedersehen bei der traditionellen Sommerakademie im August in Aussig / Ústí n. L. Nachdem der Kurs im vorigen Jahr corona-bedingt ausfallen musste, war es auch diesmal nur einem organisatorischen Kraftakt insbesondere der tschechischen Partner um **Kristina Kaiserová** zu verdanken, daß das Projekt trotz der fortbestehenden Einschränkungen stattfinden konnte.

Dem Kurs-Programm war von diesen erschwerten Bedingungen nichts anzumerken. Im Gegenteil: Kaiserová hatte darin einige absolute Höhepunkte untergebracht. So bekamen die Teilnehmer eine Führung von Direktor **Petr Koura** durch die fast fertige Dauerausstellung des Collegium Bohemicum „Unsere Deutschen“ – quasi eine Generalprobe für Koura, bevor dann eine Woche später der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vorbeischaute.

Bitte sehen Sie hier den ausführlichen Bericht darüber von **Christoph Lippert**, incl. Anmeldemöglichkeit für das nächste Jahr!

https://docs.google.com/document/d/17DnSxIDuhOHd16dJlNIgUZOzeCDxsuD-/edit

Große Freude herrschte unter den Teilnehmern der diesjährigen COLLOQUIA USTENSIA über das Wiedersehen bei der traditionellen Sommerakademie im August in Aussig/Ústí n.L. Nachdem der Kurs im vorigen Jahr corona-bedingt ausfallen musste, war es auch diesmal nur einem organisatorischen Kraftakt insbesondere der tschechischen Partner um Kristina Kaiserová zu verdanken, dass das Projekt trotz der fortbestehenden Einschränkungen stattfinden konnte.

Dem Kurs-Programm war von diesen erschwerten Bedingungen nichts anzumerken. Im Gegenteil: Kaiserová hatte darin einige absolute Höhepunkte untergebracht. So bekamen die Teilnehmer eine Führung von Direktor Petr Koura durch die fast fertige Dauerausstellung des Collegium Bohemicum „Unsere Deutschen“ – quasi eine Generalprobe für Koura eine Woche vor dem Besuch des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.

Ein weiterer Höhepunkt war die Exkursion nach Kaaden mit Besichtigung des Franziskanerklosters und dort vor allem der aufwendig renovierten Klosterkirche, sowie der würdigen Gedenkstätte für die am 4. März 1919 umgekommenen Demonstranten am Friedhof. Auch der Besuch des Schlosses Ploschkowitz/Ploskovice war ein Erlebnis. Die Sommerresidenz des zurückgetretenen Kaisers Ferdinand I. von 1848 bis 1875 erstrahlt in neuem Glanz, die Renovierungsarbeiten dort stehen kurz vor dem Abschluss.

Der ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen vertriebenen deutschen und heutigen tschechischen Einwohnern ist die Ausstellung „Ein Stück Heimat“ auf dem Marktplatz von Böhmisch Leipa/ Česká Lípa zu verdanken, die ebenfalls besichtigt wurde. In der Petschek-Villa warfen die Teilnehmer einen Blick in die Vergangenheit auf das Leben der Aussiger Industrie-Magnaten im 19. Jahrhundert, während die Führung durch den derzeit größten Neubau in Aussig, dem Zentrum für Wissenschaft und Technologie auf dem Kampus-Gelände, die Perspektive der Universität in die Zukunft aufzeigte.

Unter den durchweg hochkarätigen abendlichen Vorträgen ragte der Beitrag von PhDr. Miroslav Kunštát heraus. Der enge Weggefährte von Václav Havel berichtete über dessen Ansätze für eine neue tschechische Deutschland- und Europapolitik. Nach seinen Ausführungen blieb ein Bedauern darüber, dass viele seiner Ideen letztlich am Desinteresse und Widerstand seiner Partner in der deutschen und tschechischen Politik, aber auch der damaligen Repräsentanten der Sudetendeutschen gescheitert sind.

Eingebettet waren diese Erlebnisse in den gewohnten Ablauf des Kurses mit Angebot zur Morgenandacht, morgendlichem Singen tschechischer Volkslieder, dem Sprachkurs in kleinen, den Vorkenntnissen der Teilnehmer angepassten Lerngruppen, und dem traditionellen Abschlussabend mit Übergabe der Kurs-Zertifikate und lustigen Beiträgen von Teilnehmern.

Ein spannendes Konzept gut umgesetzt, das war auch das Urteil der Absolventen, die zum ersten Mal dabei waren. Sie wollen jedenfalls auch im nächsten Jahr wiederkommen, das haben sie sich schon fest vorgenommen. Der Termin steht schon fest, es ist der 14.-27. August 2022. Weitere Interessenten können sich gerne jetzt schon melden bei Christoph Lippert, Email bamberg@ackermann-gemeinde.de, Telefon +49 (0) 9132 9700.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.120, 2021

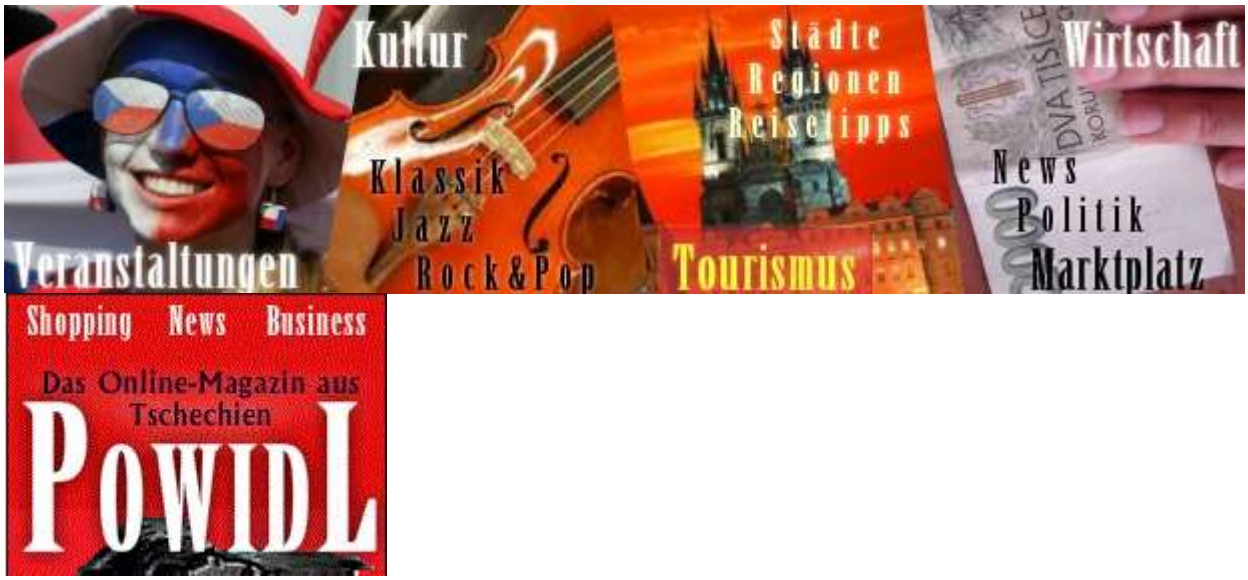
Wien, am 29. September 2021

03) Mährisch-Schlesien stellte sich am Wenzelskirtag in Wien vor

Wer bei Mährisch-Schlesien nur an die schwarzen Kohlengruben und die rauchenden Hochöfen von **Mähr. Ostrau** / Ostrava denkt, der kennt nur einen kleinen Teil der Region im Nordosten Tschechiens. Der Landstrich am Oberlauf der Oder präsentierte sich in den Räumlichkeiten der Tschechischen Botschaft Wien als buntes, fröhliches und innovatives Ländchen. Es war dies die erste große internationale Präsentation einer tschechischen Region seit Ausbruch der Corona-Pandemie. Dementsprechend groß war auch die Resonanz bei den geladenen Gästen, u. a**. Prof. Dr. Josef Höchtl** als Präsident der österr.

Gesellschaft f. Völkerverständigung und Landsmann im engeren Sinne, die sich von den Angeboten und Produkten aus Mähnisch-Schlesien überzeugen konnten. Der „Powidl“ berichtet darüber hier.

http://www.powidl.eu/wenzelskirtag-wien-21-09-09-2021.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_19_2021&utm_term=2021-09-28



Wer bei Mähnisch-Schlesien nur an die schwarzen Kohlengruben und die rauchenden Hochöfen von Ostrau/Ostrava denkt, der kennt nur einen kleinen Teil der Region im Nordosten Tschechiens. Der Landstrich am Oberlauf der Oder präsentierte sich in den Räumlichkeiten der Tschechischen Botschaft Wien als buntes, fröhliches und innovatives Ländchen. Es war dies die erste große internationale Präsentation einer tschechischen Region seit Ausbruch der Corona-Pandemie. Dementsprechend groß war auch die Resonanz bei den geladenen Gästen, die sich von den Angeboten und Produkten aus Mähnisch-Schlesien überzeugen konnten.
Mähnisch-Schlesien präsentierte sich am "Wenzelskirtag" in Wien
23.09.2021
"Die Mähnisch-Schlesische Region wird Sie überraschen. An dieser Region hängen viele Vorurteile, die längst nicht mehr stimmen. Unsere Region ist voller Gegensätze. Das könnte Ihnen gefallen", sagte Hejtman Ivo Vondrák, der mit der Delegation nach Wien mitgereist ist. Mehr als ein Dutzend nordmähnische Unternehmen und Tourismusregionen stellten sich vor, darunter die Brauerei Radegast, das legendäre "Tschechien-Cola" Kofola, der bekannte Hutmacher Tonak, die Konditor-Spezialität "Stramberger Ohren" oder die Schieferlandschaft Břidlice. "Ich bin unheimlich froh, dass gerade diese außergewöhnlich vielfältige Region heuer dem Wiener Publikum ihre Schönheiten und ihr Angebot vorstellen wird", sagte die Gastgeberin, Botshafterin Ivana Červenková.

Obwohl Mähnisch-Schlesien keine direkte Grenze mit Österreich hat, bestehen zahlreiche historische Verbindungen zwischen Nordmähren und Wien. Stellvertretend für zahlreiche Persönlichkeiten, die die beiden Regionen verbinden, erwähnte Červenková Prof. Sigmund Freud, den Begründer der Psychoanalyse, der aus Wien nicht wegzudenken ist, aber aus dem nordmähnischen Freiberg (tsch.: Příbor) stammt. Mähnisch-Schlesien ist reich an

Naturschönheiten wie dem Altvater (Praděd), dem höchsten Berg Mährens, oder dem Kahlberg (Lysá Hora) in den mährisch-schlesischen Beskiden. Zahlreiche Schlösser und Burgen warten auf ihre Entdecker.

Selbst die Industriestädte des Ostrauer Reviers sind grüner geworden. In Dolní Vítkovice, dem einst größten Kohle-Stahl-Industriegebiet des Landes ist ein Kulturzentrum entstanden, das jährlich im Sommer das bekannte internationale Musikfestival "Colours of Ostrava" beherbergt. Anstatt der Schlöte rauchen im benachbarten Innovationszentrum MSIC die Köpfe der Wissenschaftler und die im Technologiezentrum IT-4 untergebrachten Supercomputer. Die Technikroute "Technotrasa" nimmt den Besucher mit auf die Reise durch die Industriegeschichte Nordmährens. Wer wissen will, wo der "Räuber Hotzenplotz" her ist, der kann mit der Schmalspurbahn in sein Heimatdorf Osoblaha (dt.: Hotzenplotz) fahren.
Die Präsentation tschechischer Regionen im Rahmen der Feierlichkeiten rund um den "Wenzels-Feiertag" hat in der Tschechischen Botschaft Wien Tradition. Dieses Jahr fand die Veranstaltung bereits zum 22. Mal statt, nur 2020 musste der "Wenzelskirtag" coronabedingt ausfallen. Zielgruppen sind neben den in Wien lebenden Tschechen Vertreter von Institutionen und Medien in Wien, sowie Mitglieder des internationalen diplomatischen Korps.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.120, 2021

Wien, am 29. September 2021

04) Tschechisch-deutsche Wallfahrtsmesse in St. Maurenzen

St. Maurenzen steht auf einem Hügel über dem Dorf **Annathal** / Annín. Es ist die **zweitälteste Kirche** im gesamten Böhmerwald. Dank einer Initiative ehemaliger deutscher, altösterreichischer Bewohner der Region konnte der ursprünglich romanische Sakralbau in den 1990er Jahren gerettet werden. Während des Kommunismus waren das Gotteshaus sowie der angrenzende Friedhof ihrem Schicksal überlassen worden. Um die Kirche kümmern sich nicht nur die Mitglieder des Förderkreises zur Erhaltung von St. Maurenzen, sondern auch dessen Partnerverein auf tschechischer Seite. Am vergangenen Samstag fand eine sehr gut besuchte tschechisch-deutsche Wallfahrtsmesse in der Kirche statt. Radio Prag war vor Ort dabei, den Bericht sehen Sie hier.

https://deutsch.radio.cz/tschechisch-deutsche-wallfahrtsmesse-st-maurenzen-8729639

[siehe nächste Seite]

Tschechisch-deutsche Wallfahrtsmesse in St. Maurenzen

27.09.2021



Tschechisch-deutsche Wallfahrtsmesse in St. Maurenzen

Länge 5:09

Jan Kulhánek, Margit Kaiser | Foto: Martina Schneibergová, Radio Prague International

St. Maurenzen steht auf einem Hügel über dem Dorf Annín / Annathal. Sie ist die zweitälteste Kirche im gesamten Böhmerwald. Dank einer Initiative ehemaliger deutscher Bewohner der Region wurde der ursprünglich romanische Sakralbau in den 1990er Jahren gerettet. Denn während des Kommunismus waren das Gotteshaus sowie der angrenzende Friedhof ihrem Schicksal überlassen worden. Um die Kirche kümmern sich nicht nur die Mitglieder des Förderkreises zur Erhaltung von St. Maurenzen, sondern auch dessen Partnerverein auf tschechischer Seite. Am Samstag fand eine tschechisch-deutsche Wallfahrtsmesse in der Kirche statt.

Die Bänke in St. Maurenzen waren voll besetzt. Während des Gottesdienstes waren sowohl Tschechisch als auch Deutsch zu hören. Margit Kaiser ist Vorsitzende des Förderkreiseses zur Erhaltung von St. Maurenzen. Sie begrüßte alle Besucherinnen und Besucher des Gottesdienstes:

„Es freut mich sehr, dass Sie so zahlreich am Gottesdienst teilnehmen. Ebenso begrüße ich die Mitglieder unseres Förderkreises aus den verschiedenen Regionen Deutschlands und Österreichs sowie die Mitglieder unseres Partnevereins ‚Freunde von St. Maurenzen'. Freuen wir uns gemeinsam über unsere Wallfahrtsmesse und sind dankbar, nach der

Corona-Pandemie endlich wieder hier sein zu können."



Foto: Martina Schneibergová, Radio Prague International

Den Gottesdienst hielt der tschechische Priester Jan Kulhánek ab:

„Ich habe mich nicht nur über das Lied gefreut, das Sie gesungen haben, sondern auch über die Worte von Margit Kaiser, die über mich als den ‚unseren Pfarrer' sprach. Alle Christen sind dort zu Hause, wo sie sich mit ihrem Herzen zu Hause fühlen. Dies gilt umso mehr für eine heilige Messe."

In St. Maurenzen erklang abschließend auch das berühmte Böhmerwaldlied – auf Deutsch und auch auf Tschechisch. Das Stück stammt vom böhmischen Glasmaler Andreas Hartauer (1839-1915). Einer der Pilger, die St. Maurenzen am Samstag besuchten, war Rudolf Hartauer. Er sagte gegenüber Radio Prag International:



„Andreas Hartauer hatte selbst keine Kinder. Ich bin sein Ururgroßneffe."

Wie fanden Sie das gemeinsame Singen des Liedes?

„Es gibt immer einige Schwierigkeiten, weil die Melodie in der tschechischen Version ein wenig anders verläuft als in der deutschen Version. Die Deutschen erschrecken jedes Mal ein wenig, und die Tschechen verstummen an der Stelle. Ansonsten ist es sehr schön, dass alle – sowohl Tschechen als auch Deutsche – dieses Lied parat haben."

Nach der Messe entstand das folgende Gespräch mit Margit Kaiser, der Vorsitzenden des Förderkreises zur Erhaltung von St. Maurenzen:

Frau Kaiser, waren Sie während der Corona-Zeit auch mit den tschechischen Freunden

Rudolf Hartauer, Martina Schneibergová | Foto: Martina Schneibergová, Radio Prague International

von St. Maurenzen in Kontakt?

„Wir waren fast täglich in Kontakt, nicht mit dem Verein, sondern mit Lukáš (Lukáš Milota, tschechischer Vereinsvorsitzender, Anm. d. Red.) allein. Ich habe traditionell einen böhmischen Adventskranz geschenkt bekommen, und zwar auf dem Bahnhof in Eisenstein. Das hat mich wahnsinnig gefreut, der Corona-Pandemie zum Trotz. Ich war schon letztes Jahr als einzige Deutsche bei der Messe dabei. Sobald die Grenze erneut offen war, bin ich immer wieder hergekommen."

Es gab sogar eine Ausstellung über St. Maurenzen, die im Juni im Rathaus in Pilsen gezeigt wurde. Konnten Sie damals dabei sein?

„Ich konnte leider nicht hinfahren. Aber die Übersetzungen stammten von mir. Ich will Lukáš nun überreden, dass wir die Ausstellung auch im bayerischen Grenzgebiert zeigen – beispielsweise in Zwiesel. Es wäre vielleicht auch in Rinchnach möglich, aber das müssen wir noch gemeinsam besprechen."



Foto: Martina Schneibergová, Radio Prague International

Was schätzen Sie an der Zusammenarbeit mit dem Partnerverein in Böhmen am meisten?

„Am meisten schätze ich die deutsch-tschechische Freundschaft. Ich habe es heute auch in der Vereinsversammlung gesagt: Früher war die Zeit der Renovierung, jetzt ist die Zeit der Freundschaft. Die Renovierung der Kirche geht in kleinerem Umfang weiter. Es ist klar, dass es immer etwas zu tun gibt. Aber mein Ziel bleibt die grenzübergreifende Freundschaft."



Autor: Martina Schneibergová

05) Die langen Schatten des Freiheitszuges

Am 11. September 1951 flüchteten 27 tschechoslowakische Bürger mit einem Personenzug in die BRD. Die Organisatoren der Gruppenflucht leiteten den Zug illegal bei **Asch** / Aš über die Staatsgrenze nach Bayern um. Sie hatten sich zuvor im **antikommunistischen Widerstand** engagiert. Der Zug hielt ein Stück vor dem Bahnhof Selb-Plößberg. Für die Asylanten und 90 andere Personen, die in dem Zug mitfuhren, war die Reise damit jedoch nicht zu Ende. Zum 70. Jahrestag wurde bei einer deutsch-tschechischen Veranstaltung auf dem Hauptbahnhof von Asch an den Freiheitszug erinnert. Im Folgenden ein Bericht über die einzigartige Fluchtaktion und die heurige Gedenkveranstaltung.

https://deutsch.radio.cz/die-langen-schatten-des-freiheitszuges-8728753

Die langen Schatten des Freiheitszuges

18.09.2021



Fluchtzug in Selb-Plößberg

Am 11. September 1951 flüchteten 27 tschechoslowakische Bürger mit einem Personenzug in die BRD. Die Organisatoren der Gruppenflucht leiteten den Zug illegal bei Aš über die Staatsgrenze nach Bayern um. Sie hatten sich zuvor im antikommunistischen Widerstand engagiert. Der Zug hielt ein Stück vor dem Bahnhof Selb-Plößberg. Für die Asylanten und 90 andere Personen, die in dem Zug mitfuhren, war die Reise damit jedoch nicht zu Ende. Zum 70. Jahrestag wurde bei einer deutsch-tschechischen Veranstaltung auf dem Hauptbahnhof von Aš an den Freiheitszug erinnert. Im Folgenden ein Bericht über die einzigartige Fluchtaktion und die Gedenkveranstaltung.



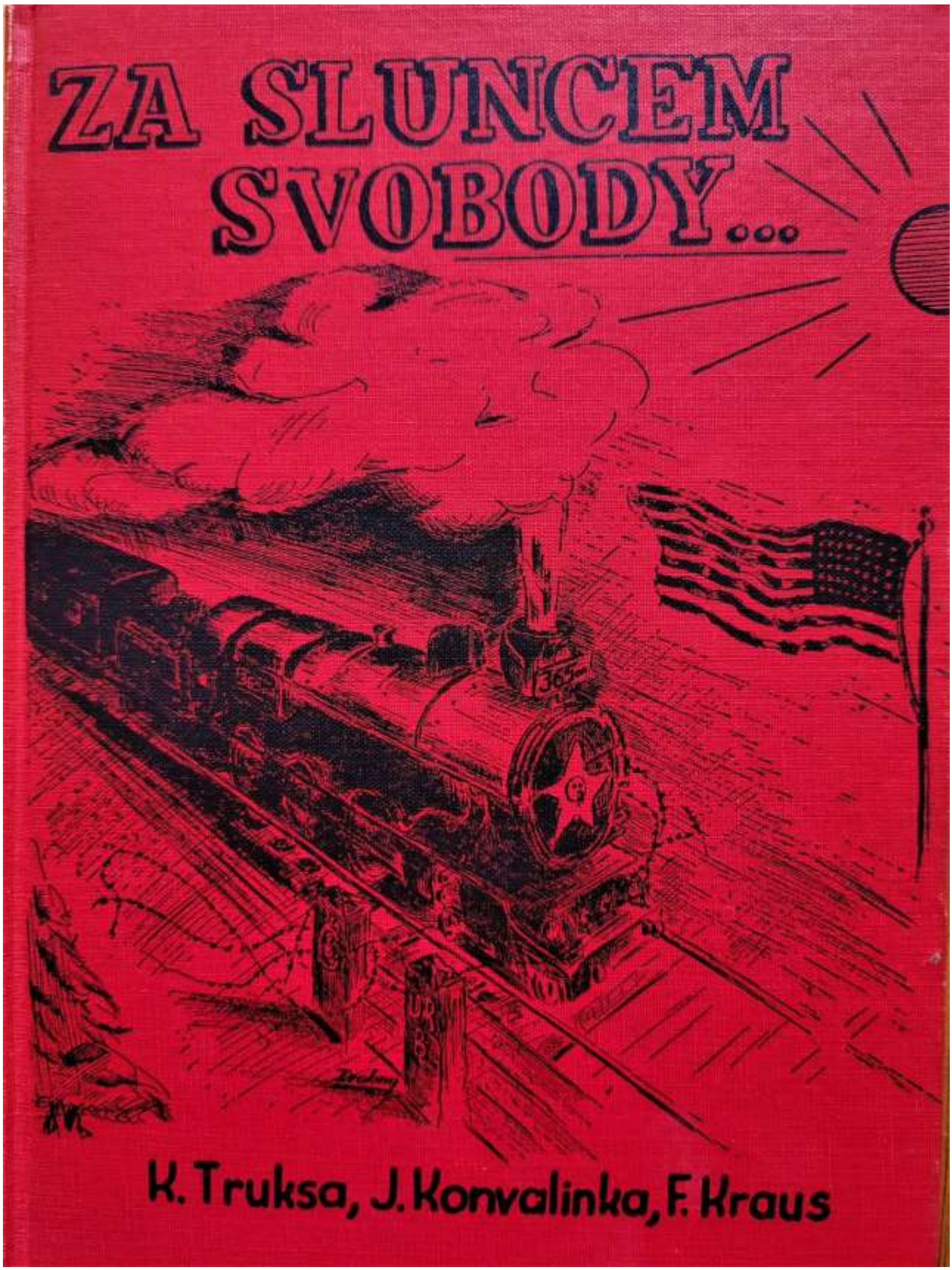
Karel Truksa und Jaroslav Konvalinka.
Foto aus dem Buch „Hrdinové železné opony“ von Ivo Pejčoch

Für den Fahrdienstleiter Karel Truksa und den Lokomotivführer Jaroslav Konvalinka spitzte sich die Lage Anfang September 1951 dramatisch zu. Sie erfuhren aus Kreisen von Widerstandskämpfern, dass Haftbefehle gegen sie erlassen worden waren. Die beiden Eisenbahnbediensteten hatten sich seit 1948 im Grenzgebiet von Cheb / Eger bis Aš / Asch als Fluchthelfer betätigt. Unter anderem hatten sie Kontakt zum Arzt Jaroslav Švec aus Aš. Auch er leistete aktiv Widerstand gegen das kommunistische Regime und sollte festgenommen werden. Truksa, Konvalinka und Švec kannten nicht nur die Verhältnisse an der Grenze genau, sondern auch die Bahnstrecke nach Selb-Plößberg. Sie hätten aus der Zeit vor 1945 sogar einen Beamten des dortigen Bahnhofs gekannt, berichtet der frühere Bahnbeamte und Zeitzeuge Rolf Swart:

„Der Dienststellenleiter war damals Max Schmauß. Herr Schmauß war gebürtiger Ascher, und er hatte seine ganze Dienstzeit bis zum Kriegsende am Bayerischen Bahnhof in Asch verbracht. Dann kam er aufgrund seiner Ausweisung nach Selb und wurde am Bahnhof Selb-Plößberg angestellt.“

Geheimtreffen und Fluchtpläne

Truksa und Konvalinka hatten schon seit Längerem Fluchtpläne geschmiedet für den Fall, dass ihnen eine Verhaftung drohte. Sie erwogen eine Flucht mit einer Lok oder einem der tschechoslowakischen Güterzüge, die täglich bei Cheb und Aš über die deutsche Grenze fuhren. Doch Anfang September überstürzten sich die Ereignisse. Noch mehrere andere Personen aus Netzwerken von Widerstandskämpfern, die von Aš über Karlovy Vary / Karlsbad nach Prag und weiter bis zur polnischen Grenze reichten, mussten sich dringend in Sicherheit bringen. Auch ihnen drohte bei einer Aufdeckung langjähriger Kerker oder die Todesstrafe. Bei mehreren Geheimtreffen suchte man hektisch nach Lösungen, bei denen man möglichst viele politische Flüchtlinge einbeziehen könnte. Am 9. September fiel schließlich die Entscheidung. Karel Truksa schrieb darüber später in seiner Autobiographie „Zur Sonne der Freiheit“:



Buchdeckel der Autobiographie von Truksa und Konvalinka

„Am Sonntagnachmittag kamen Jarda Konvalinka und Doktor Švec zu mir. Plötzlich äußerte Konvalinka einen Vorschlag, der ihm erst am Morgen eingefallen war. Nämlich, dass wir statt des ursprünglichen Planes, einen Güterzug zu benutzen, der uns vor einige Probleme stellte, mit einem Personenzug flüchten könnten.“



Karel Ruml.
Foto: Archiv Familie Ruml

Als Fluchtzug wurde der Personenzug Nr. 3717 bestimmt, der täglich um 14.09 Uhr vom Bahnhof Cheb nach Aš abfuhr. Diesen Zug benutzten zahlreiche Schüler und Patienten des Kurbades Františkovy Lázně / Franzensbad. Truksa und Konvalinka machten die Notbremse des Zuges unbrauchbar, präparierten die Weichen beim Hauptbahnhof Aš, dem ehemaligen Bayerischen Bahnhof, und postierten bewaffnete Bewacher an den Rädern der Handbremsen in den drei Reisewagen. Einer von ihnen war der 23 Jahre junge Widerstandskämpfer Karel Ruml aus Nymburk. Er schrieb später in seinen Erinnerungsbuch „Aus dem Tagebuch des Freiheitszuges“ über die dramatischen Momente der Flucht:

„Ein Stück vor Asch schien es mir, als ob der Zug langsamer würde, was mir einen Augenblick lang einen ohnmächtigen Schrecken einjagte. Sogleich begannen wir jedoch so sehr zu beschleunigen, dass wir wie ein Schnellzug in den Bahnhof einfuhren, und mit derselben Geschwindigkeit fuhren wir weiter. Die Räder hüpften auf den Weichen, von denen ich noch immer nicht wusste, ob sie in unsere Richtung gestellt waren. Im Waggon brach Panik aus.“



Bohuslav Karban. *Foto: ČT24*

Die tschechoslowakische Grenze war durch Grenztruppen, Wachtürme und Minenfelder gesichert. Dennoch konnte der Zug sie ungehindert passieren. Nach der Gruppenflucht mit dem Passagierzug sei eine Entgleisungsanlage gebaut worden, erzählt der Bahnhistoriker Bohuslav Karban.

„Das waren Betonblöcke neben dem Gleis, in die Stahlbalken eingeführt waren. Wenn gemeldet worden wäre, dass ein Zug in Richtung Westdeutschland weiterfährt, wären diese Balken senkrecht zum Gleis ausgefahren worden und hätten den Zug durch Entgleisung gestoppt“, so Karban.



Konvalinka und Truksa geben ein Interview für RFE

Die Kontrolle der Güterzüge wurde ebenfalls verschärft. Angehörige der Grenzwacht überwachten den gesamten Bahnverkehr von einer Gleisbrücke aus. Der Grenzdurchbruch des Passagierzuges erregte ein enormes Aufsehen in der westlichen Welt. Journalisten aus vielen Ländern strömten nach Selb-Plößberg. Schon bald war das Schlagwort „Freiheitszug“ geprägt. Auf den Wellen von Radio Freies Europa (RFE), dessen Hauptsitz damals in

München war, ertönte ein Lied mit dem Titel „Mr. Konvalinka“. Das Stück hatte Josef Stelibský komponiert, es wurde von Mirko Wrbeč in Begleitung des Rundfunkorchesters von RFE gesungen.

Politische Flüchtlinge und Rückkehrer

Auf dem Bahnhof Selb-Plößberg bestaunte die lokale Bevölkerung die Lokomotive mit dem roten Stern. Die Zuggarnitur war schon deswegen eine Sensation, weil der Personenverkehr auf der Bahnstrecke nach Aš nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr aufgenommen worden war. Zeitzeuge Hans Joachim Goller erinnert sich an die politischen Flüchtlinge des Freiheitszuges, die vorübergehend im Rot-Kreuz-Heim in Selb untergebracht wurden. Sein Elternhaus sei an der Rückseite dieses Gebäudes gewesen, berichtet Goller:



Hans-Joachim Goller vor dem ehemaligen Rot-Kreuz-Heim (im Hintergrund).
Foto: Maria Hammerich-Maier, Radio Prague International

„Ich stand am Küchenfenster, blickte hinüber und sah, dass die Leute manchmal in den Hof durften, um sich die Füße zu vertreten und frische Luft zu schnappen. Und ich beobachtete auch Amerikaner, die mit ihren Jeeps vorfuhren."

Um den brisanten Grenzzwischenfall kümmerten sich Offiziere der US-Besatzungsmacht. Am 12. September wurden die unbeteiligten Reisenden und das Zugpersonal auf den Truppenübungsplatz Grafenwöhr gebracht. Einen Tag später wurden sie an der Grenze bei Wildenau den tschechoslowakischen Behörden übergeben. Eine von ihnen war Milena Šnáblová, damals eine fünfzehnjährige Schülerin. Sie berichtet, dass alle Rückkehrer vom Staatssicherheitsdienst verhört worden seien, manche mehrmals.

„Da waren große Lampen, die einen anstrahlten, in der Mitte ein Tisch und ein Stuhl. In jeder Ecke des Raumes stand ein Mann im Halbdunkel. Und aus allen vier Ecken prasselten Fragen auf mich ein. Ich habe noch heute ein Gefühl panischen Schreckens, wenn ich daran zurückdenke", so die Zeitzeugin über die Verhöre.



Bayerischer Bahnhof Asch um 1930

Insgesamt kehrten 80 Personen heim, 35 weitere entschieden sich für das Exil. Zusätzlich zu den 27 politischen Flüchtlingen, die schon mit dieser Absicht in den Zug gestiegen waren, entschlossen sich in Bayern noch acht Menschen, politisches Asyl zu beantragen. Mindestens zwei Uniformierte rannten gleich nach dem ersten Anhalten des Zuges unweit der Grenze in die Tschechoslowakei zurück.

Freiheit und Haftstrafen

Die Asylbewerber durchliefen mehrere deutsche Flüchtlingslager, bevor sie in ihre Zielländer weiterreisen konnten. Die meisten von ihnen ließen sich in Kanada nieder. Einige wechselten im Exil mehrmals die Wohnorte, so auch die Familie Švec. Der Arzt aus Aš zog mit seiner Frau und den drei Söhnen zuerst nach London, dann lebte die Familie ein



Ehepaar Švec in Michigan. *Foto: Archiv Kristýna Sovová*

Jahrzehnt in Äthiopien, bevor sie schließlich ein Visum für die Vereinigten Staaten erhielt. Verwandte und Bekannte der Familie Švec wurden unterdessen in der Tschechoslowakei strafverfolgt und zu hohen Haftstrafen verurteilt. Im sozialen Umfeld der übrigen Geflüchteten kam es ebenfalls zu zahlreichen Strafprozessen. Die Schatten des

Freiheitszuges reichen daher bis in die Gegenwart. Eine Verwandte der Familie Švec, die Anglistin Vlasta Lišková, hat sich mit ihrer Familiengeschichte abgefunden. Freiheit sei für sie ein hohes Gut, sagt Lišková:

„Mit der Samtenen Revolution fiel die ersehnte Freiheit wie ein Kugelblitz bei uns ein. Eine wunderbare Freiheit, die jedoch auch gefährlich ist. Vor allem aber zwingt sie uns, selbst zu entscheiden, was gut und was schlecht ist. Niemand schreibt uns das vor, doch es hilft uns auch niemand dabei. Alles hängt nun allein von uns ab.“



Historische Dampflok am Hauptbahnhof Asch 2021. *Foto: Beate Franck*

Anlässlich des 70. Jahrestages der Flucht mit dem Freiheitszug wurde auf dem Ascher Bahnhofsgelände mit einer Veranstaltung unter dem Motto „Wege in die Freiheit“ an dieses historische Ereignis erinnert. Ein regionaler Tag der Eisenbahn umrahmte die Veranstaltung. Neben historischen Zügen mit Dampfloks und Musik der Pilsner Band „Dixie Hot Licks“ gab es Ausstellungen, Vorträge und Podiumsgespräche zur Zeitgeschichte. Seitens der Stadt Selb wurde der Tag von der gemeinnützigen Gesellschaft Selb23 mitorganisiert. Geschäftsführer Pablo Schindelmann findet, dass der Freiheitszug ein wichtiges Thema für eine gemeinsame Geschichtsaufarbeitung sei:

„Über Geschehnisse im Grenzland, vor allem solche, die direkt an der Grenze stattfanden, gibt es meistens mehrere Versionen. So auch beim Freiheitszug. Damit wir die Hintergründe besser verstehen und daraus für die Zukunft lernen können, ist es wichtig, dass dieses Thema ein Anlass für eine gemeinsame Erinnerungskultur zwischen den Städten Asch und Selb, aber auch für überregionale Institutionen ist.“



Bahnhof Selb-Plößberg. *Foto: Maria Hammerich-Maier, Radio Prague International*

Weitere Informationen hat die Autorin des Beitrags auf der Website https://www.freiheitszug-vlak-svobody.org veröffentlicht.

Autor: Maria Hammerich-Maier

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.120, 2021

Wien, am 29. September 2021

01) Kriegsgefangenschaft. Russische und sowjetische Erfahrungen im 20. Jahrhundert

Ort: digital
Veranstalter
Universität Heidelberg; Deutsches Historisches Institut Moskau; Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V.

01.07.2021 - 02.07.2021
Von
Axel Bangert, Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main

Trotz Unrecht und Traumata insbesondere des Zweiten Weltkriegs sollten russische und sowjetische Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft im 20. Jahrhundert nicht in passiven, sondern in aktiven Kategorien untersucht werden. Die Vielschichtigkeit des Gegenstands wird dann sichtbar, wenn aufseiten aller Parteien individuelle und kollektive Handlungen nachvollzogen und die sie steuernden Ideologien und Pragmatismen ausgelotet werden. Dies war sicherlich eine der wesentlichen Erkenntnisse der Online-Tagung „Kriegsgefangenschaft. Russische und sowjetische Erfahrungen im 20. Jahrhundert“.

Der die Tagung leitende Begriff der Erfahrung wurde folglich großzügig ausgelegt. Zum einen unternahmen die Vorträge den Versuch zu differenzieren, was für Formen und Verläufe Kriegsgefangenschaft vor allem im Zweiten Weltkrieg annehmen konnte. Wiederkehrende Aspekte waren die Abgrenzung zwischen Kollaboration und Widerstand, Kontakte zur Zivilbevölkerung in den besetzen Gebieten bzw. im Deutschen Reich sowie der Umgang mit ehemaligen Gefangenen in den Heimatgesellschaften. Zum anderen warfen die Vorträge die Frage auf, was für ideologische, kulturelle und mediale Faktoren den Umgang mit Gefangenen im 20. Jahrhundert gerahmt haben. Einleitend definierten ESTHER MEIER (Moskau) und TANJA PENTER (Heidelberg) das Ziel der Tagung, der „übergreifenden Erfahrung von Kriegsgefangenschaft und ihrer Bedeutung für die russische und sowjetische Geschichte“ nachzuspüren. Diesem Ziel kamen jene Vorträge am nächsten, die diachrone Vergleiche anstellten oder Kriegsgefangenschaft als transkulturelle Begegnung betrachteten. Neben Erstem und Zweitem Weltkrieg fanden auch der Russisch-Japanische Krieg, der Sowjetisch-Finnische Krieg sowie die sowjetische Intervention in Afghanistan Berücksichtigung, was eine Reihe von Einsichten in Traditionen und Transformationen der Kriegsgefangenschaft ermöglichte, auf die aufzubauen durchaus lohnenswert wäre.

In seiner pointierten Keynote vertrat MARK EDELE (Melbourne) die Ansicht, es könne in Bezug auf russische bzw. sowjetische Gefangene in deutscher Hand auf beiden Seiten von Lernen aus der Geschichte keine Rede sein. Die Behandlung der sowjetischen Gefangenen durch die Wehrmacht sei eine „institutionelle Reproduktion“ von Verhalten aus dem Ersten Weltkrieg gewesen. Schon damals seien die Deutschen von der Masse an Gefangenen überrascht, ihr Vorgehen hart und von rassistischen Vorstellungen geleitet gewesen. Unter den sowjetischen Soldaten hätten Bürgerkriege und Hungersnöte der Zwischenkriegszeit zu einer Verbrämung der Erinnerung an die deutsche Gefangenschaft geführt und verhalten positive, bitter enttäuschte Erwartungen ausgelöst.

Gängige Vorstellungen von Erfahrungen sowjetischer Kriegsgefangener zu erweitern suchten ALEKSANDAR ŽIVOTIĆ (Belgrad) und MAKSIM BATŠEV (Moskau), indem sie deren Geschichte in Jugoslawien bzw. Norwegen darstellten. Životić zeichnete die Wege von Gefangenen nach, die zum Arbeitseinsatz im Bergbau nach Südosteuropa transportiert wurden, zum Teil fliehen konnten und sich unterschiedlichen militärischen Formierungen anschlossen. Eine nicht unerhebliche Zahl an ehemaligen Gefangenen habe sich am Widerstand beteiligt und aufgrund ihrer militärischen Ausbildung eine führende Rolle unter den Partisanen eingenommen. Batšev führte in bislang unerforschte Aktenbestände zur Filtration sowjetischer Kriegsgefangener in Norwegen ein und erläuterte, was diese über die Situation der Soldaten in Gefangenschaft sowie während der Überprüfung nach dem Krieg aussagen. Auch private Dokumente einschließend, reiche das Spektrum der Überlieferung von Berichten über deutsche Gräueltaten bis hin zu Zeugnissen privater Kontakte zwischen entflohenen Gefangenen und norwegischer Zivilbevölkerung.

In was für eine Situation die Gefangenen gerieten, so zeigte der Vortrag von ISKANDER GILJAZOV (Kazan') zur Idel-Ural-Legion, hing auch davon ab, wie die deutsche Seite diese wahrnahm und für ihre Zwecke zu verwenden suchte. Im Fall der Idel-Ural Legion sei die Annahme der deutschen Führung folgenreich gewesen, die vornehmlich muslimischen Turkvölker seien natürliche Feinde des Bolschewismus und aus diesem Grund kollaborationswillig. Aufgrund zahlreicher Überläufer zu den Partisanen sei die Legion jedoch ein Misserfolg gewesen und zeuge stattdessen von falschen Zuschreibungen und Erwartungen der Deutschen in Bezug auf die Gefangenen. Zugleich zeigte Giljazov auf, wie fließend in vielen Fällen die Grenzen zwischen Widerstand und Kollaboration verliefen, insofern (ehemalige) Gefangene zum Teil mehrfach die Seiten wechselten.

Einen stärkeren Akzent auf Umstände und Formen der Kollaboration legte OLGA RADČENKO (Čerkasi) in ihrem Vortrag über den Oblast Čerkasi. Es entstand ein facettenreiches Bild, das Überläufer zur Wehrmacht, Hilfswillige in Lagern und Kommandos sowie die Beteiligung von Kollaborateuren an der Ermordung von Juden umfasste. Im Kontext der Tagung besonders interessant erschien die Frage, inwiefern die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, des stalinistischen Terrors und der Zwangskollektivierung das Verhalten der Ukrainer gegenüber den deutschen Besatzern beeinflussten.

Ähnlich differenziert war der Blick, den PAVEL POLJAN (Moskau) auf die Geschichte sowjetischer Kriegsgefangener im besetzten Smolensk warf. Neben Organisation und Entwicklung der Durchgangslager der Wehrmacht kam er auch auf die Beziehungen zwischen den Lagern und der Stadt zu sprechen: zum einen der Einsatz des Bürgermeisters von Smolensk für die Entlassung von sowjetischen Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft, den dieser in seinen Memoiren allem Anschein nach übertrieben dargestellt habe, zum anderen das Wissen um die Zustände in den Lagern innerhalb der Bevölkerung. Diese sei beim Rückzug der Wehrmacht und den damit einhergehenden Todesmärschen von Gefangenen zu Zeugen von Erschießungen geworden.

ARTEM LATYŠEV (Moskau) thematisierte das Verhältnis zwischen Kriegsgefangenen und Heimatgesellschaft anhand der Überprüfung ehemaliger Gefangener. Wie er betonte, wurde nicht jede Gefangennahme als Verrat gewertet. Es habe in jedem Fall eine Betrachtung der Umstände gegeben, unter denen die Soldaten in Gefangenschaft geraten waren. Insgesamt hätten sowohl ideologische als auch pragmatische Erwägungen eine Rolle gespielt, häufig habe der weitere Kriegs- oder Arbeitseinsatz der Soldaten Vorrang gehabt.

Wiederholt kam die mediale Prägung von historischer Erfahrungen zur Sprache. Wie JÖRG OSTERLOH (Frankfurt am Main) darlegte, hatte das propagierte Feindbild des bolschewistischen Untermenschen den Nebeneffekt, dass Teile der deutschen Bevölkerung

die Präsenz von sowjetischen Kriegsgefangenen im Innern des Reichs und insbesondere die zahlreichen Fluchtversuche derselben als akute Bedrohung wahrnahmen. Osterloh entwarf ein präzises Bild von Häufigkeit und Umständen solcher Fluchten, sowie von den enormen Bemühungen der Wehrmacht und der Polizei, das Problem unter Kontrolle zu bekommen. Gerade zum Ende des Kriegs hin seien die Versuche, dem Hunger und den unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu entkommen, sprunghaft angestiegen, was nahelege, dass die Gefangenen gut über das aktuelle Geschehen informiert waren.

MARKUS MIRSCHEL (Berlin) beleuchtete das Verhältnis zwischen medialem und gesellschaftlichem Diskurs über Kriegsgefangenschaft anhand der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Dass sowjetische Soldaten, die in die Hände des Feindes gerieten, nicht offiziell als Gefangene anerkannt, sondern oft als Deserteure desavouiert wurden, habe bei vielen Angehörigen schmerzliche historische Erfahrungen geweckt. Mirschel beschrieb, wie die staatlichen Medien versuchten, die Mütter der gefangenen Soldaten zu Heldenmüttern zu stilisieren und die Rückkehr freigelassener Soldaten als Erfolgsgeschichte zu inszenieren. Dem stellte er eine wachsende zivile Protestbewegung gegenüber, die darauf gedrungen habe, das Schicksal der Gefangenschaft anzuerkennen.

Zwei Vorträge machten sich daran, das nationalsozialistische Feindbild des bolschewistischen „Flintenweibs“ zu dekonstruieren und die Erfahrungen von Rotarmistinnen zu rekonstruieren. LUISA ECKERT (Hamburg) hob hervor, wie heterogen die Schicksale von Frauen in der Roten Armee waren. Gefangenschaft habe für sie unter anderem Gewalt oder Tod hinter der Front, Dienst als Sanitätspersonal in Kriegsgefangenenlagern, Überführung in die Zwangsarbeit oder Überstellung in ein Konzentrationslager bedeuten können. Dementsprechend sei die Präsenz von gefangenen Rotarmistinnen in verschiedensten Bereichen der deutschen Gesellschaft nachweisbar. Besondere Aufmerksamkeit widmete Eckert dem völkerrechtswidrigen Vorgehen der Wehrmacht, Rotarmistinnen die Zustimmung zur Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft abzupressen, um sie im zivilen Sektor zur Arbeit einzusetzen.

ELENA PETUHOVA (Heidelberg) mahnte an, dass bei der Untersuchung der Erfahrungen von Rotarmistinnen zu wenig auf die „agency“ der Frauen eingegangen werde. Anhand von Ego-Dokumenten analysierte sie die Handlungen und Haltungen von Rotarmistinnen, die in Konzentrationslager überstellt wurden. Im Zentrum stand die Frage, wie die Frauen ihre Erfahrungen rückblickend interpretierten. Mit dem Verlust der Uniform bei der Ankunft im Konzentrationslager seien die Frauen ihrer Identität als Soldatinnen beraubt worden. Im Gegensatz dazu betonten ihre Berichte Momente der Selbstbehauptung wie zum Beispiel Proteste gegen den Arbeitseinsatz in der Rüstungsproduktion oder den Entzug des Kombattantenstatus. Sinnstiftende Deutungen erfolgten stets unter Bezug auf Handlungen der Frauen als Kollektiv – ein Duktus, der auch den Wunsch nach offizieller Anerkennung ausdrücke.

Ebenfalls mit der retrospektiven Narration von Gefangenschaftserfahrungen befasste sich MATTHIAS KALTENBRUNNER (Wien). Er stellte die Biographie eines Offiziers der Roten Armee vor, der Stalag und Konzentrationslager zwischen Widerstand und Kollaboration überlebte, nach dem Krieg in ein Lager des Gulag deportiert und erst 1956 vollständig rehabilitiert wurde. Die Texte dieses Offiziers, insbesondere sein Projekt einer literarischen Autobiographie, zeugten von konstanten, jedoch letztlich gescheiterten Versuchen der Rechtfertigung und Selbstheroisierung unter sich verändernden politischen Bedingungen. Dies warf die interessante Frage auf, inwiefern Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Erzählungen auszumachen sind, wobei Kaltenbrunner auf das auffällige Konkurrieren um Heldenstatus in Schriften von Männern verwies.

TAKUMA MELBER (Heidelberg) arbeitete am Beispiel des Russisch-Japanischen Kriegs die transkulturelle Dimension von Kriegsgefangenschaft heraus. Anhand von japanischen Quellen zeichnete er nach, wie russische Gefangene im Lager Narashino von der sie umgebenden Bevölkerung wahrgenommen wurden. Kultureller Vorurteile und Fehlwahrnehmungen zum Trotz habe sich das Lager aufgrund der dort versammelten Ethnien, Kulturen und Religionen zu einer gesellschaftlichen Attraktion und einem Wirtschaftsfaktor für die Region entwickelt. Die Praxis der „Trostbesuche“ sowie die Verabschiedung der Gefangenen durch die japanische Kaiserfamilie zeigten den Kontrast zur gewaltsamen, verbrecherischen Behandlung der sowjetischen Gefangenen im Zweiten Weltkrieg auf.

Sehr erhellend hinsichtlich des Aspekts der Transkulturalität war auch, was OKSANA NAGORNAJA (Jaroslavl’) zu Kontakten zwischen russischen Kriegsgefangenen und deutscher Zivilbevölkerung im Ersten Weltkrieg anmerkte. Ihre Darstellung betonte die Ambivalenz des Ersten Weltkriegs: einerseits Traditionen der Ritterlichkeit und Bestrebungen zur Umsetzung des Völkerrechts, andererseits Vorboten des totalen Kriegs wie Zwangsarbeit, Masseninternierung und Massensterben. Die Beziehungen zwischen den Kriegsgefangenen und der Bevölkerung seien dementsprechend heterogen gewesen und hätten unter Arbeitern von Konkurrenz bis Kameradschaft gereicht. Trotz des Stacheldrahts habe es eine gewisse Durchlässigkeit und noch vergleichsweise wenig kontrollierte Kommunikation zwischen beiden Seiten gegeben, einen Lagertourismus, der die deutsche Führung dazu veranlasst habe, den Feind verstärkt propagandistisch anzugreifen.

Von der Missachtung völkerrechtlicher Konventionen bei der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen war im Verlauf der Tagung wiederholt die Rede. Besonders eindringlich beschrieb das Ausmaß dieser Missachtung STEFAN WANNENWETSCH (Tübingen), indem er die Verwendung von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener zu Instruktionszwecken in deutschen Anatomien darstellte. Ein, wie er betonte, für die Geschichte der Hochmoderne einzigartiger Vorgang, der nur in Bezug auf gefangene Rotarmisten belegt ist. Hier sei die zivile Praxis, mittellose Tote an Anatomien zu übergeben, auf Kriegsgefangene ausgedehnt, eine klassenbasierte Rechtfertigung durch eine rassenideologische ersetzt worden.

Zu Beginn der Abschlussdiskussion fasste CHRISTIAN STREIT (Heidelberg) die ungeheure Radikalisierung im Umgang mit russischen bzw. sowjetischen Kriegsgefangenen von Anfang bis Mitte des 20. Jahrhunderts zusammen. Berichte aus dem Russisch-Japanischen Krieg und dem Ersten Weltkrieg zeigten eine im Rückblick beinahe idyllisch erscheinende, alte Welt des ritterlichen Kriegs. Die Erklärung für die tödliche Verachtung gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen nur wenige Jahrzehnte später sei in der extremen Ideologisierung in Reaktion auf die bolschewistische Revolution zu suchen. Das Feindbild vom jüdischen Bolschewismus habe dazu geführt, dass die Vorstellung vom ritterlichen Krieg durch die der Vernichtung einer Weltanschauung ersetzt wurde. Eine Ideologisierung, die, wie die Diskussion verdeutlichte, der Misshandlung der Gefangenen so gut wie keine Grenzen setzte, die Ausbeutung ihrer lebendigen wie toten Körper legitimierte.

ROLF KELLER (Celle) identifizierte auf der Basis des Vorgetragenen verschiedene Aspekte historischer Erfahrung, die einer weiteren Untersuchung wert wären. Das Schicksal weiblicher Gefangener stelle ein Desiderat dar, wobei Keller die Notwendigkeit unterstrich, diese als Subjekte zu begreifen, ihre Handlungsspielräume und Überlebensstrategien nicht nur kollektiv, sondern auch individuell zu ergründen. Ferne lohne es sich, das Verhältnis zwischen den Gefangenen und den Deutschen innerhalb wie außerhalb der Lager genauer zu betrachten. Die Reaktionen der Wachleute auf das Schicksal der Gefangenen seien sehr unterschiedlich gewesen, manche ältere Jahrgänge, die im Ersten Weltkrieg

Gefangenschaft erlebt hatten, seien von der Behandlung der Rotarmisten schockiert gewesen. Schließlich habe das Thema Widerstand mehr Aufmerksamkeit verdient, auch wenn die Quellenbasis zugegebenermaßen lückenhaft sei.

Im Verlauf der Diskussion wurden noch zahlreiche andere Forschungsfragen benannt. Wie gingen die deutschen Stellen mit der nationalen, ethnischen und kulturellen Vielfalt unter den Rotarmisten um? Warum führte die Entstalinisierung nicht zur Rehabilitierung der ehemaligen Gefangenen? Auch vergleichende Ansätze wurden vorgeschlagen, etwa jener, die Ideologisierung von Gefangenschaft und Kollaboration konfliktübergreifend, in Bezug auf ihre Entwicklung im 20. Jahrhundert nachzuvollziehen. Damit spiegelte die Diskussion die thematische und perspektivische Breite der Konferenz insgesamt wieder. Diese erlaubte neue, wichtige Erkenntnisse über russische und sowjetische Kriegsgefangene als Akteure zwischen den Fronten.

Dieser Text entstand im Rahmen eines Postdoc-Stipendiums am Fritz Bauer Institut. Ich danke den Stiftern des Stipendiums, Dres. Christiane und Nicolaus Weickart, für ihre Unterstützung.

Konferenzübersicht:

Mark Edele (Melbourne): Keynote

Panel I: Handlungsmotive: Lageralltag, Widerstand, Kollaboration

Jörg Osterloh (Frankfurt am Main): Fluchten von sowjetischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich 1941-1945

Iskander Giljazov (Kazan'): Die Idel-Ural-Legion

Olga Radčenko (Čerkasi): Zwischen Kriegsgefangenschaft und Kollaboration. Erfahrungen in der Ukraine 1939-1945

Panel II: Transkulturelle Erfahrungen

Takuma Melber (Heidelberg): Gefangen im „Land der aufgehenden Sonne" während des Russisch-Japanischen Krieges (1904/05). Russische Soldaten im Kriegsgefangenenlager Narashino

Oksana Nagornaja (Jaroslavl'): Russische Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung im Ersten Weltkrieg. Kontakte durch den Stacheldraht

Aleksandar Životić (Belgrad): Sowjetische Kriegsgefangene und der Zweite Weltkrieg in Jugoslawien

Maksim Batšev (Moskau): Sowjetische Kriegsgefangene in Norwegen. Neue Funde aus dem Russischen Staatsarchiv (GARF R 9526)

Panel III: Kriegsgefangene als Objekte rassenkundlicher und anatomischer Untersuchungen

Stefan Wannenwetsch (Tübingen): Nach dem Tod. Sowjetische Kriegsgefangene in deutschen Anatomien

Matthias Kaltenbrunner (Wien). Zweierlei Widerstand. Ein sowjetischer Offizier im Konzentrationslager und im Gulag

Panel IV: Kriegsgefangenschaft und die Heimatgesellschaft

Artem Latyšev (Moskau): Die Überprüfung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener im Zweiten Weltkrieg

Pavel Poljan (Moskau): Sowjetische Kriegsgefangene im besetzten Smolensk

Markus Mirschel (Berlin): Sowjetische Kriegsgefangene in Afghanistan: die „Soldatenmütter“ und der zivilgesellschaftliche Diskurs

Panel V: Kriegsgefangene Soldatinnen und Offizierinnen

Luisa Eckert (Hamburg): Flintenweib, Beutestück, Sonderfall? Rotarmistinnen in deutscher Kriegsgefangenschaft

Elena Petuhova (Heidelberg): Erfahrungen weiblicher sowjetischer Kriegsgefangener im und nach dem Zweiten Weltkrieg

Abschlussdiskussion mit Christian Streit (Heidelberg) und Rolf Keller (Celle)

Zitation
Tagungsbericht: Kriegsgefangenschaft. Russische und sowjetische Erfahrungen im 20. Jahrhundert, 01.07.2021 – 02.07.2021 digital, in: H-Soz-Kult, 28.09.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9070>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Asymmetries of a Region: Decentring Comparative Perspectives on Eastern Europe

digital (Leipzig)
Veranstalter
Corinne Geering / Theo Schley / Hana Rydza, GWZO-Nachwuchsgruppe Ostmitteleuropa im Vergleich, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa, Leipzig

09.06.2021 - 11.06.2021
Von
Hana Rydza / Theo Schley, GWZO-Nachwuchsgruppe Ostmitteleuropa im Vergleich, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa, Leipzig

The GWZO Annual Conference 2021 was dedicated to the current state of comparative research on Eastern Europe, methodological challenges in the field and innovative approaches regarding the global dimension. The conference focused on ways of countering methodological shortcomings like the homogenisation and marginalisation of Eastern Europe, container thinking, euro- and west-centrism and methodological nationalism by taking approaches that decentre, de- and re-territorialise or provincialise Europe. One of the

conference's central discussion questions was how comparative studies are to treat obvious asymmetries without equating or reinforcing them. As CORINNE GEERING (Leipzig) pointed out in her introduction, the ongoing methodological debates on the comparative approach and the various efforts to integrate comparison into research on transfer, connection and entanglement show that the long-standing interest in comparative research has increased rather than ceased. Indeed, new fields in comparative research have been developed, not least because of increased interest in mobility and border crossings.

Researchers of diverse geographical origins working in various disciplines referred to empirical studies demonstrating the importance of including multiple perspectives and considering dynamic networks, spatial overlaps, connections and entanglements in comparative research on Eastern Europe.

The first panel examined the blind spots that allow asymmetrical frameworks and source materials to shape conceptions of world regions and remarked the need for methodological answers to this problem. Retracing the Eastern European tradition of map-making since the 12th century, CHRISTIAN LÜBKE (Leipzig) reflected on the crucial role maps played in shaping the western gaze on this region and setting the frame for western thinking on the East in the middle ages. Lacunar source materials have profoundly impacted our understanding of even the most researched transregional events and developments, especially the mid-14th century pandemic called the Black Death, which is less well documented than cartographical depictions might suggest. For instance, it is still unclear whether it really left Eastern Europe untouched. MARTIN BAUCH (Leipzig), THOMAS LABBÉ (Leipzig), UNDINE OTT (Leipzig) and ANNABELL ENGEL (Leipzig), who form the GWZO research group "The Dantean Anomaly," have "de-westernised" our understanding of the Black Death's regional impact by using Big Data Palaeoecology analyses of crop pollens to capture demographic declines among farmers. They found out that the Black Death devastated some areas but spared others, mostly in Central and Eastern Europe. Population density, political stability and prior famines might have been key factors in this heterogeneous pandemic behaviour.

Asymmetrical frames must and can be challenged. Thus, CLEMENS GÜNTHER (Berlin) asked whether and how late Soviet literature can be globalised. Literary scholarship on Soviet literature seems to be stuck in an asymmetrical epistemic framework dubbed the "deformation model". Using the examples of the one-day documentary initiative den' mira (1960) and Soviet authors' reception of Latin American magical realism, Günther illuminated the receptivity and global range of late Soviet literature.

AUGUSTA DIMOU (Leipzig) retraced the development of legislation on intellectual property in Eastern Europe as a lens through which to highlight the region's cultural organisation in modern times. Western concepts of intellectual property were received but did not replace the Eastern European distinctiveness in this important part of cultural life, where re-editing and circulation of cultural products were facilitated and necessitated by the multilingual society alone.

In his keynote, MARTIN MÜLLER (Lausanne) identified the place of what he calls Global Easts in global theory.[1] He understands the Global East not as a region but rather as a concept that encompasses post-socialist legacies, neoliberal transformation, EU access and capitalism. Müller argued for theorising the East with researchers from the East and broadening geographical imagination to question empirical archetypes and diversify theoretical repertoires. Thus, the "Global East" reveals itself as an emancipatory project.

The second panel continued the discussion on how Eastern Europe is to be positioned in a global framework. How was and is Eastern Europe epistemologically connected to the Global South? STEFFI MARUNG (Leipzig) demonstrated that development historiography has long marginalised socialist Eastern Europe as backward. In contrast to this west-centric perspective, Marung offered examples of connections and cooperation between East and West as well as East and South in circulating models of development. In this light, Eastern Europe appears to be an active agent of international development. An example of cooperation between Soviet experts and US black activists illustrated overlapping projects and visions of modernity and socialism, as well as the intertwining of pan-Africanism, communism and modernisation projects. Comparison was shown to be an essential practice for international development, a powerful practice in which marginalised actors engaged as well.

The example of the Non-Aligned Movement (NAM), analysed by NATAŠA JAGDHUHN (Berlin), illustrated the interdependence and cooperation between states from the Global South and the Eastern bloc during the Cold War. Jagdhuhn presented a case of two museums founded in Yugoslavia during the Cold War which served as emancipatory political and educational platforms for decolonisation. Despite their central role in the theory of the "decolonisation of the museum", western-centric histories of museology fail to notice them.

ZOLTÁN GINELLI (Budapest) and ESZTER SZAKÁCS (Budapest) looked at 20th-century historical relationships and parallels between the global periphery (Global South) and semiperiphery (Eastern Europe) via the concepts of coloniality, peripherality and migration. In presenting the Transperiphery Movement exhibition project, which they curated at the Off-Biennale Budapest 2021,[2] Ginelli and Szakács stressed the need to counter centre-dominated, hierarchical views of history. Their exhibition project offered a de-centred, multi-focal, global perspective achieved by retelling histories of resistance strategies and emancipative possibilities of interperipherality.

In its third panel, the conference turned from the effort to de-centre the analysis of the Global East and South towards discussing new approaches in comparative research on social margins. Taking a wider cultural context into account, LUCIAN GEORGE (Oxford) presented a comparative study of rural political cultures in interwar Poland and Czechoslovakia, thereby uncovering unremarked differences between the particular rural politics. Why, he asked, did the Polish and Czechoslovak agrarianisms follow completely different paths – leftward in Poland, but toward right radicalisation in Czechoslovakia – despite their shared historical and ideological roots? A comparative semantic analysis between connotations of political discourse about "farmers" and "peasants" revealed that in Czechoslovakia, adapting the agrarian movement's political agenda to the changing socio-political context while also expanding industrialisation, the movement was forced to expand the agrarian constituency.

IGOR STIPIĆ (Regensburg) presented a comparative study on the construction of national identity in Bosnia and Chile that shed light on postcolonial and post-socialist entanglements. Stipić demonstrated how deeply the constructions of national subjectivities in both Southeast Europe and South America are embedded within the modern colonial project and a global history of coloniality. Perceiving racialisation as an integral part of the nation-state body politic can reveal how racial profiling has influenced the configuration of imagined communities in Bosnia and Chile. The decolonial theory approach enables a critical examination of Eurocentric modernity in today's Bosnia and Chile. From there, Stipić identified a core element of the Chilean and Bosnian racial projects: the (claimed) identification with the European idea.

In the area of informal housing studies, UDO GRASHOFF (Leipzig) denounced the dominant bipolar perception of a world divided into a Global North and Global South and the attendant neglect of socialist-bloc countries. Grashoff attempts to overcome these shortcomings by relating the Eastern dimension to the dominant South-North divide through the lens of literature on informal housing, a "marginal practice" that is ubiquitous across the globe. His presentation focused on urban squatting in East European cities (Prague, Vilnius, St. Petersburg) during the socialist and post-socialist periods, comparing squatting to Western, Latin American and Central Asian forms of informal housing. By demonstrating both overarching similarities and local specifics, he managed to dismantle the stereotypical and superficial assumptions that are commonly the consequence of a bipolar perception of the world.

Asymmetrical frameworks lead to epistemic injustice that often hits minorities first by ascribing identity to them. To counter this, the fourth panel questioned the origins of knowledge and identity of minorities. JÜRGEN HEYDE (Leipzig) discussed migrant Armenian minorities in the premodern era (16th and 17th c.) in Lviv and Kamjenec-Podilskyj. As Heyde demonstrated in his lecture, the study of Armenian chronicles allows researchers to dive under the surface of (foreign) group identification categories such as "Armenians" or "Catholics" and analyse the construction of a group's self-image. Taking up the thread, NADIA BUREIKO (St. Gallen) presented a comparative study on self-identification of the two biggest ethnic minorities in the multicultural borderline territory of Bukovina. Taking a quantitative approach, Bureiko and her co-worker TEODOR MOGA (St. Gallen) investigated how Romanians in Ukraine and Ukrainians in Romania position themselves in relation to the state of their ethnic origin and the state of their current residency, emphasising the importance of local, national and supranational contexts and cross-border entanglements for the study of ethnic minorities. Instead of adopting a state-centred perspective, Bureiko and Moga used an approach that made it possible to capture complex perceptions at the individual level.

DIANA HITZKE (Gießen) examined the construction of minorities in literary narratives, asking how minority narratives become world literature. She responds to the problems of methodological nationalism by comparing minority narratives in three languages (English, Russian, Sorbian) from different regions of the world (Nigeria, Tatarstan, Lusatia). Thus, while offering a decentralised perspective on Eastern Europe, she also contributed to a comparative practice that includes Russophone and "small" European literatures in the analytical framework of world literature.

Peripheries are socially created, often by faraway centres, and are quickly identified and later unquestioned, a conclusion that can be drawn from the fifth and last panel. CHECHESH KUDACHINOVA (Altai Republic) pointed out that "Siberia" is a social invention. Its conceptualisation has shifted over time, mainly according to Muscovite political needs and ultimately marginalising and objectifying the region. Starting from new spatial history, area studies and postcolonial studies, Kudachinova retraced the mental mapping of this region, focusing on the Russo-centric imperial gaze that has shaped the concept to this today by ways of questionable etymology (Siberia as a Tartar word for "won") and Soviet geographers' attempts in the 1920s to rename and reframe the region as "Northern Asia".

CORINNE GEERING (Leipzig) asked in her presentation how a globalising metropolis managed to harness and shape the rural periphery of empires like Great Britain and Russia at the height of the so-called first globalisation. In the name of rural development, Russian and British nobility used the Chicago World Fair of 1893 to sell products from home industry workshops. At the fair, rural space was represented by exhibiting not only products but also people – more precisely, selected girls from Ireland who were to perform "traditional" crafts.

The transregional transfer and mobility of means, practices and knowledge flowed through networks woven by imperial elites around the globe, shaping images of the European "exotic" periphery.

The GWZO Annual Conference 2021 coincided with the 25th anniversary of the GWZO, giving FRANK HADLER (Leipzig) occasion to review the development of comparative regional studies since the 1990s in the concluding discussion. Comparative approaches for defining a region through its historical structures have been criticised ever since, producing alternatives such as *Histoire croisé_e, _transfer culturel*, entangled histories and finally, transnational history. The comparative approach, redefined, is still flourishing, he concluded. The participants advocated more transregional dialogue, more kinds of comparisons and more robust exchange with researchers from across the globe. The methodological discussion must also remain alert to the political use of comparison, especially as this type of approach was engrained in the practices of colonialism and imperialism and has contributed to the ongoing asymmetries shaping research on Eastern Europe.

All in all, this conference has spotlighted the desire for more comparative research, the need to include researchers from various regions, and even moves to "provincialise" the West. The innovative potential of a refined comparative perspective and methodology has become ever clearer. As some participants stressed, the approach considered here has been written off by some but is nonetheless still very much alive.

Conference overview:

Christian Lübke (Director of the GWZO, Leipzig) and Corinne Geering (Leipzig): Welcome and Introduction

Panel I: Asymmetrical Frameworks
Chair: Theo Schley (Leipzig)

Christian Lübke (Leipzig): The East as seen by the West: Perceiving, Visualising and Mapping from the Early Middle Ages to the Enlightenment

Martin Bauch, Annabell Engel, Undine Ott (Leipzig), Thomas Labbé (Dijon): The Black Death (1347–52) and Eastern Central Europe: A Transcontinental Pandemic in Regional Comparison

Augusta Dimou (Leipzig): No European History without Eastern Europe

Clemens Günther (Berlin): Can Late Soviet Literature Be Globalised? Comparative Perspectives beyond the 'Deformation Model'

Comment: Katja Castryck-Naumann (Leipzig)

Keynote: in cooperation with the Leibniz ScienceCampus »Eastern Europe – Global Area« (EEGA)
Martin Müller (Lausanne): Go East: Thinking beyond North and South
Moderation: Sebastian Lentz (Speaker of the EEGA)

Panel II: Eastern Europe and the Global South
Chair: Aurelia Ohlendorf (Leipzig)

Steffi Marung (Leipzig): Comparing and Connecting: The Soviet and the American South as Models for International Development

Nataša Jagdhuhn (Berlin): The Non-Aligned Movement and the Decolonisation of the Museum Field: The Gallery of Art of the Non-Aligned Countries »Josip Broz Tito« (1984–1991)

Zoltán Ginelli and Eszter Szakács (Budapest): Transperiphery Movement: Global Eastern Europe and Global South

Comment: Beáta Hock (Leipzig)

Panel III: Social Margins
Chair: Hakob Matevosyan (Leipzig)

Lucian George (Oxford): Comparing Rural Political Cultures in Interwar Poland and Czechoslovakia

Igor Stipić (Regensburg): Rejected Bodies, Disowned Cultures: Race and Nation in Bosnia and Chile

Udo Grashoff (Leipzig): Informal Housing in East Europe in Comparative Perspective

Comment: Antje Dietze (Leipzig)

Panel IV: Minorities
Chair: Hana Rydza (Leipzig)

Jürgen Heyde (Leipzig): Reframing Locality: The Armenian Chronicles of Early Modern Lviv and Kamjanec Podilskyj

Nadiia Bureiko (St. Gallen): (In)visible Asymmetries in the Northern and Southern Parts of Bukovina: Comparative Analysis of Ukrainian and Romanian Minorities' Self-Perceptions

Diana Hitzke (Gießen): Comparing Minority Narratives in English, Russian and Sorbian Literature

Comment: Adamantios Th. Skordos (Leipzig)

Panel V: From Centres to Peripheries
Chair: Gáspár Salamon (Leipzig)

Chechesh Kudachinova (Altai Republic): Neither East nor North: The Pragmatic Metageographies of Northeast Eurasia

Corinne Geering (Leipzig): Dialogue of Imperial Histories: Textiles and Regional Development in the Russian and British Empires

Comment: Jan Zofka (Leipzig)

Concluding discussion: Frank Hadler (Leipzig), Corinne Geering (Leipzig)

Notes:
[1] The keynote lecture by Martin Müller is available on https://www.youtube.com/watch?v=JQJP8qBZNCw (03.09.2021)
[2]https://offbiennale.hu/en/2021/projects/transzperiferia-mozgalom (03.09.2021)

Zitation
Tagungsbericht: Asymmetries of a Region: Decentring Comparative Perspectives on Eastern Europe, 09.06.2021 – 11.06.2021 digital (Leipzig), in: H-Soz-Kult, 24.09.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9068>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Digital Humanities und baltische Geschichtsforschung

Ort
digital (Berlin)
Veranstalter
Madlena Mahling, sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, Dresden; Katja Wezel, Georg-August-Universität, Göttingen

28.05.2021 - 29.05.2021
Von
Madlena Mahling, sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, Dresden; Katja Wezel, Georg-August-Universität, Göttingen

Das diesjährige 73. Jahrestreffen der Baltischen Historischen Kommission (BHK) fand am 28. und 29. Mai 2021 online statt. Die Tagung beschäftigte sich mit dem Thema „Digital Humanities und baltische Geschichtsforschung“. Organisiert wurde die Tagung von den beiden Mitgliedern der BHK MADLENA MAHLING (Dresden) und KATJA WEZEL (Göttingen).

In seinem Eröffnungsvortag fragte GEORG VOGELER (Graz) grundsätzlich nach den Möglichkeiten der digitalen Geschichtsforschung. Diese seien einerseits geprägt durch die menschliche Modellierung historischer Realitäten, das heißt die Erstellung und Anwendung schematischer, reduzierter Datensätze als Interpretationen der Quellen durch Menschen in „Factoiden“ (Bradley / McCarthy), andererseits durch die ständige Verbesserung der Technologien der automatischen Erzeugung von Daten. Automatisches Einlesen von historischen Quellen, die automatische Extraktion von Information aus den Texten und Verknüpfung dieser Daten lassen die Vision einer maschinengestützten umfassender Rekonstruktionen der Vergangenheit realisierbar erscheinen („Time Machine“, Di Leonardo / Kaplan). Für die Konzeptualisierung der digitalen Geschichtsforschung erläuterte Vogeler, dass die Bandbreite digitaler Methoden und Werkzeuge die Rolle von „digitalen Intermediären“ einnehmen, die zwischen den Quellen und den Forscherinnen und Forschern stehen: Datenmodelle, Annotationen, Algorithmen, Visualisierungen etc. ermöglichen den Zugang, die Analyse und die Interpretation großer Datenmengen bis hin zur Schaffung immersiver, multimedialer Darstellungen der Vergangenheit. Fraglich bleibt aber, ob sie „Zeitreisen“, also die komplette Erfassung und Abbildung historischer Realitäten ermöglichen, oder aufgrund der Selektivität und Unterkomplexität der genutzten Daten und ihrer Verarbeitung nur den Anschein dieser Möglichkeit erwecken und deshalb eine menschliche Interpretation brauchen.

Im ersten Panel lag der Schwerpunkt auf der Vorstellung von Datenbanken und Bibliotheken, also jenen Institutionen, die der Öffentlichkeit Digitalisate zur Verfügung stellen. ANDA BAKLĀNE (Riga) stellte in ihrem Vortrag verschiedene lettische Portale vor, die die Universitätsbibliothek Lettlands der Öffentlichkeit in den letzten Jahren nach umfangreichen Digitalisierungen von Primärquellen, Zeitungen, Zeitschriften und Fotografien zur Verfügung gestellt hat. Für die deutschsprachige Forschung ist hierbei vor allem das Portal „Periodika“ von großer Bedeutung, mit dem auch der gesamte, umfangreiche deutschsprachige Bestand an Zeitungen und Zeitschriften aus dem ehemaligen Livland und Kurland kostenfrei zugänglich ist. Baklāne stellte unter anderem auch das für Historiker:innen besonders relevante Portal „Raduraksti“ vor, in dem alte Kirchenbücher, Absolventenlisten des Rigaer Polytechnikums sowie der Universität Lettlands und auch Deportationslisten digitalisiert wurden.

RIMVYDAS LAUŽIKAS (Vilnius) gab einen Überblick zur Entwicklung der Digital Humanties in Litauen und zur Nutzung digitaler Forschungsmethoden durch litauische Wissenschaftler:innen seit 1991. Einen besonderen Schwerpunkt legte er auf Computer-basierte Forschungsmethoden litauischer Archäolog:innen. Er stellte die Datenbank „VORUTA“ vor, die Objekte des kulturellen Erbes Litauens seit 1997 digital sammelt und seit 1999 für die Öffentlichkeit online zugänglich ist. Als Beispiel für die Arbeit von digitalen Humanist:innen in Litauen stellte Laužikas ein Projekt der Fakultät für Kommunikation an der Universität Vilnius vor. Dort wird zurzeit eine Software entwickelt, deren Ziel es ist, verschiedene architektonische und städtebauliche Elemente durch die Sammlung und Gegenüberstellung von 2D- und 3D-Daten von Objekten und Orten des kulturellen Erbes aus verschiedenen Epochen zu erkennen und zu vergleichen.

ELKE BAUER (Marburg) thematisierte die Frage des Umgangs mit digitalen Forschungsdaten, der derzeit am Herder-Institut in Marburg durch den NFDI-Prozess, das heißt den Aufbau einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur im Rahmen von fachspezifischen Konsortien, begegnet wird. Das Herder-Institut ist an zwei Konsortien (NFDI4Culture und NFDI4Memory) beteiligt, die sich der Bereitstellung von digitalen Infrastrukturen für die Forschung widmen. Bauer warf dabei die Frage auf, wie die unterschiedlichsten Daten bereitgestellt werden und sich dabei dem wandelnden Rechercheverhalten der Nutzenden anpassen können. Darüber hinaus mahnte sie die gewünschte Vernetzung von Daten (Interoperabilität), die erforderliche Nachhaltigkeit der Angebote (Datenqualität hinsichtlich Langzeitarchivierung und -verfügbarkeit) sowie die Notwendigkeit von quellenkritischen Überprüfungen an.

FELIX KÖTHER (Marburg) stellte das neue Onlineportal des Herder-Instituts „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ vor, ein Themen-, Transfer-, Recherche- und Verbundportal, das im Herbst 2021 starten soll und als Onlinemagazin und Recherchedatenbank konzipiert ist. Das Portal verknüpft, was zumeist voneinander getrennt wird: Externe Wissenschaftskommunikation und den Wissenstransfer in die breitere Öffentlichkeit, fachinterne Information sowie einen an das Portal gekoppelten, auf Nachhaltigkeit und Interoperabilität ausgerichteten Infrastrukturaufbau, der sich an aktuellen technischen Standards und im Kulturbereich etablierten Datenmodellen und -formaten orientiert. Ziel ist es, die Präsenz wissenschaftlicher Forschung, von Infrastrukturleistungen, Kulturerbesicherung und -vermittlung in der öffentlichen Wahrnehmung zu erhöhen und neben dem bestehenden Publikum des Herder-Instituts auch neue Zielgruppen anzusprechen.
Im zweiten und dritten Panel kamen Wissenschaftler:innen aus dem Baltikum zu Wort, die für ihre Forschungsprojekte digitale Programme und Anwendungen nutzen. MAREK TAMM (Tallinn) stellte das neue, in diesem Jahr an der Universität Tallinn gestartete Projekt „Digital Livonia“ vor. Es verfolgt das Ziel, aufbauend auf bereits existierenden digitalen

Datenstukturen und digitalisierten Primärquellen, digitale Editionen vorzubereiten, eine digitale Plattform zu erstellen sowie die Daten wissenschaftlich auszuwerten. Das Projekt richtet sich einerseits an Historiker:innen, andererseits aber auch an eine breite Öffentlichkeit. Die Datenbank soll nach unterschiedlichen Aspekten (z.B. Bücher im mittelalterlichen Livland, Namenslisten von Angehörigen des Klerus, Preise und Gewichte etc.) aufgegliedert werden, um die Nutzung zu erleichtern. Geplant ist außerdem auch die Einbeziehung digitalisierter Bildquellen sowie die Erstellung digitaler historischer Karten.

MINDAUGAS ŠINKŪNAS (Vilnius) wertete in seinem Vortrag ein digitalisiertes Korpus altlitauischer Texte aus, die mit Hilfe optischer Zeichenerkennung (*optical character recognition*) von litauischen Linguisten untersucht werden. Er wies auf die Schwierigkeiten bei der Texterkennung von handgeschriebenen Texten hin und zeigte Lösungsansätze auf, wie diese behoben werden können. Im Besonderen wies er auf die Möglichkeiten hin, die Software durch ihre Anwendung bei verschiedenen Texten aus unterschiedlichen Zeitepochen und im direkten Vergleich zu korrigieren und stetig zu verbessern. Als Beispiele stellte Šinkūnas verschiedene Schreibweisen zentraler Worte in unterschiedlichen Bibelübersetzungen und Evangelien vor. Sein Vortrag wies darauf hin, dass optische Zeichenerkennung allein bei historischen Texten meist nicht ausreicht, sondern das geübte Auge von Digitalhumanist:innen und Linguist:innen hier weiterhin gefragt ist.

HEIKO BRENDEL (Passau) stellte in seinem Vortrag ein Konzept vor, mit Methoden der historischen Geoinformation (GIS) und der quantitativen Geschichtswissenschaft verschiedene Seemächte und deren Stärke im Ostseeraum von der der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart zu vergleichen und zu visualisieren. Er verwendete dazu ein Seemachtskonzept, das einerseits die Stärke der Kriegsflotten quantifiziert, andererseits die Kontrolle über ausgewählte Hafenstädte berücksichtigt. Die Bedeutung der Städte wird dabei anhand zugewiesener Attribute gewichtet. Im Mittelpunkt von Brendels Betrachtung standen Dänemark, Schweden, Russland bzw. die Sowjetunion sowie Deutschland.

KATJA WEZEL (Göttingen) nutzt für ihr Forschungsprojekt zu Riga als globalen Hafen und internationale Handelsmetropole (1861-1939) ebenfalls die historische GIS-Forschung. Mit Hilfe von digitalisierten historischen Karten, die sie mit den Programmen QGIS bzw. ArcGIS erstellt bzw. bearbeitet hat, stellte sie in ihrem Vortrag Rigas globales Handelsnetzwerk dar und untersuchte seine Reichweite. Durch den diachronen Vergleich und die Gegenüberstellung verschiedener Zeitabschnitte konnte sie weitreichende Veränderungen hinsichtlich der Ausweitung des Handelsnetzwerkes und der Veränderung von Warenströmen (insbesondere neue Absatzprodukte und Absatzmärkte) innerhalb ihres Untersuchungszeitraums aufzeigen. Sie betonte darüber hinaus die umfangreichen Möglichkeiten bei der Anwendung von Computerprogrammen in der digitalen Kartographie und ihrer Nutzung durch Historiker:innen, beispielsweise durch Sammeln, Gegenüberstellung und digitale Auswertung unterschiedlicher Attribute, die für eine historische Bewertung relevant sind.

Die Tagung zeigte die vielfältigen Möglichkeiten Digital Humanities in und zu den baltischen Staaten auf. Für die Mitglieder der Baltischen Historischen Kommission bot sie verschiedene Ansatzpunkte: Erstens, wo und wie sie digitalisierte Daten für die eigene Forschung besser nutzen können und zweitens, welche breiten Möglichkeiten es gibt, die historische Forschung zum Baltikum durch digitale Methoden zu bereichern. Darüber hinaus setzten sich mehrere Beiträge, insbesondere der Eröffnungsvortrag von Georg Vogeler, auch wissenschaftstheoretisch mit dem Phänomen der digitalen Geschichtsforschung auseinander und stellten die Frage nach den gesellschaftlichen Folgen der vermehrten Digitalisierung, womit eine anschließende online-Diskussion in Kleingruppen angestoßen wurde.

Konferenzübersicht

Panel I: Einführung in die digitale Geschichtsforschung

Madlena Mahling (Dresden) / Katja Wezel (Göttingen): Einführung

Georg Vogeler (Graz): Digitale Geschichtsforschung zwischen „Factoiden“ und „Time Machine“

Panel II: Digitale historische Forschung und Datenmanagement / Digital Historical Research and Data Management

Anda Baklāne (Riga): Digital History in Estonia and Latvia: Resources, Community Involvement, Scholarship

Rimvydas Laužikas (Vilnius): Digital Humanities and Historical Research in Lithuania

Elka Bauer (Marburg) / Felix Köther (Marburg): Datenmodelle als Grundlage für einen nachhaltigen Wissenstransfer: Forschungsdaten – Infrastruktren – Vernetzung

Panel III: Digitale Methoden zur Erforschung baltischer Quellen

Marek Tamm(Tallinn): Digital Livonia: For a Digitally Enabled Study of Medieval Livonia

Mindaugas Šinkūnas (Vilnius): Detection of Text Similarity for Old Lithuanian

Panel IV: Erforschung des Ostseeraums mit historischer GIS-Forschung

Heiko Brendel (Passau): Seemacht im Ostseeraum von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart – Überlegungen aus dem Bereich der historischen Geoinformation und quantitativen Geschichtswissenschaft

Katja Wezel (Göttingen): Riga als Wirtschafts- und Handelsmetropole um 1900 – eine Untersuchung unter Anwednung von Methoden der historischen GIS-Forschung

Zitation
Tagungsbericht: Digital Humanities und baltische Geschichtsforschung, 28.05.2021 – 29.05.2021 digital (Berlin), in: H-Soz-Kult, 25.09.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9069>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Digital History. Konzepte, Methoden und Kritiken digitaler Geschichtswissenschaften.

Ort: digital (Göttingen)
Veranstalter
AG Digitale Geschichtswissenschaft im VHD, Karoline Döring, Stefan Haas, Mareike König, Jörg Wettlaufer

01.03.2021 - 03.03.2021
Von
Fabian Dombrowski, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin; Sarah Wolff, LWL-Museum für Archäologie, Herne

Die Tagung hätte ein gutes Handbuch abgegeben. Idealiter fanden Novizen einen Zugang und Etablierte systematisch Zusammengefasstes zu „Konzepte(n), Methoden und Kritiken" der Digitalen Geschichtswissenschaft. Die Schwerpunkte lagen auf Datenvisualisierungen und der Hermeneutik des Visuellen, Datenmodellierung, statistischen und qualitativen Verfahren; zusätzlich auf digitaler Lehre und dem Lehren des Digitalen. KAROLINE DÖRING (München), STEFAN HAAS (Göttingen), MAREIKE KÖNIG (Paris) und JÖRG WETTLAUFER (Göttingen) versammelten dazu Beiträger:innen für drei Keynotes und sechs Roundtables. Ursprünglich für das Frühjahr 2020 geplant, aber pandemiebedingt verschoben, sprach die Konferenz virtuell abgehalten über 430 Teilnehmer:innen an.

Zunächst eine erfreuliche Bilanz: Technisch-organisatorisch verlief die Konferenz ohne größere Probleme. Dies sei positiv herausgehoben in Anbetracht von drei vollen Konferenztagen inklusive Pre-Conference Workshops. Die großzügigen Pausen halfen (45–90 Minuten Bildschirmerholung, Diskussionsblocks maximal 90 Minuten, danke dafür!). Statt das Publikum mit langen Vorträgen an ihre Bildschirme zu binden, wurde im Vorfeld Material als Screencast und Prepaper zur Verfügung gestellt.[1] „Natürlich haben alle die Texte zur Sitzung gelesen." (Zitat, Patrick Sahle) Während der Roundtable bündelten Respondent:innen die Hauptargumente und leiteten die Diskussion mit Nachfragen und Bemerkungen ein. Das begünstigte Neulinge; es war möglich, Themen vorzubereiten und Spezialdebatten zu folgen.

Zum Konferenzauftakt fragte TORSTEN HILTMANN (Berlin) nach der Digitalisierung als Medienwandel und Grundlage der Digital History. Seine Vergleichsfolien waren der Medienwandel hin zur Mündlichkeit und hin zum Buchdruck. Der aktuelle Medienwandel wäre dann einer hin zu den Daten. Die seien sauber von ihrer Repräsentation als Text, Bild oder Ton zu trennen. In dieser Unterscheidung liegt ein Programm für *data driven* Geschichtsforschung: Die Hermeneutik der Historiker:innen muss nicht bei Repräsentationen stehenbleiben, sondern kann sich *computational* der Daten dahinter ermächtigen.

KATRIN MOELLER (Halle-Wittenberg) besprach „Die Modellierung des zeitlichen Vergleichs als Kernkompetenz von Digital History". Es ließe sich sagen, dass dies eigentlich die Kernkompetenz jeder Historiker:in sei. Für computerisierte Zugriffe stellt sich die Fragen nach Quellenunvollständigkeit und dem Wandel von Begriffsbedeutungen nochmal anders, wenn wir sogenannte Formale Verfahren praktizieren.

LEIF SCHEUERMANN (Graz) diskutierte eine enge Definition von Simulation. Einzig eine Berechnung auf Basis von Naturgesetzen verdiene diese Bezeichnung – ein breiteres Verständnis der Methode gäbe die historischen Disziplinen gegenüber z.B. der Physik der

Lächerlichkeit preis. So skeptisch diese Ansage anmuten mag – und vom Publikum aufgenommen wurde –, so überzeugten derartige Simulationen in der Praxis, insbesondere wenn sie von den Quellen abwichen: Liegt die simulierte Maximalgeschwindigkeit eines Schiffes höher oder niedriger, als Zeitgenoss:innen es angaben, ist die Erklärung der Differenz möglicherweise aufschlussreich.

Dass menschlicher *bias* sich selbst in sachlichen Algorithmen niederschlägt, ist bekannt.[2] TOBIAS HODEL (Bern) zeigte Stellen im Arbeitsprozess mit trainierten Maschinen, an denen „Induktion von Bias“ stattfindet. Die Frage blieb: Wie kann der Rechner uns mit Perspektiven überraschen, die wir ohne ihn nicht gesehen hätten, anstatt dass er unsere Vorurteile wiederholt?

ANDREAS FICKERS (Luxemburg) warnte, Einblicke in unfertige Gedanken zu geben. Die essayistischen Betrachtungen begannen bei der historischen Imagination der Gegenwart als Digitalzeitalter, geprägt vom Leitmedium Internet. Das sich dort manifestierende Zeitregime präge unseren Zugriff auf die Vergangenheit. Um diese Situation zu verstehen, gelte es sich auf die Tugend der Hermeneutik zu besinnen; bisher dominiere der statistische Zugriff auf das WWW als Quelle. Er deutete als Alternative eine Kombination von *close* und *distant reading* an.

MORITZ FEICHTINGER (Zürich) historisierte Datenbanken. Er erwog unter anderem ihre materielle Dimension, denn das Digitale hat einen Ort, die Cloud ist kein metaphysisches Nirgendwo. Feichtingers Beispiel – ein US-Army Projekt aus dem Vietnamkrieg – war instruktiv: Die Datensätze liegen vor, aber ihre Logik bleibt verborgen ohne die Geschichte ihrer Genese und eine Rückbindung an die jeweils speichernde und verarbeitende Maschine.

ANNA ASCHAUER (Mainz), MONIKA BARGET (Mainz), JAAP GERAERTS (Mainz) und DEMIVAL VASQUES FILHO (Mainz) betonten den Wert der Datenvisualisierungen als ein Werkzeug im eigenen Forschungsprozess. Ähnlich wie bei Katrin Moellers Vortrag forderte die Eigenheit des historischen Materials heraus: Unvollständig, uneindeutig und generell unsicher nötigt es zu Entscheidungen, die zu treffen und zu dokumentieren sind.

Die Eigengeschichte der Digital History erkundete GERBEN ZAAGSMA (Luxemburg) bis in die Nachkriegszeit. Weder für den Westen noch den historischen Materialismus im Ostblock wurden die Pionierphasen, in denen Historiker:innen zur Lochkarte fanden, aufgearbeitet. Warum z.B. bleibt die Theoriearbeit der *computational history* der 1950er- bis 1970er-Jahre aus gegenwärtigen Debatten abwesend? Hier wäre mehr zu holen, als die Historische Fachinformatik zur reinen Zuarbeiterin der historischen Sozialforschung zu reduzieren.

UTE VERSTEGEN (Erlangen-Nürnberg) und LARA MÜHRENBERG (Erlangen-Nürnberg) reflektierten über den „Inverted Classroom“, ein prä-Pandemie Projekt der Christlichen Archäologie in Erlangen-Nürnberg. Das asynchrone Lehrkonzepte setzte beim Wandel der Lern- und Lesegewohnheiten der jüngeren Studierendengenerationen an und band verschiedene Medienformate (*blended learning*) ein.

HENDRIKJE CARIUS (Erfurt), MARCUS PAUL (Erfurt) und RENÉ SMOLARSKI (Erfurt) warfen Fragen zur gesellschaftlichen Teilhabe am (geschichts-)wissenschaftlichen Diskurs auf. Sie zeigten *citizen science* oder *crowdsourcing* als Dialogform mit der außerfachlichen Bevölkerung mittels (digitaler bzw. digitalisierter) Quellencorpora. Tobias Hodel fasste den Stand der Debatte in seiner Respondenz zusammen: Er zweifelte, ob das Fach den Wechsel zur Diskussion auf Augenhöhe will.

Anhand historischer Umfragen zur sozialen Ungleichheit in den 1980er- und 1990er-Jahren beschrieb CHRISTOPHER BANDITT (Potsdam) Probleme der Quantifizierung. Für beide Jahrzehnte musste er einen Umgang mit zehntausenden Datensätzen finden. Ohne Statistikpakete wie SPSS, STATA oder R käme er kaum zu Ergebnissen. Das ist ebenso wenig kontrovers wie die Notwendigkeit, einige Auswertungen mit eigenen Code zu ergänzen.[3] Für Banditt war dies bei dem für sein Vorhaben wichtigen Gini-Koeffizienten der Fall.

Einen zweiten Zugang zu Massendaten zeigten FLORIAN WINDHAGER (Krems), EVA MAYR (Krems), MATTHIAS SCHLÖGL (Wien) und MAXIMILIAN KAISER (Wien), aber auch ROBERT GRAMSCH-STEHFEST (Jena) und CHRISTIAN KNÜPFER (Jena). Projekte in der Prosopographie zeigten, dass sich Digital History auf Quantifizierungen reduzieren lässt, so sie hinreichend großen Datenmengen arbeiten. Sie stießen aber auf verwandte Probleme: Wie können Werkzeuge niederschwellig Ergebnisse kuratieren und bereitstellen? Vermieden werden muss, dass der Bildschirm zum „Flaschenhals“ (Gramsch-Stehfest / Knüpfer) gerät, durch den Daten händisch in eigene Wissensorganisationen kopiert werden.

Abseits von einer genuinen Forschungsdebatte nutzte FRANZISKA HEIMBURGER (Paris) ihren Vortrag für eine „Live“-Befragung (via Wooclap[4]). Sie ermittelte beispielsweise, wieviele Anwesende in der Lehre tätig sind, wie deren Praxis im Seminar aussieht und wieviel Digitalität darin Platz hatte. Das gab Raum für eine Diskussion zu den Bedürfnissen der Teilnehmenden, was die grundsätzliche Förderung von Digitalkompetenzen des wissenschaftlichen Nachwuchses angeht.

MELANIE ALTHAGE (Berlin) stellte vordergründig Fragen über H-Soz-Kult. Sie dienten als Beispiel für die Rolle, die digitale Methoden für Historiker:innen spielen können. Konfrontiert mit 20 Jahren an Veröffentlichungsmengen hilft eine vom Computer gestützte Heuristik und Hermeneutik, den Datencorpus zu erschließen und z.B. mit *topic modelling* auszuwerten. Das implizierte die alte Frage, ob Historiker:innen in Zukunft praktizierende Programmierer:innen sein werden. Vermutlich nicht. Aber auf *digital literacy* ist – neben Quellenkritik und Domänenwissen – nicht zu verzichten. Ohne sie verschwände die Wissenschaftlichkeit von digitalen Werkzeugen in einer *black box*.

Auch Mareike König und PAUL RAMISCH (Berlin) beforschten die Zunft. Die Quelle für ihr Experiment waren Tweets zu den Historiker:innentagen der 2010er-Jahre. Schlüsse zogen sie dabei aus den Tweettexten und den *social media*-Interaktionen durch Kommentare, *retweets* und *favorites*. Ein Großteil der Tweets kam von wenigen Historiker:innen, der Rest teilte und favorisierte und generierte Reichweite. Die *Twitterstorians*, so die These, eigneten sich die Plattform an, indem sie sich präsentierten, Notizen machten oder Fachkommunikation betrieben.

OLIVER KIECHLE (Düsseldorf) beschäftigte sich mit dem metaphorischen Lärm in Webquellen. Solcher *noise* meint *spam* oder *cross postings* (das Verbreiten beinahe wortgleichen Inhalts an unterschiedlicher Stelle). Für eine Quellenkritik, die sich ans Web wagt, verbergen sich dort Fallstricke. Wird *noise* unerkannt mitverarbeitet, verzerrt er die Auswertung; wird er entfernt, beschädigt das den Quellenkontext.

SARAH-MAI DANG (Marburg) erinnerte daran, dass die Möglichkeiten der digitalen Visualisierung nicht ausgeschöpft seien und andere Darstellungsformen das Ziel verfehlen. So machte das Women Film Pioneers Project (WFPP) zwar Steckbriefe am frühen

Stummfilm beteiligter Frauen verfügbar, ließ jedoch deren Einfluss auf oder das Verhältnis zur Industrie kaum erkennen. Dang dachte an, mit Visualisierungen derartigen Leerstellen abzuhelfen.

Stefan Haas und CHRISTIAN WACHTER (Göttingen) versprachen sich von Visualisierungen ein Werkzeug für die Heuristik: Muster werden hier intuitiv greifbar, Information stehen nicht sequentiell im Text, sondern der Betrachter:in synchron vor Augen. Theoretisch fundiert wurde dieses Vorgehen bisher nicht, das beabsichtigen jedoch die Referenten. Als methodisches Rüstzeug erleichtere dies die Hypothesenbildung auf Basis der Visualisierung.

Bei ROMAN BLEIER (Graz), CHRISTOPHER POLLIN (Graz) und GEORG VOGELER (Graz) war der Titel – „Ich glaube, Fakt ist…“ – Programm. Eigentlich sollte es um Editionen und *semantic web*-Technologien gehen. Doch „Fakt“ bleibt für Historiker:innen ein Reizwort – daran hatten sich bereits zuvor Debatten entzündet. Meist über den „historischen Fakt“, doch auch den simulierten naturwissenschaftlichen „Fakt“. Das Verharren auf der Vokabel irritierte Neulinge in der Digital History: Liegt die Idee nicht längst ad acta, regelrechte Tatsachen-Fakten über die Vergangenheit feststellen zu wollen? Historiker:innen sind höchstens Beobachter des Grades *n* über das „Damals“? Das Befremden rührt vom *semantic web*-Jargon. Wie die Expertensysteme des 20. Jahrhunderts schließen sie mit logisch-semantischen Regeln über etwas, das sie als Faktoid oder Fakt bezeichnen.[5] Dennoch stellt sich die Frage, warum ständig die Vokabel „Fakt“ genutzt wurde, schließlich kann dies auch suggestiv wirken?

Die Tagung wurde von einem Bedürfnis nach umfassender Methoden- und Theoriereflektion geprägt. Das Projekt einer dezidiert digitalen Hermeneutik schien immer wieder auf. Vage blieb, ob diese sich durch Einsatz von Technologien distinkt von ihrer analogen Schwester unterscheidet, oder ob die klassische Hermeneutik sozusagen augmentiert – also erweitert – wird. Verschiedene Beiträger:innen strichen immer wieder die Schlüsselrolle der Visualisierungen heraus, besprachen aber auch weitere Methoden und Werkzeuge. Diese bedürfen Kompetenzen über den gewohnten Fähigkeitskanon von Historiker:innen hinaus. Wer wird sie in welchen Strukturen lehren?

Offensichtlich ist die Chance der Digital History mehr disziplininterne und -übergreifende Kommunikation in den Geschichtswissenschaften herzustellen: Die Tagung selbst sprach mit über 400 Anmeldungen ein großes Publikum an. Dennoch kamen in den einzelnen Sektionen eher zwischen 100 und 130 Personen zusammen – auch weil manche sich im Homeoffice nach dem System *pick-and-chose* zu Programmpunkten zuschalteten. Nachträglich lassen sich die Teilnehmenden in eine Gruppe von 20 bis 30 aktiven *participants* und die restlichen *silent observers* sortieren. Die Katze beißt sich in den Schwanz, wenn mehr fachinterne Akzeptanz und Etablierung gewünscht wird, aber das Gespräch mit den Nachbardisziplinen, Studierenden und Interessierten ausgebremst wird (Mareike König).

Die Barriere resultierte zum Teil aus dem Gefälle zwischen vorhandenem und fehlendem *know how*. Wo die eine Seite plagt, wieviel sie von Zuhörer:innen erwarten kann (oder implizit einfordert), drückt die andere die alte Sorge: Muss ich als Historiker:in nun neben Latein oder Griechisch noch eine Programmiersprache lernen? Eine schlichte Antwort angesichts der hiesigen Tagung mag lauten: Es lohnt sich – und so kompliziert ist es tatsächlich nicht. Eine komplexere Auskunft muss Erwartungen managen: Erstens beherrschen Historiker:innen nicht das volle Arsenal des Programmierhandwerks, weil sie lernen zu coden. Zweitens darf trotz nachvollziehbarer Technikbegeisterung die historische Fragestellungen nicht untergehen. Reflexion digitaler Methoden hat sich an konkreten

Forschungsproblemen auszurichten. Die Autor:innen dieses Berichts kommen nicht umhin, da ein Ungleichgewicht auf der Tagung zu bemerken. Überspitzt: Mit Visualisierungen oder Quantifikation ist die Geschichte nicht *gehackt*; kommt der Algorithmus zu einem Ergebnis, hat die Historiker:in noch viel Arbeit vor sich.

Für die *participants*, quasi eine Auswahl der aktiven *digital historians* im deutschsprachigen Raum, ist das keine neue Erkenntnis. Für die *silent observers*, unter welche die Autor:innen dieses Berichts zählen, und stellte die Konferenz eine gelungene Einführung in Projekte, Werkzeuge und Techniken der Digital History dar. Sie hätte ein gutes Handbuch abgegeben, das hoffentlich zu Rate gezogen wird und ermutigt, digitale Forschungs- und Lehrpraktiken zu erproben, die eigenen historischen Fragestellungen dient.

Konferenzübersicht:

Einleitung und Eröffnung der Tagung

Karoline Döring (München) / Stefan Haas (Göttingen) / Mareike König (Paris) / Jörg Wettlaufer (Göttingen)

Keynote
Moderation: Jörg Wettlaufer (Göttingen), Karoline Döring (München)
Torsten Hiltmann (Berlin): Vom Medienwandel zum Methodenwandel. Die Digitalisierung der Geschichtswissenschaft in historischer Perspektive

Roundtable „Neue Methoden der Digital History I“
Moderation: Mareike König (Paris), Stefan Haas (Göttingen)
Respondent:innen: Leif Scheuermann (Graz), Christoph Schäfer (Trier), Silke Schwandt (Bielefeldt)

Katrin Moeller (Halle-Wittenberg): Die Modellierung des zeitlichen Vergleichs als Kernkompetenz von Digital History

Leif Scheuermann (Graz): Simulation als historische Methode

Tobias Hodel (Bern): Die Maschine und die Geschichtswissenschaft: Einfluss des maschinellen Lernens auf eine Disziplin

Keynote
Moderation: Karoline Döring (Göttingen), Mareike König (Paris)
Andreas Fickers (Luxemburg): What the D does to history: Für eine digitale Hermeneutik des Dazwischenseins

Roundtable „Digitale Praktiken in der Reflexion“
Moderation: Jörg Wettlaufer (Göttingen) / Stefan Haas (Göttingen)
Respondent:innen: Oliver Kiechle (Düsseldorf) / Christian Wachter (Göttingen) / Mareike König (Paris)

Moritz Feichtinger (Zürich): Daten und ihre Basis: Chancen und Probleme beim Umgang mit originär digitalen Quellen

Anna Aschauer (Mainz) / Monika Barget (Mainz) / Jaap Geraerts (Mainz) / Demival Vasques Filho (Mainz): Datenambiguität und Ergebnistransparenz in historischen Visualisierungsverfahren

Gerben Zaagsma (Luxemburg): Exploring the History of Digital History

Roundtable „Lehre und Public History "
Moderation: Karoline Döring (München) / Jörg Wettlaufer (Göttingen)
Respondent:innen: Monika Barget (Mainz) / Tobias Hodel (Bern)

Lara Mührenberg/Ute Verstegen (Erlangen-Nürnberg): Christliche Archäologie im „inverted classroom" – Innovative Lehre für die Generation Z

Hendrikje Carius (Erfurt) / Markus Plaul (Erfurt) / René Smolarski (Erfurt): Aufbau einer projektübergreifenden Citizen-Science-Plattform für die Geisteswissenschaften

Roundtable „Neue Methoden der Digital History II"
Moderation: Marina Lemaire (Trier), Mareike König (Paris)
Respondent:innen: Katrin Moeller (Halle-Wittenberg), Anna Aschauer (Mainz)

Christopher Banditt (Potsdam): Die Rekonstruktion der materiellen Ausstattung von Haushalten in Ostdeutschland 1980–2000. Ein Beispiel für quantitative und digitale Methoden in den Geschichtswissenschaften

Florian Windhager (Krems) / Eva Mayr (Krems) / Matthias Schlögl (Wien) / Maximilian Kaiser (Wien): Visuelle Analyse und Kuratierung von Biographiedaten

Robert Gramsch-Stehfest (Jena) / Christian Knüpfer (Jena): Digitale Prosopographie. Automatisierte Auswertung und Netzwerkanalyse eines Quellenkorpus zur Geschichte gelehrter deutscher Eliten des 15. Jahrhunderts

Keynote
Moderation: Mareike König (Paris), Stefan Haas (Göttingen)
Franziska Heimburger (Paris): „DH or not DH, that is the question… Wer ist dabei mit welcher Lehre in der Geschichtswissenschaft?"

Roundtable „Geschichtswissenschaft online: Praktiken und Inhaltsanalyse"
Moderation: Christian Wachter (Göttingen) / Karoline Döring (München)
Respondent:innen: Patrick Sahle (Wuppertal) / Marina Lemaire (Trier) / Moritz Feichtinger (Zürich)

Melanie Althage (Berlin): Trends und Entwicklungen der historischen Fachkommunikation im Spiegel von H-Soz-Kult

Mareike König (Paris) / Paul Ramisch (Berlin): Die twitternde Zunft: Analyse von Twitterverhalten und Tweets bei den Historikertagen 2012 bis 2018

Oliver Kiechle (Düsseldorf): "One person's data is another person's noise." Flame Wars, SPAM und Bots in Born Digital Sources

Roundtable „Theorie und Praxis der Visualisierungen und Narrative"
Moderation: Annette Schumann (Potsdam) / Mareike König (Paris)
Respondent:innen: Adelheid Heftberger (Marburg) / Florian Windhager (Krems)

Sarah-Mai Dang (Marburg): Digitale Datenvisualisierung als kritische Methode in der Filmgeschichtsschreibung

Stefan Haas (Göttingen) / Christian Wachter (Göttingen): Visual Heuristics. Mit Datenvisualisierungen das Close Reading vorstrukturieren

Roundtable „Digitale Editionen“
Moderation: Karoline Döring (München), Stefan Haas (Göttingen)
Respondent: Patrick Sahle (Wuppertal)

Roman Bleier (Graz) / Christopher Pollin (Graz) / Georg Vogeler (Graz): „Ich glaube, Fakt ist…“: der geschichtswissenschaftliche Zugang zum Edieren

Anmerkungen:
[1] Die Materialien, einzelne Mitschnitte und Chat-Transkripte, siehe <https://digitalhist.hypotheses.org/programm> (29.08.2021).
[2] Als Beispiel vgl. Joy Buolamwini, How I‘m Fighting Bias in Algorithms (TED Talk), URL: <https://www.ted.com/talks/joy_buolamwini_how_i_m_fighting_bias_in_algorithms> (29.08.2021).
[3] Dass außerhalb des Kreises digital affiner Geisteswissenschaftler:innen weiterhin konservative Reserviertheit durchgehalten wird, deutete sich mehrmals im Konferenzchat an. Als Beispiel: „15:03:22 Von xxx an Alle: Kommentar: Aus Perspektive einer Studierenden wurde ich bisher leider eher entmutigt digitale Methoden zu lernen und anzuwenden.“ abrufbar unter URL: <https://digitalhist.hypotheses.org/2912> (29.08.2021).
[4] Siehe <https://www.wooclap.com> (29.08.2021).
[5] Francesco Beretta, A challenge for historical research. Making data FAIR using a collaborative ontology management environment (OntoME), in: Semantic Web, 12,2 (2021), 279–294 hier 284–286.

Zitation
Tagungsbericht: Digital History. Konzepte, Methoden und Kritiken digitaler Geschichtswissenschaften, 01.03.2021 – 03.03.2021 digital (Göttingen), in: H-Soz-Kult, 21.09.2021, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9043>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen Seiten 346 - 347

01) „Der heimattreue Ost- und Westpreuße, Nr. 12, Berlin, Dezember 1933, 13. Jahrgang

Auflage: 38000!

Der heimattreue Ost- u. Westpreuße



Nr. 12 Berlin, Dezember 1933 13. Jahrg.

Mein Volk und Land

Du mein deutsches Volk und Vaterland,
Eingeboren bin ich deiner Erde,
Deiner Art, Gestalt und Geist – Gebärde,
Deinem Sinn – begabten Menschentum –
Volk, mein deutsches Volk – und deinem Ruhm!
Blutverbunden hör ich in mir klopfen
Deines großen Herzens Purpurtropfen,
Deiner Hochgedanken Flügelschlag
Trägt auch mich in deinen Sonnentag.

Deutsches Volk, mein Volk und Vaterland,
Was dir eigen, fühl in mir ich rinnen,
Dein Verlieren und dein Neubeginnen;
Meine Füße wandeln deinen Schritt,
Regst du deine Schwingen, schwing ich mit.
Du in Fesseln – bin auch ich gefangen,
Deine Sehnsucht ist auch mein Verlangen,
Eins mit Dir im Sturm – getragnen Schrei:
‚Herr – zerreiß den Himmel – mach uns frei!'

Deutsches Volk, mein Volk und Vaterland –
Wie ins höchste Licht die Adler dringen,
Hebst du wieder aufwärts deine Schwingen.
Deinen Aufstieg soll mein Lied begleiten,
Deinen Weg zu deinem Ziel bereiten.
Zugeschworen deinen Urgewalten
Will mein ganzer Mensch dein Erbe halten –
Wort und Taten deinem Geist verwandt,
Leb ich – sterb ich dir – mein Volk und Land!

Johanna Wolff, 12. 11. 33

Bund Deutscher Osten (B.D.O.)

Führer: Dr. Franz Lüdtke
Stellv. Führer: Dr. Ernst-Otto Thiele
Bundes-Führerrat: u. a. **Oberpostrat Ludwig Fuchs, Dr. Hans Kallweit**

Bundesamt für Heimat und Volkstumspflege:
Amtsleiter: **Paul Fitzke**
Stellv. Amtsleiter: Oberpostrat **Ludwig Fuchs**

Abteilung Ost- und Westpreußen:
Leiter: Oberpostrat **Ludwig Fuchs** (Fernruf: Z 3 (Westend) Oberpostdirektion 5560)
Geschäftsstelle: Berlin W 30, Motzstr. 22 III. Fernsprecher: B 5 (Barbarossa) 9061. Postscheckkonto: Berlin 65839

Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen e. V. in Liquidation:
Führer: Oberpostrat **Ludwig Fuchs**
Liquidatoren: Falk, Fuchs, Emil Herrmann, Paul Hoffmann, Dr. Kallweit, Schikorr
Schriftleiter: komm. Magistratsschulrat **Emil Herrmann**, Berlin-Neukölln, Richardplatz 8, Fernruf: F 2 (Neukölln) 5836
Schatzmeister: Kaufmann **Franz Schikorr**, Berlin-Lichterfelde, Margaretenstr. 9, Fernruf: G 6 (Bretenbach) 0152
Geschäftsstelle: Berlin W 30, Motzstr. 22 III. Fernsprecher: B 5 (Barbarossa) 9061. Postscheckkonto: Berlin 42160. Sonderkonto Heimatspende: Berlin 42188

Familienanzeigen in unserem Verbandsblatt.

Wir stellen auf dem grünen Umschlag 5 Zeilen Raum für den Ausnahmepreis von zusammen 50 Pfennig für Familienanzeigen, gleich welcher Art, zur Verfügung. Diese Anzeigen sind direkt an die **Druckerei Dr. W. Brönner**, Nowawes bei Potsdam, Wilhelmstr. 100 zu senden.

Louis Engelke,
Schriftsteller u. Vortragsmeister
(Inhaber des Kunstscheines für höhere Vortragskunst)
bringt sich den werten Landsleuten mit seinem **Riesen-Repertoir** in empfehlende Erinnerung
Alle Dialekte! Scherz und Ernst!
Herausgeber der Gedichtsammlung **„Späte Früchte"** und des **„Liederbuch der Ost- und Westpreußen"**
Preis 35 Pf., bei Abnahme von 100 Stück à 30 Pf. Probeexemplar gegen 35 Pf. in Briefmarken.
Dichtungen jeder Art, treffsicher und pikant.
FROHE BOTSCHAFT.
Durch die hohe Kunst des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Krückmann und seiner Assistenten an der Universitäts-Augenklinik, und der pfleglichen Fürsorge dortselbst, habe ich gottlob eine wesentliche Verbesserung meiner Sehkraft erfahren, sodaß ich mich wieder frei und unbehindert bewegen und betätigen kann. — Gefl. Zuschriften und Bücherbestellungen erbitte nur nach Berlin-Treptow, Defreggerstrasse 4. — Auf frohes Wiedersehen allerseits. Louis Engelke

Ostpreußische Erzeugnisse:
Tilsiter Vollfettkäse
Tilsiter Halbfettkäse
Woriener Weichkäse
Mennonitenwurst
Neunaugen, frisch geröstet
sämtliche Fleisch- u. Wurstwaren
laut Preisliste
beziehen Sie billigst in bester Qualität vom
Ostpreuß. Lebensmittelvertrieb TILSIT

Pension Berlin, Kantstraße 124
Fernsprecher: Steinplatz C 1 2153
Zimmer mit fließendem Warmwasser leer und möbliert, mit und ohne Verpflegung für dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt
In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Zoologischer Garten der S.- u. U.-Bahn, Straßenbahn und Autobusse nach allen Stadtteilen

Auf jeden Weihnachtstisch eines ostdeutschen Landsmannes gehören die
echten Thorner Lebenstropfen. Dieselben sind appetitanregend verdauungsfördernd und heilend **bewährt bei Magenschwäche.**
Preis nur 1 Literflasche **RM 3,85** Preis nur ½ Literflasche **RM. 1,95**
Thorner Likörfabrik Dr. W. G. Wiese, Berlin O 27, Brunner Weg 117, Ecke Clausewitzstr. Fernruf: E 9 Friedrichshain 2728

Die Heimat Ostpreußen
wirbt durch die
KONDITOREI
Rud. Amende
Königsberg i. Pr., Hufenallee 15-17
für ihren weltberühmten
KÖNIGSBERGER MARZIPAN
Teekonfekt, Randmarzipan, Sätze und Herzen, von ¼ Pfd. an
pro Pfd. RM. 2.60
ab 5 kg franko, ab 10 kg. 10% Ermäßigung und franko

Der heimattreue Ost- und Westpreuße

Nr. 12 **Berlin, Dezember 1933** **13. Jahrg.**

Ein offenes Wort auf viele Anfragen

Liebe Landsleute!

Vor mir liegt eine Unzahl von Briefen mit Anfragen von Landsleuten aus allen Teilen des Reiches: „Was ist denn nun mit uns? Was ist mit dem Reichsverband? Stimmt es, daß sich der Ostpreußenbund in Berlin entgegen den klaren Anordnungen nicht aufgelöst hat, und was hat das zu bedeuten? Ist es richtig, wie behauptet wird, daß sich der Reichsverband zu Unrecht aufgelöst hat und in alter Weise wiederhergestellt werden soll?"

Auf alle diese Anfragen will ich hier als alter Reichsverbandskämpfer und als verantwortlicher Schriftleiter dieser Zeitschrift eine offene Antwort geben. Dabei soll mich nichts anderes leiten als allein der Grundsatz, der in uns Ostpreußen, in unseren Vereinen und in unseren einzelnen Mitgliedern immer gegolten hat und heute erst recht gilt: „Alles für die Sache, für den einzelnen nichts!"

Seit Anfang Juli erleben wir ein wahrhaft schauderhaftes Durcheinander in unserer Heimatbewegung. Wir wissen nicht einmal mehr, an wen wie unsere Beiträge abführen sollen. Wir sind dem B. D. O. angeschlossen. Das ist eine Tatsache, und ich verstehe nicht, wie man daran deuteln und rütteln kann. Trotzdem aber schicken uns die alten Verbände Zahlungsaufforderungen und Mahnungen. Und auf allen, selbst auf den Rechnungen, steht die Unterschrift „Heil Hitler"! Das geht gegen jedes unverdorbene Empfinden, und ich begreife es, daß sich jeder recht und nationalsozialistisch denkende Mann darüber empört.

Das Jahr 1933 ist so unerhört reich an innen- und außenpolitischen Erfolgen! Es hat als Krönung des beispiellosen Werkes der nationalsozialistischen Revolution den 12. November gebracht und unser deutsches Volk zu einer Willenseinheit und zu einer Einigkeit zusammengeschweißt, wie es in der ganzen deutschen Geschichte, selbst wenn wir 1000 Jahre zurückgehen, noch nicht dagewesen ist. Von diesem Erleben unerhörter, schrankenloser Einigkeit und Einmütigkeit soll ausgerechnet unsere Heimatbewegung unberührt geblieben sein? Sollen wir wirklich beirrt und vom geraden Wege abgedrängt werden?

Es beunruhigt uns, daß im Hintergrunde gearbeitet, geheimnisvoll getan wird. Nach altem, längst überwundenem demokratischem Brauch tragen die Schreiben des Bundes heimattreuer Ostpreußen e. V. Berlin, jetzt drei Unterschriften, gleichsam als ob einer hinter dem anderen Deckung suchte.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Geschehnisse der letzten Monate, wie sie von dem Leiter der Abteilung Ost- und Westpreußen unter II der „Anordnungen und Mitteilungen" in diesem Hefte zusammengestellt sind. Geht nicht aus ihnen mit erschreckender Deutlichkeit hervor, wie der Ostpreußenbund Berlin mit allen Mitteln versucht hat, sich der Eingliederung in den B. D. O. zu entziehen und andere landsm. Verbände zu dem gleichen Ziele zu verführen? Und in neuester Zeit arbeitet man in Veranstaltungen! Der B. D. O. macht seit dem 4. Dezember eine große bis 10. Januar laufende, die ganze Ostfront von Ostpreußen bis zur bayrischen Ostmark umfassende Ausstellung in Berlin, aber der Bund heimattreuer Ostpreußen Berlin steht abseits, ja er lädt zu einem Heimatabend am 20. Dezember, einer garnicht von ihm veranstalteten Ausstellung „Deutsches Heimatwerk" in Berlin ein, wo ein Ostpreußenchor singen soll.

Wir ließen das alles über uns ergehen und taten als Vorsitzende, als Vereine und Einzelmitglieder unsere Pflicht und arbeiteten unverdrossen weiter. Aber Ihr werdet mir zugeben, Landsleute: Das sind Zustände, denen so rasch wie möglich ein Ende gesetzt werden muß. Denn sie sind der heiligen Sache, der wir dienen, nicht würdig.

Wir wollen nationalsozialistisch im Geiste unseres Führers und Volkskanzlers Adolf Hitler geführt werden. Wir fordern darum Beseitigung aller störenden Strömungen aus einer überwundenen schrecklichen Zeit des demokratischen Systems mit seinem Materialismus, Liberalismus und Egoismus. Alles das und ihr lichtscheues Gefolge will unser Volkskanzler mit Stumpf und Stiel ausgerottet haben. Wir Heimattreuen wollen ihn in diesem Kampf unterstützen und verbitten uns darum, daß selbst in unseren Reihen noch heute Führertum mit Gewalthabertum, Volksgenossentum mit Volkszersetzung, Eigennutz mit Gemeinnutz und Personenkultus mit Heimatdienst verwechselt werden.

Darum fort mit allen Querreibereien, juristischen Spitzfindigkeiten und mit dem würdelosen Hin- und Herschwenken! Wir einfach und nationalsozialistisch denkenden Landsleute verstehen das nicht! Uns sagt das Wort, das wir aus dem Goethejahr 1932 noch im Herzen tragen, viel mehr. Es lautet: „Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich."

Deshalb möchte ich, liebe Landsleute, meinen Weihnachts- und Neujahrswunsch in einen Spruch zusammenfassen, den ich am Totensonntag auf einem Grabstein las, und mit dem ich, ein wenig abgeändert, schließe: „Was Ihr tut, das tut von Herzen, und tut es Gott, Eurer Heimat, Eurem Blut und Boden!"

Nun habt Ihr meine Antwort, und Ihr werdet jetzt klar sehen, wer die Schuld an der bisherigen Unruhe unter uns Heimattreuen im ganzen Reich trägt. Und Ihr werdet mit mir von Herzen wünschen, daß möglichst noch im alten Jahre die für unsere heilige Ostsache unentbehrliche Ruhe und Einigkeit wieder bei uns heimattreuen Ost- und Westpreußen einkehrt! In diesem Sinne fröhliche Weihnachten und ein arbeitsreiches neues Jahr im Geiste des Ostgedankens.

Meine herzlichsten Segenswünsche begleiten Euch und Eure Lieben!

Euer Landsmann

Emil Hermann.

Die Komödie der polnischen Minderheitsschulen

Von Viktor Halla

Immer wieder hören wir die Polen von den mehreren hunderttausenden „unerlösten polnischen Brüdern in Masuren und im Ermlande" sprechen, immer wieder verkünden sie der Welt die Mär von dem „urpolnischen Land zwischen Weichsel und Memel". Ob auch schon jeder Stein in ost- und westpreußischen Landen das deutsche Wesen jener Gebiete zum Ausdruck bringt, ob auch schon der Ostpreuße in steter Wiederholung, sei es bei den Wahlen, der Volksabstimmung oder sonst irgendwie, sein Deutschbewußtsein und seinen deutschen Willen vor aller Welt laut bekundet — sie werden es nicht müde, Ostpreußen als „unterjochtes polnisches Gebiet" hinzustellen. — Welche Ziele die Polen damit verfolgen, haben wir an dieser Stelle oft genug gezeigt: uns kommt es heute in diesen Zeilen nur darauf an: Säße in Ostpreußen, und insbesondere in seinen südlichen und westlichen Bezirken, ein nur einigermaßen starkes polnisches Volkstum, dann würde das Polentum von den ihm gewährten Möglichkeiten zur Entfaltung in weit höherem Maße Gebrauch machen und machen können, als es dies heute tut. Nehmen wir als Beispiel die Möglichkeiten, die den Polen

Anordnungen und Mitteilungen der Abteilung Ost- und Westpreußen im B. D. O.
siehe Seite 10

durch die Preußische Minderheitsschulverordnung auf dem Gebiete des Schulwesens geboten werden (die polnische Minderheit hat in ihrem Schulwesen zum Teil weitgehendere Rechte, als sie der Staatsbürger deutscher Nationalität in Preußen genießt): Gäbe es in den ostpreußischen Grenzgebieten eine starke polnische Minderheit, so gäbe es gewiß auch ein starkes polnisches Schulwesen. Aber die Polen leiden bei uns an einem chronischen Mangel an Minderheit, und demgemäß ist ihr Minderheitsschulwesen nur ein kümmerliches Pflänzlein, das arg im Verborgenen blüht und das nur durch das trügerische Feuerwerk der polnischen Presse etwas künstliches Licht erhält.

Die Polen haben mit dem Minderheitschulwesen schon ihre Sorge! Es wäre ihnen selbst vielleicht manchmal lieber, sie besäßen nicht so weitgehende Schulrechte, durch die sie nur blamiert werden, die sie auch nicht annähernd auszunutzen vermögen; nun sie sich durch die Zuerkennung großer Schulrechte gezwungen fühlen zu zeigen, was sie können, fehlt ihnen das Feigenblatt, mit dem sie ihre Dürftigkeit bedecken können: Der Vorwand, daß sie sich nur deshalb nicht entfalten könnten, da es ihnen an Rechten gebräche.

Der Landkreis Allenstein weist nach einer der letzten Zählungen 10 641 Schulkinder insgesamt auf; davon besuchen, sage und schreibe: 158 die polnischen Schulen. 10 483 gegen 158 — ein Kontrast, der angesichts der großsprecherischen Behauptungen von den hunderttausenden von Polen in Südostpreußen geradezu komisch wirkt.

Wie eine Komödie muten auch die athletischen Anstrengungen an, welche die Polen machen müssen, um solch eine Schule auf die Beine zu bringen, bzw. am Leben zu erhalten. Es ist noch nicht lange her, da die staunende Welt das „polnische Schulwesen in Masuren" sinnend betrachten durfte, das da nämlich bestand: aus einem einzigen Kinde, dem ein Lehrer samt Schule und Zubehör beigegeben war. —

Doch diese Schule in Piassutten im Kreise Ortelsburg darf keineswegs Seltenheitswert für sich beanspruchen. In Dietrichswalde im Kreise Allenstein besteht (offiziell immer noch!) ebenfalls eine Schule, die zuletzt auch nur 1 (ein) Kind ihr eigen nannte, und die neuerdings sogar in eine Schule ohne Kind ausgeartet ist. Selbst der polnische Herr Lehrer sah schließlich ein, daß hier Hopfen und Malz verloren sei, und stellte darauf seine segensreiche Tätigkeit ein, um nun den Kreis Rößel mit polnischer Kultur zu beglücken.

Wir fügen hier die Namen der polnischen Schulen im Kreise Allenstein mit den Kinderzahlen, die in ihrer Großartigkeit für sich selbst sprechen, wie folgt ein:

Groß Purden	11
Gillau	9
Woritten	15
Jomendorf	10
Skaibotten	12
Plautzig	20
Schönfelde	15
Gr. Leschno	?
Wemitten	11
Braunswalde	12
Neu Kaletka	32
Neu Wuttrienen	14
Insgesamt	158

Im Kreise Rößel besteht in Sternsee eine polnische Schule, die mit 9 Kindern das polnische Schulwesen des genannten Kreises repräsentiert.

Man stelle sich das einmal vor: Irgendein Dorf, in dem die Polen polnische Kultur vorzutäuschen beschlossen haben, soll den Vorzug einer Minderheitsschule erhalten. Die polnische Presse gibt der staunenden Oeffentlichkeit kund und zu wissen, daß die polnische Kultur in Ostpreußen erneut siegreich zum Durchbruch gelange — trotz der blutigen Tyrannei des verruchten Preußentums. Den Lehrer stellt oder stellte wenigstens bis vor kurzem der polnische Staat. Eine kleine Nebenfrage bildet dann das Problem der Kinderbeschaffung, denn einige Kinder muß die Schule des besseren Aussehens wegen schon haben. Diesen Teil der kulturellen Angelegenheit bearbeitet häufig die dazu als zuständig ausersehene polnische Bank, die bekanntlich Kredite gewährt. Was kann die Bank dafür, daß es arme oder irregeführte Leute gibt, die dafür, daß sie Kredite erhalten, ihre Kinder in die polnische Schule schicken, es stünde ihnen ja gewiß frei, die Kinder in die deutsche Schule zu schicken, wenn sie durchaus wollten!! — Und wenn dann solch eine polnische Schule mit Ach und Krach endlich eröffnet worden ist, zeigt sich wieder einmal, daß „das Dichten und Trachten der Menschen böse ist von Jugend auf" und Undank der Welt Lohn. Denn nun bleibt regelmäßig gleich von vornherein ein Teil der „polnischen" Schulkinder der polnischen Schule fern, um lieber die deutsche Schule zu besuchen. Jetzt werden flugs alle Vettern und Tanten und Basen und sonstige Polenbundanhänger — es sind ihrer wenige genug — aus der weiten Umgebung angekeilt, um ihre Kindlein, oft weiten Weges, in den Minderheitschulort zu Ehre und Größe der polnischen Kultur zu entsenden, auf daß die polnische Bildungsstätte nicht völlig kinderlos werde und ihr Herr Lehrer allein auf weiter Flur bleibe.

Olsztyn (das ist, wenn ihr's noch nicht wißt, Allenstein) zählt nach polnischen Angaben 15 000 polnische Einwohner — aber zu einer Polenschule mit der gesetzlichen Mindestzahl von 7 Kindern hat's all die Jahre hindurch nicht gelangt. Es ist schon ein Elend! Warum schicken die Behörden die Kinder der masurischen und südermländischen Bevölkerung nicht zwangsweise in die polnische Schule, wie's die Polen in einem Antrag an das Ministerium s. Zt. allen Ernstes verlangten! An allem haben natürlich nur die Preußen schuld! —

Was den Seelenkauf anlangt, über den wir in den letzten Heften unserer Zeitschrift mehrfach berichteten: In Woritten im Kreise Allenstein wurde einem Elternpaar, dessen Kinder die deutsche Schule besuchten, die Wartung des polnischen Schulhauses übertragen, worauf es seine Kinder für die polnische Schule anmeldete. Der eine Junge der Familie, der jetzt die polnische Schule besucht, hat bereits dreimal die Schule gewechselt. Wenn es dem Hosenmatz mal gerade wieder so paßt, nimmt er ohne viel Rücksicht auf die Eltern einen Schulwechsel vor, und da solche Dinge in den Dörfern mit polnischem Schulunterricht nicht selten sind, die meisten Polenschulen aber sozusagen hart an der Grenze ihres Existensminimums stehen — die Minderheitschule muß mindestens 7 Kinder aufweisen —, so sind die polnischen Lehrer mit ihrer eigenen und ihrer Schule Existenz sehr leicht von dem Willen der Hosenmätze abhängig, was ein bezeichnendes Licht auf den polnischen Schulbetrieb wirft, bei dem die Aufsichtsbehörden auch sonst bereits des öfteren wunderliche Dinge erlebt haben.

Mehrere der polnischen Minderheitschulen haben in kinderloser Einsamkeit bereits das Zeitliche gesegnet, und verschiedene werden mühsam am Leben erhalten, sie welken langsam dahin, wie das polnische Schulwesen in Ostpreußen im Ganzen gesehen nicht leben, nicht sterben kann. Nicht leben, da keine lebenskräftige polnische Minderheit von kultureller Stärke dahintersteht, nicht sterben, da Warschau zur künstlichen Belebung starke Glotzinjektionen vornimmt. Die polnische Minderheit leidet an der Schwindsucht, und die Polen wünschen nur, daß es die blühende Schwindsucht sei, damit man mit ihr wenigstens etwas vortäuschen könne. Wir aber sagen: Mögen die Polen in Ostpreußen ihre Machenschaften, deren Schädlichkeit auch auf dem Gebiete des Schulwesens wir durchaus nicht unterschätzen, weiter auf Trug und Schein aufbauen, mögen sie als Vorposten der Warschauer Politik ihre Minierarbeit betreiben — wir wissen: Der nationale Wille unserer Grenzbevölkerung und die Kraft der deutschen Kultur werden Sieger bleiben!

Ostpreußen und der Korridor

Wiederholt haben wir uns in unserer Zeitschrift mit einer der wichtigsten und am weitesten verbreiteten Schrift der polnischen Korridorpropaganda, dem in mehrere Sprachen übersetzten „Dekalog über Pommerellen" beschäftigt (vgl. Jg. 1932, Nr. 12, S. 6, Jg. 1933, Nr. 9, S. 7, Nr. 10, S. 2, Nr. 11, S. 3). Von seinen „10 Geboten über Pommerellen" haben wir die ersten fünf und das siebente bereits einer genaueren Prüfung unterworfen und feststellen können, daß sie unter einem wissenschaftlichen Deckmantel eine einseitige, in den meisten Teilen gröbliche, ja plumpe Verdrehung der Tatsachen bedeuten und vor den bedenklichsten Mittel nicht zurückscheuen.

Dafür bietet gerade das VI. Kapitel, das wir heute im Zusammenhang mit dem VIII. vornehmen wollen, einen besonders schlagenden Beweis. Dieses Kapitel VI. behandelt „die Wirtschaftsbedeutung Pommerellens", das in seinem ersten Teile die Unentbehrlichkeit des Korridors für die polnische Wirtschaft und im zweiten Teile dessen Entbehrlichkeit, ja Schädlichkeit für die Wirtschaft Deutschlands darzutun bestimmt ist.

Polen braucht nach der Meinung des Verfassers schon deshalb den Korridor als Weg zum unbehinderten Ueberseeverkehr, da 40% seiner Arbeiterschaft in der Textilindustrie und in Bergwerken beschäftigt und deswegen in ihrem Schicksal mit der überseeischen Ausfuhr eng verbunden seien. Aber merkwürdig ist es, daß gerade diese beiden Industriezweige in Polen trotz dem ungehinderten Seeverkehr eine Zeit der schwersten Krise durchleben. Der größte Teil der Spinnereien und Webereien in Polen, besonders im Bezirk von Lodz, ist geschlossen, und in Ost-Oberschlesien sowohl als auch in den beiden anderen polnischen Kohlenrevieren wird dauernd eine Zeche nach der anderen stillgelegt.

Wenn dann noch weiter behauptet wird, auch der Welthandel sei stark am Bestehen des Korridors und an den Häfen Gdingen und Danzig interessiert, weil er auf diese Weise nicht der monopolartigen Mittlerstellung Deutschlands ausgeliefert sei, dann darf man doch wohl fragen, ob z. B. der englische Handel wirklich so entzückt über diese Rolle des Korridors und seiner beiden Häfen ist. Denn nur damit war es den Polen im Jahre 1926 möglich, den englischen Bergarbeiterstreik so auszunützen, daß dem englischen Kohlenhandel im ganzen Ostseegebiet der Boden entzogen und die wichtigsten Absatzmärkte weggenommen wurde.

Der zweite Teil des Kapitels wird mit einer Hervorhebung der hochentwickelten Landwirtschaft im Korridor eingeleitet. Da heißt es: „Außerdem ist Pommerellen eins der hinsichtlich der Agrarproduktion am höchsten stehenden Teilgebiete, besonders was die Viehzucht anbelangt; ebenso spielt eine bedeutende Rolle in der allgemeinen Produktion Polens die in Pommerellen vorhandene Landwirtschaftsmaschinen-Industrie, die Holz- und Agrarprodukteindustrie, besonders Zuckerfabriken und Brennereien." Hier ist man wirklich versucht zu sagen: „Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie." Denn das wird ja wohl auch kein einsichtiger Pole bestreiten wollen, daß alle diese hier aufgezählten Vorzüge nichts anderes als das Ergebnis deutscher Arbeit, deutschen Fleißes und deutscher Leistung sind. Und damit will man einen Anspruch Polens auf diese Gebiete herleiten?

Vollends gewissenlos aber wird die polnische Beweisführung, wenn behauptet wird: „Für Deutschland hat Pommerellen keinerlei Bedeutung, da seine Wirtschaftsstruktur die gleiche ist wie die Wirtschaftsstruktur der deutschen Ostprovinzen, welche ebenfalls zu den typischen Roggen-Produktionsländern gehören. Darauf hat der deutsche Professor W. Volz hingewiesen, der festgestellt hat, daß Mittel- und Westdeutschland hinsichtlich ihrer Verpflegung nicht von den östlichen Provinzen abhängig sind."

Hier wird auf eine Schrift „Die ostdeutsche Wirtschaft" Bezug genommen, die der Leipziger Geheimrat Professor Dr. W. Volz im Jahre 1930 herausgegeben hat, und zwar in einer Weise, die man als grobe Fälschung bezeichnen muß. Denn nach der üblen Gepflogenheit literarischer Freibeuter wird hier ein Satz aus seinem Zusammenhang gerissen und in einen völlig anderen Zusammenhang „als Beweis" hineingestellt. Darüber hat sich Professor Volz denn auch mit aller wünschenswerten Deutlichkeit geäußert und darauf hingewiesen, daß er genau das Gegenteil von dem ausgeführt hat, was der polnische Verfasser daraus zu folgern sich erdreistete.

Unter solchen Umständen braucht man sich kaum noch zu wundern, wenn der Pole unbekümmert weiter fabuliert: „Der Anschluß Pommerellens an Deutschland würde nicht nur die Wirtschaftslage der Ostprovinzen nicht verbessern, sondern sie eher noch beträchtlich verschlechtern infolge der Pommerellen und diesen Provinzen gemeinsamen Agrarstruktur. Pommerellen und Ostpreußen haben eine ähnliche Wirtschaftsstruktur", so schließt dieses Kapitel zusammenfassend ab: „infolgedessen konnte Pommerellen nie Absatzmarkt für die Agrarprodukte Ostpreußens sein und war es auch nicht. Im Zusammenhang hiermit ist Pommerellen keineswegs ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwickelung Ostpreußens."

Diese rein theoretische Beweisführung ist lediglich für solche berechnet, die die tatsächlichen Verhältnisse nicht kennen. Denn in Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt, wie insbesondere die ausgezeichneten Tafeln auf der vom Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen veranstalteten Ausstellung „Ostpreußen — was es leidet, was es leistet" auf Grund unanfechtbarer wissenschaftlicher Unterlagen anschaulich dargetan haben. Wir müssen uns hier darauf beschränken, einige wenige Zahlen zum Beweise der wirtschaftlichen Verflechtung Ostpreußens mit dem abgetrennten Gebiete aus der Vorkriegszeit anzuführen. Der Umsatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse Ostpreußens mit Westpreußen betrug 1913 rund 200000 Tonnen, der Verkehr mit Vieh 215 000 Stück, der Gesamtumsatz von Ostpreußen nach Westpreußen 350 000 Tonnen, umgekehrt 300 000 Tonnen. Der Eisenbahnverkehr Ostpreußens mit den früheren Provinzen Westpreußen und Polen machte ein Drittel des gesamten Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland aus. So vollzog sich der Güterabsatz des Ostens nach dem Westen in Etappen: Ostpreußen lieferte an seine westliche Nachbarprovinz, diese an die nächste. Diese Etappen zu überspringen, ist die ostpreußische Wirtschaft nicht imstande. Die durchschnittliche Transportentfernung für ostpreußische Waren betrug vor dem Kriege 120 km, heute das Doppelte. Das macht nach Berechnung der ostpreußischen Handelskammer eine Vorbelastung allein in Frachtkosten von annähernd 20 Millionen Mark jährlich. Wie man unter diesen Umständen behaupten kann, die Wiedervereinigung des Korridors mit Deutschland würde die Wirtschaftslage Ostpreußens nicht nur nicht verbessern, sondern sogar beträchtlich verschlechtern, bleibt das Geheimnis einer vor nichts zurückschreckenden Polenpropaganda.

Diese Propaganda verschwendet überhaupt viel Mühe und Eifer auf den Versuch, den Wert und die Bedeutung Ostpreußens für das Reich in jeder Weise herabzusetzen. Dieser Absicht dient auch das ganze Kapitel VIII des Dekalogs mit der Ueberschrift „Ostpreußen eine deutsche Kolonie". Auch das ist ein altes Stück aus dem polnischen Propagandaladen, das immer wieder hervorgeholt und abgestaubt wird, obgleich auch hier die polnischen Verdrehungen und falschen, wider besseres Wissen aufgestellten Behauptungen längst als solche festgenagelt sind. Das trifft schon gleich auf die einleitende Aussage dieses Kapitels zu, wonach der jetzige Zustand der Abtrennung Ostpreußens ja schon immer bestanden habe „mit Ausnahme eines Zeitraums von kaum anderthalb Jahrhunderten von den Teilungen Polens im Jahre 1772 bis zum Ende des Weltkrieges. Nun weiß aber — in Deutschland wenigstens — jedes ältere Schulkind schon, daß das Herzogtum Pommerellen von 1309 bis 1454 bzw. 1466 dem Deutschen Ritterorden gehörte, daß also Ostpreußen in dieser Zeit fast 150 Jahre lang eine Einheit mit dem größten Teile des heutigen Korridorgebietes bildete und dadurch den unmittelbaren Anschluß an das übrige deutsche Reichsgebiet hatte. Natürlich ist diese nun einmal nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache auch den Verfassern und verantwortlichen Herausgebern des Dekalogs bekannt, aber sie wird glatt unterschlagen.

Ebenso bekannt ist diesen Leuten auch, daß es eine Fälschung ist, wenn sie behaupten: „Die ansässige preußische Bevölkerung, die zu der gleichen ethnischen Gruppe wie die Litauer gehörte, wurde durch den Kreuzritterorden restlos ausgerottet, und an ihre Stelle traten aus dem Innern Deutschlands herbeigeholte Kolonisten." Es ist eine unanfechtbare Tatsache, daß die preußischen Ureinwohner Ostpreußens keineswegs „restlos ausgerottet" wurden. Zwar war der Widerstand der alten Preußen gegen den Orden hartnäckig und blutig, aber nach deren endgültiger Unterwerfung vollzog sich eine friedliche und zwanglose Selbsteindeutschung der an Zahl noch sehr beträchtlichen preußischen Ureinwohner. Wie wenig es dem Orden um die Ausrottung der Preußen zu tun war, ergibt sich aus dem Umstande, daß die Freien und Edlen der Preußen, die sich dem Orden freiwillig angeschlossen hatten, genau so behandelt wurden wie die Deutschen. Handelte es sich doch bei diesen Preußen durchaus nicht etwa um Slawen, sondern um ein tapferes, den Polen erbittert verfeindetes Bauernvolk baltisch-indogermanischer Rasse. Mitten unter ihnen hatten, teilweise als Herrenschicht die Kultur bestimmend, Ostgermanen und Wikinger, also Nordgermanen gesessen.

Im weiteren wird dann ausgeführt — das soll offenbar der vernichtende Schlag sein —, daß die Bevölkerung Ostpreußens ja überhaupt nicht rein deutsch sei. „Denn es wird außer von Deutschen in den westlichen, südlichen und östlichen Grenzkreisen in geschlossener Masse von einer polnischen und litauischen und in den Städten von einer jüdischen Bevölkerung bewohnt. Die nationalen Minderheiten bilden in Ostpreußen 25% der Gesamtbevölkerung."

Der Hinweis auf die jüdische Bevölkerung, von der die ostpreußischen Städte bewohnt sein sollen, ist zu kindlich und lächerlich, als daß er eine Beachtung verdiente. Auch die triumphierende Beweisabsicht mit den angeblichen 25% läßt sich gelassen abtun mit dem Hinweis, daß nach der amtlichen polnischen Nationalitätenzählung von 1921 die nationalen Minderheiten in Polen 30,8% ausmachen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß dieser Prozentsatz zugunsten des polnischen Anteils erheblich verfälscht ist.

Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit mit diesen 25% in Ostpreußen aus? Nach der Volkszählung von 1925 gab es im ganzen Gebiet der heutigen Provinz Ostpreußen 2 117 157 Personen mit deutscher, 18 637 mit polnischer, 2368 mit

litauischer, 41 735 mit masurischer Muttersprache und 53 740 deutsch- und fremdsprachige Personen. Von diesen verstanden deutsch und polnisch 24 812 Personen.

Nun hat aber die Volksabstimmung 1920 in Masuren ergeben, daß sich 97,5% der Bevölkerung als zum deutschen Volkstum gehörig betrachteten. Somit können die Masuren nicht als besondere Nationalität mehr angesehen werden, sondern lediglich als Deutsche. Jeder, der die Masuren kennt, weiß auch, daß sie es auch nicht anders wollen. Sie scheiden also als nationale Minderheit aus. Es blieben dann nur noch die 18 637 Menschen mit polnischer, die 2388 mit litauischer und die 24 812 Deutsch und Polnisch sprechenden Personen übrig. Somit machen die nationalen Minderheiten in Ostpreußen bei äußerster Berechnung zu ihren Gunsten höchstens 2,1% der Gesamtbevölkerung aus und nicht 25%, von denen die Polen so gerne träumen.

Schließlich wird noch ein neuer Nachweis dafür versucht, daß die Grenzziehung, die Abschnürung Ostpreußens vom deutschen Wirtschaftsgebiet keineswegs die Schuld an der Not dieser Provinz trage, der Korridor also ganz unschuldig an der ostpreußischen Wirtschaftskrise sei. „Denn diese Krise bestand schon vor dem Kriege. Beweis hierfür war die Massenemigration der Bevölkerung aus Ostpreußen."

Demgegenüber genügt die Feststellung, daß die starke Abwanderung aus Ostpreußen vor dem Kriege in keinem Zusammenhang mit einer dort angeblich vorhandenen Wirtschaftskrise stand, sondern allein ihren Grund in der während der letzten 50 Jahre sprunghaft ansteigenden Industrialisierung Westdeutschlands, die aus allen Teilen Deutschlands, im besonderen aber aus Ostpreußen mit seinem starken Geburtenüberschuß Menschen anzog und durch die günstige Arbeitsgelegenheit bei hohen Löhnen eine allgemein beobachtete „Landflucht" hervorrief.

Die polnische Propaganda kann sich drehen und wenden wie sie will: die Tatsache kann sie auf keine Weise aus der Welt schaffen, daß die Herausschneidung des Korridors ein einheitliches, in sich ausgeglichenes Wirtschaftsgebiet schwer und sinnlos geschädigt und zerrissen hat.

R. W.

Die Stadtverordnetenwahlen im Korridor

Am letzten Novembersonntage fanden in Posen und im polnischen Westpreußen die Wahlen der Stadtverordneten statt. Es waren die ersten Wahlen nach dem neuen Gesetz über die Selbstverwaltung, und die Befürchtung, die wir im Märzheft dieses Jahrganges bei der Würdigung dieses Gesetzes äußerten, hat sich leider in vollem Umfange als berechtigt erwiesen: Das örtliche nationale Eigenleben der deutschen Minderheit und ihre Mitwirkung bei der Selbstverwaltung hat einen schweren Schlag erlitten. Von insgesamt 1868 Mandaten in den beiden Wojewodschaften haben die Deutschen nur mehr 53 erhalten (924 = 49,5% der Regierungsblock und 651 die Nationaldemokraten). Dabei ist es keineswegs an dem, als wenn die Wahlbeteiligung der deutschen Bevölkerung zu wünschen übrig gelassen hätte. Im Gegenteil, die Deutschen haben allenthalben nahezu hundertprozentig für die deutsche Liste gestimmt und damit ein geradezu bewunderungswürdiges Bekenntnis für ihr Deutschtum abgelegt. Aber die neue Wahlordnung hat es verursacht, daß diese geschlossene Stimmenabgabe der deutschen Minderheit bei der Verteilung der Stadtverordnetensitze nahezu wirkungslos gemacht wurde.

Dafür bietet das Wahlergebnis in Bromberg ein recht aufschlußreiches Beispiel. Dort erhielt die deutsche Liste volle 100 Prozent der deutschen Stimmen. Bei der Berechnung nach der alten Wahlordnung wären 11 bis 12 Mandate gegenüber 9 im bisherigen Stadtparlament auf die Deutschen entfallen. Jetzt brachten sie nur zwei Stadtverordnete durch. Trotzdem das Deutschtum in Bromberg 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht, ist es unter 48 Stadtverordneten, die nach dem neuen Gesetz insgesamt gewählt wurden, nur mit zwei vertreten. Der Grund dafür lag abgesehen von der Heraufsetzung des Wahlalters von 20 auf 24 Jahre in der Bestimmung, daß die Städte in einzelne Wahlbezirke aufgeteilt wurden, und daß sämtliche Stimmen, die in einem einzelnen Wahlbezirke zu einem Mandate nicht ausreichten, einfach unter den Tisch fielen. So war Bromberg in eine unverhältnismäßig große Zahl kleiner Wahlbezirke aufgeteilt worden, und diese „Wahlgeographie" hat denn auch richtig ihren minderheitenfeindlichen Zweck erfüllt. An vielen Orten waren entweder sämtliche deutschen Listen oder die in einzelnen Bezirken für ungültig erklärt worden. In Dirschau wiederum blieben die Stimmzettel sämtlicher Parteien unberücksichtigt, die nicht dieselbe Größe wie die der Regierungsparteien aufwiesen.

In Thorn waren die deutschen Listen nur in zwei Bezirken zugelassen. Infolgedessen konnte kein deutscher Vertreter gewählt werden. In Posen fielen die Deutschen ebenfalls aus, da dort die deutschen Listen bis auf einen einzigen Bezirk gestrichen worden waren. Auch in Nakel durften die Deutschen nur in einem Bezirk wählen. Sie erzielten einen Abgeordneten. In Konitz haben die Deutschen 4, in Bandsburg 3, in Kamin bei Konitz 2, in Schöneck und Soldau je 1 Abgeordneten erhalten.

In den Posener Provinzstädten erhielten die Deutschen zu Bojanowo 4, Neutomischl und Rakwitz je 2, Rogasen, Filehne und Schwersenz je 1 Mandat. Lissa fiel aus. Es bestand dort genau Stimmengleichheit mit der polnischen Wählerliste, so daß das Mandat durch Auslosung entschieden werden mußte. Das Los fiel auf die Wählerliste. Es handelte sich also wirklich nur um eine einzige Stimme, die den Deutschen den Sieg hätte bringen können.

Es hat auf polnischer Seite natürlich auch nicht an Versuchen gefehlt, die Deutschen durch Drohungen und offenen Terror einzuschüchtern oder Verwirrung in ihre Reihen hineinzutragen. Da taucht plötzlich irgendwo eine Gruppe obskurer Gestalten auf und verkündet, sie allein wäre die Vertreterin der „wirklich loyalen" und der „wirklich aufrichtigen" Deutschen in Polen. Ihre Tätigkeit beschränkt sich im wesentlichen darauf, gegen die Führer der alten und bewährten deutschen Minderheitsorganisationen zu hetzen, ihnen „staatsgefährliche Umtriebe" und „Unfähigkeit in der Wahrnehmung der deutschen Belange" zum Vorwurf zu machen. So war es auch jetzt wieder in Posen und Pommerellen: Als die Stadtverordnetenwahlen bevorstanden, trat in Bromberg prompt ein „Deutscher Arbeiterbund" auf den Plan, der weder ein Arbeiterbund ist, noch ein Recht hat, sich als deutsch zu bezeichnen. Seine Leiter sind zwei Polen namens Pilarski und Stoinski, die zu den polnischen Behörden wahrscheinlich bessere Beziehungen als zu den deutschen Kreisen besitzen. Ueber diesen „Bund" veröffentlichte der „Dziennik Poznanski" am 27. Oktober eine Notiz, in der es hieß, daß sich ein Teil der Bromberger Deutschen, „die zum polnischen Staate loyal eingestellt sind", zusammengeschlossen habe, um sich gegen die „antistaatliche Tätigkeit" des Abg. Graebe zu wenden; der Abg. Graebe sei ein „Verbrecher"; er habe im Jahre 1919 „als Kommandant des Bromberger Grenzschutzes" befohlen, „Handgranaten in den Sokol-Saal zu schleudern, als dort eine Versammlung der polnischen Bevölkerung stattfand und trotzdem viele Frauen und Kinder an der Versammlung teilnahmen". Durch diese Notiz werden Geist und Niveau des „Arbeiterbundes" hinreichend charakterisiert. Denn Tatsache ist, daß der Abg. Graebe weder jemals Kommandant des Bromberger Grenzschutzes war, noch auch jemals als militärischer Vorgesetzter den Befehl gegeben hat, eine polnische Versammlung mit Handgranaten zu sprengen. Einem Bericht des „Kurjer Poznanski" vom 18. November zufolge gehört zu diesem „Arbeiterbund" auch der von ähnlichen Gründungen früherer Jahre her schon bekannte Bromberger Apotheker Leo Kindermann. Es liegt auf der Hand, daß dieser Bund ein neuer Ableger des hinreichend bekannten „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes" ist, der schon bei früheren Wahlen mehrfach in Posen und Pommerellen vergeblich Fuß zu fassen versucht hat. Das Deutschtum hat sich durch solche Mittel noch niemals beirren und beeinflussen lassen. Auch dieses Mal nicht.

Eine tief beklagenswerte Wendung hat der Wahlkampf in Graudenz genommen, wo er zu einem schändlichen, blutigen Terror ausartete. Da es dort bei der Sprengung einer deutschen Versammlung durch polnische Stoßtrupps mehrere Verletzte gegeben hatte, beschloß die deutsche Wahlleitung, nur noch geschlossene Sitzungen der Vertrauensmänner für die deutsche Liste einzuberufen. Eine solche Sitzung, an der etwa 60 Personen teilnahmen, fand am Mittwoch vor der Wahl im deutschen Klubhaus in Graudenz statt. Schon vor Beginn der Sitzung hatten sich polnischsprechende Personen vor dem Versammlungslokal zusammengerottet. Nach Beginn der Sitzung war die Zahl der Rotte auf mehr als 100 Personen angewachsen. Man begann sämtliche Fensterscheiben mit Steinen einzuwerfen; dann drang die Menge in die vorderen Räume des Lokals ein und richtete hier eine ungeheure Verwüstung an. Es wurde sofort Polizei zu Hilfe gerufen, die nach 10 Uhr

abends erklären konnte, daß die Ruhe wieder hergestellt sei, und daß sich die deutschen Männer und Frauen nach Hause begeben könnten.

Als die deutschen Vertrauensleute jedoch das Versammlungslokal verließen, wurden sie in den benachbarten Straßen überfallen. Dabei wurde der deutsche Schmiedemeister Adolf Krumm von der Meute bis vor sein Haus verfolgt und an dessen Schwelle durch zehn Messerstiche in den Rücken niedergestreckt, so daß er tot vor dem Hause liegen blieb. Auf einer anderen Straße gab es eine Reihe von Schwer- und Leichtverletzten. Der Installateur Erich Riebold erhielt Stiche in den Unterleib und blieb besinnungslos liegen. Er ist einige Tage darauf seinen Verletzungen erlegen. Der Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung in Graudenz, Otto Schmiedt, ein Schwerkriegsbeschädigter, der sich nur auf Prothesen vorwärtsbewegen kann, erhielt einen Messerstich in den Rücken, mehrere Stockhiebe über den Kopf, so daß er blutüberströmt besinnungslos liegen blieb und später fortgeschafft wurde.

Die Ermordung der beiden Volksgenossen hat bei den Deutschen in Polen verständlicherweise eine ungeheure Erregung verursacht. Sie hat dazu beigetragen, die deutschen Volksgruppen in Polen nur noch enger aneinander zu schließen. Die Deutschen in Graudenz haben sich zum Zeichen des Protestes gegen die polnischen Gewalttaten an der Wahl nicht beteiligt. In ganz Polen und Pommerellen wurden alle deutschen Wahlversammlungen und geselligen Veranstaltungen abgesagt. Die Beisetzung der Ermordeten gestaltete sich zu einer gewaltigen Treuekundgebung des pommerellischen Deutschtums, wie sie Graudenz seit der Abtretung an Polen noch nicht wieder erlebt hatte. Im Trauerzuge folgten über 10 000 Deutsche den Särgen. Die polnischen Behörden taten diesmal alles, um die Sicherheit der Teilnehmer und die Würde der Trauerfeier vor etwaigen Anschlägen chauvinistischer Radaubrüder zu schützen. Die deutschen Geschäfte in Graudenz hatten geschlossen. Aus dem ganzen Lande waren tausende gekommen, um den Märtyrern des Deutschtums das letzte Geleit zu geben. Es ist der Wunsch der deutschen Volksgruppen in Polen und des ganzen deutschen Volkes, daß das Blut der Graudenzer Deutschen nicht umsonst vergossen sein möge, daß ihr Opfertod mit dazu beitragen möge, die beiden Völker einander näher zu bringen und den stumpfsinnigen Haß zu überwinden, den manche Kreise in Polen auch heute noch gegen alles Deutsche empfinden. Im Herzen des deutschen Volkes werden die Toten von Graudenz fortleben als Blutzeugen völkischer Opferbereitschaft!

Die jetzt von Deutschland und von Polen eingeleitete Politik der Verständigung steht unter keinem guten Stern. Die blutigen Deutschenverfolgungen in Graudenz lassen erkennen, daß Worte der Verständigungsbereitschaft zwischen zwei Regierungen bald gesprochen sind, daß es aber weit schwieriger ist, Völker einander zu nähern, die sich lange Jahre hindurch feindlich und verständnislos gegenüberstanden. Wie willig und entschlossen das deutsche Volk bereit ist, seinem Führer zu folgen, das hat der 12. November der ganzen Welt in beispielloser Weise offenbart. Damit sind auf deutscher Seite alle Voraussetzungen zu einer wirklichen und erfolgreichen Verständigungspolitik mit Polen gegeben. Denn das ist gewiß, daß nur dann von einer tatsächlichen Verständigung die Rede sein kann, wenn hinter den Regierungen, die die Verständigung wollen und für notwendig halten, auch das Volk steht. Noch aber sieht es damit trostlos auf der polnischen Seite aus. Dort ist das Volk und ist insbesondere die Presse noch ganz dem unseligen, zerstörenden Geiste von Versailles verhaftet. Man höre nur, was für eine Sprache sich der polnische Westmarkenverein in einem seiner jüngsten Aufrufe noch leistet: „Wer sich dem Feinde (d. h. den Deutschen) nähert, von dem muß sich ganz Polen mit Verachtung abwenden." Da ist wohl die Frage erlaubt, ob der polnische Außenminister Oberst Beck, der sich ja „dem Feinde" zu nähern versucht, nach Ansicht des Westmarkenvereins auch zu den Leuten gehört, von denen sich „ganz Polen mit Verachtung abwenden muß". Weiter heißt es: „Die Verräter werden wir brandmarken und sie der Verachtung ausliefern. Die Sendlinge eines fremden Staates (d. h. Deutschlands), die mit Judassilberlingen klimpern, die Raufbolde, Provokateure, Friedensbrandstifter und Seelenhändler werden wir von unseren polnischen Dörfern und unseren polnischen Häusern fernzuhalten wissen. Wir warnen alle diejenigen, die die Feinde Polens unter ihr Dach aufnehmen, und die ihre Häuser auf dem Lande den Hitlerischen Raufbolden, dem Abschaum der Menschheit, vermieten. Die Feinde mit der brandenburgischen Sprache wollen wir nicht bei uns behalten: wir brauchen kein deutsches Blut; aber wir geben das polnische Blut und den polnischen Boden nicht her!"

Solange es der polnischen Regierung nicht gelingt, diesen und allen ähnlichen Hetzern ihr trauriges Handwerk zu legen, ist der Weg zwischen Berlin und Warschau noch weit und hoffnungslos verbaut. Aber schließlich ist ja auch Rom nicht an einem Tage erbaut worden.

Die polnische Verfassungsänderung

Pilsudski hat von dem Tage an, da er sich durch den Staatsstreich vom Mai 1926 in den Besitz der Macht setzte, aus seiner Abneigung und seinem Widerwillen gegen den Parlamentarismus und das demokratische System keinen Hehl gemacht. Er hat dieses System mit Hilfe seines Oberstenregiments praktisch so gut wie ganz außer Kraft gesetzt und seine Regierung mehr und mehr zu einer Art von parlamentarisch maskierter Diktatur umgewandelt. Zu einer Umänderung der Verfassung, die den neuen Formen gerecht würde, ist es freilich noch nicht gekommen, trotzdem sie wiederholt in Aussicht gestellt wurde. Offenbar hat sich Pilsudski vor einem neuen Staatsstreich als der einen Möglichkeit, die alte Verfassung zu beseitigen und eine neue an ihre Stelle zu setzen, gescheut. Zu dem anderen Wege aber, nämlich der verfassungsmäßig vorgesehenen Zweidrittelmehrheit, haben es seine Anhänger im Parlament noch immer nicht gebracht, obgleich die Mehrheit, die sie tatsächlich haben, stark genug ist, um im übrigen ihrem Willen und ihren Grundsätzen der „Sanierung" volle Geltung zu verschaffen.

Es scheint nun aber, als sei nunmehr im Pilsudski-Lager der Entschluß herangereift, ernsthaft an die Durchsetzung der neuen Verfassung heranzugehen. Jedenfalls hat auf der Legionärstagung im August dieses Jahres Oberst Slawek, der frühere Ministerpräsident, zum ersten Male der Oeffentlichkeit bekannt gegeben, wie in allgemeinen Umrissen die neue Verfassung aussehen soll. Zur Begründung der Notwendigkeit einer Verfassungsänderung übte Oberst Slawek eine scharfe Kritik an der mangelhaften Organisation des polnischen Parlamentarismus und am fehlenden Verständnis der einzelnen Abgeordneten, die bis jetzt nur auf ihre eigenen und ihrer Wähler Interessen, nicht aber ausschließlich auf das Wohl und die Interessen des Staates bedacht waren. Dem soll nun dadurch abgeholfen werden, daß erstens die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten erweitert werden sollen, — zweitens daß eine Körperschaft geschaffen werden soll, die nur zum Teil auf parlamentarischem System aufgebaut wird, aber nicht so stark beeinflußbar durch die Wählerschaft wie bisher wäre. Demgemäß soll der Sejm in seiner jetzigen Form erhalten bleiben, mit dem Unterschied, daß ein großer Teil seiner bisherigen Rechte an den Senat übertragen werden soll, der aber unorganisiert wird. Nach den Absichten des Regierungsblockes soll die Umgestaltung des polnischen Senates in folgender Weise vor sich gehen: Ein Drittel der Mitglieder des künftigen Senates wird vom Staatspräsidenten berufen, während zwei Drittel von den Besitzern (Rittern) der Orden „Virtuti militari" und „Polonia restituta" gewählt werden. Die Zahl der jetzt lebenden Ritter der genannten Orden wird nach der polnischen Zeitung „ABC" mit rund 22 000 angegeben. Man kann annehmen, daß in diesem Jahre zirka 8000 neue Orden verliehen werden, so daß die Zahl der Wahlberechtigten zirka 30 000 ausmachen dürfte. Mit anderen Worten, in Polen wird eine privilegierte Schicht gebildet, die in Wirklichkeit das ganze Staatsleben in der Hand haben wird. Dieser Zustand erinnert lebhaft an die polnische Vergangenheit: nur mit dem Unterschied, daß in früheren Jahrhunderten diese privilegierte Schicht der polnische Adel (Szlachta), jetzt die von der Regierung dazu selbst ausgewählten Personen sein werden.

Inzwischen sind einige weitere Einzelheiten des neuen Verfassungsentwurfs bekannt geworden. Die achtunggebietendere Stellung des Senats soll u. a. auch in der Bestimmung zum Ausdruck kommen, daß nicht, wie bisher, der Sejmmarschall, sondern der Senatsmarschall in notwendigen Fällen Vertreter des Präsidenten der Republik sein soll. Dieser selbst wird auf eine andere Form als bisher gewählt. Die Wahl nimmt zwar auch eine Nationalversammlung vor; doch ihre Zusammensetzung wird eine andere sein, wie dies bisher der Fall war. Und zwar wird die National-

versammlung nicht die Vereinigung von Sejm und Senat darstellen, sondern sich in Zukunft aus 40 vom Sejm gewählten Delegierten sowie aus 40 weiteren Delegierten zusammensetzen, die durch den Senat gewählt werden. Diese 80 Abgeordneten und Senatoren bilden die Nationalversammlung. Sollte die Versammlung einen anderen Kandidaten wählen und nicht denjenigen, der von dem zurücktretenden Präsidenten der Republik empfohlen wird, so entscheidet über die endgültige Wahl eine Volksabstimmung.

Nach einer weiteren Bestimmung werden Personen, die das 70. Lebensjahr überschritten haben, von jedem parlamentarischen Einfluß ausgeschaltet. Die Wähler des Senats (die Elite) dürfen zu dieser gesetzgebenden Körperschaft niemand berufen, der das 70. Lebensjahr erreicht hat. Das aktive Wahlrecht zum Senat, das den Rittern des Virtuti-militari-Ordens und den Inhabern des Unabhängigkeitskreuzes zustehen soll, wird durch die Einführung der Kontrolle eines jeden eingeschränkt werden, der den Virtuti-Orden oder die Kreuzauszeichnung erhalten hat.

Besonders ungünstig wird sich diese Verfassungsreform auf die Lage der „Minderheiten" auswirken, denn sie bedeutet eine weitere Beeinträchtigung der Rechte der nichtpolnischen Bürger im polnischen Staate und läuft den von Polen in Versailles übernommenen Verpflichtungen zuwider. Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hat jeder polnische Bürger ohne Rücksicht der Nation das Recht, in die parlamentarischen Vertretungen (Sejm — Senat) im vorgeschriebenen Alter zu wählen, bzw. gewählt zu werden. Nach dem neuen Plane wird dieses Recht nur auf Besitzer bestimmter polnischer Orden beschränkt. Wer die ganze Lage in Polen kennt, weiß aber ohne weiteres, daß derartige Ordensinhaber niemals unter Deutschen, Ukrainern, Weißruthenen oder Litauern zu finden sind, daß mit anderen Worten die Minderheiten zum mindesten vom Senat, der allein noch Bedeutung haben wird, ausgeschlossen sind.

Aus der Rede Slaweks kann man noch nicht schließen, ob der Plan der Verfassungsänderung bereits völlig ausgearbeitet vorliegt. Allgemein verlautet, daß daran „weitergearbeitet" und dem Sejm erst vorgelegt werden wird, nachdem der Voranschlag des neuen Staatsbudgets im Sejm und Senat erledigt wurde. Es bleibt somit für die polnische Regierung noch Zeit zur Ausarbeitung und Schaffung der notwendigen Mehrheit übrig. — Wie diese für die Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit allerdings aussehen soll, ist noch ganz unbestimmt, da weder Opposition noch nationale Minderheiten dafür zu haben sind. Man wird allerdings nicht daran zweifeln dürfen, daß Pilsudski schon Mittel und Wege finden wird, seinen Willen in die Tat umzusetzen, sobald er ernsthaft dazu entschlossen ist.

Kurzberichte für die „Heimattreuen"

Ostpreußen als Kulturquelle

Die Hinwendung der inneren Beteiligung des neuen Deutschlands an dem Schicksal Ostpreußens offenbart sich nicht nur in wirtschaftlichen und staatspolitischen Maßnahmen, sondern sie findet ihren bewußten Willensausdruck namentlich auch auf kulturellem Gebiete. Zum sinnfälligen Zeichen dafür wird demnächst Ostpreußen zwei große Stützpunkte erhalten, die für das gesamtdeutsche Kulturleben große Bedeutung gewinnen werden: Die Königsberger Universität wird in eine Reichsuniversität umgewandelt, und die Marienburg wird eine nationale Erziehungsanstalt erhalten.

Somit wird Königsberg die erste Universität haben, die vom Reiche unterhalten wird. Das wird sich zweifellos in der Zahl und der Zusammensetzung der Studenten zunächst auswirken und dazu beitragen, daß sehr viel stärker als bisher die akademische Jugend aus allen Teilen des Reiches den deutschen Osten kennen lernt. Eine ähnliche Bedeutung wird die große nationalpolitische Erziehungsstätte erhalten, die anstatt des bisherigen Museums in der Marienburg aufgenommen wird. Eine gleichartige Anstalt wurde vor kurzem in Plön eingeweiht.

Zu dem planmäßigen Ausbau Ostpreußens als eines Eckpfeilers deutscher Kultur gehört auch die Gründung eines Ostpreußeninstituts und des Staatswissenschaftlichen Instituts, die an die Stelle des alten Instituts für ostdeutsche Wirtschaft treten. Das neue Ostpreußeninstitut wird unter Leitung von Dr. v. Gründberg stehen, der seine Mitarbeiter selber berufen soll. Zum Leiter des Staatswissenschaftlichen Instituts, das zur Ergänzung und zum Unterbau für das Ostpreußen-Institut berufen ist, wurde Professor Dr. Wiske aus Marburg verpflichtet.

Der neue Gouverneur des Memelgebietes

Aus Gründen, die noch nicht klar ersichtlich sind, hat der bisherige Gouverneur des Memelgebietes, Herr Gylis, seinen Posten verlassen und einem neuen Mann Platz machen müssen. Gylis kehrt, wie es heißt, wieder in den diplomatischen Dienst zurück und wird litauischer Generalkonsul in Brüssel. Er hatte in der letzten Zeit dem militärischen Kommandeur Lormonas vollständig freie Hand gelassen und scheint der Kownoer Regierung nicht scharf genug gegen die deutschen Memelländer gewesen zu sein.

Das läßt die Ernennung des Dr. Navakas zu seinem Nachfolger vermuten. Dr. Navakas hat sein neues Amt bereits angetreten. Er war bisher Direktor des Bürgerschutz-Departements in Kowno und gilt in Litauen allgemein als eine der stärksten Persönlichkeiten der gegenwärtigen Regierung. Als Inhaber der gesamten Polizeigewalt ist Navakas besonders durch die Niederkämpfung der Woldemaras-Gruppen bekannt geworden. Ferner wird seiner Initiative die Einführung einer Reihe strenger Gesetze zugeschrieben, so zuletzt der beiden litauischen Ausländerverordnungen, die sich besonders nachteilig auf die noch vorhandenen reichsdeutschen Lehrer und Beamten im Memelgebiet auswirken. Die Ernennung Dr. Navakas soll übrigens damit im Zusammenhang stehen, daß „zur Beseitigung von unliebsamen Erscheinungen im Memelgebiet" — gemeint ist wohl die politische Umgruppierung der Deutschen — „eine starke Hand zur Verwaltung des Gebietes erforderlich" geworden sei. Navakas würde als erste große Aufgabe die Durchführung des neuen Beamtengesetzes zu erledigen haben. Nach diesem Gesetz müssen alle Beamten nichtlitauischer Staatsangehörigkeit vom 10. Dezember ab ihr Dienstverhältnis mit der litauischen Regierung von neuem regeln, wobei bei einem Weiterverbleib die Kenntnis der litauischen Sprache die Hauptrolle spielt.

So scheint die Zentralregierung also mit ihrem neuen Mann einen „neuen Kurs" im Memelgebiet einführen zu wollen. Sie will — mit anderen Worten — zu der Politik der Bedrückung zurückkehren. Sie hat demnach noch immer nicht eingesehen, daß auf diesem Weg eine Verständigung mit Deutschland nicht zu erreichen ist.

Abschied von Danzig

Generalkonsul Freiherr von Thermann, der über 7 Jahre lang das Deutsche Reich in Danzig vertrat, hat Danzig verlassen, da er zum Gesandten in Buenos Aires ernannt worden ist. Sein gastfreies Haus und seine verdienstvolle Tätigkeit werden die Danziger in bester Erinnerung behalten. Denn Freiherr von Thermann war stets in vollem Verständnis für Danzigs besondere Lage bemüht, Danzig und seiner deutschen Bevölkerung nach allen Kräften zu dienen.

Gleichzeitig ist ein anderes allgemein bekanntes Mitglied des Danziger Diplomatischen Korps von Danzig geschieden, der Generalkonsul der Sowjetunion Dr. Kalina. Er ist auf den Posten des Vertreters des Volkskommissariats für Aeußeres bei der sowjet-ukrainischen Regierung in Charkow berufen worden und gehört damit gleichzeitig zur Regierung der Sowjetukraine. Bei der Abschiedsfeier erkannte Präsident Dr. Rauschning dessen Verdienste namentlich um die Anbahnung wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Danzig und Rußland warm an.

Schließlich verliert Danzig noch einen zwar unpolitischen, aber dennoch um das Deutschtum und um die Vertiefung der Verbindung Danzigs mit dem Mutterlande hochverdienten Mann in dem Zoppoter Kurdirektor Freiherr von Wechmar. Er ist zum Generaldirektor der Kur- und Badebetriebe von Wiesbaden gewählt worden, nachdem er 6½ Jahre lang seine Zoppoter Stellung bekleidet hatte. Er hat sich um die Entwickelung des Bades Zoppot große Verdienste erworben und erfreute sich dank seiner Liebenswürdigkeit und seiner kerndeutschen Gesinnung großer Beliebtheit in Zoppot und Danzig.

Ausweisung aus Danzig

Nach Beendigung einer Schutzhaft von drei Wochen wurde nunmehr der frühere Chefredakteur der „Danziger Landeszeitung" in Danzig, Dr. Teipel, aus dem Gebiet der Freien Stadt ausgewiesen. So hat sich Danzig eines Schädlings entledigt, der als Leiter des Zentrumsorgans gegen das achttägige Verbot der Zeitung in Gemeinschaft mit dem Verlagsleiter Killan unmittelbar eine Beschwerde beim Völkerbundkommissar Rosting über angebliche Verletzung der Danziger Verfassung angebracht hatte, ohne vorher den vorschriftsmäßigen Rechtsweg der Beschwerde bei den zuständigen Danziger Behörden gegangen zu sein. Zu gleicher Zeit mit Dr. Teipel und Killan wurde auch Schutzhaft über den Verlagsleiter Fooken der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme" verhängt, der ebenfalls unmittelbar beim Völkerbundskommissar Beschwerde über ein zweimonatiges Verbot erhoben hatte. Hierin erblickte die Danziger Regierung mit Recht den Versuch, ein Eingreifen einer auswärtigen Macht in Innerdanziger Verhältnisse zu veranlassen.

Es heißt, daß sich der Völkerbundsrat auf der Januartagung 1934 mit der Angelegenheit beschäftigen wird. Die Danziger Regierung lehnt auch nach neuerlichen Erklärungen des Senatspräsidenten Dr. Rauschning ein unmittelbares Eingreifen der Genfer Instanzen in Danziger innere Verhältnisse ganz entschieden ab, weil das die Souveränität Danzigs auf innerstaatlichem Gebiet verletzen würde.

Inzwischen hat sich die „Danziger Landeszeitung" gleichgeschaltet. Wie es heißt, wird jedoch das unglückselig in die Irre geführte Danziger Zentrum diese Zeitung nicht mehr als katholisches Organ anerkennen, sondern es boykottieren. Es beabsichtigt, ausgerechnet in Dirschau ein eigenes, kirchliches Nachrichtenblatt drucken zu lassen, das zweimal in der Woche seinem im Freistaat noch verbliebenen kleinen Häuflein von Anhängern zugestellt werden soll.

Wie lange noch wird dieses klägliche Zerrbild einer ehemals so selbstsicheren und keineswegs ungeschickt geführten Partei Bestand haben?

Danzig als Mittelpunkt deutschen Sportlebens

Anläßlich eines kurzen Aufenthalts in Danzig erklärte vor kurzem Reichssportführer von Tschammer und Osten, daß die Möglichkeit bestehe, die deutschen Olympiavorbereitungskurse nach Danzig zu verlegen. Danzig besitze die Voraussetzung, die wichtigste Stadt des ostdeutschen Sports zu werden. Länderkämpfe zwischen Deutschland und anderen Nationalmannschaften sollen das nächste Mal bestimmt in Danzig stattfinden.

In der Tat ist es Danzig gelungen, sich allein schon durch seine Sportplätze eine führende Stelle im deutschen Sportleben zu sichern. Die erste bedeutende Anlage wurde 1912 unter großer Anteilnahme aller Bevölkerungsschichten feierlich eröffnet. Sie erhielt den Namen „Heinrich-Ehlers-Platz". Heinrich Ehlers, Danzigs Oberbürgermeister, hatte sich um den Sport große Verdienste erworben. Dank der Initiative der städtischen Verwaltung und auch einzelner Vereine sind in den verflossenen 15 Jahren viele Spielplätze in Danzig geschaffen worden. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß sich die Spielflächen früher nur auf das Gebiet zwischen Danzig und Langfuhr erstreckten, mit Ausnahme des Ertelplatzes in Neufahrwasser. Heute ist die Lage der Plätze mit Rücksicht auf die Verteilung der Bevölkerung wesentlich günstiger. Jetzt gruppieren sich die Anlagen Danzigs um den Kern der Stadt, und jeder Vorort besitzt entsprechend seiner Größe Spielflächen.

Beschaffenheit und Lage mancher Danziger Plätze sind besser als in vielen Städten des Reiches. Danzig hatte bis jetzt allerdings keinen Platz, der Veranstaltungen von größtem Ausmaß gewachsen ist. Doch nun vollzieht sich der Ausbau der Jahnkampfbahn, die inmitten eines bewaldeten Talkessels liegt und denkbar leicht zu erreichen ist. Dieser Spielplatz von gigantischen Ausmaßen, dessen Hauptfeld 25 000 Besuchern Raum bietet, wird nach seiner Vollendung im nächsten Frühjahr die schönste Anlage sein, die im Osten überhaupt vorhanden ist. Es wird hier ein Sportplatz erstehen, der auf Jahrzehnte hinaus groß genug und mustergültig bleiben soll. Ein Schwimmbecken sportgerechter Ausmaße, eine Bozarena, ein Aufmarschplatz für Hunderttausend werden das Hauptspielfeld mit seiner Aschenbahn ergänzen. Danzig soll das Zentrum des Sports im Osten werden, schon auf Grund seiner politischen Lage. Fußball- und Handball-Länderkämpfe zwischen Deutschland und anderen Nationalmannschaften sind vorgesehen. Die ersten großen Veranstaltungen dieser Art soll es schon 1934 geben, außerdem ein gewaltiges Turnertreffen im Juli, zu dem mit über 10 000 Teilnehmern gerechnet wird.

Die Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens

In dem Kampfe Danzig—Gdingen, der ja augenblicklich zum Stillstand gekommen ist, arbeitete Polen gerne mit der Behauptung, daß der Danziger Hafen weder technisch noch organisatorisch den Bedürfnissen des polnischen Ueberseehandels genüge. Demgegenüber verdient ein Aufsatz des jetzigen Danziger Hafenausschußpräsidenten Benzinger um so größere Beachtung, als Benzinger ein Schweizer, also ein Neutraler ist. Der Aufsatz ist in einer Warschauer Zeitung erschienen und führt u. a. folgendes aus: „Der Danziger Hafen hat sich die ganzen vergangenen zehn Jahre hindurch äußerst elastisch den Wirtschaftsbedürfnissen Polens angepaßt. Das war vielfach mit großen Kosten verbunden. . . . Die Exportziffern überstiegen von 1923 an die Vorkriegszahlen, was eine Vergrößerung der Ladeeinrichtungen und Lagerräume verlangte. Der Hafenausschuß hat in den Jahren 1923 bis 1926 daher eine Reihe neuer Land- und Wasserplätze geschaffen, was es dem Danziger Hafen ermöglichte, im Jahre 1927 der größte Holzexporthafen der Welt zu werden. Ein zweiter Beweis für die Anpassung der Hafeneinrichtungen an die Bedürfnisse des polnischen Wirtschaftslebens ist die Frage des Kohlenexports. . . . Der Hafenausschuß ging unter großem Kostenaufwand dazu über, die Verladung zu mechanisieren. Die bedeutendsten Teile des Hafens wurden mit einer großen Menge von Kränen versehen. Außerdem wurde ein besonderes Bassin bei Weichselmünde gebaut, dessen Kohleladeeinrichtungen das letzte Wort der Technik sind. Ebenso stellte sich die Frage der Einrichtungen für den Rohstoffimport der Hüttenindustrie und der chemischen Industrie, für den Stückgutverkehr usf. Heute steht der Danziger Hafen in dieser Beziehung in der Reihe der am besten ausgebauten Häfen Europas."

Ebenso wie die Lüge von der technischen Rückständigkeit des Danziger Hafens wird von Benzinger in dem erwähnten Artikel die andere Lüge von den wirtschaftlichen, sprachlichen und persönlichen Schwierigkeiten, die dem polnischen Kaufmann in Danzig angeblich bereitet werden, richtig gestellt: Der Hafenausschuß habe, so führt Benzinger aus, niemals gezögert, im Rahmen des Möglichen und nach Maßgabe der Bedürfnisse des polnischen Exporteurs die Hafenabgaben zu senken. Die Abgaben seien von 1,20 Zloty je Tonne im Jahre 1924 auf 0,52 Zloty herabgesetzt worden. Und dem Beispiel des Hafenausschusses seien auch die privaten Danziger Firmen gefolgt: so seien z. B. die Verladungskosten für Holz von 16 Schilling im Jahre 1924 auf 7 Schilling (in Gold) im Jahre 1933 gesunken. „Wir stellen also", sagt Benzinger, „auf diesem Gebiete eine für den polnischen Interessenten günstige Entwicklung der Verhältnisse fest. In sprachlicher Hinsicht", heißt es dann weiter, „werden der Zusammenarbeit des polnischen Interessenten mit dem Hafenausschuß keinerlei Schwierigkeiten gemacht." Denn der Hafenausschuß beschäftige eine ganze Reihe polnischer Beamter; man könne mit ihnen ebensogut deutsch wie französisch oder polnisch korrespondieren. Außerdem gebe der Hafenausschuß zur Orientierung der Interessenten alljährlich eine Broschüre mit Informationen und fortlaufend Berichte über die ein- und auslaufenden Schiffe in polnischer Sprache heraus. Schließlich besitze der Hafenausschuß zur Erleichterung des unmittelbaren Verkehrs mit den polnischen Interessenten auch noch eine ständige Vertretung in Warschau.

Hoffentlich werden nunmehr der polnischen Oeffentlichkeit die Augen für die Wahrheit über den Danziger Hafen geöffnet. Uebrigens ist auch Danzig nach dem Abschluß des Hafenabkommens vom 18. September d. J. berechtigt, von der polnischen Regierung zu verlangen, daß diese sich für eine wahrheitsgemäße Unterrichtung der polnischen Oeffentlichkeit und vor allen der am Außenhandel interessierten polnischen Wirtschaft über den wirklichen Zustand und die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens einsetzt.

„. . . und Danzig ist doch eine freie Stadt!"

Das Warschauer „ABC"-Blatt bringt eine Artikelreihe aus der Feder eines seiner Mitarbeiter, der eine Wanderung durch das Warschauer Ghetto unternommen hat, um „die Geheimnisse" der wie asiatische Basare anmutenden Höfe und Hausfluren des Nalewski-Reviers zu belauern. Er schildert u. a. folgende, übrigens ganz typische Szene aus einem Galanteriewarengeschäft, das offiziell „deutsche Waren nicht

bezieht", nichtoffiziell aber sich die Vorteile des Handelns mit deutschen Waren nicht entgehen läßt. Zwischen dem Verfasser der Plauderei und einem Großhändler in Knöpfen und Galanteriewaren wickelt sich folgendes Gespräch ab:

„— Warum geben Sie mir ausländische Waren? Wir haben doch inländische Erzeugnisse in genügender Menge!"

„Gewiß, das ist nicht zu leugnen; aber passen Sie mal auf, Herrleben: für unsere inländische Ware muß ich sofort zahlen, wenn ich sie nehme, sei es mit einem Wechsel, sei es mit einem Teil von Bargeld, doch für diese Ware habe ich noch nichts bezahlt. Diese drüben, die ausländischen Fabrikanten, schicken die Waren und bitten nicht einmal um Deckung, sondern geben jede Quantität in Kommiß, und fertig ist die Sache."

„— Gut; einverstanden, daß das bequem ist, weil Sie erst nach Verkauf der Ware zahlen. Aber wenn Sie im Lande kaufen, zahlen Sie beim Ankauf doch auch nicht bar, sondern mit einem Wechsel mit drei- bis viermonatiger Laufzeit, in dieser Zeit kann man die Ware doch schon los werden."

„—Na, da muß ich Ihnen schon sagen, daß der ausländische Fabrikant mir noch einen halbjährigen Kredit nach dem Verkauf der Ware gibt; ich kann während der sechs Monate mit seinem Gelde handeln. Und Sie wundern sich da, daß ich es vorziehe, ein ausländisches Fabrikat zu verkaufen?"

„— Und woher stammt diese Ware?"

„— Weiß ich es? Ich habe sie aus Danzig bezogen, und wo sie erzeugt wird, ist nicht meine Sache, es zu wissen!"

Der polnische Mitarbeiter betrachtet die Verpackung, liest die Aufschrift: „Made in Germany" und läßt sich vernehmen:

„— Das ist doch eine deutsche Ware! Wir stehen im Zollkrieg mit Deutschland! Ihr Juden boykottiert doch das Deutschland Hitlers und übrigens ist an jedem von eueren Geschäften eine Tafel angebracht mit der Aufschrift: Wir beziehen keine deutschen Waren!"

Darauf entgegnet der Kaufmann von Nalewski:

„— Sie verstehen, wie ich sehe, etwas von dieser englischen Aufschrift, ich dagegen brauche nicht zu verstehen, was in einer fremden Sprache geschrieben ist. Mein Gewissen ist in Ordnung, denn ich habe die Ware aus Danzig bezogen und Danzig ist doch eine freie Stadt!

Der ‚Monat der deutsch-polnischen Probleme'

Wir berichteten bereits im vorigen Hefte von der neuesten Veranstaltung, die der polnische Westmarkenverein unter dem Schlagwort „Monat der deutsch-polnischen Probleme" im Monat November durch Polen hindurch hat laufen lassen. Diesmal stand Ostpreußen im Mittelpunkt der unzähligen Vorträge, deren Zweck angeblich „die Erweckung der Kenntnis und des Interesses der gesamten Oeffentlichkeit für die aktuellen polnisch-deutschen Fragen" ist. „Der Westmarkenverein will", so heißt es in einem der Aufrufe, „daß die Fragen unserer Grenzgebiete sich einen ständigen Platz in den Gedanken der breitesten Massen erobern."

Wir geben nachstehend einige Kostproben von den geistigen Genüssen, die diesen „breitesten Massen" geboten wurden. Sie beweisen erneut die Absicht schärfster Verhetzung der polnischen Bevölkerung gegen alles, was deutsch ist. In Thorn hielt ein Herr Krupka einen Vortrag über das Thema „Ostpreußen und Polen" und stellte nach dem Bericht einer Thorner Zeitung „im Lichte der historischen Tatsachen die Schicksale Ostpreußens und seiner Bewohner dar, wobei er besonders betonte, daß Ostpreußen eine deutsche Kolonie auf polnischem und litauischem Gebiete sei und daß die dort wohnende Bevölkerung trotz aller Germanisierungsmethoden zum größten Teil polnisch geblieben sei. Die ostpreußische Frage muß sobald als möglich gehörig gelöst werden. Dafür sprechen geographische und wirtschaftliche Bedingungen.

Absurd sind die Ansprüche Deutschlands auf Pommerellen. Pommerellen ist ein urpolnisches Land und wird fast ausschließlich von Polen bewohnt. Eine pommerellische Frage gibt es für uns nicht. Um Deutschland die Möglichkeit zu geben, mit seiner Kolonie zu verkehren, geben wir Pommerellen nicht her, ohne daß Polen vom Meere abgeschnitten und dem Untergang geweiht wäre. Sollte Deutschland seine Hände nach Pommerellen ausstrecken, so wird es die nötige Abfuhr erhalten. Nur eine Antwort haben wir auf die deutschen Ansprüche: komm und versuche es zu nehmen — so beendete der Vortragende seine Ausführungen.

Nach der Rede eines Herrn Szalach, der die Verfolgung der Polen in Deutschland behandelte, faßten die Versammelten einmütig eine Resolution, die zur rücksichtslosen Beseitigung aller deutschen Ueberreste in Pommerellen und zur rücksichtslosen Ausrottung der deutschen Sprache auffordert und verlangt, daß in keinem Falle bei den Behörden den Interessenten der Gebrauch der deutschen Sprache gestattet würde und daß sie auch im gewöhnlichen Leben dieselbe nicht benutzten."

In Kattowitz verbreitete sich der Vorsitzende des Westmarkenvereins für die Wojewodschaft Schlesien darüber, wie er sich die „Lösung" der Korridorfrage" denkt und erklärte, daß die gesamte Generation die Aufgabe habe, die Fehler der Vergangenheit wieder gutzumachen. Die Fehler der Vergangenheit bestünden darin, daß sie es nicht verstanden habe, das gesamte Posen zu verteidigen, zweitens, daß sie auf Ostpreußen verzichtet habe, und drittens, daß sie nicht imstande gewesen sei, Danzig zu unterwerfen. Der erste Fehler sei zum Teil bereits wieder gutgemacht. Die Gutmachung der anderen Fehler würde gleichfalls erfolgen. Auf welche Weise das erfolgen werde, darüber solle man sich nicht den Kopf zerbrechen, auch darüber nicht, ob Ostpreußen entmilitarisiert oder abgeschnitten wird oder sonst etwas anderes geschieht. Für Polen gebe es nur eine Aufgabe, die erwähnten „Fehler der Vorfahren" sobald wie möglich wieder gutzumachen, ehe die „Flügel der Krähe" (gemeint ist der deutsche Adler) sich wieder öffneten.

So geschehen in einer Zeit, da die deutsche Regierung unter der Führung des Volkskanzlers mit größtem Ernste um das Zustandekommen einer deutsch-polnischen Verständigung bemüht ist.

Ausschaltung der deutschen Kassenärzte in Pommerellen

Ganz kurzfristig und großenteils buchstäblich von heute auf morgen haben von den 35 deutschen Aerzten, die im Korridor noch eine Krankenkassenpraxis ausübten, 14 ein Schreiben erhalten, wonach sie vom 5. November ab ihre Kassenpraxis einzustellen hätten. Diese Entlassungen werden begründet mit einem neuen Vertrage zwischen den Kassen und dem Aerzteverband, dessen Abschluß von einer Streichung von 15 Prozent der bisherigen Aerzte abhängig gemacht wurde.

Der Zweck dieser Bedingung ist zunächst schwer einzusehen. Denn die Kassen gewinnen dabei keinen roten Pfennig, wohl aber beschränken sie die freie Aerztewahl. Erst wenn man sich die Durchführung dieser Bestimmung etwas näher ansieht, dann kommt man hinter die eigentliche Absicht. Und die besteht leider wieder einmal darin, der deutschen Minderheit einen neuen Schlag zu versetzen. Diesmal sind es die deutschen Aerzte, denen man das Leben schwer machen will. Die Bromberger „Deutsche Rundschau" schreibt dazu: „Von den hoch gerechnet 360 Kassenärzten in Pommerellen bekennen sich 325 zum polnischen und nur 35 zum deutschen Volkstum. Von diesen 35 deutschen Aerzten sind 14 abgebaut. Das sind nicht 15, sondern 40 Prozent! Wieviel polnischen Aerzten die Kassenpraxis genommen wurde, ist uns für den ganzen pommerellischen Bezirk nicht bekannt. In Bromberg hat man von 44 polnischen Kassenärzten nur zwei alte Herren entlassen, die nicht mehr viel leisten konnten. Das sind 4,5 Prozent! Dagegen wurde von den 10 deutschen Kassenärzten genau die Hälfte reduziert. Das sind 50 Prozent! Darunter befindet sich der einzige deutsche Chirurg, den man früher schon von seiner leitenden Stellung im Diakonissenhaus verdrängt hatte; darunter befindet sich der einzige deutsche Facharzt für Augenkranke, der schon zu preußischer Zeit unentgeltlich in einer polnischen Stiftung (dem St. Florianstift) die kranken Augen seiner polnischen Mitbürger behandelt hatte. Darunter sehen wir die Namen der auch bei der polnischen Bevölkerung beliebtesten Kassenärzte. Wenn es um Leben und Gesundheit geht, dann hört der Streit der Nationen auf . . .

Im Stadt- und Landkreis Thorn wurden sämtliche deutschen Kassenärzte entlassen. Nicht 15, sondern 100 Prozent! Darunter die beiden Aerzte am Diakonissenhaus. Nebenbei bemerkt: das Haus steht leer, weil die Krankenkasse bereits seit Jahren keine Kranken mehr überweist.

Die Tragödie des deutschen Johanniter-Krankenhauses in Bandsburg ist bekannt. Zuerst blieb die Kasse mit ihren Zahlungen im Rückstand. Dann wurde das Haus besetzt; danach entließ man Herrn Dr. Krebs, den langjährigen Arzt. Jetzt hat man ihm auch die Kassenpraxis genommen. Die beiden polnischen Kollegen am Ort haben sie behalten. Und

dabei gibt es im Kreise Zempelburg nach der polnischen Volkszählung noch immer 40 Prozent Deutsche!"

Daß man in Polen — noch dazu im Zeichen der deutsch-polnischen Verständigung — die Liquidationspolitik auch auf das Gebiet der Krankenheilung und der Nächstenliebe ausdehnt, ist das am meisten Bedauerliche an diesem Vorgange.

Der Zusammenschluß des Auslandspolentums

Zu der 5. Tagung der Auslandpolen in Warschau, die vom Organisationsrat der Polen im Ausland veranstaltet wurde, waren Vertreter aller polnischen Behörden, zahlreiche Abgeordnete, Senatoren sowie Vertreter der polnischen Minderheitenorganisationen aus Deutschland, Frankreich, der Tschechoslowakei, Lettland, Rumänien und Oesterreich zugegen.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden des Organisationsrates, des Senatsmarschalls Raczkiewicz, begrüßte Departementsdirektor Drymer namens des Außenministers die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der außenpolnischen Siedlungen. Er betonte, daß die Konsolidierung des Auslandpolentums als fast vollzogen anzusprechen sei, und daß die Zukunft der gesamten Aktion davon abhängen werde, in welcher Weise man die junge Generation der polnischen Minderheit im Auslande zu ihren Aufgaben vorbereiten werde.

Der Vertreter der Polen aus Deutschland, Dr. Kaczmarek, versicherte, daß es unter seinen Volksgenossen keine parteiliche Zersplitterung der Kräfte gebe, und daß das Bewußtsein der nationalen Würde und des nationalen Stolzes stetig an Kraft gewinne. Die Vertreter der Polen in der Tschechoslowakei gaben ebenfalls Beispiele der fortschreitenden einheitlichen Zusammenfassung der einzelnen Organisationen zu einer Einheitsfront.

Die Arbeiten des Organisationsrates der Auslandspolen sind in einem hundert Seiten starken Bericht zusammengefaßt und geben ein Bild seiner verzweigten Tätigkeit. Besonders wird darin auf die Erziehung der Jugend Bezug genommen. Für den Schulfonds, der Mittel für die Schulung auslandpolnischer Jugend enthält, sind im vergangenen Jahre 36 Millionen Zloty angesetzt worden. Gegenwärtig sind die Bemühungen des Organisationsrates darauf gerichtet, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Auslandpolentum und Mutterland herbeizuführen. Für die nächste Zukunft ist eine zahlenmäßige Erfassung des Auslandpolentums geplant. Die Schaffung des Weltverbandes der Auslandpolen bleibt für die nächsten Monate das Hauptziel der Bestrebungen.

Die in Lodz erscheinende deutsche Zeitung „Freie Presse" bemerkt zu dieser Veranstaltung: „Das Recht auf Pflege der völkischen Eigenart und das Festhalten am Erbe der Väter wird vom göttlichen Gebot hergeleitet und als eine Verpflichtung gegen Gott hingestellt. Das wesentlichste Merkmal ist die Einheit zwischen Glaube und Volkstum. Diese innere Geschlossenheit wird nicht etwa durch die stete Frage gelockert, ob denn auch die Forderungen des Loyalitätsbegriffs erfüllt sind; es charakterisiert vielmehr die Einstellung des Auslandpolentums, wenn ihm diese Problematik, die von manchen Deutschen im Ausland bis zur Unsinnigkeit betrieben wird, vollkommen fremd ist. — Für den Auslandpolen gibt es vor allem Gewißheiten und nicht Probleme, das Festhalten am Erbe ist ihm nicht etwas, was täglich einer Erörterung unterliegt und darauf auf seine Berechtigung untersucht werden muß."

Die Wahrheit über die polnische Agrarreform

Das amtliche Polen bestreitet aus begreiflichen Gründen unentwegt, daß sein Agrarreformgesetz minderheitenfeindlichen Charakter habe. Es hat zur Entkräftung der deutschen Beschwerden über die weit vorwiegende Enteignung deutschen Grundbesitzes den von vornherein aussichtslosen Nachweis zu erbringen versucht, daß nicht einmal die praktische Durchführung des Gesetzes eine Spitze gegen die Minderheiten gehabt habe.

In der polnischen Bevölkerung weiß mans anders. Dort hat man sehr gut den Sinn des ganzen Gesetzes als eine der wirksamsten Waffen zur Ausrottung des Deutschtums verstanden. Das beweisen mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit die Beschlüsse, die auf einem „Kongreß der wirtschaftlichen und sozialen Politiker" in Posen vor kurzem gefaßt wurden. Darin heißt es u. a.:

„Die augenblickliche Lage des Landes fordert die Hinlenkung der Aufmerksamkeit des gesamten Volkes auf die Frage der Entdeutschung der Westgebiete. Die Regierung des Marschalls Pilsudski hat in der Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Problems beschlossen, das Siedlerelement zu kräftigen und hat im laufenden Jahre eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, die die Lasten, die die Siedler auf sich genommen haben, auf Kosten des Staatsschatzes in Höhe von etwa 35 000 000 Zloty vermindern. Diese Gesetze erfordern noch eine gewisse Ergänzung und kleine Verbesserungen." Nach der Aufzählung einer Reihe von solchen Verbesserungsvorschlägen wird dann zum Schlusse erklärt: „Infolge des Druckes der Deutschen auf die Grenzen der Republik liegt die möglichst schnelle Entdeutschung der Westgebiete im Interesse des Staates. Der Wirtschaftskongreß ist der Ansicht, daß der gesamte Umsatzfonds der Agrarreform zu diesem Zwecke verwandt werden muß und besonders diejenigen Mittel, die in den Umsatzfonds der Westgebiete fließen."

Deutlicher konnte das eigentliche Wesen der polnischen Agrarreform wirklich nicht gut gekennzeichnet werden.

Das polnische Buch im Auslande

Im November wurde in Warschau eine „Ausstellung des polnischen Buches im Auslande" eröffnet. Sie zeigt die polnischen Werke auf dem Gebiete der Literatur, Kunst und Musik, die in fremden Sprachen herausgegeben worden sind und enthält auch eine Uebersicht über die Zahl der Uebersetzungen, die in den einzelnen Ländern erschienen.

An der Spitze steht hier Rußland mit 414 Uebersetzungen, dicht dahinter die Tschechoslowakei mit 394. Dann folgen schon Frankreich mit 281 und an vierter Stelle Deutschland mit 256 Stück. Im übrigen sind vertreten

Italien	mit	189	Estland	mit	19
Jugoslawien	„	80	Holland	„	16
Bulgarien	„	79	Rumänien	„	14
England	„	63	Dänemark	„	12
Schweden	„	61	Litauen	„	12
Ungarn	„	58	Norwegen	„	11
U.S.A.	„	54	Belgien	„	8
Oesterreich	„	42	Japan	„	6
Spanien	„	29	Palästina	„	6
Schweiz	„	27	Griechenland	„	3
Esperanto	„	27	Brasilien	„	1
Finnland	„	24	Chile	„	1
Ukraine	„	23	China	„	1
Lettland	„	20	Türkei	„	1



Anordnungen (I) und Bekanntmachungen (II)

Bund Deutscher Osten
Abteilung Ost- und Westpreußen
Leitung

Berlin W 30, 18. Dezember 1933
Motzstr. 22

I

1. Seit dem 4. Dezember findet in Berlin, Lothringer Straße 1 (am Horst-Wessel-Platz), in dem gewaltigen, siebenstöckigen Gebäude eines ehemaligen Kaufhauses die große Ostausstellung des B.D.O. „Der Osten — das deutsche Schicksalsland" statt.

Zum erstenmal ist hier eine Ausstellung aufgebaut worden, die den gesamten Osten von Tilsit bis Passau umfaßt und sich auch auf das Vorland von Reval über Posen nach Prag erstreckt. Zum erstenmal wird der Osten hier in einer großen Schau seiner Geschichte und Gegenwart als Einheit erfaßt. Mit der Methode, einzelne der Ostprovinzen mit ihren Sorgen und ihrem Wollen in den Vordergrund zu stellen, ist hier bewußt gebrochen worden. Vielmehr ist die Auffassung maßgebend gewesen, daß von der bayerischen Ostmark nicht geschwiegen werden darf, wenn vom preußischen Osten die Rede ist, daß das, was in Schlesien geschieht, mitbestimmend ist für die Dinge im ostpreußischen Norden, daß, wie im Reiche als Gesamtheit, so auch im Osten dem Partikularismus ein Ende bereitet werden muß. Der Bund Deutscher Osten hat es sich für seine gesamte Arbeit und so auch in dieser Ausstellung zur Aufgabe gesetzt, nicht nur West und Ost, sondern auch Nord und Süd einander näher zu bringen.

Die Ausstellung gliedert sich in vier Hauptgruppen:
Der ostdeutsche Mensch,
Die ostdeutsche Landschaft,
Werden und Wachsen des ostdeutschen Raumes,
Der Osten und unsere Zeit.

Sie dauert noch bis zum 10. Januar, liegt nur 3 Minuten vom U-Bahnhof Schönhauser Tor entfernt und ist täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Eintrittspreis nur 20 Rpf., bei Besichtigungen in größerer Zahl sogar nur 10 Rpf. Daher empfiehlt es sich, in geschlossenen Gruppen die Ausstellung zu besuchen und sich führen zu lassen. In diesem Falle vorherige Anmeldung: Fernruf D 2 Weidendamm 9730/31.

Auswärtige Mitglieder benutzen am besten die zum Besuch der Ausstellung eisenbahnseitig besonders vorgesehenen Verwaltungszüge. Auskunft darüber erteilen die Eisenbahnschalter. Für Mitglieder des B.D.O. am Ort ist der Besuch der Ausstellung selbstverständliche Pflicht!

2. Um die Arbeitslosigkeit nicht zu vermehren, erscheint unsere Verbandszeitschrift noch bis zum 31. März.

3. Ehrennadeln und Ehrenurkunden werden für alte verdiente Mitglieder noch auf dem bekannten Wege verliehen.

4. Alte Vereinsabzeichen sind nicht mehr auszugeben. Die Abzeichen des B.D.O. dürfen erst verabfolgt werden, wenn die Mitgliedskarte vorliegt. Zu dem Zweck: Anforderung von Antrags-Formblättern in dreifacher Zahl bei dem Landesführer: von den drei Ausfertigungen eine zurückbehalten, zwei an Landesführer senden: Ausfertigung der Mitgliedskarten ausschließlich hier in Berlin und von hier Zusendung der Karten an die Ortsgruppen über die Landesgruppen. Bei den Ortsgruppen dann auf Grund der Mitgliedskarte Ausgabe des Bundesabzeichens (50 Rpf.).

5. Man sagt, durch die Eingliederung in den B.D.O. würden die Sterbekassen gefährdet. Im Gegenteil: es wird beabsichtigt, eine allgemeine Sterbekasse für alle Mitglieder des B.D.O. auf gesetzlicher Grundlage einzuführen und die Mitglieder unserer schon vorhandenen Sterbekassen dabei besonders zu berücksichtigen. Damit würde doch unseren Sterbekassen die Sorge für ihre Zukunft, die sie jetzt alle bedrückt, genommen werden. Bis zu dieser allgemeinen Regelung bleiben die schon vorhandenen Sterbekassen pp. unangetastet. Keine Sterbekasse hat das Recht, Landsleuten gegenüber, die in den Streit zwischen dem B.D.O. und dem Ostpreußenbund Berlin nebst Anhang hineingezogen sind, sich ihrer Verpflichtungen zu entziehen, wenn die Beiträge zur Kasse gezahlt werden.

6. Unter Hinweis auf die Mitteilungen unter II. erwarte ich von jedem wahrhaft Heimattreuen, daß er treu zum B.D.O. hält. In diesem Sinne allen Heimattreuen fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

II

In dem Streite des B.D.O. mit dem Ostpreußenbund Berlin nebst Anhang habe ich bis jetzt geschwiegen, weil es sich um eine Organisationsfrage handelt, für die ich nicht zuständig bin. Da aber jetzt mit dem Gedanken der Wiederherstellung des alten Reichsverbandes gespielt wird, muß auch ich das Wort ergreifen, indem ich die Tatsachen, welche die Eingliederung des RV. in den B.D.O. betreffen, zeitlich geordnet zusammenstelle und daran meine Betrachtungen anschließe.

1. Tatsachen, die die Eingliederung des RV. in den B.D.O. betreffen:

5. Juli: Einstimmiger Beschluß erweiterten Hauptvorstandes des Reichsverbandes der heimattreuen Ost- und Westpreußen unter Leitung des alten Vorsitzenden, Landsm. Hoffmann:

Der Reichsverband tritt dem Bund Deutscher Osten bei und nimmt sofort die neue Bezeichnung an.

6. Juli: Gelegentlich Kundgebung fürs Memelland in „Neuer Welt", Berlin, im Auftrage des alten RV.-Vorsitzenden, Landsm. Hoffmann, feierliche Verkündung Anschlusses des Reichsverbandes an den B.D.O. Meldung der Eingliederung an den anwesenden Oberpräsident Kube als den Schirmherrn des B.D.O. durch den Bundesführer; in besonderem Raume: Begrüßung der Vertreter des Bundes heimattreuer Ostpreußen Berlin, darunter die Vorsitzenden sämtlicher Bezirksgruppen, durch den Führer des B.D.O., Dr. Franz Lüdtke: sie bekunden diesem ihre Ergebenheit und Treue durch Wort und Handschlag!

In Julinummer Verbandszeitschrift berichtet Ldsm. Still über diese „feierliche Eingliederung des RV. in den B.D.O." ausführlich (S. 1), und der Bund heimattreuer Ostpreußen e. V. Berlin gibt amtlich seinen Beitritt zum B.D.O. bekannt (S. 14).

5. August beschließt a.o. Vertreterversammlung des RV. unter Leitung alten Vorsitzenden, Landsm. Hoffmann, einstimmig satzungsgemäß: die Auflösung des RV. und die Eingliederung seiner Verbände und Vereine in den B.D.O.: ausführlicher Bericht im Augustheft Verbandszeitschrift (S. 3).

21. August: Schreiben des Landsm. Hoffmann an den Herrn Reichspräsidenten: Meldung über Auflösung RV. und seine Eingliederung in B.D.O. (vgl. Sept.-Nr. der Verbandszeitschrift S. 2).

25. August: auf Einladung Führers der Landesgruppe Berlin, Dr. Thiele: Versammlung der Vorsitzenden aller landsmännischen Ortsgruppen Groß-Berlins: sämtliche Bezirksvorsitzenden des Ostpreußenbundes Berlin nehmen teil!

29. September: a.o. Vertreterversammlung des Bundes heimattreuer Ostpreußen e. V. Berlin zwecks Auflösung gemäß RV.-Beschlusses vom 5. 8.

Gleich zu Anfang bittet ein Vertreter Reichsbundes X. über seinen Bund Ausführungen machen zu dürfen; Genehmigung; schon vor (!!) Beginn der Ausführungen Antrag aus Versammlung: Punkt 7 der Tagesordnung „Auflösung des Bundes" an 1. Stelle zu setzen, „weil nach den Ausführungen sich vielleicht die Erörterung der übrigen Punkte erübrige" (woher wußte man das?).

Mehrheitsbeschluß: Nichtauflösung Bundes, grundsätzlicher Beitritt zum Reichsbund X, vorsorgliche Kündigung Mitgliedschaft beim B.D.O. zum 1. 1. 1934, Entsendung dreiköpfigen Ausschusses zur Besprechung am nächsten Morgen 8 Uhr in Reichsgeschäftsstelle Reichsbundes X.

30. September: Diese Besprechung: Beitritt des Ostpreußenbundes zum Reichsbund X!

Wie erklärt sich das, was war dem 29. September vorausgegangen?

Bald nach 5. August: Verhandlungen des Landsm. Hoffmann mit dem Reichsbund X.

Mehrere Wochen vor 29. September Verhandlungen des Landsm. Hoffmann mit andern landsmännischen Ostverbänden wegen Austritts aus B.D.O. und Uebertritts zum Reichsbund X.

28. September: Aufforderung Reichsbundes X an alle landsmännischen Ostverbände, insbesondere an sämtliche Lan-

des- und Provinzialverbände unseres aufgelösten Reichsverbandes (woher all die Anschriften?), sich ihm, als der allein zuständigen Organisation, anzugliedern.

29. September: Nachmittags — also unmittelbar vor Vertreterversammlung Ostpreußenbundes — Besprechung zwischen Mitgliedern Ostpreußenbundes über Lage (Schreiben des Reichsbundes X!) und Kriegsplanes für Abendsitzung (!!)

Was geschah unmittelbar nach dem 29. September?

Noch am 29. September: Absendung Kündigung des Ostpreußenbundes an B.D.O., mitunterschrieben von den Landsleuten Hoffmann und Schikorr (beide sind Liquidatoren des Reichsverbandes, und als solche persönlich und gesetzlich verantwortlich für die Durchführung seines Beschlusses vom 5. August: Auflösung und Eingliederung in den B.D.O.).

Telegramm Landsm. Hoffmanns an Landsm. Böhnke, Borj. des Hauptverbandes Rheinland-Westfalen, Ferngespräche mit anderen Vorstandsmitgliedern, Zweck: unter Hinweis auf Nichtauflösung Ostpreußenbundes die Tagung des Hauptverbandes am 1. Oktober in Dortmund zu veranlassen, sich gleichfalls nicht aufzulösen, sondern sich Reichsbund X anzuschließen. Versuch mißlungen: Hauptverband beschloß fast einstimmig, dem Beschluß des Reichsverbandes vom 5. August Folge zu leisten, d. h. seine Auflösung!

5. Oktober: Schreiben des B.D.O. Landesgruppe Berlin an alle Gruppen des Ostpreußenbundes Berlin: Nichtigerklärung der seitens Ostpreußenbundes ausgesprochenen Kündigung als unzulässig, Kennzeichnung der Beschlüsse des Ostpreußenbundes vom 29. September als dem Beschluß des Reichsverbandes vom 5. August zuwiderlaufend und damit als Sabotierung der Eingliederung in den B.D.O., Aufforderung, bis 7. Oktober mittags zu erklären, ob Gruppen den Sabotageakt des Bundes mitmachen wollen.

6. Oktober: Vorsprechen des vermittelnden Rechtsanwalts Dr. Triebel, Berlin, beim B.D.O. mit Erklärung, die Bezirksgruppen wollten keine Sabotage, jedoch Fristverlängerung, bis Entscheidung höheren Orts gefallen. B.D.O. (Hauptorganisationsleiter) damit einverstanden.

11. Oktober: Rundschreiben des Ostpreußenbundes an die Bezirksgruppen: Gemäß Abkommen zwischen B.D.O. und Reichsbund X hätten die Gruppen sich geschlossen dem Reichsbund anzuschließen. Mitwirkung im B.D.O. nur von Fall zu Fall! (= Verkehrung einer Abmachung vom 2. Oktober, die vom Führer des B.D.O. schon am 3. Oktober ausgesetzt worden war, in ihr gerades Gegenteil!).

13. Oktober: Berichtigende Mitteilung des Führers des B. D. O. an den Ostpreußenbund, desgleichen des Hauptorganisationsleiters an die Gruppen unter wörtlicher Wiedergabe des durch den Ostpreußenbund ganz falsch ausgelegten Abkommens.

27. Oktober: Neues Rundschreiben Ostpreußenbundes: nach maßgebender Entscheidung gehörten die landsmännischen Verbände nicht in den B.D.O.

2. November: Briefstelegramm des Landsm. Hoffmann u. a. auch an alle Bezirksgruppen des Ostpreußenbundes:

Die deutschen landsmännischen Verbände und Vereine gehörten nach maßgebender Entscheidung weder in den B.D.O. noch in den Reichsbund X. Nähere Mitteilungen wären in Ruhe abzuwarten.

3. November: Rundschreiben der Landsleute Hoffmann, Schikorr, Still an alle Vorsitzenden der früheren Landes- oder Provinzialverbände und größeren Vereine mit Anfrage, ob sie dafür wären, den alten Reichsverband wieder ins Leben zu rufen, bejahendenfalls sollte eine Vertreterversammlung in Berlin am 25. November stattfinden. Zuvor sollte am 14. November der am 1. Oktober aufgelöste Hauptverband Rheinland-Westfalen auf einer Vertreterversammlung in Hagen wieder hergestellt werden.

6. November: Rundschreiben des B. D. O. an alle Sondergruppen: „Sämtliche Ostverbände haben sich dem B.D.O. einzufügen. Kein Bund besitzt das Recht, die dem B.D.O. angeschlossenen Verbände durch irgendwelche Hinweise auf angebliche Entscheidungen abspenstig zu machen." Dies auf Grund amtlicher Bevollmächtigung durch maßgebende Stelle!

10. November: Neues Rundschreiben des Ostpreußenbundes (Hoffmann, Schikorr, Still): Die Bundesvereine wie alle andern landsmannschaftlichen Vereine unterständen einer Stelle, die zwar bereits bestehe, aber noch nicht genannt werden dürfe, davon hätte der B.D.O. augenscheinlich noch keine Kenntnis (!!).

Am 14. November Vertreterversammlung in Hagen, zu der erst Landsm. Hoffmann fahren sollte, dann aber Landsm. Schikorr und Rechtsanwalt Dr. Triebel, Berlin, gefahren waren, auf Grund telegraphischer Anordnung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, verboten!

Jetzt stehen wir in der Erwartung der endgültigen Entscheidung des Stellvertreters des Führers, die in der nächsten Zeit erfolgen wird. Bis dahin heißt es Parteidisziplin zu halten!

2. Anschließende Betrachtungen.

Die Zusammenstellung unter 1. zeigt eindeutig, wer die Unruhe, Unklarheit, Unsicherheit und Unordnung in die Kreise der heimattreuen Ost- und Westpreußen im ganzen Reiche hineingetragen und der aufbauenden Arbeit des B.D.O. mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf seelische Erklärungen, Treugelöbnisse und sonstige Bindungen entgegengearbeitet hat. Warum?

Man sagt, der B.D.O. sei ein Kampfbund, während die Verbände der heimattreuen Ost- und Westpreußen nur kulturelle Ziele verfolgten: Pflege der Sitten und Gebräuche, Trachten und Volkslieder!

Das war früher nicht so: Abstimmungskampf, Kundgebungen wegen Abbruchs Münsterwalder Brücke, Entschließungen gegen polnisch-deutschen Handelsvertrag und Liquidationsabkommen u. a. m.!

Die heimattreuen Ost- und Westpreußen sollen und wollen also sozusagen in der Etappe deutsche Kultur pflegen, während die andern Ostmärker an der Ostfront von Tilsit bis zur bayerischen Ostmark einig und treu für den deutschen Ostgedanken und damit auch für eine Besserung des Schicksals von Ost- und Westpreußen eintreten? Sie wollen mithin an der Erreichung unseres alten Zieles im RB. „Wiederherstellung unserer alten Heimatprovinzen" nicht mehr mitarbeiten?

Man sagt, der Beschluß des RB. auf Auflösung und Eingliederung in den B.D.O. sei nur im Wege einer Ueberrumpelung zustande gekommen und rechtsungültig, weil die Vertreter des Ostpreußenbundes, die an der Vertreterversammlung am 5. August teilnahmen, nicht satzungsgemäß gewählt seien.

Man vergißt dabei, daß Landsm. Hoffmann sich z. Zt. auch mit Zustimmung des Ostpreußenbundes zum Führer der Ost- und Westpreußen im Reiche gemacht hatte und daher nach dem Führerprinzip die Vertreter selbst bestimmen konnte. Und von Ueberrumpelung des RB. am 5. August kann ja wohl auch keine Rede sein, da doch Landsm. Hoffmann bereits im Mai den Beitritt des RB. zum B.D.O. grundsätzlich erklärt hatte. Liegt da vielleicht eine Verwechselung vor mit der Sitzung des Ostpreußenbundes am 29. September? Da sind die nicht Eingeweihten allerdings durch die Eingeweihten regelrecht überrumpelt worden.

Man sagt, die Heimattreuen könnten nicht das zahlen, was der B.D.O. verlange. Der B.D.O. beanspruche, solange noch keine gemeinsame Zeitschrift für die ganze Ostfront vorhanden ist, von den Mitgliedern unserer alten Heimatvereine nur 10 Rpf.: je 5 für das Bundesamt und die Landesgruppe, und sobald die wöchentlich erscheinende Zeitschrift geliefert wird (erst ab 1. April 1934), nur 20 Rpf. mehr, also zusammen 30 Rpf. monatlich. Demgegenüber fallen dann die bisherigen Beiträge für unsere jetzige Zeitschrift, die Heimatspende, den RB. und die Landes- und Provinzialverbände weg!

Neu eintretende Mitglieder zahlen von vornherein 50 Rpf., um damit den Anfang zu dem zukünftigen allgemein zahlbaren Beitrag von 50 Rpf. (= 10 für Bund und Landesgruppe + 20 für Zeitschrift + 20 für Ortsgruppe selbst) zu machen. Die Erhebung von besonderen Zusatzbeiträgen, z. B. für Sterbekassen und dergleichen, wäre Sache jeder Gruppe.

Verlangt der B.D.O. also unerschwinglich viel? Doch wohl keinesfalls.

Man sagt, durch die Eingliederung in den B.D.O. würden die Sterbekassen gefährdet. Im Gegenteil: es wird beabsichtigt, eine allgemeine Sterbekasse für alle Mitglieder des B.D.O. auf gesetzlicher Grundlage einzuführen und die Mitglieder unserer schon vorhandenen Sterbekassen dabei besonders zu berücksichtigen. Damit würde doch unseren Sterbekassen die Sorge für ihre Zukunft, die sie jetzt bedrückt, genommen werden.

Man sagt schließlich, daß bei der Eingliederung in den B.D.O. hier und da unsanft verfahren sei und Vereine, die da glaubten, lebensfähig zu sein, aufgelöst seien. Insbesondere herrsche bei der Landesgruppe Berlin ein etwas rauher Ton.

Es liegt mir fern, einen unpassenden Ton, vermeidbare Härten und unnötige Auflösungen in Schutz zu nehmen. Und ich habe in allen Fällen, die an mich herangetragen wurden, Abhilfe geschafft, soweit sie am Platze war. Und ich werde auch im weiteren auf Antrag eingreifen. Nur müssen sich die Vereine damit abfinden, „Arbeitskreis" in der Ortsgruppe des B.D.O. statt „selbständige Ortsgruppe" zu werden, wo das allgemeine Ortsinteresse im Sinne straffer, einheitlicher Ostarbeit das verlangt.

Wie dem auch sei, der Beschluß des RV. vom 5. August auf Auflösung und Eingliederung in den B.D.O. war für alle Verbände, die er umfaßte, bindendes Gesetz. Wer dem zuwiderhandelte, verletzte seine Pflicht, ganz besonders dann, wenn er als Liquidator oder sonst durch besondere Bindung für die Durchführung jenes Beschlusses persönlich und gesetzlich verantwortlich war.

Der Ausbruch des Ostpreußenbundes aus der Ostfront und seine Versuche, die andern Teile des früheren Reichsverbandes mit sich zu ziehen, sind jedenfalls sachlich und moralisch durch nichts zu rechtfertigen: ein schwarzer Fleck auf dem weißen Schilde, der nicht abgewaschen werden kann.

Nur persönliche Gründe können die Führer der Gegen-B.D.O.-Bewegung geleitet haben; wie erklärt es sich sonst, daß man vom „B.D.O." zum „Reichsbund", von ihm zur „Arbeitsgemeinschaft landsm. Vereine", dann zu einer „Dienststelle, die zwar schon bestehe, aber noch nicht genannt werden dürfe", seine Zuflucht nahm? Und wo wird man schließlich landen? Diese Frage muß bei der großen Anpassungsfähigkeit einiger Vorstandsmitglieder des Ostpreußenbundes offen bleiben, solange ihnen Spielraum gelassen wird. Anscheinend wird der Wanderer erst da Ruhe finden, wo seine Führer die bisherige Führung unabhängig vom B.D.O. fortsetzen können.

Und die Ostfrage? Hier müssen sich jetzt die Geister scheiden:

hier Ostarbeit zum Wohle der lieben Heimat,	dort Personenkultus,
hier ernster, mühevoller Kampf an der Ostfront,	dort beschauliches Dasein in der Etappe bei Trachtenfesten u. Volksliederklang,
hier Volksgemeinschaft aller Ostmärker,	dort abgesondertes Eigenbrödlertum,
hier mannhafter Mitkämpfer,	dort unverantwortlich pflichtvergessener Zuschauer.

Ich kenne meine Heimattreuen seit 1920, wo die Heimat zum Kampfe um ihr Deutschtum rief. Sie ruft jetzt wieder. Ihre Fahne steht im Lager des B.D.O. Wer nicht mit uns geht, wird fahnenflüchtig! Darum:

Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen!

Heil Hitler!

Fuchs, Abteilungsleiter.

Unterhaltung und Wissen

Ein Weihnachtslied von Theodor Storm

Vom Himmel in die tiefsten Klüfte
ein milder Stern herniederlacht;
vom Tannenwalde steigen Düfte
und hauchen durch die Winterlüfte,
und kerzenhelle wird die Nacht.

Mir ist das Herz so froh erschrocken,
das ist die liebe Weihnachtszeit!
Ich höre fernher Kirchenglocken
mich lieblich heimatlich verlocken
in märchenstille Herrlichkeit.

Ein frommer Zauber hält mich wieder,
anbetend, staunend muß ich stehn:
Es sinkt auf meine Augenlider
ein goldner Kindertraum hernieder,
ich fühl's, ein Wunder ist geschehn.

‚Esperanto' im ‚Korridor'

Ein Entgegenkommen der Polen.

Alle Jahr, wenn ich inne Heimat reisen tue, muß ich mir de Plauz vollärjern iber all die polsche Namens ause Bahnhöfe innem Korridor. S' liebste kick ich all gar nich durches zuhne Fenster raus, amend grifflachen die „Konfederatkaträjers" bloß, wenn wir wie ne Oap im Kläatche hucken oder wie e Verbrecher, der von einem Kittche ins andere iberjefihrt wird. Wie ich aberst nu der alten Heimat im Großen Werder immer näher komm, kann ich es mer nich verkneifen, dem großen Bahnhof, dem ich wegen dem dicken Kirchturm un die große Brick firem Dirschauer halten tu, e bißche zu bekicken. „Tczew" steht aber auf ein großes Brett. Ich probier das zu sagen, zerbrech mer aber meist die Zung bei's Zischen. Wie der Zug nu zum Halten kommt, braucht keiner nich „zurück!" brillen, auch nich auf polsch, denn eijentlich krempeln sich bloß ein Hausen von die schwarze Kerbels mit die viereckige Mitzen rum. Wenn ich bedenk, wie das frieher hier gekribbelt hat! Wie im Ehmskehupe! Nu brauch keiner drängeln, hier hat jedereer e Viertelmeil Ellbogenfreiheit. Auch e Vorteil vonne polsche Wirtschaft! An die Tiehren is allerwejen was Polsches anjeschrieben. Wenn einer nu wirklich hier aussteigen mißt, un er hädd ganz dringend was zu besorjen — ich mein, wenn einer fleicht mit e Bommche Machandel dem Eisenbahnstaub aus e Gurgel spielen wolld —, so könnt einer amend manges Jepäck jeraten, weil einer doch nich Polsch gelärnt hat. Un wenn einer noch wo anders hin muß, wo einer ganz persönlich dawejen anwesend sein müßd? Ich kick mie dewalsch eine Tiehr nacher andern an, als wenn ich e Kreizworträtsel läsen mißd; mit eins, wie der Zug all rausfährt, seh ich an ein Heischen was anjemalen, was ich verstehen thu: es wird woll „Esperantisch" sein, nämlich: „O O."

G. K.

Schicksal des Ostens — Schicksal des Reiches

Der Bund Deutscher Osten eröffnete am 4. Dezember in sieben Stockwerken eines ehemaligen Warenhauses in der Lothringer Straße zu Berlin, nahe dem Horst-Wessel-Platz, eine große Ausstellung „Der Osten — das deutsche Schicksalsland." Von Tilsit bis Passau, von der Ostsee bis zum Bayrischen Wald, für diesen ganzen Raum und für das ringende Volkstum auch jenseits der Grenzen will diese Ausstellung Verständnis erwecken und die Verbundenheit zwischen Ost und West stärken.

„Es ist das Verdienst des B.D.O. und seiner beiden Führer, Dr. Lüdtke und Dr. Thiele, daß sie mit der Ausstellung, deren Schirmherrschaft der Reichspräsident von Hindenburg übernommen hat, mahnend und werbend zum deutschen Volke sprechen", so erklärte Reichsinnenminister Dr. Frick in seiner Rede bei der Eröffnung der Ausstellung.

Es handelt sich hier im Gegensatz zu der mit den bescheidensten Mitteln veranstalteten Ausstellung „Ostpreußen — was es leidet, was es leistet", die im Anfang dieses Jahres der frühere Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen gezeigt hat, nicht nur um Ostpreußen, auch nicht nur einzelne Gebiete des Wesens und der Bedeutung dieser

Provinz, sondern diese Ausstellung will einen Querschnitt geben durch die Jahrtausende, die über diesen ganzen deutschen Ostraum dahingegangen sind. Der ostdeutsche Mensch, die ostdeutsche Landschaft, das Werden und Wachsen des ostdeutschen Raumes, seine Geschichte, seine Kultur, seine Geistesgrößen, Sitten und Gebräuche. Sie ist geboren aus dem Willen des Nationalsozialismus zur Totalität auf allen Lebensgebieten.

Die Eröffnung der Ausstellung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Bundesführer Dr. Lüdtke nahm der Reichsminister des Innern Dr. Frick das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte:

„Stärker als je zuvor hat der Osten das deutsche Volk in seinen Bann geschlagen. Es liebt die weiträumige Landschaft des Ostens mit seinen Seen und Wäldern, mit seinen trotzig ragenden Bauten und mit seiner kernigen, kampferprobten Bevölkerung.

So gilt auch heute unser Gruß und Dank jenem schicksalsgeprüften Land und Volk von der Ostsee herab bis zu den Sudetendeutschen und dem Bayrischen Wald, wo an zahlreichen Stellen durch Zerreißung westöstlicher Verkehrswege und durch Abschnürung des früher wirtschaftlich genutzten Hinterlandes Schäden entstanden sind, deren Heilung die Reichsregierung, eingedenk des Bismarckschen Wortes, daß das Schicksal des Ostens auch das Schicksal des Reiches bedeutet, nach Kräften erstrebt.

Wie Bismarck, der Schöpfer der deutschen Einheit, so sind auch unser verehrungswürdiger Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg und unser Führer und Volkskanzler Adolf Hitler Persönlichkeiten, die dem Ostraum entstammen. Aus der innigen Verbundenheit mit Blut und Boden ist das geschichtliche Werk der beiden Männer mit zu erklären, die heute die Geschichte des deutschen Volkes leiten . . . Diese Ausstellung will ein Bekenntnis der Treue zu unseren Volksgenossen im deutschen Ostland darstellen und das Verständnis des Binnendeutschen für die Ostfragen vertiefen. Sie will aber auch weiter den Beweis dafür liefern, daß das deutsche Volk seine Vergangenheit hochhält, und will endlich seinem festen Wollen Ausdruck verleihen, sich in friedlicher Arbeit, in Ehre und Gleichberechtigung eine glückliche Zukunft aufzubauen."

Der Reichsleiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP., Alfred Rosenberg, gedachte in seiner Ansprache der Tatsache, daß der Osten im Lauf der Jahrhunderte zur Ernährungsgrundlage der gesamten Nation geworden ist. Diese Ernährungsgrundlage durch deutsches Arbeiter- und Bauerntum zu verstärken und zu sichern, sei deshalb Aufgabe des ganzen Volkes und Staates, etwas, was der Nationalsozialismus seit seinem Entstehen nicht müde geworden sei, zu betonen, und was er heute, zum Staate geworden, erst recht unterstreichen wolle. Diese große Ausstellung solle nicht alte Wunden aufreißen und neue schlagen. Um jene großen Probleme zu lösen, die sich der Führer gestellt habe, brauche die deutsche Nation Frieden, aber einen Frieden der Ehre und Achtung. Wir denken nicht daran, so erklärte Rosenberg, die furchtbare politische Lage zu irgend einem Angriff gegen andere auszunutzen. Wir wollen uns nur tiefere Rechenschaft darüber abgeben, was sich auf dem Boden im Osten früher abgespielt hat und wie die Dinge heute liegen, um uns dann die Frage zu stellen, wie aus dieser für alle furchtbaren Lage ein Weg aufwärts gefunden werden könne.

Wir hoffen, daß die Erkenntnis von der Schicksalsverbundenheit der Völker von der Ostsee bis hinunter zur Donau trotz größter Spannungen immer tiefer und tiefer wird, daß der junge Nationalismus in Deutschland, der die Achtung sowohl vor sich selbst wie vor allen echten Werten der anderen Völker hochhält, nicht umsonst erschienen ist, sondern seine befriedigende Wirkungen auch nach Osten zeigen wird.

Diese Ausstellung solle ein Mahnruf sein an alle, mitzuhelfen, um die deutsche Kultur im Osten zu schirmen, um die Grundlage der deutschen Volksernährung zu stärken, um das Gesamtvolksbewußtsein aller Deutschen immer fester werden zu lassen.

Nach Rosenberg sprach Staatssekretär Grauert als Vertreter der preußischen Staatsregierung über das große Interesse und die enge Verbundenheit der preußischen Regierung mit der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzgebiete.

Minister Esser dankte namens der bayerischen Regierung dafür, daß die bayerische Ostmark einen Teil dieser Ausstellung bilden dürfe. Die bayerische Ostgrenze sei für Gesamtdeutschland genau so wichtig wie die preußischen Grenzlande.

Der Oberpräsident der Grenzmark, Kube, sprach über das Kulturleben des deutschen Ostens und über die Möglichkeit, deutsche Bauern und Landarbeiter anzusiedeln. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Ausstellung dazu beitragen möge, dem deutschen Osten eine immer erhöhte Beachtung zu schenken. Es sei charakteristisch, daß immer nur die großen Staatsmänner ihr Augenmerk auf die Politik und die Arbeit im Osten gelenkt haben. Der deutsche Osten sei Zukunftsland innerhalb der Reichsgrenzen, der danach schreie, von deutschen Bauern besiedelt zu werden.

Der stellvertretende Reichsführer des Bundes Deutscher Osten, Dr. Otto Thiele, kennzeichnete zum Schluß noch einmal die Ziele dieser Ausstellung. Dann schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung an.

Sie ist täglich von 10—20 Uhr bei einem Eintritt von 20 Pfg. geöffnet. Der Führer durch die Ausstellung kostet 10 Pfg. Die Ausstellung wird bis zum 10. Januar 1934 gezeigt. Es ist Ehrenpflicht aller Landsleute, sie zu besuchen.

Das Ostland-Institut in Danzig

In aller Stille und mit den bescheidensten Mitteln arbeitet das von dem Danziger Staatsarchivdirektor Professor Dr. Recke ins Leben gerufene, von seinem Geist erfüllte und in seiner Person verkörperte „Ostland-Institut". Falsch wäre es, wenn man sich darunter ein feierliches Gebäude vorstellen wollte, angefüllt mit Gelehrten und Angestellten. Das Institut hat vielmehr seinen Sitz in den Köpfen und in den Studierstuben der Herren Dr. Recke und seiner Mitarbeiter.

Und doch wird in ihm eine an Umfang und Wert ungeheure und unschätzbare Arbeit geleistet. Die Hauptaufgabe des Instituts, das vor etwa sieben Jahren begründet wurde, besteht in der Beobachtung des gesamten polnischen Schrifttums, soweit darin Ostfragen, die auch das Deutschtum angehen, insbesondere soweit die Fragen des Korridors behandelt werden. Alle polnischen Veröffentlichungen in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen auf diesem Gebiete, die irgendwie Anspruch auf Beachtung erheben, werden in diesem Institut gelesen, übersetzt, kritisch gewürdigt und in ausführlichen Auszügen durch die „Ostland-Berichte", eine Art wissenschaftlicher Korrespondenz, den beteiligten deutschen Kreisen zugänglich gemacht. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in Polen nicht minder als die Schriften auf dem Gebiete der Propaganda, Politik, Wirtschaft, Statistik, der militärischen Fragen erfahren hier eine gründliche Prüfung auf ihre Stichhaltigkeit und Zuverlässigkeit und werden sofort sachkundig widerlegt, wenn sie mit den Tatsachen in Widerspruch stehen. Und da die polnische Wissenschaft allzu willig sich in den Dienst der politischen Propaganda stellt, bedarf es schon eines umfangreichen Rüstzeuges an Gelehrsamkeit und Sachkenntnis, um den schädlichen Wirkungen aller polnischen Versuche einer Einflußnahme auf die öffentliche Meinung des Auslandes rechtzeitig und überzeugend entgegenzutreten.

Diese wichtige und unentbehrliche, überaus verdienstvolle Aufgabe erfüllt das Ostland-Institut, unseres Wissens die einzige derartige Anstalt, die wir in deutschen Landen haben. Daneben gibt es in größeren Abständen zusammenfassende Einzeldarstellungen besonders wichtiger Fragen heraus, von denen wir mehrere schon in unserer Zeitschrift würdigen konnten, z. B. „Gdingen" von Johannsen, „Der polnische Korridor als europäisches Problem" von Budding, „Der Abfall Posens 1918/19 im polnischen Schrifttum" von Loeßner.

Für den wissenschaftlich einwandfreien Wert der Veröffentlichungen bürgt der Name und der Gelehrtenruf des verantwortlichen Herausgebers Recke, dessen wissenschaftliche Bedeutung auch von den Polen nicht in Frage gestellt wird.

Es versteht sich von selbst, daß den Polen die Tätigkeit des Ostland-Instituts ein schwerer Stein des Anstoßes ist. Vor allem regen sie sich darüber auf, daß die ihnen so unbequemen „Ostland-Berichte" als Manuskript gedruckt werden und infolgedessen im Buchhandel nicht zu haben sind. Mit klugem Vorbedacht hat sich der Herausgeber eine gewisse Uebersicht darüber gesichert, in wessen Hände seine Berichte gelangen, um nach Möglichkeit jeder mißbräuchlichen Auswertung vorzubeugen. Und wenn er den Polen den Bezug erschwert, so tut er es gewiß nicht, „um eine unangenehme Diskussion mit der polnischen Wissenschaft zu vermeiden", wie jene ihm weinerlich vorwerfen. Denn eine solche Auseinandersetzung würde zweifellos viel unangenehmer als für Dr. Recke für die Polen selber auslaufen. Nur von einem Träumer kann man erwarten, daß er die selbstgeschmiedeten Verteidigungswaffen dem Gegner ins Haus schickt. Mag der auf seine Weise sehen, wie er damit fertig wird.

Dieser Mühe unterzieht sich nun treu und brav ein in Danzig erscheinendes polnisches Jahrbuch „Rocznik Gdanski" auf über 100 Seiten seiner letzten Ausgabe, um „diese politische Arbeit (nämlich des Ostland-Instituts), die sich einen wissenschaftlichen Mantel umhängt, nicht nur der polnischen, sondern auch der Weltmeinung zu zeigen".

Die ganze Wut aber der Polen und ihre Verärgerung kommt in den Besprechungen dieses Jahrbuchs in der polnischen Presse zum Ausdruck. Da ist zu lesen: „Mit wirklicher Genugtuung muß man das Vorgehen des Rocznik Gdanski begrüßen, da der Schaden, den die polnische Sache in der Meinung des Auslands hat, wirklich ungeheuer ist. Der Erfolg der Arbeitsmethode des Ostlandinstituts wird am besten gekennzeichnet durch eine vom Rocznik Gdanski erwähnte Tatsache, daß der berühmte Streit „Danzig-Gdingen" durch eine der Ausgaben des Ostlandinstituts, nämlich durch die Broschüre Johannsens unter dem Titel „Gdingen" im Jahre 1928 begonnen wurde. . . Indem ich damit diese kurze Bemerkung über diese sogar für die Verhältnisse einer deutschen „wissenschaftlichen" Stelle ungewöhnliche Art und Weise schließe, möchte ich die Arbeit der polnischen Institutionen betonen, die dank ihrem wissenschaftlichen Niveau wie auch der Objektivität des Urteils immer mehr Widerhall dort findet, wo bisher der Glaube an die Unfehlbarkeit des deutschen gedruckten Wortes nicht verletzt wurde."

Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Ein Neujahrslied von Joh. Peter Hebel

Mit der Freude zieht der Schmerz
traulich durch die Zeiten.
Schwere Stürme, milde Weste,
bange Sorgen, frohe Feste
wandeln sich zur Seiten.

War's nicht so im alten Jahre?
Wird's im neuen enden?
Sonnen wallen auf und nieder,
Wolken gehn und kommen wieder,
und kein Wunsch wird's wenden.

Gebe denn, der über uns
wägt mit rechter Waage,
jedem Sinn für seine Freuden,
jedem Mut für seine Leiden
in die neuen Tage.

jedem auf des Lebens Pfad
einen Freund zur Seite,
ein zufriedenes Gemüte
und zur stillen Herzensgüte
Hoffnung ins Geleite!

Aus der Heimat

Heimat, Kindheit – wem hätten im Alter und Fremde nicht Glocken sie wieder einmal ins Herz geläutet?

Peter Sirius

Tilsit. Durch Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 29. 11. 33 ist der Name der Landgemeinde Podaggen im Kreis Tilsit-Ragnit in „Brandenhof" umgeändert worden.

Tilsit. Im Alter von 62 Jahren verstarb Oberschullehrer Peschel. 42½ Jahre hat der Verstorbene im Schuldienst gestanden, davon 14 Jahre am Tilsiter Realgymnasium. Am 1. Oktober wurde „Onkel Peschel", wie die Schüler ihn liebevoll nannten, in den Ruhestand versetzt. Kurz vor seinem Tode erhielt er durch den Oberpräsidenten und Gauleiter Erich Koch ein Anerkennungsschreiben der Reichsregierung für seine Verdienste im Schuldienst.

Lengwethen (Kr. Tilsit-Ragnit). Nach einer durchgreifenden Instandsetzung ist die evangelische Kirche wieder feierlich eingeweiht worden. Sie ist eine der wenigen Kirchen, die von den einwandernden Salzburgern unmittelbar nach ihrer Ankunft gebaut wurden und gibt als schlichter Feldsteinbau ohne Turm mit flacher Decke heute noch Zeugnis von den ärmlichen Verhältnissen, in denen damals die Salzburger in Ostpreußen sich eine neue Heimat schufen. Die jetzt durchgeführte Instandsetzung ist die größte, die die Kirche im Laufe ihrer 200jährigen Geschichte bisher erfahren hat. Die Nachkommen der Familien, die einst im Kirchspiel Lengwethen sich angesiedelt und die Kirche gebaut haben, leben zu einem Teil heute noch auf den Höfen ihrer Vorfahren.

Göritten (Kr. Stallupönen). Unter dem Motto „Platt full ju räde!" veranstaltete der Vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz ein Wohltätigkeitsfest, auf dem die Unterhaltung vorwiegend plattdeutsch geführt wurde. Die Vorsitzende, Frau Muth, begrüßte die Erschienenen auch in plattdeutscher Sprache.

Stehlischken (Kr. Stallupönen). Der frühere Musiker Friedrich Westphal feierte seinen 95. Geburtstag. Während seiner Tätigkeit als Musiker hat der Jubilar auf über 1000 Hochzeiten aufgespielt.

Sutzken (Kr. Goldap). Durch Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 27. Oktober 1933 ist der Name der Landgemeinde Sutzken in „Hitler-Höhe" umgeändert worden.

Waldfriede (Kr. Angerburg). Der Bauer Hermann Burscheit hat vom Landwirtschaftsminister den Provinzialsiegerehrenpreis für die höchste Milchleistung erhalten. Seine Herde hatte 1932/33 mit 21 Kühen 6501 Kilogramm Milch mit 3,85 Prozent Fett gleich 250,04 Kilogramm Milchfett den höchsten Ertrag in Ostpreußen. Waldfriede hat eine Größe von 460 Morgen. Die Milchwirtschaft ist ganz auf Viehzucht eingestellt. Burscheit ist seit Juli 1922 Mitglied des Herdbuchvereins Insterburg. Die Herde steht also seit 1922 unter Zuchtkontrolle.

Kandien (Kr. Neidenburg). Die kleine evangelische Dorfkirche ist vor mehr als 500 Jahren von den Ordensrittern erbaut worden. Ihr Altar besitzt besonderen Kunstwert und wird von auswärtigen Gästen viel besucht. Recht eigenartig mutet den Kirchenbesucher ein Halseisen als Zeichen einer sonderbaren mittelalterlichen Kirchenjustiz an. Die Kirche zu Kandien ist die einzige des Grenzkreises Neidenburg, die ein solches Strafinstrument noch nachweisen kann. Das Halseisen ist an einer Holzsäule in der Nähe der Eingangstür angebracht.

Ortelsburg. Im Kreise Ortelsburg sind einige Ortschaften mit neuen Ortsnamen versehen worden. Es handelt sich um folgende fünfzehn (die alten Namen sind in Klammern gesetzt): Neu- und Alt-Kiwitten (Czaylen), Rodefeld (Czenczel), Wilhelmstal (Gawrzialken), Eschenwalde (Jeschonowitz), Waldburg (Kowallik), Lindenort (Lipowitz), Preußenwalde (Prussohorrek), Eilwald (Rocklatz), Waldrode (Theerwischwolka), Theerwischwalde (Theerwischwolla), Freudengrund (Wessolygrund), Wilhelmshof (Willamowen), Lindengrund (Wysockgrund), Schützengrund (Zilonkygrund).

Ortelsburg. Am 14. November fand ein Viehmarkt statt, der mit ungefähr 400 Pferden, 700 Stück Rindvieh und 500 Schweinen beschickt war. Mit 1600 Stück Auftrieb war es der größte des ganzen Jahres. Wie die Ortelsburger Polizei meldet, war dies der erste Vieh- und Pferdemarkt, auf dem nicht die geringste Schlägerei oder Auseinandersetzung vorkam.

Allenstein. Die Städtischen Betriebswerke nehmen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms große Durchstucharbeiten an der Alle vor, bei denen rund 800 Arbeiter Beschäftigung finden. Die Durchführung der Arbeiten wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Die Alle, die hinter Allenstein gemächlich an Kaltfließ und Kainen vorbeifließt, wird ein neues Bett erhalten, und zwar dort, wo sie einen großen Bogen um den sogenannten Lipaak, unterhalb von Redigkainen, macht. Die Alle wird dann durch den Gledzinek-See, Mossen-See und Orzolek-See fließen und erst oberhalb der Försterei Buchwalde wieder in ihr altes Bett münden. Dadurch werden die Wiesen zwischen Redigkainen und Bergfriede vor Ueberschwemmungen geschützt. Das in der Gegend von Redigkainen aufgestaute Wasser soll oberhalb des Gledzinek-Sees ein Kraftwerk betreiben.

Rastenburg. Wie jetzt bekannt wird, ist es einem Rastenburger Züchter gelungen, durch Kreuzungen rote Kanarienvögel zu züchten. Diese werden zum ersten Mal auf der Kleintierschau im Königsberger Tiergarten zu sehen sein.

Königsberg. Für Ostpreußen sind 26 Persönlichkeiten als Konsuln auswärtiger Staaten beglaubigt. Davon sind zur Zeit fünf Konsulate aufgelöst, während eins, das Schweizer Konsulat, nach Elbing verlegt ist. Die übrigen haben alle

in Königsberg ihren Sitz. Fünf von ihnen, nämlich Großbritannien, Frankreich, Litauen, Polen und Sowjetrußland sind durch Berufskonsuln, also Persönlichkeiten, die die Staatsangehörigkeit des Auftragsstaates haben, besetzt, während für die übrigen Staaten Wahlkonsuln bestellt sind. Die Niederlande und Schweden unterhalten außerdem noch ein Vizekonsulat in Pillau.

Königsberg. Das Stadtgymnasium beging die Feier seines 600jährigen Bestehens mit einem Festakt in der Schule.

Arnau. Seit kurzem finden auf dem „Käppchen" durch das Königsberger Prussia-Museum Ausgrabungen statt, die nunmehr zur Auffindung eines altpreußischen Gräberfeldes führten. Es stellt den von der Bronzezeit bis in die Ordenszeit hinein ununterbrochen belegten Bestattungsplatz einer altpreußischen Familie oder Sippe dar, die wenigstens 2½ oder sogar 3 Jahrtausende lang in der Nähe des Gutes Pr.-Arnau gewohnt hat und dort auch noch in der frühen Ordenszeit ansässig war. So bildet der Bestattungsplatz auf dem „Käppchen" ein eindrucksvolles Beispiel für die einzigartige, mehrere Jahrtausende währende Siedlungstätigkeit der samländischen Urbevölkerung. Zugleich zeigt es die Unsinnigkeit der so oft von unseren polnischen Gegnern wiederholten Behauptung, daß die Altpreußen vom Deutschritterorden so gut wie ausgerottet worden seien. Zahllose altpreußische Gräberfelder aus dem 14. und 15. Jahrhundert bestätigen uns heute einwandfrei, daß nicht nur die Altpreußen, sondern auch ihre angestammte Kultur bis tief in die Ordenszeit fortgelebt haben und nur ganz allmählich in der höheren Kultur der zugewanderten deutschen Ansiedler aufgegangen sind.

Sarkau (bei Cranz). Der Fischerwirt K. wollte sich mit seinem Fuhrwerk den Weg abkürzen, verließ die feste Straße und fuhr quer über die Nehrung. Am Fuße einer Haffdüne versanken plötzlich beide Pferde in einer dort befindlichen tiefen Triebsandstelle. Der Besitzer sprang sofort hinzu, um seinen bis an den Leib eingesunkenen Tieren zu helfen, wobei er selbst in Gefahr geriet und nur mit großer Mühe das feste Land erreichen konnte. Es war ein Glück, daß noch ein anderes Fuhrwerk in der Nähe war, mit dessen Vorgespann es nach größter Anstrengung gelang, die bereits tiefer eingesunkenen und völlig erstarrten Pferde aus dem gefährlichen Triebsand herauszuziehen.

Perwilten (Kr. Heiligenbeil). Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsplanes der Reichsbahn ist auch die Verlegung der Abzweigung bei Perwilten nach dem Bahnhof Kobbelbude vorgesehen. Dort wird ein Damm für ein drittes Gleis nach Perwilten geschüttet, das von den Zügen der Strecke nach Zinten befahren werden soll. Mit den notwendigen Brückenbauten und baulichen Anlagen werden die Kosten etwa 2 Millionen RM. betragen. Ein Zehntel davon soll noch in diesem Winter eingesetzt werden.

Neu-Passarge (Kr. Braunsberg). Ein Jubiläum eigener Art kann in diesem Jahr der Gemüsebauer Schmidt begehen. In Neu-Passarge wird vorwiegend Gemüsebau betrieben. Es ist nicht möglich, alles Gemüse in dem nahen, passargeaufwärts gelegenen Braunsberg abzusetzen. Die Gemüseernte geht bis nach Pillau, Heiligenbeil, Zinten, Mehlsack, Wormditt und auch nach Mühlhausen. Die Familie des Gemüsebauern Schmidt bringt nun schon 120 Jahre hindurch ihr Gemüse nach Mühlhausen. Mitte August jeden Jahres beginnen die Fahrten jeden Freitag über etwa 40 Kilometer. Viel wird schon unterwegs verkauft. In Neumark wird im Gasthaus Riemke Nachtquartier bezogen und Sonnabend früh in Mühlhausen der Markt besucht. Mitte November jeden Jahres hören die Fahrten dann wieder auf.

Heilsberg. Der Heilsberger Sender erhält eine neuzeitliche Antennenanlage. Anstatt der beiden 100 Meter hohen Türme wird künftig nur ein Turm von 115 Meter Höhe Träger einer Antenne werden. Dadurch wird die Feldstärke etwa um 20 Prozent erhöht. Für viele Hörer unserer Heimatprovinz erfüllt sich dadurch der langgehegte Wunsch, die Darbietungen des Ostpreußensenders auch in den Abendstunden wieder gut empfangen zu können.

Heilsberg. Unter den seitens der Reichsbahn zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellten 25 Millionen RM. befinden sich auch die erforderlichen Mittel für den Neubau des Bahnhofsgebäudes in Heilsberg. Der Bahnhof war vor mehr als 30 Jahren als kleine Station vierter Klasse eröffnet worden und genügte schon lange nicht mehr den Ansprüchen des heutigen Verkehrs.

Mühlhausen (Kr. Pr. Holland). Seit April 1932 war durch den Einsturz der Mühlenschleuse der Betrieb der alten Ordensmühle Haese lahmgelegt worden. Der Aufbau der Schleuse war wegen der zu hohen Kosten nicht möglich. Seitdem lag die Mühle still. Niemand half, weder Stadt noch Regierung. Nach dem Umschwung ist das Werk beendet. Das neue Bett des Teiches füllte sich wieder mit Wasser, die Mühle ist wieder in Betrieb. Der versumpfte Mühlenteich ist zugeschüttet und ein neuer Staudeich angelegt.

Elbing. Nach langwierigen Verhandlungen erzielten die Schichauwerke gegen sehr scharfe englische Konkurrenz den Auftrag auf einen sehr großen Saugbagger für das Wangpoo Conservancy Board in Schanghai. Dieser Neubau wird an Größe und Fassungsvermögen alle bisher gebauten Bagger übertreffen. Der Bagger soll in zwölf Monaten fertiggestellt sein.

Marienburg. Als Marienburg-Festspiel für 1934 soll ein Bühnenwerk aufgeführt werden, daß die Ordensgeschichte und die Geschichte der Marienburg zum Gegenstand der Handlung haben soll. Da bisher ein bühnenfertiges Stück nicht vorliegt, hat der Marienburg-Bund beschlossen, ein Preisausschreiben zu veranstalten, um so ein historisches Drama zu erhalten, das sich für die Freilichtbühne eignet. Es sind Preise von 1000, 600 und 400 RM. ausgesetzt worden. Es soll besonders jungen deutschen Dichtern Gelegenheit geboten werden, ihr Talent auf diesem historischen Gebiet zur Geltung zu bringen.

Marienburg. 35 Jahre lang hatte die alte Ueberführungsbrücke dem Verkehr gedient und war so mitgenommen, daß sich die Reichsbahn entschloß, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine neue Brücke in Auftrag zu geben. Die neue Brücke ist nun gegen die alte ausgewechselt worden. In einer Stunde war die 70 Tonnen schwere alte Brücke hinausbefördert, in einer weiteren Stunde die 400 Tonnen schwere neue Brücke eingeführt. Im nächsten Jahre wird die Provinz eine neue Zufahrtstraße zur Brücke bauen.

Stuhm. Die Polen im Kreise Stuhm haben beim Volksentscheid fast durchweg mit Nein gestimmt und in nur wenigen Fällen Stimmenthaltung geübt. Die Stimmzettel zur Reichstagswahl sind von den Polen als ungültig abgegeben worden. Die polnische Minderheit in der mittleren Grenzmark Posen-Westpreußen hat sich jedoch, wie die „Elbinger Zeitung" zu melden weiß, mit ganz geringen Ausnahmen bei der Volksabstimmung mit „Ja" eingesetzt und für die Reichstagswahl für die Liste der NSDAP. gestimmt. In mehreren polnischen Minderheitsdörfern in den Kreisen Meseritz und Bomst, so u. a. in Gr.-Posemuckel, hat die polnische Wählerschaft sogar 100prozentig für Volksabstimmung und Reichstagswahl gestimmt.

Gr. Waplitz (Kr. Stuhm). Das rund 13 000 Morgen große Gut des polnischen Grafen v. Sierakowski-Gr. Waplitz, das seit über einem Jahr in Zwangsverwaltung stand, ist nach längeren Verhandlungen aufgeteilt worden, und zwar in der Weise, daß 6500 Morgen, die Vorwerke Reichandreß, Schönwiese, Ellerbruch und Tillendorf von der Ostpreußischen Landgesellschaft besiedelt werden, die dieses Land nach Aufhebung der Zwangsverwaltung bereits übernommen hat. 6100 Morgen erhält Gutsbesitzer v. Dominiersti-Klein-Ramsen, das Schloß mit 100 Morgen bleibt im Besitz der Familie des Grafen und erhält der älteste Sohn. Die Vorbereitungen für die Besiedlung werden bereits getroffen, im Walde bei Schönwiese ist ein Sägewerk aufgestellt worden, so daß mit der Besiedlung im nächsten Frühjahr angefangen werden kann. 170 Jahre war der Besitz in der Familie des Grafen v. Sierakowski. Wertvoll ist das Gutshaus, in dem sich weit über 100 wertvolle Gemälde befinden.

Weißenberg (Kr. Stuhm). Nach einem dem Ministerium zur Begutachtung vorgelegten Plan ist beabsichtigt, bei Weißenberg an Stelle des Siels eine Stauschleuse zu bauen, die es ermöglichen soll, den Verkehr zu jeder Jahreszeit und bei jedem Wasserstand aufrecht zu erhalten. Damit würde die durch den Versailler Vertrag von dem Zugang zur Weichsel abgeschnittene Marienwerderer Niederung eine Schiffahrtsstraße erhalten.

Marienwerder. Wie die „Gazeta Gdanska" meldete, organisiert das polnische Konsulat in Marienwerder Besuchsfahrten von Polen aus Ostpreußen nach Danzig. So wußte das Polenblatt davon zu berichten, daß am Sonntag, dem 15. Oktober d. J., ein Ausflug von 30 Polen aus Stuhm und Umgegend, der von dem polnischen Konsulat in Marienwerder organisiert worden war, nach Danzig stattfand. Ueber die Art dieses Besuches wird weiterhin nur mitgeteilt, daß die polnischen Ausflügler dort Gäste des Verbandes der Polen in Danzig gewesen seien.

Flatow. Im Landratsamte fand hier eine Besprechung statt, die den Zweck hatte, die auf Grund des Augustplanes in Arbeit gebrachten Erwerbslosen des Kreises auch während des Winters in Arbeit zu halten. Es handelt sich um rund 1000 Arbeiter, die im Winter mit umfangreichen Forstarbeiten beschäftigt werden sollen. Damit wird der Kreis Flatow im Winter ohne Arbeitslose sein.

Memel. Nach der Niederlage, die die Christlich-sozialistische Arbeitsgemeinschaft des ehemaligen Pfarrers von Saß bei den Wahlen der Landwirtschaftskammer erlitt, in der sie von 37 nur 7 Sitze erhielt, während die Sozialistische Volksgemeinschaft des Dr. Neumann 27 Abgeordnete in die Kammer entsandte, trifft jetzt diese Partei ein weiterer schwerer Schlag. Sie verliert drei führende Persönlichkeiten, nämlich den Schatzmeister der Partei, Schwede, den Propagandaleiter Meding und den Kreisleiter der Partei für die Stadt, Glogau. Das von der Partei herausgegebene Blättchen behauptet zwar, daß die Partei diese drei Herren „ausgeschlossen" habe. Es ist aber bekannt, daß sie schon lange aus der Partei austreten wollten, weil sie ebenso wie viele andere erkannt haben, daß Saß nicht die geeignete Persönlichkeit für die Führung einer Partei ist, die vorgibt, nationalsozialistisches Gedankengut zu vertreten.

Memel. Landesdirektor Sziegaud wurde zum Mitglied der Memeler Hafendirektion ernannt. Sein Vorgänger war „Borcherias", dessen Amtszeit am 1. Dezember abläuft. Sziegaud hat bereits mehrere Mal der bisherigen Landesdirektion angehört. Dem Direktorium Dr. Schreiber bleibt er angehörig.

Heydekrug. Der reichsdeutsche Lehrer Palloks, der bisher hier im Kreise unterrichtet hat, ist vom Gouverneur des Memelgebietes ausgewiesen worden. Seine Ausweisung erfolgte unmittelbar nach einer dreiwöchigen Gefängnisstrafe, die Palloks im Zuchthaus Bajohren abgesessen hatte. Seine Verurteilung erfolgte wegen angeblicher Verächtlichmachung des litauischen Staates.

Danzig. Der Danziger Rundfunk wird nun auch ein eigenes Pausenzeichen erhalten. Die Wahl ist auf die ersten Takte des alten Soldatenliedes „An der Weichsel gegen Osten" gefallen. Das Pausenzeichen wird, ähnlich wie die bereits bei den meisten deutschen Sendern im Gebrauch befindlichen, ein Glockenwerk sein, das zurzeit bei einer Danziger Firma hergestellt wird. Es soll am 15. Dezember eingeführt werden.

Danzig. In dem Sonderflugzeug der Deutschen Lufthansa „Generalfeldmarschall von Hindenburg" trafen eine Anzahl von Chefredakteuren und Herausgebern großer finnischer Zeitungen auf dem Flughafen Danzig-Langfuhr ein. Zur Begrüßung waren Vertreter des Danziger Senats, des deutschen Generalkonsulats, des Verbandes der Danziger Presse und der Deutschen Lufthansa erschienen. Nach einem zweitägigen Aufenthalte erfolgte die Weiterreise nach Königsberg.

Fischerbable (Danzig). Der Danziger Senat hat den Bau zweier Brücken beschlossen, die bei Fischerbable über die Königsberger und Elbinger Weichsel führen und die beiden Fähren ersetzen sollen. Damit wird einem langjährigen Bedürfnis und Wunsche entsprochen und eine lästige Verkehrshemmung beseitigt. Die Bauverwaltung hat inzwischen die Pläne für die beiden Brücken fertiggestellt und auch das benötigte Material in Auftrag gegeben. Man hofft, mit dem Bau beider Brücken noch im Sommer des folgenden Jahres fertig zu sein und sie dem Verkehr übergeben zu können.

Gdingen. Nach Angaben des polnischen Handelsministeriums hat der Gesamtumschlag im Danziger Hafen während der ersten neun Monate dieses Jahres 3 457 311 Tonnen betragen, in Gdingen dagegen 4 336 113 Tonnen. In Danzig ist der Gesamtumsatz im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres um 356 926 Tonnen gesunken, in Gdingen aber um 745 319 Tonnen gestiegen! Der Anteil Danzigs am seewärtigen Gesamtaußenhandel Polens beläuft sich jetzt nur noch auf 44,6 v. H., im Vorjahre hat er immerhin noch 52,1 v. H. betragen. In polnischen Wirtschaftskreisen rechnet man damit, daß der Danziger Umschlagsanteil bald auf 40 v. H. zurückgehen wird; es sind Bestrebungen im Gange, die tschechoslowakische Durchfuhr ausschließlich über Gdingen zu leiten. Wenn Polen seine Hafenpolitik nicht bald nach dem im Uebereinkommen vom 18. September festgelegten Gesichtspunkten einrichtet, wird Danzig nichts anderes übrig bleiben, als von diesem Uebereinkommen zum nächstmöglichen Termin zurückzutreten.

Rumel (bei Gdingen). Hier ist ein neuer Flugplatz entstanden, der den polnischen Flugverkehr von Danzig-Langfuhr nach Rumel bzw. Gdingen aufrecht erhalten soll.

Dirschau. Der der deutschen Minderheit angehörende frühere Lehrer Mrozek aus Königshütte wurde vom dortigen Appellationsgericht zu 500 Zloty und 15 Tagen Arrest verurteilt, weil er in der Anschrift eines nach Dirschau gerichteten Briefes das Wort „Westpreußen" beigefügt hatte.

Partenschin (Kr. Graudenz). Nachdem erst vor kurzem der deutsche Lehrer Nergall entlassen worden war, wurde in den letzten Wochen auch im benachbarten Rudnik die Schulklasse mit deutscher Unterrichtssprache plötzlich aufgelöst. Dem Lehrer wurde vom Schulvorstand eine Verfügung des Schulkuratoriums Posen vorgelegt, auf Grund derer die Schule schon vom nächsten Tag an für aufgelöst erklärt wurde. Die Eltern der Schüler haben gegen diese Verordnung Protest eingelegt und um Beibehaltung der bisherigen Verhältnisse gebeten. Die Zahl der deutschstämmigen Kinder beträgt nahezu vierzig.

Schwetz (Weichsel). Für die deutschstämmigen evangelischen Staatsbürger im Kreis Schwetz werden die Schulverhältnisse immer ungünstiger. Von Schwetz bis Neuenburg, eine Strecke von über 30 km, findet man heute keine evangelische Lehrkraft im Staatsdienst. Die Kinder müssen daher Schulen mit polnischer Unterrichtssprache besuchen. Evangelischen Religionsunterricht erhalten diese Kinder überhaupt nicht. In der großen Gemeinde Bukowitz war vor einiger Zeit vom deutschen Schulverein mit Genehmigung der Schulbehörde eine Privatschule eröffnet und mit einem evangelischen Lehrer besetzt worden. Nun wurde dem Lehrer plötzlich ohne Angabe von Gründen die Unterrichtserlaubnis entzogen, obwohl er sich nichts zuschulden kommen ließ, und obwohl die Schule derart stark besucht war, daß mit der Einrichtung einer zweiten Klasse gerechnet wurde. Eine große Zahl deutschstämmiger Kinder ist ohne Unterricht.

Bromberg. Um die materielle schwere Not der Deutschen in Bromberg zu lindern, wurde in einer Kundgebung zur Errichtung einer „Deutschen Winterhilfe" aufgerufen. Die Versammlung war so gut besucht, daß der größte Saal Brombergs schon eine halbe Stunde vor Beginn überfüllt war. Hauptgeschäftsführer Wiese sprach in packenden Ausführungen über das Thema: „Volksgemeinschaft — Notgemeinschaft." Die Kundgebung brachte die schöne Gewißheit, daß die deutsche Bevölkerung Brombergs mit innerster Opferbereitschaft daran geht, den hungernden Volksgenossen tatkräftig zur Seite zu stehen und überall dort einzugreifen, wo Hilfe nötig ist.

Dem ehrenden Gedenken unserer Toten!*)

Emilie Kristukat, geb. Raabereit, * 26. 2. 57, Wittgirren, Kreis Darkehmen, † 21. 11. 33, Neukölln-Brtz.
Franz Dukat, * 6. 5. 61, Seeburg, Kreis Rößel, † 6. 12. 33, Neukölln-Brtz.
Gustav Schmidt, * 16. 10. 67, Strese (Kreis Meseritz), † 4. 12. 33, Bln.-Charlottenburg.
Rosalie Kanetzki, geb. Kranse, * 18. 2. 67 zu Stahmsdorf, Kreis Stuhm, † 11. 11. 33 zu Bochum.
Adam Kuckliński, * 27. 7. 71 in Pramdzisken, Kreis Lyck, † 25. 11. 33 in Duisburg-Beeck.
Witwe Auguste Minkel, geb. Kohn, * 9. 1. 63 in Schönlinde Kreis Heiligenbeil, † 7. 11. 33 in Duisburg-Meiderich.
Witwe Barzynski (Karoline-Wilhelmine), † 21. 2. 33, Hagen i. W.
Frau Rosa Gram, † 3. 3. 33, Hagen i. W.
Gustav Mischewski, † 18. 4. 33, Hagen i. W.
Witwe Maria Retzlick, † 12. 5. 33, Hagen i. W.
Georg Gallasat, † 15. 5. 33, Hagen i. W.
Frau Anna Maria Kösler, † 9. 6. 33, Hagen i. W.
Franz Reddig, † 10. 7. 33, Hagen i. W.
Frau Wilhelmine Hübner, 25. 7. 33, Hagen i. W.
Andreas Gilsmeister, † 7. 9. 33, Hagen i. W.
Frau Maria Hollfoth, † 10. 9. 33, Hagen i. W.
Witwe Helene Gram, † 29. 9. 33, Hagen i. W.
Witwe Anna Kamerowski, † 6. 10. 33, Hagen i. W.
Adolf Bröske, † 12. 11. 33, Hagen i. W.
Julius Kolaszek, † 29. 11. 33, Hagen i. W.
Wilhelm Maschke, * 12. 8. 67 in Liegenhof, Kreis Groß-Werder, † 7. 12. 33, Langendreer-Werne.

*) Die Angaben für die Ehrentafel müssen enthalten: Name (bei Frauen auch Mädchenname), Geburtstag, Geburtsort und -kreis, Sterbetag und Ortsgruppe. Ohne diese Angaben erfolgt in Zukunft keine Veröffentlichung.

Verkehrswerbung für unsere Heimat

Sonderzüge des Rheinisch-Westfälischen Hauptverbandes

Nach der Heimat:
15. 3. 34 Düsseldorf — Lyck
28. 3. 34 Duisburg — Insterburg
15. 4. 34 Düsseldorf — Lyck
1. 5. 34 Duisburg — Insterburg
12. 5. 34 Düsseldorf — Lyck

Von der Heimat:
7. 1. 34 Insterburg — Duisburg
10. 4. 34 Insterburg — Duisburg
16. 5. 34 Lyck — Düsseldorf

Notwendige Aenderungen hat sich die Reichsbahn vorbehalten. Züge, bei denen die Teilnehmerzahl nicht aufkommt, fallen aus. Alle Züge führen nur die dritte Wagenklasse und fahren mit einer Ermäßigung von **50** und **60**%. Sie dürfen nur von den Mitgliedern des Rheinisch-Westfälischen Hauptverbandes benutzt werden. Vom Westen kommt als letzte Einsteigestation Hannover und als erste Aussteigestation Landsberg a. W. in Frage. Bei den Rückzügen ist es umgekehrt.

Nachrichten und Mitteilungen aus dem Reichsverband, den Unterverbänden und Vereinen

Ostpreußenbund Berlin E. V.

Hauptvorstand: Vorsitzender: Ldsm. P. Hoffmann, Berlin N 4, Chausseestraße 106 III (D 1 Norden 8201); Schatzmeister: Ldsm. F. Schikorr, Lichterfelde, Margaretenstr. 9 (Breitenbach 1052, Postscheck: Bln. 116 889); Schriftführer Ldsm. [illegible], Neukölln, Herrfurthstr. 12 (Neukölln [illegible]); Geschäftsführer: Ldsm. H. Heinrich, Neukölln, Weichselstr. 8 (Neukölln [illegible]); Geschäftsführer der U. K. f. Sterbefälle: Ldsm. P. Folk, Tempelhof, Friedrich-Karl-Str. 17 II (Südring [G 5] 3073, Postscheck: Bln. 346 87).

Neukölln-Britz. (B. D. O.) Führer Emil Herrmann. Nächste Monatsversammlung Mittwoch, 10. 1., abends 8 Uhr, in Kliems Festsaal, Hasenheide. Wir laden alle Mitglieder herzlichst ein. Musikalische und deklamatorische Darbietungen! Vorträge! Der Gemischte Chor singt jeden Donnerstag um 8 Uhr im Gesangssaal der Mittelschule, Donaustraße.

Charlottenburg. Stellvertr. Vors.: Ldsm. Samel, Frankstr. 2. Der bunte Abend am 30. 11. war gut besucht und wurde im unterhaltenden Teil von unserer Heimatdichterin Lydia Menzel-Dolaßini und unseren bewährten Landsleuten Frau Samel und Frau Klein in ernster und auch in launiger Art aufs beste bestritten. Der Gesangverein „Masovia" umrahmte mit Heimatliedern den Abend. Die Frauengruppe legte sich bei dem Adventskaffee am 7. 12. ihrem Wesen entsprechend auf Anregung ihrer Leiterin Frau Marber den Namen „Frauenhilfe der heimattreuen Ostpreußen Charlottenburgs" zu. Ueber 150 Frauen waren versammelt und beteiligten sich aufopfernd an der Wohltätigkeitsverlosung der von den Landsleuten [illegible] und Boese gestifteten 100 Spenden und lauschten den Vorträgen der bereits oben genannten Damen. Auch der kleinen Landsmännin Marin für ihr so schön vorgetragenes Adventsgedicht besten Dank. Die „Frauenhilfe" feiert am Sonntag, 14. 1. 1934, von 5 Uhr nachm. ab, in den Johann-Georg-Sälen in der Johann-Georg-Str. in Halensee mit Konzert, Theateraufführung, Vorträgen und einer großen Verlosung ihr diesjähriges Wohltätigkeitsfest. Eintritt von 4 Uhr ab. Preis voraussichtlich nur 0,60 RM. Ein besonderes „Wintervergnügen" verfolgen wir uns und bitten, dafür das Fest der Frauenhilfe recht rege zu besuchen. Ostpreußischer Humor werden alle heimatlich stimmen. Zeigt alle heimatliche Verbundenheit. Im Monat Februar Monatsversammlung; näheres in der nächsten Zeitung.

Nordost, B.D.O. 1. Vors.: R. Krüger, Hochmeisterstr. 3. Am Sonnabend, 13. 1., 8 Uhr abends, findet im Vereinslokal von Manski, Wörther Straße 31, unsere Jahreshauptversammlung statt. Sämtliche Mitglieder sind hierzu eingeladen. Auf allgemeinen Wunsch wollen wir eine Damengruppe gründen. Die erste Zusammenkunft ist auf Mittwoch, 17. 1., 8 Uhr, bei Manski, festgesetzt. Näheres daselbst. Die Damen der Ortsgruppe bitten wir, restlos zu erscheinen. Unsere Gesangsgruppe übt jeden Montag, ab 8 Uhr, bei Manski. Sangeslustige Damen und Herren willkommen.

Nord-West. Ewald Sosnowski, NW 87, Elßholzstr. 10 III; D 7 1082.

Mein Herz hab' ich gewaget
für deutsches Volk und Land,
hab' nimmer bang gezagt,
stand auch die Welt in Brand.
Aus Krieg und Schreckenstagen,
durch Mord, Verrat und Not,
mein Fähnlein hab' ich tragen
ins junge Morgenrot.

Adventshoffen und Vorweihnachtsfreude durchglüht alle Herzen; alle waren gekommen, und unser schöner Saal war wieder übervoll. Gott Dank, Landsleute! Wer jetzt noch faul und bequem in seinen vier Wänden hockt und Trübsal bläst, das heiliggroße Geschehen nicht in jedem Herzbluttropfen brausen und lodern fühlt, der gehört zum alten Eisen, ist Wrack, Ruine, schleicht als blutleeres Gespenst durch die herrlichen Tage des jungen Volksfrühlings.

Unser Heimatabend begann mit der erfreulichen Mitteilung, daß unser Führer mit der bronzenen Medaille des B.D.O. ausgezeichnet worden ist. Dann wanderten wir die alten, traulichen Wege durch Advents- und Weihnachtsbräuche unserer geliebten Heimat, standen erschüttert, als unser Führer der Toten von Graudenz und des auf deutschem Boden ermordeten Reichswehrsoldaten Schuhmacher gedachte. — Die Vorbereitungen für unser Weihnachtsfest sind in vollem Gange. Wir sind am 25. 12., 4 Uhr, pünktlich alle im weißen Saale der Hohenzollernfestsäle, Handelstraße 35. Die Bescherung der Kinder, Alten und Erwerbslosen richtet sich wie immer nach den Mitteln der Gruppe; wir geben alles, was wir haben. — Dienstplan: Vorstandssitzung [illegible] am 9. 1. 1934 — Dienstag — Mitgliederversammlung, 8½ Uhr Hohenzollernsäle, Handelstr. 35. 27. 1. 1934 — Sonnabend — 8 Uhr, Maskenball.

Osten. Führer: A. Gedlehn, O 34, Eckertstr. 8. Nochmals sei auf die am Sonnabend, 30. 12., in „Haverlandsfestsäle", Neue Friedrichstr., Ecke Rochstr., stattfindende Weihnachtsfeier ergebenst hingewiesen. Beginn pünktlich 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Achtung! Die erste Monatssitzung im neuen Jahre findet ausnahmsweise am Donnerstag, 11. 1., abends 8 Uhr, als Jahreshauptversammlung in „Korst Gesellschaftshaus", So., Frankfurter Str. 38, statt. Unser Wintervergnügen, ein Wiener Maskenball, begehen wir am Sonnabend, 3. 2., in Haverlandsfestsäle. —

Steglitz-Südende. Vors.: P. Rickel, Markelstr. 62. Die satzungsgemäße Hauptversammlung findet am Dienstag, 16. 1. 34, 8 Uhr, im Restaurant Zum Althoff, Althoff- Ecke Körner-Str., statt. Tagesordnung: 1. a) Jahresbericht, b) Kassenbericht, c) Bericht der Kassenprüfer, d) Entlastung des Vorstandes; 2. Geschäftliche Mitteilungen; 3. Vortrag. Anschließend gemütliches Beisammensein. Nächste Vorstandssitzung am Mittwoch, 3. 1., 8½ Uhr, Schloßstr. 78. Damenkränzchen am Dienstag, 19. 1., diesmal im Althoff. Ebenda am Donnerstag, 11. 1., Jugendgruppe.

Schöneberg, Wilmersdorf, Schmargendorf. (B.D.O.) Führer: A. Rohmann, Friedenau, Kaiserallee 64/65 II; Ruf: Rheingau 6000. Anregend und unterhaltend war unsere Dezember-Werbe-Versammlung mit Einschluß der Schöneberger Westpreußen bei gutem Besuch. In einem aufschlußreichen Vortrag zeigte der stellv. Landesgruppenführer von Berlin, Ldsm. Dr. Filz, neue Wege für die zielbewußt durchzuführende Ostpreußenaufklärungsarbeit im ganzen deutschen Volke auf. Beim Schlußwort betonte der Landesgruppenführer die Bereitwilligkeit der Heimattreuen, im Sinne der Willenskundgebung unseres Volkskanzlers: „Der deutsche Mensch muß sein Gesicht nunmehr dem Osten zukehren", mit allen Kräften mitzuarbeiten unter Verzichtleistung auf jede Eigenbrötelei. — Nächste Mitgliederversammlung am Mittwoch, 3. 1. 1934, pünktlich 8 Uhr, im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 115. Vortrag, dann geselliges Beisammensein bei ernsten, heiteren und Gesangsvorträgen, Tanz. Erscheinen Pflicht. — Ihre Kaffeetafel hält die Frauenabteilung am Dienstag, 9. 1. 34, im Restaurant „Dortmunder Klause", Kaiserallee 150, Ecke Durlacher Straße, ab. Gäste — auch Herren — willkommen. Ebenda übt der gemischte Chor jeden Mittwoch, ab 8 Uhr. Sangeslustige Damen, besonders aber Herren, sehr erwünscht.

Südwest. (B.D.O.) Führer: Klimaschewski, Bln. SW 29, Gneisenaustraße 62 II. Die letzte Monatsversammlung stand im Zeichen eines aufklärenden Vortrags unseres Ldsm. Bernoth über „Der Osten in der Politik Europas". Dem Vortragenden sei an dieser Stelle nochmals bestens gedankt. In einer der nächsten Versammlungen werden wir seine eigenen Erlebnisse aus „Deutsch-Ostafrika" hören. Daher, liebe Landsleute, besucht die Versammlungen recht fleißig und zahlreich, denn diese Vorträge sind sehr interessant und lehrreich. — Unser diesjähriges Weihnachtsfest mit Kinderbescherung feiern wir am ersten Weihnachtsfeiertag in den Kammersälen. Beginn pünktlich 5 Uhr. Einlaß 4 Uhr nachm. Einlaßkarten sind beim Ldsm. Günther und an der Abendkasse zu haben. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am 8. 1. 34 statt. Beginn nicht wie bisher um 20½, sondern schon um 20 Uhr. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich. Einladungen hierzu ergehen nicht. Zugleich sind die rückständigen Beiträge an die Kassenwarte abzuführen.

Norden. Vors.: A. Leuschner, N 65, Liesenstr. 11 a. Am 18. 11. feierte unsere Jungmädchengruppe bei Ldsm. Borkfe, Wichertstr. 66, das Fest ihres 3jährigen Bestehens. Trotz der schlechten Beteiligung der Mitglieder verlief dasselbe bei guter Stimmung zur Zufriedenheit. Die unter der Leiterin der Gruppe, Frl. Edith Grabowski, stattgefundenen Aufführungen fanden reichlichen Beifall. Im gleichen Lokal fand am 21. 11. das Eisbeinessen unserer Damengruppe statt, welches bei tadelloser Stimmung in gewohnter Weise verlief. In unserer letzten Mitgliederversammlung gelangte ein Film zur Aufführung; auch wurde unentgeltlich Kaffee und Kuchen gereicht. Am 6. 1. findet die Generalversammlung um 20 Uhr bei Gocihes, Schönhauser Allee 120, statt. Zu wählen ist außer dem 1. Vors. dem Schriftf. und dem gesamten Vergnügungsausschuß pp. auch der 1. Kassierer, da er sein Amt dem Verein zur Verfügung gestellt hat. Unser Maskenball findet am 20. 1., um 20 Uhr, im Spiegelsaal des Atlantic, Gesundbr. 57, statt. Einlaßkarten zu 75 Pf. gelangen in der Generalversammlung zur Ausgabe; auch sind diese von sofort ab bei den Ldsm. Leuschner, [illegible] und Reichel zu haben. Am 4. 1. findet der Jungmädchenabend um 20 Uhr bei Ldsm. Borkfe, Wichertstr. 66, statt. Ebenda findet der Damenabend am 18. 1., um 20 Uhr, statt. Landsleute, begleicht die rückständigen Beiträge!

Friedenau. Kom. Führer: Dr. Grabowski, Geschäftsstelle: A. Gerwonka, Friedenau, Bismarckstr. 9, Fernspr.: H 3 Rheingau 6000. Am 28. 11. fand das traditionelle Eisbeinessen bei unserem Mitglied Herr Wenzel statt. Alle Teilnehmer waren darüber einig, daß ihnen Herr Wenzel ein wirklich delikates Eisbein vorgesetzt und sie außerordentlich gut bewirtet hat. Dementsprechend war auch die Stimmung! Bei Humor und Gesang hielten alle Landsleute bis zur letzten Minute aus! — Ebenso schön und harmonisch verlief unsere Weihnachtsfeier am 10. 12. im Bürgersaal, Friedenau. Nicht weniger als 35 Kinder unserer Mitglieder und ihrer Freunde wurden an der von Frau Romanowski wundervoll mit Adventskränzen und bunten Lichtern dekorierten Tafel bei Schokolade und Pfefferkuchen vereinigt. Eine Freude für jedermann, die strahlenden Kindergesichter anzuschauen! Nach dem ebenfalls von Frau Romanowski einstudierten Theaterstück „Der Weihnachtsmann weiß alles", wurden die Kinder mit Geschenken und Weihnachtstüten bedacht. — Das Blockflöten-Konzert der Musikschule M. Th. Rosch-Steglitz hatte großen Beifall gefunden. Wir

mächten, nicht verfäumen, allen Mitwirkenden, insbesondere Frau Romanowski, auch an dieser Stelle unseren herzlichen Dank auszusprechen, Dank aber auch allen Spendern. — Das erste Damenkränzchen im neuen Jahre findet am 4. 1. 34 im Café Gebr. Tenlo, Halensee, Johann-Georg-Straße 9/10, statt. Wer eine gute Tasse Kaffee zu schätzen weiß, der finde sich dort ein. — Zur Jahresabschluß-Mitgliederversammlung am 25. 1. 34 im Gesellschaftszimmer des Ratskellers ergehen noch besondere Einladungen, wir bitten aber jetzt schon, den Tag vorzumerken.

Verein der Ostpreußen von 1881. Vors.: Umlau, Neue Jakobstr. 15. Tagung am ersten Donnerstag jeden Monats, Kammersäle, Teltower Str. 1/4. Das 52. Stiftungsfest am 12. November in den Kammersälen war recht gut besucht, verlief sehr harmonisch, und alle Teilnehmer kamen restlos auf ihre Kosten. Die Darbietungen von Frau Hettwig, Frl. Remson, Herrn Paul Müller und Herrn Gudohr fanden den ungeteilten Beifall der zahlreichen Gäste. Den Vortragskünstlern, dem Herrn Rektor Nickel für die schöne Festrede, den Stiftern für die glanzvolle Vereinstombola, sowie allen Damen und Mitgliedern, die sich am Festabend für das gute Gelingen des Festes eingesetzt hatten, sei auch von dieser Stelle aus der herzliche Dank des Vereins abgestattet. — Die Weihnachtsfeier fällt aus. Dafür kommen alle Landsleute und werte Gäste zu einem recht fröhlichen Beisammensein am 11. 1. (Donnerstag), abends 8½ Uhr, in den Kammersälen, zusammen. Regste Beteiligung erbeten. Tee wird gratis gereicht! — Bitte vormerken: Sonnabend, 27. 1., Kostümfest in den Kammersälen. — Der Vorstand wünscht allen Mitgliedern ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.

Schöneweide. 1. Vors. Hermann Schindowski, Berlin-Niederschöneweide, Berliner Str. 129. Unsere Generalversammlung findet am Donnerstag, 11. 1., pünktlich 8 Uhr abends, im Vereinsheim, Restaurant Brückenklause, Inhaber Ldsm. Friedrich Kubat, Niederschöneweide, Brückenstraße 15, statt. Einladungen hierzu erhalten die Landsleute durch die Post zugesandt. Unser Damenkränzchen im Monat Januar findet entweder am 3. 1. oder 4. 1. bei Landsmännin Herfort, Oberschöneweide, Edisonstr. 32, statt, auch hierzu ergeht noch näherer Bescheid.

Tegel. Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Führer: W. Stibba, Schlieperstr. 35. Der Verein hielt am 2. 12. seine Monatsversammlung ab, die von unserm Führer Stibba geleitet wurde. In warmen Worten gedachte er des Sieges unseres Führers Adolf Hitler am 12. 11. Unsere Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung findet am ersten Weihnachtsfeiertag im Vereinslokal Tuskulum statt. Der Ldsmn. Frau Gaurahn und dem Ldsm. Müller überreichte Ldsm. Stibba die silberne Ehrennadel mit dem Wunsche, daß sie diese Auszeichnung noch recht lange zu Ehren des Vereins und des Vaterlandes tragen möchten. Vorträge von den Landsleuten Tiefensee und Kirschning hielten die Mitglieder noch beisammen.

Zehlendorf. Führer Ldsm. Prof. Rautenberg, Berlin-Dahlem, Humboldtstr. 33. Unsere letzte Monatsversammlung fand am Sonnabend, 9. 12., im Burgrestaurant am Bahnhof Zehlendorf-Mitte, Inhaber Ldsm. Reinhold Sarenski, in Form eines geselligen Abends statt. Durch Vortrag heimatlicher wie humorvoller Dichtungen und Lieder und einem kleinen Tänzchen wurde für Unterhaltung gesorgt. Der Eintritt war frei.

Köpenick u. U. Urbschat, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Str. 6. Nächste Frauenzusammenkunft im Konzerthaus Clou, Mauerstr. Abfahrt tunlichst gemeinsam um 2½ Uhr vom Bahnhof Köpenick. Zusammentreffen unten in der Vorhalle. Unsere Weihnachtsfeier findet nicht am zweiten, sondern am ersten Feiertag im Saalbau Wilhelmshof (Inh. Selke) in althergebrachter Weise statt. Kinder bis zum 15. Lebensjahr sind frei. Erwachsene 50 Pf. Nachher Tanz. — Ausgabe von grauen Erbsen, aus Ostpreußen bezogen, nach der Feier.

Hermsdorf u. U., Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Führer Stud.-Rat Döhring, Hermsdorf, Moltkestr. 11. In der Monatsversammlung am 7. 12. hielt der Führer Döhring einen fesselnden Vortrag über „Der ostpreußische Mensch und seine Bedeutung für das deutsche Geistesleben". Er führte im einzelnen näher aus, wie Blut, Sprache, Geschichte und Arbeit dem Ostpreußen das deutsche Gepräge gegeben haben, und welche Bedeutung die großen Männer dieses Landes für die gesamtdeutsche Kultur gewonnen haben. Er schloß mit einem Treuebekenntnis im Namen dieses jüngsten, noch unverbrauchten Volksstammes für den neuen Staat und seinen Führer. Der Vortrag war ein reicher Gewinn für die Zuhörer. — Ldsm. Lumma berichtete über das Krüppelheim Bethesda in Angerburg. — Für den Patenort Scharnau, Kreis Neidenburg, ist wiederum eine hocherfreuliche Menge von Eßigkeiten und Spielsachen für den Kindergarten gespendet worden. — Zu der Adventsfeier am 16. 12. in Frohnau wird an Stelle eines Eintrittspreises eine Pfundspende für die Winterhilfe erhoben. — Nächste Mitgliederversammlung am 4. 1. in Hermsdorf, „Zur Hütte". Vortrag mit Lichtbildern über „Deutsche Rassenkunde mit besonderer Berücksichtigung des ostpreußischen Menschen".

Westpreußenbund Berlin E. V.

Landesvorstand: 1. Vors.: Ldsm. Rudolf Brandt, Berlin-Neukölln, Emser Straße Nr. 89 (F 2 2969); 1. Schriftf.: Ldsm. Otto Mießlau, Berlin-Wilmersdorf, Mainzer Str. 4; 1. Kassierer: Ldsm. Dr. Bruno Hiller, Berlin N 58, Schönhauser Allee 130.

Neukölln u. U. In unserer Mitgliederversammlung am Sonntag, 19. 11., veranstalteten die Malzkaffeewerke „Kathreiner" eine Gratis-Kaffeespende mit Gebäck und anschließendem Film. Ldsm. Brandt sprach der Gesellschaft im Namen des Vereins unsern besten Dank aus. Ein neues Mitglied wurde durch Herrn Brandt herzlichst begrüßt. Er sprach dann über die Bedeutung der Wahl am 12. November, die weit über die Grenzen hinaus einen gewaltigen Eindruck macht. Auch der Begegnung und Aussprache des Reichskanzlers mit dem neuen polnischen Gesandten gedachte der Redner. Wie immer schloß die Versammlung mit dem üblichen Tanz.

Osten. 1. Vors. A. Baber, Treptower Park 32. In unserer vollzählig besuchten Generalversammlung am 25. 11. wurde mit Ausnahme des Ldsm. Brauda als zweiter Bannerträger der gesamte Vorstand mit dem Ldsm. Baber an der Spitze wiedergewählt. Als neuaufgenommenes Mitglied konnten wir den Ldsm. Heuer begrüßen. Tätigkeits- und Kassenbericht gaben ein erfreuliches Bild über sparsame Geschäftsführung und fleißige Beitragszahlung. Die Mithilfe der Theaterbesucher trug viel dazu bei, daß wir allen Verpflichtungen nachkommen konnten. Zur Weihnachtsbescherung am 21. 12. wird Kindern und Frauen eine überraschende Freude bereitet.

Westen. (B. D. O.) Führer Robert Braun, Berlin W, Potsdamer Straße 98a. Am 2. 12. begrüßte Ldsm. Braun die Mitglieder herzlich und streifte in kurzen Umrissen das erfreuliche Wahlergebnis sowie die in der letzten Zeit vorgefallenen politischen Geschehnisse. Sodann hielt Ldsm. Schmidt einen Vortrag über Neuaufbau der deutschen Nation und gab gleichzeitig Aufschluß über den Vortrag von Dr. Rosenberg vom 18. 11. im Harnack-Haus. Wir teilen noch mit, daß am 30. 12. eine Feier in unserm Vereinslokal Hölzel, Berlin W, Potsdamer Str. 98a, um [illegible] Uhr stattfindet, wozu wir Landsleute sowie Gäste herzlichst willkommen heißen.

Südliche Vororte. Unsere Weihnachtsfeier findet am Donnerstag, 28. 12., abends 7½ Uhr, im Café Klingsor zu Steglitz, Albrechtstr. 34—35, statt. Es wird um rege Beteiligung gebeten.

Heimatverein Marienwerder. B. D. O. 1. Vors. Helmuth Dickhoff, SO 16, Neanderstr. 10. Die Kinderbescherung ist auf den zweiten Feiertag, nachm. 5 Uhr, festgesetzt. Außer Weihnachtsspielen der Kinder, Vortrag über Weihnacht in der Heimat von Dir. Müller, Steglitz, danach Tanzkränzchen. Die Mitglieder werden gebeten, recht viel Gäste mitzubringen. — Zum neuen Jahr bittet der Kassenwart die Mitglieder, ihre fehlenden Beiträge am Weihnachtsfest zu erledigen. Das neue Jahr soll mit geordneten Büchern bei uns anfangen. Nächste Versammlung Montag, 8. 1., in Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Rheinisch-Westfälischer Haupt-Verband

Führer: August Bochnke, Hagen, Emster Str. 72 (Tel. Hagen Nr. 25 097).

Aachen, Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Ortsgruppenführer E. Biernath, Hüllnerstr. Die Weihnachtsfeier des Vereins findet am Sonnabend, 23. 12., abends 7½ Uhr pünktlich, im Restaurant Schröder, Adalbertsteinweg 128, statt. An der Kinderbescherung nehmen die Kinder bis zum 14. Lebensjahre teil. Die Mitglieder werden herzlich gebeten, die Weihnachtsverlosung wie in den Vorjahren mit kleinen Aufmerksamkeiten zu unterstützen. Die kleinste Gabe ist willkommen. Der Ortsgruppenführer setzt es als selbstverständliche Pflicht voraus, daß jedes Mitglied an der Weihnachtsfeier teilnimmt. Freunde und Bekannte sind uns herzlich willkommen. Am 9. Dezember nahmen wir Abschied von unserm Mitbegründer des Vereins und langjährigen Kassierer Franz Heinrichs, der am 10. 12. nach Süddeutschland übersiedelte. Dem bewährten und immer an erster Stelle stehenden alten Kämpfer für die deutsche Ostmark überreichte die Ortsgruppe bei seinem Abschiedsabend eine Radierung unseres Volkskanzlers und Führers Adolf Hitler. Unserm lieben Ldsm. Heinrichs und seiner Tochter, der jungen Frau Jenny Beichle, die uns viele Jahre die Vereinsabende durch ihre Gesangskunst verschönerte, nochmals an dieser Stelle ein herzliches Lebewohl und auf Wiedersehen!

Bochum 1, Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Am 3. 12. hielt der Verein in seinem Vereinsheim „Bürgergesellschaft", Luisenstr., eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Eingangs gedachte der 1. Vors. der im Monat November verstorbenen Landsleute Ambrassat und Malzahn, deren Andenken durch Erheben von den Sitzen geehrt wurde. Die Vereinskapelle spielte anschließend das Lied vom guten Kameraden. Die Generalversammlung findet am 14. 1. um 16 Uhr, im Vereinsheim statt. Die Einladung wird ersparnishalber nicht, wie im § 6 unserer Satzung vorgesehen, durch Einladungskarte erfolgen, sondern diese Mitteilung dient als Einladung. Da sämtliche Mitglieder die Verbandszeitung erhalten und wichtige Beschlüsse in der Generalversammlung gefaßt werden sollen, so wird ein vollzähliges Erscheinen erwartet. Die Weihnachtsbescherung der Kinder wird am Neujahrstage, um 16 Uhr beginnend, im Vereinsheim abgehalten. Es haben nur Kinder von Vereinsmitgliedern Zutritt.

Bochum, Deutscher Westpreußenbund. Zu Beginn der letzten Monatsversammlung gab unser Führer, Ldsm. Papke, das Ableben der Landsmännin Kaneski bekannt. Die Verstorbene wurde in der üblichen Weise geehrt. Auch hier bewährte sich unsere W. F. K. vorzüglich. Es wurde dann die Weihnachtsfeier auf den 23. Dezember festgelegt. Zu den Schreiben des B. D. O. und des Hauptverbandes stellt sich der Verein hinter den alten Hauptverband. Nächste (Haupt-)Versammlung am 24. 1. 1934.

Bremerhaven-Wesermünde, Heimatverein der Ostpreußen a. d. Unterweser E. V. Führer O. Plogsties, Wesermünde-Lehe, Hafenstr. 25. Der letzte Heimatabend stand im Zeichen des Advents. Der Führer führte u. a. aus: Weihnachten rückt nun immer näher, alt und jung freut sich darauf, und wir wollen hoffen, daß zu diesem Weihnachtsfest keiner mit leeren Händen dasteht, dank der heutigen nationalen Regierung. Auch wir wollen unserer Jugend und unseren bedürftigen Landsleuten eine Freude bereiten. Aus dem Jahresbericht des Vereins ging hervor, daß dieser eine segensreiche Tätigkeit entwickelt hatte. Die Aufgabe des Vereins bleibe nach wie vor wahre Volksgemeinschaft zu fördern und zu verwirklichen. Nur durch Zusammenschluß aller Kräfte ist es möglich, das nationale Ziel zu erreichen, die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete und die Vereinigung unserer Heimat mit dem Mutterlande. Für das Winterhilfswerk hat der Verein den Betrag von 50 RM. überwiesen. Nächster Heimatabend findet mit Königsberger-Klops-Essen am 3. 1. statt. Unser Winterfest findet als „Bunter Abend" am Sonnabend, 13. 2., in unserem Vereinslokal statt. Für Abwechslung wird bestens gesorgt. Alle Landsleute werden mit Freunden und Bekannten schon jetzt dazu eingeladen. Landsleute! Zahlt restlos eure Beiträge. Werbt für neue Mitglieder und besucht regelmäßig die Vereinsabende, deren Besuch Pflicht eines jeden Mitgliedes ist.

Dortmund (B. D. O.), Ostpreußenverein. Vereinsführer Karl Kielmann. Unser ostdeutscher Abend am Sonntag, 3. 12., stand im Dienste der Winterhilfe. Er nahm einen guten Verlauf. Wir konnten den schönen Betrag von 75 RM. an die Winterhelfe abführen. Gute Musikstücke des Orchesters des Eisenwerks Union leiteten den Abend ein. Drei frische Mädel sprachen einen Prolog, dem die Ansprachen des Vereinsführers Kielmann, des zweiten Vorsitzenden des Hauptverbandes Joswig über die Bedeutung des großen Winterhilfswerks folgten. Die Frauengruppe erfreute dann mit den Liedern „Mein Vaterland" und „Deutsches Lied". Ein ernstes Schauspiel „Flammenglut im deutschen Herzen", und ein später folgendes kleines Lustspiel wurden von Mitgliedern mit großer Hingabe gespielt. Ein Beisammensein mit deutschem Tanz hielt die Teilnehmer noch lange beisammen. Unser Weihnachtsfest findet am zweiten Weihnachtstag, um 16 Uhr, statt, und zwar im Vereinslokal. Ferner machen wir bekannt, daß unser lieber Landsmann Bingus gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Dortmund, Westpr. Verein Dortmund. 1. Vereinsführer: Popck, Oesterholzstr. 44. Am Sonntag, 12. 10., feierte die Frauengruppe im Vereinslokale „Uhlandshof" ihr erstes Gründungsfest. Flotte Märsche, ausgeführt von der Kapelle des Brudervereins Dorstfeld, eröffnete die Feier, worauf Frau Popck die erschienenen Mitglieder und Gäste aufs freundlichste begrüßte. Gedichte und Zwiegespräche leiteten über zu der Festrede des Vereinsführers Popck, der als besondere Ehrengabe ein vom Vereinsvorstand gestiftetes Tischbanner überreichte. Mit dem Treuegelöbnis und dreifachem Sieg Heil auf unseren Volksführer und Reichspräsidenten endete die Festrede, worauf Volkslieder gesungen wurden. Deutsche Tänze, die Versteigerung einer gespendeten Torte und der so beliebte „Grabbelsack" sorgten für Gemütlichkeit. Die Weihnachtsfeier findet am 26. 12., ab 3 Uhr, im Vereinslokale statt.

Essen-Altenessen I (B. D. O.), Ostpr. ev. Arbeiterverein. Führer Richard Kolitka, Altenessen, Hegerkamp 4. In der Monatsversammlung am 10. 12. berichtete der Führer über die Eingänge vom Bund Deutscher Osten und vom Hauptverband. Unser Weihnachtsfest mit Bescherung findet am Sonntag, 17. 12., nachmittags 5 Uhr, statt. Zum Stellv. Führer wurde Ldsm. August Grunwald ernannt. Am 14. 1. hält der Verein seine Jahresversammlung ab.

Essen-Rüdenhorst. (B. D. O.) Ortsgruppenleiter Karl Schulz, Walter-Wex-Str. 51. Am Sonntag, 3. 12., fand im Vereinslokal R. H. Becker die übliche Monatsversammlung statt. Die Rundschreiben vom Bund Deutscher Osten, von Böhnke und Quade wurden zur Kenntnis gegeben und erregten den Unwillen der Mitglieder. Als Amtswalter für die schriftlichen Arbeiten wurde Ldsm. Meingräber seines Amtes enthoben und Ldsm. Walter Beuning dazu bestimmt. Für den Weihnachtseinkauf wurde eine Kommission eingesetzt, die bei größter Sparsamkeit trotzdem die Mitglieder zufriedenstellen soll. Die Mitgliedskarten vom Bund Deutscher Osten wurden verteilt. Im Falle des Austritts aus der Ortsgruppe sind sie mit Austrittserklärung wieder zurückzugeben. Ab 1. Januar sind die Versamm-

lungen auf Sonntag, nachm. 5 Uhr, verlegt. Wir kämpfen für unsere Heimat und haben darum die Pflicht, uns jederzeit stets zu ihr zu bekennen. Frei muß der Korridor werden und soll müssen auch unsere deutschen Brüder und Schwestern werden, die unter der polnischen Herrschaft seufzen! Zur Monatsversammlung unserer Frauengruppe waren alle Frauen erschienen. Unter unserer Führerin Frau Schulz begingen wir eine Nikolausfeier, die für uns zur Ueberraschung und zum Erlebnis wurde. Unsere nächste Versammlung ist am 3. 1., 4 Uhr nachm.

Günnigfeld u. U., Allgemeiner Ostpr. Verein. 1. Vereinsführer R. Kudschler, Zur Offenkuhle Nr. 1. Am 18. 12. feierten die Eheleute und Landsleute Joh. Henning das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubelbräutigam ist geboren am 11. 4. 1866 zu Gebrannten, Kr. Johannisburg, seine Ehefrau Marie Henning am 17. 3. 1863 in Longwitz, Kr. Lyck. Der Ehe sind 13 Kinder entsprossen, 6 sind am Leben. Am Jubeltage brachten 5 Kinder, 18 Enkelkinder und ein Urenkel die Glückwünsche entgegen. Im Jahre 1894 siedelte das Ehepaar nach Westfalen über, und zwar nach Wattenscheid. Auf der hiesigen Zeche Centrum fand der Ehemann Beschäftigung als Bergmann. Im Jahre 1898 zog das Ehepaar nach Günnigfeld, und als Bergmann fand der Jubilar weiter Beschäftigung auf der Kruppschen Zeche „Hannover 3/4", wo er sich nach einer vierzigjährigen Bergmannsarbeit im Jahre 1926 in den langersehnten Ruhestand setzte. Seit 1920 gehört der Jubilar dem „Allgemeinen Ostpr.-Verein von Günnigfeld u. U." an. Als langjähriges Mitglied hat er mit großem Interesse den Kampf ums Dasein in unserer Bewegung verfolgt und hat sich nach seinem Können für Heimat und Vaterland eingesetzt. Auch wir entbieten unsere Glückwünsche.

Mengede u. U. „(B. D. O.), Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Der Ortsgruppenführer wünscht allen Landsleuten und treuen Mitarbeitern ein recht fröhliches Weihnachtsfest und ein gesundes, freudenreiches, neues Jahr. Mögen sich im neuen Jahre die Hoffnungen und Wünsche eines jeden erfüllen. Möge aber auch das neue Jahr uns unserm Ziele — Wiedervereinigung unserer lieben Heimat mit dem Mutterlande — näher bringen, damit „bald kommt der Tag, da wird gespannt ein einig Dach — ob allem deutschen Land". — Unsere Jahreshauptversammlung findet bestimmt am 7. 1., 20 Uhr, im Vereinslokal statt. Erscheinen ist Pflicht.

Mülheim-Ruhr „Altpreußen-Verein. Die nationale Erhebung Deutschlands hat es mit sich gebracht, daß auch in unserer Ortsgruppe ein noch viel lebhafterer Geist Einzug gehalten hat. So hatte auch die Mitgliederversammlung am 12. 11. einen überaus zahlreichen Besuch aufzuweisen. Vereinsführer Langhans begrüßte die Erschienenen auf das herzlichste. Ein Bericht über das Erntedankfest wurde mit Befriedigung aufgenommen. Wie in den vorigen Jahren, soll auch in diesem Jahre eine Weihnachtsfeier im Evg. Gesellenhaus stattfinden. Der Ehrenvorsitzende, Simon, überreichte den Landsleuten Braun, Wengel und Vatter die silberne Ehrennadel. Zur Neuaufnahme meldeten sich drei Landsleute, die vom Führer Langhans herzlich begrüßt wurden. Er führte dabei aus: Volkskanzler Adolf Hitler hat das deutsche Volk aufgerufen, um zu entscheiden, ob es den Weg der Reichsregierung für Ehre, Frieden und Gleichberechtigung mitgehen will. Wir Ostdeutschen konnten es mit einem freudigen „Ja", beantworten, zumal wir das Unrecht des Versailler Diktats am meisten zu spüren bekommen haben.

Münster i. W. (B. D. O.), Heimattreue Ostmärker. Die Ortsgruppe hielt am Dienstag in ihrem Vereinslokal „Alt-Münster„ Rosenstraße, eine gut besuchte Monatsversammlung ab, die der stellvertretende Verwaltungsgerichtsdirektor von Gizycki, leitete. Die Ortsgruppe stiftete für die Winterhilfe einen namhaften Betrag. — Die Damen treffen sich am Dienstag, 12. 12., nachmittags 4 Uhr, im evangelischen Gemeindehaus, Friedrichstraße. Der Sonderzug fährt am 22. 12. nach und am 7. 1. von Insterburg. Die Anmeldungen müssen spätestens 14 Tage vorher bei Dr. Scheele, Friedenstraße 7, getätigt sein.

Moers u. U. (B. D. O.), Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Am 5. 12. hielt der Verein seine Mitgliederversammlung ab. Nach Bekanntgabe der vorgeschriebenen Rundschreiben stellte sich die Versammlung hinter den in Dortmund am 1. 10. gefaßten Beschluß. Es wurde allgemein bedauert, daß es heute noch möglich ist, zweierlei Richtungen aufzuziehen, bzw. zu vertreten, die nur der Aufbauarbeit erheblichen Schaden zufügen. Die einmal am 5. 7. von seiten des Rhein.-Westf. Hauptverbandes gegebene Stellungnahme mußte unbedingt maßgebend sein. Oder man mußte vor dem 5. 7. die Vereine befragen und erst nach deren Stellungnahme die Zusage machen. — Die Ortsgruppe Moers veranstaltet am kommenden Silvestertage, 6 Uhr nachmittags, im Saale Kampmann, Moers, Hochstraße, eine Familienfeier mit verschiedenen Ueberraschungen, deren Reinertrag der Winterhilfe überwiesen werden soll. Die Teilnahme aller Mitglieder ist Ehrenpflicht. Gäste sind herzlich willkommen.

Neumünster, Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Der Verein hielt bei Harms seine Monatsversammlung ab. Zu der Begrüßung gedachte der Führer, Gurn, der einzig dastehenden Volksabstimmung am 12. 11., die den Willen des Führers vor aller Welt gerechtfertigt hat. Da der Verein die Teilnahme seiner Mitglieder an den politischen Organisationen in keiner Weise behindern möchte, ist die Monatssitzung in Zukunft auf den ersten Freitag im Monat verlegt worden. Am 23. 1. findet im Tivoli ein großaufgezogener Heimatabend statt unter dem Motto „Das ganze Deutschland soll es sein". Aus Anlaß des Stiftungsfestes erhielten 20 Mitglieder für zehnjährige treue Gefolgschaft im Dienste für Vaterland und Heimat das entsprechende Ehrenzeichen überreicht.

Neuß a. Rh., B. D. O., Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Am Samstag, 2. 12., tagten im Vereinslokale Peppekus die Heimattreuen. Nach den Begrüßungsworten des Ortsgruppenleiters Babich wurde vor allem auf die große Ostpreußenkundgebung am 10. 12., 4 Uhr, im Kleinen Haus zu Düsseldorf aufmerksam gemacht. Das Weihnachtsfest findet am 30. 12., 4 Uhr, bei Peppekus statt.

Osnabrück, Heimatbund der Ost- und Westpreußen e. V. Vereinsleiter Dr. Wientsch, Wittekindplatz 8. Unsere Frauenschaft vereinigte die Mitglieder mit ihren Frauen und Kindern zu einer Adventsfeier im Vereinslokal Niedersächsischer Hof. Unter Leitung von Frau Dietrich, der Vorsitzenden, wurden kleine Theaterstücke, Gesangsvorträge usw. vorgetragen, die allenthalben großen Beifall fanden. Zum Schluß kam Nikolaus und überraschte die Kinder mit netten kleinen Geschenken. Im Anschluß fand die Monatsversammlung statt. Der Vereinsleiter sprach Frau Dietrich und allen Frauen, die mitgeholfen haben, seinen besten Dank aus für die Liebe und Arbeit. Nachdem am 12. November sich das deutsche Volk einstimmig hinter seinen Führer gestellt hat, soll der Adventsgeist immer mehr und mehr in das deutsche Volk, in die deutsche Familie hineingetragen werden. Der Führer erinnerte an unsere Weihnachtsfeier am zweiten Feiertag auf dem Klushügel. Er hoffe und wünsche, daß sich alle mit ihren Kindern beteiligen werden. Unsere Kassenverhältnisse gestatten es, von einer Sammlung abzusehen. Alle Unkosten werden aus der Kasse bestritten. Weiter machte der Vereinsleiter bekannt, daß der Verein der Sudetendeutschen den Verein zu der am Sonntag stattfindenden Fahnenweihe geladen hat und bat um rege Beteiligung.

Köhlinghausen, B. D. O., Zelle 4 (Vereinigung heimattreuer Ost- und Westpreußischer Landsleute). Bericht der Monatsversammlung vom 26. 11. Der Vereinsführer Babt gedachte nach dem Gruß „Ost heil!" am heutigen Totensonntag derjenigen Kameraden, die im großen Weltkrieg und in der nationalen Erhebung ihr Leben für uns dahingegeben haben, sowie derjenigen Vereinskameraden, die heute auf dem Gottesacker ruhen. Zu Ehren der Toten erhebt sich die Versammlung und singt stehend die 1. Strophe des Liedes: „Ich hatt' einen Kameraden." Der geschäftsmäßige Gang der Tagesordnung brachte u. a. auch die Weihnachtsfeier zur Sprache, die am 1. Weihnachtstag, nachm. 4 Uhr, im Lokal: Schädde stattfindet. (Frauen- und Kinderbescherung, Ansprachen, weihnachtliche Theateraufführungen unter Leitung des 1. Kassierers Lbsm. Ernst Ruppin usw.) Wegen der noch ungeklärten Lage zwischen B. D. O. und dem Rheinisch-Westfälischen Hauptverband liegen von beiden Seiten Rundschreiben vor, die sich widersprechen. Auf Vorschlag des Lbsm. Brandstätter wird beschlossen, keine Verbandsgelder abzuführen, auch an die W. F. K. nicht, bis die Sachlage eingehend von oben geklärt ist. Die nächste Versammlung findet des Weihnachtsfestes wegen schon am 2. Sonntag im Dezember, dem 17., und aus besonderen Gründen schon vorm. um 10 Uhr im Vereinslokale Kreter statt. — Am 1. 12. fand im Lokale Schädde die Uebergabefeier des ostpr. Ostpreußischen Arbeitervereins statt. Landesbundesführer Preis-Oberhausen und Gemeinschaftsführer Brandstätter waren anwesend. Nach einigen Erklärungen wurde die Verschmelzung zwischen den beiden Vereinen vollzogen. Utensilien, Bücher und Vermögen wurden an den heimattreuen Verein übergeben. Der Verein führt von nun an die Bezeichnung „Bund Deutscher Osten", Zelle 4. Zum Führer wurde Lbsm. Albert Bahr bestimmt. — Das langjährige Vereinsmitglied Ludwig Gonsorek, geb. am 20. 2. 85 zu Gauken (Kr. Johannisburg) beging am 21. 1. 23 mit seiner Ehefrau Julia geb. Ullis, geb. am 28. 11. 85 zu Gauken, die diamantene Hochzeit. Das noch rüstige Ehepaar wurde am 31. 11. 73 getraut. Bis zum 40. Lebensjahr betätigte sich der Jubilar in der Landwirtschaft des Ostens, 1898 siedelte er dann nach Köhlinghausen über, wo er dann 30 Jahre lang bis zu seinem 74. Lebensjahre als Bergmann in Arbeit stand. 9 Kinder entstammen der Ehe. Heute leben noch 2 Söhne (Militärpfleger des Weltkrieges) und 3 Töchter. Seit Gründung unseres Vereins gehört der Jubilar als aktives Mitglied diesem an. Ein namhaftes Geldgeschenk und viele fromme Glückwünsche wurden im Namen des Vereins dem Jubelpaare überbracht. — Lbsm. Christian Marohn, geb. am 30. 5. 67 zu Banten (Kr. Marienwerder) und seine Ehefrau Berta geb. Klinger, geb. am 1. 12. 68 ebenfalls zu Banten, begingen am 13. 12. das Fest der goldenen Hochzeit. 7 von den 10 geborenen Kindern sind heute noch am Leben und gratu-



lierten mit 11 Enkelkindern dem so hochbetagten Jubelpaare. Lbsm. M. war in der westlichen Industrie seit 1900 tätig, davon 25 Jahre bei Krupp in Essen. Seit dem 1. 7. 26 gehört er dem Verein als aktives Mitglied an. Auch diesem Jubelpaar wurde ein Geldgeschenk und herzliche Glückwünsche im Namen des Vereins durch den Vorstand überreicht.

Sinzum (B. D. O.), Altpreußenverein. Am 19. 11. hielt die Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab. Der Vereinsführer G. Wuldt wies auf die Pflicht hin, doch alle Versammlungen und Veranstaltungen zu besuchen. Von jetzt ab werden die Unterführer die Beiträge einziehen und die Anordnungen des Vereinsführers übermitteln. Am zweiten Weihnachtstag, nachm. 4 Uhr, veranstalten wir im Vereinslokal eine Weihnachtsfeier mit der üblichen Kinderbescherung. Die Damen der Ortsgruppe werden gebeten, einige kleine Handarbeiten zur Verlosung am zweiten Weihnachtstag zu stiften. Von einer Silvesterfeier soll in diesem Jahre Abstand genommen werden. Landesführer Trieß und der Parteileiter Wagner von Sinzum nahmen mit Befriedigung Kenntnis, daß die Ortsgruppe Sinzum einig und geschlossen in den B. D. O. übergetreten ist und auch treu zum Bunde halten werde. Der Landesführer dankte Lbsm. Wuldt für die freundliche Mitteilung und übermittelte gleichzeitig die herzlichsten Grüße vom Bundesführer Dr. Fr. Lüdtke. Er mahnte zur festen Geschlossenheit und tatkräftigen Mitarbeit. Dann schilderte er anschaulich die malerischen Schönheiten des deutschen Ostens und schloß mit einem dreifachen „Sieg-Heil" auf unsern Führer und Volkskanzler Adolf Hitler und die geliebte treue Heimat. Anschließend richtete noch der Parteileiter Wagner einige herzliche Worte an die Anwesenden. Lbsm. G. Wuldt dankte beiden Rednern für die herzlichen Worte und lud sie auch recht herzlich zu dem anschließenden „ostpreußischen Fleckessen" ein. Bei schönem Kongert, das von unserm lieben Kapellmeister Banscheidt geleitet wurde, blieben die Landsleute noch einige gemütliche Stunden beisammen.

Wanne-E. (B. D. O.), Zelle 1 (Verein heimatte. Ost- u. Westpr. mit ostpr. engl. Arbeiterverein). Führer Lbsm. Broska eröffnete in Anwesenheit des Ortsgemeinschaftsführers Lbsm. Brandstätter am Sonntag unsere Monatsversammlung mit einem dreifachen „Sieg-Heil" auf unsern Volkskanzler Adolf Hitler. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen unsern verstorbenen Lbsm. Purwien. Die Bekanntmachung der Weihnachtsbescherung, welche am 2. d. Mts., 3 Uhr, im Stadtgartenlokal stattfindet, löste Freude bei allen Mitgliedern aus. Dann sprach der Ortsgemeinschaftsführer Brandstätter über unser Verhältnis zu dem B. D. O. Nach einem Rundschreiben des Bundesführers Dr. Lüdtke sollen demnächst alle Organisationsfragen eine grundsätzliche Klärung erfahren. Zum Schluß der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß am 14. d. Mts., (20 Uhr) ein Ostdeutscher Abend im Stadtgartensaal stattfindet. Pg. Schriftleiter Richard W. Tries, Landesführer von Rheinland-Westf. im B. D. O. spricht über: „Der Osten im Dritten Reich und seine Bedeutung für die Weltmark". Pg. Dr. G. Geißler-Werbewerber über: „Der Osten einst und jetzt".

Wetter (Ruhr), Verein ehem. Ost- und Westpreußen. 1. Vors.: Albert Marschall sen., Baumhof 13. — Die Monatsversammlung am 5. 11. war durch die Kundgebung der Arbeitsfront in Dortmund nur mäßig besucht. In Erledigung der kurzen Tagesordnung wurden die Rundschreiben vom B.D.O. und dem Rheinisch-Westf. Hauptverband zur Kenntnis gebracht und einige Anfragen erledigt. Der Vorsitzende gab dann einen Ueberblick über unsere Heimatbewegung und betonte ganz besonders, daß unser Ziel und Streben stets der Befreiung der durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen gewesen ist. Unter der Führung unseres Volkskanzlers Adolf Hitler können wir somit auch offen das Bekenntnis ablegen, daß wir gewillt sind, auch unser Letztes für die Heimat hinzugeben, und darum gibt es für jeden Deutschen und jeden Landsmann am 12. November nichts anderes als ein Ja! Dieses offene Bekenntnis zum Führer wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Mit dreifachem „Sieg-Heil" auf unser Vaterland und unseren Volkskanzler Adolf Hitler wurde die Versammlung geschlossen.

Witten, Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Die Versammlung am 23. 11. wurde vom Führer Born mit dem Gruß „Heil Hitler" eröffnet. Landsl. vom Verein Wetter mit dem Führer Marschall nahmen an der Tagung teil. Zu Ehren des verstorbenen Ldsm. Wilh. Lange erhoben sich die Landsl. von den Sitzen. An den drei Kundgebungen zur Reichstagswahl beteiligte sich der Verein mit der Fahne. Ldsm. Born stellte fest, daß alle anwesenden Ldsl. ihrer Wahlpflicht vor der Versammlung genügt hatten. Ldsm. Klawitter bestellte Grüße vom Ehrenmitglied Ldsm. Maruhn, Elbing. Die Versammlung gab ihrer Freude Ausdruck, daß Ldsm. Maruhn beim Absturz und der Zertrümmerung des „roten Flugzeuges Elbing" unversehrt blieb. Das von Ldsm. Klawitter verfaßte Gedicht „Die wilde Jagd", eine Heimatsage, von ihm selbst vorgetragen, wurde mit Beifall aufgenommen. Der Führer Born berichtete in der Versammlung am 3. 12., daß unser Verein nach Ueberwindung einiger Widerstände nunmehr sein Weihnachtsfest mit Kinderbescherung in althergebrachter Weise am 26. 12., ab 16 Uhr, feiern darf. Ldsm. Klawitter berichtete über den scheußlichen Mord, den unverantwortliche Elemente in Graudenz an deutschen Ldsl. verübten. Mit tiefem Mitgefühl nahmen die Landsl. diese Mitteilung stehend zur Kenntnis. Mit einem Nachruf an die um ihr Deutschtum gefallenen Brüder und dem Gelübde „Treue der Heimat immerdar" schloß er seine Ausführungen. — Jahreshauptversammlung am 14. Januar 1934.

Wülfrath, Ost- und Westpreußen-Verein. In unserer Monatsversammlung vom 2. 12. hatten wir uns wieder mit verschiedenen Rundschreiben zu befassen. Es ist bedauerlich, daß wir uns noch immer nicht im klaren sind, wo wir hingehören. Ein Rundschreiben vom Generalvertreter Grigoleit für ostpr. Erzeugnisse wurde in der Versammlung mit großem Interesse aufgenommen. Neue Mitgliedskarten haben wir erhalten. Ein großes Rüsten zur Kinderbescherung am ersten Feiertag, nachm. 4 Uhr, ist im Gange. Alle Verwandten und Bekannten sind mitzubringen. Neue Abzeichen sollen sich die Ortsgruppen anschaffen. Vereinsleiter Guß erinnerte an die Zahlung der Beiträge, da der Kassierer bis zum 25. jeden Monats abgerechnet haben muß.

Provinzialverband Brandenburg

Stadtverwaltungsdirektor August Wallersdorf, Rathenow, Klaus-von-Bredow-Str. 2.

Potsdam, heimattreue Ostpreußen. Die Ortsgruppe hat durch den Tod zwei treue und liebe Mitglieder verloren. Am 2. Oktober d. J. starb unser Ehrenmitglied Otto Fritsch im 73. Lebensjahre. Als Mitbegründer des Vereins und unermüdlicher Kämpfer für den Heimatgedanken war er sehr vielen Landsl. in der ganzen Mark persönlich bekannt und seines geraden Wesens wegen geschätzt. Als echter Sohn seiner Heimat war Otto Fritsch bis zum letzten Atemzuge in Treue fest zum Verein und vorbildlich in seiner starken Liebe zur Heimat. Wenige Wochen später folgte ihm der Kgl. Revierförster a. D. Wilhelm Petznick. Mit Hingebung und Treue diente Ldsm. Petznick seinem kaiserlichen Herrn als Forstmann in Rominten. In seiner ruhigen Art hielt er dem Verein Treue bis zum Tode. Der Ortsgruppenführer, Herr Ministerialrat Dr. Siegert, gedachte in der Novemberversammlung in ehrender Weise der Verdienste beider Verstorbenen.

Landesverband Mitteldeutschland

2. Vorsitzender (Kasse): E. Diesing, Dessau, Karlstr. 15; 3. Vorsitzender (Presse, Propaganda, Protokoll): Willy Hollstein, Jena, Hügelstr. 6.

Dessau, Ortsgruppe heimattreuer Ost- und Westpreußen. Am 17. 11. hielt die hiesige Ortsgruppe im „Schwarzen Adler" ihre Monatsversammlung ab, die einen sehr guten Besuch aufwies. Nachdem der Ortsgruppenführer E. Diesing die anwesenden Mitglieder und Gäste begrüßt hatte, verbreitete er sich in längeren Ausführungen über die am 12. 11. stattgefundene Wahl, die einen geradezu glänzenden Verlauf genommen und ein Ergebnis gezeitigt hat, auf das jeder Deutsche stolz sein kann. Ferner dankte der Führer noch allen Mitgliedern für die Teilnahme an den Umzügen am 7. und 9. 11., die bestimmt auch zum guten Gelingen der Wahl beigetragen haben. In ein von dem Führer ausgebrachtes dreifaches „Sieg-Heil" auf den Reichspräsidenten und den Volkskanzler Adolf Hitler stimmten die Anwesenden freudig ein. Im weiteren Verlaufe des Abends wies der Führer mit warmen Worten auf die am 1. 12. in Berlin beginnende und bis zum 10. 1. 1934 dauernde Ausstellung hin, die den gesamten deutschen Osten umfassen soll und außerordentlich interessant zu werden verspricht. Der Führer der Landesgruppe beabsichtigt, Sonderzüge nach Berlin während der Zeit der Ausstellung fahren zu lassen, die es jedem Mitgliede des Bundes ermöglichen sollen, diese einzigartige Ausstellung zu besuchen. Meldungen hierzu erbittet er schon jetzt. Einen breiten Raum nahm die am 1. 1. 1934 zu veranstaltende Weihnachtsfeier ein. Hierbei bat der Führer herzlich und dringend, die Bernstein-Industrie unserer Heimat in ihrem wirtschaftlichen Kampfe zu unterstützen und Weihnachten nur Schmuck aus Germanengold zu schenken. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten hierdurch Arbeit und Brot. Nach der Aufnahme und Verpflichtung einer Reihe neuer Mitglieder und nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge sowie des umfangreichen Rundschreibens Nr. 5 des Landesgruppenführers schloß der Führer die Versammlung.

Dresden (B.D.O.), Ost- und Westpreußen. 5. 1., 20 Uhr: Weihnachtsfeier im Belvedere, Brühlsche Terrasse (Weißer Saal). Alle Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen. 12. 1., 16 Uhr: Damenkaffee im Hotel Hoeritzsch, Bismarckstraße 14. — Am 9. 12. feierten wir unsere Adventsfeier im Hotel Hoeritzsch in der üblichen, schönen ostpreußischen Weise. Die Landsleute Fräulein Tewa, Fräulein Kownatzki und Herr Treptau sowie Herr Bürger erfreuten durch weihnachtliche Vorträge und Klavier- und Geigenspiel. Die Anwesenden lauschten andächtig den schönen Weihnachtsgeschichten von Findeisen und Lagerlöf und den altvertrauten Weisen. Herr Jaeger wies in seiner Ansprache darauf hin, daß er bereits bei der vorigen Adventsfeier die Adventszeit als die Zeit der Hoffnung auf Erlösung gekennzeichnet habe — auch damals den Wunsch und die Hoffnung auf Erlösung im politischen Sinne ausgesprochen habe, die inzwischen in so schöner Weise in Erfüllung gegangen ist.

Südwestdeutscher Landesverband

Geschäftsführer: Barth, Karlsruhe (B.), Körnerstr. 14 III; 1. Vorsitzender: Reinhold Kasteck, Karlsruhe, Marie-Alexander-Str. 8. — Ehrenmitglied: Oberregierungsrat Paul Hoffmann, Berlin.

Zum „ersten Jahreswechsel" im „Neuen Deutschland" wünschen wir unseren Mitgliedern „Viel Glück" im neuen Jahre.

Kasteck Barth.

Gauverband Niederelbe

Kommissarischer Leiter Carl Schwenckner(?), Hbg. 22, Schleidenplatz 3 II.

Harburg-Wilhelmsburg, Verein der Altpreußen v. 1905 geb. Ost- und Westpreußen. Die Mitgliederversammlung vom 25. 11. im Vereinslokal „Bremer Schlüssel" wurde vom Führer Ldsm. Funk eröffnet. Neu aufgenommen wurden zwei Landsleute. Erhebend war das einmütige Bekenntnis aller Volksgenossen zu unserem Volkskanzler am 12. 11. — Unsere Weihnachtsfeier findet am zweiten Weihnachtstag im Vereinslokal statt.

Provinzialb. Schleswig-Holstein, Sitz Kiel

Vorsitzender: Hermann Waddin, Kiel, Knooperweg Nr. 148 III. — Ehrenmitglied: Oberregierungsrat Paul Hoffmann, Berlin.

Lübeck (B.D.O.), Ortsgr. der heimattr. Ost- und Westpreußen. Die Versammlungen der letzten Monate beschäftigten sich vorwiegend mit der Gleichschaltung und Umwandlung zum Bund Deutscher Osten. Der Vors. Weller machte die Mitglieder mit den Rundschreiben des Bundes bekannt. Einstimmigkeit besteht darüber, daß man auch fernerhin zur alten Heimat und der neuen Führung halten wolle. Drei Landsleute, Oberregierungsrat Richtherr(?), Sokolowski und Kragull jun., wurden in den Verein aufgenommen. Das diesjährige Weihnachtsfest mit Kinderbescherung findet am 28. 12. im Vereinslokal Hotel zu den Drei Ringen, Hansastr., statt. Erwartet wird, daß sich alle Mitglieder mit ihren Angehörigen und Bekannten einfinden werden. An Abwechslung und Unterhaltung wird es nicht fehlen. Sieg-Heil!

Reichsbund der Danziger, Sitz Berlin

Verein der Danziger, Ortsgruppe Berlin im B.D.O. In der ersten Mitgliederversammlung am 7. November gab der Vereinsführer Ldsm. Gustav Krebs den Dank an die Landsleute Ausdruck, welche bis dahin im gesamten Vorstand des bisherigen Vereins für das Deutschtum in Danzig gewirkt haben. Daran schloß er die Bestellung folgender Amtswalter: Ldsm. Kanthack als Stellvertreter des Vereinsführers, Ldsm. Haeske als Kassenwart, Ldsm. Dr. Ing. Cuny als Pressewart, Ldsm. Tannenberg als Bücherwart, Ldsm. Bahl als Propagandawart, Ldsm. Schulz, Walter als Zeugwart, Ldsm. Eiffler als Bannerträger, Ldsm. Bepler, Hellwig, Wichmann und Wiede als Bannerjunker, Frau Rießling als Wohlfahrtspflegerin. Er gedachte darauf mit anerkennenden Worten des bisherigen 1. Vorsitzenden Dr. Ruckner. Seinem Vorschlage entsprechend wurde Ldsm. Roeckner in Anbetracht seiner Verdienste um den Verein einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. In dem die Danziger und die außenpolitischen Vorgänge erläuternden Heimatbericht wies Pressewart Dr. Cuny auf die kraftvolle und erfolgreiche Tätigkeit der nationalsozialistischen Danziger Regierung hin. Mit dem Treuebekenntnis Danzigs zum Deutschen Reich in seinem Kampfe um Gleichberechtigung und Frieden in Ehren ist es auch Ehrenpflicht jedes Mitgliedes, rückhaltloses Vertrauen und Gefolgschaftstreue dem obersten Führer zu bekunden. Nach dem Abschluß des offiziellen Teils lauschte die Versammlung mit gespanntester Aufmerksamkeit dem Vortrage Max Ball's über „Danzigs stille Winkel und Gassen". Einleitend gab er einen Rückblick auf die glückliche Kindheit, aus den 1880er Jahren, seiner von goldener Lebenssonne durchstrahlten Jugend. In einer Reihe liebevoll geschauter, ernster und heiterer Bilder ließ er die Stätten um St. Brigitten, St. Katharinen, St. Elisabeth, Nonnenhof, Jakobstor und Langbrücke vor dem geistigen Auge erstehen. Das weltabgewandte Eigenleben rings um die hochragenden Kirchen zog damals alle Umwohner wie eine große Familie in ihren gegen das Großstadttreiben abgeschlossenen Kreis. Unvergleichlich malerisch der Blick auf die turmreiche Stadt von dem Umgange auf dem grünen Kranze ihrer Wälle. Von ergreifender Wirkung war die Wiedergabe der Glockenklänge von St. Katharinen und vom Rathausturm. In wohlbekannten Choralmelodien untermalten sie die Schilderungen an passenden Stellen. Selbst das melancholische Pfeifen des städtischen Nachtwächters konnte man hören. Dem Dank der Zuhörer gab der Vereinsführer bewegten Ausdruck.

Einzelvereine

Frankfurt a. M., B.D.O., Ortsgruppe Frankfurt a. M., Abt. Ost- und Westpreußen. Führer: Fritz Schröder, Hubertstr. 11. Am 30. 11. fand bei Ldsm. Konditoreibesitzer Hans Bader, Bergerstraße 185/87, eine von 78 Mitgliedern besuchte Monatsversammlung statt. Bader verabreichte Kostproben von Königsberger Marzipan und Weihnachtsgebäck. Nach Begrüßung der Landsleute, des Landes- und Ortsgruppenführers durch Schröder ehrte die Versammlung das im Oktober verstorbene Ehrenmitglied Heinrich Lutkat durch Erheben von ihren Sitzen. — In humorvollen und zu Herzen gehenden Worten verabschiedete dann der Führer den am 1. Dezember als Führer der Meldestelle des Reichsarbeitsdienstes nach Ulm berufenen langjährigen 1. Schriftführer und stellvertr. Führer, Herrn Hauptmann a. D. Ulrich Selchow. Er hob besonders hervor, daß die restlose Arbeit des Scheidenden stets Treue zum Vaterland, Treue zur Heimat und Treue zu der Abteilung und ganz besonders echt preußischen Kampfgeist geatmet habe und wünschte ihm guten Erfolg in seiner neuen Tätigkeit. Die vortreffliche Führerin der aufgelösten Frauengruppe, Frau Helene Böhm, überreichte dem Scheidenden mit herzlichen Worten ein prächtiges Blumenarrangement. Beide Ansprachen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Der Landesführer, Herr Herbert Wendt, machte dann längere Ausführungen über den Aufbau des B.D.O. und unterstrich die vortreffliche Arbeit, die die Ost- und Westpreußen ihm bisher geleistet haben. Im Namen der Landesführung überreichte er Herrn Selchow ein Buch über den deutschen Osten. Die Rede des Landesführers, der allen Ost- und Westpreußen ein überaus gern gesehener Gast ist, wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen. Tief ergriffen dankte Herr Selchow und betonte ausdrücklich, daß er sofort in Ulm mit den Ost- und Westpreußen Fühlung nehmen werde.

Redaktionsschluß für die Januar-Nr. spätestens am **9. Januar.** Beiträge, die später eingehen können nicht berücksichtigt werden

Günstige Tilgungsdarlehn

Durch die unter Reichsaufsicht stehende

Vaterländische Spar- u. Wirtschaftsgemeinschaft

Kostenlose Auskunft erteilt
Landsmann Polizeimajor i. R. **MAGUNNA**

Berlin W 35, Am Karlsbad 21
Fernruf B 1 Kurfürst 0848. Rückporto erbeten.

Möbel-Kernien

Inhaber Fritz Rohde

Alle Möbel jetzt sehr preiswert wegen Lagereinschränkung
Schecks und Sparkassenbücher werden in Zahlung genommen

Berlin NO 43, Neue Königstraße 19 b
Telefon: Alexander 4207

Tausche

Berliner Häuser gegen Zinshäuser in **Danzig** oder **Polen.** Polnische Objekte in Ostoberschlesien und Posen bevorzugt. Offerten unter **J. E. 9040 beförd. Rudolf Mosse, Berlin SW 100**

Grundstück, 7 Morgen, Kreis Rössel, Ostpreußen, verkauft
Olschewski, Bln.-Charlottenburg, Gardes du Corpsstr. 16

Schwarzort im Memelgebiet

Besonders schön gelegenes **Grundstück,** Villa mit Park, zur Vermietung an Badegäste geeignet, günstig zu verkaufen.

Adresse zu erfragen Memellandbund, Geschäftsstelle Nowawes, Wilhelmstr. 100

Achtung!

Landsleute unterstützt Landsmann

Otto Lange und Söhne

Gegr. 1909 **Malermeister** Gegr. 1909

Berlin O 112
Frankfurter Allee 76

Ausführung sämtl. Malerarbeiten
unter eigener Mitarbeit

Garantie für unbedingt saubere Arbeit bei billigster Preisberechnung — (Ein Versuch macht klug!) — Referenzen stehen gern zur Verfügung

---

Stellengesuche

Ostpreuße, Königsberger, in gesetztem Alter, **gel. Mechaniker,** auch mit Büroarbeiten gut vertraut, sucht als Bürogehilfe, Bote, Fabrikportier oder ähnliche Stellung. Gute Referenzen. Angebote an die Schriftleitung erbeten.

Wanda Taube — Geigenkünstlerin
Magdalena Taube — Konzertpianistin

Klavier, Violine und Bratschenunterricht
Kammermusik und Korrepetition

Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 30 II
Fernruf: H 7 Wilmersdorf 6864

Daselbst **Hauskonzerte** jeden 1. und 2. Montag im Monat, abends 7,45 Uhr
Unkostenbeitrag 50 Pfg.

---

2. Auflage

Die Sendung der Rohrmosers

Roman von Elisabeth Brönner-Hoepfner

Bei Sammelbestellungen ermäßigter Preis

brosch. RM. 3,50, gebunden RM. 4,50,
Luxusausführung RM. 5,—

Bezug:

1929

Memelland-Verlag — Tel.: Potsdam 7331
Berlin-Nowawes — Lessingstraße 40

Deutsches Heim

für stud. u. berufst. Damen

Berlin W 35,
Genthiner Straße 32

Pensionspr. 75.- bis 115.-

Beste Verpflegung, Ia Referenzen. Es werden auch vorüb. rgeh. Damen u. Ehepaare aufgenom. Zimmer mit Frühstück 2.50 bis 3.50

Ella Andersch (Ostpreuß.)

Glittehner Honig

Verkaufe nur meinen Ostpr. Honig, würzig, volles Aroma, nicht erhitzt u. ungemischt frei durch Nachn.:

	9 Pfd. Inhalt	5 Pfd. Inhalt
Klee- und Lindentracht	RM. 11.45	RM. 7.10
Rübsen- und Löwenzahntracht	RM. 9.60	RM. 6.10

Imkerei Glittehnen bei Bartenstein (Ostpreußen)

Bonner Fahnenfabrik
in BONN am RHEIN
Größt. Fahnenfabrik Deutschlands
Vereinsfahnen
Vereins- und Festabzeichen und aller Vereinsbedarf

Bei Sterbefällen wende man sich vertrauensvoll an

Petermeier's Beerdigungs-Institut

Vertreter: Landsmann Max Zachowius
Mitglied der Ortsgruppe Hermsdorf und Umgegend
Gegründet 1879

Berlin-Hermsdorf, Waldstraße 17,
Ecke Roonstr. | Fernruf: D 7 Hermsdorf 1669

Erd-Bestattung - Feuer-Bestattung

Führe die Bestattungen der Versicherten des Deutschen Herold und Volkswohlbund aus.

Policen werden in Zahlung genommen.

Übernahme sämtlich. Beerdigungs-Angelegenheiten. Bei telefonischem Anruf sofortiger Vertreterbesuch. Überführungen nach allen Orten im In- und Ausland. **Durch eigene Fabrikation und eigenes Fuhrwesen billige Preise!**

Bester ostpreußischer
Bienenhonig
Pfd. 1.10 RM.
Bitte Gefäß mitbringen
F. Strätling, Bochum
Hellweg 54

Feine Herrenkleidung nach Maß
HERMANN SADLOWSKI
BERLIN, Petersburger Straße 77
Fernsprecher: Andreas 8109
Landsleute erhalten 5% Ermäßigung, außerdem Zahlungserleichterungen nach Vereinbarung

A Szaguhn
Dekorationsmaler
BERLIN SO 36
Reichenberger Str. 14
empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher Malerarbeiten
Mitglied des Verbandes der heimattreuen Ost- u. Westpreußen

Waldfrieden bei Insterburg



Moorbäder gegen alle rheumatischen Erkrankungen und Frauenleiden
Sanatorium für sämtl. inneren Krankheiten. Fachärztliche Behandlung
Waldkurort für Ruhe- und Erholungsbedürftige
Alle neuzeitlichen Einrichtungen — Bäder im Hause. Pensionspreis von 3.00 M. an — Vorzügl. Verpflegung. Prospekte kostenlos

Durchreisenden Landsleuten
empfehle meine Pension.
Sauber und preiswert.
8 Min. v. Hauptbahnh.
Elise Mierau
München, Luisenstr. 51
Telefon 51135



Das Heldenbuch der deutschen Ostmark
P. W. v. Marienburg:

„DIE SAKRAMENTSRITTER"
„Atemlose Spannung" (D. httr. Ost- u. Westpreuße) Berlin). „Es soll in ganz Deutschland erklingen" (Nationalzeitung, Essen). „Eine Tat für Christentum und Deutschtum" (Berg. Tgztg. Elberfeld).
Prachtband RM. 10.— mit Goldschnitt RM. 11.— u. 12.—
Durch jede Buchhandlung und Wahlstatt-Verlag Breslau 13. Postscheck-Konto: Breslau 222 56

Gegr. 1720 **„Blutgericht"** Gegr. 1720



Schutzmarke
Weingroßhandlung zu Königsberg in Pr.
Historische Weinstuben im alten Ordensschloß
Rühmlichst bekannte Bezugsquelle preiswerter guter Weine und Rums
Versand nach allen Städten des Reiches
Niederlage für Groß-Berlin: Berlin W 30
Neue Winterfeldtstr. 7, Telefon B 7, Pallas 8706

Ostpr. graue Erbsen Kapuzinererbsen
Postpaket 5 kg RM. 3,60 frei Haus Nachnahme
Max Kalden
Königsberg i. Pr. 1
Kniprodestraße 28

Ia Aufarbeitung
von Möbeln u. Instrumenten
Nur halbe Preise
Auch Teilzahlung!
Spezialist!
Landsmann **Bock**
Berlin O 34, Mögliner Straße 1

Hausmacherwurst
Blut-, Leber- und Rauchwurst (Landrauch), versende in 4- und 10-Pfd.-Paketen gegen Nachnahme. — Bitte verlangen Sie meine Preisliste.
Hugo Schwarzer, Elbing (Westpr.), Sonnenstr. 20





Dezemb. 1930 als Siedlung gegründet, ist der Hof Kapkeim Ostpreußens einzige mechan. Leinenweberei. Hergestellt werden die gut., alten Leinenwaren, wie sie früher in Ostpreußen handgewebt wurden: Hand- und Küchentücher, Tisch- u. Bettzeug, „Ostpreußisch Klunker".

Ost- und Westpreußen, kauft Ostpreußisch Leinen! Ihr schützt die Heimat!
Muster umgehend ab Werk, in Berlin durch Rosenow, W 62, Keithstraße 22

Verantwortlicher Schriftleiter: i. Magistratsschulrat Emil Herrmann, Berlin-Reinickendorf. Herausgeber und Verlag: Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen E. V., L. G., Berlin. Druck: Brehmer, Rastenburg. Für den Anzeigenteil verantwortlich Ellen Feige, Rastenburg, bei der Druckerei.

02) Deutsch-tschechischer Zukunftsfonds unterstützt viele grenzüberschreitende Projekte

Der **Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds** unterstützt weitere 53 gemeinsame Projektinitiativen von Bürgern beider Länder.

https://www.fondbudoucnosti.cz/de/aktuell/aktuell/liste-aktuell-bewilligter-projekte-27

[siehe unten die Liste]

Der Verwaltungsrat des Fonds gab dafür am Mittwoch Fördermittel in Höhe von knapp 342.000 Euro frei. Die beiden Co-Vorsitzenden des Verwaltungsrats, **Jindřich Fryč** und **Martin Kastler**, zeigten sich erfreut, dass viele der nun bewilligten Projekte nach neuen Wegen für die deutsch-tschechischen Beziehungen in der Pandemie und danach suchen.

Zudem hat der Zukunftsfonds in den vergangenen Monaten mit einem Sonderförderprogramm rund 30 tschechisch-deutsche Projekte ad hoc unterstützt. Sie wurden innerhalb einer verkürzten Frist bewilligt. Dabei seien „viele tolle Veranstaltungen“ zustande gekommen, die es sonst gar nicht gegeben hätte, betonen die Zukunftsfonds-Geschäftsführer **Petra Ernstberger** und **Tomáš Jelínek** in der jüngsten Presseaussendung.

suchen Suchtext eingeben
Fristen Antragstellung | Fragen?

Aktuell

22. September 2021

Liste aktuell bewilligter Projekte

ČÍSLO / NR.	ID	NÁZEV / TITEL	ČÁSTKA / SUMME	
8_21_10051	10051	Korunovační opery jako vrchol epochálních rozdílů mezi pražskou korunovací Marie Terezie a jejího syna Leopolda II: „Semiramide“ (1743) a „La clemenza di Tito“ (1791) / Krönungsopern als Höhepunkte epochaler Differenzen zwischen den Prager Krönungen Maria Theresias und ihres Sohnes Leopold II.: "Semiramide riconosciuta" (1743) und "La clemenza di Tito" (1791)	80 000	CZK
8_21_10687	10687	Symposium pro skladatele a dirigenty-5.ročník / Symposium für Komponisten und Dirigenten-5.Jahrgang	4 000	EUR
2_21_10694	10694	Němčina nekouše VI (2022-2023) / Nachbar. Sprache? Tschechisch! VI (2022-2023)	1 131 633	CZK
4_21_11058	11058	Moc, peníze, zneužití - když se násilí stane obchodem!: nucená prostituce a obchod s lidmi / „Macht, Geld, Missbrauch – “ Wenn Gewalt zum Geschäft wird!“: Zwangsprostitution und Menschenhandel	4 000	EUR
2_21_11272	11272	Čojčlandská Konferenz 2021 / Čojčlandská Konferenz 2021	3 800	EUR
4_20_11335	11335	Žádost o pokračování finanční podpory pracovního místa na částečný úvazek „muzejní pedagog“ pro Historický park	25 000	EUR

		Bärnau-Tachov a pro ArchaeoCentrum Čechy-Bavorsko. / Antrag auf Fortführung der finanziellen Förderung für eine Teilzeitstelle „Museumspädagoge" für den Geschichtspark Bärnau-Tachov und für das ArchaeoCentrum Böhmen-Bayern. ArchaeoCentrum Bayern-Böhmen.		
6_21_11377	11377	Odpad v moři a v řekách (II. Phase) / Müll im Meer und in den Flüssen (II. Phase)	7 000	EUR
5_21_11628	11628	Hudební most Praha - Drážďany 2021 / část říjen 2021 - leden 2022 / Musik Brücke Prag - Dresden 2021 / October 2021 - Januar 2022	350 000	CZK
6_21_11666	11666	Public museum / Public museum	98 000	CZK
8_21_11719	11719	Only Glass Between Us / Only Glass Between Us	100 000	CZK
5_21_11722	11722	Válka a truchlení v literatuře / Krieg und Leid in der Literatur	50 000	CZK
4_21_11783	11783	Czech Brass Academy, Popelka 2021 / Czech Brass Academy, Popelka 2021	35 000	CZK
6_21_11861	11861	Německo-česká obchodní praxe / Deutsch-tschechisches Berufspraktikum	3 600	EUR
6_21_11872	11872	Česko-německá kulturní a jazyková výměna jako digitální přátelství. Program DofE jako společná cesta / Deutsch-Tschechischer Kultur- und Sprachaustausch als digitale Freundschaft. Das Programm DofE als gemeinsamer Weg	5 500	EUR
2_21_11892	11892	Česko-německý projekt výměny pro studenty a hostitelské rodiny. Tříměsíční program / Tschechisch-deutsches Austauschprojekt für Schüler und Gastfamilien - Trimesterprogramm	800	EUR
3_21_11901	11901	Moje Dlouhá Cesta / Mein langer Weg	8 000	EUR
3_21_11902	11902	Hannah - Invisible: promítání filmu o životě Hany Frejkové a přednáška o Slánského procesu v Brémách / Hannah / Invisible: Filmvorstellung in Bremen über die Lebensgeschichte von Hana Frejková und über den Slánský-Prozess	785	EUR
5_21_11910	11910	Nejkrásnější tvář socialismu a 99 dalších příběhů ze zmizelé země / Das schönste Gesicht des Sozialismus und 99 andere Geschichten aus einem verschwundenen Land	3 500	EUR
5_21_11935	11935	Zdenek Sykora / Zdenek Sykora - Der Maler	8 000	EUR

5_21_11937	11937	Propagace poutního areálu v Horní Polici / Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Wallfahrtsanlage in Oberpolitz/Horní Police	140 000	CZK
5_21_11940	11940	Deset let česko-německé spolupráce / Zehnjährige deutsch-tschechische Zusammenarbeit	7 500	CZK
5_21_11944	11944	kniha - Fotbalové osudy / Buch - Fussballschicksale	70 000	CZK
3_21_11947	11947	Práce pro nepřátele / Unter Deutschen. Zwangsarbeit im Dritten Reich	700 000	CZK
2_21_11956	11956	Koordinační setkání českých a saských přeshraničních potravinových bank / Koordinierungstreffen tschechischer und sächsischer Lebensmittelbanken aus der Grenzregion	68 000	CZK
8_21_11969	11969	Voltage / Voltage	3 000	EUR
3_21_11973	11973	Prezentace filmu Krajina ve stínu v Německu / Präsentation des Films Krajina ve stínu in Deutschland	3 912	EUR
8_21_11977	11977	Artist Exchange for Independent Publishing 2021 / Artist Exchange for Independent Publishing 2021	150 000	CZK
8_21_11979	11979	Už to začalo? - reprízy v Německu / "Geht's schon los?" - Gastspiele in Deutschland	60 000	CZK
8_21_11989	11989	MELANCHOLIA REVISITED / MELANCHOLIA REVISITED	1 715	EUR
2_21_11992	11992	Česko-německý projekt výměny pro studenty a hostitelské rodiny. Školní rok a tříměsíční program / Tschechisch-deutsches Austauschprojekt für Schüler und Gastfamilien - Schuljahresprogramm/ Trimesterprogramm	13 600	EUR
8_21_11993	11993	Divadlo Continuo na festivalu FULL SPIN 2021 / Continuo Theatre beim FULL SPIN Festival 2021	4 000	EUR
5_21_11994	11994	Gustav Erhart: Ferdinand Staeger (1880 -1976) / Gustav Erhart: Ferdinand Staeger (1880 -1976)	150 000	CZK
2_21_11998	11998	Čojč Pädagogika 2021/2022 / Čojč Pädagogika 2021/2022	7 450	EUR

5_21_12000	12000	Kniha Rozhovory s Franzem Kettem / Buch Gespräche mit Franz Kett	50 000	CZK
5_21_12001	12001	Jiří Gruša: Dílo sv. IX - Texty pro děti + Dodatky - poslední svazek Díla Jiřího Gruši / Jiří Gruša: Schriften Bd. IX. - Kinderliteratur + Anhaenge - der letzte Band der Schriften von Jiří Gruša	80 000	CZK
2_21_12003	12003	Europo, začínáme. / Europa, wir fangen an.	855	EUR
6_21_12004	12004	Tobiáš Lolness / Tobie Lolness	150 000	CZK
5_21_12013	12013	Mosty: ndkn edition I. / Brücken: ndkn edition I.	100 000	CZK
5_21_12014	12014	Knižní projekt: "Lustig ist gefährlich" von Wolfgang Sréter / Publikation des Romans "Lustig ist gefährlich" von Wolfgang Sréter	2 000	EUR
4_21_12017	12017	Signum Quartet a Wolfgang Rihm na festivalu Contempuls / Signum Quartet und Wolfgang Rihm beim Festival Contempuls	50 000	CZK
3_21_12018	12018	Natočení a výroba devadesátiminutového česko-německého dokumentárního filmu s pracovním názvem Přes naše prahy / Drehen und Fertigstellen des 90 minütigen deutsch-tschechischen Dokumentarfilms: „Über unsere Schwellen hinaus" (Arbeitstitel)	20 000	EUR
4_21_12021	12021	Tvůrčí setkání uměleckých kolektivů Gob Squad a D'epog / Kreatives Treffen der Kunstgruppen Gob Squad und D'epog	30 000	CZK
3_21_12022	12022	Vytváření německo-českých "kulturních pramenů" 2021 "Vánoční speciál 2021" / Ausbau deutsch-tschechischer "Kulturquellen" 2021 "Weihnachtsspezial 2021"	3 000	EUR
5_21_12023	12023	V ledových zónách historie: Pražský pediatr Berthold Epstein (1890-1962) Věra Trnková a Stephan Heinrich Nolte / In den Grauzonen der Geschichte: Der Prager Pädiater Berthold Epstein (1890-1962) Vera Trnka und Stephan Heinrich Nolte	4 000	EUR
4_21_12024	12024	ČESKO-NĚMECKÝ KULTURNÍ PROJEKT "PRAHA-BERLÍN" 2021 / DEUTSCH-TSCHECHISCHES KULTURPROJEKT "PRAG-BERLIN" 2021	14 000	EUR
8_21_12026	12026	Přes východ na západ / Ostwärts in den Westen	5 000	EUR
4_21_12028	12028	Zlatý hrnec - přeshraniční CLANGDIALOG v CLANGPALAIS / Der goldne Topf - ein grenzübergreifender CLANGDIALOG im CLANGPALAIS	4 000	EUR
4_21_12033	12033	RODNÉ ZEMĚ. Česká a moravská šlechta v exilu	12 000	EUR

		(pracovní název) / FÜR DIE HEIMAT. Böhmischer und-mährischer Adel im Exil (Arbeitstitel)		
5_21_12034	12034	Zvony pro Šumavu / Glocken für den Böhmerwald	70 000	CZK
4_21_12035	12035	Ženy a pandemie s ohledem na rovnost žen a mužů a rozdíly mezi Českou republikou a Německem / Frauen und Pandemie im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Unterschiede zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland	1 760	EUR
4_21_12036	12036	Česká republika a Německo po covidu - obnova srdce Evropy. Studentská konference JEF CZ a JEF Bavorsko. / Deutschland und Tschechien nach Covid - die Erneuerung des Herzen Europas. Studentische Konferenz der JEF CZ und JEF Bayern.	1 730	EUR
8_21_12039	12039	Sedm opuštěných Poesiomatů u zapadlých kostelů / Sieben verlassene Poesiematen bei abgelegenen Kirchen	490 000	CZK
5_21_12071	12071	Jaroslav Rudiš "Winterbergova poslední cesta" - překlad románu / Jaroslav Rudiš "Winterbergs letzte Reise" - Übersetzung des Romans	100 000	CZK

Dateien zum Herunterladen

* Liste aktuell bewilligter Projekte (15 kB)

zurück
neuer älter

Copyright © 2021 Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds

- Informationen zum Urheberrecht
- Schutz personenbezogener Daten (GDPR)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.128, 2021

Wien, am 27. September 2021

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 375 - 379

Die Beiträge zur Umbenennung von Straßen usw. werden zurzeit für unsere Leitseiten vorbereitet

01) Links/grüner Tugendterror immer unerträglicher: Kreuzberg will ganzen Kiez umbenennen

20. 09. 2021



BERLIN – Die sogenannte Beschlussvorlage „DS/1154/V“ zur Abschaffung berühmter Straßennamen ist still und heimlich im Kreuzberger Bezirksparlament durchgewunken worden. Damit wollen Kreuzbergs Machthaber einen 157 Jahre alten Kiez umbenennen, berichtet *bz-berlin.de*.

Betroffen des linksgrünen Tugendterrors sind beinahe aller Straßen eines historischen Stadtquartiers, in dem aktuell etwa 20.000 Kreuzberger leben. Gemeint ist der sogenannte „Generalszug“ mit seinen zwölf Straßen, die seit 1864 die Namen von Generälen und Orten von Schlachten aus der Zeit der preußischen Befreiungskriege tragen:

Yorckstraße, Blücherstraße, Blücherplatz, Hornstraße, Möckernstraße, Gneisenaustraße, Katzbachstraße, Hagelberger Straße, Großgörschenstraße, Großbeerenstraße, Eylauer Straße, Obentrautstraße.

Und in der Berliner Zeitung ist weiter zu lesen, dass im Beschluss unter dem Titel „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums“ zwar nur die Rede davon sei, dass darüber

zunächst ein Diskurs geführt werden soll – aber der habe nur ein klares Ziel: Weg mit den Namen.

Er gäbe zu bedenken, so die genannte Zeitung, dass es gar keinen Wunsch in der Bevölkerung gäbe, Preußen-Generäle aus den Straßenschildern zu streichen. Außerdem sei nicht verständlich, warum sich die Grünen ausgerechnet an diesen Generälen „abarbeiten“, die sämtlich in den Befreiungskriegen gegen Napoleons Besatzung die Heere geführt haben.

Viele Leute werden sich nun fragen, wie ist denn so ein Irrsinn überhaupt möglich? Die Antwort ist simpel: Wenn Wahnsinnigen bei Wahlen Stimmen von offensichtlich Verwirrten erhalten, darf man sich nicht wundern, dass Wahnsinnige dann eben schalten und walten können. So einfach ist das.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Und die Berliner Boulevard-Zeitung „B.Z“ nahm das Thema am 18.09.2021 als großen Aufmacher auf Seite 1 und weiter auf Seiten 10/11:



BLÜCHER, YORCK, GNEISENAU!

GENERAL-ANGRIFF auf Kreuzbergs Generäle





Seite 377 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 800 vom 30.09.2021

10 BERLIN B.Z. • 18. SEPTEMBER 2021

BLÜCHER, Y GENERAL-



Gebhard Leberecht von Blücher, ab 1814 Fürst Blücher von Wahlstatt (1742 bis 1819)



August Wilhelm Anton Neidhardt, später Neidhardt von Gneisenau, ab 1814 Graf Neidhardt von Gneisenau (1760 bis 1831)



Generalfeldmarschall Johann David Ludwig von Yorck, ab 1814 Graf Yorck von Wartenburg (1759 bis 1830)

Werner Beck (58, Bündnis90/GRÜNE) ist kulturpolitischer Sprecher der Kreuzberger GRÜNEN und will die „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums" vorantreiben – das Kreuzberg-Denkmal dürfte aber stehen bleiben

Von MATTHIAS LUKASCHEWITSCH

Kreuzberg – **Was für ein hinterhältiger Angriff auf Kreuzbergs Generäle Blücher, Yorck und Gneisenau...!**

Denn die Beschlussvorlage „DS/1154/V" zur Abschaffung berühmter Straßennamen ist still und heimlich im Kreuzberger Bezirksparlament durchgewunken worden. Schon vor drei Wochen, wie die B.Z. jetzt erfuhr. Mit den Stimmen der Mehrheit von Grünen, SPD und Linke. Damit wollen Kreuzbergs Machthaber einen 157 Jahre alten Kiez umbenennen!

Betroffen sind beinahe alle Straßen eines historischen Stadtquartiers, in dem aktuell etwa 20 000 Kreuzberger leben. Gemeint ist der sogenannte „Generalszug" (siehe nebenstehende Liste) mit seinen zwölf Straßen, die seit 1864 die Namen von Generälen und Orten von Schlachten aus der Zeit der preußischen Befreiungskriege tragen.

Im Beschluss ist unter dem Titel „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums" zwar nur die Rede davon, dass darüber zunächst ein Diskurs geführt werden soll – aber der hat nur ein klares Ziel: Weg mit den Namen!

Für Historiker Hanns Löhr (60) ist der Fall klar: „Die Grünen-Fraktion will eine Entscheidungsgrundlage herbeireden, um später dann die Umbenennung per Dekret zu beschließen."

Für den Preußen-Experten Löhr ist der Beschluss eine Mogelpackung, und „zwar in doppelter Hinsicht."

Er gibt zu bedenken, dass es gar keinen Wunsch in der Bevölkerung gäbe, Preußen-Generäle auf den Straßenschildern zu streichen. Außerdem sei nicht verständlich, warum sich die Grünen ausgerechnet an diesen Generälen „abarbeiten", die sämtlich in den Befreiungskriegen gegen Napoleons Besatzung die Heere geführt haben.

Werner Heck (58), kulturpolitischer Sprecher der Kreuzberger Grünen, steht am Kreuzberg-Denkmal und lächelt: „Nein, ich kann Ihnen versprechen, wir werden das Denkmal nicht sprengen!"

Zu seinen Füßen schaut man auf den „Generalszug" – also die zwölf umstrittenen Straßen. Der Politiker steckt hinter dem Antrag – er hat ihn verfasst.

Das Kreuzberg-Denkmal erinnert auch an die Befreiungskriege, doch anders, als die Namen der Straßenschilder, soll es

B.Z. • 18. SEPTEMBER 2021

ORCK, GNEISENAU!

-ANGRIFF auf Kreuzbergs Generäle

DIESE NAMEN SOLLEN WEG
- Yorckstraße
- Blücherstraße
- Blücherplatz
- Hornstraße
- Möckernstraße
- Gneisenaustraße
- Katzbachstraße
- Hagelberger Straße
- Großgörschenstraße
- Großbeerenstraße
- Eylauer Straße
- Obentrautstraße

...stehen bleiben dürfen. Götz Aly (74), streitbarer und renommierter Chronist deutscher Geschichte, wirft Kommunalpolitiker Heck genau das vor, frei nach dem Motto: „Wer schon Namen aus den Straßenschildern tilgt, der muss auch Denkmäler aus dieser Zeit beseitigen."

Werner Heck versteht die Aufregung um seinen Beschluss nicht. Sagt er jedenfalls. „Wir wollen zunächst mit einer Fachtagung organisieren." Organisiert werden soll der vom Bezirksmuseum Kreuzberg Friedrichshain.

Sind sie den Generalen auf Kreuzberger Generäle?

Heck antwortet: „Wenn man schon eine Diskussion über dieses Viertel als Generalangriff begreift, dann kann ich sagen: Ja!" Es soll eine kritische Auseinandersetzung in Gang gebracht werden, ob die Straßennamen in Zeiten der Europäischen Union „noch zeitgemäß sind", erklärt er.

Aber mit dem Ziel der Umbenennung. „Wenn sich eine Mehrheit der Menschen dafür ausspricht, dann ja." Aber wie soll es genau gehen? Per Volksentscheid? Per Dekret? Heck verspricht: „Nein, wie wer den das als Bezirksparlament sicher nicht über die Köpfe der Menschen im Kiez hinweg entscheiden."

Wie es dann aber genau gemacht werden soll, lasse sich noch nicht sagen.

Heck: „Für uns geht es um die Ursache der Namensgebung, die Person und den Zeitgeist der Benennung."

Historiker Löhr sieht genau das kritisch. „Alle Straßen sind 1864 benannt worden. Also noch sieben Jahre vor der Reichsgründung durch Otto von Bismarck. Diese Generäle sind für ihre Rollen 50 Jahre davor geehrt worden." Sein Fazit: „Ich habe kein Verständnis dafür, hierüber jetzt eine politische Diskussion anzuzetteln." Seine Frage ist vor allem: „Wie soll denn der Mehrheitswille messbar werden, wenn nicht durch einen Volksentscheid?"

Seine Befürchtung ist auch, dass die Diskussion um das Preußen-Erbe in Kreuzberg nicht „tachtich ausgetragen" geführt werden wird. „Das kann man sicherlich nicht allein dem Bezirksamt und seinen Mitarbeitern im Kulturdezernat überlassen."

Wenn diese Diskussion eine Signalwirkung für die ganze Stadt hat, könnte am Ende die Tilgung zahlreicher Berliner Straßennamen stehen. *Umfrage: Carlotta Vorbrüggen*



Hayri Gündogan (56):
„Auch wenn die Straßennamen an ... schlechte und grausame Dinge erinnern, so gehören sie dennoch zur Geschichte dazu und lassen sich nicht ändern. Ich bin gegen eine Umbenennung der Straßen, weil sie zur Vergangenheit dazugehören. Geschichte ist Geschichte und sollte man so stehenlassen."



Rentnerin Gertrud Papenfuss (83):
„Ich möchte nicht, dass die Yorckstraße umbenannt wird. Ich wohne hier. Kenne die Straße nur unter diesem Namen. Ich müsste zur Bank und zu den ganzen Ärzten und einfach überall meine Anschrift ändern lassen."

Azubi Paul-Storz (19):
„Ich finde, es ist eine gute Idee, Straßen umzubenennen, wenn sie an Kriege, Schlachten und negative Dinge erinnern. Krieg ist etwas schreckliches, daran sollten Straßennamen nicht erinnern. Man sollte Straßen nach positiven Dingen benennen. Blumen oder Pflanzen zum Beispiel."

Kerstin Vaziri (55):
„Ich bin für die Umbenennung. Auf dem Friedhof an der Yorckstraße liegen viele Feministinnen. Es wäre doch eine tolle Idee, die Straßen nach diesen Damen zu benennen."

Nachrichten

Klimaschutz beim Bauen

Potsdam – Der Potsdamer Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber will der Idee des Bauhauses reaktivieren und für mehr Klimaschutz beim Bauen sorgen. Der Bund und das Land Brandenburg kündigten ihre Unterstützung für das Projekt „Bauhaus der Erde" an, das von Brandenburg aus eine weltweite Bewegung schaffen will.

Vier Verletzte bei Brand

Mahlsdorf – In einem fünfstöckigen Mehrfamilienhaus in der Perleberger Straße ist gestern Mittag ein Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehr konnte den Brand wenig später löschen. Vier Mieter wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Perleberger Straße war vollgesperrt.

Impfen im Zoo



Tiergarten – Tierisch gute Idee! Wer sich gestern am Nachmittag den Piks gegen Corona am Elefantentor (Budapester Straße) abholte, durfte gratis in den Zoo. Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD, 54) und Zoo-Chef Andreas Knieriem (56) begrüßten die Impfwilligen. Es war einer der Höhepunkte der Impfwoche mit ungewöhnlichen Locations für die Spritze. Mindestens einmal geimpft sind in der Hauptstadt 64,6 Prozent.

Schwimmkurse in Ferien

Berlin – Während der Herbstferien werden in Berlin mehrere Schwimm-Intensivkurse für Schulkinder von Klasse 4 bis 6 angeboten. Die Kinder können entweder das Seepferdchen oder das Bronze-Abzeichen absolvieren. Alle Kurse sind kostenlos.

Neue Schule in Pankow

Pankow – Im Rahmen der Schulbauoffensive von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen bekommt Pankow eine neue Schule. Der Bau der modularen Grundschule mit Sporthalle soll am Mittwoch in der Conrad-Blenkle-Straße begonnen.

Betrunken auf E-Roller

Schmöckwitz (Tabu am Spreewald) – Die Polizei stoppte am Donnerstagabend einen betrunkenen 18-Jährigen auf einem E-Roller. Die Jugendliche hatte 1,24 Promille. Außerdem fuhr der Scooter mehr als 20 km/h. Somit hätte er zugelassen und versichert werden müssen. Der E-Roller wurde sichergestellt.

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe *Seiten 380 – 385*

01) Gerhart Hauptmanns Weggefährten. Zum 75. Todestag des schlesischen Literaturnobelpreisträgers

Gerhart Hauptmanns Weggefährten

Zum 75. Todestag des schlesischen Literaturnobelpreisträgers

Bedeutende Persönlichkeiten, ob aus Kunst, Literatur oder Wissenschaft, hätten selten Karriere gemacht, wären sie auf ihrem beruflichen Weg allein auf sich gestellt gewesen. Um zum Erfolg zu kommen, benötigten sie außer ihrer Begabung Entdecker und Förderer, Lehrmeister und Mitstreiter, Kritiker und Mäzene. Das gilt auch für den schlesischen Dichter und Nobelpreisträger Gerhart Hauptmann, dessen Todestag sich am 6. Juni zum 75. mal jährte. In dem Buch „Weggefährten Gerhart Hauptmanns", herausgegeben von Klaus Hildebrandt und Krzysztof A. Kuczynski, haben verschiedene Autoren 17 Menschen porträtiert, die im Leben Hauptmanns eine wichtige Rolle spielten.



Gerhart Hauptmann, Fotografie von Nicola Perscheid (1914)

Ein früher Förderer war der aus Ostpreußen stammende Feuilletonist und Theaterkritiker der renommierten Berliner „Vossischen Zeitung", Paul Schlenther. Als Mitbegründer des hauptstädtischen Vereins „Freie Bühne" setzte er sich für den Naturalismus in der Dichtung und für eine lebenswahre Schauspielkunst ein. Als im August 1889 Hauptmanns soziales Drama „Vor Sonnenaufgang" in Buchform erschien, war Theodor Fontane, damals ebenfalls Kritiker der „Vossischen" von der Lektüre so angetan, dass er der noch jungen Gesellschaft „Freie Bühne" empfahl, Hauptmanns Erstlingsstück aufzuführen.

Die Premiere im Berliner Lessing Theater wurde zum skandalösen Spektakel. Ein Teil der Presse schmähte Hauptmann als „poetischen Anarchisten" und „unsittlichsten Bühnenschriftsteller des Jahrhunderts", ein anderer Teil bejubelte ihn. Schlenther nahm ihn in mehreren Beiträgen energisch in Schutz. Woraufhin ihn der junge Dramatiker zu seinem „Protektor" erklärte. 1897 erschien Schlenthers Buch „Gerhard Hauptmann – Leben und Werke". Es war die erste umfassende Arbeit über den Dichter.

Nachhaltigen Einfluss auf Hauptmanns Schaffen hatte der promovierte Germanist, Journalist, Regisseur und spätere Theaterdirektor Otto Brahm. Der langjährige Vorsitzende der „Freien Bühne" war von Hauptmanns dramatischem Erstling so begeistert, dass er ihm eine große Karriere zutraute. „Er riskierte den vollen Einsatz auf die Hauptmann-Karte und – gewann", heißt es im Buch. Zunächst sicherte sich Brahm neue Hauptmann-Dramen im Vorabdruck. Später, als er die Leitung des Berliner „Deutschen Theaters" übernommen hatte, machte er Hauptmann gleichsam zum Hausautor. Ende 1899 hatte sich Brahm – mit Ausnahme von „Vor Sonnenaufgang" – die Aufführungsrechte für das gesamte bis dahin vorliegende dramatische Werk Hauptmanns gesichert.

Aus der Zusammenarbeit entwickelte sich eine enge menschliche Beziehung. Brahm, der den Dichter verehrte, besuchte ihn regelmäßig in Schreiberhau und Agnetendorf und nahm wichtigen Einfluss auf seinen Schreibprozess. Doch die Duzfreundschaft hatte auch Kehrseiten: Hauptmann hatte sich mit dem Bau von Haus Wiesenstein und der gleichzeitigen Errichtung eines Hauses für seine erste Ehefrau Marie und die drei älteren Söhne in Dresden finanziell übernommen. Hauptmanns Bedürfnis nach ökonomischer Absicherung nutzte Brahm, um ihn vertraglich eng an sich zu binden. Aus dem freien Schriftsteller wurde „eine Art Gehaltsempfänger", der zwar sehr gut verdiente, aber ökonomisch von ihm abhängig war. Daraus konnte sich Hauptmann erst nach Brahms Tod im Jahr 1912 befreien.

Eine ähnlich enge berufliche Beziehung hatte Hauptmann zu Max Reinhardt. Der österreichische Schauspieler, Regisseur und Theaterleiter begegnete dem Dramatiker zunächst als Mime auf der Bühne. Zum Beispiel in der Titelrolle bei der Uraufführung von Hauptmanns „Michael Kramer" oder als Pastor Kittelhaus in „Die Weber" im „Deutschen Theater". Im Januar 1899 schrieb Reinhardt an den Dichter: „Dass ich das Leben, das Sie uns in Ihren Werken schenken, als Schauspieler leben kann, macht mir mein Leben und meinen Beruf schön."

Die Wertschätzung beruhte auf Gegenseitigkeit. „Reinhardt steht mir als Regisseur am nächsten", hat Hauptmann einmal bekannt. Ein Vierteljahrhundert lang hatte der Österreicher in zwei Amtsperioden als Direktor das Deutsche Theater nachhaltig geprägt. Bei einem Festakt zum Bühnenjubiläum bescheinigte der Dichter seinem Freund Reinhardt, dieser habe „der deutschen Bühne unendlich viel gegeben, und sie hat ihm unendlich viel zu danken".

Am 16. Februar 1932 fand die Uraufführung von Hauptmanns Meisterdrama

„Vor Sonnenuntergang" statt. Die Vorarbeit dafür hatte bereits drei Jahre vorher begonnen. Vor der Premiere schrieb Reinhardt dem Autor: „Ich bin ganz beglückt von Deinem jüngsten Werk und voll Glauben an eine mächtige Bühnenwirkung." Mit Werner Kraus, Oskar Sima und Helene Thiemig erlebten die Besucher eine Elitebesetzung. Das Geschehen auf der Bühne war nach Meinung der Kritiker mehr als eine Familientragödie. Gezeigt wurde ein Jahr vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten die „Ablösung der alten Werte, das Ende einer Kulturepoche". „Vor Sonnenuntergang" wurde Hauptmanns letzter Welterfolg.

Einer der treuesten Freunde Hauptmanns und zugleich einer der jahrelangen Förderer war Samuel Fischer. Der in Oberungarn geborene Sohn eines jüdischen Kaufmanns war Ende 1880 nach Berlin gekommen und hatte sechs Jahre später eine Verlagsbuchhandlung, den S. Fischer Verlag, gegründet. Auf Hauptmann war er durch die Uraufführung „Vor Sonnenaufgang" aufmerksam geworden. Schon bald gehörte der junge, erst am Beginn seiner Karriere stehende Hauptmann zum inneren Kern der Verlagsfamilie und nahm dort eine Sonderstellung ein.

Die lebenslange Freundschaft zwischen Autor und Verleger wurde immer wieder durch überhöhte Geldforderungen Hauptmanns belastet. „Er verlangte unverschämt hohe Honorare", heißt es im Buch. Ihm war bewusst, dass er in Samuel Fischer einen Verleger gefunden hatte, der sein großes Talent schätzte, ihn bewunderte und zur Nachgiebigkeit bereit war. „Aus der Kasse des Verlages hat Hauptmann zwischen 1890 und 1934 mehrere hunderttausende Mark erhalten", berichtet Mitherausgeber Kuczynski. „Ohne diese Unsummen wäre das verschwenderische Leben Gerhart Hauptmanns weitgehend unmöglich gewesen."

INFO

Hildebrandt, Klaus und Kuczynski, Krzysztof A. (Hg.), Weggefährten Gerhart Hauptmanns. Förderer – Biographen – Interpreten
Bergstadtverlag 2002, 292 Seiten, geb., 21 x 14 cm
19,80 Euro



Max Reinhardt 1923.



Samuel Fischer 1915.

1887 kam der noch nicht zwanzigjährige Alfred Kerr nach Berlin, um sein in Breslau begonnenes Studium der Germanistik und Philosophie fortzusetzen. Otto Brahm, ein alter Studienkollege, der bis zum Direktor des Deutschen Theaters aufstieg, hatte ihm eine Universitätskarriere ausgeredet und ihm geraten, freier Schriftsteller und Kritiker zu werden. Das war keine schlechte Empfehlung, denn Kerr entwickelte sich zu einem gleichermaßen anerkannten wie verhassten Star der Kritik, der sich in diesem Metier als Dichter fühlte.

Auf Hauptmann war Kerr durch die Buchausgabe von „Vor Sonnenaufgang" aufmerksam geworden, die er noch vor der Aufführung lesend verschlang. In sein Tagebuch schrieb er: „Das ist er." Als Brahm ihn mit Hauptmann persönlich bekannt machte, entwickelte sich zwischen ihm und dem Rebellen der Bühne eine tiefe Freundschaft, die Kerr für unverbrüchlich hielt. Das war ein Irrtum. Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde und die Nazis die Macht übernahmen, kam von Hauptmann kein Wort des Protestes. Auch nicht, als die Bücher seines jüdischen Freundes öffentlich verbrannt wurden.

Kerr floh aus Deutschland, gelangte über Prag, Wien, Zürich nach London. In der Prager Zeitung „Deutsche Freiheit" machte er seiner Enttäuschung und seinem Zorn auf Hauptmann Luft: „Es gibt keine Gemeinschaft zwischen mir und ihm, nicht im Leben und nicht im Tod. Ich kenne diesen Feigling nicht." Auch nach dem Krieg blieb Kerr bei seinem Bann. In einem von Hauptmanns Dramen habe der Autor ein sterbendes Kind fragen lassen, ob es Sünden gebe, die nicht vergeben werden. Kerr: „Für diesen großen Dichter heißt meine Antwort: ‚Jawohl, Hannele'."

Kerr war der einzige aus dem Kreis der Freunde und Weggefährten, der sich auf Dauer von Hauptmann abwandte. Andere wie etwa der Jurist und Literaturkenner Carl Friedrich Wilhelm Böhl, den Hauptmann mit der Herausgabe der umfangreichen Textsammlung „Ausgabe letzter Hand" beauftragte und der sich seit März 1943 im Hauptmann-Haus in Agnetendorf aufhielt, nahmen den Dichter dagegen in Schutz. Dieser sei „durch alle zwölf Jahre nazistischer Gewaltherrschaft innerlich unversehrt und unbefleckt hindurchgegangen".

Böhl, der auch veranlasste, dass Hauptmanns Privatarchiv vor Kriegsende unbeschadet nach Bayern transportiert werden konnte, erinnerte sich, wie Hauptmann einem strammen NS-Oberbürgermeister mit antisemitischen Ansichten scharf ins Wort gefallen sei, die Versorgung der Juden verurteilt und „einen hohen Lobgesang auf die menschlichen Eigenschaften und unauslöschbaren kulturellen Leistungen des Judentums angestimmt" habe. Auch ein Schreiben der Reichsschrifttumskammer, in dem „im Erpresserjargon" ein klares Bekenntnis zum Führer gefordert wurde, habe Hauptmann unbeantwortet in den Papierkorb geworfen.

Häufig wird er als „letzter Freund Gerhart Hauptmanns" bezeichnet: Gerhart Pohl, schlesischer Dichter und Publizist, vierzig Jahre jünger als Hauptmann, einer der seinem Idol nach eige-

Brandstätter Verlag (1); Sennecke (1); HMDIS (1)



Alfred Kerr 1932.

nen Worten „in einer Art heimlichen Knappendienst" verbunden war. Der Alte mochte den jungen Autor, der in Wolfshau bei Krummhübel wohnte und – wie der Hauptmann-Kenner Böhl formulierte – „stellvertretend für alle Freunde Hauptmanns als Bote der Vergangenheit und Helfer in der Gegenwart auf dem Wiesenstein erschien".

Pohl war es auch, der nach der Besetzung Niederschlesiens durch die Rote Armee den Kontakt zu einem sowjetischen Major herstellte, der für den Schutz Hauptmanns sorgte. 1946 war Pohl vermittelnd am Besuch des Dichters und SED-Kulturpolitikers Johannes R. Becher auf Wiesenstein beteiligt, der – ohne Erfolg – Hauptmann einen hohen Kulturposten in der Sowjetischen Zone anbot. Was Pohl sah und hörte, hat er in dem Buch „Bin ich noch in meinem Haus" beschrieben. Es ist die geschlossenste Darstellung des letzten Lebensabschnitts des Dichters, vom Sterben in seinem geliebten Haus, von den Ereignissen bis zur Beerdigung auf Hiddensee, wo Pohl schließlich einer der sechs Sargträger war.

Hauptmann, so schreiben die Herausgeber in ihrem Vorwort, erlebte mehrere Staats- und Gesellschaftsordnungen, unterschiedliche kulturelle und literarische Strömungen, Höhen und Tiefen, Schönes und Schlimmes seiner Zeit. Auch die Biographien der vorgestellten Weggefährten gäben nicht nur Lebensgeschichte von Persönlichkeiten wieder, sondern zeigten zugleich Wege und Irrwege der deutschen Geschichte und des deutschen Geisteslebens. Man muss kein Hauptmann-Spezialist sein, um dieses Buch mit Gewinn zu lesen. ***Peter Pragal***

02) Peter Horton 80

Am 19. September beging **Peter Horton** (geb. als Peter Müller) aus **Feldsberg** / Valtice in Südmähren seinen **80. Geburtstag**. Nach Vertreibung mit Mutter u. drei Geschwistern landete er in Wien. Wiener Sängerknabe / Musikstudium in Stuttgart (Gesang/Gitarre). Eigene TV-Formate in ARD u. ZDF („Café in Takt"). Zahlreiche CD/Plattenaufnahmen. Liederabende (Franz Schubert/Carl Loewe/Richard Strauß), Internationale Auftritte (USA/Japan/Brasilien). Zusammenarbeit mit Peter Schreier/Placido Domingo/Art Van Damme. 1967 Auftritt in der weltweit ersten sogenannten Beatoper „Robinson 2000".

F.H.Schmachtel

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.120, 2021

Wien, am 29. September 2021

03) 50 Jahre Haus des Deutschen Ostens

„Das Haus des Deutschen Ostens ist ein Geschenk des bayerischen Staates an seine vertriebenen Mitbürger. Dieses Geschenk ist der sichtbare Dank für die wirtschaftliche und politische Aufbauleistung der deutschen Heimatvertriebenen seit nunmehr 25 Jahren, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß Bayern ein wachstumskräftiges und industrielles Zukunftsland geworden ist." Diese Worte sprach der damalige bayerische Ministerpräsident

Dr. Alfons Goppel bei der feierlichen Eröffnung des Hauses des Deutschen Ostens am 24. September 1970, also vor nunmehr fast 51 Jahren. Hier können Sie die Jubiläumsausgabe zu „50 Jahre HDO", nach Themen geordnet (linke Leiste), ansehen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.115, 2021

Wien, am 21. September 2021

04) Hanna Zakhari vom Begegnungszentrum erhielt Preis der Stadt Brünn

Der **„Preis der Stadt Brünn"** / Cena města Brna ist die **höchste Auszeichnung** der **Stadt Brünn** für zivilen herausragenden Einsatz und Leistungen, die einen oder mehrere Bereiche des öffentlichen Lebens maßgeblich betreffen und zum überregionalen Ansehen der Stadt Brünn beitragen.

Der Preis wurde für 2020 (wie auch in den vergangenen Jahren) in insgesamt 15 Bereichen jeweils einmal vergeben. Die Entscheidung über die eingegangenen Vorschläge trifft der Stadtrat und die Bürgervertretung.

„Es war mir eine große Ehre, diese Auszeichnung für meine Arbeit in Brünn am Dienstag, dem 7. September 2021 aus den Händen der Brünner Primatorin, Frau **JUDr. Markéta Vaňková** (Anm.: im Bild re.), empfangen zu dürfen. Die Auszeichnung erhielt ich im Bereich der internationalen Beziehungen der Stadt Brünn", berichtet **Hanna Zakhari** (Bild oben li.) vom Deutschen Kulturverein Region Brünn – Begegnungszentrum.

Bitte sehen Sie hier den ganzen Bericht, es gibt auch umfangreiches Bildmaterial!

https://drive.google.com/file/d/12gGxkyZ8G0nThYa7n35Op_nIowNHiEiJ/view

Sehr geehrte Damen und Herren,

der „Preis der Stadt Brünn" (Cena města Brna) ist die höchste Auszeichnung der Stadt Brünn für zivilen herausragenden Einsatz und Leistungen, die einen oder mehrere Bereiche des öffentlichen Lebens maßgeblich betreffen und zum überregionalen Ansehen der Stadt Brünn beitragen.



Der Preis wurde für 2020 (wie auch in den vergangenen Jahren) in insgesamt 15 Bereichen jeweils einmal vergeben. Die Entscheidung über die eingegangenen Vorschläge trifft der Stadtrat und die Bürgervertretung.

Es war mir eine große Ehre, diese Auszeichnung für meine Arbeit in Brünn am vergangenen Dienstag, dem 7. September 2021 aus den Händen der Brünner Primatorin, Frau JUDr. Markéta Vaňková, empfangen zu dürfen. Die Auszeichnung erhielt ich im Bereich der internationalen Beziehungen der Stadt Brünn.

Ich danke der Stadt Brünn - vertreten durch die Primatorin, den Stadtrat sowie die Bürgervertretung - **für diese hohe Anerkennung sehr herzlich**. Ebenso danke ich allen den Organisatoren und den Organisatorinnen der wunderschönen Zeremonie im Festsaal des Brünner Rathauses, für ihre Arbeit, deren Ergebnis ein perfekter Ablauf der Veranstaltung gewesen ist. Ebenso herzlich danke ich für die freundlichen Worte, die die Primatorin nicht nur für mich, wie für alle anderen Preisträger während der Übergabe der Auszeichnung gefunden hat.

Danke auch allen anderen Rednern und der Konzertgruppe, deren musikalische Leistung den festlichen Rahmen mitgestaltet hat.

Selbstverständlich ist mir bewusst, dass die gewürdigte Leistung nicht nur aus meiner Arbeit, sondern aus dem Einsatz aller Mitglieder der deutschen Minderheit in Brünn besteht. Sonst könnten wir die teilweise im Einzelnen gewürdigten und genannten Projekte nicht realisieren und schon gar nicht mit dem Erfolg, mit dem wir seit





Jahren arbeiten. Und ich gestehe sehr gerne, dass wir uns auch am folgenden Tag eine kleine Nachfeier im Begegnungszentrum erlaubt haben.

Sie finden ein paar Eindrücke aus dem festlichen Abend der Ehrung wie immer auf unseren Webseiten HIER

Eine Übersicht aller geehrten Persönlichkeiten und ihr Tätigkeitsfeld (auch aus den vergangenen Jahren) finden Sie auf den Webseiten der Stadt Brünn HIER. (Bitte auf der erscheinenden Webseite etwas nach unten scrollen)

Beim Anklicken der dort aufgeführten Namen finden Sie auch die Kurzfassung der Begründung für die Preisvergabe (in tschechischer Sprache).

Wir im Brünner BGZ haben vor, unsere Arbeit im 2. HJ des Jahres wieder (sofern möglich) voll aufzunehmen und werden laufend berichten.

Mit herzlichem Dank und herzlichem Gruß an die Stadt Brünn – und natürlich an alle „Freunde Brünns"

Hanna Zakhari
Deutscher Kulturverein Region Brünn – Begegnungszentrum



Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.115, 2021

Wien, am 21. September 2021

A. g) Fördermöglichkeiten *Seite 386*

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.

03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<*http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf*>

A.h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten 387 - 443

01) Prag wurde zur „schönsten Stadt der Welt“ gekürt

Das renommierte Magazin „Time Out“, das übrigens in mehreren Sprachen, nicht aber in Deutsch erscheint, kürte die tschechische Hauptstadt **Prag** zur siebtbesten sowie – noch prestigeträchtiger - zur **schönsten Stadt der Welt**. Im Rahmen der erstellten Ranglisten wurden 27.000 Einwohner von Weltstädten sowie Redakteure der Zeitschrift selbst befragt. Diese beantworteten Fragen rund um die Gastronomie und Kultur ihrer Städte. Dieses Jahr lag das Hauptaugenmerk der Befragung auf dem Gemeinschaftssinn, Umweltinitiativen und Grünflächen in der Stadt, schreibt das „Landesecho“.

https://landesecho.cz/index.php/gesellschaft/1878-time-out-magazin-zeichnet-prag-als-schoenste-stadt-der-welt-aus



Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.116, 2021

Wien, am 22. September 2021

02) Krone: Wandern bei den Nachbarn – Olmütz und Altvatergebirge

Mit großer Freude haben wir den Beitrag von **Eva Bukovec** in der „Krone bunt“ vom 19.9.2021 gesehen – er beschäftigt sich mit einem Ausflug nach **Olmütz** und ins **Altvatergebirge** – so weit, so gut. Allerdings kommen dann mehr und mehr die deutschen, altösterreichischen Namen „abhanden“! So wird aus **Groß Ullersdorf** „nur“ Velké Losiny (vor 1945 von 2369 Ew. 2246 Deutsche), aus **Groß Wisternitz** Velká Bystřice, Rychlebské hory statt **Reichensteiner Gebirge** usw. usf.

Statt von **Freiwaldau** wird nur von Jesenik erzählt (siehe auch die Landkarte!), und über den neu errichteten „Kaiser Wilhelm“-Aussichtsturm auf dem **Glatzer Schneeberg** / Větrov berichtete zuerst der **Grafschafter Bote** (01 / 2021!), dann die **„Sudetenpost“** in diesem Frühjahr: dieser wird, sogar tschechisch falsch, als „Dalimilova“ bezeichnet – kein Wort über die (deutsche) Vergangenheit.

Es ist ja auch bezeichnend, daß der **Tscheche** Pavel die **Österreicherin** Eva *darauf hinweist, daß der Berg (Praděd, Anm.)* ***auch*** *den Namen „Altvater“ trägt*.

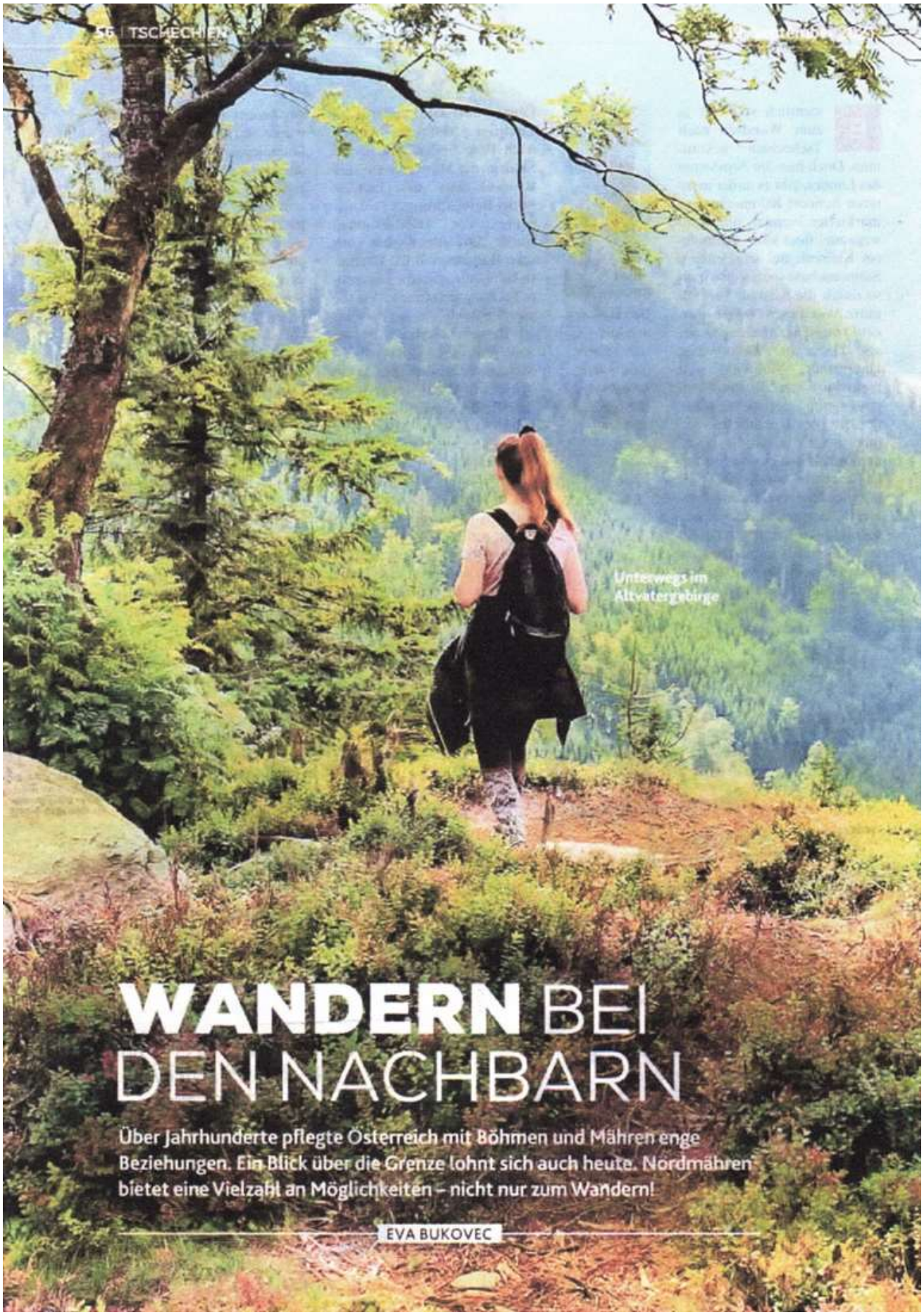
Aber wie sagte **NR-Abg. Dr. Gudrun Kugler** (ÖVP-Vertriebenensprecherin) kürzlich nach der erfolgreichen „sudetendeutschen Exkursion“ in OÖ/Böhmerwald: „Wir wissen viel zu wenig über die Vertreibungen der altösterreichischen, deutschsprachigen Minderheiten.“

Das ist leider wahr. Und: so weit, so schlecht…

Bitte machen Sie sich doch selbst ein Bild, der Artikel ist hier einsehbar.

https://drive.google.com/file/d/157h0Xp1OjHvGPGGDL0WVTA7_P9OeAi9h/view

[siehe nächste Seite]



Unterwegs im Altvatergebirge

WANDERN BEI DEN NACHBARN

Über Jahrhunderte pflegte Österreich mit Böhmen und Mähren enge Beziehungen. Ein Blick über die Grenze lohnt sich auch heute. Nordmähren bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten – nicht nur zum Wandern!

EVA BUKOVEC

Eigentlich sind wir ja zum Wandern nach Tschechien gekommen. Doch hier, im Nordosten des Landes, gibt es außer mehreren hundert Kilometern gut markierter Wander- und Radwege auch noch so manch anderes Kleinod. Bei strahlendem Sonnenschein spazieren wir also durch die Altstadt von Olmütz. Wer diesen Namen hört, denkt meist nur an einen Quargel. Dabei hat die einstige Hauptstadt Mährens weit mehr zu bieten als den doch etwas streng riechenden Käse, der sich vor allem durch seinen niedrigen Fettgehalt auszeichnet und für den es eine Vielfalt an Rezepten – von deftig bis süß – gibt. Die Tradition seiner Herstellung reicht bereits über 600 Jahre zurück, doch erst seit dem Jahr 2010 ist „Olmützer Quargel" auch ein von der EU geschützter Ursprungsbegriff.

Dank der günstigen Lage war Olmütz über Jahrhunderte das Zentrum Mährens. Gleich nach Prag finden sich in der Stadt an der March die meisten Baudenkmäler des Landes. Sechs Barockbrunnen (ein siebenter, der Arion-Brunnen wurde 2002 erbaut), das gotische Rathaus und die Dreifaltigkeitssäule, die eine besondere Stellung einnimmt. Wie die meisten Bauwerke der Altstadt im Barockstil erbaut, ist die Säule mit einer Höhe von 34 Metern die größte ihrer Art in Mitteleuropa. In ihrem Inneren befindet sich eine kleine Kapelle, in der schon Maria Theresia – als erste Frau – ihre Gebete sprach.



Den steinernen Aussichtsturm Dalimilova kann man seit Juli 2021 besuchen.

Nur wenige Kilometer weiter, in Velká Bystrice, treffen wir David Kapsia. David ist Miteigentümer der Minibrauerei TVARG. Bierbrauen hat gerade in Tschechien eine lange Tradition. In den Kellern der ehemaligen Schlossbrauerei, in der bereits 1579 Bier gebraut wurde, hat man sich nach umfangreichen Rekonstruktionen der Wiederbelebung althergebrachter Bierbraukunst verschrieben. Neben traditionellen Lagerbieren werden auch obergärige Biere und saisonale Spezialitäten gebraut. Außerdem weiht uns David bei einer Verkostung seiner Produkte in die Geheimnisse des richtigen Bierzapfens ein. Denn nicht nur das Bier alleine macht den Geschmack. Auch wie es gezapft wird, spielt eine große Rolle.

DIE ZUTATEN FÜR BIER: HEFE, HOPFEN, MALZ UND WASSER

Heißen Schwefelquellen verdankt Velké Losiny seine 450-jährige Tradition als Kurort. Doch eigentlich erlangte es wegen der Hexenverbrennungen, die hier im 17. Jahrhundert stattfanden, traurige Berühmtheit. Bevor wir zu unserer ersten Wanderung ins Altvater- →



Papiermanufakturen wie in Velké Losiny gibt es nur noch drei in Europa.



David Kapsia ist Bierbrauer aus Leidenschaft und gibt Kurse über das richtige Zapfen von Bier.





HUNDERTE RAD- UND WANDERWEGE, THERMEN UND KURANSTALTEN, KULTUR UND TRADITION – DAS ALLES BIETET NORDMÄHREN

gebirge aufbrechen, besuchen wir die Ausstellung über die Hexenprozesse im benachbarten Šumperk (Mährisch-Schönberg), die auf sehr eindrucksvolle Art die damaligen Ereignisse aufarbeitet.

Pavel ist Wander-Guide und heute mit uns unterwegs. Mit ihm wandern wir auf dem „Kammweg", einem rund 40 Kilometer langen Fernwanderweg. Erst geht es auf Forststraßen und Waldwegen durch Mischwälder und etwas sumpfiges Terrain zur Berghütte Švycarna. Noch etwa eine Stunde braucht man von hier auf den Praded, den mit 1492 Metern höchsten Berg Mährens. Während wir gehen, erzählt Pavel, dass der Berg auch den Namen „Altvater" trägt und quasi wie ein Schutzgeist über seine Heimat wacht. Auf dem Gipfel befindet sich eine verglaste Aussichtsplattform, von der aus sich eine atemberaubende Aussicht auf eine Landschaft, die in Millionen von Jahren geformt wurde, offenbart.

Nach der mehrstündigen Wanderung erwartet uns in Jesenik ein erfrischender Spaziergang durch den einzigartigen „Balneopark". Eine Wohltat für unsere müden Füße! Der Wassergarten hat verschiedene Stationen. Die belebenden Fußbäder mit Akupressur wecken unsere Lebensgeister. Der Naturarzt Vinzenz Priessnitz, der im 19. Jahrhundert nach einem schweren Unfall seine Verletzungen mit Kaltwasserumschlägen behandelte und damit Erfolg hatte, gilt als der Vater dieser Kaltwassertherapie.

An der Hauptstraße von Šumperk nach Jesenik, das als das eigentliche Tor ins Gesenke, wie das Altvatergebirge auch genannt wird, gilt, steht eine Papiermühle. Nur noch drei ihrer Art gibt es in Europa. Bereits seit dem 16. Jahrhundert wird hier handgeschöpftes Papier hergestellt. Neben vielen Prominenten zählt auch die tschechische Regierung zu deren exklusiven Kunden.

Noch einmal treffen wir Pavel. Das Ziel diesmal ist der seit Juli 2021 fertiggestellte steinerne Aussichtsturm Dalimilova am Südrand des Rychlebské-Gebirges. Der Anstieg ist steil, und die gestrige Wanderung sitzt uns noch in den Knochen. Als Draufgabe erwarten uns etwa 160 Stufen zur Spitze des Turms. Aber es hat sich gelohnt! Denn die Aussicht ist einfach wunderbar. ■



Die Dreifaltigkeitssäule in Olmütz – mit 34 Metern die größte in Mitteleuropa (o). Der Praded wird oft als alter Mann, dargestellt (re.).



INFOS:

Tschechische Zentrale für Tourismus – Czech Tourism
01/89 202 99
wien@czechtourism.com
www.visitczechrepublic.com



Auf dem Gipfel des Pradet befindet sich der Fernsehturm.

03) Die Flucht des Königs Richard I. Löwenherz von der Adria bis Wien-Erdberg. Von Georg Dattenböck

Die Flucht des Königs Richard I. Löwenherz von der Adria bis Wien-Erdberg

Georg Dattenböck

Die verschiedenen Orte der Gefangenschaft von König Richard I. Löwenherz sind bekannt. Wenig bekannt hingegen ist, was sich ab des Königs Landung, wahrscheinlich ab 11. November 1192, an der adriatischen Küste und dann folgend bei seiner ~560 km langen, winterlichen Flucht durch Friaul, Kärnten, Steiermark bis Erdberg bei Wien, ereignete. Diese vierzigtägige, abenteuerliche Flucht bewegte die Volksseele und sicherlich auch die Dichter: Ulrich v. Liechtenstein und Herrand v. Wildon kannten die Ereignisse im Kontext mit Löwenherz, sie kannten auch den vermutlichen Autor des Nibelungenliedes, wie aus der vergleichenden Durchsicht der Urkunden und Genealogien der Häscher des Königs erkennbar wird. Nach Verfasserthese kommen Ulrich oder Herrand für die Niederschrift der Handschrift A des Nibelungenliedes in Frage. Der hohe Adel der Steiermark/Kärntens wird die Handschrift A aufbewahrt und abgeschrieben (Hs M) haben, bis Hs A schließlich von Graf Hugo XII. v. Montfort in die Burg Hohenems verbracht wurde. Des Königs Fluchtweg könnte ein Vorbild für die „Venusfahrt" des Ulrich v. Liechtenstein von Venedig bis Böhmen gewesen sein.[1]



„Stationen der Gefangenschaft Richards I." – Karte: Peter Palm für das Historische Museum der Pfalz Speyer und für die Sonderausstellung: „Richard Löwenherz. König – Ritter – Gefangener" vom 17.9.2017 bis zum 15.4.2018.

1. Wien, Erdberg | 20.12.1192, Gefangennahme durch Männer des Herzogs von Österreich
2. Dürnstein | ab etwa 22.12.1192
3. Regensburg | 6.1.1193, Zusammentreffen mit Kaiser Henrich VI.
4. Ochsenfurt am Main | Februar bis März 1193, erneutes Treffen mit dem Kaiser am 21.3.1193
5. Speyer | 22.3.1193 Anklage in Speyer
6. Burg Trifels | 1.4.1193, Richard wird auf den Trifels gebracht
7. Hagenau | 19.4.1193, Zusammentreffen mit dem Kaiser in Hagenau
8. Worms | ab 28.5.1193, Zusammentreffen mit dem Kaiser am 25.6.1193
9. Speyer | ab 22.12.1193, Weihnachten in Speyer
10. Worms | 29.1.1194 Richard urkundet in Worms
11. Mainz | ab 2.2.1194, Freilassung am 4.2.1194

---

1) *„Abenteuer, wie Herr Ulrich in der Art einer Königin mit ihrer Ritterschaft durch die Länder reiste…"* Siehe: Gerhard Volfing: „Von Akkon nach Dürnstein. Herzog Leopold V. und König Richard Löwenherz", S. 80ff, Salzburg 2016.

Inhaltsverzeichnis

Der Weg von König Richard I. nach Jerusalem	03
Von Marseille nach Sizilien, weiter nach Zypern und Palästina	05
Die gescheiterte Heimreise von König Richard Löwenherz	07
Aquilea und Friaul – eine kurze historische Rückblende	09
Der deutsche Hochadel und dessen Bindungen zu Aquilea, Friaul, Kärnten und Steiermark	13
Meinhard II. und Engelbert III. v. Görz	14
Kärnten und Steiermark	15
Minnesänger in der Steiermark	16
Herkunft des Namens „Truhsen/Truhsna/Truchsen"	22
Bambergs Bischof Gunther und seine Verwandtschaft zum Passauer Bischof Pilgrim	26
Passaus Bischof Pilgrim als Urdichter der „Nibelunge Nôt"	30
König Richard Löwenherz in Friesach und seine Flucht in der Steiermark	31
Friedrich v. Pettau und die v. Hag	32
Amelrich v. Hollenburg und der Kontext zum vermutlichen Nibelungenlied-Verfasser	33
Die Grafen v. Montfort-Bregenz-Pfannberg und die Nibelungenlied-Handschriften A+M	42
Die Gefangennahme von König Richard Löwenherz in Erdberg bei Wien	44
Die Herren v. Kuenring als Bewacher von König Richard I. Löwenherz in Dürnstein	46

Der Verfasser vertritt die These, daß

a) König Richards mißglückte Heimreise aus Palästina;
b) seine Flucht durch die Ostalpen im Kontext zu den Häschern;
c) seine lange andauernde Gefangenschaft und
d) das von Kaiser Heinrich VI. und Herzog Leopold V. erpreßte Lösegeld für die Freilassung des Königs im Kontext zum Nibelungenlied-Verfasser und dessen nach 1203 entstandenem Epos stehen kann.

Ein indirekter, kleiner Hinweis auf König Richard Löwenherz kann der im Nibelungenlied nur einmal auftauchende, merkwürdige Name „Ritschart" sein: sehr spät wird er, als Gefolgsmann des Dietrich v. Bern beim blutigen Ende der Nibelungen in König Etzels Burg in Gran, genannt. Dietrich v. Bern und Löwenherz haben gemeinsam, daß sie Jahrelang aus ihrem Reich abwesend waren und um ihre Reiche stets kämpfen mußten. Die Strophe 2281 im Nibelungenlied lautet:[1]

Ritschart und Gerbart, Helferich und Wikhart
hatten sich in vielen Kämpfen nicht geschont.
Das ließen sie die Männer Gunthers spoüren.
Da sah man Wolfbrand mächtig kämpfen.

Der Weg von König Richard I. nach Jerusalem

Jerusalem wurde 1187 vom Kurden Saladin, Sultan von Ägypten, erobert. Geführt von Kaiser Friedrich I. zogen 1189 an die 350.000 Kreuzritter, zur Rückeroberung der „Heiligen Stadt", in den Dritten Kreuzzug. Dieser scheiterte: am 10.6.1190 ertrank Barbarossa im Fluß Salef in Kleinasien, rund ein Drittel der Kreuzfahrer starb und Zehntausende kamen, an Leib und Seele zerstört, aus Palästina zurück. Der Uradel Europas starb in der Folge rasch aus.



Das „Angevinische Reich" des Königs Richard I. Plantagenet, genannt Löwenherz, reichte von den Pyrenäen bis nach Schottland. Karte von Peter Palm für das Historische Museum der Pfalz Speyer, erstellt für die Sonderausstellung: „Richard Löwenherz. König – Ritter – Gefangener" vom 17.9.2017 bis zum 15.4.2018.

Der am 8.12.1157 geborene und am 3.9.1189 in London zum König gekrönte Richard I. nahm an diesem 3. Kreuzzug in der Zeit von 1190-1192 ebenfalls teil.
Richard I. stammte väterlicherseits aus dem Geschlecht der Anjou-Plantagenet, begründet von seinem Großvater Gott-fried, der mit Mathilde (1102-1167), zuerst die Gattin des deutschen Kaisers Heinrich V., verheiratet war.
Der Sohn aus dieser Ehe, König Heinrich II., war mit Eleonore v. Aquitanien verehelicht. Richard I. wurde als dritter Sohn und Liebling der Eleonore geboren und war für eine Ehe mit der Tochter des französischen Königs Ludwig VII. vorgesehen, was jedoch scheiterte. Die längste Zeit seines Lebens lebte Richard in den festländischen Gebieten seines Reiches.
König Richard dürfte seinen Vater Heinrich II. gehaßt haben und wurde vom Adel Aquitaniens, den er wegen dessen Aufstände niederwarf, nie anerkannt. Eine der ausführlichsten Biographien über Löwenherz schrieb Frau Ulrike Kessler.[2]

---

1) Joachim Heinzle: „Das Nibelungenlied und die Klage"; S. 717, 2. Auflage, Berlin 2014.
2) „Richard I. Löwenherz. König, Kreuzritter, Abenteurer", Graz, Wein Köln 1995.



Links: Buchmalerei in der ‚Abbreviatio Chronicorum' des Matthew Paris.[1] Richard I. hält ein Schwert und ein Schild mit seinem persönlichen Löwenwappen, das auch zum Wappen Englands wurde. Das „Itinerarium peregrinorum et gesta regis Ricardi" enthält eine Beschreibung: er war von stattlicher Körpergröße und eleganter Erscheinung, seine Haarfarbe schimmerte zwischen Gold und Rot, seine Beine waren lang und auch die Arme, so daß er damit gut ein Schwert führen konnte. Er hatte die Gestalt eines Hünen.



Kampf zwischen Saladin und Löwenherz: Phantasiezeichnung um 1340.



Löwenherz gelang es nicht, das Zwischenziel seiner Flucht, die Burg Dankwarderobe in Braunschweig (links) zu erreichen.

Sie war die Burg des Welfen Heinrich des Löwen. König Richard war zu seiner Zeit das Haupt der „Welfen-Partei".
Otto, der dritte Sohn Heinrich des Löwen, wuchs am Hof seines Onkels Löwenherz auf und erlangte von 1209 bis 1218 als Otto IV. den deutschen Kaiser-Thron.



Grabmal des Königs in der Abtei Fontevrault. Richard I. starb durch einen Pfeilschuß und ohne Nachkommen am 6.4.1199 bei der Belagerung von Cabrol bei Limoges.

„Der Leichnam Richards I. wurde auf seinen Wunsch hin zerteilt; über einige der Teile traf er reichlich sonderbar anmutende Verfügungen. Eher normal war die Extra-Bestattung des Herzens, sein ‚unbesiegbares' Herz vermachte Richard I. der Kirche von Rouen, wegen der Treue der Normannen. Die Eingeweide wurden, ebenso normal, noch in Chaluz beerdigt, der Körper nach Fontevrault überführt und zu Füßen des Vaters, als dessen Verräter er sich bekannte, beigesetzt. ‚Die Untreue seiner Stammlande' bestrafte Richard mit der Hinterlassung seines Kotes!"[2]

---

1) Handschrift London, British Library, Cotton MS Claudius D VI, fol. 9v (1250–1259).

2) Ingeborg Lechner: "Die Macht der Chronisten: Berichte über Tod und Reputation englischer Könige im Mittelalter", S. 36; Magisterarbeit, Wien 2008.

Von Marseille nach Sizilien, weiter nach Zypern und Palästina

Da seine große Flotte beim Plündern von und dadurch in Lissabon aufgehalten wurde und sich auch deshalb verspätete, begann Ende Juli 1190 König Richard I. seinen Kreuzzug, in dem er auf gemieteten Schiffen von Marseille aus zunächst nach Messina in Sizilien segelte. Hier zog er sich den Haß von Kaiser Heinrich VI. zu: der Staatsschatz Siziliens, geraubt vom Normannen Tankred v. Lecce und König Richard, muß als eine Ursache des kaiserlichen Haftbefehls von 1192 gegen König Richard Löwenherz gesehen werden. Die Vorgeschichte:



Kaiser Heinrich VI. ehelichte 1186 Konstanze, Tochter des Normannenkönigs Roger II. v. Sizilien. Konstanze war die Tante und Erbin des kinderlosen Normannenkönigs Wilhelm II. v. Sizilien, der 1177 Johanna Plantagenet, die Schwester König Richards, ehelichte.

Kaiser Heinrich VI. und Konstanze v. Sizilien.[1]

„Mit fröhlichen Hoffnungen war im Anfang des Jahres [Kaiser] Heinrich nach Italien hinabgestiegen, um in Rom die Kaiserkrone zu empfangen und dann die südlich schönen Erblande seiner Gemahlin Constantia, der letzten anerkannten Sprossin des normannischen Königstammes, in Besitz zu nehmen. Doch des Kaisers Hoffnungen waren gescheitert."[2]

Normannenkönig Wilhelm hatte die Erbfolge seiner Tante Konstanze anerkannt. Mit Recht erhob daher Kaiser Heinrich VI. als Konstanzes Gatte den Herrschaftsanspruch über Sizilien. Jedoch: Tankred v. Lecce, unehelicher Sohn des Herzogs Roger III. und Enkel des Roger II. übernahm 1189, mit berechnender Unterstützung des dem staufischen Kaiserhaus feindlichen Papstes Clemens III., die Macht über Sizilien, indem er sich am 18.1.1190 vom Erzbischof Walter in Palermo krönen ließ.

„Nach einigen Auseinandersetzungen Richards mit Tankred v. Lecce, die schließlich zur Eroberung Messinas durch die Engländer führte, wurde zwischen beiden ein Frieden geschlossen, der Tankred die stolze Summe von 40.000 Goldunzen (1.224 kg Gold) kostete, die er aus dem Staatsschatz entnahm, der eigentlich dem Staufer gehörte. In weiterer Folge betrachtete Richard Graf Tankred als Verbündeten, dem er gegen alle seine äußeren Feinde Unterstützung versprach. Diese Verbindung war eindeutig gegen den Stauferherrscher gerichtet und sollte König Richard auf seiner Heimreise zum Verhängnis werden. (...) Der Kaiser holte sich mit dem Lösegeld auch die Summe zurück, die ihm in Messina entfremdet wurde".[3]

Nach den sizilianischen Wirren fuhr König Richard mit seiner eigenen Flotte zur Insel Zypern, eroberte diese und erbeutete ebenfalls den Staatsschatz des dortigen Herrschers Isaak Komnenus. Später, in Palästina, verkaufte Richard für 100.000 Goldbyzantiner die Insel an den Templerorden und von diesem ging Zypern an Guy de Lusignan, dessen Familie 400 Jahre lang dort herrschte. Obwohl König Richard mit Alice, der Schwester des französischen Königs Phillipp verlobt war, ehelichte er in Zypern am 12.5.1191 Berengaria v. Navarra. König Philipp sann auf Rache und Richard zahlte dem französischen König eine Entschädigung.

---

1) „Liber ad honorem" des Petrus de Ebulo, 1196.
2) Karl Alois Rueller: „Des Richard Löwenherz deutsche Gefangenschaft (1192-1194)", S. 18; Nachdruck, Paderborn 2011
3) Gerhard Volfing: „Von Akkon nach Dürnstein. Herzog Leopold V. und König Richard I. Löwenherz"; S. 49, Wals 2016.

König Richard erreichte am 8.6.1191 Akkon in Palästina, wo er an der Erstürmung der Festung maßgeblichen Anteil hatte. Hier beleidigte Richard den Herzog Leopold V. schwer: *„Die Kreuzfahrer anderer Staaten, die zum Teil bis zu zwei Jahre vor der Festung ausgeharrt hatten, gingen dagegen leer aus. Ihre Proteste wurden von Richard und Philipp ignoriert. Doch dann forderte Herzog Leopold V. v. Österreich für sich einen den beiden Monarchen gleichberechtigten Status. (...) Seine Forderung gründete er auf seine Stellung als höchstrangiger Fürst des deutschen Kreuzheeres und führender Repräsentant des Heiligen Römischen Reiches. Die Reaktion erfolgte schnell und auf eindeutige Weise: Angevinische Soldaten entfernten das österreichische Banner und verunglimpften es, indem sie es in den Schmutz traten, möglicherweise gar in einer Latrine versenkten. Ob Richard den Befehl dazu gegeben hatte, bleibt ungewiß, doch es ist davon auszugehen, daß ihn die drastische Vorgehensweise nicht weiter störte. Den militärisch bedeutungslosen Babenberger an der Beute teilhaben zu lassen und auf diese Weise seinen eigenen Anteil zu schmälern, lag ihm gewiß denkbar fern, zumal Leopold obendrein ein Parteigänger Konrads von* ***Montferrat*** *war, weshalb dessen Forderung auch eine politische, gegen Richard gerichtete Spitze beinhaltete."*[1]

Die Markgrafen v. Montferrat in der Lombardei waren ursprünglich eingewanderte Normannen. Ihr Territorium Montferrat im Piemont erstreckte sich von Norden nach Süden, zwischen den Seealpen und dem Po, es umfaßte die Fläche von 2750 km².
Zur Bestürzung von König Richard wurde nicht er, sondern Markgraf Konrad v. Montferrat zum König von Jerusalem gewählt. Konrad war verheiratet mit Judith, Tochter des Babenberger Herzogs Leopold III. und Agnes v. Waiblingen (der Enkelin Kaisers Heinrich IV.). Einer der Brüder des Konrad v. Montferrat war der Kreuzritter und Graf v. Jaffa und Askalon: Wilhelm Langschwert.
Als König Philipp v. Frankreich vorzeitig nach Hause segelte, übergab er seine muslimischen Gefangenen nicht an Löwenherz, sondern an Konrad v. Montferrat, dem siegreichen Verteidiger von Tyrus, der Löwenherz auch die Heerfolge verweigerte. Konrad v. Montferrat wurde am 28. April 1192 in Tyrus von zwei Angehörigen der schiitischen Assassinen ermordet.
„Es findet sich nicht die geringste Unterstützung für den Verdacht", schrieb Theodor Toeche, daß Löwenherz der Anstifter des Mordes war.[2] Der Grund für den Mord war wohl, daß Markgraf Konrad ein Schiff der Assassinen plündern ließ.
Kaiser Heinrich VI. nahm jedoch in seinem Edikt gegen Löwenherz auf diesen Mord Bezug: *„Überall im Volk wurde der Befehl gegen den angeblichen Mörder des Markgrafen v. Montferrat und den Verräther am Heiligen Land mit Beifall aufgenommen, von Niemandem aber mehr, als vom Herzog Leopold v. Österreich; nicht nur, weil er als Verwandter des gemordeten Markgrafen und des gekränkten Kaisers zur Bestrafung Richards besonders verpflichtet, sondern weil er vom Könige selbst auf das heftigste beleidigt worden war."*[3]
Zum späteren Unglück für Löwenherz waren auch seine Häscher: Meinhard II. und Engelbert III. v. Görz, Neffen des ermordeten Markgrafen Konrad v. Montferrat.

Das sehr überheblich-arrogante Verhalten von Löwenherz trug sicher dazu bei, daß Herzog Leopold V., ohne Widerspruch, den kaiserlichen Haftbefehl für den Kreuzfahrer Löwenherz exekutierte. An sich war jeder Kreuzfahrer durch Gesetz und Amnestie vor jeder Verfolgung gefeit: es drohte jedem Verfolger die sofortige Exkommunikation durch den Papst.

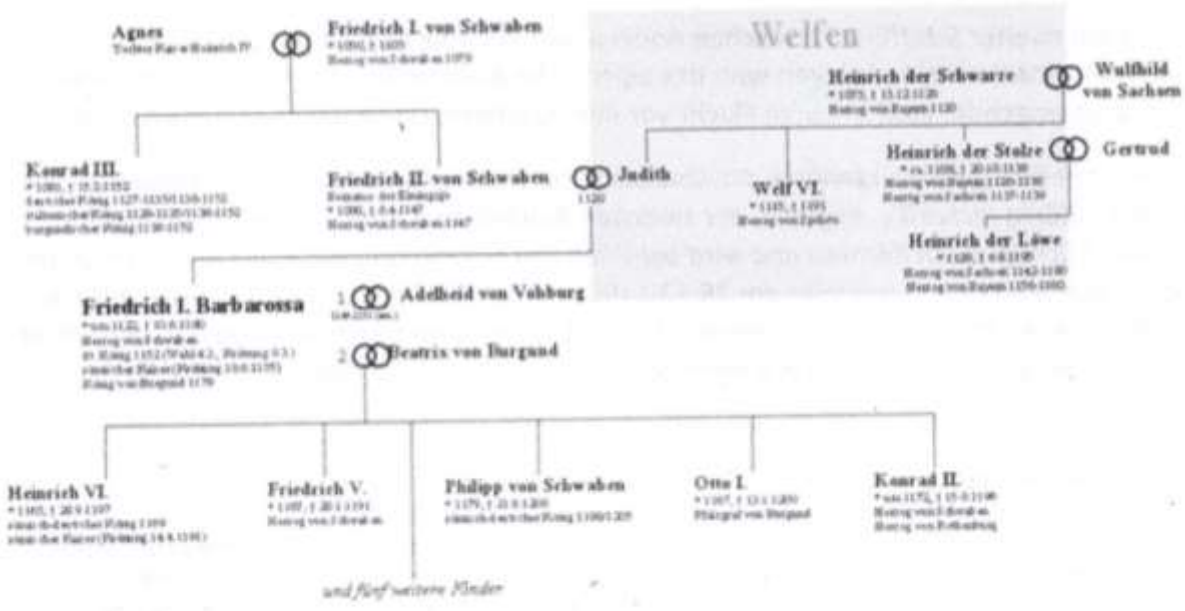
---

1) Robert-Tarek Fischer: „Richard I. Löwenherz 1157-1199. Mythos und Realität", S. 141, Wien 2006.
2) Theodor Toeche: „Kaiser Heinrich VI.", S. 253; unveränderter Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1867, Darmstadt 1965.
3) Theodor Toeche, w.o., S. 256.

Alle zeitgenössischen Chronisten berichteten von König Richards Mut, seiner Tollkühnheit in allen Kämpfen in Palästina: er erhielt den Beinamen „Löwenherz". Andererseits zeigte er Wesenszüge, die einen erschaudern lassen: die Verhandlung mit Saladin um die Rückgabe des von den Moslems eroberten „Heiligen Kreuzes" scheiterten. Löwenherz ließ an die 2.700 gefesselte Moslems zu einer für das moslemische Heer gut sichtbaren Stelle außerhalb Akkons auf einen Hügel namens Aijadieh treiben und dort vor aller Augen in einem stundenlangen Blutbad hinrichten.
Mit dieser massenmörderischen Tat zog er sich nicht nur die Verachtung der Muslime, sondern wohl auch von Christen zu. Obwohl Löwenherz mit seinem kleinen Heer noch glänzende Siege über zahlenmäßig weit überlegene Heere Saladins erringen konnte, wurde das Endziel des Dritten Kreuzzuges, Jerusalem zu erobern, nicht erreicht.

Die gescheiterte Heimreise von König Richard Löwenherz

Von Akkon aus begann am 9. Oktober 1192 König Richard Löwenherz die Heimreise. Was ihn folgend an Verfolgung und Unheil erwartete, ahnte er am Tag seiner Abreise noch nicht: *„Zwei Monate später hetzte der Held des Dritten Kreuzzuges fast völlig auf sich allein gestellt, einem flüchtigen Verbrecher gleich, durch die winterlichen Ostalpen seinem Verhängnis entgegen. Wie hatte es zu dieser bizarren Wende kommen können?"* [1]
Richards größter Feind, nicht nur in Palästina, war König Philipp II. v. Frankreich, der nach Richards Sturz gierte, sich dessen Ländereien aneignen wollte und sicherlich auch die beleidigende Zurückweisung seiner Tochter durch den König nicht vergessen hatte. Auch Kaiser Heinrich VI. war Richards erklärter Feind: nicht nur durch des Königs Verhalten in Sizilien, sondern auch, weil Richard damals das Haupt der Welfen war und diese lagen viele Jahrzehnte mit den Staufern in erbitterter Fehde um die Macht im Deutschen Reich. Dieser häßliche Streit war nicht nur ideologisch geprägt, sondern war auch ein Machtkonflikt innerhalb einer Familie. 1168 ehelichte der Welfe Heinrich der Löwe, ein Vetter des Staufer-Kaisers Friedrich I., die Königstochter Mathilde, eine Schwester von Richard Löwenherz.



Stammtafelausschnitt von Kaiser Friedrich Barbarossa (erstellt von David Hermann).

1) Robert-Tarek Fischer: „Richard I. Löwenherz 1157-1199. Mythos und Realität", S. 188; Wien 2006.

Während Löwenherz noch in Palästina kämpfte, reiste König Philipp frühzeitig von dort ab und traf sich in Rom mit Papst Cölestin III. und im Herbst 1191 mit Kaiser Heinrich VI. in Mailand. Philipp versuchte, beide für seine Pläne und gegen den König einzustimmen. Besonders beim Kaiser fand Philipp offene Ohren, denn Heinrich VI. hatte seine Erfahrungen mit den Welfen nicht vergessen: der junge Heinrich, Sohn des Welfen Heinrich d. Löwen, verließ das Heer des Kaisers, kurz vor dem Scheitern der Belagerung von Neapel, floh in das gegnerische Lager, um von dort aus in Deutschland das Gerücht vom angeblichen Tod des Kaisers in Umlauf zu bringen. Er verfolgte den Plan, selbst die Kaiserkrone zu erlangen.
Toeche beurteilte die damalige Lage so:[1] *„Der österr. Chronist Ansbert sagt deutlich, daß Richard den Kaiser durch die mannigfache Aufhetzung Heinrichs des Löwen gegen ihn und durch andere Hindernisse mit denen er seine Regierung durchkreuzte, verletzt und gereizt hatte. (...) Bis auf den heutigen Tag hat seine* [des Kaisers] *schmähliche Geldgier den einzigen Grund abgeben müssen, warum er ‚den berühmten englischen König, der nie sein Feind war, widerrechtlich gefangen hielt' und ‚einen unabhängigen König vor sein Tribunal forderte.'"*
Die Folge der Aussprache mit König Philipp in Mailand war, daß der Kaiser ein Edikt im Reich verbreiten ließ, in welcher Löwenherz zum Feind des Reiches erklärt und befohlen wurde, nach ihm zu fahnden und ihn zu ergreifen.
Als die „Franche-Nef", des Königs Schiff, nach einem Monat in Korfu landete, erkannte er die für ihn gefährliche Lage: eine Überfahrt nach Süditalien, über Land weiter nach Deutschland und dann nach Hause, war unmöglich. Eine Fahrt durch die Meerenge von Gibraltar, in die Atlantik-Winterstürme war, wie eine an sich logische Landung im Hafen von Marseille, dieser jedoch vom Feind beherrscht, völlig auszuschließen. In Korfu entließ Richard den Großteil der Begleitung, mit Ausnahme eines deutschsprechenden Pagen, Graf Baldwin, Kaplan Anselm, Magister Philipp (später: Erzbischof v. Canterbury) und einige Tempelritter.[2]

Die Bora[3] zwang das gemietete Piratenschiff, den Hafen von Ragusa anzulaufen. Bei der Ragusa vorgelagerten Insel Lokrum kam es angeblich zum Schiffbruch, die dortigen Benediktiner nahmen sie auf, versorgten sie und ruderten die Schiffbrüchigen nach Ragusa.[4]

Ob es ein zweiter Schiffbruch zwischen Aquilea und Venedig bzw. in oder bei Grado, oder auch ein ganz normales Anlegen war: das eigentliche Abenteuer, eine rund 560 km lange, sehr anstrengende, wochenlange Flucht vor den Häschern, stand dem König noch bevor.

Immer mit Bezug auf zeitgenössische Quellen wird in den „Kärntner Geschichtsquellen"[5] berichtet: *„König Richard v. England, der zwischen Aquileja und Venedig Schiffbruch gelitten, kommt flüchtig durch Kärnten und wird bei Wien von Herzog Leopold V. v. Österreich gefangen. Kaiser Heinrich VI. schreibt am 28.12.1192 an König Philipp II. August v. Frankreich bezüglich der Flucht durch Kärnten. Herzog Ulrich II. zeigte dem Herzoge Leopold V. den Flüchtling an."* Herzog Ulrich II. war, wie seine Sponheimer Ahnen, ein Freund der Staufer.[6]

---

1) Theodor Toeche, w.o., S. 247.
2) Insgesamt siebzehn bis zwanzig Personen – s.: Karl Alois Rueller: w.o., S. 27.
3) Diese tückischen Fallwinde, mit Geschwindigkeiten bis zu 200 km/h in den Wintermonaten, treten entlang der kroatischen Inseln, zwischen Rijeka und Split, bis hin zur montenegrinischen Küste auf.
4) Die romanische Basilika in Ragusa wurde angeblich vom König als Dank für seine Rettung gestiftet.
5) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen"; Bd. 3, S. 534-535, Klagenfurt.
6) Ältester Sohn Herzog Hermanns v. Kärnten und Agnes, T. Herzogs Heinrich Jasomirgott. Ulrich II. (*1176; †10.8.1202) war 1181-1202 Herzog. Bis zu seinem Herrschaftsantritt, 1194, stand er unter der Vormundschaft seines Onkels Herzog Leopold V. 1197 nahm Ulrich II. am Kreuzzug von Kaiser Heinrich VI. teil. Sein Nachfolger als Herzog wurde sein jüngerer Bruder: Bernhard v. Spanheim.

Aquilea und Friaul – eine kurze historische Rückblende

Auf der „Peutingerschen Karte", die in das erste Drittel des 5. Jhdts. zurückgeht, ist Aquileia als Stadt mit Türmen und Stadtmauern dargestellt. Wichtige Straßen verbanden sie mit Italien und Mitteleuropa. Im östlichen Stadtteil lag das große Hafenbecken (48 m breit und mehr als 400 m lang), das aus Aquileia eine reiche Stadt und die Hauptstadt der zehnten Region des Römischen Reiches machte. Nach Süden erreicht man den Seehafen Grado; im Westen lagen die strategisch wichtigen Fernstraßen „Via Annia" und „Via Postumia", die Aquileia mit den anderen Regionen Italiens verbanden; nach Norden führt die Straße nach Cividale (Forum Iulii) oder weiter nach Noricum, in Richtung Osten gelangt man nach Triest und entlang des Isonzo nach Görz und weiter nach Laibach.
Die lateinische Sprache war jene der römischen Eroberer und die furlanische Sprache Friauls entwickelte sich in der Folge aus der machtpolitischen Lage des Landes.

Der Grund für die vermutlich in Friaul entstandene, germanische Sagentradition über Dietrich v. Bern, über dessen Waffenmeister Hildebrand, über die Hunnen und den Heruler Wideke Welandson, kann das römische Heerlager Concordia-Sagittaria[1] bei Portogruaro gewesen sein: das Legionslager lag am Kreuzungspunkt der „Via Annia" und der „Via Postumia". Hier fand wohl im 5. Jhdt. ein entscheidender Kampf mit Hunnen statt, wo der Dietrich-Sage nach zwei Söhne des Hunnenkönigs Attila von Wideke Welandson getötet wurden.

Concordia-Sagittaria wurde 42 v. Chr. als römische Kolonie mit dem Namen „Iulia Concordia" gegründet, liegt am Fluß Lemene und unmittelbar südlich der Stadt Portogruaro (Kranichhafen), sie muß mit „Gransport" ident sein, das in der schwedischen „Thidrekssaga"[2] genannt wird.
Historisch ist: „Sagittarius" war der Name römischer Bogenschützen. Das Hauptquartier der römischen Legionärstruppe *„auxilia palatina hildoiden numerus Herulorum seniorum"* war hier stationiert.[3]
Einige Grabinschriften der bei den Bogenschützen dienenden Heruler, bzw. auch Germanen anderer Stämme, wurden hier gefunden: *„Flavius Sindila, Flavius Batemod ducenari(us),*[4] *Guntia, Silvimar, Marcharid, Eving, Alagild, Alathanc, Fanigild."* [5]

Der Verfasserthese nach diente in Concordia-Sagittaria der herulische Söldner Wideke Welandson, der Hildebrand seine Herkunft beim Treffen am Hochwasser führenden Fluß Eisack in Tirol erzählte: *„Ich bin geboren in Dänemark. Mein Vater heißt Weland, meine Mutter ist König Nidungs Tochter aus Jütland, und ich heiße Wideke. Ich will reiten zu Didrik, König Thetmars Sohn von Bern..."*

---

1) „Notitia Dignitatum" occ. V 162, VII 13.
2) *„Die Thidrekssaga ist eine umfangreiche Sagenkompilation des 13. Jhdts. in altznordischer Sprache; neben der älteren norwegischen Fassung (und mit ihr verwandten isländischen Fassungen) existiert auch eine knappere altschwedische aus dem 15. Jhdt. (Didrikskrønike), von der zumeist angenommen wird, daß es sich um eine verkürzende und Widersprüche ausgleichende Übersetzung der uns erhaltenen norwegischen Handschrift handelt. Die Saga erzählt in Prosa das Leben des Helden „Þiðrekr af Bern", der im deutschen Sprachraum als Dietrich v. Bern bekannt war"* (Wikipedia)
3) Diese Heruler waren Bogenschützen der spätrömischen Armee, fremdländische Hilfstruppen und Söldner. Kaiser Konstantin I. schuf diese neuen Einheiten in seiner Feldarmee um das Jahr 325.
4) Ducenarius: ein römischer Hauptmann, der über zweihundert Mann oder zwei Zenturien gebot.
5) Otto Fiebiger/Ludwig Schmidt: „Inschriftensammlung zur Geschichte der Ostgermanen" Kap. 2: „West-Heruler"; S. 142. „Denkschriften", 70. Bd., S. 44, 153, 154, 155; Wien 1939.
Vgl. dazu Ludwig Schmidt: „Geschichte der deutschen Stämme" Bd. I, 345, Berlin 1904.

Diese germanischen Söldner waren die Elitetruppe des römischen Heeres.[1] Zu Zeiten der Kaiser Honorius und Arcadius war der Heruler Hariso im römischen Armeelager in Concordia-Sagittaria ein Exerziermeister der Bogenschützen.[2]
Auf der Insel Seeland wurde ein Name ‚*Hariso*' auf der Spange 9, im Gräberfeld Himlingøje I, gefunden: eine Frau (Harisos?) trug diese kostbare Spange. *„Kaum viel später dürfte der Flavius Hariso de numero Erolorum gelebt haben".*[3] Das germanische *harja hat die Bedeutung: „zum Krieg/Heer gehörig", ist ident mit „Harii" = „Krieger/Heerleute" (siehe den lugischen Teilstamm der ‚Harrier' mit ihrem kurzzeitigen Hauptort Feltria im Piavetal und nahe dort im Jahr 1879 am Berg Aurin (Odinsberg) gefundene Königsschale Geilamirs, jetzt in Paris).

476, mit Erlöschen des Weströmischen Reiches, blieben diese germanischen Krieger mit ihren Familien vielfach in Friaul sitzen und prägten das Land mit. Nach ihren verlorenen Kämpfen siedelten sich Ostgoten in Kroatien/Krain/Kärnten und Friaul an, in deren Gefolge sarmatische Sippen.[4] In Grado wurden Grabinschriften von Ostgoten namens Amara und Guderit gefunden.[5] Auch prägten die 568 von Pannonien nach Friaul und in die Lombardei einwandernden Langobarden das Land: unter Herzog Gisulf war das erste langobardische Zentrum die römische Stadt „Forum Iulii" (Cividale, deutsch: Östrich). Den vielfach germanischen Ursprung berühmtester Familien in Italien fand Ludwig Woltmann.[6]

Markgraf Berengar I. v. Friaul wurde 915 Kaiser. Er verlegte seinen Machtmittelpunkt nach Verona und gründete die „Marca Veronensis et Aquileiensis", die sich über ganz Friaul, Julisch-Venetien, über die Grafschaft Trient, sowie auch über Istrien erstreckte (ausgenommen Venedig). 951, nach der Niederlage Berengars II. gegen den späteren Kaiser Otto I. wurde die Mark, auf dem Reichstag zu Augsburg 952, vom italienischen Königreich abgetrennt, als Markgrafschaft Verona dem Herzogtum Bayern angegliedert und Herzog Heinrich I. zu Lehen gegeben. Es wanderten sehr viele Deutsche ein, die in deutschen Gemeinden lebten. Heute sind die vielen deutschen Orts- und Flurnamen in Friaul meist vergessen.[7]

Wenn Löwenherz in/bei Grado landete, mußte er auf seinem Weg an der uralten Kirche von Aquilea vorbeireiten, wo ab Ende des 11. Jhdt. deutsche Patriarchen herrschten: ab 1204 der dem staufischen Kaiserhaus treu ergebene Bischof Wolfger v. Passau, der Förderer Walthers v. d. Vogelweide.[8] Er war 1203 wohl auch Initiator des NL. Die Vorgänger Wolfgers waren:

---

1) Theodor Mommsen in: „Hermes. Zs. für classische Philologie"; XXIV, S. 232, Anm. 4; Berlin 1889.
2) Johannes Hoops: „Reallexikon der germ. Altertumskunde", 2. Bd. F-J, S. 450, Straßburg 1913-15.
3) Wolfgang Krause: „Runen"; S. 68, Berlin-New York 1993.
4) Siehe viele Gotizismen in der slovenischen und kroatischen Sprache. *„Der karantanische Haufenhof hat weitgehende Ähnlichkeit mit norwegischen u. schwedischen Häusern in Grund- und Aufriß. Die Gleichheit der Anlage, die Trennung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, der Bau der Vorratshäuser, der Verwendung der Laube und der Tore gehen so weit, daß die Unterschiede lediglich als solche von Stilstufen bezeichnet werden müssen. Die Ostgermanen könnten Hausformen von dort mitgebracht haben."* Ernst Klebel: „Siedlungsgeschichte des Deutschen Südostens"; S. 10 u. 16, München 1940.
5) Otto Fiebiger, Ludwig Schmidt, w.o., S. 112, 114.
6) „Die Germanen und die Renaissance in Italien", Leipzig 1905.
7) R. Merkh: *„Daß Friaul von jeher ein durch und durch italienisches Land gewesen sei, ist eine hohle Redensart, denn Friaul war einmal nicht nur ein deutsches Reichsland, sondern wirklich auch zum größten Teil ein deutsches Land"* („Deutsche Ortsnamen in Friaul", Wien 1916).
8) In Aquilea lebte der Friulaner Domherr Thomasin v. Zerklaere, dem Papst sehr ergeben, jedoch Walther nicht. Thomasin verfaßte ein langes Gedicht in Deutsch: der „Welschen Gast", in dem er Walther wegen dessen bekannter, deftiger Streitsprüche gegen den Papst verurteilte. Dieses Gedicht wurde in Deutschland weit verbreitet und Walther geriet dadurch in eine vorher nie erlebte Krise und Armut.

- **Poppo**, aus der Sippe der Ottokare, der 994 als ‚*Waltpotus*' (Gewaltbote) König Ottos III. in Kärnten genannt wird.
- **Eberhard** (†13.11.1048) Patriarch 1043 - 1048, einst Augsburger Domherr. Kaiser Heinrich III. machte ihn zum Kanzler für Deutschland (4.7.1040 - 8.11.1042).
- **Gotebald,** Patriarch von 1049 - 1063;
- **Rawenger,** Patriarch von 1063 – 1068;
- **Sieghard,** Patriarch 1068 - 1077, Sohn Sieghards VII., Graf i. Chiemgau und Bilihild v. Andechs. Nach Heinrichs IV. Gang nach Canossa (Januar 1077) verlieh der König dem Patriarchen die Grafschaft Friaul und das Landgut Lunzanicha (heute ein Teil von Görz);
- **Heinrich**, Patriarch 1077 – 1084, stammte aus dem Geschlecht v. Biburg bei Abensberg, das mit den Grafen v. Scheyern verwandt war.
- **Ulrich I. v. Eppenstein** *~1055, Patriarch 1086 – 1121, aus der Sippe Eppenstein; König Heinrich IV. war mit Ulrich verwandt;
- **Egilbert**, 1120 Domdekan des Kapitels von Bamberg. 1129 wurde er als Patriarch berufen, wo er sich jedoch nicht halten konnte und nach Bamberg zurückkehrte. Nach dieser Rückkehr erhielt er die Propstei St. Gangolf und wurde Bischof v. Bamberg 1139 – 1146.
- **Ulrich v. Ortenburg** 1130 – 1132 (Elekt, nicht bestätigt);
- **Pilgrim I.** 1130/32 – 1161 (Spanheimer Herkunft nicht gesichert);
- **Ulrich II. v. Treffen**, Patriarch 1161 – 1181; Sohn v. Graf Wolfrad II. v. Treffen (Abensberg) und Ratenstein, Vogt von Isny. Der Vater entstammte den Grafen Althaus-Veringen, die Mutter Hemma war die Tochter von Graf **Weriand** (bis 1130 Vogt von Gurk/Kärnten).
- **Gottfried,** Patriarch 1182 – 1194;
- **Pilgrim II. v. Dornberg,** Patriarch 1195 – 1204.

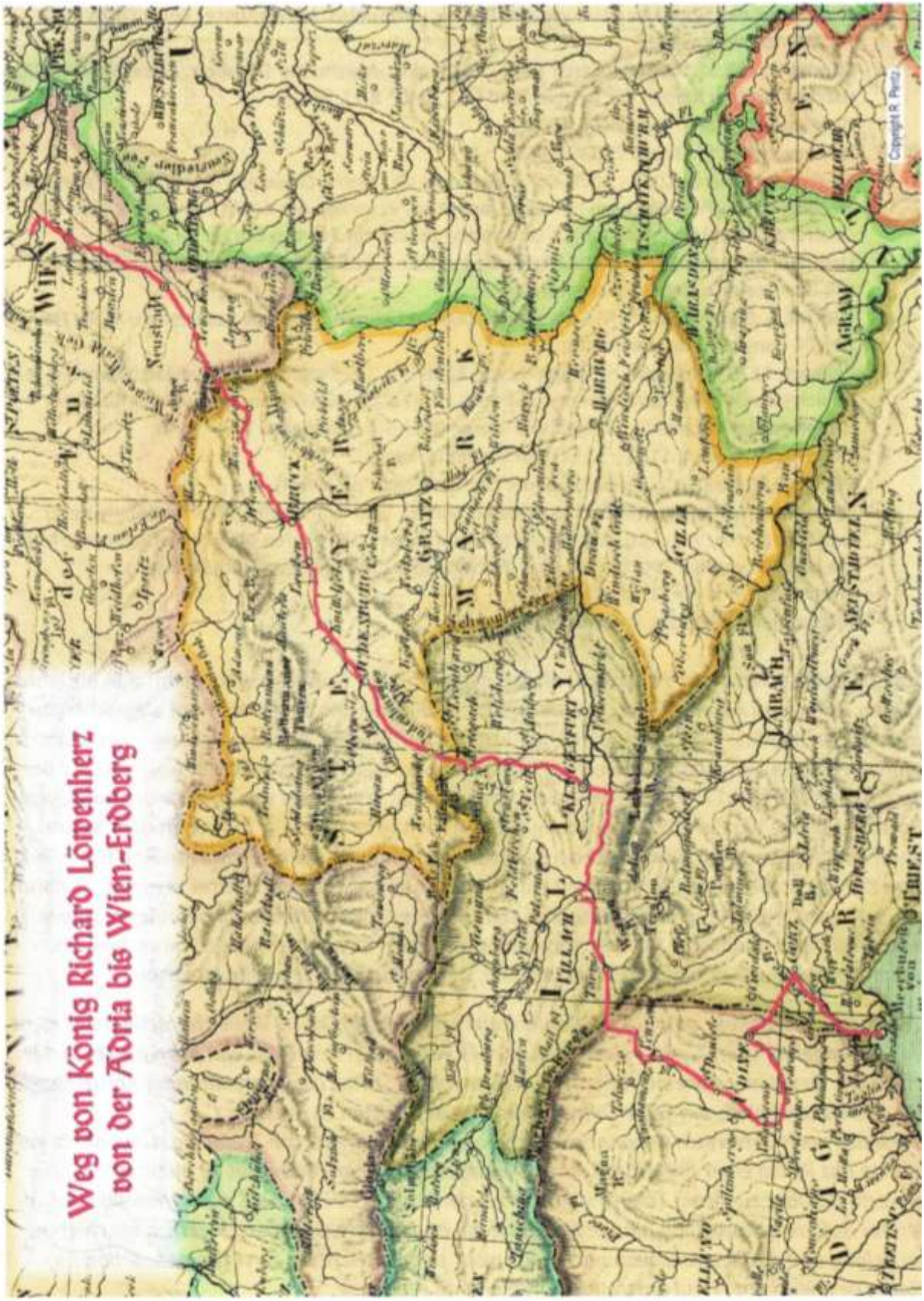
König Richard Löwenherz ritt schnell an Aquilea vorbei. Er wußte es wohl nicht, daß im Jahre 425 im Zirkus von Aquilea dem röm. Usurpator und Kaiser Johannes der Kopf abgeschlagen wurde. Der streitbare und kämpferische Patriarch Gottfried v. Aquilea, der sogar erstmals Münzen prägen ließ, war auch Herr v. Istrien und pro-kaiserlich eingestellt. Nach der für Barbarossa am 29. Mai 1176 verlorenen Schlacht von Legnano gegen den Lombardenbund, war Gottfried Zeuge bei der Unterzeichnung des „Friedens von Venedig" zwischen dem Kaiser und Papst Alexander III. Seinen Sohn Heinrich ließ der Kaiser 1186 durch Patriarch Gottfried zum König v. Italien krönen. Gottfried wurde auch zum kaiserlichen Pfarrer ernannt, er nahm am 3. Kreuzzug 1189 teil und mußte den ertrunkenen Kaiser Barbarossa beerdigen. Löwenherz wird diese damaligen großen personell-politischen Zusammenhänge wahrscheinlich gekannt haben und vermied es wohl deshalb, den Patriarchen um Hilfe zu bitten.

„Warum Richard diese gefahrvolle Route wählte, bleibt ungeklärt. Vielleicht rechnete er nicht mit einem feindlichen Akt des Herzogs [Leopold VI.], weil er den Eklat von Akko als sekundär einstufte. Denkbar erscheint außerdem, daß er seinen Status als heimkehrender Kreuzfahrer für ausreichend hielt, um keine Gefangennahme befürchten zu müssen. (...)
Die Reise nach Österreich verwandelte sich bald in eine regelrechte Treibjagd. Löwenherz versuchte das Risiko einer Ergreifung durch Verschleierung seiner Identität zu minimieren, aber er verfügte über zu wenig Talent, sich überzeugend zu verkleiden. Ließ sich schon sein auffallendes Äußeres, das rötlich-blonde Haar und die hünenhafte Gestalt, schwerlich kaschieren, so gelang es ihm allen Anschein nach auch nicht seinen Reichtum zu verbergen. Schon im Raum des heutigen Friaul entstanden gravierende Probleme." [1]

Zunächst sehen wir uns auf der Landkarte die Wegstrecke an, die er bis Wien vor sich hatte:

---

1) Robert-Tarek Fischer, w.o., S. 189.



Eingezeichnet wurde der Fluchtweg in den Karten-Ausschnitt der „General-Charte des Österreichischen Kaiserstaates nach seiner gegenwärtigen Begränzung und neuesten innern Eintheilung, entworfen von C. F. Weiland; Weimar 1817".
Karte aus: LA-Linz; I-15 e.tif; Grafik: Roland Pentz ©.
12

Der deutsche Hochadel und dessen Bindungen zu Aquilea, zu Kärnten/Steiermark



Die Flagge der Babenberger und Grafen v. Eppenstein: von Löwenherz in Akkon geschändet.

Luitpold v. **Baiern** Markgraf v. **Karantanien** ⚔ im *Hunnenkampf* 907 ∞ Kunigunde v. Schwaben

Arnulf d. Böse †14.7.937, Rüdiger d. NL? ∞ Judith v. **Friaul,** T. Giselas v. Verona

König Heinrich I. †2.7.936, er baute Wehrburgen gegen die *Hunnen* ∞ Mathilde, Enkelin Widukinds

Heinrich I. Hz. v. **Baiern** * 919; † 1.11.955 Verschwörer gegen den Bruder Otto: er wurde begnadigt.

Kaiser Otto I. ∞ 1. Edgith v. **England** † 946 ∞ 2: Adelheid v. **Burgund**

Konrad d. Rote ∞ Luitgart v. **Sachsen** Herzog v. **Lothringen** *~922, ⚔ 955 am Lechfeld gegen die *Hunnen* □ in Worms

Kraichgau: Sighardinger Graf Ratold ∞ Engelmut

Konrad I. † 997 Herzog v. **Schwaben** ∞ Reginlind Enkelin v. Kais. Otto I.

König Rudolf II. v. **Burgund** Konrad III. † 993 ∞ Mathilde T. Königs Ludwig IV.

Judith v. **Kärnten** ∞ Otto I. *~948; 995 - 1004 Herzog v. **Kärnten** Graf im **Kraich-** und **Wormsgau**

Azzo, Vogt v. **Aquilea** ? ?

Werigand v. Plain (Friaul?) *970 †1051 Vogt v. **Kärnten** u. St. Peter in Salzburg

Konrad I. v. **Kärnten** *975□ Worms ∞ Mathilde von **Schwaben**

Konrad II. Herzog v. **Kärnten,** Markgraf v. Verona, □ Worms. Nachfolger war Adalbero v. Eppenstein

Markwart I. 916 Graf v. Kühbach, Viehbachgau um Landshut

Markwart II. († nach 951), Graf i. Viehbachgau 940, v. **Eppenstein** in der **Steiermark** (nördl. des Obdacher Sattels)

Adalbero I. v. **Ebersberg** Graf i. **Karantanien**

Richardis ∞ Ulrich v. Ebersberg

Rüdiger †1000

Markwart III. Mgf. **Kärnten** *950, †1000

∞ Hadamut v. **Ebersberg**

Hermann II. Herzog v. **Schwab.** ∞ Gerberga v. **Burgund** †7.7.1019

Luitold I. v. **Plain** Vogt v. St. Peter i. Salzburg ∞ Uta v. **Peilstein** †v. 1170 □ in Göttweig Tochter des Konrad I. Graf v. Tengling-Peilstein aus der Sippe der **Sighardinger**

Gebhard. I. v. **Burghausen** ∞ Sophia v. **Wettin**

Graf Luitpold v. **Plain** ∞ Ida v. **Burghausen** †n. 1210 Ahnen: Sieghardinger, Grafen v. Tengling

Eberhard Graf a.d. Isar † n. 1039

Ernst

Adalbero *980 †1039 Graf v. **Eppenstein** Herzog v. **Kärnten**

∞ Beatrix v. **Schwaben,** Schwester der Kaiserin Gisela v. **Burgund** (deren Tochter Gisela: Königin v. Ungarn)

Willibirg v. **Eppenstein** ∞ **Ottokar I.** Markgraf v. **Kärnten**

N. v. Eppenstein ∞ Kuno II. **Welf** Graf i. **Schwalefeld** ∞ (2) Otto I., Graf v. **Dießen** †1065

Adalbero Bischof v. **Bamberg** 1053-1057

Markwart IV. Herzog v. **Kärnten** 1073-1076, Graf v. **Eppenstein,** Vogt v. Brixen, Rosazzo und St. Lambrecht/ **Steiermark**

∞ Luitbirg v. **Plain** † vor 1103

Ernst d. Tapfere ∞ Adelheid v. **Wettin** **v. Babenberg** | T. Ottos d. Reichen

Markgraf Leopold II. v. B., Förderer v. Bischof Altmann, Gründer Göttweigs und von Kloster **St. Nikola** in Passau (steht im Kontext zu den **v. Hag:** Hartmut, Heinrich d. Ä. u.v.a.)

∞ Ida v. **Vornbach**

Ottokar II. ∞ Elisabeth v. **Babenberg** † 28.11.1122 Markgraf d. **Steiermark** 1085-1122 Graf im Traun- u. Chiemgau Gründer von Kloster Garsten (Garsten steht im Kontext zu den **v. Hag**)

Luitold +1090 Hz. v. **Kärnten** 1076-1090 Gf. v. **Eppenst.** Mgf. v. Verona Vogt v. **Aquilea**

Heinrich III. †1122 Hz. v. **Kärnten** 1090-1122 Graf v. **Eppenstein,** Mkgr. v. Verona und v.Istrien, Vogt v. **Auqilea,** Vogt v. **Moosburg** ∞ (1) Beatrix v. **Dießen,** Tochter von Graf Otto I. v. Dießen ∞ (2) Luitgard ∞ (3) Sophia, T. v. Markgraf Leopold II. v. Österreich. Nach Aussterben der v. Eppenstein 1122 kam **Siegfried I. v. Spanheim** (†1065) aus Rheinfranken nach Kärnten und ehelichte die Sighardinger Erbtochter Richgard v. Lavant.

Markward Graf

Ulrich Abt St. Gallen ab 1077

Hermann Gegen-Bischof v. Passau 1085-87

Patriarch v. **Aquilea** ab 1085

Leopold I. ∞ Sophie v. **Wittelsbach** † 1129 Markgraf d. **Stmk.** Gründer der Klöster **Rein** und **Gleink**

Kunigunde v. B. ∞ Bernhard Graf v. **Spanheim-Marburg**

Willibirg v. Babenberg ∞ Ekbert II. Graf v. **Vornbach-Pitten**

Ekbert III. v. V-Pitten ⚔ vor Mailand im Heer Kaisers Barbarossa

Diepold III. v. **Vohburg** ∞ Kunigunde v. Northeim * ~1090 - 8.6.1140, Tochter von Graf Kuno v. Northeim

Ottokar III. †1164, Mkgr. d. **Steiermark,** Schenk v. **Aquilea,** Erbe d. Grafschaft Pitten (s. NL) ∞ Kunigunde v. Vohburg, Schwägerin v. Kaiser Friedrich I. Barbarossa

Ottokar IV., *1163, †8.5.1192 ohne Kinder: er schloß 1186 in Enns den Erbvertrag mit Herzog Leopold V. v. Babenberg, die „Georgenberger Handveste" – die Babenberger erbten die Steiermark.

Zeugen dieses Vertrages waren: Konrad Graf v. Peilstein, **Siegfried Graf v. Mörle-Peilstein,**[1] Heinrich u. Sieghard Grafen v. Schala, Siegfried u. Otto v. Lebenau, Leopold u. Heinrich v. **Plain,** Konrad v. Dornberg, Albrecht u. Alram v. Kamb (bei Passau), Wernhard v. Hagenau, Wernhard v. Schaunberg, Engelbert v. Plankenberg-Schönhering, Hadmar v. Kuenring, Wernhard v. Griesbach, Friedrich v. Perg, Ekkebrecht v. Pernegg, Otto Graf v. Klamm, Otto v. Lengbach, Heinrich Pris, Albrecht v. Weichselburg, Luitold v. Gutenberg, Konrad u. Rudolf v. Kindberg, Weikard v. Karlsberg, Rudolf v. Flatz und Eberhard de Erla (Bruder v. Bischof Wolger v. Passau).

Es ist auch höchst wahrscheinlich, daß damals viele Angehörige der v. Hag Augenzeugen des Vertrages in Enns waren.[2] Heinrich v. Hag, beim Tod des Grafen Siegfried ~11 Jahre alt, wurde bereits 1188 in Mautern als 5jähriger Knabe, mit seinem Vaterbruder Heinrich und dem oben genannten Graf Konrad v. Peilstein, als Zeugen erwähnt. Heinrich v. Hag wurde von König Ottokar II. als sein „Prokurator Scriba Anasi (Enns") eingesetzt.

---

1) Siegfried Graf v. Mörle-Peilstein, der mit Kaiser Heinrich VI. 1194 nach Sizilien zog, starb dort und sein Tod wird im Nekrolog des Klosters Wilhering erwähnt. Im 14. Jhdt. war ein Hag-Nachkomme, Hans Hager v. Allensteig, der Burggraf der Grafen v. Peilstein.

2) Am 22.4.1212 erteilte Hz. Leopold VI. Enns das Stadtrecht: Zeugen: die Brüder **Otto, Gotfrid u. Cholo v. Truhsen** (= **v. Hag;** s.u.) Quelle: August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 57, **Klagenfurt.**

Meinhard II. und Engelbert III. v. Görz



Richard Löwenherz wußte sicher nicht, daß der Vogt der Kirche v. Aquilea, Meinhard II. v. Görz (*~1163, †1232), der Neffe des von schiitischen Assasinen ermordeten Markgrafen Konrad v. Montferrat war. Wie erwähnt, wurde Löwenherz als Anstifter des Mordes öffentlich gebrandmarkt und Meinhard II. und sein Bruder Engelbert III. hatten diese Anschuldigung sicher geglaubt. Die Görzer[1] standen auf Seite der staufischen Kaiser und der Babenberger Herzöge.

Löwenherz gab sich als Kaufmann auf der Heimreise von Jerusalem aus, er sandte einen Boten zu Meinhard mit einem sehr kostbaren Rubinring als Geschenk und bat ihn um ein freies Geleit. Meinhard schöpfte Verdacht, nahm das Geschenk nicht an und alarmierte seinen Bruder Engelbert. Berechtigt ahnte Richard nun Schlimmes und flüchtete mit seiner Begleitung bei einbrechen-der Nacht weiter nach Norden. Engelbert III. v. Görz hatte seit zwanzig Jahren einen Nor-mannen namens Roger v. Argenton in seinem Dienst, der zugleich mit seiner Nichte vermählt war. Roger wurde beauftragt, nach dem König zu fahnden, wohl auch deshalb, weil er die normannische Sprache verstand.

„Als er [Roger] *den König in einer Herberge entdeckte und aus des Königs eigenem Mund, erst nach langen Bitten, vernommen hatte, wer er sei, da überwog das Stammesgefühl in ihm jede andere Regung: er enthüllte dem König die drohende Gefahr und bestürmte ihn unter Tränen, sogleich auf bereit gehaltenen Pferden die Flucht fortzusetzen. Während Richard mit einigen Begleitern das Haus verließ, brachte Roger v. Argenton seinem Herrn die Nachricht, er habe nur ein paar zurückkehrende Pilger, Baldwin v. Bethun mit seinen Gefährten, gefunden. Aber der Graf beruhigte sich nicht und ließ Baldwin und die Andern, die der König zurückgelassen hatte, um seine eigene Flucht besser zu verheimlichen, gefangen nehmen."*[2]

In der Tat wurde es für Löwenherz immer ungemütlicher: nicht nur die kalten Novembernächte mit sehr wenig Schlaf und Essen, auch die Unkenntnis des Landes und der Straßen und die Gewißheit, was ihn bei Gefangenschaft erwarten würde, setzten ihm sicherlich zu. *„Immer neue Gefahren stellten sich dem König entgegen, dem das Gerücht von seiner Anwesenheit voraneilte".*[3] Wie soll man sich das vorstellen? Wohl auf geflügelten Pferden flogen Boten der Görzer und von Herzog Ulrich II. v. Kärnten zum 500 km entfernten Herzog Leopold nach Wien, der soeben von der „Ortenburger-Fehde" nach Hause kam und vom voraussichtlichen Kommen des Königs in Kenntnis gesetzt wurde. Für zu errichtende Straßensperren reichte die zur Verfügung stehende Zeit und die damalige Logistik nicht mehr. Rasend, mit wenig Erholungszeiten, muß Löwenherz mit seinen ihm verbliebenen Gefährten die rund 250 Kilometer ab Görz, weiter nach Weiden (Udine), nach Klemaun (Gemona), entlang des Tagliamento nach Peuscheldorf (Venzone), durch das Kanaltal nach Tarvis und Kärnten: nach Villach, vorbei am Wörthersee nach Klagenfurt, weiter nach St. Veit und nach Friesach, geritten sein. Hier wurde er bereits von Friedrich v. Pettau[4] erwartet. Bevor wir Friedrich näher betrachten, muß die bewegte Geschichte des Landes kurz gestreift werden.

---

1) Zu den Görzer Vorfahren siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Meinhardiner Bemerkenswert ist, daß eventuell die Meinhardiner, wie ebenso Bischof Pilgrim v. Passau, den Sighardingern entstammten.
2) Theodor Toeche, w.o., S. 258.
3) Theodor Toeche, w.o., S. 259.
4) Pettau unterstand den Erzbischöfen Salzburgs, dessen Ministeriale die Herren v. Pettau waren.

Kärnten und Steiermark

Aus Jütland kamen die Kimbern: sie zogen auf ihrer Landsuche 113 v. d. Zt. die Drau und Mur aufwärts in das keltische Noricum, dessen Hauptort Noreia hieß. Sie baten friedlich um Land und wollten sich hier niederlassen. Die von den Römern provozierte „Schlacht bei Noreia",[1] endete für zwei Legionen mit einer schweren Niederlage: nur ein schweres Gewitter rettete sie vor dem Ende. Die Römer kannten Norikum bereits gut, denn das Land wurde u. a. wegen des Tauern-Goldes ausgebeutet und von Rom im Jahre 15. v. d. Zt. für 500 Jahre annektiert. An der Mur fand sich im Jahr 1811 der aus Bronze gefertigte „Helm von Negau"[2] und eine darauf eingeritzte Inschrift: ᚼᚨᚱᛁᚲᚨᛊᛏᛁᛏᛖᛁᚠᚨ///ᛁᚠ = „HARIGASTI TEIVA". Entweder war der Name des Helmbesitzers „Harigast" oder es war eine religiöse Widmung, im Sinne von: „dem Schlachtengott". Diese Inschrift ist eine der ältesten Textbelege in germanischer Sprache.

Nach dem Ende des Weströmischen Reiches durchzogen germanische Völker, in ihrem Gefolge vielfach Sarmaten,[3] das Land: Ostgoten, Rugier, Juthungen, Lugier (=Harrier und Silingen), Sueben, Heruler, Langobarden, Alamannen und Markomannen. Stammesteile der soeben Erwähnten wurden im Land seßhaft. Hunnen und Awaren fielen mehrfach räuberisch hier ein. Würmlach (in Kötschach-Mauthen) liegt im oberen Gailtal in Kärnten. Auf den „Würmlacher Wiesen" wurden im 19. Jhdt. runische Felsinschriften gefunden, auf die bereits 1857 der berühmte Theodor Mommsen hingewiesen hatte.[4] Der Ortsname „Mauthen" ist gotisch und bedeutet Maut/Zoll. Dies weist darauf hin, daß als letzte die Ostgoten unter Theoderich d. Gr. zum Schutz des Reiches nicht nur das Alpenvorland südlich der Donau, sondern auch alle Alpenpässe, u.a. den Plöckenpaß, besetzt hielten. Nach dem Untergang des Ostgotenreiches formte sich in und vor den Alpen bis zur Donau, Leitha und zum Lech der Stamm der Baiern. Bereits im Jahre 976 wurde Kärnten von Baiern getrennt: die Grafen v. Kühbach/Eppenstein beherrschten lange das Land und auch die Bischöfe von Bamberg hatten großen Landbesitz. Auf letztere wird, mit Bezug auf Bischof Gunther v. Bamberg, noch näher eingegangen.

Die Mark an der Mur, die spätere Steiermark, hieß auch Grafschaft oder Mark Hengist oder Hengistgau. Der erstbekannte Markgraf wurde Markward I. v. Kühbach in Niederbaiern (s. S. 11). Eines der Herrschaftszentren war die Hengistburg[5] bei Wildon,[6] südlich von Graz. Um 1066 übergaben Markwart v. Eppenstein und sein Frau Luitbirg v. Plain ihren Anteil an der Kirche *„in castro Hengist"* dem Erzbischof v. Salzburg. Vor 1160 kam die Hengistburg an Markgraf Ottokar III., der damit seinen Ministerialen Richer de Hengist/Eferding (vor 1140) belehnte: er war der Ahnherr der Herren v. Wildon und gehörte zur Sippe der Gundakare v. Steyr. Er ehelichte eine Tochter des Hartnit v. Ort. Die Söhne Richers: Hartnid, Herrand und Richer, hatten ihren Hauptsitz in Nähe der Hengistburg und nannten sich nach der von ihnen um 1170 auf dem Wildoner Schloßberg erbauten Burg „v. Wildon." Ein Minnesänger, Herrand, der unten noch besprochen wird, entstammte der Familie. Um 1160 wurde das Machtzentrum von der Hengistburg nach Graz verlagert.
Vorweg: Herrand I. v. Wildon und der Jäger des Königs, Friedrich v. Pettau, kannten sich gut.[7]

---

1) Oberstleutnant Reinhard Stradner: „Die Schlacht bei Noreia"; Graz 2018.
2) Wird im Kunsthistorisches Museum in Wien aufbewahrt.
3) Es sind die „sclavi" der lateinischen bzw. die „sclavenoi" der byzantinischen Urkunden.
4) „Monatsberichte der Königlichen Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin", S. 453 f.
5) Lui Frizberg: „Wildon und der Markgrafensitz Hengistaburg"; Graz 1952.
6) Wildon aus: „Wilde" = Stute.
7) Am 30.11.1203 bestätigte Herzog Leopold VI. eine Urkunde: Zeugen: Herrand I. v. Wildon und Friedrich v. Pettau. (August v. Jaksch: „Die Kärtner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 19, Klagenfurt).



Karte aus: „Geschichtsatlas für Politik, Wirtschaft, Kultur", Westermann-Verlag.

Minnesänger in der Steiermark

Wahrscheinlich ist, daß die Flucht des Königs durch die Ostalpen für viele Jahrzehnte ein beliebter Gesprächsstoff im Volk und ebenso in den Ritterburgen gewesen sein mußte. Die Fragen des Königs oder seines Pagen nach dem Straßenverlauf, nach Trinkwasser und Essen, auch deren etwas seltsames Verhalten, erzählten die Erlebnis- und Augenzeugen wohl immer wieder. Der Historiker Karl A. Rueller schrieb 1893:[1] *„Die abenteuerliche Heimkehr des König Richard Löwenherz wurde für viele ritterliche Sänger des beginnenden 13. Jahrhunderts ein Lieblingsgegenstand für ihre sang- und sagenliebende Hörerschaft."*
Zieht man die Verfasserthese hinzu, daß der König, während seiner Haftzeit im Hof der von Hag in Dürnstein, mit dem zukünftigen Verfasser des Nibelungenliedes mehrfach gesprochen hatte und diese uradelige Sippe v. Hag, Nachkommen des „Hunnenkämpfers" von 955, im Volk bekannte Verwandte der Kuenringer waren und sie, zusammen mit Leopold V., vom ungeheuren Lösegeld für die Freilassung des Königs profitierten, was Jedermann wußte, wird die Tiefenwirkung der Jagd auf den König im Bewußtsein des Adels und Volkes vorstellbar.

Der Minnesänger Ulrich v. Liechtenstein (*~1200; †26.1.1275) gehörte einer reichen steirischen Familie an, deren Stammsitz in Liechtenstein südöstl. Judenburgs lag, wo Löwenherz, etwas entfernt, vorbeigaloppierte. Als Vorbild für die Lyrik des Ulrich wird Walther v. d. Vogelweide genannt. Ulrich hatte auch politische Ämter inne: 1244-1245 war er Truchseß, 1267 -1272 Marschall und 1272 auch Landrichter der Steiermark. Die Burg Frauenburg in Unzmarkt im Murtal in der Obersteiermark war sein Lieblingssitz. Dort wurde er mit seinem Sohn Otto überfallen und in jahrelanger Gefangenschaft gehalten, bis ihn der der Häscher von Richard Löwenherz, der Statthalter Meinhard v. Görz, aus seiner großen Not befreite.

---

1) Karl A. Rueller: „Des Richard Löwenherz deutsche Gefangenschaft (1192-1194)", S. 4; Paderborn 2011.

Ulrichs v. Liechtenstein stammt aus den Aribonen-Traisen-Wilhering-Oftering-Traun

Aribo v. Traisen, Vogt v. Göß bei Leoben, 1025- 1065, ∞ Chuniza
A: Hartnid v. **Traisen**, Vogt v. Göß, 1060/76, ∞ Gertrud
B: Hartwig v. **Reidling**, 1108-1140?, ∞ NN, Tochter Dietmars v. **Dornberg**/Lungau (1100–1130)
C: Dietmar I., 1126–1146, v. **Reidling** und v. Liechtenstein, vor 1140 Bau Feste Liechtenstein
D: Dietmar II.
E: Dietmar III. (1164–1218) ∞ Kunegunde (1140–1217)
F: **Ulrich von Liechtenstein** (urk. 1227–1274), Minnesänger, Erbauer der Frauenburg, ∞ Perchta v. Weißenstein (1201 wurde Burg Weißenstein durch ein starkes Erdbeben zerstört)
G: Ulrich II. (1250–1285), ∞ Kunigunde von Goldegg
G: Otto II. (1252–1311), 1. ∞ **Agnes v. Wildon**, 2. ∞ Diemut v. L.-Nikolsburg († n. 1265), 3. ∞ Adelheid v. Pottendorf
G: Diemut (1250), ∞ Wulfing v. Trennstein
G: Perchta (1260), ∞ **Herrand v. Wildon** (*˜1230; †˜1278), **Minnesänger**[1]
F: Otto, Pfarrer von Graz
F: Dietmar IV. v. Offenburg, ∞ **Gertrud v. Wildon**
F: Hedwig ∞ **Dietmar v. Steyr**. 1252 tauschte er mit König Ottokar II. die Herrschaft Steyr gegen die Herrschaft/Burg Losenstein. **Ottokars Burgherr in Steyr wurde Heinrich v. Hag**.
F: NN ∞ Heinrich **v. Pottenbrunn** [bei St. Pölten]. Die v. Pottenbrunn wurden urk. 1185 mit Dietmar genannt. Heinrich v. Pottenbrunn war der **Schwager des Ulrich v. Liechtenstein.**

Die Herren v. Hag beerbten die Herren v. Pottenbrunn: u.a. wohl deshalb kannten sich Ulrich v. Liechtenstein und der vermutliche NL-Verfasser Heinrich v. Hag sehr gut! Ebenso gut kannten sich Herrand v. Wildon und die v. Hag, wie aus vielen Urkunden hevorgeht.[2]

Auch Meinhard v. Görz, Ulrich v. Peggau, Herrand v. Wildon und die v. Hag: Cholo v. Truhsen und Otto v. Traberg, kannten sich als gemeinsame Urkundenzeugen für Herzog Leopold VI.[3]

Friedrich H. von der Hagen[4] berichtete über Ulrich v. Liechtenstein und im Kontext wichtige Personen, u.a. auch über Angehörige der v. Hag: die ***„v. Truchsen Heinrich und Herr Kol"***:

„Um die Fastenzeit (1225-26) wollte Markgraf Heinrich von Isterreich gegen den Fürsten Bernhard v. Kärnthen Fehde erheben, beide wurden aber durch Leopold v. Österreich bei einer Zusammenkunft zu Friesach in Kärnthen am Philippstage zu Anfang des Mais, gesühnt. Zu diesem Fürstentage kamen, außer den drei Genannten, der tugendliche Markgraf Diepold v. Vohburg, Graf Albrecht v. Tirol, Graf ***Meinhard v. Görz****, der ehrenhafte Graf v. Liebenau, der milde (Graf Wilhelm) v. Heunburg, der unmilde Graf Hermann v. Ortenburg, Graf* ***Ulrich v.***

---

1) Herrands Vorbild als Dichter war Schwiegervater Ulrich v. Liechtenstein. Von Herrands Werken sind drei Lieder unter dem Namen „Der von Wildonie" im „Codex Manesse" überliefert. Texte Herrands finden sich im „Ambraser Heldenbuch", er wird von Hugo v. Trimberg in dessen „Renner" genannt.
2) *„˜1180: Herzog Otakar v. Steiermark bestätigt die Schenkung der Kapelle St. Jakob an Kloster Ossiach in Gegenwart des Patriarchen Pilgrim v. Aquilea... Z.:* ***Herrand v. Wildon, Cholo u. Heinrich v. Truhsen.***" *„Graz Sommer 1202: Herzog Leopold VI. entscheidet einen Streit. Zeugen:* ***Herrand v. Wildon, Cholo de Truhsen.***" *„1202: Herzog Leopold verleiht dem Kloster Viktring... Z.:* ***Herrand v. Wildon, Cholo*** *und* ***Bruder Otto v. Truhsen.***" („Die Kärtner Geschichtsquellen"; Bd. 3, S. 476, 597, 598; Klagenfurt).
3) *„Herzog Liupold VI. v. Österreich und v. Steiermark vertauscht dem Sohne Ottos, Heinrich v. Trixen und dessen Gattin Tuta die Kapelle samt Patronatsrecht in Klein-St. Paul (n. Eberstein) für die Kapelle samt Patronatsrecht in Tobl (sw. Graz). Zeugen:* ***Graf Meinhard senior*** *und* ***Meinhard jun. v. Görz****... Ulrich v. Peggau,* ***Cholo v. Truhsen****, Hartnit v. Ort..."* August v. Jaksch: „Die Kärtner Geschichtsquellen"; Bd. 4, S. 126/27 und 111-112.
4) „Minnesinger: Geschichte der Dichter und ihrer Werke", Band 4, S. 227ff. Leipzig 1838.

***Pfannenberg**; die Freien von Schlüsselberg, Hugo v. Taufers, die Brüder v. Schauenberg, Dieter v. Lengenbach, Domvogt zu Regensburg, **Leutold v. Pettau**, Konrad v. Schöneck, der v. Auersberg, und Dietmar v. Potenstein; und die Dienstmannen, der milde Hertnid v. Ort, **Hertnid v. Wildonie**, (Wülfing) v. Stubenberg, Reinprecht v. Murecke, der milde und getreue Rudolf v. Rase, der Held v. Königsberg, Hermann v. Kranichsberg, Otto und zween Heinriche v. Püten, **v. Truchsen Heinrich und Herr Kol**, die Brüder Otto und Ortolf v. Gräz, der tapfre Degen (Ottokar) v. Wolkenstein, die Brüder Gundacker und Dietmar v. Steier, Eckehard v. Tanne, Gundacker v. Starkenberg, Albrecht v. Nußberg, **Hadmar v. Künringen** mit mehr als 30 Rittern...."*

Friedrich H. von der Hagen leitete die v. Truchsen irrtümlich von den Grafen v. Sponheim ab: *„Unter den von den Grafen v. Friesach und **Truchsen** (jetzt Trixen) abgeleiteten **Herren v. Truchsen** erscheint ein **Kol** schon 1112, ein jüngerer **Kol** 1200, 1208 mit seinem Sohn **Kol** (bei einer Schenkung Hadmars v. Kuenering an Kloster Zwettl [1]); welcher Kol 3 mit seinen Brüdern **Gottfried und Otto** 1209 Urkunden Herzog Leopolds v. Österreich und 1213 eine Urkunde des Bischofs Eberhard v. Salzburg bezeugt, so wie 1229 seine **anderen Brüder Heinrich v. Gravenstein** und **Ulrich** Schenkungen an den Deutschorden bestätigen. Der 1182 und 1190 mit Kol Urkunden des letzten Steirischen Herzogs Ottokar bezeugende **Heinrich** ist wohl der noch 1223 vorkommende."* Wie urkundlich klar erkennbar wird, stammten die Ministerialen

v. Truchsen/Truhsen/Trixen/Traberg/Drauburg;[2]
v. Griffen;
v. Grav(f)enstein;[3] (Heinrich v. Grafenstein hatte zwei Söhne, Gottfried und Friedrich[4]);
v. Mahrenberg (u.a. der in Prag ermordete Seifried v. Mahrenberg);
v. Weißenegg (heute Burgruine südöstlich von Burg Griffen);
v. Snayt und wohl noch namentlich einige Andere (v. Flaschberg?)

allesamt aus einer Gens: aus der uradeligen Sippe v. Hag. Dazu einige Beispiele: für seinen Verwandten, Hadmar II. v. Kuenering, war **Heinrich v. Hag** (d. Ältere) Zeuge: er wird mit seinem Sohn **Cholo** und Enkel **Cholo** v. **Truhsen** genannt. Diese Identität der v. Truchsen mit den v. Hag fand der Verfasser ebenfalls in Klosterneuburger Urkunden:[5] Die Kuenringerin

---

1) Anfang August 1214 bestätigte in Eferding Herzog Leopold VI. die umfangreichen Schenkungen Hadmars II. v. Kuenring, seiner Gattin Offemia und ihrer Söhne: Albero, Hadmar und Heinrich an das Kloster Zwettl. Anlaß: die Hochzeit von Hadmars Tochter Gisela mit Ulrich v. Weitra. Unter den vielen Zeugen waren u.a.: Graf Ulrich v. Klamm, Graf Friedrich v. Peilstein, Ulrich von Peggau, **Cholo v. Wilhering/Waxenberg**, Wichard v. **Zöbing** und der Sohn und Enkel Heinrichs v. Hag (d. Ä.): **Cholo v. Truhsen** und dessen Sohn **Cholo** (www.monatserium.net Stiftsarchiv Zwettl 1214 VIII).
2) *„Die Traberg sind ein Zweig der Truchsen oder die Truchsen selbst. Am 15. März 1259 siegelt in Victring Otto von Traberg mit der Legende: „S. **Ottonis de Truchsen**." Seine Schwester Mechtild war vermählt mit **Otto v. Rohr**, der vereint mit seinem Schwager Otto v. Drauburg am selben Tage zu Victring ihr Vermächtnis erfüllte."* Quellen: Schumis Urkundenbuch von Krain II, 204—206, nach Original im Archiv des historischen Vereines von Kärnten; siehe auch: Victor Freiherr v. Handel-Mazetti: „Waltenstein und Eppenberg und die ‚Herren v. Ort im Traunsee'".
3) 13.7.1239: **Heinricus** de **Gravensteine** und Ulricus de **Truchsen** verkünden, daß ihr **Bruder Cholo** mit ihrer Einwilligung zehn Talente Renten in Syrnich, welche auch ihr Bruder **Gotfrid** (de Grafenstein) dem Hospital S. Mariae Teutonicorum Jerusalem gegeben hatte... (Archiv für Kunde österr. Geschichts-Quellen. Hg. von der zur Pflege vaterländischer Geschichte aufgestellten Commission der kaiserl. Akademie der Wissenschaften; 32. Bd., S. 194; Wien 1865. II. Urkunden-Regesten zur Geschichte Kärntens von weiland Gottlieb Freiherrn v. Ankershofen. 1231-1269).
4) „Kodex von Spital am Pyhrn in St. Paul"; zitiert von Victor Freiherr v. Handel-Mazetti in: „Waltenstein und Eppenberg und die ‚Herren v. Ort im Traunsee'".
5) „Fontes Rerum Austriacum. Oesterreichische Geschichts-Quellen." 2. Abtheilung: "Diplomatica et Acta". IV. Bd., Wien 1851; Codex Traditionum Ecclesiae Collegiatae Claustroneoburgensis. Continens Donationes, Fundationes Commutationesque. Seiten: 80, 81, 83, 85, 86, 91, 96, 162.

„Herrin Alheide de Hacenbruk" (= Atzenbruck bei Tulln) und ihr Sohn **Ortolf** übergaben einen Weinberg in Weinzierl (Nähe Burg Hartenstein: gehörte den v. Hag). Als Alheides Söhne werden, neben Ortolf, sein Bruder **Heinrich v. Hag** mit seinem Sohn **Cholo v. Truchsen** erwähnt.

In Burg Weißeneck, südöstlich Griffens, waren ebenfalls Angehörige der v. Hag die Burgherren: die Brüder Arnold und Ortolf v. Weißeneck (∞ Elsbet), sowie die **Brüder** Friedrich v. **Snayt** und **Ulrich v. Hag,** deren Vater ebenfalls Ulrich [v. Hag] hieß.[1]
„Vizthum" (= Stellvertreter d. Landesherrn) Ulrich v. Hag und seine Verwandtschaft, werden oft erwähnt:[2] *„Friedrich und Hermann, Grafen v. Heunburg, beurkunden, daß Herr Friedrich v. Snayt und Ulrich v. Hag zu Lebzeiten ihres Vaters Ulrich ein Gericht, das von ihrem Vater Lehen war, von Rudolf v. Vansdorf gekauft haben. Das Gericht liegt um sant Lienhart in dem Lauental... Dieses Gericht kauften Friedrich v. Snayt und Ulrich v. Hag von des gozhaus wegen von Bamberg ... als ez weilent herr Anrolt v. Weizzeneck innegehabt het... Zeugen: Graf* **Ulrich** *v.* ***Pfannberg****, Herr Nicla v.* ***Zauch****..."*
In dieser Urkunde werde die v. Hag und Grafen **v. Pfannberg** genannt, dazu unten mehr. Die v. Zauch (Zaucha/Zucha) traten mit den v. Hag oft gemeinsam in der nö. Hofmark Haag auf.

Hertnit v. Wildon, zusammen mit Hertnit v. Weißenegg: *„Graz, 6.2.1313: Hertneid v. Weizzeneck bekennt, daß er Hertneiden v. Wildon zum Bürgen gesetzt hat..."*[3]

Weitere Urkundenhinweise: *„1224, Graz, St. Kunigundenkapelle: Vergleichsurkunde zwischen Wulfing v. Stubenberg und dem Spital am Semmering wegen Güter zu Neusiedl, Hart und Foring. Als Zeugen erscheinen Hartnit v. Ort, Vater und Sohn* ***Cholo v. Truchsen****,* ***Otto v. Traberg*** *und Sohn* ***Heinrich*** *... Hadmar und Heinrich v. Kuenring ..."*[4]
Wildonier, Liechtensteiner und Truhsen gemeinsam: *„21.10.1210 Stallhof b. Gratwein: Herzog Leopold VI. bestätigt dem Kloster Rein den Besitz der Alpe ‚Gotenfeld'. Zeugen:* ***Herrand v. Wildon ... Dietmar v. Lichtenstein ... Gotfrid v. Truhsen****.*[5]
Ein v. Trixen als Ministerial des Herzogs: *„Friesach 2.1.1222: Herzog Leopold VI. vertauscht dem* ***Heinrich v. Trixen****, seinem Ministerialen, die Kapelle nebst Patronatsrechten in Klein-St. Paul für die Kapelle und Patronatsrechte in Tobel (südwestl. v. Graz)."*[6]
1217 urkundete in Wels Hartnit v. Ort, Marschall der Steiermark. Zeugen: Gundaker v. Steyr, Otto v. Rohr, und *‚meine getreuen'* **Hartwig, Heinrich, Perchtold** u. **Eberhard v. Weißeneck**.[7]

---

1) Begütert war Vizthum Ulrich v. Hag u. a. mit dem Gericht um St. Leonhard/Lavanttal, *mit 1 Hube in* Gräbern und 1 Hube an der Leiten und auf dem Berg Rewing (St. Leonhard). Ulrich v. Hag und Heinrich v. Gralant (Burg Salurn/Südtirol, im Besitz Herzogs Ottos III.) waren urk. „Schiedleut" (Richter). *„Friedrich v. Weißenegg beurkundet, daß er mit Zustimmung seiner Erben, dem viztum Ulrich v. Hage, eine Hube auf dem Grebersperg (Gräbern, südw. St. Leonhard), geltend eine halbe Mark, um 2½ Mark Silber verkauft habe. Er verspricht, diese Hube vor dem Bischof v. Bamberg, wenn er nach Kärnten kommt, aufzugeben und die Belehnung Ulrichs zu erwirken..."* („Die Kärntner Geschichtsquellen 1310-1325", S. 88, Nr. 277. Klagenfurt 1904) *„Friedreich u. Ulreich, Brüder v. Weißeneck, beurkunden, daß sie ihren Oheim, Herrn Friedrich v. Stubenberg, Hauptmann des Gotteshauses v. Bamberg in Kärnten, eine Wiese ob Eyrbich (Eitweg, südl. Wolfsberg) um 5. Mark Silber verkauft haben* (Quelle: w. o., Nr. 140, S. 50). *„Friedreich v. Weizenekk tut kund, daß ihm sein Oheim, her Friedreich v. Stubenberch, einen Hof ze Neydawe (Neidau b. Wolfsberg) mit der Wiese des Jacklein um 40 Mark Silber versetzt hatte. Zeuge: Ulrich v. Hag.* („Die Kärntner Geschichtsquellen 1310-1325" Nr. 185, S. 62).
2) „Die Kärntner Geschichtsquellen 1300-1310; 1310-1325"; Klagenfurt.
3) Wie Anm. 2, S. 31.
4) „Urkundenbuch der Steiermark" II, 166.
5) „Urkundenbuch der Steiermark" II, 166.
6) August v. Jaksch, Mon. Kar. IV, S. 127, Nr. 1835.
7) „Urkundenbuch Oberösterreich" II, 594.

Weitere Urkundenhinweise für den engen Kontext der Herren v. Hag zu den Klöstern Victring und St. Paul und zu Adelssippen:
„Der grave Pernhart von Marpurch [v. Sponheim/Truhsen/Trixen] *der dinget dem marchgraven Otacker v. Steyr daz hus ze Marpurch unt den marcht unt daz darzu gehört (...) Den selven graven Pernhart gehorten an diese dienstmann: di Treunær ... unt* ***alle Truhsinner.***" [1]

Frühe Urkunden: *„Viktring 1143-1164: Heinrich v. Windischgraz verkauft dem Kloster Viktring mit Zustimmung des Markgrafen Ottakar v. Steiermark durch die Hand Ludwigs v. Glanegg vier Huben in Lukowitz (sö. Rosegg); durch dieselbe Hand schenkt* ***Percrat v. Trixen*** *zwei Huben in Lukowitz und eine in Wurdach."* [2]
„Aufzeichnungen über die Schenkungen der Mitglieder des Geschlechtes der v. Trixen an das Kloster St. Paul. Es schenkten: 1. Gräfin Mehtild, die Mutter des Grafen Otto und Sifrid v. ***Lebenau*** *und der Trixner* ***Cholo, Gottfrid, Otto, Konrad*** *und* ***Albert****, Huben im Weiler Krannach (s. Leibnitz); 2. Mehtilds Gatte Heinrich v. Trixen Huben in in Schestniza (-Tal, nö. Windischgraz); 3.* ***Otto*** *an den St. Johannes Evang.-Altar gelegentlich dessen Weihe Huben ebenda; 4.* ***Cholo*** *gelegentlich der Beisetzung seines Sohnes* ***Heinrich*** *in St. Paul ein Hube bei Unterdrauburg; 5:* ***Albert*** *zwei Huben zu Aigen am Krappfeld und bei Vorsce."* [3]
„1145: Gräfin Chunigund v. Trixen schenkt mit Zustimmung Graf Bernhards der Domprobstei Berchtesgaden ein Gut in Breitenbrunn (wahrscheinlich nw. Vorau, Steiermark). Zeuge: ***Reginbert v. Truhsen.***[4]
„Rudger v. Weilkirchen urkundet unter dem Siegel Erzbischofs Eberhard I. v. Salzburg... Zeugen: Gotfried v. Wietingen, ***Cholo de Truhsen*** *und Bruder* ***Heinrich...***" [5]
„Markgraf Otacher v. Steiermark vollzieht eine Schenkung an das Salzburger Domkapitel... Zeugen: ***Chol de Truhsen*** *und Bruder* ***Ortolf...***" [6]
„˜1167: ***Cholo v. Trixen*** *übergibt dem Kloster St. Paul gelegentlich des Begräbnisses Ortolfs v. Unterdrauburg [Traburg]..."* [7]
„Völkermarkt 1180-1192: ***Cholo*** *und* ***Heinrich****, Gebrüder v. Trixen, vergleichen sich mit dem Kloster St. Paul..."* [8]
„Viktring 1185-1195: ***Cholo*** *und* ***Gotfrid*** *und ihre Brüder, die Söhne* ***Heinrichs v. Trixen****, schenken dem Kloster Victring drei Huben bei Eberstein."* [9]
„St. Paul 1187: ***Otto v. Trixen*** *verkauft dem Kloster St. Paul das Gut ‚Zecazen' für zweiundsechzig Mark zu Kreuzzugszwecken, welches Gut für Almosen bestimmt wird. Zeugen: die Brüder* ***Cholo, Gotfrid, Albert, Chunrad"*** [10]
„Völkermarkt 1204: ***Otto v. Trixen*** *gibt dem Abte Chunrad und dem Convente v. Victring eine Hube in ‚Fussingen' und erhält dafür auf Lebenszeit ein Haus in Völkermarkt. Zeugen: Wichard v. Carelsperg,* ***Cholo, Gotfrid, Albert u. Chunrad Brüder v. Thruchsen, Dietrich*** *u. Bruder* ***Friedrich v. Thruchsen, Sifrid*** *und Brüder* ***Bernhard*** *u.* ***Wolrich v. Truchsen, Wernhard*** *u.* ***Friderich v. Truchsen.***" [11]
Am 4.11.1213 entschieden in Graz Erzbischof Eberhard II. v. Salzburg und Herzog Leopold VI. als Schiedsrichter den Streit zwischen Kloster Admont und Reinbert v. Mureck über Zehende in ‚Gamnar' (n. St. Leonhard im Lavanttal, Kärnten). Zeugen waren: Graf Konrad v. Plain, Cholo v. Wilhering-Waxenberg, Ulrich v. Peggau, Ditmar v. **Liechtenstein, Cholo v. Truhsen.**[12]
In dieser Urkunde folgt auf Dietmar III. v. Liechtenstein (1164–1218), Vater des Minnesängers Ulrich, Cholo v. Truhsen/Hag. Dieser enge Kontakt bestand wohl schon seit Jahrzehnten.

1-10) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen" Bd. 3, S. 335, 302, 402, 310/11, 380, 387, 412, 475, 497, 501/2; Klagenfurt.
11-12) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen" Bd. 4, S. 20 und 66-68.



*Älteste Ansicht d. Klosters Garsten aus 1654, die erste Pfarre von **Stiraburg.**[1] Die Herren v. Trixen/Truhsen/Hag traten vielfach als Zeugen für ihnen sehr nahestehende Klöster auf.*

Ottokar II. (†1122), gründete Garsten als sein Hauskloster und Grablege. Valentin Preuenhueber schrieb in den „Annales Styrenses" auf S. 366: *Durch weme gedachter Hertzog Ottocar König zu Behaimb, zeit seiner Regierung über Österreich, die Herrschaft Steyer gubernieren lassen, ist nicht leichtlich zu wissen, vermuthlich aber ist, weilen Herr **Heinrich v. Hag** (...) und Procurator circa Anasum genennt worden: es möchte diesem Königlichen Beambten auch die Regierung der Herrschaft Steyr zugleich anvertraut gewest seyn."* In der Gründungsurkunde Garstens werden als Zeugen für ‚*Marggraff Ottocari v. Steyr*' genannt: *„Lehnsleut vor alters sollen gewest seyn mit Nahmen: **Friderich de Hage.**[2]*
*„Lorch 1143: Markgraf Ottakar urkundet für das Kloster Garsten. Zeugen: **Cholo v. Truhsen.**[3]*
Am 18.9.1235 waren **Otto** und **Hugo** v. **Tursen** (Truhsen) und **Siboto v. Hag** u.v.a. Zeugen in der Burg Sitzenberg (bei Melk), als Herzog Friedrich II. dem Kloster Garsten mit Siegel bestätigte, daß nur er allein die Vogteirechte über das Kloster habe.[4]
1264 verzichtete Heinrich, der Truchsess v. Lengenbach (Traisma-/Eppensteiner-Sippe), auf den Hof Speck zu Gunsten von Kloster Garsten. Als Zeuge trat **Heinrich v. Hag** als Schwager des Truchsess auf: *Heinricus scriba sororius meus.*[5]
Dietrich v. Dobra schloß 1271 einen Vertrag mit Kloster Garsten, an 1. Stelle der Zeugen werden die Söhne Heinrichs v. Hag, die *Milites **Heinrich** und **Konrad Brüder de Hag*** genannt.[6]

Auch das von Hadmar I. v. Kuenring 1138 gestiftete Kloster Zwettl wurde von der den Kuenringern verwandten Sippe v. Hag gefördert und sie traten auch als Zeugen auf:
*„Weitra 10.11.1208: Hadmar II. v. Kuenring beurkundet seine Schenkung an Kloster Zwettl. Zeugen: **Cholo de Truhsen** und Sohn **Cholo**"...*[7] *„1210: Otto v. Trixen (O. v. Truhsen) schenkt dem Kloster Zwettl Grundstücke in Edelbach (bei Zwettl)."*[8]
Heinrich v. Hag war Schutzherr von Kloster St. Florian. Godfrid v. Truhsen war Zeuge, als am 21.5.1212 Kaiser Otto IV. und Herzog Bernhard v. Kärnten für St. Florian urkundeten.[9]
Otto v. Hag (v. Griffen) war ein Förderer von Kloster Heiligenkreuz, wo auch sein Grabstein steht. Am 11.3.1207 urk. Herzog Leopold VI. für das Kloster. Zeuge: **Kolo de Truhsen**.[10]
Das steirische Kloster Rein war 1146 Gründungskloster für Wilhering, für letzteres schenkte Otto v. Hag 1261 ein Gut in Oftering. 1206 urk. Herzog Leopold VI. für Kloster Rein. Zeugen: Godefrid und Otto v. Truchsen.[11] Godefrid trat 1210 wieder für Kloster Rein als Zeuge auf.[12]

---

1) OÖLA, Stiftsarchiv Garsten, Hs 6.
2) Vater von Siboto und Heinrich d. Ä. v. Hag.
3) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen" Bd. 3, S. 304; Klagenfurt.
4) Heide Dienst: *Regionalgeschichte und Gesellschaft im Hochmittelalter am Beispiel Österreichs;* S. 249, Wien/Köln 1990.
5) *OÖUB* 3 (Wien 1862) S. 327-328, Nr. 352.
6) *OÖUB* 3 (Wien 1862) S. 383-384, Nr. 416.
7) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 45, Klagenfurt.
8) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 50
9) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 57
10) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 34
11) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 26
12) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 52

Herkunft des Namens „Truhsen/Truhsna/Truchsen"

Orts- und Personen-Namen erzählen verdeckt manchmal Geschichte. Im „Duden"[1] liest man zum Vornamen „Ture/Thure", daß es die dänisch-schwedisch Variante von „Tore" ist: „Tore, auch Thore: wohl zu altnordisch þórr" - das ist Gott Thor/Donar mit dem Hammersymbol.

In gotischen Namen: „Thurismund/Thorismund[2]/Thurisind", hat das altnordische þurs (ags: Þyrs, ahd: turs, mhd: turse[3], die Bedeutung von „Riese", auch: „kühne, tapfere Helden". Die Buchstaben- bzw. Lautumstellung ist bekannt: aus Karl wurde ‚Kral' im Tschechischen; aus Brunnen im nd. ‚Born'; aus Frost im ndl: ‚Vorst'; aus Warze im ndl: ‚Wrat' usw. Es ist wahrscheinlich, daß sich ‚Thure/Ture/Tore' an der deutschen Sprachgrenze in Kärnten und Krain zu ‚Truhse/Truhsna/Truhsen/Trixen' änderte.
Bekamen die Herren v. Hag den ehrenden Beinamen ‚Tursen/Truhsen' auf Grund der Heldentaten des Huninger (Hunnenkämpfers) de Haga im August 955 in der Lechfeldschlacht?

„In der alten Kulturlandschaft des Trixener Tals, das 1043 als ‚Grafschaft Trixental' (Truhnensis comitatus), weil seine Besitzer die Grafen v. Friesach[4] waren, bildete die Burg Trixen (urbs Truchsene) mit ihrem großen Maierhofe von 40 Hufen (wohl Ober-Trixen) schon seit dem ende des 10. Jahrhunderts den Mittelpunkt des Anbaues, der auch Weingärten kultivierte. In diesem Bereich stiftete Gräfin Emma um 1043 drei Kirchen, zu St. Michael, St. Margarethen und St. Lambrecht (nördl. von Griffen), als Kristallisationskerne von Dörfern".[5]

---

1) „Der kleine Vornamenfinder für Jungen" (2014).
2) *„Thorismund, Westgothenkönig, 451—453, (ältester?) Sohn und Nachfolger des Königs Theoderich I, der in der Schlacht auf den mauricianischen Feldern gegen Attila (451) fiel. Noch auf dem siegreich erstrittenen Schlachtfeld erhob ihn das Volksheer, der sich in dem Kampf heldenhaft hervorgethan hatte, durch Wahl in den altgermanischen Formen zum König...* (Deutsche Biographie).
3) Adolf Bach: „Die deutschen Personennamen", S. 188, Berlin 1943.
4) Wilhelm v. d. Sann (1016 erstmals erwähnt, †20.3.1036) war Graf v. Friesach und Trixen, sowie Markgraf v. Sanntal. Er war der Sohn des gleichnamigen Grafen v. Friesach (und Markgrafen in Kärnten) und der Gräfin Leopirgis (†20.8. in Traunkirchen/Traunsee). 1025 erhielt Wilhelm als Schenkung durch König Konrad II., der gerade erst ein Jahr im Amt war und Wilhelm als Gegengewicht zu Herzog Adalbero fördern wollte, in seiner Grafschaft Sann zwischen den Flüssen Kopreinitz, Kötting und Wogliena, ferner in Krain zwischen den Flüssen Gurk und Save, 30 Königshufen sowie dazugehörige Berge Täler und Wälder. 1028 erhielt er zweimal 30 Königshufen und weitere Besitzungen in ‚Villa Traskendorf' (Drachenburg – s. Drachenwappen der Herren v. Pettau) und zwischen Save und Sann und Neiring ‚*in comitatu Sounae*". Es sind dies die späteren bischöflichen Gurker Herrschaften Rohitsch, Windisch-Landsberg, Montpreis, Peilenstein, Königsberg, Hörberg, Wisell und Nassenfuß.
Weiters wurde ihm der Markt Friesach bestätigt. Zusammen mit dem Erbe seines Vaters, der 980 von Kaiser Otto II. die spätere Gurker Herrschaft Weitenstein als Schenkung erhalten hatte, verfügte Wilhelm nun über großes ererbtes, freies Eigentum in seinem Markengebiet. Um 1030 wird Wilhelm als Vogt des Salzburger Erzbischofs Dietmar II. erwähnt. Anfang 1036 wurde er vom 1035 abgesetzten Herzog Adalbero v. Eppenstein eigenhändig getötet. Wilhelm war mit **Hemma v. Gurk** verheiratet; es sind zwei Söhne überliefert, die früh ums Leben gekommen sind: Wilhelm und Hartwig.
Die Nachrichten über die Gräfin Hemma sind spärlich. Ihre Familie läßt sich indirekt über die ihr vererbten Güter erschließen: ein Waltuni erhielt 895 von König Arnulf ausgedehnte Güter zum Geschenk, die später zum Besitz Hemmas gehörten. Sie stammte aus dem Geschlecht des Zwentibold aus Schwaben, ein Verwandter und Vasall der Luitpoldinger. Aus den Luitpoldingern stammte auch Arnulf ‚der Böse' (†14.7.937 in Regensburg), er war seit 907 Herzog v. Baiern. Arnulf war Sohn des Markgrafen Luitpold (gefallen 907 in der Schlacht gegen die ‚Hunnen' bei Preßburg) und der Kunigunde, Schwester von Berchtold II., Pfalzgraf v. Schwaben. Laut These des Verfassers ist Arnulf der Markgraf Rüdiger im Nibelungenlied.
5) Otto Kaemel: „Die Besiedelung des deutschen Südostens vom Anfange des 10. bis gegen das Ende des 11. Jahrhunderts", Leipzig 1909.

Bei den Herren v. Aigen und Tursen trat seit ca. 1140 ein Hûc de predio bzw. ein Hugo de Maigen als Zeuge einer Klosterneuburger Urkunde auf und seit damals sind die Herren de Predio bzw. v. Aigen mit dem Leitnamen Hugo nachweisbar:[1]
„Höchstwahrscheinlich stammten sie aus der Gefolgschaft der Cham-Vohburger und können als die ersten Burgbesitzer in Weyerburg angesehen werden".
Ein Siegel des Hugo[2] v. Aigen ist mit einem geflügelten Lindwurm, Wappenzeichen der Cham-Vohburger versehen.[3] Die Tursen kamen durch Heirat nach Weyerburg:
„Aber wer waren eigentlich diese Tursen? Der Name Turs bedeutet kühner Kriegsheld, Riese, aber auch Menschenfresser. Ab etwa 1200 wurde diese Bezeichnung von jenem bedeutenden Ministerialengeschlecht geführt, daß Besitztümer in Baden, wie beispielsweise die Burgen Rauheneck und Rauhenstein, und im Kamptal Burg Lichtenfels innehatte. Die Tursen teilten sich in drei Linien auf, welche die soeben genannten Burgen widerspiegeln: die Rauhenecker, die Rauhensteiner und die Lichtenfelder Tursen".[4]
Die Autorin dürfte der genealogische Kontext zu den Kärntner Tursen/Truhsen entgangen sein: Otto v. Truhsen ist urk. belegt – s. oben. Hugo beurkundete 1210 *„die Stiftung eines Jahrtags für sich, seine Gattin und seine Vorfahren im Stift Heiligenkreuz. Diese Urkunde wird u.a. auch von Hugos Schwiegersohn Otto Turse und dessen Sohn Hugo, sowie von Albero de Ruhenecke bezeugt. Die Tochter Hugos v. Aigen war mit dem Tursen Otto, der sich abwechselnd v. Rauheneck bzw. Rauhenstein nannte, verheiratet. Durch die Heirat Ottos d. Tursen mit der Erbtochter des alten Geschlechtes Aigen-Wierberg gelangte reicher Besitz um Hollabrunn sowie die Feste Weyerburg in die Hände der Tursen der Rauhensteiner Linie. Nicht nur Besitz wurde weitervererbt, auch der Leitname Hugo, der auf Hugo v. Aigen zurückgeht, wurde vom Zweig der Lichtenfelser Tursen übernommen.*[5] *Einer der namentlich bekannten Vertreter aus dem Geschlecht der Tursen ist Hartung v. Rauheneck. In der Stiftungsurkunde des Stiftes Heiligenkreuz*[6] *von 1110, in der Hartung v. Rauheneck als Zeuge fungierte, wird die Burg Rauheneck erstmals urkundlich erwähnt".*
Rauhensteiner und Rauhenecker sind stammesgleich, sie führten den Namen „Tursen".[7]
„Da zumindest eine Verschwägerung zwischen den Ministerialen v. Rauheneck und denen v. ***Rohr*** *nachweislich ist, wird man annehmen dürfen, daß hier Rauhenecker Herrschaftsrechte als Heiratsgut oder Erbteil an die Rohrer fielen".*[8] Dioe Verbindung der v. Rohr mit den v. Hag ist evident!

---

1) Anita Woda: Langzatal – Das lange Thal im westlichen Weinviertel aus der Perspektive von Besiedelung und Herrschaft"; S. 155ff, Diplomarbeit, Wwien 2008.
2) Der Vorname Hugo/Ugo ist bei den v. Hag bekannt.
3) Der „Drache Fafnir" ist im Nibelungenlied ein Lindwurm. Alanen und Lugier führten als Feldzeichen Drache und Greif. Nach Verfasserthese ist der „Drache Fafnir" der historische Hasdingen-König Visimar: 335 fand in Dacien am Fluß Maros der Kampf zwischen Visimar und dem gotischen Nibelungenführer Geberich statt, wo dem „Drachen, der auf dem Hort saß", von Geberich der Stammesschatz geraubt wurde. Der 10 Kilo schwere Rest des Goldes, der von den Besiegten auf einer morastigen Flußinsel der Aranka (‚Aranyka' = kleines Gold) in Nagyszentmiklos auf der Flucht hastig in nur 80 cm Tiefe vergraben wurde, war der nach Deutschland in der mündlichen Tradition der Lugier und Goten gekommene Nibelungenschatz.
4) Anna Maria Sigmund: „Die Tursen in Weyerburg", 60. In: Pfeifer, Bernhard (Hg.): „Heimatbüchlein Weyerburg", Sonnberg 1981.
5) FRA II/11, Nr. 33, 46.
6) Nicht nur Hugo v. Aigen ist in Heiligenkreuz begraben, sondern 1273 auch Otto de Foro/v. Griffen/v. Hag, ein Bruder des Heinrich v. Hag. Otto schenkte dem Kloster ein Haus am Hohen Markt in Wien.
7) Karl Lechner: „Herrschaft und ‚Markt' Weierburg", S. 7; Internet.
8) Rudolf Maurer: „Kaltenberg – Römerberg. 1000 Jahre zwischen Weinbau und Waldkultur"; Katalogblätter des Rollettmuseums Baden Nr 90.

Stammbaum der Herren v. Truhsen/Grafenstein[1]

A: Gerolt und Reginhoh, Brüder, 1106
- B: Percrat, nach 1147 Ministeriale von Ottokar III.
- B: Reimbert/Reginbert I. (1123–1147), manchmal als „Freier" angesprochen
  - C: Cholo I.[2] (1125/30–1181), 1155 nobilis, steir. Ministeriale, zeitweise Vogt v. Stift Eberndorf, erbaute mit Bruder Heinrich vor 1161 Burg, Kirche und Markt Unterdrauburg widerrechtlich auf d. Klostergrund von St. Paul. Er leistete, mit seinem Bruder, nach 1177 Schadenersatz an das Kloster.
  - C: Heinrich I. (1147–1194), 1155 nobilis, 1189 Zeuge unter den *Styrenses*; ∞ Mathilde, T. des Grafen Konrad I. v. Valley-Wittelsbach, Witwe des Graf Siegfried II. v. Lebenau (†1164), einer Seitenlinie der Sponheimer.
    - D: Cholo II. (um 1183–1227), steirischer Ministeriale, nobilis miles
    - D: Gottfried II. († 1185–1218), steirischer Ministerial, ab 1193 „v. Grafenstein", damit auch Kärntner Ministeriale
      - E: Elisabeth († vor 1273)
      - E: Heinrich v. Grafenstein (1240 auf Burg Pernstein, vor dem Pyhrnpaß im Kremstal gelegen)
        - F: Ulrich v. Trixen (1255–1306 auf Burg Pernstein), ∞ NN. v. Kapellen (traten sehr oft mit den v. Hag auf)
          - G: Gottfried (1306–1324)
          - G: Hadmar (1307)
        - F: Cholo
        - F: Gottfried (1255–1299), ∞ NN. v. Zelking (?)
          - G: Libaun (1306–1333), ∞ Helka
            - H: Hartnid v. Truchsen (1337)
          - G: Ludwig (1307)
        - F: Margareta v. Truhsen ∞ Philipp v. **Polheim** († 15.9.1313, Grab in Wilhering); Anm. Verf.: dessen Bruder war Albero IV. Polheim zu Steinhaus/Wels ∞ Clara v. Peggau: deren Sohn **Conrad** war verehelicht mit **Diemut v. Hag, der Enkelin des vermutlichen NL-Verfassers Heinrich v. Hag – die NL-Hs M** kann von daher stammen!
    - D: Otto I. (um 1183–1237), meist „v. Drauburg"
      - E: Heinrich III./IV. (1217–1253), v. Trixen/v. Drauburg, Kämmerer Herzog Friedrichs II. v. B. in Kärnten
    - D: Konrad (1187–1239) 1201 Salzburger Kapellan u. Pfarrer v. Mühldorf/Inn, 1222–1237 Abt v. St. Paul
    - D: Albert (1187–1218), „v. Trixen", „v. Mahrenberg", ∞ Gisela
      - E: Seifried v. Mahrenberg († 1272), stiftete 1251 mit seiner Mutter Gisela das Dominikanerinnenkloster Mahrenberg, erstattete dem Kloster St. Paul die Burgen Mahrenberg und Niedertrixen, die seine Vorfahren widerrechtlich auf St. Pauler Klostergrund erbaut hatten, und erhielt sie als Lehen auf Lebenszeit.
  - C: Gottfried I. (1147, 1151)
  - C: Reginbert II. (1147, 1151)
    - D:? Reginbert III. (1193–1208), Besitzer v. Drauburg (als Erbe an Otto I.)
  - C: Ortolf I. (1161/1162), auch „senior de Traberch" (Unterdrauburg), steirischer Ministeriale
- B: Volbert I. (um 1123–1147/1173), vielleicht 1173 Dienstmann Herzog Hermanns v. Sponheim
  - C: Volbert II. von Trixen-Liebenberg
- B: Wiker (um 1123–1152)
- B: Walchun (um 1123–1147)
- B: Gerloch (um 1123–1162/1171), 1154/1155 Ministeriale von Gurk

Ein Bruder des vermutlichen NL-Verfassers Heinrich v. Hag: Otto v. Hag, wurde urk. auch als Otto v. Hohen Markt (de foro) und auch als Otto v. **Griffen** benannt: *„1193-1220: Das Kloster St. Paul löst dem **Otto von Hage** um drei Mark eine Hube bei Wölfnitz ab, welche, obzwar Eigentum des Klosters, die Tochter Reinbotos widerrechtlich an Otto verkaufte."* [2]
Die Burg **Griffen** in Kärnten wurde zwischen 1124 und 1146 von den Bamberger Fürstbischöfen erbaut. 1160 bezeichnete Kaiser Friedrich I. Barbarossa die *„Burg Grivena von alters her als Bamberger Besitz"*[3]. Wohl auf Burg Griffen verbrachte der Bamberger Bischof Gunther seine viele Monate dauernden Winteraufenthalte und schrieb, der These nach, die mitteldeutsche Version aus der althochdeutschen „Nibelunge Not" des Bischofs Pilgrim v. Passau.

---

1) https://de.wikipedia.org/wiki/Trixen Diese Stammliste ist unvollständig und berücksichtigt nicht die genealogische Herkunft der Truhsen aus der Sippe v. Hag!
2) Im Dezember 1093 wurde als Zeuge ein **Cholo**, der Schwestersohn des Erzbischofs Tiemo v. Salzburg (1090-1101), aus den Grafen v. **Vornbach** stammend, genannt. Ob es Cholo v. Truhsen war, bleibt offen. Wäre er es, würde er von Graf Thiemo II. v. Vornbach abstammen: eines der vornehmsten und ältesten bairischen Geschlechter! (Beda Schroll: Urk.-Buch d. Benediktiner-Stiftes St. Paul, Wien 1876)
3) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 3, S. 537, Klagenfurt.



1681 gezeichnet v. Johann Weikard v. Valvassor, er zählte zu den bedeutendsten deutschen Historikern der Zeit.

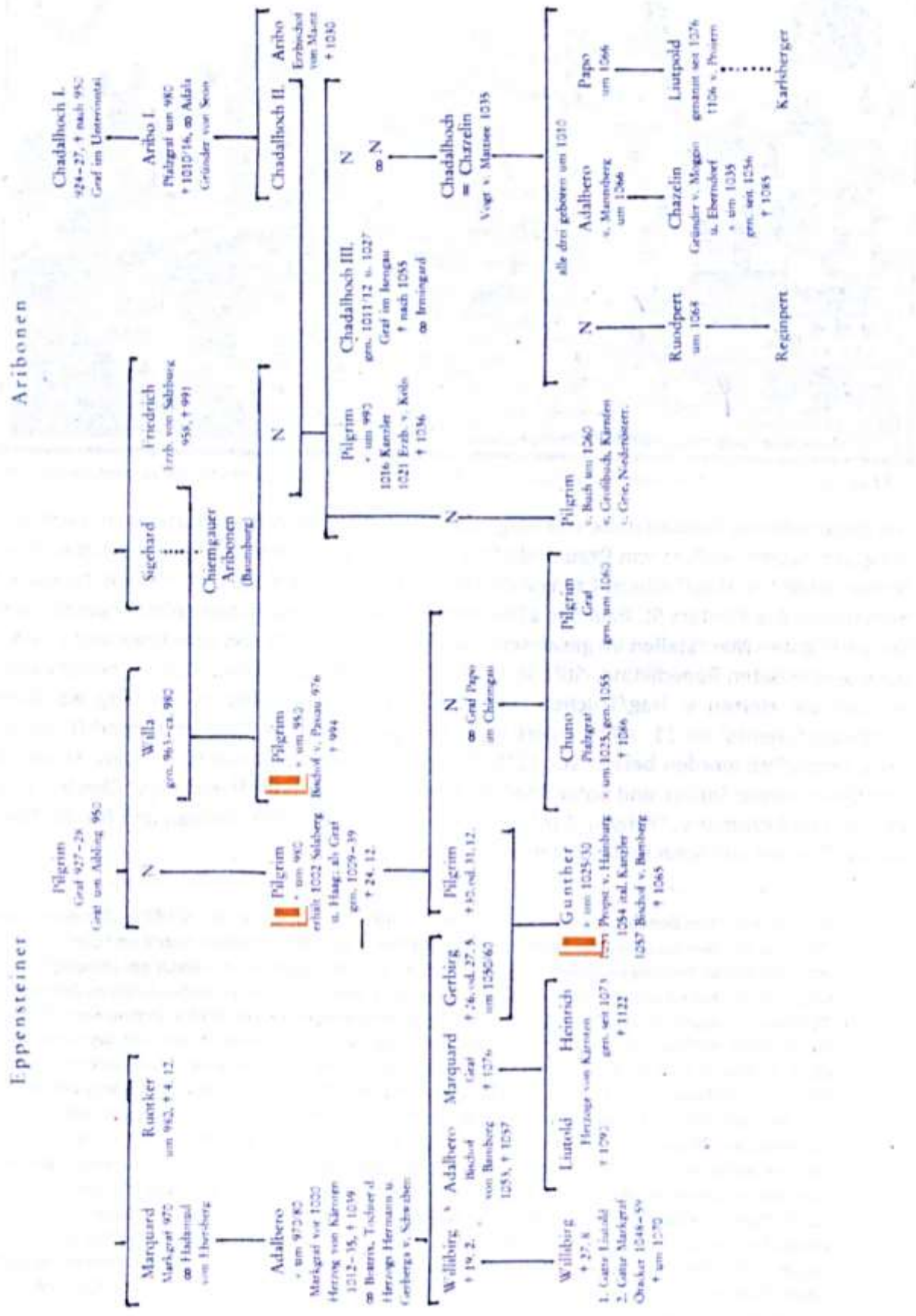
Die römerzeitliche Handelsstaße von Klagenfurt nach Cilli und Pettau führte auch durch Traburg, am Zusammenfluss von Drau und Mieß gelegen. ˜1161 errichtete der steirische Ministeriale Ortolf I. v. Hag/Truhsen (‚senior de Traberch') hier eine Burg. Unterhalb entstand auf dem Boden des Klosters St. Paul der 1185 erwähnte Markt- und Handelsplatz Traberg, einer der wichtigsten **Mautstellen** im gesamten Drautal. Mit dem 1091 von Graf Engelbert v. Spanheim gegründeten Benediktiner-Stift St. Paul gab es oft Streitigkeiten.[1] Der Verfasser nimmt an, daß die Herren v. Hag/Truchsen bereits mit Bischof Gunther v. Bamberg als ‚bamberg'sche Schenks' im 11. Jahrhundert nach Kärnten und in die Untersteiermark/Krain kamen: urkundlich werden bereits vor 1115 Chunrad mit Sohn Chunrad v. Truhsen, Reinpreht und Cholo, sowie Swiker und Sohn Reinher, Amelrich und Bruder Hermann v. Chorbe, 1130 Chunrad und Witmar v. Truhsen, 1141 Heinrich de Truhsen, 1147 Herman und Bruder Eberhard v. Traburg und Sohn Heinrich genannt.[2]

---

1) Beda Schroll: "Das Benediktinerstift St. Paul"; in „Carinthia" (S. 63, 65, 66; Nr. 3/1876): *„Die Herren von Truchsen besaßen als Lehen die Berggegenden daselbst zwischen den Bächen Grada und Groß-Wostritz, den* ***Markt Traberg*** *und die Güter auf der Ebene ‚ze heide' daselbst,* ***die Maut am Draufluße daselbst*** *mit Vorbehalt der Mautfreiheit für die stiftlichen Güter, in der March sieben Villen zu Gomelnitz, Tiemitz und Razwei, in Kärnten noch Güter bei Gensdorf und Puhlern.* ***Friedrich v. Pettau*** *hatte Güter bei Fusingen, Pudrach, Wilzin, Chunstorf unweit der Mur, Mos und Sukendorf. Leonard, der siebente Abt v. St. Paul (1237—1240), gab sich alle Mühe (...) die verlorenen Güter zurück zu erhalten (...). Mit Heinrich v. Traberg schloß er 1239 einen Vergleich. Er überließ diesem die* ***Maut zu Traberg*** *und sagte ihm die Grabstätte zu St. Paul zu, wogegen Heinrich den unrechtmäßig an sich gerissenen Zoll zu Völkermarkt dem Kloster zurückstellte. (S. 65). Hartwik, dem achten Abte (1240—1248), gelang es, einen Theil der Güter, welche unter Conrad I. verloren gegangen waren, durch kräftiges Einschreiten wieder zu gewinnen. So verzichtet unterandern* ***Ditmar v. Grifen*** *1244 unter Vermittlung des Herzogs Bernhard auf 23 Mansen;* ***Cholo v. Trixen*** *verpfändet dem Abte 1245 die Vogtei am Berge Diex bis zur Ausgleichung des zugefügten Schadens, und Heinrich v. Trixen verzichtet auf die Vogtei über Güter zu Unterbergen bei Grafenstein. Auch wurden andere Streitigkeiten, wie die um die Vogtei am Remschnig 1241 gegen Heinrich v. Traberg, und die um das Gericht über St. Lorenzen gegen Heinrich von Rohitsch 1248 zu Gunsten des Stiftes entschieden."*

2) Beda Schroll: „Urkunden-Buch des Benedictinerstiftes St. Paul in Kärnten", Wien 1876.

Bambergs Bischof Gunther, Kärnten und seine Verwandtschaft zu Bischof Pilgrim v. Passau



Aus Ernst Klebel: Stammbaum von Bischof Pilgrim v. Passau und von Bischof Gunther von Bamberg.

Nach Verfasseransicht war es, rund zwei Generationen nach Passaus Bischof Pilgrim, Bischof Gunther v. Bamberg, der das althochdeutsche Epos des Bischofs Pilgrim in mittelhochdeutscher Sprache neu bearbeitete. Für diese These gibt es einige Hinweise: der Bamberger Kanoniker und Domschulmeister Meinhard (†1088), ein hochgebildeter Gelehrter, der später Bischof von Würzburg wurde, tadelte öffentlich seinen Bischof:[1]
„Was macht unser Herr? Nie studiert er den heiligen Augustinus, nie den heiligen Gregor; immer wieder beschäftigt er sich mit Attila, immer mit dem Amelungenhelden Dietrich von Bern und sonstigen Ungeheuern dieses Schlages!" C. A. Erdmann[1] schrieb zu Meinhards Kritik, daß *„sich Gunther an den Heldenstoffen selbst als Dichter betätigt"* (...) *„Gunther wäre also der älteste mit Namen bekannte Heldendichter in deutscher Sprache. Denn aus den Kritiken Meinhards, der Rolle der Spielleute und der Sprache des Ezzo-Liedes (...) geht sicher hervor, daß keine lateinischen Dichtungen wie die Ekkehards in Frage stehen, sondern deutsche."*

Von Harry Breßlau wurde 1879 Bischof Gunther so beurteilt:[2] *„Mehr Kriegsmann als Bischof, hatte er ein lebhaftes Interesse an dem Ruhm der deutschen Heldensage: man erzählte, daß er lieber von Etzel und Amalung und anderen heidnischen Helden der Vorzeit lese als in den Werken des hl. Gregorius und Augustinus."*

Gunther, der fünfte Bischof Bambergs, verbrachte viele Winter und jeweils Monate lang in seinem Lieblingsland Kärnten, wie Dr. Ernst Klebel feststellte,[3] der auch bemerkte (S. 15):
„Etwas weniger günstig als das Bild, das Lampert [v. Hersfeld, Leiter der Bamberger Schule] und die ‚Nieder-Altaicher Annalen'[4] von Gunther entwerfen, ist die Darstellung, die man aus den Briefen des Schulmeisters Meinhard gewinnt. Wiederholt tadelt Meinhard an Gunther seine Bequemlichkeit; er macht ihm geradezu den Vorwurf der Trägheit und daß er zu viel schlafe; am meisten bedrängt aber den Schulmeister, daß der Bischof monatelang von Bamberg abwesend ist und daß er keinerlei geistliche Lektüre pflegt. Der Schulmeister schickt ihm einen Band mit Schriften des hl. Augustinus, aber Gunther liest Augustins Schriften nicht. Ihn interessieren ganz andere Dinge. Er liest nach über Etzel und über Amalung; also hat Gunther sich mit der deutschen Heldensage, mit dem Nibelungenstoff wie mit der Dietrichsage gründlich befaßt. (...)
Aber leider fehlt uns bisher eine genaue Kenntnis der Sagenstoffe, die er gelesen hat. Manches mag in der Kaiserchronik stecken, die wahrscheinlich aus dem Bamberg unterstehenden Kloster Prüfening bei Regensburg um 1150 gekommen ist. (...) Diese Fassung ist, wie die Schilderung der politischen Verhältnisse sehr deutlich erkennen läßt, ungefähr ***980*** *entstanden."*

Klebel verwies auf den Passauer Historiker Max Heuwieser, der schrieb, daß um **980** Bischof Pilgrim eine *„Darstellung der Nibelungensage wahrscheinlich in lateinischer Sprache herstellen ließ"* und daß *„Bischof Gunther der Veranlasser für eine althochdeutsche Dichtung, das sogenannte Ezzolied, gewesen ist."*
Klebel schrieb weiter über die Beziehungen Gunthers zu Kärnten (S. 19ff): *„Mehrmals kommt der Schulmeister Meinhard in seinen Briefen auf sie zu sprechen. Meinhard hat das Land*

---

1) C. Erdmann: „ZS für deutsches Altertum und deutsche Literatur", S. 116, 74. Bd, Heft 1/2, 1937.; s. auch Joachim Bumke: „Mäzene im Mittelalter. Die Gönner und Auftraggeber der höfischen Literatur in Deutschland 1150-1300"; S. 307, Anm. 2, München 1979.
2) Harry Breßlau: „Gunther, Bischof v. Bamberg"; („Allg. Deutsche Biogr.", Bd. 10, S. 137ff, Leipzig 1879).
3) Ernst Klebel: „Bischof Gunther von Bamberg". In: „900 Jahre Villach, neue Beiträge zur Stadtgeschichte", Villach 1960.
4) Kloster Niederaltaich in Niederbaiern.

nicht leiden mögen. Er schreibt 1063 ausführlich über den Bischof: Sechs Monate pflegt er in Kärnten zuzubringen, sechs Monate bei uns, d. h. an der Oberwelt, denn Meinhard bezeichnet Kärnten als die schreckliche Unterwelt. Ebenso schreibt er in einem anderen Brief: ‚Wo der Abstieg nach Kärnten wäre'. In einem weiteren Brief vom Februar oder März 1064 schreibt der Schulmeister: ‚Abgereist ist er in sein Kärnten, Kärnten die Küche für den Magen, das Kissen für seine Schlafsucht und alle Zerfahrenheit; - damit ich frei ein Wort des Schmerzes gebrauche – die besondere Höhle eines total verkehrten Lebens'.
Klebel folgerte, daß *„Gunther sich sehr viel und sehr gerne in Kärnten aufhielt, allem Anschein nach sich dort zu Hause fühlte und daß der Schulmeister diese Lebensart des Bischofs als nicht seinem Amte entsprechend ansah. (...) Natürlich hat Meinhard gewaltig übertrieben. Aus dem Briefe ergibt sich, daß Bischof Gunther besonders im Winter in Kärnten weilte. Meinhard erwartete ihn erst für Anfang Mai von seinem sechsmonatigen Aufenthalt zurück."*

Gunther war ein hochsensibler und höchstgebildeter Mann, der in Kärnten nicht *„ein total verkehrtes Leben führte"*, wie Meinhard es böse schrieb, sondern hier ziemlich ungestört in den ruhigen Winteraufenthalten – wohl in der alten bambergischen Burg Griffen - die nötige Muße und Zeit fand, um das althochdeutsche Epos des ihm verwandten Passauer Bischofs Pilgrim in Mittelhochdeutsch neu zu verfassen. Seine ihm eng vertrauten v. Hag wußten es.

Klebel verwies darauf (S. 21), daß *„Gunther bereits 1051 als Probst von Hainburg in Niederösterreich aufscheint."* Als im NL die Nibelungen von Wien nach Ungarn ritten, heißt es: *„In Hainburg der alten, verblieb man über Nacht..."* Kaiser Heinrich III. befahl um 1050, die Heimenburg zu erbauen, zu jener Zeit, als Gunther dort Probst war. 1108 kam sie in den Besitz der Babenberger und wurde durch das Lösegeld für König Löwenherz weiter ausgebaut.[1]

Überall, wo Bambergs Bischof Gunther begütert war, finden wir auch die bambergischen Ministerialen: die edelfreien v. Hag! Bereits Bischof Gunthers Großvater erhielt von Kaiser Heinrich II. im westlichen Niederösterreich die Hofmark Haag, unweit von Enns und Steyr gelegen, wo wir viele v. Hag antreffen, ebenso erhielt er Besitz im Mattiggau (Mattsee), auch im Attergau, an dessen Südgrenze ein *‚Chriemhilden-Sattel / Chreimhilden-Sattel'* auftaucht.[2] Auch östlich des Attergaus, im Landgericht am Moos, war Gunther begütert: dieses Gebiet erstreckte sich vom Pyhrn-Paß über das Garstental, bis zur Traunbrücke in Wels: dort finden wir 1189 Friedrich und seinen Sohn Heinrich v. Hag als Zeugen für Passaus Bischof Diepold.[3] Der Priester von St. Florian, Gunther v. Hag, war Vorsteher des Spital am Pyhrn.[4] Dieser Paß in die Steiermark war für das Bistum Bamberg, mit dessen großen Kärtner Besitzungen, überlebenswichtig, wie man u.a. aus der Urkunde v. 18. 10.1259 erkennt.[5]
„Berthold, Bischof v. Bamberg erklärt, daß, wenn durch Unachtsamkeit von ihm Urkunden er-

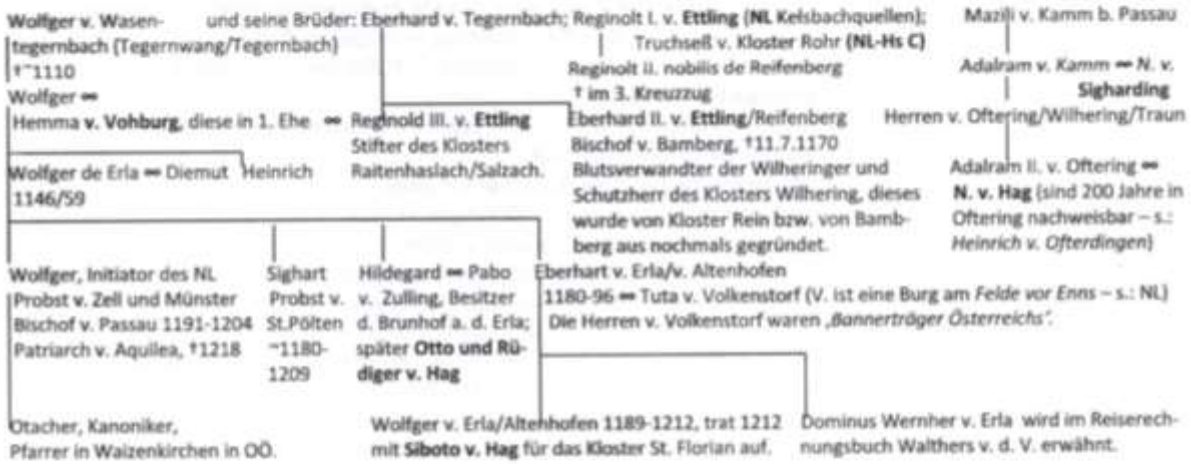
---

1) Am 11.2.1252 heiratete Margarethe, Schwester des letzten Babenbergers Friedrich II., in Hainburgs Burgkapelle den König v. Böhmen, Ottokar II. In der „Klage" könnte mit der traurigen „Herzogin in Wien" sie gemeint sein. Betreff Ottokar II: Der Grund der Verhaftung des Siboto v. Hag 1247 war wohl, daß er sich nach dem Tod Friedrichs II. (1246 im Kampf gegen die Ungarn), für König Ottokar II. als neuer Landesherr zu schnell zu stark machte. Ottokar war politisch noch nicht erwünscht, erst 1251 wurde er neuer Landesherr: er belohnte die Getreuen, darunter Heinrich v. Hag mit dem „Procuratur Scriba anasy".
2) Johannes Lambrecht: „Über die richtige Schreibung von Orts-, Fluß und Bergnamen in Oberösterreich" S. 19, Linz 1870. S. auch: Dr. J. L. Atergovius: „Die Pfarrkirche St. Georgen im Attergau"; Graz/Wien 1913.
3) OÖUB 2 (Wien 1856) S. 382-384.
4) Johann Georg Adam Freiherr v. Hoheneck: „Die Löbliche Herren Stände deß Ertz-Herzogthumb Österreich ob der Enns. 1782.
5) Joseph Chmel: „Urkunden zur Geschichte von Österreich, Triest, Istrien, Tirol aus den Jahren 1246-1300; (in: „Österr. Geschichtsquellen"; Zweite Abteilung, 1. Band), Wien 1849.

lassen würden, welche dem Spitale auf dem Berge Pyhrn, ihm besonders werth, Nachteil bringen könnten, dieselben kraftlos seyen."
Weitere Urkundenhinweise für den Kontext zwischen Bamberg, dem Pyhrn-Paß und den v. Hag: *„Im Jänner 1199 vermachte der bambergische Ministeriale **Otto v. Griffen** anläßlich der Weihe der Spitaler Kirche sein Erbgut Prunne."*[1] Diese Schenkung wurde wohl 1259 nochmals bekräftigt: Otto v. Griffen schenkte mit seinem Bruder Rüdiger v. Hag an das Spital am Pyhrn *„in loco, qui dicitur pruenne."*[2] Mit *„pruenne"* ist der Brunhof am Fluß Erla gemeint: er liegt östlich von Dorf a. d. Enns.[3] Ursprünglich gehörte „pruenne" dem Pabo v. Zulling, der Hildegard, die Schwester des Bischofs Wolfker v. Passau, zur Ehefrau hatte.[4] Bischof Wolfker war Angehöriger der Herren v. Erla und lebte von 1136 bis 1183 in Erla.[5] Sein Bruder war Eberhard v. Erla/Altenhofen, der einen Sohn namens Wolfger hatte und dieser war mit Siboto v. Hag 1212 Zeuge für das Kloster St. Florian.[6] Das Kloster Erla besaß den Zehent von Oftering, wo Otto v. Griffen/Hag 1261 ein Gut dem Kloster Wilhering schenkte.

In einer Urkunde des Klosters Gleink v. 12.8.1183 wird Verwandtschaft ersichtlich: *„Otto II. Bischof v. Bamberg, bestätigt die von seinen Vorfahren dem Kloster Gleink erteilten Privilegien und Besitzungen. Zeugen u.a.: Ortolf v. **Tolet**, Lantfrid de **Eppenstein**, Alram de **Kambe**, Pilgrimus de **Hage**, Rudigerus et frater Otto [**de Hag**], Warmund de **Zierberg** [Kremsdorf].*[7]
Unter den Zeugen fällt im Kontext besonders Lantfrid de Eppenstein auf: er war der Gatte einer Hochfreien v. Eppenstein.

Die genealogischen Fäden im Kontext der Entstehung des NL ab 1203, am Beispiel des Stammbaumes des Passauer Bischofs Wolfger, der fränkischen Herren v. Reifenberg-Ettling (s. im NL die Burg Ettling in den Kelsbachquellen), der Herren v. Kamm bei Passau, v. Wilhering-Oftering und der Sippe v. Hag zeigt sich im folgenden Stammbaum:



Von Bischof Gunther v. Bamberg in Kärnten und dessen Ministeriale v. Hag, die auch vielfach in und für die Bischöfe v. Passau auftraten, führt die Spur zu Bischof Pilgrim v. Passau.

---

1) Hans Krawarik: "Die territoriale Entwicklung der Herrschaft Spital am Pyhrn 1190-1490; in: „Jahrbuch des Oberösterreichischen Musealvereines"; S. 120 u. 129, Linz 1968.
2) OÖUB 3 (Wien 1862) S. 263-265, Nr. 279.
3) Ein Nachkomme, Hanns Seifried Hager (*1610, †1687) hatte in Dorf a. d. Enns ebenfalls Besitz.
4) Michael Hintermayer-Wellenberg: „Der Verwandtenkreis um Otto (v. Erla), den Gründer von Erlakloster, im Lichte der Gründungsurkunden"; Internet.
5) Helene Anna Rohrauer: *„Das ehemalige Benediktinerinnenkloster in Erla"*; S. 28, Wien 2012.
6) „Notizenblatt f. österr. Geschichte und Literatur"; 1.4.1843; s.: Jodok Stülz: „St. Florian", p.281, Nr. 46.

Passaus Bischof Pilgrim als Urdichter der „Nibelunge Nôt"

Nach Prof. Aloys Schröfl war Bischof Pilgrim v. Passau (*~950, †994) der Urdichter der „Nibelunge Nôt" die er für den ungarischen Königshof in Althochdeutsch verfaßte.[1] Wenn Pilgrim der Verfasser war, dann war seine Verfasserschaft in seiner ihm nachfolgenden Familie von Baiern bis nach Friaul wohl bekannt. Für Schröfls These spricht u.a., daß zu Pilgrims Zeit die Traisen die Militärgrenze zu Ungarn war, wohin im NL Pilgrim die Krimhild begleitete. Deshalb muß das Epos zu dieser Zeit entstand sein. Auch die Bezüge Bischof Pilgrims nach Aquilea und Friaul sind zu beachten, sein Stammbaum ist im Kontext beeindruckend:

Die „Sieghardinger"[2] stammen aus dem Kraichgau, wo im Nibelungenlied einige Orte genannt sind.

Sieghard I. († 906/907), Graf v. Sempt-Ebersberg, ∞ Gotini († 906)

- Ratold I. († 919), Graf v. **Ebersberg**, Markgraf v. **Karantanien**
- Sieghard II. († 923), Graf im oberen Salzburggau 908
  - Nordbert I. (958)
  - Ratold († 979), Vogt v. Freising
  - Engelbert I. (um 958), jüngerer Sohn
  - Sieghard III. († 959), Graf im Chiemgau 940
    - Friedrich I. († 991), Erzbischof v. Salzburg
    - Engelbert II. († um 1000), jüngerer Sohn
    - **Sieghard IV.** († 980), Graf im Chiemgau, "Sizzo v. Melk", Graf an der Melk, der Mank und Pielach ∞ Willa († 977), Tochter von Graf Bernhard ∞ Engilrat
      - Sieghard V. († 1020), Graf im Chiemgau ∞ Zloubrana (1010/1020)
        - Friedrich III. († 1023), Diakon
        - Sieghard/Sizzo VI., Graf im Chiemgau 1010, ∞ I. NN, ∞ II. Tuta/Judith v. Ebersberg (1029/1048)
          - I. Markwart († 1085), Graf im Chiem- und Isengau, ∞ Adelheid v. Lechsgemünd († 1112)
          - I. Meginfried, Graf
          - II. Engelbert V. (X 1078, Mellrichstadt), Graf im Chiemgau, Domvogt v. Salzburg, ∞ Irmgard v. Rott
          - II. Sieghard/Sizo VIII. († 1080), Graf im Chiemgau
      - Friedrich II. († 1000)
        - Richgard († um 1035), ∞ Eberhard v. **Eppenstein** (um 1039)
      - Nordbert II. († um 1010), Graf
      - **Pilgrim von Passau († 991), Bischof v. Passau**
      - Engelbert III. († 1020), Graf im Chiemgau, ∞ Adala († nach 1020)
        - Hartwig († 1039), Bischof v. Brixen
        - Meginhard († um 1055), Graf im Oberpustertal
        - Sieghard VII. (X 1044), Graf i. Chiemgau, ∞ Bilihild v. Andechs
          - Friedrich v. Tengling († 1071), ∞ Mathilde v. Vohburg
            - *Nachfahren:* ***Burghausen-Schala u. Peilstein***
          - Sieghard/Syrus († 1077), **Patriarch v. Aquileia**
          - Friedgund, Äbtissin in **Aquileia**
          - Hildburg, Fürstin v. Mähren
        - Engelbert IV. († ~1040), Graf i. Puster-, **Nori-** u. **Lavanttal**, Domvogt v. Sbg. Vogt v. Brixen ∞ Liutgart, T. d. Grafen **Werigand** v. **Istrien-Friaul**
          - Willipurg († ~1060), ∞ Aribo II. († 1102), Pfalzgraf v. Baiern
          - **Richgard v. Lavant († 1072), ∞ Siegfried v. Spanheim**
          - Liutgard, ∞ Aribo II. († 1102), Pfalzgraf von Baiern
          - Engelbert VI. († 1090) Graf i. Pustertal, Vogt Salzburgs
            - Richgard († 1138) ∞ Gebhard, Graf v. Dießen
          - Meginhard/Meinhard († um 1090), Graf im Pustertal (**Görzgrafen**) Nachfahren: möglich die Meinhardiner

---

1) „Der Urdichter des Liedes von der Nibelunge Nôt und die Lösung der Nibelungen-Frage", 1928; ders.: „Und dennoch – die Nibelungenfrage gelöst!"; München 1931.

2) https://de.wikipedia.org/wiki/Sieghardinger

König Richard Löwenherz in Friesach und seine Flucht in der Steiermark

Rein theoretisch hätte Löwenherz bei Villach den Weg über die Hohen Tauern nach Salzburg wählen können, um den Häschern eventuell zu entkommen. Real war jedoch der einst germ. „Rennweg" zu dieser Jahreszeit kaum mehr begehbar:[1] auch damals lag im November auf Pässen meist schon hoher Schnee. Auch die eisige Kälte und der Mangel an Verpflegung für Pferde und Menschen hätten dieses Vorhaben verhindert. Die raue Wirklichkeit dieser Landesnatur bedachten manche Historiker in der Beurteilung der Lage von Löwenherz nicht.



„Löwenherz war auf seiner Flucht in der dem Bischof v. Salzburg pflichtigen Stadt Friesach, die damals bereits mit einer sehr hohen Mauer umgeben war, endlich angelangt: Friedrich v. Pettau, ein salzburgischer Ministerial, verfolgte ihn und fing in der Nähe von Friesach die wenigen Leute, die noch bei ihm waren." [2] *„In Friesach, im Norden Kärntens, sah er sich neuerlich mit einem Ergreifungsversuch kaiserlicher Verantwortungsträger konfrontiert. Wiederum ließen sich sechs seiner Leute nach einem Ablenkungs-manöver gefangen nehmen, während Richard ein weiteres Mal entkam und in die bereits zum Herrschaftsbereich Leopolds V. gehörende Steiermark gelangte."* [3]

Es blieb keine andere Wahl, als von Friesach in die Steiermark[4] zu fliehen: nach Neumarkt, über den 995 m hohen Perchauer-Sattel nach Judenburg, nach Bruck a. d. Mur – Löwenherz erreichte Bruck am **6.12**. und fiel durch sein höfisches Gehabe auf [5] - weiter nach Mürzzuschlag, folgend über den 984 m hohen Semmering-Paß,[6] um nach weiteren 100 km, am 20.12., zur Donau in Erdberg und dort zur Ruderüberfuhr zu gelangen: bis 1463 gab es keine Donaubrücken zwischen Passau und Wien. Löwenherz hätte dann weiter, um über Brünn, Prag und über Leipzig nach Braunschweig zu gelangen, noch rund 800 km schnell reiten müssen: eine im Winter kaum vorstellbare Anstrengung für Menschen und Pferde!

---

1) https://www.zobodat.at/pdf/WissMittHoheTauern_5_0205-0227.pdf
2) Theodor Toeche: „Kaiser Heinrich VI." in: „Jahrbücher der Deutschen Geschichte"; S. 259, Leipzig 1867.
3) Robert-Tarek Fischer, w.o., S. 190.
4) Nicht am Fluchtweg lag Friedberg/Steiermark: die Stadt wurde vom Lösegeld für Löwenherz erbaut.
5) Wikipedia: Bruck an der Mur
6) *„Graz 22. April 1224: Herzog Leopold VI. v. Österreich und v. Steiermark urkundet für das Spital am Semmering. Zeugen:* ***Cholo*** *und* ***Sohn Cholo v. Truhsen, Otto v. Traberg*** *mit* ***Sohn Heinrich... Heinrich v. Grafenstein."*** August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Band 4, S. 138, Klagenfurt 1904. Gerhard Volfing: w.o., S. 77/78: *„Bis in das ausgehende Mittelalter führte nur ein Saumpfad durch den unzugänglichen ‚Cerwald', wie der Semmering lange Zeit hieß. Der Name stammt von dem Wort ‚Cere' und bedeutet so viel wie Harz oder Pech. Zur besseren Erschließung als Verkehrsweg wurde 1160 durch den steirischen Markgrafen Ottokar III. ein Hospiz für Reisende im Spital am Semmering gegründet, daß die Situation auf dem Weg deutlich verbesserte. Hier fanden die Menschen Unterkunft, Verpflegung und Schutz vor Räubern. Die Straße verlief vom steirischen Mürzzuschlag, das Fröschnitztal, über Spital und Steinhaus bis zum Dürrgraben, stieg dort zur Paßhöhe steil an, nach dem Paß führte sie in einer großen Schleife zum Myrthengraben, unter dem Sonnwendstein durch und durch den Göstritzgraben hinunter nach Schottwien. Oberhalb der bereits nö. Ortschaft Schottwien am Semmering, am Weißenbach, liegt die uralte Burg Klamm* [¯1130: Ortolf de Clamma]. *Auf dieser Festung, die zum Schutz des Saumpfades über den Semmering errichtet worden war, saßen die Herren v. Klamm, Ministeriale der Pittner Grafen, deren Herrschaft sich weit bis in die Steiermark erstreckte." [Gottfried, Sohn des Markgrafen der Kärntner Mark bzw. späteren Steiermark, Arnold II. v. Wels-Lambach und selbst Mit-Markgraf, schlug 1042 die eingefallenen Ungarn und erhielt dafür von König Heinrich III. reichen Besitz in genanntem Gebiet, die als ‚Grafschaft Pitten' bezeichnet wurde. 1050 wurde Gottfried in Burg Lambach getötet. Pitten kam über G. Tochter Mathilde an ihren Mann, Graf Ekbert I. v. Vornbach].*

Friedrich v. Pettau und die v. Hag

Die Herren v. Pettau traten *„unter Salzburger Ministerialen im Mai 1132 in der ersten Reihe auf (...) gehörten zu den angesehendsten und reichsten Familien, kurz vor ihrem Erlöschen* [1438] *waren sie die mächtigste Familie im Land, nach den Grafen v. Cilli (...) Landmarschälle seit 1325, Herdegen v. Pettau wurde Landeshauptmann in Krain."* [1]

1328 traten Herdegen und **Amalrich** v. Pettau für Herzog Friedrich d. Schönen auf. Die v. Pettau waren verwandt mit den Herren v. **Schaunberg** und v. **Wurmberg/Hollenburg**.
In einer Urkunde v. 7.12.1213 in Hörberg bestätigte *„Erzbischof Eberhard II. v. Salzburg die testamentarische Verfügung Ortolfs v. Montpreis wegen des Schloßes Hörburg. Zeugen:* ***Otto*** *und sein Bruder* ***Albert v. Traberg, Friedrich v. Pettau...*** *"* [2] Die direkte Nennung des Friedrich v. Pettau hinter Angehörigen der Sippe v. Hag/Traberg läßt auf Verwandtschaft schließen.

In Kämpfen gegen die Ungarn traten die v. Pettau stark hervor. Ungarns König Geisa II. führte 1161 beim Salzburger Erzbischof Klage wegen Grenzverletzungen von Friedrich II. v. Pet-tau, der streitbar war: er stritt mit dem Bruder seiner Mutter, Gottfried v. Wieting, wegen einer Schenkung an Stift St. Peter in Salzburg, wo schließlich Erzbischof Eberhard I. selbst richten mußte.[3]
Am Ostersonntag 1199 kämpfte Friedrich III. v. Pettau, der Häscher von Löwenherz, gegen die Ungarn auf dem Pettauer Feld. ~1230 stiftete Mathilde, die Witwe Friedrichs III., das Dominikanerkloster Pettau, das von Friesach aus besiedelt wurde. 1237 waren Friedrich und Hartnid v. Pettau unter den Zeugen einer Urk. Kaiser Friedrichs II., in der dieser dem Deutschen Orden Privilegien bestätigte.[4] 1268 war Friedrich V. angeblich in eine Verschwörung gegen König Ottokar II. involviert und mußte die Burgen Wurmberg und Schwanberg abtreten; Wurmberg wurde zerstört. 1270 mußte Friedrich V. im Heer von König Ottokar II. bei dessen Inbesitznahme der Länder Krain und Kärnten widerwillig dabei sein.

Pettau Stammliste:[5] Der erstbekannte Pettauer war **Friedrich I.**, Salzburger Ministeriale (1132, † n. 1137); ∞ N.N. v. Wieting, Schwester **Gottfrieds v. Wieting**. Sie hatten folgende Nachkommen:

A1. Friedrich II., urk. 1144, † v. 1174; ∞ Benedikta v. **Machland**, 1174 Witwe
B1. Sohn ∞ () N.N. v. **Wildon**
C1. Heinrich v. Pettau * ~1160; †7.9.1217 zu Friesach, Bischof v. Gurk (1214–1217)
C2. **Friedrich III.**, †v. 1222 ∞ Mathilde N.N., 1230 Stifterin des Dominikanerklosters Pettau
D1. Heinrich, herzoglicher Kaplan, Landschreiber der Steiermark, Pfarrer zu Gratwein † n. 1243
D2. Friedrich IV., Burggraf v. Pettau-Stein urk. 1211 bis † 1260 ∞ 17.12.1213 Herrad v. Montpreis † v. 1241, Tochter des Ortolf v. Montpreis
E1. Gerbirg, † n. 1250 ∞ 1244 Heinrich v. Schärfenberg-Montpreis, † n. 1265
D3. Hartnid I., Vogt v. Oberburg 1243, † 2.9.1251 ∞ Mathilde v. **Hollenburg-Wurmberg**
E1. Friedrich V., Pfandherr zu Pettau * v. 1235 † 8.5.1288 ∞ I: Sophia v. Sannegg, Tochter v. Konrad v. Sanegg und Gräfin Sophie v. **Pfannberg-Peggau**; ∞ II: v. 1283 Gräfin **Agnes v. Pfannberg**, T. des Graf **Heinrich v. Pfannberg** (–1282) und Gräfin Agnes v. Hardegg-Plain
F1. Friedrich VI., Stifter d. **Wurmberger Linie** (erl. 1382), Herr z. Wurmberg, Burggraf v. Stein ∞ Herwig
G1. **Amelrich**, Marschall d. Steiermark, urk. 1309, † n. 1336 ∞ Agnes v. Walsee, Tochter des Eberhard IV. v. Walsee, Landrichter ob der Enns und der Maria v. **Kuenring**.

---

1) Hans Pirchegger: „Die Herren von Pettau". In: „ZS d. Hist. Vereines für Steiermark", S. 3, Jg. 42/1951.
2) August v. Jaksch: „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 4, S. 70, Klagenfurt.
3) www.monastrium.net/mom/AT-StiASP/Urkunden/Urk_Nr_26_1163_XII_20/charter
4) Heinrich v. Grafenstein u. Ulrich v. Trixen und ihre Brüder Cholo und Gottfried übergaben dem **Deutschen Orden** je 10 Pfund in Sirnich in Kärnten. „Urkundenbuch des Herzogtums Steiermark"; Ergänzungsheft zu den Bd. I bis III, S. 34, Graz 1949.
5) https://de.wikipedia.org/wiki/Pettau_(Adelsgeschlecht)

Amelrich v. Hollenburg und der Kontext zum vermutlichen Nibelungenlied-Verfasser

Mit Amelrich v. Hollenburg könnte jener im Nibelungenlied von Hagen gerufene Inhaber der Donaufähre gemeint sein. Der Vorname war bei den v. Pettau und v. Hollenburg verbreitet und kann das kulturelle Erbe einst Gotischsprachiger gewesen sein.[1]
Bereits im Jahre 1070 fand sich in Kärnten der erste urk. Hinweis auf den Namen Amelrich: *„Frau Ita und Sohn Gripho* [Greif] *widmen dem Bischof Ellenhard ihr Gut zu Kappel* [St. Veit/Glan] *in Kärnten, wogegen derselbe ihnen einen Hof zu Faning ebendort auf Lebenszeit überläßt.* Zeugen: *Ekkehart et frater eius Otto... Adelpreht,* ***Amelrich****, Walchun, Wolfhart."*[2]

„1146: Dem Ministerialen der Kirche Salzburg Hartwig mit dem Beinamen ***Wolf und dessen Bruder Amelrich***[3] *erteilte Salzburgs Bischof Konrad I. die Zustimmung zur Vergabung des Gutes Slawesbach an Engilschalk v. Friesach... Zeugen: Hertwig, Priester v. Lanzenkirchen* [bei Pitten in NÖ.], *Heinrich v. Trunian* [Traun], *Heinrich v. Husrukk* [Hausruck, OÖ.] ... *Siegfried v. Pongau und Wisentone* [Udine]...."[4] Hier fällt der Zeuge Heinrich v. Traun auf: die v. Traun stammten aus einer Gens mit den Herren v. Wilhering/Oftering. Grat(sch)-wein v. Traun hatte das gleiche Ankersymbol im Siegel[5] (links) wie jenes, welches die Herren v. Pettau im Wappen führten!



In Leibnitz/Steiermark waren 1136 Hartwig, genannt ‚Wolf' und sein Bruder Amelrich, Zeugen für Markgraf Ottokar, als ein Pilgrim sich selbst dem Kloster Rein[6] widmete und Benedikta, die Gattin Konrads v. Sindelburg,[7] dem Kloster Rein ein Gut zu Gratwein gab. Unter den Zeugen Swithard (Swiker) v. Cholme sowie **Adelram I. v. Oftering**.[8]

Mit Swiker v. Cholm/Hollenburg einerseits und Adelram I. v. Oftering, verehelicht mit einer N. v. **Sigharting** und deren Sohn Adelram II., verheiratet mit N. **v. Hag** andererseits, wird direkt die Frage nach Verwandtschaft mit der Sippe des Heinrich v. Hag berührt!







1+2: Wappen/Siegel[9] der v. Hollenburg; 3: Wappen der Herren v. Schaunberg/Eferding.[10] Die v. Hollenburg waren „eines Stammes mit den Pettauern."[11] Wernhart II. v. Schaunberg († 9.4.1266) war verehelicht mit Hedwig v. Waxenberg, der Erbtochter des im Krieg gegen Passau gefallenen Ex-Mönches Heinrich v. Griesbach-Waxenberg. Wernhart war deshalb der Erbe von Oftering.

---

1) Der Verfasser schrieb in seinem Buch, im Kapitel: *„Nû hol mich Amelrîchen!"*, über historische Zusammenhänge: König Richard Löwenherz und das Nibelungenlied (nibelungenlied-verfasser.at)
Sehr oft, im Vergleich zu anderen Ländern, fand der Verf. den Namen „W(V)andaler" in Kärnten. Ein Angesprochener führte seinen Namen auf vandalische Legionäre in der römischen Armee, zurück.
2) www.monasterium.net Quelle Volltext: ZAHN, Codex Diplomaticus (=FRA II/31, Wien 1870) S. 88-89).
3) Es könnte Hartwig v. Hagenau/Inn sein: 1088 ist Hartwig urk. belegt. Bekanntester Hagenauer war, neben dem Minnesänger Reinmar, Passaus Bischof Reginbert, der 1147 im 2. Kreuzzug starb.
4) www.monasterium.net Stiftsarchiv Admont Signatur: Cod. 475 - 126.
5) Siegel aus: F.X. Wöber: „Die Reichersberger Fehde und das Nibelungenlied". Meran 1885.
6) Kloster Rein war 1146 das Gründungskloster von Wilhering.
7) Sindelburg: 18 km östl. von Enns, nahe dem ehemaligen röm. Kastell Adiuvense (Wallsee) an der Donau. Kurz vor Sindelburg lag in Limbach eine Wehranlage: der **Haghof**. Konrad v. Hag, Sohn/Enkel des vermuteten NL-Verfassers Heinrich v. Hag, muß es sein, der hier im 13. Jhdt. erwähnt wurde.
8) „Urkundenbuch des Herzogthums Steiermark 798-1192", S. 171, Nr. 172, Graz 1875.
9) A. A. v. Siegenfeld: „Steirischer Uradel 1229-1245" in: „Siebmacher", Bd. 4, Tafel 8, Nürnberg 1893.
10) www.monasterium.net Kärntner Landesarchiv, Allgemeine Urkundenreihe Siegel: 1 Sig. pend.
11) „Siebmachers Wappenbuch, Oberösterreichischer Adel", S. 322/323, Wien 1904.

Stammbaum Hollenburg-Steierberg



---

1. Raffold, Gatte der Susanna, einer Tochter des Erzbischofs Adalbert II. v. Salzburg, tauschte für Güter, die ihm von Herzog Arnulf geschenkt worden waren [~923], Halsbach im **Wald an der Alz.** Witigowo hieß Raffolds Sohn. Von Raffold II. zu Wald/Alz und Schönberg (bei Burgkirchen) und Julbach gingen die v. **Schaunberg** in Österreich hervor (J. E. Ritter v. Koch-Sternfeld: „Die altgefeyerte Dynastie des Babo v. Abensberg"; S. 84, Regensburg 1857). Weitere Hinweise auf die Herren v. Wald: Friedrich II. v. **Perg** (1150, † 15.7.1191), ∞ mit **Agnes v. Wald.** Cholo und Bruder Gotfrid v. **Truhsen**, Swiker v. **Hollenburg** und Söhne Amelrich und Otto, Friedrich v. **Pettau** u. die Brüder **Heinrich und Liupold v. Wald** werden u.a. als Z. einer Urkunde für Graf Otto II. v. Ortenburg (11.4.1191) in Friesach genannt (August v. Jaksch, Bd. III, S. 526/27). In der letzten Urkunde des vermutlichen NL-Verfassers Heinrich v. Hag am 24.4.1272 wurden an 1. Stelle der Z. **Friedrich u. Sohn Friedrich v. Wald** genannt (OÖUB 3, Wien 1862, S. 385-386). **Friedrich v. Wald** übernahm die Vormundschaft für die 4 unmündigen Kinder des **Eberhard v. Hag**, als E. 1228 in den Kreuzzug zog. 1257 bezeugte Passaus Bischof Otto v. Lonstorf in Ebelsberg den Vertrag zwischen dem Kloster St. Nikola/Passau und L. Prüschink. Z.: **Friedrich v. Wald** u. die Brüder **Wernhard u. Konrad v. Hag** (Egon Boshof: „Regesten d. Bischöfe v. Passau", Bd. III, S. 39, Nr. 2175). Es muß enge Verwandtschaft zwischen den Herren v. Hag und v. Wald gegeben haben!
2. [König] *Konrad schenkt als Seelgerät auf Intervention der Königin Gertrud und seiner Mutter Agnes und mit Zustimmung seines (Halb-) Bruders Markgraf Heinrich (v. Österreich) dem Kloster Garsten (bei Steyr) auf Bitten von dessen Abt Berthold 400 Hufen zu freiem Eigen, die in seinem Riedmark genannten Wald gelegen sind. Zeugen u.a.: Herzog Ulrich (v. Kärnten), Graf Albert v. Bogen, Graf Konrad v.* ***Peilstein, Ulrich v. Wilhering****, Hartwig v.* ***Hagenau****, Wernhard v.* ***Julbach****, Friedrich v.* ***Haunsberg****,* ***Raffolt v. Schönenberg/Schaunberg****, Otto von* ***Rohr****, Hetel von Weissenbach [Weißenbach bei Waidhofen an der Thaya, 1142 wird erstmals Hetel v. Wizenbach als Zeuge des Markgrafen genannt]. Poppo (=Rapotho) v. Prüherswang.* Quelle:
RI IV,1,2 n. 225, Konrad III., 1142 (Januar/Februar ...
3. *„Reginher v. Steierberg, auf dem Weg ins heilige Land, schenkt auf Todfall dem Kloster Admont zwei Huben zu Glödnitz und eine Taferne in Steierberg. Zeugen Eberhard v. Drauburg ... Reginhers Bruder Swiker v. Hollenburg (...) Sigfrid v. Friesach ..."* (August v. Jaksch, Bd. III, S. 322).



An der Stelle des urkundlich erwähnten Wirtschaftshofes ‚Trahoven' (Drauhofen) steht die mächtige Hollenburg (heute: Gemeinde Köttmannsdorf) steil über dem Nordufer der Drau mit der strategischen Aufgabe, den Drauübergang zu überwachen und zu verteidigen. Nach dem Tode des letzten Hollenburgers, Swiker III., fiel die Hollenburg an den Verwandten, ***Hertnit v. Pettau****, nach dem Tode des letzten Pettauers, Friedrich (1438), an dessen Schwestern Agnes, Gemahlin Leutolds v. Stubenberg, und Anna, Gemahlin des Grafen Johann v.* ***Schaunberg****.*

Die Hollenburg wurde urkundlich **1142** erstmals erwähnt.[1] Die ältesten Besitzer waren, lt. August v. Jaksch,[2] die Stifterfamilie von Ossiach, die mit Otto v. Cordenons vor 1138 ausstarb, worauf die Herrschaft Hollenburg an Markgraf Ottokar II. v. Steiermark als Erbe kam, deren Ministeriale die v. Hollenburg waren. 1143 schenkte der Ministerial von Ottokar II., Swiker II. v. Hollenburg, dem Kloster Viktring am Todestag seiner Gattin Rihza v. Frauenstein vier Huben im Weiler ‚Goldbranich'.[3]
1147 schenkte Graf Bernhard dem Kloster Viktring den Weiler Arlsdorf, mit dem Konrad v. Truhsen belehnt war und entschädigte diesen mit eben soviel Besitz in Rabenstein bei St. Paul. Zeugen: Graf Wilhelm v. Hunenburg, Graf Meinhard v. Schönenberg, Hermann v. Traha (Drauburg), Reimbert und Sohn Gotfried, Cholo, Chunrad und Sohn Chunrad v. Truhsen, Gotfrid v. Wietingen (...) Walchun v. Truhsen (...) Amelrich v. Corbe und Bruder Meinhard...[4]

„St. Paul, 20. April 1147. Graf Bernhard, im Begriff, mit König Konrad III. das Kreuz zu nehmen, und seine Gattin Chunigund, ohne Aussicht auf Erben, schenken dem Kloster St. Paul sowohl die dem Grafen gehörige Hälfte von Völkermarkt als auch die seines Bruders, des Bischofes Hartwich v. Regensburg (1105-1126), welche dieser im Falle der Kinderlosigkeit Bernhards dem Kloster bestimmt, samt zwei Huben und zwei Höfen, wogegen die Gräfin einen Stadelhof bei Völkermarkt und fünfzig Mark erhält und im lebenslänglichen Fruchtgenusse von Völkermarkt bleibt. Zeugen: Hermann v. Tra (Drauburg) und Bruder Eberhard, Reinprecht und Sohn Heinrich v. Truhsen (...) Hartung und Bruder Heinrich v. Cholm, Chunrad und Sohn Chunrad v. Truhsen (...) Amelrich v. Chorb und seine Brüder Meinhard und Albrecht...[5]

Am 11. April 1191 eximierte Erzbischof Albert die von den Brüdern Erzpriester Hermann und Graf Otto II. v. Ortenburg auf deren Grund erbaute Kapelle mit Armenspital (Spital a.d. Drau) und gestattete allen vom Haus Ortenburg, sich dort bestatten zu lassen, bestellte den Grafen und seine Nachkommen zu Vögten der Kapelle... Zeugen: Cholo und Bruder Gotfried v. Truhsen, Swiker und Söhne Amelrich und Otto (...) **Heinrich** und **Leopold v. Wald**...[6]

Die Beziehungen der Hollenburger zum Kloster Viktring und zu St. Paul waren von emotional geladener Haßliebe geprägt: 1207 meldete Markgraf Heinrich IV. v. Istrien/Andechs dem Erzbischof Eberhard II. v. Salzburg, daß er dem Kloster Viktring die Kirche St. Leonhard am Loibl schenkte und daß der Behauptung des das Kloster deswegen belästigenden Amelrich v. Hollenburg, daß die Kirche an ihn verpfändet sei, kein Glauben beizumessen sei.[7] Hier bemerkt man, daß der Hollenburger sichtlich gierig und mit sehr wenig Skrupel behaftet war.

---

1) August Walzl: „Hollenburg. Leben und Wirken einer Grundherrschaft", Klagenfurt 1965.
2) August v. Jaksch: „Geschichte Kärntens bis 1335", S 292f., Klagenfurt 1929.
3 - 7) August v. Jaksch, „Die Kärntner Geschichtsquellen", Bd. 3, S. 301; S. 326/27, S. 325/26; S. 526/27; Bd. IV. S. 33.

Vor seinem Kreuzzug ohne Wiederkehr, den er mit Hadmar II. v. Kuenring (auch dieser starb) u.v.a. begann, verglich sich vorher der steirische Ministeriale Amelrich (um wohl für seine Familie Sicherheit zu erreichen), am 9.6.1217 mit dem Kloster Viktring. Zeugen: *„ich selbst Amelrich v. Hollenburg, meine Onkel Gundafor v. Frauenstein und Friedrich von St. Gangolf".*[1]

Nach Amelrichs Tod im Kreuzzug schenkte zwischen 1220/24 für dessen Seelenheil sein Sohn Swiker, dessen Mutter Adelheid und sein Oheim Otto v. Steierberg dem Kloster Viktring **als freies Eigen die Hollenburger Brücke** über die Drau und zu deren Erhalt den Berg Söchter oberhalb von Ferlach, sowie eine Hube in Weitzelsdorf und bestimmen den freien Übergang für Jedermann.[2] In welchem Jahr die Brücke in Hollenburg erbaut wurde, war nicht zu ermitteln.[3] Der Name verweist zwingend auf eine **uralte Fähre**: althochdeutsch ‚holōn' = rufen. Amelrich hatte einen Bruder namens Sifrid,[4] allerdings steht urk. nicht „v. Hollenburg" dabei (in einer Urkunde werden jedoch Swiker v. Hollenburg und ein Sigfrid v. Friesach genannt,[5] in anderer Urkunde von 1204 ein Sifrid und seine Brüder Bernhard und Wolrich v. Truhsen[6]).

Die im gewaltigen Hochwasser beschriebene Donau-Übersetzung, samt des großem Troßes, kann nur ein Augenzeuge einer real vergleichbaren Donau-Übersetzung beschrieben haben. Dies sagt auch ein Analytiker des Nibelungenliedes: *„Der Dichter hat auch für die Überfahrt selber und die Bedienung des Schiffes ganz klare Anschauungen und sichere Erfahrung."*[7] Nach der These war der junge Heinrich v. Hag im Gefolge seines Vaters ein Erlebniszeuge des Rittes im Frühjahr oder Sommer 1194 vom Rhein nach Wien. Und er erlebte die Donau-Übersetzung bei Hochwasser, unter Führung von Hadmar II.: *„Schon 1194 wiederholte sich die Wasserkatastrophe* [von 1193] *und ein Chronist berichtet, daß ‚Zehntausende (?)' den Tod durch Wassernot fanden".*[8] Im „Reisegepäck" hatte Hadmar II. die Beute aus der Erpressung des Königs des „Angevinischen Reiches": bestens bewachte 12.000 kg Silberbarren für Herzog Leopold V. waren nach einem rund einmonatigen Marsch in Wien angelangt.[9]

Hadmar II. v. Kuenring kann, wenigstens zum Teil, den „Hagen" im NL verkörpern. Ein kurzer Vergleich zwischen der Gestalt Hagens und jener Hadmars II. v. Kuenring ist angebracht:

- Hagen hatte, wie ebenso Hadmar II., eine alle beeindruckende, körperliche Kraft;
- Hagen, wohl sicher auch Hadmar II., waren sehr gute Schwertkämpfer;
- Hagen war, wie auch Hadmar II., ein enger Vertrauter, Berater und Begleiter des Königs bzw.

---

1 August v. Jaksch, Bd. III, S. 92.
2 August v. Jaksch, Bd. IV, S. 109/10.
3 Als 1217 Herzog Bernhard auf dem Klostergrund von St. Paul eine neue Drau-Brücke schlagen ließ, waren Zeugen: Heinrich und Sohn Otto v. Truhsen, die vier Brüder Cholo, Gotfrid, Otto und Albert v. Truhsen (August v. Jaksch, Bd. IV, S. 90).
4 *„Federaun, 3.12.1212: Bischof Eckebert v. Bamberg beurkundet, daß seine Ministerialen, die Brüder **Amelrich** und **Sigfrid**, eine Bamberger Lehenhube in Perau bei Villach nebst einer dazu gehörigen Eigenhube ihm mit der Bedingung übergaben, damit er die Huben dem Kloster Arnoldstein schenke, was auch geschehen ist; ferner daß nach einiger Zeit Amelrich zwei Eigenhuben in St. Ulrich bei Villach an das Kloster vergabte und den Bischof verpflichtete, mit den Vogteien über diese vier Huben und über sechs andere niemand anderen als das genannte Kloster zu belehnen* (August v. Jaksch, Bd. IV., S. 59).
5 August v. Jaksch, Bd. III, S. 322.
6 Hans Pirchegger/Otto Dungern: „XXXIII Urkundenbuch des Herzogtums Steiermark", Graz 1949.
7 Walther Mitzka: „Der Donauübergang der Nibelungen"; in: „Beiträge zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur", Bd. 55, S. 282; 1931.
8 http://www.aulehrpfad.at/lebensraeume/hochwasserschutz/
9 Ob jemals darüber geforscht wurde, wie und durch wen diese 12.000 Kilo Silberbarren nach Wien kamen, ist dem Verfasser bisher nicht bekannt.

Herzogs: Hagen begleitete König Gunther nach „Island", Hadmar II. war wohl mit Leopold V. 1189 in Akkon dabei, er kannte dadurch bereits den König Richard;
- Hagen wurde, wie auch Hadmar, als Gesandter eingesetzt: Hadmar wurde nach Bamberg gesandt um dort den Beitritt Leopolds zum Bund der staufisch gesinnten Fürsten zu verkünden;
- Hagen zog erfolgreich gegen die Sachsen in den Krieg, Hadmar II. erfolgreich gegen Böhmen;
- Hagen bewachte den Nibelungenschatz, wie auch Hadmar II. einen großen Schatz;
- Hagen führte die Nibelungen, wie auch Hadmar seine Ritter, der Donau entlang nach Osten.

Evident ist der Kontext der gesamten Sippe v. Hag zu Fähren, zu Brücken und zur Maut:
- Die v. Truhsen besaßen in Drauburg die Brückenmaut (vorher wohl das Fergenrecht);
- Altmann v. Hag und sein Bruder Hugo v. Lonstorf wurden 1140 an der Brücke über die Traun in Wels für Passau als Zeugen erwähnt;[1]
- ebenfalls bei dieser Brücke trat 1189 als Zeuge der Großvater des vermutlichen NL-Verfassers, Friedrich v. Hag *‚der alte Regensburger in Stein'*, mit Sohn Heinrich, auf;[2]
- den Traunübergang in Ebelsberg kontrollierten die v. Hag[3] (im NL heißt es: *„Dô si über die Trûne kômen..."* – der Fluß ist im NL-Kontext unwichtig, warum wird er genannt?).
- der Nachfolger von Heinrich v. Hag im Amt des „Scriba Anasi", der reiche Gozzo v. Krems, kaufte 1274 dem Bischof Konrad II. v. Freising, die *„einträgliche Ufermaut in Hollenburg* [an der Donau] *ab"*.[4] Eine Tochter Gozzos namens Pehrt, war mit dem reichen Griffo v. Hag, Sohn des Otto v. Griffen/Hag, verheiratet;
- Herbort v. Hag trat 1172 als Zeuge auf,[5] – er ist ident mit Herbort von der Prukk (Steinerne Brücke Regensburg): 1140 wird er als Sohn Eberhards v. Hag erwähnt,[6] der Begleiter des Salzgrafen Engelbert v. Wasserburg war.[7] Eberhard wird 1150 und 1160 mit Gottfried v. **Ettling** (NL: Kelsbachquellen) als Zeuge des Hallgrafen genannt.[8]
- 1170 wird Dietmar de Hage als Zeuge für die Matrone Judita erwähnt,[9] er wird einer der *‚Salzhere'* Regensburgs gewesen sein.
- Im Förthof/Fergenhof,[10] gegenüber von Mautern, „rasteten die Nibelungen".[11]

---

1) „Siebmachers Wappenbuch, OÖ. Adel".
2) „Siebmachers Wappenbuch, OÖ. Adel".
3) Egon Boshof: „Die Regesten der Bischöfe von Passau", Bd. I, S. 257, Nr. 827; Bd. III, S. 39, Nr. 2175.
4) Meichelbeck II./2, 73, Nr. 120.
5) M.B. Priflingen Nr. 18. *„Im Kreis der gehobenen Einwohner wird ein Herbordus de Prukke oder prukkenære genannt. Er hat mit anderen cives 1182 bei Kaiser Friedrich Barbarossa mit Unterstützung des Bischofs Konrad v. Regensburg und des Herzogs Otto in Bayern das berühmte Brückenprivileg erwirkt über ‚die erhabene Freiheit der steinernen Brücke, die in Regensburg die Donau überspannt'. Der wesentliche Inhalt des Kaiserdiploms ist es, den freien Zugang zur Brücke zu gewährleisten, Zwangsmaßnahmen auf der Brücke zu verhindern und Bauverbote auf den Zugangswegen auszusprechen. Auf diese Übertretung der Vorschriften des Kaisers waren hohe Geldstrafen gesetzt. Diese mußten an Ort und Stelle gezahlt werden: der Chef der Brückenverwaltung, der ‚prukkenære' mußte Autorität und Ansehen genießen. (...) Die Brückenmeister kamen aus den ratsfähigen Geschlechtern der Reichsstadt. (...) Ihnen oblag auch die Verwaltung des Vermögens.* (Wilhelm Volkert: *„Die Steinerne Brücke in der mittelalterlichen Geschichte Regensburgs;* S. 9ff; in: Edith Feistner (Hrsg.): *Die Steinerne Brücke in Regensburg;* Bd. 1, Regensburg 2005).
6) M.B. Weihenstephan S. 392.
7) Engelbert (*~1100; †20.9.1161) Graf v. Attel/Wasserburg a. Inn und Hallgraf in Bad Reichenhall. Er war verheiratet mit der Gräfin Hedwig v. Vornbach. Engelberts Eltern: Graf Gebhard I. v. Dießen und Richardis v. Sponheim, Tochter von Graf Engelbert I. v. Kärnten.
8) M. B. Reichersberg 121.
9) M. B. St. Nikola Nr. 53.
10) Gehörte zur Herrschaft Dürnstein, die Matthias-Kapelle beim Förthof steht im Kontext zu den v. Hag.
11) Ulf Seidl: „Rüdiger v. Bechelaren", Innsbruck 1930.

- Die 270 m lange, auf 13 Pfahljochen ruhende Innbrücke Passaus, die Bischof Reginbert (v. Hagenau) 1143 schlagen ließ, stand wohl im Kontext zu den v. Hag (Salzhandel), sicher aber zum Kloster St. Nikola, wo vielfach die v. Hag als Zeugen auftraten.[1]

Die Nibelungen werden nach der Übersetzung von den *„Markgrafen Gelfrat und Else"* angegriffen, es gab Tote. *„Offenbar sind die Markgrafen v. Vohburg gemeint,"* schrieb Heuwieser.[2] Dies ist nicht auszuschließen: Kunigunde v. Vohburg († 22.11.1184 in Kl. Admont) war Tochter des Diepold III., Markgraf v. Vohburg/Cham und dessen 2. Frau Kunigunde v. Beichlingen-Nordheim. Kunigunde ehelichte Otakar III. v. Steier, Sohn Ottokars II. und Elisabeth v. Österreich, Tochter von Markgraf Leopold II. Die Herren v. Hollenburg waren Ministeriale der Ottokare. Der Verfasser ist der Ansicht, daß wohl die im Bistum Freising ansässigen Else und Gelfrat v. Kollbach gemeint sind. Man kann aus den vielen urkundlich erfolgten gemeinsam Nennungen der v. Kollbach mit Verwandten der v. Hag von einer Verwandtschaft ausgehen.[3]

Der NL-Verfasser beschrieb den Charakter des „Amelrich" und seines Bruders, des Fergen, in seinen Strophen so:[4] Amelrich *„war ein tapferer Held, der wegen einer Fehde dieses Land verlies."* Hatte Amelrich, wieder einmal, Streit und mit wem? Beschrieb der NL-Verfasser die schlechte, eigene Lage und zugleich die sehr ungünstige Lage seiner gesamten Sippe?[5]
Im NL wird über Hagen und den Fährmann weiter berichtet: *„Laut rief er über den Strom hin-*

---

1) Eine Traditionsnotiz im Kloster St. Nikola/Passau nennt als Zeugen Minnesänger Albrecht v. Johansdorf und folgend Heinrich v. Hag (d. Ä.) [PDF]Spelter_St. Nikola aktuelle Arbeitsdatei - Historische ...
2) Max Heuwieser: „Passau und das Nibelungenlied"; Sonderdruck aus der „Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte", 14. Bd., 1. Heft, S. 43/44, 1943.
3) Georg Dattenböck, w.o., S. 313ff.
4) Joachim Heinzle: „Das Nibelungenlied und die Klage. Nach der Handschrift 857 der Stiftsbibliothek St. Gallen" 2. Auflage, Berlin 2014.
5) Bis zum Tod von Herzog Leopold VI. 1230 waren die Kuenringer und deren Ritter treue, politische Stabilitätsgaranten für alle Babenberger. Als der Sohn Leopolds VI., Herzog Friedrich II., die Nachfolge antrat, wurden die alten Rechte des Adels immer mehr mißachtet. Friedrich II. verstieß seine erste Frau Sophie v. Ungarn, die ihm keine Kinder gebar und ehelichte 1229 Agnes v. Dießen-Andechs (* ~1215; † v. 7.1.1263), die Herzogin v. Österreich und Steiermark (1230–1243) und Herzogin v. Kärnten (1256–1263) wurde. Agnes war die Tochter Herzog Ottos I. v. Andechs-Meranien und der Beatrix v. Burgund und war die Erbin der Andechser Güter am unteren Inn (Neuburg und Schärding, einst Besitzungen der Grafen v. Vornbach) und in Krain und der Windischen Mark (letztere stammten von den Weichselburgern, einem Ableger der Sippe der Hl. Hemma v. Gurk). Agnes war eine Urenkelin von Kaiser Friedrich Barbarossa. Herzog Friedrich II. nannte sich auf Grund des Erbes von Agnes auch „dominus Carniolae" (Herr über Krain). Dieser wirtschaftliche Niedergang war für den gesamten ritterlichen Uradel, nicht nur für die Sippe v. Hag in Österreich, Steiermark, Kärnten und Krain, katastrophal. Deshalb entstand der Aufstand gegen Herzog Friedrich II., der von Hadmar III. und dessen Bruder Heinrich v. Kuenring, von Wichard v. Zöbing und wohl auch von Heinrich v. Hag geplant wurde. Der Aufstand brach rasch zusammen und Heinrich v. Hag floh aus Österreich zum bairischen Herzog Otto II. nach Landshut, wo er dessen geheimer Berater wurde. Herzog Friedrich II. ließ aus Rache die Burgen Weitra, Zwettl, Dürnstein und Aggstein schleifen und Adelige hängen. Berechnend verschonte er die Führer des Aufstandes: Hadmar III. und Heinrich v. Kuenring, letzterer behielt sogar das Amt des Marschalls v. Österreich. Burg Aggstein wurde ~1100 von Manegold erbaut, die Brüder **Konrad** und **Heinrich v. Hag** (jun.) waren mit Berthold v. Accstein verwandt: In einer Urkunde Wilherings (1278) werden *Heinricus miles de Hage* (jun.) und folgend Berthold de Aggstein als Zeugen des Sieglers Albero v. Kuenring genannt.
Genau im Jahre 1230 wird Heinrich v. Hag urkundlich in Dießen am Ammersee erwähnt (M.B. Monumenta Diessensia, Bd. 8, S. 142). Zusammen mit seiner Schwester: ‚Domina Mechthild' und Rahewin v. Hag schenkte Heinrich v. Hag Ländereien in Sechingen, Ettinsloch (Eschenlohe a. d. Loisach) und Sluegelvelt an das Chorfrauenstift St. Maria in Dießen. Der Schenkungsgrund ist im Kontext verständlich: bei Herzogin Agnes und ihrem Gatten Herzog Friedrich II., sowie den Grafen v. Dießen, wollte er retten, was nach dem verlorenen Kuenringer-Aufstand noch zu retten war.

über. ‚Hol mich hier ab, Fährmann', sagte der tapfere Held. ‚Ich biete Dir einen Reif aus rotem Gold! Ich muß dringend übersetzen, sollst Du wissen'."
Mit rund 250 Karren, auf denen die 12.000 Kilo Silberbarren geladen waren, mit rund 1000 Pferden und zur Hälfte je aus Knechten und bewachenden Rittern zusammengesetzt, wird die Dringlichkeit einer Übersetzung dieses großen Zuges in Großmehring verständlich.
*„Bei Großmehring war die Donau bei **Niedrigwasser** ohne technische Hilfe gangbar, weil sie in unzählige Seitenarme und Zwischeninseln aufgespalten war und so leicht durchschwommen und durchwatet werden konnte. Das war der entscheidende Vorteil. Bis ins 19. Jhdt. erfolgte z. B. an dieser Stelle der Viehtrieb aus Ungarn, Jahr für Jahr gingen Tausende Ochsen und Kälber durch den Fluß, die nach Norden mußten. Davon zeugen heute nur noch die Flurnamen der ehemaligen Inseln und die großen Vieh-Sammelstellen südlich davon."* [1]

Das NL berichtet: *„Der Fährmann war reich, er brauchte keinen Dienst zu leisten. Deshalb nahm er von niemand eine Bezahlung an."* Daß die v. Hollenburg/Truhsen, u.a. durch die Fähr- und Brückenmaut reich waren, ist evident: Amelrichs Sohn Swiker schenkte die Hollenburger Brücke als freies Eigen dem Kloster Viktring (s. S. 34).
Um endlich über die Donau zu gelangen, setzte nun im NL Hagen das Codewort ‚Amelrich' ein, das ihm zuvor die weisen zwei Frauen, auf die noch eingegangen wird, verraten hatten:
„Da rief er mit einer Stärke, daß der ganze Strom erdröhnte, denn die Kraft des Helden war gewaltig: ‚Hol mich, den Amelrich! Ich bin der Lehnsmann Elses, der wegen schwerer Fehde aus diesem Land geflohen ist'. Am hochgereckten Schwert hielt er ihm einen Reif entgegen, glänzend und schön, aus rotem Gold, daß man ihn übersetze in Gelfrats Land."
Damit hatte Hagen endlich Erfolg: *„Der stolze Fährmann ergriff selbst das Ruder. Auch war der Fährmann jungvermählt. Die Gier nach Reichtum nimmt ein böses Ende. Er wollte Hagens rotes Gold verdienen'.* Es war nicht die materielle Not, sondern reine Gier, die am Ende beim jungvermählten Fergen siegte: *„Der Fährmann ruderte hastig zum Ufer hinüber. Als er den nicht sah, den er gehört zu haben glaubte, sondern Hagen, wurde er sehr zornig. Außer sich vor Wut sagte er zu dem Helden: ‚Vielleicht heißt Ihr Amelrich – dem den ich hier erwarte, seht ihr gar nicht ähnlich. Er war **mein Bruder, von der Mutter und vom Vater her**."* Hieß der jähzornig-gierige Fährmann Sigfrid und war sein leiblicher Bruder Amelrich v. Hollenburg?

Bevor die Nibelungen über die Donau setzten, entdeckte Hagen die beiden badenden Frauen in den **Kelsbach-Quellen**, die die Ravensburg umfließen, nahe bei Pförring an der Donau. Das NL berichtet: *„Er hörte Wasser plätschern (er spitzte die Ohren) in einer schönen Quelle. Das machten weise Frauen. Um sich zu erfrischen, badeten sie da. Hagen entdeckte sie. Er schlich sich heimlich an. Er nahm ihnen die Kleider. Mehr tat er ihnen nicht."*
Eine realistische Erzählung: Frauen schreien, wenn ein fremder, noch dazu ein bewaffneter Mann, sie beim Baden beobachten, sie bedecken reflexartig ihre Blößen und flüchten. Der NL-Verfasser griff auch in die germanische Mythologie: nahm man Walküren, das sind Frauen, die Krieger in die Schlacht oder im Kampf getötete Krieger nach Walhall begleiten, ihr Schwanenkleid, waren sie wehrlos. Die zwei Frauen ohne Kleider waren deshalb gezwungen, mit Hagen ein Gespräch zu beginnen:
*„Da sagte die eine Wasserfrau, die hieß **Hadeburg**: ‚Hochgeborener Ritter Hagen, wir sagen euch hier, wenn Ihr uns, kühner Held, unsere Kleider wiedergebt, wie eure Fahrt zum Hunnenhof ausgeht. (...) Sie sagte: Ihr könnt gut in Etzels Land reiten. Ich gebe euch mein Ehrenwort, daß Helden niemals besser in irgendwelche Reiche zogen und so großen Ruhm*

---

1) Mitteilung am 24.6.2018 vom bairischen Historiker Dr. Werner Robl.

erwarben. Das könnt Ihr wahrlich glauben'. Darüber freute sich Hagen von Herzen. Er gab ihnen die Kleider und wollte wieder gehen. Als sie die seltsamen Kleider angezogen hatten, sagten sie ihm die Wahrheit über den Zug in Etzels Land. Da sagte die andere Wasserfrau, sie hieß ***Siegelind:*** *‚Ich will dich warnen, Hagen, Aldrians Sohn. Um die Kleider zu bekommen, hat dich meine Muhme angelogen. Kommst Du zu den Hunnen, bist Du verraten und verkauft. Kehr wieder um! Es ist höchste Zeit für Dich, weil Ihr kühnen Helden eingeladen seid, um in Etzels Land zu sterben. Wer dorthin reitet, ist des Todes.'"*

Es fällt auf, daß die „weisen Frauen" den Namen des Kleiderdiebes bereits kannten: er hatte deshalb sicher bereits vorher Kontakt. Ist es ein versteckter Hinweis auf nicht genannte Verbindungen? Wer ist „Hadeburg"? Ist es die Hadburg, Frau des Gunther v. Chiemgau? Dieser könnte ident mit dem hl. Gunther v. Melk sein. Gunther kam angeblich bei einer Eberjagd zu Tode. „Eber" bedeutet jedoch auch Fürst: es könnte ein Zweikampf mit einem solchen gemeint sein. Doch dieser Gunther ist nicht auffindbar, er war angeblich ein Sohn des Baiernherzogs Tassilo im 6. Jhdt., welcher zum Andenken an seinen Sohn das Stift Kremsmünster erbaute, wo Gunther angeblich bestattet wurde und wo noch heute ein Grabmal steht[1] (Foto).



Sieglinde spricht Hagen als „Sohn Aldrians" an: das zeigt, daß der NL-Verfasser die damals wohl noch vorhandenen bairischen Quellen genau gelesen hatte. Als „meine Mume" wird die Hadburg von Sieglinde bezeichnet. Mit diesem, heute nicht mehr in Verwendung stehenden Begriff „Mume", ist eine familiäre Beziehung gemeint: es ist entweder die

- Tante: Schwester der Mutter oder die Schwester des Vaters; oder die
- Base: Tochter des Bruders oder der Schwester.

Mit „Sieglinde" kann die Tochter des Vohburger Markgrafen Diepold III. gemeint sein, die mit **Reginolt I. v. Ettling** verheiratet, somit die Hausfrau in der Ravensburg in Ettling war. Mit „Hadburg" kann Hadwig gemeint sein, eine Schwester Diepolds III. v. Vohburg,[2] verehelicht mit Wolfram v. Abenberg.[3] Diese beiden Frauen könnten es gewesen sein: sie lebten jedoch zwei Generationen vor dem NL-Verfasser. Warum er auf diese Frauen zurückgriff, entzieht sich der Kenntnis – es könnte damals ein sehr denkwürdiger Vorgang gewesen sein.

Am 1.11.1007 schenkte König Heinrich II. in Frankfurt *„unter Berufung auf die Gründung des Bistums Bamberg den Ort* ***Pferigun*** [Pförring] *im Chelsgau, Grafschaft Nordgau des Grafen Berenger."* [4] Mit dieser Schenkung treten Reginold v. Ettling und Bischof Eberhard v. Ettling, Blutsverwandte der Herren v. Wilhering/Oftering/Traun/Traisen und die Markgrafen v. Vohburg und deren Ministeriale in den Kontext. Reginold I. v. Ettling war der Schirmherr des am ehemaligen römischen Limes liegenden Klosters Schamhaupten und er war der Truchseß des Klosters **Rohr** bei Abensberg: mit diesem Kloster steht wohl die NL-Hs C im Kontext!
Im historischen Kontext stehen auch der Salzgrafenhof in Pförring mit dem Salzhandel der v. Hag. Der Forscher Ruprecht Konrad-Röder[5] gibt wichtige Hinweise:

---

1) Ein Heiligtum des Baiernstammes: der vom Goldschmied Cundpalt, anläßlich Tassilos Hochzeit mit der Langobardin Luitbirg, angefertigte „Tassilo-Kelch", wird in Kremsmünster aufbewahrt.
2) T. Küss: „Die ältesten Diepoldinger als Markgrafen in Bayern (1077-1204)"; Dissert., München 2013.
3) Der Bruder des Wolfram war der Salzburger Erzbischof Konrad, †1147. Um 1040 wurde das Geschlecht der Abenberger erstmals erwähnt. Der letzte Sproß, Friedrich II., wurde im 13. Jahrhundert von **Tannhäuser** wegen seiner Förderung der Dichtkunst gelobt.
4) Tobias Küss: w.o., Dissert. München 2013.
5) „Das Allodium Wugasterode", Internet.

- *„wir können schließen, daß Reginolt der Familie der edelfreien Herren v. Kamm-Ettling-Tegernbach angehörten"*, bemerkte Ruprecht Konrad;[1]
- **Gottfried v. Eteling** trat 1150, zusammen mit **Eberhard v. Hag**, als Zeuge für Hallgraf (Salzgraf) Engelbert v. Wasserburg[2] und dessen Söhne Gebhard und Dietrich auf;[3]
- die v. Wolfratshausen/Tegernbach/Nordernbach, aus denen Passaus Bischof Wolfger stammte; Bischof Wolfger trat am Wiener Hof zusammen mit den Herren v. Machland/Perg auf; 1194 wird Wolfger als Verwandter des Pabo v. Ellenbrechtskirchen genannt, desselben Pabo, der 1194 sein ‚Castrum Ellenbrechtskirchen' der Hochkirche Passau und damit an Wolfger vermachte; dieser Pabo ist ident mit Pabo v. Zulling, der **im Gefolge** des Markgraf Diepold III. v. Vohburg auftrat; Pabo besaß Güter in Brunn bei Pitten (dieses wird in der Klage des NL erwähnt) und besaß das Landgut „Prunne" an der Erla, später im Besitz der v. Hag; Pabos Sohn Wernher war mit Friedrich v. Vohburg und Wernher v. Laaber unter den „ministeriales advocati" des Markgrafen Diepold III. v. Vohburg;[4]
- 1170 wird Markward v. Otelingen (Ettling) und sofort folgend **Dietmar v. Hag** genannt, der auch in Regensburg aufscheint[5] (am Salzstadel der Steinernen Brücke);
- im Wappenvergleich sind die Ritter v. Ettling Verwandte der Hartheimer; die v. Hartheim/Lonstorf/Hag wiederum waren, auf Grund des identen Siegel-Symbols der „Windmühlen", sicher miteinander verwandt;
- im Umfeld und Gefolge des Markgrafen Berthold II. v. Vohburg († 1182), wird Ulrich de Pheringen genannt.[6] Heinrich v. Hag könnte ihn noch gekannt haben, wie ebenso auch den Heinrich v. Ettling, der 1180 und 1190 zu finden war;
- ist es Zufall? In der Nähe der Ettlinger Ravensburg liegt ein kleiner Weiler namens „Hagenstetten", wo der Kelsbach für eine kurze Strecke versickert.[7]



Die Kelsbachquellen rund um die Ravensburg in Ettling. Der vermutliche NL-Verfasser Heinrich v. Hag kannte, auch aus familiären Beziehungen, dieses Gebiet an der Donau gut und schrieb daher im NL aus eigenem Erleben.
Foto: Verfasser.

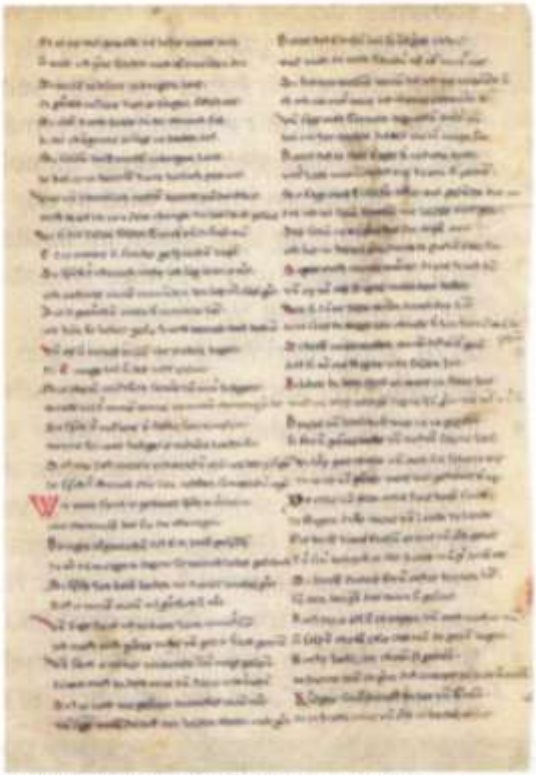
1) Siehe dazu: die Stammbäume von Michael Hintermayer-Wellenberg, u.a.: *Die Herren von Traisen, ihre Beziehungen zu den Aribonen und ihr Besitz in Oberösterreich*; ebenso: Friedrich v. Chlingensperg: *Die Mülhaimer-Tättenpeck*, Landshut 1932; Stammbäume v. Handel-Mazetti und von Tyroller, u.a. mehr.
2) 1180 waren Gebhard und Bruder Heinrich v. Etling ebenfalls UZ für den Salzgrafen Dietrich v. Wasserburg („MB Garsensia", Bd. 1, S. 366/67).
3) „M.B. Baumesburgensia", Teilb. 3 (1764), S. 446.
4) Tobias Küss: w.o., Dissert. München 2013.
5) „M.B. St. Nikolaitana", Bd. 4, S. 256.
6) T. Küss, w.o., S. 327, Dissert. München 2013.
7) Das Dorf unterstand dem Pfleggericht Vohburg und die früheste Nennung findet man im „Pontificale Gundekarianum", es verzeichnet eine Kirchweihe unter dem Eichstätter Bischof Otto (1182-96).

Die Grafen v. Montfort-Bregenz-Pfannberg und die Nibelungenlied-Handschriften A und M

Die NL-Hs A und, folgend aus dieser, die NL-Hs M, sind eigenständige Abschriften. Das ab 1203 verfaßte Original ist nicht mehr vorhanden, es könnte beim Stadtbrand von Worms 1689 verbrannt sein. Der Verfasser von NL-Hs A kannte, so die These, Heinrich v. Hag.



NL-Handschrift A



Die Abschrift von Hs A: Handschrift M

Die Hs A wurde von Oberamtmann Franz Josef v. Wocher am 9.9.1779 in der Bibliothek der Burg Hohenems entdeckt, wo am 29.6.1775 J. Hermann Obereit die NL-Hs C entdeckte. Die Hs A wurde *„ungefähr im letzten Viertel des 13. Jahrhunderts geschrieben, **der Sprache nach im alpenländischen Raum**“*. Sie ist eine der drei bedeutendsten Abschriften des NL, enthält zudem die ‚Klage'. Die Enkelin des Grafen Franz Wilhelm III. v. Ems, Maria Walburga Erbgräfin Harrach-Lustenau-Hohenems, schenkte 1807 die Hs A, zusammen mit der NL-HS C, ihrem Advokaten Schuster in Prag, der die Hs A an die Hofbibliothek in München (Bayerische Staatsbibliothek) verkaufte, sie wird dort unter der Signatur Cgm 34 verwahrt.
Michael S. Batts urteilte:[1] *„Zweite Hälfte des 13. Jhs., Herkunft unbekannt. Aus Hohenems. Früherer Besitzer: Dr. Schuster, Prag (1807). 58 paginierte Pergamentblätter (...), Blattgröße 210x175 mm. Beschriebener Raum 200x150mmm. (...) Inhalt: Lied mit 2316 Strophen und Klage mit 4320 Versen“*. Über die Hs M urteilte Batts:[1] *„M: Linz (...) 14. Jh., Herkunft unbekannt. Aus Wels. Ein links beschnittenes Pergamentblatt 288x188-199 mm. Beschriebener Raum 245x170 mmm. (...) Von einem Schreiber zweispaltig mit 36 Zeilen pro Seite geschrieben.“ Anton Ritter v. Spaun, der ‚M' in Linz untersuchte, stellte fest: „Fragment einer Handschrift des Nibelungen-Liedes aus dem dreizehnten Jahrhundert. Der Text unseres Fragments ist offenbar sehr nahe verwandt mit dem des Münchner-Codex [Hs A] (...) und stimmt mit demselben größtentheils wörtlich überein“.*

---

1) „Das Nibelungenlied. Paralleldruck der Handschriften A, B und C nebst Lesarten der übrigen Handschriften“, S. 801ff, Tübingen 1971





Die Verbindung der v. Hag zu den Grafen v. Pfannberg ist belegt.[1] 1218 wird ein Landrichter Ulrich, Freier v. Peggau, erwähnt, seit 1237 Graf v. Phannenberch und Peggau, verheiratet mit N. v. Lebenau (Tochter des Grafen Otto I. v. Lebenau und der Gräfin Sophie v. Plain). Aus 1214 ist ein Ritter Wichart de Phannenberch bekannt.

1362 starb der letzte Pfannenberg, die Burg kam an die Bregenzer Linie der Grafen v. Montfort, sie nannten sich: „Montfort-Bregenz-Pfannberg", besaßen die Herrschaft bis 1524 und übersiedelten dann nach Peggau. Johann, der letzte v. Pfannberg, starb 1362, er ehelichte 1354 Margarethe, Tochter des Graf Rudolf v. Schaunberg, welche die Besitzungen erbte. In 2. Ehe (1373) war Margarethe nur sehr kurz mit Graf Wilhelm III. v. Montfort verheiratet.

Ein Jahr später, 1374, ehelichte der nur 16jährige Minnesänger Hugo XII., Graf v. Montfort (*1357, †4.4.1423, Grab in Bruck/Mur) die junge Witwe und Erbgräfin Margarete v. Pfannberg. Dieser Minnesänger Hugo XII. v. Montfort wird wohl die in der Steiermark, der These nach von Ulrich v. Liechtenstein oder Herrand v. Wildon, verfaßte NL-Hs A in die Burg Hohenems in Vorarlberg gebracht haben.

Eine Abschrift von Hs A, die Hs M, blieb entweder bei Conrad d. Älteren v. Polheim und seiner Gattin **Diemut v. Hag**, Enkelin des vermutlichen NL-Verfassers Heinrich v. Hag, oder sie verblieb in der Welser Linie der Polheim – mit einer dieser Varianten ist der Bezug zu Schloß Polheim in Wels und die anonyme Abgabe im Landesarchiv in Linz gegeben.

Ulrich II. v. Polheim, †1229, Grab in Wilhering ∞ 1180 Euphemia v. Messenbach

Albero II. †16.12.1253, Vogt von und Grab in Wilhering; ∞ Agatha v. **Capellen**; 1236-1253 Landrichter im Land ob der Enns; 1220 wird er mit Otto **v. Rohr** und **Siboto v. Hag** (Vater des vermutlichen NL-Verfassers Heinrich) als Schiedsmann des Herzogs Leopold VI. in Vöcklabruck erwähnt; 1247 verhaftete Albero, in den Wirren nach Herzog Friedrichs II. Tod, den Siboto v. Hag in Mautern.

Albero III. zu Seylenburg, †06.11.1276 ∞ Kunigunde v. **Rohr** Grab in Wilhering; er war Herzog Friedrichs II. Feldhauptmann 1246 gegen König Bela v. Ungarn.

Heinrich v. Hag, vermutlicher NL-Verfasser *~1183, †1272 *Procurator, dominus scriba Anasi*, trat 1272 für Wernhart v. Hartheim als UZ auf. Als nächster Zeuge wird hier *Dominus **Wickardus de Polnhaym***[4] genannt, Bischof v. Passau 1280-1282 (*OÖUB* 3, S. 393-394, Nr. 426).

Heinrich v. Hag, Ritter Leupolds v. Kuenring

Phlipp, Stammvater der späteren P., †15.09.1311, Grab in Wilhering ∞ Margareta v. **Truhsen/Hag**, Tochter des **Ulrich v. Truhsen/Hag** Herrschaft/Burg Pernstein in OÖ.

Albero IV. zu Steinhaus/Wels 1291 ∞ Clara v. **Peggau** – deren Vorfahren: s. oben

Conrad d. Ältere, 1324, 1333 ∞ **Diemut v. Hag**

Gottfried †1371 ∞ Brigitte v. Marspach

Gundacker †1363 ∞ Ursula v. Wallsee

Margarethe ∞ Sigfried v. Zinzendorf

Weickard IX. ledig †1357

Ortolph IV. ledig †1337

Conrad III. zu Scharnstein ∞ **Gisela v. Truhsen/Hag**

Andreas zu Tegernbach (Welser Linie)[5]

Weikard XI, Domherr **Heinrich**, Herr v. Polheim/Steinhaus

Mechthild ∞ Hartnit v. Sachsengang

1) "Schumis Urkundenbuch von Krain II", 204-206, nach Original im Archiv des historischen Vereines von Kärnten. Klagenfurt 1961; Urkunden-Nummern: 10, 58, 71, 324, 369, 370, 371, 485, 559 und 23, 140, 159, 185, 227, 275, 277.

Die Gefangennahme von König Richard Löwenherz in Erdberg bei Wien





Links: Engstellen am Semmering-Paß; rechts: Burgruine Klamm.

Wie Löwenherz die Engstellen des bewachten, 950 m hohen Semmering-Paßes überwinden konnte, dürfte ein ungelöstes Rätsel bleiben. Wurden Wachtposten bestochen? Die letzten 100 Kilometer waren wohl die schwersten für Löwenherz und seinen Begleiter: je näher man dem Zentrum der Babenberger kam, desto mehr nahm die Besiedelung und auch die Aufmerksamkeit der Bewohner zu.
Robert Tarek-Fischer analysierte die Vorgänge um die Gefangennahme Richards nüchtern:[1] *„Erschöpft von den Gewaltritten durch die Ostalpen, bezog Richard in der kleinen, östlich von Wien gelegenen Ortschaft Erdberg Quartier."* Ob Erdberg als Ruheplatz nur ein reiner Zufall war, oder ob sie durch Befragung wußten, daß in der Nähe Erdbergs eine Fähre über die Donauarme lag, sei hier nur als Frage angedeutet.
Tarek-Fischer: *„Seine Gefangennahme wurde von zeitgenössischen Chronisten unterschiedlich dargestellt. Einer Variante zufolge sandte Richard seinen jungen, der deutschen Sprache mächtigen Begleiter zum Einkauf von Lebensmitteln in die Stadt, konnte ihn allerdings nur mit byzantinischen Münzen ausstatten."* Dieses Argument, daß der Page durch damals in Wien seltene und ungewöhnliche byzantinische Goldmünzen auffiel, ist in sich schlüssig.



Gedenktafel in Erdberg: „An dieser Stelle stand das Jägerhaus, (Rüdenhaus) in welchem im Jahre 1192 Richard I., König v. England durch Leopold von Österreich gefangen genommen und von da nach Schloß Dürnstein an der Donau gebracht wurde."

---

1) Robert Tarek-Fischer: „Richard I. Löwenherz 1157-199. Mythos und Realität"; S. 190ff



Handschrift des Petrus v. Ebulo ~1197: Oben: Gefangennahme des König Richards I. und unten die Unterwerfung unter Kaiser Heinrich VI. im Reichstag in Speyer, März 1193.

Tarek-Fischer: *„Wie dem auch sei, im Umfeld Leopold V. wurde man sofort hellhörig, als man von dem offenkundig äußerst wohlhabenden Reisenden in Erdberg erfuhr. Schließlich wurde am 21. oder 22. Dezember 1192 das Quartier des Kreuzfahrerkönigs umstellt: Richard war am Ende seiner Flucht angelangt.*
Als wenig später Leopold V. vor Ort eintraf, überreichte er dem Herzog sein Schwert und ergab sich. Die Katastrophe seines politischen Lebens war eingetreten. Als Grund für die Einkerkerung des Plantagenet wurde von den damaligen Chronisten und modernen Historikern zumeist der Streit in Akoo zwischen Richard und Leopold V. genannt, der mit einer empfindlichen Demütigung des Herzogs geendet hatte. Aber bei genauerer Betrachtung ergeben sich doch manche Ungereimtheiten. So ist es im Grunde unerklärlich, warum Richard angesichts der Zwischenfälle in Friaul und Friesach, die eine Weisung von höherer Ebene vermuten ließen, ausgerechnet den Weg nach Wien einschlug. Wußte er etwa nicht, daß es sich dabei um die Residenzstadt Leopolds V. handelte? Das erscheint kaum vorstellbar. Selbst wenn seine geographischen Kenntnisse Österreichs noch so begrenzt waren, hätte er diese simple Kerninformation während des Rittes durch die Steiermark, das Wiener Becken oder – allerspätestens – in Erdberg in Erfahrung bringen müssen.
Der Vorgang erscheint dermaßen seltsam, daß sich die Frage erhebt, ob Richard von Leopold V. überhaupt etwas befürchtete. Vielleicht, weil der berühmt-berüchtigte Streit in Akoo gar nicht stattgefunden hatte? War der Streit zwischen König und Herzog von einigen Geschichtsschreibern nachträgliche hochgespielt oder überhaupt erfunden worden, um auf diese Weise die seitens der Kirche streng untersagte Festnahme eine heimkehrenden Kreuzritters zu rechtfertigen? (...) Das ganze weitere Vorgehen des Babenbergers legt den Schluß nahe daß er bei der Gefangennahme Richards von Anfang an den finanziellen Gewinn im Auge hatte..."

Es sei daran erinnert, daß Leopold V. mit dem riesigen Lösegeld die Münze in Wien gründete. Jedoch: die Berichte über eine entwürdigende Form der Gefangenschaft des Königs in Dürnstein und ebenso am Rhein gehören in das Reich der Propaganda! Nach einem nicht bösartigen „Verhör" wurde Löwenherz von Leopold V. an Hadmar II. v. Kuenring übergeben.

Die Herren v. Kuenring als Bewacher von König Richard I. Löwenherz



Castle of Dürrenstein. The Prison of King Richard, Cœur de Lion.[1] *Der Hof rechts direkt an der Donau war der Sitz des „domus hagary", wo nach der Verfasserthese König Richard I. Löwenherz gefangen gehalten wurde.*

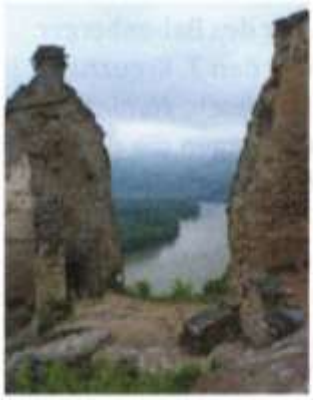




Am 11.3.1289 schenkte Leutold I. v. Kuenring (1243-1312), verehelicht mit Agnes v. Feldsberg (†1299), dem Klarissenorden als Bauplatz für ein Kloster zwei Hofstätten in Dürnstein, eine dieser Hofstätten war jene des „Domus Hagary".[2] Leutold I. war einer der bedeutendsten Vertreter der Kuenringer mit einer ausgeprägt religiösen Gesinnung.[3] Leutolds Schwiegervater: Albero v. Feldsberg und dessen Gattin, Gisela v. Ort, waren die Gründer des Dominikanerinnenklosters Imbach: diesem schenkte der vermutliche NL-Verfasser Heinrich v. Hag sein Münzhaus in Enns. F. links: westlich Dürnsteins, am Watstein, steht die Figur eines Reiters, das Kreuzfahrersymbol auf der Brust und Wappenschild der Kuenringer und einem Sänger mit Laute: dies weist auf die dramatische Geschichte in Dürnstein hin.

---

1) Stahlstich v. J. Cousen n. W. Bartlett "The Danube: its story, scenery and topography"; London ~1845.
2) www.monasterium.net Bestand: Urkunden Dürnstein, Klarissen (1289-1562).
3) Lydia Gröbl: „Das Klarissenkloster in Dürnstein an der Donau 1289-1571"; Wien 1998; Helga Penz: „Alte Weisheiten und neue Erkenntnisse - Neuigkeiten aus dem Stiftsarchiv Herzogenburg. In: Hippolytus". Neue Folge 25; St. Pölten 2000; Mag. Katja Almberger: „Die Frauenkonvente St. Bernhard, Imbach und Dürnstein - eine prosopographische Untersuchung der Stifter und Nonnen im Zeitraum 1265-1400" (MA) Wien, 2016: http://othes.univie.ac.at/43457/1/45602.pdf.)
4) Dr. Andreas Zajic: „Vorbemerkungen zu einer Frühgeschichte des Dominkanerinnenklosters Imbach"; in: „Mitteilungen des Institutes für österr. Geschichtsforschung", 115, 2007.





Ruine Dürnstein. Fotos: Verfasser.

Bereits während seiner zweimonatigen Haft in Dürnstein, der ersten und wohl seelisch für ihn schwersten Haft in den vielen Monaten seiner noch folgenden langen Gefangenschaft, wird Richard, aus purem Trotz, auch zur Aufmunterung, Lieder gesungen haben. König Richard I. war ein großer Freund der Troubadoure[1] und hat selber in ihrem Stil gesungen. Er verfaßte Lieder in okzitanisch-altfranzösischem Dialekt. Mit einem moralisierenden Unterton gehören sie einer Dichtung an, die auf einem persönlichem Erleben beruht. Der Künstler Knud Seckel trägt diese Lieder gekonnt vor.[3]

Löwenherz wurde von Hadmar II. v. Kuenring, dem Vertrauten Herzog Leopolds V. und Verantwortlichen für die Haft, ritterlich und anständig behandelt, wie es auch Theodor Toeche in seinem Werk schrieb:[4] *„Leopold behandelte den gefangenen König mit großer Achtung"*. Manche Historiker bezweifeln jedoch, daß ein König in der auch damals engen und unwirtlichen Burg Dürnstein gefangen saß, die in der Mitte des 12. Jahrhunderts von Hadmar I. v. Kuenring erbaut wurde und zur Haftzeit des Königs nur wenige Jahrzehnte alt war. Das Dürnsteiner Gebiet wurde von Azzo, dem erstbekannten Kuenringer, vom Kloster Tegernsee erworben.[5] Der vom Verfasser im Kontext erstellte, verkürzte Stammbaum der Kuenringer:

Azzo (v. Azmurgen?): 1056 wurde das Kastell Smurghin in Friaul erwähnt, etwas südlich von Udine (Weiden) gelegen 1126 schenkte dieser Azzo mit Gattin Mathilde der Kirche von Aquilea einen Hof.

Albero I.

Schwester von Albero I./Nizo/Anselm ? ?

Nizo 1100-1130 ∞ Tuta, Schwester v. Ekkerich und Wolfger v. Kuffern

Anselm 1100-1137

Albero III. ~1135 ∞ Elisabeth

Heinrich I. 1130-1170 v. Zöbing v. Stronsdorf

Heinrich II. 1140-1175

Rapoto 1143-1180 v. Guntramsdorf v. Schönberg Burggraf v. Mödling

Otto 1150-1184 v. Gobelsburg v. Purkersdorf

Alheide v. Kuenring Herrin v. Atzenbrugg (b.Tulln) ∞

Hadmar I. ∞ Gertrud v. Wildon s.: Wildonier/Richer v. Eferding > Gundakare *1125 †1138 Stifter des Klosters Zwettl

Friedrich v. Hag, Regensburger in Stein/Krems Begleiter des Babenberger Bischofs und Historikers Otto v. Freising in den 2. Kreuzzug.

Hadmar II. ab 1157 ∞ Eufemia v. Mistelbach

Albero v. Zöbing Weikertschl.

Wichard I. v. Zöbing Weikertschlag ∞ Tuta v. Minnebach (Burg **Imbach** bei Krems)

Udalrich u. Hartnid de Minnebach 1130 erwähnt

Siboto

Heinrich v. Hag d.Ä.

Ortolf v. Hag

Heinrich ~*1183, †1272 ∞ mit der *schönen Hagerin*

Cholo v. Truhsen in **Kärnten**

Marquard v. Hag Grab in Kloster Lilienfeld mit Frau Geysel.

Heinrich III. zw. 1204-1233 *Hund v. Kuenr.* ∞ Adelheid v. *Dürnsteiner Linie*

Hadmar III. zw. 1204-1233 *Hund v. Kuenring*

Wichard II. Aufstandsführer. Ihm wurde 1232 im Auftrag des Herzog Friedrichs II. im Haus des *domo Smelzarii* (westlich Wiens, später ein Exerzierplatz) durch Siegfried Waiso (Orphano) der Kopf abgeschlagen.

Aufstandsführer/planer flüchtete Anfang 1232 nach Landshut an den Hof von Herzog Otto II. d. Erlauchten, wurde sein geheimer Berater, dann Kämmerer Herzogs Otto II. v. Meranien u. Scriba Anasi. Er schenkte als *Seelgerätstiftung* dem Kloster **Imbach** bei Krems sein Münzhaus in Enns.

Die Familie v. Hag war zu den Kuenringern verwandt: Alheide v. Kuenring-Atzenbrugg muß eine Schwester von Hadmar I. v. Kuenring und die Ehefrau des Friedrich v. Hag, des *‚Regens-*

---

1) Okzitanisch: Trobador, erstbekannter war Wilhelm IX. v. Aquitanien *1071, †1126.
2) Joachim Bumke: „Mäzene im Mittelalter. Die Gönner und Auftraggeber der höfischen Literatur in Deutschland 1150-1300"; S. 88, Anm. 85, München 1979.
3) https://www.youtube.com/watch?v=ELeXBomZACg
4) „Kaiser Heinrich VI."; Leipzig 1867, S. 260.
5) Dem Kloster Tegernsee widmete Walther v. d. Vogelweide einen wenig schmeichelhaften Vers.

‚burgers in Stein' gewesen sein.[1] Friedrich v. Hag war ein enger Begleiter des Babenberger Bischofs und berühmten Historikers v. Otto v. Freising, er zog mit ihm in den 2. Kreuzzug.[2] Erstbekannter war *„Huninger* [Hunnenkämpfer] *de Haga mit seinen Söhnen: Hunintot, Huninweh, Huninleid und Huninflor".*[3] Huninger nahm 955 an der Schlacht gegen die damals so gesehenen „Hunnen" (Ungarn), mit Ruhm bedeckt, teil. Es wird berichtet:[4] *„Haag (Herrschaft, Reichsgrafschaft). Die Burg Haag nördl. von Wasserburg/Inn in Oberbayern wird erstmals im 10. Jhdt. erwähnt. Sie war Mittelpunkt einer ehemals freien Herrschaft zwischen Hohenlinden, Inn und der Salzstraße. Diese stand zunächst den Gurren v. H. zu und wurde nach deren Aussterben von Kaiser Friedrich II. 1245 den aus der herzoglich bayerischen Ministerialität stammenden Fraunberg verliehen (seit 1434 nachweisbar Reichslehen)."*
Zur Genealogie wird berichtet:[5] *„Die Haager in Baiern, in* ***Kärnthen*** *in Thüringen in Brandenburg ja selbst in Schweden rühmen sich alle des gemeinschaftlichen Ursprungs mit dem unsrigen obgleich ihre Wapenschilder sehr verschieden sind wie man schon bey Siebmacher sehen kann aber auch unsere Haager haben das ursprüngliche Wapen den weißen Wolf im schwarzen Feld schon beynahe vor vier hundert Jahren verlassen und ihr Schild besteht jetzt aus dem Zeichen dreyer erloschener und von ihnen aufgeerbter Familien der Geyller, der* ***Pottenbrunner*** *und der Steger zu St Veith."*
237 Jahre lag der „Hunnenkampf" zurück und war im Bewußtsein des ˜10jährigen Heinrich, Sohn des Königs-Bewachers Siboto v. Hag, sicher vorhanden, als er beim König Gast in dessen Gemächern war. Hier wurde in dem Jungen wohl der Grundstein für das Nibelungenlied gelegt, dessen alte Überlieferung sicher auch dem König bekannt war.[6]
Der „Sänger Blondel" der Sage wird nicht der von Burg zu Burg ziehende und den König suchende Mann, sondern kann der blondgelockte Junge Heinrich gewesen sein, der, zusammen mit den Rittern, Richard bei den Erzählungen über Ereignisse und Kämpfe beim Kreuzzug und bei dessen Liedern zuhörte. Die Haftzeit von 2 Monaten wäre für einen Suchenden zu kurz gewesen, um hunderte Burgen im Reich abzusuchen und Dürnstein zu entdecken.[7]

---

1) Atzenbrugg bei Tulln, hier ließ Azzo eine Brücke über die Perschling schlagen. Herrin ‚Alheide de Hacenbruk' und Sohn Ortolf übergaben einen Weinberg in Weinzierl bei Nöhagen/Hartenstein. Als Söhne werden an 5. Stelle Heinrich v. Hertenstein/Hag und Bruder Ortolf erwähnt. Alheide war Mutter des Heinrich v. Hag (d. Ä.) und dessen Bruder Siboto. Die Burg Hartenstein, Geburtsort des vermutlichen NL-Verfassers, war Kuenringer-Besitz („Fontes Rerum Austriacum. Oesterreichische Geschichts-Quellen." Hg. von der historischen Commisssion d. kaiserl. Akad. D. Wissenschaften in Wien. 2. Abtheilung: "Diplomatica et Acta". IV. Bd., Wien 1851; Codex Traditionum Ecclesiae Collegiatae Claustroneoburgensis. Continens Donationes, Fundationes Commutationesque. Seiten: 80, 81, 83, 85, 86, 91, 96, 162).
2) Reinhold Röhricht: „Die Deutschen im Heiligen Lande 650-1291", S. 32/33, Aalen 1968.
3) F. Hector Grafen Hundt: „Das Cartular des Klosters Ebersberg"; S. 24ff, München 1879. Das ‚Chronicon Eberspergense' wurde *‚mit großer Wahrscheinlichkeit' von einem Mann verfaßt, der in der deutschen Literaturgeschichte wohlbekannt ist: vom Abt Williram († 1085), der als erster das ‚Hohelied' in deutsche Prosa übertragen und kommentiert hat. Er war Lehrer in Bamberg und war schon zu Lebzeiten als Dichter hochberühmt. Er legte auch ein Traditionsbuch mit Fundatio, Nekrolog und Cartular an, er war auch als Historiker tätig'* (Prof. Dr. Joachim Bumke: *Mäzene im Mittelalter;* S. 45/46, München 1979).
4) Gerhard Köbler: „Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien vom Mittelalter bis zur Gegenwart", 7. Aufl. 2007, München 1988.
5) „Erneuerte vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat", Samstag, 2o.9.1817.
6) Georg Dattenböck: König Richard Löwenherz und das Nibelungenlied (nibelungenlied-verfasser.at)
7) Theodor Toeche (w.o., S. 246), sah es nüchtern: *„Andererseits hat der Parteigeist der Chronisten die kaum geschehenen Ereignisse absichtlich entstellt und gefälscht (...) und, ohne der geschichtlichen Vorgänge überhaupt noch zu gedenken, die anmuthige Sage vom Sänger Blondel de Nesle geschaffen, der durch seinen Gesang vor dem Thurm des gefangenen Königs und durch die wohlbekannten Verse, die als Antwort erschallen, den Aufenthalt seines Herrn entdeckt und seine Befreiung herbeigeführt.* ***Allmählich hat diese Sage jede Erinnerung an die wahren Vorgänge verdrängt...***"

04) In die Wiener Minoritenkirche kehrt die „Messe aller Zeiten“ zurück

Von David Berger

20. 09. 2021



Minoritenkirche Wien · *Bildquelle: PP*

In einer der schönsten Kirchen Wiens wird nun wieder die Liturgie gefeiert, für die sie erbaut wurde und die das katholische Leben dort über Jahrhunderte bestimmt hat: die Papst Franziskus offensichtlich verhasste Liturgie wird auch sein tragisches Pontifikat überleben.

Am 12. September 2021, dem für Wien so geschichtsträchtigen Fest Mariä Namen, feierte die Priesterbruderschaft St. Pius X. erstmals das heilige Messopfer in der Minoritenkirche in Wien, deren Eigentümer sie vor kurzer Zeit wurde.

Mit einem levitierten Hochamt und einer anschließenden Prozession durch die Wiener Innenstadt, an der ungefähr 1000 Gläubige teilnahmen, erhielt dieses Fest den ihm gebührenden Rahmen.

Ein Vertreter des neuen Eigentümers der Kirche dazu: „Wir sind kein exklusiver antiquierter „Tradi-Klub“, sondern ganz einfach römisch-katholisch und haben den brennenden Wunsch, mit all unseren Kräften der katholischen Kirche zu dienen und ihr zu helfen, ihre 2000jährige apostolische Tradition wieder zu finden“

https://www.youtube.com/watch?v=83qt6XvUaU8

Die neuen Eigentümer der Kirche berichten von den Feierlichkeiten; „Rund 1.000 Gläubige – mehr als je zuvor – folgten der Prozession über Wiener Ballhausplatz, Kohlmarkt und Graben vorbei am weltbekannten Stephansdom und zurück über die Wollzeile zur

Minoritenkirche. Bei schönstem Wetter und vor großem Publikum legten die Gläubigen ein großartiges Zeugnis für den Glauben ab, beteten den Rosenkranz und sangen unter Begleitung der Kapelle „Die Kaiserjäger“ Lieder zu Ehren der Gottesmutter. Das scheint auf die Umstehenden einen tiefen Eindruck gemacht zu haben. Beim Anblick der Prozession wurden viele still, manche schlossen sich der Prozession sogar an. Am Ende erneuerten in der Minoritenkirche über 1.000 Menschen die Weihe Österreichs an die Gottesmutter.

Schlacht am Kahlenberg

Messe und Prozession fanden übrigens zu einem ganz besonderen Datum statt: Am 12. September 1683 hatten die vereinigten christlichen Heere mit der Schlacht am Kahlenberg die zweite Wiener Türkenbelagerung siegreich beendet. Das Banner der Schutzmantelmadonna wurde damals dem Heer vorangetragen. Papst Innozenz XI. (1676–1689) setzte daher das Fest Mariä Namen für die ganze Kirche verbindlich fest.

Dieser Beitrag erschien zuwerst bei PHILOSOPHIA PERENNIS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Rebkrankheit bereitet Sorgen in Südtirol

17. 09. 2021



Alex Tonini, Ortsobmann des Südtiroler Bauernbundes Salurn ·
Bildquelle: Südtirol Wein/Federico Testa

Die weiter anhaltende Ausbreitung der „Goldgelben Vergilbung“ bereitet den Weinbauexperten und Weinbauern Sorgen. Schon seit Monaten gehen die Institutionen des Weinsektors – das Konsortium Südtirol Wein, der Pflanzenschutzdienst des Landes, der Südtiroler Beratungsring für Obst- und Weinbau, das Versuchszentrum und die Fachschule Laimburg sowie der Südtiroler Bauernbund – gemeinsam gegen die Rebkrankheit vor. Bei Feldkontrollen mussten sie aber feststellen, dass die Zahl befallener Pflanzen insbesondere an der südlichen Landesgrenze zunimmt.

Derzeit sind die durch Phytoplasmen verursachten Symptome bei den Weißweinsorten Chardonnay und Ruländer gut sichtbar: Die Blätter rollen sich nach unten ein, bilden dadurch eine dreieckige Form und färben sich gelb ein. Befallene Triebe verholzen meist unvollständig, die Trauben schrumpfen, schmecken bitter und sind dadurch für die Weinbereitung ungeeignet. „Wir empfehlen unbedingt, befallene Reben zu markieren und danach schnellstmöglich zu roden“, sagt Raffael Peer vom Südtiroler Beratungsring für Obst- und Weinbau.

Bei Untätigkeit wird sich der Befall rasant ausbreiten

„Die Gefahr darf nicht unterschätzt werden, denn die Goldgelbe Vergilbung kann zu wirtschaftlichen Verlusten führen und somit Auswirkungen auf die gesamte Weinwirtschaft haben“, warnt Andreas Kofler, der Präsident des Konsortiums Südtirol Wein. Deshalb wird auf breiter Front gegen die Krankheit vorgegangen, die beteiligten Institutionen und Organisationen setzen sich gemeinsam und koordiniert für eine Eindämmung ein. So hat das Konsortium Südtirol Wein die die Südtiroler Qualitätskontrolle mit einem Monitoring beauftragt, um für landwirtschaftliche Betriebe ein weiteres Angebot bereitzuhalten. Zusätzlich zu den Beobachtungen des Pflanzenschutzdienstes werden im Unterland, Überetsch und Etschtal noch bis Anfang Oktober symptomatische Pflanzen markiert.

Schüler der Fachschule Laimburg markieren symptomatische Rebstöcke

Auch die Schülerinnen und Schüler der Fachschule Laimburg sind aktiv: Sie beschäftigen sich nicht nur im Unterricht mit der Krankheit, sondern machen sich auch in den Weinbergen auf die Suche nach symptomatischen Pflanzen und kennzeichnen diese.

Befallene Pflanzen müssen gerodet werden

„Um die Ausbreitung einzudämmen, ist die Sensibilität und Mithilfe aller Weinbauern in Südtirol gefragt, denn nur so können möglichst viele Reben gerettet werden“, so Alex Tonini, der Ortsobmann des Südtiroler Bauernbundes Salurn. Da es sich bei der Goldgelben Vergilbung um eine Quarantänekrankheit handelt, wird die Rodung der befallenen Stöcke vom Pflanzenschutzdienst angeordnet und deren Durchführung kontrolliert.

Quelle: Südtirol News

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) „Lettland ist das Land des lettischen Volkes. Wir wollen, dass Lettland auch in 100 Jahren noch das Land des lettischen Volkes ist.“

19. 09. 2021



Riga: Blick vom Turm der Petrikirche zum Dom ·
Foto: Zairon / Wikimedia CC BY-SA 4.0

Während die reicheren europäischen Länder einer Zukunft mit Arbeitskräftemangel und möglicher wirtschaftlicher Stagnation entgegensehen, ist der demografische Rückgang in Lettland bereits Realität.

Seit fast 30 Jahren registriert die lokale Beamtin Inara Frolova des Landkreises Dagda, wie schnell sich dieser abgelegene Bezirk an der Ostgrenze Lettlands entvölkert. Sie bemerkte das, als ihre drei Brüder, ihr erster Mann und ihr Sohn nach Irland gingen. Als die Geburten im letzten Jahr einen Tiefpunkt erreichten, begann sie mit der Aufzeichnung von Daten.

„Lettland ist das Land des lettischen Volkes. Wir wollen, dass es auch in 100 Jahren noch das Land der Letten ist“, erklärt ein Beamter, warum Lettland versucht, seinen Bevölkerungsrückgang zu korrigieren, ohne auf Zuwanderung zu setzen.

In diesem Jahr wurde allerdings der Landkreis Dagda, der nur noch halb so viele Einwohner hat wie 1990, als zu klein für eine lokale Verwaltung eingestuft und mit einem benachbarten Landkreis zusammengelegt…

Quelle: WSJ

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä.
(Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) Seiten 444 - 455





Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 - Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin,
IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

03) Westpreußischer Gesprächskreis

Im „Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10719 Berlin,
S- / U-Bahnhof Jannowitzbrücke
(Zur Teilnahme vorherige Anmeldung erbeten!)

1) Sonntag, 24. Oktober 2021, 15:00 Uhr
Thema: Märchen aus Ost- und Westpreußen
Lesung mit Ute Breitsprechern und Reinhard M. W. Hanke

2) Freitag, 10. Dezember 2021, 15:00 Uhr
Thema: Advent bleibt Advent: Westpreußen ist keine Insel!
Alle Teilnehmer (Wir bitten um telefonische Angebote)

04) Tagesfahrten:

Im Jahr 2021 finden keine Tagesfahrten statt.
Für das Jahr 2022 wird ein Programm für Tagesfahrten vorbereitet.

05) AGOM-Wanderungen

Wanderung in Potsdam, Stadt und Park Sanssouci
Leitung: Joachim M o e l l e r

Freitag, 15. Oktober 2021.

Anmeldung zu dieser Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuopa e.V. bei Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93.

06) Schlosser und Herrenhäuser des Historismus in Nieder- und Oberschlesien und in der historischen Neumark. Baugeschichte und aktueller Denkmalschutz. 13. bis 15.10.2021, Kloster St. Marienthal bei Görlitz

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

EINLADUNG

Schlösser und Herrenhäuser des Historismus in Nieder- und Oberschlesien und in der historischen Neumark

Baugeschichte und aktueller Denkmalschutz

Kunsthistorische Fachtagung

13. bis 15. Oktober 2021

Kloster St. Marienthal
bei Görlitz

HINWEISE FÜR TAGUNGSTEILNEHMER

1. Tagungsstätte und Hotel
Kloster St. Marienthal, Internationales Bildungszentrum
St. Marienthal 10, 02899 Ostritz
Tel.: 035823/77-0 www.ibz-marienthal.de

2. Anmeldung
Um verbindliche schriftliche Anmeldung per Post oder E-Mail (veranstaltungen@kulturstiftung.org) wird bis spätestens **30.9.2021** gebeten. Die Anzahl der Teilnehmer ist aufgrund der Corona-Regelungen begrenzt. Über die Teilnahme entscheidet die Reihenfolge der Anmeldungen.

3. Corona-Bedingungen
Sofern Sie noch nicht vollständig geimpft sind oder Ihre zweite Impfung nicht mindestens 14 Tage vor Beginn der Tagung verabreicht wurde, müssen Sie einen negativen Antigen-Schnelltest (kein Selbsttest) vorlegen, der nicht älter als 48 Stunden ist. Für die Exkursion am Freitag nach Polen ist ein Impfzertifikat oder wieder ein negativer Antigen-Schnelltest erforderlich, der nicht älter als 48 Stunden sein darf und in englischer oder polnischer Sprache zertifiziert sein muss (Stand: 10.09.2021)

4. Verpflegung und Unterkunft
Die Kosten für die im Programm aufgeführten Mahlzeiten sowie für die Unterkunft vom 13. bis 15.10.2021 trägt die Kulturstiftung. Über die Reservierung und die Teilnahme an der Veranstaltung erhalten Sie eine Bestätigung. Bei Nichtnutzung der bestellten und zugesagten Unterkunft müssen die der Kulturstiftung in Rechnung gestellten Kosten vom Besteller erstattet werden.

5. Reisekosten
Bahn: Erstattung nur für die niedrigste Wagenklasse nach Vorlage der Fahrkarte
Pkw: Wegstreckenentschädigung für Hin- und Rückfahrt in Höhe von 0,20 € pro Kilometer, maximal jedoch 130,- €.
Für Personen- und Sachschäden bei der An- und Abreise sowie am Tagungsort wird keine Haftung übernommen.

6. Tagungskosten
Der Tagungsbeitrag für Teilnehmer aus Deutschland mit Übernachtung beträgt 50,00 €, ohne Übernachtung 30,00 €. Teilnehmer aus dem Ausland zahlen 30,00 €; für Studierende und Arbeitslose ist die Teilnahme kostenlos.

DANK für finanzielle Förderung an:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Aktuelle Änderungen im Programm entnehmen Sie bitte unseren Internetseiten:

www.kulturstiftung.org

An der Veranstaltung können Sie auch per Live-Stream (ohne Anmeldung und Tagungsbeitrag) per YouTube teilnehmen unter:

https://bit.ly/kulturstiftungvideo

Weitere Auskünfte:
Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 915 12 0
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Abbildungen:
Schlösser Kamenz (Vorderseite) und Fischbach (Rückseite)
Fotos: Arne Franke, Berlin

Zum Tagungsthema

Schlesien erfuhr ab Mitte des 19. Jahrhunderts einen Bauboom, insbesondere in der herrschaftlichen Profanarchitektur. Die Entwicklung des östlichen Oberschlesiens zu einem prosperierenden Zentrum der Montanindustrie führte dazu, dass die adligen Grundbesitzer, die zugleich Industrielle waren, zu einem immensen Reichtum gelangten. In Niederschlesien und in der brandenburgischen Neumark wiederum machte die Landwirtschaft bedeutende Fortschritte, die den Grundherren ebenfalls zum ansehnlichen Wohlstand verhalfen. Damit wuchs auch das Bedürfnis nach gehobener und repräsentativer Wohnarchitektur. Schlösser und Herrenhäuser wurden neu erbaut oder nach zeitgenössischem Empfinden verändert und erweitert. Die sich meist, aber inzwischen nicht nur, in der Hand des Adels befindenden Häuser entwickelten sich zu modernen Statussymbolen von unverwechselbarer architektonischer Schönheit.

Als kulturelles Erbe sind heute viele dieser Objekte unter Denkmalschutz gestellt – ob als Lust oder Last empfunden, hängt nicht zuletzt von nachhaltigen Nutzungsideen ab. Wie sehen die erfolgreichen Nutzungskonzepte aus, wer hilft bei ihrer Entwicklung und Durchführung? Diesen Fragen soll während der Tagung ebenso nachgegangen werden, wie der nach den Auswahlkriterien von Projektfördermaßnahmen, die maßgeblich zum Erfolg oder Misserfolg eines Denkmalschutzprojektes beitragen.

Idealerweise werden nach dem Prinzip des „Best Practice" Methoden und Verfahren ausgetauscht und bewährte, nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten vorgestellt. Auch sollen Kriterien über das Maß an Anpassung von historischen Bauten an soziologische Veränderungsprozesse im Rahmen einer Diskussionsrunde besprochen werden.

Wichtiges Ziel der Tagung ist der Austausch von polnischen und deutschen Akteuren der Kunstgeschichte und des Denkmalschutzes, um das Potential der „Roten Liste" unter dem Blickwinkel von zukünftigen Gemeinschaftsprojekten zu erfassen.

PROGRAMM

Mittwoch, 13. Oktober 2021

16.30 Uhr Coffee&Culture

17.00 bis 17.30 Uhr – Grußworte und Einführung
> Thomas Konhäuser, Geschäftsführer Kulturstiftung
> Reinfried Vogler, Vorsitzender der Kulturstiftung
> Birgit Aldenhoff, wiss. Referentin Kulturstiftung
> Arne Franke, Kunsthistoriker und Denkmalpfleger

18.00 Uhr – Abendessen

19.30 Uhr – Keynote
Schlesische Adelskultur im Spiegel der Sammlung des Schlesischen Museums zu Görlitz
> Dr. Agnieszka Gąsior, Direktorin Schlesisches Museum, Görlitz

Anschl. Meet&Greet im Kaminzimmer

Donnerstag, 14. Oktober 2021

9.15 Uhr bis 12.30 Uhr – Sektion 1: Kunst- und Architekturgeschichte
Die oberschlesischen Schlösser und ihre Besitzer vor dem Ersten Weltkrieg
> Prof. Dr. Irma Kozina, Akademie der Künste, Kattowitz/Katowice

Schlossbau des 19. Jahrhunderts in Niederschlesien. Eine Übersicht
> Arne Franke M.A., Kunsthistoriker und Denkmalpfleger, Berlin

Karl Friedrich Schinkel und sein schlesisches Hauptwerk Schloss Kamenz/Kamieniec Ząbkowicki
> Prof. Dr. Tomasz Torbus, Universität Danzig/ Gdańsk

Das Schicksal der Breslauer Schlösser und Herrenhäuser nach dem Zweiten Weltkrieg (bis 1991)
> Prof. Dr. Romuald Łuczyński, Wyższa Szkoła Bankowa Wrocław/ WSB Breslau

12.30 bis 14.00 Uhr – Mittagspause

14.00 Uhr bis 17.30 Uhr – Sektion 2: Denkmalschutz und Nutzungsmöglichkeiten
Denkmalpflege schlesischer Residenzen vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart
> Dr. Grzegorz Grajewski, Direktor des Nationalen Instituts für Kulturerbe (NID) Breslau/Wrocław

Denkmalpflegerische Praxis in der Woiwodschaft Lebuser Land/Lubuskie am Beispiel historistischer Schlösser
> Dr. Barbara Bielinis-Kopeć, Leiterin des Denkmalamtes der Woiwodschaft Lebuser Land/Lubuskie, Grünberg/Zielona Góra

Restaurierung Schloss Birkholz/Pałac Gruszów – eine Herzensangelegenheit
> Tomasz Kwaterski, Eigentümer von Schloss Birkholz Pałac Gruszów

Die Arbeit der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz in Schlesien, u.a. am Beispiel von Schloss Muhrau/Morawa
> Dr. Peter Schabe, Leiter der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz, Görlitz

Fragen und Diskussionsrunde/Zusammenfassung

18.00 Uhr – Abendessen

19.30 Uhr bis 20.15 Uhr – Sektion 3: Den Blick weiten: transregionale und sozialhistorische Bezüge
Zeugnisse von Innovation und Scheitern – Ein Ritt durch die märkischen und neumärkischen Herrenhäuser (zugeschaltet)
> Prof. Dr. Paul Zalewski, Europa-Universität Viadrina/Collegium Polonicum, Frankfurt/Oder /Słubice

Freitag, 15. Oktober 2021

9.00 Uhr bis 19.00 Uhr – Sektion 4: Tagung vor Ort
Bus-Exkursion in das Hirschberger Tal
> Arne Franke, Leitung

Voraussichtliche Rückkehrzeiten: 18.30 Uhr Görlitz Bahnhof, 19.00 Uhr Kloster Marienthal

07) XLI. Forum Gedanum, 22. – 24.10.2021 in Lübeck

KULTURWERK DANZIG E.V.
und
DANZIGER NATURFORSCHENDE GESELLSCHAFT E.V.

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Mitglieder unserer beiden Vereine!
Liebe Freunde Danziger Kultur und Geschichte!

Die Vorstände unserer beiden Vereine haben lange überlegt, bevor wir Sie zum

XLI. Forum Gedanum vom 22. – 24. Oktober 2021

in Lübeck im Hotel Zum Ratsherrn –
Restaurant Steakhaus, Herrendamm 2 – 4

einladen. Die Corona-Gefahr, die im vergangenen Jahr unsere Danzig-Tagung verhinderte, ist nicht vorbei, jedoch inzwischen gemildert. Wir fürchten, dass unsere Vereinsarbeit zusammenbricht, zumindest aber stark leidet, wenn wir auch dieses Jahr auf eine Einladung zu einer Zusammenkunft verzichten würden, denn wir alle werden nicht jünger, und der Zusammenhalt wird von Jahr zu Jahr schwächer. Darum also unsere Einladung, zumal auch die Hoffnung besteht, dass die Ansteckungsgefahr weiter sinkt, je mehr Menschen geimpft werden.

Selbstverständlich werden wir die Corona-Situation weiter beobachten und auch diese Tagung wieder absagen, falls die Fakten gegen Ende September diese Entscheidung nahe legen.

Zunächst aber hoffen wir sehr, das Forum Gedanum zum genannten Termin durchführen zu können und freuen uns auf ein Wiedersehen oder auch ein erstmaliges Kennenlernen.

Bitte melden Sie sich also für diese Tagung baldmöglichst an, um uns die Organisation zu erleichtern, wie üblich und bewährt bei

Herrn Armin Fenske, Achter `d Diek 3, 26844 Ditzum, Tel: (0 49 02) 5 57,
oder per E-Mail: armin-fenske@arcor.de

Der Teilnehmerbeitrag einschließlich Unterkunft und Vollverpflegung wird EUR 75,-- betragen.
Genauere Hinweise, vor allem für die Anreise, erhalten Sie mit der Anmeldebestätigung.

Gäste sind auch zu einzelnen Vorträgen nach Anmeldung herzlich willkommen, soweit die Maximalzahl der zulässigen Gäste nicht überschritten wird.

Im Namen unserer beiden Vorstände wünsche ich Ihnen alles Gute und bin mit herzlichen Grüßen
Ihr
Hans-Jürgen Kämpfert

KULTURWERK DANZIG E.V.

und

DANZIGER NATURFORSCHENDE GESELLSCHAFT E.V.

XLI. Forum Gedanum vom 22. – 24. Oktober 2021

in Lübeck im Hotel Zum Ratsherrn –
Restaurant Steakhaus, Herrendamm 2 – 4.

Programm

Freitag, 22. Oktober 2021

18,30 Uhr Abendessen
20,00 Uhr Begrüßung und Einführung in die Tagung
Grußwort des Vorsitzenden der Danziger Naturforschenden Gesellschaft e.V.
20,30 Uhr Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Gilbert H. Gornig, Marburg: Kunstraub und Raubkunst

Sonnabend, 23. Oktober 2021

8,15 Uhr Frühstück
9,15 Uhr Prof. Dr. Bernhart Jähnig, Berlin: Danzigs Weg zur Metropole der frühen Neuzeit
10,15 Uhr Edith Jurkiewicz-Pilska, Frauenburg, Polen: Zur Astronomie in der wissenschaftlichen Tätigkeit der Naturforschenden Gesellschaft in Danzig
11,15 Uhr Kaffeepause
12,00 Uhr Iwona Kramer-Galinska, Hamburg: Willi Drost – der letzte deutsche Direktor des Stadtmuseums Danzig
13,00 Uhr Mittagessen
14,30 Uhr Kulturwerk Danzig e.V.: Vorstandssitzung
15,15 Uhr Kulturwerk Danzig e.V.: Mitgliederversammlung
16,45 Uhr Danziger Naturforschende Gesellschaft e.V.: Mitgliederversammlung
18,30 Uhr Abendessen
20,00 Uhr Festliche Musikalische Abendgesellschaft - Barock-Konzert
Rocaille-Ensemble, Lübeck,
Organisation Hartmut Schütt

Sonntag, 24. Oktober 2021

8,15 Uhr Frühstück
9,15 Uhr Grußwort des Vorsitzenden des Kulturwerks Danzig e. V. Jochen Gruch
Jochen Gruch, Titz-Rödingen: Zu Wechseln auf evangelischen Pfarrstellen in Westpreußen und im Rheinland.
10,15 Uhr Buchvorstellung: OStD i. R. Hans-Jürgen Kämpfert, Lübeck: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel.
10,30 Uhr Kaffeepause
11,00 Uhr Dr. Rosemarie Schillemeit, Braunschweig: Johann Daniel Falk (Danzig 1768 - 1826 Weimar) und Goethe und schließlich Wilhelm Raabe.
12,15 Uhr Abschlussdiskussion
12,45 Uhr Mittagessen

Gäste sind auch zu einzelnen Vorträgen nach Anmeldung herzlich willkommen.
Das Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen fördert die Veranstaltung.
Anmeldungen bei Herrn Armin Fenske, Achter `d Diek 3, 26844 Jemgum OT Ditzum, Tel: (0 49 02) 5 57, E-Mail: armin-fenske@arcor.de
Unter Beachtung im Oktober gültiger Corona-Regelungen. (Änderungen vorbehalten). HJK

Zum XLI. Forum Gedanum

des Kulturwerks Danzig e.V. und der Danziger Naturforschenden Gesellschaft e.V.

vom 22. bis 24. Oktober 2021 im Hotel Zum Ratsherrn in 23556 Lübeck, Herrendamm 2 - 4

melde(n) ich mich / wir uns rechtsverbindlich an

1

(Vor- und Zuname) (Geburtsdatum)

(PLZ, Ort, Straße und Telefon) (Datum und Unterschrift)

2

(Vor- und Zuname) (Geburtsdatum)

(PLZ, Ort, Straße und Telefon) (Datum und Unterschrift)

3

(Vor- und Zuname) (Geburtsdatum)

(PLZ, Ort, Straße und Telefon) (Datum und Unterschrift)

○ Ich/Wir bestelle/n je ein Einzelzimmer zum Zuschlag von 5,00 € pro Person und Nacht

○ Ich/Wir bin/sind mit einem Zweibettzimmer einverstanden mit

○ Ich/Wir nehme/n als **Tagesgast mit** (Teil-)Verpflegung aber **ohne Übernachtung** teil

○ Ich/Wir nehme/n als **Tagesgast ohne** Verpflegung und **ohne Übernachtung** teil

Bitte teilen Sie uns in jedem Fall Ihren gewünschten Anreise- und Abreisetag mit.

Anreisetag: Abreisetag:

Ich / wir habe(n) zur Kenntnis genommen, daß ich / wir für die Teilnahme eine Teilnahmebestätigung benötige(n). Wenn ich / wir an der zugesagten Teilnahme verhindert bin / sind, werde(n) ich / wir dies unverzüglich mitteilen.

Bitte senden an: Armin Fenske, 26844 Jemgum OT Ditzum, Achter'd Diek 3
oder per E-Mail an: armin-fenske@arcor.de

08) <u>Pommern im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts. Jahrestagung der Historischen Kommission für Pommern, 14. – 16.10.2021 in St. Jakobi in Greifswald</u>

Pommern
im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts

Jahrestagung der Historischen Kommission für Pommern e.V.

14. - 16. Oktober 2021
St. Jakobi Greifswald

Jahrestagung 2021
der Historischen Kommission für Pommern e.V.

Datum: 14.-16. Oktober 2021
Ort: St. Jakobi Kirche, Domstraße, 17489 Greifswald

Bitte senden Sie Ihre Anmeldung an:
Historische Kommission für Pommern
Geschäftsstelle c/o Vineta-Museum
Lange Straße 16, 18356 Barth
Fax: 038231-77946
E-Post: mail@hiko-pommern.de
Internet: www.hiko-pommern.de

Die zum Zeitpunkt der Veranstaltung geltenden Hygienebestimmungen sind zu beachten. Der Zutritt ist nur mit einem Nachweis über den vollständigen Impfschutz oder eine durchgemachte COVID-19-Erkrankung bzw. mit einem negativen Testergebnis auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2, das nicht älter als 24 Stunden sein darf, möglich.

Bild: Große Lubinsche Karte von Pommern aus dem Jahre 1618

Im Jahre 2021 jährt sich der Geburtstag der pommerschen Barockdichterin Sibylla Schwarz zum 400. Mal. Das Jubiläum wird in Greifswald zum Anlaß genommen, um mit zahlreichen Veranstaltungen an diese bedeutende Tochter der Stadt zu erinnern, die bereits 1638 auf dem Höhepunkt der Wirren des Dreißigjährigen Krieges verstarb, als Pommern wirklich abgebrannt war.

Auch die Historische Kommission für Pommern reiht sich mit ihrer Jahrestagung in der Greifswalder Jakobikirche in diese Veranstaltungsserie ein. Dabei soll mit zwei öffentlichen Abendvorträgen und in vier thematischen Sektionen ein Bild vom Land am Meer im ersten Jahrzehnt des Dreißigjährigen Krieges gezeichnet werden.

Seit dem Prager Fenstersturz 1618 tobte in weiten Teilen des Heiligen Römischen Reiches die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des katholischen Kaisers und denen der protestantischen Opposition. Das Herzogtum Pommern wurde erst 1627 mit dem Einmarsch der kaiserlichen Truppen und der daraufhin erzwungenen Franzburger Kapitulation in diese folgenschwere Auseinandersetzung einbezogen, der sich die „Dreijährige Drangsal" mit der Belagerung Stralsunds durch Wallensteins Heer 1628 sowie schließlich die Landung des schwedischen Königs Gustav II. Adolf in Peenemünde 1630 anschlossen. Die Jahrzehnte unmittelbar vor dem Übergreifen dieses schicksalhaften Krieges auf das Land am Meer, in dem mit dem Tod Herzog Bogislaws XIV. im Jahre 1637 die pommersche Herzogsdynastie der Greifen im Mannesstamm erlosch, gelten in der Landesgeschichtsforschung als „Goldenes Zeitalter".

Die Renaissancekultur erreichte an der südlichen Ostseeküste ihren Höhepunkt. Diese Blütezeit fand auf landesherrlicher Seite ihren Ausdruck in einem bemerkenswerten Ausbau der Residenzlandschaft und der Verwaltung, darunter auch im Bereich der Kirche und der Justiz. Adel und Bürgertum konnten ebenfalls auf vielfältige Weise ihrem gewachsenen Wohlstand Ausdruck verleihen.

Für viele Bauern begann dagegen bereits zu Beginn des 17. Jahrhunderts der Weg in die Leibeigenschaft. Die Universität Greifswald und das Fürstliche Pädagogium in Stettin genossen im Kreis der lutherischen Hochschulen einen guten Ruf. Umso verheerender war in den Augen der Zeitgenossen der Niedergang, den das gesamte Territorium seit 1627 mit einer unermeßlich großen Zahl von Todesopfern und der Zerstörung weiter Teile der Siedlungslandschaft erleiden mußte.

Programm

Donnerstag, 14. Oktober 2021

14:00 Uhr Mitgliederversammlung (nicht öffentlich) der Historischen Kommission für Pommern e.V.

19:00 Uhr Abendvortrag Dr. Dirk Schleinert, Stralsund: Pommern zu Beginn des 17. Jahrhunderts

Freitag, 15. Oktober 2021

09:00-09:15 Uhr Grußwort des Staatssekretärs für Vorpommern, Patrick Dahlemann

09:15-09:30 Uhr Eröffnung und Einführung in die Tagung Prof. Dr. Haik Thomas Porada, Leipzig

Sektion 1: Das pommersche Herzogshaus

09:30-10:00 Uhr Dr. Ute Essegern, Dresden: Allianzen durch familiäre Netzwerke: Die Heiratsbeziehungen des pommerschen Herzogshauses um 1600

10:00-10:30 Uhr Prof. Dr. Rafał Makała, Danzig/Gdańsk: Architektur der pommerschen Herzogsschlösser zu Beginn des 17. Jahrhunderts

10:30-11:00 Uhr Diskussion

11:00-11:30 Uhr Kaffeepause

10:30-12:00 Uhr PD Dr. Joachim Krüger, Greifswald: Zwischen Falschmünzerei und Reform. Die Münzpolitik der pommerschen Herzöge in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts

12:00-12:30 Uhr Diskussion

12:30-14:00 Uhr Mittagspause

Sektion 2: Die pommerschen Städte

14:00-14:30 Uhr Prof. Dr. Stefan Kroll, Rostock: Die sozioökonomische Situation der pommerschen Städte – ein Vergleich zwischen den 1620er und 1690er Jahren

14:30-15:00 Uhr Dipl.-Prähist. Gunnar Möller, Stralsund: Aussagen der Stadtarchäologie zur Alltagskultur im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts

15:00-15:30 Uhr Diskussion

15:30-16:00 Uhr Kaffeepause

16:00-16:30 Uhr Christian Peplow, M.A., Stralsund: Stralsund um 1600

16:30-17:00 Uhr Dr. Fritz Petrick, Rugenhof: 1613 – Bergen auf Rügen erhält Stadtrecht

19:00 Uhr Abendvortrag Prof. Dr. Sabine Bock, Schwerin: Herrenhäuser der Spätrenaissance als Ausdruck adliger Repräsentation in Pommern, umrahmt von Musik der Zeit mit Dr. Beate Bugenhagen und Prof. Dr. Matthias Schneider

Historische Kommission für Pommern

Sonnabend, 16. Oktober 2021

Sektion 3: Das geistige Leben in Pommern

09:00-09:30 Uhr Dr. Lisa Heigl, Worms: Die Finanzen der Universität Greifswald in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts

09:30-10:00 Uhr Dr. Dirk Alvermann, Greifswald: Studentische Kultur in Greifswald zwischen Norm und Devianz 1600–1650

10:00-10:30 Uhr Diskussion

10:30-11:00 Uhr Kaffeepause

11:00-11:30 Uhr Prof. Dr. Paweł Gut, Stettin/Szczecin: Das Stettiner Pädagogium in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts

11:30-12:00 Uhr Dr. Jürgen Hamel, Bartelshagen bei Barth: Die Fürstliche Druckerei Bogislaws XIII. in Barth und ihr Fortwirken im 17. Jahrhundert

12:00-12:30 Uhr Diskussion

12:30-14:00 Uhr Mittagspause

Sektion 4: Pommersche Institutionen

14:00-14:30 Uhr Prof. Dr. Haik Thomas Porada, Leipzig: Landtage, Landesregierungen und Landeskirche zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges – ein Überblick über Desiderate der landesgeschichtlichen Forschung

14:30-15:00 Uhr Dr. Nils Jörn, Wismar: Das Pommersche Justizwesen zu Beginn des 17. Jahrhunderts

15:00-15:30 Uhr Abschlußdiskussion

Jahrestagung der Historischen Kommission für Pommern e.V.

09) Welt und Zeit gestalten – 900 Jahre Prämonstratenserorden.
Programm, Termine und Infos zur Wanderausstellung im Erzbistum Paderborn, 19. bis 23.10.2021



Ausstellungsorte / Ansprechpartner / Öffnungszeiten

12.9.2021 – 10.10.2021 – die drei Klöster in Arnsberg:

Oelinghausen, Klosterkirche und Klostergartenmuseum

Kloster Oelinghausen 2 · 59757 Arnsberg
T 02932/21882 (Schwester Hildegard)
Sr. Lucia Maria Schiefner SMMP und Sr. Maria Gabriela Franke SMMP
oelinghausen.de | E konvent-oelinghausen@ssmmp.de

Freundeskreis Oelinghausen e.V., (Klostergartenmuseum)
Vorsitzender: Dr. Günter Bertram T 02932/81852
Freundeskreis-oelinghausen.de |
E vorsitzender@freundeskreis-oelinghausen.de

Öffnungszeiten: Su und Sa 10 – 17 Uhr (Kirche und Klostergartenmuseum)

Rumbeck, Gemeindesaal und Kirche St. Nikolaus

St. Nikolaus, ehemaliges Prämonstratenserkloster 1187, Rumbeck
Mescheder Straße 23 · 59823 Arnsberg
Hannes Hentschel T 02932/52261 • 0170/441 8045
E st.nikolaus@googlemail.com
Dr. Wolfram Stevens T 02932/52803 • 0179/144 2445 · E w.stevens@web.de

Förderverein Dorf und Kloster Rumbeck e.V.
Rumbeck.com, Rumbeck.de

Kirchengemeinde St. Nikolaus
pr-arnsberg.de/pastoralen-orte/st-nikolaus-rumbeck/

Öffnungszeiten: Sa 10.30 – 12.30 Uhr und 15.00 Uhr – 18 Uhr
So 10.30 – 12.30 Uhr und 15.00 Uhr – 17 Uhr

Arnsberg-Wedinghausen, ehem. Kapitelsaal

Propsteipfarrei Arnsberg · Klosterstraße 20 · 59821 Arnsberg
T 02932/9203 · pr-arnsberg.de/pastoralen-orte/st-laurentius-propstei-arnsberg
www.kloster-wedinghausen.de · E pfarrbuero.dpr-arnsberg.de

Öffnungszeiten: Su und Sa 10–17 Uhr

23.10.2021 – 10.11.2021

Werl, Wallfahrtshaus

Pfarrkirche St. Walburga · Kirchplatz 2 · 59457 Werl
T 02922/3213 · propstei-werl.de · E propstei@propstei-werl.de

Öffnungszeiten: Su und Sa 10–17 Uhr

10.12.2021 – 13.03.2022

Paderborn, Diözesanmuseum

Erzbischöfliches Diözesanmuseum und Domschatzkammer

Markt 17 · 33098 Paderborn · T 05251/125-1620
diözesanmuseum@erzbistum-paderborn.de · museum@erzbistum-paderborn.de

10.8.2022 – 8.5.2022 · **Dortmund, Propsteikirche**

6.8.2022 – 9.10.2022 · **Cloppenburg, Museumsdorf**

Zu den Veranstaltungen 2022 in Dortmund und Cloppenburg erscheint ein weiterer Flyer

Veranstaltungen

Durchführung jeweils vorbehaltlich der Regelungen zum Umgang mit der Corona-Pandemie

Samstag 4. September 2021

18.00 Uhr Lette, St. Vitus
20.00 Uhr Clarholz, St. Laurentius

Musik, Licht- und Klanginstallationen zum Auftakt des 900. Ordensjubiläums der Prämonstratenser. Neben einem vielfältigen Programm findet die Uraufführung des Werkes des jungen Komponisten Max Hundelshausen statt.

Freitag 10. September 2021 · Oelinghausen

19.30 Uhr LUNARIS – Konzert
mit Anna Stegmann (Blockflöte) und Jorge Jiménez (Geige, Fidel), u.a. zu Werken von Bartók, Bach, Berio, Meruzs, Jiménez

Sonntag 12. September 2021

Ausstellungseröffnung am Tag des offenen Denkmals
„Welt und Zeit gestalten – 900 Jahre Prämonstratenserorden"
Eine kirchengeschichtliche Wanderausstellung im Erzbistum Paderborn
in Arnsberg-Wedinghausen, Rumbeck und Oelinghausen

11.00 Uhr Arnsberg-Wedinghausen, Propsteikirche St. Laurentius
- Begrüßung Propst Hubertus Böttcher
- Einführungsvortrag „Geist – Herz – Tun", 900 Jahre Prämonstratenser Prof. em. Dr. theol. Johannes Meier, Universität Mainz
- Eröffnung durch Weihbischof Dr. Dominicus Meier OSB

Musikalisches Programm
Vokal-Ensemble CoVoc Detmold · Leipzig
Gregorianik-Schola Marienmünster und Corvey
Angelika Rilli-Appelhans, Orgel
Klangcollagen Max Hundelshausen
Konzeption: Volker Schrewe, Marienmünster

14.00 Uhr Arnsberg-Rumbeck, St. Nikolaus
Musikalisches Programm
Vokal-Ensemble CoVoc Detmold · Leipzig
Gregorianik-Schola Marienmünster und Corvey
Thomas Niemand an der historischen Klausing-Orgel v. 1700

16.00–17.00 Uhr Führung über das Klosterareal und das heutige Gut Rumbeck

14.30 –15.30 Uhr Arnsberg-Oelinghausen
Führung: Kloster Oelinghausen als mittelalterliches Wirtschaftszentrum, Bernhard Padberg (Freundeskreis Oelinghausen e.V.)
Treffpunkt: Parkplatz am Gasthof Damse

16.00 Uhr Ausstellungseröffnung im Klostergartenmuseum
Dr. Günter Bertram, (Freundeskreis Oelinghausen e.V.)

17.00 Uhr Heilige Messe mit Vesper in der Klosterkirche St. Petri
Vokal-Ensemble COVOC, Gregorianik-Schola Marienmünster und Corvey, Peter Volkbracht an der historischen Barock-Orgel

Samstag 18. September 2021 · Rumbeck

15.00 Uhr Kirchenführung
15.00–16.30 Uhr Führung über den Wald KulTour-Pfad „Klosterwirtschaft"
16.30 Uhr Orgelführung
18.30 Uhr Vorabendmesse

Sonntag 19. September 2021 · Oelinghausen

10.30 Uhr Kirchenführung „Prämonstratensischer Geist in der Klosterkirche Oelinghausen"
Sr. Lucia Maria Schiefner SMMP

Sonntag 19. September 2021 · Rumbeck

15.00 Uhr Kirchenführung
15.30 Uhr Führung über das Klosterareal und das heutige Gut Rumbeck
16.30 Uhr Orgelführung
17.00 Uhr Vesper

Samstag 25. September 2021 · Rumbeck

15.00 Uhr Kirchenführung
15.00–16.30 Uhr Führung über den Wald KulTour-Pfad „Klosterwirtschaft"
16.30 Uhr Orgelführung
18.30 Uhr Vorabendmesse

Sonntag 26. September 2021 · Rumbeck

15.00 Uhr Kirchenführung
15.30 Uhr Führung über das Klosterareal und das heutige Gut Rumbeck
16.30 Uhr Orgelführung
17.00 Uhr Vesper

Samstag 2. Oktober 2021 · Rumbeck

15.00 Uhr Kirchenführung
15.00–16.30 Uhr Führung über den Wald KulTour-Pfad „Klosterwirtschaft"
18.30 Uhr Vorabendmesse

Sonntag 3. Oktober 2021 · Rumbeck

15.00 Uhr Kirchenführung
15.30 Uhr Führung über das Klosterareal und das heutige Gut Rumbeck
17.00 Uhr Vesper

Samstag 9. Oktober 2021 · Oelinghausen

10.30 Uhr Kirchenführung „Prämonstratensischer Geist in der Klosterkirche Oelinghausen"
Sr. Lucia Maria Schiefner SMMP

Samstag 9. Oktober 2021 · Rumbeck

15.00 Uhr Kirchenführung
15.00–16.30 Uhr Führung über den Wald KulTour-Pfad „Klosterwirtschaft"
16.30 Uhr Orgelführung
18.30 Uhr Vorabendmesse

Sonntag 10. Oktober 2021 · Rumbeck

15.30 Uhr Führung über das Klosterareal und das heutige Gut Rumbeck
16.30 Uhr Orgelführung
17.00 Uhr Vesper

Themenführungen zur Wirtschaftsgeschichte und durch den Klostergarten Oelinghausen auf Anfrage T 02932/29159

Kirchenführung und Führung durch die Ausstellung auf Anfrage vom 13.9. bis 18.9. und 9.10. T 02932/21882 | E konvent-oelinghausen@ssmmp.de

Themenführungen zur Wedinghauser Kloster- und Stadtgeschichte und spirituelle Kirchenführungen auf Anfrage unter: Propsteipfarrei Arnsberg T 02932/3403



10) IX. Studientag aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte, 26.11.2021 in Greifswald



IX. Studientag
aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte
Fr. 26.11.2021, Greifswald, Lutherhof 14.00 – 19.30 Uhr

THEMA: **Die Zukunft der Landeskirchengeschichtsarbeit**

PROGRAMM:

14.00 Uhr	Eröffnung
14.05 Uhr	Grußwort der Landesbischöfin
14.15 Uhr	Grußwort der Gesellschaft für pommersche Geschichte
14.25 Uhr	Grußwort der Historischen Kommission für Pommern
14.35 Uhr	Prof. Dr. JOHANNES EHMANN (HEIDELBERG): **Notwendigkeit und Zukunftsrelevanz der Landeskirchengeschichtsforschung**
15.15 Uhr	Diskussion
15.25 Uhr	Kaffeimbiß
15.45 Uhr	Prof. Dr. HAIK THOMAS PORADA (LEIPZIG): **Die kirchliche und die staatliche Archivpflegesituation in Vorpommern – Ärgernisse, Hoffnungen, Forderungen**
16.20 Uhr	Prof. Dr. PAWEŁ GUT (STETTIN): **Archivpflegesituation in Stettin und Pomorze – Zustand und Zukunft**
17.40 Uhr	Diskussion
17.50 Uhr	Dr. IRMFRIED GARBE (WACKEROW) **Rückblick auf 50 Jahre AG für pommersche Kirchengeschichte**
18.30 Uhr	Abschluss, anschließend geselliger Ausklang mit Abendessen

Landsmannschaft Schlesien

Nieder- und Oberschlesien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.

Herausgeber: Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e.V.,
Brandenburgische Str. 24, 12167 Berlin-Steglitz – Bürozeit: Donnerstag 14.00 – 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

11) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl

Die Landsmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Stefan Schmieder, Vorsitzender,

Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,

David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender

Marcus Lausch, Schatzmeister

Wir informieren über den Vorstand zu gegebener Zeit!

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg hat zurzeit eine Bürogemeinschaft mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

A. j) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) *Seiten 456 - 457*

Heimatkreis Wirsitz
Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de



Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

01) Ein Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021 ist in Vorbereitung!

02) Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021 in Weißenhöhe / poln. Białośliwie

Wegen der Corona-Pandemie sind zurzeit alle weiteren Veranstaltungen im Haus Anna-Charlotte abgesagt





Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html

03) Heimatkreis Schneidemühl: Patenschaftstreffen in Cuxhaven abgesagt

Liebe Schneidemühlerinnen, liebe Schneidemühler,
liebe Bezieher des Schneidemühler Heimatbriefes,

hier nun die amtliche Mitteilung, auch auf Anraten unserer Patenstadt Cuxhaven, dass unser diesjähriges Patenschaftstreffen Ende August 2021, einschließlich der Mitgliederversammlung, wegen der Corona-Pandemie, nicht stattfinden kann.

So müssen wir uns damit abfinden und hoffen, dass wir im nächsten Jahr, Ende August 2022, auch noch fit genug sind, und eine Fahrt nach unserer Patenstadt Cuxhaven machen können.

Nun wünsche ich den Schneidemühler Landsleuten und auch unserer Patenstadt Cuxhaven alles Gute, bleiben sie munter und vor allem bleiben sie gesund.
Es grüßt im Namen des Vorstandes herzlich und in heimatlicher Verbundenheit Horst Vahldick.

04) Treffen im „Ännchen von Tharau“,

Rolandufer 6, 10179 Berlin, am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

1) Sonnabend, 11. Dezember 2021, 14:00 Uhr

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

B. a) Veranstaltungen: Vorträge, Führungen Seiten 458 - 473

01) Bilderreise durch die Stralsunder Kunstgeschichte.
Vortrag von Detlef Witt, freiberuflicher Kunsthistoriker

Dienstag, 29. September 2021, 17:00 Uhr
Stralsund, VHS-Hst., Raum 1

Kreisvolkshochschule
Vorpommern-Rügen
Geschäftsstelle Stralsund
Tribseer Damm 7618437 Stralsund
Tel.: 03831 482313www.vhs-vr.de

21HS120602/3

Bilderreise durch die Stralsunder Kunstgeschichte



In zwei Vorträgen stehen Stralsunder Bildwerke des Mittelalters und des Barock im Fokus. Es gibt viele liebevolle Details zu entdecken, und es werden Künstler wie der Bildhauer Elias Kessler vorgestellt.

Referent: Detlef Witt,
freiberuflicher Kunsthistoriker M.A.

Wann:	Di, 21.09.2021, 17:00 Uhr Di, 28.09.2021, 17:00 Uhr
Wo:	VHS HST; Raum 1
Entgelt:	je 5,00€

Weitere Informationen und Anmeldung unter

Ruf: 03831-482313 oder volkshochschule@lk-vr.de

02) Die Deportationen der Russlanddeutschen und anderer nationaler Minderheiten in den 1930er Jahren, innerhalb der Online-Vortragsreihe „80. Jahrestag der Deportation der Russlanddeutschen“ des Nordost-Instituts.
Vortrag von Prof. Dr. Victor Dönninghaus (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Lüneburg)

Dienstag, 28. September 2021, 18:00 Uhr
Nordost-Institut, Lüneburg

das Nordost-Institut gedenkt der Deportationen von Russlanddeutschen, die vor 80. Jahren auf Grundlage des Erlasses „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“ ihren Anfang nahmen. Der Erlass, der vom Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 verabschiedet wurde, bedeutete eine einschneidende Zäsur im traditionellen Leben der Deutschen in der Sowjetunion. Innerhalb weniger Monate wurden aufgrund dieses Befehls rund 370.000 Menschen aus der Wolgarepublik ausgesiedelt; weitere 530.000 Menschen deutscher Abstammung aus anderen Teilen der Sowjetunion fielen dem Erlass bis Ende 1941 zum Opfer.

Eine Online-Vortragsreihe des Nordost-Instituts thematisiert die Geschichte der Deportationen und ihrer Folgen, die literarischen Erinnerungsformen sowie die Reintegration der Russlanddeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion. Wir laden Sie herzlich zur Vortragsreihe ein.

Der erste Vortrag findet am 28. September 2021, 18.00 Uhr statt.

Victor Dönninghaus spricht zu: Die Deportationen der Russlanddeutschen und anderer nationaler Minderheiten in den 1930er Jahren.

Der Vortrag findet online über Zoom statt:

Zoom-Link: https://us06web.zoom.us/j/85757981620?pwd=cjEyM3lobzBvWWFReFFGR0N1dGdodz09

Meeting-ID: 857 5798 1620, Kenncode: 577282

Das vollständige Programm finden Sie nachstehend sowie auf unserer Webseite:

https://www.ikgn.de/cms/index.php/veranstaltungen-hauptmenue/2744-online-vortragsreihe-und-podiumsdiskussion-80-jahrestag-deportation-russlanddeutsche

Programm

28.09.2021 18:00 – 19:15

Die Deportationen der Russlanddeutschen und anderer nationaler Minderheiten in den 1930er Jahren

Vortrag von Prof. Dr. Victor Dönninghaus (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Lüneburg)

Zoom-
Link: https://us06web.zoom.us/j/85757981620?pwd=cjEyM3lobzBvWWFReFFGR0N1dGdodz09

Meeting-ID: 857 5798 1620

Kenncode: 577282

05.10.2021 18:00 – 19:15

Die Deportation der deutschen Bevölkerung in der Sowjetunion in den Jahren 1941 bis 1946 Vortrag von Dr. Alfred Eisfeld (Göttinger Arbeitskreis e.V., Göttingen)

12.10.2021 18:00 – 19:15

Nationale und internationale Dimensionen der Deportation der Wolgadeutschen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren Vortrag von Dr. Viktor Krieger (Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland, Nürnberg)

19.10.2021 18:00 – 19:15

Die Ukrainedeutschen während des deutsch-sowjetischen Krieges 1941-1945 Vortrag von Dr. Dmytro Myeshkov (Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V., Lüneburg)

26.10.2021 18:00 – 19:15

Vom Schweigen zum Sprechen: Die russlanddeutsche Literatur und die Deportation Vortrag von em. Prof. Dr. Annelore Engel-Braunschmidt (Hamburg / Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)

Informationen zur Arbeit und Veranstaltungen des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) erhalten Sie unter: www.ikgn.de.

Sehr geehrter Herr Hanke, 27.09.2021
gerne können Sie diese Einladung weiterleiten.
Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Petra Gelsheimer
Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (IKGN)
Nordost-Institut
an der Universität Hamburg
Lindenstraße 31
21335 Lüneburg
Tel. 04131-40059-0
E-Mail: sekretariat@ikgn.de
www.ikgn.de

Das Nordost-Institut - Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. wird institutionell von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert.

Schlesisches Museum zu Görlitz
Brüderstraße 8 bzw. Eingang Fischmarkt 5
02826 Görlitz
www.schlesisches-museum .de
kontakt@schlesisches-museum.de,
Tel. 0049 (0) 3581 8791-0.

Dr. Martina Pietsch

03) Schlesien erfahren: Glastraditionen in Schlesien – gestern und heute

Vortrag

Donnerstag, 30. September.2021, 18:00 Uhr,
SMG, Fischmarkt 5, Eintritt frei

Exkursion am 16.10.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Reihe "Schlesien erfahren" möchten wir Sie in die schimmernde Welt des Kunstglases entführen: am 30. September 2021 bei einem Vortrag im Schlesischen Museum und am 16. Oktober 2021 direkt vor Ort in Schlesien.

Die renommierte Glasforscherin Dr. Stefania Żelasko stellt in ihrem Vortrag am 30. September 2021 das Leben und Werk des Künstlers Alexander Pfohl (1894-1953) vor. Mit ihm als Produktdesigner erlangte die Josephinenhütte in Schreiberhau (heute Szklarska Poręba) in den 1920er Jahren einen internationalen Ruhm. Der in Haida (Nový Bor) geborene Glaskünstler, Maler, Grafiker und Hochschullehrer entstammte einer über viele Generationen hinweg im 19. Jahrhundert bedeutenden böhmischen Familie der Glashersteller und -veredler. 1919 nahm er seine Tätigkeit als Leiter der Entwurfsabteilung der Schreiberhauer Josephinenhütte auf und prägte die folgenden neun Jahre das künstlerische Erscheinungsbild der Produktion. Seine Werke befinden sich heutzutage in großen Museumssammlungen und haben bis heute nichts von ihrem Reiz verloren.

Dr. Stefania Żelasko, Jg. 1952, ist Kunsthistorikerin und renommierte Glasforscherin. In den Jahren 2005-2010 Leiterin der Glaskunstabteilung des Muzeum Karkonoskie (Riesengebirgsmuseum) in Jelenia Góra (Hirschberg). Seit 2002 wissenschaftliche Beraterin des Glasmuseum Passau. Mit ihren Büchern zur Glaskunst in Schlesien leistete sie Pionierarbeit bei der Erforschung der Geschichte des Schlesischen Glases. Für ihre Verdienste wurde sie mit dem Silbernen Kreuz Gloria Artis ausgezeichnet, das vom polnischen Ministerium für Kunst und Nationales Erbe verliehen wird.

Der Vortrag findet im Rahmen des deutsch-polnischen Projektes „Schlesien – gemeinsames Natur- und Kulturerbe“ des Nationalparks Riesengebirge und des Schlesischen Museums zu Görlitz statt und wird gefördert aus dem Kooperationsprogramm Interreg Polen-Sachsen 2014-2020.

Bei der Exkursion am 16. Oktober 2021 werden Orte der heutigen (Kunst)Glasherstellung und –Präsentation besichtigt: das Glasstudio Borowski bei Bolesławiec, die Huta Julia in Piechowice sowie das Muzeum Karkonoskie in Jelenia Góra mit der größten

Kunstglassammlung in Polen. Die Exkursion wird in Kooperation mit dem Görlitzer Reisebüro Senfkorn Reisen organisiert. Info und Anmeldung unter info@senfkornreisen.de oder Tel. 03581/40 05 20.

Mehr Informationen unter: Schlesien erfahren: Glastraditionen in Schlesien: Schlesisches Museum zu Görlitz (schlesisches-museum.de).

Agnieszka Bormann, Kulturreferentin für Schlesien
Schlesisches Museum zu Görlitz
Untermarkt 4, 02826 Görlitz
Tel. 03581/8791-116
abormann@schlesisches-museum.de
www.schlesisches-museum.de/kulturreferat

Landesgeschichliche Vereinigung für die Mark Brandenburg

http://geschichte-brandenburg.de/lv-neu/veranstalt.html

Postanschrift: Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg e. V.
- Archiv und Bibliothek -
c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin
Postfach 610 179
10922 Berlin
Email: bibliothek@geschichte-brandenburg.de, archiv@geschichte-brandenburg.de

04) Friedrich Wilhelm I. von Preußen: ein Monarch mit vielen Gesichtern
Vortrag und Buchvorstellung: Prof. Dr. Frank Göse (Potsdam)

Donnerstag, 07. Oktober 2021
19.00 Uhr im Berlin-Saal der Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 36, Berlin-Mitte.

Für die Teilnahme gilt die „3G-Regel“: Geimpft, genesen oder getestet. Bitte zeigen Sie das entsprechende Dokument unaufgefordert beim Einlass. Bitte beachten Sie auch die geltenden Abstandsregeln, gegebenenfalls ist ein Mund- und Nasenschutz zu tragen.
König Friedrich Wilhelm I. (1688-1740), Wegbereiter für Preußens Vormachtstellung, war bereits zu Lebzeiten eine höchst kontroverse Herrscherfigur. Anders als sein Sohn Friedrich der Große, oder sein Großvater, der »Große Kurfürst«, nach dem er benannt ist, wurde er von Anfang an ambivalent beurteilt. Als Vater trat er despotisch auf und beschwor innerhalb der Familie schlimme Zerwürfnisse herauf. Als Herrscher ordnete er seinen »lieben blauen Kindern«, den Soldaten seines Königsregiments, alles unter. Mit cholerischen Charakterzügen, Geiz und Misstrauen ausgestattet weckte er beim Adel Ablehnung. Gleichzeitig stellten seine umfassenden Reformen im Bereich Bildung, Finanzen und Militär die Weichen für den oft deklarierten »preußischen Sonderweg«. – Frank Göse, Spezialist für die frühneuzeitliche preußische Geschichte und Stellvertretender Vorsitzender der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V., hat die erste umfassende Biographie des Monarchen vorgelegt und beurteilt ihn entschieden aus seiner Zeit heraus. Er zeichnet die Rolle des Königs an der Entwicklung Preußens nach und würdigt seine Leistungen in der Finanz-, Wirtschafts- und Militärpolitik.

05) Ernst Toller (1893-1939). Schriftsteller und REvolutionär
Vortrag von Dr. Dieter Distl

Mittwoch, 06. Oktober 2021, 19:00 Uhr
Jüdische Gemeinde zu Berlin, Fasanenstraße 79 – 80, 10623 Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Förderkreis Denkmal für die ermordeten Juden Europas e. V. lädt Sie zu einer Veranstaltung im Rahmen der Themenreihe „Weltweites Exil" herzlich ein:

WELTWEITES EXIL

MITTWOCH, 6. Oktober 2021 – 19.00 UHR

EINLASS: 18.00 UHR

Ernst Toller (1893-1939)

"Schriftsteller und Revolutionär"



Ernst Toller war in den zwanziger Jahren der bekannteste unter den lebenden deutschen Dramatikern. Er wurde 1893 in eine jüdische Kaufmannsfamilie in Samotschin in der damaligen preußischen Provinz Posen hineingeboren. Er zog als „Hurra-Patriot" in den Ersten Weltkrieg und kam als Pazifist aus den Schützengräben zurück. Für seine Beteiligung an der Bayerischen Räterepublik wurde er zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Während der Haftzeit entstanden seine bedeutendsten Werke. Ab 1933 im Exil in der Schweiz, Frankreich, England und vor allem in den USA wurde er zum meist gehörten und gefeierten Repräsentanten eines anderen Deutschlands.
Und dennoch begeht Toller 1939 in New York Selbstmord.
Die im Wallstein Verlag erschienene Ausgabe *Sämtlicher Werke* ist die erste vollständige Edition.

Begrüßung: **Lea Rosh** – Vorsitzende Förderkreis Denkmal e. V.
Vortrag: **Dr. Dieter Distl** (Mitherausgeber) über die „Sämtlichen Werke" von Ernst Toller
Lesung: **Claus-Dieter Fröhlich** – Sprecher

Wir freuen uns, Sie in der

Jüdischen Gemeinde zu Berlin • Fasanenstr. 79-80 • 10623 Berlin

begrüßen zu können.

Die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Corona-Regeln ist Voraussetzung für die Teilnahme !

Lea Rosh im Namen des Vorstandes „Förderkreis Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V."

Unterstützt von: Dr. Felix Klein, Antisemitismus-Beauftragter der Bundesregierung
Gefördert durch: Pfizer

Wenn Sie keine Veranstaltungs-Mail mehr erhalten möchten, antworten sie bitte auf diese Mail und vermerken im Betreff *streiches*



Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0
info@literaturhaus-berlin.de

06) Nataša Kramberger »Verfluchte Misteln«.
Die Autorin im Gespräch mit Lola Randl

Buchpremiere

Donnerstag, 30. September 2021, 19:00 Uhr
7 € / erm. 4 €

im Garten

Ist Schreiben eine genau so harte Arbeit wie Gerste aussäen? Und wie übersteht man eine Polizeikontrolle in eisiger Nacht, vollkommen high von Baldriandämpfen, mit deren Hilfe man die Obstbäume vor dem Erfrieren retten wollte? Das sind nur einige der Fragen, die sich die Autorin in ihrem Roman über das Leben und Arbeiten auf dem Land stellt. Doch was einfach nur ein lustiges Buch über die Mühsal der Städterin mit Frost, bürokratischen Unbillen und übergescheiten Nachbarn sein könnte, ist zugleich ein wunderbarer Roman über Familie und Tradition. Humorvoll und mit poetischer Raffinesse hinterfragt Nataša Kramberger in ihrem Roman die vermeintlichen Widersprüche – körperliche und geistige Arbeit, archaisches Land und die moderne Urbanität, nachhaltige und herkömmliche Landwirtschaft – und erforscht kritisch und selbstironisch die Rollenbilder, die beide Lebenswelten prägen, den Sexismus und die Skepsis, denen sich die Erzählerin ausgesetzt sieht, und nicht zuletzt die Beziehung zwischen Mensch und Natur.Und wer könnte mit all diesen Fragen besser vertraut sein als die Autorin Lola Randl, die sich mit ihrem Buch » Der große Garten« vor zwei Jahren mit ganz ähnlichen Utopien und Dystopien beschäftigte. Mit ihr unterhält sich Nataša Kramberger – hoffentlich im Garten des Li-Be – bei schlechtem Wetter im Großen Saal.

Nataša Kramberger »Verfluchte Misteln« Verbrecher Verlag, 2021

In Kooperation mit dem SKICA Berlin – Slowenisches Kulturzentrum Berlin und der Slowenischen Buchagentur

Bitte unterstützen Sie unsere Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!

07) Jean-Claude Grumberg »Das kostbarste aller Güter«

Junges Literaturhaus Buchvorstellung und Diskussion

Freitag, 08. Oktober 2021, 10:00 Uhr

Geschlossene Veranstaltung für eine 8./9. Schulklasse

Mit der Berliner DJLP-Jugendjury Die LesArtigen, Edmund Jacoby und Ulrike Möltgen

1943: Ein Vater wirft seine neugeborene Tochter durch die Luke des Güterzuges hinaus in den Wald und rettet sie so vor dem sicheren Tod im Vernichtungslager. Wie durch ein Wunder findet eine arme Holzfällerfrau das »kleine Gut« an den Gleisen. Gegen alle Widrigkeiten zieht sie es als eigenes Kind auf…

Mit Spannung wird jedes Jahr auf die Vorschläge der Jugendjurys zum Deutschen Jugendliteraturpreis gewartet, die dann das Preisträgerbuch in der Sparte »Preis der Jugendjury» auf der Frankfurter Buchmesse küren. In diesem Jahr nominieren die Jugendlichen der Berliner Les*Artigen* »Das Kostbarste aller Güter – Ein Märchen« von Jean-Claude Grumberg (Jacoby & Stuart).

Gemeinsam mit den Juror*innen begegnen wir dem Schriftsteller, Drehbuchautor (»Der Stellvertreter») und Schauspieler Jean-Claude Grumberg, lernen seinen Übersetzer und Verleger Edmund Jacoby und seine Illustratorin Ulrike Möltgen kennen, und sprechen über seine beeindruckende, wortgewaltige Geschichte.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit LesArt – Berliner Zentrum für Kinder- und Jugendliteratur

Bitte unterstützen Sie unsere Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!

08) Kirsty Bell »Gezeiten der Stadt. Eine Geschichte Berlins«

Brown Bag Lunch

Moderation: Bettina Baltschev

Dienstag, 26.Oktober 2021, 12:30 Uhr
7 € / erm. 4 €

Von ihrem Zimmer am Landwehrkanal aus hat die britisch-amerikanische Kunstkritikerin Kirsty Bell einen besonderen Blick auf die Stadt, in der sie seit 20 Jahren lebt. Ihr Augenmerk gilt nicht den Königen und den Monumenten. Es sind die Brachen, die drängenden Wasser und die besonderen Schicksale, die sie interessieren. Preußischer Militarismus und männlicher Ingenieurssinn haben Berlin geprägt, die Gewalt des 20. Jahrhunderts hat es traumatisiert. Von Walter Benjamin zu Rosa Luxemburg, von Gabriele Tergit zu Hannah Arendt und hin zu den Bewohner*innen ihres eigenen Gründerzeithauses lässt Kirsty Bell die Menschen sprechen. Noch immer ist die Stadt aus dem Takt, so wie es Bells eigenes Leben war. Darüber spricht sie mit der Autorin und Journalistin Bettina Baltschev.

Kirsty Bell »Gezeiten der Stadt. Eine Geschichte Berlins« Kanon Verlag Berlin, 2021

09) Shared Heritage – Niederschlesien erzählen

Gespräch

Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 Uhr
Eintritt frei

Begrüßung
Janika Gelinek und Sonja Longolius
Einführung
Dr. Silke Pasewalck (BKGE Oldenburg)
Gespräch
mit **Olga Tokarczuk**
Moderatorin und Dolmetscherin:
Olga Mannheimer

In den Erzähltexten der polnischen Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk wird Niederschlesien/Dolny Śląsk zu einem literarischen Imaginationsraum, der gleichermaßen märchenhafte wie unheimliche Züge trägt: Wie Schneewittchen im gleichnamigen Märchen der Brüder Grimm Räume betritt, deren Bewohner abwesend sind, werden in Tokarczuks Geschichten die Orte, Häuser und Landschaften am Flusslauf der Oder und im Riesengebirge mit einem Sensorium für das Abwesend- Anwesende beschrieben und in ihren imaginativen wie realen Tiefenschichten ausgeleuchtet. In Taghaus Nachthaus und anderen Erzählungen begegnen uns Figuren, die sich als „Nachbarn in der Zeit“, wie Tokarczuk sagt, begreifen lassen. Die Geschichten eröffnen damit neue Perspektiven, das Vorgefundene wird zu einem gemeinsamen Erbe – vielleicht auch zur Bürde? – der einstigen und heutigen Bewohner. Über die poetischen, mythischen und nicht zuletzt auch die politischen Dimensionen ihres Niederschlesien-Bildes kommt Olga Tokarczuk mit Olga Mannheimer ins Gespräch.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Oldenburg)

In polnischer und deutscher Sprache



Literarisches Colloquium Berlin
Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de

Programm Oktober 2021 (Auswahl)



Jenny Erpenbeck. © *Katharina Behling*



Kairos. © *Penguin*

weiter lesen | Jenny Erpenbeck

PODCAST bei rbbKultur

10) Jenny Erpenbeck: »Kairos« (Penguin, 2021).
Im Gespräch mit **Nadine Kreuzahler**

Sonnabend, 02. Oktober 2021, 17:04 Uhr

Zum Podcast

https://www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/weiter_lesen/archiv/20211002_1700.html

»Kairos«, das ist in der griechischen Mythologie der Gott der günstigen Gelegenheit, des rechten oder glücklichen Augenblicks. Dieser Augenblick scheint gekommen, als sich Katharina und Hans Ende der achtziger Jahre auf der Straße in Ostberlin kennenlernen und ineinander verlieben. Sie ist neunzehn, er Mitte fünfzig und verheiratet. Nach dem

Glücksrausch folgen Augenblicke der Eifersucht, Abhängigkeit, Hoffnung und Gewalt. Vor dem Hintergrund der untergehenden DDR und des Umbruchs 1989 erzählt Jenny Erpenbeck die Geschichte einer obsessiven Liebe. Jenny Erpenbeck wurde 1967 in Ost-Berlin geboren und für ihre Erzählungen, Romane und Theaterstücke mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Thomas-Mann-Preis und dem Premio Strega Europeo.

Zu allen Podcasts der Reihe

https://www.rbb-online.de/rbbkultur/podcasts/weiter-lesen-podcast.html

»weiter lesen – das LCB im rbb« ist eine Podcast-Lesebühne des Literarischen Colloquiums Berlin (LCB) und des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb). Sie laufen jeden Samstag um 17.04 h auf rbbKultur und sind dort jederzeit zum Hören und Downloaden abrufbar.

Debütromane, Jahrestage, Übersetzungen, Neuerscheinungen. Die (fast) ganze Welt der Bücher von heute. In Lesungen und Gesprächen mit den Autor·innen sowie mit Übersetzer·innen, Kritiker·innen und den Programm-Kuratoren des LCB. Moderiert von Natascha Freundel, Anne-Dore Krohn, Nadine Kreuzahler und Franziska Walser.



11) 60 Jahre Sprache im technischen Zeitalter. Stoffe: Zeitgeist. Woraus besteht die Gegenwartsliteratur?

Mit Ann Cotten, Uwe Kolbe, Ursula Krechel, Nadja Küchenmeister, Ulla Lenze, Gert Loschütz, Teresa Präauer, Kathrin Röggla, Volker Sielaff

Freitag, 08. Oktober 2021, 19:00 Uhr





60 Jahre »Sprache im technischen Zeitalter«

VOR ORT und LIVESTREAM
Stoffe: Zeitgeist. Woraus besteht die Gegenwartsliteratur?
Mit **Ann Cotten**, **Uwe Kolbe**, **Ursula Krechel**, **Nadja Küchenmeister**, **Ulla Lenze**, **Gert Loschütz**, **Teresa Präauer**, **Kathrin Röggla**, **Volker Sielaff**

Die Zeitschrift des Literarischen Colloquiums Berlin, »Sprache im technischen Zeitalter«, begeht in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag. Für eine Literaturzeitschrift ist das ein durchaus beachtliches Alter. Dies muss gefeiert werden: Mit Autor·innen, die der Zeitschrift verbunden sind und in der Juni- und Septemberausgabe 2021 unter dem Stichwort »Zeitmitschriften« wie auch an diesem Abend auf drei Podien dem Phänomen ›Zeitgeist‹ auf der Spur sind.

PODCAST bei rbbKultur

12) 60 Jahre »Sprache im technischen Zeitalter«

Thomas Lehr und **Thomas Geiger**
Im Gespräch mit **Anne-Dore Krohn**

Sonntag, 16. Oktober 2021, 17:04 Uhr

Zum Podcast

https://www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/weiter_lesen/archiv/20211016_1700.html



Die von Walter Höllerer gegründete Zeitschrift »Sprache im technischen Zeitalter« wurde im Jahr des Mauerbaus gegründet und entwickelte sich von einer literaturwissenschaftlichen Zeitschrift zu einer Literaturzeitschrift. Als solche ist sie die Hauszeitschrift des LCB geworden. 2021 sind zwei Ausgaben erschienen, die die sechzig Jahre durch Autor·innen wieder aufleben lassen. Über die Funktion von Literaturzeitschriften im allgemeinen und von »Sprache im technischen Zeitalter« im besonderen spricht Anne-Dore Krohn mit dem Herausgeber und Redakteur Thomas Geiger und dem Berliner Schriftsteller Thomas Lehr.

13) 12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage. Andreas Nachama über die Zeit des Nationalsozialismus

Donnerstag, 30. September 2021, 19:00 Uhr
Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg

VERANSTALTUNG
IM LIVESTREAM

TEILNAHME VOR ORT
NUR MIT ANMELDUNG

TOPOGRAPHIE
DES
TERRORS

Die Stiftung Topographie des Terrors lädt zu einer Buchpräsentation ein.

Donnerstag **30. September 2021** 19.00 Uhr



12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage
Andreas Nachama über die Zeit des Nationalsozialismus

Begrüßung: Dr. Andrea Riedle, Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin
Buchpräsentation und Gespräch mit
Prof. Dr. Andreas Nachama, Berlin, und
Sven Felix Kellerhoff, Journalist, Berlin

Die Teilnahme ist vor Ort (mit Anmeldung) oder per Livestream möglich:

Topographie des Terrors Auditorium
Niederkirchnerstraße 8 | Berlin-Kreuzberg
Eintritt frei

www.topographie.de/livestream/
Der Stream ist anschließend 14 Tage abrufbar.

Ein „tausendjähriges Reich", so haben es die Nationalsozialisten gelegentlich propagiert. Tatsächlich waren es nur zwölf Jahre, drei Monate und ein paar Tage. Aber diese kurze Zeitspanne hat die Welt – ganz sicher Europa – verändert.
In seinem Buch *12 Jahre, 3 Monate, 8 Tage* (2021) geht Andreas Nachama anhand einer zentralen Quelle, der Berichterstattung der NS-Parteizeitung „Völkischer Beobachter", wesentlichen Ereignissen der Jahre 1933 bis 1945 und ihrer medialen Vermittlung nach. Zitate aus Tagebüchern von Zeitgenossen ergänzen den offiziösen Blick. In dreizehn Kapiteln legt der ehemalige langjährige Direktor der Stiftung Topographie des Terrors eine illustrierte Gesamtschau auf die NS-Zeit vor. Dabei vermittelt der Autor auch – nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen als Kind von Überlebenden der Schoa – seinen sehr persönlichen Blick auf die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft über Deutschland und schließlich große Teile Europas. Das Buch basiert auf einer 2018/19 im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors gehaltenen Vortragsreihe.

Für die Teilnahme an dieser Veranstaltung vor Ort ist eine Anmeldung bis 27.9.2021 erforderlich: veranstaltungen@topographie.de (Telefon 030 254509-0).
Bitte übermitteln Sie mit Ihrer Anmeldung folgende Angaben (ggf. auch für Ihre Begleitung): Vorname und Name, E-Mail-Adresse oder Postanschrift, Telefon.
Bei Anmeldung per E-Mail erhalten Sie eine Teilnahmebestätigung.

Die Teilnahme ist nur möglich mit Nachweis (vorzulegen am Einlass)
- eines **negativen Corona-Tests innerhalb der letzten 24 Stunden** oder
- einer **seit 14 Tagen abgeschlossenen Corona-Schutzimpfung** oder
- der **Genesung, mindestens 28 Tage, höchstens 6 Monate zurückliegend**.

Während des gesamten Aufenthalts im Gebäude ist eine medizinische oder FFP2-Maske zu tragen.

Begrenzte Platzzahl. Bitte haben Sie Verständnis, falls wir nicht alle Teilnahmewünsche berücksichtigen können.

14) Heimaten in Böhmen

Autorenlesung und Gespräch mit **Wolftraud de Concini** und **Vratislav Maňák** im Rahmen der **23. Tschechisch-Deutschen Kulturtage** am Freitag, dem 15. Oktober 2021 um 18 Uhr im Goethe-Institut Dresden (Königsbrücker Str. 84, D 01099 Dresden).

Die Journalistin und Redakteurin der *KK – Kulturkorrespondenz östliches Europa* **Renate Zöller**, die selbst mehrere Jahre in Tschechien gelebt und u. a. für die *Prager Zeitung* und den Tschechischen Rundfunk gearbeitet hat, spricht mit Wolftraud de Concini und Vratislav Maňák über deren **Begriff von Heimat**. Als Autorin des Buches *Was ist eigentlich Heimat?* (Christoph Links Verlag 2015) beschäftigt sie sich schon länger mit dem Thema und ist gespannt, welche Facetten die beiden Literaturschaffenden in ihren eigens für dieses Gespräch verfassten Essays beleuchten werden.

01) Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute

Veranstalter
Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung (Ostpreußisches Landesmuseum)
Ausrichter
Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungsort
Museum Lüneburg
21335 Lüneburg
Vom - Bis
30.09.2021 - 02.10.2021
Von
Kunze Tim, Immanuel Kant Abteilung, Ostpreußisches Landesmuseum

2021 widmet sich die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung dem historischen Kontext des Philosophen Immanuel Kant. Eingeladen sind Historiker und renommierte Kantexperten aus Deutschland und Russland.

Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute

Bis 2024 entsteht eine Dauerausstellung zu dem Philosophen Immanuel Kant am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Die historische Verbindung von Kant und Königsberg/Ostpreußen gerät somit wieder verstärkt in den Blick.

Die Tagung kontextualisiert Kant und sein Denken historisch im Königsberg des 18. Jahrhunderts. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf seinem Wirken an der Königsberger Albertus-Universität, an der er lebenslang als Dozent tätig war. Außerdem wird seine Nachwirkung thematisiert und angesichts des anstehenden Kant-Jubiläums (300. Geburtstag 2024) auch ein Blick auf die Kant-Erinnerung in Russland und Deutschland geworfen.

Programm

Donnerstag, 30. September 2021

14.30–15.00 Uhr Begrüßung

Panel 1: Kant – Bedeutung und Erinnerung heute
Museum Lüneburg

15.00–15.15 Uhr – Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg): Aktivitäten zum Kant-Jubiläum 2024

15.15–16.00 Uhr – Tim Kunze (Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg): Kant – Philosophie und Königsberg im Museum. Das Potential einer Ausstellung

16.00–16.30 Uhr – Kaffeepause

16.30–17.15 Uhr – Matthias Weber (Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg): Kant in der Kunst

17.15–18.00 Uhr – Nina Dmitrieva (Immanuel Kant Baltic Federal University Kaliningrad): Kants Bedeutung für die Intellektuellen Russlands früher und heute

ab 19.00 Uhr – Gemütliches Beisammensein im Bier- und Eventhaus Krone, Heiligengeiststraße 39, 21335 Lüneburg

Freitag, 01. Oktober 2021

Panel 2: Der historische Kant: Universität
Museum Lüneburg

09.00–09.45 Uhr – Hanspeter Marti (Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschungen, Engi): Immanuel Kant und die Disputation als traditionelle Unterrichtsform

09.45–10.30 Uhr – Werner Stark (Philipps-Universität, Marburg): Ein historischer Blick auf die ersten Jahre des Privatdozenten Immanuel Kant

10.30–11.00 Uhr – Kaffeepause

11.00–11.45 Uhr – Agnieszka Pufelska (Nordost-Institut – IKGN e.V., Lüneburg) / Matthias Barelkowski (Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen, Berlin): Kants posthume Reisen: Kantiana aus Olsztyn/Allenstein in Lüneburg

11.45–14.00 Uhr Mittagspause

12.00–13.00 Uhr Mitgliederversammlung der Historischen Kommission im Ostpreußischen Landesmuseum

Panel 3: Der historische Kant: Geschichte
Museum Lüneburg

14.00–14.45 Uhr – Daria Barow-Vassilevitch (Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschungen, Engi): Ostpreußen unter der russischen Herrschaft 1758-1762 und die Königsberger Albertina: Ausnahmezustand oder Normalität?

14.45–15.30 Uhr – Steffen Dietzsch (Humboldt-Universität zu Berlin): Königsberg 1789–1799: Der Alltag der Philosophie in Zeiten der Revolution

17.00–18.00 Uhr Führung durch das historische Rathaus der Hansestadt, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Festakt im Rathaus Lüneburg
18.30–20.30 Uhr
Grußworte: Ulrich Mädge (Oberbürgermeister Lüneburgs), Björn Thümler (Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur)

Festvortrag: Volker Gerhardt (Humboldt-Universität zu Berlin): Kant als Theoretiker der Humanität

Sonnabend, 02. Oktober 2021

Panel 4: Wirkung Immanuel Kants
Museum Lüneburg

09.00–09.45 Uhr – Arno Mentzel-Reuters (Monumenta Germaniae Historica, München): Gerechtes Recht und echte Volksordnung - Die Königsberger Kant- und Copernicus-Wochen 1939–1942

09.45–10.30 Uhr – Johannes von Lüpke (Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel): Metakritische Anfragen und Antworten. Johann Georg Hamann im Wortwechsel mit Immanuel Kant

10.30–11.00 Uhr – Kaffeepause

11.00–11.45 Uhr – Cheryce von Xylander (Leuphana Universität): Die Charlottenschule in Berlin (1873–1929): Kant-Lektüre für Frauen in der Gründerzeit

11.45–12.30 Uhr – Nadezda Ermakova (Immanuel Kant Baltic Federal University Kaliningrad): Innovation an der Universität: von I. Kant und K.G. Hagen an der Albertus-Universität bis zum Institut für Bildung an der Baltic Federal Kant-Universität

12.30–13.15 Uhr – Schlussdiskussion

13.15–14.30 Uhr – Mittagspause

14.30–16.00 Uhr – Führung durch die neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung

Kontakt

T.Kunze@ol-lg.de

https://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/termine/tagung-immanuel-kant-und-sein-wirkungsort-konigsberg-universitat-geschichte-und-erinnerung-heute/

Zitation
Immanuel Kant und sein Wirkungsort Königsberg. Universität, Geschichte und Erinnerung heute. In: H-Soz-Kult, 03.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112070>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) "Sozialistische Stadt" und internationales Kulturerbe

Veranstalter
Museum Utopie und Alltag. Alltagskultur und Kunst aus der DDR / Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Veranstaltungsort
Friedrich-Wolf-Theater (Kleine Bühne)
15890 Eisenhüttenstadt

Vom - Bis
03.10.2021 - 04.10.2021
Von
Axel Drieschner

Die Nachkriegsmoderne in ihren unterschiedlichen Facetten steht seit einiger Zeit im Fokus der Forschung wie der Denkmalpflege. Wie lässt sich der Wert von städtebaulichen Ensembles aus sozialistischer Zeit in die Wahrnehmung einer breiteren Öffentlichkeit rücken? Wäre eine mögliche Bewerbung zur Aufnahme in das Weltkulturerbe oder für das Kulturerbe-Siege eine realistische Perspektive für Planstädte wie Eisenhüttenstadt? Was lässt sich von vergleichbaren Initiativen lernen?

"Sozialistische Stadt" und internationales Kulturerbe

Die Nachkriegsmoderne in ihren unterschiedlichen Spielarten steht seit einiger Zeit im Fokus der Forschung, der Denkmalpflege und einer kulturhistorisch interessierten Öffentlichkeit. Aktuell gilt dies besonders für die Architektur, den Städtebau und die baubezogene Kunst ehemaliger sozialistischer Staaten. Neben die weiterhin notwendige Auseinandersetzung mit den politischen Bedingungsfaktoren tritt eine neue Sensibilität für ihre spezifischen sozialen und gestalterischen Qualitäten. Diese bilden sich in städtebaulichen Ensembles wie Eisenhüttenstadt oder ähnlichen Planstädten Ost- und Ostmitteleuropas in besonderer Dichte ab. Heute gelten letztere daher als herausragende baukulturelle und zeitgeschichtliche Zeugnisse. - Welche Wege gibt es, dieses Nachkriegserbe zu entwickeln und in die Wahrnehmung einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken? Kann dies die Attraktivität von Städten und Regionen stärken? Wäre eine mögliche Bewerbung zur Aufnahme in das UNESCO-Weltkulturerbe eine wünschenswerte und realistische Perspektive? Was lässt sich von vergleichbaren Initiativen in Brandenburg und darüber hinaus lernen?

Im Oderbruch zum Beispiel treten Bürger dafür ein, für eine ganze Kulturlandschaft das Europäische Kulturerbsiegel zu erlangen. Schon der Prozess der Nominierung kann sich als wertvoller Schritt der aktiven Aneignung von historischem Erbe darstellen. – Das Symposium erfolgt begleitend zur Sonderausstellung "Ohne Ende Anfang. Zur Transformation der sozialistischen Stadt", die im Museum Utopie und Alltag (Standort Eisenhüttenstadt) präsentiert wird.

Programm

Sonntag 3. Oktober 2021, 14.00–16.00 h

Podiumsgespräch: Alles „HERITAGE“? Europäisches Kulturerbe-Siegel und Weltkulturerbe – Beispiele in Brandenburg

Dieter Arndt (Kommunale Arbeitsgemeinschaft Kulturerbe Oderbruch und stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Neuhardenberg)
Prof. Dr. Paul Zalewski (Europa-Universität Viadrina, Professur für Denkmalkunde)
Moderation: Axel Drieschner (Museum Utopie und Alltag)

Montag, 4. Oktober 2021, 9.00–17.00 h

9.00–9.30 Uhr *Registrierung*

9.30–10.00 Uhr *Begrüßung:*

Rolf Lindemann (Landrat des Landkreises Oder-Spree)
Frank Balzer (Bürgermeister der Stadt Eisenhüttenstadt)
Prof. Dr. Thomas Drachenberg (Landeskonservator, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM))
Florentine Nadolni (Leiterin Museum Utopie und Alltag)

10.00–11.30 Uhr Panel I: Architektur, Städtebau und baubezogene Kunst der DDR im Wandel der Bewertungen:

Dr. Christine Onnen (Dezernatsleiterin Inventarisation und Dokumentation, BLDAM): Architektur, Städtebau und baubezogene Kunst der DDR-Zeit in Brandenburg

Dr. Christoph Rauhut (Landeskonservator, Berlin): Zum Umgang mit dem Bauerbe der DDR in Berlin

Kirsten Angermann (Bauhaus-Universität Weimar): Eisenhüttenstadt als Denkmal gestern – heute – morgen

11.30–12.30 Uhr *Mittagspause*

12.30–14.00 Uhr Panel II: Sharing Heritage – Bauerbe „sozialistischer Städte“ in zivilgesellschaftlicher und internationaler Perspektive:

Barbara Anna Bernsmeier (ZK/U – Zentrum für Kunst und Urbanistik, Berlin): Lokale Identität und Architekturerbe – zivilgesellschaftliche Initiativen zu Bewusstsein und Erhalt sowjetischer Spuren im Stadtraum

Prof. Dr. Jörg Haspel (Präsident des deutschen Nationalkomitees von ICOMOS e.V., Landeskonservator a.D.): Unschön, unbequem, unverzichtbar? Serienarchitektur als Kulturelles Erbe und als ökologische Ressource

Dr. Mikhail Ilchenko (Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa, Leipzig): Spaces of Utopia: Historical and Cultural Transformations of Socialist Cities

14.00–14.30 Uhr *Kaffeepause*

14.30–16.00 Uhr Panel III: Auf dem Weg zum internationalen Kulturerbe:

Friederike Hansell (Landesamt für Denkmalpflege Sachsen, Referentin für Welterbe): UNESCO-Welterbe: Verfahren und Anforderungen

Dr. Thomas Flierl (Vorstandsvorsitzender der Hermann-Henselmann-Stiftung, Berlin): Berlin Ost West – Karl-Marx-Allee und Interbau 1957

Dr. Britta Rudolff (BTU Cottbus-Senftenberg, Cultural Heritage Centre): Eisenhüttenstadt als denkbarer Weltkulturerbe-Kandidat?

16.00–16.45 Uhr *Schlussdiskussion:*

Prof. Dr. Thomas Drachenberg
Prof. Dr. Paul Zalewski
Michael Reh (Bereichsleiter Stadtentwicklung/Stadtumbau Eisenhüttenstadt)
Moderation: Axel Drieschner

Kontakt

E-Mail: museum@utopieundalltag.de

https://www.utopieundalltag.de/

Zitation
"Sozialistische Stadt" und internationales Kulturerbe. In: H-Soz-Kult, 29.09.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-113089>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians-Universität München

München, 05. bis 08.10.2021
Von Denise Reitzenstein

Sektionsübersicht Epochenübergreifende Sektionen

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Theorien, Konzepte, Grundbegriffe: Historiographische Kategorien als Streitgeschichte bei Mannheim, Cantimori, Foucault und Koselleck
Leitung: Bodo Mrozek (Berlin) - Philipp Felsch (Berlin)
Beteiligte:
Monika Wulz (Luzern): Freischwebende Intellektuelle? Karl Mannheim und die Frage nach den ökonomischen Grundlagen von Kopfarbeit im Kontext der Weimarer Republik (1920er / 20. Jh.)
Philipp Felsch (Berlin): Häretiker im Weltbürgerkrieg. Delio Cantimoris historische Methode (1930er-60er / 16. Jh.)
Magaly Tornay (Bern): Vom Dasein zur Transversalität: Michel Foucault und die Psychiatrie (1960er-70er / 16.-18. Jh.)
Bodo Mrozek (Berlin): Der Krieg als Vater aller Begriffe? Reinhart Kosellecks Historik im Kontext seiner Erfahrung (1980er– 90er Jahre/ 18.–19. Jh.)
Sven Reichardt (Konstanz): Impuls zur Diskussion

Wie zusammenleben? Zum Wandel europäischer Deutungen fremdkultureller Geschlechterverhältnisse
Leitung: Nadine Amsler (Bern) - Antje Flüchter (Bielefeld)
Beteiligte:
Antje Flüchter (Bielefeld)/Nadine Amsler (Bern): Einleitung
Almut Höfert (Oldenburg): Religion, Macht und Geschlecht in mittelalterlichen christlich-europäischen Reiseberichten über den Nahen Osten
Nadine Amsler (Bern): Chinesische Geschlechterverhältnisse und europäische Diskussionen über die Zivilisiertheit Chinas in der Frühen Neuzeit
Eva Bischoff (Trier): Sklaverei, Zivilisation, Selbstbestimmung: Indigene Frauen als Objekte und Akteure von Deutungskämpfen im siedlerkolonialen Australien
Ulrike Lindner (Köln): Kommentar

Borgen, Nutzen, Selbermachen. Versorgungsstrategien im Widerstreit konfligierender Ordnungsvorstellungen, 1300–2000
Leitung: Reinhild Kreis (Siegen) - Annette Kehnel (Mannheim)
Beteiligte:
Annette Kehnel (Mannheim): Sharing economy – eine ideale Versorgungsstrategie für

mobile, urbane Lebensstile. Konzepte aus dem 13. Jahrhundert
Daniel Schläppi (Bern): „Eine derer trefflichsten Wissenschafften“. Gutes Haushalten gut versorgter Haushalte als ökonomische Grundlage der Gemeinwirtschaft
Matthias Ruoss (Bern/Zürich): Umkämpfte Schlüsselgewalt. Dynamiken des Geschlechterregimes im liberalen Kapitalismus (1840 bis 1914)
Reinhild Kreis (Siegen): Zeit oder Geld? Die moral economy häuslicher Versorgungsstrategien im Konsumzeitalter
Ute Frevert (Berlin): Kommentar

Competitiveness Debates from British Imperialism to American Globalization: Studies on British, American and German Declinism
Leitung: Mario Daniels (Amsterdam) - Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.)
Beteiligte:
Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.): Einführung
James Stafford (Bielefeld/New York City): Ireland and the Crisis of British Competitiveness, 1748-1810

Marion Daniels (Amsterdam): “Economic Security”: How Competitiveness Became a U.S. National Security Concern in the 1980s and Early 1990s
Wencke Meteling (Marburg/Washington, D.C.): Die Angst vor nachlassender Wettbewerbsfähigkeit: Wie aus dem „Exportweltmeister“ Bundesrepublik der „kranke Mann Europas“ wurde
Kärin Nickelsen (München): Comment

Christliche Deutungshoheit über jüdische Riten und Inhalte – Christen erklären Juden ihre Religion
Leitung: Eva Haverkamp-Rott (München)
Beteiligte:
Eva Haverkamp-Rott (München): Einleitung
Israel Yuval (Jerusalem): And the Rest is History: Schabbat versus Sonntag
Ulisse Cecini (Barcelona): Christen erklären Juden den Talmud. Lateinische Übersetzung und Verurteilung des jüdischen „mündlichen Gesetzes“ im 13. Jahrhundert
Robert Jütte (Stuttgart): Die Beschneidung: Eine jüdische Tradition im Spannungsfeld von Selbstbehauptung und Fremdbestimmung
Andreas Brämer (Hamburg): Tierschutzrecht und religiöse Schlachtpraxis. Schächten als umstrittenes Ritual in der jungen Bundesrepublik (1949–1965)

How can Citizens be made to pay their Taxes honestly? Debates about Causes of and Remedies for Tax Evasion from Antiquity to the 20th Century
Leitung: Assaf Likhovski (Tel Aviv) - Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Dorothea Rohde (Bielefeld): Diskussionen über Steuerprivilegien im 4. Jh. v. Chr. in Athen
Yves Huybrechts (Marburg/Paderborn): Solidarity, coercion and rebates. Dissension during fiscal reform negotiations in the Holy Roman Empire, 1719–1732: mere excuses or fundamental conflicts?
Assaf Likhovski (Tel Aviv): Education, Law and Tax Compliance: The Case of Constitutional Duties in 1950s Israel
Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): Steuerhinterziehung als Argument für die Reform des Steuersystems in der spanischen Transición (1975-1980)
Jens Ivo Engels (Darmstadt): Comment

Aus Niederlagen lernen? Deutungskämpfe um die Antike nach 1918
Leitung: Richard Pohle (Halle an der Saale) - Christian Wendt (Bochum)
Beteiligte:
Richard Pohle (Halle an der Saale): Platon und der Krieg. Bedingungen und Dimensionen der Antike-Rezeption nach 1918
Oliver Schelske (München): Die Niederlage ahnen, mit ihr umgehen. Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch und Eduard Schwartz. Drei Perspektiven auf 1918
Christian Wendt (Bochum): La campagne avec Thucydide – der Weltkrieg als Antikeerfahrung bei Albert Thibaudet
Marian Nebelin (Chemnitz): Antikerezeption im Niederlagendiskurs. Deutsche Altertumswissenschaftler und die Bewältigung des Ersten Weltkriegs in der Zwischenkriegszeit

Zukunftswissen und Religion. Konkurrierende Praktiken und Diskurse von Zeit und Zeitlichkeit (1600–1900)
Leitung: Anne-Charlott Trepp (Kassel)

Beteiligte:
Lucian Hölscher (Bochum)/Anne-Charlott Trepp (Kassel): Einführung
Alexander-Kenneth Nagel (Göttingen): Offenbarung und Evidenz. Zur Produktion von religiösem Zukunftswissen in der Lorber-Bewegung
Anne-Charlott Trepp (Kassel): ‚Adams Wissen' als Zukunftsversprechen und Erkenntnisdispositiv
Mareike Böth (Kassel): Das Selbst zwischen Zeit und Ewigkeit. Zum dynamischen Wechselverhältnis von Immanenz und Transzendenz in Selbsttechnologien der Spätaufklärung
Rebekka Habermas (Göttingen): Das Säkulare als Zukunft: Globale Debatten im deutschen Kaiserreich
Arndt Brendecke (München): Kommentar

Zurück ins Reich? Konflikt, Legitimation und Identität in Grenzregionen
Leitung: Laura Potzuweit (Kiel) - Caroline E. Weber (Kiel)
Beteiligte:
Enno Bünz (Leipzig): Einleitung und Hinführung zum Thema
Laura Potzuweit (Kiel): Gotland – Mittelalterliche Besitznarrative zwischen Schweden, Dänemark und dem Deutschen Orden
Maximilian Groß (Paris/Heidelberg): Die Ré-union unter Ludwig XIV.: Saarregion, Elsass und die Pfalz
Caroline E. Weber (Kiel): Up ewig ungedeelt oder wiedervereinigt? Schleswig-Holstein und Dänemark zwischen Bürgerkrieg und demokratischer Volksabstimmung 1848 bis 1920
Andrea Di Michele (Bozen): Südtirol/Trentino zwischen italienischem Faschismus, Option und nationalsozialistischer Besatzung
Paul Srodecki (Kiel/Ostrava): Pommern und Schlesien als „wiedergewonnene Gebiete" in der nationalpolnischen Propaganda nach 1945
Steen Bo Frandsen (Sønderborg): Kommentar

Das umstrittene Wir: Auf der Suche nach neuen Wegen zur historischen Erforschung von Kollektiven
Leitung: Arndt Brendecke (München) - Lisa Regazzoni (Princeton)
Beteiligte:
Lisa Regazzoni (Princeton, NJ): Einführung
Valentin Groebner (Luzern): Seit wann kommt die eigene Identität aus dem Mittelalter?
Levke Harders (Bielefeld): Zugehörigkeit als Kategorie historischer Analyse. Exklusionen
Philipp Ther (Wien): Kollektive Zuschreibungen und individuelle Erfahrungen – zum Verhältnis von Makro- und Mikrozugängen in der Geschichtswissenschaft

Die Herausforderung der Genetic History
Leitung: Elsbeth Bösl (München) - Jörg Feuchter (Berlin) - Veronika Lipphardt (Freiburg im Breisgau)
Beteiligte:
Veronika Lipphardt (Freiburg im Breisgau): Einführung: Grundlagen für die interdisziplinäre Zusammenarbeit: Methodische, konzeptionelle und rezeptionsbezogene Ansatzpunkte für den Dialog zwischen Geschichtswissenschaften und Genetic History
Patrick Geary (Princeton, NJ): Genetic History oder einfach Geschichte: die Integration genomischer Daten in die historische Forschung
Daniela Hofmann (Bergen): Archäogenetik als Chance – Möglichkeiten und Herausforderungen für die prähistorische Archäologie
Stephan Schiffels (Jena): Die Archäogenetik als neue Quelle zur Untersuchung menschlicher Mobilität am Beispiel der Populationsgeschichte Europas

Alfons Labisch (Halle an der Saale): Kommentar
Elsbeth Bösl (München)/Jörg Feuchter (Berlin): Moderation

Deutungskämpfe um historische Gewalt: Heterogenität eines Begriffs und einer Praxis
Leitung: Nicola Camilleri (Padua) - Catherine Davies (Zürich)
Beteiligte:
Nicola Camilleri (Padua): Bürger, die schießen. Staatliches Gewaltmonopol und private Waffennutzung in den Schützenvereinen um das 19. Jahrhundert
Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau): Zwischen öffentlicher und privater Gewalt: Polizeiliche Alltagspraxis und Staatlichkeit in Deutsch Südwestafrika
Claudia Gatzka (Freiburg im Breisgau): Politische Alltagsgewalt in der jungen Bundesrepublik. Zu den Hintergründen des Versammlungsordnungsgesetzes
Catherine Davies (Zürich): Was ist „kriminell“, was ist „politisch? Deutungskämpfe um Gewalt zwischen Frauenbewegung und Linksterrorismus in den 1970er/80er Jahren
Sven Reichardt (Konstanz): Kommentar

Globale Wirtschaftsakteure und Staatlichkeit: Historische Perspektiven auf das Problem der Souveränität vom 17. bis zum 20. Jahrhundert
Leitung: Volker Depkat (Regensburg) - Susanne Lachenicht (Bayreuth)

Beteiligte:
Volker Depkat (Regensburg)/Susanne Lachenicht (Bayreuth): Einführung in das Thema
Susanne Lachenicht (Bayreuth): For the Benefit of the Mighty English Nation? Die englische East India Company, Souveränitätsrechte und das First British Empire (spätes 17. bis Mitte 18. Jahrhundert)
Emma Hart (St. Andrews): Interpreting Economic Sovereignty in Revolutionary North America
Volker Depkat (Regensburg): Cotton Kings und Föderalismus. Die Baumwollpflanzer des US-amerikanischen Südens und das Problem ökonomischer Souveränität im amerikanischen Bundesstaat, 1820-1861
Ulf Brunnbauer (Regensburg): Das Mantra des Exports und sozialistische Staatlichkeit in Jugoslawien
Peer Vries (Amsterdam): Commentary

Mobilität und Konnektivität: Quellen, Methoden und hermeneutische Deutungskämpfe im Spannungsfeld von analoger Quellenkritik und digitaler Forschung
Leitung: Simone Lässig (Washington, D.C.) - Ursula Lehmkuhl (Trier)
Beteiligte:
Andreas Fickers (Luxemburg): Einführung - Digitale Hermeneutik – Chancen und Herausforderungen des „digital turn“ für die Geschichtswissenschaft
Rosalind Beiler (Orlando, FL): „Sehr wehrte Freunde und Brüders in Christo“: Der Einfluss religiöser Korrespondenznetzwerke auf globale Migrationsflüsse und Mobilitätsmuster im 17. Jahrhundert
Katherine Faull (Lewisburg, PA): "Wenn du in das land kommst, so denke nicht an gros Reichthum zu gewinnen… ": Constructing a transatlantic digital hermeneutics through 18th Century Moravian Memoirs
Ursula Lehmkuhl (Trier): Sprechen über die Wunder der Neuen Welt: Kulturelle Übersetzungspraktiken als kommunikative Konnektivitätsinstrumente in den Briefen deutscher Auswanderer im 19. Jahrhundert
Simone Lässig (DHI Washington): Transatlantische Mobilität und Wissensproduktion im 19. Jahrhundert: Perspektiven der „Daheimgebliebenen“

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Epochenübergreifende Sektionen. In: H-Soz-Kult, 24.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98536>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München
Vom - Bis
05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Mittelalterliche Geschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Umkämpfte Grenzziehungen. Mittelalterliche Kirchenstrafen im Aushandlungsprozess
Leitung: Christian Jaser (Klagenfurt)
Beteiligte:
Christian Jaser (Klagenfurt): Einführung
Kerstin Hitzbleck (Ahrensburg): Submissa voce, ianuis clausis – Das Interdikt als Prüfstein päpstlicher Wirksamkeit im Spätmittelalter
Emir O. Filipović (Sarajevo): Ecclesiastical Censures on the Margins of the Catholic world: the Example of Medieval Bosnia

Christian Jaser (Klagenfurt): Abgrenzen und Strafen. Exkommunikation und Marginalisierung an der englisch-schottischen Grenze im späteren Mittelalter
Thomas Woelki (Berlin): Interdikt und Territorium. Eine Kirchenstrafe als Movens der flächenhaften Konzeption weltlicher Herrschaft
Johannes Helmrath (Berlin): Schlusskommentar

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung
Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Deutung von Grenzen – Grenzen der Deutung: Der Umgang mit herrschaftlichen Transformationsphasen im mittelalterlichen Europa
Leitung: Julia Burkhardt (München) - Sandra Schieweck (Heidelberg)
Beteiligte:
Julia Burkhardt (München)/Sandra Schieweck (Heidelberg): Einführung in das Sektionsthema
Sandra Schieweck (Heidelberg): Grausamer König und legitimer Bastard. Die kastilischen Grenzen in der Frühphase der Trastámara-Dynastie
Judit Majorossy (Wien/Budapest): Divided in War, Connected in Peace? Forms of Urban Interaction along the Austro-Hungarian Border during the Late Middle Ages
Wolf Zöller (Heidelberg): Reform und Rückkehr. Deutung und Legitimation der lateinischen Herrschaftsübernahme im Heiligen Land
Christian Neumann (Rom): Die Reintegration des Königreichs Mallorca im Vergleich

Japan, Korea und Mitteleuropa. Sozialer Wandel in mittelalterlich-frühneuzeitlichen Gesellschaften im Vergleich
Leitung: Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld) - Andreas Rüther (Bielefeld)
Beteiligte:
Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld): Moderation
Daniel Schley (Bonn): Erzählen, wie es eigentlich gewesen? Anmerkungen zur

Entwicklung der japanischen Geschichtsschreibung im 11. Jahrhundert
Andreas Rüther (Bielefeld): Der Adel macht die Klöster reich … Soziale Antriebe zur Differenzierung von Dynastie und Orden im spätmittelalterlichen nordöstlichen Europa
Marion Eggert (Bochum): Debatten, Konfliktbewältigungsstrategien und „öffentliche Meinung (kongnon)" am koreanischen Königshof der mittleren Chosôn-Zeit
Ulla Kypta (Hamburg): Konsens unter Kaufleuten: Regeln und Normen für wirtschaftliches Handeln

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period

Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)

Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism: Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish Paul
Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A “new perspective” on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira’s Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos

Deutungsstreitigkeiten in der jüngeren Mediävistik
Leitung: Hans-Werner Goetz (Hamburg)
Beteiligung:
Hans-Werner Goetz (Hamburg): Historische Einführung
Steffen Patzold (Tübingen): Der Streit um die "mutation de l´an mil"
Amalie Fößel (Essen): Mediävistische Geschlechtergeschichte – immer noch ein Reizthema?
Walter Pohl (Wien): Frühmittelalterliche Migrationen und Identitäten im Spiegel naturwissenschaftlicher DNA-Analysen
Thomas Ertl (Berlin): Streit ums Globale. Die Grenzen der mittelalterlichen Geschichte

---
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Mittelalterliche Geschichte. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98604>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Historikertag 2021: Frühe Neuzeit

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Frühe Neuzeit

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung
Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Deutungskämpfe um die Rus’: Erinnerungsorte der Frühen Neuzeit
Leitung: Sandra Dahlke (Moskau)
Beteiligte:
Natalija A. Sinkevich (München): Die Taufe der Rus’ als umstrittener ostslawischer Erinnerungsort
Petr S. Stefanovich (Moskau): „Moskau“ als Topos gemeinsamer Erinnerung der Rus’?
Ludwig Steindorff (Kiel): Das Geschichtsbuch „Sinopsis“ von 1674 und 1681 – ein gemeinsamer Erinnerungsort im russischen und ukrainischen Geschichtsbewusstsein
Andrej V. Doronin (Moskau): Die Rus‘ der Frühmoderne auf der Suche nach ihren „Urvätern“

Das Alte Reich und die Schweiz in globaler Perspektive
Leitung: Rebekka von Mallinckrodt (Bremen)
Beteiligte:
Ulinka Rublack (Cambridge): Philipp Hainhofers (1578–1647) globale Welten
Renate Dürr (Tübingen): Nürnberg als Nullmeridian – Böhmen auf den Marianen: Globale Wissenszirkulation und (proto)-koloniale Identitätsdiskurse in Joseph Stöcklein’s (1675–1733) Neuer Welt-Bott
Susanna Burghartz (Basel): Ökonomie, Krieg und Kommunikation. Globale und lokale Verflechtungen der Basler Elite im 18. Jahrhundert
Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Aktualisierung und/oder Transformation des Rechts? Ansichten deutscher Juristen zur Frage der Sklaverei im Alten Reich

Deutungskämpfe um die Gegenwart: Zeitgenossenschaft und Zeitdiagnostik um 1800 in der Kontroverse
Leitung: Susan Richter (Kiel) - Sebastian Schütte (Heidelberg)
Beteiligte:
Sebastian Schütte (Heidelberg): Von Nachtwandlern und Traumfängern. Aufklärerische Zeitkritik im (vor)revolutionären Paris

Susan Richter (Kiel): Von der Seife und dem Besteck des Zeitgenossen. Formen und Analyseinstrumente der Zeitdiagnostik
Theo Jung (Freiburg im Breisgau): Augenblick und Durchblick: Zeitgeistdiagnosen und ihre Kritik um 1800
Uwe Justus Wenzel (Zürich): Auf der Höhe der Zeit und in ihren Niederungen. Einige Probleme philosophischer Zeitgenossenschaft
Helge Jordheim (Oslo): Kommentar

„…dieser unmenschliche Handel unter britischer Flagge … war durch ganz Deutschland verabscheut". Die angebliche Abwesenheit deutscher Akteure im transatlantischen Sklavenhandel
Leitung: Magnus Ressel (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Einleitung und Chair
Anka Steffen (Frankfurt an der Oder): Schlesien und die Sklaverei – Eine Beziehungsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg
Josef Köstlbauer (Bremen): Zwischen Unsichtbarkeit und Repräsentationsfunktion: Versklavte Menschen und die Herrnhuter Brüdergemeine im 18. Jahrhundert
Sarah Lentz (Bremen): Deutsche Sklavenhalter und -profiteure in Surinam und der Transfer von Wissen über eine deutsche Involviertheit in die Sklavenwirtschaft im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert
Magnus Ressel (Frankfurt am Main): Zwischen Altem Reich und atlantischer Plantagenwirtschaft: Das Handelsimperium des Friedrich Romberg (1727–1819)
Klaus Weber (Frankfurt an der Oder): Kommentar

Japan, Korea und Mitteleuropa. Sozialer Wandel in mittelalterlich-frühneuzeitlichen Gesellschaften im Vergleich
Leitung: Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld) - Andreas Rüther (Bielefeld)
Beteiligte:
Franz-Josef Arlinghaus (Bielefeld): Moderation
Daniel Schley (Bonn): Erzählen, wie es eigentlich gewesen? Anmerkungen zur Entwicklung der japanischen Geschichtsschreibung im 11. Jahrhundert
Andreas Rüther (Bielefeld): Der Adel macht die Klöster reich … Soziale Antriebe zur Differenzierung von Dynastie und Orden im spätmittelalterlichen nordöstlichen Europa
Marion Eggert (Bochum): Debatten, Konfliktbewältigungsstrategien und „öffentliche Meinung (kongnon)" am koreanischen Königshof der mittleren Chosôn-Zeit
Ulla Kypta (Hamburg): Konsens unter Kaufleuten: Regeln und Normen für wirtschaftliches Handeln

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period
Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)
Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism: Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish Paul
Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A "new perspective" on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira's Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Frühe Neuzeit. In: H-Soz-Kult, 30.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98600>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Neuere und Neueste Geschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

My Home is Your Castle? Embattled Property from the Third Reich to the Present
Leitung: Sagi Schaefer (Tel Aviv) - Iris Nachum (Jerusalem) - Kerstin Brückweh (Berlin)
Beteiligte:
Ute Schneider (Essen-Duisburg): Einführung und Moderation
Iris Nachum (Jerusalem): Absent but Not Gone: The Role of Land Registries in the Practice of the Lastenausgleich
Sagi Schaefer (Tel Aviv): Saving the Past for the Future: West German Land Registry Projects as Cold War Arsenal

Kerstin Brückweh (Berlin): Repositories of Knowledge: Land Registries Before, During, and Afer 1989
Kornelia Kończal (München): Kommentar

Fotografien im Spannungsfeld von Öffentlichkeit und Privatheit im 20. Jahrhundert
Leitung: Michael Wildt (Berlin)
Beteiligte:
Michael Wildt (Berlin): Einführung
Ofer Ashkenazi (Jerusalem): Home and Heimat in Times of Crisis: German-Jewish Family Albums, 1928–1938
Sylvia Necker (Minden): Mann vor Auto vor Berg. (Selbst)Repräsentationen deutsch-jüdischer Familien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Ulrich Prehn (Berlin): Zwischen öffentlicher (Re-)Präsentation und privater Erinnerung: Fotografen von Arbeitswelten im Nationalsozialismus
Sandra Starke (Potsdam): Private Fotoalben in der DDR
Annette Vowinckel (Potsdam): Kommentar

Getäuschte Erinnerung: Innerjüdische Deutungskämpfe über die „Vorgeschichte“ des Holocaust nach 1945
Leitung: Anna Ullrich (München) - David Jünger (Sussex) - Stefanie Schüler-Springorum (Berlin)

Beteiligte:
Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Einleitung und Kommentar
Anna Ullrich (München)/David Jünger (Sussex): Analysen aus dem Exil – Deutsche Juden und der erklärende Blick ‚zurück‘
Marija Vulesica (Berlin): „Von Opfern und Helden“ – Jugoslawische Juden und ihr Umgang mit dem Holocaust
Gaëlle Fisher (München): „Vertrieben aus dem Paradies“ – Überlebende aus der Bukowina und die Erinnerungen an die ‚verlorene‘ rumänische Heimat nach 1945

Straßen im Ausnahmezustand. Besatzung, Widerstand und Gewalt im 20. Jahrhundert
Leitung: Martin H. Geyer (München) - Nicolai Hannig (Darmstadt)
Beteiligte:
Martin H. Geyer (München)/Nicolai Hannig (Darmstadt): Einführung zu Straßen im Ausnahmezustand
Martin H. Geyer (München): Umkämpfte Straßen und Ausnahmezustandsmentalitäten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs
Nicolai Hannig (Darmstadt): Straßen der Strafe. Gewalt, Überwachung und Feme im „Ruhrkampf“
Tanja Bührer (Bern): Aufruhr und Ausnahmezustand im kolonialen öffentlichen Raum: Das Massaker von Amritsar 1919
Julia Wambach (Berlin): Besatzung als Ausnahmezustand. Kollaboration und Widerstand in der französischen Besatzungszone 1945–1949

Und das soll gesund sein? Deutungskämpfe um Gesundheit 1850–2000
Leitung: Nina Mackert (Leipzig) - Peter-Paul Bänziger (Basel)
Beteiligte:
Peter-Paul Bänziger (Basel): Überfülle des Erlebens oder notwendige Abwechslung? Deutungskämpfe um Konsum und Gesundheit, ca. 1850-1930
Nina Mackert (Leipzig): Eat Your Way to Health. Zur Entstehung von Gesundheit als Fähigkeit in den USA des frühen 20. Jahrhunderts

Yvonne Robel (Hamburg): Leben Faule länger? Diskurse über gesundheitliche Folgen von Müßiggang und Nichtstun seit den 1960er Jahren
Pascal Germann (Bern): Gesundheit als Lebensqualität. Zum Aufstieg eines neuen Deutungsmusters in Medizin und Gesellschaft, 1960-2000
Maren Möhring (Leipzig): Chair/Kommentar

Vom Hambacher Fest 1832 bis zum rechtskonservativen „Neuen Hambacher Fest" 2018/19 – Deutungskämpfe um einen demokratiegeschichtlichen Erinnerungsort
Leitung: Henning Türk (Potsdam/Bonn) - Pia Nordblom (Mainz)
Beteiligte:
Henning Türk (Potsdam/Bonn): Die Schenkung des Hambacher Schlosses an die Wittelsbacher 1842: Eine konservative Überschreibung des Hambacher Fests?
Pia Nordblom (Mainz): Das Hambacher Fest und die Sprache der (Alltags)Künste
Meike Hensel-Grobe (Mainz): Phantasten, Rädelsführer, Vordenker – Repräsentationen des Hambacher Festes und seiner Akteure in Schulgeschichtsbüchern
Wilhelm Kreutz (Mannheim): Das Neue Hambacher Fest und die Deutungen durch den Rechtskonservatismus
Ewald Grothe (Gummersbach/Wuppertal): Kommentar und Moderation

Contested Visions of Europe in Israeli History
Leitung: Daniel Mahla (München)
Beteiligte:
Miriam Rürup (Hamburg): Chair
Orit Rozin (Tel Aviv): Having a European Identity in Mind
Jenny Hestermann (Frankfurt am Main): From Europe but not in Europe? Changing images of Europe in Israeli discourse from the 1950s to the 1970s
Daniel Mahla (München): A Member of the Euro(trash) Family? European-Israeli Relations through the Lens of the Eurovision Song Contest
Johannes Becke (Heidelberg): It ain't Europe Here: A Creolization Perspective on Jewish-Israeli Indigenization
Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen" und „Reichen" seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert
Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion
Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika
Jürgen Kocka (Berlin): Kommentar

Wahr, legitim und moralisch? Terroristische Gewalt in Osteuropa und ihre transnationalen Öffentlichkeiten, 1881–1917
Leitung: Moritz Florin (Erlangen) - Felicitas Fischer von Weikerstahl (Heidelberg)
Beteiligte:
Moritz Florin (Erlangen): Ikonen der Gewalt. Eine visuelle Geschichte spektakulärer Gewaltereignisse im Russischen Reich, Westeuropa und den USA, 1881–1914
Felicitas Fischer von Weikerstahl (Heidelberg): Legitime Gewalt? Der russische Terrorismus im Kontext transnationaler Diskurse
Vitalij Fastovskij (Gießen): Weißer Terror, roter Terrorismus? Der sozialistische Blick auf staatliche und rechte Gewalt im späten Zarenreich
Anke Hilbrenner (Göttingen): Kommentar und Moderation

Konkurrierende Heilsversprechen im säkularen Staat: Anti-/Religiöse Deutungsansprüche zwischen Konflikt und Kooperation 1870–1930
Leitung: Johannes Gleixner (Prag)
Beteiligte:
Carolin Kosuch (Göttingen): Konkurrierende Sinnstiftungen und vereinter Kulturkampf? Italienische Säkularismen im liberalen Staat
Friedrich Wilhelm Graf (München): Sakralisierung von ‚Ordnung'. Die Theologische Ethik des Politischen im deutschen Protestantismus um 1900
Martin Schulze Wessel (München): Neue Kirchen für einen neuen Staat? Die Tschechoslowakische Kirche in der CSR und die Lebendige Kirche in Sowjetrussland als religiöse Deuter eines säkularen Umbruchs
Johannes Gleixner (Prag): Der Kampf um die revolutionäre Seele: Die sowjetischen Gottlosen als religiöser Akteur wider Willen

Deutungskämpfe am Lebensende – Zur Dialektik von Individualisierung und Standardisierung beim Sterben, Trauern und Erben im 20. Jahrhundert
Leitung: Jürgen Dinkel (Leipzig) - Anna-Maria Götz (München) - Florian Greiner (Augsburg)
Beteiligte:
Jürgen Dinkel (Leipzig)/Florian Greiner (Augsburg): Einleitung – Perspektiven einer Geschichte des (St)Erbens und Todes im 20. Jahrhundert
Anna-Maria Götz (München): Der Friedhof als Bühne – Bestatten, Tod und Trauer in Hamburg um 1900
Jürgen Dinkel (Leipzig): Das vertauschte Testament – Erbpraktiken zwischen Individualisierung und Routinisierung in Frankfurt am Main, 1900–1960
Florian Greiner (Augsburg): Ein moderner „Religionskrieg"? Der Kampf um das richtige Sterben in München, 1978–1997
Simone Derix (Nürnberg-Erlangen): Kommentar
Dietmar Süß (Augsburg): Kommentar

Die Sprache des Feindes: Deutschsprachige Akten in israelischen Archiven
Leitung: Michael Brenner (München/Washington, D.C.) - Yfaat Weiss (Jerusalem/Leipzig)
Beteiligte:
Tom Segev (Jerusalem): Die Akten des Feindes. Dokumente aus dem Konsulat des Deutschen Reichs in Jerusalem während der NS-Zeit im Israelischen Staatsarchiv
Yfaat Weiss (Jerusalem/Leipzig): Unter sich: Jerusalemer Gelehrte und die deutsche Sprache. Aus dem Archiv der Hebräischen Universität Jerusalem
Stefan Litt (Jerusalem): Der Prager Kreis in Jerusalem. Die Bedeutung deutschsprachiger Nachlässe in der Israelischen Nationalbibliothek
Michael Brenner (München/Washington, D.C.): Moderation/Kommentar

Die Selbstbeschränkung der Diktatur – Polizeigewalt und Polizeibrutalität im Staatssozialismus
Leitung: Immo Rebitschek (Jena)
Beteiligte:
Evgenia Lezina (Potsdam): The Soviet State Security: From Mass Terror to Mass Social Control
Joachim von Puttkamer (Jena): Dienst unter Aufsicht: Die „Behörde zum Schutz der Beamten“ und der Umgang mit Polizeibrutalität in der späten Volksrepublik Polen
Immo Rebitschek (Jena): Vom Ende der Unantastbarkeit. Die sowjetische Kriminalpolizei nach Stalins Tod 1953–1956
Gerhard Sälter (Berlin): Norm, Rechtsbindung und Klientele: Die rechtliche Normierung des Schusswaffengebrauchs an den Grenzen der DDR und ihre permissive Implementation

(Be-)Deutungskämpfe? Provenienzforschung, ihre Teilbereiche und die Geschichtswissenschaft
Leitung: Katrin Hammerstein (Stuttgart) - Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau)
Beteiligte:
Marie Muschalek (Freiburg im Breisgau): Moderation
Jan Scheunemann (Halle an der Saale): Bodenreform – Aktion „Licht" – Enteignung privater Kunstsammler. Kulturgutentziehungen in der SBZ und DDR
Kristin Weber-Sinn (Berlin): Perspektiven einer postkolonialen Provenienzforschung – Kooperation, Dekolonisierung und die Persistenz kolonialer Wissensordnungen
Ulrike Saß (Bonn): Unter Freunden. Der Kunsthändler Wilhelm Grosshennig und sein Netzwerkß
Katrin Hammerstein (Halle an der Saale): Grundlagenforschung (nicht nur) für die Provenienzforschung. Anmerkungen zu einem Quellenerschließungsprojekt des Landesarchivs Baden-Württemberg
Uwe Hartmann (Magdeburg): Kommentar

Renitente Sündenböcke. Widersprechen und Aufbegehren in Hafenstädten im 19. und 20. Jahrhundert
Leitung: Sören Urbansky (Washington, D.C.) - Andrea Wiegeshoff (Marburg)
Beteiligte:
Christina Reimann (Stockholm): Deviantes Vergnügen. Binnen- und Transmigration in Göteborgs Hafen- und Vergnügungsviertel
Andrea Wiegeshoff (Marburg): Medical Scapegoats. Arbeitsmigranten und Seuchenausbrüche in kolonialen Hafenstädten um 1900
Sören Urbansky (Washington, D.C.): White Slavery. Prostitution und sinophobe Stereotype in den Chinatowns von San Francisco, Singapur und Wladiwostok
Stefanie Schüler-Springorum (Berlin): Kommentar

Global Histories of Anarchism: Communal Life, Concepts, and Education Between Asia, Europe and Russia in the 19th and 20th Century
Leitung: Robert Kramm (München)
Beteiligte:
Robert Kramm (München): Radical Utopian Communities: Japan, Jamaica, South Africa
Shakhar Rahav (Haifa): “Realizing a New Life”: Comparing Communes in Post-WWI Asia
Yotam Ronen (Vancouver): Anarchist Education: Between Ideology and Educational Practice

Ana Maria Spariosu (Florenz): Alternative Communal Living: Non-urban Experiments in Russia and Italy
Pascale Siegrist (London): Chair and Comment

„Von unten". Deutungskämpfe um die historiographischen Aufbrüche von den 1960er zu den 90er Jahren
Leitung: Brigitta Bernet (Basel) - Benjamin Zachariah (Trier) - Lutz Raphael (Trier)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier): Einführung und Moderation
Brigitta Bernet (Basel): Mikrogeschichte. Die Politik einer historiographischen Perspektive
Benjamin Zachariah (Trier): Arguing with Gramsci in India: The Struggle Around Subalternity
Etta Grotrian (Bremen): Barfuß oder Lackschuh? – Die alltagsgeschichtliche Perspektive in den bundesdeutschen Geschichtswissenschaften und der „neuen Geschichtsbewegung" der 1980er Jahre

Umweltdebatten als Deutungskämpfe. Internationale Expertise seit dem 19. Jh.
Leitung: Daniel Speich Chassé (Luzern) - Karolin Wetjen (Kassel)
Beteiligte:
Karolin Wetjen (Kassel): Die drohende Apokalypse. Das wissenschaftliche Reden über Umweltprobleme seit dem 19. Jahrhundert
Daniel Speich Chassé (Luzern): Quantifizierungstechniken und die Verfestigung von Expertise in der globalen Umweltproblematik (19., 20. und 21. Jh.)
Anna Katharina Wöbse (Gießen): Wem gehört der Sumpf? Ökologisches Expertenwissen seit 1950
Simone Schleper (Maastricht): Die ‚Umwelt des Menschen': Expertenstreit und Diplomatie bei der Stockholm Konferenz, 1972
Simone Müller (München): Kommentar

Wem gehört die Unternehmensgeschichte? Deutungskämpfe in einem Forschungsfeld zwischen Wissenschaft und Public Relations
Leitung: Ingo Köhler (Berlin) - Michael C. Schneider (Düsseldorf)
Beteiligte:
Johannes Bähr (Frankfurt am Main): Unternehmensgeschichte zwischen guter wissenschaftlicher Praxis und Kommunikationsstrategien
Manfred Grieger (Göttingen): Geschichtsforschung und/oder History Consulting – zur wissenschaftlichen und kommunikationspolitischen Funktion der aktuellen Unternehmensgeschichtsschreibung
Hans-Diether Dörfler (Eichstätt/Erlangen): Wie wa(h)r das nochmal? Marke und Moral in der Historischen Kommunikation
Eva-Maria Roelevink (Mainz): Vom „armen Treue": Thyssen und die Arbeit an der Vergangenheit in den 1960er Jahren

Was treibt die Geschichte im 20. Jahrhundert? Kausalität und Kontingenz in jüngeren Forschungsdebatten
Leitung: Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau) - Franka Maubach (Jena)
Beteiligte:
Sonja Levsen (Freiburg im Breisgau)/Franka Maubach (Jena): Einführung
Ute Daniel (Braunschweig): Das schwierige Verhältnis von Kontingenz und diachroner Erklärung: Demokratiegeschichte als Beispiel
Benjamin Ziemann (Sheffield): War der 30. Januar 1933 ein Zufall?
Petra Terhoeven (Göttingen): Reiz – Reaktion? Über Zufall, Eigendynamik und hinreichende Gründe in der historischen Terrorismusforschung

Martin H. Geyer (München): Über das „Warum“ und das „Wie“ in historischen Beschreibungen der Gegenwart – Zeitreise in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts

Deutungskämpfe um das Digitale. Selbstverständigungsprozesse in der digitalen Wirklichkeit
Leitung: Martina Heßler (Darmstadt) - Nora Thorade (Darmstadt)
Beteiligte:
Daniela Zetti (Lübeck): Computergeschichte und die Stolpersteine vergangener Zukünfte
Nora Thorade (Darmstadt): Arbeitskampf. Deutung und Organisation von Arbeit in der digitalen Fabrik der 1970er und 1980er Jahre
Lucas Böhme (Dresden): Wer findet den Täter? Deutungskämpfe um die Rolle von „Kommissar Computer“ in polizeilichen Diskursen der Bundesrepublik und der DDR
Martina Heßler (Darmstadt): Digitale Haustiere: Kann das Liebe sein? Deutungskämpfe um Emotionen in den 1990er Jahren

Raumimagination und Regionalplanung in Lateinamerika (19. und 20. Jh.)
Leitung: Teresa Huhle (Köln) - Katharina Schembs (Köln)
Beteiligte:
Antonio Carbone (Rom): Imaginierte Städte: Vorstellungen der modernen Stadt in Buenos Aires in den 1860er und -70er Jahren
Teresa Huhle (Köln): Sozialpolitik als zivilisatorische Messlatte: Geopolitische Selbstverortungen im ‚Modellland‘ Uruguay im frühen 20. Jahrhundert
Frederik Schulze (Münster): Umkämpfte Peripherien: Staat, Staudammbau und Zivilgesellschaft in Lateinamerikas 20. Jahrhundert
Georg Fischer (Aarhus): Projektionsraum Savanne. Agrarkolonisierung und modernisierte Landschaft in Südamerika, 1950–1985
Katharina Schembs (Köln): ‚Die Erfindung‘ der lateinamerikanischen Stadt. Stadtplanung in Lateinamerika in den 1960er und -70er Jahren
Angelika Epple (Bielefeld): Kommentar

The (Post-)Ottoman Mediterranean: Struggles over Diversity between Imperial Aspirations and Local Affirmations, 1860–1960
Leitung: Malte Fuhrmann (Berlin) - Esther Möller (Mainz)
Beteiligte:
Malte Fuhrmann (Berlin): Mediterranean Cosmopolitanism: Empty Construct or Model for the 21st Century?
Eyal Ginio (Jerusalem): Boycott and Exclusion: The Retracing of Communal Borders in Eastern Thrace following the Balkan Wars
Jasmin Daam (Kassel): Mapping Nations: History, Modernity, and Space in Mediterranean Tourism, 1920s–1930s
Raed Bader (Ramallah): The Afro-Palestinian Community of Jerusalem: Challenges of Integration in a Transforming World (1860–1960)
Esther Möller (Mainz): Claiming Arab Sovereignty in the Mediterranean. Egyptian and Lebanese Relief in the Period of Decolonization

Erfahrung und Erinnerung. Israel, die deutschsprachige Linke und der Holocaust
Leitung: Jan Gerber (Leipzig) - Philipp Graf (Leipzig)
Beteiligte:
Jan Gerber (Leipzig): Israel, die deutschsprachige Linke und der Holocaust: Drei Erinnerungsorte (Einführung)
Philipp Graf (Leipzig): Mexiko-Stadt, Heinrich-Heine-Klub, 1944. Kommunisten entdecken das jüdische Volk

Kristina Meyer (Jena): Bonn, Bundeskanzleramt, 1969. Die SPD und die Dialektik der Normalisierung
Zarin Aschrafi (Jerusalem): Frankfurt am Main, Verlagshaus Neue Kritik, 1982. Abschied von der Neuen Linken
Gerd Koenen (Hamburg): Erfahrung und Erinnerung. Ein Kommentar

Palestine in the Era of the British Mandate – Conflicting Interpretations of Places, Objects and Symbols
Leitung: Mara Albrecht (Erfurt/Beirut)
Beteiligte:
Johann Büssow (Bochum): Introduction
Mara Albrecht (Erfurt/Beirut): Realm of imaginations - conflicting interpretations of (sacred) urban space in Jerusalem in the early 20th century
Roberto Mazza (Limerick): When the sacred fosters violence: the Western Wall in Jerusalem from 1900 to 1929
Maayan Hillel (Evanston, IL): Claiming national ownership of the urban space - the struggle for establishing Palestinian cinema in Mandatory Haifa

---
Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Neuere und Neueste Geschichte. In: H-Soz-Kult, 05.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98605>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021

Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Sozialdaten für die zeitgeschichtliche Forschung: Wie bauen wir die digitale Infrastruktur aus?
Leitung: Christina von Hodenberg (London)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier)
Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen)
Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Pascal Siegers (Mannheim)
Sabine Reh (Frankfurt am Main)

Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen“ und „Reichen“ seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert
Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion
Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika
Jürgen Kocka (Berlin): Kommentar

Behinderung im späten Staatssozialismus. Alltagsgeschichte von behinderten Menschen in osteuropäischen Gesellschaften
Leitung: Sebastian Barsch (Kiel) - Gabriele Lingelbach (Kiel) - Claire Shaw (Warwick)
Beteiligte:
Gabriele Lingelbach (Kiel): Moderation
Ulrike Winkler (München): „Für ‚Unsere Menschen‘!?“ – Wohnen, Arbeiten und Mobilität im Alltag von Menschen mit Behinderungen in der DDR
Pia Schmüser (Kiel): Familien mit behinderten Angehörigen in der DDR zwischen Arbeitsalltag, Rehabilitation, staatlicher Fürsorge und Teilhabebarrieren
Claire Shaw (Warwick): Making Space(s) for the “People of Silence”. Deaf Culture and Everyday Life in Late Soviet Socialism
Sebastian Barsch (Kiel): Kommentar

How can Citizens be made to pay their Taxes honestly? Debates about Causes of and Remedies for Tax Evasion from Antiquity to the 20th Century
Leitung: Assaf Likhovski (Tel Aviv) - Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Dorothea Rohde (Bielefeld): Diskussionen über Steuerprivilegien im 4. Jh. v. Chr. in Athen
Yves Huybrechts (Marburg/Paderborn): Solidarity, coercion and rebates. Dissension during fiscal reform negotiations in the Holy Roman Empire, 1719–1732: mere excuses or fundamental conflicts?
Assaf Likhovski (Tel Aviv): Education, Law and Tax Compliance: The Case of Constitutional Duties in 1950s Israel
Korinna Schönhärl (Frankfurt am Main): Steuerhinterziehung als Argument für die Reform des Steuersystems in der spanischen Transición (1975-1980)
Jens Ivo Engels (Darmstadt): Comment

Kinder in prekären Verhältnissen. Deutungskämpfe um Zugehörigkeit und Identität nach 1945
Leitung: Bettina Hitzer (Berlin) - Benedikt Stuchtey (Marburg)
Beteiligte:
Bettina Hitzer (Berlin)/Benedikt Stuchtey (Marburg): Einführung
Barbara Stelzl-Marx (Graz): Eine Frage der Identität. Besatzungskinder in Österreich und ihre Suche nach dem unbekannten Vater
Friederike Kind-Kovács (Dresden): Displaced Childhoods: Children's Transports in the Face of Europe's International Wars
Silke Hackenesch (Köln): Colorblind Love oder Racial Responsibility? Transnationale Adoptionen von Deutschland in die USA nach 1945
Frank Henschel (Kiel): Adoption in der sozialistischen Tschechoslowakei als Spiegel der Vorstellungen von Kindheit, Familie und Nation
Thomas Lindenberger (Dresden): „Zwangsadoptionen" und „gestohlene Kinder": Ostdeutsche Deutungskämpfe um den Kindesentzug im SED-Staat
Andreas Gestrich (Trier): Kommentar

Unsettled Heterotopias? Israel's New Social History
Leitung: Norbert Finzsch (Köln)
Beteiligte:
Areej Sabbagh-Khouri (Jerusalem): Deliberating Neighbors' Fate and Their Property: The Present Past after 1948 in Socialist Kibbutzim
Leena Dallasheh (Arcata, CA): Shaping Citizenship from Below: Palestinians in Israel's First Years
Gadi Algazi (Tel Aviv): Immigrants on the Frontier: Living in a Transit Camp, 1951–1953
Daniel de Malach (Aschkelon): Kibbutzim in Israel from a Socio-Historical Perspective: Agricultural Settlement and Communal Arrangements
Norbert Finzsch (Köln): Comment

„…dieser unmenschliche Handel unter britischer Flagge … war durch ganz Deutschland verabscheut". Die angebliche Abwesenheit deutscher Akteure im transatlantischen Sklavenhandel
Leitung: Magnus Ressel (Frankfurt am Main)
Beteiligte:
Rebekka von Mallinckrodt (Bremen): Einleitung und Chair
Anka Steffen (Frankfurt an der Oder): Schlesien und die Sklaverei – Eine Beziehungsgeschichte vom 17. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg
Josef Köstlbauer (Bremen): Zwischen Unsichtbarkeit und Repräsentationsfunktion: Versklavte Menschen und die Herrnhuter Brüdergemeine im 18. Jahrhundert

Sarah Lentz (Bremen): Deutsche Sklavenhalter und -profiteure in Surinam und der Transfer von Wissen über eine deutsche Involviertheit in die Sklavenwirtschaft im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert
Magnus Ressel (Frankfurt am Main): Zwischen Altem Reich und atlantischer Plantagenwirtschaft: Das Handelsimperium des Friedrich Romberg (1727–1819)
Klaus Weber (Frankfurt an der Oder): Kommentar

Globale Wirtschaftsakteure und Staatlichkeit: Historische Perspektiven auf das Problem der Souveränität vom 17. bis zum 20. Jahrhundert
Leitung: Volker Depkat (Regensburg) - Susanne Lachenicht (Bayreuth)
Beteiligte:
Volker Depkat (Regensburg)/Susanne Lachenicht (Bayreuth): Einführung in das Thema
Susanne Lachenicht (Bayreuth): For the Benefit of the Mighty English Nation? Die englische East India Company, Souveränitätsrechte und das First British Empire (spätes 17. bis Mitte 18. Jahrhundert)
Emma Hart (St. Andrews): Interpreting Economic Sovereignty in Revolutionary North America
Volker Depkat (Regensburg): Cotton Kings und Föderalismus. Die Baumwollpflanzer des US-amerikanischen Südens und das Problem ökonomischer Souveränität im amerikanischen Bundesstaat, 1820-1861
Ulf Brunnbauer (Regensburg): Das Mantra des Exports und sozialistische Staatlichkeit in Jugoslawien
Peer Vries (Amsterdam): Commentary

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt
Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation

Historikertag 2021: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. In: H-Soz-Kult, 07.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98607>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Historikertag 2021: Kulturgeschichte

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München

05.10.2021 - 08.10.2021
Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Kulturgeschichte

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Wie die Tiere? Analogien und Differenzierungen zwischen Animalischem und Humanem im 20. Jahrhundert
Leitung: Rüdiger Graf (Potsdam)
Beteiligte:
Nina Verheyen (Essen/Köln): Moderation
Georg Toepfer (Berlin): Wie die Menschen! Wann und warum die Tiere im 20. Jahrhundert zu „Sprache“, „Geist“ und „Kultur“ fanden
Rüdiger Graf (Potsdam): Animal Spirits und Decision-Making Organisms. Tierische Perspektiven auf wirtschaftliches Verhalten.
Marcus Böick (Bochum): Das Tier im Täter: Kriminologische Diskurse über menschliches Gewaltverhalten
Sophia Gräfe (Marburg): Streitfall Verhalten – Verhaltensbiologie zwischen Tierforschung und Sozialhygiene

Deutungskämpfe über Reichtum im 20. Jahrhundert: Die feinen Unterschiede der feinen Leute
Leitung: Eva Maria Gajek (Gießen) - Alexandra Przyrembel (Hagen)
Beteiligte:
Eva Maria Gajek (Gießen)/Alexandra Przyrembel (Hagen): Die feinen Unterschiede der feinen Gesellschaft(en) – eine Einführung
Christiane Reinecke (Osnabrück): Alphawissen oder: das Problem mit den feinen Leuten. Zur Wissensproduktion über „die Oberen“ und „Reichen“ seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert
Juliane Hornung (Köln): Gesellschaftsformierung im Zeichen der Massenmedien. Die New Yorker High Society in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Jens Gieseke (Potsdam): Reich sein im Staatssozialismus. Lebensstile zwischen Arbeiterlichkeit und Distinktion
Hubertus Büschel (Kassel): Der (nicht) erlaubte Reichtum: Deutungskämpfe, Moral und Schuld in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

Jürgen Kocka (Berlin): KommentarKörper-Märkte: Kontroversen zum Umgang mit Körpern und Leben in modernen Marktgesellschaften
Leitung: Jan Logemann (Göttingen)
Beteiligte:
Denise Lehner-Renken (Göttingen): Zwischen Macht, Markt und Moral. Praktiken der Reproduktionsmedizin und das Arzt-Patientin-Verhältnis in der Bundesrepublik
Mischa Honeck (Kassel): „Buying Young“: Transatlantische Verjüngungsökonomien in den 1920er Jahren

Nicole Kramer (Köln): Als der Respirator zum Haushaltsgerät wurde: Alter, Gebrechlichkeit und die Vermarktlichung der Intensivpflege
Jan Logemann (Göttingen): Pietät und Recht am eigenen Körper: Bestattungen zwischen Markt und Moral im 20. Jahrhundert
Hannah Ahlheim (Gießen): Kommentar

Geschichte spielen, wie es eigentlich gewesen ist – Das Digitale Spiel im Spiegel seiner Authentizitätsdebatten
Leitung: Eugen Pfister (Bern) - Tobias Winnerling (Düsseldorf) - Felix Zimmermann (Köln)
Beteiligte:
Charlotte Jahnz (Bonn): Moderation
Eugen Pfister (Bern): Keine Atempause! Geschichte wird gemacht. Es geht voran! – Zum teleologischen Geschichtsverständnis in digitalen Spielen. Geschichte als Konstrukt
Tobias Winnerling (Düsseldorf): Es war einmal im Jahre Quersumme Neun – oder nicht? Zwei Jahrzehnte wissenschaftlicher und populärkultureller Diskussionen um die Deutung der „Anno"-Serie
Felix Zimmermann (Köln): Das Digitale Spiel und seine Atmosphären: Wie Vergangenheitsatmosphären hergestellt werden und wie sie Authentizitätsbedürfnisse befriedigen
Kathrin Trattner (Bochum): #NotMyBattlefield: Zur ‚historischen Authentizität' als Kampfbegriff in Gamerdiskussionen

Interpretations of Paul and the Dynamic of Christian-Jewish Interaction in the Later Middle Ages and the Early Modern Period
Leitung: Katrin Kogman-Appel (Münster) - Wolfram Drews (Münster)
Beteiligte:
Jeremy Cohen (Tel Aviv): From Scholastic Synthesis to Puritan Judeo-Centrism: Eschatological Jewry in the Writings of Thomas Aquinas and Thomas Brightman
Ram Ben Shalom (Jerusalem): Paul in the Eyes of Profayt Duran: Constructing a Jewish Paul
Yosi Yisraeli (Jerusalem): How Jewish was Paul? A "new perspective" on Paul in 15th century Spain
Claude Stuczynski (Tel Aviv): Father Antonio Vieira's Paulinian Judeo-Gentile Interactions and the Conversos

Wessen Erbe? Deutungskämpfe um europäisch-jüdisches Kulturgut in Israel, den USA und Deutschland nach 1945
Leitung: Anna-Carolin Augustin (Washington, D.C.) - Miriam Rürup (Hamburg)
Beteiligte:
Irene Aue-Ben-David (Jerusalem): Aus der Ferne. Neue Bezugnahmen auf die Geschichte des deutschen Judentums nach der Shoah (1960er/1970er Jahre)
Anna-Carolin Augustin (Washington, D.C.): „Aus dem Brande gerettete Reste" – Der Wettlauf um Zeremonialobjekte europäisch-jüdischer Provenienz nach 1945
James McSpadden (Reno, NV): Beschlagnahmte Bücher, NS-Raubgut und Bibliotheken in den USA
Miriam Rürup (Hamburg): Zwischen Hamburg und Jerusalem: Diskussionen um den Umgang mit dem jüdisch-archivalischen Erbe als Beispiel für den Konflikt zwischen Diaspora und Israel
Moshe Zimmermann (Jerusalem): Kommentator
Elisabeth Gallas (Leipzig): Moderation

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Kulturgeschichte. In: H-Soz-Kult, 08.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98603>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen

Veranstalter
Verband der Historiker und Historikerinnen Dutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD) (Ludwig-Maximilians Universität München)
Ausrichter
Ludwig-Maximilians Universität München

80539 München
05.10.2021 - 08.10.2021

Von
Denise Reitzenstein, 53. Deutscher Historikertag von 5. bis. 8. Oktober 2021

53. Deutscher Historikertag – „Deutungskämpfe“
5. – 8. Oktober 2021

Sektionsübersicht Podiumsdiskussion

Abstracts und weitere Informationen auf der Homepage des Historikertages:
https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Programm

Maritime Gewalt, Märkte und Staatlichkeit. Deutungskämpfe an der Wende zur Neuzeit
Leitung: Philipp Höhn (Halle an der Saale): Einführung - Ulla Kypta (Hamburg): Moderation - Gregor Rohmann (Frankfurt am Main): Zusammenfassung
Beteiligte:
Gadi Algazi (Tel Aviv)
Eva Brugger (Zürich)
Sebastian Kolditz (Heidelberg)
Alexander Engel (Göttingen/Basel)

Wissenschafliche Zeitschriften in der Krise?
Leitung: Frank Rexroth (Göttingen): Moderation
Beteiligte:
Rudolf Stichweh (Bonn)
Martin Rethmeier (München)
Jan-Hendryk de Boer (Duisburg-Essen)
Barbara Stollberg-Rilinger (Berlin)
Julia Hillner (Sheffield)

Resolution zur Mitgliederversammlung: Neue Konzepte für ein altes Problem – befristete Verträge und Karrierewege
Leitung: Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Weitere Informationen folgen

Sozialdaten für die zeitgeschichtliche Forschung: Wie bauen wir die digitale Infrastruktur aus?
Leitung: Christina von Hodenberg (London)
Beteiligte:
Lutz Raphael (Trier)
Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen)
Eva Schlotheuber (Düsseldorf)
Pascal Siegers (Mannheim)
Sabine Reh (Frankfurt am Main)

Wirklich so besonders? Neue Ansätze und Erkenntnisse zur Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen
Leitung: Lorena De Vita (Utrecht) - Moshe Zimmermann (Jerusalem)

Beteiligte:
David Witzthum (Jerusalem)
Hubert Leber (Marburg/Haifa)
Perspektiven und Herausforderungen der israelisch-palästinensischen Zusammenarbeit in den Altertumswissenschaften
Leitung: Johannes Wienand (Braunschweig) in Kooperation mit der Gerda Henkel Stiftung
Beteiligte:
Johannes Wienand (Braunschweig): Einführung
Hans-Joachim Gehrke (Freiburg im Breisgau): Moderation
Yuval Baruch (Jerusalem)
Yonathan Mizrachi (Jerusalem)
Dieter Vieweger (Jerusalem/Amman)

Nachhaltige Internationalisierung: Wissenschaft und Reisen in Zeiten des Klimawandels
Leitung: Reinhild Kreis (Siegen) - Frank Bösch (Potsdam)
Beteiligte:
Frank Bösch (Potsdam): Moderation
Reinhild Kreis (Siegen): Initiatorin
Claudia Althaus (Bonn)
Thomas Maissen (Paris)
Frederik Schröer (Berlin)
N.N.

NFDI4Memory – Community-Treffen auf dem Historikertag und Vergabe des Peter-Haber-Preises für Digitale Geschichte
Leitung: Johannes Paulmann (Mainz)

Klio vor dem Kadi. Geschichtsschreibung zwischen Meinungsfreiheit und Persönlichkeitsrecht
Leitung: Winfried Süß (Potsdam) - Martin Sabrow (Berlin/Potsdam)
Beteiligte:
Martin Sabrow (Berlin/Potsdam): Moderation - Ablauf: Zwei Diskussionsrunden mit juristischen Perspektiven auf das Verhältnis von Äußerungsrecht und Geschichtsschreibung in der ersten Runde und Fallbeispielen in der zweiten
Wolfgang Schulz (Hamburg)
Christian Schertz (Berlin)
Kerstin Skiba (Potsdam)
Rüdiger Hohls (Berlin): Rezensionskritik auf dem Rechtsweg. Das Beispiel H-Soz-und-Kult
Volkhard Knigge (Buchenwald): Ein Mythos vor Gericht: Stefan Jerzy Zweig, das „Kind von Buchenwald“
Stephan Malinowski (Edinburgh): Geheime Gutachten. Die Hohenzollern und der Nationalsozialismus
Winfried Süß (Potsdam): Der Streit um das Preußenerbe

Covid-19 und die Folgen für historische Forschung in Archiven und Bibliotheken
COVID-19 and Archives – Exploring the Impact of a Global Pandemic on the Profession
Moderation: Eva Schlotheuber (Düsseldorf) und Simone Lässig (Washington, D.C.)
Beteiligte:
Frank Bösch (Potsdam)
Andrea Hänger (Koblenz)
Anna Catherina Hofmann (Halle)
Christoph Mackert (Leipzig)

Fateful Election 2020: American Foreign Policy and Transatlantic Relations from George H. W. Bush to Joe Biden
Leitung: Axel Jansen (Washington, D.C.) - Michael Kimmage (Washington, D.C.)
Beteiligte:
Axel Jansen (Washington, D.C.): Moderation
Beverly Gage (New Haven, CT)
Britta Waldschmidt-Nelson (Augsburg)
Christian Caryl (Washington, D.C.)
Michael Kimmage (Washington, D.C.)

Änderungen des Programms sind vorbehalten, das Programm können Sie tagesaktuell einsehen unter https://www.historikertag.de/Muenchen2021/sektionen/

Kontakt

Ludwig-Maximilians-Universität München
Abteilung für Alte Geschichte
Organisationsbüro des 53. Deutschen Historikertages 2021
Geschwister-Scholl-Platz 1
D-80539 München

https://www.historikertag.de/Muenchen2021/

Zitation
Historikertag 2021: Podiumsdiskussionen. In: H-Soz-Kult, 15.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98606>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950

Veranstalter
Zentrum Mittleres und Östliches Europa (TU Dresden); Museum für Kohlebergbau in Zabrze / Hindenburg OS.
Veranstaltungsort
Digital; Zabrze/Hindenburg OS; Dresden

Gefördert durch
Bundesbeauftragten für Kultur und Medien

13.10.2021 - 15.10.2021
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Steffen Heidrich, Institut für Geschichte/ Zentrum Mittleres und Östliches Europa, Technische Universität Dresden

Das Zentrum Mittleres und Östliches Europa an der Technischen Universität Dresden und das Museum für Kohlebergbau in Zabrze laden ein zur Mitarbeit an dem von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) geförderten Forschungsprojekt „Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950".

Kein Prozess prägte die „Verwandlung der Welt" im 19. Jahrhundert stärker als die Industrialisierung Europas, die sich zunächst nur in einzelnen Regionen der Textil- oder Schwerindustrie vollzog. Oberschlesien war eine Pionierregion der Industrialisierung, in der die rapide wachsende industrielle Produktion die zuvor überwiegend agrarisch genutzte Landschaft durch die Errichtung von Gruben- und Hüttenanlagen, Arbeitersiedlungen und ihre Verbindung mit Eisenbahnlinien transformierte. Der Grenzraum der deutschen, russischen und österreich-ungarischen Kaiserreiche prägte die ethnische Zusammensetzung der Arbeiterschaft ebenso wie die ökonomischen Praktiken der oberschlesischen Unternehmerdynastien, die aus dem großgrundbesitzenden Adel hervorgingen.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert war die Region entscheidend für die Schwerindustrie- und Rüstungsproduktion. Mit der 1922 wirksam gewordenen Teilung infolge des Ersten Weltkriegs wurde Oberschlesien zum Streitobjekt zwischen Deutschland und Polen. Nach dem Überfall auf Polen 1939 annektierte das nationalsozialistische Deutschland den Ostteil und verwandelte ihn in einen weiteren Schauplatz seiner Bevölkerungspolitik und gleichzeitig in eine „Waffenschmiede" des Reiches. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die gesamte Region Teil des staatssozialistischen Volkspolen, das

die Industriekonzerne verstaatlichte. Ein großer Teil der deutschsprachigen Bevölkerung wurde vertrieben oder ausgewiesen, somit auch die meisten Personen, die bis dahin zum Kreis der Besitzenden und der Führungskräfte der Montanindustrie gehörten.

Das Projekt verschränkt wirtschaftsgeschichtliche mit kulturhistorischen Perspektiven und Methoden, um die Geschichte der industriellen Prägung Oberschlesiens im deutsch-polnischen Grenzraum zu rekonstruieren und die Wirtschaftsgeschichte in eine allgemeine Kulturgeschichte zu integrieren. Am Fallbeispiel des Ballestrem-Konzerns lassen sich Fragestellungen der Unternehmensgeschichte als Mikrohistorie der oberschlesischen Schwerindustrie mit der materiellen und immateriellen Ausprägung von Industriekultur über die Brüche des 20. Jahrhunderts hinweg verbinden. In den Blick genommen werden die kommunikativen, repräsentativen, erzieherischen und traditionsstiftenden Dimensionen der Arbeiterwohlfahrt, der Kirchen-, Siedlungs- und Firmensitzarchitektur, Sammlungstätigkeiten und Mäzenatentum ebenso wie die Erschließung von Rohstoffen und Absatzmärkten, technische Innovationen, die Nutzung von Zwangsarbeit oder der Umgang mit Umweltzerstörung. Die Untersuchung von ökonomischer Resilienz und Krisenrobustheit, internationaler Netzwerkbildung, politischem Engagement und Anpassung in sich verändernden politischen und wirtschaftlichen Kontexten sollen Wandel und Kontinuitäten adligen Führungsanspruchs im „Zeitalter der Extreme“ anschaulich werden lassen.

Das Forschungsprojekt läuft beginnend mit einem Auftaktworkshop, der vom 13. bis 15. Oktober 2021 online stattfindet, bis Oktober 2023. Am Ende steht eine interdisziplinäre Publikation bestehend aus Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten der oberschlesischen Industriegeschichte. Durch stetigen Austausch, Projekttreffen und einen beratenden Kreis von Expert:innen verschiedener Disziplinen sollen Kohärenz und eine interdisziplinäre Perspektive der Forschungsergebnisse erhöht werden. Den Bearbeiter:innen steht der Zugang und Beratung im Ballestremschen Familienarchiv in Berlin und in den Staatsarchiven der Woiwodschaft Schlesien zur Verfügung.

Wir bitten um Beitragsvorschläge zur methodisch reflektierten Untersuchung sämtlicher ökonomischer, sozialer, religiöser, politischer, baulicher, philanthropischer und mäzenatischer Betätigungen der Familie Ballestrem und deren Auswirkungen im genannten Untersuchungszeitraum oder zu vergleichenden Perspektiven auf die oberschlesische Industriegeschichte bzw. die adligen Industriemagnaten, die das Wirken der Ballestrems in Oberschlesien in ihren internationalen Bezügen verständlich werden lassen.

Bitte schicken Sie eine Skizze (max. 3000 Zeichen) welche Gegenstand und Forschungsperspektive erläutert, und einem kurzen Lebenslauf mit Publikationsliste bis zum 31. Juli 2021 an oberschl@tu-dresden.de.

Mit den Autorinnen und Autoren, die zur Mitwirkung ausgewählt werden, wird ein Werkvertrag über den geplanten Forschungsbeitrag geschlossen. Vorgesehen ist ein Autorenhonorar in Höhe von 1500,- Euro sowie die Möglichkeit zur Erstattung von anfallenden Reisekosten für Bibliotheks- und Archivrecherchen, Zeitzeugen-Interviews oder Ähnliches. Das Honorar wird bei Vertragsabschluss zu einem Drittel ausgezahlt, die restlichen zwei Drittel werden bei Textabgabe zum 31. März 2023 fällig.

Beiträgerinnen und Beiträger verpflichten sich außerdem zur Teilnahme an Projekttreffen, die für März 2022 in Zabrze und Oktober 2022 in Dresden anvisiert sind. Workshops und Konferenz werden in deutscher und englischer Sprache durchgeführt. Spätestens zwei Wochen nach Anmeldeschluss ergehen Einladungen zu einem digitalen Workshop zum Projektstart im Oktober. Wir freuen uns auf Ihre aktive Teilnahme!

Anmeldung und Rückfragen
Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de
Telefon: 0351 463-37865 (Sekretariat)

Kontakt

Steffen Heidrich
E-Mail: oberschl@tu-dresden.de

Zitation
Industrialisierung in Oberschlesien im ‚Zeitalter der Extreme'. Eine Kulturgeschichte der Wirtschaft am Beispiel des Ballestrem-Konzerns ca. 1890-1950. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98007>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte

Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte
Veranstalter

Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Universität Potsdam

14469 Potsdam

14.10. bis 15.10.2021

Von

Alex J. Kay, Historisches Institut, Universität Potsdam

Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr – vertreten durch den wissenschaftlichen Beirat des Förderpreises für Militärgeschichte und Militärtechnikgeschichte – veranstaltet in Kooperation mit der Universität Potsdam, dem Arbeitskreis Militärgeschichte, dem Arbeitskreis Militär und Gesellschaft der Frühen Neuzeit und dem ZMSBw Potsdam am 14. und 15. Oktober 2021 an der Universität Potsdam ein Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte.

Das Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte wendet sich gezielt an Doktorandinnen und Doktoranden. Ihnen soll hier die Gelegenheit gegeben werden, Ihre Studien mit einem international und interdisziplinär besetzten Auditorium epochenübergreifend zu diskutieren. Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Die Veranstaltung ist für alle methodischen, thematischen oder zeitlichen Perspektiven von der Antike bis zur Zeitgeschichte offen.

Die Fahrt- und Übernachtungskosten der Vortragenden (Bahnfahrt 2. Klasse / Flugklasse Economy) werden von den Veranstaltern übernommen. Eine kurze Skizze (1 Seite) des Vortragsthemas und einen kurzen Lebenslauf schicken Sie bis zum 7. August 2021 per E-Mail bitte an folgende Adresse:

Dr. Alex Kay
Universität Potsdam
Am Neuen Palais 10
14469 Potsdam
E-Mail: alex.kay@uni-potsdam.de

Kontakt

Dr. Alex Kay
Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
alex.kay@uni-potsdam.de

Zitation
Nachwuchskolloquium zur Militärgeschichte. In: H-Soz-Kult, 28.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98593>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld (Viadrina-Univ. Frankfurt/Oder)

Veranstalter
Viadrina-Universität Frankfurt/Oder
15230 Frankfurt/Oder

Vom - Bis
13.10.2021 - 15.10.2021
Von
Elisa Satjukow, Institut für Ost- und Südosteuropäische Geschichte, Historisches Seminar, Universität Leipzig

Wir laden alle Interessierten zu unserem hybriden Workshop "Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld" vom 13. bis 15. Oktober ein. Eine Registrierung für die digitale Teilnahme ist möglich unter: https://www.sogde.org/de/events/x-dr-fritz-exner-kolloquium-zur-sudosteuropaforschung/
Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld (Viadrina-Univ. Frankfurt/Oder).

Es ist mehr als 20 Jahre her, seit das Erscheinen von Maria Todorovas Buch Imagining the Balkans die Südosteuropaforschung in Aufregung versetzte. Die folgende Auseinandersetzung über ‚den Balkan' als Analysekategorie und/oder mental map hatte auch für die deutschsprachige Forschungslandschaft weitreichende Folgen, da in ihrem Zuge tradierte Raum- und Selbstverständnisse innerhalb des Faches infrage gestellt wurden. Während sich komparative und globale Forschungszugänge weitgehend etabliert, sind viele Fragen der fachlich-inhaltlichen Standortbestimmung einer genuinen Südosteuropaforschung unbeantwortet geblieben. Dazu zählt insbesondere die Auseinandersetzung mit postkolonialen Debatten und einer noch immer nur in Ansätzen aufgearbeiteten wechselvollen Geschichte politischer Instrumentalisierungen. Die

Beschäftigung mit der (Selbst-)Verortung, Wissensproduktion und Wissensvermittlung innerhalb unseres kleinen Faches steht im Mittelpunkt des diesjährigen Dr.-Fritz-Exner-Kolloquiums zur Südosteuropaforschung.

Wir erklären die Südosteuropawissenschaften keineswegs für tot, aber wir finden, dass es Zeit ist, erneut und gemeinsam über die Autorenschaft, Methoden, Inhalte und Anknüpfungspunkte der Regionalforschung innerhalb einer Wissenschaftslandschaft im Wandel nachzudenken.
Das Dr.-Fritz-Exner-Kolloquium stellt seit vielen Jahren eine Plattform für den interdisziplinären Austausch jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar. Wir möchten das zehnte Zusammentreffen gleichsam nutzen, um diese Tradition fortzusetzen und basierend auf den eigenen Forschungsprojekten eine theoretische und methodologische Diskussion über die im deutschsprachigen Raum situierte Südosteuropaforschung und –lehre anzustoßen.

Programm
X. Dr. Fritz-Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung:
Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld
Datum: 13. – 15. Oktober 2021
Ort: Logensaal, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)
Veranstaltungssprache: Deutsch/ Englisch

Organisatorinnen: Claudia Weber (Europa-Universität Viadrina), Jacqueline Nießer (Universität Regensburg) und Elisa Satjukow (Universität Leipzig)
Anmeldung: https://www.sogde.org/de/formulare/exner-online-registration/

MITTWOCH, 13. OKTOBER 2021
13:00
Online-Workshop: Forschungsdatenmanagement (Digital)
Arnošt Stanzel, Osteuropa-Abteilung der Bayerischen Staatsbibliothek
15:00
Begrüßung
Martin Eisend, Vizepräsident für Forschung Europa-Universität Viadrina
Christian Hagemann, Südosteuropa-Gesellschaft
Claudia Weber, Europa-Universität Viadrina
Elisa Satjukow, Universität Leipzig
Jacqueline Nießer, Universität Regensburg
16:00-17:00
Keynote: Südosteuropaforschung gestern und heute: Indienstnahme und Verwissenschaftlichung, Theorien und Paradigmen (Hybrid)
Wolfgang Höpken, Universität Leipzig
Moderation:
Claudia Weber, Europa-Universität Viadrina
17:15-18:45
Podiumsdiskussion: Zukunft Osteuropa? Wissenschaftspolitische Perspektiven auf Ost- und Südosteuropaforschung (Hybrid)
Zsófia Turóczy, Universität Leipzig
Wolfgang Höpken, Universität Leipzig
Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina
Katharina Bahlmann, Arbeitsstelle Kleine Fächer, Universität Mainz

Dies ist eine Veranstaltung der Zweigstelle der Südosteuropa-Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropa in Frankfurt/Oder in Kooperation mit der Jungen DGO.

DONNERSTAG, 14. OKTOBER 2021
09:30-10:45
Roundtable: Postcolonial Perspectives on East and Southeast European Studies (Hybrid)
Panelists:
Katarina Kušić, Department of International Politics at Aberystwyth University
Čarna Brković, Department of Cultural Anthropology, University of Göttingen
Clara Frysztacka, Department of History, Viadrina University Frankfurt/Oder
Moderation:
Elisa Satjukow, Leipzig University
11:00
Panel I: Positionalities / Positionierungen
Panelists:
Gruia Badescu, Universität Konstanz: „Even Romanians come research us now“: On positionality and nested orientalism within Southeast European Studies
Roswitha Kersten-Pejanić, Universität Rijeka: Nicht dramatisieren, nicht bagatellisieren – sondern aufzeigen: Forschungsethische Überlegungen zu einer Ausstellung der Linguistic Landscape Nachkroatiens
Lea Horvat, Universität Hamburg & Aleksandar Ranković, Universität Wien: Galeb i golub: Heritage Scholars, Power, and Knowledge Production in (Post-)Yugoslav Studies
Irena Pavlović, Universität Erlangen-Nürnberg: Epistemische Gewalt: (Post-)Koloniale Kritik der eurozentrischen Wissensproduktion

Moderation:
Wolfgang Höpken, Universität Leipzig
Comment:
Heike Karge, Universität Regensburg
14:30
Panel II: Internationale Perspektiven / International Perspectives
Panelists:
Tomislava A. Kosić, University of Zürich: Balkanismen in der Schweiz seit der «Überfremdung» bis zur «postmigrantischen Gesellschaft»: Eine migrationsgeschichtliche Einordnung
Michiel Piersma, University of Liverpool: Academic knowledge production in 'home' institutions: a call for material positionality in research on Bosnia and Herzegovina
Igor Stipić, University of Regensburg: The State and its Students: Hegemonic structures, subaltern narratives, and fractured community in Bosnia and Chile
Geert Luteijn, University of Amsterdam: Framing EU integration in the Netherlands and Germany
Moderation:
Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Comment:
Ger Duijzings, Universität Regensburg
17:00
Keynote: Southeast European Studies Between Debates and Trends (Hybrid)
Maria Todorova, Department of History, University of Illinois at Urbana-Champaign

Moderation:
Jacqueline Nießer, Universität Regensburg & Elisa Satjukow, Universität Leipzig
Kommentar:
Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

FREITAG, 15. OKTOBER
9:30-11:00
Roundtable: Southeast European Studies Compared: Questions, Methods, Challenges (Hybrid)
Panelists:
Nadège Ragaru, Center for International Studies, Sciences Po Paris
Ger Duijzings, University of Regensburg
Diana Mishkova, Centre for Advanced Studies, Sofia
Christina Koulouri, Panteion University, Athens
Moderation:
Jacqueline Nießer, Universität Regensburg
11:30-13:00
Panel III: Ethnographien & audiovisuelle Kulturen / Ethnographies & Audiovisual Cultures
Panelists:
Rosa Karolin Meyer, Universität Frankfurt: Influencing the halal way – Nutzung sozialer Medien durch InfluencerInnen der bosnisch-salafistischen Szene
Tatyana Churchulieva-Knight, Universität Köln: Sounds of Transition? An Auto-Ethnography of Wedding Bands in Southern Bulgaria between Socialism and Post-Socialism
Jana Stöxen, Universität Regensburg: Begegnungen mit Südosteuropa. Regionalwissenschaften am Balkan-Grill
Anne Pirwitz, Universität Potsdam: Diskurse über ‚Ost' und ‚West' im (süd-) osteuropäischen Migrationsfilm am Beispiel Rumäniens
Moderation:
Claudia Weber, Europa-Universität Viadrina

Comment:
Eckehardt Pistrick, Universität Köln
14:00-15:30
Panel IV: Praktiken / Practices
Panelists:
Bianca Hepp, Universität Tübingen: Gegen die Kontinuität. Vorschlag einer kulturwissenschaftlichen Perspektive für die Südosteuropastudien
Marie Jelenka Kirchner, Universität Graz: Südosteuropa gleichberechtigt begegnen: Die Chancen eines transnational feministischen Ansatzes in der Europawissenschaft für eine nachhaltige Europäisierung ganz Europas
Eva Kowollik / Tijana Matijević, Universität Halle-Wittenberg: Young Authors for Future - Krisenszenarien und (junge) Literatur im Ost-West-Dialog
Moderation:
Jacqueline Nießer, Universität Regensburg
Comment:
Valeska Bopp-Filimonov, Universität Jena
15:30
Abschlussdiskussion

Kontakt
Südosteuropa-Gesellschaft e.V.
Widenmayerstraße 49
80538 München

Tel.: +49 89 2121 540
Fax: + 49 89 2121 5499
E-Mail: info@sogde.org
https://www.sogde.org/de/events/x-dr-fritz-exner-kolloquium-zur-sudosteuropaforschung/

Zitation
Südosteuropa ist tot? Lang lebe Südosteuropa! Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld (Viadrina-Univ. Frankfurt/Oder). In: H-Soz-Kult, 13.09.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112775>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Nachbarschaft in der Mitte Europas 2021 / Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften 2021 in Göttingen, 22. - 24.10.2021

dpgb
Deutsch-Polnische Gesellschaft
Bundesverband e.V.

Nachbarschaft in der Mitte Europas

Der DPG-Kongress "Nachbarschaft in der Mitte Europas - Sąsiedztwo w środku Europy" ist das jährliche Treffen der Deutsch-Polnischen und Polnisch-Deutschen Gesellschaften sowie interessierter Bürger und Organisationen aus Deutschland und Polen.

Die Tagung, die erstmalig 1992 in Berlin veranstaltet wurde, hat zum Ziel, über die vielfältigen Themen und Ebenen des deutsch-polnischen Kulturdialoges zu informieren, für den deutsch-polnischen Austausch zu werben und das Interesse daran bei einem breiten Publikum zu wecken. Mit dem Kongress will der Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaften Akteure und Initiativen der bilateralen Zusammenarbeit miteinander vernetzen und einen Beitrag zur europäischen Integration leisten. Seit 2005 wird während der Tagung der DIALOG-Preis für besonderes Engagement zur Förderung der deutsch-polnischen Beziehungen verliehen.

Informieren Sie sich über die Veranstaltungen "Nachbarschaft in der Mitte Europas" über die nach Jahren sortierte Übersicht "Jahreskongresse".

Auswärtiges Amt

"Nachbarschaft in der Mitte Europas" wird durch das Auswärtige Amt gefördert.

Nachbarschaft in der Mitte Europas 2021 / Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften 2021 in Göttingen (22.-24.10.2021)

Wichtige MItteilung!

Wie Sie der Einladung zum Kongress in Göttíngen entnehmen, unterliegen wir auch Im Oktober wahrsheinlich noch Auflagen hinsichtlich der Gesamtteilnehmerzahl von 120 Personen, die zu dem Kongress zusammenkommen dürfen. Es haben sich bereits 50 Personen für den Kongress angemeldet, warten Sie also nicht zu lange mit Ihrer Teilnahme an dem Kongress vom 22. bis 24. Oktober 2021 in Göttigen
Mit freundlchen Grüssen Christian Schröter

Am 13.09.2021 um 23:08 schrieb Christian Schröter:
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

der **29. Kongress der Deutsch-Polnischen Gesellschaften unter dem Motto „Nachbarschaft in der Mitte Europas“** rückt immer näher. Wir freuen uns, nach dem pandemiebedingten Ausfall 2020, dieses Jahr unseren Kongress wieder veranstalten zu können. Auch in diesem Jahr erwartet unsere Gäste ein spannendes Programm – dieses Mal im wunderschönen Göttingen in Zusammenarbeit mit unserer Göttinger DPG. Wir laden alle herzlich dazu ein, an einem der größten Treffen von Akteuren, Multiplikatoren und Freunden der deutsch-polnischen Beziehungen teilzuhaben!

Der Jahreskongress wird vom **22. bis 24. Oktober 2021** stattfinden. Während des Kongresses wird die **Verleihung des DIALOG-PREISES 2020 an Polens ehemaligen Bürgerrechtsbeauftragten Prof. Dr. Adam Bodnar** nachgeholt, die vergangenes Jahr aufgrund der pandemiebedingten Lage abgesagt werden musste. Zusätzlich wird unser Verband den **diesjährigen DIALOG-PREIS an die Historiker Prof. Dr. Robert Traba und Prof. Dr. Hans Henning Hahn** verleihen.

Die Teilnehmerzahl wird aus pandemischen Gründen leider auf **120 Personen** begrenzt. Anmeldungen werden nach zeitlicher Eingangsreihenfolge berücksichtigt. Anmeldefrist ist der 11.10.2021. Bitte schicken Sie Ihre ausgefüllten Anmeldungen per Post oder E-Mail (geschaeftsstelle@dpg-bv.de) an die Geschäftsstelle des Bundesverbandes. Leiten Sie das Programm samt Anmeldeformular gerne an interessierte Personen weiter.

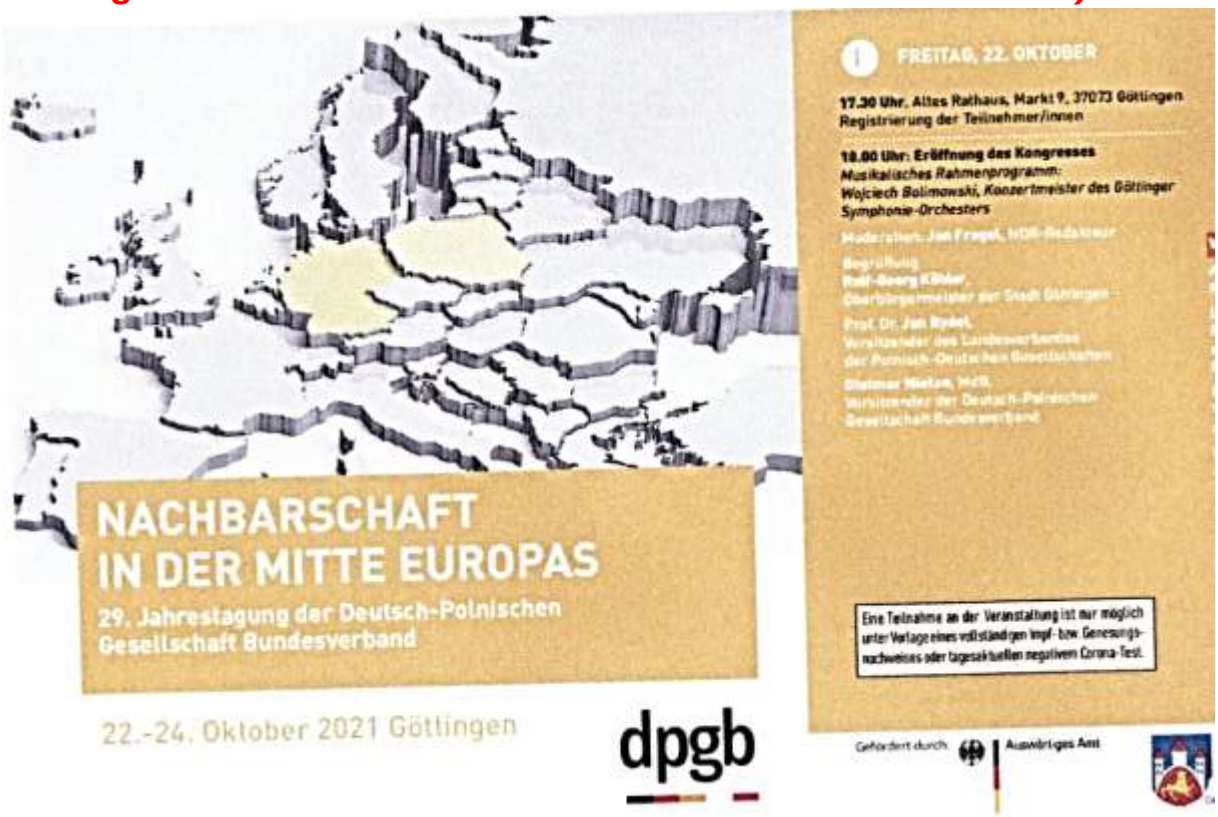
Bitte beachten: Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist nur möglich unter Vorlage eines vollständigen Impfnachweises bzw. tagesaktuellen negativem Corona-Tests.

Arkadiusz Szczepanski
Geschäftsstelle Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V.
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Tel: 030-26931460 / 26551630
Mobil: 0163 989 42 88
arkadiusz.szczepanski@dpg-bv.de
geschaeftsstelle@dpg-bv.de
www.dpg-bundesverband.de

Christian Schröter
Vorsitzender
Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e. V.; Schillerstr. 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 (0)30 713 89 213; Fax: +49 (0)30 713 89 201; E-Mail: info@dpgberlin.de

privat:
Tel: +49 (0)30 432 91 92; E-Mail: cs@dpgberlin.de

(Das folgende Faltblatt können wir auch nicht lesen! Schade!)




DIALOG PREIS
Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband
Verleihung der DIALOG-PREISE 2020 und 2021
Ansprache:
Prof. Dr. Rita Süssmuth, Bundestagspräsidentin a.D.
Laudatio: Prof. Dr. Angelika Nußberger,
Rechtswissenschaftlerin und Slavistin,
ehem. Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
Dankesworte: Prof. Adam Bodnar,
Verfassungsrechtler, Beauftragter für Bürgerrechte der Republik Polen a.D.
Laudatio: Prof. Dr. Aleida Assmann, Anglistin, Ägyptologin, Literatur- und Kulturwissenschaftlerin
Dankesworte: Prof. Dr. Hans Henning Hahn, Historiker, und Prof. Dr. Robert Traba, Historiker
2 SAMSTAG, 23. OKTOBER
10.00–12.00 Uhr, Aula am Wilhelmsplatz
Wilhelmsplatz 1, 37073 Göttingen
Begrüßung
Harm Adam, Vorsitzender DPG Göttingen und DPG in Niedersachsen
2 x 30: Deutsch-Polnischer Nachbarschaftsvertrag und Weimarer Dreieck – Formate der Vergangenheit oder Potenzial für die Zukunft?
Paweł Jaworski,
Generalkonsul der Republik Polen in Hamburg
Dr. Pierre-Frédéric Weber,
Historiker, Universität Stettin
Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen a.D.
Cornelia Pieper, Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig
Moderation: Cornelius Ochmann, deutscher geschäftsführender Vorstandsvorsitzender Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
12.00–12.30 Uhr Kaffeepause
12.30–14.00 Polen in der deutschen Erinnerungskultur
Prof. Dr. Peter Oliver Loew,
Direktor Deutsches Polen-Institut
Prof. Dr. Jan Rydel, Vorsitzender des Landesverbandes der Polnisch-Deutschen Gesellschaften
Prof. Dr. Claudia Weber, Europa-Universität Viadrina
Moderation: Dr. Wedtram Meyer zu Uptrup, Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin/Bundesverband
14.00 – 15.30 Uhr Mittagspause
15.30 – 17.00 Uhr Stadtführung
18.00–19.30 Uhr Gespräch:
Der Rechtsstaat und seine Feinde
Prof. Adam Bodnar, Beauftragter für Bürgerrechte der Republik Polen 2015–2021
Basil Kerski, Direktor Europäisches Solidarność-Zentrum in Danzig, Chefredakteur des Deutsch-Polnischen Magazins DIALOG
20.00 Uhr: Abendveranstaltung
Alte Fechthalle, Geiststraße 6, 37073 Göttingen
3 SONNTAG, 24. OKTOBER
Alte Fechthalle, Geiststraße 6, 37073 Göttingen
10.00–12.00 Uhr
Jahresmitgliederversammlung und Wahlen
Deutsch-Polnische Gesellschaft Göttingen e.V.
DIALOG
DIALOG FORUM



NACHBARSCHAFT IN DER MITTE EUROPAS

29. Jahrestagung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband

Anmeldeformular

Hiermit melde ich mich verbindlich für die Jahrestagung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband 2021 an.
Bitte pro Person ein Anmeldeformular ausfüllen

Vor- und Nachname: .....

Organisation: .....

E-Mail: .....

Die Anmeldung schicken Sie (Brief oder E-Mail) bis zum 11.10.2021 an:

E-Mail: geschaeftsstelle@dpg-bv.de
Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V., Schillerstr. 59, 10627 Berlin

Teilnahmegebühr (bitte ankreuzen)

☐ **59,00 € - Gäste**

☐ **49,00 € - DPG-Mitglieder und Mitglieder anderer Gesellschaften**

☐ **0,00 € - Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich)**

Den Tagungsbeitrag überweisen Sie bitte spätestens bis zum 11.10.2021 auf das Konto:

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V.
Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE47100205000003200602 • BIC: BFSWDE33BER
Verwendungszweck: Beitrag Kongress 2021

Hinweis: Der Tagungsbeitrag umfasst die Teilnahme an allen Programmpunkten einschließlich der im Programm genannten Verpflegungsangebote (Mittagessen, Abendempfang, Kaffeepause). Reise- und Übernachtungskosten sind im Tagungsbeitrag ***nicht*** *enthalten.*

Empfehlung zur Hotelbuchung:

B&B Hotel Göttingen-City
Maschmühlenweg 19-21, 37073 ,
Göttingen 0551 / 30980 - 0 | Fax: 0551 / 30980 - 444
goettingen-city@hotelbb.com

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist nur möglich unter Vorlage eines vollständigen Impfnachweises bzw. tagesaktuellen negativen Corona-Test.

14) Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität?

Veranstalter: Forschungsverbund Neue Universität (Universität Kassel)

Kassel/Online

25.10. bis 26.10.2021

Anmeldefrist:
22.07.2021
Von
Henriette Bertram, Institut für urbane Entwicklungen, Universität Kassel

Ich möchte gerne auf die Abschlusstagung unseres Forschungsverbunds "Neue Suburbanität" hinweisen, für die Beiträge noch herzlich willkommen sind.

Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität? Online-Abschlusstagung des Forschungsverbunds Neue Suburbanität (Universität Kassel)

Nach fast zwei Jahrzehnten der überwiegenden Reurbanisierung mit all ihren positiven wie negativen Aspekten verändern sich sowohl die fachlichen Debatten als auch die Stadtentwicklungspraxis wieder hin zu einer verstärkten Bautätigkeit am Stadtrand. In mehreren deutschen Großstädten entstehen neue Stadtteile für bis zu Zehntausend zukünftige Bewohner:innen. Dabei ist davon auszugehen, dass veränderte Lebensstile, Haushaltsstrukturen und Arbeitsmärkte, die Ausdifferenzierung von Wohn- und Wohnungstypen, von Trägerformen sowie die Infragestellung klassischer „Schlafstädte“ neue Formen von Suburbanität hervorbringen. Die sich hierbei herausbildenden Milieus, stadt- und freiraumplanerischen Leitbilder, Quartierstypen, Governancearrangements und Umsetzungsstrategien sind bislang im Hinblick auf ihre Wirkungen für die Stadtproduktion noch wenig erforscht.

Fragen, die sich in Bezug auf die neuen Quartiere stellen, sind z. B.:

- Wer lebt eigentlich heute im suburbanen Raum, und unterscheidet sich dieses Leben von dem in älteren Siedlungen? Findet eine Ausdifferenzierung in verschiedene Suburbanitäten statt? Welche Zielgruppen sprechen die neuen Quartiere wodurch an? Wie organisieren die Bewohner ihren Alltag? Welche (sozial-) räumlichen Strukturen unterstützen sie dabei?

- Wie entsteht suburbanes Leben durch Planung und Aneignung von Gebäuden und ihrem Umfeld? Unterscheiden sich die Arten der Vergemeinschaftung in den neuen Quartieren von denen in gewachsenen (innerstädtischen) Umfeldern?

- Welche Immobilienangebote werden von welchen Akteuren geschaffen? Welche (neuen) Akteure übernehmen welche Aufgaben und haben welche Kompetenzen? Wie werden Nutzungsinteressen in die Planungsvorhaben einbezogen? Wie entsteht soziale und nutzungsbezogene Mischung?

- Wie sind suburbane Siedlungen heute strukturiert? Wie gestaltet sich der Bezug zur Landschaft, welche freiraumplanerischen Leitbilder lassen sich erkennen? Welche Freiraumbedingungen werden erzeugt?

- Wo am Stadtrand werden suburbane Quartiere überhaupt entwickelt? Was sind die Suchkriterien, und welchen planerischen Leitbildern folgen die Planer der suburbanen Siedlungen derzeit?

Die Tagung wird vom Forschungsverbund „Neue Suburbanität“ am Fachbereich Architektur Stadtplanung Landschaftspanung der Universität Kassel veranstaltet und findet online als Videokonferenz am 25. und 26. Oktober statt. Wir freuen uns über Vorschläge für Beiträge zu den oben genannten oder ergänzenden Fragestellungen aus den Disziplinen der Stadt- und Landschaftsplanung, Architektur, Geographie, Soziologie, Politik-, Kulturwissenschaften und darüber hinaus. Es sind Beiträge von Nachwuchs- oder etablierteren Wissenschaftler sowie aus der Praxis willkommen. Abstracts von maximal 400 Wörtern bis zum 22. Juli 2021 senden Sie bitte an Henriette Bertram (henriette.bertram@asl.uni-kassel.de) und Arvid Krüger (arvid.krueger@asl.uni-kassel.de).

Kontakt

henriette.bertram@asl.uni-kassel.de
arvid.krueger@asl.uni-kassel,de

https://www.uni-kassel.de/projekte/suburbanitaet/forschungsverbund-neue-suburbanitaet.html

---

Zitation
Stadterweiterung in Zeiten der Reurbanisierung – neue Suburbanität?. In: H-Soz-Kult, 20.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98436>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Einladung zur Online-Tagung „Drei Jahrzehnte Aussiedler- und Minderheitenpolitik – Eine Erfolgsgeschichte im Fokus“ am 28. Oktober 2021 von 10:00 – 16:10 Uhr im Livestream (YouTube)

Die Online-Veranstaltung findet am 28. Oktober 2021 von 10:00 – 16:10 Uhr im Livestream (YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V.) statt.
Das aktuelle Programm und den Link zum Livestream finden Sie auf der Webseite https://kurzelinks.de/feq0 oder auf YouTube: https://youtu.be/mbUgAIQQCmc
Sollten Sie nicht live dabei sein können, so steht Ihnen die Aufzeichnung nach der Veranstaltung im YouTube-Kanal zur Verfügung.
Ziel der Tagung ist eine Bestandsaufnahme der Aussiedler- und Minderheitenpolitik Deutschlands. Dabei werden erreichte Erfolge und aktuelle Entwicklungen herausgearbeitet. Darüber hinaus soll der nationale Blick durch einen Vergleich mit minderheitenpolitischen Regelungen in anderen EU-Staaten ergänzt werden. Abschließend werden Perspektiven einer möglichen weitergehenden europäischen Regulierung des Politikfeldes diskutiert.
Die Tagung wird durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Nordost-Institut (IKGN e. V.) gefördert. Sie wird in Zusammenarbeit mit dem Bund der Vertriebenen durchgeführt.

Wichtiger technischer Hinweis: Die Beteiligung des Publikums läuft nicht über die Kommentarfunktion, sondern per Live Chat. Dazu benötigen Sie – sofern Sie über das Anschauen hinaus aktiv teilnehmen wollen – einen Google- oder You Tube-Account, über den Sie sich bei YouTube anmelden können.
Sollten Sie über keinen solchen Account verfügen oder keinen solchen anlegen wollen, schicken Sie mir bitte vor oder während der Veranstaltung eine E-Mail (jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de) oder ein Fax (030/88 412 223) mit Ihren Fragen. Diese werden dann dem Moderator vorgelegt.
Für Rückfragen und technische Unterstützung stehe ich Ihnen vor und während der Veranstaltung gern zur Verfügung.
Über Ihre Teilnahme an der Online-Tagung und den Hinweis darauf in Ihren Netzwerken würden wir uns sehr freuen.
Mit den besten Grüßen
Jan Roessel
--

Jan Roessel, M.A.
Referent
EU & Europa
Deutsche Gesellschaft e.V.
Europäisches Informationszentrum
Voßstraße 22 D-10117 Berlin
Tel. +49 (0)30-88412-251
Fax +49 (0)30-88412-223
E-Mail jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de
www.deutsche-gesellschaft-ev.de
https://www.facebook.com/DtGesellschaft/
twitter: @DtGesellschaft
Vorsitzende: Lothar de Maizière, Franz Müntefering

16) Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern. Tagung der BAG für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.
in Soest, November 2021

Bundesarbeitsgemeinschaft für Ostdeutsches Kulturerbe im Unterricht e. V.

1. Vorsitzender

Gerhard Wonner, Jahnstr 8, 83368 St. Georgen, Telefon: 08669-4742, E-Mail: wonner-g@gmx.de

Geschäftsstelle: Norbert Tarsten
Frohnhofstr. 20
50765 Köln
Tel.: 0221-5903793
Mail: nortar@web.de

St. Georgen, 22.04.2021

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

hoffe sehr, dass Sie/Du die „Corona"-Zeit bisher gesund und munter gemeistert haben/hast! Noch hat uns die Pandemie aber fest im Griff! Dieses macht eine verbindliche Planung unmöglich.

Sollten die Umstände es erlauben, würde sich für die BAG in diesem Herbst folgende Veranstaltung anbieten:

- Im November 2021 **Tagung der LAG NRW**, in Soest
  Thema: **„Der große Aufbruch 1968 – ein Mythos von gestern?"**

Ob die Rumänienreise im Oktober durchgeführt werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Außerdem stehe ich in Verbindung mit dem „Heiligenhof", mittelfristig gibt es dort nur Onlineangebote.
Sollten gemeinsame Veranstaltungen wieder möglich sein, werden wir entsprechende Einladungen versenden.

Nach einer weitern "Unendlichen Geschichte" hat die BAG eine neue Kontonummer – siehe unten. Damit verbunden die freundliche Bitte um eine Jahresspende von mindestens 30,- € für Einzelmitglieder und 50,- € für Ehepaare. Vielen Dank!

Mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen

Gerhard Wonner
Erster Vorsitzender der BAG

Für Mitgliederbeiträge das Konto der **BAG – Tarsten, IBAN:**
DE85 3705 0198 1935 7844 29, BIC: COLSDE33XXX

17) Aspekte der Preußenforschung heute - Neue Perspektiven. Berlin, 04.11. bis 06.11.2021

Veranstalter
Preußische Historische Kommission

10785 Berlin, Otto-Braun-Saal der Staatsbibliothek zu Berlin

Vom - Bis
04.11.2021 - 06.11.2021
Von
Hendrik Thoß, Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften, TU Chemnitz

Jahrestagung der Preußischen Historischen Kommission und des Staatarchivs Preußischer Kulturbesitz.

Programm

Donnerstag, 04. November 2021

14:00 Uhr *Tagungseröffnung mit Kaffee und feinem Gebäck*

Begrüßung: Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Chemnitz / Prof. Dr. Ulrike Höroldt, Berlin
Einführung: Prof. Dr. Dietmar Grypa, Würzburg

Sektion I (Leitung: Dr. Dieter Heckmann, Werder an der Havel)

14:20 Uhr: „Von Tieren und Heiligen – Einführung in die Sphragistik des Deutschen Ordens“ (Dr. Katharina Kemmer, Würzburg)

14:40 Uhr: „Partner, Gegner oder gar kein Faktor? Zur Wahrnehmung der Hansestädte im Deutschen Orden zwischen dem Ersten Thorner Frieden (1411) und dem Frieden vom Melnosee (1422)“ (Mats Homann, M.Ed., Hamburg)

15:00 Uhr *Diskussion*

15:30 Uhr *Kaffeepause*

Sektion II (Leitung: PD Dr. Christoph Volkmar, Magdeburg)

16:00 Uhr: „Zwischen lutherischer Orthodoxie und reformierter Lehranstalt. Die Gründung des Joachimsthalschen Gymnasiums im Jahr 1607“ (Dr. Uwe Folwarczny, Berlin)

16:20 Uhr: „Die ‚Familienuniversität‘ Viadrina am Beispiel der Juristenfakultät“ (Ines Staats, M.A., Potsdam)

16:40 Uhr: „Hofstaatsorganisation als persönliche Entscheidungssphäre. Zum Kontroll- und Bestimmungsmonopol des Prinzen August anhand seines Nachlasses im GStA PK“ (Dr. Anja Bittner, Berlin)

17:00 Uhr: „‚Preußentum' – Zur Genese eines folgenreichen Begriffs" (Dr. des. Daniel Benedikt Stienen, München)

17:20 Uhr *Diskussion*

Freitag, 05. November 2021

Sektion III (Leitung: Prof. Dr. Dietmar Grypa, Würzburg)

9:00 Uhr: „Die Konsulate des Königreichs Preußen im Osmanischen Reich (1761–1869)" (Felix Burkhardt, M.A., Würzburg)

9:20 Uhr: „Die ‚Preußische Seehandlung' und die Konsulate als Zugang zu einer Globalgeschichte Preußens (1772–1848)" (Felix Töppel, M.A., Frankfurt/Oder)

9:40 Uhr *Diskussion*

10:15 Uhr *Kaffeepause*

Sektion IV (Leitung: Prof. Dr. Ewald Frie, Tübingen)

11:00 Uhr: „Antoni Radziwill auf dem Wiener Kongress" (Elias Oppenrieder, B.A., Wien)

11:20 Uhr: „Otto von Manteuffels Verhältnis zur ‚deutschen Frage' während der ‚Reaktionszeit'" (Sebastian Hundt, Jena)

11:40 Uhr: „Landhäuser im Wandel – lokale Transformationsgeschichten zwischen Brandenburg, Württemberg und dem Rheinland 1880–1930" (Christoph Schlemmer, M.A., Tübingen)

12:00 Uhr *Diskussion*

12:30 Uhr *Mittagspause*

Sektion V (Leitung: Prof. Dr. Hans-Christof Kraus, Passau)

14.30 Uhr: „Kurd von Schlözer - Leben eines deutschen Diplomaten in Diensten Bismarcks" (Martin Niedermeier, Passau)

14:50 Uhr: „Das ‚System Althoff' und die Katholisch-Theologische Fakultät Münster. Berufungspolitik im Spannungsfeld von Staat und Kirche 1882–1907" (Maik Henning Kempe, M.A., Münster)

15:10 Uhr: „Die Volksnationale Reichsvereinigung, die Deutsch-Hannoversche Partei und die Niedersachsenfrage" (Wilke Tepelmann, M.A., Passau)

15.30 Uhr: „Symbolisches Kapital? Überlegungen zum ‚Hohenzollern-Charisma' nach 1918" (Dr. Dr. Benjamin Hasselhorn, Würzburg)

15:50 Uhr *Diskussion*

16:30 Uhr *Kaffeepause*

17:00 Uhr: Mitgliederversammlung der Preußischen Historischen Kommission (nur für Mitglieder)

Samstag, 06. November 2021

Sektion VI (Leitung: Prof. Dr. Ulrike Höroldt, Berlin)

9:00 Uhr: „Kreditwürdigkeit und Ehre. Wie bewirbt sich ein brandenburgischer Kurfürst bei einem ausländischen Geldgeber?“ (Irena Kozmanová, Ph.D., Prag)

9:20 Uhr: „Zwischen Seelsorge, Gelehrtentum und ‚Staatsdienst‘? Zum Rollenbild lutherischer Pfarrer im Berlin des 18. Jahrhunderts“ (Florian Grumbach, M.A., Darmstadt)

9:40 Uhr: „Wirtschaftliche Integration in Preußen nach 1815 am Beispiel der Konkurrenz zwischen Stettin und Stralsund beim Seehandel“ (Dr. des. Anke Seeger, M.Ed., Grevesmühlen)

10:00 Uhr *Diskussion*

10:45 Uhr *Kaffeepause*

Sektion VII (Leitung: Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Chemnitz / Prof. Dr. Monika Wienfort, Berlin)

11:20 Uhr: „‚Ein einiges Deutschland ist keine Erfindung der Revolution, sondern ein tief liegendes Bedürfnis.‘ Wilhelm I. und die Deutsche Frage – Plädoyer für eine Neubetrachtung des ersten Hohenzollernkaisers“ (Jan Markert, M.A., Oldenburg)

11:40 Uhr: „Krieg als monarchische Legitimierungsstrategie. Wilhelm I. und der deutsch-französische Krieg 1870–1871“ (Dr. Frank Sterkenburgh, Utrecht)

12:00 Uhr: „Weibliche Gestaltungsmöglichkeiten im ‚Feld‘ monarchischer Politik: das Beispiel Augusta von Preußen (1811–1890)“ (Caroline Galm, Freiburg)

12:20 Uhr: „Das Briefnetzwerk der Kaiserin Augusta (1811–1890)“ (Susanne Bauer, Dipl.-Kulturwiss., Trier)

12:40 Uhr *Diskussion*

13:30 Uhr: Schlussworte: Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Chemnitz

Kontakt

E-Mail: hendrik.thoss@phil.tu-chemnitz.de

Zitation
Aspekte der Preußenforschung heute - Neue Perspektiven. In: H-Soz-Kult, 16.09.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112828>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa

Veranstalter
Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Forschungsstelle Weimarer Republik, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller- Universität Jena
Veranstaltungsort
Friedrich-Schiller-Universität Jena
07743 Jena

Vom - Bis
04.11.2021 - 05.11.2021
Anmeldefrist
22.10.2021
Von
Dr. Wolther von Kieseritzky, Archiv des Liberalismus

Die 150-jährige Wiederkehr der Reichsgründung 1871 nehmen die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und das Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum Anlass, im 19. Kolloquium zur Liberalismus-Forschung die Geschichte und Gegenwart des deutschen Kaiserreichs zu vermessen.

Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa

Die Tagung soll die aktuellen Auseinandersetzungen um das Kaiserreich aufgreifen und zugleich den Problemkreis Liberalismus und nation- bzw. state-building neu beleuchten. Dazu gehören Fragen nach dem Zusammenhang des Aufstiegs des Liberalismus als politisches Leitbild mit der Idee der Nation, aber auch die nach alternativen Ordnungskonzepten und Handlungsebenen. Welche Reichweite besaßen Emanzipationsprozesse, welche Potentiale entwickelten sie, auf welche Begrenzungen trafen sie? Welche Dynamik entfalteten Modernisierung und Globalisierung, in welchem Verhältnis stand dazu ein verstärkter Nationalismus?

In den fünf Sektionen der Tagung (Politik und Nationsbildung, Kommunikation, Globalisierung, Emanzipationsprozesse, spätere Rezeption von „Reich“ und „Nation“) sollen diese Themen mit Blick auf den Liberalismus in vergleichender europäischer Perspektive diskutiert werden. Dabei sind auch traditionelle Deutungen der liberalen Zielvorstellungen zu überprüfen. Dies gilt etwa für den Dualismus von „Einheit“ und „Freiheit“ und den daraus folgenden Zielkonflikten. Wie verhält sich die Vorstellung des Liberalismus als Emanzipationsidee zur in mehrfacher Hinsicht widersprüchlichen Praxis nach Erringen der Einheit 1871. Was ist gemeint, wenn von Nation, Staatlichkeit und Staatsbürgerschaft gesprochen wird – eine Frage, die auch für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zu stellen sein wird. Welche Rolle spielen liberale Konzepte multilateraler Verflechtung und supranationaler Ordnung, die eine lange Tradition im 20. Jahrhundert aufweisen? Die aktuellen Kontroversen über die Deutung des Kaiserreichs stehen in der abendlichen Podiumsdiskussion im Zentrum.

Programm

Donnerstag, 04.11.2021

13:30 Begrüßung und Eröffnung

13:40 – 15:30 Uhr:
Sektion I: Kaiserreich und nation-building

- Auf dem Weg zur Nation: Nationalbewegung, Reichsgründung und Liberale (Oliver Haardt, Cambridge)
- Einheit, Recht und Freiheit – die „Innere Reichsgründung“ revisited (Wolther von Kieseritzky, Potsdam)
- Reich, Nation, Länder: Liberale Perspektiven zwischen kommunaler Selbstverwaltung und föderaler Nation (Michael Dreyer, Jena)
- Die Krone und der Liberalismus – im europäischen Vergleich (Frank Lorenz Müller, St. Andrews)

16:00 – 17:30 Uhr:
Sektion II: Öffentlichkeit, Partizipation und konstitutionelles System

- Macht des Faktischen? Konflikt und Kompromiss in Parlament und Regierung (Andreas Biefang, Berlin)
- Wahlrecht und Wahlpraxis im Kaiserreich im internationalen Vergleich (Hedwig Richter, München)
- Strukturwandel der Öffentlichkeit? Meinungsfreiheit und politische Kommunikation im internationalen Vergleich (Christoph Jahr, Berlin)

19:00 Uhr:
Podiumsdiskussion:
Neue Kontroversen um das alte Reich? Kaiserreich, Nation und Liberalismus / Liberale Demokratie
mit Eckart Conze (Marburg), Dominik Geppert (Potsdam), Sonja Levsen (Freiburg), Anne Chr. Nagel (Gießen)
Moderation: Anja Reinhardt (Köln)

anschließend Verleihung des Wolf-Erich-Kellner-Preises 2021

Freitag, 05.11.2021:

9:00 – 10:45 Uhr:
Sektion III: Emanzipation – Inklusion und Exklusion

- Staatsbürgerschaft, Identität und Gemeinschaft in liberaler Theorie und Praxis (Andreas Fahrmeir, Frankfurt/M.)
- Liberale und die Gleichberechtigung (Kerstin Wolff, Kassel)
- Liberalismus und Judentum (Uffa Jensen, Berlin)
- Fin de siècle – Liberalismus und die Ambivalenz der Moderne (Ulrich Sieg, Marburg)

11:15 – 13:00 Uhr:
Sektion IV: Kommunikation und Globalisierung

- Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftspolitik im internationalen Kontext (Anne C. Nagel, Gießen)
- Infrastrukturentwicklung in (trans-)nationalen Räumen (Dirk van Laak, Leipzig)
- Wirtschaftskrisen und erste Globalisierung (Carsten Burhop, Bonn)
- Liberalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Globale Ordnungskonzepte der Liberalen im internationalen Vergleich (Christoph Nonn, Düsseldorf)

13:00 - 14:00 Mittagessen

14:00 – 15:15 Uhr:
Sektion V: Liberale, Nation und Europa

- Liberaler Konstitutionalismus und Republikanismus. Die Zwischenkriegszeit (Jens Hacke, München)
- "Reich“ und „Nation“ im Liberalismus nach 1945 (Jürgen Frölich, Bonn)
- Von der deutschen Einheit zur europäischen Einigung? Liberale Konzeptionen (Henning Türk, Potsdam)

15:15 – 15:45 Uhr: Abschlussdiskussion

Kontakt

Dr. Wolther von Kieseritzky
Public History / Archiv des Liberalismus
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
Tel. 0331 - 7019 341
wolther.von-kieseritzky@freiheit.org

https://www.freiheit.org/archiv-des-liberalismus

Zitation
Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa. In: H-Soz-Kult, 12.09.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112723>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800)

Veranstalter
Dr. John Gallagher (University of Leeds, UK) und Prof. Ulrike Krampl (université de Tours/CeTHiS, Frankreich)

Veranstaltungsort
Online
37000 Tours / France

05.11.2021 - 05.11.2021
Frist:
20.07.2021
Von
Ulrike Krampl, Département d'histoire et d'archéologie, Université de Tours

Städte waren und sind Räume der Mehrsprachigkeit. Bislang haben Historiker:innen der vormodernen Stadt ihre Aufmerksamkeit jedoch kaum darauf gerichtet, wie Sprachen die städtische Gesellschaftsordnung mitbestimmten. Auch die Sozialgeschichte der Sprache(n), wie sie sich seit den 1990er-Jahren entwickelt, hat die räumliche Dimension von Mehrsprachigkeit nur wenig berücksichtigt.

Doch befördert gerade die Stadt als Ort von Macht, von kulturellem Austausch sowie als Schnittstelle ökonomischer und symbolischer Zirkulation den Kontakt zwischen Sprachen und damit auch, wie die historische Soziolinguistik unterstrichen hat, von Sprachwandel. Der Workshop möchte nun Historikern des Mittelalters und der frühen Neuzeit dazu einladen, in einer sozial- und kulturhistorischen Perspektive die Interaktionen zwischen Mehrsprachigkeit und städtischem Wandel zu diskutieren.

Der veranschlagte Zeitraum ist sowohl vom Aufschwung des europäischen Städtewesens als auch von der Konsolidierung der modernen bzw. Nationalsprachen gekennzeichnet. Nicht zuletzt angesichts des medialen Wandels, der konfessionellen Spannungen und der Intensivierung globaler Vernetzung ist von einem offenen Sprachenbegriff auszugehen, der Sprachen in ihrer sozialen, regionalen, institutionellen und medialen Differenzierung gleichermaßen berücksichtigt, auf Gesten und Gebärden beruhende Praktiken mit einbezieht und damit potenziell ein breites Spektrum kommunikativer Fähigkeiten (abilities) ausschöpft.

Ziel des Workshops ist es danach zu fragen, wie sprachliche Differenz dazu beigetragen hat, das städtische Leben der Vormoderne zu gestalten. Erwünscht sind vorzugsweise Beiträge, die eine systematische Herangehensweise an die städtische Sprachenvielfalt versuchen, und dabei sowohl den Zusammenhang von Sprachen und Macht als auch die mit Sprachenverwendung verbundene Agency im materiellen und sozialen Raum der Stadt reflektieren. Die Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht erscheint dabei als ein besonderes Forschungsdesiderat.

Folgende Themenfelder können Anregungen liefern:
- Sprachendifferenz und Machtbeziehungen (sozialer bzw. institutioneller Art, Geschlecht, Ethnie, etc.)
- Mobilität, Migration und städtische Sprachenvielfalt
- mehrsprachige Stadträume (Haus, Werkstatt, Schule, Straβe, etc.)
- übersetzen und sprachliche Mittlertätigkeit in der Stadt

- Spracharbeit und städtische Gesellschaft
- Regierungs- und Herrschaftspraktiken (in) einer mehrsprachigen Stadt
- mehrsprachige städtische Schreibpraktiken
- mehrsprachige Mündlichkeit und städtische Kommunikation
- städtische Mehrsprachigkeit im Kontext kolonialer Expansion und imperialer Verflechtung

Die Tagungssprachen sind Deutsch, Französisch und Englisch. Bitte senden Sie Ihren Beitragsvorschlag in Form eines Abstracts (max. 2.000 Zeichen / 300 Wörter) und einer Kurzvita (max. 2 Seiten) bis zum 20. Juli 2021 an Ulrike Krampl (ulrike.krampl@univ-tours.fr) und John Gallagher (j.gallagher1@leeds.ac.uk).

Kontakt

ulrike.krampl@univ-tours.fr, j.gallagher1@leeds.ac.uk

Zitation
Die mehrsprachige Stadt (ca. 125 bis ca. 1800). In: H-Soz-Kult, 13.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98853>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) Der Todesmarsch von Palmnicken

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

Veranstalter
Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort
Warschau

Gefördert durch
Deutsches Historisches Institut Warschau
00-540 Warschau

Vom - Bis
08.11.2021 - 08.11.2021
Frist:
31.08.2021
Von
Ruth Leiserowitz, DHI Warschau

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive, Workshop Deutsches Historisches Institut Warschau, 8. November 2021

Der Todesmarsch von Palmnicken: Mikrogeschichtliche Annäherung an eine Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert und ihre Aufarbeitung - in transnationaler Perspektive

Trotz langjähriger und umfassender Studien sind manche Verbrechen des Holocaust noch wenig bekannt und kaum erforscht. Mehrere Tausend jüdische Frauen vor allem aus Polen, Ungarn und dem Baltikum wurden von SS-Bewachern und ihren Helfern aus unterschiedlichen Ländern im Januar 1945 in Ostpreußen ermordet. Ein Todesmarsch von verschiedenen Außenlagern des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig (heute poln. Gdańsk) endete in einem Massaker am Strand in Palmnicken (heute russ. Yantarny) an der ostpreußischen Küste. Der Ort des Massakers liegt seit Kriegsende in der heute russischen Exklave Kaliningrader Gebiet. Das Massaker war bis Mitte der 1990er Jahre weitgehend unbekannt. Weder die Arbeit einer sowjetischen Untersuchungskommission nach dem Krieg, umfangreiche Vorermittlungen in Deutschland zwischen den 1950er bis 1970er Jahren, noch Ehrungen in Yad Vashem für sechs RetterInnen als „Gerechte unter den Völkern“ führten zu näherer Beleuchtung des Geschehens. Erst der 1995 veröffentlichte Bericht eines Zeitzeugen, eines Zuschauers aus der Gruppe der deutschen Täter (Bergau 1995), führte zu einer begrenzten öffentlichen Wahrnehmung und erster wissenschaftlicher Erwähnung des Massakers (Kossert 2004, Blatman 2011). Mit dem gegenwärtigen Forschungsvorhaben von Dr. Claudia Vollmer, angesiedelt an der Fernuniversität Hagen und durch ein Langzeitstipendium gefördert vom DHI Warschau wird eine bislang ausstehende, vertiefende und systematische Studie zu diesem NS Endphase-Verbrechen in Angriff genommen.
Die mikrogeschichtliche Annäherung an das Geschehen, basierend auf Unterlagen von vor allem Ermittlungsbehörden aber auch der Zivilgesellschaft in verschiedenen Ländern, bildet Ansatzpunkte für eine makrogeschichtliche Einordnung. Nachgegangen werden soll auch der Frage, was dazu beitrug, dass das Massaker von Palmnicken bis Mitte der 1990er Jahre der Öffentlichkeit und der Wissenschaft praktisch unbekannt bleiben konnte. Mittels einer transnationalen Perspektive sollen neue Einsichten auf das Geschehen und die Nachgeschichte möglich werden, mit Fokus auf Deutschland, Polen und Sowjetunion/Russland. Die unterschiedlichen Interessen der drei Länder in Bezug auf die Aufarbeitung von NS Verbrechen im jeweiligen nationalen Kontext, aber auch im Zusammenhang mit dem beginnenden „Kalten Krieg“, sind für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant.

In einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit den Phänomenen „Zwangsarbeit und Endphasenverbrechen in Ostpreußen“ sollen im Rahmen des Workshops verschiedene Beispiele und Fragestellungen diskutiert werden.

Dabei sind folgende Fragestellungen von besonderem Interesse:
- Aufgrund welcher Faktoren lässt sich 1944/45 von einem transnationalen Geschehen im ostpreußischen Raum sprechen?

- Inwiefern bedingte die geographische Situation Ostpreußens Ausnahmesituationen bezüglich der nahenden Front und der dann folgenden Endphasenverbrechen?
- Welche besonderen Akteurskonstellationen lassen sich nachzeichnen?

- Inwiefern wurden in Polen, Ungarn, Litauen und Lettland Lebenswege von Opfern des Massakers nachverfolgt?

- Welche neuen Erkenntnisse gibt es bezüglich der juristische Aufarbeitung und Erinnerungskultur zu dem Massaker in den jeweiligen landes- und zeitgeschichtlichen Kontexten?

Der Workshop richtet sich sowohl an NachwuchswissenschaftlerInnen (Bachelor- und Masterstudierende, Promovierende) als auch an Post-Docs und Habilitierende unterschiedlicher Disziplinen und Arbeitsweisen, sowie an MitarbeiterInnen von Museen und Archiven. Für ReferentInnen des Workshops können Reise- und Übernachtungskosten im üblichen Rahmen erstattet werden.
Aufgrund der unsicheren Corona-Lage planen wir den Workshop zum jetzigen Zeitpunkt in hybrider Form. Genaue Informationen folgen zeitnah. Der Workshop wird zweisprachig angelegt sein (Deutsch und Englisch).
Bitte senden Sie ein Abstract (ca. 1/2 DIN A4-Seite, deutsch oder englisch) und Kurzinfos zu Ihrer Person (bio- und bibliographische Angaben) bis zum 31. August 2021 bitte an: vollmer@dhi.waw.pl UND leiserowitz@dhi.waw.pl

Kontakt

vollmer@dhi.waw.pl UND leiserowitz@dhi.waw.pl

https://www.dhi.waw.pl

Zitation
Der Todesmarsch von Palmnicken. In: H-Soz-Kult, 03.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112050>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989

Veranstalter
Collegium Carolinum in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas der Ludwig-Maximilians-Universität München
83730 Fischbachau

11.11. bis 14.11.2021
Anmeldefrist
15.07.2021
Von
Judith Brehmer
1989 schienen die Staaten Ostmitteleuropas wie unter Laborbedingungen in einer sehr ähnlichen Situation zu sein: Sie teilten die Erfahrungen einer sozialistischen Diktatur, die alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens einschneidend verändert hatte. Die Revolution von 1989 schuf - bei aller Unterschiedlichkeit der vorangehenden Prozesse - einen Moment der Gleichzeitigkeit in den ostmitteleuropäischen Ländern. Die 1993 von der EU eröffneten Beitrittsperspektiven nach den Kopenhagener Kriterien (Konditionalität) ließen einen gleichgerichteten und gleichzeitigen Prozess der Annäherung Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns an die EU erwarten.

Doch zeichnete sich bald eine unterschiedliche Entwicklung ab, als sich in der Slowakei bereits Mitte der neunziger Jahre autoritäre Tendenzen unter dem Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar zeigten, die 1997 zunächst zum Ausschluss des Landes aus dem Kreis der für den Beitritt zu NATO und EU vorgesehenen Länder führten. Heute erscheint die

Slowakei paradoxerweise als das Land Ostmitteleuropas, in dem die verfassungsmäßige Ordnung am meisten gewahrt wird. Andere Divergenzen kommen hinzu: So kann man in Polen und Ungarn eine Regierungspolitik beobachten, die gegenüber der EU-Kommission kritisch ist, während in der Bevölkerung nach wie vor EU-freundliche Stimmung vorherrscht. Dagegen hat sich in Tschechien bei einer insgesamt mehr an den Vorgaben der EU orientierten Politik in der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der EU verbreitet. Auch im wirtschaftlichen Bereich tun sich bei genauerer Betrachtung zahlreiche Divergenzen auf.

Das Ziel der Tagung ist es, die Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den ostmitteleuropäischen Staaten vergleichend zu betrachten und auf ihre Unterschiede hin zu untersuchen. Als Fluchtpunkt der Diskussion soll die Frage dienen, ob die Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen aus dem Prozess der Transformation erklärt werden können oder die Berücksichtigung von länger angelegten, historischen Spezifika erfordern, die im revolutionären Prozess von 1989 zunächst nicht sichtbar waren.

Die Vorträge mit einer Länge von 20 Minuten können in deutscher oder englischer Sprache gehalten werden. Reise- und Unterbringungskosten werden übernommen. Die Herausgabe eines Tagungsbandes in englischer Sprache ist beabsichtigt.

Konzeption: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (München), Dr. Darina Volf (München)

Themenvorschläge für Vorträge sind willkommen! Bei Interesse reichen Sie bitte eine Skizze Ihres geplanten Vortrags (ca. 1 Seite) in deutscher, tschechischer, slowakischer oder englischer Sprache bis zum 15.07.2021 ein bei Miroslava Valicek: miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de

Kontakt

Miroslava Valicek: miroslava.valicek[at]collegium-carolinum.de

Zitation
Ungleichzeitigkeiten und Divergenzen in der Entwicklung Ostmitteleuropas seit 1989. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98143>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert

18. - 21. November 2021, Herrnhut

Veranstalter
University of Gothenburg, Johannes Gutenberg Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt)
Ausrichter
Prof. Dr. Christer Ahlberger, Prof. Dr. Wolfgang Breul, Dr. Peter Vogt

Veranstaltungsort
Komensky Gäste- und Tagungshaus

Gefördert durch
Deutsche Forschungsgemeinschaft, Historische Kommission zur Erforschung des Pietismus, Graf Zinzendorf Stiftung, Axel Springer Stiftung

02747 Herrnhut

18.11.2021 - 21.11.2021
Von
Wolfgang Breul, Evangelische Theologie Kirchengeschichte, Universität Mainz

Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte zur Herrnhuter Brüdergemeine des 18. und frühen 19. Jahrhunderts - mit ihren theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen sowie ihrem hohen Grad an Aktivität und Mobilität - verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Die Herrnhuter Brüdergemeine (engl.: Moravian Church) ist innerhalb der internationalen Reformbewegung des Pietismus im 17. und 18. Jahrhunderts die vermutlich wichtigste Gemeindebildung. Ihre bis heute anhaltende Prägekraft verdankt die unter der Leitung des Reichsgrafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760) gegründete Brüdergemeine wesentlich dem hohen Grad an Aktivität und Mobilität einerseits und einer Reihe von attraktiv wirkenden theologischen, liturgischen und organisatorischen Neuerungen andererseits. Dazu gehören insbesondere ein innovativer, transkonfessioneller Kirchenbegriff, die Ausbildung einer eigenständigen religiösen Sozialordnung, die auch eine Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses beinhaltete, die zugespitzte Formulierung theologischer Positionen in Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Aufklärung, ein Verständnis von Mission, das die kulturelle und soziale Identität ihrer Adressaten in einem für das 18. Jahrhundert beachtlichen Maß akzeptierte, und eine große Zahl neuer religiöser Praktiken und Gottesdienstformen. Die Tagung möchte die vielfältige interdisziplinäre Forschung der letzten Jahrzehnte verknüpfen und miteinander ins Gespräch bringen.

Programm

Keynotes:

Peter Zimmerling: Doch ein Luther redivivus? Der Einfluss Luthers auf Zinzendorfs Ekklesiologie.

Markus Matthias: Empfindsame Religion – Zinzendorfs theologie- und kulturgeschichtliche Bedeutung

Peter Vogt: Herrnhut als christliche Sozialutopie

Wolfgang Breul: Zinzendorfs ekklesiologisches Konzept als Grundlage von Diasporaarbeit und Mission

Gisela Mettele: Transit und Transformation. Die Gemeine auf der Reise

Detailliertes Programm: siehe Homepage

Kontakt
Prof. Dr. Wolfgang Breul, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, breul@uni-mainz.de
https://moravianconference2021.uni-mainz.de/

Zitation
Die Herrnhuter Brüdergemeine als Impulsgeber für religiöse und kulturelle Innovation im 18. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 04.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98133>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs

„Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

Veranstalter
Ievgeniia Voloshchuk (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Kirsten Möller (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder), Ryszard Kupidura (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) (Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań)
Ausrichter
Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder), Adam-Mickiewicz-Universität Poznań
Veranstaltungsort
online
Gefördert durch
Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung
15230 Frankfurt/Oder
Vom - Bis
24.11.2021 - 26.11.2021
Frist:
08.10.2021
Von
Ievgeniia Voloshchuk, Axel Springer-Lehrstuhl für deutsch-jüdische Literatur- und Kulturgeschichte, Exil und Migration, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Die Tagung rückt literarische Darstellungen der Migrationserfahrungen jener Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, die zwischen Polen, Deutschland und der Ukraine wander(te)n.

„Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs“

Die Tagung greift die vielfältigen Herausforderungen für Europa auf, die im Zusammenhang mit gegenwärtigen Migrationsbewegungen entstanden sind. Das aktuelle „Metanarrativ“ der Migration wird nicht zuletzt durch die Gegenwartsliteratur geprägt, in der die (Auto)Biografien der Migrant:innen, die Migrationserfahrungen verschiedener sozialer und ethnischer Gruppen sowie die (verflochtenen) Geschichten von Regionen und Ländern erzählt werden. Die Tagung rückt literarische Darstellungen der Migrationserfahrungen jener Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt, die zwischen Polen, Deutschland und der Ukraine wander(te)n.

Diese räumliche Konstellation geht auf den aktuellen Anstieg der Migrationsbewegungen zwischen diesen Ländern zurück. Seit einigen Jahren bilden polnischstämmige Menschen – nach den Menschen türkischer Herkunft – die zweitgrößte Gruppe mit eigenen oder familiären Migrationserfahrungen in Deutschland; die ukrainische Diaspora in Polen beträgt heutzutage über eine Million; auch in Deutschland nimmt die Zahl der Ukrainer:innen zu. Jede dieser Gruppen nimmt Einfluss auf das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in den Aus- und Zuwanderungsländern. Zudem verfügen die Migrationsbewegungen in diesem Teil Europas über eine lange Geschichte, die durch die Nachbarschaft und (Verflechtungs-)Geschichten der genannten Länder erheblich geprägt wurde. Eine nicht geringe Rolle spielten dabei mehrfache Verschiebungen der Staatsgrenzen in diesen Regionen (z. B. bei den Teilungen Polens im 18./19. Jahrhundert zwischen dem Habsburger Reich, dem Russischen Zarenreich und dem Preußischen Königreich oder im Zuge der Veränderungen der politischen Karten Deutschlands, Polens und der UdSSR infolge des Zweiten Weltkriegs). Jede dieser Umkartierungen ging mit Transformationen der Diaspora-Konfigurationen und einem massiven Anstieg der Migrationen einher. Der in Polen geborene und in Deutschland lebende Schriftsteller Artur Becker betonte die Bedeutung einer gemeinsamen Perspektive, die nicht nur Erkenntnisse über die benachbarten, sondern auch über eigene Kulturen liefern kann: „Ich gehe gegen Stereotype und Vorurteile vor und möchte zeigen, dass weder Polen noch Deutschland ohne seinen direkten Nachbarn im Westen und im Osten seine eigene Kultur, Sprache, Literatur begreifen kann“. Literatur kann solche Erkenntnis befördern.

Im Rahmen dieses Themenfeldes sollen auf der Tagung folgende Fragen diskutiert werden:

- Wie werden deutsche, polnische und ukrainische Räume aus der Migrationsperspektive in der Gegenwartsliteratur (neu)kartiert?

- Welchen Einfluss haben intergenerationelle Beziehungen auf die Darstellungen der Kulturräume (z. B. Beziehungen zwischen verschiedenen Generationen ukrainischer Migrant:innen in Polen oder polnischer Migrant:innen in Deutschland)?
- Wie zeigen sich inter- und transkulturelle Zusammenhänge, Prozesse des Kulturtransfers oder der Konfrontation zwischen kulturellen Traditionen in literarischen Repräsentationen der Migrationserfahrungen?

Die Tagung fokussiert sich vor allem auf literarische Repräsentationen kultureller Topografien deutscher, polnischer und ukrainischer Räume, die nach dem Paradigmenwechsel 1989/1991 entstanden sind, der eine Wende für die europäische Migrationsgeschichte und für die sie reflektierende Literatur bedeutete. Dabei sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, die Migrationen mit ihren verschiedenen Destinationen und Überschneidungen aus einer trikulturellen Perspektive zu erschließen.

Die Tagung wird durch deutsch-polnische Simultanübersetzung begleitet werden.

Im Anschluss an die Tagung ist eine gemeinsame Publikation der Beiträge geplant.

Wir bitten um Themenvorschläge und ein erläuterndes Exposé in Deutsch oder Polnisch mit einer Länge von max. 2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen bis zum 8. Oktober 2021.

Kontakt

Prof. Dr. Ievgeniia Voloshchuk (für deutschsprachige Exposés): voloshchuk@europa-uni.de

Dr. Ryszard Kupidura (für polnischsprachige Exposés): ryszardk@amu.edu.pl

Zitation
Erkundungen eines europäischen Kulturraums: Deutschland, Polen und die Ukraine im zeitgenössischen literarischen Migrationsdiskurs. In: H-Soz-Kult, 04.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-99017>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

24) Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung

Veranstalter
Geschichte und Zukunft e.V. und Konrad-Adenauer-Stiftung (Konrad-Adenauer-Stiftung)
Ausrichter
Konrad-Adenauer-Stiftung
Veranstaltungsort
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35

10785 Berlin

26.11.2021
Anmeldefrist
01.07.2021
Von
Barbara Nowak

In den vergangenen Jahren hat die Forschung erhebliche Fortschritte beim Verständnis der sich über weit über ein Jahrhundert hinweg entwickelnden völkischen Ideologie gemacht. Während die völkischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts mittlerweile gut erforscht sind, ebenso die völkischen Ideologien der Zwischenkriegszeit, die in den Ideologien des nationalsozialistischen Regimes aufgingen, lag ein Bereich bislang im Schatten: die unmittelbare Nachkriegszeit.

Bereits während des Krieges gab es auf alliierter Seite verschiedene Überlegungen, wie die deutsche Bevölkerung nach dem absehbaren Ende des NS-Regimes demokratisiert werden könne. Zu den Ergebnissen zählten die Arbeiten Kurt Lewins ebenso wie das German Educational Reconstruction Committee, die Entnazifizierungsverfahren, die Spruchkammern, die Amerika-Häuser, aber auch in Teilen Aufbauprogramme wie der Marshall-Plan, die Diskussionen um die Entstehung und Durchsetzung des Art. 131 GG und vieles mehr.

Zu den Akteuren der Reeducation gehörte Ernst Cramer (1913-2010). Der gebürtige Augsburger, vor der NS-Verfolgung nach mehrwöchiger KZ-Haft in die USA entkommen, während seine Eltern und sein jüngerer Bruder in Sobibor ermordet wurden, gehörte ab 1945 zu den Presseoffizieren der US-Militärregierung und wirkte wesentlich an der Neugründung deutscher Zeitungen mit. Später machte er Karriere bei Axel Springer, dessen engster Vertrauter er viele Jahre lang war. Cramer, dessen Nachlass viele hundert Aktenbände umfasst, personifiziert die praktische Seite der Reeducation.

Wie er versuchten weitere Protagonisten mit unterschiedlichen Maßnahmen auf vielen Ebenen, das Völkische aus den Köpfen zu bekommen. Zu diesen Protagonisten zählten staatliche Akteure auf alliierter Seite, aber auch Nichtregierungsorganisationen. Ebenso zählten dazu die deutschen Kommunen, die Länder und die Bundesregierung.

Ziel der Tagung ist es, besser zu verstehen, welchen Stellenwert völkische Ideologie und weitere ideologische Strömungen für die Akteure besaßen um ihre Umerziehungsgedanken erfolgreich umzusetzen.

Die internationale, interdisziplinäre Tagung findet am 26.11.2021 statt und richtet sich sowohl an Wissenschaftler der Germanistik, Rechtswissenschaften, Geschichte, Sozialwissenschaften und Politologie, als auch an Experten, aus dem politischen Betrieb. Die Vorträge sollen nicht länger als 20 Minuten sein.

Die Konferenz wird organisiert von Geschichte und Zukunft e.V. (www.ge-zu.org) und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Veranstaltungsort ist die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin.

Die Kosten der An- und Abreise, Mahlzeiten während des Tagungsprogramms und erforderlichenfalls der Übernachtung übernehmen die Veranstalter. Am Vortag findet die pandemiebedingt verschobene 4. Jahrestagung zum Thema „Von völkischem Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie“ statt. Für eine begrenzte Anzahl an Referenten werden die Übernachtungen vom Vortag zur Ermöglichung der Teilnahme an der 4. Jahrestagung ebenfalls übernommen.

Interessierte reichen bitte Abstracts im Umfang von 300 Worten nebst Kurz-CV (10 Zeilen) bis zum 01.07.2021 ein.

Die Beiträge der Referenten sollen im Jahresband 2022 der neuen Reihe „Politik – Ideologie - Wissenschaft“ beim Verlag Walter de Gruyter erscheinen, Herausgegeben von Dirk Rupnow et al.

Programm

08:30h Frühstück

09:00h Grußwort der Konrad-Adenauer-Stiftung: Dr. Michael Borchard

09:10h Begrüßung und Einführung: Prof. Dr. Dirk Rupnow

09:30h Panel I: Die Vorbereitungen der Re-education bis zum 09.05.1945, Kulturgutschutz und Wiedergutmachung. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Lynn Rother

11:00h Kaffeepause

11:30h Panel II: Zuckerbrot und Peitsche: Die Re-education-Programme als Teil eines Gesamtkonzepts: German Educational Reconstruction Committee, Spruchkammern, Marschallplan. Anschließend Diskussion. Moderation: Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek

13:20h Mittagspause

14:20h Panel III Die Teile des Ganzen: Das Wirken von Ernst Cramer, Matthias Walden und die Nachkriegspresse als Teil der re-education. Moderation: PD Dr. Matthias Oppermann

16:00h Kaffeepause

16:30h Abschlussdiskussion mit Gästen: Die Re-education, Ernst Cramer und die Deutschen. Moderation: Sven-Felix Kellerhoff (Die WELT).

17:45h Ende der Veranstaltung / Umtrunk

Kontakt

Geschichte & Zukunft Wissenschaftsplattform ©
c/o History & Dokumentation e.V.
Geschäftsstelle Berlin
Theklastr. 20
12205 Berlin

ge.zu.tagung@hhu.de

https://ge-zu.org/

Zitation
Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen? Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955. Der Stellenwert völkischer Ideologien für Alliierte, deutsche Länder und die Bundesregierung. In: H-Soz-Kult, 11.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98267>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

25) Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung

Veranstalter
Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
Veranstaltungsort
Landesmuseum für Vorgeschichte

06114 Halle (Saale)

02.12. bis 03.12.2021
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Jan Kellershohn, Institut für Landesgeschichte, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt

Das anvisierte Ende des Braunkohlenbergbaus wirft die Frage nach der Historisierung dieses Industriezweigs auf. Auf dem Workshop sollen zunächst Ansätze zur Erforschung der Geschichte des Braunkohlenbergbaus diskutiert werden. Darüber hinaus dient der

Austausch dazu, die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur auszuloten. Zuletzt steht der Mehrwert transregionaler Perspektiven für die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Braunkohlenreviere im Mittelpunkt.

Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland bis Ende der 2030er Jahre stellt die Landes- und Regionalgeschichte sowie die entsprechenden Kulturinstitutionen vor große Herausforderungen. Der Braunkohlenbergbau ist das hässliche Entlein sowohl der Montan-, Wirtschafts-, Sozial-, Landes- und Umweltgeschichte; die Erforschung seiner Geschichte steckt noch in den Kinderschuhen. Vor allem die Geschichtsschreibung zum Mitteldeutschen Revier und zur Verflechtung von Braunkohle- und Chemieindustrie ist von Desiderata geprägt. Dass erste Historisierungsversuche abgebrochen sind, erstaunt umso mehr, als sich die Geschichte dieses Industriezweigs durch Problemkonstellationen auszeichnet, die gängigen Zäsuren und Erzählungen verschiedener historiographischer Subdisziplinen entgegenläuft: Arbeitshistorisch lässt die frühe Vollmechanisierung die Diagnose einer „Carbon Democracy“ (Timothy Mitchell) fragwürdig werden. Wirtschaftshistorisch handelt es sich um eine verschleppte Deindustrialisierung, die selbst mit dem geplanten Auslaufen Ende der 2030er Jahre noch in weiter Ferne liegt. Landes- und regionalhistorisch zeigt sich ein Industriezweig, dessen regionales Identifikationspotential zumindest strittig war und ist und der immer auch als Bedrohung des Eigenen wahrgenommen wurde. In vergleichender Perspektive scheint es sich bei dem Braunkohlenbergbau um einen Industriezweig zu handeln, dessen Entwicklung ein Proprium der deutschen Geschichte darstellt. Darüber hinaus verteilte er sich auf mehrere Reviere – vor allem das Mitteldeutsche, das Lausitzer sowie das Rheinische Revier – und fungierte damit, zum Beispiel im Gebiet um Helmstedt, sowohl als verbindenden als auch als trennendes Element zwischen DDR und BRD.

Auch auf Vermittlungsebene bleibt der Braunkohlenbergbau hinter vergleichbaren Industriezweigen zurück. Anfang der 2000er Jahre diagnostizierte Rainer Slotta, dass sich das „minderwertige Mineral“ – auch nach einer ersten Historisierungswelle im Mitteldeutschen und vor allem im Lausitzer Braunkohlenrevier – durch eine „minderwertige Geschichte“ auszeichne. Trotz erster Erfolge steht die industriekulturelle Inwertsetzung der Hinterlassenschaften der Braunkohle und die Einbettung in ein übergreifendes Narrativ noch am Anfang; die Potentiale des Paradigmas der Industriekultur für die Geschichte dieser Branche wurden noch nicht hinlänglich ausgelotet; die durch die deutsche Teilung bedingten Wahrnehmungs- und Erinnerungsasymmetrien nicht hinreichend reflektiert.

Vor diesem Hintergrund sollen auf dem Workshop Forschungs- und Vermittlungsperspektiven zur Geschichte der Braunkohleindustrie diskutiert werden. Folgende drei Komplexe stehen dabei im Mittelpunkt:

Erstens soll nach Ansätzen zur Erforschung der Geschichte der Braunkohlenindustrie gefragt werden. Inwieweit ergab sich die Bedeutung dieses Industriezweiges nie ausschließlich aus seiner Sozial- und Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne, sondern aus seiner Funktion als Medium gesellschaftlicher Selbstthematisierung? Inwieweit wurden über diese umstrittene Industrie immer auch weiterreichende Fragen verhandelt: nach dem Verhältnis von Mensch und der Gestaltbarkeit seiner Umwelt; nach der räumlichen Zugehörigkeit von Menschen und der Bedeutung von Eigentum und Besitz (Umsiedlung/Enteignung); nach Ansprüchen räumlicher Identität, Natürlichkeit und Authentizität (Rekultivierung); nach Bewahrung und Zerstörung; nach dem Verhältnis von Mensch und Maschine sowie nach der Bedeutung energiepolitischer Souveränität? Welche Möglichkeiten bietet vor diesem Hintergrund eine Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der Braunkohle?

Zweitens steht die Frage nach dem Potential des Paradigmas der Industriekultur im Mittelpunkt. Eignet sich ein Konzept, das aus dem spezifischen Kontext des westdeutschen Ruhrgebiets der 1960er/70er Jahre stammt, als Blaupause für die kulturellen

Herausforderungen des Braunkohlenausstiegs? Welche Schwerpunkte produziert dieses Konzept? Wo ist es erforderlich, den Blick zu weiten? Welche Erweiterungen wie eine Erfahrungs- und Kulturgeschichte des Industriellen lassen sich aus den Perspektiven der

Drittens soll das Konzept der Transregionalität auf sein Vermittlungs- wie historiographisches Potential für die Geschichte der Braunkohlenreviere befragt werden. Das Wirken von Individuen wie Walther Rathenau, Hermann Gruhl, Carl Adolf Riebeck oder Konrad Piatscheck oder die Geschichte des Petschek-Konzerns belegen beispielsweise, dass das Mitteldeutsche mit anderen Braunkohlerevieren vielfältig verwoben war. Wie lässt sich dem Ineinandergreifen von regionaler Verankerung und transregionaler Verflechtung historiographisch wie geschichtskulturell Rechnung tragen? Welche Raumwahrnehmungen und Weltbeziehungen prägten diesen Industriezweig? Inwieweit erfordert der Braunkohlenbergbau also eine grundsätzlich neue Perspektive auf die Geschichte schwerindustrieller Ballungsräume?

Um Beitragsvorschläge im Umfang von max. 500 Wörtern mit knapper biographischer Notiz wird bis zum 31. Juli 2021 an jkellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de gebeten. Eine Publikation der Beiträge ist in der Reihe des Instituts für Landesgeschichte Sachsen-Anhalts geplant. Die Kosten für Reise und Übernachtung werden übernommen.

Kontakt

Dr. des. Jan Kellershohn
Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Landesmuseum für Vorgeschichte
Abt. 6: Institut für Landesgeschichte
Wissenschaftlicher Referent
Richard-Wagner-Straße 9
06114 Halle (Saale)

Tel.: 0345-2939796
E-Mail: JKellershohn@lda.stk.sachsen-anhalt.de

https://archlsa.de/

Zitation
Nachgeholte Historisierung? Der Braunkohlenbergbau als Herausforderung für Geschichtswissenschaft und -vermittlung. In: H-Soz-Kult, 15.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98346>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

26) Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Veranstalter
Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen (Prof. Dr. Beate Fieseler)

Ausrichter
Prof. Dr. Beate Fieseler
Veranstaltungsort
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
40225 Düsseldorf

Vom - Bis
10.01.2022 - 14.01.2022
Frist:
31.08.2021
Von
Lena Radauer, Nordost-Institut - Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN)

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Nachwuchsworkshop der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen

Leitung: Prof. Dr. Beate Fieseler
Kooperationspartnerin in Russland: Prof. Oksana Nagornaja, Staatliche Pädagogische Universität Jaroslawl
10. – 14. Januar 2022
Tagungsort: Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Der Zerfall der Sowjetunion sowie das Ende der DDR sind Ereignisse von welthistorischer Bedeutung. Sie haben nicht nur die internationale Mächtekonstellation, sondern auch das Leben der „einfachen Menschen“ nachhaltig verändert. In sehr kurzer Zeit erlebte die Bevölkerung beider Staaten einen radikalen Wandel des ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Systems, die bisherigen Regeln und Sicherheiten verloren ihre Gültigkeit. Die wissenschaftliche Kommunikation, politische Diskussionen und nostalgische Erinnerungspraktiken, die sich über 30 Jahre in medialen Räumen entwickelt haben, zeigen einen signifikanten Unterschied in den nationalen Narrativen, die sowohl die innenpolitischen Praktiken als auch die internationalen Beziehungen beider Länder beeinflussen. Solche Lücken erklären sich unter anderem durch den "heißen" Charakter des Gedächtnisses an die jüngste Vergangenheit und durch die Unzugänglichkeit vieler Kategorien von Quellen. Unter diesen Voraussetzungen versteht sich der geplante Workshop als Versuch, die bilaterale Kommunikation zwischen jungen Wissenschaftler*innen aus Deutschland und Russland über diese historischen Zäsuren in

Gang zu bringen und ist besonders interessiert an der Vorstellung von Projekten, die den Systemwechsel in Russland und Deutschland mittels innovativer methodischer Zugänge und neuer Quellen untersuchen.

Der geplante Nachwuchsworkshop schließt an die beiden vorausgegangenen Nachwuchstagungen der deutsch-russischen Historikerkommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen in Heidelberg (2017) und Jaroslawl (2019) an. Nachdem die Pandemie diesen bereits für September 2021 geplanten Nachwuchsworkshop vereitelt hat, sollen nun Anfang 2022 junge Wissenschaftler*innen aus beiden Ländern zusammenkommen, um über den Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren zu diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich vor allem an DoktorandInnen und Post-Docs aus Deutschland und Russland (insgesamt 20 Personen, je 10 TeilnehmerInnen aus jedem Land), die sich mit Projekten befassen, die sich in den thematischen Kontext einfügen und zudem neuen methodischen und/oder quellenmäßigen Zugängen verpflichtet sind. Auch komparativ angelegte Projekte sind willkommen.
Das Programm umfasst neben den Vorträgen der ausgewählten Kandidat*innen auch Zeitzeugengespräche mit je einem Historiker/einer Historikerin aus der ehemaligen Sowjetunion sowie aus der DDR, die den Systemwechsel und dessen Implikationen für das Fach unmittelbar erlebt haben.
Ein Bericht über den Workshop sowie ausgewählte Beiträge der Vortragenden werden in den Mitteilungen der deutsch-russischen Historikerkommission veröffentlicht.
Die Reise- und Aufenthaltskosten werden von den Veranstaltern getragen. Arbeitssprachen des Workshops sind Deutsch und Russisch (mit Simultan-Übersetzung).

Bewerbungsfrist: 31. August 2021
Bewerbungsunterlagen:
- ausführlicher Lebenslauf (2 Seiten)
- Projektskizze (bis zu 3 Seiten)

Kontakt

Prof. Dr. Beate Fieseler
Email: beate.fieseler@hhu.de

Проф. Оксана Нагорная
Email: nagornaja.oxana@mail.ru

http://www.deutsch-russische-geschichtskommission.de/

Zitation
Der Zerfall der Sowjetunion und das Ende der DDR als historische Zäsuren – unter besonderer Berücksichtigung neuer methodischer und quellenmäßiger Zugänge. In: H-Soz-Kult, 02.08.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98910>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

27) Zeit in der Landesgeschichte

Veranstalter
Martin Göllnitz (Marburg), Markus Müller (München) und Evelien Timpener (Gießen)

Veranstaltungsort
Just-Liebig-Universität Gießen

13. bis 14.01.2022
Anmeldefrist:
31.07.2021

Von
Markus Christopher Müller

Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Zeit in der Landesgeschichte

Zeit kann und muss als eine der zentralen Kategorien der Geschichtswissenschaft bezeichnet werden: sowohl methodisch als auch thematisch. Ohne Zeit oder ohne eine gewisse Konzeption von Zeit gäbe es keine Vorstellung von Geschichte und so nicht einmal die Möglichkeit, diese wissenschaftlich zu untersuchen. Trotzdem ist immer wieder von einer gewissen „Zeitvergessenheit“ die Rede, da die Geschichtswissenschaft ihren Umgang mit Zeit zu wenig bewusst reflektiere. Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat die Chance, sich schon in den akademischen Qualifikationsarbeiten kritisch mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen. Eine wissenschaftliche Tagung der AG Landesgeschichte des Verbands der Historikerinnen und Historiker Deutschlands lädt deshalb Promovierende und PostDocs der Landesgeschichte nach Gießen ein, um dort über die ihren Abschlussarbeiten und Forschungen zugrundeliegende Konzeption von Zeit zu reflektieren und zu referieren.

Gerade die Landesgeschichte hat sich solchen Fragen stärker zu stellen, da sie den Anspruch erhebt, bei ihrem Blick auf bestimmte unterhalb der staatlichen Ebene liegende Länder oder Regionen epochenübergreifende Perspektiven einnehmen zu können. Es fehlt der Landesgeschichtsforschung bisweilen am Austausch, gerade junger LandeshistorikerInnen über die „Länder“grenzen hinaus.

Drei thematische Schwerpunkte bieten sich neben weiteren sicherlich an, eine solche Reflexion zu begleiten:
Zentrale Bedeutung kommt bei der Frage nach der methodischen Bestimmung der Zeit zunächst der Chronologie zu, die bereits Jean Bodin als „Ariadnefaden“ der Geschichtswissenschaft bezeichnete. Die oft mit Blick auf ihre Sinnhaftigkeit hinterfragte und doch nie wirklich abgelöste chronologische Gliederung historiographischer Darstellungen gerät gerade vor dem Hintergrund einer global denkenden Geschichtswissenschaft neu in den Blick. Diese Erkenntnis kann auch in der Landesgeschichte zu einer Sensibilisierung in Bezug auf lokale oder regionale Chronologien führen, die oft vom politischen oder kulturellen Zentrum her konzipiert werden und wurden. Direkt wird so die Frage nach der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aufgeworfen, die sich gerade in der räumlichen Konkretisierung der Landesgeschichte fassen lässt.

Zweitens lässt sich das Zeitverständnis der historischen AkteurInnen rekonstruieren, was mentalitäts- und sozialhistorische Fragestellungen impliziert, da Zeit und ihr Erleben und Wahr-nehmen als soziale Kategorien sowohl aus der individuellen Perspektive als auch aus der Perspektive von Gruppen in den Blick genommen werden können. Religiöse Vorstellungen spiegeln sich hierin gesellschaftlich normiert genauso wider wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse.

Die Analyse von Kontinuität und Wandel führt drittens zu Fragen nach Dekadenz und Rückschritt, nach Progression und Fortschritt – während Veränderung häufig leichter zu fassen ist, bereitet die Identifikation von Kontinuitätslinien oft methodische Schwierigkeiten: Die diachrone Perspektive der Landesgeschichte kann hier gängige Narrative in Frage stellen und mit ihrem Blick auf die Vielfalt historischer Entwicklungen vermeintliche Teleologien aufbrechen.

Diese und weitere Anfragen lassen sich bereits in der Qualifikationsphase an konzipierte oder bereits begonnene Forschungsarbeiten herantragen. Die Tagung lädt zur Reflexion darüber ein, wie dies konkret funktionieren kann.

Daneben soll sie NachwuchswissenschaftlerInnen Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch geben, aber auch Raum lassen, um zukunftsweisende Themen und neue Positionierungen der Landesgeschichte zu diskutieren.

NachwuchswissenschaftlerInnen in und um die Promotionsphase sind sehr herzlich eingeladen, sich mit einem kurzen, aussagekräftigen Exposé für einen Workshop-Beitrag zu bewerben.

Kontakt

Dr. Markus Müller, Ludwig-Maximilians-Universität München
mueller.markus@lmu.de

Zitation
Zeit in der Landesgeschichte. In: H-Soz-Kult, 18.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97702>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

28) Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich

Veranstalter
Corine Defrance (CNRS, SIRICE Paris), Jürgen Finger (DHIP), Ulrich Pfeil (Université de Lorraine), Annette Weinke (Universität Jena), Agnieszka Wierzcholska (DHIP) (Deutsches Historisches Institut Paris)
Ausrichter
Deutsches Historisches Institut Paris
Veranstaltungsort
Institut historique allemand
75003 Paris
19.01.2022 - 20.01.2022

Frist
20.09.2021
Von
Jürgen Finger, Abteilung 19.-21. Jahrhundert, Deutsches Historisches Institut Paris

In jüngerer Zeit sind die europäischen Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten. Das Bewusstsein bei Forscherinnen und Forschern wächst, dass der Zugang zu Archivalien keine Selbstverständlichkeit zu sein scheint. An Beispielen aus Deutschland und Frankreich, ergänzt um andere europäische Erfahrungen, wollen wir den Stand der Dinge erkunden und die normativen, administrativen und arbeitspraktischen Einschränkungen des Archivzugangs analysieren.

Am 20. Februar betitelte "Le Monde" einen längeren Artikel Guerre "de tranchées sur l'accès aux archives". Gibt es in Frankreich einen Grabenkrieg um den Archivzugang zwischen Forschenden, Archiven und Politik? Wie sieht es in Deutschland und in anderen europäischen Ländern aus?

Die Situation in Frankreich ist ambivalent. Der französische Präsident, Emmanuel Macron, pflegt eine Rhetorik der historiografischen Offenheit auch bei sensiblen Themen wie dem Algerienkrieg und der diplomatischen und militärischen Intervention in Rwanda während des Völkermords 1994. In beiden Fällen verfassten Historiker in offiziellem Auftrag Berichte mit allerdings unterschiedlicher Stoßrichtung: Benjamin Stora legte Anfang 2021 einen Bericht und Empfehlungen zum kollektiven Gedenken zu Algerien vor. Vincent Duclert, der bereits 2018/19 mit einer Kommission einen Bericht über die Erforschung von Genoziden und Massenverbrechen verfasst hatte, soll die französische Rolle in Rwanda aufklären; der Bericht wurde im April 2021 dem Präsidenten übergeben. Gerade im zweiten Fall war damit auch ein außergewöhnliches und exklusives Recht auf Aktenzugang verbunden. Dabei stellt sich auch die Frage nach einem privilegierten Zugang zu Archivmaterialien bei staatlich gewollter Forschung. Die verwendeten Akten sollen zwar weiterhin der Forschung zugänglich bleiben.

Darüber hinaus bleibt jedoch alles beim Alten, soweit der Zugang nicht sogar erschwert wird. Konkrete und massive Proteste ruft nämlich seit vorigem Jahr die Instruction générale interministérielle 1300 (IGI) hervor. Forschende fürchten, dass diese interministerielle Anordnung, die unter anderem Fragen der Geheimhaltung regelt, im Namen der nationalen Sicherheit den Zugang zu Archivalien für die zeitgeschichtliche Forschung grundsätzlich erschweren wird, da die relativ liberalen Fristen des Archivrechts durch aufwändige Freigabeverfahren für klassifizierte Dokumente ausgehebelt werden können. Selbst bereits bekannte, gar edierte Dokumente sollen plötzlich wieder gesperrt werden. Die Motive für den Erlass der »IGI 1300« sind unklar, umso mehr als sie mit der seit François Hollande betriebenen präsidialen Erinnerungspolitik zu kollidieren scheinen.

Ist die Situation in Frankreich einzigartig? Der Blick auf andere Länder zeigt schnell, dass Fragen des Archivzugangs auch dort von erheblicher Aktualität sind. Ihr mediales Echo geht über den Kreis der Forschenden hinaus und spiegelt einerseits die Forderung nach Transparenz in unseren heutigen Gesellschaften und andererseits den Stellenwert von – nicht immer konfliktfreier –wissenschaftlicher und juristischer Aufarbeitung und Vergangenheitspolitik im Europa des 21. Jahrhunderts. In Deutschland hat zuletzt die Übergabe der Stasi-Unterlagen an das Bundesarchiv Debatten über dessen Rolle ausgelöst; der französische Forscher Fabien Théofilakis will den Zugang zu Eichmann-Akten des Bundesamts für Verfassungsschutz gerichtlich einklagen.

Mit dem Aufstieg illiberaler Demokratien in Ostmitteleuropa wurde eine staatlich gesteuerte Geschichtspolitik zunehmend zum Instrument der Macht. Die gezielte Einflussnahme betraf zunächst die Museumslandschaft sowie die Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen. Zum Teil müssen sich Historikerinnen und Historiker, deren Forschung unliebsame Ergebnisse produziert, vor Gericht verantworten, wie in Polen. Doch inwiefern, für wen und bei welchen Themen der Archivzugang beschränkt wird, bleibt weiterhin zu untersuchen. In Westeuropa wirft insbesondere der Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und entsprechenden Restitutions- und Kompensationsforderungen die Frage auf, wie weit historische Forschungen und journalistische Recherchen in Archiven uneingeschränkt möglich sind.

Die Beispiele zeigen, dass die Archivlandschaften in einem zusehends gespannten politischen Umfeld in Bewegung geraten sind und die gegenwärtigen Veränderungen auf verschiedenen Ebenen erfasst und analysiert werden müssen:

1. normativ: die explizite Gesetzgebung und die Verordnungen zur Regelung des Archivzugangs; politische Willensbekundungen (von oberster Stelle), die unter Umständen mit den Verordnungen im Widerspruch stehen, also offiziöser Diskurs und Öffentlichkeit, Gewährung von privilegiertem Zugang zu Archivalien

2. administrativ: Einschränkungen des Archivzugangs durch Rechtsvorschriften und Verfahrenswege jenseits der Archivgesetze, sowie aufgrund konkurrierender schützenswerter Rechte, über deren Abwägung i.d.R. innerhalb der Verwaltungen entschieden wird (insbes. Geheimschutz, Schutz der Urheber- und Persönlichkeitsrechte);

3. praktisch: Einschränkungen von Dienstleistungen in den Archiven (Digitalisierung, Öffnungszeiten, Aushändigung von Dokumenten), Personalreduktion, etc.

Die geplante Tagung will diese Problemkreise vergleichend und interdisziplinär diskutieren (Geschichtswissenschaft, Archivwissenschaft und -praxis, Rechtswissenschaft, u.a.). Neben Frankreich und Deutschland soll auch die Situation in anderen Ländern der EU berücksichtigt werden. Darüber hinaus fragen wir danach, inwieweit nationale Erfahrungen und Praktiken Ausgangspunkt für transnationale Transferprozesse bei der Vergangenheitsaufarbeitung, möglicherweise aber auch bei deren Blockade sein können.

Bitte schicken Sie ein Abstract von maximal 500 Wörtern in einer der drei Konferenzsprachen (französisch, deutsch oder englisch) bis zum 20. September 2021 an Agnieszka Wierzcholska: awierzcholska@dhi-paris.fr.

Kontakt

awierzcholska@dhi-paris.fr

https://www.dhi-paris.fr/newsroom.html

Zitation
Strategien der Verhinderung. Der Zugang zu Archivalien in Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich. In: H-Soz-Kult, 12.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98812>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

29) „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945

Veranstalter
Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Veranstaltungsort
Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)
60320 Frankfurt am Main

Vom - Bis
22.03.2022 - 23.03.2022
Frist:
15.12.2021
Von
Hans-Ulrich Wagner, Wissen für die Mediengesellschaft, Kompetenzbereich Mediengeschichte, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut

Die Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und in der DDR werden auf dem Workshop ausgelotet. Der Workshop bringt am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter:innen der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges flohen viele deutschsprachige Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa in die vier Besatzungszonen, aus denen 1949 die Bundesrepublik und die DDR entstanden. Mit ihrer literarischen und publizistischen Arbeit reagierten sie auf die Erfahrungen von Krieg und Flucht, von Verlust der Heimat und vom Start in einer neuen Umgebung. Der Arbeit für die Rundfunksender kam dabei eine besondere Bedeutung zu, bildeten diese doch sehr schnell zentrale Orte der Literaturproduktion und der Literaturvermittlung und übernahmen eine wichtige Rolle in den neu entstehenden Literaturbetrieben.

Diese rundfunkliterarische und rundfunkpublizistische Tätigkeit von Autorinnen und Autoren, aus „dem Osten“ ist insgesamt bislang wenig erforscht, auch wenn es Ausnahmen gibt, wie etwa die des in Estland geborenen Hörspielautors Fred von Hoerschelmann (1901–1976) oder die des in Schlesien geborenen Friedrich Bischoff (1896–1976). Er war Schriftsteller und vor 1933 Intendant der Schlesischen Funkstunde in Breslau; nach dem Krieg startete er eine zweite Rundfunk-Karriere beim Südwestfunk. Bis 1965 war er Intendant der Rundfunkanstalt und prägte mit den Redakteuren in Baden-Baden das Programm nachhaltig. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die verschlungenen Wege, die mitunter gegangen wurden. So arbeitete der in Prag in einer deutschsprachigen jüdischen Familie aufgewachsene Dr. Vilém Fuchs (1933–1990) zunächst bis 1965 als Chefredakteur der deutschsprachigen Sendungen von Radio Prag, bevor er 1971 Leiter der Abteilung Kultur und Gesellschaft bei Radio Bremen wurde. Schließlich kamen viele Schriftsteller der sogenannten „jungen Generation“ nach 1945 zum ersten Mal mit dem Rundfunk in Kontakt. Dies konnte wie im Fall des in Ostpreußen geborenen Siegfried Lenz zu einer lebenslangen Medienarbeit führen.

Diese Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in

der Bundesrepublik und in der DDR sollen auf dem Workshop ausgelotet werden. In den Archiven der ARD-Landesrundfunkanstalten und im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) gibt es Hörfunkaufnahmen von deutschsprachigen Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg „im Westen“ eine neue Existenz aufbauen mussten. Diese Stimmen im Rundfunk der ersten Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik und in der DDR sollen wiederentdeckt und die Kontexte der Aufnahmen erforscht werden.

Dazu bringt der Workshop am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit, Skizzen mit Forschungsinteressen und geplanten Projekten vorzustellen und zu diskutieren sowie einen Einblick in vorhandene Archivbestände zu bekommen.

Ein damit verbundenes Ziel des Workshops ist es, Forschungen im Schnittfeld von Rundfunk- und Literaturgeschichte, von Programm- und Zeitgeschichte anzustoßen. Im Zusammenhang mit einem geplanten Forschungsprojekt der Veranstalter besteht die Möglichkeit, eigene Fragestellungen aus diesem Themenfeld einzubringen und diese im Rahmen einer Dissertation und/oder eines Post-Doc-Projekts zu bearbeiten. Ein entsprechender Antrag kann gemeinsam mit den ausgewählten Nachwuchskräften entwickelt und eingereicht werden.

Der call for papers richtet sich an Masterabsolventen mit Promotionswunsch, Doktoranden und Post-Docs. Sie sind eingeladen, laufende Arbeiten bzw. Projektideen zum oben genannten Themenfeld und den damit verknüpften Fragestellungen vorzustellen. Auf der Grundlage der eingegangenen Exposés werden die Archivare gebeten, speziell zu den Themenvorschlägen eine kleine Auswahl von passenden Dokumentenbeispielen aus ihren jeweiligen Archiven zu präsentieren.

Fragestellungen

Im Fokus steht die Medienarbeit von Autoren aus dem östlichen Europa und speziell ihre Arbeit für die Radioprogramme in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Folgende Fragestellungen sollen angegangen werden:

- Wie gingen Literat:innen und Journalist:innen aus dem östlichen Europa mit dem Ankommen in einer neuen Umgebung/Region um?

- Wie gestalteten sie den beruflichen und literarischen Neubeginn in einer anders geprägten Kulturlandschaft?

- Wie verhielten sie sich zu Traumata der Kriegs- und Nachkriegszeit?
- Welche Themen wählten sie für ihr Schreiben?

- Welche medialen Strategien der Bewältigung ihrer neuen Situation entwickelten sie, und welche Rolle spielte dabei das Medium Rundfunk?

- Wie nahmen sie selbst und die neuen Zuhörer:innen ihre andere Sprachfärbung / ihren Dialekt wahr? Wie veränderte sich ihre Sprache?

- Wieviel „Osten“ steckte in ihrer neuen Tätigkeit im „Westen“ (Kontinuitäten, Brüche)?
- Gab es Unterschiede zwischen Westdeutschland und der DDR im medialen Umgang der

Literaturschaffenden mit ihrer neuen Situation, bzw. in ihrer Rezeption durch die neue Umgebung?

Bitte senden Sie Ihr Exposé (ca. 2.500 Zeichen), einen kurzen Lebenslauf mit E-Mail- und Postanschrift (ca. 1.000 Zeichen) bis spätestens 15.12.2021 an:

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut Hamburg
Dr. Hans-Ulrich Wagner (E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de)

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
Maria Luft (E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de)

Die Fahrt- und Unterkunftskosten für die wissenschaftlichen Workshop-Teilnehmer:innen werden vorbehaltlich vorhandener Haushaltsmittel erstattet.

Projektpartner:

- Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg
- Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg
- Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv
- Historische Kommission der ARD
- Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam

Kontakt

Dr. Hans-Ulrich Wagner
E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de

Maria Luft
E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de

Zitation
„Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autor:innen aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98894>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

30) Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter
Konzeption /Organisation: Venessa de Senarclens, Humboldt Universität Berlint (Deutsches Historisches Institut Warschau)

Ausrichter
Deutsches Historisches Institut Warschau
Veranstaltungsort
Deutsches Historisches Institut Warschau

Gefördert durch
Max Weber Stiftung

31.03. bis 01.04.2022
Anmeldefrist
01.09.2021
Von
Dorota Zielinska, Palac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie (DHI Warschau)

Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
Konzeption / Organisation: Vanessa de Senarclens (senarclv@hu-berlin.de)

Der Historiker Robert Darnton hat die Geschichte eines Buches als einen lebendigen Kommunikationskreislauf – „a communication circuit“ – beschrieben, an dessen materieller Produktion, Vertrieb und Wirkung zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt sind: vom Autor zum Drucker und Buchhändler, über viele private wie öffentliche Räume wie Salons, Kaffee, Bibliotheken, in denen das Buch vom Leser interpretiert, diskutiert und adaptiert wird. Im 18. Jahrhundert, das Darnton untersucht, bilden diese Kommunikationskreise lebendige Netzwerke, die oft unter dem Radar der staatlichen Kontrolle interagieren. Auf verschlungenen und oft auch verbotenen Wegen werden Bücher durch ganz Europa transportiert, von Paris nach Warschau, von Dresden bis London, von Genf nach Leipzig. Der Titel dieses Kolloquiums – Das Bibliomigratorische im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg – rückt Bücher als Träger materieller aber auch immaterieller Geschichte im einen Kontext, in dem der Kreis der Kommunikation stark von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Mit dem Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 wurden bis Kriegsende 1945 rund 70 bis 75 Prozent der polnischen Bibliotheksbestände dezimiert, zerstört oder verstreut. Gemäß einer Berechnung von 2015 überlebten von den 22, 6 Millionen Bänden der polnischen Bibliotheken vor 1939 nur ein knappes Drittel. Nach der Verlegung der deutsch-polnischen Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie im August 1945 gelangten hingegen Millionen von Büchern aus privaten, kirchlichen und auch ausgelagerten öffentlichen Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek in einen neuen nationalen Kontext. Aus polnischer Perspektive wurden diese „zurückgelassenen“ Bücher aus deutschen Bibliotheken als Staatseigentum betrachtet und als solches vor weiteren Plünderungen und Zerstörungen geschützt. Polen hat auch versucht, den Abtransport von „Trophäenbücher“ in die Sowjetunion zu verhindern. Laut einem polnischen Gesetz vom 6. Mai 1945 waren sie „verlassen und aufgegeben“. Entsprechend bezeichnet man diese Bücher aus ehemaligen deutschen Bibliotheksbeständen als „sichergestellte Büchersammlungen“ und betrachtet sie als „Kompensation“ für die absichtliche Zerstörung von polnischen Archiven und Bibliotheken während des Krieges – wenn auch eine gänzlich unzureichende und unverhältnismäßige. In der Bundesrepublik wie auch in der DDR und vielleicht erst recht im wiedervereinigten Deutschland sind diese Bücher mit Begriffen wie „Verlust“, „schmerzliche Lücke“ oder „Zerrissenheit der Nachlässe und Sammlungen“ verbunden. Sinnbild dieser Zerrissenheit ist sicher die 8. Sinfonie von Beethoven: Die Handschrift des ersten, zweiten und vierten Satzes sind in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt, der dritten Satz Tempo di menuetto indessen in der Biblioteka Jagiellońska in Krakau.

In Anlehnung an den Begriff der „Bibliomigrancy“ von B. Venkat Mani, wollen wir auf dieser Tagung Geschichten von Büchermigrationen zwischen Deutschland und Polen ab 1939 in den Mittelpunkt stellen. Die Wortneuschöpfung, die auf dem englischen Wort „Migrancy“ abgeleitet ist, deutet nicht so sehr auf ein Ereignis hin – die Migration von einem Land in ein anderes oder von einer Sprache in eine andere – als vielmehr auf einen Zustand, der

andauert und sich fortentwickelt. Bei dem Begriff „Bibliomigratorisch“ geht es ebenso um die Reise der Bücher in Raum und Zeit, wie auch um ihre sich wandelnde Semantisierung innerhalb geografischer, politischer, institutioneller und sprachlicher Räume. Neben der Migration der Bücher geht es auf unserer Tagung auch um ihre Stellung in den Institutionen, in die sie integriert oder in denen sie auch nur aufbewahrt werden. Wir wollen den wechselnden Status der Bücher erkunden wie auch das Verhältnis von Gedächtnis, Erinnern und Vergessen, das bis heute zwischen Polen und Deutschland brisant bleibt. Seit nunmehr 75 Jahren sind diese Bücher Gegenstand zweier völlig verschiedener nationaler Erzählungen. Von einigen Initiativen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abgesehen, sind sie auf eine politisch-symbolische Dimension der Kriegsfolgen reduziert. Die Bücher sind in Universitätsbibliotheken (Łódź, Kraków, Wrocław, Warszawa) aufbewahrt, doch oft ohne erklärenden Zusammenhang, unzureichend katalogisiert, ohne Eingabe von Provenienz, „Verlegt, verwahrt und vergessen“, wie ich an einer Voltaire-Ausgabe der Philosophie de l’Histoire von 1765 zeigen konnte. Und doch haben diese Bücher etwas Gemeinsames: Auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie geht es um Verlust- und Trauergeschichten. In ihrem programmatischen Aufsatz von 2017 mit dem Titel Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe plädierte Bénédicte Savoy für einen offenen Umgang mit der Provenienz kunsthistorischer Objekte auf ihren Wegen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts in die europäischen Sammlungen. Sie zeigte, wie Trauer dadurch überwunden werden kann, dass man die Geschichte von wechselseitiger Wirkung und Verflechtung als gemeinsames europäisches Erbe erzählt und teilt. Die Bücher, die uns hier interessieren, sind im Gegensatz zu den Objekten der Kunstgeschichte, die Savoy behandelt, selten in einer Museumsvitrine vorzufinden, sondern oft vernachlässigt und vergessen. Doch sind sie gleichermaßen Zeugnis einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die in eine Zeit weit vor 1939 zurückreicht. Der fast wahrgewordene Traum einer umfassenden erhabene Weltbibliothek, in der alle Bücher über die digitalen Medien friedenstiftend, überall zugänglich sind, hat auch etwas Abstraktes. Die Wiederentdeckung der „Lust am Buch“, wie Michael Hagner ausweist, geht mit Erzählungen, Provenienzforschung und subjektiver Aneignung einher. Auf dieser Tagung wollen wir die Bücher aus ihrem politischen toten Winkel herausholen und sie als lebendiges „Geschichtsding“ betrachten, samt ihrer „Biographie“ mit ihren kulturellen, sozialen und politischen Aspekten.

Avisierte Fragen und Themen

- Beispiele einzelner Bände aus polnischer oder deutscher Sammlungen, die im Krieg aus ihren institutionellen Kontext gerissen oder gar vollkommen zerstört wurden.

- Geschichte der Wege und der Wirkung einzelner Bände – auch als „vermisste“, abwesende, zerstörte Objekte im polnischen und deutschen kulturellen Gedächtnis.

- Stellenwert dieser Bücher im politischen und diplomatischen Diskurs sowohl in Polen wie auch in Deutschland. Können wir Schlüsselmomente in der Behandlung dieser diplomatischen Angelegenheit seit 1945 ausmachen, sowohl zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wie auch zwischen Polen und der Bundesrepublik?

- Was machen die wandelnde Kontexte mit dem Buchobjekt, aber auch, was bewirkt ein solches Buch in verschiedenen wechselnden sozialen und politischen Umfeldern?

Die Tagung wird in Kooperation mit und in den Räumen des Deutsches Historisches Instituts Warschau (DHIW) stattfinden. Das Deutsches Historisches Institut Warschau (DHIW) wird während der Tagung auch einen Übersetzungsdienst anbieten. Sprachen: Deutsch/ English/ Polnisch.

Frist für die Einreichung der Abstracts ist der 01. September 2021

Kontakt

dhi@dhi.waw.pl

Zitation
Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 21.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98476>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

31) Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland

Veranstalter
Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt
Veranstaltungsort
Zentralinstitut für Kunstgeschichte München

80333 München

06.04.2022 - 08.04.2022
Frist
08.08.2021
Von
Anna Baumgartner, Ludwig-Maximilians-Universität München

Ziel der Tagung ist zum einen, den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland zu reflektieren. Zum anderen werden aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutiert. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln. Die Tagung ist interdisziplinär angelegt und richtet sich an Kunsthistoriker:innen sowie Forschende aus den Osteuropa- und Polenstudien. Auch Beiträge aus weiteren Disziplinen sind willkommen.

Konzeption und Organisation: Anna Baumgartner, Christian Fuhrmeister, Nerina Santorius, Marta Smolińska

Die Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München plant vom 25. März bis zum 31. Juli 2022 in Kooperation mit den Nationalmuseen in Warschau, Krakau und Posen eine groß angelegte Ausstellung zur polnischen Malerei: „Stille Rebellen. Polnischer Symbolismus um 1900“. Diese Ausstellung ist Ausgangspunkt und Resonanzraum einer Tagung, in der wir zum einen den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland reflektieren und zum anderen aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutieren wollen. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln.

Gerade in den letzten Jahren waren Initiativen zur Erforschung der Rezeption der polnischen Kunst außerhalb Polens, Tendenzen der stärkeren Vernetzung mit polnischen Kunsthistoriker:innen sowie Projekte zur Geschichte der deutsch-polnischen Kunstbeziehungen zu beobachten. Diese stehen oft in Zusammenhang mit Forschungen zur „Globalisierung osteuropäischer Kunstgeschichten“ (Vgl. Beáta Hock / Anu Allas (Hg.): Globalizing East European Art Histories. Past and present, London / New York 2018) und der Hinterfragung des kunsthistorischen Kanons. Im Fokus stand dabei zuletzt die Kunst(geschichte) des 20. Jahrhunderts mit Themen aus der Performance-Kunst, der Architekturgeschichte, Denkmalpflege und seit Kurzem auch der Provenienzforschung. Transnationale und auf die Untersuchung von Verflechtung und Austausch ausgerichtete Theorie- und Methodenansätze wurden fruchtbar gemacht und lenkten den Blick auch auf Abgrenzungs- und Entflechtungsmechanismen, die gerade im spannungsreichen deutsch-polnischen Kontext immer wieder zu beobachten sind.

Nichtsdestotrotz nimmt die polnische Kunst(geschichte) in der deutschen Forschungs- und Museumslandschaft nur einen Nischenplatz ein. In Anbetracht der in Deutschland nur selten öffentlich rezipierten polnischen Kunst vergangener Epochen ist die kommende Ausstellung in der Kunsthalle München ein wichtiges Ereignis, zumal die Malerei des 19. und frühen 20. Jahrhunderts auch in den auf Osteuropa insgesamt ausgerichteten Initiativen bisher nur wenig Beachtung fand. Eine gewisse Aufmerksamkeit erhielten jedoch die in München zahlreich tätigen polnischen Maler:innen, die zuletzt aussagekräftig als Phänomen künstlerischer Migration untersucht worden sind. Eine gezielte Untersuchung der hochgradig transnational vernetzten und auch in anderen deutschen bzw. europäischen Kunstzentren tätigen polnischen Künstler:innen innerhalb der global zirkulierenden visuellen Kulturen des 19. Jahrhunderts ist bislang dennoch ein Desiderat, ebenso wie das zeitgenössische Kunstgeschehen in Polen jenseits des internationalen Galeriewesens.

Vor diesem Hintergrund soll der erste Teil der Tagung – mit Blick v.a. auf das 19. Jahrhundert – der Diskussion dieser Leerstellen gewidmet sein. Der Fokus liegt auf der deutsch-polnischen Perspektive, die aber in den europäischen und/oder globalen Kontext gesetzt werden soll. Die Beiträge aus der Kunstgeschichte oder den Polen- und Osteuropastudien sollten dezidiert das Potential neuer Forschungsansätze ausloten und sich beispielsweise mit Spannungen zwischen dem nationalen und transnationalen Paradigma, mit der Ver- und Entflechtung oder mit der (De-)Essentialisierung von Begrifflichkeiten oder Alterisierungs- bzw. (Selbst-)Exotisierungsmechanismen befassen. Auch infrastrukturelle Aspekte oder die Auswirkungen aktueller Kultur- und Ausstellungspolitik können thematisiert werden.

Im zweiten Teil der Tagung möchten wir das Untersuchungsfeld zeitlich ausweiten und neue theoretische Kontexte, Methoden und kuratorische Strategien diskutieren, die zur Überwindung jahrzehntelang tradierter Deutungsmuster beitragen können. Hierfür begrüßen wir erneut ausdrücklich interdisziplinäre Beiträge, die anhand innovativer werkorientierter Analysen alternative Sichtweisen auf das Schaffen polnischer Künstler:innen durch die Epochen hindurch bis heute entwickeln: Border (art) studies / Migration studies und Erinnerungsräume / Memory studies / Visual culture und Postcolonial studies / (Post)feminismen / Posthumanismus / Postanthropozentrismus / Ökologische Strömungen / Material turn und neuer Materialismus / Jenseits des Visuellen: Tastsinn, Geschmacksinn, Geruchsinn, Propriozeption, kinästhetischer Sinn / Körperlichkeit und Somästhetik / Kartographisches und geopoethisches Denken / Kritische Geographie etc.

Abschließend wollen wir das Potential dieser neuen methodischen Herangehensweisen evaluieren und sondieren, ob und wie diese Ansätze auch für die polnische Kunst früherer

Epochen, insbesondere das 19. Jahrhundert, fruchtbar gemacht werden können. Welche neuen Perspektiven könnte dies für die deutsch-polnischen Kunstbeziehungen bringen?

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (maximal 2.500 Zeichen) samt einem kurzen Lebenslauf (maximal 500 Zeichen) bis zum 08. August 2021 an: polishart@zikg.eu.

Geplante Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. In Ausnahmefällen werden auch Beiträge in anderen Sprachen akzeptiert. Die Vorträge sollen die Dauer von 20 Minuten auf keinen Fall überschreiten.
Die Veranstalter:innen haben Zuschüsse für Reise und Übernachtungskosten der Referent:innen beantragt. Werden diese bewilligt, können die Kosten übernommen werden.
Es ist geplant, ausgewählte Beiträge der Tagung in einem Sammelband zu veröffentlichen.

Die Tagung findet in Kooperation zwischen dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung, München, der Universität der Künste in Posen/Poznań, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft München sowie dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt statt.

Kontakt

polishart@zikg.eu

Zitation
Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98653>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

32) Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

Veranstalter
Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte
Veranstaltungsort
Schwabenakademie Irsee, Klosterring 4

87660 Irsee

08.04.2022 - 10.04.2022
Frist
30.09.2021
Von
Susanne Spieler, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Zentralinstitut für Kunstgeschichte

IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee, 08. bis 10. April 2022, in Kooperation mit dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte

„Herrliche schöne, wolgezierte und nutzbare Gärten“, so formulierte Johann Peschel in seiner „Garten-Ordnung“ (1597) pointiert die Funktion und Wahrnehmung von Gärten im semantischen Feld zwischen Zierde und Nutzen: eine in der Gartentheorie um 1600 häufig anzutreffende Polarisierung. Sie drückt den Aufstieg der Gartenkunst aus der Landwirtschaft aus und lässt zugleich in der Betonung der Zierfunktion die angestrebte Eingliederung der Gartenkunst in ein bestehendes theoretisches und Gattungssystem der Künste erkennen. Die Polarisierung von Nutzen und Zierde, von Natur und Kunst kann jedoch nur als ein Rahmensystem verstanden werden, in dem sich ein breiteres Spektrum von Gestaltungen und höfischen, städtischen, religiösen und wissenschaftlichen Nutzungskonzepten der Gärten im behandelten Zeitraum entwickelt. Befasst sich die internationale Forschung seit langem intensiv mit den Gärten italienischer Villen oder französischer Schlösser, so lassen sich in der Erforschung der deutschen Gartenkunst der Frühen Neuzeit Desiderate erkennen, sieht man von einzelnen gut bearbeiteten Anlagen wie etwa dem Heidelberger Schlossgarten (Hortus palatinus) ab. Die Desiderate sind sicherlich auch auf spärliche Überlieferung und mangelnde Auseinandersetzung mit vorhandenen Quellen zurückzuführen. Die Tagung nimmt daher die Reise- und Sammlungsbeschreibungen von Philipp Hainhofer zum Anlass, um die deutsche Gartenkunst in einem Zeitraum zu behandeln, der im mittleren 16. Jahrhundert mit einer gesteigerten Würdigung und Wertigkeit von Gärten und Pflanzenkultur einsetzt und etwa mit dem Erscheinungsdatum von Joseph Furttenbachs „Architectura Recreationis“ (1640) endet.

Beispielsweise könnten folgende Themengebiete aufgegriffen werden:
- Entwurf, Gestaltung, Bepflanzung und Ausstattung höfischer Residenzgärten und bürgerlicher Gärten in den Städten
- Pflanzenkultur und Pflanzenverwendung
- Handel, Tausch von Pflanzen und Samen
- Ausbildung und berufliche Situation von Gärtnern
- Gartentheorie
- das Verhältnis von Architektur und Garten
- Verbindung mit religiösen Praktiken (Einsiedeleien)
- der Garten als Ort wissenschaftlicher Zusammenkünfte
- der Blick auf und die Wahrnehmung und Beschreibung von Gärten (etwa in Reisejournalen)

- die Auseinandersetzung deutscher Reisender und Gärtner mit europäischen Modellen
- Gärten in der bildenden Kunst, Literatur oder Musik

Themenvorschläge (in deutscher oder englischer Sprache) für bislang unpublizierte Beiträge mit einer Zusammenfassung (maximal 2.000 Zeichen) und einem CV (mit Angaben der einschlägigen Publikationen) werden erbeten bis zum 30. September 2021 an: Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de.

Die Reise- sowie Übernachtungs- und Verpflegungskosten werden vom Veranstalter übernommen. Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Doktoranden sowie Wissenschaftler:innen der Post-doc-Phase werden ausdrücklich zur Bewerbung ermutigt.

Die Tagungsbeiträge sollen in einem von Andreas Tacke, Iris Lauterbach und Michael Wenzel herausgegebenen Sammelband in der Hainhoferiana-Schriftenreihe der Schwabenakademie Irsee beim Michael Imhof Verlag (Petersberg) im Frühjahr 2023 gedruckt vorliegen.

Den Rahmen der Philipp-Hainhofer-Kolloquien der Schwabenakademie Irsee bildet das Langzeitvorhaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) „Kommentierte digitale Edition der Reise- und Sammlungsbeschreibungen Philipp Hainhofers (1578–1647)“. Für das IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee konnte Prof. Dr. Iris Lauterbach vom Zentralinstitut für Kunstgeschichte (München) als Kooperationspartnerin gewonnen werden.

Kontakt

Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de

https://www.zikg.eu/aktuelles/nachrichten/call-for-papers-aspekte-deutscher-gartenkunst-irsee

---

Zitation
Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640). In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98663>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

33) "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Veranstalter
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

11.05.2022 - 13.05.2022
Anmeldefrist
31.07.2021
Von
Gero Faßbeck, Institut für Romanistik, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, welche wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken durch Flüsse in Gang gesetzt werden. Neben konkreten Flussräumen (z.B. Rhein, Donau, Oder, Rhône, Ebro, Tiber) soll es dabei auch um Fragen des methodischen Zugriffs auf räumliche Flussdynamiken gehen. Flüsse, so die leitende These, sind nicht nur passive Objekte wissenschaftlicher Beschreibung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstituierung von Räumen beteiligt.

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Flüsse sind (genauso wie Meere oder Gebirge) seit jeher ein prägender Bestandteil von Räumen. Sie dienen als natürliche Grenzen, formen den Charakter einer Landschaft und prägen das Bild ganzer Regionen. Für die Wahrnehmung eines geografischen Raumes spielen Flüsse daher eine ganz wesentliche Rolle. Entsprechend werden ihre Lage und ihr Verlauf aufs Genaueste beschrieben, vermessen und kartografiert. Als natürliche Gebilde konfrontieren sie den Menschen mit Gefahren (Hochwasser, Dammbrüche, usw.), deren Risiken durch Eingriffe in die Natur (z.B. Staudämme, Kanäle, Begradigungen) minimiert werden. Umgekehrt macht sich der Mensch das natürliche Potenzial von Flussräumen auch zu Nutze (z.B. Wasserkraft, Landwirtschaft). Flüsse sind jedoch nicht nur das passive Objekt wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstitution von Räumen beteiligt. Begreift man Flüsse als eigenständige Akteure im Rahmen einer Netzwerk-Theorie, so stellt sich die Frage, welche Dynamiken durch sie in Gang gesetzt werden.

In ökonomischer Hinsicht dienen Flüsse als wichtige Transport- und Verkehrswege. Sie sind Lebensadern der Wirtschaft, die zur Verflechtung von Wirtschaftsräumen beitragen. Ihre verkehrstechnische Nutzung zieht eine Vielzahl von juristischen Diskursen nach sich, die ihrerseits wieder neue Dynamiken erzeugen, indem sie (supra-)staatliche Gesetzgebungen anregen, aus denen neue Institutionen hervorgehen. In politischer Hinsicht sind Flüsse oftmals umkämpfte Grenzen oder Orte kriegerischer Auseinandersetzungen. Mitunter werden sie zur Projektionsfläche für nationale Diskurse, an denen sich langlebige Feindschaften ausbilden (z.B. Rhein, Oder-Neiße). Gleichzeitig bilden sie aber auch Räume des Kontakts, in denen kulturelle Transfer- und Austauschprozesse stattfinden. Flussräume sind somit exemplarische Räume der Abgrenzung und der Verflechtung. Als solche tragen sie entscheidend zur Herausbildung von Raumkulturen bzw. zur Entstehung von Kulturräumen bei (z.B. Donau, Rhein, Oder, Rhône, Tiber, Ebro). Nicht zufällig gilt der Fluss seit der Antike (Heraklit) als Sinnbild für Identitätsproblematiken schlechthin. Denn Flüsse konstituieren Räume mit erheblicher Beharrungskraft, die gerade deswegen konstant bleiben, weil sie immer in Bewegung sind.

Das paradoxe Verhältnis von Konstanz und Veränderung eignet sich auch für ästhetische Diskurse. Bereits im Mythos wird der Fluss als metaphorische Schwelle bzw. Ort des Übergangs markiert (z.B. Lethe, Rubikon). In der Bibel ist er ein Symbol für Reinigung und Heilung (z.B. Jordan). Überaus häufig begegnet man Fluss-Symboliken in Sagen, Märchen und Legenden (z.B. Loreley). Überhaupt scheinen Flussräume in besondere Weise anschlussfähig für eine Imagologie des Wassers zu sein. Daneben spielt der Fluss aber auch eine Rolle bei der Entstehung von Kulturtechniken (z.B. Baden, Schwimmen, Waschen, Kuren) und künstlerisch-diskursiven Praktiken (z.B. Rhein-Romantik). Letztere verbinden sich auffällig häufig mit Flussabschnitten, die als Knotenpunkte für Transferprozesse zwischen einzelnen Regionen dienen (z.B. Furten, Zusammenflüsse). Oftmals bilden diese Räume schon nach kurzer Zeit eigene „Kulturlandschaften“, d.h. räumliche Einheiten, die über bestimmte Merkmale verfügen und an denen sich ein einheitlicher „Stil“ (im Unterschied zu kurzfristigen Moden) entwickelt. Bezeichnenderweise haben sich Orte des Wissens (z.B. Bibliotheken, Klöster, Stifte) im Mittelalter bevorzugt an solchen Flussabschnitten angesiedelt, deren begünstigende Faktoren auch dazu beigetragen haben, künstlerische Praktiken zu verbreiten.

Im Rahmen der Tagung sollen sowohl konkrete Flussräume als auch einzelne der hier vorgestellten Flussdynamiken aus einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet werden. Das Verhältnis von Flussdynamiken und Raumkulturen soll dabei aus einer längeren historischen Perspektive untersucht werden, die den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. und 20. Jahrhundert abdeckt. Neben thematisch-inhaltlichen Aspekten sind insbesondere auch Beiträge erwünscht, die sich mit methodischen Fragen auseinandersetzen.

Mögliche Themen oder Fragestellungen der Beiträge könnten u.a. sein:

- Wie lassen sich Flussräume mit ihren spezifischen Eigenheiten und Verflechtungen über (nationale) Grenzen hinweg beschreiben?

- Wie lassen sich der Fluss und seine dazugehörigen Elemente (Strom, Quelle, Mündung Fließen, usw.) für eine Analyse von Raumkulturen / Kulturräumen operationalisieren?
- Welche Rolle spielen Flüsse für die Konstitution von Räumen? Welcher kulturellen Anstrengungen bedarf es, um Flüsse als räumliche Einheiten zu konstituieren?
- Inwiefern wird die Wahrnehmung von geografischen Räumen durch Flüsse gelenkt und welche Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Raumwahrnehmung verändert?
- Welche Art von wirtschaftlichen, politischen, ästhetischen und künstlerisch-diskursiven Dynamiken entstehen entlang von Flussläufen?

Die Tagung wird organisiert vom Forschungsverbund "Fluide Räume" der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu den beteiligten Fachdisziplinen gehören das Institut für Geschichte, germanistische Mediävistik, Romanistik und Kunstgeschichte.

Beiträge aus anderen als den genannten Disziplinen sind jedoch explizit erwünscht.

Die Tagung beginnt am Mittwoch, den 11. Mai 2022, und endet am Freitag, den 13. Mai 2022, jeweils gegen Abend. Veranstaltungsort ist das Haus der Universität Düsseldorf, Schadowplatz 14, 40212 Düsseldorf. Die Anwesenheit der Tagungsteilnehmer an allen drei Veranstaltungstagen ist erwünscht. Kosten für Unterkunft und Reise werden erstattet. Honorare können nicht gezahlt werden.

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (max. 2500 Zeichen) bis zum 31.07.2021 an Fluide.Raeume@hhu.de.

Veranstalter: Geographie Fehlanzeige! Warum?

Prof. Dr. Achim Landwehr
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Gebäude 23.32
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Guido Thiemeyer
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ricarda Bauschke-Hartung
Institut für Germanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.54
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Andrea von Hülsen-Esch
Institut für Kunstgeschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ursula Hennigfeld
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Dr. Gero Faßbeck
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Kontakt: Fluide.Raeume@hhu.de

Zitation
"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken. In: H-Soz-Kult, 03.06.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98109>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

34) IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

Veranstalter
Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald
Veranstaltungsort
Greifswald
Gefördert durch
Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF

17487 Greifswald

Vom - Bis
07.07.2022 - 09.07.2022
Anmeldefrist
10.11.2021
Von
Alexander Drost, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von gegenwärtigen und historischen Transformationsprozessen im Ostseeraum. In den Forschungsfeldern "Geteiltes Kulturelles Erbe", "Energietransformation", "Sicherheitsarchitektur", "Ländliche Räume", "Neue Nationalismen", "Nachhaltigkeit" sowie "Raum-Zeitliche Muster der Landnutzung" wollen wir den Wandel von Technologien, Bedeutungen, Werten und Traditionen in transformativen Prozessen und deren Auswirkungen auf die Region diskutieren.

IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

CALL FOR PAPERS

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von Transformationsprozessen im Ostseeraum. Die Gesellschaften des Ostseeraums müssen im Kontext von Klimakatastrophe, politischer Radikalisierung und wirtschaftlichen Herausforderungen einen grundlegenden Wandel gemeinsam bewältigen. Dieser betrifft gleichermaßen überholte Technologien und eingeübte Praktiken als auch die Bedeutungs- und Wertesysteme, die in Jahrhunderten aus Interaktion, Integration und gemeinsamer Problemlösungskompetenz hervorgegangen sind. Ohne erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsmodelle und Transportsysteme sowie deren Akzeptanz wird man den Wandel des Ostseeraums nicht angehen können. Gleichzeitig stehen Lebensräume und Leistungen auf dem Spiel, die die Gesundheits- und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ebenso

gefährden wie das kulturelle Erbe der gesamten Region. Neue Ideen und Ansätze müssen dabei nicht nur entwickelt, sondern ebenso übersetzt, beschrieben und vermittelt werden. Aufgrund ihres komplexen Charakters haben Transformationen in vielen Forschungsbereichen ihre Spuren hinterlassen. Wir laden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den folgenden Streams ein, um ihre Beobachtungen, Fragestellungen und Ergebnisse zu Transformationsprozessen im Ostseeraum zu teilen und interdisziplinär zu diskutieren. Die Tagung soll damit einen Beitrag zu einem verbesserten Verständnis der vielfältigen Fragmentierungsmechanismen in Transformationsprozessen liefern und helfen, übergreifende Fragestellungen interdisziplinär weiterzuentwickeln.
Im Stream „Geteiltes Kulturelles Erbe“ wollen wir ein gewandeltes Verständnis kulturellen Erbes am Beispiel verschiedener Formen von konfliktbehafteten und ungewollten Erbschaften (Monumenten, militärischen, industriellen Hinterlassenschaften), von Kulturlandschaften bis hin zu kulturellen Kanons und deren Neusemantisierungen diskutieren.
Im Stream „Energietransformation“ stehen rechtliche und sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Mittelpunkt der Diskussion, die unter anderem die ambivalente Position von „Nord Stream 2“ im Kontext erneuerbarer Energien beleuchtet. Ebenso laden wir Beiträge zur nachhaltigen Energieversorgung im ländlichen Raum und zur Diskussion eines einheitlichen Energiemarktes im Ostseeraum ein.

Im Stream „Sicherheitsarchitektur“ werden wir die sich verändernde politische, militärische und infrastrukturelle Situation im Ostseeraum diskutieren und begrüßen Beiträge zum NATO-Russland Verhältnis in der Region, militärischen Manövern und zur Rolle nationaler Sicherheitsinteressen im Kontext der anstehenden Transformationsprozesse.
Im Stream „Ländliche Räume“ laden wir zur Diskussion von Innovationen/Best-Practice-Beispielen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen des Ostseeraums ein. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl Fallbeispiele aus den Bereichen Gesundheitsversorgung, Entrepreneurship und Finanzierungssysteme als auch übergreifende Fragen der räumlichen Übertragung von Politiken (policy mobilities).

Im Stream „Neue Nationalismen“ stehen die Themen Geschichtskonstruktionen, Gendernarrative und Minderheitendiskurse neu-nationalistischer Bewegungen und Akteur*innen im Zentrum der Diskussion. Der Fokus liegt auf Erinnerungspolitik, nationalen Minderheiten und Minderheitenpolitik sowie sprachlichen bzw. soziolinguistischen Aspekten.
Im Stream „Nachhaltigkeitstransformation“ fokussieren wir auf die Rolle von Verhaltensänderungen im Transformationsprozess, den Wandel zu nachhaltigen Wirtschaftsformen und Einträge in die Ostsee. Diese Themen berühren zudem Fragen von Nutzungskonflikten, Nachhaltigkeitspolitik und Nachhaltigkeitspsychologie.
Im Stream „Raum-zeitliche Muster der Landnutzung“ begrüßen wir Beiträge zum Wandel der Landnutzung nach markanten Umbruchssituationen, u. a. dem Zusammenbruch des Ostblocks, Tschernobyl, oder dem Ukrainekonflikt.

Das Interdisziplinäre Forschungszentrum Ostseeraum bündelt die Forschungskompetenzen zum Ostseeraum an der Universität Greifswald und bietet internationalen Nachwuchs- und Gastwissenschaftler*innen ein innovatives Forschungsumfeld.
Im IFZO-Forschungsverbund „Fragmentierte Transformationen. Wahrnehmungen, Konstruktionen, Verfasstheiten einer Region im Wandel“ werden in sieben interdisziplinären Forschungsgruppen Transformationsprozesse zum neuen Verständnis des kulturellen Erbes, der Energiewende, dem Wandel von Sicherheitsarchitektur und Daseinsvorsorge, dem Aufkommen neuer Nationalismen, der Nachhaltigkeitstransformation und Landnutzung im Ostseeraum untersucht.

Panel- und Paper-Bewerbungen mit Titel, Abstract (300 Zeichen) und Kurz-CV per E-Mail bis zum 10. November an ifzo@uni-greifswald.de.

Kontakt

Dr. Alexander Drost
Universität Greifswald
Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO)
Bahnhofstraße 51
17489 Greifswald
ifzo@uni-greifswald.de

https://phil.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/ifzo/ifzo-neuigkeiten/ifzo-neuigkeiten-detailansicht/n/cfp-ifzo-konferenz-ostsee-im-austausch-transformationen-zwischen-konflikt-und-kooperation/

Zitation
IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“. In: H-Soz-Kult, 13.09.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-112800>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

35) Slavistiktag 2022

Veranstalter
Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter
Ruhr-Universität Bochum
44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022
Anmeldung bis:
15.01.2022

Von
Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktag ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavist:innen und Doktorand:innen aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm
- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt
slavtag2022@rub.de
https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de

Zitation
Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-97428>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

36) War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

Veranstalter
Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau

Veranstaltungsort
31007 Krakau
Vom - Bis
19.10.2022 - 22.10.2022
Frist
01.08.2021
Von
Kamil Ruszala, Institut für Geschichte, Jagellonen-Universität-Krakau

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: “War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923”.

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. Each of these remarkable events has brought together hundreds of scholars from all over the world to share their interest in Poland’s history, culture, and language. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. We have now begun planning for the continuation of this project, and we warmly

invite you to be part of this, the fourth International Congress of Polish History. In spite of the uncertainty and unpredictability that the pandemic has brought, we are going ahead with the organization of the Congress, firm in the belief that it will be possible for us all to meet safely in Kraków in October 2022. The theme of the Congress will be 'Cultural Encounters'. We set out to look at the history of the Polish lands through the lens of mutual relations and interaction and of the multiple cultural currents and models that have circulated in the country for centuries. Ideas, customs, identities and languages, have come together as if in a crucible, a laboratory, or a transhipment port. Cultural, ethnic, linguistic, religious, economic, demographic, and social diversity has always been a dominant note in Poland's past, and has left lasting traces in its cultural legacy and collective identity. As we invite our fellow scholars with research interests in Poland to Kraków, we hope to explore the dynamics, scale, and complexity of these interactions, probe the main channels of transmission and retransmission, and consider the outcomes for Poland of these cultural encounters. We have pledged to adopt the broadest possible definition of culture, to take account of both its elevated and popular registers.

As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: "War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923". Within this framework, we seek to reconsider the Polish territories as a meeting point of cultures and nations during the First World War and the early post-war periods. This extended historical moment saw the last gasp of land empires that died on the battlefield and the birth of a multi-cultural, post-imperial Polish state from the remnants of three empires. The process of imperial collapse and the construction of new nation states was accompanied by multiple cultural clashes in a context of lingering influences from pre-war times. We invite presentations examining various aspects of these cultural encounters including:

-The experience of non-Polish members of imperial armies stationed in Galicia or Congress-Poland (e.g., Austrians, Hungarians, Slovenes, Slovaks, Czechs, Romanians, Germans, Russians) and their interactions with local populations;

-Impressions of non-combatants during World War I and the border conflicts that followed it, including the experiences and observations of war reporters, politicians, diplomatic staff, intellectuals, artists etc.;

-Post-war realities, including the observations of staff and representatives (of non-Polish background) from international foreign missions after 1918 in the newly-created Second Republic of Poland;

-Post-war transitions such as shifts in a sense of belonging after the rise of new states, changes in self-identification on cultural grounds before and after 1918;

-People on move: wartime migrations (refugees, exile, internment, repatriations) and a cultural encounters;

-The remnants and cultural memory of empires and war, including the repurposing of physical remains such as fortresses, internment and POW camps, sites of memory such as monuments and cemeteries, artistic renderings of memory, or residual administrative practices carrying over from imperial rule and wartime, trying to ask where we find continuity and where we see rupture after 1918 with the earlier systems of rule;

-Cultural encounters in the early years of newly-created Poland after 1918, dominated by Poles but inhabited by other nations (Ukrainians, Jews, Belarussians and Germans), whose

sense of belonging was different (especially those arising as a consequence of long-lasting conflicts).

Any other potential contributions linking cultural encounters and Polish territory in WW1 are warmly welcome.

The 4th Congress is scheduled for October 19–22, 2022 and will be held in Kraków. The languages of the Congress will be English and Polish. For our panel “War and Diversity” we invite up to 8 speakers and discussants, all contributions should be approximately 20 minutes in length. Please submit proposals of approximately 250 words to Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu) and Kamil Ruszała (kamil.ruszala@uj.edu.pl) by August 1, 2021. The complete roster of speakers will be announced by the end of Summer 2021. Congress organisers are seeking funds for lodging in Kraków and to cover travel expenses (especially for non-European scholars). Further details will be provided later.

Panel moderators plan to follow-up after the Congress and collect contributions to publish in a journal as a special issue.

Kontakt

Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu); Kamil Ruszała (kamil.ruszala@uj.edu.pl)

Zitation
War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98951>.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

C.a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland Seiten 565 - 574

Ausstellung

01) Utopie Kulturforum. Transformation eines Stadtviertels

Eine gemeinsame ‚Wander'-Ausstellung der St. Matthäus-Kirche, der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie, der Kunstbibliothek, des Kunstgewerbemuseums und der Staatsbibliothek zu Berlin

27. August – 31. Dezember 2021
Montag – Sonnabend, 08 – 22 Uhr
Sonn- und Feiertage geschlossen

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch aktuell in unserem Ausstellungsblog unter http://sbb.berlin/ausstellungen über die tägliche Öffnungszeit und die Zugangsbedingungen.
Eintritt frei

Staatsbibliothek zu Berlin
Foyer
Potsdamer Straße 33
10785 Berlin

Alle Informationen finden Sie hier: **<*https://blog.sbb.berlin/termin/ausstellung-utopie/*>**

Im Augenblick ist es uns leider nicht möglich, Führungen in unseren Häusern anzubieten.
Die in Berlin geltenden Vorschriften zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie sind im Hinblick auf Personenzahl und Abstandsmaße nicht mit unserem regulären Führungsangebot einzuhalten.
Bitte achten Sie auf unsere Webseiten - wenn Führungen wieder möglich sind, werden wir dort informieren.

Aktuelle Covid 19-Hygieneregeln für den Besuch in unseren Häusern: Covid-19 | Hygienekonzept | Staatsbibliothek zu Berlin (staatsbibliothek-berlin.de)

Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Corona-Situation. In unserem Blog halten wir Sie stets auf dem Laufenden.

02) Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat ereichen Sie zur Zeit:
Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr
Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163
museum@ba-ts.berlin.de

+++ *Aktuell* +++

Ab Samstag 24. April 2021 sind alle Standorte der Museen Tempelhof-Schönerg im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes bis auf Weiteres geschlossen!

Wir freuen uns darauf, Sie hoffentlich bald wieder in unseren neuen Ausstellungen zu begrüßen zu können, sobald die aktuelle Lage in Berlin eine Wiedereröffung der Kultureinrichtungen ermöglicht.

Bleiben Sie zuversichtlich.
Ihr Team der Museen Tempelhof-Schöneberg

KUNST KULTUR GESCHICHTE

AUGUST BIS OKTOBER 2021

ab AUGUST

DEZENTRALE KULTURARBEIT

PSCODE – Searching for Passing Sounds
Installation

noch bis SO 8.8.

SCHÖNEBERG MUSEUM

Enthüllte Schätze – 101 Jahre Schöneberger Kunstdepot
Kunstausstellung

noch bis SO 8.8.

HAUS am KLEISTPARK | Projektraum

Dark Whispers – Fotografien von Beatrice Minda
Ausstellung

noch bis SO 15.8.

HAUS am KLEISTPARK

Deceleration
Ausstellung zum Kunstpreis des Haus am Kleistpark

noch bis MI 25.8.

GALERIE im TEMPELHOF-MUSEUM

10. Tempelhofer Kunstausstellung

noch bis MI 29.9.

GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE

Ausgeblendet – Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin | Sonderausstellung

noch bis DO 30.9.

WIR WAREN NACHBARN

Von der Stadt zur City – 100 Jahre Großberlin
Am Beispiel des Ausstellungssaals im Rathaus Schöneberg

noch bis SO 10.10.

TEMPELHOF MUSEUM

»Kommt schwimmen« – Das Seebad Mariendorf 1876–1950
Sonderausstellung

noch bis SO 31.10.

INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER

Nägel
Eine Installation von Sonya Schönberger

DO 5.8.
19 UHR

INFORMATIONSORT SCHWERBELASTUNGSKÖRPER

Fritz Feilcke – Vom NS-Werksdirektor zum Träger des Großen Verdienstkreuzes | Vortrag von Kathrin Misterek

FR 6.8.
10–12 UHR

DEZENTRALE KULTURARBEIT

Etwas wagen (Herz, Hand, Verstand)
Ökofeministische Vorlesereihe

SA 7.8.
12–19 UHR

JUGEND MUSEUM

Das Jugend Museum beim **Nachbarschaftsfest** am Rathaus Schöneberg

SO 8.8.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM

Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 13.8.
10–12 UHR

DEZENTRALE KULTURARBEIT

Etwas wagen (Herz, Hand, Verstand)
Ökofeministische Vorlesereihe

SO 15.8.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM

Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 20.8.
18 UHR
– SA 21.8.
12 UHR

DEZENTRALE KULTURARBEIT

Polterabend
Theater

FR 20.8. – SO 17.10.

HAUS am KLEISTPARK | Projektraum

Living Room – Jana Sophia Nolle
Ausstellung

SA 28.8. – SO 31.10.

HAUS am KLEISTPARK

Junimond – Fotografien von Anna Lehmann-Brauns
Ausstellung

SA 28.8.
14–20 UHR

KINDERMUSEUM | ALTE MÄLZEREI

Sommerfest in der Alten Mälzerei Lichtenrade
Feiere mit und iss dich schlau!

SA 28.8.

DEZENTRALE KULTURARBEIT

Hassan Elmalik – Mit der Oud durch die Welt
Konzert

MI 1.9. — IM STADTRAUM
Stolperstein-Verlegungen
Gedenkveranstaltung

MI 1.9. – DO 30.9. — JUGEND MUSEUM
Mitbestimmung jetzt! | Aktionen zum Superwahljahr im Rahmen von »Discover History – Act now!«

FR 3.9. – SO 14.11. — GALERIE im TEMPELHOF-MUSEUM
Dear Käthe – Claudia Balsters und Hannah Goldstein
Ausstellung

FR 10.9. 19 UHR — SCHÖNEBERG MUSEUM
Loretta Walz und **Sonya Schönberger** im Gespräch über die Arbeit mit Zeitzeugenarchiven

SO 12.9. 14–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SO 12.9. 20:30 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
Terra Madre – Un Inno alla Vita
Körper-Performance, bewegte Bilder und Musik

SO 19.9. 14–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 24.9. + SA 25.9. + SO 26.9. 19:30 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
WILD ACCESS
Performance

ab OKTOBER — DEZENTRALE KULTURARBEIT
Briefe aus Nahariya
Fotoausstellung

DO 7.10. – SO 10.4.22 — SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner im Dialog mit historischen Aufnahmen | Ausstellung

SA 9.10. + SO 10.10. 13–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Film ab! Dreh deinen eigenen Trickfilm
Workshop im Rahmen des KinderKulturMonats

SA 9.10. + SO 10.10. jeweils 18:30 + 20:30 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
LIGHT
Konzert

SO 10.10. 14–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

ab MO 11.10. — JUGEND MUSEUM
Herbstferien im Jugend Museum
Kreative Workshops für Groß und Klein

SO 17.10. 14–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier Jugend Museum
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SA 23.10. 19 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
Weggehen – Ankommen – verwandelnd Erhalten
Musikalisch-literarische, deutsch-israelische Erkundung

FR 29.10. – SO 12.12. — HAUS am KLEISTPARK | PROJEKTRAUM
Woman – Fotografien von Birgit Kleber
Ausstellung

SA 30.10. 13–17 UHR — JUGEND MUSEUM
Reise in die Vergangenheit
Workshop im Rahmen des KinderKulturMonats

SA 30.10. 16 UHR — DEZENTRALE KULTURARBEIT
Meine Schwester saß den ganzen Tag am Cembalo
Szenisches Familienkonzert für jedes Alter



Thälmannplatz, Berlin, 1949, Foto: Schumann (Postkartendetail)

Eine Ausstellung des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. in Kooperation mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz.

GEDENKORT SA-GEFÄNGNIS PAPESTRASSE

SA 29.5. – MI 29.9.

Ausgeblendet
Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost-Berlin

Sonderausstellung

Im Stadtbild Berlins finden sich heute zahlreiche Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Mahnmale, die an die nationalsozialistischen Verbrechen erinnern. Der Einrichtung vieler dieser Orte – gerade, wenn es sich um sogenannte Täterorte handelt – ging jedoch eine lange Geschichte des Ausblendens und Verschweigens sowie politischer Auseinandersetzungen voraus.

Die Ausstellung **Ausgeblendet** erzählt von diesem schwierigen Prozess der Sichtbarmachung in Ost-Berlin vor und nach der deutschen Wiedervereinigung.

Ort: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin

03) „Kommt Schwimmen“. Das Seebad Mariendorf 1876 – 1950
Tempelhof-Museum, 07.05. bis 10.10.2021





04) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht
28.04. bis 17.10.2021, Topographie des Terrors



Ausstellung

Fritz Bauer gehört zu den bedeutendsten und juristisch einflussreichsten jüdischen Remigranten im Nachkriegsdeutschland. Gegen erhebliche Widerstände brachte er als Staatsanwalt wichtige Strafverfahren gegen NS-Täter auf den Weg, insbesondere den Frankfurter Auschwitz-Prozess. Einen entscheidenden Anteil hatte er auch an der Ergreifung Adolf Eichmanns, dem als ehemaligen Leiter des „Judenreferats" im Reichssicherheitshauptamt in Israel der Prozess gemacht wurde.

Die Ausstellung dokumentiert mit vielen Originalobjekten sowie Ton- und Filmaufnahmen Fritz Bauers Lebensgeschichte im Spiegel der historischen Ereignisse. 1930 zum jüngsten Amtsrichter der Weimarer Republik ernannt, wurde er während der NS-Zeit als Jude und Sozialdemokrat verfolgt. Er floh aus Deutschland und kehrte 1949 zurück. Fritz Bauers Auffassung, ein Staatsanwalt habe in erster Linie die Menschenwürde zu schützen, gerade auch gegen staatliche Gewalt, revolutionierte das überkommene Bild dieses Amtes – ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung in der frühen Bundesrepublik.

Exhibition

Fritz Bauer was one of the most important and legally influential returned Jewish emigrants in post-war Germany. As a district attorney, he initiated important criminal proceedings against Nazi perpetrators, in particular the Frankfurt Auschwitz trial, despite considerable opposition. He also played a decisive role in the capture of Adolf Eichmann, who was put on trial in Israel for his crimes as former head of the "Jewish Affairs Section" at the Reich Security Main Office.

This exhibition documents Fritz Bauer's life history in the context of broader historical events, using original exhibits, sound and film recordings. A Jew and Social Democrat who, in 1930, became the youngest district judge in the Weimar Republic, he was subject to persecution in the Nazi period. He escaped Germany, returning only in 1949. Fritz Bauer's view that a district attorney is first and foremost responsible for protecting human dignity, especially against state violence, revolutionized the traditional view of this office – an important step forward in democratization in the early Federal Republic.

Begleitprogramm

DIENSTAG, 13. JULI 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Umgang mit der NS-Vergangenheit
Vorträge und Lesung
Prof. Dr. Lena Foljanty, Wien
Dr. David Johst, Halle
Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Berlin

DIENSTAG, 31. AUGUST 2021, 19 UHR
Diener des Rechts und der Vernichtung. Das Verfahren gegen die Teilnehmer der Konferenz von 1941 oder: Die Justiz gegen Fritz Bauer
Buchpräsentation: Christoph Schneider, Frankfurt/M.
Moderation: Dr. Tobias Freimüller, Frankfurt/M.

DIENSTAG, 12. OKTOBER 2021, 19 UHR
Fritz Bauer und der Auschwitz-Prozess
Vortrag: Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Frankfurt/M.
Moderation: PD Dr. Annette Weinke, Jena

Ob die Veranstaltungen, wie geplant, im Auditorium des Dokumentationszentrums stattfinden können oder als Livestream angeboten werden, steht derzeit noch nicht fest. Bitte informieren Sie sich kurzfristig unter www.topographie.de.

Titelfoto | Title photo
Fritz Bauer, 1965
© fotografie stefan moses, München

Brandenburg-Preußen Museum
Wustrau

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

05) (K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung, bis 05.12.2021

Besucherinformation Mai 2021 - Museum öffnet wieder ab 7. Mai 2021

Liebe Freunde und Freundinnen des Brandenburg-Preußen Museums,

wenige Tage nach Eröffnung einer der schönsten Sonderausstellungen unseres Museums haben wir leider wegen der Corona-Infektionszahlen in unserem Landkreis wieder schließen müssen.
Nun haben die Maßnahmen offenbar Erfolg gezeigt, ab Freitag und auch am kommenden Wochenende ist das Brandenburg-Preußen Museum wieder offen und hoffentlich auch darüber hinaus. Und wir freuen uns, Ihnen die Sonderausstellung

(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

zu zeigen.

Es gibt noch eine gute Nachricht aus Wustrau: Gemeinsam mit der Gemeinde Fehrbellin haben wir zwei sehr schöne und ganz unterschiedliche Rundwanderwege ab und nach Wustrau entwickelt, die nun ausgeschildert sind und der Wanderer harren, die den Frühling in der Natur genießen wollen. Der Zieten-Rundweg ist 5,8 km lang, er führt über den Rhin und dann nach links durch Wald und Wiese nach Altfriesack und entlang dem Ruppiner See zurück. Der Constanze-Rundweg ist 8,5 km lang und führt durch den historischen Dorfkern, knickt dann am preußischen Meilenstein links ab nach Buskow und führt in einer Schleife zum See und dann am See entlang zurück nach Wustrau – besonders für Vogelliebhaber zu empfehlen. In den Bäumen und Büschen herrscht Hochbetrieb. Für jeden der beiden Wanderwege hängt eine Karte dieser E-Mail an.

Auf Ihrer Wanderung können Sie täglich Fischbrötchen in der Fischerei Pfefferkorn bekommen und am Wochenende auch Kaffee und Kuchen im Café Constance. Sonntags bei schönem Wetter gibt es Essen im Theodors und voraussichtlich ab Pfingsten Eis im Birdegg´s. Wir hoffen sehr, dass ab Pfingsten die Gastronomie zumindest außen wieder öffnen kann.

Da wir nur eine begrenzte Zahl von Besuchern gleichzeitig ins Museum lassen dürfen und für Museen eine Anmeldepflicht angeordnet ist, buchen Sie bitte über unsere Homepage ein Zeitfenster oder rufen Sie uns bitte vorher unter 033925 / 70 798 an bzw. senden Sie bitte eine E-Mail, damit wir Ihnen Ihre Besuchszeit reservieren.

Herzliche Grüße, und bleiben Sie gesund!
Ihr Brandenburg-Preußen Museum

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche…“ Brandenburg-Preußen Museum Wustrau:
Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021



C. b) Ausstellungen außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten 575 - 598

01) Erst Pilger, dann Touristen. Westpreußenmuseum: Attraktive Reise-Destination gestern und heute

Erst Pilger, dann Touristen

Westpreußenmuseum: Attraktive Reise-Destinationen gestern und heute.

Reisen ist längst nicht nur der Deutschen liebstes Hobby und auch kein Phänomen der Gegenwart. Bereits in früheren Jahrhunderten gab es die Sehnsucht nach fremden Orten. Das Westpreußischen Landesmuseum in Warendorf zeigt bis Mitte Oktober eine Sonderausstellung mit dem Titel „Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt".



Dr. Martin Steinkühler in der aktuellen Sonderausstellung.

Bei einem Rundgang durch die Schau erläuterte der Ausstellungskurator, Dr. Martin Steinkühler, die beiden Schwerpunkte der Präsentation. Zum einen geht es um einen historischen Überblick zu den Beweggründen der Menschen, die schon immer zu verschiedenen Destinationen unterwegs sein wollten. Zum anderen werden beeindruckende Landschaften in Westpreußen vorgestellt, die sowohl früher als auch heute attraktiv sind.

„Die Ausstellung soll die Besucher informieren und ihnen vor allem Lust machen, die westpreußischen Landschaften näher kennenzulernen", betont Dr. Steinkühler.

Reisen anno dazumal & heute

Beim historischen Rückblick wird in der Sonderausstellung anhand von informativen Bild- und Texttafeln, Gemälden, Reiseführern, Büchern und Archivfotografien aufgezeigt, dass sich Menschen schon in früheren Jahrhunderten gruppenweise auf Reisen in weit entfernte Regionen begaben. Sie taten dies oftmals aus klar definierten oder von außen vorgegebenen Gründen. So etwa suchten die Pilger des Mittelalters ihr Seelenheil durch Vergebung ihrer Sünden. Die Hansekaufleute wiederum reisten in Erwartung eines lohnenden Geschäftes durch die Welt und Adelige unternahmen Kreuzzüge in den östlichen Teil Europas, um Ruhm und Ansehen zu erzielen. Hinzu kommen neugierige Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, die auf der Suche nach dem Neuen und nach bislang unentdeckten Orten waren.

Erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts begann eine Entwicklung, die das Reisen auch für den „normalen" Bürger interessant machte – sofern man die nötigen finanziellen Mittel hierfür aufbrachte. Mit dem „Reisen um des Reisens willen" war der Grundstein für den heutigen Massentourismus gelegt.

So wurde auch die frühere preußische Provinz Westpreußen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts mehr und mehr für Besucher interessant. Bädertouristen suchten die Seebäder an der Ostsee auf, Kunst- und Kulturinteressierte zog es in die alten Hansestädte Danzig und Thorn oder zu den mittelalterlichen Baudenkmälern des Deutschen Ordens, während die Landschaftsliebhaber die wald- und seenreiche Kaschubei aufsuchten.

Der zweite Teil der Ausstellung dokumentiert anhand von Fotografien und Farbdrucken heutige attraktive Reiseziele. Dazu zählen nicht nur naturbelassene Landschaften und Strände entlang der Frischen Nehrung und des Frischen Haffs, sondern auch die mittelalterlichen Altstädte und UNESCO-Welterbestätte.

Die ausgestellten Exponate stammen größtenteils aus den Beständen des Westpreußischen Landesmuseums, sind aber auch Leihgaben von grenzüberschreitenden Museumspartnern sowie von musealen Einrichtungen aus der Umgebung.

Vorträge & Dia-Reportagen

Im August startete das Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt" mit dem Vortrag der Archäologin Ulrike Steinkrüger M. A., Münster, unter dem Motto „Das Ziel ist der Weg – Auf den Spuren mittelalterlicher Jakobspilger durch Westfalen".

Jeweils donnerstags, um 18 Uhr, finden weitere Veranstaltungen statt.

Am 2. September hält Dr. Christoph Hinkelmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutsch-Baltischer Abteilung in Lüneburg, den Vortrag „Ostpreußen als Reiseland – vor 1945".

Am 9. September zeigt das Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen eine Dia-Reportage mit dem Titel „Pommern, Westpreußen und Danzig – Eine Reise zwischen Oder, Ostsee und Weichsel".

Am 14. Oktober ist eine weitere Dia-Reportage des Kulturreferats geplant, diesmal unter dem Motto „Schlesien, eine Reise von Görlitz nach Breslau, ins Riesengebirge und nach Oberschlesien".

Tipp: Pandemiebedingt dürfen pro Vortrag nur 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zugelassen werden. Daher wird um Voranmeldung unter Telefon: 02581/92 777-0 gebeten. Teilnehmen dürfen geimpfte, genesene und getestete Personen. Da sich während der Pandemie aber auch kurzfristig manches ändern kann, sollte man vorab tagesaktuelle Informationen auf der Homepage des WPLM einsehen.

Dieter Göllner



Fotografien und Farbdrucke von attraktiven Reisezielen.

Aus: DOD 04/2021, Seiten 23-24

WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
  Franziskanerkloster
  Klosterstraße 21
  48231 Warendorf

- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
  02581 92777-13

- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
  02581 92777-0
- *per Fax:*
  02581 92777-14
- *per E-Mail:*
  sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

02) Die schönsten Wochen des Jahres. Reise(n) einst und jetzt
01. Juli bis 17.Oktober 2021



Plakat „Dieses Jahr Danzig Zoppot“. Farbdruck von Bruno Paetsch, Danzig o. J. (1930er Jahre).

Reisen – der Deutschen liebstes Hobby. Jahrzehntelang war der Tourismus zudem ein stetig wachsender Wirtschaftszweig – allein 2019 unternahmen die Deutschen insgesamt 70,1 Millionen Urlaubsreisen – bis die Corona-Pandemie dieser Entwicklung 2020 und 2021 erst langsam, dann umfassend ein Ende bereitete. Aber das Reisen an sich war auch in vergangenen Zeiten durchaus schon ein Massenphänomen – wenn auch oft aus anderen Gründen als heute.
Wer sich in früheren Jahrhunderten auf eine Reise in weiter entfernte Regionen begab, tat dies oftmals aus klar definierten oder von außen vorgegebenen Gründen: Pilger des Mittelalters suchten ihr Seelenheil durch Vergebung ihrer Sünden, Hansekaufleute reisten in Erwartung eines lohnenden Geschäfts, Adelige begaben sich für Ruhm und Ansehen auf Kreuzzüge in den östlichen Teil Europas und Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen suchten das Neue, bisher Unentdeckte oder Unpublizierte.



Kahlberg/Krynica Morska ist heute der Hauptferienort auf der Frischen Nehrung. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zog es Urlauber und Ausflügler aus Elbing und Frauenburg hierher. Postkarte, 1928.

Erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts begann eine Entwicklung, die das Reisen auch für den „normalen“ Bürger interessant machte – sofern man die nötigen finanziellen Mittel hierfür aufbrachte. Mit dem „Reisen um des Reisens willen“ war der Grundstein für den heutigen Massentourismus gelegt.

So kam auch die frühere preußische Provinz Westpreußen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts mehr und mehr als Reiseziel in Betracht – Bädertouristen suchten die Seebäder an der Ostsee auf, Kunst- und Kulturinteressierte zog es in die alten Hansestädte Danzig und Thorn oder zu den mittelalterlichen Baudenkmälern des Deutschen Ordens, während die Naturfreunde die wald- und seenreiche Kaschubei aufsuchten.

Die Ausstellung im Westpreußischen Landesmuseum folgt ihren Spuren, präsentiert aber vor allem Impressionen der heutigen attraktiven Reiseziele, die von mittelalterlichen Altstädten, UNESCO-Welterbestätten, beeindruckenden Landschaften bis zu den Stränden entlang der Frischen Nehrung und des Frischen Haffs reichen.

BEGLEITVERANSTALTUNGEN ZUR SONDERAUSSTELLUNG:

Das Begleitprogramm zur Ausstellung umfasst unter anderem Vorträge zu „Ostpreußen als Reiseland“ und „Das Ziel ist der Weg – Auf den Spuren mittelalterlicher Jakobspilger*innen durch Westfalen“.
Die genauen Termine entnehmen Sie bitte unserer Homepage und der Tagespresse.

Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Museumsbesuch über die aktuell gültigen Coronaschutzauflagen unter

www.westpreussisches-landesmuseum.de und www.mags.nrw.

Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

LWL Für die Menschen. Für Westfalen-Lippe.

WARENDORF DIE STADT

Trägerin des Museums:
KULTURSTIFTUNG WESTPREUSSEN

03) Natur in Farbe und Struktur. Malerei und Zeichnung von Friedrich Kreuzberg

08.07. bis 30.09.2021, Westpreußisches Landesmuseum

Das Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Westpreußischen Landesmuseum aktuelle Werke des Warendorfer Künstlers Friedrich Kreuzberg.

Termine (mit Voranmeldung):

08. August 2021, 15.00 Uhr
12. September 2021, 15.00 Uhr

Auf Anfrage sind während der Ausstellungsdauer weitere Führungen mit Friedrich Kreuzberg möglich.
Tel.: 02581 92 777 0

info@westpreussisches-landesmuseum.de

04) Newsletter des Westpreußischen Landesmuseums vom 09. August 2021



Pilgerweg in Warendorf. *Foto: Steinkrüger*

Die Archäologin **Ulrike Steinkrüger** führt das Publikum auf historischen Wegen in eine ganz spezielle Art des Reisens ein: das Pilgern. Am Beispiel der Wege, die mittelalterliche Jakobspilger*innen nach Santiago de Compostela durch Westfalen genutzt haben, kommen auch zahlreiche Spuren zutage, die die Pilgernden damals hinterlassen haben. Wie sahen solche Wege im Mittelalter eigentlich aus? Und wie können sie rekonstruiert werden? Innerhalb eines Projekts der Altertumskommission für Westfalen (LWL) hat Ulrike Steinkrüger dies jahrelang erforscht und für heutige Pilgernde wieder sichtbar gemacht. Auch Warendorf ist seit 2015 an das Netz der europäischen Jakobswege angeschlossen. Also machen auch Sie den Weg zu Ihrem Ziel und begeben Sie sich mit uns auf die Spuren mittelalterlicher Jakobspilger*innen durch Westfalen.



Reiseprospekt Ostpreußen. *Foto: Ostpreußisches Landesmuseum*

Erst im ausgehenden 18. Jahrhundert begann man, andere Regionen und weiter entfernt liegende Orte wegen ihrer Geschichte, Bauwerke, Bibliotheken usw. zu besuchen. Diesen „Gelehrten-Reisen“ gesellten sich im 19. Jahrhundert Erholungsreisen hinzu, die zunehmend auch nach Ostpreußen führten. Der Erste Weltkrieg bildete eine Zäsur, doch in den 1920er und 1930er Jahren entwickelte sich der Tourismus zu einer wichtigen Einnahmequelle im geographisch abgetrennten und v.a. landwirtschaftlich geprägten Ostpreußen.

Ostpreußen warb mit guter Infrastruktur, moderaten Preisen für Reisen im Land ebenso wie für Übernachtungen und deutschlandweit bekannten Reisezielen. Innerhalb des Landes gelangte man mit Kleinbahnen, der Kraftpost und anderen Omnibusverbindungen sowie dem PKW zum Ziel. Für letztere gab die Mineralölfirma Shell die besten Straßenkarten heraus. Zwölf Gebiete bildeten den Schwerpunkt der Reiseziele: das Weichselland, die Frische Nehrung, Stadt und Landkreis Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung, das Ermland, das Oberland, Masuren, das Pregeltal, der Nordosten, die Rominter Heide sowie die immer mitberücksichtige Freie Stadt Danzig. Ferner lockten die größeren und attraktiveren Städte mit ihren Besonderheiten und ihrem Umland ebenso wie wichtige Gedenkstätten, z.B. die Abstimmungsdenkmale oder das „Reichsehrenmal“ Tannenberg, die an die Kämpfe im und die Volksabstimmung nach dem Ersten Weltkrieg erinnerten, Bildungsreisende und „Sommerfrischler“ in die entlegene Provinz. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs endete diese Epoche.

Bereits eine Woche später, am **09. September**, präsentieren wir in Kooperation mit dem **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** die Diareportage „Pommern, Westpreußen und Danzig“.



Das Rathaus in Breslau. *Foto: Kulturreferat Westpreußen*

Das hintere Pommern bildet den Ausgangspunkt der Dia-Reportage des Berliner Journalisten und Fotografen Roland Marske. Die Reise führt von Stettin entlang der Ostsee an die untere Weichsel, in die ehemalige preußische Provinz Westpreußen mit seiner Hauptstadt, dem tausendjährigen Danzig.

Traumhaft schöne Bilder nehmen die Betrachtenden auf diese Reise mit: An die pommersche Küste, wo sich malerische Steilküsten mit endlosen weißen Stränden abwechseln, in die traditionsreichen Ostseebäder mit ihrem heiteren, fast mediterranen Treiben, zu den alten Schlössern des pommerschen Landadels, in alte Hansestädte und zu den mächtigen backsteinernen Burgen der Deutschordensritter zwischen Thorn und Danzig.

Die Wege zu all diesen Höhepunkten führen immer wieder über alte, schattige Alleen, vorbei an verschlafenen Dörfern, durch die schier endlose pommersche Weite. Es ist ein stilles Land, wie geschaffen, die Seele baumeln zu lassen und sich mit dem Zug der Wolken in den Himmel zu träumen…

Bereits eine Woche später, am **09. September**, präsentieren wir in Kooperation mit dem **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** die Diareportage „Pommern, Westpreußen und Danzig“.

Den Abschluss unserer kleinen Reihe bildet am **14. Oktober** eine weitere Diareportage. Diesmal nehmen das Museum und das **Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen** Sie mit auf eine Reise in eine andere ehemals preußische Provinz: Schlesien.



Der Lange Markt in Danzig. *Foto: Kulturreferat Westpreußen*

In seiner wechselvollen Geschichte gehörte das Land reihum zu Polen, Böhmen, Österreich und Preußen. Seit 1945 gehört es zur Republik Polen. Nach den schweren Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg erstrahlen vielerorts die frisch restaurierten, historischen Ensembles von Marktplatz, Rathaus und Bürgerhäusern heute wieder im alten Glanz. Und Breslau, der alte kulturelle Mittelpunkt Schlesiens, zählt inzwischen gar zu den schönsten Städten Europas. Auf mehreren Reisen machten der Berliner Journalist und

Fotograf Roland Marske und Magdalena Oxfort, Kulturreferentin am Westpreußischen Landesmuseum immer neue Entdeckungen und neue Fotos.

Wir würden uns freuen, wenn diese Angebote Ihr Interesse finden würden. Der Eintritt beträgt jeweils 2,50 Euro.

Pandemiebedingt dürfen wir pro Vortrag nur 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zulassen. Wir bitten daher um Voranmeldung unter Tel.: 02581 / 92 777-0. Teilnehmen dürfen geimpfte, genesene und getestete Personen. Da sich während dieser Pandemie auch kurzfristig so manches ändern kann, bitten wir Sie, sich auch kurzfristig über die Tageszeitung, unsere Homepage oder auf der Seite mags.nrw über die tagesaktuellen Coronavorschriften zu informieren.

Herzliche Grüße aus dem Westpreußischen Landesmuseum!

05) 04.09. bis 28.11.2021, Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen:
Kann Spuren von Heimat enthalten. Grenze ist nur ein Wort.
Ausstellung zu tschechisch-deutschen Begegnungen



Ob böhmische Knödel, Königsberger Klopse, Karlsbader Oblaten, Königsberger Marzipan, Liegnitzer Bomben, Bärenfang und Kroatzbeere oder das berühmte Schlesische Himmelreich – mit solchen Speisen und Getränken verbinden die Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler ein Stück Heimat. Sie brachten nach dem Zweiten Weltkrieg als „ideelles Gepäck" nicht nur eigene Küchentraditionen und Rezepte, sondern auch unternehmerisches Wissen mit.

Mehr als 800 Jahre zurück reicht die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Über die Jahrhunderte entwickelten die deutschen Bewohner in jedem Land und jeder Region eigene Rezepte für Speisen und Getränke. Vielerorts ließen und lassen sich die kulinarischen Grenzen nicht mehr eindeutig ziehen. Die gegenseitige Beeinflussung in der Küche ist in den Erzählungen, den Rezeptheften und Kochbüchern spürbar.

Wie viel von dieser kulinarischen Vielfalt, aber auch von Produkten und Firmen, hat nach Flucht und Vertreibung den Weg ins Deutschland der Nachkriegszeit gefunden? Was wird heute bei uns gekauft, gegessen, genutzt, ohne dass über Herkunft oder ursprüngliche Produktionsstätten nachgedacht wird? Wie viel hat das jeweilige kulinarische Erbe zum Erhalt der Identität der Deutschen aus dem Baltikum, aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Russland, Schlesien, Böhmen, Mähren, der Slowakei, Ungarn, Jugoslawien oder Rumänien beigetragen?



Nicht wegzudenken aus den Küchen in Ostpreußen: „Doennigs Kochbuch". Hier die 25. Auflage (161.–170. Tausend), Königsberg 1938

Die Sonderausstellung „Kann Spuren von Heimat enthalten" vom Haus des Deutschen Ostens in München geht diesen Frage nach. Sie befasst sich mit dem breiten Thema Esse und Trinken, Alltag, Identität und Integration. E geht um die Lebenswirklichkeit der Flüchtling und Vertriebenen nach 1945 sowie der Aussiedl in späteren Jahren. Viele heute noch bekannte F mengründungen der Nahrungs- und Genussmitt herstellung gehen auf Deutsche aus dem östliche Europa zurück. Damit haben diese Unternehme wesentlichen Anteil am wirtschaftlichen Aufba Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ur darüber hinaus. Ein genauer Blick in die Rega der Supermärkte zeigt, dass heute noch viele „o deutsche Spuren" in den Auslagen zu finden sin Präsentiert werden Familienrezepte, typisch Gerichte, selbst gebaute Möbel, mitgebrach Küchengeräte und vieles mehr.



Eine Garnitur mit erlesenem Königsberger Marzipan der Fa. Schwermer in einer Holzschatulle



„Bärenfang" – ostpreußischer Honiglikör

06) Ausstellung: "Was bedeutet mir Heimat"

Freitag, 01.10.2021 bis Mitte Januar 2022

Flandern-Bunker Kiel



»Was bedeutet mir Heimat? Schönberg – Stettin/Szczecin«

Ausstellung im Rahmen eines Jugendprojekts der Gemeinschaftsschule Probstei in Schönberg, Schleswig-Holstein, im Flandernbunker Kiel

Vernissage: 01. Oktober 2021, 19:00 Uhr

Ausstellungslaufzeit: bis 15. Januar 2022, tägl. 10-17 Uhr

Der Flandernbunker befindet sich in Kiel-Wik an der Kiellinie, Eingang Marinehafen.

Sie erreichen den Flandernbunker mit Bussen der KVG: Linien 41/42 und 32/33: Haltestelle Mercatorstraße (170 m Fußweg) Linien 6, 11, 91/92, 501/502, 900/901: Haltestelle Elendsredder (450 m Fußweg)

Die Ausstellung »Was bedeutet mir Heimat? Schönberg – Stettin/Szczecin« entstand im Rahmen der Projektarbeit einer 12. Klasse der Gemeinschaftsschule Probstei in Schönberg (Schleswig-Holstein) zum Thema »Begegnungen von

Kulturen – Konfrontation, Abgrenzung und Integration«. Das fast viermal so kleine Bundesland Schleswig-Holstein nahm nach dem Zweiten Weltkrieg knapp halb so viele Vertriebene und Flüchtlinge auf wie Bayern – wie verkrafteten die Menschen vor Ort diesen Bevölkerungszuwachs? Wo wurden die aus Pommern, Danzig, Ost- und Westpreußen stammenden Menschen untergebracht, wie nach und nach in die einheimische Bevölkerung integriert? Und was passierte in den Regionen, aus denen die Vertriebenen und Flüchtlinge stammten und die nun Teil Polens waren?

Mit diesen Fragen hat sich die 12. Klasse von Inga Asmussen, Kreisfachberaterin für Kulturelle Bildung im Kreis Plön, an der Gemeinschaftsschule Probstei Schönberg innerhalb ihres Projekts auseinandergesetzt. Dazu sprachen die Schülerinnen und Schüler mit Zeitzeugen in Schleswig-Holstein und nahmen die Interviews auf, befragten die eigenen Familien und recherchierten im Stadtarchiv von Stettin. In Stettin ging es nicht nur um die deutschen Flüchtlinge, sondern auch um die polnischen Neuansiedler aus Ostpolen, die sich im »Wilden Westen« Polens eine neue Heimat bereiteten; aber auch um die deutschen Hinterlassenschaften in der Stadt. Die Wege der Flüchtenden wie Ankommenden wurden in Stettin nachvollzogen, eine hervorragend renovierte Industriellenvilla besichtigt sowie das in einer ehemaligen deutschen Metzgerei eingerichtete kleine Café einer Polin, die auf deutschen Spuren wandelt, besucht.

Aus all den Gesprächen und Recherchen ist unter Anleitung der Kulturvermittlerin Astrid Krömer eine Ausstellung entstanden, die den Besuchern hoffentlich eine vieldeutige und persönliche Antwort auf die eingangs aufgeworfene Frage geben kann.

Die Ausstellung wurde erstellt von der Gemeinschaftsschule Probstei in Schönberg, Schleswig-Holstein, in Kooperation mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.

Foto: Noch mit den ursprünglichen Fliesen der früheren Metzgerei gekachelte Wand im kleinen Café von Monika Szymanik; sie hat Fotos von den ehemaligen Eigentümern aufgehängt. | Foto: © Deutsches Kulturforum östliches Europa e. V.

Pressekontakt

Ariane Afsari
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-38
Fax +49 (0)331 20098-50

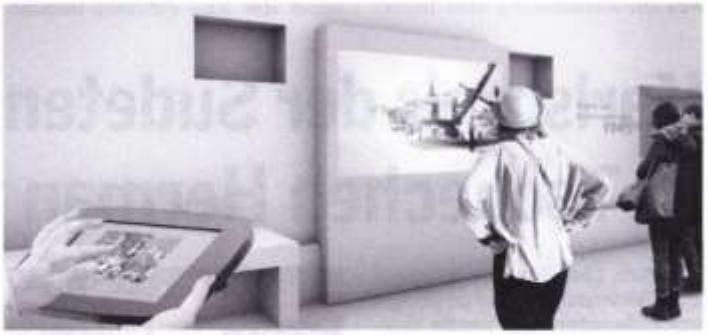
afsari@kulturforum.info
www.kulturforum.info

07) Faszination Riesengebirge: Interreg Polen-Sachsen 2014-2020 fördert Projekte des SMG

Faszination Riesengebirge

Interreg Polen-Sachsen 2014-2020 fördert Projekte des SMG

Die Ausstellung „Inspiration Riesengebirge", die Vorbereitung des neuen multimedialen Präsentationsbereiches „Schlesien seit 1945" sowie eine thematische Vortragsreihe sind Teile des Projektes „Schlesien – gemeinsames Kultur- und Naturerbe". Das Vorhaben wird vom Schlesischen Museum zu Görlitz gemeinsam mit dem Nationalpark Riesengebirge im Rahmen des Kooperationsprogramms Interreg Polen-Sachsen 2014-2020 durchgeführt.



Modellfoto der geplanten multimedialen Präsentation „Schlesien seit 1945" im Lichthof des Museums.

Beide Institutionen verfolgen das Ziel, die touristische Attraktivität der Region zu erhöhen. Die Bewahrung und die Erschließung des kulturellen und natürlichen Erbes Schlesiens stehen im Zentrum sämtlicher kulturellen, wissenschaftlichen und Bildungsmaßnahmen.

„Inspiration Riesengebirge"

Ab dem 11. September 2021 ist im Schlesischen Museum zu Görlitz die neue Ausstellung „Inspiration Riesengebirge" zu besichtigen.

Die virtuelle Reise in das wildromantische Riesengebirge wird anhand von rund 150 Arbeiten von über 60 Künstlern veranschaulicht. Zu sehen sind Gemälde, Druckgrafiken, Zeichnungen, Plastiken und Fotografien.

Schwerpunkt der Schau sind Arbeiten von Künstlern, die zwischen 1900 und 1945 eng mit der Region verbunden waren. Einige bildeten mit der 1922 gegründeten Vereinigung bildender Künstler St. Lukas in Schreiberhau den Kern einer Malerkolonie, deren Erbe bis heute in der Region lebendig ist.

Hintergrund: Die künstlerische Entdeckung des Riesengebirges setzte Ende des 18. Jahrhunderts ein, als sich im Zuge der „Entdeckung" der Alpen

INFO

Das Kooperationsprogramm INTERREG Polen – Sachsen 2014 – 2020 wird auf der polnischen Seite innerhalb der Unterregion Jelenia Góra in der Wojewodschaft Niederschlesien und Landkreis Żarski in der Wojewodschaft Lubuskie, und auf der deutschen Seite in den Landkreisen Görlitz und Bautzen des Freistaates Sachsen umgesetzt werden. Das Programmziel ist die Vertiefung der Zusammenarbeit zur Überwindung von Entwicklungsbarrieren im polnisch-sächsischen Grenzraum.

Faible Leipzig GmbH (1); Senfkornverlag (1); SMG (1)

allgemein ein großes Interesse an Bergregionen entwickelte.

Naturforscher, Reiseschriftsteller und Künstler zog es seitdem auch in die alpin wirkenden Sudeten. Man bewunderte die Schönheit des majestätisch aufragenden Gebirgskamms, blickte mit Schaudern in die 200 Meter tiefen Schneegruben und genoss das Höhenerlebnis auf der 1603 Meter hohen Schneekoppe. Zeichnungen, Gemälde und Druckgrafiken machten seitdem das sagenumwobene Riesengebirge weithin bekannt. Schon bald wurde die Region Ziel romantischer Wanderungen. Auch den späteren Freilichtmalern bot die Natur vielfältige Inspiration. Um 1900 suchten hier schließlich lebensreformerisch Gesinnte ein alternatives, naturnahes Leben fern der expandierenden Großstädte. Der beliebte Touristenort Schreiberhau entwickelte sich daraufhin zur zentralen Künstlerkolonie, die überregional von sich reden machte.

Die Zahl der Kunstwerke mit thematischem Bezug zum Riesengebirge ist heute kaum überschaubar. Bei ihrer Entstehung spielten landeskundliche Interessen eine Rolle, die Suche nach Sensation und Abenteuer, romantische Natursehnsucht oder die Suche nach Identifikation, Heimat und Erinnerung.

Zur Ausstellung ist ein reich bebilderter Katalog mit umfangreichen Hintergrundinformationen zur Zeitgeschichte und zu den Künstlern erschienen.

Neuer multimedialer Ausstellungsbereich

Im Schlesischen Museum zu Görlitz laufen zurzeit die Vorbereitungen für die digitale Präsentation „Schlesien seit 1945". Sie wird im kommenden Jahr den Besuchern zur Verfügung stehen und die Dauerausstellung des Museums auf moderne und attraktive Weise bereichern.

Zukünftig sollen im Lichthof des Museums Tablets für die Besucher nutzbar sein, um die digitale Präsentation anzuschauen. Hier können sie unter den Themen Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirche und Natur auswählen. Auch die Frage einer schlesischen Identität und die Situation der Schlesier in Deutschland werden dargestellt. Es wird der Zeitraum seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart behandelt. Interessierte können sich vorab einen Eindruck von dem zukünftigen Angebot verschaffen. Im September und Oktober 2021 gibt das Museum auf seiner Website www.schlesisches-museum.de eine Vorschau auf den neuen Bereich.



Carl Ernst Morgenstern (1847–1928): Der große Teich im Riesengebirge, um 1920.

Vorträge zum Thema „Schlesien seit 1945"

Am 3. September und am 24. September 2021, jeweils um 19 Uhr, sind Online-Vorträge mit dem Titel „Unterwegs in der polnischen Wojwodschaft Schlesien" und „Unterwegs in der polnischen Wojwodschaft Oppeln" von Andrzej Paczos in Kooperation mit der VHS Görlitz geplant. Anmeldung erforderlich: mpietsch@schlesisches-museum.de. Am 17. September 2021, 19 Uhr, bietet Dr. Katarzyna Zinnow im Schlesischen Museum den Vortrag „Vom ‚Karneval' der Solidarność bis zum Runden Tisch. Die politische Opposition in Polen am Beispiel Schlesiens 1980 bis 1989".



Der Görlitzer Senfkorn Verlag hat erstmals einen Wandkalender „Riesengebirge 2022" im DIN A3-Format mit exzellenten Bildern herausgebracht. Die Titelseite zeigt eine mythische Aufnahme von der Burg Kynast mit der Schneekoppe. Die übrigen imposanten landschaftlichen Naturaufnahmen zeigen zum Beispiel die Bergwelt um die Schneekoppe, den Großen und den Kleinen Teich, Hirschberg, den Kurpark von Bad Warmbrunn und den Zackelfall. Der großformatige Begleiter durch das ganze Jahr bildet eine hervorragende Werbung für das vielen noch unbekannte Riesengebirge. Der Kalender kann bezogen werden zum Preis von 13,90 Euro zzgl. Versandkosten bei Schlesische Schatztruhe, Brüderstr. 13, 02826 Görlitz, Tel. 03581/402021, www.schlesische-schatztruhe.de

Aus: DOD 04/2021, Seiten 40 – 41

SCHLESISCHES MUSEUM ZU GŒRLITZ

Dr. Martina Pietsch
Wissenschaftliche Mitarbeiterin / Öffentlichkeitsarbeit

Schlesisches Museum zu Görlitz
Brüderstraße 8 / Verwaltung: Untermarkt 4
Tel. +49 3581 8791 132
E-mail: mpietsch@schlesisches-museum.de
www.schlesisches-museum.de

Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz

08) »Meisterhaft wie selten einer ...«/»Mistrzowskie jak rzadko które …«

09.08. - 21.11.2021, Haus Schlesien | Ausstellung

09) Inspiration Riesengebirge

Ausstellung vom 11. September 2021 bis 27. Februar 2022



Das Schlesische Museum zu Görlitz lädt mit seiner neuen Ausstellung zu einer künstlerischen Reise in das wildromantische Riesengebirge ein. Schon zu Beginn

des 19. Jahrhunderts entdeckten Künstler die Schönheit des alpin anmutenden Grenzgebirges zwischen Schlesien und Böhmen. Sie blickten mit Schaudern in die 200 m tiefen Schneegruben und genossen den Weitblick von der 1603 m hohen Schneekoppe aus. Später folgen ihnen Fotografen, Literaten und Kunsthandwerker, um hier Anregung zu finden. So entwickelte sich das Gebirge zu einer Künstlerlandschaft mit überregionaler Anziehungskraft.
Die Zahl der Kunstwerke mit thematischem Bezug zum Riesengebirge ist heute kaum überschaubar. Bei ihrer Entstehung spielten landeskundliche Interessen eine Rolle, die Suche nach Sensation und Abenteuer, romantische Natursehnsucht oder die Suche nach Identifikation, Heimat und Erinnerung.

Schwerpunkt der Schau werden rund 150 Arbeiten von Künstler*innen sein, die zwischen 1900 bis 1945 eng mit der Region verbunden waren. Einige ortansässige Künstler schlossen sich 1922 zur Vereinigung bildender Künstler St. Lukas in Schreiberhau zusammen und bildeten damit den Kern einer Malerkolonie. Ihr Erbe ist bis heute in der Region lebendig.

Zur Ausstellung erscheint ein reich bebilderter Katalog mit umfangreichen Hintergrundinformationen zur Zeitgeschichte und zu den Künstlern*innen.

Die Ausstellung ist Teil des Projektes „Schlesien – gemeinsames Kultur- und Naturerbe“, das vom Schlesischen Museum zu Görlitz gemeinsam mit dem Nationalpark Riesengebirge im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen-Sachsen 2014-20 durchgeführt wird.



Carl Ernst Morgenstern (1847–1928): Der große Teich im Riesengebirge, um 1920*, © Foto: SMG*

10) Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko

Ausstellung des Schlesischen Museums im Museum der Fotografie in Görlitz, Löbauer Str. 7
22.07. – 31.10.2021
Eröffnung am 22.07.2021 um 19 Uhr
Öffnungszeiten: Di-Do 12-16, Fr-So 12-18 Uhr

Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz | Pressemitteilung

Streifzüge / Wędrówki – Fotografien von Jacek Jaśko
Ausstellung des Schlesischen Museums im Museum der Fotografie in Görlitz, Löbauer Str. 7
22.07. – 31.10.2021
Eröffnung am 22.07.2021 um 19 Uhr
Öffnungszeiten: Di-Do 12-16, Fr-So 12-18

In der Ausstellung ***Streifzüge / Wędrówki*** werden schwarz-weiße Fotografien von Jacek Jaśko präsentiert. Thematische Schwerpunkte bilden das Riesengebirge und das Dorf Kopaniec (Seifershau), wo der Künstler 20 Jahre lang gelebt hat und heute immer wieder zurückkehrt. Die Fotografien stammen aus drei Bilderzyklen: „Riesengebirge 20./21. Jahrhundert", „Kopaniec 1955-2005" und „Kopaniec. Im Gehen". Einerseits entführen sie den Betrachter in eine zeitlose Landschaft der Berge, andererseits in die veränderbare Welt eines Dorfes. Das Göttliche und das Menschliche, das Unendliche und das Vergängliche, das Universelle und das Konkrete stehen hier kontrastreich nebeneinander, dringen ineinander und ergeben so ein sinnliches Ganzes. Für diese Aufnahmen wurde der Fotograf mehrfach auf der Polnischen Biennale der Bergfotografie in Jelenia Góra ausgezeichnet.

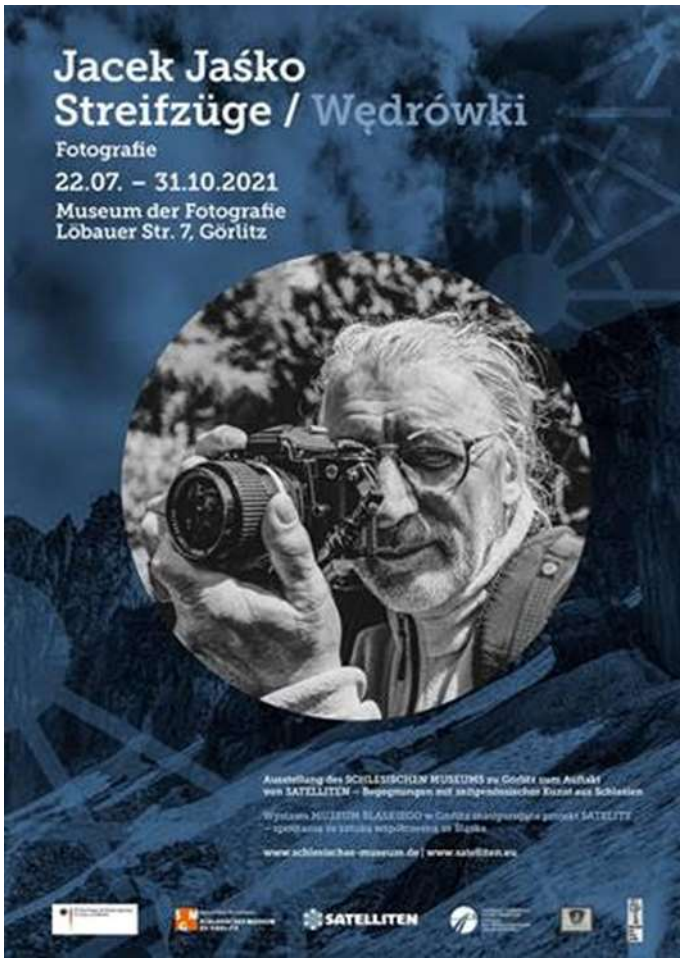
Begleitend zur Ausstellung veröffentlicht das Schlesische Museum zu Görlitz einen Katalog (60 Seiten, 8 Euro) mit Textbeiträgen vom Künstler, der Ausstellungskuratorin Romy Czimmernings und der Projektleiterin Agnieszka Bormann sowie mit einer großen Auswahl an Fotografien von Jacek Jaśko.

Jacek Jaśko, geb. 1955 in Jelenia Góra (Hirschberg), verbrachte seine Kindheit in der Hampelbaude (poln. Schronisko Strzecha Akademicka) im Riesengebirge – eine prägende Erfahrung fürs Leben. Er war mehrere Jahre Journalist der "Gazeta Wyborcza", „Nowiny Jeleniogórskie" und Chefredakteur der Zeitschrift "Karkonosze". Seine fotografische Ausbildung erhielt er an der Hochschule für Fotografie in Jelenia Góra. 2008/2009 leitete er in Kooperation mit der Stadtbibliothek "Książnica Karkonoska" das Fotoprojekt „Jelenia Góra. Pamięć Miasta" (Hirschberg. Gedächtnis einer Stadt). Seine Werke wurden zum Beispiel auch in Aarhus (Dänemark), Berlin, Dresden und Weißwasser gezeigt. Heute lebt Jaśko in Prag und immer wieder auch in Kopaniec.

SATELLITEN – Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst in und aus Schlesien

Mit der Ausstellung *Streifzüge / Wędrówki* eröffnen wir das Projekt SATELLITEN zur Präsentation zeitgenössischer Kunst in und aus Schlesien. Mit einer Reihe von geplanten Ausstellungen ermöglicht das Projekt eine Auseinandersetzung mit ausgewählten künstlerischen Positionen, die aktuell in Schlesien sichtbar sind. Diese Annäherung findet im zweiten Teil von SATELLITEN ihre Fortsetzung in Schlesien – mit Exkursionen zu den Künstlerinnen und Künstlern an den Orten ihres Lebens und Schaffens. Hier steht neben der Kunst auch die Region im Fokus. Denn durch die Begegnungen mit den Kunstschaffenden in ihren Ateliers lernen wir nicht nur ihre künstlerische Handschrift und konkrete Werke kennen, sondern auch ihre Lebenswirklichkeit, ihre Bezüge zu ihren Wirkungsorten, ihrer Geschichte und Gegenwart, die sie nicht selten aktiv beeinflussen und gestalten.

Die Ausstellung sowie das gesamte Projekt „SATELLITEN – Begegnungen mit zeitgenössischer Kunst aus und in Schlesien" werden gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz sowie durch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Weitere Informationen unter www.satelliten.eu.


Jacek Jaśko
Streifzüge / Wędrówki
Fotografie
22.07. – 31.10.2021
Museum der Fotografie
Löbauer Str. 7, Görlitz
www.schlesisches-museum.de | www.satelliten.eu
SATELLITEN



Schneekoppe, *Fotografie und © Jacek Jaśko*



Kopaniec, *Fotografie und © Jacek Jaśko*

11) Im Fluss der Zeit - Jüdisches Leben an der Oder

Donnerstag, 12. August bis Sonnabend, 02.10.2021, Görlitz | Ausstellung:



»Im Fluss der Zeit – Jüdisches Leben an der Oder«
»Z biegiem rzeki – Dzieje Żydów nad Odrą«

Kulturforum Neue Synagoge
Otto-Müller-Straße 2
02826 Görlitz

Die Landschaft an der Oder mit ihren wechselnden herrschaftlichen und nationalen Zugehörigkeiten war über Jahrhunderte ein Begegnungsraum. Hier kreuzten sich auch die deutsch-jüdische und die polnisch-jüdische Kultur. In der Neuzeit bedrohte der Nationalismus, gepaart mit dem Antisemitismus, diese kulturelle Vielfalt an Oder, Obra und Warthe. Der Nationalsozialismus zerstörte sie. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden weite Abschnitte der Oder zur deutsch-polnischen Grenze und die deutsche Bevölkerung aus den Regionen östlich des Flusses vertrieben. Polinnen und Polen fanden hier eine neue Heimat und für kurze Zeit schien es, dass in Niederschlesien und Pommern jüdisches Leben heimisch werden könnte. Mehrere Zehntausend polnisch-jüdische Holocaustüberlebende siedelten sich hier an, doch die meisten wanderten bis Ende der 1960er Jahre wieder aus. Die jahrhundertelange Anwesenheit von Jüdinnen und Juden an der Oder fiel dem Vergessen anheim, ihre Spuren wurden oft zerstört.

Die deutsch- und polnischsprachige Ausstellung widmet sich Momenten der jüdischen Geschichte beiderseits der Oder. Sie will zum Nachdenken und zum Gespräch zwischen den ehemaligen und heutigen Bewohnerinnen und Bewohnern der Region anregen. Sie ist zugleich eine Einladung zur Neuentdeckung des deutsch-polnisch-jüdischen Kulturerbes dieser Landschaft.

Öffnungszeiten

Die Ausstellung ist von Montag bis Sonntag, auch an Feiertagen, zwischen 10 und 18 Uhr im Kulturforum Neue Synagoge zu sehen. Der Eintritt ist kostenpflichtig.

Aufgrund von Veranstaltungen kann es zu verkürzten Öffnungszeiten oder Schließzeiten kommen. Wir bitten Sie darum, sich im Vorfeld Ihres geplanten Besuches unter der Telefonnummer +49 (0)3581-672410 zu informieren.

Kontakt

Dr. Magdalena Gebala
Arbeitsbereich Polen
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-18
Fax +49 (0)331 20098-50
gebala@kulturforum.info
www.kulturforum.info

12) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

https://www.youtube.com/watch?v=lAM3t3udysM

Übrigens: bis zum 31. Juli 2021 ist der Eintritt ins Museum – nach vorheriger Anmeldung – gratis!

https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

13) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

MUSEUM FÜR RUSSLANDDEUTSCHE KULTURGESCHICHTE

Liebe Museumsfreunde!

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
https://www.russlanddeutsche.de

Kulturreferat:
Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

E. a) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt Seiten 599 - 606

A. Besprechungen

01) Arne Frank unter Mitarbeit von Katrin Schulze: Das schlesische Elysium. Burgen, Schlösser, Herrenhäuser und Parks im Hirschberger Tal. (mit zahlreichen mehrfarbigen und SW-Abbildungen im Text, 2 mehrfarbigen Karten auf den Innenseiten). Fünfte, überarbeitetete und erweiterte Auflage.
(Potsdam) Deutsches Kulturforum östliches Europa (2021). 307 Seiten.
ISBN 978-3-9361168-90-7. € 19,80.

Erneute Einladung ins „Schlesische Elysium".

Rezension der 5. Auflage eines schönen und informativen Reise-Handbuchs von Arne Franke unter Mitarbeit von Katrin Schulze

Wer heute als Privatperson nach Schlesien reist, tut dies aus mancherlei Motiven: Neben dem Wunsch, die Heimat der Kindheit aufzusuchen, stehen mittlerweile viele touristische Ziele. Man denke an Görlitz, an Breslau oder Hirschberg mitsamt dem Riesengebirge. Aber auch der Kurbetrieb in der Perlenkette schlesischer Bäder von Bad Flinsberg bis Bad Kudowa lockt längst wieder deutsche Gäste als Touristen und als Erholungssuchende in die facettenreiche Kulturlandschaft am Fuße der Sudeten.

Arne Franke, Architektur-Historiker und Spezialist für Denkmalpflege und seiner Mitautorin, der Landschaftsarchitektin Katrin Schulze, gelingt es in ihrem neuerdings in 5. stark erweiterter Auflage auf den Markt gekommenen Handbuch, das von ihnen so genannte „Schlesische Elysium" im Hirschberger Tal wieder erlebbbar zu machen, auf eine höchst ansprechende und informative Weise. So wie es einmal war und so wie es sich uns heute darstellt. Um es vorweg zu sagen: Viel für immer verloren Geglaubtes ist auf beglückende Weise wieder erstanden und lässt alten Glanz und alte Schönheit erahnen. Adressaten des Handbuchs - ja, trotz der 306 Seiten ist es handlich im Umfang, sorgfältig recherchiert und fast bibliophil in der Gestaltung - sind kunst- und kulturbewusste Schlesien-Freunde und alle, die bereit sind, sich von Neuem, Unerwartetem überraschen und begeistern zu lassen.

Die Autoren eröffnen dem erstaunten Leser einen weiten Horizont: Jene einstmals weltberühmte Garten- und Architektur-Landlandschaft am Fuße des Riesengebirges mit all seinen Schlössern und Herrensitzen und Parkanlagen. Ein ungewöhnliches, ein schönes und ein ermutigendes Buch!

Literarische Besucher des Hirschberger Tals können unter Anleitung von Franke und seiner Mitarbeiterin Katrin Schulze in alphabetischer Reihenfolge 35 Orte kennenlernen. Sie stehen aber nicht isoliert da, sondern werden durch ergänzende Überblicksdarstellungen in größere Zusammenhänge eingebettet, die nicht nur Hintergrundwissen vermitteln, sondern auch zu eigenständigen Lesestreifzügen einladen.

Dies gilt für das Vorwort und die Einleitung ebenso wie für die ansprechend bebilderte historische Einführung und insbesondere für fünf in den Text eingefügte Exkurse, u.a. über das einst so wirkmächtige Adelsgeschlecht der Schaffgotts, die Glaubensflüchtlinge aus

Tirol und über Gartenkunst im Hirschberger Tal. Im Anhang runden ein 40seitiges Personen-Lexikon, ein Personen- und ein Ortsregister, ein Glossar der Fachausdrücke und ein umfangreiches Literaturverzeichnis das Handbuch ab.

Die einzelnen Orts- und Objekt-Beschreibungen sind je nach Bedeutung und Erhaltungszustand von unterschiedlicher Länge. Besonders zu empfehlen – auch für den Einstieg - sind die Kapitel zu Bad Warmbrunn, Buchwald, Fischbach, natürlich zu Lomnitz, zu Schildau und zu Stonsdorf. Auch viele der weniger oder kaum bekannten Orte wurden aufgenommen. Die neue Auflage kann zudem mit einer wertvollen Ergänzung aufwarten: Wer in einem der oft zu Hotels ausgebauten Schlösser oder Herrensitze Urlaub macht (auch dazu gibt das Buch nützliche Hinweise) erhält im 10-seitigen Schlusskapitel Anregungen für Tagesausflüge zu den Adelssitzen und anderen Orten in der weiteren Umgebung des Hirschberger Tals, z.B. nach Lehnhaus oder zu Schloss Fürstenstein bei Waldenburg.

Sehr leserfreundlich die reiche Bebilderung und die Rand-Zitate von Zeitgenossen, die in die Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts und damit in die Blütezeit der Schloss- und Parklandschaft des “Schlesischen Elysiums“ einführen. So erhalten wir - fast nebenbei – authentische, lebendige Einblicke in eine heute wenig bekannte Epoche der preußisch-deutschen Geschichte.

Gerade der unübersehbare preußische Einfluss war ein wesentlicher Grund für den oft katastrophalen Umgang mit diesen Kulturgütern am Ende des Zweiten Weltkrieges - und lange danach. Der Plünderung durch Russen und Polen folgten Jahrzehnte der Ausschlachtung, des Verfalls und bestenfalls der Vernachlässigung, auch dann, wenn die Baulichkeiten für Erholungsheime, Schulen, Produktionsstätten und Ähnliches genutzt wurden. Eine Ausnahme, wenn auch nur zum Teil, bildeten Überreste aus vorpreußischer Zeit, die sich polnischerseits als Zeugnisse der piastischen Ära, also als „nationales Kulturerbe“, verstehen ließen.

Allmählich, z.T. schon in der Spätphase des kommunistischen Polens, setzte ein Umdenken ein. Exemplarisch lassen sich Verfall und zaghaft einsetzender Wiederaufbau in der Tagungs-Dokumentation „Schinkel in Schlesien“ von 1994/5 ablesen. Projektleiter war Lothar Hyss, Herausgeber der Verein Haus Schlesien e.V., Königswinter. Die Beiträger sind mehrheitlich bereits polnische Autoren! Der Artikel von Kazimierz Śliwa zu Fischbach und Erdmannsdorf hätte wegen seines exemplarischen Charakters einen Platz im Literaturverzeichnis verdient.

Einen wesentlichen Anstoß für die Entwicklung zur heutigen, weitgehend positiven Gesamtsituation bildete 2001 die unter Projektleitung von Arno Franke erarbeitete zweisprachige Wanderausstellung „Das Tal der Schlösser und Gärten […] Ein gemeinsames Kulturerbe“. Aus ihr ging die erste Auflage dieses Buches hervor.

All das war erst möglich nach der politischen Wende 1989/90. Wer sich an den Früchten dieser Wende erfreuen möchte und sie zu einer gedanklichen, besser noch: zu einer persönlichen Reise nach Schlesien nutzen möchte und zugleich ein Zeichen der Anerkennung für Gelehrtenfleiß und guten bibliophilen Geschmack setzen möchte, dem sei die Anschaffung dieses Buches nachdrücklich empfohlen.

Peter Börner, Siegburg

Anmerkung der Redaktion: Wir unterstützen die Absicht des Rezensenten, diese seine Rezension auch in anderweitigen Publkationen unterzubriingen.

02) Breslau – Freizeit und Konsum. (180 historische und aktuelle Abb. im Text, davon etwa 100 Farbfotos; Abb. Umschlag innen vorn: Monumentalplan der Stadt Breslau, etwa 1925; Abb. Umschlag innen hinten: Breslau Ring – Blick in die Ohlauer Straße, Postkarte um 1907). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz. (Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten. = Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81. ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.



Der vorliegende Band, hervorragend ausgestattet mit Abbildungen aus Vergangenheit und Gegenwart greift erstmals das Freizeit- und Konsumgeschichte der schlesischen Metropole Breslau auf. Für die Beiträge zeichnen sich dreizehn Autoren verantwortlich, acht sind polnischer Herkunft, fünf deutscher Herkunft. Die einzelnen Autoren werden mit einer kurzen Vita von jeweils drei bis vier Zeilen vorgestellt und können dank der Angabe ihres Mail-Kontos direkt angeschrieben werden.

Die Beiträge behandeln auf 272 Seiten die Freizeit- und Konsumgeschichte von Breslau vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart, wobei der zeitliche Schwerpunkt im 19. und 20. Jahrhundert liegt:

Heinke Kalinke, Tobias Weger: Freizeit- und Konsumgeschichte Breslaus. Eine Einführung
Julianna Redlich: Stadtführer durch Breslau. Konsumanleitung für Auswärtige und Einheimische?
Łukasz Bieniasz: Vorhang auf! Das Breslauer Theater zwischen Publikumsgunst und Kritik
Aleksandra Nadkierniczna-Stasik: Unterhaltung auf Breslaus Bühnen um 1900
Natalia Żarska: Salons, Promenaden und Vereine. Geselligkeit der intellektuellen Kreise zu Beginn des 19. Jahrhunderts
Iwona Bińkowska: Gartenkunst als Ware? Grünanlagen als Räume des Konsums und Zeitvertreibs
Tomasz Przerwa: Der Breslauer Alpenverein und die Breslauer Hütte. Tourismus und Konsum

Grzegorz Wilga: An Breslaus Flüssen. Freizeit und Erholung von 1918 bis heute
Tobias Weger: Das nasse Element. Vom Badehaus zum Hallenbad
Maria Zwierz: Industrie- und Gewerbeausstellungen. Konsum und Unterhaltung
Maria Luft: Großstädtische Vergnügungswelten in Breslau-Morgenau
Andrzej Dębski: Der „Stolz der Stadt". Breslauer Kinos vor 1945
Heinke Kalinke: Vor und hinter der Scheibe. Schaufensterbummel in Breslau
Beate Störtkuhl, Maria Zwierz: Breslaus Konsummeile. Die Schweidnitzer Straße

Im Vorwort der Herausgeber wird die Partnerschaft zwischen dem Institut für Germanistik der Universität Wrocław/Instytut Filologii Germańskiej Uniwersytetu Wrocławskiego (IFG UWr) und dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) in Oldenburg als Ideengeber für diesen Band zur Konsum und Freizeitgeschichte genannt und dazu weiter ausgeführt: „Dabei spielt die Beschäftigung mit Themen der Kultur und Geschichte der Region Schlesien und ihres urbanen Zentrums von Anfang an eine herausgehobene Rolle. Der Band vereint Beiträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dieser beiden Partnereinrichtungen, aber auch aus weiteren Institutionen in Wroclaw und München“.

Dieser Band zu Freizeit und Konsum wurde u.a. durch eine Tagung im Schlesischen Museum in Görlitz, 23. und 24.11.2017, unter der Leitung von PD Dr. Tobias Weger, (siehe <*https://www.hsozkult.de/event/id/event-84234*>) vorbereitet, wodurch eine Reihe von Mitarbeitern gewonnen werden konnte, die die Perspektive auf das Forschungsgebiet auf verschiedenen kulturhistorische Disziplinen erweiterte und zugleich aufzeigte, dass die Zerstörung der geographischen Wissenschaften vollauf gelungen ist, denn diese Disziplin ist hier nicht vertreten.

Wie die oben genannten Beiträge verraten, sind die Themen des Bandes weit gestreut. Und dem Klappentext der Veröffentlichung ist durchaus zu folgen, wenn er zu dem Band ausführt: „Dieser Band versammelt erstmals Beiträge zu Aspekten der Freizeit- und Konsumgeschichte der schlesischen Metropole Breslau im 19. Und 20 Jahrhundert. Wie und wo verbrachen die Bewohner der Stadt ihre freie Zeit, wo betätigten sie sich sportlich, wo kauften sie ein, welche kulturellen Angebote nutzten sie? Diesen und weiteren kulturhistorischen Fragen gehen die Autorinnen und Autoren interdisziplinär nach. Zahlreiche, zum Teil hier erstmals wiedergegebene Illustrationen vervollständigen visuell den Einblick in das Freizeit- und Konsumverhalten der Breslauer.“ Und weiter heißt es dort: „Die insgesamt 13 Einzelstudien beschäftigen sich mit der Rolle von Stadtführern, Theater- und Salonbesuchen als bürgerlichen Freizeitaktivitäten, mit Breslaus Flüssen, Badeanstalten und Grünanlagen sowie mit dem beginnenden Alpentourismus. Sie stellen großstädtische Vergnügungseinrichtungen wie Kinos und Freizeitparks, Industrie- und Gewerbeausstellungen sowie die Architektur der Einkaufsstraße und ihre Schaufenster vor.“

Der Rezensent hat die Beiträge mit großer Freude und großem Gewinn gelesen. Die Fülle von Informationen und weiterführenden Hinweisen ist beeindruckend. Zahlreiche Anmerkungen zu den Texten der jeweiligen Beiträge unterstützen die Darstellung. Leider fehlen oftmals im Text die Nummerierungen zu diesen. Und hin und wieder – so ergaben Stichproben – fehlen leider zu den Literaturhinweisen in einer Anmerkung die entsprechenden Angaben im Literaturverzeichnis, was durchaus ärgerlich ist, denn die weiterführende Neugier lässt sich daher unter Umständen nicht befriedigen (z.B. zu Scheyer 1969 von Anmerkung 11 auf Seite 263; und Wiedemann 1937 von Anmerkung 1 auf Seite 281)..

Die topographischen Angaben in den einzelnen Beiträgen des Bandes schreien eigentlich nach darauf abgestellte Karten(-skizzen), in denen die genannten Objekte verortet sind; denn die Breslau-Karte auf der Umschlaginnenseite vorn reicht dafür in der Regel nicht aus. Ein Mangel ist auch das Fehlen eines Stadtplanes vom Breslau der Gegenwart, also die Darstellung von zum Teil veränderter Topographie mit den polnischen Bezeichnungen von Straßen, Plätzen usw. Das ausführliche „Geografische Register“ in Anhang führt in Verweisen zwar eine deutsch/polnische Namenskonkordanz durch, kann aber eine solche kartographische Darstellung nicht ersetzen.

Dem hier genannten „Geografischen Register“ mit der Nennung von deutschen und polnischen Bezeichnungen folgt im Anhang ein Personenregister. Hier ist auch sehr hilfreich für weitere Recherchen, dass zu den Personen in der Regel die Lebensdaten genannt werden.

Im Anhang „Bildnachweise“ werden für jeden Beitrag die Quellen für die veröffentlichten Bilder genannt. Hinzu kommt der Dank an „Bildgebende Institutionen in Breslau“ mit der Auflistung der einzelnen bildgebenden Institution.

Weiterführend ist auch der Hinweis auf die Übersetzungen der Beiträge, der es ermöglicht sich ebenfalls dieser Kenntnisse zu bedienen.

Abgeschlossen wird der Anhang durch eine Liste der „Autorinnen und Autoren“. Die einzelnen Autoren werden mit ihren Forschungsschwerpunkten und Tätigkeitsorten vorgestellt und – wie weiter oben schon angeführt – es werden auch die Mail-Konten genannt, so dass der Leser mit jedem einzelnen Autor in Verbindung treten kann!

Nach den dreizehn Beiträgen folgt im Band – also am Anfang des Anhanges – ein Verzeichnis zu „Quellen und Literatur“. Hier werden insgesamt 443 Titel aufgeführt! Sie sind eine Fundgrube für weiterführende Studien! Forschende, die bedauerlicherweise nicht des Polnischen mächtig sind, werden dankbar feststellen, dass bei polnischsprachigen Veröffentlichungen die Titel ins Deutsche übersetzt aufgeführt sind.

Abschließend kann ich feststellen, dass mit dieser Band eine hervorragende Quelle ist, die auch bei heutigen Reisen in die schlesische Hauptstadt Breslau sehr nützlich ist. Sie bringt uns Breslau, sie bringt uns Schlesien näher.

Reinhard M. W. Hanke (Berlin)

B. Besprechungen in Arbeit

01) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020). 313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

02) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland. (3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten. ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
Rezensentin: Frau Dr. Maria Werthan, Langerwehe

03) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche). Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten. = Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

04) Wilfried Heller: Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen).(zahlreiche Abb. in SW- und Farbe). (London/Berlin) Verlag Inspiration UnLimited (2021). 112 Seiten. ISBN 978-3-946127-322. € 12,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten. ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

03) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten. = Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.

04) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

05) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.

06) Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.

07) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makała. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

08) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

09) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

10) Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00

11) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.

12) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

13) Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6.

14) Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.). (Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.

Briefe und Leserbriefe — *Seiten 607 - 609*

Lesen und schreiben!



01) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung.
Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf



Verkehrszeichen Richtzeichen...

§ 42 Richtzeichen:
Richtzeichen geben besondere Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch AnordnunSehr geehrte Damen und Herren,

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgischen Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgischen Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabsperrung sehr eng. Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:

Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.

Eine Antwort ist bis heute – 01. Oktober 2021 - ausgeblieben….!!!!!!!!!!!!!!

Vielleicht sollten wir noch ein paar Fotos von zerstörten Mosaiksteinpflastern und anderen Straßenschäden bringen!



Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße



Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. *Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke*

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>





Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglit
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png *https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png*

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

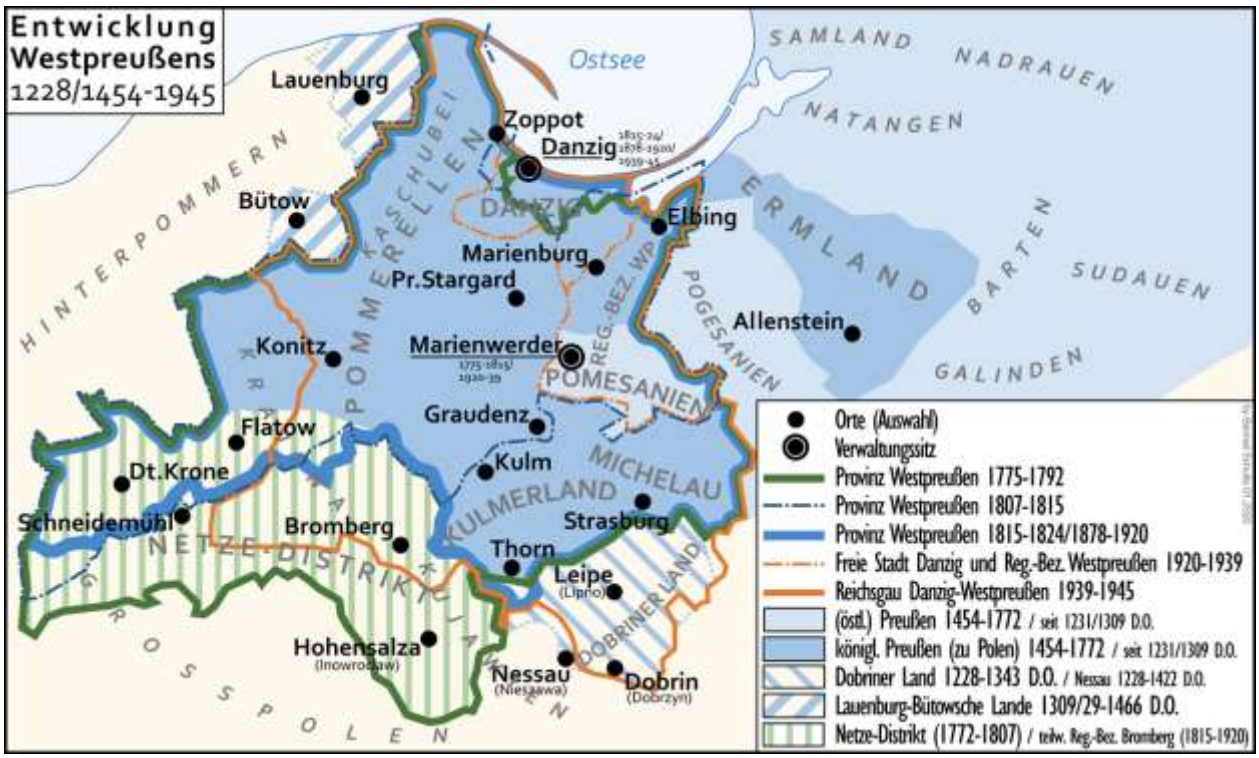
Quelle: WIKIPEDIA „Ostmtteieuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa *https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa*

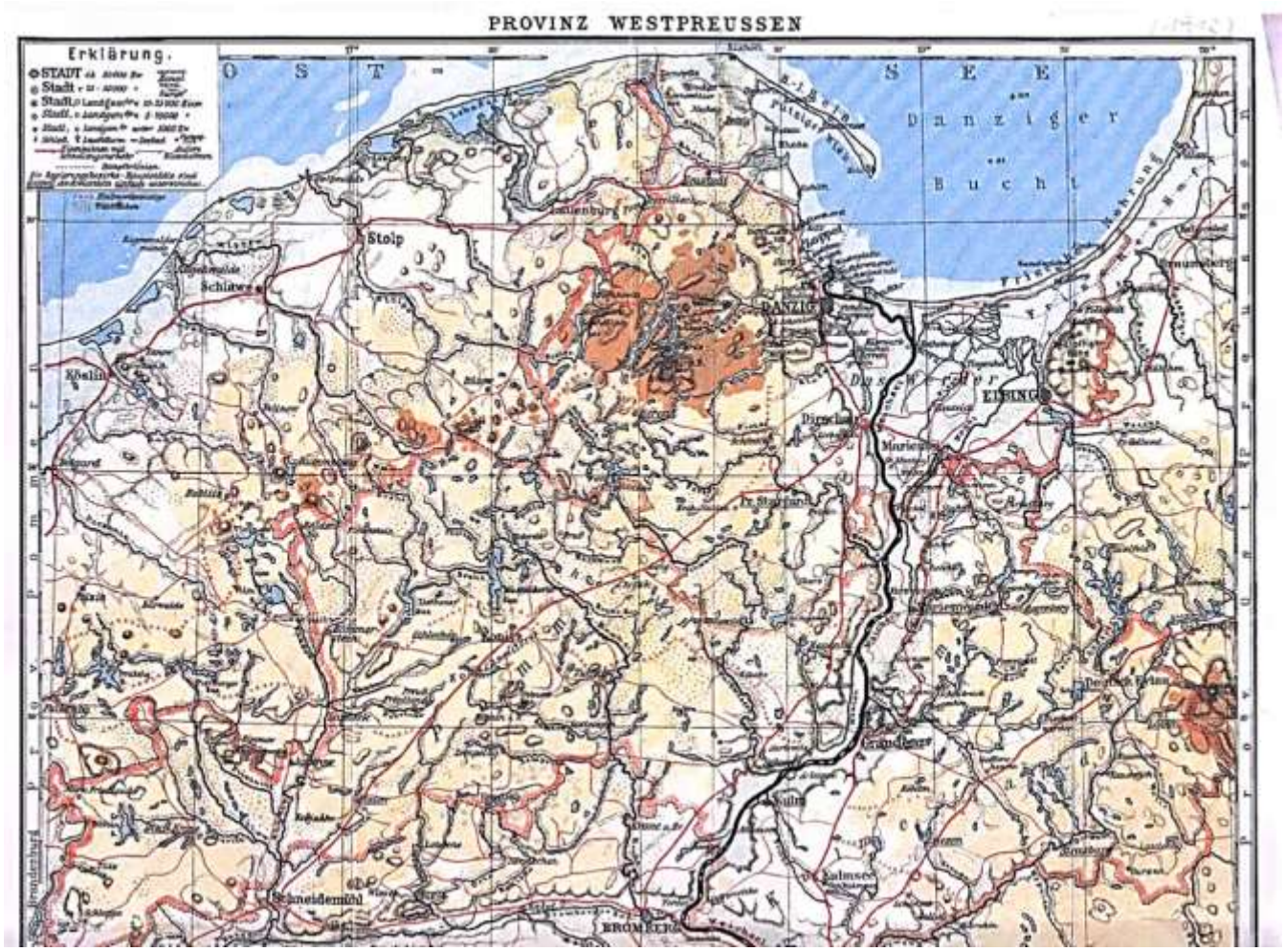


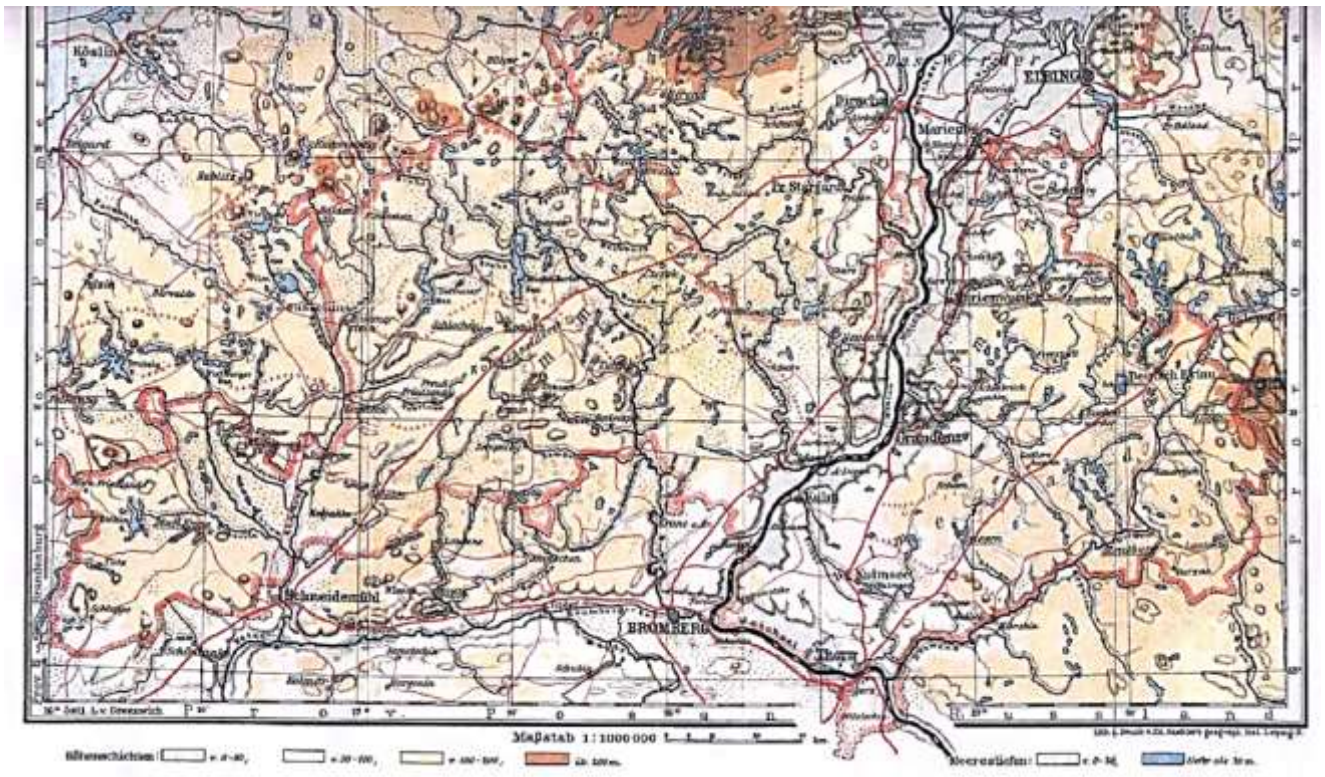
Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: ***https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png***



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

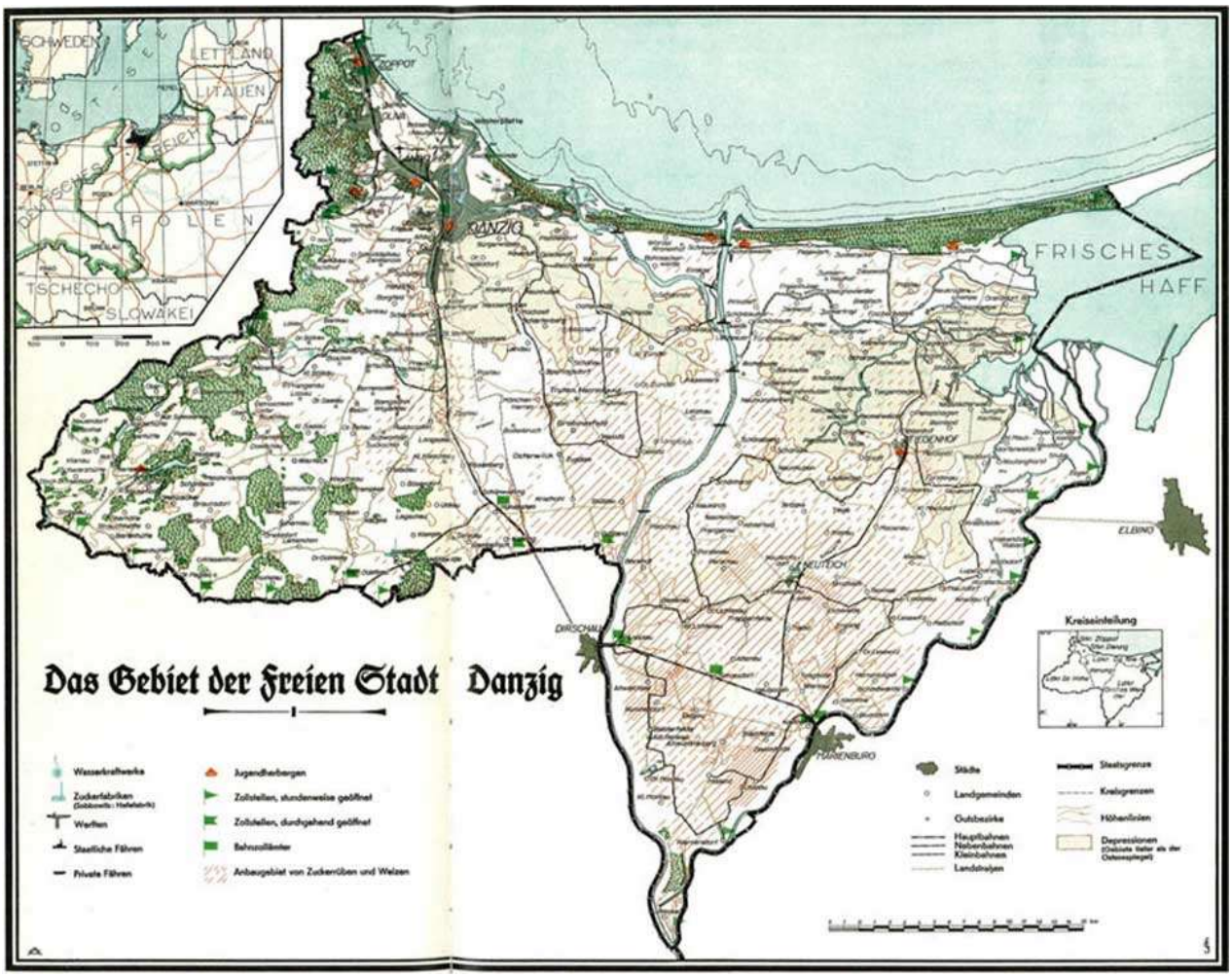

PROVINZ WESTPREUSSEN
Erklärung.
Danziger Bucht
Stolp
Schlawe
Köslin
DANZIG
ELBING
Marienburg
Pr. Stargard
Schneidemühl
BROMBERG


Köslin
ELBING
Marienburg
Pr. Stargard
Schneidemühl
BROMBERG
Thorn
Maßstab 1:1000000

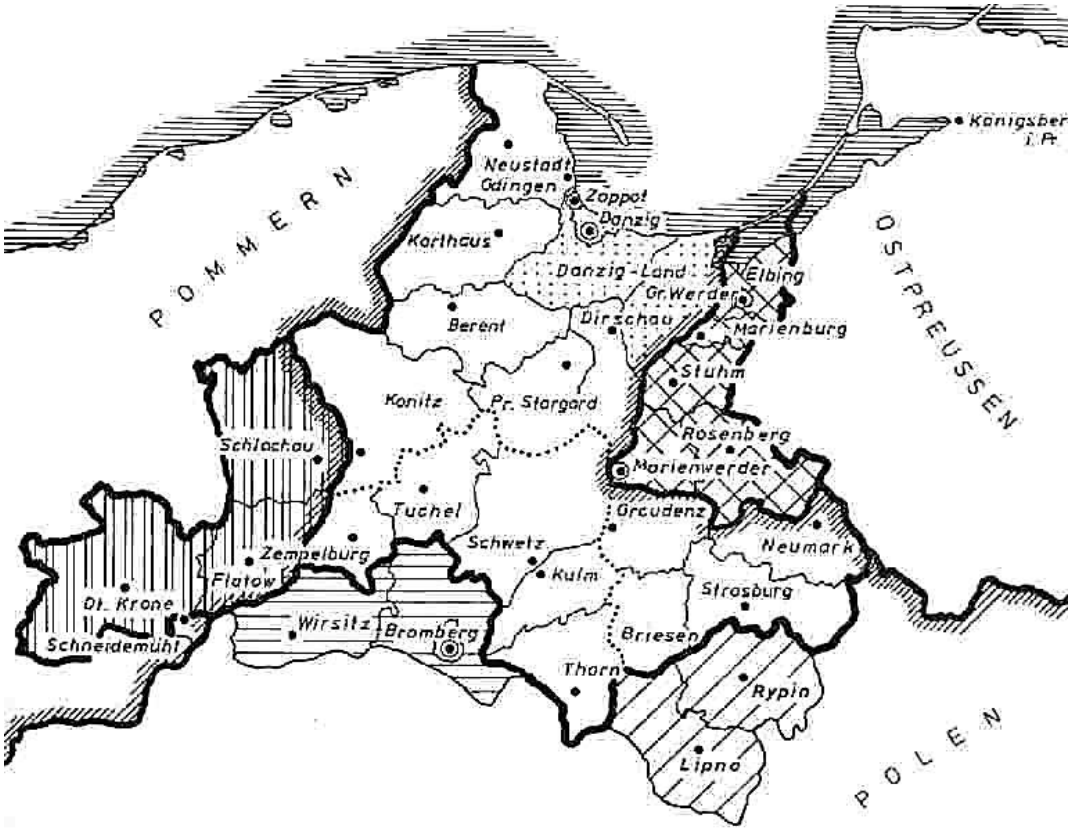


Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt Danzig –







Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920